



Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

*Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien*

Band 171

Michael C. Bienert

Zwischen Opposition und Blockpolitik

Die »bürgerlichen« Parteien und die SED
in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen
(1946–1952)

Droste Verlag 2016



Copyright © 2016 by
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Berlin
www.kgparl.de
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2016
www.drosteverlag.de
ISBN 978-3-7700-5330-8

Vorwort

Es gehört zu den Eigenheiten der geschriebenen Sprache, dass ein Vorwort gewöhnlich erst am Ende eines Publikationsvorhabens verfasst wird – zu einem Zeitpunkt also, wenn alle anderen Aufgaben weitgehend abgeschlossen sind. Obwohl es der Autor an den Anfang stellt, so erweist es sich seinem Charakter nach als ein Rückblick auf den Entstehungsprozess eines Werkes. In der Nachbetrachtung bewegen den Verfasser viele, zum Teil gegensätzliche Empfindungen: Auf der einen Seite steht die Freude, dass sich der langjährige Einsatz mit allen seinen Herausforderungen nun endlich dem Abschluss zuneigt. Die Erleichterung darüber ist spürbar, trotz aller Hochphasen und Tiefpunkte, die sich im Laufe der Zeit nahezu zwangsläufig einstellen, eben doch »durchgehalten« zu haben. Auf der anderen Seite bedeutet es aber zugleich den Abschied von einem langen Weggefährten. Die Geschichte der Landtage von Brandenburg und Thüringen zwischen 1946 und 1952 hat mich von den ersten konzeptionellen Überlegungen bis zur Fertigstellung der Druckfassung über einen Zeitraum von vielen Jahren begleitet. Sie zieht sich daher nicht nur als ein roter Faden durch meine wissenschaftliche Arbeit, sondern sie hat ebenso mein privates Leben mit geprägt. Die Fertigstellung einer mehrere hundert Seiten umfassenden Dissertation stellt für ihren Verfasser zweifellos einen wichtigen biografischen Einschnitt dar. Ein Kapitel der bisherigen akademischen Tätigkeit findet den Abschluss, ein neuer Abschnitt mit offener Zukunft zeichnet sich am Horizont ab. Alle diese widerspruchsvollen Empfindungen, die sich gleichwohl ergänzen, stehen ebenfalls am Ende meines Forschungsprojekts.

Obwohl der Autor für die von ihm verfasste Doktorarbeit die alleinige Verantwortung trägt, ist gleichwohl immer eine Vielzahl an Menschen sowohl im näheren als auch im weiteren beruflichen und privaten Umfeld an ihrer Genese beteiligt. Die vorliegende Studie ist an der Philosophischen Fakultät der Universität Potsdam entstanden und wurde dort im Wintersemester 2013/14 als Dissertationsschrift angenommen. Die Disputation erfolgte im Juli 2014. An erster Stelle bin ich meinen beiden Gutachtern Prof. Dr. Manfred Görtemaker (Universität Potsdam) und Prof. Dr. Stefan Creuzberger (Universität Rostock) in herzlicher Dankbarkeit verbunden. Beide haben meine Arbeit mit fachlichem Rat und großer Unterstützung begleitet. Die konstruktive Betreuung und das von freundschaftlicher Kollegialität und Offenheit geprägte Arbeitsklima an der Professur für Neuere Geschichte I von Herrn Görtemaker habe ich stets als überaus inspirierend empfunden.

Der Weg zu dem Thema des vorliegenden Buches war für mich keineswegs automatisch vorgezeichnet, sondern er entwickelte sich aus verschiedenen

Anregungen heraus. Insbesondere denke ich dabei an Dr. Helge Heidemeyer. Er gab mir erste Impulse und regte an, die Studie als externes Forschungsprojekt bei der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien e. V. anzubinden. Die unter dem früheren Generalsekretär der Kommission Dr. Martin Schumacher begonnene Zusammenarbeit ist unter dessen Nachfolger Prof. Dr. Andreas Schulz seit 2008 in sehr vertrauensvoller Weise fortgesetzt worden. Weiterhin bin ich der Kommission für die Aufnahme des Bandes in ihre renommierte Schriftenreihe zu großem Dank verpflichtet. Mit großer Umsicht und Sorgfalt übernahm Andrea Leonhardt die redaktionelle Betreuung des Manuskripts vor der Drucklegung.

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin unterstützte die Entstehung der Untersuchung durch die Gewährung eines Promotionsstipendiums. Doch über den finanziellen Aspekt hinaus, der unbestreitbar im Alltag eines jeden Promovierenden eine zentrale Rolle spielt, weil sich die »praktischen« Dinge des Lebens wie die Ausgaben für die Miete und die Krankenversicherung nicht mit akademischem Enthusiasmus bestreiten lassen, bot die Stiftung mir auch in fachlicher Hinsicht wichtige Inspirationen. Insbesondere die Stipendiatenworkshops vermittelten einen Eindruck von der ganzen Bandbreite der aktuellen DDR-Forschung – und sie gaben die psychologisch ungemein beruhigende Gewissheit, dass man, ganz unabhängig vom eigentlichen Untersuchungsgegenstand, nicht allein steht, sondern dass sich die meisten Doktorandinnen und Doktoranden mit ähnlichen Problemen und Unsicherheiten auseinandersetzen müssen.

Die Recherche zu den Landtagen von Brandenburg und Thüringen sowie zu den in ihnen vertretenen Parteien und Abgeordneten führte mich in zahlreiche Archive, Bibliotheken und Forschungseinrichtungen. Dort begegnete man meinen Anliegen mit großer Aufgeschlossenheit und Hilfsbereitschaft. Allen beteiligten Institutionen möchte ich daher an dieser Stelle ebenfalls herzlich danken. Freundlicherweise erteilten mir Frau Gisela Bloch und Herr Prof. Dr. Georg Ebert die Erlaubnis, für meine Arbeit die Nachlässe des brandenburgischen CDU-Politikers Peter Bloch und des ehemaligen Landtagspräsidenten Friedrich Ebert auszuwerten. Diese werden heute im Landesarchiv Berlin bzw. in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv aufbewahrt.

Die Beschäftigung mit den Geschichten von zwei Parlamenten der Nachkriegszeit birgt die doppelte Gefahr, entweder mit einem zu breiten Pinselstrich über die Landesgeschichte hinwegzugehen oder in ihren unzähligen Details zu versinken. Weder das Eine noch das Andere kann aber ein erstrebenswertes Ziel sein. Dass ich einen für mich überzeugenden Kurs finden und diesen einigermaßen konsequent einhalten konnte, ergab sich nicht zuletzt aus den intensiven Gesprächen mit

zahlreichen Kolleginnen und Kollegen. Mein ausdrücklicher Dank für inhaltliche Anregungen und manche Ratschläge geht dabei insbesondere an Dr. Manfred Agethen, Prof. Dr. Friedrich Beck, Dr. Werner Breunig, Dr. Kristina Hübener, Prof. Dr. Klaus Neitmann, Dr. Matthias Oppermann, Prof. Dr. Hans-Joachim Schreckenbach, Dr. Christina Trittel und Prof. Dr. Hermann Wentker. Bedanken möchte ich mich ebenfalls bei Prof. Dr. Uwe Schaper, dem Direktor des Landesarchivs Berlin. Seitdem ich im Mai 2011 zum Geschäftsführer der am Landesarchiv angesiedelten Stiftung Ernst-Reuter-Archiv berufen worden bin, fühle ich mich dem Haus am Eichborndamm sehr eng verbunden. Herr Schaper hat die Fertigstellung des Manuskripts mit persönlichem Interesse, großer Unterstützung und fachlichem Beistand begleitet.

Die innigsten Gedanken gelten indes meinen Eltern. Ihnen ist dieses Buch in tiefer Zuneigung und Dankbarkeit gewidmet.

Berlin, im Februar 2016

Michael C. Bienert

Inhalt

| | |
|---|-----|
| Vorwort | 5 |
| Einleitung | 13 |
| 1. Ein Ende als Verwaltungsakt | 13 |
| 2. Fragestellungen und Methodik | 17 |
| 3. Forschungsstand und Quellenlage | 26 |
| Erstes Kapitel | |
| Nach dem Zusammenbruch. | |
| Der politische Neuanfang in Thüringen und Brandenburg 1945/46 | 33 |
| 1. Thüringen unter amerikanischer und sowjetischer Herrschaft | 33 |
| a) Amerikanische Besetzung | 33 |
| b) Besatzungswechsel | 39 |
| c) Gründung neuer Parteien | 41 |
| d) »Machtergreifung von links« | 47 |
| 2. Die Provinz Brandenburg in der Nachkriegszeit | 54 |
| a) Kriegsende und Aufbau einer neuen Provinzialverwaltung | 54 |
| b) Bevorzugung der KPD | 60 |
| c) Verspätete Gründung der CDU- und LDP-Landesverbände | 64 |
| d) Zwangsvereinigung von KPD und SPD | 72 |
| Zweites Kapitel | |
| Besatzungspolitische Konkurrenzen. | |
| Die Sowjetunion und der Weg zur Bildung der Landtage | 77 |
| 1. Motive und Hintergründe der Wahlen von 1946 | 77 |
| a) Nachkriegsplanungen der KPD in Moskau | 77 |
| b) Sowjetische Deutschlandpolitik und der Blick nach Westen | 81 |
| c) Die SMAD und die Wahlfrage | 84 |
| 2. Beratende Versammlungen in Brandenburg und Thüringen | 88 |
| a) Bildung der Beratenden Versammlungen | 88 |
| b) Vorparlamentarische Experimentierfelder | 93 |
| 3. Wahlkampf unter ungleichen Bedingungen | 98 |
| a) Vorbereitungen der Besatzungsmacht | 98 |
| b) Inszenierung der SED als staatstragende Partei | 101 |
| c) Beschränkungen der »bürgerlichen« Parteien | 108 |
| d) Eingriffe seitens der SMAD | 112 |
| e) Wahlkampf als Klassenkampf | 118 |

Drittes Kapitel

Zwischen Hoffnung und Ernüchterung.

| | |
|--|-----|
| Der Beginn der parlamentarischen Arbeit | 125 |
| 1. Der halbe Wahlsieg | 125 |
| a) Knappe Mehrheiten in den Landtagen | 125 |
| b) Auswertung der Wahlergebnisse | 128 |
| c) Amateure ziehen in die Parlamente ein | 134 |
| 2. Alternativen zur Regierungsbeteiligung? | 141 |
| a) Entscheidung für Allparteienkoalitionen | 141 |
| b) Ansprüche von CDU und LDP in Brandenburg | 144 |
| c) Streit um das Volksbildungsministerium in Thüringen | 147 |
| 3. Der Griff der SED nach Schlüsselpositionen | 150 |
| a) Vorgaben aus Berlin | 150 |
| b) Landtagspräsidenten | 155 |
| c) Ausschüsse | 166 |
| d) Landtagsverwaltung | 178 |
| e) Die SED-Fraktionen – geschlossene Abstimmungsformationen? | 183 |

Viertes Kapitel

Begrenzte Möglichkeiten.

| | |
|---|-----|
| Verfassungsberatungen und Gesetzgebung der Landtage | 189 |
| 1. Die Parteien und die Verfassungsfrage | 189 |
| a) Verfassungen statt Landesordnungen | 189 |
| b) Verfassungsrechtliche Vorstellungen von CDU und LDP | 194 |
| 2. Verfassungsberatungen im Thüringer Landtag | 198 |
| a) Thüringen als »Sonderfall« | 198 |
| b) Widerstand der Union | 200 |
| c) Vertagung oder Zustimmung? | 209 |
| 3. Verfassungsberatungen im brandenburgischen Provinziallandtag | 219 |
| a) Eine »bürgerliche« Landesverfassung? | 219 |
| b) Erzwungene Revision des Verfassungsentwurfs | 223 |
| 4. Verfassungen mit »Kompromisscharakter«? | 230 |
| 5. Die Besatzungsmacht als Kontrollinstanz | 236 |
| a) »Autoritäre Bürokratie« der SMA | 236 |
| b) Politische Überwachung und dirigistische Einflussnahme | 241 |
| 6. Landtage und Blockprinzip | 253 |
| a) Einbindung der Parlamente in die Blockpolitik | 253 |
| b) Begrenzter Einfluss des brandenburgischen Landesblockausschusses | 260 |

| | |
|--|-----|
| 7. CDU und LDP im parlamentarischen Alltag | 268 |
| a) »Bürgerliche« Eindämmungsstrategien | 268 |
| b) Streit um die parlamentarischen Kontrollrechte | 276 |
| 8. Beteiligung der »bürgerlichen« Fraktionen an der Gesetzgebung | 283 |
| a) Verstaatlichung der Kur- und Bäderbetriebe | 283 |
| b) Verstaatlichung der Bodenschätze | 288 |
| c) Gesetz zur Unterbrechung der Schwangerschaft | 295 |
| d) Herabsetzung des Wahlalters | 307 |
| 9. Regierungskrise in Thüringen 1947 | 314 |
| a) Wahl des Stellvertretenden Ministerpräsidenten | 314 |
| b) Kabinettsumbildung im Mai 1947 | 317 |
| c) Attentat auf August Frölich | 322 |
| d) Flucht des Ministerpräsidenten | 325 |
| e) Liberal- und Christdemokraten in der Defensive | 328 |
| f) Angriffe der SED auf Justizminister Külz | 334 |

Fünftes Kapitel

An der Weggabelung.

| | |
|---|-----|
| Die Landtage und die Sowjetisierung der Besatzungszone | 339 |
| 1. Deutschlandpolitik in engen Grenzen | 339 |
| a) Abgeordnete als Zaungäste der Teilung | 339 |
| b) Auseinandersetzungen um die Volkskongressbewegung | 346 |
| c) Idee einer gesamtdeutschen Vertretung | 353 |
| d) Landtage und Volksbegehren | 355 |
| e) Währungsreform und Berlinkrise | 361 |
| 2. Die Landtage und die staatliche Zentralisierung | 367 |
| a) Widerstand gegen die Zentralverwaltungen | 367 |
| b) Machtzuwachs für die DWK | 373 |
| c) Auseinandersetzungen um den Zweijahresplan | 379 |
| 3. Die Beschlüsse von Werder im Juli 1948 | 388 |
| 4. »Bürgerliche« Fraktionen zwischen Anpassung und Widerstand | 394 |
| a) Parteikrise als Dauerzustand | 394 |
| b) Mandatsaufgaben | 402 |
| c) Einschränkung der Immunität | 407 |
| d) Verhaftung Hermann Beckers | 416 |
| e) Denunziation und Diffamierung | 421 |
| 5. Widerstand gegen die »neuen« Blockparteien | 426 |
| a) Beratende Stimmen für NDPD und DBD | 426 |
| b) Verschiebung der Gemeindevwahl | 433 |
| c) Widerstand auf Nebenschauplätzen | 436 |

Sechstes Kapitel

Säuberung und Verdrängung.

| | |
|--|-----|
| Die Ausschaltung der »bürgerlichen« Fraktionen | 441 |
| 1. Wachsender Anpassungszwang | 441 |
| 2. Verschiebung der Landtagswahlen | 451 |
| 3. Politische Säuberungen und Selbstanpassung in CDU und LDP | 460 |
| a) Nachforschungen der Union zum Abstimmungsverhalten | 460 |
| b) Die Potsdamer LDP-Fraktion und die Parteikrise | 462 |
| c) Ausschaltung der brandenburgischen CDU-Fraktion | 470 |
| d) Landtage im Visier der Säuberungsaktionen | 479 |
| 4. Die Inszenierung der »Volkswahlen« im Oktober 1950 | 483 |
| a) Durchsetzung der Einheitsliste | 483 |
| b) Gesteuerte Wahlkampagne | 488 |
| c) Auswahl der künftigen Landtagsabgeordneten | 494 |

Siebttes Kapitel

Gelenkte Parlamente.

| | |
|---|---------|
| Die Landtage der zweiten Legislaturperiode 1950–1952 | 499 |
| 1. Uniforme Volksvertretungen | 499 |
| a) Parlamentarische Arbeit unter neuen Bedingungen | 499 |
| b) Landtagsabgeordnete im Visier der Staatssicherheit | 509 |
| 2. Abgeordnete als Berichterstatter | 513 |
| 3. Bühne für die Deutschlandpolitik der SED | 521 |
| 4. Auflösung der Parlamente | 529 |
| Zusammenfassung | 539 |
| Anhang | 554 |
| Tabellenverzeichnis | 554 |
| Abkürzungsverzeichnis | 555 |
| Quellen und Literatur | 557 |
| Personenregister | 591 |

Einleitung

1. Ein Ende als Verwaltungsakt

Es war ein bewegender Moment, als August Frölich, der ehrwürdige Präsident des Thüringer Landtags, am 25. Juli 1952 gegen Ende einer sechsstündigen Plenarsitzung noch einmal das Wort ergriff. Sichtlich gerührt von der großen Anteilnahme, die ihm die Abgeordneten und Ehrengäste entgegenbrachten, nutzte er die Gunst der Stunde: Wie in den vergangenen Jahren unzählige Male zuvor, ließ er die Anwesenden ein letztes Mal an dem reichen Erfahrungsschatz aus seinem langen politischen Leben in der Arbeiterbewegung teilhaben. »Lernt, lernt, wo Ihr auch nur in der Lage seid, etwas zu lernen«, ermahnte der 74-Jährige eine Abordnung Junger Pioniere, die ihm kurz zuvor ein Blumenpräsent überreicht hatte, »in meiner Jugend war es nicht so, wir hatten diese Freiheiten und Möglichkeiten nicht, etwas zu lernen. [...] Ich bitte euch, werdet gute, werdet brave und werdet freie Menschen in einem glücklichen und einigen Deutschland, das wir zu erkämpfen die Absicht haben.«¹

Zwar ist unbekannt, ob die Kinder dieser Aufforderung nachgekommen sind oder nicht. Viel bedeutsamer aber war, dass Frölich mit diesen leutseligen Worten eine historisch bedeutsame Sitzung des Thüringer Landtags ihrem Ende entgegenführte. Es ging nämlich keineswegs um die feierliche Verabschiedung eines langgedienten Politikers in den wohlverdienten Ruhestand. Vielmehr umrahmte die festliche Staffage im Plenarsaal in Erfurt mit den Blumengebinden und roten Fahnen eine tiefe Zäsur in der Landesgeschichte Thüringens. Unter dem Beifall der Abgeordneten und den Klängen der Staatshymne der DDR stimmte der Landtag geschlossen für die eigene Auflösung. Indem die Volksvertreter das »Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe des Landes Thüringen« billigten, gaben sie der Abschaffung jener administrativen Strukturen eine rechtliche Legitimation, die 1945 unter der sowjetischen Besatzungsmacht eingerichtet worden waren. Das Land Thüringen wurde in die Bezirke Erfurt, Gera und Suhl überführt. Zum zweiten Mal innerhalb von nur knapp 20 Jahren fügte sich ein Thüringer Landesparlament den zentralistischen Vorgaben einer Diktatur.²

Gleichwohl bestanden zwischen den Einschnitten, wie sie 1933/34 unter den Nationalsozialisten erfolgt waren, und jenen des Jahres 1952 große Unterschiede. Anders als in den 1930er Jahren, als die uniformierten Abgeordneten der

¹ Thüringer Landtag, 2. WP, 18. Sitzung am 25.7.1952, in: AVThLT/III, S. 471–503, hier S. 503 (Beitrag August Frölich, SED).

² Vgl. D. MAREK, Verwaltungsreform, 1999, S. 57f.

NSDAP den Landtag in ein Tollhaus verwandelt hatten³, spielte das Mittel der politischen Einschüchterung und der physischen Gewalt zwei Jahrzehnte später keine Rolle mehr. Zu Saalschlachten kam es 1952 in Erfurt nicht. Vielmehr vollzog sich die Auflösung in geordneten Bahnen. Dem organisatorischen Teil der Abwicklung, die nicht nur Thüringen, sondern auch die übrigen Länder der DDR betraf, lag ein Drehbuch zugrunde, das von den zuständigen Stellen bei der SED-Führung in Ost-Berlin bis ins Detail ausgearbeitet worden war.⁴ Die zentrale Lenkung reichte so weit, dass die im Wortlaut identischen Gesetze in den fünf Landesparlamenten der DDR am gleichen Tag vorgelegt wurden. Sowohl die Tagesordnungen als auch die Inhalte der Redebeiträge, die in Erfurt und Dresden, in Halle, Potsdam und Schwerin gehalten wurden, waren mehr oder weniger austauschbar.⁵

Dass die Auflösung der Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, die teils auf jahrhundertealte partikuläre Traditionen zurückblickten⁶, und ihrer Parlamente von der Staatsleitung der DDR so gleichförmig durchgeführt werden konnte, ergab sich vor allem aus dem Umstand, dass die Volksvertretungen zu diesem Zeitpunkt keinerlei politische Bedeutung mehr besaßen. Anders als ihre Vorgänger von 1933 waren die Landtage der DDR bereits *vor* ihrer Auflösung entmachtet worden. Insofern ging es 1952 nur noch darum, eine leblos gewordene Hülle zu Grabe zu tragen, um »dem Neuen, dem Fortschrittlichen in seiner Entwicklung zu helfen«, wie es der thüringische Innenminister Willy Gebhardt formulierte.⁷

Obwohl die Landtage in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und in der DDR nur zwischen 1946 und 1952 bestanden, wiederfuhr ihnen in dieser kurzen Phase ein gravierender Wandel: Aus Parlamenten, deren Zusammensetzung anfänglich noch einigermaßen den Willen des Volkes widerspiegelte und in denen zunächst – trotz aller Reglementierungen durch die Besatzungsmacht – durchaus versucht wurde, im Sinne tradierter Demokratievorstellungen parlamentarisch zu arbeiten, entwickelten sich »sozialistische Volksvertretungen«, welche die in den Verfassungen festgeschriebenen legislativen Kompeten-

³ Vgl. G. WITZMANN, Thüringen, 1958, S. 179f. – Vgl. auch F. FACIUS, Politische Geschichte, 1978, S. 515f.; B. POST, Nationalsozialistische Machtergreifung, 1999, S. 34. – Zur Bedeutung Thüringens als »Experimentierfeld« der Nationalsozialisten auf dem Weg zur Machtübernahme siehe J. GRASS, Studien, 1997, S. 338–342; J. JOHN, Grundzüge der Landesverfassungsgeschichte, 1993, S. 64–70.

⁴ Vgl. H. MIELKE, Auflösung der Länder, 1995, S. 184; H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, Land Brandenburg, 1998, S. 309.

⁵ Vgl. H. MIELKE, Auflösung der Länder, 1995, S. 113; K.-H. HAJNA, Auflösung der Länder, 1990, S. 88–96.

⁶ Vgl. DERS., Länder – Bezirke – Länder, 1995, S. 20f., 25f., 31f. u. 34f.

⁷ Thüringer Landtag, 2. WP, 18. Sitzung am 25.7.1952, in: AVThL/III, S. 482 (Beitrag Willy Gebhardt, SED).

zen vollständig an Ost-Berlin abgaben. Spätestens mit der Durchsetzung der Einheitswahllisten zu den »Volkswahlen« im Oktober 1950 sanken die Landtage zu »bloßen Repräsentativ- und Akklamationsorganen« der SED-Politik herab.⁸ Die festlichen Dekorationen und die gefälligen Worte der Thüringer Landespolitiker konnten im Juli 1952 also nicht darüber hinwegtäuschen, worum es sich bei den Veranstaltung tatsächlich handelte: um den feierlichen Abschluss eines längst überfällig gewordenen Verwaltungsaktes.

Heute sind die Landtage der SBZ/DDR aus dem historischen Gedächtnis der Deutschen weitestgehend verschwunden. Man kann sie durchaus als »vergessene Parlament[e]« bezeichnen.⁹ Selbst manche Fachleute haben Schwierigkeiten, die Existenz der Landtage und ihre einmalige Bedeutung zu bestimmen. So findet sich beispielsweise in dem von Andreas Herbst, Winfried Ranke und Jürgen Winkler 1994 veröffentlichten dreibändigen Nachschlagewerk *So funktionierte die DDR*, in welchem die wichtigsten Organisationen und Funktionäre des SED-Regimes aufgeführt sind, weder ein Eintrag zu den Ländern noch zu den Landtagen.¹⁰

Dieses offenkundige Vergessen, für das sich viele weitere Belege anführen lassen, hat mehrere Gründe. Zunächst muss in Betracht gezogen werden, dass die Existenz von Ländern und Landtagen nur eine sehr kurze Episode in der Geschichte des sogenannten Arbeiter- und Bauernstaates ausfüllte. In der landläufigen Wahrnehmung wurde das administrative Bild der DDR von den Bezirken dominiert. Obwohl sich zeigte, dass in vielen Regionen – etwa in Sachsen, Brandenburg und Mecklenburg – landesgebundene Traditionen und Identitäten im Bewusstsein der Bevölkerung nach 1952 fortlebten¹¹, galt dieser Befund keineswegs für die Landtage als Institutionen. Anders als in der föderal geprägten Bundesrepublik, wo die Länder und ihre Parlamente nach 1945 trotz mancher Kritik insgesamt als wichtige Pfeiler der freiheitlich-demokratischen Grundordnung verstanden wurden¹², existierte eine solche positiv besetzte Interpretation im demokratischen Zentralismus naturgemäß nicht. Vielmehr sah das offizielle DDR-Geschichtsbild in den Landtagen seit den 1950er Jahren lediglich »bourgeoise« Relikte einer vergangenen Zeit. Ihre einstige Bedeutung wurde

⁸ M. KOCH, Landtage, 1993, S. 329.

⁹ C. EGER, »Das vergessene Parlament«, in: Mitteldeutsche Zeitung vom 30.1.2007. – Vgl. auch das Vorwort des Staatsministers Rainer Robra (CDU), in: C. TRITTEL, Die Abgeordneten des ersten Landtages von Sachsen-Anhalt, 2007, S. 7.

¹⁰ A. HERBST/W. RANKE/J. WINKLER, *So funktionierte die DDR*, 1994.

¹¹ Vgl. MIELKE, Auflösung der Länder, 1995, S. 163.

¹² Vgl. E. CONZE, Suche nach Sicherheit, 2009, S. 132; M. Görtemaker, Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, 1999, S. 118; A. GOTTHARD, Einleitung, S. 27f. u. 31; F. KAHLENBERG, Zum Problem des Föderalismus, 1999, S. 119–128; H. KÜPPERS, Föderalismus, 1997, S. 65–79; G. METZLER, Einheit und Konkurrenz, 2001, S. 232–256.

heruntergespielt. Die Volksvertretungen seien nach dem Zweiten Weltkrieg lediglich dazu wiederbelebt worden, so lautete die staatlich vorgegebene Sichtweise, um als zeitweiliges Zugeständnis an die alten »bürgerlichen« Kräfte den Übergang in den Sozialismus zu erleichtern. Taktische Motive hätten das Verhältnis der SED zu den Parlamenten bestimmt:

»Bei gleichzeitiger personeller und institutioneller Zerschlagung des alten Staatsapparates vollzog sich der Prozeß der Errichtung der antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht. Dabei wurden traditionelle bürgerlich-demokratische staatliche Institutionen von der Arbeiterklasse ausgenutzt mit dem Ziel, ihren bürgerlichen Klasseninhalt zu überwinden. Dazu gehörten die Landtage.«¹³

Im Zuge der Neugründung der ostdeutschen Länder 1990 wurde zwar in weiten Teilen auf die alten Nachkriegsgrenzen zurückgegriffen. Auch bemühten sich die eingesetzten Arbeitsgruppen in den Bezirken, die vom Ministerrat der DDR mit den Vorbereitungen zur Bildung von Bundesländern beauftragt worden waren, die Landesverfassungen von 1946/47 in ihre Überlegungen mit einzubeziehen.¹⁴ Gleichwohl konnte das historische Erbe der einstigen Landtage nicht dauerhaft positiv besetzt werden. Vielmehr dienten sie als Negativfolie und als Mahnung, die Fehler der Vergangenheit fortan zu vermeiden. Eine kritisch-differenzierte Anknüpfung an die parlamentarischen Landestradi-tionen der Nachkriegszeit schied angesichts des atemraubenden Tempos, mit dem sich die Veränderungen in der DDR 1989/90 vollzogen, fast zwangsläufig aus.

Dass man 1990 in der alten Bundesrepublik ebenfalls über nur vage Vorstellungen von der Bedeutung der DDR-Landesparlamente verfügte, erklärte sich hingegen nicht zuletzt aus dem gravierenden Problem des Aktenzugangs. Fast vier Jahrzehnte lang war das vorhandene Quellenmaterial in den Archiven der DDR der westlichen Forschung praktisch unzugänglich. Somit bewegte sich das Wissen über die Parlamente im Westen lange Zeit auf einem Kenntnisstand, der sich in den meisten einschlägigen Publikationen zur SBZ/DDR ka-

¹³ W. KÜNZEL, Landtage, 1972, S. 10.

¹⁴ Vgl. W. E. BURHENNE, Vorwort, in: DERS. (Hrsg.), Verfassungen und Landtags-Geschäftsordnungen, 1990, S. 5; A. FUNK, Föderalismus in Deutschland, 2010, S. 348; M. GÖRTEMAKER/M. BIENERT/R. DAMBON, Das Bundesland, 2010, S. 148; K.-H. HAJNA, Länder – Bezirke – Länder, 1995, S. 183f.; J. LINCK, Wie ein Landtag laufen lernte, 2010, S. 119; S. REINHARDT, Der Landtag Brandenburg, 1998, S. 327; M. RICHTER, Die Entstehung der neuen Bundesländer, 2007, S. 279–281. – Vgl. auch das Protokoll der Sondersitzung des Arbeitsausschusses zum Referentenentwurf der Verfassung des künftigen Landes Brandenburg vom 23.8.1990, abgedr. in: K. ADAMY/K. HÜBENER (Hrsg.), Geschichte der Brandenburgischen Landtage, 1998, S. 362–379, bes. S. 365.

nonisch wiederholte. Darüber hinaus empfand das Gros der bundesdeutschen Historiker das Bestehen der Landtage als zu kurzlebig, die von ihnen ausgehenden politischen Impulse wirkten angeblich zu schwach, als dass eine nähere Beschäftigung lohnend erschienen wäre. Bis in die 1990er Jahre hinein sah man in ihnen einzig ein »Vorspiel des anschließenden SED-Staates [...], ein demokratisches Experiment ›im Schatten der Diktatur«, das von Beginn an zum Scheitern verurteilt gewesen wäre.¹⁵ Diese Bilanz beruhte nicht zuletzt auf Einschätzungen von Zeitgenossen. Bereits Anfang der 1960er Jahre hielt der ehemalige Oberbürgermeister von Dresden, Gustav Leißner, fest, dass die einzige Aufgabe der Landtage darin bestanden habe, die »echten Absichten der Besatzungsmacht und ihres kommunistischen Vortrupps« zu kaschieren.¹⁶ Sie seien folglich so etwas wie ein parlamentarisches Feigenblatt gewesen. Der einstige zweite Vorsitzende der Ost-CDU, Ernst Lemmer, der von 1946 bis 1949 selbst Mitglied des Landtags der Mark Brandenburg gewesen war, bezeichnete die Volksvertretungen schlicht als »bedeutungslose Einrichtungen«. Das Parlament in Potsdam habe nur die »parlamentarisch-demokratische Fassade für die sowjetische Besatzungsmacht und ihre SED-Freunde« abgegeben.¹⁷

2. Fragestellungen und Methodik

Mehr als 25 Jahre nach dem Ende der SED-Diktatur können solche apodiktisch anmutenden Urteile nicht mehr ungeprüft im Raum stehen bleiben. Vielmehr erscheint es aufgrund des nunmehr verfügbaren Aktenbestandes dringend geboten, ein differenzierteres Bild von der Geschichte der Landtage zu zeichnen. Hinter ihrer Entwicklung verbarg sich mehr als nur das Scheitern von »Scheinparlamenten«. Trotz aller gravierenden Einschränkungen, die zweifelsohne von Beginn an bestanden, erwiesen sich die Landtage gerade in den ersten Jahren ihres Bestehens als wichtige Elemente des verfassungsrechtlichen Rahmens in der SBZ. Sie markierten eine Schnittstelle zwischen den zentralen Entscheidungsträgern in Berlin und den administrativen Ebenen in den Ländern. Viele Maßnahmen, die in der Nachkriegszeit von der Besatzungsmacht und der SED ausgingen, gewannen über die Landesgesetzgebung ihre formal-rechtliche Geltungskraft. Zu einer Zeit, als der Wirkungskreis zentraler Verwaltungsinstanzen noch stark begrenzt war, besaßen die Landtage für die Umsetzung der politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen, die von der DDR-Historiografie mit dem euphemistischen Begriff der »antifaschistisch-demokratischen Umwälzung«

¹⁵ E. HOLTSMANN, Geleitwort, in: C. Trittel, Landtagsfraktionen, 2006, S. VII.

¹⁶ G. LEISSNER, Verwaltung und öffentlicher Dienst, 1961, S. 57.

¹⁷ E. LEMMER, Manches war doch anders, 1968, S. 276.

bezeichnet wurden¹⁸, deshalb einige Relevanz. Auf der anderen Seite erwiesen sich die Landtage gleichzeitig als Orte, an denen Widerstand gegen die Sowjetisierungsmaßnahmen in der SBZ artikuliert wurde. Die Volksvertretungen repräsentierten daher ein sehr widersprüchliches Kapitel des deutschen Parlamentarismus und der Verfassungsgeschichte im 20. Jahrhundert.¹⁹

Darüber hinaus kann die wissenschaftliche Beschäftigung mit den Landtagen dazu beitragen, zu verstehen, wie sich die SED-Diktatur auf der Mesoebene etablierte und schließlich durchzusetzen vermochte.²⁰ Damit bietet sich ein geradezu ideales Untersuchungsfeld für eine »inkludierende« Landesgeschichte, bei der landesspezifische Eigenschaften und Differenzierungen ebenso zum Tragen kommen wie gesamtzonale Verflechtungen und Abhängigkeiten sowie übergeordnete administrative und parteiorganisatorische Strukturen.²¹

Im Mittelpunkt der vorliegenden Studie stehen zwei Themenkreise. Aus ihnen leiten sich die erkenntnisleitenden Fragen ab. Der erste Themenkomplex fokussiert sich auf den grundsätzlichen Stellenwert der Landtage im politischen System der SBZ/DDR. Es stellt sich die Frage nach den Kompetenzen der Parlamente. Laut den 1946/47 verabschiedeten Verfassungen fungierten die Landtage als »höchste demokratische Willensträger« in den fünf Ländern der Besatzungszone.²² Doch welchen Wert hatte diese Aussage in einer Zeitspanne, die von großen Teilen der zeithistorischen Forschung mit dem von Klaus-Dietmar Henke eingeführten Begriff der »Diktaturdurchsetzung« charakterisiert wird?²³ Um hierauf Antworten zu finden, muss es darum gehen, die in den Verfassungen verankerten Rechte und Zuständigkeiten auf ihren Wirklichkeitsgehalt hin zu überprüfen. Die allgemeinen historischen Rahmenbedingungen sind dabei ebenso zu berücksichtigen wie die Frage nach den Handlungsspielräumen der Landtage bei der konkreten Gestaltung von Politik.

In welchem Umfang gab es in den parlamentarischen Gremien und Ausschüssen, in den Fraktionen sowie während der Debatten in den Plenarsälen

¹⁸ Vgl. etwa S. DOERNBERG, Die Geburt des neuen Deutschland, 1959; R. BADSTÜBNER, Deutsche Geschichte, Bd. 9, 1989. – Siehe dazu auch R. TH. BAUS, Die »antifaschistisch-demokratische Umwälzung«, 2002, S. 100f. u. 110f.; H. WEBER, Die DDR 1945–1990, 2006, S. 137f.

¹⁹ Vgl. M. BOTZENHART, Deutsche Verfassungsgeschichte, 1993, S. 216–218.

²⁰ Vgl. T. GROSSBÖLTING/H. U. THAMER, Errichtung der Diktatur, 2003, S. 1.

²¹ Vgl. D. BRUNNER, Der Schein der Souveränität, 2006, S. 6f.

²² Art. 8 der Verfassung des Landes Thüringen vom 20.12.1946, abgedr. in: G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 480–491, hier S. 482. Gering abweichende oder sogar identische Formulierungen finden sich ebenfalls in den anderen Landesverfassungen.

²³ K.-D. HENKE, Deutschland – zweierlei Kriegsende, 1998, S. 353; A. HILGER/M. SCHMEITZNER/U. SCHMIDT (Hrsg.), Diktaturdurchsetzung, 2001; S. DONTH/M. SCHMEITZNER, Die Partei der Diktaturdurchsetzung, 2002; R. BEHRING/M. SCHMEITZNER, Einleitung, 2003, S. 9–17. – Zur Kritik an dem Begriff der »Diktaturdurchsetzung« siehe D. HOFFMANN, Nachkriegszeit, 2011, S. 57.

die Möglichkeit zu offenen und kritischen Diskussionen? Die leidenschaftlichen Debatten um die Landesverfassungen, die Wirtschaftspolitik oder den Schwangerschaftsabbruch in den Jahren 1946 bis 1948 legen eine solche Annahme zumindest nahe. Wie ordneten sich die Parlamente in die von der Sowjetischen Militäradministration installierten Machtstrukturen ein? Hierbei muss insbesondere das Prinzip der Blockpolitik Berücksichtigung finden, das sich für die SED als »das Kernstück ihrer bündnispolitischen Konzeption« erwies.²⁴

Das Modell zur Blockpolitik war seit 1944 verstärkt in den Mittelpunkt der Nachkriegsplanungen der ins Moskauer Exil geflüchteten KPD-Führung gerückt. Es basierte auf taktischen Überlegungen, welche der kommunistischen »Volksfront«-Konzeption der 1930er Jahre entlehnt waren. Der Blockpolitik lag die Auffassung zugrunde, dass es für eine grundlegende Veränderung der bestehenden Strukturen in Deutschland nach dem Sieg über Hitler notwendig sei, ein breites Bündnis aller »antifaschistisch-demokratischen Kräfte« zu schaffen. Hierunter fielen in der Moskauer Lesart nicht nur Kommunisten, sondern ebenso Sozialdemokraten und kooperationswillige »bürgerliche« Kräfte.²⁵ In einem solchen zu schmiedenden Bündnis betrachtete sich die KPD als die richtungsweisende Kraft. Zwar räumte die Blockpolitik formal allen Beteiligten eine gleichberechtigte Position ein. Bei sämtlichen Beschlüssen und Entscheidungen galt das Prinzip der Einstimmigkeit. Die Wirklichkeit zeigte allerdings, dass die Entscheidungshoheit bei den Kommunisten lag. Mit energischer Unterstützung der Besatzungsmacht gelang es ihr nach Kriegsende tatsächlich, das Blockprinzip zur Durchsetzung ihres Führungsanspruchs zu nutzen.²⁶ Wie auch in den anderen von der Roten Armee befreiten und besetzten Staaten Ost- und Mitteleuropas diente das Konzept der Blockpolitik, das im Sommer 1945 auf allen administrativen Ebenen in der SBZ eingeführt wurde, den Kommunisten als ein äußerst effektives Instrument, um ihre Maßnahmen nach außen in das scheinbare Gewand der Legitimität und des überparteilichen Konsenses zu kleiden.²⁷

²⁴ S. SUCKUT (Hrsg.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 31.

²⁵ An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass die Verwendung des Adjektivs »bürgerlich«, wie es in solchen Verbindungen wie etwa »bürgerliche« Kräfte und »bürgerliche« Parteien vorkommt, der marxistischen Terminologie entstammt. In deren Kontext besaß die Zuordnung immer eine abwertende Konnotation. Insofern ist der Gebrauch des Begriffs problematisch. Gleichwohl bietet er eine gute Möglichkeit, um die beiden nichtkommunistischen Parteien CDU und LDP in der SBZ/DDR summarisch zu fassen – auch wenn in beiden Parteien nachweislich viele Mitglieder aktiv waren, die aus soziologischer Betrachtung nicht dem Bürgertum zuzuordnen waren (z. B. Bauern, Handwerker, Studenten, Kleinunternehmer). In der vorliegenden Studie wird das Adjektiv deshalb immer in Anführungszeichen verwendet.

²⁶ Vgl. P. ERLER/H. LAUDE/M. WILKE (Hrsg.), »Nach Hitler kommen wir«, 1994, S. 89–99 u. 106.

²⁷ Vgl. S. SUCKUT (Hrsg.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 21f. – Zur allgemeinen Block- und Bündnispolitik in den Staaten Osteuropas siehe S. CREUZBERGER/M. GÖRTEMAKER, Das Problem der Gleichschaltung, 2002, S. 422f. u. 428–433.

Aber wie gestaltete sich das Verhältnis zwischen den auf Länderebene bestehenden Blockausschüssen und den im Oktober 1946 gewählten Landtagen? Die herausgehobene Stellung der Parlamente musste zwangsläufig mit den Ansprüchen der Landesblockausschüsse kollidieren, die fortexistierten, obwohl sie in den Verfassungen gar nicht vorgesehen waren.²⁸ Trifft Siegfried Suckuts These zu, dass die Landesblockausschüsse mit der Bildung der Landtage weiter an Bedeutung gewannen und dass sie – quasi als übergeordnete Instanzen – die Arbeit der Volksvertretungen in einem hohen Maße mitbestimmten?²⁹ Oder ergaben sich nicht vielmehr Reibungen und Friktionen zwischen den Institutionen, zumal die gewählten Landtage für sich in Anspruch nehmen konnten, den Willen der Bevölkerung zu repräsentieren? Auch das Verhältnis der Landtage zu anderen Entscheidungsträgern, etwa der SED-Führung, den Landesregierungen, der sowjetischen Besatzungsmacht und den Deutschen Zentralverwaltungen, ist zu prüfen. Hierbei wird das engmaschige, doch keineswegs undurchlässige Netz der politischen Kontrolle zu berücksichtigen sein, das von Beginn an den Handlungsfeldern der Parlamente Grenzen setzte.

Neben einem auf die Institutionen gerichteten Blick muss gleichfalls das informelle Netzwerk-Handeln in den Landtagen Berücksichtigung finden. 2005 veröffentlichten mehrere am Institut für Zeitgeschichte tätige Historiker einen programmatischen Aufsatz, in welchem sie dazu aufriefen, stärker als bisher die Binnenstrukturen von Funktionärgruppen der DDR in den Blick zu nehmen. Hierdurch sei es möglich, interne Dynamiken, aber auch Interessengegensätze, alternative Konzeptionen und nicht zuletzt Machtrivalitäten innerhalb ausgewählter Gruppen von Entscheidungsträgern zu rekonstruieren. Ein solches Vorgehen könne es ermöglichen, so die Autoren, hinter die Fassade des scheinbar monolithischen Herrschaftssystems der SED-Diktatur zu schauen.³⁰ Überträgt man diese Forderung auf die Landtage, dann birgt der Ansatz einige Anknüpfungspunkte. Die Landesparlamente wurden anfänglich durch ein beachtliches Maß an personellen Kontinuitäten aus der Weimarer Republik geprägt. Die führenden Köpfe der Fraktionen kannten sich teilweise seit geraumer Zeit. Viele von ihnen waren im »Dritten Reich« Verfolgungen und staatlicher Willkür ausgesetzt gewesen. Ergab sich aus diesen Erfahrungen ein gemeinsames Verständnis von Politik, das über den »antifaschistischen Grundkonsens« hinausreichte? Auch die Frage nach einer politischen Kultur, die sich über bestimmte Werte und Normen wie etwa sittliche Überzeugungen und Einstellungen zu Freiheit

²⁸ Vgl. S. SUCKUT, Block-Ausschüsse, 1993, S. 606f.

²⁹ Vgl. ebd., S. 607. – Diese Einschätzung teilt auch F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. XLIII.

³⁰ Vgl. H. BISPINCK/D. HOFFMANN/M. SCHWARTZ/P. SKYBA/M. UHL/H. WENTKER, Die Zukunft der DDR-Geschichte, 2005, S. 551f.

und Demokratie definierte, fällt in diesen Bereich. Resultierten daraus persönliche Nähen zwischen den Akteuren, die sich wiederum auf die Entscheidungen in den Parlamenten auswirkten?

Der zweite Themenkreis betrifft die Möglichkeiten und Grenzen oppositionellen Handelns in den Landtagen. Aus der Sicht vieler CDU- und LDP-Abgeordneter, aber auch für viele ehemalige Sozialdemokraten in den Reihen der SED schien der Weg in die Diktatur 1946 und 1947 keineswegs vorgezeichnet. Vielmehr verstanden die meisten »bürgerlichen« Volksvertreter die Aufgaben der Parlamente aus einem traditionellen Demokratieverständnis heraus, dessen Wurzeln ins 19. Jahrhundert zurückgingen. Sie sahen in den Landtagen Orte, an denen um die besten politischen Lösungen für die drängenden Probleme der Zeit zu ringen war. Inwieweit gelang es den christ- und liberaldemokratischen Abgeordneten, Kritik an der einseitigen Entwicklung in der SBZ sowie an offenkundigen Missständen zu üben? Auf welche parlamentarischen Mittel konnten sie zurückgreifen, um die Folgen der Sowjetisierung, die bereits mit dem Einmarsch der Roten Armee 1945 begonnen hatte, zu begrenzen? Wie reagierten die »bürgerlichen« Fraktionen auf die wachsende kommunistische Drohkulisse und die schleichende Entmachtung ihrer Volksvertretungen? War Opposition auf parlamentarischer Ebene möglich – und falls ja, welche Erfolge konnte sie verbuchen? Wo lagen ihre Versäumnisse?

Dabei bedarf die Verwendung des Oppositionsbegriffs einiger Vorbemerkungen. Demokratietheoretisch kommt in einem parlamentarischen System der Opposition die Aufgabe zu, die Regierung zu kontrollieren und politische Alternativen aufzuzeigen.³¹ Der Machtwechsel ist ein Wesensmerkmal der parlamentarischen Demokratie, die Opposition von heute die »Regierung von morgen«.³² Eine auf diese Weise definierte Opposition existierte in den Landtagen der SBZ/DDR freilich zu keinem Zeitpunkt. Dafür waren zwei Gründe ausschlaggebend: Erstens stellte die Unterscheidung zwischen einer Regierungs- und einer Oppositionsbank nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zunächst in keiner der vier Besatzungszonen ein sonderlich gefragtes Konzept dar.³³ Entscheidender war jedoch zweitens, dass in der SBZ die Besonderheit bestand, dass sämtliche Parteien nach den Wahlen vom Herbst 1946 in den Landesregierungen vertreten waren. Die Blockpolitik verwischte die funktionale Trennung zwischen Regierung und parlamentarischer Opposition. Sie band bewusst alle Parteien in die landespolitische Verantwortung mit ein, wenngleich die Entscheidungen von der SMAD und der SED vorgegeben wurden.

³¹ Vgl. S. SCHÜTTEMEYER, *Opposition*, 2005, S. 638–640.

³² E. BUSCH, *Parlamentarische Kontrolle*, 1991, S. 23.

³³ Vgl. D. THRÄNHARDT, *Opposition*, 2003, S. 454.

Versteht man den Oppositionsbegriff hingegen allgemeiner als Ausdruck politischer Gegnerschaft bzw. Rivalität, dann wird ersichtlich, dass er zur Beschreibung des Verhaltens vieler Landtagsabgeordneter von CDU und LDP durchaus seine Berechtigung hat. Trotz mancher Bemühungen um eine Vereinheitlichung existiert allerdings bis heute in der zeitgeschichtlichen Forschung keine generell anerkannte Definition des Terminus.³⁴ Karl Wilhelm Fricke verwendet »Opposition« und »politische Gegnerschaft« synonym.³⁵ Erhart Neubert betont hingegen die Unterschiede zwischen den drei Kategorien »Widerspruch«, »Opposition« und »Widerstand«. Als Kriterium zur Differenzierung zwischen den beiden letztgenannten Termini erörtert Neubert die Frage der Legalität widerständigen Handelns. Demnach betrieben Gegner des SED-Regimes in dem Augenblick Opposition, »wenn sie auf der Grundlage verbindlicher Normen und verbindlichen Rechts die Machtträger zur Einhaltung dieser Normen und Rechtssetzungen zu veranlassen suchten, um deren Macht zu begrenzen. Dazu konnte auch gehören, an der Schaffung rechtlicher Grundlagen mitzuarbeiten oder nach Rechtersatz zu suchen.«³⁶ In weiten Teilen kann diese Definition auch für die vorliegende Untersuchung maßgeblich sein.

Doch reichten die Ambitionen vieler christ- und liberaldemokratischer Landtagsabgeordneter über die Anmahnung zur Einhaltung rechtlicher Normen weit hinaus. Es ging nicht nur darum, in den Landtagen die Sowjetisierungsmaßnahmen aufzuhalten oder sie zumindest vorläufig abzuschwächen.³⁷ Vielmehr erhoben die nichtkommunistischen Volksvertreter in den Landesparlamenten anfänglich selbstbewusst den Anspruch auf Eigenständigkeit. Zweifellos verband sich damit der Wille zur Umsetzung eigener politischer Vorstellungen und zur Profilierung vor der Wählerschaft. Dieser Sachverhalt spricht für die Überlegungen Christoph Kleßmanns, der unter Opposition »eine zumindest ansatzweise organisierte Form der Abweichung von der herrschenden politischen Linie mit erkennbaren ideologischen und politischen Alternativkonzepten« versteht.³⁸ Inwieweit den »bürgerlichen« Abgeordneten die Durchsetzung solcher abweichender Vorstellungen gelang und wie sie reagierten, als sie erkannten, dass sie den Veränderungen und Repressionen in der SBZ kaum etwas entgegensetzen konnten, gehört zu den Kernfragen der Studie.

³⁴ K. FRICKE, *Widerstand und Opposition*, 1995, S. 15.

³⁵ DERS., *Opposition und Widerstand in der DDR*, 1984, S. 13. – Vgl. auch R. ECKERT, *Widerstand und Opposition*, 2001, S. 27–36.

³⁶ E. NEUBERT, *Geschichte der Opposition*, 2000, S. 29; DERS., *Typen politischer Gegnerschaft*, 2000, S. 18.

³⁷ Vgl. K. FRICKE, *Opposition und Widerstand in der DDR*, 1984, S. 54.

³⁸ C. KLESSMANN, *Opposition und Resistenz*, 1996, S. 453f.

Dagegen zielt der Begriff des »Eigen-Sinns«³⁹, der in der vorliegenden Untersuchung nur eine marginale Rolle spielt, vornehmlich auf einen gesellschafts- und alltagsgeschichtlichen Horizont. Dieser Befund lässt es ratsam erscheinen, das Verhalten vieler nichtkommunistischer Abgeordneter besser mit den von der Politikgeschichte geprägten Begrifflichkeiten »Opposition«, »Widerspruch« und »Widerstand« zu betrachten und es an diesen Maßstäben zu messen.

Doch wo genau endete oppositionelles Handeln und wo begann Mitverantwortung? Kann man von einer Oppositionshaltung wirklich sprechen, wenn Abgeordnete in manchen Feldern, die sie für weniger wichtig erachteten, die Gesetzesvorlagen der SED mittrugen – obwohl sie den Interessen der eigenen Partei widersprachen –, weil sie sich dadurch eventuell Verhandlungsräume bei Themen erhofften, die sie für wesentlicher erachteten? Wie noch darzulegen sein wird, wurde diese Strategie von Christ- und Liberaldemokraten in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen mehrfach angewandt. Wog die Mitarbeit, oder schärfer formuliert: die Mithilfe bei der Etablierung der SED-Herrschaft, nicht oppositionelles Verhalten in anderen Belangen auf? Lagen hier die Wurzeln jener Anpassungsbereitschaft und Servilität seitens der »bürgerlichen« Parteien, die Christian von Ditfurth in seinem 1991 erschienenem Buch *Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt* bemängelt hat?⁴⁰ Bestanden für CDU und LDP überhaupt realistische Möglichkeiten zu einer grundsätzlichen Opposition unter den Bedingungen sowjetischer Besatzungsherrschaft?

Es würde den Rahmen dieser Studie sprengen, den skizzierten Fragestellungen für sämtliche Landtage in der SBZ/DDR nachzugehen. Zweifellos sind Kriterien, die eine Auswahl rechtfertigen, nahezu immer anfechtbar. Dennoch gibt es mehrere Gründe, die dafür sprechen, die Landtage von Brandenburg und Thüringen in den Mittelpunkt der Untersuchung zu stellen.

Bei der Provinz Brandenburg handelte es sich um das flächenmäßig größte Land der SBZ. Wie Sachsen und weite Teile Mecklenburgs konnte es auf eine sehr lange eigenständige landesgeschichtliche Tradition zurückblicken, deren Anfänge im Frühmittelalter lagen. Unter der Regentschaft der Hohenzollern stieg die Mark Brandenburg zum Kernland des preußischen Staates auf. Den verwaltungsrechtlichen Status einer Provinz behielt Brandenburg bis nach dem Zweiten Weltkrieg.⁴¹ Erst infolge der formellen Auflösung des Staates Preußen durch den Alliierten Kontrollrat am 25. Februar 1947 wurde die Provinz in ein

³⁹ Vgl. TH. LINDENBERGER, *Die Diktatur der Grenzen*, 1999, S. 23–26; DERS., *SED-Herrschaft als soziale Praxis*, 2007, S. 23–47.

⁴⁰ C. v. DITFURTH, *Blockflöten*, 1991. – Zum aktuellen Stand der Diskussion siehe M. LÜHMANN, *Verdrängte Vergangenheit*, 2009, S. 96–104.

⁴¹ Vgl. dazu I. MATERNA/W. RIBBE (Hrsg.), *Brandenburgische Geschichte*, 1995; K. NEITMANN/F. BECK/F. GÖSE, *Die Mark*, 2010, S. 14–57; K. HÜBENER/F. GÖSE, *Die Provinz*, 2010, S. 58–97.

Land umgewandelt. Die parlamentarischen Wurzeln in Brandenburg reichten bis zu den Vertretungen der Provinzial- und Kommunalstände in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurück. Ein Gesetz König Friedrich Wilhelms III. hatte 1823 den ersten brandenburgischen Provinziallandtag ins Leben gerufen.⁴²

Trotz der immensen territorialen Verluste jenseits der Oder, die auf der Potsdamer Konferenz bestätigt wurden, konnte sich Brandenburg einen Teil seines ehemaligen herausgehobenen Status in der SBZ weiterhin bewahren. Das erklärte sich nicht zuletzt aus der engen Verflechtung des Landes mit der ehemaligen Reichshauptstadt.⁴³ Hinsichtlich der Bevölkerungsverteilung war für Brandenburg ein Stadt-Land-Gefälle kennzeichnend, das sich auch in großen politischen Gegensätzen niederschlug: Während die wenigen städtischen Zentren wie Potsdam, Brandenburg an der Havel, Cottbus und Frankfurt an der Oder sowie die Kleinstädte seit dem Kaiserreich durch einen starken Einfluss der Arbeiterbewegung geprägt waren, zeigte sich das agrarische Umland eher konservativ ausgerichtet. Das machte sich dann bei der Landtagswahl im Oktober 1946 bemerkbar.⁴⁴

Im Gegensatz zu Brandenburg reicht die territoriale Geschichte des Landes Thüringen nur bis in die Weimarer Republik zurück. 1920 schlossen sich die bis dahin sieben selbstständigen Kleinstaaten Sachsen-Weimar-Eisenach, Sachsen-Meiningen, Gotha, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt und Reuß zum Land Thüringen zusammen. Durch die Kreisordnung von 1922 wurde die jahrhundertelange räumliche Zersplitterung in mehr als 80 Gebiete endgültig überwunden. Nach dem Zweiten Weltkrieg erweiterte sich das Territorium um Teile des preußischen Regierungsbezirks Erfurt.⁴⁵

Aufgrund seines kleinstädtischen Charakters galt Thüringen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts als eine Hochburg des Bürgertums. Insbesondere für die Liberaldemokraten besaß das Land einen erheblichen politischen Wert. Zwar war die LDP weit entfernt von der einstigen Bedeutung der zahlreichen liberalen Parteien, die in den thüringischen Staaten im 19. Jahrhundert in der Lage gewesen waren, bei Wahlen stabile Mehrheiten zu gewinnen. Gleichwohl verfügten die Liberaldemokraten in den ersten Nachkriegsjahren über eine breite Unterstützung. Sie ermöglichte es, dass ihre Partei bei den Gemeinde- und Landtagswahlen 1946 hinter der SED als zweitstärkste Kraft in die Volksvertretung

⁴² Vgl. F. BECK, Die brandenburgischen Provinzialstände, 1998, S. 11–21.

⁴³ Vgl. B. FAIT, (Mark) Brandenburg, 1993, S. 80f.; H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, Land Brandenburg, 1998, S. 225–228; H.-J. SCHRECKENBACH, Der Aufbau einer neuen Verwaltung, 1995, S. 223–264.

⁴⁴ Vgl. B. FAIT, (Mark) Brandenburg, 1993, S. 82f.; H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, Land Brandenburg, 1998, S. 235–239.

⁴⁵ H. A. WELSH, Thüringen, 1993, S. 167f.

gen einziehen konnte. Der LDP-Landesverband zählte nicht nur in der SBZ zu den wichtigsten und einflussreichsten Verbänden. Nicht von ungefähr fanden die erste gesamtdeutsche Delegiertentagung der LDP 1946 sowie die beiden Parteitage von 1947 und 1949 in Eisenach und Erfurt statt.⁴⁶ Die traditionellen konfessionellen Bindungen spielten in Teilen des Landes eine ebenfalls nicht zu unterschätzende Rolle. Hiervon konnte etwa die CDU profitieren. Im katholischen Eichsfeld, das lange Zeit durch die Zentrumsparterie geprägt worden war, gewann die Union nach Kriegsende ein großes Wählerpotenzial.⁴⁷ Gleichwohl blieben die Katholiken in Thüringen, das zu den Kerngebieten der Reformation zählte, in der Minderheit.

Das im Gegensatz zu Brandenburg weit entwickelte und industrialisierte Land geriet bei Kriegsende infolge des Frontverlaufs für wenige Monate unter amerikanische Kontrolle. Die meisten Volksvertreter der CDU und LDP, die 1946 in den Landtag einzogen, hatten ihren politischen Weg unter dem US-Sternenbanner begonnen. Das unterschied sie von ihren Parteikollegen in Brandenburg, wo die sowjetische Besatzungsmacht Einfluss auf den politischen Neuanfang genommen hatte. Es ist daher zu fragen, ob sich in dem ersten Landtag noch Auswirkungen der amerikanischen Besatzung zeigten – etwa in einem selbstbewussteren Auftreten der »bürgerlichen« Parlamentarier oder in einer strukturellen Schwäche der SED. Anders als in Potsdam, wo die »bürgerlichen« Parteien bei der Landtagwahl 1946 die absolute Mehrheit erreichten, scheiterten sie in Thüringen knapp an der SED. Daraus ergibt sich die Frage, ob aus den unterschiedlichen Mehrheitsverhältnissen in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen verschiedene politische Konsequenzen resultierten? Setzten die Einheitssozialisten in den Ländern auf unterschiedliche Strategien, um den eigenen Machtanspruch durchzusetzen?

Der Forschungsansatz zielt auf eine komparativ-landesgeschichtliche Perspektive, in der Absicht, allgemeine Entwicklungen in der Phase der »Diktaturdurchsetzung« zu erkennen. Dabei ist allerdings auf zwei Einschränkungen hinzuweisen. Die erste Restriktion betrifft die Methode des historischen Vergleichs. Ausgehend von unterschiedlichen landesgeschichtlichen Traditionen und ähnlichen, aber keineswegs identischen Ausgangsbedingungen nach 1945 durchliefen die Landesparlamente von Brandenburg und Thüringen in den meisten Bereichen bis 1952 gleiche, oftmals sogar simultane Entwicklungen. Sie beruhten in der Regel auf den Vorgaben der Berliner SED-Führung und der Besatzungsmacht. In der Rückschau betrachtet fielen die Distinktionsmerkmale zwischen einem »brandenburgischen« und einem »thüringischen« Weg in den SED-Staat

⁴⁶ Vgl. J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 13f.

⁴⁷ Vgl. Th. MÜLLER/M. PINKERT (Hrsg.), Kriegsende und Neubeginn, 2003; R. WENZEL, Anfangsjahre, 2000.

deshalb geringer aus als dies zeitgenössische Landespolitiker vielleicht selbst erkennen mochten. Deshalb akzentuiert der Vergleich das Verhältnis der Parlamente zu den Landesregierungen und zur SMA sowie Kompetenzen der Gesetzgebung, und er gibt darüber hinaus landesspezifischen Eigenschaften angemessenen Raum.

Die zweite Einschränkung betrifft die Einbeziehung der Besatzungsmacht in die Darstellung. Inzwischen liegt eine Vielzahl an Studien und Quelleneditionen vor, die anhand des sowjetischen Archivmaterials den Einfluss der SMAD in Karlshorst und der ihr nachgeordneten Militärverwaltungen auf verschiedenen Ebenen belegen. Ein Teil der Akten ist inzwischen auf Mikrofilm im Bundesarchiv einsehbar.⁴⁸ Die vorliegende Studie baut auf diesem Forschungsstand auf, der sich in den letzten 20 Jahren erheblich erweitert hat. Es geht in der Arbeit aber nicht darum, aus der Perspektive der Besatzungsmacht Intentionen und interne Entscheidungsabläufe nachzuzeichnen.⁴⁹ Im Fokus stehen vornehmlich die Konsequenzen, die sich daraus für die gewählten Volksvertreter ergeben.

3. Forschungsstand und Quellenlage

In den ersten Nachkriegsjahren beschäftigten sich die Volksvertretungen mit einer breiten Palette an Themen, die viele Bereiche des Lebens in der SBZ betraf. Dazu zählte die Integration der Vertriebenen aus den Ostgebieten ebenso wie Fragen der Gerichtsbarkeit, die Wirtschaftsplanung, die Volksbildung sowie die Kultur- und Religionspolitik.⁵⁰ Kaum ein anderer Zeitabschnitt der DDR-Geschichte ist so intensiv erforscht worden, doch sobald sich die Aufmerksamkeit auf eine systematische Beschäftigung mit den Volksvertretungen als Institutionen richtet, ändert sich der Befund schlagartig.⁵¹ Vor 1990 hat die westliche zeithistorische Forschung nur eine Handvoll an Studien hervorgebracht, die sich mit den Landtagen auf der anderen Seite des »Eisernen Vorhangs« beschäftigten, darunter die Publikationen von Christel Dowidat zu den Mitgliederstrukturen der Volksvertretungen und der Parteien⁵² sowie die Arbeiten von

⁴⁸ BArch, Z 47 F.

⁴⁹ Zu diesem Aspekt siehe ausführlich N. PETROW (Hrsg.), *SWAG i nemezkije organy samoupravljenija*, 2006; J. FOITZIK (Hrsg.), *Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung*, 2015.

⁵⁰ Vgl. G. DIETRICH, *Politik und Kultur*, 1993; Th. HEIL, *Verwaltungsgerichtsbarkeit*, 1996; S. MITTAG, *Literatur- und Kulturpolitik*, 1995; F. SATTLER, *Wirtschaftsordnung im Übergang*, 2002; M. SCHWARTZ, *Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«*, 2004; P. WEBER, *Justiz und Diktatur*, 2000.

⁵¹ Vgl. G. BRAUN, *Auf dem Weg in die zweite deutsche Diktatur*, 2003, S. 45f.

⁵² C. DOWIDAT, *Zur Veränderung der Mitgliederstrukturen*, 1982; DIES., *Vom Parlament zur »sozialistischen Volksvertretung«*, 1985; DIES., *Zur Entwicklung der politischen und sozialen Strukturen*, 1986.

Gerhard Braas zur Entstehung der Länderverfassungen 1946/47, deren Ergebnisse durch den erst später ermöglichten Zugang zu sowjetischem und ostdeutschem Archivmaterial im Detail korrigiert wurden.⁵³ Die in den 1980er Jahren von Günter Braun und Manfred Koch verfassten Artikel zu den Beratenden Versammlungen, den Landtagen und zu den Wahlen und Abstimmungen im *SBZ-Handbuch* behalten weiterhin Gültigkeit.⁵⁴ Die Ergebnisse dieser Arbeiten sind umso bemerkenswerter, weil sie in der Hauptsache auf Zeitungsartikel und eine disparate Quellenüberlieferung angewiesen waren.⁵⁵

Darüber hinaus standen den westlichen Historikern jene Arbeiten zur Verfügung, die die Geschichtswissenschaft der DDR selbst hervorgebracht hatte. Wertvolle Erkenntnisse lieferten Studien, die ab Mitte der 1970er Jahre zur Geschichte der Landtage publiziert wurden.⁵⁶ Insbesondere Werner Künzels Dissertation bezieht sich durch eine Gesamtschau auf die Entwicklung der Landesparlamente in der SBZ zwischen 1946 und 1949. Zur brandenburgischen Volksvertretung liegen regionale Studien vor, während die Geschichte des Thüringer Landtags zwischen 1946 und 1952 in der Geschichtswissenschaft der DDR hingegen kaum Beachtung fand.⁵⁷ Von Interesse sind außerdem die am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED entstandenen Arbeiten zur *SED und Staatsmacht* sowie der Band *Die Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates der DDR 1945–1949*.⁵⁸ Seit der Öffnung der Archive in der DDR 1990 haben sich die Forschungsvoraussetzungen für eine differenziertere Beschäftigung mit den Parlamenten grundlegend verbessert, was sich 1996⁵⁹ und 1998⁶⁰ in zwei umfangreichen Beiträgen zur Geschichte des Landtags Brandenburg von Hans-Joachim Schreckenbach und Werner Künzel niederschlug. Ihre Darstellungen können als die bislang

⁵³ G. BRAAS, Zur Entstehung der sowjetzonalen Länderverfassungen, 1985; DERS., Entstehung der Länderverfassungen, 1987; DERS., Verfassungsgebung auf Landes- und zentraler Ebene, 1993. – Zur Neubewertung und teilweisen Korrektur der Ergebnisse von Braas siehe S. CREUZBERGER, Besatzungsmacht, 1996, bes. S. 15f. u. 133.

⁵⁴ G. BRAUN, Wahlen und Abstimmungen, 1993; M. KOCH, Beratende Versammlungen, 1993; DERS., Landtage, 1993; DERS., Der Demokratische Block, 1982.

⁵⁵ Vgl. M. BROZAT/H. WEBER (Hrsg.), *SBZ-Handbuch*, 1993, S. 378. – Zum grundsätzlichen Problem der Materialgrundlage in der DDR-Forschung vor 1989/90 siehe M. FULBROOK, *DDR-Forschung bis 1989/90*, 2003, S. 363f.; J. HÜTTMANN, *DDR-Geschichte und ihre Forscher*, 2008, S. 37–40.

⁵⁶ W. KÜNZEL, Landtage, 1972; E. KOLLENDE, Entwicklung des antifaschistisch-demokratischen Volksvertretungssystems, 1979; E. WARNING, Tätigkeit der SED, 1975; DIES., Über die Tätigkeit des Brandenburgischen Landtages, 1978; DIES., Die Politik der SED, 1982; DIES., Bildung und Tätigkeit Beratender Versammlungen, 1986.

⁵⁷ Vgl. SED-BEZIRKSLEITUNG ERFURT (Hrsg.), *Chronik zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 1975.

⁵⁸ H. FIEDLER, *SED und Staatsmacht*, 1974; K.-H. SCHÖNEBURG, *Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates*, 1983.

⁵⁹ H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, *Geschichte der brandenburgischen Landtage*, 1996.

⁶⁰ DIES., *Land Brandenburg*, 1998.

einschlägigsten Veröffentlichungen gelten.⁶¹ Eine kritische Perspektive auf die begrenzten Möglichkeiten der »bürgerlichen« Abgeordneten, Politik unter den Bedingungen der Besatzungsherrschaft und des Machtanspruchs der SED zu gestalten, eröffnet Herbert Gottwald in seinem 1994 erschienenen Abriss über den Thüringer Landtag und den Einfluss der SMAD auf das Parlament.⁶² Äußerst wertvoll ist ein biografisches Handbuch zu den Thüringer Landtagsabgeordneten von Jochen Lengemann, das auf mehr als 800 Seiten die Lebensläufe von rund 1 500 Parlamentariern dokumentiert, die zwischen 1919 und 1952 ein Mandat innehatten.⁶³ Als Vergleichsstudie liegt außerdem eine Geschichte des Landtags von Sachsen-Anhalt vor, und auch die theoretischen Überlegungen Christina Trittels zur Definition von Vertretungskörperschaften und Fraktionen sind von Belang.⁶⁴

Im Rahmen der allgemeinen Forschungen zu den Blockparteien CDU und LDP wird ebenso den Landtagsfraktionen Beachtung geschenkt,⁶⁵ und dies gilt gleichfalls für Studien, die sich speziell mit der Entwicklung der »bürgerlichen« Parteien in den Jahren der SBZ/DDR beschäftigen.⁶⁶ Zu nennen ist ferner Jürgen Louis' Geschichte des thüringischen LDP-Landesverbands sowie eine kleine Abhandlung zur CDU.⁶⁷ Louis kommt zu der Einschätzung, dass es den Liberaldemokraten aufgrund diverser eigener Schwächen, aber vor allem aufgrund der politischen Rahmenbedingungen kaum gelungen sei, eigene Vorstellungen im Landtag durchzusetzen⁶⁸ – ein Befund, den Manfred Agethen hinsichtlich der Entwicklung der thüringischen CDU-Landtagsfraktion zwischen 1946 und 1950 bestätigt.⁶⁹ Eine interessante Perspektive auf das politische Wirken von Christ- und Liberaldemokraten eröffnet sich aus der Sicht der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei in Thüringen, die Steffen Kachel unter dem Aspekt eines thüringischen »Sonderwegs« über den Landtag der Nachkriegszeit verfasst hat.⁷⁰

⁶¹ Vgl. auch M. BIENERT/H.-J. SCHRECKENBACH, *Das Land und die Bezirke*, 2010, S. 113–120.

⁶² H. GOTTWALD, *Thüringer Landtag*, 1994.

⁶³ J. LENGEMANN, *Thüringische Landesparlamente*, 2014.

⁶⁴ C. TRITTEL, *Landtagsfraktionen*, 2006; DIES., *Die Abgeordneten des ersten Landtages von Sachsen-Anhalt*, 2007.

⁶⁵ E. KRIPPENDORFF, *Liberal-Demokratische Partei Deutschlands*, 1961; M. RICHTER, *Ost-CDU*, 1991.

⁶⁶ Vgl. S. SUCKUT, *Geschichte und Funktion der Blockparteien*, 2003.

⁶⁷ J. LOUIS, *Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen*, 1996; M. KIEFER, *Gründung und Anfänge*, 1995.

⁶⁸ J. LOUIS, *Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen*, 1996, S. 119–125

⁶⁹ M. AGETHEN, »Wir sehen, dass hier sich Welten trennen«, 2006. Das Manuskript des Vortrags stellte Manfred Agethen d. Verf. freundlicherweise zur Verfügung.

⁷⁰ S. KACHEL, *Ein rot-roter Sonderweg?*, 2011.

Im Falle der brandenburgischen nichtkommunistischen Parteien besteht hingegen noch teils erheblicher Forschungsbedarf. Grundsätzlich gilt, dass die Geschichten der jeweils zweitstärksten Landespartei nach der SED sowohl in Thüringen als auch in Brandenburg besser aufgearbeitet sind als diejenigen der dritten Kraft. Es fällt auf, dass in der Auseinandersetzung mit der Geschichte der brandenburgischen Union der Widerstandsaspekt und die Opferrolle im Zuge der Durchsetzung der SED-Diktatur besonders deutlich hervorgehoben werden.⁷¹ Das gilt nicht nur für individuelle tragische Schicksale wie etwa den gewaltsamen Tod des prominenten CDU-Politikers und Landtagsabgeordneten Franz (Frank) Schleusener 1950⁷², sondern ebenso für den Landesverband als solchem. Eine 2012 erschienene Arbeit mit dem Titel *Politische Verfolgung in Brandenburg 1949 bis 1953* untersucht die politische Transformation der brandenburgischen Union. Sie beschreibt die Methoden der politisch motivierten Säuberungspraxis, die in den allermeisten Fällen auf Initiativen der SED beruhte, thematisiert aber auch die erzwungene Selbstanpassung des Landesverbands infolge zahlreicher Parteiausschlussverfahren und des umfassenden Personalaustausches.⁷³

Die vorliegende Untersuchung kann sich auf eine Vielzahl an editierten und nichteditierten Quellenbeständen stützen, darunter vor allem die Drucksachen der beiden Landesparlamente.⁷⁴ Ungeachtet gelegentlicher Skepsis hinsichtlich der Zensur der stenografischen Berichte durch die SMA⁷⁵ steht der Quellenwert der Landtagsprotokolle außer Frage, zumal sich für nachträgliche Streichungen von Passagen aus den Protokollen nur wenige Belege finden lassen. Sie blieben Ausnahmen, da die SMA-Offiziere bestrebt waren, möglichst im Hintergrund zu wirken und allzu offensichtliche Interventionen zu vermeiden, welche die vermeintliche Souveränität der Landtage infrage stellten.

Als Korrektiv bieten sich unter anderem autobiografische Quellen wie Erinnerungen und Tagebücher an. Vor allem die Memoiren des CDU-Politikers Peter Bloch⁷⁶ sowie die Aufzeichnungen von Wolfgang Schollwer (LDP)⁷⁷ sind als wichtige Quellen einzustufen. Ebenfalls relevant sind die Erinnerungen des brandenburgischen Landesvorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden der SED, Willy Sägebrecht. Zwar dominiert in den Memoiren, die unter dem martialischen Ti-

⁷¹ K. BAUS/R. BAUS, Gründung, 1999.

⁷² M. AGETHEN, Franz Schleusener, 2008.

⁷³ I. JANDER, Politische Verfolgung in Brandenburg, 2012. – Vgl. auch M. C. BIENERT, Rezension von: I. JANDER, Politische Verfolgung in Brandenburg, 2012, in: sehepunkte 12 (2012), Nr. 10 [15.10.2012], URL: <http://www.sehepunkte.de/2012/10/21147.html> (Zugriff am 17.3.2015).

⁷⁴ AVLTB, 1992; AVThLT, 1992.

⁷⁵ Vgl. S. CREUZBERGER, Besatzungsmacht, 1996, S. 136, Anm. 128.

⁷⁶ P. BLOCH, Zwischen Hoffnung und Resignation, 1986.

⁷⁷ W. SCHOLLWER, Potsdamer Tagebuch, 1988.

tel *Nicht Amboss, sondern Hammer sein* erschienen, das Bild vom Werdegang eines idealistischen Kommunisten und loyalen Parteisoldaten in den Jahren der »Bewährung« zwischen 1933 und 1945, doch widmet Sägebrecht auch der Landtagsarbeit ein kurzes Kapitel.⁷⁸ Als Ergänzung zu den publizierten Erinnerungen ist das sehr viel umfangreichere Manuskript Sägebrechts heranzuziehen, das in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv verwahrt wird. Es zeigt sehr deutlich, dass für die Drucklegung wichtige Passagen zur Strategie der SED bei der Landtagsarbeit sowie zur Charakterisierung führender brandenburgischer Genossen gekürzt und stark abgeschwächt wurden.⁷⁹ Für die Provinz bzw. das Land Brandenburg ist zudem auf die von Fritz Reinert edierten Protokolle des Landesblockausschusses hinzuweisen, die für die Jahre 1946 bis 1950 wichtige Hinweise zum Stellenwert der Volksvertretungen und zur Rolle der Blockpolitik enthalten.⁸⁰ Für Thüringen liegt eine zweibändige Quellenedition vor, die aufschlussreiches Archivmaterial enthält.⁸¹ Von begrenztem Aussagewert für die vorliegende Arbeit sind hingegen die Erinnerungen des thüringischen Ministerpräsidenten Werner Eggerath sowie des Verwaltungschefs der SMA Thüringen, Gardegeneralmajor Iwan S. Kolesnitschenko.⁸² Hinsichtlich der sowjetischen Perspektive auf die Vorgänge in den Landtagen sind eine Reihe wichtiger Dokumenteneditionen zu berücksichtigen.⁸³

Die zentrale Materialgrundlage der vorliegenden Studie ist das bislang unveröffentlichte Archivmaterial, insbesondere die Überlieferung der beiden Landtage im Brandenburgischen Landeshauptarchiv in Potsdam und im Thüringischen Hauptstaatsarchiv in Weimar. Aus diesen Beständen lassen sich die Geschäftsgänge der Landtagsverwaltungen, die Arbeit der Fachausschüsse sowie die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und mit den Militärverwaltungen rekonstruieren.⁸⁴ In den Archiven Brandenburgs und Thüringens liegen darüber hinaus die Unterlagen der SED-Landesleitungen, der Büros der Ministerpräsidenten sowie der jeweiligen Innenministerien, die ebenfalls berücksichtigt werden. Wertvolles Material für die Zeit nach 1948 bieten auch die Aktenbestände der Landesämter für Information. Hier finden sich aus SED-Per-

⁷⁸ W. SÄGEBRECHT, *Nicht Amboss, sondern Hammer sein*, 1968.

⁷⁹ Vgl. die Erinnerungen von Willy Sägebrecht, 1965, in: SAPMO-BArch, SgY 30/1276/1.

⁸⁰ F. REINERT (Bearb.), *Protokolle des Landesblockausschusses*, 1994.

⁸¹ J. JOHN (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte Thüringens*, 1999.

⁸² W. EGGERATH, *Die fröhliche Beichte*, 1976; I. S. KOLESNITSCHENKO, *Im gemeinsamen Kampf*, 1985.

⁸³ J. LAUFER/G. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage*, 2004 u. 2012; N. PETROW (Hrsg.), *SWAG i nemezkiye organy samoupravlenija*, 2006; B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. NAIMARK (Hrsg.): *Sowjetische Politik in der SBZ*, 1998; G. WETTIG (Hrsg.), *Tjul'panov-Bericht*, 2012; J. FOITZIK (Hrsg.), *Sowjetische Interessenpolitik*, 2012; DERS. (Hrsg.), *Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung*, 2015.

⁸⁴ BLHA, Rep. 201; ThHStAW, Thüringer Landtag.

spektive ausführliche Berichte über den Verlauf der Sitzungen der CDU- und LDP-Landtagsfraktionen sowie Einschätzungen über den inneren Zustand der »bürgerlichen« Parteien.⁸⁵

Von Bedeutung sind ferner die Bestände der Ost-CDU sowie der LDP in den Archiven der Konrad-Adenauer-Stiftung in Sankt Augustin und bei der Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach, darunter die Unterlagen der jeweiligen Landesverbände mit den Vorstandsprotokollen und den Akten der Landtagsfraktionen.⁸⁶ Dabei gilt es anzumerken, dass es zu keiner »bürgerlichen« Fraktion in Brandenburg oder Thüringen einen geschlossenen Bestand gibt, der die Landtagsarbeit zwischen 1946 und 1952 lückenlos dokumentiert. Doch konnten Lücken mithilfe der Akten anderer Parteigremien sowie der Nachlässe teilweise geschlossen werden.

Aus den Beständen der Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv wurden Papiere der Führungsgremien der SED benutzt. Anhand der Unterlagen des Parteivorstands, des Zentralsekretariats sowie der nachgeordneten Einrichtungen wie der Abteilung für Landespolitik lässt sich aufzeigen, wie sehr sich die Einheitspartei darum bemühte, von Beginn an Einfluss auf die Arbeit der Landtage zu nehmen. Weil alle relevanten Entscheidungen in Absprache mit der SMAD getroffen wurden, ist eine Einschätzung der Landesparlamente ohne diese Akten kaum vorstellbar. Gleiches gilt für die Nachlässe führender SED-Politiker wie Walter Ulbricht, Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl sowie für die Erinnerungsberichte leitender Genossen, die ebenfalls im Bundesarchiv zur Verfügung stehen. Ausdrücklich soll an dieser Stelle der Nachlass des ersten Landtagspräsidenten von Brandenburg, Friedrich Ebert, erwähnt werden. Dank einer Sondergenehmigung, die freundlicherweise von den Nachkommen Eberts gewährt wurde, konnten wichtige persönliche Akten eingesehen werden, die noch einer Schutzfrist unterliegen. Eine entsprechende Erlaubnis wurde dem Verfasser für den Nachlass von August Frölich, der zu Beginn der 1990er Jahre aus dem SED-Bezirksparteiarchiv Erfurt im Thüringischen Hauptstaatsarchiv abgezogen wurde und sich seitdem wieder in Privatbesitz befindet, leider nicht gewährt.⁸⁷

Als eine wichtige Ergänzung erwiesen sich die Überlieferungen beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU). Wenngleich das Ministerium für Staatssicherheit erst im Februar 1950 gegründet wurde, finden sich

⁸⁵ Zur Bedeutung der Landesämter für Information, die bislang von der Forschung kaum berücksichtigt worden sind, siehe I. JANDER, Politische Verfolgung in Brandenburg, S. 80–87; D. SCHNEIDER, Innere Verwaltung, 1993, S. 216.

⁸⁶ ACDP, 03-031 u. 03-033; ADL, L 5.

⁸⁷ E-Mail von Tamara Thierbach an d. Verf. vom 24.9.2007.

in den Papieren der Berliner Zentrale sowie der Außenstellen in den Bezirken ebenfalls wichtige Dokumente zu den Vorläufereinrichtungen der Staatssicherheit, etwa zur Tätigkeit der politischen Kriminalpolizei 5 (K 5). Die Unterlagen bei der BStU sind mit Blick auf die hier aufgeworfenen Fragestellungen in dreifacher Hinsicht bemerkenswert: Erstens dokumentieren sie das Schicksal von zahlreichen »bürgerlichen« Politikern und Landtagsabgeordneten, die aufgrund ihrer oppositionellen Gesinnung zu Opfern des staatlichen Repressionsapparates wurden. Zweitens zeigen die Dokumente die Sicht der Staatssicherheit auf die inneren Strukturen der Landesverbände von CDU und LDP, die sich aus den Vorstandsprotokollen und anderen Parteiunterlagen nur in Ansätzen ergibt. Drittens liefern sie wesentliche Erkenntnisse über die Vorbereitung und die Durchführung der groß angelegten Wahlkampagne zur »Volkswahl« 1950 in der DDR, in deren Verlauf die letzten verbliebenen oppositionell gesinnten Parlamentsabgeordneten politisch ausgeschaltet wurden.

Erstes Kapitel

Nach dem Zusammenbruch. Der politische Neuanfang in Thüringen und Brandenburg 1945/46

1. Thüringen unter amerikanischer und sowjetischer Herrschaft

a) Amerikanische Besetzung

Die Nachkriegszeit in Thüringen begann an einem der höchsten christlichen Feiertage. In den Morgenstunden des Ostersonntags am 1. April 1945 erreichten amerikanische Einheiten die Stadt Creuzburg an der Werra. Das mittelalterliche Städtchen war der erste größere Ort auf thüringischem Boden, den die Soldaten der 3. Armee befreiten.¹ Der Eroberung und Befreiung des mitteldeutschen Raumes lagen keine genuin politischen Absichten der Amerikaner zugrunde, wie dies von der DDR-Geschichtswissenschaft lange Zeit unterstellt worden ist.² Vielmehr war der Vorstoß der Einschätzung der militärischen Lage geschuldet: Er beruhte auf der Annahme, dass sich in dem Gebiet zwischen Ohrdruf, Gotha, Erfurt und Weimar feindliche Verbände zu einem Gegenstoß formieren könnten. Dies galt es zu unterbinden.³ Darüber hinaus vermuteten die Amerikaner in der Region ein deutsches Nachrichtenzentrum sowie das potenzielle letzte Rückzugsgebiet der NS-Führung.⁴

Die Eroberung und Befreiung Thüringens sowie des preußischen Regierungsbezirkes Erfurt vollzog sich innerhalb von zwei Wochen.⁵ Im Vergleich zu den Kämpfen um das Ruhrgebiet stießen die Amerikaner in Mitteldeutschland auf kaum nennenswerten Widerstand. Entgegen der markigen Durchhaltebefehle des letzten Gauleiters, Fritz Sauckel, ergaben sich viele Städte und Ortschaften kampfflos. Trotz mancher teils beträchtlicher Schäden und Zerstörungen blieb das Land zwischen Werra und Saale insgesamt ein Nebenkriegsschauplatz.⁶

¹ Vgl. F. FACIUS, Politische Geschichte, 1978, bes. S. 559f.

² Vgl. L. FÜCHS, Besatzungspolitik der USA, 1966, S. 53.

³ Vgl. F. FACIUS, Politische Geschichte, 1978, S. 561; K.-D. HENKE, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, 1995, S. 660f.

⁴ Vgl. M. OVERESCH, Hermann Brill in Thüringen, 1992, S. 296.

⁵ Vgl. D. GRILLE, Chronik, 1988/89, bes. S. 47–62; J. JOHN, Befreiung und Landesneubildung, 1995, S. 262f.

⁶ Vgl. G. MAI, Das Kriegsende in Thüringen, 2005/2006. – Siehe auch S. KACHEL, Ein rot-roter Sonderweg?, 2011, S. 247f.

Gemäß der interalliierten Vereinbarungen⁷ lag Thüringen in dem Gebiet, das der sowjetischen Besatzungszone zufallen sollte. Allerdings blieb die Region bis Anfang Juli von den Amerikanern besetzt. Hierin teilte Thüringen das Schicksal weiter Gebiete der späteren Länder Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Sachsen-Anhalt. Dass die westlichen Verbündeten über mehrere Monate Territorium besetzt hielten, das eigentlich zur SBZ gehörte, erklärte sich aus den Schwierigkeiten bei der Durchsetzung der alliierten Präsenz in Berlin, das unter die gemeinsame Kontrolle der Vier Mächte gestellt werden sollte.⁸ Die Besatzungspraxis in Mitteldeutschland unterschied sich nicht von derjenigen in den anderen unter der Kontrolle der Amerikaner stehenden Gebieten. Bis zum Abzug der Truppen wurde die Region als Teil der US-Zone behandelt.⁹ Die Besatzungsherrschaft trug starke Züge des Provisorischen. Personelle Engpässe prägten den Verwaltungsalltag.¹⁰ Umso stärker waren die Amerikaner auf die Zusammenarbeit mit der deutschen Bevölkerung angewiesen. Wie in den westlichen Besatzungsgebieten setzten sie in Thüringen auf die Kooperation mit Verwaltungsfachleuten, Pfarrern, politisch unverdächtigen Personen, Angehörigen des Widerstandes und Vertretern der alten demokratischen Parteien aus der Weimarer Republik, die zumeist der SPD und dem »bürgerlichen« Lager entstammten.¹¹ Nicht selten wurde ebenfalls auf die verbliebenen Funktionsträger des alten Regimes zurückgegriffen, solange ihnen keine Verbrechen zur Last gelegt wurden.¹² Obwohl für Thüringen die Grundsätze der Direktive JCS 1067 galten, der zufolge Deutschland nicht »zum Zwecke seiner Befreiung, sondern als ein besiegter Feindstaat« besetzt werde und für den Umgang mit den Besiegten Distanz, Strenge und grundsätzliches Misstrauen angeordnet wurde¹³, bestimmte im Angesicht der existentiellen Nöte der Zusammenbruchgesellschaft Pragmatismus den Besatzungsalltag.¹⁴

Ein Hauptziel der Amerikaner bestand darin, möglichst rasch eine neue deutsche Landesverwaltung einzusetzen. Sie sollte dazu beitragen, das zivile Leben

⁷ Vgl. H.-G. KOWALSKI, »European Advisory Commission«, 1971.

⁸ Vgl. K.-D. HENKE, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, 1995, S. 698, 729 u. 736.

⁹ Vgl. F. FACIUS, Politische Geschichte, 1978, S. 566.

¹⁰ Vgl. K.-D. HENKE, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, 1995, S. 695f.; S. MÜNZEL, Thüringen und das Sternenbanner, 2008.

¹¹ Vgl. W. BENZ, Potsdam 1945, 2005, S. 67f.

¹² Vgl. V. WAHL, Erweiterung und Neuaufbau, 1999, S. 42.

¹³ Direktive an den Oberkommandieren der US-Besatzungsgruppen betreffend die Militärregierung in Deutschland vom 26.4.1945, abgedr. in: FRUS 1945/3, 1968, S. 484–503, hier S. 487; in deutscher Übersetzung auch abgedr. in: C. KLESSMANN, Die doppelte Staatsgründung, 1991, S. 352f., hier S. 353.

¹⁴ Vgl. K.-D. HENKE, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, 1995, S. 698–791. – Einen facettenreichen Eindruck von der US-Besatzungspraxis vermittelt H. KREUTZER, Die Besetzung Saalfelds, 1988/89.

nach der Befreiung neu zu ordnen, die chaotischen Zustände zu beseitigen und die Militäradministration zu entlasten. In den Blickpunkt der Aufmerksamkeit rückte dabei ab Mitte April ein Personenkreis ehemaliger politischer Häftlinge aus dem Konzentrationslager Buchenwald. Bereits lange vor der Ankunft der amerikanischen Truppen hatte sich in dem Lager auf der Grundlage des »Volksfront«-Gedankens ein politisches Gremium in der Illegalität gebildet. Aus diesem Kreis, in welchem Sozialdemokraten und Kommunisten die Führungsrolle innehatten, kristallisierte sich ein »wichtiges Wirkungszentrum zur Überwindung des Nationalsozialismus und zur Neugestaltung des gesellschaftlichen Lebens in Thüringen« heraus.¹⁵ An der Spitze des Lagerkomitees stand der Sozialdemokrat Hermann Louis Brill. Brill hatte bereits in den Jahren der Weimarer Republik in der thüringischen Landespolitik eine tragende Rolle gespielt.¹⁶ Seit 1943 im KZ Buchenwald inhaftiert, war er dort aus dem Kreis der Sozialdemokraten zur einflussreichsten Persönlichkeit innerhalb des lagerinternen Widerstands aufgestiegen.¹⁷

Am 9. Juni 1945 wurde Brill von der amerikanischen Militärbehörde offiziell zum Regierungspräsidenten ernannt und mit der Bildung einer vorläufigen Verwaltung für die neu geschaffene »Provinz Thüringen« betraut.¹⁸ Innerhalb weniger Wochen gelang es Brill, eine provisorische Landesverwaltung aufzubauen, deren Kompetenzen sich allmählich erweiterten.¹⁹ Unter der amerikanischen Besatzung waren vielfältige Ansätze eines politischen Neuanfangs erkennbar. Trotz mancher Widersprüche deuteten sie in die Richtung einer Demokratisierung der Deutschen nach westlichen Maßstäben.²⁰ Obwohl in den unter amerikanischer Kontrolle stehenden Landesteilen bis in den September 1945 hinein die Gründung von Parteien offiziell verboten war, waren in der Praxis des Verwaltungsalltags die Militärbehörden auf die Unterstützung durch Vertreter der alten demokratischen Parteien dringend angewiesen. Beim administrativen Neuaufbau Thüringens setzten die Amerikaner vor allem auf die politisch gemäßigten Kräfte. In der ersten Provinzialverwaltung unter Hermann Brill verteilten sich die neu geschaffenen sieben Landesämter nahezu vollständig paritätisch auf Vertreter der vier wichtigsten Parteien, wie sie in der Weimarer Republik bestanden hatten. Während die beiden Kommunisten Ernst Busse

¹⁵ V. WAHL, *Erweiterung und Neuaufbau*, 1999, S. 41.

¹⁶ Vgl. M. OVERESCH, *Hermann Brill und die Neuanfänge deutscher Politik*, 1979, S. 530–535; DERS., *Konzeptionen für den Neuanfang*, 1995; H. L. BRILL, *Gegen den Strom*, 1995, S. 98. – Zu Hermann L. Brills Werdegang siehe ausführlich M. OVERESCH, *Hermann Brill in Thüringen*, 1992; DERS., *Hermann Brill*, 1993; DERS., *Hermann Brill und die SPD in Thüringen*, 2002.

¹⁷ Vgl. W. RÖLL, *Sozialdemokraten im Konzentrationslager Buchenwald*, 2000, S. 157–170.

¹⁸ Vgl. Th. HERNRICH, *Thüringen*, 2010, S. 264f.; V. WAHL, *Thüringens territoriale Neuordnung*, 1992; H. A. WELSH, *Thüringen*, 1993, S. 167.

¹⁹ Vgl. V. WAHL, *Erweiterung und Neuaufbau*, 1999, S. 47.

²⁰ Vgl. G. W. SANDFORD, *From Hitler to Ulbricht*, 1983, S. 73.

und Walter Wolf den Landesämtern für Arbeit sowie für Volksbildung vorstanden, übernahmen Alphons Gaertner sowie Leonhard Moog als Repräsentanten der liberalen DDP die Ressorts für Industrie, Handel und Gewerbe sowie für Finanzen. Das Landesamt für Land- und Forstwirtschaft wurde Max Kolter übergeben, der vor 1933 der Zentrumsparterie angehört hatte. Den Sozialdemokraten blieben das Landesverkehrsamt sowie das Landesamt des Innern vorbehalten.²¹ Manche der genannten Personen blieben auch nach dem Besatzungswechsel in der thüringischen Landespolitik weiter aktiv. Die Verteilung der Ressorts führte vor Augen, dass die Vertreter der Kommunistischen Partei zwar durchaus einbezogen wurden, dass sie sich, was ihren politischen Einfluss anbelangte, allerdings in der Minderheit befanden.²² Die entscheidenden Positionen standen unter sozialdemokratischer und »bürgerlicher« Regie.

Der Befund galt gleichfalls für den »Thüringen-Ausschuss«. Dieses Gremium wurde der neuen Landesverwaltung zur Seite gestellt, um sie bei den mit dem Neuaufbau zusammenhängenden administrativen und politischen Fragen zu unterstützen. Der Ausschuss verstand sich nicht nur als ein übergeordnetes Koordinierungsorgan für die zahlreichen Antifa-Komitees, die in den ersten Tagen nach der Befreiung überall im Land entstanden waren. Vielmehr erwies er sich als ein »vorparlamentarisches Gremium«, dem neben seiner beratenden auch eine kontrollierende Funktion zugeordnet war.²³ Alphons Gaertner bezeichnete den Ausschuss sogar als eine »Kleinausgabe des Landtages.«²⁴ Seit dem 19. Juni 1945 gehörten dem »Thüringen-Ausschuss« jeweils drei Vertreter der von der US-Militäradministration geduldeten politischen Richtungen an.²⁵ Formal gesehen mutete der »Thüringen-Ausschuss« auf den ersten Blick zwar sehr wie die in der SBZ entstehenden antifaschistischen Blockausschüsse an. Der qualitative Unterschied bestand jedoch darin, dass die Kommunisten im Landesbeirat von Weimar keine dominierende Rolle für sich reklamieren konnten. Sie waren stattdessen lediglich Gleiche unter Gleichen.²⁶

²¹ Vgl. den Bericht von Hermann Brill an das Oberkommando der sowjetischen Besatzungsarmee über die Lage in Thüringen vom 4.7.1945, abgedr. in: B. POST/V. WAHL (Hrsg.), Thüringen-Handbuch, 1999, S. 118–126, bes. S. 119–122.

²² Vgl. M. OVERESCH, Hermann Brill in Thüringen, 1992, S. 326; V. WAHL, Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Thüringen, 1976, S. 131. – Vgl. auch das Memorandum des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD für Zivilangelegenheiten, Iwan A. Serow, für Lawrenti P. Berija über die Lage in Thüringen und Sachsen nach dem Abzug der US-Truppen (Auszug) vom 9.7.1945, abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), Sowjetische Politik in der SBZ, 1998, S. 11–13, bes. S. 12.

²³ V. WAHL, »Thüringen-Ausschuß«, 1997, S. 10.

²⁴ Protokoll der 2. Sitzung des »Thüringen-Ausschusses« am 15.6.1945, abgedr. in: ebd., S. 57–64, hier S. 63.

²⁵ Vgl. Protokoll der 1. Sitzung des umgebildeten »Thüringen-Ausschusses« am 8.6.1945, abgedr. in: ebd., S. 53–56, S. 55.

²⁶ Vgl. S. SUCKUT, Block-Ausschüsse, 1993, S. 595.

Überhaupt war das Verhältnis zwischen den amerikanischen Besatzungsbehörden und den KPD-Vertretern in Thüringen konfliktgeladen. Das hatte mehrere Ursachen und erklärte sich keineswegs einzig und allein aus einer vermeintlich antikommunistischen Grundhaltung der amerikanischen Offiziere.²⁷ Sicher stießen die politischen Ansichten der deutschen Kommunisten bei den Besatzern auf Befremden. Doch die Schwierigkeiten ergaben sich in erster Linie aus den Bestrebungen der KPD-Genossen, ihre alten Parteistrukturen zu reaktivieren. Das aber widersprach dem von der Militärverwaltung im gesamten Okkupationsgebiet verhängten Verbot der politischen Betätigung. Wenn auf lokaler und kommunaler Ebene Deutsche in Ämter eingesetzt wurden, dann betrachtete man sie zunächst als Ausführungsorgane des Willens der Besatzungsmacht und nicht als Vertreter irgendeiner parteipolitischen Organisation. Dabei konnten sich durchaus größere Handlungsspielräume ergeben, solange sie zur Wiederherstellung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit genutzt wurden.²⁸ Während sich die »Bürgerlichen« weitgehend an die Vorgaben der Militärverwaltung hielten und sich ihre politischen Aktivitäten in einem sehr begrenzten Rahmen bewegten, den die amerikanischen Offiziere duldeten, begannen die Kommunisten damit, ihre alten parteipolitischen Verbindungen zu reaktivieren und sich neu zu organisieren.²⁹

Nach dem Untergang des NS-Regimes sahen viele Kommunisten nun die Stunde gekommen, um in Deutschland die Weltrevolution einzuleiten. Auf lokaler Ebene ergriffen sie deshalb die Eigeninitiative. Sie riefen eigenmächtig neue Gewerkschaftsgruppen und Betriebsräte ins Leben, setzten eigene Leute in den Verwaltungen ein und verjagten die bisherigen Staatsbediensteten aus den Amtsstuben.³⁰ Mit diesen nicht genehmigten Maßnahmen verstießen sie gegen die von den Amerikanern erlassenen Verordnungen zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung. In vielen Ortschaften kam es deshalb zu Spannungen und Auseinandersetzungen mit den Militärbehörden.³¹ Weil die Amerikaner die Registrierung von KPD-Gruppen untersagten, erfolgte der Neuaufbau der Partei bis zum Besatzungswechsel illegal.³² Zwar gab es auch bei den Sozialdemokraten

²⁷ So etwa L. FUCHS, *Besatzungspolitik der USA*, 1966, S. 82. Dieser Gedanke wird auch von Steffen Kachel nahegelegt. S. KACHEL, *Ein rot-roter Sonderweg?*, 2011, S. 253f.

²⁸ Vgl. A. SCHAEFER, *Lebensbericht*, 1994, S. 49f.

²⁹ Vgl. J. LOUIS, *Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen*, 1996, S. 40; S. KACHEL, *Ein rot-roter Sonderweg?*, 2011, S. 263f.

³⁰ Vgl. Befragungsprotokoll des Willi Albrecht (SED) vom 7.7.1966, abgedr. in: L. FUCHS, *Besatzungspolitik der USA*, 1966, Dok. Nr. 10; S. KACHEL, *Ein rot-roter Sonderweg?*, 2011, S. 252f.

³¹ Vgl. G. W. SANDFORD, *From Hitler to Ulbricht*, 1983, S. 73; N. M. NAIMARK, *The Russians in Germany*, 1995, S. 262. – Vgl. den Bericht der US-Aufklärung in Erfurt vom 1.5.1945, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte Thüringens*/I, 1999, S. 74–76.

³² Vgl. G. EHNERT, *Die SPD Thüringens*, 1995, S. 23f.; T. GUNDERMANN, *Unsere Opfer waren nicht umsonst*, in: *Vereint sind wir alles*, 1966, S. 527–535, bes. S. 529.

ähnliche Bestrebungen zu einer parteipolitischen Neuformierung. Diese wurden aber erst nach dem Abzug der US-Truppen im landesweiten Maßstab wirksam.³³

Auch wenn die amerikanische Besetzung Thüringens nur ein kurzes Zwischenspiel blieb, so zeitigte sie dennoch Auswirkungen auf das politische Selbstverständnis vieler Landespolitiker: Indem die US-Militärverwaltung bestrebt war, den Wiederaufbau mit Hilfe von unbelasteten Fachleuten und Honoratioren zu organisieren, rekrutierte sie das Personal des politischen Neuanfangs in einem erheblichen Maße aus der Sozialdemokratie sowie den »bürgerlichen« Gesellschaftsschichten – also aus jenen Gruppen, die das spätere Personalreservoir der CDU und der LDP bildeten. Bei einem Großteil der Abgeordneten, die im Herbst 1946 in den Landtag einzogen, handelte es sich um ehemalige »Aktivisten der ersten Stunde«. Waren nicht wenige von ihnen bereits in der Weimarer Republik politisch aktiv gewesen, fanden sie nun aus moralischen, ethischen und religiösen Überzeugungen, aus gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein und Pflichtgefühl, unter dem Eindruck von Elend und Not oder aber schlicht durch Zufall den Weg in die lokale und kommunale Verantwortung. Von dort führte sie der Weg später dann in die Landespolitik.³⁴ Im Verhältnis zur US-Besatzungsmacht verfügten sie über Entscheidungsräume, die deutlich weiter gefasst waren als unter der sowjetischen Herrschaft.³⁵ Zugleich machten die »bürgerlichen« Politiker die Erfahrung, dass die radikalen Kräfte und Forderungen, wie sie manche KPD-Anhänger vertraten, von der Militäradministration abgelehnt wurden.³⁶

Für die KPD-Spitze stellten sich in Thüringen ungleich schwierigere Startbedingungen als in jenen Landesteilen der SBZ, die von Anfang an unter der Kontrolle der Roten Armee standen. Konnten die Kommunisten dort unter dem Schutz der SMAD das politische Vakuum ausfüllen und die wichtigen Positionen übernehmen, verzögerte sich dieser Schritt zwischen Werra und Saale bis zum Besatzungswechsel.³⁷ Auch deshalb galt der thüringische SED-Landesverband der Parteiführung als besonders krisenanfällig³⁸: Auf einer wirtschaftspolitischen Konferenz in Erfurt im Oktober 1947 führte Walter Ulbricht vor den Parteigenossen aus, dass viele der Probleme, mit denen die thüringische SED zu kämpfen habe, daraus resultierten, dass die Amerikaner hier länger im Lande gestanden hätten. »Nach Abzug dieser Besatzungsmacht«, erläuterte Ulbricht, »hat sie Menschen zurückgelassen, die sie fortlaufend über die Entwicklung in

³³ Vgl. G. EHNERT, *Die SPD Thüringens*, 1995, S. 25.

³⁴ Vgl. C. DOWIDAT, *Zur Entwicklung der politischen und sozialen Strukturen*, 1986, S. 73–76; Th. SPECKMANN, *Hugo Dornhofer*, 2003, S. 111; *60 Jahre CDU*, 2005, S. 8, 12 u. 14f.

³⁵ Vgl. A. SCHAEFER, *Lebensbericht*, 1994, S. 52.

³⁶ Vgl. L. FUCHS, *Besatzungspolitik der USA*, 1996, S. 94.

³⁷ Vgl. G. W. SANDFORD, *From Hitler to Ulbricht*, 1983, S. 73.

³⁸ Vgl. G. BRAUN, *Die Wandlung der SED 1946–1950*, 1995, S. 84f.

unserem Bezirk informieren und auch die Sabotage organisieren«. Ob dieser Hinweis ausreicht, um die Schwierigkeiten im SED-Landesverband vollständig zu erklären, oder ob es sich bloß um eine Schutzbehauptung handelte, mag an dieser Stelle zweitrangig sein. Entscheidend ist, dass Ulbricht sich dieses Arguments bediente – und dass es für die Anwesenden offenbar überzeugend klang.³⁹

b) Besatzungswechsel

Der Übergang von der amerikanischen zur sowjetischen Besatzung, der sich zwischen dem 1. und dem 6. Juli 1945 vollzog, kam für die meisten Menschen im Land unerwartet. Sogar die deutschen Verwaltungsstellen in Weimar zeigten sich überrascht.⁴⁰ Nachdem in den ersten Tagen des Besatzungswechsels politische Offiziere der Roten Armee mit den von dem US-Militär eingesetzten deutschen Verwaltungsstellen in Verbindung getreten waren, um die politische Lage vor Ort zu sondieren, wurde am 9. Juli mit dem SMAD-Befehl Nr. 5, der die Bildung von fünf Ländern und Provinzen auf dem Gebiet der SBZ bestätigte, die Sowjetische Militäradministration des Landes Thüringen gebildet.⁴¹ Zum Leiter der Militärverwaltung wurde Generaloberst Wassili I. Tschuikow ernannt.⁴² Ihm zur Seite stellte man Generalmajor Iwan S. Kolesnitschenko, den die SMAD-Zentrale in Karlshorst als Chef der Verwaltung der SMA Thüringen und als Stellvertreter für Zivilangelegenheiten einsetzte.⁴³ Während Tschuikow bereits 1946 Weimar wieder verließ, war es Kolesnitschenko, der die politische Entwicklung des Landes in den ersten Nachkriegsjahren maßgeblich beeinflusste. Bis zu seiner Abberufung 1950 war er zunächst für die SMA, ab 1949 als Vertreter der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK) tätig. Der spätere

³⁹ Referat von Walter Ulbricht auf der wirtschaftspolitischen Konferenz der SED in Erfurt am 8.10.1947, in: ThHStAW, BPA Erfurt, Landesleitung der SED Thüringen IV/2/2/1-008, Bl. 11–17, hier Bl. 12. – Vgl. auch den Erinnerungsbericht von Werner Eggerath, 1966, in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 0096/1, Bl. 28.

⁴⁰ Vgl. die Niederschrift über die Sitzung des Regierungskollegiums der Provinz Thüringen am 2.7.1945, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/1, 1999, S. 101–103, hier S. 101; Protokoll der 5. Sitzung des »Thüringen-Ausschusses« am 4.7.1945, abgedr. in: V. WAHL, »Thüringen-Ausschuß«, 1997, S. 91–98, hier S. 91f.; N. W. PETROW, Sowjetische Besatzungsverwaltung, 2015, S. 45f.

⁴¹ Vgl. S. CREUZBERGER, Die Sowjetische Militäradministration in Thüringen, 2001, S. 1.

⁴² Vgl. H. MÖLLER/A. O. TSCHUBARJAN (Hrsg.), SMAD-Handbuch, 2009, S. 720. – Zum Werdengang Tschuikows während des Zweiten Weltkriegs siehe W. TSCHUIKOW, Das Ende des Dritten Reiches, 1966; DERS., Gardisten auf dem Weg nach Berlin, 1985; DERS., Die Schlacht des Jahrhunderts, 1988; Vasilij I. ČUJKOV, Ot Stalingrada do Berlina, 1980.

⁴³ Vgl. den SMAD-Befehl Nr. 5 vom 9.7.1945, in: Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, 1946, S. 13f; Befehl Nr. 1 des Chefs der Sowjetischen Militäradministration für das Land Thüringen vom 16.7.1946, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.) Quellen zur Geschichte Thüringens/1, 1999, S. 121. – S. CREUZBERGER, Besatzungsmacht, 1996, S. 28; D. N. NOCHOTOWITSCH, SMA-Landesverwaltungen, 2009, S. 557 u. 561f.

thüringische Ministerpräsident Werner Eggerath (SED) schrieb in seinen Erinnerungen, dass Kolesnitschenko auf ihn gewirkt habe »wie ein väterlicher Lehrer, der stets bestrebt [war], seine Schüler selbstständig denken und arbeiten zu lassen«. ⁴⁴ Allerdings war dieses Urteil selbst aus der Sicht eines SED-Funktionärs eine Beschönigung. Obwohl der »General«, wie Kolesnitschenko genannt wurde, wegen seiner guten Deutschkenntnisse und seines kulturellen Interesses große Anerkennung fand, galt er als dirigistisch und pedantisch. Sein schroffer Führungsstil war in der gesamten Besatzungszone berüchtigt. Unter Kolesnitschenkos Leitung produzierte die Thüringer SMA eine regelrechte Flut an schriftlichen Befehlen, Erlassen und Anordnungen, die selbst für sowjetische Verhältnisse ungewöhnlich war. ⁴⁵ Zugleich galt er innerhalb des Verwaltungsapparates als eine äußerst eigenwillige und selbstständige – man könnte auch sagen: schwer kontrollierbare – Figur. Dies brachte ihm mehrfach Schwierigkeiten mit seinen Vorgesetzten in Karlshorst ein. ⁴⁶

Beim Aufbau der Militärverwaltung stand die sowjetische Besatzungsmacht anfangs vor ähnlichen Herausforderungen wie die Amerikaner. Die Etablierung eines landesweiten, funktionsfähigen administrativen Netzes gestaltete sich äußerst schwierig. In den ersten Monaten herrschte eine eklatante personelle Unterbesetzung. In Verwaltungsaufgaben erfahrene Offiziere fehlten auf allen Ebenen. Mangelnde Kenntnisse der deutschen Sprache erwiesen sich bei vielen Mitarbeitern der SMA als ein großes Problem. Fehlerhafte Übersetzungen von amtlichen Dokumenten und Berichten, die durch die überlasteten Dolmetscherbüros angefertigt wurden, führten im Verwaltungsalltag zu erheblichen Missverständnissen. Hinzu kam ein kaum überschaubares Gewirr an unterschiedlichen Einrichtungen, die entweder Karlshorst, den einzelnen Truppenteilen, den Geheimdiensten oder direkt den Moskauer Ministerien unterstanden. Wechselnde Zuordnungen, widersprüchliche Vorgaben und Kompetenzstreitigkeiten verzögerten den Aufbau der sowjetischen Militärverwaltung. ⁴⁷ Selbst nach der Etablierung der Besatzungsherrschaft stellte die SMA

⁴⁴ W. EGGERATH, *Die fröhliche Beichte*, 1976, S. 276. Siehe auch J. JOHN (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte Thüringens*/1, 1999, S. 56.

⁴⁵ Vgl. N. M. NAIMARK, *The Russians in Germany*, 1995, S. 26f., 62 u. 294. – Laut den Tagebucheinträgen des Dolmetscherbüros der thüringischen Landesregierung wurden allein zwischen Juli 1945 und Dezember 1946 4 253 Befehle, Verordnungen und Anweisungen sowjetischer Dienststellen aus dem Russischen ins Deutsche übersetzt. Vgl. ThHStAW, *Land Thüringen – Der Ministerpräsident, Büro des Ministerpräsidenten 1945–1952*, Nr. 543–551. – Zur positiven Beurteilung Kolesnitschenkos siehe S. KACHEL, *Ein rot-roter Sonderweg?*, 2011, S. 283, Anm. 163.

⁴⁶ Vgl. N. M. NAIMARK, *The Russians in Germany*, 1995, S. 392–394, 469 u. 561.

⁴⁷ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 29; DERS., *Die Sowjetische Militäradministration in Thüringen*, 2001, S. 2; P. STRUNK, *Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland*, 1991, S. 149. – Vgl. auch N. M. NAIMARK, *The Russians in Germany*, 1995, S. 23f.; J. FORTZIK, *Einleitung*, in: DERS. (Hrsg.): *Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland*, 2012, S. 27f.

zu keinem Zeitpunkt einen »nach einheitlichen Kriterien organisierten, monolithischen Besatzungsapparat« dar.⁴⁸ Komplexe interne Strukturen und Mehrfachunterstellungen von administrativen Einrichtungen standen einem solchen Anspruch entgegen. Sie konnten nie vollständig beseitigt werden.⁴⁹

c) Gründung neuer Parteien

Mit dem Besatzungswechsel trat in Thüringen der SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni 1945 in Kraft. Er schuf die rechtlichen Voraussetzungen zur Gründung neuer deutscher Parteien, Gewerkschaften und Massenorganisationen auf dem Gebiet der SBZ. Der Entscheidung des Kremls, noch vor dem Beginn der Potsdamer Konferenz diesen bedeutsamen Schritt zu wagen und nach außen hin ein pluralistisches Parteiensystem zuzulassen, lagen wichtige deutschlandpolitische Motive zugrunde. Die UdSSR verfolgte damit die Absicht, sich den maßgeblichen Einfluss auf den Prozess des politischen Neuanfangs zu sichern. Indem die SMAD die Initiative zur Gründung von Parteien und anderen Organisationen ergriff, gab sie zugleich die Bedingungen vor, unter denen dies geschehen sollte.⁵⁰ Somit garantierte der Befehl die Deutungshoheit über solche zentralen Begriffe wie »Demokratie« und »Antifaschismus«. Von Beginn an kontrollierte sie die politischen Spielräume der Neugründungen. Weil die Parteien dezidiert mit einem gesamtdeutschen Anspruch gegründet wurden, vertraute die sowjetische Seite darauf, dass das in der SBZ entstehende politische System Modellcharakter für die westlichen Besatzungszonen haben würde. Somit war der Befehl Nr. 2 nur äußerlich ein politisches Zugeständnis an die Deutschen. Vielmehr musste man ihn als einen Baustein der deutschlandpolitischen Interessen der Sowjetunion verstehen.⁵¹

Im Laufe des Sommers und Herbstes 1945 bildeten sich in der SBZ insgesamt vier Parteien heraus. Sie knüpften an die großen politischen Richtungen des Parteiensystems der Weimarer Republik an, wobei die extreme Rechte freilich ausgespart blieb. Neben den beiden Arbeiterparteien KPD und SPD entstanden mit der CDU und der LDP zwei Parteien, welche die bürgerlichen und mittelständischen Gesellschaftsschichten erreichen sollten. Während sich die CDU als überkonfessionelle christliche Partei verstand, die teilweise auf die alte Zentrumspartei Bezug nahm, sich in ihrer Programmatik und der

⁴⁸ S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 40.

⁴⁹ Vgl. ebd., S. 43.

⁵⁰ Vgl. dazu K. MICHAELIS, *Die Sowjets und die Parteigründungen*, 2000.

⁵¹ Vgl. R. Th. BAUS, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands*, 2001, S. 66f; D. STARITZ/S. SUCKUT, *Politische Parteien*, 1993, S. 436; M. KAISER, *Moskau und die Gleichschaltung des Parteiensystems*, 2002, S. 269; G. WETTIG, *Bereitschaft zu Einheit in Freiheit?*, 1999, S. 79.

Mitgliederstruktur von dieser aber erheblich unterschied, richtete sich die LDP vornehmlich an ein bürgerlich-liberales Klientel, wie es vor 1933 in der Hauptsache von der DDP vertreten worden war.⁵²

Der komplizierte Gründungsprozess und die Schwierigkeiten beim Aufbau parteipolitischer Strukturen in der SBZ sind von der Forschung bereits ausführlich beschrieben worden.⁵³ Dabei gilt es festzuhalten, dass die Entstehung der Parteien keineswegs von »oben« gesteuert wurde. Die sich herausbildenden Zentralen der Parteien, die sich allesamt in der Reichshauptstadt Berlin ansiedelten, konnten zunächst kaum auf den Gründungsprozess in der Peripherie einwirken. Zwar boten die jeweiligen Aufrufe der Berliner Gründerkreise, die in der Presse und als Flugblätter publiziert wurden, einen ungefähren programmatischen Rahmen. Dennoch wurde der Prozess der Parteienbildung maßgeblich von »unten« forciert. Häufig ging es darum, »daß zuerst einmal im engen lokalen Umfeld des Stadtviertels oder der Kleinstadt Menschen sich wieder in politischen Vereinigungen zusammenschließen konnten, die an die erhaltenswerten Traditionen der Zeit vor 1933 anknüpfen wollten«.⁵⁴ Das galt in besonderem Maße für die CDU und die LDP. Erst nach und nach erfolgte eine wechselseitige Annäherung und Konsolidierung zwischen Zentrale und Basisgruppen. Sie führte dazu, dass aus den oftmals spontanen Gründungen schließlich »ordentliche« Parteiverbände hervorgingen.⁵⁵

Die neu entstehenden Parteien sahen sich in Thüringen mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen konfrontiert. Dabei verfügte die KPD über die besten Ausgangsbedingungen. Im Vergleich zu den Sozialdemokraten und den »bürgerlichen« Kräften konnten die Kommunisten zum Zeitpunkt des Besatzungswechsels schon auf einigermaßen gut organisierte Parteistrukturen zurückgreifen. Die Bemühungen der provisorischen Bezirksleitung, noch während der amerikanischen Besatzung den Parteiapparat wiederzubeleben, zahlten sich nun aus. Sie begünstigten den weiteren Aufbau der Landespartei enorm. Hinzu kam, dass sich die KPD auf die Unterstützung durch die neue Besatzungsmacht verlassen konnte. Die Offiziere der SMA betrachteten die deutschen Kommunisten als ihre »natürlichen Verbündeten«, die zwar nicht auf Augenhöhe standen, denen man aber aus den engen politischen und weltanschaulichen Bin-

⁵² Vgl. E. KRIPPENDORFF, *Liberal-Demokratische Partei Deutschlands*, 1961, S. 34–36.

⁵³ Als überblicksartiger Einstieg siehe S. SUCKUT, *Geschichte und Funktion der Blockparteien*, 2003, S. 93–99, bes. S. 94–97. – Vgl. auch H. WEBER, *Die DDR*, 2006, S. 5f.

⁵⁴ H.-U. WEHLER, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 4, 2003, S. 965.

⁵⁵ Vgl. M. AGETHEN, *Die CDU in der SBZ/DDR*, 1995, S. 48; R. Th. BAUS, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands*, 2001, S. 98–167; H. DÄHN, *Liberal-Demokratische Partei Deutschlands*, 1993, S. 546f.; W. MÜLLER, *Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, 1993, S. 464f.; G. PAPKE, *Liberal-Demokratische Partei Deutschlands*, 1995, S. 29f.; S. SUCKUT, *Christlich Demokratische Union Deutschlands*, 1993, S. 516.

dungen jegliche Hilfe zu Teil werden lassen musste.⁵⁶ Wie auch in den anderen Landesteilen der SBZ wurde die KPD in Thüringen massiv bevorzugt und gegenüber den restlichen entstehenden Parteien privilegiert. Neben der Bereitstellung von Verwaltungsgebäuden, Büroausstattungen, Fahrzeugen, Benzin und finanziellen Zuwendungen unterstützte die Militäradministration die KPD auch in ihren agitatorischen Bestrebungen. Während sich die anderen Parteien im Laufe des Spätjahres 1945 bei der SMA intensiv um die Lizenz zur Herausgabe eigener Zeitungen bemühten, konnte die KPD bereits Anfang Juli mit der *Thüringer Volkszeitung* an die Öffentlichkeit treten.⁵⁷

Obwohl es der KPD gelang, zügig Ortsgruppen zu bilden und eine flächendeckende Organisation aufzubauen, blieben die Erfolge bei der Werbung von neuen Mitgliedern trotz aller Anstrengungen mäßig. Zwischen August und Oktober 1945 stieg die Zahl der Genossen von 12 000 auf 19 500, am Ende des Jahres zählte die Partei lediglich 53 100 Mitglieder.⁵⁸ Dies musste umso mehr verwundern, weil das stark industrialisierte Thüringen seit Langem als eine Hochburg der Arbeiterbewegung galt.⁵⁹ Als im April 1946 die Vereinigung von SPD und KPD vollzogen wurde, befanden sich die Kommunisten in der Minderheit.⁶⁰ Aus Sicht der Berliner Parteiführung der KPD verband sich mit Thüringen eine weitere Schwierigkeit, die es zu lösen galt: Das Zentralkomitee musste in den ersten Monaten viel Zeit und Energie aufwenden, um die sich neu formierenden Parteigliederungen überall in der SBZ einheitlich auszurichten und sie im Sinne einer zentralistischen Parteistruktur funktions- und arbeitsfähig zu gestalten. Das Vorgehen gegen die vermeintlichen »sektiererischen Tendenzen« erforderte gerade in Thüringen große Anstrengungen, weil hier die organisatorischen Grundlagen der Partei und ihre programmatische Ausrichtung zunächst ohne die Beteiligung der aus Moskau zurückgekehrten Initiativgruppen entstanden waren.⁶¹ Der Besatzungswechsel bot der KPD-Führung in Berlin schließlich die Möglichkeit, den direkten Einfluss auf Thüringen auszudehnen.⁶²

⁵⁶ Vgl. I. S. KOLESNITSCHENKO, Im gemeinsamen Kampf, 1985, S. 28 u. 30. – Vgl. auch J. LAUFER, Stalin, Dimitrov und der Aufruf der KPD, 2009.

⁵⁷ Vgl. das Manuskript von Hermann Brill »Die politische Entwicklung Thüringens unter der sowjetischen Besatzung«, verf. am 3.10.1947, abgedr. in: M. OVERESCH, Machtergreifung von links, 1993, S. 188–193, hier S. 189; R. Th. BAUS, Christlich-Demokratische Union Deutschlands, 2001, S. 164.

⁵⁸ W. MÜLLER, Kommunistische Partei Deutschlands, 1993, S. 458.

⁵⁹ Vgl. ebd., S. 448.

⁶⁰ Vgl. den Erinnerungsbericht von Werner Eggerath, 1966, in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 0096/1, Bl. 35.

⁶¹ Siehe die Andeutungen bei L. FUCHS, Besatzungspolitik der USA, 1966, S. 166 u. 168. – Vgl. auch O. GROEHLER, Der verordnete Antifaschismus, 1995.

⁶² Vgl. S. KACHEL, Ein rot-roter Sonderweg?, 2011, S. 290–295.

Im Gegensatz zu den Kommunisten begannen die Sozialdemokraten erst nach dem Einmarsch der Roten Armee mit dem systematischen Aufbau von Parteistrukturen. Obwohl erste Gruppierungen schon unter der amerikanischen Besatzung über die Arbeit in den Antifa-Ausschüssen, alte Verbindungen aus der Weimarer Zeit oder aus dem gemeinsamen Widerstand gegen das NS-Regime zusammengefunden hatten, fiel die eigentliche Gründungsversammlung des Thüringer Bezirksverbandes der SPD in die Zeit des Besatzungswechsels.⁶³ Unbestrittene Führungsfigur der Sozialdemokratie war Hermann Brill, der zum ersten Vorsitzenden gewählt wurde. Wie bei der KPD war auch im Falle der SPD der Einfluss aus Berlin auf die Entwicklung in Thüringen anfänglich kaum spürbar.⁶⁴ Im Sinne der im »Buchenwalder Manifest« niedergelegten programmatischen Eckpunkte konstituierte sich der Thüringer Bezirksverband der SPD landesweit als »Bund demokratischer Sozialisten«. Die Bezeichnung war als Aufforderung an Sozialdemokraten und Kommunisten zu verstehen, den »historischen Fehler« der Spaltung der Arbeiterbewegung zu überwinden und eine einheitliche demokratisch-sozialistische Partei zu schaffen.⁶⁵

Trotz aller Herausforderungen und Schwierigkeiten, die den Neuaufbau der KPD und der SPD begleiteten, war es in erster Linie das »bürgerliche« Lager, das die größten Hürden bei der Gründung eigener Organisationen zu überwinden hatte. Zum Zeitpunkt des Besatzungswechsels hatten sich die »bürgerlichen« Kräfte in Thüringen noch so gut wie überhaupt nicht politisch formiert.⁶⁶ Wohl existierten verschiedene Kreise, in denen über die Gründung von Parteien diskutiert wurde. Von ernsthaften Versuchen zur Schaffung demokratischer Parteiorganisationen im landesweiten Maßstab konnte während der amerikanischen Besatzung indes nicht die Rede sein. Die im Juli 1945 entstehenden Initiativen zur Gründung neuer politischer Verbindungen rekrutierten sich hauptsächlich aus jenen Personen, die als »Aktivisten der ersten Stunde« in den Antifa-Ausschüssen tätig waren. Oftmals verfolgten sie anfangs keine parteipolitischen Ambitionen, sondern es ging ihnen nur darum, den Sozialdemokraten und Kommunisten vor Ort ein politisches Gegengewicht entgegenzustellen.⁶⁷

⁶³ Vgl. G. EHNERT, Die SPD Thüringens, 1995, S. 46; DERS., Alte Parteien in der »neuen Zeit«, 1995.

⁶⁴ Vgl. DERS., Die SPD Thüringens, 1995, S. 27; W. MÜLLER, Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 1993, S. 465. – Siehe dazu auch M. LOEDING, Führungsanspruch und Einheitsdrang, 2002, S. 163–214.

⁶⁵ Vgl. S. KACHEL, Ein rot-roter Sonderweg?, 2011, S. 283–288.

⁶⁶ Vgl. R. Th. BAUS, Christlich-Demokratische Union Deutschlands, 2001, S. 164f.; M. KIEFER, Gründung und Anfänge, 1995, S. 3; J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 40.

⁶⁷ Vgl. ebd., S. 42; A. SCHAEFER, Lebensbericht, 1994, S. 60f.; V. WAHL, Die Anfänge der antifaschistisch-demokratischen Parteien, 1978.

Sowohl bei den Liberal- als auch bei den Christdemokraten bestanden zunächst kaum Verbindungen nach Berlin. Die zentralen Aufrufe aus der Hauptstadt spielten während des Entstehungsprozesses der meisten LDP- und CDU-Gruppen in Thüringen keine Rolle; häufig waren sie gänzlich unbekannt. Naturgemäß verorteten sich die Gründungszentren der »bürgerlichen« Parteien in den kleineren und größeren Städten des Landes wie Erfurt, Eisenach, Gera, Jena, Gotha, Nordhausen und Altenburg – dort also, wo es mit Handwerkern, Angestellten, Selbstständigen, Kaufleuten und Beamten einen ausreichend großen mittelständischen Unterstützerkreis gab.⁶⁸ Im Entstehungsprozess beider Parteien spielte Weimar als das politische Zentrum der Region eine wichtige Rolle. Nach der Übernahme der Besatzungsherrschaft durch die SMA konstituierte sich dort am 9. Juli die Demokratische Partei. Ihr Wirkungsbereich blieb zunächst noch auf das räumliche Umfeld der Stadt begrenzt. Erst am 29. Juli wurde unter Federführung der Ortsgruppe Weimar der Landesverband der Demokratischen Partei (DP) in Thüringen gegründet.⁶⁹ Obwohl die Thüringer Liberalen mit ihrem Parteinamen an die Tradition der DDP anknüpfen wollten, verstand sich die Demokratische Partei durchaus als ein Landesverband der neuen LDP. Im Dezember 1945 wurde der Name aufgrund sowjetischer Vorgaben vereinheitlicht und dem des Dachverbandes in der SBZ angeglichen.⁷⁰

Auch die Gründung der CDU vollzog sich in Weimar. Am 20. Juli fand hier auf Einladung des Vizepräsidenten der Landesverwaltung, Dr. Max Kolter, die erste Gründungsversammlung des Landesverbandes der Christdemokraten in einem kleinen Kreis statt. Vermutlich um die Basis für die Parteigründung zu erweitern, wurde dieser Akt zwei Tage später wiederholt.⁷¹ Obwohl die Ortsgruppen der beiden neuen »bürgerlichen« Parteien hauptsächlich im städtischen Milieu entstanden, spielte ebenso das Eichsfeld eine besonders tragende Rolle. In dem katholisch geprägten Landstrich gelang es der CDU, auch außerhalb der Städte weiträumig Fuß zu fassen. Das Eichsfeld entwickelte sich zum »herausragenden Gründungszentrum« der christdemokratischen Partei.⁷²

Zwar stießen die beiden »bürgerlichen« Parteien durchaus auf Zuspruch in der Bevölkerung Thüringens. Aus den Gründerkreisen, die zunächst einige

⁶⁸ Vgl. R. Th. BAUS, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands*, 2001, S. 165–167; J. LOUIS, *Liberal-Demokratische Partei in Thüringen*, 1996, S. 41–44.

⁶⁹ Vgl. ebd., S. 39–41 u. 45; DERS., *Die Gründung der Demokratischen Partei in Thüringen*, 1994.

⁷⁰ Vgl. DERS., *Liberal-Demokratische Partei in Thüringen*, 1996, S. 49–51.

⁷¹ Vgl. R. Th. BAUS, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands*, 2001, S. 158–160; M. KIEFER, *Gründung und Anfänge*, 1995, S. 4f. – Bei Markus Kiefer ist auch das 12-Punkte-Programm mit den wesentlich inhaltlichen Zielen der CDU abgedruckt, das die Partei auf ihrer Versammlung am 20.7.1945 verabschiedete und gemeinsam mit dem schriftlichen Genehmigungsantrag zur Registrierung bei der SMA einreichte. Vgl. ebd., S. 4.

⁷² R. Th. BAUS, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands*, 2001, S. 166; A. SCHAEFER, *Lebensbericht*, 1994, S. 60–62.

Dutzend Personen umfassten, wuchsen innerhalb einiger Wochen größere Landesorganisationen mit mehreren Tausend Mitgliedern. Allerdings erreichten DP/LDP und CDU bis Ende 1945 nur einen Bruchteil der Stärke der beiden Arbeiterparteien. Am ehesten konnte die DP/LDP diesbezügliche Erfolge verbuchen. Zwischen September und Dezember 1945 verdoppelte sich die Zahl der Parteimitglieder von 6000 auf rund 12500. Das Frühjahr 1946 brachte weitere Zugewinne.⁷³ Die LDP entwickelte sich nach den Kommunisten und der Sozialdemokratie zur drittstärksten Kraft im Land. Dieser Zulauf erklärte sich vor allem aus der Tatsache, dass die LDP aufgrund ihrer programmatischen Vorstellungen von einer parlamentarischen Demokratie, dem freien Markt, Privateigentum am weitesten »rechts« stand. Dies machte sie attraktiv für all jene, die sich mit den Grundzügen der sowjetischen Besatzungsherrschaft sowie den Zielsetzungen von KPD und SPD nicht einverstanden zeigten. Neben den klassischen liberalen Wählerschichten im mittleren und gehobenen Bürgertum wurde die LDP so auch für viele Vertriebene aus den Ostgebieten, Landwirte, Frauen und Jugendliche attraktiv. Ebenso fanden ehemalige NSDAP-Mitglieder den Weg zu ihr, die ihre berufliche Existenz dadurch abzusichern suchten, dass sie sich in einer der vier zugelassenen »antifaschistisch-demokratischen« Parteien aktiv betätigten. Die LDP erschien vielen als die beste Wahl.⁷⁴

Bei der CDU verlief der Parteiaufbau weitaus schleppender. Sie war bei einem Mitgliederstand von 7767 Personen im Dezember 1945 mit deutlichem Abstand lediglich die vierte Kraft in Thüringen. In Vergleich der fünf CDU-Landesverbände bewegte sie sich im unteren Mittelfeld.⁷⁵ Erst im Januar 1946 konnte die Partei ihre Mitgliederzahl auf über 10000 Personen steigern.⁷⁶ Obwohl sich die CDU landesweit mit Ortsgruppen und Kreisverbänden organisierte, lag ihr Schwerpunkt im Eichsfeld. Ende 1945 lebten über 26 Prozent aller CDU-Mitglieder dort. Unter den 22 Kreisverbänden der Thüringer Union war der Kreisverband Worbis der mit Abstand stärkste.⁷⁷ Auch wenn die Christdemokraten die gleichen Gesellschaftsschichten ansprachen wie die LDP, lag ein Hauptunterschied zu den Liberalen in der starken Betonung des Christentums. So verwunderte es nicht, dass die CDU sehr darum bemüht war, die Unterstützung der katholischen und protestantischen Kirchen bei der Gründung von neu-

⁷³ Vgl. J. LOUIS, Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 262.

⁷⁴ Vgl. ebd., S. 54–60; G. PAPKE, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, 1995, S. 33f.; H. DÄHN, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, 1993, S. 548f.

⁷⁵ Vgl. R. Th. BAUS, Christlich-Demokratische Union Deutschlands, 2001, S. 483.

⁷⁶ Vgl. den Tätigkeitsbericht der CDU-Reichsgeschäftsstelle an die SMAD für den Monat Januar 1946, verf. am 8.2.1946, in: ACDP, 07-11, Nr. 1691, o. Bl.

⁷⁷ Vgl. M. KIEFER, Gründung und Anfänge, 1995, S. 60; Th. SPECKMANN, Hugo Dornhofer, 2003, S. 151f.

en Ortsgruppen zu gewinnen.⁷⁸ Insgesamt blieben die Erfolge jedoch bescheiden. Auf einer Sitzung der Thüringer CDU-Parteiführung Ende September klagte der stellvertretende Landesvorsitzende Georg Grosse, dass der ganze Apparat noch in den Kinderschuhen stecke und aus ihnen nicht herauskomme.⁷⁹

Dass sich DP/LDP und CDU strukturell klar im Hintertreffen befanden und sich ihre Etablierung nur sehr langsam vollzog, erklärte sich in erster Linie aus den erschwerenden Rahmenbedingungen. Über die Registrierungspraxis übte die SMA starken Einfluss auf die Entstehung neuer Parteigruppen aus: Entsprechende Anträge wurden mit den unterschiedlichsten Begründungen abgelehnt oder verschleppt; Personen, die solche Gesuche einreichten, bei Gesprächen auf den Kommandanturen häufig dazu »überredet« oder sogar offen gezwungen, von ihrem Ansinnen Abstand zu nehmen. Die Formen der von der SMA ausgeübten politischen Willkür waren vielfältig.⁸⁰ Während die KPD dank der sowjetischen Unterstützung schon frühzeitig in der Lage war, Stellen für Funktionäre zu schaffen, die sich hauptberuflich mit Verwaltungs-, Schulungs- und anderen Aufgaben beschäftigten, waren die »bürgerlichen« Parteien für ihr Auskommen auf sich allein gestellt. Sowohl bei den Liberalen als auch bei den Christdemokraten war die finanzielle Lage lange Zeit äußerst angespannt. Das schlug sich dann auf die organisatorischen und logistischen Bedingungen der Parteiarbeit nieder: Die angemieteten Räumlichkeiten erwiesen sich häufig als zu beengt, die Versorgung mit Einrichtungsgegenständen, Bürobedarf und Kommunikationsmitteln war kärglich, parteieigene Fahrzeuge und Benzin fehlten zunächst vollständig. Unter solchen Bedingungen war an eine professionelle Parteiarbeit, wie sie die Kommunisten betrieben, kaum zu denken.⁸¹

d) »Machtergreifung von links«

Mit dem Einmarsch der Roten Armee in Thüringen begann eine neue Phase in der politischen Entwicklung des Landes. Der Historiker Manfred Overesch hat sie in Anlehnung an die Geschehnisse in Deutschland 1933 als eine »Machtergreifung von links« bezeichnet.⁸² Obwohl dieser sehr emotionalisierende Begriff sicherlich einige methodische Probleme aufwirft, trifft er als inhaltliche Beschreibung der Vorgänge in Thüringen 1945/46 durchaus den Kern: Ab Mitte Juli 1945 wurden erste Schritte unternommen, die langfristig auf eine

⁷⁸ Vgl. R. Th. BAUS, Christlich-Demokratische Union Deutschlands, 2001, S. 167; Th. SPECKMANN, Hugo Dornhofer, 2003, S. 111.

⁷⁹ Zit. nach M. KIEFER, Gründung und Anfänge, 1995, S. 5.

⁸⁰ Vgl. ebd., S. 42.

⁸¹ Vgl. J. LOUIS, Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 45.

⁸² M. OVERESCH, Machtergreifung von links, 1993.

Veränderung der politischen Tektonik und auf die Durchsetzung des Führungsanspruchs der Kommunisten abzielten. Die Veränderungen traten nicht über Nacht ein, sondern sie vollzogen sich in einem fortlaufenden Prozess. Dieser erreichte mit der Vereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946 seinen vorläufigen Höhepunkt.

Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung war die Umstrukturierung der von den Amerikanern eingesetzten Provinzialregierung. Am 16. Juli gab Generaloberst Tschuikow die Bildung einer neuen Landesverwaltung für Thüringen bekannt. Ihr gehörte der bisherige Regierungspräsident Hermann Brill nicht mehr an. An seine Stelle trat der Oberbürgermeister von Gera, Rudolf Paul, den Tschuikow zum Präsidenten des Landes Thüringen ernannte. Ihm zur Seite standen mit dem Kommunisten Ernst Busse, dem Sozialdemokraten Georg Appell und dem ehemaligen Mitglied der Zentrumspartei Max Kolter (CDU) fortan drei Vizepräsidenten.⁸³ Durch die Umstrukturierung veränderten sich die politischen Gewichte in zweierlei Hinsicht: Erstens bedeutete die Entlassung Brills einen wichtigen personellen Einschnitt. Dessen Absetzung war maßgeblich von Walter Ulbricht und Georg Schneider, den die KPD-Führung als Beauftragten nach Thüringen entsandt hatte, um den Parteiverband auf Kurs zu bringen, forciert worden.⁸⁴ Zu Brills Nachfolger wurde der Parteilose Rudolf Paul bestimmt. Paul galt als ein Politiker »bürgerlichen« Zuschnitts. In der Weimarer Republik hatte er mehrere Jahre dem Landesverband der DDP vorgestanden. Zudem verfügte Paul über gute Kontakte zur sowjetischen Besatzungsmacht.⁸⁵ Die Thüringer KPD war mit seiner Ernennung zum Landespräsidenten einverstanden, weil es so aussah, als ob Paul politisch zuverlässiger wäre als der selbstbewusste und unabhängige Brill. Das sollte sich jedoch schon bald als eine Fehleinschätzung herausstellen.⁸⁶

⁸³ Vgl. Niederschrift von Dr. Rudolf Paul über die Einsetzung der Landesverwaltung Thüringen durch die SMA des Landes Thüringen am 16.7.1946, abgedr. in: B. POST/V. WAHL (Hrsg.), Thüringen-Handbuch, 1999, S. 126f.; Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, 1989, S. 63f.; J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/1, 1999, S. 122f.; Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, 1968, S. 95f.

⁸⁴ Vgl. M. OVERESCH, Hermann Brill in Thüringen, 1992, S. 351 u. 354–357; DERS., Machtergreifung von links, 1993, S. 97–101. – E. W. GNIFFKE, Jahre mit Ulbricht, 1966, S. 54 u. 61; W. S. SEMJONOW, Von Stalin bis Gorbatschow, 1995, S. 239f. – Memorandum von Iwan A. Serow für Lawrenti P. Berija vom 9.7.1945, abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), Sowjetische Politik in der SBZ, 1998, S. 11–13, bes. S. 12.

⁸⁵ Vgl. I. S. KOLESNITSCHENKO, Im gemeinsamen Kampf, 1985, S. 11f.; S. KACHEL, Ein rot-roter Sonderweg?, 2011, S. 281, Anm. 157; M. OVERESCH, Machtergreifung von links, 1993, S. 95f. – Siehe ausführlich dazu auch J. JOHN, Rudolf Paul, 2015.

⁸⁶ Zum angeblich »feindseligen Verhältnis« zwischen Hermann Brill und Rudolf Paul vgl. SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 0096/1, Bl. 25; M. OVERESCH, Hermann Brill in Thüringen, 1992, S. 355.

Zweitens führte die Umbildung der Landesverwaltung dazu, dass das politische Gewicht der Kommunisten deutlich zunahm. Mit dem vermeintlich loyalen Rudolf Paul und Ernst Busse verfügte die KPD über die Hälfte der Posten im Präsidium der Landesverwaltung, wobei die Stimme des Landespräsidenten den Ausschlag gab.⁸⁷ Auch bei der Besetzung der Landesämter kam es zu Veränderungen. Am 20. Juli übernahm Ernst Busse das Landesamt des Innern und trat das von ihm bislang geleitete Landesamt für Arbeit an seinen Parteigenossen Willi Albrecht ab. Das unter kommunistischer Ägide stehende Landesamt für Volksbildung entwickelte sich zunehmend zu einem Schlüsselressort. Durch den neuen Zuschnitt der Zuständigkeiten und die Schaffung eines eigenen Landesgesundheitsamtes verfügte die KPD Anfang August 1945 über vier Direktorenstellen, die Liberalen über zwei, wohingegen die Christdemokraten sowie die Sozialdemokraten jeweils mit nur einer Stelle bedacht wurden. Obwohl die Landesverwaltung nach außen hin wie eine provisorische Allparteienregierung wirkte, wurde sie nunmehr von den Kommunisten dominiert.⁸⁸

Der neue Zuschnitt der durch die SMA eingesetzten Thüringer Landesverwaltung erwies sich aber nur als die Spitze des Eisberges. Im ganzen Land kam es in den Monaten nach dem Besatzungswechsel zu Revirements. Bis Ende August wurden allein acht Oberbürgermeister und 13 Landräte ausgetauscht.⁸⁹ Obwohl nicht in allen Fällen Kommunisten auf die frei gewordenen Posten nachrückten, stieg ihr Anteil merklich an: Gehörten Mitte Juli 1945 nur zwei von zwölf Oberbürgermeistern (16,67 Prozent) und vier von 22 Landräten (18,18 Prozent) in Thüringen der KPD an, stieg ihre Zahl bis zum 31. Dezember 1945 mit elf Landräten (50 Prozent) und fünf Oberbürgermeistern (41,67 Prozent) auf das Zwei- bis Dreifache.⁹⁰

Ein weiteres Element, das mit dazu beitrug, die politische Entwicklung in Thüringen im Sinne der KPD zu beeinflussen, bestand in der Einbindung der sich formierenden Parteien in das Konzept der Blockpolitik. Zwar wurde die These von der »Hineingründung der Parteien in den Einheitsblock« inzwischen durch Lokalstudien weitgehend revidiert⁹¹, doch ist der enge Zusammenhang

⁸⁷ Vgl. das »Gesetz über die Handhabung der Gesetzgebungsgewalt im Lande Thüringen« vom 20.8.1945, abgedr. in: B. POST/V. WAHL (Hrsg.), Thüringen-Handbuch, 1999, S. 429f. Vgl. ebenso J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/1, 1999, S. 59.

⁸⁸ Vgl. V. WAHL, »Thüringen-Ausschuß«, 1997, S. 27.

⁸⁹ Zum Einfluss der lokalen KPD-Gruppen auf die Zusammensetzung kommunaler Verwaltungen siehe etwa das Protokoll über eine Beratung Jenaer KPD- und SPD-Vertreter mit Walter Ulbricht am 5.7.1945, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/1, 1999, S. 110–115, bes. S. 110f.

⁹⁰ Berechnungen d. Verf. nach D. M. SCHNEIDER, Kommunalverwaltung und -verfassung, 1993, S. 300. Die Prozentwerte sind zweistellig gerundet. – Einige ausgewählte Beispiele werden auch behandelt bei L. FUCHS, Besatzungspolitik der USA, 1966, S. 106–112.

⁹¹ Vgl. J. LOUIS, Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 37.

zwischen Parteigründungen und Blockpolitik evident. Nach dem Vorbild des zentralen Einheitsfront-Ausschusses in Berlin konstituierte sich am 17. August 1945 in Weimar der »Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien des Landes Thüringen«. Die Initiative hierzu ging von der SMA aus.⁹² In der Gründungserklärung vereinbarten die Vertreter von KPD, SPD, DP/LDP und CDU, dass sie gemeinsam »unter gegenseitiger Anerkennung ihrer Selbstständigkeit [...] eine feste Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien« bilden wollten, um dadurch mit vereinter Kraft den Neuaufbau des Landes vorzubringen.⁹³ Doch trotz der Einmütigkeitsrhetorik und der vermeintlichen Gleichberechtigung unter den vier Parteien⁹⁴ trifft es wohl nicht zu, dem Landesblockausschuss eine »parlamentsähnliche Kontrollfunktion gegenüber der mit legislativen und exekutiven Befugnissen ausgestatteten Landesverwaltung« zuzuschreiben.⁹⁵ Dass er eine solche Kompetenz gar nicht entwickeln konnte, wurde spätestens deutlich, als sich die Parteien im Januar 1946 auf Drängen des Landespräsidenten Paul mit der Frage beschäftigten, wie man eine solche Kontrollinstanz – etwa in der Form eines Beirats – schaffen könne. Alle Vertreter waren sich darin einig, dass der Landesblockausschuss genau diese Aufgabe bislang nicht erfüllt habe.⁹⁶

Mit Blick auf die politischen Machtverhältnisse im Land erwies sich der Landesblockausschuss vielmehr als ein »wichtiges Instrument für die Lenkung der thüringischen Parteienpolitik«.⁹⁷ Unter den wachsamen Augen der SMA trug das Gremium erheblich dazu bei, dass die Sozialdemokraten und die »bürgerlichen« Parteien auf den von der KPD/SED vorgegebenen Kurs letztlich stets einschwenken mussten. Der Thüringen-Beauftragte des Zentralkomitees Georg Schneider meinte in der Rückschau, dass die KPD die entscheidende Kraft im Landesblockausschuss gewesen sei:

⁹² Vgl. das Protokoll der 6. Sitzung des »Thüringen-Ausschusses« am 18.7.1945, abgedr. in: V. WAHL, »Thüringen-Ausschuß«, 1997, S. 99–105, bes. S. 101–103. – Zu den allgemeinen Vorberatungen siehe ebd., S. 29 u. 101–104; M. OVERESCH, Hermann Brill in Thüringen, 1992, S. 363 u. 366f.

⁹³ Aktionsprogramm des Landes-Parteienblocks vom 17.8.1945, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/1, 1999, S. 138f.

⁹⁴ In Anlehnung an die Gepflogenheiten im »Thüringen-Ausschuß«, die sich aus dem Buchenwalderbe herleiteten, redeten sich die Mitglieder des Landesblockausschusses mit »Kamerad« an. Vgl. das Schreiben des Sekretariats des Landesblockausschusses Thüringen an alle Stadt- und Kreisblocks vom 15.10.1947, in: ThHStAW, Land Thüringen – Ministerium des Innern, Nr. 263, Bl. 1; siehe auch V. WAHL, »Thüringen-Ausschuß«, 1997, S. 29.

⁹⁵ DERS., Erweiterung und Neuaufbau, 1999, S. 52.

⁹⁶ Vgl. die Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Landespräsidiums unter Rudolf Paul mit den Vertretern der vier Parteien am 11.1.1946, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 1, Bl. 1–5. Auch abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/1, 1999, S. 199–203. – Vgl. ebenfalls H. A. WELSH, Thüringen, 1993, S. 176.

⁹⁷ S. CREUZBERGER, Sowjetische Militäradministration in Thüringen, 2001, S. 5.

»In unseren Sitzungen besprachen wir bestimmte durchzuführende Maßnahmen, gingen danach zu den entsprechenden Genossen der SPD, sicherten uns ihr Einverständnis und traten nun schon zur entsprechenden Blocksitzung geschlossen auf. Wir waren zwar bereit, mit den anderen Parteien taktisch diese oder jene Frage zu beraten, prinzipiell aber führten wir auch die beiden anderen Parteien mit Hilfe der SPD weiter. Wir überzeugten in jedem einzelnen Fall die Vertreter dieser Parteien immer wieder von der Richtigkeit dessen, was wir vorhatten. [...] Die Taktik unserer Blockpolitik war stets folgende: Angreifen, zuschlagen, um dann zu einer prinzipiellen Einigung mit den Parteien zu kommen.«⁹⁸

Wie in den anderen Ländern der SBZ kamen ebenfalls in Thüringen im Verlauf des Spätsommers und Herbstes 1945 mehrere als »Reformen« titulierte Maßnahmen zum Tragen. Sie zielten auf eine grundsätzliche Veränderung der noch bestehenden gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ab. Neben einer Schul- und einer Justizreform wurde die Neuordnung der Finanzwirtschaft und des industriellen Sektors eingeleitet. Das Kernstück aller Maßnahmen, die auf Vorgaben der SMAD beruhten und deren Umsetzung von ihr überwacht wurden⁹⁹, bildete jedoch die Durchführung der Bodenreform. In der SBZ leitete sie Anfang September die »erste tiefgreifende Umstrukturierung der Gesellschaftsordnung« ein.¹⁰⁰ Obwohl die Parteien die Bodenreform im Grundsatz weitgehend mittrugen, regte sich vor allem in der CDU Widerspruch gegen die von der KPD beabsichtigte entschädigungslose Enteignung. Aus sowjetischen Dokumenten geht hervor, dass Max Kolter, der thüringische Landesvorsitzende der Union, Entscheidungen über die Bodenreform abzuwenden und Besitzungen vor dem staatlichen Zugriff zu schützen versuchte.¹⁰¹ Anfang November musste Kolter deshalb auf Befehl General Tschuikows wegen angeblicher Sabotage und Nichtausführung von Befehlen aus seinem Amt in der Landesverwaltung scheidern. Zur geplanten Verhaftung und Anklage kam es indes nicht mehr: Der schwer kranke Politiker verstarb wenige Wochen später im Jenaer Krankenhaus, wo er unter Bewachung durch den sowjetischen

⁹⁸ Zit. nach M. OVERESCH, Hermann Brill in Thüringen, 1992, S. 367.

⁹⁹ Zum Einfluss der SMAD auf die genannten Maßnahmen siehe überblicksartig J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), Die UdSSR und die deutsche Frage/2, 2004, S. XLV–LIV.

¹⁰⁰ U. MÄHLERT, Kleine Geschichte der DDR, 2007, S. 23.

¹⁰¹ Vgl. den Bericht von Wladimir S. Semjonow über den Verlauf der Bodenreform in der SBZ vom 28.9.1945, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), Die UdSSR und die deutsche Frage/2, 2004, S. 118–125, hier S. 122; Bericht von Semjonow und Iwan F. Filippow an Wjatscheslaw M. Molotow, Georgi K. Schukow und Andrei J. Wjatschinski über den Block der demokratischen Parteien Deutschlands vom 21.12.1945, abgedr. in: ebd. S. 201–224, bes. S. 208; V. WAHL, Max Kolter, 2009, S. 195–198.

Geheimdienst stand.¹⁰² Über die Thüringer Union hinaus entwickelte sich der Konflikt um die Bodenreform Ende 1945 zur ersten großen politischen Krise der CDU in der SBZ. Sie belastete nicht nur das Klima zwischen den Parteien, sondern sie verstärkte auch das Misstrauen der SMAD gegenüber dem »bürgerlichen« Lager.¹⁰³

Die Verweigerungshaltung der thüringischen CDU bei der Bodenreform bewirkte, dass die KPD und die SMA ihren Druck auf die Partei erhöhten.¹⁰⁴ Nicht nur in der Führungsspitze der Union erfolgten personelle Veränderungen. Viel gravierender war, dass die Möglichkeiten für eine politische Betätigung, die ohnehin Restriktionen unterlagen, weiter eingeschränkt wurden.¹⁰⁵ Intern betrachtete die SMAD die CDU und mit Abstrichen die LDP fortan als »antidemokratische« Parteien, die eine »chauvinistische, reaktionäre Politik« verfolgten.¹⁰⁶ All dies vermittelte einen ersten Eindruck davon, was im folgenden Wahlkampf auf die »Bürgerlichen« noch zukommen sollte.

Parallel zu den Auseinandersetzungen um die Bodenreform machten sich ab Herbst 1945 bei der KPD wachsende Bestrebungen bemerkbar, eine einheitliche Arbeiterpartei zu schaffen. Die Fusionierung von KPD und SPD zur SED, wie sie dann im April 1946 vollzogen wurde, bestimmte länger als ein halbes Jahr das politische Geschehen in der Besatzungszone. Hatte die Berliner KPD-Führung noch im Sommer 1945 eine solche Zusammenführung der beiden Parteien strikt abgelehnt, änderte sich die Haltung im Verlauf des Herbstes. Nun erschien es nicht nur der Parteispitze, sondern mehr und mehr auch der sowjetischen Führung aus machttaktischen Erwägungen heraus vorteilhaft, eine Vereinigung unter kommunistischen Vorzeichen zu forcieren. Das schlechte Abschneiden der Schwesterparteien bei den Kommunal- und Parlamentswahlen in

¹⁰² Vgl. den Befehl Nr. 78 der SMA Thüringen zur Entlassung von Vizepräsident Max Kolter vom 5.11.1945, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/1, 1999, S. 182f. – R. TH. BAUS, Christlich-Demokratische Union Deutschlands, 2001, S. 220f.; G. BUCHSTAB (Hrsg.), Verfolgt und entrechtet, 1997, S. 376. – Bericht von Wladimir S. Semjonow an Andrei A. Smirnow vom 16.11.1945, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), Die UdSSR und die deutsche Frage/2, 2004, S. 172f.

¹⁰³ Vgl. R. TH. BAUS, Christlich-Demokratische Union Deutschlands, 2001, S. 203–218; S. DONTH, Die Sowjetische Militäradministration und die CDU in Sachsen, 2000, S. 115f.; S. SUCKUT, Der Konflikt um die Bodenreform, 1982; G. WETTIG (Hrsg.), Tjul'panov-Bericht, 2012, S. 210f.

¹⁰⁴ Vgl. A. DORNHEIM, Bodenreform, 2001, S. 4f.; M. KIEFER, Gründung und Anfänge, 1995, S. 7.

¹⁰⁵ Vgl. die Niederschrift über eine Besprechung der Vertreter der vier Parteien und des FDGB bei der SMA Thüringen in Erfurt am 30.11.1945, verf. am 1.12.1945, in: ACDP, 03-031, Nr. 36, o. Bl.; Aktenvermerk über eine Besprechung von Johannes Kucera mit den Vorsitzenden der CDU-Kreisverbände Thüringen am 4.12.1945, verf. am 5.12.1945, in: ebd., o. Bl.

¹⁰⁶ Bericht des Informationsbüros der SMAD »Über die politische Lage in Deutschland« vom 3.11.1945, abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), Sowjetische Politik in der SBZ, 1998, S. 25–28.

Ungarn und Österreich im Oktober und November sprachen für einen solchen strategischen Wechsel.¹⁰⁷

Auch wenn die Bereitschaft unter den Sozialdemokraten Thüringens zu einer Fusionierung aus historischen Gründen möglicherweise größer gewesen sein mag als in den anderen Landesverbänden der SPD, regte sich trotzdem erheblicher Widerstand gegen eine Vereinigung, wie sie von den Kommunisten angestrebt wurde.¹⁰⁸ Zu den schärfsten Gegnern der Einheitsbestrebungen gehörte Hermann Brill. Doch sein Einfluss schmolz zusehends dahin. Die SMA setzte stattdessen auf den zweiten Vorsitzenden der Partei, Heinrich Hoffmann. Dieser galt als »sowjetfreundlich« und war bereit, den Kurs der KPD mitzutragen. In der SPD-Führung brachen daraufhin schwere Fraktionskämpfe aus, in denen sich Brill und Hoffmann gegenüberstanden.¹⁰⁹ Ende Dezember 1945 musste Brill auf sowjetischen Druck den Landesvorsitz aufgeben. Mit seinem Abgang war der wichtigste Kritiker einer Einheitspartei unter kommunistischer Ägide in Thüringen ausgeschaltet.¹¹⁰ Nach Brills Ausscheiden folgte der weitere Vereinigungsprozess weitgehend den Vorstellungen der SMA. Neben Heinrich Hoffmann gehörten in den Reihen der SPD der ehemalige Landtagsabgeordnete und Kommunalpolitiker Curt Böhme sowie der Ministerpräsident aus der Weimarer Republik, August Frölich, zu den treibenden Kräften der Vereinigung. Das energische Drängen Kolesnitschenkos auf eine zügige Fusion der beiden Parteien führte dazu, dass sich Thüringen zum Vorreiter der SED-Gründung entwickelte.¹¹¹

Durch die Bildung der SED verschob sich die politische Tektonik im Land endgültig. Die Einheitspartei stellte die nun mit weitem Abstand stärkste Kraft dar. Geradezu übermächtig dominierte sie fortan das politische, kulturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben Thüringens. Zwar konnte man die SED des Jahres 1946 noch keineswegs als einen ideologisch festgefühten und in sich geschlossenen Verband bezeichnen. Sie war vielmehr eine Massenpartei, in der sich unterschiedliche, teilweise sogar gegensätzliche Strömungen vereinigten. Quantitativ gesehen stellten die Sozialdemokraten sogar die Mehrheit: Während die SPD 91 831 Mitglieder in den neuen Landesverband einbrachte,

¹⁰⁷ Vgl. H. WEBER: *Geschichte der DDR*, 2000, 117f. – Siehe auch J. M. RAINER, *Der Weg der ungarischen Volksdemokratie*, 2002, S. 330f.; O. RATHKOLB, *Sonderfall Österreich?*, 2002, S. 368f.; R. HUFSCHMIED, *Sonderfall Wien?*, 2007, S. 114. – Zur Haltung der SMAD in der Frage siehe auch J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/2*, 2004, S. XXXIIIff.

¹⁰⁸ Vgl. S. KACHEL, *Ein rot-roter Sonderweg?*, 2011, S. 313–370.

¹⁰⁹ Vgl. G. EHNERT, *Die SPD Thüringens*, 1995, S. 36f.

¹¹⁰ Vgl. ebd., S. 97. – Vgl. auch H. KREUTZER, *Zwangsvereinigung*, 2005; BArch-SAPMO, DY 28/II 3/8/1 u. DY 28/II 3/8/2.

¹¹¹ Vgl. M. OVERESCH, *Hermann Brill in Thüringen*, 1992, S. 400; DERS., *Machtergreifung von links*, 1993, S. 130; A. OWZAR, *Nicht ohne Zwang, nicht ohne Bereitschaft*, 2001, S. 308.

stammten lediglich 74451 aus der KPD.¹¹² Gleichwohl erfolgte im Laufe der folgenden Jahre mit sowjetischer Unterstützung ein politischer Gleichschaltungsprozess. Er führte dazu, dass missliebige Stimmen in der neuen Partei ausgeschaltet und entfernt wurden. Die Gründung der SED war damit eine grundlegende Bedingung für die spätere Durchsetzung des gesamtgesellschaftlichen Führungsanspruchs der Kommunisten.¹¹³

Die Thüringer Liberalen und Christdemokraten standen der Zwangsvereinigung weitgehend hilf- und ratlos gegenüber. Ihre Parteileitungen in Weimar verständigten sich als Reaktion auf die SED-Gründung darauf, enger als bisher zusammenzuarbeiten. Man beabsichtigte, fortan die wesentlichen Tagesordnungspunkte im Landesblockausschuss vorab untereinander zu besprechen, um eine gemeinsame Linie zu finden. Ebenso tauchte an der Basis die Idee auf, CDU und LDP zusammenzuführen, um einen »bürgerlichen Block« als Gegengewicht zu schaffen. Letztlich blieb es jedoch bei Absichtserklärungen. Eine dauerhafte Zusammenarbeit der beiden Parteien kam im Landesmaßstab nicht zustande.¹¹⁴

2. Die Provinz Brandenburg in der Nachkriegszeit

a) Kriegsende und Aufbau einer neuen Provinzialverwaltung

Das Kriegsende 1945 und die ersten Monate der Nachkriegszeit in Brandenburg unterschieden sich von den Entwicklungen in Thüringen erheblich. Im Gegensatz zu dem Land zwischen Werra und Saale traf die preußische Provinz Mark Brandenburg die volle Härte des Sturmes, den die Deutschen mit dem Überfall auf Polen 1939 entfesselt hatten. Brandenburg war das letzte große Schlachtfeld auf dem europäischen Kriegsschauplatz.¹¹⁵

Die Kämpfe forderten allerdings nicht nur unter den Soldaten einen hohen Blutzoll. Die Verluste unter der Zivilbevölkerung waren ebenfalls enorm. Obwohl über die zivilen Opfer keine verlässlichen Zahlen vorliegen, erreichte die Bevölkerung Brandenburgs trotz des Zustroms von 620 000 registrierten Flüchtlingen und Vertriebenen aus den Ostgebieten erst im Sommer 1946 wieder den Vorkriegsstand.¹¹⁶ Während die Zerstörungen in Thüringen durch

¹¹² Vgl. den Erinnerungsbericht von Werner Eggerath, 1966, in: BArch-SAPMO, SgY 30, Nr. 0096/1, Bl. 35. – Leicht abweichende Zahlen für die KPD nennt G. EHNERT, *Die SPD Thüringens*, 1995, S. 111.

¹¹³ Vgl. M. SCHMEITZNER, *Auf dem Weg zur Diktatur des Proletariats*, 2011, S. 74–76.

¹¹⁴ Vgl. J. LOUIS, *Liberal-Demokratische Partei in Thüringen*, 1996, S. 93–95.

¹¹⁵ Siehe grundsätzlich dazu L. DEMPS, *Provinz Brandenburg*, 1995, S. 668–676; R. LAKOWSKI, *Das Ende der Naziherrschaft in Brandenburg*, 1993.

¹¹⁶ Vgl. B. FAIT, *(Mark) Brandenburg*, 1993, S. 80.

Bombenangriffe und Kampfhandlungen zwar schmerzvoll, insgesamt aber überschaubar blieben, nahmen sie in der Mark Brandenburg geradezu apokalyptische Züge an. Die zu »Festungen« erklärten Städte Küstrin und Frankfurt an der Oder wurden zum größten Teil zerstört.¹¹⁷ Das friderizianische Potsdam ging in den letzten Wochen infolge alliierter Bombenangriffe, Artilleriebeschusses und von Bodenkämpfen unter. Wriezen und Schwedt wurden zu 92 bzw. 84 Prozent zerstört, Prenzlau zu 96, Rathenow zu 60 Prozent. Ein ähnliches Schicksal ereilte Forst, Guben, Müncheberg, Cottbus und Brandenburg an der Havel.¹¹⁸ Ganze Landstriche wie etwa das Oderbruch oder Teile des Flämings wurden verheert.¹¹⁹ Rund 45 Prozent der industriellen Kapazitäten gingen verloren. Die Landwirtschaft, die den größten Teil der wirtschaftlichen Produktion der Provinz ausmachte und deren Erzeugungsgüter wie Getreide, Kartoffeln, Tabak, Futter- und Zuckerrüben sowie Nutzvieh vor Kriegsbeginn zu 90 Prozent exportiert worden waren, kam vollständig zum Erliegen.¹²⁰ Saatgut und Nutztiere mussten aus Sachsen, Bayern und Thüringen nach Brandenburg importiert werden, um die Landwirtschaft notdürftig aufrechtzuerhalten und die Versorgung der Bevölkerung einigermaßen sicherzustellen.¹²¹ Neben den zahllosen Gewalttaten und massenhaften Vergewaltigungen, zu denen es nach dem Einmarsch der Roten Armee kam, zogen marodierende Banden durchs Land.¹²²

Während Thüringen nach 1945 territorial erweitert wurde, brachte das Kriegsende der Mark Brandenburg große flächenmäßige Einschnitte. War Brandenburg bereits nach dem Ersten Weltkrieg infolge des Versailler Vertrags von 1919 zur Grenzprovinz geworden, verlor es durch die auf der Potsdamer Konferenz gefassten Beschlüsse sämtliche Gebiete jenseits von Oder und Neiße und damit rund ein

¹¹⁷ Vgl. W. BUWERT, Festung Frankfurt (Oder), 1995; H. PETZOLD, Cottbus zwischen Januar und Mai 1945, 1995; K. ARLT/P. HÜBNER, Kampf um Potsdam, 1995; K. HESS, Die Stadt Brandenburg im Jahre 1945, 1995.

¹¹⁸ Vgl. F. REINERT, Brandenburgs Parteien 1945–1950, 1995, S. 34. – O. GROEHLER, Der Luftkrieg gegen Brandenburg, 1995.

¹¹⁹ Siehe dazu auch M. HELLE, Nachkriegsjahre, 2011, S. 20–31.

¹²⁰ Vgl. W. BENZ (Hrsg.), Deutschland unter alliierter Besatzung, 1999, S. 391.

¹²¹ Vgl. den Rechenschaftsbericht der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg über die Entwicklung der Landwirtschaft, der Versorgung der Bevölkerung und der Industrie für die Zeit von Mitte 1945 bis Mai 1946 vom Mai 1946, abgedr. in: Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, 1989, S. 254–263, bes. S. 254–257; Rechenschaftsbericht des Präsidenten der Provinzialverwaltung, Dr. Carl Steinhoff, auf der ersten zentralen Funktionärskonferenz der SED in Potsdam über die Tätigkeit der Provinzialverwaltung seit Mitte 1945 am 21.9.1946, abgedr. in: ebd., S. 357–378, bes. S. 359f.

¹²² Vgl. PRÄSIDIUM DER PROVINZIALVERWALTUNG MARK BRANDENBURG (Hrsg.), Ein Jahr Bewährung, 1946, S. 6f. – Vgl. auch den Tätigkeitsbericht von Friedrich Ebert auf dem 2. Bezirksparteitag der SPD in der Provinz Brandenburg am 6.4.1946, abgedr. in: F. EBERT, Ausgewählte Reden und Aufsätze, 1959, S. 13–19, bes. S. 13f. – P. BÖTHIG/P. WALTHER (Hrsg.), Die Russen sind da, 2011, S. 31–363; F. Slaveski, Soviet Occupation, 2013, S. 61–84.

Drittel seiner ehemaligen Fläche.¹²³ Endlose Flüchtlingstrecken zogen durch Brandenburg. Die Provinz wurde zum ersten Auffangbecken für zahllose Menschen. Laut einer sowjetischen Schätzung aus dem Jahr 1947 machten die Flüchtlinge etwa 28 Prozent der brandenburgischen Gesamtbevölkerung aus.¹²⁴ Die Unterbringung der von sowjetischen Stellen und der KPD/SED als »Umsiedler« bezeichneten Flüchtlinge und Vertriebenen sowie ihre Eingliederung in die Gesellschaft der SBZ zogen enorme soziale und demographische Probleme nach sich.¹²⁵

Wie in den anderen Regionen der von der Roten Armee eroberten Gebiete blieb es in der Mark Brandenburg der sowjetischen Besatzungsmacht vorbehalten, die in der Zusammenbruchgesellschaft herrschenden chaotischen Zustände neu zu ordnen. Obwohl von öffentlicher Sicherheit geraume Zeit keine Rede sein konnte, gelang es der Militärverwaltung, die Versorgung der Bevölkerung nach und nach notdürftig zu organisieren.¹²⁶ Die Entscheidungen in der Situation des Übergangs waren von Zufällen, Eigenmächtigkeiten und Widersprüchen gekennzeichnet. Häufig waren den Truppenteilen zunächst keine einheitlichen Vorgaben bezüglich der politischen Linie bekannt.¹²⁷ Wenngleich die sowjetischen Offiziere teilweise »bürgerliche« Honoratioren und Fachleute mit administrativen Aufgaben betrauten, die bereits unter dem NS-Regime gearbeitet hatten¹²⁸, lag der Schwerpunkt bei der Personalauswahl in erster Linie auf kommunistischen und sozialdemokratischen Kräften. Aus einem Lagebericht für die Moskauer Führung geht hervor, dass die sehr offensichtliche Bevorzugung von Mitgliedern der Arbeiterparteien sogar auf interne Kritik stieß.¹²⁹

Bei der Besetzung von Posten übte die aus Moskau am 30. April 1945 eingeflogene »Gruppe Ulbricht« einen starken Einfluss aus. Enge Verbindungen

¹²³ Vgl. W. RIBBE, *Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR*, 1995, S. 676f.

¹²⁴ Schreiben von Wassili M. Scharow an Carl Steinhoff vom 7.3.1947, in: BLHA Rep. 201, Nr. 212, Bl. 11. – Vgl. ebenfalls die Zahlen bei A. KOSSERT, *Kalte Heimat*, 2008, S. 196.

¹²⁵ Vgl. ebd., S. 193–228; M. SCHWARTZ, *Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«*, 2004; DERS., *Sowjets, Kommunisten, Einheimische, Vertriebene*, 2009; P. THER, *Vertriebenenpolitik*, 2001. – Zur Flüchtlingsproblematik in Brandenburg siehe J. AST/K. MAUERSBERGER, *Zweite Heimat Brandenburg*, 2000; A. BAUERKÄMPER, »Scharfe Konflikte« und »feine Unterschiede«, 2001; L. SCHOLZE-IRRLITZ, »Umsiedler« im Landkreis Beeskow/Storkow, 1996; DIES., *Auf den Schultern der Frauen*, 1996; M. SCHWARTZ, *Brandenburg als Schmelztiegel?*, 2001.

¹²⁶ Vgl. F. SÄTLER, *Wirtschaftsordnung im Übergang/1*, 2002, S. 112; F. Slaveski, *Soviet Occupation*, 2013, S. 87–102.

¹²⁷ Vgl. H.-J. SCHRECKENBACH, *Der Aufbau einer neuen Verwaltung*, 1995, S. 227–229; E. LEMMER, *Manches war doch anders*, 1968, S. 390. – Siehe auch den Bericht von Wladimir S. Semjonow an Andrei J. Wyschinski vom 30.4.1945, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/1*, 2004, S. 562–566, bes. S. 563f. – Vgl. weiterhin J. FOITZIK, *Sowjetische Militäradministration in Deutschland*, 1999, S. 333f.; J. MICHELMANN, *Aktivisten der ersten Stunde*, 2002, S. 65–70.

¹²⁸ Vgl. M. HELLE, *Nachkriegsjahre*, 2011, S. 43f.

¹²⁹ Vgl. den Bericht von Wladimir S. Semjonow an Andrei J. Wyschinski vom 30.4.1945, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/1*, 2004, S. 563f.

bestanden dabei zu dem ehemaligen Wehrmachtsoffizier Bernhard Bechler, der während seiner Kriegsgefangenschaft zu den Mitbegründern des Nationalkomitees Freies Deutschland (NKFD) und des Bundes Deutscher Offiziere gehört hatte. Als Frontbeauftragter des NKFD wurde er Ende April 1945 in die Bildung der ersten lokalen Verwaltungen im Bereich der 2. Belorussischen Front eingebunden, die im Norden Brandenburgs operierte.¹³⁰ Als Grundlage für die personelle Neubesetzung bei den Stadt- und Gemeindeverwaltungen dienten offenbar spezielle Richtlinien der Moskauer KPD zur politischen Arbeit der deutschen Antifaschisten in den von der Roten Armee befreiten Gebieten. Diese waren Anfang April verfasst worden und beinhalteten die Weisung, dafür Sorge zu tragen, dass die Schlüsselpositionen auf der kommunalen Ebene von loyalen Genossen übernommen würden.¹³¹ In verschiedenen Fällen wurden ehemalige deutsche Kriegsgefangene als Landräte und Bürgermeister eingesetzt.¹³² Zwar bildeten sich parallel zu den Neubesetzungen in der lokalen Verwaltung auch Aktions- und Antifa-Ausschüsse, die in der Regel von KPD-Anhängern und Sozialdemokraten dominiert wurden.¹³³ Allerdings blieb das Wirken der Ausschüsse in Brandenburg im Vergleich zu anderen Regionen der SBZ relativ schwach. Sie waren hauptsächlich in den Städten des Berliner Umlandes aktiv.¹³⁴

Ende Mai unternahm die »Gruppe Ulbricht« im Einvernehmen mit der Roten Armee Anstrengungen, eine übergeordnete provinzielle Verwaltungsebene zu etablieren. Die Ausgangssituation hierfür war in Brandenburg schwieriger als in anderen Teilen der Besatzungszone: Aufgrund des administrativen Zuschnitts des preußischen Staates, der auf die Reformen zu Beginn des 19. Jahrhunderts zurückging, existierte bis 1945 in der Mark Brandenburg keine autonome Landesregierung, die als Ausgangspunkt für eine neue übergeordnete Verwaltung hätte dienen können. Stattdessen war die Provinz der Staatsregierung in Berlin unterstellt gewesen. Seit 1918 befand sich der Sitz des Oberprä-

¹³⁰ Vgl. W. SÄGEBRECHT, Nicht Amboss, sondern Hammer sein, 1968, S. 306f.; H.-J., SCHRECKENBACH, Der Aufbau einer neuen Verwaltung, 1995, S. 228f.; M. HELLE, Nachkriegsjahre, 2011, S. 61; F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 11, Anm. 5; B. BECHLER, Erinnerungen an meine Tätigkeit, 1966. – Zum biografischen Werdegang Bernhard Bechlers siehe T. DIEDRICH, Der hemmungslose Karrierist, 2003.

¹³¹ Vgl. die Richtlinien für die Arbeit der deutschen Antifaschisten in dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet vom 5.4.1945, abgedr. in: P. ERLER/H. LAUDE/M. WILKE (Hrsg.), »Nach Hitler kommen wir«, 1994, S. 380–386, bes. S. 382–385; auch abgedr. in: G. KEIDERLING (Hrsg.), »Gruppe Ulbricht« in Berlin, 1993, S. 260–265; N. W. PETROW, Sowjetische Besatzungsverwaltung, 2015, S. 41–45.

¹³² Siehe dazu H.-J. SCHRECKENBACH, Der Aufbau einer neuen Verwaltung, 1995, S. 229; vgl. auch J. FOITZIK, Sowjetische Militäradministration in Deutschland, 1999, S. 81; B. BECHLER, Vom Frontbeauftragten des NKFD zum Minister des Innern, 1975.

¹³³ Vgl. J. MICHELMANN, Aktivisten der ersten Stunde, 2002, S. 111f.

¹³⁴ Drei Fallbeispiele für die Arbeit der brandenburgischen Antifa-Ausschüsse finden sich ebd., S. 112–122. – D. POHL, Justiz in Brandenburg, 2001, S. 15.

sidenten der Provinz Brandenburg als Mittelinstanz zwischen gesamtstaatlicher und kommunaler Ebene in Charlottenburg.¹³⁵ Die dem Oberpräsidenten nachgeordneten Regierungspräsidien in Potsdam und Frankfurt an der Oder waren 1945 mit ihren geringen Kapazitäten nicht in der Lage, die Funktion einer provinziellen Verwaltung zu übernehmen. Somit fehlten den Behörden, sofern sie überhaupt noch bestanden, die logistischen, materiellen wie personellen Voraussetzungen, um den Verwaltungsapparat unter neuen Bedingungen in Gang zu bringen. Als etwa die neu ernannte Provinzialverwaltung in Potsdam nach geeigneten Räumlichkeiten suchte, kam es darüber mit der Stadtverwaltung zu Streitigkeiten, denn diese beanspruchte die wenigen verfügbaren Arbeitsräume ebenfalls für sich.¹³⁶

Erneut war es Bernhard Bechler, der im Auftrag der Besatzungsmacht den Aufbau der Provinzialverwaltung einleitete.¹³⁷ An die Spitze der neuen Landesadministration wurde der Sozialdemokrat Carl Steinhoff berufen. Der Jurist Steinhoff, 1892 im westfälischen Herford geboren, hatte in der Weimarer Republik eine Beamtenlaufbahn in der preußischen Ministerialbürokratie absolviert. Von den Nationalsozialisten aus dem Staatsdienst entlassen und mit einem Berufsverbot als Rechtsanwalt belegt, leitete Steinhoff nach Kriegsende für kurze Zeit das Wirtschaftsamt des brandenburgischen Provinzialverbandes in Potsdam.¹³⁸ So sehr der erfahrene und pflichtbewusste Beamte geradezu dafür prädestiniert schien, seine Sachkompetenz in den Dienst der neuen Provinzialverwaltung zu stellen und so sehr er sich bei der Überwindung der Kriegsfolgen in Brandenburg bleibende Verdienste erwarb, erwies er sich mit Blick auf seine politische Bedeutung hingegen als eine schwache Figur. Die wesentlichen politischen Impulse gingen stattdessen von Bernhard Bechler aus, der ebenfalls in Regierungsverantwortung trat. Als erstem Vizepräsidenten kam ihm eine Schlüsselstellung zu: Von den neun Abteilungen der Provinzialverwaltung übernahm Bechler die Abteilungen für Inneres, Justiz und Polizei. Damit war er für die Personalpolitik ebenso verantwortlich wie für die Aufsicht über die gesamte innere Verwaltung. Später wurde ihm darüber hinaus die Kontrolle über die Entnazifizierungskommissionen, die Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme zur Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher sowie die Provinzialbodenkommission übertragen. Obwohl Bechler laut den offiziellen Verlautbarungen

¹³⁵ Vgl. W. VOGEL, *Verwaltungsgeschichte der Provinz Brandenburg*, 2001, S. 12; M. LEPS, *Das Oberpräsidium der Provinz Brandenburg*, 2001, S. 35f.

¹³⁶ Vgl. H.-J. SCHRECKENBACH, *Der Aufbau einer neuen Verwaltung*, 1995, S. 235f.

¹³⁷ Vgl. T. DIEDRICH, *Der hemmungslose Karrierist*, 2003, S. 71.

¹³⁸ Zur Biographie Carl Steinhoffs siehe F. BECK, *Carl Steinhoff*, 2002; W. GRÜNEWALD/F. REINERT, *Carl Steinhoff*, 1997; F. REINERT, *Zum 110. Geburtstag des gescheiterten ostdeutschen Staatsmannes Carl Steinhoff*, 2003; H.-J. SCHRECKENBACH, *Brandenburg 1945 bis 1949*, 1997; Rudolf Steinhoff, *Brandenburgs erster Ministerpräsident*, 1994.

der Besatzungsmacht als parteilos galt¹³⁹, war seine Bindung an die KPD offenkundig. In Parteikreisen stufte man ihn als linientreuen und überaus ehrgeizigen Funktionär ein. Nach dessen eigener Aussage erhielt er Ende Juni 1945 seinen KPD-Mitgliedsausweis.¹⁴⁰

Dem fünfköpfigen Präsidium der Provinzialverwaltung gehörten neben Steinhoff und Bechler mit dem zweiten Vizepräsidenten Edwin Hoernle (KPD) sowie dem dritten Vizepräsidenten Fritz Rucker (SPD) zwei weitere Vertreter der Arbeiterparteien an. Obwohl mit dem Oberregierungsrat Georg Remak der Posten des vierten Vizepräsidenten (Finanzen und Gesundheit) an einen »Bürgerlichen« vergeben wurde, zeigte der Zuschnitt der Ressorts, dass die KPD den entscheidenden Einfluss auf die Regierungsgeschäfte ausübte.¹⁴¹ Von einem einigermaßen ausgeglichenen Kräfteverhältnis, wie es beispielsweise in Weimar zunächst bestand, konnte in Potsdam deshalb keine Rede sein. Die klare parteipolitische Ausrichtung des Präsidiums setzte sich in den nachgeordneten Abteilungen fort.¹⁴² Am 29. Juni nahm die Provinzialverwaltung ihre Arbeit auf. Fünf Tage später wurde sie durch die Besatzungsmacht offiziell bestätigt.¹⁴³

Zur gleichen Zeit vollzog sich der Aufbau der sowjetischen Militäradministration in Brandenburg. Die SMA-Verwaltung für die Provinz wurde durch den zentralen SMAD-Befehl Nr. 5 vom 9. Juli 1945 errichtet. In ihrer Struktur glich sie den Besatzungsverwaltungen in den anderen Ländern der SBZ. Während die SMA Brandenburg unter der Leitung von Marschall Semjon I. Bogdanow stand, übernahm im September 1945 Generalmajor Wassili M. Scharow die Funktion des Chefs der SMA-Verwaltung. Wie Kolesnitschenko in Thüringen behielt Scharow diese Stellung bis zur Auflösung der SMA und war später als SKK-Vertreter im Land tätig.¹⁴⁴ Er galt als die zentrale Figur, wenn es darum ging, den Willen der Besatzungsmacht in der Provinz durchzusetzen. Im Gegensatz zu seinem Kollegen in Weimar verkörperte Scharow allerdings nicht den autoritären und dirigistischen »General«. Er galt im persönlichen Umgang als verbindlich und um Ausgleich bemüht. Scharow sei, so erinnerte sich Willy Sägebrecth (KPD/SED) im überschwänglichen Tonfall, »der beste Brandenburger« gewesen; er habe sich

¹³⁹ Vgl. den Fernspruch von Andrei A. Smirnow und Wladimir S. Semenov an Andrei J. Wyschinski vom 4.7.1945, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/2*, 2004, S. 42–44, bes. S. 42.

¹⁴⁰ Erinnerungen von Bernhard Bechler an Wilhelm Pieck in Kunowo, Moskau und Krasnogorsk und im Brandenburgischen Landtag 1943–1945 u. 1946, o. D., in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 2204, Bl. 1.

¹⁴¹ Vgl. H.-J. SCHRECKENBACH, *Der Aufbau einer neuen Verwaltung*, 1995, S. 236–238.

¹⁴² Vgl. die Ansprache des ersten Vizepräsidenten Bernhard Bechler auf der ersten Konferenz der Landräte und Oberbürgermeister der Provinz Mark Brandenburg am 17.7.1945, abgedr. in: *Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen*, 1989, S. 67–71, bes. S. 67f.

¹⁴³ Vgl. J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/2*, 2004, S. 42.

¹⁴⁴ Vgl. H. MÖLLER/A. O. TSCHUBARJAN (Hrsg.), *SMAD-Handbuch*, 2009, S. 696.

um die Menschen im Lande wie ein Vater um seine Familie gekümmert.¹⁴⁵ Dies bedeutete allerdings nicht, dass die SMA in Brandenburg eine freizügigere Politik gegenüber den deutschen Stellen betrieben hätte als etwa die Militärverwaltungen in anderen Teilen der SBZ. De facto unterschied sich das hier praktizierte Besatzungsregime keineswegs. Die SMA übte eine umfassende Kontrolle über sämtliche Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens in der Provinz aus. Die Zahl der Befehle sowie der schriftlichen und mündlichen Anweisungen, die von der SMA-Führung und den nachgeordneten Fachabteilungen erlassen wurden, ging in die Tausende.¹⁴⁶

b) Bevorzugung der KPD

Ein großer Unterschied, der zwischen Thüringen und der Provinz Brandenburg bestand, ergab sich aus den verschiedenen Begleitumständen bei der Gründung der neuen Parteien. Während die amerikanische Militärverwaltung besonders mit den deutschen Kommunisten wegen der Reorganisationsversuche in Konflikt geriet, wurden solche Ansätze in Brandenburg wie auch in anderen Teilen des sowjetischen Okkupationsgebietes von der Besatzungsmacht nicht nur wohlwollend toleriert, sondern offen befördert. Im Umfeld der Befreiung von der NS-Diktatur wurden KPD-Anhänger und Sozialdemokraten, die aus den Konzentrationslagern, dem Untergrund oder aus der »inneren Emigration« kamen, politisch wieder aktiv. Sie begannen auf lokaler Ebene mit der parteimäßigen Neuformierung. Die Antifa-Ausschüsse und die oft spontan gebildeten »Aktionseinheiten« zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten boten berechte Zeugnisse der hohen Eigendynamik, die sich im Verlauf des Prozesses entfaltete. Aus der Perspektive dieser Gruppen lieferte der SMAD-Befehl Nr. 2 vom 10. Juni zur Gründung neuer Parteien dann lediglich den legalen Rahmen für eine Entwicklung, die schon längst an Fahrt aufgenommen hatte.

Bereits vor Veröffentlichung des Befehls begann die »Gruppe Ulbricht« Anfang Juni damit, von Berlin aus eine provisorische Bezirksleitung für Brandenburg aufzubauen. Dabei setzte man auf loyale Genossen, die sich in den Augen der Initiativgruppe während des »Dritten Reiches« bewährt hatten. Unter den nichtexilierten Parteimitgliedern aus Brandenburg war besonders Willy Sägebrecht hervorzuheben. Er hatte bereits vor 1933 wichtige Funktio-

¹⁴⁵ W. SÄGEBRECHT, Nicht Amboss, sondern Hammer sein, 1968, S. 314. Das Zitat findet sich auch bei N. M. Naimark, *The Russians in Germany*, 1995, S. 294. – Zur Biografie Wassili M. Scharows siehe K. GESSNER, Vasilij M. Sharov, 2002; D. POHL, *Justiz in Brandenburg*, 2001, S. 18; F. REINERT, *Brandenburgs Parteien 1945–1950*, 1995, S. 72, Anm. 93.

¹⁴⁶ Vgl. K. GESSNER (Bearb.), *Befehle*, 1997, S. 28. – Vgl. auch F. SÄTLER, *Wirtschaftsordnung im Übergang/1*, 2002, S. 113, Anm. 298.

nen in der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg inne gehabt und verfügte über gute Verbindungen zu Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht. Die zwölf Jahre der NS-Herrschaft hatte Sägebrecht in politischer Haft verbracht. Nun wurde er von Ulbricht mit dem Wiederaufbau einer provisorischen Bezirksleitung betraut.¹⁴⁷ Der Kampf gegen die sogenannten »sektiererischen Tendenzen« innerhalb der KPD, womit im damaligen Sprachgebrauch die politische Disziplinierung und Ausrichtung der Genossen auf die vorgegebene Linie des Zentralkomitees gemeint war, machte eine große Kraftanstrengung erforderlich.¹⁴⁸ Dennoch gelang es der KPD-Führung zügig, die Kontrolle über den sich etablierenden Bezirks- bzw. Landesverband zu erlangen. Bereits im September war der Parteaufbau in der Provinz Brandenburg im Wesentlichen abgeschlossen.¹⁴⁹ Dabei kam es der KPD zugute, dass sie personell und strukturell an den großen Zuspruch anknüpfen konnte, den sie in der Weimarer Republik gehabt hatte. Vor 1933 war die Provinz zwar eine Hochburg der SPD gewesen, aber auch die Kommunisten hatten starke Kräfte mobilisieren können. In den Berlin-nahen Wahlkreisen Potsdam I und II waren die Ergebnisse für die KPD bei den Reichstagswahlen stets zweistellig ausgefallen, bei der Wahl im Juli 1932 hatte die Partei sogar mehr als ein Fünftel der Stimmen holen können. Die Arbeiterbewegung hatte sich keineswegs allein auf die Städte und Industriestandorte konzentriert, sie war ebenso bei dem großen Heer der Landarbeiter auf Unterstützung gestoßen.¹⁵⁰ Darüber hinaus erwiesen sich die Verbindungen, die noch aus der Zeit des kommunistischen Widerstandes gegen das NS-Regime bestanden, als hilfreich.

Die Reorganisation der SPD in der Mark Brandenburg wurde ebenfalls von Berlin aus betrieben. Offiziell beschloss der Zentralausschuss der Partei am 16. Juli 1945 die Gründung eines Bezirksverbandes für die Provinz. Zu diesem Zeitpunkt hatte die provisorische Bezirksleitung ihre Arbeit aber schon längst aufgenommen. In Gesprächen zwischen führenden brandenburgischen Sozialdemokraten und dem Zentralausschuss war festgelegt worden, dass der ehemalige Vorsitzende des SPD-Verbandes in Potsdam, Georg Spiegel, als provisorischer Vorsitzender des neuen Bezirksverbandes fungieren sollte. Ihm zur Seite standen Franz Büchel als stellvertretender Vorsitzender sowie Friedrich Ebert jun.

¹⁴⁷ Vgl. W. SÄGEBRECHT, Auftrag, 1966; DERS., Nicht Amboss, sondern Hammer sein, 1968, S. 306f.; F. SÄTTLER, Willy Sägebrecht, 2002; M. BROZAT/H. WEBER (Hrsg.), SBZ-Handbuch, 1993, S. 1011; B. WEGMANN, Militäraufklärung, 2005, S. 85f. – Zur Entstehung und Organisation der Bezirksleitung siehe F. SÄTTLER, Wirtschaftsordnung im Übergang/1, 2002, S. 387–389.

¹⁴⁸ Vgl. F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. XIX; F. SÄTTLER, Wirtschaftsordnung im Übergang/1, 2002, S. 129f.

¹⁴⁹ Vgl. F. REINERT, Brandenburgs Parteien 1945–1950, 1995, S. 45; F. SÄTTLER, Wirtschaftsordnung im Übergang/1, 2002, S. 396f.

¹⁵⁰ Vgl. B. FAIT, (Mark) Brandenburg, 1993, S. 82f.

als politischer Sekretär.¹⁵¹ Die große Herausforderung bestand zunächst darin, aus den zahlreichen lokalen Gründungsinitiativen eine provinzzweite Verbandsstruktur zu formen. Wie die Kommunisten entsandte die Berliner SPD-Zentrale sogenannte Kreisbeauftragte nach Brandenburg, die im Sinne der Bezirksleitung agieren und die Entstehung neuer Parteistrukturen begleiten sollten.¹⁵²

Obwohl die Mark Brandenburg seit dem Kaiserreich eine Hochburg der Arbeiterbewegung gewesen war, die der Sozialdemokratie immer stabile Wahlergebnisse beschert hatte¹⁵³, kam der Neuaufbau der SPD nur schleppend voran. Das galt insbesondere in den ländlichen Kreisen an der Peripherie.¹⁵⁴ Zu diesem Zeitpunkt zählten die Kommunisten bereits 25 reguläre Kreisleitungen in Brandenburg.¹⁵⁵ Wenn SPD-Anhänger versuchten, sich parteipolitisch zu organisieren, waren sie häufig dem Druck der lokalen Militärverwaltung ausgesetzt. Nicht selten wurden sie genötigt, von ihrem Vorhaben abzulassen oder stattdessen gleich der »richtigen« Partei, nämlich der KPD, beizutreten.¹⁵⁶ Versammlungen der SPD wurden verboten, Anträge zur Registrierung neuer Ortsgruppen *ad calendas graecas* verschleppt. Eine harmonische Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, wie sie nach außen stets propagiert wurde, konnte sich unter solchen Bedingungen nicht entwickeln.¹⁵⁷ Mehrfach wandte sich die SPD-Bezirksleitung deshalb an General Scharow, um sich über offenkundige Benachteiligungen zu beschweren.¹⁵⁸ Eine weitere Schwierigkeit bestand darin, dass die Bezirksleitung der SPD erst zu einem relativ spä-

¹⁵¹ Vgl. A. MALYCHA, *Auf dem Weg zur SED*, 1995, S. XXXVI; N. PODEWIN, Ebert und Ebert, 1999, S. 410f.

¹⁵² Vgl. K. URBAN/J. SCHULZ, *Die Vereinigung von KPD und SPD*, 1985, S. 45; F. SATTLER, *Wirtschaftsordnung im Übergang/1*, 2002, S. 398.

¹⁵³ Vgl. B. FAIT, (Mark) Brandenburg, 1993, S. 82f.

¹⁵⁴ Vgl. F. REINERT, *Brandenburgs Parteien 1945–1950*, 1995, S. 71, Anm. 74.

¹⁵⁵ Vgl. die Notizen Wilhelm Piecks vom 7.8.1945, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 631, Bl. 43.

¹⁵⁶ Vgl. das Schreiben der SPD-Ortsgruppe Glienicke an den Zentralausschuss der SPD vom 13.8.1945, abgedr. in: A. MALYCHA, *Auf dem Weg zur SED*, 1995, S. 25f.; Stellungnahme des Vorstands des SPD-Ortsvereins Stahnsdorf vom 29.12.1945, abgedr. in: ebd., S. 268–270, bes. S. 268; siehe ebd., S. LXIIIf. – Als ältere, aber immer noch lesenswerte Studie zu diesem Thema sei verwiesen auf W. MÜLLER, *Sozialdemokratische Politik*, 1987, S. 170–206.

¹⁵⁷ Vgl. A. MALYCHA/P. J. WINTERS, *Die SED*, 2009, S. 26. – Siehe auch das Schreiben des Bürgermeisters von Storkow, Franz Becker, an das Zentralkomitee der KPD vom 2.9.1945, abgedr. in: A. MALYCHA, *Auf dem Weg zur SED*, 1995, S. 27f.; Schreiben der KPD-Ortsgruppe Werlsee an den Vorstand des SPD-Ortsvereins Werlsee vom 14.9.1945 sowie Antwortschreiben des SPD-Ortsvereins Werlsee an den Vorstand der KPD-Ortsgruppe vom 20.9.1945, abgedr. in: ebd., S. 33–37.

¹⁵⁸ Vgl. F. REINERT, *Brandenburgs Parteien 1945–1950*, 1995, S. 48 u. 72, Anm. 91; DERS. (Bearb.), *Protokolle des Landesblockausschusses*, 1994, S. 24. – Vgl. das Schreiben von Friedrich Ebert an die SMA Brandenburg vom 11.1.1946, abgedr. in: A. MALYCHA, *Auf dem Weg zur SED*, 1995, S. 280f. – Tätigkeitsbericht von Friedrich Ebert auf dem 2. Bezirksparteitag der SPD in der Provinz Brandenburg am 6.4.1946, abgedr. in: F. EBERT, *Ausgewählte Reden und Aufsätze*, 1959, S. 13–19, bes. S. 17. – A. MALYCHA/P. J. WINTERS, *Die SED*, 2009, S. 26.

ten Zeitpunkt von Berlin nach Potsdam umzog. In der alten Reichshauptstadt verfügte sie zwar über direkte Verbindungen zum Zentralkomitee, allerdings erwiesen sich ihre unmittelbaren Einflussmöglichkeiten auf die brandenburgischen Parteigründungen in einer Zeit, als kaum Kommunikationsmöglichkeiten bestanden, als stark eingeschränkt. Die organisatorischen Defizite zeigten sich ebenfalls in der personellen Ausstattung: Verfügte die SPD Anfang 1946 in der ganzen Provinz über nicht einmal zehn besoldete Parteifunktionäre, die für den Bezirksverband tätig waren, wies allein die KPD-Bezirksleitung doppelt so viele Mitarbeiter auf.¹⁵⁹

Die interne Entwicklung der brandenburgischen SPD stand sehr früh unter dem Einfluss der KPD. Das erklärte sich allein schon aus der gemeinsamen Geschichte. Beide Arbeiterparteien waren von den Nationalsozialisten verfolgt worden, ihre Funktionäre hatten gemeinsam in den Konzentrationslagern und in den Zuchthäusern gesessen. Die Schicksale des im Oktober zum Vorsitzenden des SPD-Bezirksverbandes gewählten Georg Spiegel und des Sekretärs der Bezirksleitung, Friedrich Ebert jun., unterschieden sich nicht sonderlich von denjenigen der meisten Mitglieder der KPD-Bezirksleitung. Aus der gemeinsamen Erfahrung von Verfolgung, Inhaftierung, Folter, Tod und Überleben ergaben sich ganz besonders enge Verbindungen.¹⁶⁰ Doch genau diese persönlichen Beziehungen boten ein Instrument, das die KPD-Führung für ihre Zwecke nutzte. Schon früh gab es in der Provinz Versuche, die Arbeiterparteien in einer Aktionseinheit zu integrieren.¹⁶¹ Unter dem Mantel der Einmütigkeit und Kollegialität und der offenbaren Gleichberechtigung erhielt die KPD so nicht nur die Möglichkeit, Einblicke in die internen Vorgänge der SPD zu erlangen und sie in ihrem Sinne zu nutzen, sondern auch eine Gelegenheit, die politische Entwicklung der Schwesterpartei zu lenken.

Wie groß der Vorsprung der KPD gegenüber den anderen Parteien bereits wenige Monate nach Kriegsende ausfiel, verdeutlicht die Stellenbesetzung in der kommunalen Verwaltung: Ende 1945 gehörten von neun Oberbürgermeistern sechs der KPD und drei der SPD an. Die Kommunisten stellten 49 Stadtbürgermeister, die SPD kam auf lediglich 35, die LDP auf einen. Darüber hinaus amtierten in fünf Städten Parteilose. Von den vier Oberlandräten gehörten die Hälfte der KPD an und je einer der SPD und der CDU. 12 der 22 Kreise wurden von kommunistischen Landräten verwaltet, acht von SPD-Mitgliedern,

¹⁵⁹ Vgl. den Bericht von Friedrich Ebert über eine Unterredung mit Willy Sägebrecht (KPD) und Wassili M. Scharow am 5.2.1946, abgedr. in: A. MALYCHA, *Auf dem Weg zur SED*, 1995, S. 396–398, hier S. 397.

¹⁶⁰ Vgl. W. SÄGEBRECHT, *Nicht Amboss, sondern Hammer sein*, 1968, S. 309f. u. 312.

¹⁶¹ Vgl. W. MÜLLER, *Kommunistische Partei Deutschlands*, 1993, S. 445.

zwei von Parteilosens.¹⁶² Auch die Führungspositionen in der Provinzialverwaltung waren fest in der Hand der KPD. Von den 191 leitenden Angestellten besaßen im Oktober 1945 27,9 Prozent – also fast ein Drittel – ein Parteibuch der KPD. 13,1 Prozent waren Mitglieder der SPD, 9,9 Prozent der CDU und nur ein Prozent der LDP.¹⁶³ Laut einer anderen personalpolitischen Auflistung vom April 1946, die nach der Vereinigung von KPD und SPD entstand, waren von den insgesamt 46 759 Angestellten der Provinz ein Drittel in der SED, 28 106 galten als parteilos (60 Prozent). Der Anteil der »bürgerlichen« Parteien an der brandenburgischen Verwaltung fiel noch geringer aus: Lediglich 714 Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes gehörten der CDU und 332 der LDP an. Das waren 1,5 bzw. 0,7 Prozent der Gesamtbeschäftigten.¹⁶⁴ Obwohl Bernhard Bechler bereits im Juli 1945 die Verwaltungsspitzen der Provinz darauf aufmerksam machte, dass es im Interesse der Blockpolitik nicht angehe, dass nur Kommunisten und Sozialdemokraten in den Verwaltungen saßen¹⁶⁵, wurde dieser Hinweis kaum ernst genommen. Selbstkritisch räumte die KPD-Bezirksleitung deshalb im November des Jahres ein, dass man bei der Besetzung der Provinzialverwaltung im Grunde gesündigt habe.¹⁶⁶ Geändert wurde an dem Zustand allerdings nichts.

c) Verspätete Gründung der CDU- und LDP-Landesverbände

Noch schwieriger als für die Sozialdemokraten gestalteten sich die politischen Anfänge bei den Christdemokraten und den Liberalen. Obwohl die Gründungsaufrufe von CDU und LDP bereits im Juli 1945 veröffentlicht worden waren, konstituierten sich die beiden Parteien in Brandenburg erst im Oktober.¹⁶⁷ Sie betraten die politische Bühne zu einem Zeitpunkt, als die KPD ihre Reorga-

¹⁶² Politische und soziale Zusammensetzung der leitenden Kader in den antifaschistisch-demokratischen Verwaltungsorganen der Provinz Mark Brandenburg, o.D. [Ende 1945], abgedr. in: Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, 1989, S. 441. In derselben Publikation finden sich ebenfalls leicht abweichende Zahlen. Ebd., S. 18. – Vgl. auch H.-J. SCHRECKENBACH, Der Aufbau einer neuen Verwaltung, 1995, S. 258.

¹⁶³ Vgl. B. FAIT, (Mark) Brandenburg, 1993, S. 88.

¹⁶⁴ Bericht der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg über die politische und moralische Säuberung und Festigung der Kreis- und Gemeindeverwaltungen für die Zeit von Mitte 1945 bis Mai 1946, o.D. [Mai 1946], abgedr. in: Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, 1989, S. 252–254, hier S. 253. – Vgl. auch K.-H. SCHÖNEBURG u. a., Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates, 1983, S. 54.

¹⁶⁵ Ansprache des ersten Vizepräsidenten Bernhard Bechler auf der ersten Konferenz der Landräte und Oberbürgermeister der Provinz Brandenburg am 17.7.1945, abgedr. in: Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, 1989, S. 67–71, hier S. 70.

¹⁶⁶ F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. XXII, Anm. 50.

¹⁶⁷ Vgl. das Schreiben der KPD-Kreisleitung Potsdam an Willy Sägebrect vom 31.10.1945, in: BLHA, Rep. 330, Nr. 14, Bl. 18; H. DÄHN, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, 1993, S. 564; S. SUCKUT, Christlich Demokratische Union Deutschlands, 1993, S. 535.

nisation in der Provinz Brandenburg bereits weitgehend abgeschlossen hatte. Im Unterschied zur KPD und SPD, die ihre Bezirksleitungen zwar zunächst in Berlin einrichteten, diese aber als eigene Gliederungen für die Provinz Brandenburg verstanden, gab es bei den Liberaldemokraten und den Christlichen Demokraten zunächst nur geringe Anstrengungen zur Bildung von eigenen Landesverbänden. Bei ihnen dominierten Vorstellungen, die auf eine einheitliche Parteistruktur für die Hauptstadt und das Umland hinausliefen.

Sowohl die Berliner wie auch die Brandenburger CDU entstanden aus der Reichsgeschäftsstelle der Partei. Bis in den Oktober 1945 hinein wurden sie faktisch als ein gemeinsamer Landesverband behandelt.¹⁶⁸ Nach der Konstituierung der Partei existierten zeitweilig sogar zwei Führungsspitzen der CDU Brandenburg – eine in Potsdam um den Volkswirt und Mitbegründer des örtlichen CDU-Kreisverbandes, Wilhelm Wolf, der dann den ersten Vorsitz des Landesverbands übernahm, und eine in der Hauptstadt, welche für die übergeordneten Fragen zuständig war. Sie wurde von dem vorläufigen Geschäftsführer der brandenburgischen Union, Karl Grobbel, geleitet. Beide, Wolf und Grobbel, sollten in den Folgejahren eine wichtige Rolle in der Landesunion spielen – Wolf als Fraktionsvorsitzender und zweiter Vizepräsident im Landtag, Grobbel als Landesvorsitzender und Minister für Arbeit, Sozial- und Gesundheitswesen.¹⁶⁹ Zunächst jedoch verzögerten organisatorische Probleme, unklare Absprachen und Kompetenzrängeleien die Etablierung eines Landesverbandes.¹⁷⁰ Bei der LDP sah es ähnlich aus: Anfang Oktober trafen sich die Vertreter mehrerer Ortsgruppen und anderer liberaler Vereinigungen aus Brandenburg in einer Berliner Privatwohnung am Kurfürstendamm, um einen LDP-Verband für die Provinz zu schaffen.¹⁷¹ Die offizielle Registrierung bei der SMA in Potsdam ließ aber noch bis Anfang Dezember auf sich warten.

Als große Hindernisse, die dem Aufbau von »bürgerlichen« Landesverbänden im Weg standen, stellten sich zudem die schlechten Verkehrsverhältnisse und die eingeschränkten Kommunikationsmöglichkeiten heraus.¹⁷² In der Weite

¹⁶⁸ Vgl. R. Th. BAUS, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands*, 2001, S. 143.

¹⁶⁹ Vgl. K. BAUS/R. BAUS, *Gründung*, 1999, S. 95. – Zu Dr. Wilhelm Wolf siehe ebd., S. 91f.; F. SÄTZLER, *Wilhelm Wolf*, 2002; F. REINERT (Bearb.), *Protokolle des Landesblockausschusses*, 1994, S. 4, Anm. 15. – Zu Karl Grobbel siehe K. BAUS/R. BAUS, *Gründung*, 1999, S. 81f.; U. MÜLLER, *Karl Grobbel*, 2002. – Die Geschäftsstelle der CDU siedelte erst im Oktober 1946 vollständig nach Potsdam über. Vgl. den Tätigkeitsbericht des CDU-Landesverbands Brandenburg an die SMA Brandenburg und die Provinzialverwaltung Mark Brandenburg für den Monat Oktober 1946, verf. am 5.11.1946, 9 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 1294, o. Bl., S. 1.

¹⁷⁰ Vgl. R. Th. BAUS, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands*, 2001, S. 143 u. 150.

¹⁷¹ Vgl. das Protokoll über die Gründung des LDP-Landesverbandes Brandenburg vom 3.10.1945, in: ADL, L 5, Nr. 49, o. Bl.

¹⁷² Zur vergleichbaren Situation in Mecklenburg-Vorpommern siehe I. SOLDWISCH, *Geschichte der Liberal-Demokratischen Partei*, 2007, S. 56.

des Landes waren bei Kriegsende die Verbindungen abgerissen. Die Dörfer und kleineren Städte glichen in den ersten Nachkriegsmonaten Inseln, deren Blick selten über die Grenzen des eigenen Landkreises hinausreichte. Der Postverkehr war zum Erliegen gekommen, Straßen und Brücken zerstört, funktionsfähige Telefon- und Telegrafenleitungen erwiesen sich für Zivilisten als eine kostbare Seltenheit. Der Briefverkehr zwischen Berlin und Brandenburg kam erst Mitte November 1945 in Gang. Nach Auskunft Karl Grobbels dauerte es dann noch vier Wochen, bis man in der Berliner CDU-Geschäftsstelle die Antwort auf ein Schreiben oder eine Mitteilung erhielt.¹⁷³ An Automobile und Benzin war kaum zu denken. Wollte man andere Fortbewegungsmittel wie Fahrräder oder Pferdewagen benutzen, bestand stets die Gefahr, unterwegs kriminellen Banden oder plündernden Rotarmisten in die Hände zu fallen. Sogar dem Präsidenten der Provinzialverwaltung Carl Steinhoff wurde im Juli 1945 auf der Heimfahrt von Potsdam ins nahe gelegene Wilhelmshorst der Dienstwagen gestohlen.¹⁷⁴ Somit blieb politisch engagierten Menschen, die sich um den Aufbau einer Partei bemühten, in vielen Fällen nur die Möglichkeit, zu Fuß von Dorf zu Dorf zu ziehen, um auf kleinen Werbeveranstaltungen, die bei der örtlichen Kommandantur vorab anzumelden waren, die Bevölkerung von der Gründung einer Ortsgruppe zu überzeugen. Sehr oft stellte sich das als ein sehr mühseliges Geschäft heraus, denn in der Regel waren die Berliner Gründungsaufrufe von CDU und LDP gar nicht bekannt. Zudem hatten die meisten Menschen auf dem Land ganz andere Sorgen, als sich noch zusätzlich für eine neue Partei einzusetzen.¹⁷⁵ Die Werbung blieb deshalb jeweils auf das nähere räumliche Umfeld beschränkt. Während die KPD über einen eigenen Kurierdienst verfügte, der zwischen der Bezirksleitung und den Kreisverbänden pendelte, blieben die CDU und LDP ganz auf sich allein gestellt.¹⁷⁶

Weitere Schwierigkeiten ergaben sich aus der bereits bestehenden Dominanz der Arbeiterparteien sowie der ablehnenden Haltung der sowjetischen Stellen bei der Zulassung von Ortsgruppen. Viele SMA-Offiziere in den lokalen Kommandanturen standen dem Bildungsprozess von »bürgerlichen« Parteien mit Misstrauen gegenüber. Sie, die in dem Stalinismus der 1930er Jahre und dem Einparteiensystem der Sowjetunion sozialisiert worden waren, hatten in der Regel kaum konkrete Vorstellungen davon, was eine Parteienpluralität wirklich bedeu-

¹⁷³ Vgl. das Referat von Karl Grobbel auf dem Landesparteitag der CDU Brandenburg am 27./28.4.1946, in: ACDP, 03-033, Nr. 83, o. Bl. – Vgl. auch K. BAUS/R. BAUS, Gründung, 1999, S. 80f.

¹⁷⁴ Vgl. R. STEINHOFF, Carl Steinhoff, 1997, S. 190.

¹⁷⁵ Vgl. P. BLOCH, Zwischen Hoffnung und Resignation, 1986, S. 57f.

¹⁷⁶ Vgl. Schreiben des CDU-Kreisgeschäftsführers des Kreises Luckau an Reinhold Schackla in Berlin-Zehlendorf vom 4.3.1946, in: LAB, E Rep. 200-35, Nr. 7, Bl. 68rs.

tete.¹⁷⁷ Insofern begleiteten viele von ihnen die Entstehung von nichtkommunistischen Ortsgruppen mit Desinteresse oder sogar mit offenem Widerwillen.¹⁷⁸ Darüber hinaus wurde von Seiten der Kommunisten häufig erheblicher Druck auf die Gründungsinitiativen von CDU und LDP ausgeübt. Mit Rücken- deckung durch die SMA hielt man »bürgerliche« Vertreter aus den Stadtverwal- tungen heraus und versuchte, deren Sympathisanten einzuschüchtern.¹⁷⁹

Ein Schwerpunkt der Gründung von CDU- und LDP-Gruppen lag zunächst im Berliner Umland. Das war insofern kaum verwunderlich, als sich die beiden Parteien genau an die Bevölkerungsschichten richteten, die sich in den wohlhaben- deren Wohngebieten am Rande der Reichshauptstadt angesiedelt hatten. Her- vorzuheben ist besonders die Gründung der CDU-Ortsgruppe in Kleinmachnow. Dort wurde bereits am 16. Juni 1945 in Absprache mit dem CDU-Gründerkreis in Berlin um Andreas Hermes, Walther Schreiber und Jakob Kaiser die Bildung einer Parteigliederung eingeleitet.¹⁸⁰ Die Initiative hierzu ging von dem Journa- listen und ehemaligen Gewerkschafter Ernst Lemmer aus, der nach der Befreiung übergangsweise vom sowjetischen Ortskommandanten zum Bürgermeister in Kleinmachnow ernannt worden war.¹⁸¹ Auf Bitten Lemmers übernahm der Verleger Peter Bloch den Vorsitz der Ortsgruppe, die schon bald doppelt so stark wie die KPD und SPD zusammen war. Kleinmachnow entwickelte sich zum Ausgangspunkt für weitere Parteigründungen in der Umgegend. Obwohl es der CDU bis zu den Wahlen im Herbst 1946 nicht gelang, mehr als zwei Dutzend Ortsgruppen im Landkreis Teltow zu gründen, gehörte der Kreis zu den einfluss- reichsten und stärksten innerhalb des Landesbandes der Union.¹⁸²

Weitgehend unabhängig von den Entwicklungen in Berlin erfolgte am 21. August 1945 die Gründung einer CDU-Gruppe in Cottbus. Hier gehörte der ehemalige christliche Gewerkschafter Willy Heller zu den treibenden Kräften. Als »Aktivist der ersten Stunde« kam er eher durch Zufall in die Landespolitik: Nach dem Einmarsch der Roten Armee war er vom Stadtkommandanten mit der Leitung des Ernährungsamtes betraut worden. Als in der Stadt, die schwer

¹⁷⁷ Vgl. P. BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation*, 1986, S. 50. – Siehe auch M. HELLE, *Nachkriegsjahre*, 2011, S. 111–115. – Aus sowjetischer Perspektive siehe W. S. SEMJONOW, *Von Stalin bis Gorbatschow*, 1995, S. 224.

¹⁷⁸ Vgl. K. BAUS/R. BAUS, *Gründung*, 1999, S. 98f.

¹⁷⁹ Vgl. das Schreiben des Vorsitzenden der CDU-Ortsgruppe Töplitz, H. Hallich, an die CDU-Reichsgeschäftsstelle vom 25.11.1945, zit. nach R. Th. BAUS, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands*, 2001, S. 147.

¹⁸⁰ Peter Bloch gibt hingegen den 23.6.1945 als Gründungsdatum an. Vgl. P. BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation*, 1986, S. 48.

¹⁸¹ Vgl. E. LEMMER, *Manches war doch anders*, 1968, S. 221f.

¹⁸² Vgl. P. BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation*, 1986, S. 50–58; R. Th. BAUS, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands*, 2001, S. 144; K. BAUS/R. BAUS, *Gründung*, 1999, S. 102, Anm. 98.

unter den Kämpfen gelitten hatte, Ende Juni ein »Antifaschistisches Komitee« gebildet wurde, dem neben der KPD und der SPD auch Vertreter der alten Zentrumspartei angehören sollten, die in Cottbus zu der Zeit aber gar nicht bestand, wurde Heller von sowjetischer Seite aufgefordert, die Partei eigens für den Antifa-Ausschuss ins Leben zu rufen. Diese aus der Not geborene Wiederbelebung des Zentrums erwies sich als die Wurzel der CDU-Gründung in der Stadt.¹⁸³ Willy Heller sollte dann später zwischen 1948 und 1950 den Vorsitz der CDU-Fraktion im brandenburgischen Landtag innehaben.

Sowohl für die LDP als auch für die Christdemokraten besaß Potsdam einen herausgehobenen Stellenwert. Das hing zum einen damit zusammen, dass sich in der Stadt als Sitz der neuen Provinzialverwaltung alle administrativen und politischen Fäden bündelten. Zum anderen gewann Potsdam für die Binnenstruktur der beiden Parteien erhebliche Bedeutung, denn die Kreisverbände der CDU und der LDP entwickelten sich hinsichtlich ihres politischen Gewichts und der dort tätigen Mitglieder zu wichtigen Stützen der Landesverbände. Obwohl noch vor der Ankunft der Roten Armee weite Teile der alten »besseren Gesellschaft« – Mitglieder der Hohenzollernfamilie, ehemalige Angehörige des Hofstaates sowie die NS-Funktionäre – aus der einstigen kaiserlichen Residenz geflohen waren, blieb die alte Garnison- und Beamtenstadt auch nach Kriegsende zunächst stark vom Bürgertum geprägt. Das soziale Bild dominierten die verbliebenen alteingesessenen Familien, mittlere Unternehmer, Gelehrte und Intellektuelle, Offizierswitwen und pensionierte Staatsbeamte.¹⁸⁴ Aus diesen Schichten rekrutierten sich die Unterstützer der beiden »bürgerlichen« Parteien. Nach einem langen Vorlauf reichte der Gründerkreis der CDU am 27. Oktober 1945 bei der örtlichen SMA den Antrag zur Registrierung eines Potsdamer Stadtkreisverbandes ein. Neben Wilhelm Wolf trat dabei der 28-jährige Hans-Paul Ganter-Gilmans hervor. Unter den Nationalsozialisten wegen »Wehrkraftzersetzung« zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, war er Mitte Mai 1945 zum Stadtrat und Leiter des städtischen Ernährungsamtes berufen worden.¹⁸⁵

Die Potsdamer LDP konstituierte sich erst am 13. November. Als herausragende Persönlichkeit innerhalb des Gründungszirkels war Carl Mühlmann zu nennen. Mühlmann, Jahrgang 1882, hatte als Offizier am Ersten Weltkrieg teilgenommen. In den 1920er Jahren war er dann nach einem Studium und der Promotion als Archivar und Historiker am Reichsarchiv in Potsdam tätig, wo er mit verschiedenen Arbeiten zur diplomatischen Vorgeschichte und dem mi-

¹⁸³ Vgl. ebd., S. 102–104.

¹⁸⁴ Vgl. M. UHLEMANN Neubeginn in Potsdam, 1995, S. 297.

¹⁸⁵ Vgl. ebd., S. 321; R. Th. BAUS, Christlich-demokratische Union Deutschlands, 2001, S. 145f. – Zu Ganter-Gilmans siehe K. BAUS/R. BAUS, Gründung, 1999, S. 92; M. BROSZAT/H. WEBER (Hrsg.), SBZ-Handbuch, 1993, S. 906.

litärischen Verlauf des Ersten Weltkriegs im Nahen Osten sowie auf dem Balkan hervortrat. In den Jahren der Weimarer Republik gehörte Mühlmann der DVP bzw. der DDP an. Von der sowjetischen Besatzungsmacht wurde er nach Kriegsende zum stellvertretenden Oberbürgermeister berufen, 1946 folgte dann seine Ernennung zum Stadtrat für Gesundheitswesen.¹⁸⁶ Der Historiker Fritz Reinert hat Mühlmann als »Grandseigneur« der brandenburgischen LDP bezeichnet.¹⁸⁷ Diese Einordnung traf sicherlich zu, denn der weithin angesehene Mühlmann, der als Vorsitzender des Kreisverbandes Potsdam über eine Hausmacht innerhalb der eigenen Partei verfügte, nahm in den ersten Jahren großen Einfluss auf die Entwicklung des Landesverbandes. Aus den Reihen der LDP gab es keine andere Persönlichkeit, die sich über die Krisen und Veränderungen der Jahre zwischen 1945 und 1952 so dauerhaft behaupten konnte wie Mühlmann. Allerdings sollte man diese Einschätzung nicht automatisch als ein Kompliment auffassen, denn für seinen Parteikollegen Wolfgang Schollwer, der 1950 aus der DDR floh, verkörperte Mühlmann jenen »Typ[en] des bürgerlichen Mitläufers im kommunistischen Staat, der[,] ohne sich selbst an irgendwelchen Verbrechen zu beteiligen, doch seine ganze Arbeitskraft und seine geistigen Fähigkeiten gern dem Regime zur Verfügung« stelle. Er würde die von der SED an ihn herangetragenen Aufträge weniger aus Überzeugung denn aus einem Gefühl »falsch verstandenen preußischen Pflichtbewußtseins des ehemaligen Offiziers und Beamten« ausführen.¹⁸⁸

Die schleppende Entwicklung der Mitgliederzahlen bei CDU und LDP trug der verspäteten Parteigründung und den beschriebenen Schwierigkeiten Rechnung: Während die KPD in Brandenburg Ende 1945 knapp 41 000 und die SPD 43 000 Mitglieder zählten, kamen die Christdemokraten im Dezember auf lediglich 4 900 Parteimitglieder. Unterhielten die Kommunisten zum Jahreswechsel ein flächendeckendes Netz von Ortsgruppen, waren bei der CDU landesweit lediglich 166 Gruppen registriert.¹⁸⁹ Bis April 1946 kamen noch einmal etwa 60 neue Ortsgruppen hinzu, so dass zum Zeitpunkt der SED-Gründung in der Mark Brandenburg insgesamt 232 bestätigte Ortsgruppen der CDU sowie 300 nicht registrierte Stützpunkte existierten. Mit dann etwa 12 400 Mitgliedern gehörte die brandenburgische CDU zu den schwächeren Landesverbänden der

¹⁸⁶ Vgl. G. FALK, Carl Mühlmann, 2002; W. SCHOLLWER, Potsdamer Tagebuch, 1988, S. 23f.

¹⁸⁷ F. REINERT, Brandenburgs Parteien 1945–1950, 1995, S. 44.

¹⁸⁸ Aktennotiz von Wolfgang Schollwer für den Minister für Finanzen und Wiederaufbau des Landes Rheinland-Pfalz, Dr. Wilhelm Nowack, mit einer Charakterisierung Dr. Carl Mühlmanns vom 5.10.1955, 4 S., in: ADL, A 45, Nr. 368, o. Bl.

¹⁸⁹ Zahlen nach W. MÜLLER, Kommunistische Partei Deutschlands, 1993, S. 458; DERS., Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 1993, S. 479; S. SUCKUT, Christlich Demokratische Partei Deutschlands, 1993, 540f.

Partei.¹⁹⁰ Dem gegenüber verfügte die LDP im Dezember 1945 über 6 873 Mitglieder, war also deutlich kleiner als die CDU. Im parteiinternen Vergleich belegte die Landespartei nur den vorletzten Platz. Einzig in Mecklenburg-Vorpommern, wo der Landesverband offiziell erst Anfang Januar 1946 gegründet wurde, war die LDP noch schwächer.¹⁹¹

Während sich die beiden »bürgerlichen« Parteien in Brandenburg noch mitten in ihrer Gründungs- und Aufbauphase befanden, wurden sie bereits in die Blockpolitik einbezogen. Am 22. November 1945 trafen sich in Potsdam die Vertreter der vier von der Besatzungsmacht zugelassenen Parteien, um den »Antifaschistisch-demokratischen Einheitsblock Provinz Mark Brandenburg« zu begründen. Allem Anschein nach resultierte diese sehr späte Bildung eines Landesblockausschusses, die immerhin über vier Monate nach der Konstituierung des zentralen Einheitsfront-Ausschusses in Berlin erfolgte¹⁹², aus den großen Schwierigkeiten, die bei der Etablierung der CDU und der LDP in der Provinz auftraten. Auch dürfte eine Rolle gespielt haben, dass die Parteien zunächst sehr stark an die Entwicklungen in der Reichshauptstadt gebunden waren. Sie sahen sich vom zentralen Einheitsfrontausschuss dort repräsentiert.¹⁹³

So sehr der Landesblockausschuss in seiner Gründungserklärung darum bemüht war, die großen Gemeinsamkeiten unter den Parteien hervorzuheben¹⁹⁴, täuschte dies nicht darüber hinweg, dass den konkreten politischen Gestaltungsräumen enge Grenzen gesetzt waren. Der Einfluss des Gremiums auf die Entwicklung in der Provinz blieb gering. Das erklärte sich nicht zuletzt daraus, dass die KPD sehr darum bemüht war, kontroverse Debatten möglichst aus dem Blockausschuss herauszuhalten und bei anstehenden Entscheidungen bereits im Vorfeld Tatsachen zu schaffen, auf die die Partner im Einheitsblockausschuss dann keinen Einfluss mehr nehmen konnten. Die vorherige Absprache mit den Sozialdemokraten spielte hier – ebenso wie in Thüringen – eine wichtige Rolle: »Im Block muß unsere Linie sein, daß wir immer mit der SPD konform gehen, uns aber nicht von der SPD gegen die Bürgerlichen stellen lassen«, ermahnte Willy Sägebrecht die KPD-Genossen bezüglich der dabei zu verfolgenden Strategie. Um vor bösen Überraschungen gefeit zu sein, wurde auch die

¹⁹⁰ Vgl. R. Th. BAUS, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands*, 2001, S. 481f.; F. REINERT, *Brandenburgs Parteien 1945–1950*, 1995, S. 43.

¹⁹¹ Vgl. H. DÄHN, *Liberal-Demokratische Partei Deutschlands*, 1993, S. 570; I. SOLDWISCH, *Geschichte der Liberal-Demokratischen Partei*, 2007, S. 59–62.

¹⁹² Vgl. S. SUCKUT (Hrsg.), *Blockpolitik in der SBZ/DDR*, 1986, S. 17.

¹⁹³ Vgl. DERS., *Block-Ausschüsse*, 1993, S. 597 u. 602f.

¹⁹⁴ Vgl. den Beschluss über die Bildung eines gemeinsamen Arbeitsausschusses des Antifaschistisch-Demokratischen Einheitsblocks Provinz Mark Brandenburg vom 28.11.1945, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), *Protokolle des Landesblockausschusses*, 1994, S. 8f., hier S. 9.

Überlegung angestellt, sich vor einer Blocksitzung mit den maßgeblichen CDU- und LDP-Vertretern persönlich auszutauschen.¹⁹⁵

Als sich der Landesblockausschuss am 22. November konstituierte, waren viele grundlegende Entscheidungen für die weitere Entwicklung Brandenburgs bereits getroffen. Die Bodenreform bot hierfür ein gutes Beispiel. Die Durchführung dieser gewaltigen Umverteilung des Landbesitzes, durch die die jahrhundertalten sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bindungen und Eigentumsverhältnisse gerade in einer so von der Landwirtschaft geprägten Region wie der Mark Brandenburg beseitigt wurden, war bereits sehr weit vorangeschritten. Die Provinzialverwaltung betrachtete sie Mitte November sogar als so gut wie abgeschlossen.¹⁹⁶ Obwohl die brandenburgischen Christlichen Demokraten und die Liberalen der Bodenreform nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstanden, gab es vor allem in den Reihen der CDU erhebliche Bedenken gegen die Form ihrer Durchsetzung.¹⁹⁷ Allerdings konnte die Union über den Landesblockausschuss keinerlei Einfluss auf die angeordneten Maßnahmen nehmen.¹⁹⁸

Dieser Befund galt in ähnlicher Weise für das Verhältnis des Ausschusses zur Provinzialverwaltung. Zwar betrachteten die Vertreter von CDU, LDP und SPD den Landesblockausschuss, ähnlich wie ihre Parteifreunde in Thüringen den »Thüringen-Ausschuss«, anfänglich als den vorläufigen Ersatz für eine Volksvertretung. Das sollte entsprechende Kompetenzen bei der Kontrolle der Provinzialverwaltung und ein Mitspracherecht bei politischen Entscheidungen einschließen.¹⁹⁹ Allerdings blieben die Einflussmöglichkeiten des Blocks auf die Exekutive äußerst gering. In einem Schreiben von Anfang Januar 1946 beschwerte sich Friedrich Ebert bei Bernhard Bechler darüber, dass bislang alle

¹⁹⁵ Zit. nach DERS., Brandenburgs Parteien 1945–1950, 1995, S. 55. Vgl. auch ebd., S. 78, Anm. 142.

¹⁹⁶ Vgl. die Niederschrift des Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge, Gustav Gundelach (KPD), über die Rechenschaftslegung der Präsidenten und Vizepräsidenten der Landes- und Provinzialverwaltungen vor dem Obersten Chef der SMAD, Marschall Georgi K. Schukow, am 13. u. 14.11.1945, o. D. [November 1945], abgedr. in: Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, 1989, S. 127–133, hier S. 131. – Vgl. den Bericht von Wladimir S. Semjonow an Georgi K. Schukow, Andrei J. Wyschinski und Fjodor J. Bokow über den Verlauf der Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland vom 28.9.1945, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), Die UdSSR und die deutsche Frage/2, 2004, S. 118–125. – Zur Bodenreform in Brandenburg siehe A. BAUERKÄMPER, Bodenreform, 1995; DERS., Strukturumbbruch, 1996; DERS., Zwangsmodernisierung und Krisenzyklen, 1999; F. SÄTTLER, Wirtschaftsordnung im Übergang/1, 2002, S. 139–175; B. SPIX, Die Bodenreform in Brandenburg, 1997.

¹⁹⁷ Vgl. das Protokoll zur Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 12.12.1945, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 9–14, bes. S. 10f.

¹⁹⁸ Vgl. ebd.; DERS., Brandenburgs Parteien 1945–1950, 1995, S. 58–62.

¹⁹⁹ Vgl. den Beschluss über die Bildung des gemeinsamen Arbeitsausschusses des Antifaschistisch-demokratischen Einheitsblocks Provinz Mark Brandenburg vom 28.11.1945, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 8.

Beschlüsse der Verwaltung ohne die Mitwirkung des Blockausschusses gefasst worden seien.²⁰⁰ Zwar signalisierte Bechler daraufhin Entgegenkommen, doch letztlich blieb es bei Absichtserklärungen.²⁰¹ Es scheint sogar, dass die Abteilung Inneres der Provinzialverwaltung die Anfragen und Forderungen, die von den »bürgerlichen« Parteien an sie über den Landesblockausschuss herangetragen wurden, geflissentlich übergang und auf Nachfragen nur ausweichende Antworten gab.²⁰² Die Landespolitik in Brandenburg wurde in der Hauptsache in dem Beziehungsgeflecht aus SMA, Provinzialverwaltung und KPD-Bezirksleitung gestaltet. Der Landesblockausschuss besaß lediglich eine nachgeordnete, man könnte sogar sagen: eine kosmetische Funktion.

d) Zwangsvereinigung von KPD und SPD

Als der Landesblockausschuss Ende November 1945 vergebens über die bereits eingeleitete Bodenreform diskutierte, zeichnete sich mit der möglichen Option einer Vereinigung der beiden Arbeiterparteien schon die nächste tiefe Zäsur ab. Entgegen der bis in die Mitte der 1990er Jahre hinein vertretenen These, dass die Gründung der SED in Brandenburg weitgehend reibungslos verlaufen sei²⁰³, wurde der Entstehungsprozess der Einheitspartei in Wirklichkeit von schweren Konflikten überschattet. Zwar bestanden in wichtigen Punkten durchaus Übereinstimmungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Auch gab es in der brandenburgischen SPD seit dem Sommer 1945 den ernsthaften Willen zu einer Kooperation auf Augenhöhe mit den Genossen von der KPD.²⁰⁴ Gleichwohl zeigte es sich im Verlauf des Herbstes und Winters, dass die Bereitschaft zu einer Vereinigung bei den Sozialdemokraten immer weiter abnahm, je mehr sich offenbarte, dass diese Einheit unter kommunistischer Führung stattfinden sollte. Trotz aller Behinderungen und Benachteiligungen durch die Besatzungsmacht und die KPD wuchs der Bezirksverband der SPD in Brandenburg be-

²⁰⁰ Zit. nach DERS., *Brandenburgs Parteien 1945–1950*, 1995, S. 84.

²⁰¹ Vgl. DERS. (Bearb.), *Protokolle des Landesblockausschusses*, 1994, S. XLI. – Protokoll über die Sitzung des Einheitsblockausschusses Brandenburg am 13.2.1946, abgedr. in: ebd., S. 32f.

²⁰² Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Einheitsblockausschusses am 27.2.1946, abgedr. in: ebd. S. 34–38, hier S. 34; F. REINERT, *Brandenburgs Parteien 1945–1950*, 1995, S. 87.

²⁰³ Fritz Reinert vertritt die Auffassung, dass die »überwiegende Mehrheit der SPD Brandenburgs« für die Einheit der Arbeiterklasse gewesen sei, also der Vereinigung mit der KPD zugestimmt habe. Unter den Sozialdemokraten sei die Meinung weit verbreitet gewesen, »daß das Wiederaufleben reaktionärer Kräfte nur durch eine neue Demokratie verhindert werden könne, die von einer einheitlich handelnden Arbeiterbewegung getragen werden müsse«. Gleichwohl räumt Reinert ein, dass es durchaus »Formen des politischen Drucks« gegen diejenigen SPD-Mitglieder seitens der SMA gegeben habe, die sich gegen die »undemokratischen Methoden der Verschmelzung« ausgesprochen hätten. Ebd., S. 49f. – Weitau kritischer dazu M. UHLEMANN, *Entstehung der SED in Potsdam*, 1996, S. 123–125.

²⁰⁴ Vgl. dazu W. SÄGEBRECHT, *Nicht Amboss, sondern Hammer sein*, 1968, S. 331f.

ständig an. Ende Oktober verfügte die Partei gegenüber den Kommunisten über einen zahlenmäßigen Vorsprung von mehreren tausend Mitgliedern.²⁰⁵ Wenn Friedrich Ebert in einem internen Bericht zur Besetzung des Oberbürgermeisterpostens in Brandenburg an der Havel den Zentralausschuss dazu aufforderte, »dahin zu wirken, daß wir endlich als das respektiert werden, was wir sind, nämlich die größte Partei Deutschlands«²⁰⁶, kam darin das gestärkte Selbstvertrauen der Sozialdemokraten zum Ausdruck. In weiten Kreisen der SPD bestand die durchaus berechtigte Hoffnung, gegenüber der KPD weiter an Stärke gewinnen zu können.²⁰⁷ Diese Einschätzung bewog die Parteiführung dazu, allzu enge Verbindungen mit den Kommunisten zu vermeiden und stattdessen das eigene Profil zu schärfen.

Diese Strategie blieb der KPD-Führung nicht verborgen. Obwohl man nach außen hin gutes Einvernehmen demonstrierte, herrschte in Wirklichkeit erhebliches Misstrauen bei den Kommunisten gegenüber den Sozialdemokraten. Das Urteil Willy Sägebrechts über deren Führungskreis fiel vernichtend aus: Die Haltung der sozialdemokratischen Führungskräfte sei bestimmt von einer »Feindseligkeit gegen die Kommunisten, trotz ihrer Heuchelei zum Willen der Einheit«. »In Verhandlungen mit der KPD-Bezirksleitung führt die SPD-Leitung weiter einen guten Ton und macht kameradschaftliche Gesten. In ihren Mitglieder- und öffentlichen Versammlungen macht sie das Gegenteil.«²⁰⁸ In der gesamten Provinz kam es seit Ende 1945 bei gemeinsamen Veranstaltungen von Kommunisten und SPD-Anhängern zu hitzigen Diskussionen und Wortgefechten. In manchen Fällen spielten sich tumultartige Szenen ab.²⁰⁹ Nahrung erhielt der Protest der brandenburgischen Sozialdemokraten durch die Vorgänge

²⁰⁵ Zahlen nach W. MÜLLER, *Kommunistische Partei Deutschlands*, 1993, S. 458; DERS., *Sozialdemokratische Partei Deutschlands*, 1993, S. 479. – Vgl. auch den Bericht über die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Bezirk Mark Brandenburg vom 14.12.1945, in: BLHA, Rep. 331, Nr. 5, Bl. 2.

²⁰⁶ Bericht Friedrich Eberts über die Neubesetzung des Oberbürgermeisteramtes in Brandenburg an der Havel vom 27.9.1945, abgedr. in: MALYCHA, *Auf dem Weg zur SED*, 1995, S. 37–39, hier S. 39.

²⁰⁷ Vgl. ebd., S. LXVIII.

²⁰⁸ Bericht Willy Sägebrechts über die Rolle der SPD-Leitung für die Provinz Brandenburg vom 4.10.1945, in: BLHA, Rep. 330, Nr. 5, Bl. 5f. – Das Dokument wird ausschnittsweise zit. bei A. MALYCHA, *Auf dem Weg zur SED*, 1995, S. LXX sowie bei F. SATTLER, *Wirtschaftsordnung im Übergang/1*, 2002, S. 399. – Vgl. auch das Protokoll über die Sitzung des Sekretariats der Bezirksleitung der KPD Brandenburg am 12.12.1945, abgedr. in: A. MALYCHA, *Auf dem Weg zur SED*, 1995, S. 145–148, bes. S. 145.

²⁰⁹ Vgl. W. SÄGEBRECHT, *Nicht Amboss, sondern Hammer sein*, 1968, S. 337; Bericht über die Sitzung des Aktionsausschusses der SPD und KPD der Stadt Brandenburg an der Havel am 1.11.1945, abgedr. in: A. MALYCHA, *Auf dem Weg zur SED*, 1995, S. 137f.; Stimmungsbericht der KPD-Kreisleitung Beeskow über die Zusammenarbeit mit der SPD vom 13.12.1945, abgedr. in: ebd., S. 148; Schreiben der KPD-Kreisleitung Forst an die Bezirksleitung der KPD Brandenburg vom 26.1.1946, abgedr. in: ebd., S. 283f.

in Berlin, wo die Parteigenossen im westlichen Teil der Stadt erfolgreich Widerstand leisteten gegen die Gründung der Einheitspartei.²¹⁰

Doch genau an diesem Punkt zeigte sich der große Unterschied zwischen den Bedingungen in der Vier-Sektoren-Stadt und in ihrem Umland: Während die Sozialdemokraten in Berlin unter dem Schutz der drei Westmächte agierten, die für eine demokratische Entscheidung in der Frage der Vereinigung eintraten, unterstützte die brandenburgische SMA die Einheitskampagne der KPD nach Kräften. Obwohl Generalmajor Scharow Anfang Februar 1946 sibyllinisch davon sprach, dass die bevorstehende Fusion der beiden Arbeiterparteien eine Frage der Entwicklung und nicht eine Angelegenheit von Terminen sei²¹¹, war der Einfluss der Besatzungsmacht auf diesen Prozess offensichtlich. Die SMA versuchte nicht nur an der Parteibasis entsprechenden Druck auszuüben²¹², sondern sie setzte ebenfalls darauf, die Führung des Bezirksverbandes zum Einschwenken auf den vorgegebenen Kurs zu zwingen. Die Klaviatur, die bei der »Überzeugungsarbeit« zum Einsatz gelangte, war äußerst diffizil. Sie reichte von Zugeständnissen, freundschaftlichen Bekundungen und Vergünstigungen bis hin zu Anordnungen, Maßregelungen und Drohungen.²¹³

Innerhalb der Führungsspitze der sozialdemokratischen Partei nahm Friedrich Ebert neben dem im Oktober gewählten Vorsitzenden Georg Spiegel eine wichtige Position ein. Er wurde von den Kommunisten sogar als die zentrale Schlüsselfigur innerhalb des Bezirksverbands der SPD eingeschätzt.²¹⁴ Im Gegensatz zu Spiegel, dem die brandenburgische KPD-Spitze ein positives Urteil ausstellte²¹⁵, galt der Sohn des einstigen Reichspräsidenten zunächst als Gegner der Vereinigung unter KPD-Ägide.²¹⁶ Ähnlich wie bei Otto Grotewohl setzte aber bei ihm, je näher der Jahreswechsel 1945/46 heranrückte, ein Wandlungsprozess ein: Ebert entwickelte sich zu einem klaren Verfechter der Einheit. Ob das aus innerer Einsicht oder aufgrund äußeren Drucks geschah, muss an dieser Stelle unbeantwortet bleiben. Für das Frühjahr 1946 verzeichnen Eberts Tagebucheinträge jedenfalls eine auffällige Häufung an Gesprächen mit hochrangi-

²¹⁰ Vgl. W. SÄGEBRECHT, Nicht Amboss, sondern Hammer sein, 1968, S. 340f.

²¹¹ Bericht Friedrich Eberts über eine Besprechung bei der SMA Brandenburg am 5.2.1946, abgedr. in: A. MALYCHA, Auf dem Weg zur SED, 1995, S. 396–398, hier S. 397.

²¹² Vgl. ebd., S. LXXXIII f. u. XCIII; A. MALYCHA/P. J. WINTERS, Die SED, 2009, S. 31. – Vgl. auch das Schreiben Friedrich Eberts an die SMA Potsdam vom 11.1.1946, in: BLHA, Rep. 331, Nr. 5, Bl. 6; Bericht von Emil Schröder über eine Besprechung bei der SMA Brandenburg am 29.1.1946, abgedr. in: A. MALYCHA, Auf dem Weg zur SED, 1995, S. 284–286.

²¹³ Vgl. ebd., S. 34, Anm. 6; ebd., S. XCIII.

²¹⁴ Vgl. Protokoll über die Sitzung des Sekretariats der KPD-Bezirksleitung Brandenburg am 12.12.1945, abgedr. in: ebd., S. 145–148, bes. S. 147.

²¹⁵ Vgl. ebd.

²¹⁶ Vgl. H. VOSSKE, Friedrich Ebert, 1987, S. 103; F. REINERT, Brandenburgs Parteien 1945–1950, 1995, S. 48 u. 71, Anm. 86.

gen SMA-Offizieren, in denen es auch um die Frage der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien ging.²¹⁷ Ebenso nutzte die KPD die ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten, um den Druck auf die SPD-Führung um Ebert und Spiegel beständig hoch zu halten.²¹⁸ Diese mehrgleisige Strategie war von Erfolg gekrönt: Als sich die SPD auf ihrem Bezirksparteitag am 6. April für die Einheit aussprach, waren die kritischen Stimmen in der Partei längst ausgeschaltet oder aber sie schwiegen aus Angst vor Repression. So verwunderte es nicht, dass einen Tag später die Delegierten von KPD und SPD auf dem Vereinigungsparteitag in Potsdam unter großem Beifall und Jubel geschlossen für die Gründung der SED in der Mark Brandenburg votierten.²¹⁹

²¹⁷ Vgl. die Tagebuchaufzeichnungen Friedrich Eberts für das Jahr 1946, in: SAPMO-BArch, NY 4192, Nr. 9, Bl. 1vs+rs (2. u. 9.1.), 2rs (26. u. 28.1.), 3vs+rs (5., 15. u. 21.2.), 4rs (11., 13., 14. u. 20.3.), 5 vs+rs (24. u. 28.3., 2. u. 16.4.); Bericht von Friedrich Ebert über eine Besprechung bei der SMA Brandenburg am 30.1.1946, abgedr. in: A. MALYCHA, *Auf dem Weg zur SED*, 1995, S. 286f.; Bericht von Friedrich Ebert über eine Besprechung bei der SMA Brandenburg am 5.2.1946, abgedr. in: ebd., S. 396–398.

²¹⁸ Vgl. ebd., S. LXXIII. – Vgl. auch N. PODEWIN, *Ebert und Ebert*, 1999, S. 433f.

²¹⁹ Vgl. W. SÄGEBRECHT, *Nicht Amboss, sondern Hammer sein*, 1968, S. 344f.; H. VOSSKE, *Friedrich Ebert*, 1987, S. 113.



*Wahlplakat der SED zur Landtagswahl in Thüringen, 1946.
Bundesarchiv, Plak 100-015-038.*

Zweites Kapitel

Besatzungspolitische Konkurrenzen. Die Sowjetunion und der Weg zur Bildung der Landtage

1. Motive und Hintergründe der Wahlen von 1946

a) Nachkriegsplanungen der KPD in Moskau

Am 20. Juni 1946 erschien in der *Täglichen Rundschau* die Meldung, dass die SMAD den Beschluss gefasst habe, »zur weiteren Demokratisierung Deutschlands« den Landes- und Provinzialverwaltungen zu gestatten, Kommunalwahlen abzuhalten. Diese seien für den Monat September anberaumt. Dem Urnengang sollten demokratische Prinzipien zugrunde liegen.¹ Die Ankündigung sorgte für einiges Aufsehen. So hieß es in einem Leitartikel der *Neuen Zeit*, dem zentralen Parteiblatt der CDU, dass nun endlich all jene »Ohrenbläser, Gebärdenspäher und Gerüchtemacher« Lügen gestraft würden, die bislang kolportiert hätten, dass es in der SBZ niemals freie Abstimmungen geben werde.² Die Gemeindewahlen bildeten den Auftakt zu einem regelrechten Wahlmarathon. Er bestimmte im Herbst 1946 das politische Leben in der SBZ. Seinen Höhepunkt und Abschluss fand er in den Landtags- und Kreistagswahlen am 20. Oktober. Obwohl sich die zeithistorische Forschung bereits ausführlich mit der Vorbereitung, dem Verlauf der Kommunal-, Kreis- und Landtagswahlen sowie mit den grundsätzlichen Bedingungen, unter denen sie stattfanden, beschäftigt hat³, liegen wichtige Details immer noch im Dunkeln. Das gilt insbesondere für die Frage nach den Motiven der Besatzungsmacht zu diesem bemerkenswerten Schritt. Auch wenn letzte Antworten hierauf immer noch fehlen⁴, ist es dennoch möglich, die bekannten Aspekte zu einer Indizienkette zusammenzufügen.

¹ *Tägliche Rundschau* vom 20.6.1946.

² *Die Neue Zeit* vom 21.6.1946, S. 1. – Zu den Pressereaktionen auf die Ankündigung der SMAD siehe auch den Politischen Bericht von Wladimir S. Semjonow (Informationsbrief Nr. 8) vom 10.7.1946, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/2*, 2004, S. 538–558, bes. S. 539–542.

³ Siehe dazu K.-H. HAJNA, *Die Landtagswahlen*, 2000. – Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 44–110; B. SPIX, *Bodenreform und Wahlverhalten*, 2001, S. 73–89.

⁴ Vgl. J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/2*, 2004, S. 701, Anm. 245.

Die Vorgeschichte der Wahlen von 1946 nahm bereits zwei Jahre zuvor ihren Ausgangspunkt in den Nachkriegsplanungen der Exil-KPD in Moskau. Nachdem das Jahr 1943 die Wende an der Front gebracht hatte, setzte mit dem Vormarsch der Roten Armee im Frühjahr 1944 eine neue Phase des Kriegsgeschehens ein: Die Sowjetunion wandelte sich von einer in die Defensive gedrängten Macht in einen politischen Akteur. Auf Geheiß Stalins gingen damit nun beauftragte Regierungsstellen daran, Überlegungen zur künftigen europäischen Nachkriegsordnung anzustellen. Was aus Deutschland werden sollte, war dabei von zentraler Bedeutung, zumal Stalin den möglichen Absichten seiner westlichen Verbündeten mit großem Misstrauen gegenüberstand.⁵ Obwohl das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten bereits in der zweiten Jahreshälfte 1943 mehrere Kommissionen eingerichtet hatte, die sich mit entsprechenden Planungen beschäftigten⁶, waren es vor allem die von der Exilführung der KPD ausgearbeiteten Überlegungen, die bei der Gestaltung der künftigen inneren Ordnung in Deutschland zum Tragen kamen.

Im Februar 1944 bildete die KPD-Spitze eine Arbeitskommission, die sich der »Durcharbeitung einer Reihe politischer Probleme des Kampfes für den Sturz Hitlers und der Gestaltung des neuen Deutschlands« widmete.⁷ Die Gruppe stand unter der Anleitung von Georgi Dimitroff, dem führenden Kopf in der Abteilung Internationale Information beim Zentralkomitee der KPdSU. Dimitroff gehörte zum Kreis der engsten Vertrauten Stalins.⁸ In den folgenden zwölf Monaten erarbeitete die Kommission dem »vožd'« Expertisen zu allen wesentlichen Aspekten des Kampfes gegen das NS-Regime und zur künftigen Gestaltung Deutschlands.⁹ Von erheblicher Bedeutung war für die KPD-Funktionäre während ihrer Beratungen, wie es gelingen könnte, nach dem Sieg über die nationalsozialistische Diktatur eine kommunistische Machtübernahme in die Wege zu leiten. Aus der Perspektive der deutschen Führungskader, die in den 1930er Jahren einer rücksichtslosen Stalinisierung unterzogen worden waren¹⁰,

⁵ Vgl. G. WETTIG, *Bereitschaft zu Einheit in Freiheit?*, 1999, S. 33–35.

⁶ Vgl. J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/1*, 2004, S. XL–L; J. LAUFER, *Pax Sovietica*, 2009, S. 379–390.

⁷ Beschlussprotokoll der Leitungssitzung des ZK der KPD vom 6.2.1944, abgedr. in: P. ERLER/H. LAUDE/M. WILKE (Hrsg.), »Nach Hitler kommen wir«, 1994, S. 130–132, hier S. 132. – Zur Vorbereitung der KPD-Kader in Moskau siehe J. MORRÉ, *Kader aus dem Exil*, 2006.

⁸ Vgl. W. S. SEMJONOW, *Von Stalin bis Gorbatschow*, 1995, S. 158. Siehe dazu auch die Notizen Wilhelm Piecks über eine Besprechung mit Georgi Dimitroff am 9.8.1944, abgedr. in: G. KEIDERLING (Hrsg.), »Gruppe Ulbricht« in Berlin, 1993, S. 115–124, bes. S. 116 u. 119.

⁹ Vgl. die Ausarbeitung von Wilhelm Pieck mit dem Plan für die Tätigkeit der künftigen Arbeitskommission, o. D. [1944], abgedr. in: P. ERLER/H. LAUDE/M. WILKE (Hrsg.), »Nach Hitler kommen wir«, 1994, S. 133f. Vgl. auch M. SCHMEITZNER/S. DONT, *Die Partei der Diktaturdurchsetzung*, 2002, S. 45–60.

¹⁰ Zur Säuberung der Exil-KPD und zum Massenterror in Moskau siehe K. SCHLÖGEL, *Terror und Traum*, 2008, S. 501–521; R. MÜLLER, *Säuberungen*, 1998; W. CHASE, *Comintern*, 2001.

bestand das erklärte Ziel darin, neue »demokratische« Verhältnisse in Deutschland zu schaffen. Jedoch verstanden sie unter dem Begriff der »Demokratie« kein freiheitliches und pluralistisches System.¹¹ Vielmehr sah ihre Zielsetzung die Installation einer politischen Ordnung nach sowjetischem Vorbild vor. Den Genossen war dabei bewusst, dass sich dieses Ziel nicht sofort realisieren ließe. In einer in der ersten Jahreshälfte 1944 entstandenen Ausarbeitung, die den bezeichnenden Titel »Was würde sein, wenn Deutschland ein Sowjetstaat werden würde?« trug, betonte Wilhelm Florin, dass die kommunistische Bewegung in großen Teilen der deutschen Bevölkerung keinen Rückhalt besäße. Die KPD könne die alleinige Macht nicht anstreben, weil dazu im Lande die Voraussetzungen fehlten. Folglich gelte es, eine Politik zu betreiben, um »für das Bestmögliche eine gemeinsame Front von Verbündeten zustande zu bringen«.¹² Laut Florin bedürfe es einer Übergangsphase, in der die KPD mit tatkräftiger Unterstützung durch die UdSSR nach dem Sieg über Hitler ihre Machtposition ausbauen könne, um die Voraussetzungen für eine friedliche Machtübernahme zu schaffen. Diese Strategie korrespondierte mit den grundsätzlichen Überlegungen Stalins, dem es bei Kriegsende mit Blick auf die westlichen Verbündeten und die eigene durch den Krieg geschwächte Position vorteilhaft erschien, den kommunistischen Parteien von putschartigen Versuchen einer Machtübernahme abzuraten. Stalin war davon überzeugt, dass man mit Rücksicht auf die westlichen Verbündeten am Rand des eigenen Einflussgebietes um gewisse demokratische Zugeständnisse vorerst nicht umhin käme.¹³

Während der Beratungen der KPD-Arbeitskommission wurde den Themenfeldern »Wahlen« und »Parlamente« bzw. »Landtage« nur am Rande Aufmerksamkeit zuteil. Zwar waren diese Aspekte von Wilhelm Pieck für die Diskussionen vorgesehen worden.¹⁴ Sie wurden jedoch von den drängenderen Fragen überdeckt. Die hierzu dokumentierten Aussagen der KPD gingen kaum über das hinaus, was bereits ein Jahrzehnt früher konzipiert worden war. Bereits im Oktober 1935 hatte sich die Parteiführung in der Abschlussresolution zur »Brüsseler Konferenz« dahingehend geäußert, dass sie für die völlige Wahlfreiheit für alle Körperschaften – also auch für Landesparlamente – kämpfe.¹⁵ Im Sommer

¹¹ Vgl. M. KAISER, *Moskau und die Gleichschaltung des Parteiensystems*, 2002, S. 266.

¹² Ausarbeitung von Wilhelm Florin: »Was würde sein, wenn Deutschland ein Sowjetstaat werden würde?«, o. D. [1944], abgedr. in: P. ERLER/H. LAUDE/M. WILKE (Hrsg.), »Nach Hitler kommen wir«, 1994, S. 125–132, hier S. 127.

¹³ Vgl. M. KAISER, *Moskau und die Gleichschaltung des Parteiensystems*, 2002, S. 266; G. WETTIG, *Stalins Deutschland-Politik*, 2002, S. 25.

¹⁴ Vgl. die Ausarbeitung von Wilhelm Pieck mit dem Plan für die Tätigkeit der künftigen Arbeitskommission, o. D. [1944], abgedr. in: P. ERLER/H. LAUDE/M. WILKE (Hrsg.), »Nach Hitler kommen wir«, 1994, S. 134.

¹⁵ Vgl. das Manifest der »Brüsseler« Parteikonferenz der KPD, endgültige Fassung vom 1.12.1935, abgedr. in: U. LANGKAU-ALEX, *Deutsche Volksfront 1932–1939*, Bd. 3, 2005, S. 62–67.

1936 sprach das Politbüro des ZK der KPD dann in den »Richtlinien für die Ausarbeitung einer politischen Plattform der deutschen Volksfront« davon, dass »die in der Volkfront verbundenen Parteien, Richtungen, Organisationen, Gruppen und Personen [es] als den wichtigsten Staatsgrundsatz [erklärten], daß das neue Reich eine demokratische Republik sein wird, in der das Volk über alle Fragen der Wirtschaft, der Innen- und Außenpolitik des Landes entscheidet und die Regierung durch eine Entscheidung des werktätigen Volkes auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts bestimmt wird.«¹⁶ Die Aussagen standen im Kontext des Versuchs der KPD, im Deutschen Reich ein überparteiliches »Volksfront«-Bündnis zu organisieren, das unter Führung der Arbeiterklasse den Sturz des NS-Regimes von innen heraus einleiten sollte.¹⁷

Dieser programmatische Vorlauf übte 1944 einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Beratungen der KPD-Arbeitskommission aus. Wilhelm Florin hielt nun fest, dass die KPD für eine »neue bürgerliche Demokratie« kämpfen müsse, die jedoch nicht wie die Weimarer Republik sein dürfe: »Wir wollen keine halbe Demokratie und dann den Rücken für Fremde beugen. Der Kampf für die Rettung und Verteidigung der Unabhängigkeit unseres Landes und für eine wahre Demokratie ist auch der Schlüssel für das Tor zum Sozialismus.«¹⁸ Die Formulierungen waren noch relativ vage. Deutlich konkreter beschäftigte sich Anton Ackermann, seit 1943 Chefredakteur des Radiosenders *Freies Deutschland* und eine zentrale Figur bei ideologischen Fragen, mit dem Sujet der Wahlen und der zukünftigen Parlamente. In dem von ihm mit ausgearbeiteten »Aktionsprogramm des Blocks der kämpferischen Demokratie«, dessen endgültige Fassung vermutlich im November 1944 entstand, fand sich im Abschnitt zur Innenpolitik der folgende Passus:

»Vorbereitung freier, demokratischer Wahlen und ihre Durchführung, sobald es die Verhältnisse im Reich, in den Ländern und Gemeinden gestatten. Übergang zur Wiederherstellung der Selbstverwaltung in den Gemeinden. Vorbereitung der Wahlen zur Nationalversammlung, die verfassungsgebende Vollmachten besitzen wird.«¹⁹

¹⁶ Vorschlag der KPD für die Grundlinien eines gemeinsamen Volksfrontprogrammes, Juni 1936, abgedr. in: ebd., S. 143–154, hier S. 145.

¹⁷ Vgl. A. HERBST, *Kommunistischer Widerstand*, 2004, S. 39–44; U. LANGKAU-ALEX, *Was bedeutete die Volksfront für die deutsche Linke?*, 2006; W. MÜLLER, *Die Grundfrage von Demokratie oder Diktatur als Scheidelinie*, 2007.

¹⁸ Ausarbeitung von Wilhelm Florin: »Was würde sein, wenn Deutschland ein Sowjetstaat werden würde?«, o.D. [1944], abgedr. in: P. ERLER/H. LAUDE/M. WILKE (Hrsg.), »Nach Hitler kommen wir«, 1994, S. 129.

¹⁹ Maschinenschriftliche Abschrift des von Anton Ackermann angefertigten Entwurfs des »Aktionsprogramms des Blocks der kämpferischen Demokratie«, o.D. [Ende 1944], abgedr. in: ebd., S. 290–303, hier S. 293.

Berücksichtigt man die komplizierte Entstehungsgeschichte des internen Planungspapiers, kann man davon ausgehen, dass es sich bei dem zitierten Programmpunkt um die Quintessenz der Einstellung der Moskauer KPD-Führung zu den Wahlen und Parlamenten handelte.²⁰ Die Einschränkung, dass man freie Wahlen erst dann anstrebe, sobald es die Verhältnisse zuließen, wirft ein bezeichnendes Licht auf das taktische Verhältnis der Kommunisten zur Wahlfrage: Die Deutschen sollten erst dann zur Abstimmung schreiten, wenn sichergestellt wäre, dass die KPD die politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse soweit zum eigenen Vorteil verändert hätte, dass die eigenen Zielsetzungen mehrheitsfähig wären.

b) Sowjetische Deutschlandpolitik und der Blick nach Westen

Mit der sich abzeichnenden Niederlage des »Dritten Reiches« eröffneten sich für die UdSSR bislang kaum geahnte Perspektiven. Stalins Ambitionen auf eine Ausdehnung des sowjetischen Einflussbereichs, die sich bereits Ende der 1930er Jahre abgezeichnet hatten, kamen nun zum Tragen. Es schien, als ob der sich ankündigende Sieg über Hitler dazu führen werde, dem sowjetischen Modell endlich zu seinem internationalen Durchbruch zu verhelfen.²¹ Das expansionistische Denken des sowjetischen Diktators ergänzte sich mit der zentralen Lehre, die man an der Moskwa aus den Erfahrungen des deutschen Überfalls 1941 gezogen hatte: nie wieder dürfe die UdSSR einer solchen existentiellen Gefahr ausgesetzt werden. Die Formulierung eines dauerhaften Sicherheitsinteresses stand daher für den Kreml im Vordergrund. Gepaart mit den Erfahrungen aus der Zeit des russischen Bürgerkriegs erwuchs daraus der Leitsatz von einer imperialen Sowjetmacht.²²

Dieses Credo galt es umso mehr zu berücksichtigen, als Stalin in seinen westlichen Kriegsverbündeten die potenziellen Rivalen von morgen sah. Sicherheitszonen und Einflussphären waren die bestimmenden Kategorien seines machtpolitischen Denkens. Der häufig zitierte Ausspruch des Diktators, dass der Weltkrieg kein Konflikt wie in der Vergangenheit sei, sondern dass wer immer ein Gebiet besetze, ihm auch sein eigenes Gesellschaftssystem auferlege, brachte diese Vorstellungen auf den Punkt.²³ In der Konsequenz bedeutete dies, dass die Strategie der UdSSR zur Sicherung der eigenen Herrschafts- und Machtbasis in den befreiten und besetzten Gebieten Osteuropas darin bestehen musste, einen Ring

²⁰ Vgl. ebd., S. 89–99; J. MORRÉ, *Kader aus dem Exil*, 2006, S. 85f.

²¹ Vgl. S. CREUZBERGER, *Stalin*, 2009, S. 233–237; D. O’SULLIVAN, *Die Sowjetisierung Osteuropas*, 1998; DERS., *Stalins »Cordon Sanitaire«*, 2003.

²² Vgl. J. L. GADDIS, *Der Kalte Krieg*, 2007, S. 23–27.

²³ M. DJILAS, *Gespräche mit Stalin*, 1962, S. 146.

von sowjetfreundlichen Regierungen zu installieren, deren absolute Kontrolle in mehreren Schritten erreicht werden sollte.²⁴ Donal O'Sullivan hat anhand sowjetischer Geheimprotokolle aufgezeigt, dass Stalin einen »umgekehrten ›Cordon sanitaire« in Osteuropa schaffen wollte, der als Schutzgürtel gegen die kapitalistischen Mächte des Westens dienen sollte.²⁵ Demnach schlossen sich das sowjetische Sicherheitsbedürfnis und eine expansive imperiale Politik nicht gegenseitig aus, sondern sie bedingten einander.

Allerdings scheint es, als habe kein Masterplan bestanden, der detailliert festschrieb, wie die Sowjetunion diese übergeordneten Zielstellungen zu erreichen trachtete.²⁶ Stattdessen wies die seit 1944/45 praktizierte Sowjetisierung in den von der Roten Armee befreiten und besetzten Gebieten Osteuropas eine große Bandbreite an Spielarten auf. Sie erfolgte keineswegs schablonenhaft, sondern unterlag bestimmten Faktoren und differierte im Tempo sowie im Grad ihrer Intensität. Die Installierung kommunistischer Regime trug den unterschiedlichen Ausgangsbedingungen in den verschiedenen Ländern Rechnung. Dabei spielten nationale Besonderheiten, geostrategische Überlegungen, kulturelle Eigenheiten oder auch die Frage eine Rolle, welchen Status das jeweilige Land während des Zweiten Weltkriegs im Verhältnis zur Sowjetunion besessen hatte.²⁷ Zugleich galt es allerdings für die Kremelführung, Rücksicht auf die westlichen Verbündeten zu nehmen. Das Vorgehen Stalins wurde folgerichtig von einem »Zwang zur Flexibilität« bestimmt.²⁸ Die sowjetische Strategie war von einem »vorsichtigen Opportunismus« geleitet, bei dem man den Sowjetisierungsprozess in Hinblick auf das internationale Kräfteverhältnis und die möglichen Risiken der Expansion sorgfältig abwog.²⁹ Insofern waren weder Zeitpläne noch Maßnahmen im Voraus fixiert, sondern sie wurden von Stalin »im gegebenen Augenblick nach den jeweiligen Situationserfordernissen entschieden«.³⁰

Diese Flexibilität und Doppelbödigkeit bei der Durchsetzung der sowjetischen Interessen trat im Falle Deutschlands geradezu mustergültig zum Vorschein. Aus der Perspektive des Kremls handelte es sich bei dem Land nicht nur um den Aggressor, der die UdSSR zeitweilig an den Rand ihrer Existenz gebracht hatte, sondern in wirtschaftlicher wie in geostrategischer Sicht um das wichtigste Land Europas. Wie Polen lag das Deutsche Reich auf jener Ost-West-Magistrale,

²⁴ Vgl. V. MASTNY, *Soviet plans*, 2002; D. O'SULLIVAN, »Wer immer ein Gebiet besetzt...«, 2002, S. 50.

²⁵ Vgl. DERS., *Stalins ›Cordon Sanitaire«*, 2003; G. WETTIG, *Stalin and the Cold War*, 2008, S. 148f.

²⁶ Vgl. S. CREUZBERGER, *Stalin*, 2009, S. 237.

²⁷ Vgl. DERS./M. GÖRTEMAKER, *Problem der Gleichschaltung*, 2002, S. 421–423; M. KRAMER, *Stalin*, 2009.

²⁸ S. CREUZBERGER/M. GÖRTEMAKER, *Problem der Gleichschaltung*, 2002, S. 420.

²⁹ D. O'SULLIVAN, »Wer immer ein Gebiet besetzt...«, 2002, S. 47.

³⁰ J. L. GADDIS, *Der Kalte Krieg*, 2007, S. 24; G. WETTIG, *Stalins Deutschland-Politik*, 2002, S. 15.

die von der Sowjetunion direkt in das Zentrum Westeuropas führte. Wer diese strategische Drehscheibe kontrollierte, der besaß aus Stalins Blickwinkel den Zugriff auf den gesamten Kontinent.³¹ Allerdings war in Deutschland der Zwang zur Kooperation mit den westlichen Verbündeten am größten. Das Land wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt, die Reichshauptstadt Berlin stand unter der gemeinsamen Verwaltung durch die Siegermächte. Verfügten die USA, Großbritannien und Frankreich in den meisten Staaten Osteuropas kaum über Möglichkeiten, die nationalen politischen Entwicklungen zu beeinflussen, so besaßen sie in Deutschland eine erhebliche Machtposition und damit ein Mitspracherecht.

Nichtsdestotrotz wähnte sich Stalin in einer vorteilhaften Position. So war die deutsche Hauptstadt von der Roten Armee erobert worden. Bis zum Einzug der Westmächte schuf dort allein die sowjetische Besatzungsmacht Tatsachen. Aufgrund der Positionsvorteile in der Stadt hoffte Stalin, von der Reichshauptstadt aus die politische Ordnung des gesamten Landes in seine Richtung lenken zu können.³² Die Zulassung von Parteien, die ihre Zentralen zunächst im sowjetischen Teil der Stadt ansiedelten, die Insellage der Westsektoren sowie die Kontrolle über das Regierungsviertel unterstreichen diese Annahme. Neben der Einbindung der Parteien in den Einheitsblock wurden mit der Bildung von Landesverwaltungen sowie der Einrichtung von Zentralverwaltungen Entscheidungen getroffen, die auf die gesamtdeutsche Ebene abstrahlen sollten. Zudem ging Stalin davon aus, dass der von Präsident Franklin D. Roosevelt auf der Konferenz von Jalta im Frühjahr 1945 angekündigte Abzug der amerikanischen Truppen aus Europa ihm letztlich in die Hände spielen werde. Aufgrund dieser Konstellationen bestand in Moskau die Hoffnung, langfristig die Landkarte Mitteleuropas nach den eigenen Vorstellungen gestalten zu können.³³

Ungeachtet der machttaktischen Erwägungen Stalins sah sich die sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland mit einer weiteren großen Herausforderung konfrontiert: Sie stand von Beginn an in einer Konkurrenzsituation mit den besatzungspolitischen Maximen der Westmächte.³⁴ Nicht nur die USA, Großbritannien und Frankreich zeigten Interesse an den Vorgängen in der SBZ, sondern ebenso lenkten die SMAD und die in Deutschland operierenden sowjetischen Geheimdienste ihr Augenmerk auf die Entwicklungen in den Westzonen sowie darauf, wie diese von der deutschen Bevölkerung aufgenommen

³¹ Vgl. ebd., S. 17 u. 26.

³² Vgl. J. LAUFER, *Pax Sovietica*, 2009, S. 608f.; G. WETTIG, *Die Vereinbarungen der Siegermächte über Berlin*, 2007, S. 24.

³³ Vgl. das Protokoll der zweiten Plenarsitzung auf der Konferenz von Jalta am 5.2.1945, abgedr. in: *The Conferences at Malta and Yalta*, 1955, S. 611–623, bes. S. 617. Siehe dazu auch W. F. KIMBALL, *Franklin Roosevelt*, 1991, S. 97–99.

³⁴ Vgl. A. BUCKOW, *Zwischen Propaganda und Realpolitik*, 2003, S. 56–360; W. STIVERS, *Amerikanische Sichten auf die Sowjetisierung Ostdeutschlands*, 1999.

wurden.³⁵ Da noch keine hermetisch abgeschlossenen Grenzen bestanden, wirkten Maßnahmen in der einen Besatzungszone immer auch auf die deutsche Öffentlichkeit in den anderen Landesteilen. Beispielsweise setzte die überraschende Zulassung von Parteien in der SBZ die westlichen Besatzungsmächte unter Zugzwang, diese in absehbarer Zeit in den eigenen Besatzungszonen ebenfalls zu gestatten.³⁶ Gleichfalls darf man die Einrichtung von Volksvertretungen und die Entscheidung zur Abhaltung von zonalen Wahlen als einen Ausdruck dieser besatzungspolitischen Konkurrenzsituation verstehen.³⁷

c) Die SMAD und die Wahlfrage

Bis in den Herbst des Jahres 1945 hinein war die Wahlfrage für die sowjetische Besatzungsmacht eine Angelegenheit von nachrangiger Bedeutung. Zwar hieß es in einem internen Strategiepapier, das bereits wenige Wochen nach Kriegsende für die Kremlführung verfasst worden war, dass zur Fortführung der Demokratisierung in den Provinzen und Ländern »bereits in nächster Zeit« Landtage einberufen werden müssten.³⁸ Allerdings verhalte der Ratschlag ungehört. Wenn überhaupt in offiziellen Verlautbarungen auf die Abhaltung von Wahlen hingewiesen wurde, wie dies etwa auf der Potsdamer Konferenz als Teil des Demokratisierungsgebotes vereinbart worden war, dann handelte es sich dabei um kaum mehr als vage Absichtserklärungen. Mit der Wiederherstellung eines geordneten öffentlichen Lebens, der Durchführung der sozialen und ökonomischen Veränderungen und der Kontrolle über den Aufbau neuer Parteien waren die SMAD und die ihr nachgeordneten Stellen in den ersten Nachkriegsmonaten mehr als genug ausgefüllt. Seit Mitte September zeichnete sich indes ab, dass die amerikanische Militärregierung die Absicht hegte, die Deutschen in ihrer Besatzungszone zur Wahl schreiten zu lassen. Laut einer Meldung der Nachrichtenagentur *United Press* vom 15. September kündigte Militärgouverneur Dwight D. Eisenhower die Durchführung von Gemeindewahlen für den Januar 1946 an. In den größeren Städten sollten die Abstimmungen einige Zeit später erfolgen.³⁹

³⁵ Dieser Aspekt ist von der Forschung bislang kaum berücksichtigt worden. Vgl. dazu die Notizen Wilhelm Piecks über ein Gespräch mit Fjodor J. Bokow am 25.9.1945, abgedr. in: W. LOTH (Hrsg.), *Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik*, 1994, S. 58–60, bes. S. 59; G. BAILEY/S. A. KONDRASCHOW/D. E. MURPHY, *Die unsichtbare Front*, 1997, S. 45f., 52–54 u. 57f.; J. FOITZIK/N. W. Petrow, *Der Apparat des NKWD-MGB*, 2009, S. 13f.

³⁶ Vgl. A. BUCKOW, *Zwischen Propaganda und Realpolitik*, 2003, S. 167; L. NIETHAMMER, *Die amerikanische Besatzungsmacht*, 1967, S. 192f.

³⁷ Vgl. W. BENZ, *Auftrag Demokratie*, 2009, S. 119.

³⁸ Bericht von Andrei A. Smirnow und Wladimir S. Semjonow an Andrei J. Wyschinski vom 4.7.1945, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/2*, 2004, S. 42–44, hier S. 44.

³⁹ Vgl. ebd., S. 705, Anm. 266. – Telegramm von Robert D. Murphy an James F. Byrnes vom

Aus der Ankündigung der Amerikaner ergaben sich für die SMAD Konsequenzen. Die Wahlfrage gewann nun in den besatzungspolitischen Konzeptionen von Karlshorst allmählich an Bedeutung.⁴⁰ Allerdings kamen die internen Beratungen darüber nur schleppend in Gang. Obwohl sich im Oktober 1945 nach den Aussagen Oberst Tjulpanows die Propagandaabteilung der SMAD mit dieser Thematik ausführlicher befasste und auch das Sekretariat des ZK der KPD entsprechende Überlegungen anstellte⁴¹, verhielt sich die UdSSR zunächst abwartend. Es blieb den westlichen Mächten unter Federführung der USA vorbehalten, die Richtung des weiteren Prozesses vorzugeben. So war bereits im September 1945 vom State Department in Washington an den Politischen Berater Murphy die Weisung ergangen, dafür Sorge zu tragen, nach Möglichkeit die eigenen Vorstellungen und Modalitäten für die geplanten Kommunalwahlen auch in den anderen Besatzungszonen durchzusetzen.⁴² Dahinter stand der Gedanke, die Verbündeten zu einer einheitlichen Linie zu bewegen und einem Auseinanderdriften der Besatzungszonen entgegenzuwirken. Zudem erhoffte man sich auf amerikanischer Seite, den in der Entstehung befindlichen nicht-kommunistischen Parteien in der SBZ unterstützend zur Seite zu stehen. Genährt wurde diese Absicht durch den Umstand, dass es den Amerikanern und den Briten im Oktober 1945 gelungen war, in der Kommandatura Berlin eine so konsequente Protesthaltung gegenüber dem Versuch der UdSSR, die bevorstehenden Gewerkschaftswahlen in der Stadt in ihrem Sinne zu lenken, durchzusetzen, dass diese schließlich von ihrem Vorhaben abließ. Ein solches gemeinsames Vorgehen sollte nun in den Gremien der Alliierten Kontrollbehörde wiederholt werden.⁴³

Mitte Dezember 1945 wurde dem Direktorat für Innere Angelegenheiten und Fernmeldewesen ein britisches Memorandum vorgelegt, das Vorschläge zur Ausarbeitung und Verabschiedung einer einheitlichen Wahlordnung für die Kommunalwahlen durch den Alliierten Kontrollrat enthielt. Außerdem wurde darin auf einige grundlegende Prinzipien verwiesen, die die westlichen Verbündeten als Minimalstandards betrachteten. Dazu zählten sowohl die Volljährigkeit als Voraussetzung einer Wahlberechtigung, die Abhaltung von geheimen

12.9.1945, abgedr. in: FRUS 1945/3, 1968, S. 961f.; B. FAIT, *Die Rolle der Amerikaner*, 1985, S. 424.

⁴⁰ Vgl. J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/2*, 2004, S. XXXVI.

⁴¹ Vgl. das Stenogramm des politischen Lageberichts von Sergei I. Tjulpanow vor der Kommission des ZK der KPdSU(B) zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD vom 16. u. 17.9.1946 (Auszug), abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), *Sowjetische Politik in der SBZ*, 1998, S. 71–92, bes. S. 73.

⁴² Vgl. das Telegramm von Dean Acheson an Robert D. Murphy vom 19.9.1945, abgedr. in: FRUS 1945/3, S. 963f.

⁴³ Vgl. G. MAI, *Der Alliierte Kontrollrat*, 1995, S. 130f.

und allgemeinen Wahlen, die Gewährleistung gleicher Rechte und Möglichkeiten für alle zugelassenen Parteien als auch die Garantie für eine ordnungsgemäße Stimmenauszählung und die Veröffentlichung der Wahlergebnisse.⁴⁴ Wie alle anderen Vorhaben ging diese britische Initiative in den nächsten Wochen auf einen langen Weg durch die Instanzen der Kontrollbehörde. Während sie von den westlichen Partnern nachdrücklich unterstützt wurde, belegen die verfügbaren Dokumente, dass die sowjetische Seite im Kontrollrat die zugrundeliegenden Motive durchaus richtig einschätzte. Der Politische Berater Arkadi A. Soboljow ging in einem Bericht an Marschall Schukow vom 29. Januar 1946 davon aus, dass das verdeckte Ziel der Briten darin bestehe, »uns im Hinblick auf die Wahlprinzipien in unserer Zone zu binden«. Gleichwohl könne man dem westlichen Druck nicht ausweichen. Also schlug Soboljow vor, bei einigen allgemein gehaltenen Aspekten den Briten zuzustimmen, zugleich aber sicherzustellen, dass die Vorgaben nicht zu sehr ins Detail gingen.⁴⁵ Grundsätzlich war die Militäradministration in Karlshorst davon überzeugt, dass es den Westmächten darum gehe, mittels der Wahlen Sympathien in der deutschen Bevölkerung zu gewinnen.⁴⁶

Es scheint, als habe die SMAD gegen Ende des Jahres 1945 von sich aus die Notwendigkeit erkannt, der öffentlichen Ankündigung Eisenhowers zur Abhaltung von Kommunalwahlen mit einer eigenen Initiative zu begegnen. In einem Gespräch mit dem sowjetischen Verbindungsoffizier zum Parteivorstand der CDU, Oberstleutnant Kratin, erfuhr Georg Dertinger, dass die Besatzungsmacht vorhabe, »in absehbarer Zeit« in der SBZ kommunale Wahlen zuzulassen. Indem Kratin diese wichtige Mitteilung dem Pressereferenten des Hauptvorstandes der Union zuspielte, der wenige Tage später das Amt des Generalsekretärs und Hauptgeschäftsführers der Partei übernahm, konnte die SMAD davon ausgehen, dass die Information umgehend an die Parteiführung weitergeleitet würde.⁴⁷ Rund drei Wochen später wurde Wilhelm Pieck von Generalleutnant Fjodor J. Bokow, der dem Militärrat der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland angehörte, über den avisierten Termin in Kenntnis gesetzt. Dieser sollte Ende Mai/Anfang Juni, also noch vor den Gemeindewahlen in der britischen Besatzungszone, die für den Oktober 1946 angekündigt worden waren, stattfinden.⁴⁸

⁴⁴ Vgl. J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/2*, 2004, S. 700f., Anm. 244.

⁴⁵ Schreiben von Arkadi A. Soboljow an Georgi K. Schukow vom 29.1.1946, abgedr. in: ebd., S. 243.

⁴⁶ Vgl. den Bericht von Wladimir S. Semjonow an Wjatscheslaw M. Molotow, Georgi K. Schukow, Andrei J. Wyschinski und Andrei A. Smirnow vom 2.3.1946, abgedr. in: ebd., S. 265–272, bes. S. 265f.

⁴⁷ Aktennotiz Georg Dertingers über einen Besuch des Oberstleutnant Kratin am 30.12.1945, in: *ACDP*, 07-11, Nr. 701, o. Bl.

⁴⁸ Vgl. die Notizen von Wilhelm Pieck über eine Besprechung mit Generalleutnant Fjodor J. Bokow am 23.1.1946, abgedr. in: W. LOTH (Hrsg.), *Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik*, 1994, S. 63–65.

Allerdings kann man die Entscheidung der UdSSR, Wahlen anzuberaumen, nur unvollständig nachvollziehen, wenn man nicht auch die Rolle der deutschen Politiker mit einbezieht. Die führenden Persönlichkeiten von CDU, LDP und SPD entwickelten ein reges Interesse, die Besatzungsmächte von der Dringlichkeit eines frühzeitigen Wahltermins zu überzeugen. Aus Sicht der Sozialdemokraten bot die Aussicht auf baldige Abstimmungen die große Chance, sich aus der Umklammerung der Vereinigungskampagne zu lösen und zugleich die Vorherrschaft der KPD in den Verwaltungen zu brechen. Die SPD setzte deshalb große Hoffnungen in die Westmächte, dass es ihnen gelingen werde, im Kontrollrat freie Wahlen in allen Besatzungszonen durchzusetzen.⁴⁹ Ebenso gingen die Christ- und die Liberaldemokraten davon aus, dass sie ihre schwierige Position in der SBZ durch das Votum des Volkes sowohl gegenüber den Kommunisten als auch gegenüber der SMAD stärken könnten. Die ausgesprochen guten Resultate bei den Gemeindewahlen in der amerikanisch besetzten Zone im Januar 1946 sowie bei den Landkreis- und Stadtkreiswahlen, die im April und Mai stattfanden, beförderten solche Überlegungen. Weil es der Union gelang, in der US-Zone die politisch stärkste Kraft zu werden, durfte man annehmen, dass das Wahlergebnis in der SBZ ebenfalls ein erfreuliches sein werde.⁵⁰

Neben den parteibezogenen Erwägungen war ebenso das Legitimitätsdefizit nicht von der Hand zu weisen, das die Arbeit der von der SMAD eingesetzten Landes- und Provinzialregierungen überschattete. So beklagte sich der Vorsitzende der thüringischen LDP, Alphons Gaertner, auf der ersten gemeinsamen Sitzung von Vertretern der Landesregierung und der Parteien am 11. Januar 1946 bitter darüber, dass im Lande die Vorstellung weit verbreitet sei, die Landesregierung regiere »diktatorisch-autokratisch«, weil eine vom Volk gewählte Kontrollinstanz in der Form eines Landtages fehle.⁵¹ Der Sozialdemokrat Heinrich Hoffmann unterstützte ihn in dieser Einschätzung:

»Seit dem Einmarsch der Besatzungsarmeen und dem Zusammenbruch der Nazi-Diktatur bestehe das unglückliche Verhältnis, daß die gesetzgebende und -ausübende Gewalt sich in einer Hand verkörpern, und im Volke sei daher der Eindruck entstanden, es habe sich gegen früher nichts geändert. Von einer wirklichen Demokratie, wie sie das Volk erstrebe[,] könne in weitem Umfange noch nicht die Rede sein.«⁵²

⁴⁹ Vgl. A. MALYCHA, *Auf dem Weg zur SED*, 1995, S. LXXVIF.

⁵⁰ Vgl. R. Th. BAUS, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands*, 2001, S. 304. – Vgl. dazu auch den Bericht von Wladimir S. Semjonow vom 2.3.1946, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/2*, 2004, S. 265–272, bes. S. 269f.

⁵¹ Niederschrift über die gemeinsame Sitzung von Vertretern der Landesverwaltung Thüringens und der vier Parteien am 11.1.1946, in: *ThHStAW*, *Thüringer Landtag*, Nr. 1, Bl. 1–5, hier Bl. 2.

⁵² Ebd., Bl. 3.

Ähnliche Gedanken wurden auch im brandenburgischen Landesblockausschuss geäußert.⁵³ Insofern manifestierte sich auf deutscher Seite eine im Ton zwar vorsichtig vorgetragene, in der Sache aber durchaus vernehmbare Erwartungshaltung gegenüber der Besatzungsmacht.

Die SMAD sah sich in der Wahlfrage mit einer komplexen Sachlage konfrontiert: Einerseits stand sie unter dem Handlungsdruck, der durch die Zugeständnisse der westlichen Besatzungsmächte an die Deutschen noch verstärkt wurde. Unter den gegebenen Umständen und mit Blick auf die gesamtdeutschen Ambitionen war es inopportun, sich der Abhaltung von Wahlen grundsätzlich zu verschließen. Andererseits führten die Erfahrungen in anderen Regionen des sowjetischen Machtbereichs die großen Risiken vor Augen, die in freien Urnengängen lagen. Sowohl bei den Parlamentswahlen in Ungarn als auch in Bulgarien blieben die nationalen kommunistischen Parteien weit hinter den eigenen Zielen zurück.⁵⁴ Noch alarmierender fielen die Nachrichten aus Österreich aus, wo die Bevölkerung am 25. November 1945 dazu aufgerufen war, ein neues Parlament zu wählen. Das Ergebnis war für die KPÖ verheerend: Mit knapp 5,4 Prozent der Stimmen erreichte sie nur vier Sitze im Landesparlament.⁵⁵ Die desaströsen Resultate konnten ihre Wirkung auf die SMAD ebenso wenig verfehlen wie das schlechte Abschneiden der KPD bei den Kommunalwahlen in der US-Zone. Der stellvertretende Politische Berater Semjonow blickte im Frühjahr 1946 deshalb mit Sorge auf den möglichen Ausgang einer solchen Abstimmung in der SBZ.⁵⁶

2. Beratende Versammlungen in Brandenburg und Thüringen

a) Bildung der Beratenden Versammlungen

Wie stark politische Grundsatzentscheidungen der UdSSR unter dem Eindruck der Entwicklungen in den westlichen Besatzungszonen standen, verdeutlichte der Ende April 1946 von der SMAD gefasste Entschluss, Beratende Versamm-

⁵³ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg vom 12.12.1945, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 9–14, bes. S. 12; Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg vom 23.1.1946, abgedr. in: ebd., S. 15–20, bes. S. 18.

⁵⁴ Vgl. J. M. RAINER, Der Weg der ungarischen Volksdemokratie, 2002, S. 331–334; M. STANKOVA, Das parteipolitische System in Bulgarien, 2002, S. 194–201. Vgl. dazu auch K.-H. HAJNA, Die Landtagswahlen, 2000, S. 225.

⁵⁵ Vgl. O. RATHKOLB: Sonderfall Österreich?, 2002, S. 368; W. MUELLER, Die politischen Parteien, 2006, S. 321–323.

⁵⁶ Vgl. den Bericht von Wladimir S. Semjonow vom 2.3.1946, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), Die UdSSR und die deutsche Frage/2, 2004, S. 265–272.

lungen in den fünf Ländern und Provinzen einzurichten. Diese waren als vorparlamentarische Gremien gedacht. Formal erhielten sie die Aufgabe, die deutschen Verwaltungsorgane auf Länder- bzw. Provinzebene sowie in den Kreisen und Gemeinden bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Sie sollten den Verwaltungsapparat beraten und dessen Arbeit kontrollieren. Weiterhin sollten sie der Verwaltung eigene Vorschläge und Anregungen unterbreiten und dazu beitragen, die getroffenen Entscheidungen der Bevölkerung zu vermitteln.⁵⁷

Für die SMAD waren zwei Gründe ausschlaggebend, noch rund drei Monate vor den Herbstwahlen die Beratenden Versammlungen ins Leben zu rufen. Wie bei der Entscheidung zur Abhaltung von Wahlen kamen in dieser Frage die Vorgänge in den Westzonen zum Tragen. Sowohl die USA als auch Großbritannien hatten im Herbst 1945 bzw. im Frühjahr 1946 in den unter ihrer Kontrolle stehenden Gebieten gesamtzonale deutsche Vertretungen eingesetzt. Vorreiter war die amerikanische Militärregierung gewesen, die bereits Mitte Oktober 1945 einen ständigen Länderrat für Bayern, Groß-Hessen und Württemberg-Baden eingerichtet hatte. In ihm trafen sich die Ministerpräsidenten der Länder, um die Gesetzgebung zu koordinieren. Als nächstes wurde in der britischen Besatzungszone im Februar 1946 der sogenannte Zonenbeirat gebildet. Im Gegensatz zum Länderrat in der US-Zone, der nur auf Regierungsebene arbeitete, gehörten dem 27-köpfigen Gremium neben den Länder- und Regierungschefs auch Vertreter der Parteien, der Gewerkschaften, der Konsumgenossenschaften und der von den Briten geschaffenen Zentralämter an. Obwohl der Beirat über keinerlei exekutive oder legislative Befugnisse verfügte, wurde er als »ein Schritt in Richtung einer deutschen Mitsprache« verstanden.⁵⁸ In diesem Sinne waren gleichfalls die Ansätze der USA, Großbritanniens und Frankreichs zu werten, ab dem Frühjahr 1946 sogenannte Ernannte Landtage und Bürger-schaften bzw. Beratende Landesausschüsse einzusetzen. Deren Aufgaben fielen zwar im Detail unterschiedlich aus. Grundsätzlich waren sie allerdings dazu gedacht, den deutschen Verwaltungen provisorische Kontrollgremien zur Seite zu stellen. Teilweise wurden in den Versammlungen auch die Entwürfe für künftige Landes- bzw. Stadtverfassungen erarbeitet und beraten.⁵⁹ Anders als noch

⁵⁷ Vgl. M. KOCH, *Beratende Versammlungen*, 1993, S. 323; S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 114. – Ausführlicher zu den Beratenden Landesversammlungen siehe M. KOCH, *Vertretungskörperschaften*, 1984; W. KÜNZEL, *Die Beratenden Versammlungen*, 1973; E. WARNING, *Bildung und Tätigkeit Beratender Versammlungen*, 1986.

⁵⁸ M. GÖRTEMAKER, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, 1999, S. 33. Vgl. auch W. BENZ, *Potsdam 1945*, 2005, S. 130–132; C. WEISZ, *Deutsche Politik unter Besatzungsherrschaft*, 1976, S. 55f. – Siehe grundlegend dazu ebenfalls L. HÄRTEL, *Länderrat*, 1951; A. MOHR, *Hessen und der Länderrat*, 1999; G. STÜBER, *Zonenbeirat/1*, 1990; DIES., *Zonenbeirat/2*, 1991; DIES. (Bearb.), *Zonenbeirat = Zonal Advisory Council*, 1993 u. 1994.

⁵⁹ Vgl. M. BOTZENHART, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, 1993, S. 181f.

ein halbes Jahr zuvor drohte die sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland nun mit Blick auf die formale Einbeziehung der Bevölkerung in die politische Entwicklung von den Westmächten abgehängt zu werden. Wollte die SMAD nicht in Rückstand geraten, musste sie in ihrem Machtbereich einen ähnlichen Schritt wagen.⁶⁰

Darüber hinaus war es für die verantwortlichen Stellen in Karlshorst ein wichtiges Bedürfnis, die Legitimation und Autorität der eingesetzten deutschen Zivilbehörden zu erhöhen. Damit entsprach die SMAD dem Drängen der Parteien nach einer quasiparlamentarischen Kontrolle der Regierungsarbeit in den Ländern und Provinzen, welches bis zu diesem Zeitpunkt nur ungenügend befriedigt worden war.⁶¹ Ein Beispiel hierfür boten die Bemühungen des CDU-Landesverbands in der Provinz Brandenburg, der schon im Januar 1946 beim Landesblockausschuss einen Antrag auf Bildung einer Beratenden Versammlung bei der Provinzialverwaltung eingereicht hatte. Diese sollte nach Vorstellung der Union bis zur Wahl eines ordentlichen Provinziallandtags als »vorläufige Vertretung der Bevölkerung« fungieren und zugleich gemeinsam mit der obersten Verwaltung der Provinz eine Landesverfassung ausarbeiten. Letztlich verlief die Initiative jedoch im Sande.⁶² Inwieweit es zwischen den Vorgängen in Brandenburg und jenen in den Führungskreisen der KPD, wo zur gleichen Zeit über das gleiche Thema beraten wurde, einen direkten Zusammenhang gab, ist bislang unbekannt. So hatte das Sekretariat des Zentralkomitees bereits am 14. Januar 1946 den Beschluss gefasst, »bei der Sowjet-Administration vorzuschlagen, daß für die Städte, Länder und Provinzen demokratische Beratungsgremien geschaffen werden, die aus Vertretern der vier antifaschistisch-demokratischen Parteien, Gewerkschaften, Frauen- und Jugendausschüssen, den Industrie- und Handelskammern und der Kirche« zusammengesetzt sein sollten.⁶³ Eine Woche später erklärte Walter Ulbricht, dass zur »Sicherung und [...] Ausarbeitung der neuen Methoden der demokratischen Entwicklung« Körperschaften gebildet werden müssten, die die wichtigsten Gesetze und Ver-

⁶⁰ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 111f.

⁶¹ Vgl. M. KOCH, *Beratende Versammlungen*, 1993, S. 321.

⁶² Antrag des CDU-Landesverbandes Brandenburg zur Bildung einer Beratenden Versammlung bei der Provinzialverwaltung vom Januar 1946, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), *Protokolle des Landesblockausschusses*, S. 21f. – Siehe dazu auch das Protokoll über die Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 23.1.1946, abgedr. in: ebd., S. 15–20, bes. S. 18f.; Protokoll über die Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 30.1.1946, abgedr. in: ebd., S. 23–26, bes. S. 24–26; gemeinsamer Entwurf von KPD-Bezirksleitung und SPD-Bezirksvorstand der Provinz Mark Brandenburg zur Bildung einer Beratenden Versammlung vom Januar 1946, abgedr. in: ebd., S. 22f.; F. REINERT, *Brandenburgs Parteien 1945–1950*, 1995, S. 118f. Vgl. auch H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, *Land Brandenburg*, 1998, S.232.

⁶³ G. BENSER/H.-J. KRUSCH (Bearb.), *Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung*/1, 1993, S. 150.

ordnungen vorab beraten sollten.⁶⁴ Das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen hatte sogar schon Anfang Oktober 1945, also fast zeitgleich mit der Bildung des Länderrats in der US-Zone, den Entwurf einer Verordnung über die Bestellung von beratenden Kreis-, Stadt- und Gemeindevorständen beschlossen.⁶⁵ Diese drei angeführten Episoden weisen darauf hin, dass sich gegen Ende des Jahres 1945 und Anfang 1946 auf deutscher Seite zunehmend eine Erwartung artikuliert, auf die es im sowjetischen Interesse zu reagieren galt. Tatsächlich erhoffte sich Oberst Tjulpanow von der Einrichtung der Beratenden Versammlungen eine propagandistische Stärkung der SED.⁶⁶ Zudem bestand die Hoffnung, den Vorwurf entkräften zu können, dass die SED nach einer Alleinherrschaft strebe, weil schließlich die anderen Parteien ebenfalls in den Versammlungen vertreten sein sollten.⁶⁷

Die Ausarbeitung der organisatorischen und politischen Einzelheiten für die Einrichtung der Beratenden Versammlungen überließ die SMAD weitgehend der SED. Anfang Mai lag der Entwurf zur quantitativen personellen Zusammensetzung sowie zur Verteilung der Sitze auf die Parteien und Massenorganisationen im Zentralsekretariat vor.⁶⁸ Nachdem die SMAD ihre Zustimmung signalisiert hatte⁶⁹, ergriffen die SED-Landesverbände die Initiative. Sie präsentierten in den Landesblockausschüssen ihren Entwurf und erwirkten, dass er bei den jeweiligen Landesverwaltungen als gemeinsamer Antrag aller im Block vertretenen Parteien eingereicht wurde.⁷⁰ Als in Sachsen am 13. Mai 1946 eine entsprechende Verordnung verabschiedet worden war, folgten die anderen

⁶⁴ Stenografische Niederschrift über die kommunalpolitische Konferenz der KPD am 21.1.1946, in: BArch, RY 1/I 2/2/23, Bl. 1–129, hier Bl. 6. – Vgl. M. KOCH, *Beratende Versammlungen*, 1993, S. 321; DERS.: *Vertretungskörperschaften*, 1984, S. 61.

⁶⁵ Vgl. das Protokoll der 17. Präsidialsitzung der Landesverwaltung Sachsen am 2.10.1945, abgedr. in: A. THÜSING (Hrsg.), *Das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen*, 2010, S. 187–193, bes. S. 190.

⁶⁶ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 112; H. GOTTWALD, *Thüringer Landtag*, 1994, S. 12.

⁶⁷ Vgl. M. KOCH, *Vertretungskörperschaften*, 1984, S. 71f.

⁶⁸ Vgl. den Beschluss des Zentralsekretariats der SED über die Bildung der Beratenden Körperschaften bei den Landes- und Selbstverwaltungen vom 7.5.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13, Nr. 613, Bl. 27; Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats der SED am 7.5.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 5, Bl. 1–4, bes. Bl. 2; Beschluss des Parteivorstands der SED über die Bildung der Beratenden Körperschaften vom 14.5.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1, Nr. 3; auch abgedr. in: *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands/1*, 1952, S. 40 u. in: H. FIEDLER, *SED und Staatsmacht*, 1974, S. 215f.

⁶⁹ Vgl. dazu das Schreiben Walter Ulbrichts an Fjodor J. Bokow vom 7.5.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Nr. 1191, Bl. 27.

⁷⁰ Vgl. H. FIEDLER, *SED und Staatsmacht*, 1974, S. 48. – Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 24.5.1946, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), *Protokolle des Landesblockausschusses*, 1994, S. 45–47; Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Thüringen am 23.5.1946, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte Thüringens/1*, 1999, S. 254–262.

Länder und Provinzen. Am 12. bzw. 13. Juni 1946 erließen die Landespräsidenten Rudolf Paul und Carl Steinhoff schließlich die rechtlichen Grundlagen für die beratenden Körperschaften in Thüringen und Brandenburg.⁷¹ Allerdings wurde Paul von dem Leiter der Propagandaabteilung der SMA in Weimar, Oberst Michail M. Warakin, telefonisch instruiert, die Veröffentlichung des von Kolesnitschenko bereits genehmigten Gesetzes aus politischen Gründen vorläufig auszusetzen. Hintergrund für diesen Schritt war der erste Parteitag der CDU, der vom 15. bis 17. Juni 1946 in Berlin stattfand. Die Besatzungsmacht wollte sich genügend Zeit verschaffen, um im Zweifelsfall auf unerwünschte Entwicklungen innerhalb der CDU besser reagieren zu können. Aus diesem Grund wurde die erste Beratende Versammlung, die zunächst für den 19. Juni angesetzt worden war, in Thüringen um fünf Tage verschoben.⁷²

Obwohl für die nichtkommunistischen Parteien damit eigentlich eine wichtige Forderung erfüllt wurde, machte sich bei ihnen großes Missfallen über den Vorstoß der SED bemerkbar. Ihre Kritik richtete sich in erster Linie gegen die Modalitäten, unter denen die Beratenden Versammlungen zusammentreten sollten. Vor allem erregte die Absicht der SED, die Massenorganisationen mit zu berücksichtigen, großen Widerspruch. Es war offensichtlich, dass bei einem solchen Modus die Einheitssozialisten, die im FDGB, dem Kulturbund und in der FDJ die dominierende Kraft waren, eindeutig bevorteilt würden. Sowohl im zentralen Einheitsfrontausschuss in Berlin als auch im thüringischen Landesblock führte dieser Punkt in der zweiten Maihälfte zu hitzigen Diskussionen. Sie endeten damit, dass sich die SED mit Unterstützung der Militäradministration über die Einwände der »bürgerlichen« Parteien hinwegsetzte.⁷³ In Brandenburg hingegen, wo es eine ähnliche Diskussion bereits im Januar gegeben hatte,

⁷¹ Vgl. den Antrag des SED-Provinzialverbandes Mark Brandenburg zur Bildung Beratender Versammlungen bei der Provinzialverwaltung und den Selbstverwaltungsorganen vom 22.5.1946, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 43f.; Schreiben von Generalmajor Wassili M. Scharow an Carl Steinhoff vom 23.5.1946, in: BLHA, Rep. 202 A, Nr. 93, Bl. 389. – Siehe dazu auch die Verordnung über die Errichtung von Beratenden Versammlungen bei der Provinzialverwaltung, den Bezirksverwaltungen und den Selbstverwaltungskörperschaften vom 13.6.1946, in: VOB. Brandenburg/1946/H. 9, S. 158f.; Gesetz über die Bildung beratender Körperschaften bei der Selbstverwaltung im Lande Thüringen vom 12.6.1946, in: RegBl. Thüringen/1946/Teil I/Nr. 16, S. 89f. – H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, Land Brandenburg, 1998, S. 233f.; H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 12.

⁷² Vgl. den Kurzbericht über eine telefonische Mitteilung von Oberst Michail M. Warakin am 15.6.1946, in: ThHStAW, Land Thüringen, Büro des Ministerpräsidenten, Nr. 513, Bl. 308; Aktenvermerk vom 19.6.1946, in: ebd., Bl. 305f.

⁷³ Vgl. den Bericht der Abteilung Landespolitik beim Zentralsekretariat der SED für Walter Ulbricht und Max Fechner vom 24.7.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Nr. 1084, Bl. 105–107, bes. Bl. 106; Niederschrift über die 15. Sitzung des zentralen Einheitsfrontausschusses am 29.5.1946, abgedr. in: S. SUCKUT (Hrsg.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 143f.; Protokoll der Sitzung des Landesblocks Thüringen am 23.5.1946, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/1, 1999, S. 254–262, bes. S. 255–261.

ergaben sich keine Auseinandersetzungen. Hier lag bereits eine konkrete Zahlenvorgabe seitens der SMA zur personellen Zusammensetzung der Provinzialversammlung vor.⁷⁴

b) Vorparlamentarische Experimentierfelder

Die Einberufung der Beratenden Landesversammlungen weckte bei allen Parteien große Erwartungen. Vor allem in den Reihen der CDU und LDP bestand die Hoffnung, dass sich endlich die Gelegenheit böte, die seit Langem beklagten Benachteiligungen durch ein quasiparlamentarisches Kontrollgremium zwar nicht vollständig abzustellen, sie jedoch zumindest abzumildern. Die Versammlungen erschienen als ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Erfüllung der Forderung nach einer gleichberechtigten Mitbestimmung aller politischen Richtungen. Die feierlichen Eröffnungssitzungen wurden getragen von dem Gedanken eines überparteilichen demokratischen Neuanfangs nach den dunklen Jahren der NS-Diktatur. Auf der ersten Sitzung der thüringischen Landesversammlung am 24. Juni 1946 ermahnte die fast 82-jährige Schriftstellerin Ricarda Huch die Anwesenden, dass Demokratie eine Sache der Gesinnung sei:

»Sie mag formal noch so ausgewogen sein, sie wird sich nicht als Volksfreiheit, was sie sein will, auswirken, wenn nicht Rechtsgefühl, Pflichtgefühl und Verantwortungsgefühl im Volk lebendig sind, mit diesen verbunden Selbstbewußtsein, das einem jeden festen Stand gibt und ihn verhindert, sich unter Willkür und totalitäre Staatsansprüche zu beugen.«⁷⁵

Werner Eggerath, der nach der Vereinigung von KPD und SPD zum paritätischen Vorsitzenden des SED-Landesverbandes gewählt worden war, erklärte im Namen seiner Partei, dass sie bereit sei, mit den anderen Parteien und den Vertretern der Massenorganisationen auf das Engste zusammenzuarbeiten und »alles Trennende zurückzusetzen im Interesse unseres Volkes, als die große Lehre aus der Vergangenheit«.⁷⁶ Ähnlich lautende Äußerungen bestimmten gleichfalls die Eröffnung der Beratenden Versammlung in Potsdam, wo die Delegierten das erste Mal am 3. Juli im Plenarsaal des Hauses der Provinzialverwaltung zusammentraten.

⁷⁴ Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 24.5.1946, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 45–47, bes. S. 46f.

⁷⁵ Niederschrift über die Sitzung der Beratenden Landesversammlung Thüringen am 24.6.1946, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 1, Bl. 13–38, hier Bl. 24. Auch abgedr. in: AVThLT/I.1, S. 43–56, hier S. 48f. – Zum geplanten Ablauf der Sitzung siehe auch die Notiz des Leiters des Präsidialamtes, Karl Schultes, vom 22.6.1946, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 1, Bl. 9.

⁷⁶ Niederschrift über die Sitzung der Beratenden Landesversammlung am 24.6.1946, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 1, Bl. 31. Auch abgedr. in: AVThLT/I.1, S. 52.

Nach der einstimmigen Wahl Friedrich Eberts (SED) zum Vorsitzenden erklärte dieser, dass er in dem Vorgang nicht nur eine althergebrachte parlamentarische Gepflogenheit erkenne, sondern den Ausdruck des Willens der Abgeordneten, »diese Versammlung nicht zur Arena parteipolitischer Kämpfe werden zu lassen, sondern sie zu einem Forum gemeinschaftlicher Arbeit im Dienste an unserer so schwer geprüften märkischen Bevölkerung zu machen«. ⁷⁷ Die Appelle an Verantwortungsbewusstsein, Pflichtgefühl und das Streben nach Konsens verfehlten ihren Eindruck auf die Anwesenden nicht. Den Delegierten konnte man, ganz unabhängig von ihrer politischen Couleur, die Überzeugung nicht absprechen, einen Beitrag zum Wiederaufbau des Landes leisten zu wollen.

Bei dem Blick auf die konkreten politischen Wirkungen, die von den Beratenden Landesversammlungen ausgingen, fiel das Urteil allerdings sehr nüchtern aus. Anders als die von den USA und Großbritannien eingesetzten Landesausschüsse, Ernannten Landtage und Bürgerschaften verfügten die Beratenden Versammlungen in der SBZ über keinerlei exekutive oder legislative Befugnisse, die rechtlich klar definiert gewesen wären. ⁷⁸ Sie bewegten sich vielmehr in einer verfassungsrechtlichen Grauzone. Eindeutig stand ihre Funktion als Beratungsorgane im Vordergrund. Berichte konnten entgegengenommen, Probleme diskutiert und Empfehlungen ausgesprochen werden. Die Landes- und Provinzialverwaltungen waren aber nicht an die Beschlüsse gebunden. ⁷⁹ Die SED verfügte dank der Genossen, die als Vertreter der Massenorganisationen anwesend waren, sowohl in Brandenburg als auch in Thüringen über eine solide Stimmenmehrheit. Nicht nur der Vorsitz befand sich in der Hand der Einheitssozialisten, sondern ebenso die Mehrzahl der Sitze im Vorstand des Präsidiums, das für den organisatorischen Ablauf der Verhandlungen verantwortlich zeichnete. ⁸⁰ Die Geschäftsordnung der Beratenden Versammlung in Brandenburg war vorab nicht durch die Parteien, sondern von dem Landespräsidenten Steinhoff als Entwurf vorbereitet worden, was zwar Zeit bei ihrer Erarbeitung sparte, zugleich jedoch dem Geschäftsgang bestimmte Bahnen vorgab. ⁸¹ In Thüringen stammte der Entwurf hingegen vom Vizepräsidenten der Beratenden Versammlung, August Frölich. ⁸²

⁷⁷ Rede Friedrich Eberts auf der Beratenden Versammlung der Provinz Mark Brandenburg am 3.7.1946, abgedr. in: F. EBERT, *Ausgewählte Reden und Aufsätze*, 1959, S. 48–52, hier S. 48 u. 50.

⁷⁸ Vgl. M. KOCH, *Vertretungskörperschaften*, 1984, S. 60.

⁷⁹ Vgl. H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, *Land Brandenburg*, 1998, S. 235; DERS., *Landtage*, 1972, S. 47f.; Rede von Landespräsident Rudolf Paul auf der ersten Sitzung der Beratenden Landesversammlung Thüringen am 24.6.1946, in: AVThLT/I.1, S. 45.

⁸⁰ Vgl. M. KOCH, *Beratende Versammlungen*, 1993, S. 326 u. 328. Vgl. auch DERS., *Vertretungskörperschaften*, 1984, S. 67.

⁸¹ Vgl. H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, *Land Brandenburg*, 1998, S. 234.

⁸² Vgl. den Bericht über die Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses der Beratenden Landesversammlung Thüringen am 23.7.1946, in: ThHStAW, *Thüringer Landtag*, Nr. 1, Bl. 39. – Siehe auch K.-H. SCHÖNEBURG u. a., *Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates*, 1983, S. 103.

Wenngleich die sowjetische Besatzungsmacht bei der Einrichtung und der Arbeit der Versammlungen vornehmlich im Hintergrund agierte und nach außen hin die deutschen Delegierten gewähren ließ, gab sie die politische Kontrolle nie aus der Hand. Bereits bei der Auswahl der Kandidaten, die vom jeweiligen Landespräsidenten benannt wurden, waren Eingriffe üblich. Der Passus in dem bereits erwähnten Beschluss zur Bildung der Landesversammlungen, wonach deren Mitglieder solche Persönlichkeiten sein sollten, »die durch ihre bisherige Haltung und Tätigkeit ihre entschieden antifaschistische und demokratische Gesinnung unter Beweis gestellt haben und Gewähr dafür bieten, daß sie den demokratischen Neuaufbau mit allen Kräften fördern werden«⁸³, bot hinreichend Spielraum für Interpretationen – und damit für Möglichkeiten, Einfluss auf die Kandidatenauswahl zu nehmen. So war der SMA Brandenburg dezidiert an einer »progressiven Zusammensetzung« der Körperschaft gelegen.⁸⁴

Obwohl die Beratenden Landesversammlungen nur kurze Zeit bestanden und ihre verfassungsgeschichtliche Bedeutung kaum spürbar war, hatte ihr Bestehen durchaus Impulse auf die spätere Tätigkeit der Landtage. Trotz der äußerst beschränkten Möglichkeiten vermittelten die Körperschaften den neuen Parteien nach mehr als zwölf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft ein erstes Gespür für das Arbeiten in einem Parlament mit seinen besonderen Regeln. Die meisten der Abgeordneten, die nach Potsdam und Weimar reisten, um die ihnen anvertraute Aufgabe in den Versammlungen auszufüllen, kamen das erste Mal mit der Arbeit in einem parlamentsähnlichen Betrieb in Berührung.⁸⁵ Zwar hatten die meisten von ihnen nach 1945 politische Erfahrungen in den Antifa- und Blockausschüssen, den kommunalen Verwaltungen sowie in den internen Gliederungen der neuen Parteien gesammelt. Allerdings bestanden durchaus Unterschiede zwischen der Arbeit auf diesen Ebenen und der Tätigkeit in Vielpersonenkörperschaften, wie sie die Beratenden Landesversammlungen darstellten. Die Abgeordneten lernten die Prinzipien der parlamentarischen Tätigkeit in den Fraktionen und in den Ausschüssen kennen, die in beiden Versammlungen gebildet wurden und deren Zuschnitt sich an den Ressorts der jeweiligen

⁸³ Beschluss des Parteivorstands der SED vom 14.5.1946, zit. nach: H. FIEDLER, SED und Staatsmacht, 1974, S. 215f.

⁸⁴ S. CREUZBERGER, Besatzungsmacht, 1996, S. 113.

⁸⁵ Zu diesem Gedanken siehe auch die Ausführungen von Helene Fiedler, die den Gedanken einer »Schulung« durch die Tätigkeit in den Beratenden Versammlung allerdings in erster Linie nur für die Mandatsträger der SED gelten lässt: »Vor allem die Arbeiter und Bauern sollten dabei lernen, staatliche Macht auszuüben und die Wirtschaft zu lenken und zu leiten. [...] Die demokratischen Kräfte konnten sich in den Beratenden Versammlungen politisch-ideologisch stählen. Sie sammelten Erfahrungen für die Machtausübung der gewählten Volksvertretungen.« H. FIEDLER, SED und Staatsmacht, 1974, S. 50 u. 54.

Landesverwaltung orientierte.⁸⁶ Obwohl es sehr zweifelhaft ist, dass sich die Ausschüsse wirklich intensiv mit allen Gesetzen und Verordnungen beschäftigten, die von den Regierungsstellen während der Zeit des Bestehens der Versammlungen erlassen wurden – in Brandenburg waren es allein 32⁸⁷ –, kamen die Delegierten zumindest im Ansatz mit einer legislativen Beteiligung in Berührung. Sie erhielten die Möglichkeit, Anfragen an die leitenden Verwaltungsstellen zu stellen und deren Berichte entgegenzunehmen, soweit diese der Aufforderung nachkamen, was in der Regel aber geschah.⁸⁸ Weiterhin erlangten Regularien und Rituale, wie sie sich aus der Geschäftsordnung oder aus alten parlamentarischen Gepflogenheiten ergaben, wieder an Bedeutung. Sie waren in den Landesversammlungen deutlich ausgeprägter als in den bisher bestehenden Gremien. Obwohl die Beratenden Landesversammlungen durchaus als ein »Instrument zur Weiterentwicklung der Blockpolitik« betrachtet werden müssen⁸⁹, ging die Einbringung von traditionellen parlamentarischen Regularien wie etwa die Wahl eines Präsidiums, die Verfahrensweise bei Anträgen und Anfragen oder die Einhaltung von Redeordnungen während der Beratungen über die Prinzipien der bisher praktizierten Blockpolitik hinaus. Die meisten Bestimmungen aus den Geschäftsordnungen der Beratenden Landesversammlungen flossen in die späteren Landtagsordnungen ein.⁹⁰

Gleichwohl dürfte sich der Intensitätsgrad dieser Erfahrungen in Thüringen von jenem in Brandenburg unterschieden haben. Bei einer nahezu gleich langen Existenzdauer trat die Landesversammlung in Weimar häufiger zusammen als das Potsdamer Pendant. In Brandenburg fanden zwischen Juli und Oktober lediglich drei Sitzungen statt, in Thüringen bis Ende September immerhin fünf. Die nichtkommunistischen Parteien Thüringens, denen mit Hermann Becker (LDP), Fritz Baumgarten (CDU), Esther-Maria von Coelln (CDU), Hugo Dornhofer (CDU), Alphons Gaertner (LDP), Georg Grosse (CDU), Karl Hamann (LDP), Johannes Mebus (CDU), Walther Rücker (CDU) und Friedrich Schomerus (CDU) Personen angehörten, die später auch im Landtag tragende

⁸⁶ Vgl. das Schreiben von Carl Steinhoff an Generalmajor Wassili M. Scharow vom 31.7.1946, in: BLHA, Rep. 202 A, Nr. 209, Bl. 1; Bericht über die Sitzung des Geschäftsausschusses der Beratenden Landesversammlung Thüringen am 23.7.1946, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 1, Bl. 39; H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 14f.

⁸⁷ Vgl. M. KOCH, Beratende Versammlungen, 1993, S. 324; H. VOSSKE, Friedrich Ebert, 1987, S. 123.

⁸⁸ Vgl. den Bericht des 2. Vizepräsidenten der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Heinrich Rau, auf der zweiten Sitzung der Beratenden Landesversammlung Brandenburg über die Enteignung der Kriegsverbrecher und aktiven Faschisten, abgedr. in: Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, 1989, S. 312–317.

⁸⁹ M. KOCH, Beratende Versammlungen, 1993, S. 325.

⁹⁰ Vgl. W. KÜNZEL, Die Beratenden Versammlungen, 1973, S. 961; K.-H. SCHÖNEBURG u. a., Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates, 1983, S. 103.

Rollen übernahmen, machten in den Beratenden Landesversammlungen von den sich bietenden Möglichkeiten regen Gebrauch. Aus ihren Reihen wurden Große und Kleine Anfragen an die Landesverwaltung gestellt, die zum Teil von ihr zeitnah beantwortet wurden.⁹¹ Insgesamt standen Ernährungs- und Versorgungsfragen im Zentrum der Arbeit der Landesversammlung. Besondere Aufmerksamkeit widmeten die nichtkommunistischen Parteien aber darüber hinaus den Problemen, die sich mit den von der SMAD und der SED vorangetriebenen Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft verbanden. Im Zusammenhang mit der Entnazifizierungspraxis, die auch dazu genutzt wurde, politisch Missliebige aus Ämtern zu entfernen, stellte die CDU-Fraktion am 12. August eine Große Anfrage an die Landesstellen, um eine Rehabilitierung und Wiedereingliederung von »nominellen Parteigenossen« der NSDAP in die öffentliche Verwaltung und die Wirtschaft zu befördern.⁹² Sie wurde in der Sitzung am 25. September von Landespräsident Paul kurz beantwortet.

Die Veränderung der Eigentums- und Besitzverhältnisse in der SBZ, die seit Kriegsende durch die verschiedenen Enteignungsmaßnahmen in die Wege geleitet wurde, gehörte ebenfalls zu den vordringlichen Themenfeldern. Liberale und Christdemokraten bemühten sich um eine kritische Überprüfung der bisherigen Sequestrierungen und Enteignungen.⁹³ Nachdem der Volksentscheid in Sachsen zum »Gesetz über die Übergabe von Betrieben von Kriegs- und Naziverbrechern in das Eigentum des Volkes« am 30. Juni 1946 nicht die von der SED erhoffte volle Unterstützung in der Bevölkerung gefunden hatte, entschied die Leitung der Einheitspartei, das Gesetz in den anderen Ländern nicht zur Abstimmung zu stellen. Stattdessen sollte es mithilfe der legislativen Gewalt der Provinzial- und Landesverwaltungen direkt durchgesetzt werden.⁹⁴ Während in Brandenburg die SED versuchte, dafür zu sorgen, dass das Sequestrierungsverfahren, an dessen Ende die Verstaatlichung der zwangsverwalteten Betriebe stand, nicht in der Beratenden Landesversammlung behandelt

⁹¹ Vgl. die Kleine Anfrage von Dr. Friedrich Schomerus an die Landesverwaltung Thüringen vom 5.8.1946, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 1, Bl. 114; Antwort des Landesamts für Volksbildung vom 10.8.1946, in: ebd., Bl. 115; Kleine Anfrage von Friedrich Schomerus an die Landesverwaltung Thüringen vom 5.8.1946, in: ebd., Bl. 118.

⁹² Große Anfrage der CDU vom 12.8.1946, in: ebd., Bl. 129. Auch abgedr. in: AVThLT/Bd. I.1, S. 98.

⁹³ Vgl. den Antrag der CDU zur Enteignung von kommunalen Betrieben vom 12.8.1946, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 1, o. Bl.; Dringlichkeitsantrag des Hauptausschusses der Beratenden Landesversammlung vom 13.8.1946, in: ebd., Bl. 134; Antrag der LDP vom 12.8.1946, in: ebd., Bl. 132; Schreiben des LDP-Landesverbands Thüringen an den Präsidenten der Beratenden Landesversammlung, Prof. Dr. Richard Lange, vom 21.8.1946, in: ebd., Bl. 149.

⁹⁴ Siehe dazu ausführlich G. BRAUN, Wahlen und Abstimmungen, 1993, S. 381–383; S. CREUZBERGER, »Klassenkampf in Sachsen«, 1995; W. HALDER, Volksentscheid in Sachsen, 1996; DERS., »Prüfstein ... für die politische Lauterkeit der Führenden?«, 1999.

wurde⁹⁵, entsponnen sich in Weimar darüber intensive Diskussionen. Zwar stimmten die CDU- und LDP-Fraktionen dem Gesetz im Grundsatz zu, sie forderten allerdings, dass die den Verstaatlichungen zugrunde liegenden Modalitäten rechtsstaatlichen Prinzipien folgen müssten. Darüber hinaus sollte auch die Möglichkeit zum Einspruch sowie zur Revision eingeräumt werden. Die Überführung ehemals privater Betriebe in Landeseigentum sollte in ihren Augen dem »Grundsatz der Gerechtigkeit« unterliegen, wie es Hugo Dornhofer am 24. Juli im Plenum formulierte.⁹⁶ Sein Kollege von der LDP, Martin Mulert, forderte, dass das Verfahren der Verstaatlichung »streng sachlich, ohne persönliche Gesichtspunkte, rein nach Rechtsgrundsätzen« durchgeführt werden müsse. Außerdem müsse endlich ein Schlussstrich unter »dieses trübe, z[um] T[eil] schmutzige Kapitel« gezogen werden.⁹⁷ Schließlich gaben die nichtkommunistischen Abgeordneten dem Gesetz ihre Zustimmung, so dass es in der dritten Sitzung verabschiedet werden konnte.⁹⁸ Allerdings zeigte sich bald, dass die von der SED eingeräumten Zugeständnisse bezüglich einer maßvolleren und gewissenhaften Vorgehensweise wertlos waren.

3. Wahlkampf unter ungleichen Bedingungen

a) Vorbereitungen der Besatzungsmacht

Der Spätsommer und der Herbst des Jahres 1946 standen in der SBZ im Zeichen der angekündigten Wahlen. Wie an einer Perlschnur reiheten sich die Urnengänge aneinander. Zwischen dem 1. September und dem 20. Oktober 1946 waren die rund elf Millionen Wahlberechtigten in den Ländern und Provinzen der SBZ an vier Sonntagen dazu aufgerufen, ihre Stimme für die künftige Zusammensetzung der Gemeindevertretungen sowie der Kreis- und Landtage abzugeben.⁹⁹ Zeitgleich mit den Landtagswahlen erfolgte in den vier Sektoren Berlins die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung. Rechnet man die Kampagne zum Volksentscheid in Sachsen hinzu, die von der SED und der SMAD im Mai

⁹⁵ Vgl. F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 45, Anm. 4.

⁹⁶ Protokoll der Sitzung der Beratenden Landesversammlung Thüringen am 24.7.1946, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 1, Bl. 40–46rs, hier Bl. 42. Auch abgedr. in: AVThLT/I.1, S. 62. – Vgl. auch H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 15.

⁹⁷ Sitzung der Beratenden Versammlung des Landes Thüringen am 24.7.1946, 10:30 Uhr, in: AVThLT/I.1, S. 57–70, hier S. 61 (Beitrag Dr. Martin Mulert, LDP).

⁹⁸ Vgl. die Sitzung der Beratenden Versammlung des Landes Thüringen am 24.7.1946, 15:00 Uhr, in: ebd., S. 71–79, bes. S. 74.

⁹⁹ Die Zahl der Wahlberechtigten war nicht konstant, sondern sie schwankte zwischen 10,6 Millionen bei den Gemeinde- und 11,5 Millionen bei den Landtagswahlen. Vgl. G. BRAUN, Wahlen und Abstimmungen, 1993, S. 397.

gestartet worden war und über deren Verlauf auch in den anderen Regionen der Besatzungszone ausführlich berichtet wurde¹⁰⁰, prägte der Wahlkampf fast ein halbes Jahr lang das öffentliche Leben und den Alltag der Menschen in der SBZ. Mit den zahllosen Artikeln und programmatischen Aufrufen, die in den Zeitungen erschienen, den Kundgebungen der Parteien und Massenorganisationen in den Städten und Dörfern und nicht zuletzt mit den Plakaten und anderen Werbematerialien, die an den Hauswänden klebten oder in den Schaufenstern der Geschäfte auslagen, gewann die Bevölkerung zeitweilig den Eindruck, dass es sich bei dem laufenden Wahlkampf um eine Art Dauerzustand handeln müsse. Denn die Abstimmungen zu den Volksvertretungen ließen sich nicht voneinander trennen. In inhaltlicher wie in organisatorischer Hinsicht waren sie so eng miteinander verzahnt, dass man sie als einen einzigen ausgedehnten Wahlkampf begriff, der sich in mehrere Etappen gliederte.¹⁰¹ Tatsächlich war diese Art der Staffelung kein Zufall. Sie entsprang dem machttaktischen Kalkül der SMAD und der SED. Sie hofften darauf, dadurch nicht nur die Bevölkerung zu mobilisieren, sondern die Wahlergebnisse in den Ländern und Provinzen in ihrem Sinne leichter beeinflussen zu können.¹⁰²

Den Wahlen des Jahres 1946 lagen zwar im Grundsatz die Prinzipien einer demokratischen Abstimmung zugrunde, was sie von der späteren Wahlpraxis in der DDR mit den Einheitslisten und dem staatlich verordneten »Zettelfalten« unterschied.¹⁰³ Trotzdem konnte man sie nicht als fair bezeichnen: Denn während in den westlichen Besatzungszonen trotz vereinzelter Eingriffe seitens der Besatzungsmächte ein Wettbewerb zwischen den zugelassenen Parteien mit offenem Ausgang möglich war, galt das in der SBZ keineswegs. Ganz nach der Devise Oberst Tjulpanows, der bereits im Oktober 1945 davon gesprochen hatte, dass man im Falle von Wahlen Sorge tragen müsse, Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die »demokratischen Elemente« siegen werden¹⁰⁴, stand der Wahlkampf in der SBZ unter weitgehender politischer Kontrolle durch die Besatzungsmacht. Die konkreten Planungen der Stäbe zur Vorbereitung der Wahlen liefen im Frühjahr 1946 aber nur schleppend an. Ende Januar, also eine gute Woche nachdem in der amerikanischen Besatzungszone über die Gemeindevertretungen

¹⁰⁰ Vgl. M. WILDE, SBZ-CDU, 1998, 160f.

¹⁰¹ Vgl. ebd.

¹⁰² Vgl. das Memorandum Sergei I. Tjulpanows für Michail A. Suslow über die Tagung des Parteivorstandes der SED vom 19. bis 20.6.1946, verf. am 25.6.1946, abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), Sowjetische Politik in der SBZ, 1998, S. 40–46, bes. S. 42; E. W. GNIFKE, Jahre mit Ulbricht, 1966, S. 207.

¹⁰³ Vgl. M. C. BIENERT, Wie demokratisch muss es aussehen?, 2008, S. 26f.

¹⁰⁴ Stenogramm des politischen Lageberichts von Sergei I. Tjulpanow vor der Kommission des ZK der KPdSU(B) zur Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung der SMAD vom 16. u. 17.9.1946 (Auszug), abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), Sowjetische Politik in der SBZ, 1998, S. 71–92, hier S. 73.

abgestimmt worden war, drängte der Politische Berater Soboljow gegenüber Marschall Schukow auf die Ausarbeitung einer Wahlordnung. Diese sollte von der Propagandaverwaltung der SMAD unter Oberst Tjulpanow zusammengestellt werden.¹⁰⁵ Als Termin für die Wahlen war zunächst der Zeitraum von Ende Mai bis Anfang Juni angesetzt. Damit hätte man noch vor der Kommunalwahl in der britischen Besatzungszone gelegen.¹⁰⁶ Es stellte sich aber bald heraus, dass dieser Termin nicht zu halten war. Außerdem erschien es ratsam, der neu gegründeten SED genügend Zeit zu geben, damit sie sich innerlich festigen konnte. Der von der UdSSR unbedingt angestrebte Wahlerfolg schien den Einheitssozialisten in den ersten Wochen und Monaten nach der Fusion noch keineswegs sicher.¹⁰⁷ Zunehmend kristallisierte sich in der SMAD der September als möglicher Termin für die Kommunalwahl heraus, dem sich die Landtagswahl anschließen sollte.¹⁰⁸

Der von der Propagandaverwaltung ausgearbeitete Maßnahmenplan zur Vorbereitung der Wahlen, den Oberst Tjulpanow dem Politischen Berater Semjonow und Marschall Sokolowski am 22. Mai vorlegte, zeichnete sich in zweierlei Hinsicht aus: Zum einen verdeutlichte er, wie sehr der geplante Wahlkampf mit dem Volksentscheid in Sachsen und der Einrichtung der Beratenden Versammlungen inhaltlich verknüpft wurde. Zum anderen gab der Entwurf bis in die Einzelheiten der SED-Führung genaue Anweisungen, wie der Wahlkampf durchzuführen sei.¹⁰⁹ Während der Vorbereitungsphase der Kampagne betrachtete die SMAD die deutschen Genossen in erster Linie als Erfüllungsgehilfen zur Ausführung der vorgegebenen Richtlinien.¹¹⁰ Zwar wurde die SED in die Planungen mit eingebunden und legte auch eigene Überlegungen an den Tag, die bei der späteren Durchführung der Maßnahmen Berücksichtigung fanden. Allerdings behielten sich die SMAD-Offiziere das letzte Wort vor.¹¹¹

Für die sowjetische Seite bestand das vorrangige Ziel darin, die SED aus den Wahlgängen klar als stärkste Kraft hervorgehen zu lassen. Einzig der Sieg der SED werde »zum Garanten für die weitere Demokratisierung Deutschlands«, was wiederum »den staatlichen Interessen der UdSSR« entspreche, hieß

¹⁰⁵ Zum Folgenden siehe S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 44f.; J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/2*, 2004, S. XXXVI–XXXVIII.

¹⁰⁶ Vgl. die Niederschrift Wilhelm Piecks über eine Besprechung mit Fjodor J. Bokow am 23.1.1946, abgedr. in: W. LOTH (Hrsg.), *Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik*, 1994, S. 63–65, bes. S. 64.

¹⁰⁷ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 45.

¹⁰⁸ Vgl. den Politischen Bericht von Wladimir S. Semjonow vom 9.5.1946 (Informationsbrief Nr. 5), abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/2*, 2004, S. 385–404, bes. S. 402.

¹⁰⁹ Vgl. das Schreiben von Sergei I. Tjulpanow an Wladimir S. Semjonow vom 22.5.1946, in: ebd., S. 420–424. – Vgl. auch S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 45–48.

¹¹⁰ Vgl. N. M. NAIMARK, *The Russians in Germany*, 1995, S. 285.

¹¹¹ Vgl. die Niederschrift über eine Besprechung des Landespräsidenten Rudolf Paul mit der SMA am 31.7.1946, in: ThHStAW, *Land Thüringen, Ministerium des Innern*, Nr. 204, Bl. 58f.

es dazu in einem Rundschreiben Sokolowskis.¹¹² In einem weiteren streng geheimen Rundbrief gab der Marschall die Zielvorgabe aus, dass die Wahlergebnisse für die SMAD nur dann als zufriedenstellend betrachtet werden könnten, »wenn sie der SED als Partei der konsequenten Demokratisierung Deutschlands zum Sieg verhelfen«. Von einem Erfolg könne nur dann die Rede sein, wenn es der SED gelänge, die absolute Mehrheit der Stimmen zu holen.¹¹³ Bereits wenige Wochen zuvor hatte der Oberste Chef der SMAD auf einer Beratung mit den Präsidenten der Landes- und Provinzialverwaltungen, ihren Stellvertretern sowie den Präsidenten der Zentralverwaltungen geäußert, dass von dem Ausgang der Wahlen die demokratische Wiederherstellung Deutschlands abhängen werde: »Wenn reaktionäre Elemente in die Selbstverwaltungen hineinkommen, so bedeutet das, daß die Wiederherstellung Deutschlands gehemmt wird.«¹¹⁴

b) Inszenierung der SED als staatstragende Partei

Die SMAD-Führung trat mit ihren Zielvorgaben für den bevorstehenden Wahlkampf umso entschiedener auf, weil sie sich des Erfolges der SED keineswegs sicher sein konnte. Tatsächlich schwankten die Erwartungen auf sowjetischer Seite und in der Parteispitze der SED erheblich. Während der Parteivorstand den Gemeindewahlen noch im Juni mit großer Sorge entgegenschaut, beobachtete Oberst Tjulpanow bereits ein paar Wochen später bei den Genossen große Zuversicht für ein günstiges Wahlergebnis.¹¹⁵ Die SMAD blieb mit solchen Einschätzungen zurückhaltend. Die Vorsicht in den Reihen der leitenden Offiziere speiste sich nicht allein aus den Erfahrungen bei den bisherigen Wahlen in den Westzonen und den Ergebnissen in den anderen von der Roten Armee besetzten Ländern. Mit einiger Besorgnis blickte man auf den inneren Zustand der SED.

¹¹² Rundschreiben von Marschall Wassili D. Sokolowski an die Kriegeräte, Kommandeure und Chefs der Politverwaltungen der Truppenteile der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland sowie an die Leiter der Propagandaverwaltungen der SMA in den Ländern und Provinzen der SBZ vom 17.6.1946, zit. nach: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage*/2, 2004, S. XXXVII.

¹¹³ Rundschreiben von Marschall Wassili D. Sokolowski und Fjodor J. Bokow an die Chefs der SMA-Verwaltungen der Länder und die Leiter der Verwaltungen vom 18.(19).6.1946, zit. nach: ebd., S. XXXVIII.f.; S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 48f.

¹¹⁴ Niederschrift Edwin Hoernles über die Rechenschaftslegung der Präsidenten der Landes- und Provinzialverwaltungen vor Marschall Sokolowski am 28.5.1946, verf. am 31.5.1946, abgedr. in: *Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen*, 1989, S. 245–252, hier S. 249.

¹¹⁵ Memorandum Sergei I. Tjulpanows für Michail A. Suslow über die Tagung des Parteivorstands der SED vom 19. bis 20.6.1946, verf. am 25.6.1946, abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), *Sowjetische Politik in der SBZ*, 1998, S. 40–46, bes. S. 45; Memorandum Tjulpanows für Iossif W. Schikin über die Tagung des Parteivorstands der SED vom 16. bis 17.7.1946, verf. am 20.7.1946, abgedr. in: ebd., S. 51–54, bes. S. 53.

Die Propagandaverwaltung registrierte deren Entwicklung aufmerksam und vermerkte penibel die auftauchenden organisatorischen Schwachstellen, ideologische Defizite sowie das individuelle Fehlverhalten von Parteimitgliedern.¹¹⁶ So kam es vor allem während der Vorbereitung der Gemeindewahl überall in der Zone zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen ehemaligen Sozialdemokraten und Kommunisten um die Aufstellung der Kandidatenlisten.¹¹⁷ Doch selbst nachdem die Ergebnisse der Gemeindewahl vorlagen, blieben die Erwartungen in den Reihen der SMAD hinsichtlich der Landtagswahl gedämpft. »Ich glaube, daß man den Sieg, den die SED bei den Gemeindewahlen errang, noch nicht überschätzen darf«, erklärte Sergei I. Tjulpanow vor einer sowjetischen Kommission, die zur internen Überprüfung der Arbeit der Propagandaverwaltung eingesetzt worden war.¹¹⁸ Auf dem gegenwärtigen Stand des Wahlkampfes sei damit zu rechnen, dass die SED bei der Landtagswahl nur ungefähr 40 Prozent der Stimmen erhalten könnte, womit die Mehrheit verfehlt wäre.¹¹⁹ Im Kontrast dazu fielen die Zwischenergebnisse von Tjulpanows Vorgesetztem und Widersacher innerhalb der Karlshorster SMAD, Generalleutnant Bokow, einigermaßen zufriedenstellend aus.¹²⁰

Sowohl die führenden Genossen in der Einheitspartei als auch die verantwortlichen Stellen der SMAD registrierten bei der Vorbereitung des Wahlkampfes, dass das zentrale Problem der SED in ihrem schlechten Image als »Russenpartei« bestand. Ihr wurden nicht nur die wirtschaftlichen und versorgungstechnischen Probleme der Nachkriegszeit angelastet, sondern auch alle besatzungspolitischen Defizite und Negativerfahrungen, die die Deutschen mit der Roten Armee gesammelt hatten.¹²¹ Hinzu traten die von Moskau an-

¹¹⁶ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 57.

¹¹⁷ Vgl. ebd., S. 54–58. – Siehe dazu auch den Erinnerungsbericht von Werner Eggerath, 1966, in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 0096/1, Bl. 35–38; Erinnerungsbericht von Bernhard Bechler, o. D., in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 2204, Bl. 11f.; W. SÄGEBRECHT, *Nicht Amboss, sondern Hammer sein*, 1968, S. 352f.; Memorandum von Sergei I. Tjulpanow für Michail A. Suslow über den Ausgang des Volksentscheids in Sachen (Auszug) vom 9.7.1946, abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), *Sowjetische Politik in der SBZ*, 1998, S. 49f.; stenographische Niederschrift über die Sitzung des erweiterten Zentralsekretariats der SED am 7.8.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 22, Bl. 1–71, bes. Bl. 8f.; Notizen Wilhelm Piecks über eine Besprechung mit Oberst Prokofi F. Nasarow am 2.8.1946, abgedr. in: W. Loth (Hrsg.), *Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik*, 1994, S. 77.

¹¹⁸ Stenogramm des politischen Lageberichts von Sergei I. Tjulpanow vor der Kommission des ZK der KPdSU(B) am 16. u. 17.9.1946, abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), *Sowjetische Politik in der SBZ*, 1998, S. 71–92, hier S. 74.

¹¹⁹ Ebd., S. 85. – Siehe dazu ebenfalls die stenographische Niederschrift über die Tagung des SED-Parteivorstands am 18. u. 19.9.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1/8, Bl. 1–226, bes. Bl. 12.

¹²⁰ Vgl. J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/2*, 2004, S. XXXVIII. – Zur Rivalität zwischen Bokow und Tjulpanow siehe auch B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), *Sowjetische Politik in der SBZ*, 1998, S. XXXIVf.

¹²¹ Vgl. N. M. NAIMARK, *The Russians in Germany*, 1995, S. 120f.

geordneten Maßnahmen wie etwa die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten, die Frage der Grenzziehung, die willkürlichen Entnazifizierungen und Enteignungen sowie das Schicksal der deutschen Soldaten in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Zugleich war es für die SED undenkbar, Kritik an der Besatzungsmacht zu üben. Folglich erwies sich ihr Handlungsspielraum als äußerst begrenzt.¹²²

Um die Erfolgsaussichten der Einheitssozialisten zu erhöhen und die wunden Punkte der sowjetischen Besatzungspraxis zu verbergen, entschied die Parteiführung im Juni 1946 in Absprache mit der SMAD, die SED im Wahlkampf als staatstragende Kraft zu präsentieren. Im Gegensatz zur CDU und zur LDP, von denen man erwartete, dass sie versuchen würden, mittels Kritik an den bestehenden Verhältnissen die Wähler auf ihre Seite zu ziehen, sollte die SED als Partei in Regierungsverantwortung erscheinen, die sich für die Belange der Bevölkerung einsetze und die eine erfolgreiche nationale Politik betreibe.¹²³ Nach dem Vorbild der Wählermobilisierung in der UdSSR wurde eine Kampagne ins Leben gerufen, bei der die Träger öffentlicher Ämter in speziellen Versammlungen über die bisher von ihnen geleistete Arbeit Rechenschaft ablegten. Während im Vorfeld der Gemeindewahl hierzu Bürgermeister und Gemeinderäte aufgefordert waren, übernahmen zur Landtagswahl die Mitglieder der Landes- und Provinzialverwaltungen diese Aufgabe.¹²⁴ Die Parteiführung der SED reiste selbst durch die SBZ, um den Genossen in Regierungsverantwortung den Rücken zu stärken und um die Entwicklungen im Auge zu behalten.¹²⁵

In Zeiten des Wahlkampfes war Papier ein sehr wertvoller Rohstoff. Obwohl in der gesamten Besatzungszone 1946 noch allgemeine Papierknappheit herrschte, zeigte sich Karlshorst bei der Vergabe des begehrten Zellstoffes an die SED äußerst spendabel. Während die CDU und die LDP sich strikten Rationierungen unterwerfen mussten, konnten die Einheitssozialisten ihre Planungen für den Wahlkampf ohne größere Behinderungen umsetzen.¹²⁶ Die Parteiführung ließ von den zuständigen Abteilungen ein umfangreiches Werbematerial erarbeiten. Allein für die Gemeindewahl wurden zahlreiche Plakate, die sich an spezielle gesellschaftliche Gruppen wie Frauen, »Umsiedler«, Bauern oder die

¹²² Vgl. das Memorandum Sergei I. Tjulpanows vom 25.6.1946, abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), *Sowjetische Politik in der SBZ*, 1998, S. 43–45.

¹²³ Vgl. ebd., S. 42.

¹²⁴ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 58; M. WILDE, *SBZ-CDU*, 1998, S. 161. – Disposition für eine Wahlkampfrede des ersten Vizepräsidenten des Landes Thüringen, Ernst Busse, o. D. [September/Okttober 1946], in: *ThHStAW*, Land Thüringen, Ministerium des Innern, Nr. 176/4, Bl. 132–139.

¹²⁵ Vgl. die Versammlungspläne während der Wahlkampagne für die Gemeindewahlen, o. D. [Anfang August 1946], in: *SAPMO-BArch*, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 22, Bl. 2–4.

¹²⁶ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 74f.; K.-H. HAJNA, *Die Landtagswahlen*, 2000, S. 149.

Jugend richteten, in einer Auflagenhöhe von mehreren hunderttausend bis zu zwei Millionen Exemplaren in Auftrag gegeben. Ebenso entstanden ein Dutzend verschiedener Werbebroschüren, Flugblätter, Traktate und Klebmarken mit Parteilosungen. Hinzu kamen noch jene Schriften und Plakate, die von den Landesvorständen selbstständig herausgegeben wurden.¹²⁷ All dies verschlang riesige Papiermengen und nahm einen guten Teil der in der Besatzungszone zur Verfügung stehenden Druckmaschinen in Anspruch.¹²⁸ Darüber hinaus wurden Schallplatten gepresst, auf denen Kurzreferate der führenden SED-Politiker zu hören waren und die man über Lautsprecherwagen, bei Radioübertragungen oder auf Versammlungen abspielen konnte. Ein organisatorischer Höhepunkt der Wahlkampf vorbereitungen bestand in der Produktion mehrerer Kurzfilme und Werbespots, die sich für die Gemeinde- und die Landtagswahl gleichermaßen verwenden ließen. Im staatstragenden Duktus sollten sie auf der Leinwand dem Publikum gegenüber die großen Verdienste der SED beim nationalen Wiederaufbau hervorheben.¹²⁹

Allerdings stießen die intensiven Wahlkampf bemühungen der SED in der Bevölkerung auf ein geteiltes Echo. Bei der Auswertung der Wahlkampagne und der Ergebnisse machte sich innerhalb der Partei deshalb starke Kritik bemerkbar. Sowohl in den Führungsgremien als auch an der Parteibasis herrschte die Meinung, dass man mit der Wahlwerbung weit über das Ziel hinausgeschossen sei. Otto Grotewohl erklärte auf einer Sitzung des Parteivorstands am 18. und 19. September 1946, dass sich die übertriebene Wahlwerbung letztlich als negativ erwiesen habe. Es sei falsch, »wenn unsere Parteihäuser in ihrer Dekoration, in ihrer Aufmachung und im ganzen Ablauf der Geschäfte wie Filialen der russischen Kommandanturen erscheinen«. ¹³⁰ Walter Ulbricht ergänzte, dass er während der Wahlkampftour eine Stadt besucht habe, in der man vor lauter roter Fahnen viele Häuser überhaupt nicht mehr habe erkennen können. So sei durch die übertriebene Propaganda der Eindruck erweckt worden, als ob die Herrschaft der Arbeiterklasse schon verwirklicht sei.¹³¹ Dem pflichtete Werner Eggerath bei. Aus Thüringen berichtete er vom Missfallen der Genossen an der viel zu offensiven Wahlwerbung. Viele Funktionäre seien der Auffassung,

¹²⁷ Vgl. den Bericht von FjodorJ. Bokov an Wladimir G. Dekanozow vom 2.9.1946, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage*/2, 2004, S. 609–613, bes. 611f.

¹²⁸ Vgl. K.-H. HAJNA, *Die Landtagswahlen*, 2000, S. 119f.

¹²⁹ Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Zentralsekretariats der SED am 24.6.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 16, Bl. 1–4; Plan über die Herausgabe des Werbematerials zu den Gemeindevahlen in der SBZ einschließlich Berlin, o. D. [Anfang Juli 1946], in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 18, Bl. 5–10, bes. Bl. 10; K.-H. HAJNA, *Die Landtagswahlen*, 2000, S. 120.

¹³⁰ Stenografische Niederschrift über die Sitzung des SED-Parteivorstands am 18. u. 19.9.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1, Nr. 8, Bl. 33.

¹³¹ Ebd., Bl. 116.

dass man dadurch potenzielle Wähler abgestoßen habe.¹³² Dass beispielsweise in der Region des Mitteldeutschen Braunkohlereviere zwischen Leipzig, Bitterfeld, Halle und Altenburg/Meuselwitz Braunkohlebriketts verteilt worden waren, auf denen in weißem Schriftzug SED-Wahlwerbung prangte, wurde im Kreis der thüringischen Parteileitung als geradezu blamabel empfunden.¹³³ Nicht nur hinsichtlich der Quantität, sondern auch bezüglich des Inhalts gab es einiges Missbehagen. Auf einer parteiinternen Tagung riet Anton Ackermann Anfang Oktober zu mehr Zurückhaltung:

»Wir müssen [...] bei den bevorstehenden Landtagswahlen und zwar sehr stark von unseren Erfolgen sprechen, aber unsere Propaganda darf nicht eine einseitige Aufbaupropaganda sein; denn wir müssen uns darüber klar sein, daß die Lage für die breiten Massen des Volkes noch zu schwer ist, als daß man damit den allergrößten Eindruck machen könnte. Also nicht überschreien, wenn wir vom Aufbau sprechen!«¹³⁴

Im Vorfeld der Kreis- und Landtagswahlen fuhr die SED ihre Wahlagitation deutlich zurück.¹³⁵ Allein in der Provinz Brandenburg wurde die Zahl der von der Partei eingesetzten Instrukteure, die an der Basis bei der Durchführung der Kampagne halfen und für parteiinterne Schulung der Kandidaten Verantwortung trugen, um fast die Hälfte reduziert. Darüber hinaus sanken die Werbeausgaben. Waren im Auftrag des SED-Parteivorstandes in Potsdam zu den Kommunalwahlen insgesamt elf große und 55 kleine Plakate mit einer Gesamtauflage von 2 653 000 Exemplaren, 5 360 000 Streuzettel und Klebestreifen sowie diverse Broschüren und Flugblätter ausgeteilt worden, reduzierte sich diese Zahl zu den Kreis- und Landtagswahlen auf zwölf Plakate mit 522 500 Exemplaren sowie zwei Flugblätter und zwei Broschüren, von denen insgesamt 750 000 Ausgaben gedruckt wurden. Ebenso reduzierte sich die Zahl der Wahlveranstaltungen von 131 auf 120 Auftritte.¹³⁶

Die Absicht, die SED während der gesamten Kampagne als staatstragende Partei zu inszenieren, folgte einem festgelegten Muster, das bei nahezu allen

¹³² Ebd., Bl. 82 u. 84.

¹³³ Vgl. den Bericht »Die Gemeindewahlen im russischen Sektor«, o. D., 23 S., in: AdsD, Ostbüro der SPD, Nr. 0357 I, o. Bl., S. 9. Für den Hinweis auf das Dokument dankt d. Verf. Herrn Prof. Dr. Stefan Kreuzberger.

¹³⁴ Stenografische Niederschrift über die Konferenz der SED in der Parteihochschule »Karl Marx« am 2. u. 3.10.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1.01, Nr. 19, Bl. 1–125, hier Bl. 7.

¹³⁵ Vgl. den Plan der Abteilung Werbung und Schulung beim Zentralsekretariat der SED für das gedruckte Werbematerial zu den Landtagswahlen vom 17.9.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 32, Bl. 6f.

¹³⁶ Vgl. den Tätigkeitsbericht des SED-Landesvorstandes Brandenburg, o. D. [vermutlich Januar 1947], in: BLHA, Rep. 333, Nr. 12, Bl. 8–23, hier Bl. 11f.

Themenfeldern des Wahlkampfes zum Einsatz kam.¹³⁷ Die SED konzentrierte sich auf die großen Probleme, die die Menschen bewegten, und sie zeigte sich darum bemüht, bei der Besatzungsmacht diesbezüglich Erleichterungen und Zugeständnisse zu erreichen. Dass diese Strategie zu einem guten Teil in Karlshorst von den Offizieren der Propagandaverwaltung eronnen worden war, darüber wussten weite Teile der Bevölkerung nicht Bescheid.¹³⁸

Eines der drängenden Probleme, die in der beschriebenen Weise angegangen wurden, war die Kriegsgefangenenfrage. Viele Familien in der SBZ wussten kaum etwas oder gar nichts über den Verbleib ihrer Väter, Ehemänner und Söhne, die in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten waren. Möglichkeiten zum Kontakt über das Rote Kreuz oder Briefverkehr bestanden kaum. Selbst innerhalb der SED stieß die bisherige Behandlung der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion auf Ablehnung.¹³⁹ Weil die SED-Führung die Brisanz des heiklen Themas schon früh erkannt hatte, unternahm sie im zeitlichen Umfeld der Wahlen mehrfach den Versuch zur Durchsetzung von Erleichterungen in Moskau sowie bei der SMAD.¹⁴⁰ Bereits am 19. Juli konnte das *Neue Deutschland* von der Entscheidung der UdSSR berichten, 120 000 deutsche Soldaten vorzeitig aus der Gefangenschaft zu entlassen.¹⁴¹ In einem weiteren Schritt räumte Karlshorst Frauen ein eigenes Zugriffsrecht auf die Spareinlagen ihrer Männer ein, die sich entweder in Kriegsgefangenschaft befanden, die als vermisst galten oder die gefallen waren. Angesichts der schweren Lebensbedingungen im Nachkriegsdeutschland erwies sich die neue Regelung als eine erhebliche praktische Entlastung. Die SED hoffte dadurch bei dieser wichtigen Wählergruppe Vertrauen zu gewinnen.¹⁴² Auch in der Frage des Postverkehrs ergaben sich im Laufe des Septembers spürbare Erleichterungen.¹⁴³

Dem gleichen Zweck war die Anhebung der Versorgungssätze in der SBZ verpflichtet. So setzte die SMAD darauf, dieses gravierende Problem zugunsten der SED zu instrumentalisieren. Die Versorgungsfrage, die sich etwa auf die

¹³⁷ Vgl. den Politischen Bericht von Wladimir S. Semjonow (Informationsbrief Nr. 9) vom 1.8.1946, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/2*, 2004, S. 567–587, bes. S. 575.

¹³⁸ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 50.

¹³⁹ Vgl. das Memorandum Sergei I. Tjulpanows vom 25.6.1946, abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), *Sowjetische Politik in der SBZ*, 1998, S. 41 u. 43.

¹⁴⁰ Vgl. ebd., S. Lf. – Siehe auch die Notizen Wilhelm Piecks über eine Besprechung mit Sergei I. Tulpanow, Panuschkin und Korotkewitsch am 19.9.1946, abgedr. in: W. LOTH (Hrsg.), *Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik*, 1994, S. 80f.; Aufzeichnung eines Gesprächs zwischen Nikolai D. Kostenko und Otto Grotewohl am 27.5.1946, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/2*, 2004, S. 448–452, bes. S. 450f.

¹⁴¹ *Neues Deutschland* vom 19.7.1946, S. 1. Vgl. auch M. WILDE, *SBZ-CDU*, 1998, S. 163.

¹⁴² Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 59.

¹⁴³ Vgl. Bericht von Michail A. Suslow für Andrei A. Schdanow vom 5.8.1946, abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), *Sowjetische Politik in der SBZ*, 1998, S. 57f.

Verteilung von Brennstoffen, Gütern des täglichen Bedarfs oder die Rationierung von Lebensmitteln erstreckte, sollte vor allem im Landtagswahlkampf als taktisches Mittel dienen.¹⁴⁴ Tjulpanow hatte bereits in seinem Maßnahmenplan vom 22. Mai dafür plädiert, nicht nur die organisatorischen Bedingungen bei der Ausgabe der rationierten Lebensmittel zu verbessern, sondern für die Dauer der Wahlkampagne eine Erhöhung der Zuteilungen für Schwangere, Mütter mit Säuglingen und Kinder einzuleiten.¹⁴⁵ Anfang Oktober beschloss die SED-Führung nicht nur, bei der SMAD um eine bessere Einstufung von Frauen, Müttern und alten Menschen, die bislang die niedrigste Lebensmittelkarte der Kategorie 6 erhalten hatten, zu bitten, sondern sie trat ebenfalls für die Aufstockung der Kartoffelrationen ein.¹⁴⁶ Selbstverständlich wurde diese vermeintliche »Initiative« der SED in einer Pressekampagne lanciert. In Thüringen riet Kolesnitschenko dazu, in den Wahlveranstaltungen darauf hinzuweisen, dass man allein durch die Stimme für die SED eine Verbesserung des Lebensstandards erreichen könne.¹⁴⁷ Allerdings erwies sich die taktische Geste letztlich als ein Bumerang, denn nach dem strengen Winter 1946/47 standen im darauffolgenden Frühling kaum mehr Saatkartoffeln für die Frühjahrsbestellung zur Verfügung. Das Geschenk an die Wähler hatte die Vorräte stark schrumpfen lassen. Die Ernährungslage verschlechterte sich. Das rief wiederum Ärger in der Bevölkerung hervor.¹⁴⁸

Im Vergleich zum Gemeindevwahlkampf traten ab Mitte September 1946 für die bevorstehende Abstimmung zu den Landtagen deutschlandpolitische Themen stärker in den Mittelpunkt. Hierzu zählte nicht nur die initiierte Protestkampagne gegen die Urteile im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess Anfang Oktober¹⁴⁹, sondern ebenso der Versuch, die SED in der öffentlichen Wahrnehmung als die einzige Partei mit einer »demokratischen« gesamtdeutschen Programmatik darzustellen. Während die SED darum bemüht war, die für sie unangenehme Grenzfrage sowie die Demontagen in der SBZ inhaltlich

¹⁴⁴ Vgl. das Stenogramm des politischen Lageberichts von Sergei I. Tjulpanow am 16. u. 17.9.1946, abgedr. in: ebd., S. 85.

¹⁴⁵ Schreiben von Sergei I. Tjulpanow an Wladimir S. Semjonow vom 22.5.1946, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/2*, 2004, S. 422f. – Vgl. auch den politischen Bericht von Wladimir S. Semjonow (Informationsbrief Nr. 9) vom 1.8.1946, abgedr. in: ebd., S. 575.

¹⁴⁶ Vgl. das Protokoll zur Sitzung des Zentralsekretariats der SED am 7.10.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 37, Bl. 1–4, bes. Bl. 2.

¹⁴⁷ Aktenvermerk über eine Besprechung zwischen Iwan S. Kolesnitschenko und Rudolf Paul am 8.10.1946, in: ThHStAW, Land Thüringen, Büro des Ministerpräsidenten, Nr. 514, Bl. 256–258, bes. Bl. 256.

¹⁴⁸ Vgl. den Aktenvermerk über eine Besprechung zwischen Generaloberst Iwan S. Boldin, Generalmajor Iwan S. Kolesnitschenko und Werner Eggerath am 25.4.1947, in: ebd., Bl. 114–116, bes. Bl. 114.

¹⁴⁹ M. WILDE, SBZ-CDU, 1998, S. 165. – Fernspruch von Wladimir S. Semjonow an Wladimir G. Dekanzow vom 2.10.1946, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/2*, 2004, S. 635f.

zu umgehen, verkaufte sie sich zugleich als Anwältin der nationalen Einheit.¹⁵⁰ Zudem hatte die Parteiführung bereits im Sommer den Auftrag zur Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs für die Deutsche Demokratische Republik gegeben. Die Absicht, daraus passend zu den Herbstwahlen eine gesamtdeutsche Verfassungsdiskussion zu entwickeln, musste jedoch vorerst zurückgestellt werden, denn Karlshorst und Moskau verweigerten ihre Zustimmung. Stattdessen trat die SED erst im November 1946 mit ihrem Verfassungsentwurf an die Öffentlichkeit, als in New York der Rat der Außenminister der Vier Mächte über die Friedensverträge mit den ehemaligen Verbündeten des Deutschen Reiches sowie über die Bedingungen eines möglichen Friedensschlusses mit Deutschland verhandelte.¹⁵¹ Immerhin gelang es Ulbricht, bei der SMAD vorab die Erlaubnis zur Veröffentlichung einer Erklärung zu den »Grundrechten des deutschen Volkes« zu erwirken. Sie erschien am 22. September 1946 im *Neuen Deutschland* und bot einen ersten Vorgeschmack auf die Diskussionen, die sich bald darauf in den Landtagen um die Landesverfassungen einstellen sollten.¹⁵²

c) Beschränkungen der »bürgerlichen« Parteien

Während sich die SED im Vorfeld der Herbstwahlen 1946 einer breiten Unterstützung durch die SMAD sicher sein konnte, galt dies für die beiden »bürgerlichen« Parteien keineswegs. Im Gegenteil: CDU und LDP wurden während des gesamten Wahlkampfes mit der repressiven Seite des Besatzungsregimes konfrontiert. Dessen Repertoire umfasste ein breit gefächertes Spektrum an Einschüchterungen und Drohungen, an Gängelung und Bevormundung sowie an politischer Verfolgung. »Kaum jemals hat ein Kulturvolk etwas Beschämenderes und Entwürdigenderes über sich ergehen lassen müssen wie wir bei diesen Wahlen«, stellte der Thüringer CDU-Politiker Hugo Dornhofer in der Rückschau fest, »[n]och nie ist von einer bewaffneten Macht mit größerer Brutalität versucht worden, einem Volk ein ihm wesenfremdes politisches Glaubensbekenntnis aufzuzwingen, wie es in jener Zeit geschehen ist.«¹⁵³ Zwar schwang in diesem bitteren Urteil durchaus ein gewisses Maß an Überheblichkeit gegenüber der Besatzungsmacht mit, gleichwohl traf es inhaltlich durchaus zu.

Dabei hatte die Ankündigung von Wahlen am 20. Juni 1946 in den »bürgerlichen« Parteien zunächst große Erwartungen geweckt. Sowohl die Libera-

¹⁵⁰ Vgl. D. SPILKER, *East German Leadership*, 2006, S. 98; M. WILDE, *SBZ-CDU*, 1998, S. 165.

¹⁵¹ Grundlegend dazu H. AMOS, *Die Entstehung der Verfassung*, 1999, S. 37–80; D. SPILKER, *East German Leadership*, 2006, S. 104–108; J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/2*, 2004, S. XXXVIIIff.

¹⁵² Vgl. ebd.; *Neues Deutschland* vom 22.9.1946, S. 1.

¹⁵³ H. DORNHOFER, *In jener Zeit. Aus meinem Tagebuch. Handschriftliches Manuskript*, o. D. [vermutlich 1948], in: ACDP, 01-645, Nr. 006/2, o. Bl.

len als auch die Christdemokraten rechneten mit einem großen Erfolg ihrer Parteien.¹⁵⁴ Die überall spürbare negative Stimmung in der Bevölkerung gegenüber der SED und der sowjetischen Herrschaft machten die CDU und die LDP automatisch zu Favoriten. Obwohl ab Ende Juni erste Berichte in den Parteizentralen aus den Landesverbänden über zunehmende Schwierigkeiten mit den Militärbehörden eingingen, interpretierte man das als Bestätigung des eigenen Optimismus. Auf der Sitzung des CDU-Vorstands am 13. August war davon die Rede, dass die aufgezählten Probleme nur Ausdruck einer Besorgnis der SMAD vor dem sicheren Wahlerfolg der Union seien.¹⁵⁵ Die große Zuversicht auf ein günstiges Resultat wurde in den nachgeordneten Gliederungen der Landesverbände sowie an der Parteibasis geteilt. Sie diente als moralische Stärkung und half den meisten Kandidaten und Wahlkampf Helfern über die vielen Friktionen der kommenden Wochen und Monate hinweg.¹⁵⁶

Der Verlauf der Wahlkampagne von CDU und LDP in der SBZ wurde von mehreren Faktoren bestimmt. Im Gegensatz zur SED war der Organisationsgrad des »bürgerlichen« Lagers immer noch vergleichsweise gering. Zwar gelang es beiden Parteien sowohl in Thüringen als auch in der Mark Brandenburg, im Verlauf des Jahres 1946 kontinuierlich neue Mitglieder zu werben.¹⁵⁷ Dennoch lagen sie zu Beginn des Wahlkampfes weit hinter der SED zurück.¹⁵⁸ Die deutlich geringere Mitgliederzahl bei der Union und der Liberaldemokratischen Partei spiegelte sich gleichfalls in der niedrigeren Zahl an Ortsgruppen. Diese bildeten wiederum das organisatorische Rückgrat der Parteien. Obwohl es in Brandenburg und Thüringen durchaus kleinere Gemeinden gab, in denen keine registrierte Parteigruppe der SED existierte, befanden sich die »bürgerlichen« Parteien trotzdem weit im Hintertreffen:

¹⁵⁴ Vgl. den politischen Bericht von Wladimir S. Semjonow vom 10.7.1946, abgedr. in: J. P. LAUFER/ G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/2*, 2004, S. 556; Lagebericht von Sergei I. Tjulpanow vom 16./17.9.1946, abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), *Sowjetische Politik in der SBZ*, 1998, S. 82f.

¹⁵⁵ Vgl. das Protokoll der Sitzung des CDU-Vorstands am 13.8.1946, 5 S., in: ACDP, 07-10, Nr. 489, o. Bl., S. 2.

¹⁵⁶ Vgl. A. SCHAEFER, *Lebensbericht*, 1994, S. 71; W. SÄGEBRECHT, *Nicht Amboss, sondern Hammer sein*, 1968, S. 361f.; J. LOUIS, *Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen*, 1996, S. 104.

¹⁵⁷ Zahlen für die CDU nach: Tätigkeitsbericht der CDU-Reichsgeschäftsstelle für den Monat Februar vom 8.3.1946, in: ACDP 07-11, Nr. 1691, o. Bl.; Tätigkeitsbericht der CDU-Reichsgeschäftsstelle für den Monat Dezember 1946 vom 15.1.1947, 4 S., in: ebd., o. Bl., S. 1. – Zahlen für die LDP nach: J. LOUIS, *Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen*, 1996, S. 262; H. DÄHN, *Liberal-Demokratische Partei Deutschlands*, 1993, S. 570.

¹⁵⁸ Vgl. den politischen Bericht von Wladimir S. Semjonow vom 1.8.1946, abgedr. in: J. P. LAUFER/ G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/2*, 2004, S. 573.

Tab. 1: Gemeinden ohne registrierte Parteigruppen (Stand: 10. Juli 1946)¹⁵⁹

| | SED | CDU | LDP |
|-------------|-----|------|------|
| Brandenburg | 630 | 1960 | 2060 |
| Thüringen | 853 | 1875 | 1814 |

Dieser strukturelle Nachteil machte sich in doppelter Hinsicht für die CDU und die LDP bemerkbar: Erstens konnten die Parteien in den Gemeinden, in denen keine Ortsgruppen bestanden, nicht zur Kommunalwahl antreten. Zweitens fehlte ihnen eine Vertretung vor Ort, die während des Wahlkampfes als Anlaufstelle hätte genutzt werden können. Überall dort, wo keine lokalen Parteivertretungen existierten, wurde es für die Christ- und Liberaldemokraten schwierig, die Wähler mit den eigenen Zielen zu erreichen.

Ein Mittel, um dies trotzdem zu versuchen, war die Herausgabe einer eigenen Tageszeitung. Darüber hinaus besaßen solche Blätter den positiven Nebeneffekt, dass sie zur Auffüllung der Parteikasse einen erheblichen Beitrag leisten konnten, weil die Erträge der Zeitungsverlage direkt an die Parteizentralen weitergeleitet wurden. In Zeiten eines außergewöhnlichen Lese- und Informationsbedarfs, wie er in den ersten Nachkriegsjahren bestand, erwies sich die Herausgabe einer Zeitung sowohl für den Zonenverband als auch die Landesgliederungen als eine sichere und nahezu »unversiegbare Geldquelle zur Finanzierung des eigenen Parteiapparates«.¹⁶⁰ Aufgrund der sowjetischen Pressepolitik konnten die Christdemokraten und die Liberaldemokraten allerdings niemals den enormen Vorsprung der SED auch nur ansatzweise aufholen. Während die CDU in Thüringen mit dem *Thüringer Tageblatt* eine Zeitung besaß, die dreimal wöchentlich erschien, wurde dem Schwesterverband in Brandenburg erst im Februar 1948 die Herausgabe eines eigenen Blattes gestattet. Bei der LDP war die Situation ähnlich: Seit Ende 1945 erschien in Weimar die *Thüringische Landeszeitung*, in Brandenburg jedoch erhielt von den drei Parteien allein die SED das Recht zur Herausgabe einer Zeitung. Infolge der Vorgaben durch die Besatzungsmacht zeigten sich auch in der Erscheinungshäufigkeit und der Auflagenstärke gravierende Unterschiede auf:

¹⁵⁹ Zahlen nach: ebd.

¹⁶⁰ J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 73. Vgl. auch M. WILDE, SBZ-CDU, 1998, S. 127f.

Tab. 2: Auflagenhöhe und Erscheinen der parteinahen Zeitungen (Stand: Juli 1946)¹⁶¹

| | Parteinähe | Erscheinen/Woche | Auflage |
|--|------------|------------------|-------------------|
| Brandenburg <i>Märkische Volksstimme</i> | SED | 6 Ausgaben | 150 000 Exemplare |
| Thüringen <i>Thüringer Volk</i> <i>Thüringische Landeszeitung</i> <i>Thüringer Tageblatt</i> | SED | 5 Ausgaben | 600 000 Exemplare |
| | LDP | 3 Ausgaben | 50 000 Exemplare |
| | CDU | 3 Ausgaben | 30 000 Exemplare |

Diese offensichtliche Benachteiligung erschwerte es den »bürgerlichen« Parteien enorm, für die eigenen Ziele zu werben. Das galt gerade in den kleineren Gemeinden und Ortschaften auf dem Land, wo für die Bevölkerung, wenn keine registrierten Ortsgruppen existierten, kaum Möglichkeiten bestanden, sich mit den Inhalten und Zielen von CDU und LDP vertraut zu machen.¹⁶² Besonders in Brandenburg wurde es für die nichtkommunistischen Parteien schwer, sich gegen die von der SED gestreuten Vorwürfe öffentlich zur Wehr zu setzen, weil kein Presseorgan vorhanden war, das eine Gegendarstellung publiziert hätte.¹⁶³ In Thüringen hingegen konnte die geringe Auflagenstärke der Parteizeitungen den Bedarf bei Weitem nicht decken.¹⁶⁴

Die begrenzten materiellen Möglichkeiten der CDU und LDP machten sich besonders deutlich bei den für die Wahlkampagne zur Verfügung stehenden Sachmitteln bemerkbar. Während die SED einen eigenen Fuhrpark mit Kurierdienst unterhielt, verfügte nach den Erinnerungen Ernst Lemmers selbst die CDU-Hauptgeschäftsstelle in Berlin in den Anfängen nur über »ein halbes Dutzend alter abgetakelter Autos [...], wahre Überbleibsel von Autofriedhöfen, die von tüchtigen deutschen Monteuren aus diversen Wagentypen zusammengebastelt worden waren«. ¹⁶⁵ Mit ihnen machten sich die Parteifunktionäre auf den Weg über die holprigen Landstraßen zu den Wahlversammlungen in

¹⁶¹ Zahlen nach: Schreiben Jakob Kaisers an Generalleutnant Fjodor J. Bokov vom 19.7.1946, 3 S., in: ACDP, 07-12, Nr. 844, o. Bl.; R. Th. BAUS, Christlich-Demokratische Union Deutschlands, 2001, S. 507; W. CONZE, Jakob Kaiser, 1969, S. 269; H. Dähn, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, 1993, S. 572; K.-H. HAJNA, Die Landtagswahlen, 2000 S. 150; W. MÜLLER, Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, 1993, S. 512f.; S. SUCKUT, Christlich Demokratische Union Deutschlands, 1993, S. 542; M. WILDE, SBZ-CDU, 1998, S. 115.

¹⁶² Vgl. K.-H. HAJNA, Die Landtagswahlen, 2000, S. 148.

¹⁶³ Vgl. den Tätigkeitsbericht des CDU-Landesverbandes Brandenburg für den Monat Oktober vom 5.11.1946, 9 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 1294, o. Bl., S. 6f.; Denkschrift der CDU »Zur Wahl in der sowjetischen Besatzungszone«, o. D. [September oder Oktober 1946], 6 S., in: ACDP, 07-12, Nr. 844, o. Bl., S. 4.

¹⁶⁴ Vgl. J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 44.

¹⁶⁵ E. LEMMER, Manches war doch anders, 1968, S. 233.

der Provinz. In den Landesverbänden sah die Situation noch armseliger aus: Weil der CDU in Brandenburg Fahrzeuge fehlten, mussten die Wahlkämpfer aus dem Berliner Umland die Wahlplakate und den Kleister in der Reichsgeschäftsstelle auf eigene Kosten abholen.¹⁶⁶ Die LDP verfügte über keinen einzigen parteieigenen Wagen. Stattdessen ersuchte sie Ende Juli den Präsidenten der Provinzialverwaltung Steinhoff darum, sich bei der SMA in Potsdam dafür einzusetzen, dass das Privatauto des geschäftsführenden Landesvorsitzenden Wilhelm Falk für Parteizwecke zugelassen werde.¹⁶⁷ Im Eichsfeld, wo sich die CDU bereits vergleichsweise gut organisiert hatte, wurden alle verfügbaren Kraftwagen der Partei von der SMA beschlagnahmt.¹⁶⁸

d) Eingriffe seitens der SMAD

Noch schwerwiegender als die begrenzten Ressourcen wirkten sich für die nicht-kommunistischen Parteien die direkten Eingriffe seitens der SMAD in den Wahlkampf aus. Sie waren von langer Hand geplant. Bereits unmittelbar nach der Ankündigung der Gemeindevahl machte sich ein Klimawandel im Verhältnis zur Militärverwaltung bemerkbar. Im August 1946 mehrten sich in der thüringischen CDU die Klagen darüber, dass sich die Beziehungen zu den örtlichen politischen Offizieren, mit denen man bisher einigermaßen reibungslos zusammenarbeitet hätte, zusehends abkühlten. Nach Auskunft der sowjetischen Mitarbeiter seien diese durch interne Anweisungen von der SMA-Zentrale in Weimar angeordnet worden.¹⁶⁹ Je näher die Wahltermine heranrückten, desto stärker nahmen die Eingriffe zu. Ein ebenso einfaches wie effektives Instrument der SMAD, Druck auf die »bürgerlichen« Parteien auszuüben, stellte die bereits erwähnte Praxis bei der Registrierung von Ortsgruppen dar. Gemäß der ausgegebenen Wahlverordnung durften sich die Parteien zur Gemeindevahl nur dann als Bewerber um Sitze in den kommunalen Vertretungen aufstellen lassen, wenn in der entsprechenden Gemeinde eine von der Besatzungsmacht offiziell zugelassene Ortsgruppe existierte. Die zuständige Propagandaverwaltung der SMAD gab deshalb die interne Weisung aus, die Gründung solcher Ortsgruppen der CDU und LDP »auf jede Art und Weise zu behindern«.¹⁷⁰ Um nicht einen möglichen Wahlboykott zu provozieren, wie er

¹⁶⁶ Vgl. P. BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation*, 1986, S. 75.

¹⁶⁷ Vgl. das Schreiben von Carl Steinhoff an die SMA Brandenburg vom 26.7.1946, in: BLHA, Rep. 202 A, Nr. 136, Bl. 11. – Zur Situation der LDP in Thüringen siehe J. LOUIS, *Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen*, 1996, S. 99.

¹⁶⁸ Vgl. Th. SPECKMANN, Hugo Dornhofer, 2003, S. 154.

¹⁶⁹ Vgl. den Bericht über Schwierigkeiten mit den örtlichen politischen Offizieren vom 12.8.1946, in: ACDP, 01-090, Nr. 015/5, o. Bl.

¹⁷⁰ Zit. nach S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 62.

zeitweilig zumindest in der Union erwogen wurde¹⁷¹, sollte die Gründung »bürgerlicher« Parteigruppen allerdings nicht formell verboten werden. Vielmehr wies Oberst Tjulpanow am 7. August 1946 die Mitarbeiter seines Apparates an, »formale Vorwände« zu finden und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um deren Zahl weiterhin begrenzt zu halten.¹⁷²

Die bürokratischen Hürden, die von den zuständigen politischen Offizieren eronnen wurden, trugen häufig geradezu kafkaeske Züge.¹⁷³ Die gezielte Verzögerung und Verschleppung von eingereichten Anträgen zur Gründung von Ortsgruppen gehörte zu den gängigsten Methoden. Angebliche formale Fehler bei der Antragstellung dienten ebenso als Vorwand für einen ablehnenden Bescheid wie die vermeintliche politische Belastung der Bittsteller oder angeblich getätigte »sowjetfeindliche« Äußerungen von Parteifreunden. Die Annahme von Anträgen konnte ebenso daran scheitern, dass nicht von allen Unterzeichnern eines Gründungsdokuments die Mitgliedsausweise der jeweiligen Partei vorlagen. Ohne eine Unterschrift vom Landesvorstand und den obligatorischen Stempel waren sie wertlos.¹⁷⁴ Mehrfach kam es vor, dass die SMA Geldstrafen gegen CDU- und LDP-Mitglieder verhängte, weil sie neue Mitglieder nicht auf regulären Parteiversammlungen geworben hätten – wohl wissend, dass solche Veranstaltungen im Vorfeld nicht genehmigt worden waren.¹⁷⁵ Zudem gingen viele Kommandanturen dazu über, bereits erteilte Registrierungen zurückziehen. Das bedeutete für die Ortsgruppen, dass sie erneut ihre Zulassung beantragen mussten.¹⁷⁶

Diese Strategie wurde im Vorfeld der Landtagswahlen auf die Spitze getrieben, als der Landeswahlleiter in Brandenburg, Bernhard Bechler, von den Landesverbänden der Union und der LDP die Einreichung eines schriftlichen Nachweises verlangte, dass diese sich bei der SMA regelkonform registriert hätten. Anderenfalls drohte ihnen der Ausschluss von der Landtagswahl. Angesichts des Umstandes, dass die Parteien bereits seit vielen Monaten arbeiteten und in der Provinzialverwaltung, im Landesblockausschuss sowie in der Beratenden Landesversammlung vertreten waren, konnte man diese Forderung nur als eine bürokratische Schikane interpretieren. Während es für die SED keine Schwierigkeit darstellte, an den entsprechenden Nachweis zu gelangen, war dies den Vertretern des

¹⁷¹ Vgl. R. Th. BAUS, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands*, 2001, S. 328f.

¹⁷² Rundschreiben von Sergei I. Tjulpanow an die Abteilungen der Propagandaverwaltung der SMAD in den Ländern und Provinzen vom 7.8.1946, zit. nach S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 65.

¹⁷³ Vgl. dazu K.-H. HAJNA, *Die Landtagswahlen*, 2000, S. 140.

¹⁷⁴ Vgl. ebd., S. 141.

¹⁷⁵ Vgl. die Denkschrift der CDU »Zur Wahl in der sowjetischen Besatzungszone«, o. D. [September oder Oktober 1946], in: ACDP, 07-12, Nr. 844, S. 1.

¹⁷⁶ Vgl. K.-H. HAJNA, *Die Landtagswahlen*, 2000, S. 140.

LDP-Landesvorstands zunächst nicht möglich.¹⁷⁷ Erst zwei Wochen vor der Wahl wurde die Bescheinigung schließlich ausgestellt und mit dem obligatorischen Behördenstempel versehen.¹⁷⁸ Karl-Heinz Hajna zufolge gehörte die willkürliche Registrierungspraxis »zu den massivsten Eingriffen« seitens der SMAD.¹⁷⁹

Obwohl es den Parteien freigestellt blieb zu entscheiden, wen sie als Bewerber für die Volksvertretungen aufstellten, übte die Besatzungsmacht dabei starken Einfluss aus. Die zuständigen SMA-Abteilungen überprüften die Kandidatenlisten sorgfältig nicht nur in Hinsicht auf eine mögliche Verstrickung in den Nationalsozialismus, sondern in erster Linie auf ihre politische Zuverlässigkeit. Bei der Kontrolle der »bürgerlichen« Kandidaten arbeiteten die Politoffiziere mit dem Parteiapparat der SED Hand in Hand.¹⁸⁰ Nicht nur die SMA, sondern auch die Einheitssozialisten trugen im Umfeld des Wahlkampfes akribisch Informationen, Charakteristiken sowie anderes Belastungsmaterial zusammen, das sich im Bedarfsfall gegen Mitglieder der »bürgerlichen« Parteien verwenden ließ. So entstanden umfassende Dossiers, die vermeintliche »reaktionäre« Äußerungen vom einfachen Ortsgruppenmitglied bis hinauf zu den Landesgeschäftsführern und zum Vorstand dokumentierten.¹⁸¹ Bei Wahlkundgebungen des »bürgerlichen« Lagers waren stets Beobachter der SED anwesend, um anschließend einen Bericht über die Ausführungen der Kandidaten und über die Reaktionen der Anwesenden anzufertigen. Dabei wurden die Reden von prominenten Politikern wie etwa die von Jakob Kaiser, der am 16. Oktober 1946 in Gera sprach, protokolliert.¹⁸² Als ebenso berüchtigt wie gefürchtet galten unter den CDU- und LDP-Vertretern die persönlichen Gespräche auf den Kommandanturen. Häufig trugen diese Unterredungen den Charakter politischer Verhöre, über deren Konsequenzen die Geladenen im Unklaren gelassen wurden.¹⁸³

¹⁷⁷ Vgl. das Schreiben von Ingo v. Koerber an Bernhard Bechler vom 3.10.1946, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 47, Bl. 24.

¹⁷⁸ Vgl. den Nachweis der Registrierung des LDP-Landesverbandes bei der SMA Brandenburg vom 5.10.1946, in: ebd., Bl. 21.

¹⁷⁹ K.-H. HAJNA, Die Landtagswahlen, 2000, S. 142.

¹⁸⁰ Vgl. die Tagebuchnotizen Friedrich Eberts zum 20. u. 27.9.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4192, Nr. 9, Bl. 11rs.

¹⁸¹ Vgl. den Bericht »CDU während der Wahlen in der Sowjetzone«, o. D. [1946], in: SAPMO-BArch, NY 4090, Nr. 508, Bl. 40–51; Zusammenstellung von Zeitungsausschnitten mit Zitaten von CDU-Mitgliedern, o. D. [1946], in: ebd., Bl. 66–75; Auflistung von Zeitungsausschnitten mit Äußerungen von LDP-Mitgliedern während der Gemeindewahlen, o. D. [1946], in: SAPMO-BArch, NY 4090, Nr. 510, Bl. 13–20; Zusammenstellung von Zitaten von LDP-Mitgliedern, o. D. [1946], in: ebd., Bl. 24.

¹⁸² Vgl. das Schreiben von Heinrich Hoffmann an das Zentralsekretariat der SED vom 23.10.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4090, Nr. 508, Bl. 53–55.

¹⁸³ Vgl. den Beitrag Esther-Maria v. Coellns auf der Tagung »CDU in der SBZ 1945–1948« am 22. u. 23.11.1984 in Wildberg, in: ACDP, 06-015, Nr. 21, S. 144f.

Auf Befehl der Besatzungsmacht wurden zahlreiche Kandidaten von den Wahllisten für die Gemeinde-, Kreistags- und Landtagswahlen gestrichen oder zum »freiwilligen« Verzicht auf eine Kandidatur gezwungen. Beispielsweise blieben von ursprünglich 142 Kandidaten, die die CDU Brandenburg zur Landtagswahl aufstellte, bis zum Wahltag nur 106 bzw. 109 auf der Landesliste. Teilweise mussten sogar Ersatzkandidaten zurückgezogen werden. Zwar ist nicht im Einzelnen zu eruieren, aus welchen Gründen die Personen von der Wahlliste entfernt wurden und welchen genauen Anteil die SMA in Potsdam und welchen die SED daran hatte. Bei der großen Anzahl der Streichungen liegt das Einwirken der Militäradministration aber sehr nahe.¹⁸⁴ Auch aus Thüringen sind Fälle bekannt, in denen die SMA direkt in die Aufstellung der Kandidaten eingriff und die Zurückziehung umstrittener Personen durch die Parteien anordnete.¹⁸⁵

Einer der bekanntesten Fälle, der sich im Zusammenhang mit dem Vorgehen der SMAD und der SED gegen »bürgerliche« Politiker während der Wahlkampagne 1946 zutrug, war die Streichung Wilhelm Falks von der Landesliste der LDP in Brandenburg. Nach der Absetzung des bisherigen ersten Landesvorsitzenden Albert Grundei und des Parteigeschäftsführers Karl Friedrich Weise im Juni 1946 durch die SMA hatte Falk die Leitung des jungen Verbandes übernommen. Bevor Falk Anfang Oktober zum ordentlichen Parteivorsitzenden der brandenburgischen Landesorganisation gewählt wurde, stellte ihn die LDP bereits gemeinsam mit seinem Stellvertreter Wilhelm Eisenführ als Spitzenkandidat bei der Landtagswahl auf.¹⁸⁶ Allem Anschein nach galt Falk, der als Leiter der Werbeabteilung der LDP enge Beziehungen zur Berliner Parteiführung unterhielt – die amerikanische Militärverwaltung handelte ihn sogar als einen aussichtsreichen Kandidaten für die Nachfolge von Wilhelm Külz im Parteivorsitz¹⁸⁷ –, der Potsdamer SMA als politisch unzuverlässig. Zum Ausgangspunkt für den von der Besatzungsmacht angeordneten Schritt, den Liberaldemokraten auszuschalten, entwickelten sich dann Äußerungen Falks auf einer Parteiversammlung in Berlin-Siemensstadt. Ende September kritisierte er dort die einseitige Besetzung von Verwaltungsstellen. Er erklärte, es müsse »endlich

¹⁸⁴ Vgl. die Bescheinigung der Registrierung des Provinzialvorstands der CDU Brandenburg vom 5.10.1946, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 47, Bl. 29.

¹⁸⁵ Vgl. H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 18.

¹⁸⁶ Vgl. das Protokoll der Tagung der Bezirks- und Kreisverbandsvorsitzenden der LDP Brandenburg am 27.9.1946, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 47, Bl. 22; Protokoll über die Sitzung des LDP-Landesvorstands Brandenburg am 3.10.1946, in: ebd., Bl. 20; Auskunftsbericht des MfS, BV Potsdam, Oberleutnant Wagener, über Wilhelm Falk vom 2.10.1956, in: BStU, Ast. Potsdam, Allg. P., Nr. 358/58, Bl. 29–32, hier Bl. 29. – Vgl. auch das Memorandum Sergei I. Tjulpanows für Iossif W. Schikin über die Führung der Berliner LDP vom 8.8.1945, abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), Sowjetische Politik in der SBZ, 1998, S. 59f., bes. S. 60.

¹⁸⁷ Vgl. Department of State, Intelligence Research Report vom 5.8.1946, 46 S., in: LAB, B Rep. 37, Acc. 3971, Nr. 148, o. Bl., S. 25.

Schluss damit gemacht werden, den Bürgermeister zum Maurer und den Mauer zum Bürgermeister zu machen«. Das Zitat wurde am 25. September im *Kurier* abgedruckt. Die SED registrierte es aufmerksam.¹⁸⁸ Zu den »reaktionären« Äußerungen Falks, die Friedrich Ebert im Landesblockausschuss am 2. Oktober als Methoden verurteilte, die sich an die »nazistische Ideologie« anlehnten¹⁸⁹, trat noch der schwere Vorwurf, dass der LDP-Politiker während des Zweiten Weltkriegs als NS-Propagandaredner in deutschen Lazaretten aktiv gewesen sei. Zwei Tage vor dem Wahltermin wurde Falk abends vom Landeswahlleiter Bechler telefonisch darüber in Kenntnis gesetzt, dass er deshalb von der Kandidatenliste gestrichen werde.¹⁹⁰ Der Aufforderung der LDP, das belastende Material gegen Falk vorzulegen, kam Bechler nicht nach. Ebenso wurden Unterlagen, die Falk entlasteten, vom Landeswahlleiter ignoriert. Kaum 24 Stunden vor dem Urnengang verloren die brandenburgischen Liberaldemokraten somit ihren Spitzenkandidaten.

Der Vorfall löste in der Partei große Empörung aus. Wilhelm Külz sprach von einem »reinen Rechtsbruch aus augenscheinlichen Gründen«, der hier begangen worden sei. Auf einer Krisensitzung der Bezirks- und Kreisverbandsvorsitzenden wurde deshalb am 25. Oktober der Entschluss gefasst, »die schärfsten Massnahmen zu unternehmen, damit an Hand dieses Schulbeispiels ein für allemal der SED und allen anderen Personen vor Augen geführt wird, dass die LDP nun nicht mehr gewillt ist, sich weiterhin in einer derartigen unfairen Form, von Leuten des Schlages Bechler angreifen und verleumden zu lassen«. ¹⁹¹ Offensichtlich sah man entweder in dem Landeswahlleiter den Hauptschuldigen für die Streichung Falks oder aber man wagte nicht, die Haltung der SMA direkt anzugreifen. Die führenden LDP-Politiker einigten sich darauf, dass man die Wahl notfalls anfechten wolle, wenn die Streichung Falks nicht zurückgenommen werde. Wenige Tage darauf richtete der Parteivorstand in Berlin eine Kommission ein, die den Vorgang untersuchen sollte.¹⁹²

Darüber hinaus bemühte sich der Landesvorstand der LDP in Potsdam um eine Revision der getroffenen Entscheidung. Auf der ersten Sitzung des Landesblockausschusses nach der Wahl brachten die Liberaldemokraten die Angelegenheit zur Sprache. Jedoch endete die Sitzung im Eklat, weil sich die SED weigerte,

¹⁸⁸ Zusammenstellung von LDP-Zitaten über den Wahlkampf, o.D. [1946], in: SAPMO-BArch, NY 4090, Nr. 510, Bl. 24.

¹⁸⁹ Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 2.10.1946, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 59f., hier S. 60.

¹⁹⁰ Vgl. die Niederschrift über die Tagung der Bezirks- und Kreisverbandsvorsitzenden der LDP Brandenburg am 25.10.1946, 4 S., in: ADL, L5, Nr. 50, o. Bl.

¹⁹¹ Ebd., S. 3.

¹⁹² Vgl. das Protokoll über die Sitzung des LDP-Vorstands Brandenburg am 5.11.1946, 5 S., in: ADL, L 4, Nr. 8, o. Bl., S. 5.

in Gegenwart von Falk, der als amtierender Landesvorsitzender die LDP-Vertreter anführte, den Fall weiter zu erörtern. Die SED verließ daraufhin die Sitzung.¹⁹³ Allem Anschein nach beruhte die Haltung der Einheitssozialisten auf einer engen Absprache mit der SMA.¹⁹⁴ Das Angebot des CDU-Landesvorsitzenden Wilhelm Wolf, zwischen den Parteien zu vermitteln, brachte keine Lösung. Schließlich lief die Angelegenheit ins Leere: Die LDP rückte von ihrer ultimativen Forderung ab, zumal der Konflikt die ohnehin schwierige Regierungsbildung in Brandenburg noch zusätzlich belastet hätte. Einen Bruch der Blockpolitik wollte man bei den Liberaldemokraten nicht riskieren. Vielmehr zeigte es sich, dass, je länger die Ereignisse zurücklagen, man an einer einvernehmlichen Lösung interessiert war. Falk wurde deshalb von der LDP nach und nach aus der brandenburgischen Landespolitik zurückgenommen.¹⁹⁵

Obwohl auf allen Seiten die Absicht bestand, die »Angelegenheit Dr. Falk« noch vor der Konstituierung des Landtages abzuschließen, um das neu gewählte Parlament und die zu vereidigende Provinzialregierung damit nicht zu belasten, fand sie erst am 18. Dezember ihren Abschluss. Vor dem Eintritt in die Tagesordnung der dritten Landtagssitzung gab der LDP-Abgeordnete Otto Giesler im Namen seiner Fraktion eine Erklärung ab, in der er die Umstände der Aberkennung des passiven Wahlrechts und Verstöße gegen die Wahlordnung durch Bechler anprangerte und scharf kritisierte.¹⁹⁶ Gemäß dem am Tag zuvor im Ältestenrat beschlossenen Ablaufplan für die Sitzung verlas Ministerpräsident Carl Steinhoff (SED) daraufhin eine kurze Stellungnahme und räumte darin Verstöße gegen die Wahlordnung ein. Das war zwar ein Schuldeingeständnis, welches der Regierungschef im Namen der alten Provinzialverwaltung abgab, gleichwohl änderte es an den Verhältnissen gar nichts.¹⁹⁷ Eine nachträgliche Berufung Falks in den Landtag erfolgte nicht. Nach Rücksprache mit Wilhelm Külz und mit Genehmigung der SMAD verlagerte dieser daraufhin seine parteipolitische Tätigkeit in die britische Besatzungszone, wo er bis 1948 als Hauptgeschäftsführer der FDP in Bad Pyrmont arbeitete.¹⁹⁸ Erwähnenswert bleibt,

¹⁹³ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 8.11.1946, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 62f.

¹⁹⁴ Vgl. die Tagebuchnotiz Friedrich Eberts zum 5.11.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4192, Nr. 9, Bl. 13.

¹⁹⁵ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 19.11.1946, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 64–67, bes. S. 65; Protokoll der Sitzung des zentralen Einheitsfront-Ausschusses am 17.12.1946, abgedr. in: S. SUCKUT (Hrsg.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 179–181, bes. S. 181.

¹⁹⁶ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 3. Sitzung am 18.12.1946, in: AVLTB/1, S. 13–28, bes. S. 13 (Beitrag Otto Giesler, LDP).

¹⁹⁷ Vgl. ebd. – Vgl. dazu auch das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Landtages Brandenburg am 17.12.1946, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 45, Bl. 177.

¹⁹⁸ Vgl. den handschriftlichen Lebenslauf von Dr. Wilhelm Falk vom 29.8.1951, in: BStU, MfS – G-SKS, Nr. 300415, Bl. 15f.; Auskunftsbericht über die Kontaktperson »Wohal« (d.i. Wilhelm

dass Fjodor J. Bokow in der Rückschau das aggressive Vorgehen der SED gegen Wilhelm Falk als einen schweren Fehler einstufte. Mit dieser unnötigen »Entlarvung« hätte man dem politischen Gegner einen Anlass geliefert, die Wahlkampfmethoden der SED mit denen der Nazis zu vergleichen.¹⁹⁹

e) Wahlkampf als Klassenkampf

Obwohl die Vertreter der drei Parteien am 24. September 1946 im Einheitsfrontausschuss die Absicht bekräftigten, den Wahlkampf »in würdigen und sachlichen Formen zu führen«²⁰⁰, wurde dieser Vorsatz zu keinem Zeitpunkt eingehalten. Anstelle einer fairen Auseinandersetzung zwischen den politischen Lagern, die nach den Worten des brandenburgischen CDU-Landesvorsitzenden Wilhelm Wolf »mit absoluter Sachlichkeit und nicht mit schmutzigen Methoden« durchgeführt werden sollte²⁰¹, bestimmten politische Angriffe, böswillige Diffamierungsversuche und Drohgebärden den Wahlkampf. Die »Angelegenheit Dr. Falk« war dafür ein bezeichnendes Beispiel, die aber lediglich die Spitze des Eisberges markierte. Auf den Wahlveranstaltungen der nichtkommunistischen Parteien kam es oftmals zu Störungen durch SED-Anhänger, die gezielt abgestellt worden waren, um Unruhe zu stiften. Das führte nicht selten zu Rangeln und Handgreiflichkeiten.²⁰²

Der hohe Grad an Aggressivität ging in der Hauptsache von der SED aus. Der Wahlkampf wurde von den Einheitssozialisten als eine Form des Klassenkampfes verstanden. Es ging darum, den konkurrierenden Parteien nicht nur Wählerstimmen streitig zu machen, sondern auch ihre »reaktionären« Züge zu entlarven und sie strukturell zu schwächen.²⁰³ Dem gegenüber verhielten sich

Falk) vom 2.10.1956, in: BStU, ASt. Potsdam, Allg. P., Nr. 358/58, Bl. 29f.; M. BROZAT/H. WEBER (Hrsg.), SBZ-Handbuch, 1993, S. 896. – Eine inhaltlich stark abweichende Darstellung der »Affäre Falk« gibt Fritz Reinert, wobei sich sein Urteil über Falks persönliche Verantwortung einzig auf die offiziellen SED-Verlautbarungen stützt. Vgl. F. REINERT, Brandenburgs Parteien 1945–1950, 1995, S. 101–103.

¹⁹⁹ Denkschrift von Fjodor J. Bokow über die Lage in der SED vom 3.12.1946, abgedr. in: J. FOITZIK (Hrsg.), Sowjetische Interessenpolitik, 2012, S. 281–288, hier S. 284.

²⁰⁰ Protokoll der Sitzung des Einheitsfrontausschusses am 24.9.1946, abgedr. in: S. SUCKUT (Hrsg.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 167–169, hier S. 168. – Vgl. auch den gemeinsamen Aufruf der antifaschistisch-demokratischen Parteien vom 22.6.1946 (Abschrift), in: BArch, DY 3, Nr. 8, Bl. 16. Auszugsweise auch abgedr. in: S. SUCKUT (Hrsg.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 578, Anm. 88.

²⁰¹ Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 26.6.1946, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 51–53, hier S. 52.

²⁰² Vgl. W. CONZE, Jakob Kaiser, 1969, S. 105 u. S. 267–269, Anm. 14; J. B. GRADL, Anfang unter dem Sowjetstern, 1981, S. 75.

²⁰³ Vgl. die Erinnerungen von Willy Sägebrect, 1965, in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 1276/2, Bl. 515–519; W. SÄGEBRECHT, Nicht Amboss, sondern Hammer sein, 1968, S. 360–364.

die CDU und die LDP vergleichsweise moderat. Das erschien allein schon deshalb geboten, weil man in beiden Parteien genau wusste, dass jede Äußerung, die als ein Angriff auf die Besatzungsmacht interpretiert werden könnte, Sanktionen nach ziehen würde. Attacken von der Qualität, wie sie die SED unternahm, lagen sowohl für die Christ- als auch die Liberaldemokraten weit außerhalb des Möglichen, ohne dadurch in den Verdacht der antisowjetischen Propaganda oder eines anderen politischen Verbrechens zu geraten.²⁰⁴ Zudem unternahm die Besatzungsmacht alle Anstrengungen, um die Bildung eines geschlossenen oppositionellen Lagers aus CDU und LDP zu unterbinden.²⁰⁵

Die offenkundige Zurückhaltung erklärte sich nicht allein aus den Sachzwängen der sowjetischen Besatzungsherrschaft, sondern sie spiegelte zugleich einen Teil der inneren Überzeugung bei den »bürgerlichen« Parteien wider, wie man eine gemäßigte Kampagne führen sollte. Die harten Auseinandersetzungen in den Wahlkämpfen während der späten Weimarer Republik waren als abschreckendes Beispiel noch gut in Erinnerung. Bei den Liberal- und den Christlichen Demokraten wollte man durch Argumente und Aufklärung überzeugen anstatt durch Demagogie und Polemik. Wie Ekkehart von Krippendorff überzeugend dargelegt hat, war unter den LDP-Mitgliedern das Selbstverständnis stark ausgeprägt, dass ihre Partei dem Aufbau und der Programmatik nach den Traditionen einer bürgerlichen Honoratiorenpartei verpflichtet sein sollte, »deren Verhältnis zum politischen Gegner insbesondere auf Fairneß, strenger Legalität und Vertrauen beruhte.«²⁰⁶ Die Landesgeschäftsstelle der LPD in Weimar gab im Juli 1946 die Weisung an die Kreisverbände heraus, dass die Grundhaltung der Partei in der bevorstehenden Kampagne »die des ritterlichen Wahlkampfes sein [muss], in dem alle Schärfe gegenüber der Einstellung der anderen Parteien vermieden werden muß, ohne daß indessen auf eine klare Herausstellung unserer Parteipolitik gegenüber den anderen Richtungen verzichtet zu werden braucht.«²⁰⁷ Mit dieser teils von außen erzwungenen, teils selbst verordneten Defensivstrategie, die gewiss honorig gemeint war, gerieten die »bürgerlichen« Parteien allerdings gegenüber den Einheitssozialisten ins Hintertreffen.

Während sich im Vorfeld der Gemeindewahl die Aufmerksamkeit der SED auf die CDU als Hauptkonkurrentin richtete, die sowohl von den Einheitssozialisten als auch von der SMAD als die gefährlichere Kraft im »bürgerlichen«

²⁰⁴ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 72.

²⁰⁵ Vgl. das Stenogramm des politischen Lageberichts von Sergei I. Tjulpanow vom 16./17.9.1946, abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), *Sowjetische Politik in der SBZ*, 1998, S. 83; M. WILDE, *SBZ-CDU*, 1998, S. 167.

²⁰⁶ E. KRIPPENDORFF, *Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands*, 1961, S. 61.

²⁰⁷ Sonderrundschreiben des LDP-Landesverbands Thüringen an die Kreisverbände vom 13.7.1946, zit. nach: J. LOUIS, *Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen*, 1996, S. 102.

Lager eingeschätzt wurde²⁰⁸, rückte zu den Landtags- und Kreistagswahlen die LDP gleichfalls in den Fokus der politischen und ideologischen Auseinandersetzungen. In zahlreichen Berichten, die in den Archiven der »bürgerlichen« Parteien überliefert sind, finden sich Hinweise auf die vielfältigen Angriffe der SED auf die Mitbewerber. Die Stimme für CDU und LPD zu geben würde zu einer Verlängerung der sowjetischen Besatzung sowie zur Verzögerung bei der Heimkehr der Kriegsgefangenen führen, lautete ein Argument, das zu hören war. Auf öffentlichen Kundgebungen wurde offen damit gedroht, dass jeder, der nicht die SED wähle, verhaftet und nach Sibirien deportiert werde.²⁰⁹ In der Mark Brandenburg wurden Fälle bekannt, dass SED-Landräte verkündeten, dass Orte mit SED-Mehrheiten im Oktober Fleischlieferungen erhalten sollten, wohingegen in allen anderen Gemeinden lediglich Austauschstoffe verteilt würden.²¹⁰ Die LDP-Hauptgeschäftsstelle Thüringen beschwerte sich über einen Werbebrief des SED-Landesverbandes, in welchem den Ehefrauen von Kriegsgefangenen Versprechungen hinsichtlich der Rückkehr ihrer Männer gemacht und eine Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen bei einem Wahlsieg der Einheitssozialisten angekündigt wurden.²¹¹ Diese Strategie wurde gezielt eingesetzt. Sie beruhte auf Absprachen mit der Besatzungsmacht.²¹²

Weitaus verletzender fielen allerdings die persönlichen Diskreditierungsversuche gegenüber den Wahlkämpfern und Führungspersonen der »bürgerlichen« Parteien ins Gewicht. Die Grenzen zwischen einer harten politischen Auseinandersetzung und übler Verleumdung waren häufig fließend. Beispielsweise beschwerte sich der prominente CDU-Politiker Ferdinand Friedensburg in einem Schreiben an die SED in Potsdam darüber, dass man ihn am 9. September in Belzig auf einer Wahlversammlung »in der schroffsten und verletzendsten Form von einem offenbar amtlich beauftragten Vertreter« persönlich angegriffen hätte. Hierbei ging es um eine angebliche Verstrickung Friedensburgs in den Nationalsozialismus. Ein weiterer Versammlungsteilnehmer diffamierte ihn sogar

²⁰⁸ Vgl. den politischen Bericht von Iwan F. Filippow vom 23.8.1946, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/2*, 2004, S. 594; B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), *Sowjetische Politik in der SBZ*, 1998, S. XLf.; M. WILDE, *SBZ-CDU*, 1998, S. 161.

²⁰⁹ Vgl. die Denkschrift der CDU »Zur Wahl in der sowjetischen Besatzungszone«, o. D. [September oder Oktober 1946], in: ACDP, 07-12, Nr. 844, S. 5.

²¹⁰ Vgl. die Niederschrift über die CDU-Wahlversammlung in Cottbus am 18.10.1946, verf. am 19.10.1946, 11 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 169, o. Bl., S. 9.

²¹¹ Vgl. das Protokoll über die Sitzung des LDP-Parteivorstands am 5.11.1946, 5 S., in: ADL, L 4, Nr. 8, o. Bl., S. 3.

²¹² Vgl. die Aktennotiz von Jakob Kaiser vom 19.7.1946, in: ACDP, 07-12, Nr. 843, o.Bl. – Vgl. die Aktennotiz von Wilhelm Pieck vom 11.10.1946, abgedr. in: W. LOTH (Hrsg.), *Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik*, 1994, S. 83–85, bes. S. 84.

als Kriegsverbrecher.²¹³ Auf den CDU-Politiker musste dieser Vorwurf umso infamer wirken, als Friedensburg 1933 als erklärter Anhänger der Weimarer Republik von den Nationalsozialisten aus seinem Amt als Regierungspräsident in Kassel gedrängt worden war.²¹⁴ Wie sich herausstellte, handelte es sich bei den Unterstellungen nicht um den unbeherrschten Gefühlsausbruch zweier übereifriger Genossen, sondern um die bewussten Äußerungen leitender SED-Kader. Bei einem von ihnen handelte es sich um Georg Leps, der als Mitglied des Landessekretariats zu den einflussreichen Funktionären der Einheitspartei in der Provinz gehörte.²¹⁵ Die denunzierenden Äußerungen über Friedensburg dürften kein Zufall gewesen sein. Denn zur gleichen Zeit bemühte sich die SED bei der SMAD intensiv darum, Friedensburg von seinem Posten als Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie abzusetzen, was am 12. September schließlich geschah.²¹⁶

Besonders hohe Wellen in der SBZ schlug der Streit um das »Landesverrat-Plakat« der SED. Auf dem Plakat, das im Vorfeld der Landtagswahlen in der gesamten Besatzungszone Verbreitung fand, wurde vor dem Hintergrund der deutschen Frage eine inhaltliche Linie konstruiert, der zufolge der Föderalismus eine Form von verstecktem Separatismus und damit Landesverrat sei. Dieser Vorwurf richtete sich gezielt gegen die »bürgerlichen« Parteien, die im Wahlkampf für eine föderale und demokratische Verfassung des künftigen Deutschlands eintraten. Und tatsächlich fanden sich in dem Untertext zu der Plakatlosung mehrere Zitate von Jakob Kaiser und Wilhelm Külz. Somit rückte das Plakat die Vorsitzenden von CDU und LDP in eine Reihe mit Vaterlandsverrättern.²¹⁷ Sowohl für Külz als auch für Kaiser bildete diese Unterstellung den Gipfel der Geschmacklosigkeit. Kaiser reagierte umso empörter, als er als christlicher Gewerkschafter im Widerstand gegen den Nationalsozialismus eine wichtige Rolle gespielt hatte und nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 dem Tod nur knapp entgangen war. Wenige Tage nach den Landtagswahlen votierte der CDU-Zonenvorstand deshalb für eine scharfe Protestresolution gegen die »verleumderische Verzerrung« ihrer Positionen im Wahlkampf. Politische Kampfmethoden wie sie das SED-Plakat aufweise, hieß

²¹³ Vgl. das Schreiben von Ferdinand Friedensburg an den SED-Landesverband Brandenburg vom 10.9.1946, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 901, Bl. 2–5; Mitteilung des CDU-Landesverbandes Brandenburg vom 12.9.1946, in: ACDP, 07-12, Nr. 843, o. Bl.

²¹⁴ Vgl. A. BALDAUF, Ferdinand Friedensburg, 1992, S. 397–399.

²¹⁵ Vgl. den Bericht des SED-Landesverbandes Brandenburg vom 10.9.1946 über eine Veranstaltung in Belzig, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 901, Bl. 6–8.

²¹⁶ Vgl. A. BALDAUF, Ferdinand Friedensburg, 1992, S. 402; W. ZANK, Wirtschaftliche Zentralverwaltungen, 1993, S. 277.

²¹⁷ BLHA, Rep. 102, F 549; SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 722, Bl. 86. – Ein farbiger Abdruck des Plakats findet sich bei M. C. BIENERT/H.-J. SCHRECKENBACH, Das Land und die Bezirke, 2010, S. 115.

es darin weiter, seien keine Methoden der Demokratie, sondern Diffamierungsversuche aus der Schule des »Dritten Reiches«.²¹⁸

Bevor sich der zentrale Einheitsblock am 21. November mit der Angelegenheit beschäftigen konnte, wurde das Thema bereits Anfang November vom brandenburgischen Landesblockausschuss in Potsdam aufgegriffen. Hier legte vor allem die LDP energischen Widerspruch gegen die Diffamierung der »bürgerlichen« Parteien ein, was wohl nicht zuletzt mit der gleichzeitig stattfindenden »Affäre Falk« zu tun hatte. Dem gegenüber hielt sich der Landesvorsitzende der Union, Wilhelm Wolf, mit ultimativen Forderungen an die SED zur Aufklärung des Vorfalles zurück. Nichtsdestotrotz bekundete er seinen Unmut in der Angelegenheit.²¹⁹ Die Rechtfertigungen der SED-Führung fielen dem gegenüber vage aus. Angeblich sei das Plakat in Abwesenheit von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl von der Werbeabteilung des Zentralsekretariats in Druck gegeben worden. Die Partei habe umgehend in Rundschreiben angeordnet, die »Landesverrat«-Plakate nicht zu hängen, sie seien zu diesem Zeitpunkt allerdings bereits ausgeliefert worden und nicht mehr aufzuhalten gewesen. Im nächsten Atemzug richtete die Einheitspartei ihrerseits Vorwürfe an CDU und LDP, die in ihren Wahlkämpfen der SED unterstellt hätten, dass sie eine neue Diktatur anstrebe. Die Partei würde »in verleumderischer Weise als Feind des Christentums und des Privateigentums bezeichnet«.²²⁰ Genau diese Argumentation wiederholte Pieck auf der nächsten Sitzung des zentralen Einheitsblock-Ausschusses.²²¹

Die Reaktion der SED in der Affäre um das »Landesverrat«-Plakat war insofern aufschlussreich, als sie die doppelbödige Taktik der Einheitssozialisten während des Wahlkampfes verdeutlichte. Die Parteiführung maß mit zweierlei Standards. Die Vorwürfe der »bürgerlichen« Parteien wegen der Verleumdungen durch die Einheitssozialisten wurden stets als bedauerliche Einzelfälle heruntergespielt. Die SED-Führung gab zumeist die Versicherung, dass man dem Fehlverhalten der Genossen disziplinarisch nachgehen werde. Auch die Besatzungsmacht bemühte sich dann um Beschwichtigung.²²² Überlegungen zu

²¹⁸ Entschließung des CDU-Parteivorstands vom 25.10.1946, abgedr. in: S. Suckut (Hrsg.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 171. Vgl. auch den Tätigkeitsbericht der CDU vom 5.11.1946, in: ACDP, 07-11, Nr. 1294, S. 6.

²¹⁹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 8.11.1946, abgedr. in: F. Reinert (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 62f.; Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 19.11.1946, abgedr. in: ebd., S. 64–67, bes. S. 64f.

²²⁰ Erklärung der SED zum Plakat »Landesverrat« vom 8.11.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 722, Bl. 85.

²²¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Einheitsfront-Ausschusses am 21.11.1946, abgedr. in: S. Suckut (Hrsg.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 171–173, bes. S. 172.

²²² Vgl. das Protokoll über die Sitzung des LDP-Parteivorstands am 5.11.1946, in: ADL, L 4, Nr. 8, o. Bl., S. 3.

einem möglichen Wahlboykott, wie sie zeitweilig in der CDU im Gespräch waren, konnten durch Zugeständnisse und warme Worte besänftigt werden. Die Zusicherungen stellten sich dann allerdings als wertlose Lippenbekenntnisse heraus.²²³ Auf der anderen Seite präsentierte die SED vermeintliches Belastungsmaterial, das akribisch das vermeintliche Fehlverhalten von LDP- und CDU-Mitgliedern auflistete. Die dokumentierten Fälle wurden dann regelrecht skandalisiert und dazu gebraucht, um ein organisiertes System der bewussten Falschdarstellung und der antisozialistischen Agitation zu unterstellen, das angeblich von den »bürgerlichen« Parteien verfolgt werde.

²²³ Vgl. J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 104.



*Das Regierungsgebäude in Potsdam, 1946. Zwischen November 1946 und Juni 1947 diente der Bau unter anderem als Sitzungsort des Landtags der Mark Brandenburg.
Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 101, Foto D 2.*

Drittes Kapitel

Zwischen Hoffnung und Ernüchterung. Der Beginn der parlamentarischen Arbeit

1. Der halbe Wahlsieg

a) Knappe Mehrheiten in den Landtagen

Am 21. November 1946 trat der neu gewählte Landtag des Landes Thüringen in Weimar zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Um 10 Uhr vormittags eröffnete Staatsrat a.D. Dr. Karl Mehnert (LDP) als Alterspräsident die Versammlung. Nach einigen einleitenden Worten, mit deren süffisantem Unterton Mehnert die Anspannung im Saal merklich löste, einer kurzen Begrüßungsansprache durch den Chef der SMA Thüringen, Generaloberst Iwan W. Boldin, und dem Namensaufruf nahm der Landtag seine parlamentarische Tätigkeit auf. Die Anwesenden waren sich der Bedeutung des historischen Augenblicks bewusst. In allen Redebeiträgen wurden die besonderen Verpflichtungen betont, die nun auf den Abgeordneten lägen. »Heute, zum erstenmal nach der Kapitulation Hitlerdeutschlands«, ermahnte Boldin die Versammlung, »eröffnet Ihr Euer Parlament, welches am 20. Oktober durch freie Willensäußerung des Volkes gewählt wurde. Durch den Akt vom 20. Oktober hat die Bevölkerung Thüringens ihr Schicksal in Eure Hände gegeben in der Hoffnung, daß Sie, die Abgeordneten, in ihrem Interesse arbeiten, ihre Wünsche erfüllen und ihren Nöten und Bedürfnissen Gehör schenken werden.« Jetzt komme es darauf an, dass die Parlamentarier nicht mit langen Reden, sondern mit Taten ihr Können und ihre Bereitschaft zur Durchführung der eingeschlagenen Veränderungen und zur Verantwortung für das bereits Geschaffene unter Beweis stellen.¹

Die getragene Atmosphäre der ersten Sitzung konnte allerdings nicht über die kärglichen Verhältnisse hinwegtäuschen, unter denen der Landtag in der Anfangsphase arbeitete. Die überlieferten Fotografien von der Konstituierung dokumentieren die bescheidene Raumsituation: Weil für das neue Parlament in der Goethestadt kein Saal zur Verfügung stand, der den Platzansprüchen einer Volksvertretung hätte gerecht werden können – die entsprechenden Räumlichkeiten waren entweder beschädigt oder anderweitig belegt –, mussten die

¹ Thüringer Landtag, 1. WP, 1. Sitzung am 21.11.1946, in: AVThLT/I.1, S. 347–358, hier S. 350.

ersten Plenar- und Ausschusssitzungen bis zum Februar 1947 im traditionsreichen Hotel »Elephant« am Marktplatz stattfinden. Trotz der beachtlichen Miete von 4000 RM monatlich² war die Ausstattung dort alles andere als komfortabel. Die Abgeordneten saßen in engen Reihen auf einfachen Holzstühlen und mussten ihre Unterlagen auf den Knien halten. Die Bänke für die Landesregierung, das Präsidium und die Vertreter der SMA bestanden aus einfachen Speisetischen, deren eigentliche Bestimmung man durch weiße Tischdecken kaschierte. Die Dekoration beschränkte sich auf einige etwas verloren wirkende Grünpflanzen. Die Platzverhältnisse im »Elephant« erwiesen sich als so beengt, dass die geladenen Gäste und Pressevertreter die konstituierende Sitzung stehend verfolgen mussten. Die kalten Witterungsbedingungen des Winters 1946/47 taten das Ihre, um den Beratungen des Landtags jeden Anflug von Bequemlichkeit zu nehmen. Werner Eggerath berichtete später, dass die Sitzungen des Parlaments bei bitterer Kälte im ungeheizten Saal stattgefunden hätten: »Die Abgeordneten brachten sich von zu Hause Decken mit, in die sie sich einmummelten, der Sitzungssaal gab manchmal ein trostloses Bild. Abgeordnete, die noch über einen Dienstwagen verfügten, schraubten vorsichtshalber das Reserverad ab und brachten es an ihrem Platz unter.«³ Obwohl ihren brandenburgischen Kollegen in Potsdam mit dem Plenarsaal im Gebäude der Provinzialverwaltung ein Raum zur Verfügung stand, der zumindest von seinem Erscheinungsbild her den Erfordernissen einigermaßen gerecht wurde, fielen auch dort die Anfänge bescheiden aus. Die Erfahrungen mit provisorischen Baulichkeiten, schlichten Ausstattungen und lauwarmen Heizungen unterschieden sich im Übrigen nicht von den Verhältnissen in den Landesparlamenten der westlichen Besatzungszonen.⁴

Die Zusammensetzung der Landtage in Brandenburg und Thüringen, wie sie aus den Wahlergebnissen resultierte, barg einige Überraschungen. Der SED war es nicht gelungen, die angestrebten eindeutigen Mehrheiten an der Wahlurne zu erreichen. Während die Einheitspartei im brandenburgischen Provinziallandtag fortan mit 44 Sitzen vertreten war, zog sie in Thüringen mit 50 Abgeordneten in das Parlament ein. Die CDU wurde in Potsdam zweitstärkste Kraft und verfügte über 31 Sitze, gefolgt von der LDP mit 20 und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) mit fünf Abgeordneten. In Weimar konnten

² Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses des Thüringer Landtags am 9.12.1946, 3 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 177, o. Bl., S. 2.

³ Erinnerungsbericht von Werner Eggerath, 1966, in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 0096/1, Bl. 39. Vgl. auch DERS., Unser Kampf für ein neues Deutschland, 1969, S. 867; H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 22f.

⁴ Vgl. ebd., S. 22. – J. LENGEMANN, Hessen-Parlament, 1986, S. 57f.; G. EYCKERS, Der Landtag in den Henkel-Werken; R. UHLIG-RADDATZ, Der ernannte Landtag, 2006; B. ÜCKER, Neubeginn 1946, 2006, S. 11f.

hingegen die Liberalen mit 28 Sitzen die Christdemokraten (19 Sitze) klar übertreffen. Hier kam die VdgB auf lediglich drei Mandate.⁵

Tab. 3: Ergebnisse der Landtagswahl vom 20. Oktober 1946 (in Prozent und Mandate)⁶

| | SED | | VdgB | | LDP | | CDU | |
|-------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| | Prozent | Mandate | Prozent | Mandate | Prozent | Mandate | Prozent | Mandate |
| Brandenburg | 43,9 | 44 | 4,9 | 5 | 20,6 | 20 | 30,6 | 31 |
| Thüringen | 49,3 | 50 | 3,3 | 3 | 28,5 | 28 | 18,9 | 19 |

Aus der Verteilung der Mandate ergaben sich wichtige Aufschlüsse über die unterschiedlichen Machtverhältnisse. Bekanntlich gelang es der SED in keinem Land der SBZ, bei den Landtagswahlen eine absolute Mehrheit zu erreichen. Im Vergleich zur Gemeindewahl, bei der sie klar über die Hälfte der Sitze in den Gemeindevertretungen hatte erreichen können – in Brandenburg 59,8 Prozent, in Thüringen 50,5 Prozent –, brach ihr Stimmenanteil nun deutlich ein. In Brandenburg sank er um fast 16 Prozentpunkte im Verhältnis zur Kommunalwahl. Dem gegenüber legten die Christdemokraten und die Liberaldemokraten stark zu, was nicht zuletzt daran lag, dass die beiden Parteien landesweit mit ihren Kandidaten antreten konnten und nicht an die Registrierung von Ortsgruppen gebunden waren.⁷

Als ein besonderes Zünglein an der Waage erwies sich die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe. Die Zulassung dieser Massenorganisation zur Wahl, die erst im Mai 1946 aus den örtlichen »Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe« hervorgegangen war, beruhte auf einem Vorschlag Ulbrichts. Dahinter steckte das Kalkül, in der ländlichen Bevölkerung, vor allem unter den »Neubauern«, die aus der Bodenreform Land erhalten hatten, der CDU Stimmen abzuwerben und sie über die VdgB auf die SED umzuleiten.⁸ Denn wie die anderen Massenorganisationen stand die VdgB unter der politischen Kontrolle durch

⁵ Zahlen nach: M. KOCH, Landtage, 1993, S. 340; LANDTAG BRANDENBURG (Hrsg.), Handbuch des Landtages, 1947, S. 53; Schreiben des Landeswahlleiters Thüringen, Ernst Busse, an den Landespräsidenten Rudolf Paul vom 15.11.1946, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 31, o.Bl.

⁶ Zahlen nach: G. BRAUN, Wahlen und Abstimmungen, 1993, S. 396; K.-H. HAJNA, Die Landtagswahlen, 2000, S. 195.

⁷ Vgl. G. WETTIG (Hrsg.), Tjul'panov-Bericht, 2012, S. 147. – G. BRAUN, Wahlen und Abstimmungen, 1993, S. 396.

⁸ Vgl. E. W. GNIFFKE, Jahre mit Ulbricht, 1966, 207f.; Erinnerungen von Willy Sägebrecht, 1965, in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 1276/2, Bl. 519f.

die Einheitspartei. 14 der 15 Abgeordneten, die von der VdgB in den Landtagen gestellt wurden, besaßen ein SED-Parteibuch. Lediglich in Thüringen fand sich in der VdgB-Fraktion mit dem Abgeordneten Karl Herzberg ein einzelnes CDU-Mitglied.⁹ Selbst das Programm, mit welchem die Vereinigung während des Wahlkampfes an die Öffentlichkeit trat, war im Apparat des Zentralsekretariats der SED ausgearbeitet worden.¹⁰ Die Dominanz der Einheitspartei in der VdgB war unter den »bürgerlichen« Parteien kein Geheimnis. Als die brandenburgischen Abgeordneten der Bauernhilfe im Oktober 1949 nach einer Absprache zwischen dem SED-Landesvorstand und Wilhelm Pieck im Landtag ihre Fraktionsauflösung bekanntgaben und geschlossen zur SED übertraten, bewertete man das in der CDU-Fraktion als einen längst überfälligen Schritt.¹¹ Angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse erwies sich die VdgB, die ansonsten in den beiden Landtagen so gut wie überhaupt nicht mit eigenen Initiativen in Erscheinung trat, als eine wichtige strategische Größe. In Thüringen, wo aufgrund der Stimmenverteilung weder der SED mit ihren 50 Sitzen noch dem potenziellen »bürgerlichen« Block aus CDU und LDP mit 47 Sitzen eine absolute Mehrheit zufiel, sicherten die VdgB-Mandate den Einheitssozialisten den entscheidenden Vorsprung. Für den brandenburgischen Landtag galt das hingegen nicht, denn hier verfügten die Christdemokraten und die Liberalen gemeinsam mit 51 Sitzen über eine knappe »bürgerliche« Mehrheit. Da allerdings die traditionellen Regeln des Parlamentarismus mit einer Regierungs- und einer Oppositionsbank durch die Blockpolitik in der SBZ aufgehoben waren, lag für die CDU und die LDP die Bildung einer christdemokratisch-liberalen Regierung in Potsdam außerhalb des Möglichen.¹²

b) Auswertung der Wahlergebnisse

Der Ausgang der Wahlen war für die SED also keineswegs der »große Wahlsieg«, von dem das *Neue Deutschland* am 22. Oktober 1946 auf der Titelseite sprach.¹³ Die Ergebnisse blieben hinter den Erwartungen zurück. Auch mit den

⁹ Vgl. G. GRAUPNER, Wahlen und Landtage, 1999, S. 254.

¹⁰ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats der SED vom 17.9.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 32, Bl. 1–4, bes. Bl. 3; B. WERNET, VdgB, 1982, S. 241–243.

¹¹ Vgl. das Schreiben der VdgB-Fraktion Brandenburg an Otto Meier vom 10.10.1949, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 144, Bl. 3; Schreiben der ehemaligen VdgB-Fraktion an Otto Meier vom 10.10.1949, in: ebd., Bl. 4; Schreiben des Sekretariats des Landtagspräsidenten des Landes Brandenburg an die Fraktionen von SED, CDU und LDP vom 13.10.1949, in: ebd., Bl. 1; Notiz von Paul Merker für Walter Krebaum vom 10.12.1949, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13, Nr. 221, Bl. 191. – Protokoll der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 10.10.1949, 10 S., in: ACDP, 07-11, 543, o. Bl., S. 9.

¹² Vgl. K.-H. HAJNA, Die Landtagswahlen, 2000, S. 214f.

¹³ Neues Deutschland vom 22.10.1946, S. 1. – Vgl. dazu auch das Protokoll der Sitzung des Zen-

Resultaten in Brandenburg und in Thüringen konnte die Parteiführung nicht zufrieden sein. Die Quellen legen es nahe, dass in den ersten Tagen nach den Wahlen sowohl bei der SED als auch bei der SMAD Enttäuschung, teilweise sogar Bestürzung vorherrschten. Diese wandelte sich dann aber bald in eine pragmatische Suche nach neuen Strategien für die Arbeit in den Landtagen. Vorsichtige Optimisten unter den Einheitssozialisten konnten aus dem Resultat zumindest einen halben Wahlsieg herauslesen. Immerhin war die SED durch die Bevölkerung in ihrem Anspruch, die stärkste politische Kraft in der SBZ zu sein, bestätigt worden. Ein großer Teil der Wahlberechtigten hatte ihr das Vertrauen ausgesprochen und damit für die eingeleiteten gesellschaftlichen und politischen Veränderungen votiert.¹⁴ Auf der ersten Sitzung des Parteivorstands der SED nach den Landtagswahlen räumte Otto Grotewohl zwar ein, dass man die angestrebten 60 Prozent Zustimmung nicht erreicht habe. Gleichwohl könne die SED einen »sehr beachtlichen Erfolg« für sich verbuchen, zumal die VdgB-Mandate in den Parlamenten sichere Mehrheiten garantierten.¹⁵

Auch unter dem Eindruck des desaströsen Ergebnisses bei der Wahl zur Berliner Stadtverordnetenversammlung, bei der die SED weit abgeschlagen hinter den Sozialdemokraten und der CDU nur dritte Kraft geworden war, beschäftigte sich die Partei intensiv mit der Frage nach den Ursachen für das Nichterreichen der selbst gesetzten Ziele. Eine Reihe von Gründen wurde aufgelistet, die von Versäumnissen bei der ideologischen Schulung der Mitglieder und organisatorischen Schwierigkeiten bis hin zu individuellen Nachlässigkeiten der Kandidaten und Fehlern im Parteiapparat reichten. Die SED-Führung um Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Otto Grotewohl sowie das Programm blieben von der Kritik hingegen ausgespart.¹⁶ Friedrich Ebert, der im Parteivorstand das schlechte Abschneiden in Brandenburg erklären musste, wies auf die starke Unterstützung der CDU und der LDP in den Städten hin. Die habe man unterschätzt. Zudem müsse man die parteiinternen Streitigkeiten und Konflikte zwischen ehemaligen SPD- und KPD-Anhängern bei der Kandidatenaufstellung und während der Wahlkampagne berücksichtigen. Hierdurch habe sich der Landesverband selbst geschadet. Ebenso hätten sich die Eingriffe der Besatzungsmacht als nachteilig erwiesen. Ausdrücklich erwähnte Ebert die Beschlagnahmung großer Mengen an Tuchstoffen in Forst und Cottbus durch die Rote Armee, die Unfrieden in der Bevölkerung ausgelöst habe. »Wir wären

tralsekretariats der SED am 21.10.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 39, Bl. 1 sowie den Entwurf der redaktionellen Stellungnahme für das Neue Deutschland, in: ebd., Bl. 2.

¹⁴ Vgl. K.-H. HAJNA, Die Landtagswahlen, 2000, S. 195.

¹⁵ Stenografische Niederschrift über die Sitzung des Parteivorstands der SED am 24. u. 25.10.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1, Nr. 10, Bl. 2–218, hier Bl. 30f.

¹⁶ Vgl. K.-H. HAJNA, Die Landtagswahlen, 2000, S. 197–204.

ausserordentlich dankbar«, so Ebert weiter, »wenn die verantwortlichen Stellen der Besatzungstruppen wirksame Massnahmen ergreifen könnten, um uns vor solcher Anwendung der militärischen Macht zu bewahren«. ¹⁷ In einer späteren Einschätzung hieß es, dass es der Partei in Brandenburg nicht gelungen sei, einen entscheidenden Einbruch in die Reihen des Bürgertums zu schaffen. Deshalb sei es notwendig, die Partei nach innen zu festigen. ¹⁸ Darüber hinaus wurde in allen Landesverbänden die politische Nähe der Einheitspartei zur Besatzungsmacht als ein zentrales Problem benannt. Das schlechte Image der SED als »Russenpartei« hätte erheblichen Schaden verursacht. ¹⁹

Die Erläuterungen Friedrich Eberts deckten sich weitestgehend mit den Einschätzungen der SMAD. Obwohl Oberst Tjulpanow von der Propagandaverwaltung am 18. November 1946 berichtete, dass die Ergebnisse der Landtagswahlen »insgesamt als zufriedenstellend« betrachtet werden könnten ²⁰, hatte bereits Ende August/Anfang September in Moskau und in Karlshorst eine interne Diskussion über die praktizierte Besatzungspolitik und die politische Arbeit der SMAD eingesetzt. Das mäßige Abschneiden der Einheitssozialisten am 20. Oktober befeuerte diese Diskussion zusätzlich. Es offenbarten sich schwere Versäumnisse sowohl im eigenen Besatzungsapparat als auch innerhalb der SED, deren Wirken ebenfalls auf den Prüfstand kam. Als Konsequenz der Erörterungen wurden innerhalb der SMAD personelle Umstrukturierungen vorgenommen. Außerdem setzte sich die Erkenntnis durch, dass es neuer Methoden und Wege in der Besatzungspolitik bedürfe, um angesichts der Mehrheitsverhältnisse trotzdem die Dominanz der SED zu festigen und sie dauerhaft abzusichern. ²¹ Tjulpanow schlug deshalb vor, die »bürgerlichen« Parteien viel stärker als bisher an die SMAD zu binden und sie auch häufiger bei Verwaltungsaufgaben zu berücksichtigen. Dahinter stand nicht etwa der Gedanke eines den demokratischen Gepflogenheiten gemäßen Zugeständnisses an die CDU und die LDP. Vielmehr sollte durch die Einbindung der »bürgerlichen« Parteien ein Teil jener Konfliktthemen neutralisiert werden, mit denen die Christ- und die Liberaldemokraten

¹⁷ Stenografische Niederschrift über die Sitzung des Parteivorstands der SED am 24. u. 25.10.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1, Nr. 10, Bl. 78.

¹⁸ Vgl. den Tätigkeitsbericht des SED-Landesverbands Brandenburg, o.D. [Ende Januar 1947], in: BLHA, Rep. 333, Nr. 12, Bl. 8–23, hier Bl. 13.

¹⁹ Vgl. A. MALYCHA, *Die Illusion der Einheit*, 1999, S. 93–97.

²⁰ Bericht von Sergeij I. Tjulpanow vom 18.11.1946, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Bearb.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/3*, 2004, S. 52–60, hier S. 56.

²¹ Zu den internen Diskussionen der SMAD siehe S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 98–110; J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Bearb.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/3*, 2004, S. XVIIIff.; B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), *Sowjetische Politik in der SBZ*, 1998, S. 233–268; N. M. NAIMARK, *The Russians in Germany*, 1995, S. 327–341.

bei den Wahlen so viele Menschen erreicht hatten.²² Gleichzeitig trat Tjulpanow für eine Verstärkung des Kampfes gegen die »reaktionären« Kräfte in den beiden Parteien ein.²³ Der Oberst galt als energischer Verfechter einer konsequenten Sowjetisierungspolitik, wobei seine Methoden innerhalb der SMAD und bei Führungsstellen in Moskau durchaus umstritten waren.²⁴

Innerhalb der Militäradministration gab es auch moderate Stimmen. Zu ihnen zählte Generalmajor Kolesnitschenko. Seine Analyse der Fehler in der sowjetischen Besatzungspolitik, die er am 10. Januar 1947 den führenden Mitarbeitern der SMA Thüringen präsentierte, fand in Karlshorst bei Marschall Sokolowski großen Zuspruch. Zwar stellte Kolesnitschenko nicht die politischen Zielsetzungen und die Grundprinzipien der SMAD-Politik in Frage, gleichwohl plädierte er angesichts der Konstituierung der deutschen Parlamente und Regierungen in der SBZ für ein weniger restriktives Auftreten der Militärverwaltung gegenüber den »demokratischen Kräften in Deutschland«. Stefan Creuzberger zufolge befürwortete Kolesnitschenko eine »Abkehr vom bisherigen Kommandosystem und den dirigistischen Anleitungsmethoden der SMAD«.²⁵ Einerseits ging es ihm darum, die Handlungsspielräume für die SED bei politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen zu erweitern, andererseits müsse dafür gesorgt werden, dass trotz der weiterhin bestehenden Kontrollfunktion der Militärverwaltung die Nähe der SED zur SMA nicht so offenkundig zutage träte. Die SMAD müsse vielmehr die Rolle eines Beraters übernehmen. Man dürfe den »bürgerlichen« Kräften keinen Anlass bieten, so der »General«, die »Kommandanturen übermäßiger Sympathien für die SED [...] zu beschuldigen«.²⁶ Die innersowjetischen Diskussionen um eine Änderung der eigenen Besatzungspolitik fanden erst Ende Januar 1947 ihren Abschluss. Es stellte sich dann allerdings heraus, dass kaum etwas von Kolesnitschenkos Vorschlägen im Alltag wirklich umgesetzt wurde.²⁷

In der CDU und der LDP beschäftigte man sich ebenfalls ausführlich mit den Wahlresultaten vom 20. Oktober. Trotz der vielfältigen Benachteiligungen und Behinderungen während des Wahlkampfes war es beiden Parteien gelungen, zusammen fast die Hälfte der Stimmen zu gewinnen. Auf die gesamte Besatzungszone gerechnet lag die LDP mit einigen tausend Stimmen sogar

²² Vgl. den Bericht von Sergei I. Tjulpanow vom 18.11.1946, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Bearb.), *Die UdSSR und die deutsche Frage*/3, 2004, S. 60.

²³ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 99f.

²⁴ Vgl. N. M. NAIMARK, *Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland*, 1995, S. 302; S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 102f.

²⁵ Ebd., S. 108.

²⁶ Zit. nach ebd., S. 109.

²⁷ Vgl. ebd., S. 110.

vor der Union.²⁸ Eine detaillierte Ergebnisanalyse führte zwar vor Augen, dass das »bürgerliche« Lager in den Städten eine allgemein höhere Akzeptanz gefunden hatte als in den ländlichen Gebieten. Gleichwohl ließ sich das keineswegs verabsolutieren. In Brandenburg war es den Christdemokraten und den Liberaldemokraten beispielsweise gelungen, in 21 von 30 Stadt- und Landkreisen bei der Landtagswahl mehr Stimmen zu erhalten als die SED und die VdgB. Darunter befanden sich allerdings nur fünf der neun Stadtkreise. Während die LDP in Cottbus den stärksten Zuspruch von allen Parteien fand, galt dies für die Union sowohl in Potsdam als auch in den Landkreisen Ostprignitz, Teltow und Zauch-Belzig. Überhaupt resultierte ein großer Teil der Stimmen für die CDU und die LDP bei der Landtagswahl aus dem Zuspruch in den ländlichen Gebieten: In 16 der 21 Landkreise Brandenburgs konnten sie eine »bürgerliche« Mehrheit holen.²⁹ In Thüringen fanden die beiden nichtsozialistischen Parteien hingegen in den Städten großen Zuspruch. Die LDP wurde in Apolda, Erfurt und Weimar stärkste Kraft, wohingegen ihre Stimmenanteile in Nord- und Südthüringen zum Teil deutlich unter dem landesweiten Durchschnitt lagen.³⁰ Gemeinsam mit der CDU konnten die Liberaldemokraten in insgesamt 13 der 34 Stadt- und Landkreise eine Mehrheit für das Landesparlament erringen. Die CDU bewegte sich hingegen in Thüringen mit 18,9 Prozent der Stimmen bei der Landtagswahl 5,6 Prozentpunkte unter ihrem zonenweiten Durchschnitt, der bei 24,5 Prozent lag. Als eine erfreuliche Ausnahme für die Union erwiesen sich die Ergebnisse im Eichsfeld. Während sie im Landkreis Mühlhausen immerhin 38,2 Prozent der Stimmen gewann, erreichte sie im Landkreis Worbis mit 63,1 Prozent nicht nur eine eindeutige absolute Mehrheit, sondern ebenfalls das beste Ergebnis für die Partei in der gesamten Besatzungszone. Demgegenüber landete die SED dort nur bei 28 Prozent und die LDP bei mageren 5,6 Prozent.³¹

Die Parteiführung der CDU zeigte sich mit den Resultaten insgesamt zufrieden.³² Zwar standen die Wochen nach dem 20. Oktober noch im Zeichen der Streitigkeiten um die Behinderungen während des Wahlkampfes, die Diskussionen um das »Landesverrat«-Plakat der SED sowie die Bemühungen um eine Freilassung der während der Wahlkampagne verhafteten Parteimitglieder. Doch ungeachtet dieser Benachteiligungen habe man »den Kampf in Berlin und in der Zone in Ehren bestanden«, stellte Jakob Kaiser auf der Vorstandssit-

²⁸ Vgl. K.-H. HAJNA, Die Landtagswahlen, 2000, S. 204.

²⁹ Die genauen Zahlen bei G. BRAUN, Wahlen und Abstimmungen, 1993, S. 398–400.

³⁰ Vgl. J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 110.

³¹ Vgl. G. BRAUN, Wahlen und Abstimmungen, 1993, S. 413–416.

³² Vgl. K.-H. HAJNA, Die Landtagswahlen, 2000, S. 208.

zung am 25. Oktober 1946 mit Genugtuung fest.³³ Vor allem die Ergebnisse in Brandenburg und in Mecklenburg-Vorpommern konnten zufrieden stimmen.³⁴ Sie trugen dazu bei, dass die CDU-Mitglieder in den Ländern und Provinzen für die Zukunft neue Zuversicht gewannen.³⁵ Demgegenüber überzeugte der Wahlausgang in Thüringen keineswegs. Als stellvertretender Landesvorsitzender führte Georg Grosse das schlechte Abschneiden der Partei auf die Eingriffe der Besatzungsmacht sowie auf die mangelnde Organisation zurück. Außerdem konstatierte er einen »Mangel an Mut« unter den eigenen Parteifreunden. Es müsse dem Landesverband nun darum gehen, in Thüringen die Registrierung der Ortsgruppen voranzutreiben, um sich damit die Parteibasis zu erweitern.³⁶ Als ein großer Wermutstropfen galt in der CDU-Führung das bessere Abschneiden der LDP. Die Erwartung, die Liberaldemokraten an der Wahlurne zu schlagen, hatte sich nicht erfüllt. Dennoch zeigte man sich im Parteivorstand gewiss, die LDP über kurz oder lang doch zu besiegen. »Es müßte mit dem Teufel zugehen«, meinte Otto Nuschke auf einer Konferenz der Landes- und Kreisgeschäftsführer der CDU im Dezember 1946, »wenn wir nicht die alte, senile liberale Partei bei den nächsten Wahlen über den Haufen rennen werden«.³⁷ In den offiziellen Verlautbarungen des CDU-Vorstands war von solchen Kampfanreden natürlich keine Rede. Vielmehr erklärte sich die Partei bereit, in den Parlamenten und Gemeindevertretungen Verantwortung zu übernehmen und im Geiste der Blockpolitik loyal mit allen Parteien zu kooperieren.³⁸

Die Reaktionen der Liberaldemokraten auf die Landtagswahlergebnisse fielen ähnlich zwiespältig aus. Auf der einen Seite war es der Partei gelungen, hinter der SED zonenweit zweitstärkste Kraft zu werden. Das wurde als ein großer Erfolg betrachtet. Auf der anderen Seite förderte die Detailanalyse starke Schwankungen bei den Stimmen zutage. Während die LDP in der Provinz Sachsen und in Thüringen mit 29,9 bzw. 28,5 Prozent fast ein Drittel aller gültigen Stimmen gewann, lag sie in Mecklenburg-Vorpommern bei lediglich 12,5 Prozent.³⁹ Auch das einseitige Ergebnis bei der Stadtverordnetenwahl in Berlin konnte schwerlich überzeugen.⁴⁰ Auf der Vorstandssitzung am

³³ Protokoll der CDU-Vorstandssitzung am 25.10.1946, 4 S., in: ACDP, 07-10, Nr. 489, o. Bl., S. 1. – Vgl. auch den Tätigkeitsbericht der CDU Brandenburg vom 5.11.1946, 9 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 1294, bes. S. 7.

³⁴ Vgl. das Protokoll der Sitzung des CDU-Landesvorstands Brandenburg am 23.10.1946, 2 S., in: ACDP, 03-31, Nr. 161, o. Bl., S. 2.

³⁵ Vgl. P. BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation*, 1986, S. 80 u. 82; J. B. GRADL, *Anfang unter dem Sowjetstern*, 1981, S. 76.

³⁶ Protokoll der CDU-Vorstandssitzung am 25.10.1946, in: ACDP, 07-10, Nr. 489, S. 2.

³⁷ Zit. nach S. SUCKUT, *Die CDU in der SBZ und die Gründung der SED*, 1987, S. 623.

³⁸ Vgl. K.-H. HAJNA, *Die Landtagswahlen*, 2000, S. 208.

³⁹ Vgl. I. SOLDWISCH, *Geschichte der Liberal-Demokratischen Partei*, 2007, S. 128f.

⁴⁰ Vgl. G. BRAUN, *Wahlen und Abstimmungen*, 1993, S. 397 u. 422.

5. November 1946 resümierte Wilhelm Külz, »daß die Erwartungen, die wir auf das Wahlergebnis gesetzt haben, sich nicht voll erfüllten«. Vielmehr sei das Resultat »durchschnittlich befriedigend«. Die LDP sei nicht nur »von aussen her auf das übelste bekämpft« worden, man müsse ebenso eigene Fehler und Probleme eingestehen.⁴¹ Angesichts solcher gedämpfter Reaktionen konnte es nicht verwundern, dass die offiziellen Erklärungen der Partei allgemein gehalten und sehr nüchtern ausfielen.⁴² Trotz der großen Schwierigkeiten, die es während des Wahlkampfes mit der SED und der Besatzungsmacht gegeben hatte – die Affäre um die Streichung Wilhelm Falks als Spitzenkandidat in Brandenburg war noch keineswegs abgeschlossen –, zeigte die LDP großes Interesse daran, in den Landtagen im Sinne einer einvernehmlichen Blockpolitik mit den anderen Parteien zusammenzuarbeiten. Auf einer ersten Zusammenkunft der Parteileitung mit den neugewählten Landtagsabgeordneten, Berliner Stadtverordneten und anderen Funktionären am 6. November gab Külz die generelle Linie für die Arbeit in den Volksvertretungen vor:

»Auch künftig muss die Zusammenarbeit dort, wo sie bisher schon bestand, aufrechterhalten werden. Wir gehen also nicht von vornherein in eine Opposition, die uns nicht liegt. Wenn und wo wir überhaupt in die Opposition gehen, wird sie niemals negierend, sondern immer konstruktiv sein.«⁴³

c) Amateure ziehen in die Parlamente ein

Als die Landtage im November das erste Mal zusammentraten, versammelte sich in den Plenen eine überaus heterogene Gruppe Abgeordneter. Mit Ausnahme der Personenkreise, die unter das Entnazifizierungsgebot fielen oder die als Angehörige der ehemaligen deutschen Oberschicht politisch ausgeschaltet worden waren (Großagrarier, Großindustrielle), waren sämtliche Bevölkerungsgruppen der SBZ in ihnen vertreten. Das bedeutete allerdings nicht, dass die personelle Zusammensetzung der Landtage tatsächlich die Schichtung der Gesellschaft realistisch abgebildet hätte. Beispielsweise blieb der Frauenanteil in den Landtagen relativ gering, was mit der großen Bedeutung, die den Frauen in der Nachkriegsgesellschaft zukam, nicht korrespondierte. Im brandenburgischen Provinziallandtag fanden sich unter den 100 Abgeordneten lediglich 18 Frauen, in Wei-

⁴¹ Protokoll der Sitzung des LDP-Parteivorstands am 5.11.1946, 5 S., in: ADL, L 4, Nr. 8, o. Bl., hier S. 1.

⁴² Vgl. K.-H. HAJNA, Die Landtagswahlen, 2000, S. 205.

⁴³ Niederschrift über die Konferenz der Parteileitung der LPD mit den neugewählten Abgeordneten, Stadtverordneten und sonstigen Funktionären am 6.11.1946, 9 S., in: ADL, L 6, Nr. 363, o. Bl., hier S. 1.

mar immerhin 20.⁴⁴ Insbesondere in den Reihen der CDU, die bei den Wahlen in einem hohen Maße von Frauen gewählt worden war und die einen überproportionalen Anteil an weiblichen Mitgliedern aufwies, stellten Frauen nur eine Minderheit dar. Die Unionsfraktionen in Brandenburg und Thüringen wiesen lediglich vier bzw. drei Frauen auf.⁴⁵ Die Fraktionen der LDP kamen jeweils sogar nur auf eine Abgeordnete. Dem gegenüber verfügte die SED über den mit Abstand größten Frauenanteil in den Parlamenten. Diese geschlechtermäßige Unterrepräsentation unterschied sich im Übrigen nicht von den Verhältnissen in den anderen Landtagen der SBZ oder von denen in den westlichen Besatzungszonen.⁴⁶ Wie in früheren Zeiten blieb die Politik eine Domäne der Männer.

Auch bei der altersmäßigen Strukturierung der Volksvertretungen fanden sich auffällige Parallelen zu den Parlamenten zwischen 1918 und 1933.⁴⁷ Das Durchschnittsalter der Abgeordneten in den sowjetzonalen Landtagen lag 1946 bei 50,5 Jahren.⁴⁸ Es unterschied sich damit nur unwesentlich von jenem in den westzonalen Landtagen, das 51,4 Jahre betrug.⁴⁹ Während die 45- bis 65-Jährigen in den Volksvertretungen der SBZ stark überrepräsentiert waren, fehlten jüngere Abgeordnete. Im Thüringer Landtag waren lediglich zwei Volksvertreter nach 1916 geboren, in Brandenburg vier.⁵⁰ Eine statistische Erhebung der CDU-Hauptgeschäftsstelle vom Februar 1947 führte diesen Trend noch deutlicher vor Augen. Demnach betrug der Altersdurchschnitt in der Potsdamer Unionsfraktion 50 Jahre, in Weimar 51 Jahre. In Brandenburg fanden sich unter den 31 Abgeordneten lediglich zwei, die noch nicht 36 Jahre alt waren, dafür aber drei, die bereits das 67. Lebensjahr erreicht oder sogar überschritten hatten. Im Thüringer Landtag saß kein einziger CDU-Abgeordneter unter 36 Jahren, dafür aber fünf zwischen 56 und 65 sowie zwei über 66 Jahre.⁵¹ Dieser Schnitt traf in vergleichbarer Weise für die Liberaldemokraten zu. Weil die LDP zu diesem Zeitpunkt unter allen in der SBZ zugelassenen Parteien den höchsten Jugendanteil unter ihren Mitgliedern aufwies, stach die Altersdiskrepanz bei den Abgeordneten umso deutlicher hervor. Die Erhebungen des thüringischen Landesverbands vom Juni 1947 zeigten, dass 41,5 Prozent der Parteimitglieder der Altersgruppe bis 35 Jahre angehörten. Dem gegenüber fiel ihr prozentualer

⁴⁴ Vgl. K.-H. SCHÖNEBURG u. a., *Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates*, 1983, S. 111.

⁴⁵ Vgl. das L-Rundschreiben Nr. 18/47 vom 21.2.1947, 4 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 1286, o. Bl., bes. S. 2; K.-H. SCHÖNEBURG u. a., *Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates*, 1983, S. 111.

⁴⁶ Siehe dazu ausführlich M.-L. RECKER/K. TENFELDE (Hrsg.), *Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien/1*, 2002, S. 150–165.

⁴⁷ Vgl. C. DOWIDAT, *Entwicklung*, 1986, S. 58f.

⁴⁸ Vgl. ebd., Anhang, T 2.

⁴⁹ Vgl. ebd., Anhang, T 216.

⁵⁰ Vgl. K.-H. SCHÖNEBURG u. a., *Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates*, 1983, S. 111f.

⁵¹ Vgl. das L-Rundschreiben Nr. 18/47 vom 21.2.1947, in: ACDP, 07-11, Nr. 1286, o. Bl., S. 1f.

Anteil in der Landtagsfraktion so gut wie überhaupt nicht ins Gewicht. Er bewegte sich im einstelligen Bereich.⁵²

Trotz ihrer unterschiedlichen Herkunft und der divergierenden politischen Überzeugungen existierten unter den Abgeordneten durchaus Gemeinsamkeiten. In beiden Landtagen war der Bezug zur parlamentarischen Tradition deutlich erkennbar. Sämtliche Landtagsabgeordnete der »ersten Generation« waren entweder im Kaiserreich oder in der Weimarer Republik aufgewachsen und sozialisiert worden.⁵³ Sie alle hatten den Untergang der Demokratie von dem Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 über die Präsidialkabinette Heinrich Brünnings, Franz von Papens und Kurt von Schleichers bis zur Machtübernahme Adolf Hitlers bewusst miterlebt. Wie Christel Dowidat festgestellt hat, ließ sich bei den meisten Landtagsabgeordneten vor 1933 eine Mitgliedschaft entweder in einer Partei, einer parteinahen Organisation oder einer Gewerkschaft nachweisen. Nach 1933 war etwa ein Drittel aller späteren Landtagsabgeordneten in der SBZ aus politischen Gründen verfolgt worden. Die Formen der Repressionen reichten von Berufsverboten bis hin zur KZ-Haft. Es verwundert nicht, dass vor allem die Mitglieder der SED-Fraktionen sich darauf berufen konnten, dem Terror des Naziregimes besonders stark ausgeliefert gewesen zu sein.⁵⁴ Sowohl Friedrich Ebert und Willy Sägebrecht in Brandenburg als auch ihre Thüringer Genossen August Frölich, Richard Eyer mann und Werner Eggerath hatten die zwölf Jahre des NS-Regimes zumindest zeitweise in Gefängnissen und Konzentrationslagern verbracht. Aber auch unter den »bürgerlichen« Abgeordneten fanden sich Schicksale, die von ähnlichen Einschnitten geprägt waren – man denke etwa an Ernst Lemmer, Gerhard Schütze und Walther Rucker (alle CDU).⁵⁵

Obwohl viele der neu gewählten Abgeordneten vor 1933 Mitglieder in verschiedenen Parteien oder anderen Organisationen gewesen waren, bedeutete dies jedoch keineswegs, dass sie deshalb über parlamentarische Erfahrungen verfügt hätten. Nur wenige Landtagsabgeordnete hatten bereits in der Weimarer Republik ein Mandat ausgeübt. Von den insgesamt 133 Abgeordneten der CDU, die in den Landesparlamenten der SBZ saßen, waren vor 1933 lediglich 14 Mitglieder einer gewählten Volksvertretung gewesen, wobei es sich zumeist um Kreis-, Stadt- und Gemeindeparlamente gehandelt hatte.⁵⁶ In den neuen CDU-Fraktionen fanden sich lediglich fünf ehemalige Mitglieder von Reichs- und Landtagen.⁵⁷ Zwar zählten die meisten Abgeordneten von 1946 zu den »Aktivisten der

⁵² Vgl. H. DÄHN, *Liberal-Demokratische Partei Deutschlands*, 1993, S. 160; G. PAPKE, *Liberal-Demokratische Partei Deutschlands*, 1995, S. 34.

⁵³ Vgl. C. DOWIDAT, *Entwicklung*, 1986, S. 63.

⁵⁴ Ebd., S. 70f. – Siehe dazu auch C. TRITTEL, *Landtagsfraktionen*, 2006, S. 104–106.

⁵⁵ Vgl. DIES., *Die Abgeordneten des ersten Landtages von Sachsen-Anhalt*, 2007, S. 108 u. 148.

⁵⁶ Vgl. C. DOWIDAT, *Entwicklung*, 1986, S. 101.

⁵⁷ Vgl. DIES., *Vom Parlament zur »sozialistischen Volksvertretung«*, 1985, S. 60. – Christina Trittel

ersten Stunde«; auch waren sie auf verschiedenen Ebenen in den Blockausschüssen tätig gewesen⁵⁸ und übten nicht selten öffentliche Ämter aus. Dennoch ließen sich die dort gesammelten Fertigkeiten nur bedingt auf die Spielregeln eines klassischen Parlamentsbetriebs anwenden. Nach einer ersten Zusammenkunft mit den neuen Volksvertretern Anfang November stellte Wilhelm Külz nüchtern fest, dass die Mehrzahl der Anwesenden vom ordentlichen parlamentarischen Geschäftsbetrieb schlicht »keine Ahnung« habe.⁵⁹

Erschwerend kam hinzu, dass es in den Reihen der CDU und der LDP kaum Personen gab, die hauptamtlich für ihre Parteien tätig waren. Im Gegensatz zu den SED-Fraktionen, in denen viele Parteifunktionäre saßen, dominierte in den »bürgerlichen« Parteien das ehrenamtliche Engagement. Bei der überwiegenden Mehrzahl der Mandatsträger aus den Reihen der Union und der Liberaldemokraten konnte man nicht von dem heute üblichen Status eines Berufspolitikers sprechen. Vielmehr handelte es sich um politische Amateure, die die Landtagsmandate neben ihren Berufen und anderen Verpflichtungen, etwa in der Kommunalpolitik, wahrnahmen. Sie mussten in die neue Rolle als Volksvertreter erst hineinwachsen. Umso wichtiger war es, dass es unter den älteren Fraktionsmitgliedern Abgeordnete gab, die bereits in den Jahren der Weimarer Republik politische Verantwortung getragen hatten. Solche Personen wie Franz Schleusener in Brandenburg oder Alphons Gaertner und Leonhard Moog in Thüringen konnten den unerfahrenen Kollegen ein gewisses Maß an Orientierung bieten. Doch angesichts der enorm drängenden Themen, die in den Parlamenten gerade in der ersten Zeit anstanden, erwies sich diese Ausgangssituation für die Parteien als wenig zufriedenstellend.

In der LDP und der CDU wurde die parlamentarische Unerfahrenheit der eigenen Abgeordneten sehr wohl registriert. Die Parteiführungen bemühten sich deshalb darum, dem Mangel abzuhelpfen. Bis zur Konstituierung der Landtage sollte den neuen Mandatsträgern eine Grundschulung in Fragen der parlamentarischen Arbeit vermittelt werden. Angesichts des Umstandes, dass sich die parteiinterne Schulungsarbeit sowohl bei den Liberaldemokraten als auch bei den Christlichen Demokraten Ende des Jahres 1946 noch im Aufbau befand⁶⁰, konnte es sich bei den Maßnahmen lediglich um provisorische

geht von einer etwas höheren Zahl an Abgeordneten aus, die bereits vor 1933 im Reichstag oder in den Landtagen tätig gewesen waren. Vgl. C. TRITTEL, Die Abgeordneten des ersten Landtages von Sachsen-Anhalt, 2007, S. 148.

⁵⁸ Vgl. M. KOCH, Der Demokratische Block, 1982, S. 281f.

⁵⁹ Tagebucheintrag von Wilhelm Külz vom 7.11.1946, zit. nach J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 111.

⁶⁰ Vgl. M. RISSMANN, Kaderschulung in der Ost-CDU, 1995, S. 74f. u. 80; S. SUCKUT, Christlich Demokratische Union Deutschlands, 1993, S. 543; H. DÄHN, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, 1993, S. 573.

Lösungen handeln. Bereits eine Woche nach der Landtagswahl führte die CDU am 26. und 27. Oktober 1946 in Berlin eine Tagung durch, auf der die Abgeordneten von Mitgliedern des Parteivorstands und von den Referatsleitern der Hauptgeschäftsstelle mit den grundsätzlichen Aufgaben der parlamentarischen Arbeit vertraut gemacht wurden. Ausführlich erläuterte man Fragen der Verfassungsgebung sowie die Positionen der CDU in der Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Kulturpolitik.⁶¹ Darüber hinaus wurde an die Volksvertreter Informationsmaterial ausgeteilt. Besonders hervorstechend war dabei die Broschüre *Unionspolitik in 130 Stichworten*. In dem 79 Seiten umfassenden Leitfaden konnte jeder Abgeordnete die programmatischen Schwerpunkte der CDU in knappen Artikeln nachlesen.⁶²

Der Zonenvorstand der Union zeigte sich sehr daran interessiert, über persönliche Verbindungen Einfluss auf die Vorgänge in den Landtagen zu nehmen. Das sollte zunächst dadurch sichergestellt werden, dass bei der Aufstellung der Kandidaten für die Landtagswahl mindestens ein Mitglied des Vorstands je Land bzw. Provinz mit einem aussichtsreichen Listenplatz bedacht worden war. So erklärte es sich, dass Otto Nuschke ein Doppelmandat in Sachsen-Anhalt und Brandenburg ausübte, wohingegen Ernst Lemmer allein dem Landtag in Potsdam und Georg Grosse dem Thüringer Parlament angehörten.⁶³ Auf Wunsch Jakob Kaisers kamen die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen und diejenigen Abgeordneten, die dazu bestimmt worden waren, die erste Erklärung ihrer Parteien im Plenum zu halten, Anfang November nach Berlin, um sich mit dem Parteivorsitzenden für die konstituierenden Sitzungen abzustimmen.⁶⁴ Wenige Wochen später fand dann ein Treffen zu wirtschaftspolitischen Themen statt.⁶⁵ Außerdem veranstaltete der Agrarpolitische Ausschuss der Hauptgeschäftsstelle für sämtliche Abgeordneten, die als Sachverständige für Landwirtschaft benannt wurden, Mitte Dezember eine gesonderte Sitzung, auf der man die Leitlinien in der Versorgungs- und Landwirtschaftspolitik besprach.⁶⁶

Um die Arbeit in den Landtagen zonenweit besser koordinieren zu können und den Erfahrungsaustausch zwischen den Fraktionen zu erleichtern, richtete der Zonenvorstand noch vor den Landtagseröffnungen bei der CDU-Hauptge-

⁶¹ Vgl. die Tagesordnung der Tagung der CDU-Landtagsabgeordneten am 26. u. 27.10.1946 in Berlin, in: ACDP, 03-31, Nr. 222, o. Bl.; »Mit Blick auf die Einheit Deutschlands. Die Landtagsabgeordneten der CDU aus der Ostzone tagten in Berlin«, in: Neue Zeit vom 27.10.1946; M. WILDE, SBZ-CDU, 1998, S. 195f.

⁶² ACDP, 03-31, Nr. 222. – Vgl. auch M. RISSMANN, Kaderschulung in der Ost-CDU, 1995, S. 75.

⁶³ Vgl. J. P. GRADL, Anfang unter dem Sowjetstern, 1981, S. 81; G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 102.

⁶⁴ Vgl. das L-Rundschreiben Nr. 34, o. D. [Oktober 1946], 3 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 1286, o. Bl., S. 3; W. CONZE, Jakob Kaiser, 1969, S. 112.

⁶⁵ Vgl. »CDU-Arbeitstagung über Wirtschaftsfragen«, in: Neue Zeit vom 20.11.1946.

⁶⁶ Vgl. das L-Rundschreiben Nr. 39 vom 21.11.1946, 2 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 1286, o. Bl., S. 2.

schäftsstelle ein Verbindungsbüro ein. Die Verantwortung für das Büro übernahm zunächst Otto Nuschke. Allerdings lag die übergeordnete Leitung bei dem Generalsekretär und Hauptgeschäftsführer der Union, Georg Dertinger.⁶⁷ Die von dem Verbindungsbüro zusammengetragenen Informationen zu Gesetzesinitiativen in den Ländern und die Mitteilungen über die Positionen des Zonenverbands zu aktuellen Fragen wurden in einem eigenen Rundschreiben an die Abgeordneten übermittelt, das in unregelmäßiger Folge erschien. Neben den parteieigenen Zeitungen bot es für die Parlamentsarbeit eine wesentliche Orientierungshilfe.⁶⁸ Darüber hinaus existierten enge personelle Verbindungen zwischen den Landtagsfraktionen und den Landesverbänden, die sich allein daraus ergaben, dass die führenden Landespolitiker auch an der Spitze der Kandidatenlisten für die Parlamente gestanden hatten. Insbesondere die brandenburgische CDU-Fraktion zeigte ein großes Interesse daran, dass die Ausschüsse des Landesverbands sie bei der Gesetzesarbeit unterstützten.⁶⁹

Bei den Liberaldemokraten verfolgte man zwar ähnliche Absichten, allerdings war der hier betriebene Aufwand deutlich bescheidener. Als Wilhelm Külz und sein Stellvertreter Arthur Lieutenant für den 6. November 1946 ein erstes Treffen mit den LDP-Abgeordneten ansetzten, fehlte ein guter Teil der geladenen Mandatsträger zu dem Termin. Außerdem erhielten die Anwesenden auf der Konferenz keine konkreten Hilfestellungen. Vielmehr erschöpfte sich das Programm in der Erörterung allgemeiner Aussagen zur Blockpolitik, zur Haltung der LDP gegenüber der Einheit Deutschlands und zur Frage der parlamentarischen Immunität. Offenbar gab es in der Partei einflussreiche Stimmen, für die die fehlende Erfahrung der neu gewählten Volksvertreter kein gravierendes Problem darstellte. So vertrat der thüringische Landesvorsitzende Leonhard Moog die Auffassung, dass man überhaupt keine besonderen Anweisungen benötige. Seiner Meinung nach kam es nur auf zwei Dinge an: »1.) Lesen, was die Partei sagt, 2.) Disziplin.«⁷⁰ Mit dieser Ansicht befand sich Moog allerdings in der Minderheit. Mehrfach wurde auf dem Treffen an den Parteivorstand die

⁶⁷ Vgl. das L-Rundschreiben Nr. 37 vom 16.11.1946, in: ebd., o. Bl.; Mitteilung Nr. 1 des CDU-Verbindungsbüros der Landtagsfraktionen der sowjetischen Zone und der Stadtverordnetenversammlung Groß-Berlins vom 16.11.1946, 3 S., in: ebd., o. Bl.; P. J. LAPP, Georg Dertinger, 2005, S. 74.

⁶⁸ Vgl. die Mitteilung Nr. 2 des CDU-Verbindungsbüros vom 18.11.1946, 10 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 1016, o. Bl.; Mitteilung Nr. 3(a) des CDU-Verbindungsbüros vom 21.11.1946, in: ACDP, 03-33, Nr. 4, o. Bl. – Eine für die Jahre 1946 bis 1949 nahezu vollständige Sammlung der Mitteilungen des Verbindungsbüros findet sich in ACDP, 03-33, Nr. 64.

⁶⁹ Vgl. die Niederschrift über die Sitzung des CDU-Landesvorstands Brandenburg am 3.12.1946, 2 S., in: ACDP, 03-31, Nr. 161, o. Bl., S. 1.

⁷⁰ Niederschrift über die Konferenz der Parteileitung der LDP mit den Landtagsabgeordneten, Stadtverordneten und sonstigen Funktionären am 6.11.1946, verf. am 11. November 1946, 9 S., in: ADL, L 6, Nr. 363, o. Bl., S. 7. – Unterstreichungen im Original.

Bitte herangetragen, einen praktischen Leitfaden für die LDP-Abgeordneten auszuarbeiten. Mit der Aufgabe betraute man den Vorsitzenden des Landesverbandes Sachsen-Anhalt, Carl Delius, sowie den Oberbürgermeister von Dessau, Fritz Hesse. Beide waren 1919 Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung gewesen. Als ehemalige Reichstags- bzw. Landtagsabgeordnete verfügten sie über ein hohes Maß an parlamentarischer Erfahrung.⁷¹

Darüber hinaus wurde auf der Tagung am 6. November der Beschluss gefasst, einen Ausschuss zu bilden, in welchem jeweils zwei Vertreter aus den Fraktionen zusammenkommen sollten, um regelmäßig die Vorgehensweise in den Landtagen abzustimmen.⁷² Der Parlamentarische Ausschuss beim Parteivorstand der LDP, der zunächst von Wilhelm Külz und nach dessen Tod 1948 von Ingo von Koerber geleitet wurde, trat allerdings erst Ende März 1947 zu seiner ersten Beratung zusammen. Zu diesem Zeitpunkt waren die entscheidenden politischen Weichenstellungen bei den Verfassungsberatungen in den Landtagen längst erfolgt. Die Arbeit des Parlamentarischen Ausschusses lief sehr langsam an. Obwohl die Zahl der Sitzungen 1948/49 merklich zunahm, konnte er nie eine solche Wirkungskraft entfalten wie das Verbindungsbüro bei der CDU.⁷³

Die Kommunikation zwischen den Fraktionen und der Berliner Parteizentrale funktionierte in der LDP nur rudimentär. Im Februar 1947 beschwerte sich der thüringische Fraktionsvorsitzende Hermann Becker darüber, dass er von der Tätigkeit der LDP-Gruppen in den anderen Landtagen überhaupt nichts oder nur durch die unzulängliche Berichterstattung in den Zeitungen erfahren würde.⁷⁴ Sein brandenburgischer Parteifreund Georg Schneider schlug vor, dass sich die fünf Fraktionen gegenseitig über ihre Anträge informieren und Druckschriften, Protokolle sowie Berichte über die Fraktionssitzungen austauschen sollten.⁷⁵ Diese Idee stieß bei den Liberaldemokraten in Schwerin auf Zustimmung. Der dortige Fraktionsvorsitzende, Friedrich Stramann, hielt es für günstig, wenn der Austausch wegen der schlechten Postverbindungen nicht über den Umweg

⁷¹ Vgl. ebd., o. Bl., S. 8. – Vgl. auch J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 111.

⁷² Vgl. die Niederschrift über die Konferenz der Parteileitung der LDP mit den Landtagsabgeordneten, Stadtverordneten und sonstigen Funktionären am 6.11.1946, in: ADL, L 6, Nr. 363, o. Bl., S. 8. – Vgl. auch die Niederschrift über die Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 3.12.1946, verf. am 9.12.1946, 6 S., in: ADL, L 5, Nr. 618, o. Bl., S. 1

⁷³ Ein Teil der Protokolle und Beschlüsse des Politischen Ausschusses der LDP ist überliefert in: ADL, L 6, Nr. 363. – Vgl. auch J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 121f.

⁷⁴ Ebd., S. 122, Anm. 245.

⁷⁵ Schreiben von Dr. Georg Schneider an die LDP-Landtagsfraktionen in den Ländern Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern sowie in der Provinz Sachsen vom 25.2.1947, in: ADL, L 5, Nr. 133, o. Bl.

Berlin, sondern direkt erfolgen würde.⁷⁶ Diese Absicht wurde zumindest teilweise umgesetzt. So finden sich in der Überlieferung der brandenburgischen LDP-Fraktion vereinzelt Dokumente aus Weimar. Dem gegenüber blieben die unmittelbaren Kontakte der Fraktionen mit Berlin begrenzt. Im November 1947 ermahnte die LDP-Hauptgeschäftsstelle die Fraktionen über die Landesverbände, künftig die eingeforderten Berichte pünktlich einzureichen.⁷⁷ Ob man der Aufforderung wirklich nachkam, muss allerdings offen bleiben. In den Akten finden sich diesbezüglich keine Dokumente. Auch diesen Umstand kann man als ein Indiz dafür nehmen, dass die Landtagsfraktionen der LDP zwar mit ihren Landesverbänden einen engen Kontakt pflegten – er war allein schon aufgrund der personellen Verflechtungen gegeben –, dass aber direkte institutionelle Verbindungen nach Berlin nur in einem bescheidenen Umfang bestanden.⁷⁸

2. Alternativen zur Regierungsbeteiligung?

a) Entscheidung für Allparteienkoalitionen

Trotz der scharfen Auseinandersetzungen, die es zwischen den Parteien im Wahlkampf gegeben hatte, stand bereits am Abend des 20. Oktobers fest, dass sich aus den Ergebnissen keine dramatischen Veränderungen in der politischen Tektonik ableiten ließen. Die Schaffung von nach westlichen Maßstäben arbeitenden, wirklich demokratischen Strukturen mit parlamentarischen Mehrheiten, die die Regierungsverantwortung übernehmen, und einer Opposition, deren Hauptaufgabe in der Kontrolle liegt, deckte sich keinesfalls mit den Interessen der Besatzungsmacht, sondern sie lief ihnen zuwider.⁷⁹ Wenige Tage nach der Wahl wandte sich der brandenburgische SMA-Chef Scharow an Generalleutnant Bokow in Karlshorst und machte mit Sorge auf das Risiko aufmerksam, das sich aus der »bürgerlichen« Mehrheit in seiner Provinz ergeben könnte. Um dieser Gefahr zu begegnen, schlug er eine stärkere Einbeziehung des Landesblockausschusses in die Politik vor. Demnach sollte der Block als »außerparlamentarisches Korrektiv« dienen, um die für die SED nachteiligen Majoritäten zu neutralisieren.⁸⁰ Mit dem Gedanken umriss Scharow die grundsätzliche Position der Besatzungsmacht. Während eines Gesprächs zwischen Marshall

⁷⁶ Schreiben von Friedrich Stratmann an die LDP-Landtagsfraktion Brandenburg vom 8.4.1947, in: ADL, L 5, Nr. 133, o. Bl.

⁷⁷ Schreiben der LDP-Reichsgeschäftsstelle an den LDP-Landesverband Brandenburg vom 22.11.1947, in: ebd., o. Bl.

⁷⁸ Vgl. J. LOUIS, *Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen*, 1996, S. 121f.

⁷⁹ Vgl. S. CREUZBERGER, *Parlamentarische Demokratie*, 2000.

⁸⁰ Vgl. DERS., *Besatzungsmacht*, 1996, S. 114f.

Sokolowski und den Vorsitzenden von SED, CDU und LDP am 15. November wurde deutlich, dass die SMAD die Fortsetzung der bisherigen Blockpolitik erwartete. Der zentrale Blockausschuss in Berlin solle, so der Marschall, insbesondere darauf Bedacht nehmen, dass auch künftig »die Einheitlichkeit der Politik in den Ländern der Zone« gewahrt bleibe.⁸¹

Selbst wenn es seitens der Christ- und der Liberaldemokraten ernsthafte Versuche gegeben hätte, überall dort, wo es die Mehrheitsverhältnisse zuließen, eine von der SED unabhängige Regierungskoalition zu bilden oder sich auf die Oppositionsbank zu begeben, wäre das durch die Militäradministration sehr schnell unterbunden worden. Unter den herrschenden Bedingungen war an eine Alternative zur Fortsetzung der bislang praktizierten Blockpolitik nicht zu denken. Eine solche Alternative entsprach allerdings auch nicht dem Ansinnen der »bürgerlichen« Parteien. Sowohl in der CDU als auch in der LDP herrschte die Überzeugung vor, dass nur Allparteienregierungen die drängenden Aufgaben der Zeit bewältigen könnten. Der parteiübergreifende Konsens, dass alle demokratisch gesinnten Kräfte gemeinsam zum Wiederaufbau des Landes beitragen sollten und dass dazu ein respektvoller Umgang mit den Auffassungen des politischen Gegners notwendig sei, war in der Nachkriegszeit über die Grenzen der Besatzungszonen hinaus weit verbreitet.⁸² Insofern bedurfte es keines übermäßigen Drucks seitens der SMAD, um die »bürgerlichen« Parteien von der Notwendigkeit der Blockpolitik zu überzeugen. Weitaus entscheidender war hingegen die Frage, unter welchen Bedingungen und mit welcher Machtverteilung dies erfolgen sollte.

Für die SED und die SMAD war es selbstverständlich, dass der Führungsanspruch der Einheitssozialisten weiterhin aufrechterhalten bleiben musste. Das Regiebuch für die Zusammensetzung der Landesregierungen und der Konstituierung der Landtage wurde von der Führungsspitze der SED entworfen. Sie handelte in enger Absprache mit den zuständigen Stellen in Karlshorst.⁸³ Das drängende Problem bestand darin, welche Größe die Landesregierungen aufweisen sollten. Auf einer Tagung der leitenden Parteifunktionäre und der führenden Vertreter aus den Ländern und Provinzen am 31. Oktober erörterte Max Fechner die Überlegung, in den Ländern neben dem Ministerpräsidenten und drei Stellvertretern so viele Minister zu ernennen, dass jede bereits bestehende Verwaltungsabteilung in den Rang eines Ministeriums erhoben würde.⁸⁴ Da-

⁸¹ Mitteilung Nr. 3 des CDU-Verbindungsbüros vom 18.11.1946, in: ACDP, 07-11, Nr. 1016, o. Bl. Auch enthalten in: ACDP, 07-11, Nr. 1706, o. Bl.

⁸² Vgl. R. BILLERBECK, Die Abgeordneten der ersten Landtage, 1971, S. 45; S. ULLRICH, Weimar-Komplex, 2009, S. 203f.

⁸³ Vgl. K.-H. HAJNA, Die Landtagswahlen, 2000, S. 214.

⁸⁴ Stenografische Niederschrift über die Sitzung der Vertreter der Bezirke zur Beratung von Wirtschaftsfragen am 31.10.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1.01, Nr. 21, Bl. 2–81, bes. Bl. 5.

durch sollten möglichst viele Kabinettsposten geschaffen werden, die man als Verhandlungsmasse einsetzen konnte, um die Ansprüche von CDU und LDP zu befriedigen – zumal die SED damit rechnete, dass die »bürgerlichen« Parteien Anspruch auf das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten erheben würden. Doch gerade diese Position sollte in den Händen der Einheitssozialisten bleiben, weil man davon ausging, dass wie bisher der erste Stellvertreter zugleich das Innenministerium leiten würde.⁸⁵

Allerdings regte sich Widerspruch gegen eine solche Strategie. Wie seine Vorredner Wilhelm Koenen aus Sachsen und Curt Böhme aus Thüringen warnte Friedrich Ebert eindringlich vor einer »Inflation an Ministern«. Angesichts der wirtschaftlichen Lage könne die SED einen solchen Luxus vor der Öffentlichkeit nicht rechtfertigen.⁸⁶ Große Unklarheit herrschte ebenfalls darüber, ob man bei den neu zu bildenden Führungsgremien überhaupt von »Regierungen« sprechen dürfe oder ob man nicht besser die bisherigen Bezeichnungen der Landes- bzw. Provinzialverwaltungen beibehalten solle. Denn eine Umbenennung würde eine Aufwertung der Kabinette nach sich ziehen. Es ließ sich nicht von der Hand weisen, dass die SED dadurch eine Stärkung der Länder und damit der föderalen Tendenzen herbeiführe – genau jener Tendenzen also, die von der Partei während des Wahlkampfs noch als »versteckter Separatismus« und »Landesverrat« gegeißelt worden waren.⁸⁷

In enger Absprache mit der SMAD erarbeitete die SED-Führung in der ersten Novemberhälfte 1946 die wesentlichen Modalitäten für die Bildung der künftigen Kabinette. Trotz der geäußerten Bedenken sollten sie als Landes- bzw. Provinzialregierungen bezeichnet werden.⁸⁸ Die Zahl der Ministerien wurde auf maximal sechs begrenzt, allerdings sollte die endgültige Größe der Kabinette von den SED-Landesleitungen ausgehandelt werden.⁸⁹ In vier der fünf Länder und Provinzen reklamierten die Einheitssozialisten für sich den Anspruch auf das Amt des Ministerpräsidenten. Lediglich in der Provinz Sachsen stand mit Erhard Hübener ein LDP-Politiker an der Spitze der Regierung.⁹⁰ Während die SED die zentralen Ressorts für die eigenen Genossen vorsah, zu denen neben dem Innenministerium auch das Kultus- sowie das Wirtschaftsressort zählten, sollten die »bürgerlichen« Parteien mit nachrangigen Ministerien versorgt werden. Zu ihnen gehörte etwa das Justizressort oder ein Ministerium

⁸⁵ Ebd., Bl. 6.

⁸⁶ Vgl. ebd., Bl. 26f.

⁸⁷ Vgl. ebd., Bl. 4f, 15f., 26f., u. 29.

⁸⁸ Vgl. K.-H. HAJNA, Die Landtagswahlen, 2000, S. 214.

⁸⁹ Rundschreiben Nr. 26/46 des SED-Zentralsekretariats an die Landes- und Provinzialvorstände der SED vom 21.11.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Nr. 1084, Bl. 119–121, bes. Bl. 120.

⁹⁰ Vgl. J. FORTZIK (Hrsg.), Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland, 2012, S. 59; C. TRITTEL, Landtagsfraktionen, 2006, S. 56.

für Landwirtschaft, Handel und Versorgung. Die Einwände von sowjetischen Stellen, dass die »bürgerlichen« Kräfte Maßnahmen zur Absicherung der Bodenreform torpedieren könnten, falls das Landwirtschaftsressort von der CDU oder der LDP geleitet würde, kamen bei den Planungen der SED nicht zum Tragen.⁹¹ Der Zuschnitt der Kabinette sollte in einer Weise erfolgen, dass die zentralen Abteilungen stets in den Händen der Einheitspartei lägen. Das galt auch für die Schlüsselpositionen in »bürgerlich« besetzten Ressorts.⁹² Folglich bestand die Strategie der SED in einer mehrfachen Einbindung der »bürgerlichen« Parteien in die Regierungsarbeit. Bevor die Landtage zu ihrer Konstituierung zusammentraten, mussten die künftigen Ministerpräsidenten die Kabinettslisten bei der SED-Führung in Berlin zur Genehmigung vorlegen.⁹³

b) Ansprüche von CDU und LDP in Brandenburg

Während die Regierungsbildung in den Ländern der SBZ insgesamt zügig voranschritt, kam es in der Provinz Mark Brandenburg hingegen zu ernststen Schwierigkeiten. Wie bereits Generalmajor Scharow Ende Oktober befürchtet hatte, zeigten sich die CDU- und die LDP-Verbände aufgrund ihres guten Abschneidens bei der Landtagswahl nicht damit einverstanden, lediglich eine nachgeordnete Rolle in der neuen Provinzialregierung zu spielen.⁹⁴ Gerade in den Reihen der CDU waren aufgrund des Wahlergebnisses die Ansprüche hoch. Als sich die Verhandlungsführer der drei Parteien und der VdgB am 27. November 1946 erstmals trafen, unterbreitete die SED ihren von der Berliner Zentrale entworfenen Vorschlag, wonach die Einheitssozialisten neben dem Amt des Ministerpräsidenten die Ministerien für Inneres, für Wirtschaftsplanung und für Volksbildung beanspruchten. Die Union sollte das Finanzministerium mit der Abteilung Gesundheitswesen sowie die Abteilungen für Handel, Versorgung und Verkehr erhalten, die man in einem Ressort zusammenzufassen gedachte. Für die LDP wurde zunächst die Einrichtung eines Ministeriums für Wiederaufbau und Umsiedlung erwogen.⁹⁵

In den folgenden Tagen schlossen sich diverse Beratungen zwischen den Vertretern der Parteien, der Provinzialverwaltung und der Militäradministra-

⁹¹ Vgl. das Schreiben von Semjon W. Tschujenkov an Wassili D. Sokolowski und Wladimir S. Semjonow vom 12.12.1946, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Bearb.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/3*, 2004, S. 75.

⁹² Rundschreiben Nr. 26/46 des SED-Zentralsekretariats vom 21.11.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Nr. 1084, Bl. 120.

⁹³ K.-H. HAJNA, *Die Landtagswahlen*, 2000, S. 214.

⁹⁴ Vgl. M. KOCH, *Landtage*, 1993, S. 329f.

⁹⁵ Bericht der CDU über die Besprechungen zur Regierungsbildung in der Mark Brandenburg, o. D. [ca. Dezember 1946], 9 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 91, o. Bl., S. 1. – Vgl. dazu auch S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 119–121.

tion an. Die Spannungen traten insbesondere bei der Größe des Kabinetts zutage. Während die SED auf dem Verhältnis 1:6 – also ein Ministerpräsident und sechs Minister – beharrte, wollten CDU und LDP nur fünf Minister einrichten. Dadurch hätte die SED auf einen Posten verzichten müssen. Diese Reduzierung wurde von der Union mit einer gerechteren Verteilung der Aufgabengebiete auf die einzelnen Minister sowie einer besseren Berücksichtigung des Wahlergebnisses begründet. Außerdem bestanden Vorbehalte gegenüber der Einrichtung eines Ministeriums für Handel und Versorgung. Die CDU befürchtete, dass durch die Ausgliederung dieser genannten Aufgabengebiete in ein eigenes Ressort der bislang dafür zuständige Vizepräsident der Provinzialverwaltung, Heinrich Rau (SED), von seinen Fehlern in der Vergangenheit entlastet und die Verantwortung dafür stattdessen auf die CDU abgewälzt würde.⁹⁶ Auf der Sitzung des Landesblockausschusses am 29. November 1946 konnte in dieser Frage keine Übereinkunft erzielt werden, weil die Vertreter der SED nicht bereit waren, auf einen Sitz im Kabinett zu verzichten und damit einer Aufwertung der »bürgerlichen« Ressorts zuzustimmen.⁹⁷ Die Stimmung zwischen den Delegationen war angespannt. Der führende Unterhändler der SED, Willy Sägebrecht, drohte der Union damit, dass, falls die Besprechungen zu keinem Ergebnis führten, man Mittel und Wege finden werde, um eine Lösung zu erzwingen, bei der »insbesondere die CDU den Kürzeren« ziehen werde.⁹⁸ Als die Verhandlungen zwei Tage später immer noch festgefahren waren, erklärte Sägebrecht, dass man notfalls ohne die Zustimmung des CDU-Landesvorstandes christdemokratische Minister benennen könne.⁹⁹ Hierdurch erhöhte sich der Druck auf die Verhandlungsdelegation der Union, die aus dem Landesvorsitzenden Wilhelm Wolf, dem Geschäftsführer der Landtagsfraktion, Hans-Paul Ganter-Gilmans, sowie dem Landesgeschäftsführer Ernst Zborowski bestand.¹⁰⁰ Während die CDU für eine Umgestaltung der künftigen Regierung eintrat, sah die SED ihre Zielsetzung darin, die Strukturen der bisherigen Provinzialverwaltung möglichst ohne Veränderungen zu übernehmen.

In dieser Pattsituation gab die SMA die weitere Richtung vor. Die sowjetischen Offiziere reagierten mit Unmut auf die »unproduktive Arbeit in den

⁹⁶ Vgl. den Bericht der CDU über die Besprechungen zur Regierungsbildung in der Mark Brandenburg, o. D. [ca. Dezember 1946], in: ACDP, 03-33, Nr. 91, o. Bl., S. 2.

⁹⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 29.11.1946, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 69f.

⁹⁸ Bericht der CDU über die Besprechungen zur Regierungsbildung in der Mark Brandenburg, o. D. [ca. Dezember 1946], in: ACDP, 03-33, Nr. 91, o. Bl., S. 2.

⁹⁹ Ebd., S. 4.

¹⁰⁰ Vgl. den Monatsbericht des CDU-Landesverbandes Brandenburg vom 5.12.1946, 6 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 1294, o. Bl., S. 6.

stundenlangen Beratungen.«¹⁰¹ Obwohl der Union offen erklärt wurde, dass die SMA die Vorstellungen der SED unterstütze, versuchte Wilhelm Wolf weiterhin, die Position der CDU bei den Verhandlungen zu wahren. So erklärte sich die Partei bereit, den Vorstellungen der SED für eine 1:6-Lösung entgegenzukommen, wenn man dafür der CDU als zweitstärkster Partei das Verwaltungsressort überließe. Um ihren Willen zur Verständigung zu untermauern, wurde dieses Angebot auf der Sitzung des Landesblockausschusses am 3. Dezember noch erweitert. Allerdings brach die SED erneut die Verhandlungen ab.¹⁰² Auch der zuständige SMA-Offizier Milchiker ließ gegenüber Wolf erkennen, dass die Besatzungsmacht einen CDU-Innenminister in Brandenburg keinesfalls akzeptieren werde.¹⁰³

Während die Beratungen im Landesblockausschuss festgefahren waren, traten sowohl die Militäradministration als auch die SED über den neuen Landtagspräsidenten Friedrich Ebert mit dem Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Gerhard Schütze, sowie mit einigen anderen Abgeordneten der Union in Kontakt, die einer Kooperation gegenüber als aufgeschlossen galten. Der SMA gelang es, mittels Drucks, wohlmeinender Worte und materieller Vergünstigungen einen Keil in die Landesführung der CDU zu treiben.¹⁰⁴ Auf der nächsten Sitzung des Landesblockausschusses am 4. Dezember wurde der Widerstand der Union vollends gebrochen. Durch das Abweichen Gerhard Schützes ging nicht nur die bestehende einheitliche Linie der CDU verloren. Auch die LDP, die sich in den Verhandlungen bislang zurückgenommen hatte, signalisierte, dass sie nun bereit sei, dem SED-Vorschlag zuzustimmen. Pikanterweise ging diese Ankündigung auf den Fraktionsvorsitzenden der LDP im Landtag, Walter Kunze, zurück, der einige Tage später zum Finanzminister berufen wurde. Außerdem stellten die Einheitssozialisten eine einvernehmliche Lösung bei der Besetzung der leitenden Verwaltungsstellen in den Ministerien in Aussicht. Damit wurde der Position Wolfs endgültig die Grundlage entzogen, so dass die CDU schließlich nachgab.¹⁰⁵ Die Parteibasis reagierte hingegen mit Unverständnis auf das »Einknicken« ihres Landesvorstands.¹⁰⁶

¹⁰¹ Bericht der CDU über die Besprechungen zur Regierungsbildung in der Mark Brandenburg, o. D. [ca. Dezember 1946], in: ACDP, 03-33, Nr. 91, o. Bl., S. 4.

¹⁰² Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 3.12.1946, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 70f; Aktennotiz vom 4.12.1946, 8 Uhr, in: ACDP, 03-33, Nr. 91, o. Bl.; Bericht der CDU über die Besprechungen zur Regierungsbildung in der Mark Brandenburg, o. D. [ca. Dezember 1946], in: ebd., o. Bl., S. 6f.

¹⁰³ Ebd., o. Bl., S. 5.

¹⁰⁴ Tagebucheintrag Friedrich Eberts zum 4.12.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4192, Nr. 9, Bl. 13rs.; S. CREUZBERGER, Besatzungsmacht, 1996, S. 121.

¹⁰⁵ Bericht der CDU über die Besprechungen zur Regierungsbildung in der Mark Brandenburg, o. D. [ca. Dezember 1946], in: ACDP, 03-33, Nr. 91, o. Bl., 8f.

¹⁰⁶ Monatsbericht des CDU-Landesverbands Brandenburg für den Monat Dezember 1946 vom 6.1.1947, in: ACDP, 07-11, Nr. 1294, o. Bl., S. 3.

Obwohl sich die SED mit ihren Vorstellungen durchgesetzt hatte, brach bei der geplanten Besetzung der Ministerposten erneuter Streit aus. Er entzündete sich in erster Linie an Bernhard Bechler, der für die weitere Leitung des Verwaltungs- bzw. Innenresorts vorgesehen war. Insbesondere die LDP zeigte sich über diese Benennung in höchstem Maße verärgert, denn Bechlers unrühmliche Rolle als Landeswahlleiter in der »Affäre Falk« war noch gut in Erinnerung. Die Liberaldemokraten hatten aufgrund der schlechten Erfahrungen mit Bechler Ende Oktober sogar den Entschluss gefasst, alles zu tun, um ihn »nunmehr unschädlich zu machen«. ¹⁰⁷ Sie stellten die ultimative Forderung, den umstrittenen Politiker nicht mehr für die neue Regierung zu berücksichtigen. Allerdings schritt hier die Propagandaabteilung der SMA ein, so dass sich LDP und CDU, die ebenfalls arge Bedenken gegen Bechler hatte, gezwungen sahen, ihren Widerstand aufzugeben. ¹⁰⁸ Als während der zweiten Landtagsitzung am 6. Dezember 1946 die Wahl Carl Steinhoffs zum Ministerpräsidenten stattfand, erhielt er nur 91 der 100 möglichen Stimmen. Fünf Abgeordnete waren der Abstimmung entweder fern geblieben oder sie hatten keinen Zettel abgegeben, außerdem wurden zwei Enthaltungen und zwei ungültige Stimmen gezählt. Das Ergebnis war als ein Signal des Unmutes in den Reihen der »bürgerlichen« Fraktionen zu bewerten. ¹⁰⁹ In der darauffolgenden Sitzung am 18. Dezember gab Steinhoff vor dem Parlament seine erste Regierungserklärung als Ministerpräsident ab. Zudem stellte er die Kandidaten für sein Kabinett vor, über das der Landtag an diesem Tag entscheiden sollte. Bei der Nennung von Bechlers Namen brach im Plenum Unruhe aus. Deutlich waren einzelne »Hört, hört!«-Rufe zu vernehmen. Gleichwohl blieb Steinhoff die Zustimmung aller Fraktionen zur neuen Regierungsmannschaft nicht verwehrt. ¹¹⁰

c) Streit um das Volksbildungsministerium in Thüringen

Obwohl die Regierungsbildung in Thüringen nicht von solchen großen Schwierigkeiten überschattet wurde wie in der Mark Brandenburg, so verlief sie ebenfalls keineswegs reibungslos. Beabsichtigte die SED zunächst die Einrichtung eines fünfköpfigen Kabinetts, welchem neben dem Ministerpräsidenten vier Minister angehören sollten ¹¹¹, wurde Ende November die Anzahl der Ressorts nach der Vorgabe der Berliner Parteizentrale schließlich auf sechs erhöht. Die

¹⁰⁷ Niederschrift über die Tagung der Bezirks- und Kreisverbandsvorsitzenden der LDP Brandenburg am 25.10.1946, 4 S., in: ADL, L5, Nr. 50, o. Bl., S. 3.

¹⁰⁸ S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 121.

¹⁰⁹ Landtag Brandenburg, 1. WP, 2. Sitzung am 6.12.1946, in: AVLTB/1, S. 9–12, bes. S. 9.

¹¹⁰ Landtag Brandenburg, 1. WP, 3. Sitzung am 18.12.1946, in: ebd., S. 13–18, bes. S. 13 u. 24.

¹¹¹ Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 5.11.1946, in: ThHStAW, BPA Erfurt IV/2/2/3-030, Bl. 81–85, bes. Bl. 82f.

dahinter stehende Strategie unterschied sich nicht von jener in den anderen Ländern: Für sich selbst reklamierte die SED die Ministerien für allgemeine Verwaltung, Wirtschaftsplanung und Volksbildung. Der LDP sollten das Finanz- und das Justizministerium angeboten werden, der CDU das Ministerium für Handel und Versorgung.¹¹² Auch hier galt, dass die Einheitssozialisten neben den politisch entscheidenden Ressorts auch jene Abteilungen aus den anderen Ressorts herauszunehmen gedachten, die besondere Beachtung verdienten. Den »bürgerlichen« Parteien wollte man hingegen die Randbereiche der Landespolitik überlassen.¹¹³

Obwohl die LDP und die CDU den Vorschlägen der SED angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Landtag offen gegenüberstanden, entwickelte sich um die Personalbesetzung eine intensive Diskussion. In der CDU bestanden große Vorbehalte gegenüber dem Leiter des Landesamtes für Volksbildung, Walter Wolf (SED). Nach den Vorstellungen der Einheitspartei sollte er der neuen Regierung weiterhin angehören.¹¹⁴ Jedoch war die Meinung über Wolf in der Union denkbar schlecht. Man warf ihm vor, eine einseitige Personalpolitik zu betreiben und persönlich unzuverlässig zu sein. Wolfs Amtsführung gegenüber den Mitarbeitern der Landesverwaltung und den Schulräten und Schulleitern sei »rein diktatorisch, nach dem bisherigen Führerprinzip«.¹¹⁵ Die CDU war deshalb nicht bereit, ihm die Stimme zu geben. Am Abend vor der Landtagssitzung, die für den 4. Dezember angesetzt war und auf der über das Kabinett abgestimmt werden sollte, richtete der Fraktionsführer der Union, Georg Grosse, ein Schreiben an den Landespräsidenten Paul, in welchem er die Absicht mitteilte, dass man ihn nur dann zum Ministerpräsidenten wählen werde, wenn die SED die Kandidatur Wolfs zurückziehe.¹¹⁶

In der LDP galt Walter Wolf ebenfalls als untragbar. In der Landtagsfraktion war zu vernehmen, dass man in der eigenen Wählerschaft kein Verständnis finden würde, falls man der Ernennung zustimme. Wolf sei nicht die geeignete Person, ein Ministerium zu führen, welches bereits Goethe geleitet hatte.¹¹⁷ Allerdings ließ die SED klar erkennen, dass sie nicht bereit war, auf Wolf zu ver-

¹¹² Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 28.11.1946, in: ebd., Bl. 96–98, bes. Bl. 96.

¹¹³ Aktenvermerk über eine Besprechung zwischen Generalmajor Iwan W. Smirnow und dem Landespräsidenten Rudolf Paul vom 27.11.1946, verf. am 28.11.1946, in: ThHStAW, Land Thüringen, Büro des Ministerpräsidenten, Nr. 514, Bl. 184–186, bes. Bl. 184f.

¹¹⁴ Niederschrift über die Sitzung des CDU-Landesvorstands Thüringen am 3.12.1946, 2 S., in: ACDP, 03–31, Nr. 161, o. Bl., S. 1f.

¹¹⁵ Aktenvermerk vom 2.12.1946, 2 S., in: ebd., o. Bl.

¹¹⁶ Schreiben von Georg Grosse an den Landespräsidenten Rudolf Paul vom 3.12.1946, abgedr. in: Thüringer Landtag, 1. WP, 3. Sitzung am 4.12.1946, in: AVThLT/I.1, S. 369–379, bes. S. 372.

¹¹⁷ Niederschrift über die Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 3.12.1946, verf. am 9.12.1946, 6 S., in: ADL, L 5, Nr. 618, o. Bl., S. 3.

zichten.¹¹⁸ Weil sich die beiden »bürgerlichen« Parteien zunächst in der Sache einig zeigten und davor standen, die Regierungsbildung zu blockieren, bot die SED in einem interfraktionellen Gespräch an, Wolf in absehbarer Zeit von seinem Amt abzurufen. Nach außen hin müsse im Augenblick allerdings die Einmütigkeit zwischen den antifaschistischen Parteien zum Tragen kommen, so dass es nicht möglich sei, auf ihn zu verzichten.¹¹⁹

In der zweiten Sitzung des Landtags am 4. Dezember überschlugen sich vormittags die Ereignisse. Als zunächst die erste Lesung des »Gesetzes über die Bildung einer Regierung des Landes Thüringen« anstand, mit dem die rechtlichen Grundlagen dafür geschaffen wurden, den Ministerpräsident zu wählen und sein Kabinett bestätigen zu können, stellte Georg Grosse für die CDU den Änderungsantrag, in das Gesetz einen zusätzlichen Passus aufzunehmen, wonach die Bestätigung der Minister vom Landtag jederzeit widerrufen werden könnte. Mit diesem Zusatz wollte die Unionsfraktion eine Möglichkeit schaffen, um durch eine parlamentarische Mehrheit den umstrittenen Ministerkandidaten Wolf im Nachhinein doch noch stürzen zu können. Es handelte sich also um eine Art Versicherung gegenüber den Zusagen der SED. Außerdem beantragte Grosse die Aufnahme des freiwilligen Gottesbezuges in die Eidesformel der Regierungsmitglieder. Während der letztgenannte Teil des Antrags in der zweiten Lesung, die sich direkt an die erste anschloss, bei Stimmenthaltung der SED Eingang in das Gesetz fand, ging Landtagspräsident Frölich über den entscheidenden Punkt des Änderungsantrags der CDU – nämlich die Schaffung einer Widerrufsmöglichkeit für das Parlament – einfach hinweg.¹²⁰ Bei der anschließenden Wahl Rudolf Pauls zum Ministerpräsidenten gab die CDU-Fraktion ihre bisherige resolute Haltung auf. Sie war nicht mehr bereit, ihrer Ankündigung vom Vortag bezüglich einer Stimmenthaltung Taten folgen zu lassen. Dieses offenkundige Zurückweichen versuchte der CDU-Abgeordnete Hugo Dornhofer zu einem »ganz besondere[n] Vertrauensbeweis« für den bisherigen Amtsinhaber sowie zu einem Bekenntnis der Union zur Zusammenarbeit umzudeuten. Paul wurde einstimmig vom Landtag zum neuen Regierungschef gewählt.¹²¹

In der Mittagspause, die zwischen der zweiten und der dritten Sitzung des Parlaments lag, wurde in den »bürgerlichen« Fraktionen über die eigene Strategie

¹¹⁸ Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 28.11.1946, in: ThHStAW, BPA Erfurt IV/2/2/3-030, Bl. 96; Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 3.12.1946, in: ebd., Bl. 106.

¹¹⁹ Niederschrift über die Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 3.12.1946, in: ADL, L 5, Nr. 618, o. Bl., S. 4; vgl. auch H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 23.

¹²⁰ Thüringer Landtag, 1. WP, 2. Sitzung am 4.12.1946, 10:00 Uhr, in: AVThLT/I.1, S. 359–368, bes. S. 362f.

¹²¹ Ebd., S. 364.

bei der bevorstehenden Wahl und Vereidigung des Kabinetts diskutiert. Eine direkte Absprache zwischen der CDU und der LDP fand allerdings nicht statt, was sich im Nachhinein als ein kapitaler Fehler herausstellen sollte. Denn bei den Liberaldemokraten kam aufgrund des inkonsequenten Verhaltens der Union bei der Abstimmung zuvor Unsicherheit auf, ob man im Zweifelsfall auf die Fraktion zählen könne oder nicht. Zudem konnte man nicht die Sorge von der Hand weisen, dass die SED mit Unterstützung der SMA eine Regierung ohne Beteiligung der LDP bilden könnte. So entschlossen sich die Liberaldemokraten, ihre ablehnende Haltung gegenüber dem designierten Volksbildungsminister Walter Wolf aufzugeben.¹²² Währenddessen wurde in der CDU-Fraktion die Möglichkeit erwogen, im Plenum einen Antrag auf Einzelabstimmung bei der Regierungsbildung zu stellen. Hierdurch wäre es der Partei möglich gewesen, Wolf nicht das Vertrauen aussprechen zu müssen, ohne sich dadurch gegen das ganze Kabinett zu stellen. Denn letzterem wollte man durchaus die Zustimmung geben. Allerdings war es angesichts der Machtverhältnisse äußerst fraglich, ob ein solcher Antrag im Landtag überhaupt eine Mehrheit bekommen würde. Letztlich setzten sich die pragmatischen Stimmen in der Fraktion durch. Im Interesse einer gedeihlichen Blockpolitik nahm die CDU von ihrem Vorhaben Abstand. In der Nachmittagssitzung des Landtags stimmten sowohl die Liberaldemokraten als auch die Christlichen Demokraten der eingereichten Kabinettsliste zu. Dessen ungeachtet gaben beide Parteien Erklärungen ab, in denen sie ihre großen Bedenken gegenüber dem Volksbildungsminister noch einmal bekräftigten.¹²³

3. Der Griff der SED nach Schlüsselpositionen

a) Vorgaben aus Berlin

Die Enttäuschung in den Reihen der SED über das Ergebnis bei den Landtagswahlen währte nur kurz. Noch während die parteiinternen Analysen zum Ausgang des Votums erarbeitet wurden, stellte sich die Führungsspitze um Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht und Otto Grotewohl der Aufgabe, aus dem Resultat die notwendigen Schlüsse für die bevorstehende Arbeit in den Landesparlamenten zu ziehen. Ziel musste es sein, trotz der abweichenden Mehrheitsverhält-

¹²² Niederschrift über die Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 3.12.1946, in: ADL, L 5, Nr. 618, o. Bl., S. 4f.

¹²³ Thüringer Landtag, 1. WP, 3. Sitzung am 4.12.1946, 14:30 Uhr, in: AVThLT/I.1, S. 369–379, bes. S. 372f. – Vgl. auch die Niederschrift über die Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 3.12.1946, in: ADL, L 5, Nr. 618, o. Bl., S. 5; H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 23.

nisse weiterhin den entscheidenden Einfluss auf den Gang der Entwicklung in der SBZ nehmen zu können und die eigene Machtposition auszubauen. In den rund vier Wochen, die zwischen den Wahlen und den konstituierenden Sitzungen der Parlamente lagen, beschäftigten sich die zuständigen Abteilungen beim Zentralsekretariat intensiv damit, eine passende Strategie zu entwickeln, die zu den genannten Zielen führen sollte. In einer Vorlage für das Zentralsekretariat erläuterte Helmut Lehmann die künftigen Grundprinzipien für die Landtagsarbeit. Um in den Parlamenten eine einheitliche Politik umzusetzen, sei es wichtig, dass das Sekretariat einen »bestimmenden Einfluss« auf die Landtagsfraktionen ausübe und ihnen die notwendigen Hilfestellungen gebe. Außerdem sollten die SED-Fraktionen die Tribüne der Landtage nutzen, um »die Tätigkeit der Partei auf den verschiedensten Gebieten der Öffentlichkeit bekanntzugeben«. Lehmann schwebte also vor, die Parlamente ähnlich wie in der Weimarer Republik als ein Forum der Agitation zu gebrauchen, um mit der Besetzung populärer Themen für die SED zu werben.¹²⁴

Die inhaltliche Ausrichtung der Landtagsfraktionen auf die Vorgaben aus der Parteizentrale wurde in mehreren Schritten gewährleistet. Die beiden Abteilungen für Kommunalpolitik sowie für Landespolitik beim Zentralsekretariat fungierten als die Stellen, welche die Arbeit der Partei in den Parlamenten vorbereiteten und sie im organisatorischen Sinne koordinierten.¹²⁵ So handelte es sich bei den von den SED-Fraktionen in die Landtage eingebrachten Anträgen für die Landesordnungen, Kreis- und Gemeindeordnungen um Entwürfe, die von diesen Abteilungen ausgearbeitet worden waren.¹²⁶ Auch der größte Teil der folgenden Gesetzesinitiativen hatte seinen Ursprung im Zentralsekretariat und wurde dann an die Fraktionen zur Einbringung in die Parlamente weitergereicht. In der Regel waren die entsprechenden Abteilungen bei den Landesvorständen mit eingebunden.¹²⁷ Gegenüber Generalleutnant Viktor I. Makarow, dem Nachfolger Bokows als Leiter des Militärrats bei der SMAD, betonte Walter Ulbricht, dass man parteiintern eine solche Regelung getroffen habe, »daß alle wichtigen Gesetze, die in den Landtagen eingebracht werden, vorher bei uns in der Abteilung Landespolitik bestätigt werden müssen«.¹²⁸

¹²⁴ Vorlage von Helmut Lehmann für das Zentralsekretariat der SED vom 6.12.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13, Nr. 219, Bl. 28f.

¹²⁵ Vgl. die handschriftliche Notiz von Otto Grotewohl vom 29.1.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Nr. 1085, Bl. 83vs + rs.

¹²⁶ Siehe dazu ausführlich S. 192–195.

¹²⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Brandenburg vom 6.1.1947, verf. am 11.1.1947, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 23, Bl. 1–3; Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Brandenburg vom 13.1.1947, verf. am 14.1.1947, in: ebd., Bl. 4–7.

¹²⁸ Schreiben von Walter Ulbricht an Wassili J. Makarow, o.D. [ca. Dezember 1946], in: SAPMO-BArch, NY 4090, Nr. 314, o. Bl.

Um die einheitliche Linie zu gewährleisten, hatte die Parteiführung bereits während der Wahlkampagne den Entschluss gefasst, dass jeweils zwei bis drei Mitglieder des Zentralsekretariats den künftigen Fraktionen in den Landtagen angehören sollten.¹²⁹ Damit wurde die Summe der Mitglieder dieses für das Tagesgeschäft der Partei außerordentlich wichtigen Gremiums zu einer Art kollektiver Kontroll- und Clearinginstanz für die Tätigkeit der Fraktionen. Wie dieses System funktionierte, verdeutlichte sich am Beispiel Wilhelm Piecks: Der SED-Vorsitzende war als Kandidat sowohl für den brandenburgischen als auch den thüringischen Landtag aufgestellt worden. Nach der Wahl lehnte er allerdings das Mandat in Weimar ab.¹³⁰ Trotz seiner herausragenden Stellung bekleidete Pieck im Provinziallandtag der Mark Brandenburg bis zu seiner Mandatsaufgabe im Dezember 1949 formal lediglich die Funktion eines einfachen Abgeordneten.¹³¹ Er war weder Mitglied des Präsidiums, noch des Ältestenrats. Pieck gehörte zwar dem Rechts- und Verfassungsausschuss an, übte dort aber keine dominierende Rolle aus. Als Redner der SED-Fraktion im Plenum trat er kaum in Erscheinung. Dies alles täuschte jedoch über seinen tatsächlichen Einfluss hinweg. Weniger *primus inter pares* denn eine Art »graue Eminenz«, die aus dem Hintergrund lenkte, unterhielt Wilhelm Pieck enge Kontakte zu den leitenden Funktionären. Mit dem Landes- und Fraktionsvorsitzenden Willy Sägebrecht stand er in einem ständigen Austausch.¹³² Gleiches galt für Innenminister Bechler.¹³³ Regelmäßig fanden im Anschluss an die Plenarsitzungen Gespräche zwischen dem Parteivorsitzenden und Landtagspräsident Friedrich Ebert statt, in denen sich die beiden über die aktuellen Fragen und Probleme des Parlamentsbetriebs berieten.¹³⁴ Wie fest die Bindungen des Zentralsekretariats an die Landesparlamente tatsächlich waren, bezeugte auch der Umstand, dass die Parteiführung den Mitgliedern des Sekretariats Anfang November 1946 die Anweisung gab, über die Fraktionen dafür Sorge zu tragen, dass die Tagungen

¹²⁹ Protokoll der Sitzung des SED-Zentralsekretariats am 19.9.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 33, Bl. 1; vgl. auch die Notiz über die Vertreter des Zentralsekretariats der SED in den Landtagen, o. D. [Ende 1946], in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13, Nr. 219, Bl. 163.

¹³⁰ Erklärung Wilhelm Piecks an den Landeswahlleiter für Thüringen, Ernst Busse, vom 11.11.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 757, Bl. 4; Schreiben von Ernst Busse an Landespräsident Rudolf Paul vom 15.11.1946, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 31, o. Bl.

¹³¹ Schreiben Wilhelm Piecks an den SED-Landesvorstand Brandenburg vom 13.12.1949, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 57, Bl. 361.

¹³² Vgl. die Erinnerungen von Willy Sägebrecht, 1965, in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 1276/2, Bl. 522f.; *DERS.*, Nicht Amboss, sondern Hammer sein, 1968, S. 364f.; Rede Bernhard Bechlers auf der Festveranstaltung anlässlich des 40. Jahrestages des Staatsarchivs Potsdam am 15.6.1989, in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 2204, Bl. 6–13, bes. Bl. 12.

¹³³ B. BECHLER, Erinnerungen an Wilhelm Pieck in Kunowo, Moskau und Krasnogorsk und im Brandenburgischen Landtag, 1943–1945, 1946, in: ebd., Bl. 1–2, bes. Bl. 2.

¹³⁴ Erinnerungen von Marie Ebert an Friedrich Ebert. Ergänzungen 1934–1969, o. D., in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 1993, Bl. 104–149, bes. Bl. 135.

der Landtage immer mittwochs und donnerstags stattfänden. Damit sollten die Plenarsitzungen von den Besprechungen des Zentralsekretariats, die normalerweise für Dienstag und Freitag angesetzt waren, eingerahmt werden.¹³⁵

Die Berliner Zentrale der Einheitspartei entwarf im November 1946 für die Landtage einen Plan, nach welchem die konstituierenden Sitzungen sowie die folgenden Beratungen ablaufen sollten. In einem Rundschreiben an die Landes- und Provinzialvorstände vom 15. November 1946 wurde ausdrücklich betont, dass die erste Sitzung der Parlamente einen feierlichen Charakter tragen müsse. Deshalb sollte noch nicht der Antrag für die Landesordnung eingebracht werden. Ebenso dürften die Wahl der Regierung sowie die Zusammenstellung der Ausschüsse erst in der zweiten Sitzung erfolgen. Die Zeit, die zwischen der ersten und der zweiten Sitzung liege, sei für Verhandlungen mit den anderen Parteien zu nutzen. Ausführlich beschäftigte sich das Schreiben mit dem Ablauf der konstituierenden Sitzung, die bis in die Details vorbereitet wurde.¹³⁶ Dass die SED dabei eng mit der SMAD zusammenarbeitete, wurde aus dem Umstand ersichtlich, dass Marschall Sokolowski erst am 15. November 1946 die Genehmigung zur Aufnahme der Tätigkeit der Landtage erteilte. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Einheitssozialisten die wichtigsten inhaltlichen Vorgaben und personellen Entscheidungen für die künftigen Landesparlamente durchgesetzt oder sie zumindest vorbereitet.¹³⁷

Besonderen Wert legte die Parteiführung darauf, dass in allen Landtagen während der ersten Sitzung eine »Erklärung über die Demokratisierung und die Einheit Deutschlands« im Namen aller Parteien verabschiedet wurde. Die Erklärung war auf Anregung des Zentralsekretariats erarbeitet worden und verpflichtete die Abgeordneten auf die Fortführung der Blockpolitik in den Parlamenten.¹³⁸ Außerdem forderte die Deklaration die Parteien dazu auf, gegen »separatistische, partikularistische oder föderalistische Sonderbestrebungen« und für die Schaffung einer »höheren staatlichen Einheit, die Deutschland heisst und in der die Länder und Provinzen die lebensvollen Glieder des Staates sind«, einzutreten. Die Sprachregelung entsprach vollständig dem von der

¹³⁵ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats der SED am 14.11.1946, in: SAPMO-BArch DY 30/IV 2/2.1, Nr. 47, Bl. 1–2, bes. Bl. 2.

¹³⁶ Rundschreiben an die Landes- und Provinzialvorstände der SED vom 15.11.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 747, Bl. 5f. Auch enthalten in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13, Nr. 219, Bl. 32f. – Vgl. den Aktenvermerk über ein Telefonat mit Major Babenko vom 18.11.1946, in: ThHStAW, Land Thüringen, Büro des Ministerpräsidenten, Nr. 514, Bl. 210f.

¹³⁷ K.-H. HAJNA, Die Landtagswahlen, 2000, S. 216.

¹³⁸ Stenografische Niederschrift über die Sitzung der Vertreter der Bezirke am 31.10.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1.01, Nr. 21, Bl. 3; Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats der SED am 28.10.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 42, Bl. 1f., bes. Bl. 1; Schreiben von Walter Ulbricht an Fjodor J. Bokow und Sergei I. Tjulpanow vom 29.10.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Nr. 1192, Bl. 97.

Einheitspartei im Wahlkampf verfolgten deutschlandpolitischen Kurs.¹³⁹ Auch war die inhaltliche Nähe zu dem von den Einheitssozialisten erarbeiteten gesamtdeutschen Verfassungsentwurf nicht zu verkennen. Das Zentralsekretariat erließ die Anweisung, dass die Erklärung zunächst als Entwurf der SED in die Landesblockausschüsse eingebracht werden sollte, um dann als eine gemeinsame Resolution der Parteien von den Landtagsfraktionen beschlossen zu werden.¹⁴⁰ Der Text, so hieß es in dem dazugehörigen parteiinternen Rundschreiben, durfte höchstens stilistisch bearbeitet werden. Veränderungen am Inhalt waren nicht gestattet.¹⁴¹ Tatsächlich gelang es der SED in den Landesblockausschüssen, die Erklärung ohne wesentliche Eingriffe in das Gewand eines gemeinsamen Antrags der Parteien zu kleiden. In Thüringen wurde sogar eine Studienkommission zusammengestellt, die nach Wiesbaden entsandt wurde, um sich dort in Gesprächen mit Vertretern des hessischen Parlaments über die Sicherung der Einheit Deutschlands zu beraten.¹⁴² Sowohl die Fraktionen im Potsdamer als auch im Weimarer Landtag demonstrierten überparteiliche Eintracht, als sie die Erklärungen in ihren konstituierenden Sitzungen annahm. Allerdings kam der CDU-Abgeordnete Georg Grosse, der in Thüringen im Namen seiner Fraktion zur Erklärung Stellung nahm, nicht umhin, noch einmal auf die Diffamierung der Union während des Wahlkampfes gerade aufgrund ihrer deutschlandpolitischen Programmatik hinzuweisen. Mit Blick auf seinen Vorredner Heinrich Hoffmann von der SED, der in einer überaus langatmigen Rede seine Partei als »die fanatischste Verfechterin des Einheitsgedankens und die entschiedenste Gegnerin jedes Föderalismus und Separatismus« bezeichnet hatte, entgegnete Grosse, dass nach den Erfahrungen mit der NS-Herrschaft totalitäre Ideen sich am leichtesten in einem Staat mit zentralistischer Prägung durchsetzen würden. Trotz der nach außen betonten Harmonie waren die gegensätzlichen Positionen also deutlich vernehmbar.¹⁴³

¹³⁹ Erklärung über die Demokratisierung und über die Einheit Deutschlands vom 8.11.1946, in: SAPMO-BArch DY 30/IV 2/2.1, Nr. 45, Bl. 5f.

¹⁴⁰ Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats der SED am 8.11.1946, in: ebd., Bl. 1–4, bes. Bl. 1.

¹⁴¹ Rundschreiben des Zentralsekretariats der SED an die Landes- und Provinzialvorstände vom 9.11.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 747, Bl. 2.

¹⁴² Schreiben von Werner Eggerath an Präsidialdirektor Hans Staas vom 15.11.1946, in: ThHStAW, Land Thüringen, Büro des Ministerpräsidenten, Nr. 660, Bl. 96. – Vgl. auch das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 19.11.1946, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 64–67; Antrag des Antifaschistisch-demokratischen Einheitsblocks der Provinz Mark Brandenburg für die konstituierende Sitzung des Landtags der Mark Brandenburg, o. D. [19. 11.1946], abgedr. in: ebd., S. 67f.

¹⁴³ Thüringer Landtag, 1. WP, 1. Sitzung am 21.11.1946, in: AVThLT/I.1, S. 355 u. 357; Landtag Brandenburg, 1. WP, 1. Sitzung am 22.11.1946, in: AVLTB/I, S. 5–7.

b) Landtagspräsidenten

Es entsprach ganz der Logik der beschriebenen Strategie, dass die SED in ihrem Bestreben, sich die Schlüsselstellungen in der Landespolitik zu sichern, gleichfalls die Posten der Landtagspräsidenten für sich beanspruchte.¹⁴⁴ Dieser Schritt war leicht nachvollziehbar: Aus den parlamentarischen Traditionen heraus, die sich mit der Entwicklung der landständischen Vertretungen in den deutschen Einzelstaaten und der provinziellen Selbstverwaltung in Preußen seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts herausgebildet hatten, war in den Jahren der Weimarer Republik die zentrale Stellung des Parlamentspräsidenten festgeschrieben worden. In dem Amt liefen die Fäden des parlamentarischen Betriebes zusammen. Neben der Leitung der Plenarsitzungen, die der Landtagspräsident mit Unterstützung seiner Stellvertreter auf der Grundlage der Landesverfassung sowie der Geschäftsordnung wahrnahm¹⁴⁵, führte er traditionell die Geschäfte der Volksvertretung und stand der Landtagsverwaltung vor. Ergänzt wurden seine Aufgaben mit der Repräsentation des Landtags nach außen. Das Amt eröffnete folglich zahlreiche Möglichkeiten, um auf die politische Arbeit der Landtage Einfluss zu nehmen – obwohl es zu den tradierten Gepflogenheiten ebenfalls gehörte, die Geschäftsführung einigermaßen politisch neutral auszuüben.¹⁴⁶ Den parlamentarischen Traditionen entsprach es, dass der stärksten Fraktion das Vorrecht zur Benennung des Parlamentspräsidenten vorbehalten blieb. Dieses Recht wurde der SED weder in Brandenburg noch in Thüringen streitig gemacht.

In den ersten Novembertagen 1946 fielen sowohl in Potsdam als auch in Weimar die Entscheidungen, mit Friedrich Ebert und August Frölich zwei ehemalige Sozialdemokraten für das Amt des Landtagspräsidenten vorzusehen. Dem Entschluss vorausgegangen war eine enge Absprache mit der Berliner Parteiführung.¹⁴⁷ Der Schritt erwies sich als eine gute Wahl, denn beide Männer verfügten über ein hohes Ansehen in der Landespolitik. Die großen Verdienste der Kandidaten galten über die Parteigrenzen hinweg als unbestritten. Um den Aspekt der Überparteilichkeit zu unterstreichen, handelten die Einheitssozialisten mit den Vertretern von CDU und LDP aus, dass die Nominierung Eberts

¹⁴⁴ Vgl. G. WETTIG (Hrsg.), Tjul'panov-Bericht, 2012, S. 148.

¹⁴⁵ C. Trittler, Landtagsfraktionen, 2006, S. 64.

¹⁴⁶ Vgl. H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, Land Brandenburg, 1998, S. 242. Siehe auch H. OBENAU, Anfänge des Parlamentarismus, 1984, S. 200 u. 312f.

¹⁴⁷ H. VOSSKE, Friedrich Ebert, 1987, S. 126f.; Tagebucheintragungen Friedrich Eberts zum 4., 5. und 6.11.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4192, Nr. 9, Bl. 13. – Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 5.11. 1946, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/L/2/3-030, Bl. 81–85, bes. Bl. 84; Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 19.11.1946, in: ebd., Bl. 90–93, bes. Bl. 90f.

und Frölichs nicht durch die eigenen Genossen geschehen sollte, sondern dass sie aus den Reihen des »bürgerlichen« Lagers erfolgte. In Potsdam benannte Wilhelm Wolf (CDU) auf der Sitzung des Landesblockausschusses am 19. November 1946 Friedrich Ebert für den Posten.¹⁴⁸ Während der konstituierenden Sitzung des Landtags wiederholte er diesen Vorschlag, der vom Plenum in geheimer Wahl mit 98 von 99 abgegebenen Stimmen bei einem ungültigen Votum fast einstimmig angenommen wurde.¹⁴⁹ Auch im Thüringer Landtag blieb es der zweitstärksten Kraft im Parlament, der LDP, vorbehalten, den Vorschlag für die Nominierung August Frölichs einzubringen. Hier erfolgte die Wahl per Handzeichen.¹⁵⁰

Friedrich Ebert und August Frölich verkörperten auf sehr unterschiedliche Weise die von der SED propagierten Bezüge der jungen Landesparlamente zu den demokratischen Traditionen und dem Antifaschismus. Beider Leben war in einem hohen Maße von der Arbeiterbewegung und einem stark landespolitisch ausgerichteten Engagement geprägt. Als Sohn des ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik und einstigen SPD-Vorsitzenden trat Friedrich Ebert jun., Jahrgang 1894, schon früh in die politischen Fußstapfen seines Vaters. Nach einer Buchdruckerlehre arbeitete er in den 1920er Jahren als Redakteur des *Vorwärts* sowie für den *Sozialdemokratischen Pressedienst*. Mehr als 30 Jahre betätigte er sich in der brandenburgischen Landes- und Kommunalpolitik. Zwischen 1925 und 1933 leitete Ebert als Chefredakteur die *Brandenburger Zeitung* und wurde 1927 in die Stadtverordnetenversammlung von Brandenburg an der Havel gewählt. 1929 übernahm er deren Leitung. Neben seiner Tätigkeit als Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Brandenburg-Westhavelland-Zauch/Belzig und später des Bezirksverbandes Brandenburg-Grenzmark gehörte er zwischen 1928 bis 1933 auch dem Reichstag an. Nach Hitlers Machtübernahme wurde er wie viele andere prominente Regimegegner verhaftet, offiziell in »Schutzhaft« genommen und in das Konzentrationslager Oranienburg verschleppt. Nach einer mehrmonatigen Odyssee durch verschiedene Straflager folgte Ende des Jahres seine Freilassung, woraufhin er sich, die meiste Zeit arbeitslos und unter Polizeiaufsicht stehend, mit Gelegenheitsarbeiten durchschlug. 1939 zum Kriegsdienst einberufen, übernahm er ein Jahr später eine Stelle im Reichsverlagsamt, die er bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs innehatte. Obwohl Friedrich Ebert nicht

¹⁴⁸ Protokoll über die Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 19.11.1946, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 66.

¹⁴⁹ Landtag Brandenburg, 1. WP, 1. Sitzung am 22.11.1946, in: AVLTB/1, S. 3. – Laut der Ausführungen des Alterspräsidenten Georg Schöpflin (SED) zu Beginn der Landtagssitzung fehlten zwei Abgeordnete krankheitsbedingt. Somit hätten bei insgesamt 100 gewählten Abgeordneten nur 98 Stimmzettel abgegeben werden können. Woher dieses Missverhältnis von einer Stimme bei der Wahl Eberts rührte, lässt sich im Nachhinein nicht mehr aufklären. Vgl. ebd., S. 1.

¹⁵⁰ Thüringer Landtag, 1. WP, 1. Sitzung am 21.11.1946, in: AVThLT/I.1, S. 351.

zu den Protagonisten des Widerstands gegen das NS-Regime zählte, bestanden über die Jahre hinweg doch Kontakte zu sozialdemokratischen, kommunistischen und illegalen gewerkschaftlichen Gruppen in der Reichshauptstadt.¹⁵¹

Der 1877 in dem pfälzischen Sippersfeld geborene August Frölich stammte hingegen aus kleinbäuerlichen Verhältnissen. Nach einer Ausbildung als Schlosser und Dreher trat Frölich 1893 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband bei. In dem Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg, welches das Deutsche Reich als eine Phase der Hochindustrialisierung erlebte, gelang ihm innerhalb der mächtigen Gewerkschaft ein rascher beruflicher Aufstieg. Zugleich verlagerte sich sein Wirkungsfeld zunehmend auf den mitteldeutschen Raum. Zwischen 1906 und 1918 war Frölich als Sekretär und später als Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbands in Altenburg tätig. Der SPD war er bereits 1900 beigetreten. In den letzten Jahren des Kaiserreichs Abgeordneter in der Altenburger Stadtverordnetenversammlung, übernahm er 1918 in der Residenzstadt des kleinen Herzogtums eine aktive Rolle bei der Überwindung der Monarchie und der Gründung des Freistaates Sachsen-Altenburg. An der Spitze einer Übergangsregierung aus SPD und DDP überführte er den Freistaat 1920 in das neu gegründete Land Thüringen. In den folgenden Jahren gehörte Frölich den Landeskabinetten an, zwischen 1921 und 1923 hatte er sogar den Vorsitz im Staatsministerium inne. Während der gesamten Weimarer Republik besaß Frölich ein Mandat im neu geschaffenen Thüringer Landtag. 1924 wurde er in den Reichstag gewählt. 1933 schied er dann aus der Politik aus und zog sich ins Privatleben zurück. Als bekennender Sozialdemokrat war August Frölich in den folgenden Jahren Repressionen durch die Nazis ausgesetzt. Mehrfach geriet er ins Visier der Gestapo. Nach dem Umsturzversuch am 20. Juli 1944, in den Frölich indirekt involviert war, wurde er wegen des Verdachts auf »Vorbereitung zum Hochverrat« verhaftet, kam allerdings nach einigen Wochen wieder frei.¹⁵²

Beide, Frölich und Ebert, verfügten somit über einschlägige parlamentarische Erfahrungen. Zudem strahlten sie aufgrund ihrer Werdegänge und ihrer Verdienste ein hohes Maß an Integrität aus, das seine Wirkung auch auf die Fraktionen von CDU und LDP nicht verfehlte. Die Besetzung des Amtes, von dem gemeinhin ein hohes Maß an Überparteilichkeit und politisches Understatement erwartet wurde, mit einem überzeugten Kommunisten wäre

¹⁵¹ Zur Biographie Eberts vor 1945 siehe N. PODEWIN, Ebert und Ebert, 1999, S. 324–407, R. KUBATZKI, Friedrich Ebert, 1992, S. 586–588; H. VOSSKE, Friedrich Ebert, 1987, S. 30–86.

¹⁵² J. SCHWARZ, Der Anteil des sozialistischen Landespolitikers August Frölich, 2004, S. 47–60; DERS., Die linkssozialistische Regierung Frölich in Thüringen 1923, 2000; M. WEISSBECKER, Argumente und Attacken, 2004; G. HAUTHAL/J. SCHWARZ, August Frölich, 2006; B. POST/V. WAHL (Hrsg.), Thüringen-Handbuch, 1999, S. 579–581; S. KACHEL, Ein rot-roter Sonderweg?, 2011, S. 548f. – Vgl. auch den Lebenslauf von August Frölich, o. D. [nach 1946], 2 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 71, o. Bl.

angesichts des knappen Wahlausgangs und des selbstbewussten Auftretens der »bürgerlichen« Parteien, wie es etwa in den zeitgleichen Diskussionen um die Zusammensetzung der Landeskabinette zum Ausdruck kam, kaum ohne größeren Protest durchsetzbar gewesen. Zudem schien es taktisch unklug zu sein. Der Vorschlag, ehemalige Sozialdemokraten für die Posten der Parlamentspräsidenten vorzusehen, hatte aus der Perspektive der Einheitssozialisten und der SMAD eine Alibifunktion. Oberst Tjulpanow machte auf diesen Zusammenhang aufmerksam, als er in einem anderen Kontext den Sinn und Zweck der Herausstellung ehemaliger SPD-Mitglieder in der SED beschrieb: »Von Bürgern, die sozialdemokratische und bürgerliche Ansichten zur Rolle, Bedeutung und »Erwünschtheit« einer Ordnung gleich der Weimarer Republik vertraten, wurden die Reden von Otto Grotewohl, Otto Buchwitz, Friedrich Ebert [...] und anderen ehemaligen Mitgliedern der SPD eher akzeptiert als die Reden von Mitgliedern der SED, die vordem der KPD angehört hatten.«¹⁵³

Die rechtliche Grundlage für die Arbeit und die Handlungsspielräume der Landtagspräsidenten bildeten die Landesverfassungen und die Geschäftsordnungen der Landtage. Sowohl Friedrich Ebert als auch August Frölich waren an der Ausarbeitung der Satzungen, die formal auf den inhaltlich ähnlich strukturierten Vorbildern des Reichstags sowie der Landesparlamente aus der Weimarer Republik beruhten, unmittelbar beteiligt.¹⁵⁴ Obwohl die Abteilung für Landespolitik beim Zentralsekretariat Anfang November 1946 angeregt hatte, dass die SED-Fraktionen einheitliche Anträge für die Geschäftsordnungen in die Landtage einbringen sollten und den Parteivorständen in den Ländern und Provinzen dazu entsprechende Unterlagen zugeleitet wurden, scheint es in der Praxis Schwierigkeiten mit der zonenweiten Koordinierung gegeben zu haben.¹⁵⁵ Vielmehr blieb es den parlamentarisch erfahrenen SED-Mitgliedern wie Ebert oder Frölich vorbehalten, entsprechende Leitsätze für solche Anträge aufgrund der existierenden Beispiele aus der Zeit vor 1933 zu formulieren. Es ist wahr-

¹⁵³ S. TJULPANOW, *Deutschland nach dem Kriege*, 1986, S. 185f. – Vgl. auch N. PODEWIN, *Ebert und Ebert*, 1999, S. 443f.

¹⁵⁴ Vgl. H. GOTTWALD, *Thüringer Landtag*, 1994, S. 37; K.-H. SCHÖNEBURG u. a., *Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates*, 1983, S. 114; H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, *Land Brandenburg*, 1998, S. 242. – Vgl. die beiden Korrekturfassungen der Geschäftsordnung für den Landtag Brandenburg vom 14.11.1946 und vom 31. 12.1946, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 1, Bl. 1–13 u. 14–17rs; siehe auch BLHA, Rep. 201, Nr. 2; H. VOSSKE, *Friedrich Ebert*, 1987, S. 129. – Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 5.11.1946, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/L/2/3-030, Bl. 81–85, bes. Bl. 84.

¹⁵⁵ Vgl. die Vorlage von Helmut Lehmann für das Zentralsekretariat der SED vom 6.11.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13, Nr. 219, Bl. 28; Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats der SED vom 8.11.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 45, Bl. 2; Rundschreiben Wilhelm Piecks und Otto Grotewohls vom 15.11.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13, Nr. 219, Bl. 32f.

scheinlich, dass sie dabei die Berliner Vorlagen mit berücksichtigten, sie aber keineswegs eins zu eins übernahmen. Denn nur so wird erklärbar, dass sich die Vorlagen der Einheitssozialisten für die Geschäftsordnungen in Thüringen und Brandenburg ihrem Inhalt nach zwar ähnelten, dass sie sich aber in ihrem Umfang und in ihrem Aufbau erheblich voneinander unterschieden.¹⁵⁶

Bei den Beratungen der SED-Vorlagen kam es weder in den neu eingerichteten Geschäftsausschüssen, noch in den Plenen zu größeren Diskussionen. Vielmehr stimmten die CDU- und die LDP-Vertreter den Vorlagen bis auf einige redaktionelle Eingriffe zu.¹⁵⁷ Der Thüringer Landtag verabschiedete seine Geschäftsordnung am 28. Januar 1947. In der vorausgehenden Beratung artikuliert einzig der Abgeordnete Johannes Mebus (CDU) Bedenken gegen den geplanten Paragraphen 109. In ihm war vorgesehen, dass Abweichungen von den Vorschriften der Geschäftsordnung im Einzelfall durch einen Beschluss des Landtags möglich seien, sofern dadurch nicht die Bestimmungen der Landesverfassung verletzt würden. Die Christdemokraten befürchteten, dass infolge einer solchen Regelung die einfache Mehrheit einer Partei – gemeint war die SED – die Geschäftsordnung quasi durch die Hintertür aushebeln könnte. Man erinnerte sich an die Erfahrungen aus der Endphase der Weimarer Republik, als genau das in den Parlamenten mehrfach geschehen war. Aus diesem Grund schlug Mebus vor, die Regelung des Paragraphen 109 soweit einzuschränken, dass eine Minderheit von einem Zehntel der Stimmen der Abgeordneten ausreiche, um eine Außerkraftsetzung der Geschäftsordnung zu verhindern. In seiner Gegenrede führte Fritz Heilmann (SED) aus, dass keine Fälle einträten, in denen durch einen Mehrheitsbeschluss »eine Minderheit geschäftsordnungsmäßig vergewaltigt« werde. Diese Zeiten seien vorbei. Während der anschließenden Einzelabstimmung über die Paragraphen echauffierte sich der SED-Fraktionsvorsitzende

¹⁵⁶ Als Vorbilder siehe z. B. die Geschäftsordnung für den Reichstag vom 12.12.1922, in: BUERAU DES REICHSTAGES (Hrsg.), Reichstags-Handbuch, 1924, S. 71–121. – Vgl. den Antrag der SED-Landtagsfraktion Brandenburg für eine Geschäftsordnung für den Landtag der Mark Brandenburg vom 28.11.1946 (Drucksache Nr. 4), in: AVLTB/2, S. 4–11; Geschäftsordnung für den Landtag der Mark Brandenburg vom 19.12.1946, abgedr. in: W. E. BURHENNE (Hrsg.), Die Verfassungen und Landtags-Geschäftsordnungen, 1990, S. 22–31; Geschäftsordnung für den Thüringer Landtag vom 28.1.1947, in: ebd., S. 143–163. – Eine andere Position vertritt G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 99.

¹⁵⁷ Protokoll über die Sitzung des Geschäftsausschusses des Landtags Brandenburg am 11.12.1946, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 149, Bl. 34–36; Landtag Brandenburg, 1. WP, 2. Sitzung am 6.12.1946, in: AVLTB/I, S. 10; Landtag Brandenburg, 1. WP, 4. Sitzung am 19.12.1946, in: ebd., S. 29–38, bes. S. 29–32. – Bericht des Geschäftsausschusses des Thüringer Landtags vom 10.1.1947, 4 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 101, o. Bl.; Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags vom 28.1.1947, verf. am 31.1.1947, 2 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl., S. 1; vgl. die beiden Abänderungsanträge der CDU-Landtagsfraktion Thüringen vom 27.1.1947, in: ebd.; Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 27.1.1947, 4 S., in: ADL, L 5, Nr. 618, o. Bl., S. 1.

Heilmann dermaßen, dass er sogar das Demokratieverständnis der Unionsabgeordneten in Frage stellte. Daraufhin rief ihn Landtagspräsident Frölich zur Ordnung. Die CDU scheiterte hingegen mit ihrem Antrag. Insgesamt konnten die Einheitssozialisten mit der Durchsetzung ihres Entwurfs sehr wohl zufrieden sein. Frölich stellte die einvernehmliche Annahme der Geschäftsordnung fest.¹⁵⁸

In Brandenburg verlief die endgültige Abstimmung am 19. Dezember hingegen nicht so glimpflich. Vielmehr wurde die Geschäftsordnung dort mit insgesamt zehn Gegenstimmen angenommen. Das erklärte sich hauptsächlich aus dem Umstand, dass sich die kleine Fraktion der VdgB aufgrund der Bestimmung, dass erst ab einer Größenordnung von zehn Abgeordneten die Möglichkeit bestand, einen eigenen Antrag im Plenum einzubringen, in ihren Rechten stark eingeschränkt sah.¹⁵⁹ Darüber hinaus existieren Belege dafür, dass in den Reihen der CDU, namentlich bei dem Rechts- und Verfassungsexperten der Union, Franz Schleusener, Vorbehalte gegen die Geschäftsordnung bestanden. Insofern scheint es naheliegend, dass eine der mehrmals auftretenden Gegenstimmen bei der Einzelabstimmung über die Paragraphen, die im stenografischen Bericht festgehalten sind, auf ihn zurückging. Obwohl Schleusener sich bei der Beratung dieses wichtigen Tagespunktes ordnungsgemäß zu Wort meldete, wurde er von Friedrich Ebert, der den Vorsitz führte, übergangen.¹⁶⁰

Fragt man nun nach den tatsächlichen politischen Einflussmöglichkeiten der Landtagspräsidenten, so fällt das Urteil sehr widersprüchlich aus. Auf der einen Seite war ihr formaler Handlungsspielraum bedeutsam. Die in den Geschäftsordnungen und in den Verfassungen festgelegten Rechte eröffneten den Parlamentspräsidenten weitreichende Befugnisse hinsichtlich der Einwirkung auf den Geschäftsgang der Volksvertretungen. In den Ordnungen für den brandenburgischen und den Thüringer Landtag wurde im Präsidium sowie im Ältestenrat die Leitung des Landtagspräsidenten festgeschrieben. Die brandenburgische Geschäftsordnung räumte ihm darüber hinaus ein beratendes Stimmrecht in allen Ausschüssen ein. Das bot die Chance, ungeachtet der schwierigen Mehrheitsverhältnisse zu Gunsten der SED Einfluss nehmen zu können.¹⁶¹ Somit ermöglichte die Besetzung des Amtes »die endgültige Absicherung der Linie der Einheitspartei«. ¹⁶² Gleichzeitig war die Macht der Parlamentspräsidenten starken Einschränkungen unterworfen. Diese wurden nicht nur von der Besat-

¹⁵⁸ Thüringer Landtag, 1. WP, 6. Sitzung am 28.1.1947, in: AVThLT/I.1, S. 449–482, bes. S. 459.

¹⁵⁹ Erklärung der VdgB-Fraktion, in: Landtag Brandenburg, 1. WP, 4. Sitzung am 19.12.1946, in: AVLTB/I, S. 32.

¹⁶⁰ Vgl. ebd., 30–33; Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Landtags Brandenburg am 19.12.1946, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 45, Bl. 176.

¹⁶¹ Geschäftsordnung für den Landtag der Mark Brandenburg vom 19.12.1946, § 5, Abs. 1, abgedr. in: W. E. BURHENNE (Hrsg.), Die Verfassungen und Landtags-Geschäftsordnungen, 1990, S. 23f.

¹⁶² C. TRITTEL, Landtagsfraktionen, 2006, S. 64.

zungsmacht, sondern gleichfalls von den SED-Landesleitungen vorgegeben.¹⁶³ Die Landtagspräsidenten mussten in den Landessekretariaten der SED regelmäßig Bericht über ihre Arbeit und die geplanten Tagesordnungen erstatten. Die letzte Entscheidung lag in der Regel beim SED-Landesvorstand – falls nicht die SMA ihrerseits Einwände geltend machte.

In ihrer Amtsführung sahen sich Friedrich Ebert und August Frölich den Vorgaben ihrer Partei weitestgehend verpflichtet. Den Beschlüssen und Anweisungen aus Berlin zwar loyal ergeben, unterschieden sich ihr Amtsverständnis sowie die Ausführung ihrer Arbeit in manchen Details aber zum Teil erheblich. Die Amtsführung Eberts trug durchaus präsidiale Züge. Er zeigte sich darum bemüht, ein gewisses Maß an Überparteilichkeit in der alltäglichen Arbeit des Parlamentsbetriebs an den Tag zu legen, wenngleich er in letzter Instanz immer auf den Kurs der SED einschwenkte. Um der Überparteilichkeit des Landtagspräsidiums symbolisch Nachdruck zu verleihen, schlug Ebert im September 1947 vor, dass die Präsidiumsmitglieder sich nicht an Beifallsäußerungen beteiligen sollten. Ebenfalls empfahl er, dass diese, wenn sie sich an einer Debatte beteiligen wollten, bis zur Erledigung des fraglichen Tagesordnungspunktes im Plenum verbleiben und nicht ihren Platz auf der Bank des Präsidiums einnehmen sollten. Dieser Vorschlag wurde angenommen und gehörte seitdem zu den parlamentarischen Gebräuchen im brandenburgischen Landtag.¹⁶⁴ Friedrich Ebert galt als ein Mann der leisen Töne. Im persönlichen Umgang durchaus kollegial und gewinnend, bei der Erfüllung seiner Aufgaben tüchtig, pflichtbewusst und gewissenhaft, bemühte er sich um einen moderierenden Umgangston im Hohen Haus. Das brachte ihm in den Reihen der CDU- und LDP-Fraktion einigen Respekt ein.¹⁶⁵ Allerdings nahm sein Ansehen im Verlauf des Jahres 1948, als der politische Druck auf die nichtsozialistischen Parteien wuchs, die Stalinisierung der SED ausgeweitet und die Tätigkeit der Landtage immer stärker eingeschränkt wurde, Schaden, denn Friedrich Ebert ordnete sich den sich wandelnden Verhältnissen ohne erkennbare Gegenwehr unter. Es ist interessant zu fragen, wie sich sein überparteiliches Ansehen entwickelt hätte, wenn er bis

¹⁶³ Vgl. W. KÜNZEL, Landtage, 1972, S. 99.

¹⁶⁴ Protokoll der Sitzung des Präsidiums des Landtags Brandenburg am 11.9.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 28, Bl.35.

¹⁶⁵ P. BLOCH, Zwischen Hoffnung und Resignation, 1986, S. 132. – Vgl. den Bericht über die Tätigkeit der Landtagsfraktion 1948/49, verf. am 30.8.1949, verlesen auf dem Landesparteitag der LDP Brandenburg am 3.9.1949 in Neuruppin, 6 S., in: ADL, L5, Nr. 106, o. Bl., S. 3. Allerdings scheint dieser Passus nicht zum Vortrag gekommen zu sein, weil er im Manuskript eingeklammert wurde. Siehe auch Landtag Brandenburg, 1. WP, 47. Sitzung am 9.12.1948, in: AVLTB/1, S. 584–602, bes. S. 586f (Beiträge Ingo von Koerber, LDP, und Dr. Peter Bloch, CDU); Landtag Brandenburg, 1. WP, 49. Sitzung am 11.2.1949, in: ebd., S. 615–619, bes. S. 616f. (Beiträge Dr. Gerhard Schütze, LDP, u. Georg Schöpflin, SED).

Ende 1950 oder gar – wie August Frölich – bis 1952 im Amt verblieben wäre.¹⁶⁶ So aber konnte er, als er Anfang 1949 auf Geheiß der Parteiführung die Präsidentschaft im Landtag niederlegte, um in Ost-Berlin das Amt des Oberbürgermeisters zu übernehmen, mit einiger Genugtuung notieren, dass die Kommentare in den »bürgerlichen« Zeitungen ihm gegenüber äußerst respektvoll ausfielen. Demgegenüber merke man der Berichterstattung in der *Märkischen Volksstimme* die Erleichterung deutlich darüber an, dass die brandenburgische SED »einen sachlichen, aber unbequemen Kritiker an ihrer einseitigen Politik« nun endlich losgeworden sei.¹⁶⁷

Während seiner Amtsführung entwickelte Ebert große Bemühungen, um die Außenwirkung des Landtages zu vergrößern und das Parlament stärker im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern. Das schlug sich etwa in einer relativ umfassenden Berichterstattung der regionalen Presse über die Vorgänge im Landtag während der ersten Jahre nieder. Darüber hinaus organisierte Ebert in regelmäßigen Abständen Gespräche zwischen einfachen Bürgern, Abgeordneten und Mitarbeitern der Landesverwaltung. Auf seine Einladung hin eröffnete sich so den »normalen« Menschen die Möglichkeit, um sich bei Tee, Kaffee und Gebäck mit den Volksvertretern über die großen und kleinen Nöte des Alltags auszutauschen. Die »Kleinen Tische« entwickelten sich zu einer festen Institution der Präsidentschaft Eberts. Sie stießen in der Bevölkerung der Landeshauptstadt auf rege Anteilnahme.¹⁶⁸

Gleichwohl gab es fortwährend auch Kritik an Friedrich Eberts Amtsführung. Dass er vor allem in den Jahren 1946, 1947 und 1948 auf die Einhaltung parlamentarischer Normen und Spielregeln drängte und sich für eine eigenständige Rolle des Landtags gegenüber der Landesregierung einsetzte, brachte ihn mehrfach in Konflikt mit den Parteigenossen. So urteilte Bernhard Bechler, dass Ebert noch sehr stark in die »Gedankengänge der Weimarer Republik verstrickt« gewesen sei.¹⁶⁹ Das persönliche Verhältnis des Landtagspräsidenten zu den kommunistischen Führungskräften der SED-Landesleitung, besonders zu dem paritätischen Vorsitzenden Willy Sägebrect, gestaltete sich äußerst schwierig. Wenn Eberts Biograf Heinz Voßke von einer »vertrauensvolle[n] und später sogar freundschaftliche[n] Verbindung« zwischen den beiden zu berichten

¹⁶⁶ Vgl. Tagebucheintragungen von Wolfgang Schollwer zum 24.6., 8.7. und 19.10. 1948, in: W. SCHOLLWER, Potsdamer Tagebuch, 1988, S. 61, 64f. u. 88f

¹⁶⁷ Tagebuchaufzeichnung von Friedrich Ebert vom 7.2.1949, in: SAPMO-BArch, NY 4192, Nr. 9, Bl. 60rs–61.

¹⁶⁸ Erinnerungen von Marie Ebert an die gemeinsamen Jahre mit Friedrich Ebert 1926–1979, o. D., in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 1993, Bl. 1–92, bes. Bl. 94f.; Erinnerungen von Marie Ebert an Friedrich Ebert. Ergänzungen 1934–1969, o.D., in: ebd., Bl. 104–149, bes. Bl. 147f.

¹⁶⁹ Erinnerungen von Bernhard Bechler an Friedrich Ebert im Vereinigungsprozess von KPD und SPD in Berlin 1946, o. D., in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 2204, Bl. 3–5, hier Bl. 4.

wusste, von menschlicher Nähe und einem guten persönlichen Umgang miteinander, dann hatte das mit der Wirklichkeit kaum etwas zu tun.¹⁷⁰ In Wahrheit galt das Verhältnis zwischen Ebert und Sägebrecht als schwierig bis zerrüttet. Die Spannungen resultierten nicht nur aus persönlichen Differenzen, sondern ebenso aus der Rivalität um den Führungsanspruch innerhalb der brandenburgischen SED, der nach 1946 keineswegs geklärt war. Im Februar 1947 beklagte sich Friedrich Ebert bei Wilhelm Pieck über die nicht enden wollende »Treiberei gegen seine Person«, die von Sägebrecht und Bechler ausgehe. Dem gegenüber warf Sägebrecht Ebert mangelnde politische Aktivität vor.¹⁷¹ Der Streit zwischen den beiden blieb der Besatzungsmacht nicht verborgen.¹⁷² Die Offiziere der Potsdamer SMA standen Ebert dabei mit einem gewissen Misstrauen gegenüber. Schließlich hatte sich der einstige Sozialdemokrat, der nun als glühender Verfechter der Einheit auftrat, anfänglich gegen die Fusion der beiden Arbeiterparteien eingesetzt. Dass Ebert als Landtagspräsident weiterhin enge persönliche Kontakte zu ehemaligen SPD-Genossen wie Paul Szillat (Rathenow), Otto Schwarz (Brandenburg/Havel) und Werner Luftt (Cottbus) unterhielt, die von der SMA dem »rechten« bzw. dem »schumacherverdächtigen« Flügel der Partei zugeordnet wurden, trug nicht dazu bei, das Vertrauen in seine politische Zuverlässigkeit zu stärken.¹⁷³ Der *Sozialdemokratische Pressedienst* wusste Ende 1948 sogar aus angeblich zuverlässiger Quelle davon zu berichten, dass Friedrich Ebert beabsichtige, die SBZ zu verlassen und in den Westen zu fliehen.¹⁷⁴ Diese Information stellte sich allerdings als eine reine Spekulation heraus. Vielmehr zeigte sich, dass Ebert keine ernstlichen Versuche unternahm, um die langjährigen Weggefährten und Freunde aus der SPD zu schützen, als sie in die Mühlen der Säuberungen gerieten.

Galt Ebert als eine eher zurückhaltende Person, die den offenen Konflikt scheute¹⁷⁵, trafen diese Attribute auf August Frölich kaum zu. In seinem Auftreten, aber auch in seiner Amtsführung unterschied er sich erheblich von dem Kollegen in Brandenburg. Durch seine langjährigen Erfahrungen als leitender Landespolitiker und Regierungschef in den Jahren der Weimarer Republik verfügte Frölich über ein großes Maß an politischem Instinkt. Trotz seines hohen

¹⁷⁰ H. VOSSKE, Friedrich Ebert, 1987, S. 97.

¹⁷¹ Klarschrift der handschriftlichen Notizen Wilhelm Piecks vom Februar 1947, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 692, Bl. 176–178, hier Bl. 176f.

¹⁷² Vgl. die Aufzeichnungen Wilhelm Piecks über eine Besprechung mit Major Nasarow vom 9.1.1947, abgedr. in: W. LOTH (Hrsg.), Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik, 1994, S. 97.

¹⁷³ S. CREUZBERGER, Besatzungsmacht, 1996, S. 123, Anm. 64. – Vgl. W. SÄGEBRECHT, Nicht Amboss, sondern Hammer sein, 1968, S. 353f. u. 364; J. FOITZIK/N. W. PETROW, Der Apparat des NKWD-MGB, 2009, S. 53, Anm. 276.

¹⁷⁴ »Gerüchte um Friedrich Ebert«, in: Sozialdemokratischer Pressedienst vom 22.12.1948, S. 3.

¹⁷⁵ Vgl. R. KUBATZKI, Friedrich Ebert, 1992, S. 574.

Alters – immerhin zählte er bereits fast 70 Jahre, als er zum Landtagspräsidenten gewählt wurde – legte er bei der Ausübung seiner Amtsgeschäfte die Art von Flexibilität an den Tag, die notwendig war, um unter den sich wandelnden Bedingungen in der SBZ nicht nur politisch zu überleben, sondern dabei seine exponierte Position im Gefüge zu bewahren. Dies hatte er bereits im Vorfeld der SED-Gründung unter Beweis gestellt, als Frölich auf die Seite der klaren Befürworter einer Parteienfusion eingeschwenkt war. Der ehemalige thüringische Regierungspräsident Hermann Brill hielt ihn deshalb schlicht für einen »grundsatzlose[n] Opportunist[en]«, wobei man bei diesem scharfen Urteil die persönlichen Differenzen zwischen beiden nicht außer Acht lassen sollte.¹⁷⁶ Aufgrund seiner langjährigen Erfahrungen in der gemeinsamen Arbeit beschrieb der SMA-Offizier Powolotzki den Landtagspräsidenten in einem Artikel für die sowjetische Zeitung *Sowjetskoje Slowo* Anfang 1949 als einen durch und durch »fortschrittlich« und demokratisch gesinnten Politiker. Voller Hochachtung stellte Powolotzki fest, dass Frölich sein ganzes Leben der Arbeiterbewegung gewidmet habe. Er verstehe es geschickt, die Mehrheit der Abgeordneten um sich zu scharen, um gemeinsam mit ihnen den »reaktionären Elementen«, die sich auch unter den Landtagsabgeordneten fänden, Widerstand zu leisten.¹⁷⁷ Es kam daher nicht von ungefähr, dass Frölich neben Otto Buchwitz in Sachsen und Carl Moltmann in Mecklenburg-Vorpommern zu jenen Personen gehörte, die das Amt des Parlamentspräsidenten vom Anfang bis zur Selbstauflösung der Landtage 1952 kontinuierlich ausübten.

August Frölich war sich seiner exponierten Stellung sehr wohl bewusst. Er versuchte, die Amtsgeschäfte möglichst selbstständig auszuüben und sich Handlungsspielräume gegenüber der SED-Landesleitung offenzuhalten. Das führte mehrfach zu Irritationen zwischen der Präsidialkanzlei und den Genossen in der Weimarer Parteizentrale.¹⁷⁸ Wie Werner Eggerath sich später erinnerte, hielt sich Frölich »streng an die Spielregeln des bürgerlichen Parlamentarismus«. ¹⁷⁹ Dabei zeigte er die Entschlossenheit und das Selbstbewusstsein, sein Gewicht als Landtagspräsident gegen den Kurs des Landesvorstands in die Waagschale zu werfen, wenn dieser offensichtlich gegen die parlamentarischen

¹⁷⁶ H. BRILL, Die politische Entwicklung Thüringens unter der sowjetischen Besatzung, verf. am 3.10.1947, abgedr. in: M. OVERESCH, Machtergreifung von links, 1993, S. 188–193, hier S. 192.

¹⁷⁷ Übersetzung des Artikels aus der Zeitung *Sowjetskoje Slowo* vom 9.1.1949, 3 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 71, o. Bl.

¹⁷⁸ Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 19.10.1950, in: ThHStAW, BPA Erfurt IV/L/2/3-047, Bl. 21–43, bes. Bl. 34.

¹⁷⁹ Erinnerungsbericht von Werner Eggerath, 1966, in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 0096/1, Bl. 49. – Vgl. auch S. KACHEL, Ein rot-roter Sonderweg?, 2011, S. 439. Kachels Darstellung des Verhältnisses zwischen August Frölich und anderen führenden SED-Landespolitikern Thüringens, insbesondere zu Werner Eggerath, Heinrich Hoffmann und Richard Eyeremann, wirkt deutlich zu positiv gezeichnet.

Gepflogenheiten verstieß. So brachte Richard Eyermann auf einer Fraktions-sitzung der SED im Dezember 1947 den Vorschlag ein, dass man es gesellschaftlichen Delegationen und anderen Gruppen ermöglichen solle, im Landtag sprechen zu dürfen. Das wurde von Frölich mit Hinweis auf die Geschäftsordnung und die Landesverfassung als unzulässig zurückgewiesen.¹⁸⁰

Wie stark Frölichs Amtsführung in den Reihen der SED bereits kurze Zeit nach seiner Wahl umstritten war, wird aus einem Brief des Landtagspräsidenten deutlich, den er Anfang Februar 1947 an die beiden Landesvorsitzenden Werner Eggerath und Heinrich Hoffmann sowie an den Fraktionsführer Fritz Heilmann richtete. Darin wandte er sich vor allem gegen den Vorwurf, dass er die Arbeit der Landtagsverwaltung nicht in dem erforderlichen Maße angestößt habe. Er verbat sich die »Nörgeleien und unangebrachte[n] Kritiken« eini-ger Fraktionsgenossen gegen seine Amtsführung. »Ich habe«, verteidigte er sich, »seitdem ich den Präsidentenposten übertragen bekommen habe, ohne überheblich sein zu wollen, Arbeit nicht für einen, sondern für mehrere Mann geleistet. Wenn ich dazu den allernotwendigsten Apparat nicht aufbauen konnte, wenn angesichts der misslichen Verhältnisse nicht alles so, wie beim alten Parlamentarismus vorbereitet werden konnte, so müsste man gerade bei Genossen, welche etwas Erfahrung vom Parlamentarismus haben müssten, voraussetzen, dass sie sich nicht darin gefallen, wiederholt für mich kränkende Kritiken zu üben.«¹⁸¹ Besonders Frölichs Verhältnis zu Werner Eggerath galt als schwierig. Als im Sommer 1948 beim Landtag ein an das Zentralsekretariat gerichtetes anonymes Schreiben einging, das den Ministerpräsidenten außerehelicher Affären, eines ausschweifenden Lebenswandels und der Protzerei beschuldigte, fiel der Verdacht der parteiinternen Untersuchung auf das personelle Umfeld des Parlamentspräsidenten. Ganz gleich, inwieweit die Beschuldigungen gegenüber Eggerath der Wirklichkeit entsprachen oder nicht – dass man den Personenkreis um Frölich als Urheber vermutete, sprach hinsichtlich der Beziehung zwischen beiden Politikern Bände.¹⁸² Vorbehalte gegenüber August Frölich blieben auch in den folgenden Jahren weiter bestehen. Bis in die zweite Legislaturperiode hinein konnten sie nicht ausgeräumt werden.¹⁸³

¹⁸⁰ Schreiben von August Frölich an Richard Eyermann vom 6.12.1947, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 201/1, Bl. 98.

¹⁸¹ Schreiben von August Frölich an Werner Eggerath, Fritz Heilmann und Heinrich Hoffmann vom 6.2.1947, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 16, o. Bl.

¹⁸² Anonymes Schreiben vom 28.7.1948, in: LAB, C Rep. 902-02-02, Nr. 408, o. Bl.; Aktennotiz vom 11.8.1948, in: ebd., o. Bl.

¹⁸³ Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 14.1.1949, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/L/2/3-035, Bl. 14–20, bes. Bl. 15; Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 19.10.1950, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/L/2/3-047, Bl. 21–43, bes. Bl. 34.

c) Ausschüsse

In ihrem Rundschreiben an die Landes- und Provinzialvorstände vom 21. November 1946 instruierten Walter Ulbricht und Max Fechner die Genossen über die Richtlinien, welche die Partei zu den Verhandlungen über die Zusammensetzung und die personelle Besetzung der Ausschüsse in den Landtagen ausgearbeitet hatte. Nach dem Willen der zentralen Stellen sollten die Beratungen darüber jeweils im Ältestenrat und im Landesblockausschuss geführt werden. Die Weisungen gaben vor, dass insgesamt zwölf ständige Sachausschüsse gebildet werden sollten. Deren Zuschnitt orientierte sich einerseits an der geplanten Ressortverteilung in den Landes- und Provinzialregierungen, andererseits an den inhaltlichen Schwerpunkten der Landespolitik. Im Einzelnen sah die Parteiführung die folgenden Ausschüsse vor:

- Ältestenausschuss (Ältestenrat)
- Geschäftsordnungsausschuss
- Rechts- und Verfassungsausschuss
- Ausschuss für Gemeinde- und Kreisangelegenheiten
- Budget- und Finanzausschuss
- Ausschuss für Wirtschaft, Handel und Versorgung
- Landwirtschaftsausschuss
- Ausschuss für Arbeit und soziale Fürsorge
- Ausschuss für Post und Verkehr
- Ausschuss für Neuaufbau, Gesundheitswesen, Umsiedler
- Kultur- und Volksbildungsausschuss
- Jugendausschuss¹⁸⁴

Ulbricht und Fechner betonten, dass die an den Verhandlungen beteiligten Genossen sich dafür einsetzen müssten, der SED den Vorsitz in den wichtigsten Gremien zu sichern. Dazu zählten neben dem Ältestenrat und dem Geschäftsordnungsausschuss, die beide für die Steuerung der Parlamentsarbeit von großem Belang waren, die Ausschüsse für Finanzen, für Wirtschaft, Handel und Versorgung, für Kultur und Volksbildung sowie der Jugendausschuss. Fernerhin sollte versucht werden, nach Möglichkeit auch den Vorsitz in dem Ausschuss für Gemeinde- und Kreisangelegenheiten zu erlangen. Die Kontrolle über die genannten Gremien war insofern wichtig, weil sie für die Durchsetzung der

¹⁸⁴ Rundschreiben des Zentralsekretariats der SED an die Landes- und Provinzialvorstände der SED vom 21.11.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Nr. 1084, Bl. 119. Auch abgedr. in: H. WEBER (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, 1982, S. 70–72.

SED-Herrschaft von größter Bedeutung waren.¹⁸⁵ Die Größe der Ausschüsse wurde vom Zentralsekretariat mit fünf bis elf Personen vorgegeben, was den Parteivertretern bei den Gesprächen mit den »bürgerlichen« Parteien ein gewisses Maß an Freiraum für taktische Zugeständnisse bot.¹⁸⁶

Die Mehrheitsverhältnisse in den Landtagen entschieden darüber, ob die Bildung der Ausschüsse zügig voranschritt oder ob dabei Verzögerungen auftraten. Denn die Einheitssozialisten in den Ländern zeigten sich fest entschlossen, die Vorgaben aus Berlin konsequent umzusetzen. Dieser Vorsatz ließ sich in Thüringen aufgrund des günstigen Wahlergebnisses leichter realisieren als in der Provinz Brandenburg. Das SED-Landessekretariat führte am 28. November 1946 in Weimar auf der Grundlage der Vorgaben des Zentralsekretariats einen Beschluss über die Zuteilung der Ausschüsse an die Parteien herbei.¹⁸⁷ Einen Tag später präsentierte August Frölich diesen auf einem Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden. Die Diskussion darüber fiel nur kurz aus. Lediglich Georg Grosse (CDU) forderte eine stärkere Berücksichtigung seiner Fraktion bei der Verteilung der Ausschüsse. Das wurde ihm auch gewährt. Die Christlichen Demokraten erhielten den Vorsitz in den Ausschüssen für Arbeit, Gesundheit und Sozialfürsorge, für Umsiedler und Neuaufbau sowie im Gesuchs-Ausschuss, der sich mit der Bearbeitung von Petitionen an den Landtag beschäftigen sollte. Auch die LDP wurde mit drei Ausschüssen bedacht, was aber eigentlich nicht deren Stärkeverhältnis gegenüber der deutlich schwächeren CDU gerecht wurde. Die Liberaldemokraten leiteten fortan die Ausschüsse für Landwirtschaft, für Verkehr sowie für Kultur und Erziehung. Die SED konnte sich hingegen den Vorsitz über die sechs zentralen Gremien sowie den Vorsitz im Ältestenrat sichern, der bei Frölich lag. Damit hatte man die Vorgaben aus Berlin umsetzen können.¹⁸⁸ Auf der zweiten Sitzung des Landtags am 4. Dezember wurde dann über die Ausschüsse und die von den Fraktionen nominierten Vorsitzenden ohne Widerspruch entschieden.¹⁸⁹

In Brandenburg gestalteten sich die Diskussionen um die Verteilung und Größe der Ausschüsse anders. Die SED-Fraktion brachte hier ebenfalls am 28. November einen Antrag ins Parlament ein, der die Bildung von zwölf Ausschüssen beinhaltete.¹⁹⁰ Diese Strukturierung fand sich gleichfalls in dem Entwurf für die

¹⁸⁵ Vgl. W. KÜNZEL, *Landtage*, 1972, S. 71 u. 101; C. TRITTEL, *Landtagsfraktionen*, 2006, S. 72.

¹⁸⁶ Rundschreiben des Zentralsekretariats der SED vom 21.11.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Nr. 1084, Bl. 119. – Vgl. auch C. TRITTEL, *Landtagsfraktionen*, 2006, S. 69f.

¹⁸⁷ Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 28.11.1946, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/L/2/3-030, Bl. 96–98, bes. Bl. 96f.

¹⁸⁸ Niederschrift für die 2. Sitzung des Thüringer Landtags vom 29.11.1946, in: ebd., Bl. 107.

¹⁸⁹ Thüringer Landtag, 1. WP, 2. Sitzung am 4.12.1946, in: AVThLT/1.1, S. 365.

¹⁹⁰ Antrag der SED-Landtagsfraktion Brandenburg vom 28.11.1946 (Drucksache Nr. 3), in: AVLTB/2, S. 3.

Geschäftsordnung wider, der am selben Tag von den Einheitssozialisten eingebracht wurde.¹⁹¹ Über den Zuschnitt der Ausschüsse gab es keine Auseinandersetzungen zwischen den Fraktionen, so dass das Parlament sie nach dem von der SED vorgeschlagenen Modell am 6. Dezember 1946 einsetzte. Allerdings betonte Friedrich Ebert ausdrücklich, dass es sich bei dem Beschluss zunächst nur um eine provisorische Lösung handeln sollte, um dem Landtag bis zur Verabschiedung der endgültigen Geschäftsordnung ein ordentliches Arbeiten zu ermöglichen.¹⁹² Auch bei der Verteilung des Vorsizes in den Ausschüssen kam es in Brandenburg zu keinen größeren Kontroversen. Aufgrund ihrer Minderheitsposition musste die SED auf den Vorsitz im Rechts- und Verfassungsausschuss sowie im Ausschuss für Kreis- und Gemeindeangelegenheiten verzichten, konnte dafür aber ihre Ansprüche in Bezug auf die Leitung des Geschäftsordnungsausschusses sowie der Ausschüsse für Haushalt und Finanzen, für Wirtschaft, Handel und Versorgung, für Kultur und Volksbildung sowie für den Jugendausschuss durchsetzen. Indem der Vorsitz des Ständigen Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung vom Landtagspräsidenten ausgeübt wurde, verfügte die SED dort ebenfalls über eine Mehrheit. Mit dem Rechts- und Verfassungsausschuss, dessen Leitung an die CDU ging, und dem Ausschuss für Kreis- und Gemeindeangelegenheiten, den die LDP zugesprochen bekam, fielen zwar zwei zentrale Gremien an das »bürgerliche« Lager.¹⁹³ Allerdings sollte sich dieser Umstand als nicht so entscheidend herausstellen, denn letztlich kam es nicht auf den Vorsitz, sondern auf die konkrete Stimmenverteilung an.¹⁹⁴

¹⁹¹ Vgl. den Antrag der SED-Landtagsfraktion Brandenburg für eine Geschäftsordnung des Landtages vom 28.11.1946 (Drucksache Nr. 4), in: ebd., S. 6.

¹⁹² Landtag Brandenburg, 1. WP, 2. Sitzung am 6.12.1946, in: AVLTB/1, S. 10.

¹⁹³ Vgl. W. KÜNZEL, Landtage, 1972, S. 74.

¹⁹⁴ Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Landestags Brandenburg am 6.12.1946, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 45, Bl. 178.

Tab. 4: Übersicht über den Vorsitz in den ständigen Ausschüssen der Landtage von Brandenburg und Thüringen (Stand: Ende 1946)¹⁹⁵

| | Vorgabe des Zentralsekretariats vom 21.11.1946 | Brandenburg | Thüringen |
|---|--|--------------------|--------------------|
| Ältestenausschuss (-rat) | SED | Präsident (SED) | Präsident (SED) |
| Geschäftsordnungsausschuss | SED | SED | SED |
| Rechts- und Verfassungsausschuss | SED | CDU | SED |
| Ausschuss für Gemeinde – und Kreisangelegenheiten | (SED) | LDP | SED |
| Ausschuss für Haushalt und Finanzen | SED | SED | SED |
| Ausschuss für Wirtschaft, Handel und Versorgung | SED | SED | SED ⁱ |
| Ausschuss für Landwirtschaft | »bürgerlich« | LDP | LDP |
| Ausschuss für Arbeit und soziale Fürsorge | »bürgerlich« | CDU | CDU ⁱⁱ |
| Ausschuss für Post und Verkehr | »bürgerlich« | CDU ⁱⁱⁱ | LDP ^{iv} |
| Ausschuss für Neuaufbau, Gesundheitswesen und Umsiedler | »bürgerlich« | CDU ^v | CDU ^{vi} |
| Ausschuss für Kultur und Volksbildung | SED | SED | LDP ^{vii} |
| Jugend-Ausschuss | SED | SED | SED |
| Ausschuss für Eingaben | – | – | CDU |

ⁱ Ausschuss für Handel und Versorgung. ⁱⁱ Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Sozialfürsorge. ⁱⁱⁱ Verkehrsausschuss. ^{iv} Ausschuss für Verkehr. ^v Ausschuss für Wiederaufbau, Gesundheitswesen und Umsiedler. ^{vi} Ausschuss für Umsiedler und Neuaufbau. ^{vii} Ausschuss für Kultur und Erziehung.

¹⁹⁵ Zusammengestellt nach: Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Landtags Brandenburg am 6.12.1946, in: ebd.; Rundschreiben des SED-Zentralsekretariats vom 21.11.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Nr. 1084, Bl. 119; Niederschrift für die zweite Sitzung des Thüringer Landtags vom 29.11.1946, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/L/2/3-030, Bl. 107; Handbuch des Landtages des Landes Brandenburg, 1947, S. 122. – Bei der Aufstellung ist zu berücksichtigen, dass der inhaltliche Zuschnitt der Ausschüsse sowie ihre Bezeichnungen in Brandenburg und Thüringen weder identisch waren, noch dass sie in allen Einzelheiten den Vorgaben aus Berlin entsprachen. Während leicht variierende Bezeichnungen in der Übersicht nicht kenntlich gemacht werden, sind inhaltlich ausgerichtete Unterschiede markiert.

Um die Stimmenverteilung hingegen entfachte zwischen den Fraktionen im brandenburgischen Landtag ein heftiger Streit. Auf der Sitzung des Ältestenrats am 6. Dezember sprachen sich die Fraktionsvorsitzenden Willy Sägebrecth und Gerhard Schütze für die Anwendung des bisher genutzten Proporzverfahrens zur Berechnung der Sitzverteilung aus. Eine einvernehmliche Übereinkunft konnte allerdings nicht erzielt werden, weil sich Walter Kunze als Fraktionsführer der Liberaldemokraten beharrlich weigerte, dem zuzustimmen. Letztlich wurde der Entschluss gegen die Stimmen der LDP gefasst.¹⁹⁶ In der darauf folgenden Sitzung des Ältestenrats am 17. Dezember unternahm die SED den Versuch, die Verteilung der Sitze an eine Listenverbindung zwischen der Einheitspartei und der VdGB, wie sie bei der Landtagswahl de facto bestanden hatte, zu koppeln. Dahinter stand die Absicht, das Verhältnis bei der Verteilung der Ausschusssitze zu Gunsten der SED zu verändern, denn die Partei verfügte schließlich nur über 44 Mandate im Landtag. Käme es zu einer Fusion mit den fünf Sitzen der VdGB, dann hätte sich die Position der SED gegenüber der CDU und der LDP deutlich verbessert, weil sich ihr Abstand zu den »bürgerlichen« Fraktionen verkleinern würde – von 44:31:20:5 auf 49:31:20 Mandate. Es überraschte nicht, dass weder die Liberalen noch die Christdemokraten bereit waren, dieser Arithmetik ihre Zustimmung zu geben.¹⁹⁷ Auf der nächsten Sitzung des Ältestenrats, die zwei Tage später stattfand, teilte der Vertreter der VdGB, Rudolf Albrecht (SED), mit, dass sich seine Fraktion nun in dieser Frage voraussichtlich der SED anschließen werde. Er begründete dies damit, dass die SED seiner kleinen Fraktion nicht nur einen Sitz im Präsidium, sondern auch den Vorsitz in einzelnen Ausschüssen zugesagt habe.¹⁹⁸ Da sich abzeichnete, dass die Größe der Ausschüsse auf elf Personen festgesetzt würde, schlugen die Vertreter der SED auf der Grundlage eines Zusammengehens mit der VdGB eine Verteilung der Sitze im Verhältnis 6 SED : 3 CDU : 2 LDP vor. Die »bürgerlichen« Parteien waren fest entschlossen, »dem krampfhaften Bemühen der SED, das Stärkeverhältnis des Landtages [...] geradezu auf den Kopf zu stellen«, entgegenzutreten.¹⁹⁹

Für einen kurzen Zeitraum schien es so, als ob Christ- und Liberaldemokraten eine gemeinsame Linie fänden. Auf einer Besprechung führender Vertreter beider Parteien am 2. Januar 1947 schlug Landtagsvizepräsident Wilhelm Wolf (CDU) vor, das taktische Manöver der SED dadurch auszuhebeln, indem man der SED-VdGB-Verbindung mit einer »demokratischen Arbeitsgemeinschaft«

¹⁹⁶ Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Landtags Brandenburg am 6.12.1946, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 45, Bl. 178.

¹⁹⁷ Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Landtags Brandenburg am 17.12.1946, in: ebd., Bl. 177.

¹⁹⁸ Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Landtags Brandenburg am 19.12.1946, in: ebd., Bl. 176.

¹⁹⁹ Niederschrift über die Besprechung zwischen CDU- und LDP-Vertretern am 2.1.1947, 3 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 91, o. Bl., S. 3.

aus Union und LDP antwortete. Dadurch würde sich das Stimmenverhältnis im Landtag auf 49 : 51 verändern und man hätte die Möglichkeit, in den Ausschüssen sechs der elf Sitze für das »bürgerliche« Lager einzufordern. Dieser Vorschlag stieß bei den Liberaldemokraten auf Unterstützung,²⁰⁰ Umgesetzt wurde er jedoch nicht. Die SED-Vertreter zogen im Januar 1947 den Gedanken an eine Listenverbindung zurück – wohl deshalb, weil sie selbst die Gefahr erkannten, die von diesem Beispiel für sie ausging. Vielmehr gelang es ihnen, am 30. Januar 1947 im Ältestenrat den Vertreter der LDP, Landtagsvizepräsident Otto Giesler, ohne Rücksprache mit seiner Fraktion davon zu überzeugen, der VdgB in jedem Ausschuss einen Sitz zuzugestehen, ohne allerdings die Gesamtzahl der Sitze auf zwölf anzuheben, wie das etwa von der CDU in die Diskussion eingebracht worden war. Ein geschlossenes Vorgehen von CDU und LDP kam somit nicht zustande. Vielmehr sah sich die Union ihrerseits nun gezwungen, dem Vorschlag der SED zuzustimmen, weil sie durch den unerwarteten Seitenwechsel Gieslers keine Aussicht mehr hatte, ihre Position erfolgreich durchzubringen. Die Einheitspartei erhielt damit fünf, die CDU drei, die LDP zwei und die VdgB je einen Sitz in den Ausschüssen zugesprochen.²⁰¹ Unter Führung Willy Sägebrechts vollbrachte die SED also das große Kunststück, aus einer parlamentarischen Minderheitsposition heraus in den Ausschüssen nicht nur mit den beiden »bürgerlichen« Parteien gleichzuziehen, sondern sich durch die zusätzliche Stimme der VdgB sogar die faktische Mehrheit zu sichern.²⁰²

Es stellt sich die Frage, weshalb die christ- und liberaldemokratischen Abgeordneten im Landtag einem solch weitreichenden Beschluss zustimmten. Erkannten sie nicht, dass ihnen auf diese Weise wichtige Möglichkeiten genommen wurden, um über die Ausschussarbeit Einfluss auf die Tätigkeit des Parlaments zu nehmen – zumal ihnen diese Möglichkeiten aufgrund des Wahlergebnisses rechtlich zustanden? Wie so häufig, fällt die Antwort sehr vielschichtig aus. Zunächst gilt es festzuhalten, dass sich die kurz zuvor gewählten Abgeordneten in ihre neuen Aufgaben erst hineinfinden mussten. Anfangs zeigten sich

²⁰⁰ Ebd., o. Bl., S. 1.

²⁰¹ Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Landtags Brandenburg am 30.1.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 45, Bl. 175; Schreiben Friedrich Eberts an die CDU-Landtagsfraktion Brandenburg vom 31.1.1947, in: ACDP, 03-33, Nr. 33, o. Bl.; Schreiben des Vorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg, Dr. Gerhard Schütze, an den Vorsitzenden der LDP-Landtagsfraktion Brandenburg, Dr. Georg Schneider, vom 1.2.1947, 2 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 33, o. Bl. – In der CDU-Fraktion löste die Mitteilung über den »Seitenwechsel« Gieslers »heftige Vorwürfe gegen die LDP« aus. Vgl. das Protokoll über die Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 30.1.1947, 3 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 91, o. Bl., S. 3.

²⁰² Vgl. die Auflistung »Die Abgeordneten im Präsidium, Ältestenrat und in den Ausschüssen« des Landtags Brandenburg, o. D. [nach Juni 1949], in: BLHA, Rep. 201, Nr. 49, Bl. 18–22, bes. Bl. 19–22; Papier »Besetzung der Ausschüsse im brandenburgischen Landtag«, o. D., in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 746, Bl. 117.

die meisten von ihnen mit dem Geschäftsbetrieb des Parlaments überfordert, zumal ihnen kaum Zeit gelassen wurde, sich ordentlich einzuarbeiten. Denn das Vorpreschen der SED mit ihren Entwürfen für eine Landesverfassung, für eine neue Kreisordnung, die Geschäftsordnung und die zahlreichen organisatorischen Dinge setzte die anderen Fraktionen unter einen enormen Druck. Dieser wurde durch das stetige Drängen der Einheitssozialisten und der Besatzungsmacht auf eine zügige Erledigung der gestellten Aufgaben noch erhöht. Zudem hatten die ersten Ausschüsse bereits ihre Arbeit aufgenommen, obwohl ihr endgültiger Zuschnitt noch gar nicht feststand. Das galt etwa für den wichtigen Rechts- und Verfassungsausschuss, der sich im Dezember 1946 und Januar 1947 intensiv mit der künftigen Landesverfassung auseinandersetzte. Eine solche Vermengung von arbeitenden Ausschüssen, Plenarsitzungen, einem beginnenden Geschäftsbetrieb und interfraktionellen Absprachen trug nicht dazu bei, ein notwendiges Maß an Übersichtlichkeit bei den komplizierten Verhandlungen zu gewährleisten. In der Hast der ersten Monate wurde deshalb manche Entscheidung übereilt getroffen, die eigentlich mehr Zeit zur Beratung erfordert hätte. In der Rückschau urteilte der CDU-Abgeordnete Peter Bloch, dass die meisten »bürgerlichen« Volksvertreter in den ersten Monaten nach der Wahl noch gar nicht richtig begriffen, wie ihnen geschah: »Wir faßten erst langsam Tritt und formierten uns zu dem Versuch, unsere verfassungsmäßigen Rechte wahrzunehmen [...]«²⁰³ Das galt nicht nur für den einfachen Abgeordneten, sondern auch für jene Führungsfiguren in den Fraktionen, die die Verhandlungen bei dem Aufbau der parlamentarischen Strukturen führten.

Vieles, was in der Anfangsphase des Landtagsbetriebs zwischen der SED und den nichtkommunistischen Parteien vereinbart wurde, erwies sich in seinen langfristigen Konsequenzen als nur schwer überschaubar. Im Falle der gescheiterten Auseinandersetzungen um die Verteilung der Ausschusssitze stellte Gerhard Schütze (CDU) Anfang Februar 1947 fest, dass es keinen Sinn mache, den gefassten Beschluss des Ältestenrats noch einmal anzufechten. Ein solches Vorgehen würde nicht das Vertrauen »in die Stetigkeit unserer Politik« stärken. »Wir müssen nunmehr solange zu unserem Beschluß im Ältestenrat stehen, bis sich aus der praktischen Arbeit die Unmöglichkeit einer Aufrechterhaltung dieser Zusammensetzung der Ausschüsse ergibt. Erst in diesem Falle halten wir es für richtig, in eine erneute Beratung der Frage der Ausschußbesetzung einzutreten.«²⁰⁴ Dieser Auffassung schloss sich der Vorsitzende der LDP-Fraktion, Georg Schneider, an: Man werde zunächst die Abmachungen in Kauf nehmen und abwarten, wie sie sich in der Praxis auswirkten. Sollte eine Benachteiligung der

²⁰³ P. BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation*, 1986, S. 85.

²⁰⁴ Schreiben von Dr. Gerhard Schütze an Dr. Georg Schneider vom 1.2.1947, in: ACDP, 03-33, Nr. 33, o. Bl., S. 2.

LDP spürbar werden, dann werde die Fraktion einer Überprüfung des Stimmrechts zustimmen und eine andere Regelung der Ausschussbesetzung fordern.²⁰⁵ Zu einer solchen Korrektur kam es später allerdings nicht.

Die führenden SED-Vertreter zeigten sich ihrerseits sehr darum bemüht, durch die Schaffung von Fakten die eigenen Zielsetzungen durchzusetzen. Sie nutzten jede sich bietende Möglichkeit und Schwäche der anderen Fraktionen aus, um die Bahnen des Parlaments im Sinne der eigenen Interessen zu beeinflussen. Die bewusste Streuung von halbweisen Behauptungen gehörte als Instrument dazu. Ein markantes Beispiel hierfür bot die erste Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses am 11. Dezember 1946. Vor den versammelten Ausschussmitgliedern erklärte Willy Sägebrect (SED), dass in der Sitzung des Ältestenrats fünf Tage zuvor der Entschluss gefasst worden sei, den Vorsitz des Ausschusses der SED zugestehen. Aufgrund des Umstandes, dass nun vier CDU-Vertreter anwesend waren, verwies Sägebrect darauf, dass der Geschäftsordnungsausschuss laut den Absprachen im Ältestenrat entsprechend der Fraktionsstärke mit nur drei Vertretern der CDU, zwei der LDP, aber sechs der SED zu besetzen sei. Jedoch fand sich im Protokoll des Ältestenrats kein einziger Hinweis auf eine solche Regelung. Sie wäre aufgrund ihrer Wichtigkeit mit Sicherheit dokumentiert worden. Zudem nahm kein anderer der Anwesenden auf eine solche Absprache Bezug. Stattdessen regte sich gegen die Behauptung Sägebrechts in den Reihen der CDU- und LDP-Delegierten energischer Widerspruch. Schließlich musste die Angelegenheit vertagt werden. Für den Übergang einigten sich die Parteien darauf, Kampfabstimmungen zu vermeiden und die Fragen, über die man kein Einvernehmen erzielen könne, solange zurückzustellen, bis der Ältestenrat die Entscheidung über die Zusammensetzung des Ausschusses getroffen habe.²⁰⁶

Bei alledem darf man auch nicht die Rolle der sowjetischen Besatzungsmacht außer Acht lassen. Die Propagandaverwaltung der SMA zeigte nicht nur an der Regierungsbildung in der Mark Brandenburg ein reges Interesse, sondern sie überwachte ebenso penibel die Konstituierung des Provinziallandtags und dessen parteipolitische Zusammensetzung.²⁰⁷ Aufgrund der zahlreichen Eingriffe der SMA in den Wahlkampf und bei den Verhandlungen über die Zusammenstellung der neuen Regierung unter Carl Steinhoff, der sich die Christ- und die Liberaldemokraten hatten fügen müssen, sowie der politischen

²⁰⁵ Schreiben von Georg Schneider an Gerhard Schütze vom 7.2.1947, in: ebd., o. Bl.

²⁰⁶ Protokoll über die Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses des Landtags Brandenburg am 11.12.1946, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 149, Bl. 34–36, Bl. 34f. – Vgl. dazu auch das Protokoll über die Sitzung des Ältestenrats des Landtags Brandenburg am 6.12.1946, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 45, Bl. 178.

²⁰⁷ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 122–124.

Kontrolle, die durch die sowjetischen Offiziere ausgeübt wurde, herrschte Ende des Jahres 1946 in den Parteizentralen der Landes-CDU und der LDP eine angespannte Stimmung. Inwieweit die SMA direkten Einfluss auf die Verteilung der Sitze in den Ausschüssen nahm, ist zwar nicht bekannt. Jedenfalls erschien der überraschende Gesinnungswandel des Landtagsvizepräsidenten Otto Giesler Ende Januar 1947, der ohne Vorankündigung und Absprache mit seiner LDP-Fraktion erfolgte, äußerst ungewöhnlich. Giesler kannte die Brisanz des Themas und den bisherigen Verlauf der Gespräche gut. Die Vermutung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Schütze, dass sein Umschwenken in der Frage einzig auf einem »Irrtum« beruhte, erscheint deshalb wenig glaubwürdig.²⁰⁸ Wahrscheinlicher ist es, dass die SMA im Vorfeld der entscheidenden Sitzung des Ältestenrates Druck auf Giesler ausübte, um den Widerstand der »bürgerlichen« Parteien zu brechen und der Einheitspartei endlich zur Mehrheit in den Ausschüssen zu verhelfen.

Neben den ständigen Ausschüssen wurden im Laufe der ersten Legislaturperiode in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen mehrere ad-hoc-Ausschüsse gebildet. Diese Gremien arbeiteten teilweise selbstständig, teilweise waren sie als Untergremien einem ständigen Ausschuss untergeordnet. Entgegen der These Christina Trittels handelte sich bei den nicht-ständigen Ausschüssen somit keineswegs um eine sachsen-anhaltinische Besonderheit.²⁰⁹ Vielmehr hieß es in der Geschäftsordnung des Thüringer Landtags, dass Untersuchungsausschüsse auf Antrag von mindestens einem Fünftel der Abgeordneten eingesetzt werden können (§ 31). Ebenso war es möglich, im Bedarfsfall neue ständige Ausschüsse einzurichten (§ 21).²¹⁰ In Brandenburg galten ähnliche Regelungen.²¹¹ Dort wurden hauptsächlich Sonderausschüsse gebildet, die sich mit akuten Problemen der Nachkriegsgesellschaft und den Strukturveränderungen in der SBZ beschäftigten. Dazu zählte etwa die Einrichtung des Sonderausschusses zur wirtschaftlichen Sicherung der Bodenreform (1947–1949)²¹², des Regierungssprachsausschusses (1947–1949)²¹³, des Ausschusses nach dem Gesetz für Ansprüche aus Hoheitsmaßnahmen vom 12. Oktober 1948 (1948–1950)²¹⁴ sowie des Sonderausschusses für Feuerlöschwesen und Katastrophenschutz (1949–

²⁰⁸ Schreiben von Gerhard Schütze an Georg Schneider vom 1.2.1947, in: ACDP, 03-33, Nr. 33, o. Bl., S. 1.

²⁰⁹ C. TRITTEL, Landtagsfraktionen, 2006, S. 74.

²¹⁰ Geschäftsordnung für den Thüringer Landtag vom 28.1.1947, abgedr. in: W. E. BURHENNE (Hrsg.), Verfassungen und Landtags-Geschäftsordnungen, 1990, S. 146 u. 148.

²¹¹ Geschäftsordnung des Landtags Brandenburg vom 16. Dezember 1946, § 6, Abs. 3., abgedr. in: ebd., S. 24.

²¹² BLHA, Rep. 201, Nr. 193–196.

²¹³ BLHA, Rep. 201, Nr. 203 u. 204.

²¹⁴ BLHA, Rep. 201, Nr. 205.

1950).²¹⁵ Die Anzahl der Ausschussmitglieder variierte, wobei sich die SED stets eine Vorrangstellung sichern konnte.

Wie situationsgebunden die Entstehung solcher Ausschüsse ausfallen konnte, zeigte sich im Frühjahr 1947. Infolge des strengen Winters ereignete sich in der Nacht vom 21. zum 22. März im Oderbruch die größte Hochwasserkatastrophe des 20. Jahrhunderts in Brandenburg. Die während des Zweiten Weltkriegs stark beschädigten Deiche, die noch aus der Zeit Friedrichs des Großen stammten, wurden infolge einer Eisbarriere von dem sich aufstauenden Wasser der Oder überspült und gaben schließlich bei dem Dorf Reitwein dem Druck nach. Große Teile des Bruchs gingen in den Fluten unter, das Vieh ertrank, über 20.000 Menschen wurden obdachlos, mehrere Tote waren zu beklagen.²¹⁶ Am 2. April beschäftigte sich der Landtag mit den Ursachen der Katastrophe und deren Auswirkungen für die betroffenen Regionen. Auf Antrag des Ältestenrats fassten die Abgeordneten den Beschluss, einen Ausschuss für den Wiederaufbau des betroffenen Gebiets einzusetzen. Dieser sollte die Regierung bei ihrer Arbeit unterstützen. Jede Fraktion entsandte zwei Vertreter in das Gremium.²¹⁷ Den Vorsitz übernahm Landtagsvizepräsident Wilhelm Wolf (CDU), sein Stellvertreter wurde Walter Beckmann (SED) aus Bernau. Im Mittelpunkt der Tätigkeit dieses Ausschusses stand zunächst die Ursachenforschung. Die Mitglieder vernahmten einen Experten und verschafften sich vor Ort selbst ein Bild von der Lage und die entstandenen Schäden. Um die Aufbauarbeit besser abzustimmen, wurde der Ausschuss im Juni 1947 auf Beschluss des Landtags mit dem Oderbruchkommissariat der Regierung zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengelegt.²¹⁸ Diese nahm eine vornehmlich kontrollierende Funktion über den Stand des Wiederaufbaus wahr, beteiligte sich aber auch an der Koordination der getroffenen Maßnahmen.²¹⁹ Im September gab der Minister für Wirtschaftsplanung, Heinrich Rau (SED), vor dem Landtag einen umfassenden Bericht über die Lage im Oderbruch.²²⁰

²¹⁵ BLHA, Rep. 201, Nr. 188 u. 189. – Vgl. dazu auch H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, Land Brandenburg, 1998, S. 243.

²¹⁶ Vgl. HEIMATKREIS LEBUS (Hrsg.), Ein leidgeprüftes Land, 1992, S. 264f.; H.-P. TRÖMEL, Reitwein, 2008. – Siehe auch E. NIPPERT, Oderbruch, 1995.

²¹⁷ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 10. Sitzung am 2.4.1947, in: AVLTB/1, S. 127–155, bes. S. 127 u. 139.

²¹⁸ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 14. Sitzung am 25.6.1947, in: ebd., S. 171–189, bes. S. 177.

²¹⁹ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 16. Sitzung am 10.9.1947, in: ebd., S. 212–244, bes. S. 229–231 (Beitrag Wilhelm Wolf, CDU).

²²⁰ Vgl. ebd., S. 225–228. – Siehe auch H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, Land Brandenburg, 1998, S. 260. – Der Landtag beschäftigte sich noch zweimal mit einzelnen Aspekten des Wiederaufbaus im Oderbruch. Vgl. den Antrag der Abgeordneten Willy Sägebrecht, Dr. Gerhard Schütze, Otto Giesler und anderen zur beschleunigten Winterfestmachung der durch das Hochwasser beschädigten Wohn- und Wirtschaftsgebäude im Oderbruch vom 6.10.1947 (Drucksache Nr. 138), in: AVLTB/2, S. 202; Landtag Brandenburg, 1. WP, 21. Sitzung am 10.10. 1947, in: AVLTB/1,

In Thüringen kamen im Laufe der Zeit ebenfalls weitere Ausschüsse hinzu. Hervorzuheben war hierbei die Einrichtung der nicht-ständigen Sonderausschüsse für Brennstoffversorgung (1947–1948)²²¹ und zur Erledigung von Verwaltungsstreitfragen (1949–1950)²²². Ihre Einsetzung erfolgte ganz eindeutig situationsgebunden und sollte zur Entlastung der mit diesen Problemen betrauten Administration beitragen.

Die reguläre Arbeit der Landtagsgremien lief sowohl in Brandenburg als auch in Thüringen nur sehr schleppend an. Ende Januar 1947 bemängelte Friedrich Ebert, dass außer dem Geschäftsordnungsausschuss, dem Rechts- und Verfassungsausschuss sowie dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen bislang kein anderes Komitee getagt habe. Deshalb rief er die Vorsitzenden der Ausschüsse dazu auf, nicht darauf zu warten, bis der Landtag ihnen Arbeit übermittle. Sie sollten selbst die Initiative ergreifen.²²³ Die Verzögerungen waren allerdings nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass anfangs gar keine Vorgaben existierten, wie die Arbeit der Ausschüsse konkret erfolgen sollte. Bei den meisten Ausschussmitgliedern, die von ihren Fraktionen bestellt wurden, fehlten die parlamentarischen Erfahrungen. Sie besaßen nur sehr vage Vorstellungen über das, was sie bei der Tätigkeit in diesen Gremien erwartete. Noch im Juli 1947 mahnte das Mitglied des Ausschusses für Kreis- und Gemeindeangelegenheiten Hans-Paul Ganter-Gilmans (CDU), dass eine eigene Geschäftsordnung für die Ausschüsse notwendig sei, um den technischen Ablauf und die Verantwortlichkeiten im Geschäftsbetrieb zu klären.²²⁴ In einem zweiten Schreiben vom gleichen Tag leitete er eine Beschwerde des Ausschussvorsitzenden Willi Hein (LDP) an den Landtagspräsidenten weiter. Darin wurde bemängelt, dass die Ordnungsmappe des Ausschusses mit den wichtigen Unterlagen, die im Landtagsbüro aufbewahrt wurde und die der Vorsitzende dort vor Beginn der Sitzung abholte und später zurückbringen musste, nicht auffindbar gewesen sei.²²⁵

Wie schwierig es war, einen geordneten Geschäftsbetrieb in Gang zu bringen, führte ebenfalls das Beispiel der Protokollführung vor Augen. Das Präsidium des brandenburgischen Landtags fasste Anfang Dezember 1946 den Beschluss, dass über die Verhandlungen der Ausschüsse keine stenographischen Berichte

292–297, bes. S. 294; Antrag der Abgeordneten Max Hampe, Dr. Gerhard Schütze und anderen zur Bereitstellung von 2 Millionen Reichsmark für die Eingangsetzung der Frühjahrsbestellung im Oderbruch vom 1.3.1948 (Drucksache Nr. 253), in: AVLTB/2, S. 329; Landtag Brandenburg, 1. WP, 33. Sitzung am 24.3.1948, in: AVLTB/1, S. 439–442, bes. S. 440f.

²²¹ ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 196.

²²² ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 116–130.

²²³ Protokoll der Sitzung des Präsidiums des Landtags Brandenburg am 30.1.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 28, Bl. 24f., bes. Bl. 25.

²²⁴ Schreiben von Hans-Paul Ganter-Gilmans an Friedrich Ebert vom 11.7.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 158, Bl. 1.

²²⁵ Schreiben von Hans-Paul Ganter-Gilmans an Friedrich Ebert vom 11.7.1947, in: ebd., Bl. 2.

angefertigt werden sollten.²²⁶ Diese Entscheidung führte schließlich dazu, dass in den ersten Monaten manche Ausschüsse überhaupt keine schriftlichen Aufzeichnungen über ihre Beratungen anfertigten. In anderen Fällen erfolgte die Berichterstattung so kryptisch, dass sie für die Außenstehenden oder für neue Ausschussmitglieder, die sich über den Stand der bisherigen Verhandlungen ein Bild verschaffen wollten, praktisch keinen Wert hatten. Zudem mangelte es an Kenntnissen darüber, wie die Protokolle aussehen sollten.²²⁷ Auf die Dauer war dieser Zustand natürlich untragbar. Allerdings versuchten die Leitungsgremien erst im September 1947, also fast ein Jahr nach der Konstituierung der Volksvertretung, den Wildwuchs in der Berichterstattung einzudämmen und sie in geordnete Bahnen zu überführen. Nunmehr wurde festgelegt, dass künftig Beschlussprotokolle anzufertigen seien. Nur in besonderen Fällen sollte auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden eine stenografische Niederschrift erfolgen.²²⁸

Der Thüringer Landtag sah sich in seiner Anfangsphase mit vergleichbaren Problemen konfrontiert. Eine zentrale Herausforderung bestand darin, die Kooperation zwischen den Landtagsgremien und den entsprechenden Abteilungen bei der Landesregierung herzustellen. Der Schriftverkehr der Regierung mit dem Landtag und seinen Ausschüssen gestaltete sich in der ersten Zeit überaus schlecht. Es geschah mehrfach, dass Ausschüsse Referenten aus den Ministerien zu Sitzungen einbestellten, ohne diesen vorab die Tagesordnung mitzuteilen oder ihnen die notwendigen Unterlagen zuzuleiten, so dass der falsche Fachmann mit dem falschen Thema vor den Parlamentariern erschien.²²⁹ Um diesen Mangel abzustellen, beräumte Landtagspräsident Frölich auf Anregung Richard Eyeremanns am 26. April 1947 eine Sitzung der Ausschussvorsitzenden und ihrer Stellvertreter an. Weiterhin forderte Frölich die Abgeordneten zu einer schnelleren Behandlung der Eingaben auf. Es wäre keine Seltenheit, dass die Petitionen zwei bis drei Monate unerledigt bei den Ausschüssen verblieben. Wenn sich solche Fälle häuften, würde dies in der Bevölkerung »eine abträgliche Meinung über den Landtag« befördern. Überhaupt bewiesen die Ausschüsse nach Frölichs Meinung zu wenig Initiative. Sie sollten dem Plenum zuarbeiten, was bislang aber zu wenig geschehen sei. Administrative Saumseligkeiten und Nachlässigkeiten

²²⁶ Protokoll der Sitzung des Präsidiums des Landtags Brandenburg am 2.12.1946, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 28, Bl. 23.

²²⁷ Rundschreiben Friedrich Eberts an die Vorsitzenden der Landtagsausschüsse vom 25.2.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 148, Bl. 5; Protokoll der Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Landtags Brandenburg am 13.3.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 162, Bl. 207–210, bes. Bl. 210.

²²⁸ Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Landtagspräsidiums und des Ältestenrats des Landtags Brandenburg am 8.9.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 28, Bl. 33f.

²²⁹ Schreiben der Präsidialkanzlei des Ministerpräsidenten des Landes Thüringen an das Büro des Thüringer Landtags vom 15.4.1947, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 36, o. Bl.

taten ein Übriges.²³⁰ Aus diesem Grund hatte der Landtagspräsident vom Direktor des Landtagsbüros bereits im März Richtlinien für die Ausschussarbeit ausarbeiten lassen, die nun verteilt wurden. Allerdings scheint von ihnen keine übermäßige Wirkung ausgegangen zu sein. Bereits wenige Monate später sah sich Frölich veranlasst, die Ausschussvorsitzenden erneut zu einer zügigen und präzisen Bearbeitung der Eingaben aus der Bevölkerung und anderer Unterlagen aufzufordern.²³¹

d) Landtagsverwaltung

Um eine Vertretungskörperschaft von der Größe der Landtage Brandenburgs und Thüringens mit 100 Abgeordneten, mehreren Fraktionen und mehr als einem Dutzend Gremien und Ausschüssen am Laufen zu halten, bedurfte es eines administrativen Stabes, der sich um die technischen und organisatorischen Belange des Parlamentsbetriebes kümmerte. Die Landtagsverwaltungen zeichneten nicht nur für die Vorbereitung und den reibungslosen Ablauf der Plenar- und Ausschusssitzungen, die administrative Betreuung der Abgeordneten und den Schriftwechsel des Parlaments mit anderen Institutionen verantwortlich. Die Mitarbeiter waren gleichzeitig mit der redaktionellen Bearbeitung und Veröffentlichung der Drucksachen sowie mit der Verkündung der beschlossenen Gesetze in den jeweiligen Gesetz- und Verordnungsblättern betraut. Darüber hinaus verwalteten die Landtagskanzleien die Parlamentsbibliotheken – sofern man davon angesichts der zunächst nur ein paar Dutzend Bücher umfassenden Sammlungen überhaupt sprechen konnte – und die Archive ihrer Häuser.²³² Stehen für diese wichtigen Aufgaben in den heutigen Landesparlamenten häufig zahlreiche Mitarbeiter zur Verfügung, galt dies für die Landtage der Nachkriegszeit keineswegs. Die Anfänge waren bescheiden und vom Provisorischen geprägt.

Am 21. Dezember 1946 reichte Friedrich Ebert bei dem stellvertretenden Chef für Zivilangelegenheiten der brandenburgischen SMA, Scharow, seinen Stellenplan für die Landtagskanzlei mit der Bitte um Zustimmung ein. Die Auflistung sah einen Personalbestand von 16 Angestellten vor, in welcher vom leitenden Ministerialrat bis zu den Amtsgehilfen und Kraftfahrern alle Positionen berücksichtigt waren.²³³ Allerdings wurde der Vorschlag von der SMA noch um

²³⁰ Protokoll über die Besprechung August Frölichs mit den Vorsitzenden der Ausschüsse und deren Stellvertretern am 26.4.1947, 3 S., in: ebd., o. Bl.; Schreiben von Richard Eyermann an August Frölich vom 25.1.1947, in: ebd., o. Bl.; Schreiben von August Frölich an Richard Eyermann vom 20.2.1947, in: ebd., o. Bl.

²³¹ Schreiben von August Frölich an die Vorsitzenden der Ausschüsse des Thüringer Landtags vom 7.8.1947, 2 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 185, o. Bl.

²³² W. KÜNZEL, Landtage, 1972, S. 83.

²³³ Schreiben von Friedrich Ebert an Wassili M. Scharow vom 21.12.1946, in: BLHA, Rep. 201,

mehr als ein Drittel gekürzt. Letztlich genehmigte die Besatzungsmacht nur zehn Beschäftigte. Bei der Auswahl des Personals wurde großer Wert auf eine eingehende politische Überprüfung gelegt. Sämtliche Mitarbeiter der Kanzlei mussten ihre Lebensläufe bei der SMA einreichen.²³⁴ Die Mitgliedschaft in der SED war ausdrücklich erwünscht. Von den zehn Mitarbeitern gehörten im März 1947 acht der Einheitspartei an oder befanden sich im Aufnahmeprozess; zwei galten als parteilos. Mitglieder von CDU und LDP waren in der Landtagsverwaltung hingegen nicht vertreten.²³⁵ Die geringe Personaldecke, die sich vor allem bei den fehlenden Übersetzern – zunächst wurde nur eine einzige Planstelle bewilligt – und den Sekretärinnen bemerkbar machte, erschwerte die Aufnahme eines geordneten parlamentarischen Betriebs erheblich. Als in der ersten Hälfte des Jahres 1947 nach und nach die Ausschüsse mit ihrer Tätigkeit begannen, wurde die Grenze des zu Leistenden schnell erreicht. Die Auseinandersetzungen mit der SMA entwickelten sich in der Verwaltung zu einem Dauerzustand. Eine Aufstockung der Mitarbeiter und eine Erhöhung des schmalen Landtagsetats musste der Besatzungsmacht stets in langen Verhandlungen abgerungen werden.²³⁶

Die geschilderten Bedingungen ließen sich in vergleichbarer Form auf Weimar übertragen. In den Anfängen umfasste der Personalbestand der Verwaltung nur fünf Stellen, was sich als ein kaum tragbarer Zustand erwies. Ging man bei der Beratung des Etats für das erste Quartal 1947 noch davon aus, dass drei zusätzliche Stellen geschaffen werden könnten²³⁷, stellte August Frölich bereits Mitte Februar 1947 dem Ältestenrat einen überarbeiteten Stellenplan für die Landtagsverwaltung vor. Sie sollte nun aus 21 Mitarbeitern bestehen, was fast eine Verdreifachung des bisherigen Personalbestands bedeutete. Auf die Nachfrage des Landtagsvizepräsidenten Walther Rücker (CDU), nach welchen Kriterien denn die Mitarbeiter ausgewählt worden seien, antwortete Frölich lapidar, dass man die genommen habe, die sich gemeldet hätten. Diese Aussage verschleierte jedoch, dass auch in der Verwaltung des Thüringer Landtags ausschließlich die SED vertreten war. Zwar meinte Rücker, dass man es gerne gesehen hätte, wenn die anderen Parteien bei der Postenbesetzung ebenfalls berücksichtigt worden wären. Nichtsdestotrotz wurden Frölichs Planungen von den Mitgliedern des Ältestenrats genehmigt, zumal es in erster Linie darum gehen

Nr. 211, Bl. 3.

²³⁴ Schreiben von Georg John an Major Moin vom 13.1.1947, in: ebd., Bl. 6.

²³⁵ Schreiben von Georg John an Major Gurari vom 11.3.1947, in: ebd., Bl. 4.

²³⁶ Vgl. dazu die Tagebucheinträge Friedrich Eberts zum 8.2., 10.2., 12.2. und 30.5.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4192, Nr. 9, Bl. 19rs, 20 vs+rs u. 27. – Siehe Aktennotiz über die Besprechung zwischen Hauptmann Roitmann, August Frölich und Otto Heßler am 18.4.1947, 2 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 420, o. Bl., S. 2.

²³⁷ Thüringer Landtag, 1. WP, 4. Sitzung am 19.12.1946, in: AVThLT/I.1, S. 381–415, bes. S. 411f.

musste, den ordentlichen Betrieb der Landtagsverwaltung zu gewährleisten und ihn überhaupt erst herzustellen.²³⁸ In der 13. Sitzung bewilligte das Parlament die von Frölich vorgeschlagenen neuen Stellen.²³⁹

Als besonders wichtig erwies es sich für die Parlamentspräsidenten, vertraute Genossen mit leitenden Funktionen in der Verwaltung der Landtage zu beauftragen. Zum Direktor des brandenburgischen Landesparlaments wurde auf Betreiben Friedrich Eberts der ehemalige Sozialdemokrat Fritz Springer (SED) ernannt. Springer hatte nach 1933 dem Widerstand angehört. Nach dem Ende der NS-Diktatur zählte er zu den »Aktivisten der ersten Stunde« und beteiligte sich an der Neugründung der SPD in Potsdam, deren Ortsverein er später leitete. Im Juli 1945 gehörte er als Pressedezernent der von der Roten Armee eingesetzten Potsdamer Stadtverwaltung an. Nach der SED-Gründung arbeitete Springer als Leiter der Abteilung Presse und Information beim Sekretariat des Provinzialvorstandes, die in den Verantwortungsbereich Friedrich Eberts fiel.²⁴⁰ Als Leiter des Sekretariats des Landtagspräsidenten schlug Ebert seinen persönlichen Referenten, Ernst Ness (SED), vor. Nach Kriegsgefangenschaft und dem Besuch einer Antifa-Schule in Jugoslawien hatte Ness, der vormals Mitglied der SPD gewesen war, seit Dezember 1946 als stellvertretender Leiter der Abteilung Kultur, Erziehung und Parteischulen für das SED-Landessekretariat in Potsdam gearbeitet. Im Juni 1947 wurde er dann für seine neue Aufgabe an der Seite des paritätischen Landesvorsitzenden Ebert abgestellt.²⁴¹ Mit Springer und Ness verfügte der Landtagspräsident über zwei Männer, die ihm persönlich seit Langem bekannt waren und zu denen er ein besonderes Vertrauensverhältnis unterhielt. Das ermöglichte es ihm, zwischen dem Parteiapparat, der SMA, der SED-Fraktion und der Parlamentsverwaltung eine Geschäftsführung der »kurzen Wege« zu entwickeln.

August Frölich bewogen wohl ähnliche Gedanken, als er im Februar 1947 beim Innenminister um die Versetzung des Ministerialrats Otto Heßler zum Landtag bat.²⁴² Der Landtagspräsident kannte den 1891 in Spandau geborenen Gewerkschafter seit Langem. Wie Frölich hatte auch dieser zwischen 1908 und 1933 für den Deutschen Metallarbeiter-Verband gearbeitet. Nach dem Zweiten

²³⁸ Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 17.2.1947, 2 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl., S. 1f

²³⁹ Thüringer Landtag, 1. WP, 13. Sitzung am 25.3.1947, in: AVThLT/I.1, S. 615–651, bes. S. 641f.

²⁴⁰ W. BETHGE, Antifaschismus, 2004, S. 21 u. 23; A. MALYCHA, Auf dem Weg zur SED, 1995, S. 21f. u. 279; M. UHLEMANN, Entstehung der SED, 1996, S. 21; F. SATTLER, Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 2, 2002, S. 861. – Vgl. auch BLHA, Rep. 201, PA 41.

²⁴¹ Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Brandenburg am 16.6.1947, verf. am 18.6.1947, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 23, Bl. 118–121, bes. Bl. 120f. – Zum Werdegang Nessens siehe F. SATTLER, Wirtschaftsordnung im Übergang, Bd. 2, S. 950 sowie BLHA, Rep. 201, PA 34.

²⁴² Schreiben von Ernst Busse an das Personalprüfungsamt beim Ministerium des Innern des Landes Thüringen vom 10.2.1947, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 76, o. Bl.

Weltkrieg folgte für Heßler innerhalb der thüringischen Verwaltung im Landesamt für Kommunalwesen ein rascher beruflicher Aufstieg.²⁴³ Im Sommer 1946 zum Ministerialrat befördert, galt Heßler als »einer der aktivsten Funktionäre der SED« in Thüringen. Seine politische Zuverlässigkeit stand außer Zweifel. Zudem hatte er sich als fähiger Verwaltungsexperte erwiesen.²⁴⁴ Im Ältestenrat des Landtags regte sich kein Widerspruch gegen die Berufung Heßlers, den August Frölich als einen Mann vorstellte, »der die entsprechende Energie hat und auch im entsprechenden Rang steht«.²⁴⁵ In der Aufgabe des Leiters des Landtagsbüros erwies sich Heßler als die rechte Hand des Präsidenten. Auf Initiative Frölichs wurde er im April 1947 zum Ministerialdirektor befördert.²⁴⁶

Allerdings gehörte Otto Heßler nicht zu jenem Typus des Verwaltungsorganisations, der lediglich die ihm gestellten Aufgaben löst und seinem Vorgesetzten zuarbeitet. Vielmehr entwickelte er eigene politische Ambitionen, die sich mit denen des Landtagspräsidenten deckten. So unterstützte er die Bemühungen August Frölichs, gegenüber dem SED-Landesvorstand ein gewisses Maß an Autonomie an den Tag zu legen. Daher verwunderte es nicht, dass die fehlende Absprache mit den Weimarer Parteiinstanzen zunehmend auch ihm angelastet wurde. Für besonderes Aufsehen sorgte im Frühjahr 1948 die Drucklegung eines Aufsatzes des Jenaer Rechtsgelehrten und Universitätsprofessors Martin Draht, der unter dem bezeichnenden Titel *Kontrolle der Verwaltung durch das Parlament* stand. Darin sprach sich der Autor für eine Beaufsichtigung der Verwaltung durch den Landtag aus. Außerdem forderte er für das Parlament eine Kontrollfunktion über die Verwaltungsgerichtsbarkeit. Damit vertrat der Jurist Draht Positionen, die sich gegen den von der SED-Führung vorgegebenen politischen Kurs richteten. Die hochbrisante Schrift gelangte im Februar 1948 an August Frölich. Heßler setzte sich beim Landtagspräsidenten stark dafür ein, den Aufsatz als Sonderdruck des Parlaments an die Abgeordneten verteilen zu lassen, um damit eine offene Diskussion über die Rechte der Volksvertretung und die parlamentarische Kontrollfunktion anzuregen. Als der Aufsatz Anfang April mit einem persönlichen Vorwort Frölichs erschien, erregte das bei der SED-Fraktion und der Parteileitung großen Unmut. Es wurden schwere Vorwürfe gegen Frölich und insbesondere gegen Heßler als Mitverantwortlicher erhoben. Man bewertete die Affäre als ein Beispiel für die Unkontrollierbarkeit des

²⁴³ Personal-Ergänzungsbericht zu Otto Heßler, o. D. [nach 1945], 3 S., in: ebd., o. Bl.

²⁴⁴ Beurteilung über Ministerialrat Otto Heßler vom 19.8.1946, in: ebd., o. Bl.; Ernennungsurkunde für Otto Heßler zum Ministerialrat am 1.8.1946, in: ebd., o. Bl.

²⁴⁵ Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 17.2.1947, 3 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl., S. 1.

²⁴⁶ Schreiben von August Frölich an das Personalprüfungsamt beim Ministerium des Innern des Landes Thüringen vom 2.4.1947, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl.; Ernennungsurkunde für Otto Heßler vom 10.4.1947, in: ebd., o. Bl.

Landtagspräsidenten und der ihm unterstehenden Einrichtung.²⁴⁷ Seitdem nahm die Kritik an Frölich und Heßler beständig zu. Anfang 1949 wurden beide dazu verpflichtet, die grundsätzlichen Arbeiten des Landtagsbüros fortan nur in enger Zusammenarbeit mit dem Fraktionsvorstand der SED-Landtagsfraktion durchzuführen, zumal gegenüber der politischen Linie Heßlers nun »starke Bedenken« bestanden.²⁴⁸ Wenige Tage nach den »Volkswahlen« 1950 wurde er aufgrund eines Beschlusses des Sekretariats der Landesleitung aus seinem Amt entlassen.²⁴⁹

Die Bedingungen, unter denen die Landtagsverwaltungen Ende 1946/Anfang 1947 ihre Arbeit aufnahmen, waren denkbar schwierig. Es fehlte nicht nur an der personellen, sondern auch an der materiellen und technischen Ausstattung. In den ersten drei Monaten, als der Landtag im Hotel »Elephant« tagte, verfügte die Verwaltung über keine eigenen Räumlichkeiten. Vielmehr war die Situation gekennzeichnet durch Übergangslösungen, häufige Umzüge und fehlende Anlaufstationen.²⁵⁰ Nachdem der Landtag Anfang 1947 seine Tagungsstätte vom Hotel »Elephant« in das ehemalige Kreishaus in der Schwannseestraße verlegt hatte, wo am 28. Januar die erste Sitzung stattfand²⁵¹, standen für das Landtagsbüro seit dem 1. Februar sechs notdürftig eingerichtete Räume im Gebäude der Landesbank in der Steubenstraße 15 zur Verfügung. Kurze Zeit darauf begannen Gespräche mit der SMA um Büroräume in der Lottenstraße, die Frölich für die Landtagsverwaltung als einigermaßen geeignet erschienen.²⁵² Allerdings gestalteten sich die Verhandlungen darüber äußerst schwierig, weil die Verfügungsgewalt über dieses Gebäude nicht eindeutig geklärt war. Weder die SMA fühlte sich dafür zuständig, noch stand es in der Nutzung durch das NKWD, wie das zwischenzeitlich vermutet wurde.²⁵³ Obwohl sich die Raumsituation im weiteren Verlauf des Jahres allmählich entspannte, blieben die Verhältnisse, unter denen das Büro arbeiten musste, weiterhin notdürftig. Aufgrund

²⁴⁷ Ausführlich dazu Th. HEIL, *Verwaltungsgerichtsbarkeit*, 1996, S. 200–206. Vgl. auch P. WEBER, *Justiz und Diktatur*, 2000, S. 75.

²⁴⁸ Protokoll der Sitzung des Arbeitssekretariats der SED-Landesleitung Thüringen am 14.1.1949, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/L/2/3-035, Bl. 14–20, hier Bl. 15.

²⁴⁹ Schreiben der Abteilung Staatliche Verwaltung beim SED-Landesvorstand Thüringen an Landtagspräsident August Frölich vom 23.10.1950, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 201/1, Bl. 31.

²⁵⁰ Schreiben von August Frölich an Generalmajor Iwan S. Kolesnitschenko vom 15.2.1947, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 420, o. Bl.

²⁵¹ Vgl. K.-J. WINKLER, *Tagungsstätten*, 1994, S. 114. – Thüringer Landtag, 1. WP, 6. Sitzung am 28.1.1947, in: AVThLI/I.1, S. 449–482, bes. S. 415.

²⁵² Ebd. – Schreiben von August Frölich an Major Rudenko vom 27.2.1947, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 420, o. Bl.

²⁵³ Schreiben des Stabschefs der Verwaltung der SMA Thüringen, Generalmajor Iwan D. Smirnow, an August Frölich vom 27.2.1947, in: ebd., o. Bl.; Niederschrift über die Besprechung zwischen dem SMA-Abteilungsleiter für den Landtag, Kapitän Roitmann, August Frölich und Otto Heßler am 13.3.1947, 2 S., in: ebd., o. Bl., S. 1; Niederschrift über die Besprechung Otto Heßlers mit Kapitän Roitmann am 15.3.1947, 2 S., in: ebd., o. Bl., S. 1f.

der immensen Aufgaben und der begrenzten Ressourcen war das Landtagsbüro in der ersten Zeit sieben Tage die Woche besetzt. Besonders in den Wintermonaten erwies sich das als schwierig, weil die Möglichkeiten zum Heizen eingeschränkt waren. So bat Frölich bei der SMA Ende Februar 1947 nicht nur um eine Erhöhung des monatlichen Stromkontingents, das kaum ausreichte, um die Beleuchtung sicherzustellen, sondern ebenfalls darum, sich wegen seines angegriffenen Gesundheitszustandes im Büro einen elektrischen Heizofen aufstellen zu dürfen.²⁵⁴ Die Ausstattung mit Büromöbeln und technischem Gerät fiel spärlich aus. In den ersten Monaten wurde der Betrieb des Landtagsbüros nur mittels einiger Schreibmaschinen geleistet, die man sich an in der Landesverwaltung ausgeliehen hatte.²⁵⁵ Aufgrund der schwierigen Ausgangsbedingungen konnte beispielsweise eine geregelte Ausfertigung der Landtagsdrucksachen erst ab dem Frühjahr 1947 erfolgen.²⁵⁶ Diese Zustände änderten sich nur langsam.

e) Die SED-Fraktionen – geschlossene Abstimmungsformationen?

Ein wesentliches Instrument, um den zentralen Parteivorgaben in den Plenarsälen der Landtage Geltung zu verschaffen, bestand in der effektiven und geschlossenen Fraktionsarbeit. Diese wurde einerseits durch die personellen Überschneidungen in den Fraktionen und den Landesvorständen der SED gewährleistet. Die zentralen Positionen besetzten Männer, die den Parteiführungen angehörten und ihnen loyal ergeben waren. Die Fraktionen wurden auf diese Weise an den Parteiapparat gebunden. In der ersten Fraktionssitzung machte Willy Sägebrecht seinen Genossen unmissverständlich deutlich, dass die Beschlüsse und Anweisungen der Landesleitung von den Mitgliedern der Fraktion bedingungslos umzusetzen seien:

»Wir werden zwar alle Punkte der Tagesordnung vor jeder Landtagssitzung innerhalb der Fraktion diskutieren und jeder kann dazu seine Meinung sagen, aber maßgeblich und verbindlich sind und bleiben immer die Beschlüsse der Parteileitung [...]. Jeder, der diese Ordnung bricht, kommt vor das Parteigericht.«²⁵⁷

²⁵⁴ Schreiben von August Frölich an Major Rudenko vom 27.2.1947, in: ebd., o. Bl. – Vgl. das Schreiben von August Frölich an Hauptmann Roitmann vom 3.1.1948, in: ebd., o. Bl.

²⁵⁵ Niederschrift über die Besprechung zwischen Kapitän Roitmann, August Frölich und Otto Heßler am 13.3. 1947, in: ebd., o. Bl., S. 1.

²⁵⁶ Vgl. AVThLT/II.1, S. 1–68.

²⁵⁷ Erinnerungen von Willy Sägebrecht, 1965, in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 1276/2, Bl. 523. – In Sägebrechts Memoiren findet sich dieser Passus nur stark gekürzt und inhaltlich entschärft. Vgl. W. SÄGEBRECHT, Nicht Amboss, sondern Hammer sein, 1968, S. 365. Vgl. auch E. WARNING, Tätigkeit der SED, 1975, S. 893.

Den SED-Fraktionen wurde eine straffe und hierarchische Ordnung auferlegt. Mit ihrem geschlossenen Auftreten erinnerten sie stark an die KPD-Formationen in den Parlamenten der Weimarer Republik. Über die Mittel und Wege, die fraktionsinterne Disziplin aufrecht zu erhalten, notierte Sägebrecht später:

»Ich hatte vor allem gelernt, wie man eine Fraktion führt; immer beweglich zu sein und dort, wo es notwendig ist, auch während der Beratungen im Plenum die Parteifraktion jeweilig diese oder jene taktische Position einnehmen zu lassen. [...]

Die Sitzverteilung der Fraktion nahm ich so vor, daß vorn auf der ersten Bank mein Platz war und neben mir saß der Genosse Pieck, so daß uns jedes einzelne Fraktionsmitglied und jedes Zeichen, das wir der Fraktion gaben, sehen konnten. Hinten auf den letzten Bänken aber saßen besonders gute und zuverlässige Genossen [...]. Diese hatten die Anweisung von hinten jedes einzelne Fraktionsmitglied und das Verhalten der Fraktion zu kontrollieren, ob auch jeder Einzelne die Fraktionsbeschlüsse befolgt, und im Falle, daß es einem SED-Abgeordneten einmal schwer fallen sollte, rechtzeitig die Hand zu heben oder aufzustehen, bekam der von hinten, von diesen Genossen, einen sanften Stoß in die Rippen [...].«²⁵⁸

Dieser auf straffer Disziplin beruhende Ansatz unterschied sich diametral von jenem Ton, der in den Fraktionen der CDU und der LDP gepflegt wurde. Hier betrachtete man den einzelnen Abgeordneten nicht als Rad in einem Getriebe für Kampfabstimmungen. Vielmehr herrschte das Kollegialitätsprinzip vor. Die hierarchischen Strukturen innerhalb der vergleichsweise kleinen Fraktionen fielen deutlich flacher aus als bei den Einheitssozialisten.²⁵⁹ Zwar dienten solche Politiker vom Format eines Franz Schleuseners (CDU) in Brandenburg, der bereits in der Weimarer Republik kommunalpolitische Verantwortung getragen hatte, als Orientierungspunkte innerhalb der Fraktionen. Ihre Erfahrung, ihr Sachverstand und ihr Ratschlag erwiesen sich für die neuen Parlamentarier als ein überaus wertvoller Schatz. Doch daraus leiteten sich keine innerfraktionellen Hierarchiezwänge ab. Obwohl die Berliner Parteiführungen sowie die Landesvorstände versuchten, die Politik in den Parlamenten zu koordinieren, gestaltete sich die Meinungsbildung der »bürgerlichen« Abgeordneten viel freier – und damit letztlich auch unberechenbarer als bei der SED. Bei internen Entscheidungen galt das Mehrheitsprinzip.²⁶⁰ Ausdrücklich warnte Ernst

²⁵⁸ Erinnerungen von Willy Sägebrecht, 1965, in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 1276/2, Bl. 522–524.

²⁵⁹ Vgl. C. TRITTEL, Landtagsfraktionen, 2006, S. 96.

²⁶⁰ Vgl. die Geschäftsordnung der CDU-Fraktion des Landtags Brandenburg vom 9.10.1947, 2 S., in: ACDP, 07-10, Nr. 1846, o. Bl.

Lemmer davor, dass der Vorsitzende der Landespartei zugleich das Amt des Fraktionsführers übernehme. Der Vorsitzende müsse vielmehr »als das personalisierte Gewissen der Partei« außerhalb der Fraktionsführung stehen.²⁶¹ Auch hinsichtlich der Fraktionsdisziplin im Plenum und bei den Abstimmungen sollten andere Richtlinien gelten. Zwar müsse ein gemeinsames Handeln möglich sein, dennoch dürfe die Fraktionsdisziplin nur die »ultima ratio« sein, auf die man im Allgemeinen verzichten solle. Abgeordnete, so Lemmer, dürften an keine Instruktionen gebunden sein. Stattdessen müsste in den Fraktionen der Persönlichkeitswert der Mandatsträger gesichert bleiben.²⁶²

Gleichwohl darf man angesichts der äußerlichen Geschlossenheit der SED-Fraktionen und den an sich selbst gestellten Ansprüchen keine voreiligen Rückschlüsse auf deren inneren Zustand schließen. Denn dass viel Mühe aufgebracht wurde, die Fraktionen »auf Kurs« zu bringen, wie es Willy Sägebrecht beschrieben hat, zeigt ja, dass man sich der Gefolgschaft nicht gänzlich sicher war. Gerade in den ersten Jahren fanden sich in den SED-Fraktionen noch eine ganze Reihe ehemaliger Sozialdemokraten. Nach der Einschätzung von Oberstleutnant Jakow I. Milchiker, der die Propagandaabteilung der brandenburgischen SMA in Potsdam leitete, saßen Ende 1946 in der brandenburgischen SED-Fraktion neun ehemalige Gegner der Vereinigung von KPD und SPD, die von ihm als »Vertreter rechter Positionen« eingestuft wurden. Bei 44 Sitzen für die SED handelte es sich immerhin um ein Fünftel der Abgeordneten.²⁶³ Einer anderen internen Einschätzung vom Mai 1947 zufolge lag der Anteil der nicht verlässlichen Personen innerhalb der Fraktion sogar noch höher.²⁶⁴ Diese Parlamentarier standen in manchen Punkten den Positionen der CDU und der LDP näher als jenen der eigenen Parteiführung. Das zeigte sich schon im Verlauf der Verfassungsberatungen.²⁶⁵

Während es Willy Sägebrecht offenbar gelang, die unterschiedlichen Richtungen in der SED-Fraktion weitestgehend auf einen geschlossenen Kurs zu lenken, taten sich die Thüringer Genossen damit schwerer. Immer wieder kam es zu Abweichungen von der Fraktionslinie. Beispielsweise übte der Erfurter Abgeordnete August Kunze, der dem Finanzausschuss vorstand, im Mai 1947 scharfe

²⁶¹ Mitteilungen der Christlich-Demokratischen Union Nr. 1 vom 1.12.1946, 15 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 1286, o. Bl., S. 5.

²⁶² Ebd.

²⁶³ S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 123.

²⁶⁴ Vgl. die Denkschrift des Chefs der SMA-Verwaltung der Provinz Brandenburg, Generalmajor Wassili M. Scharow, und des Chefs der Propagandaabteilung der SMA der Provinz, Oberstleutnant Jakow I. Milchiker, an den Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD, Generalleutnant M. I. Dratwin, vom 23. Mai 1947, abgedr. in: J. FOITZIK (Hrsg.), *Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung*, 2015, S. 495-498, bes. S. 495.

²⁶⁵ Vgl. W. SÄGEBRECHT, *Nicht Amboss, sondern Hammer sein*, 1968, S. 364.

Kritik an dem Vorgehen der Landesregierung bei der Vorbereitung des Landeshaushalts. Anstatt das Parlament einzubeziehen, sei der Entwurf zunächst an die Militäradministration in Karlshorst geleitet und dort dann genehmigt worden. Indem Kunze für sich in Anspruch nahm, für die gesamte SED-Fraktion zu sprechen, protestierte er, dass man nicht willens sei, sich »bei diesem vornehmsten Recht des Landtages ausschalten zu lassen.«²⁶⁶ Obwohl Kunzes Ausführungen vordergründig auf das Verhalten des von den Liberaldemokraten geführten Finanzministeriums abzielten, war ersichtlich, dass er sich gegen die grundsätzlichen Zustände wandte – und diese wurden bekanntermaßen von der Besatzungsmacht vorgegeben. Das konnte ganz gewiss nicht im Sinne der Einheitspartei sein.

Einige Monate später informierte die Abteilung für Landespolitik beim Zentralsekretariat der SED im November 1947 Walter Ulbricht und Max Fechner darüber, dass es während der Abstimmungen mehrfach zu Enthaltungen oder sogar Gegenstimmen aus den eigenen Reihen gekommen wäre. So hätte sich beispielsweise der ehemalige sozialdemokratische und hoch anerkannte Landes- und Kommunalpolitiker Karl Hermann, der für die SED im Parlament saß, im Ältestenrat gegen eine Verlegung der Landesversicherungsanstalt von Erfurt nach Gotha ausgesprochen. Mit seinem ablehnenden Votum stellte sich Hermann dezidiert gegen den Beschluss seiner Fraktion.²⁶⁷ Unstimmigkeiten traten ebenso bei einer Gesetzesvorlage der Landesregierung auf, in der es um die staatliche Überwachung der Lebensmittel-, Genussmittel-, Waschmittel- und kosmetischen Industrie sowie des Lebensmittelhandwerks ging. Aufgrund interner Meinungsverschiedenheiten über einzelne Details und Bezeichnungen trat die SED-Fraktion am 10. Oktober 1947 im Plenum nicht geschlossen zur endgültigen Abstimmung an. Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Heinz Baumeister (SED), sprach sich im Plenum gegen den Antrag der eigenen Fraktion aus, enthielt sich dann allerdings der Stimme, wohingegen der Abgeordnete Erich Hertzsch (SED) sogar mit »Nein« votierte.²⁶⁸ Diese beiden Vor-

²⁶⁶ Thüringer Landtag, 1. WP, 19. Sitzung am 30.5.1947, in: AVThLT/I.1, S. 400 (Beitrag August Kunze, SED).

²⁶⁷ Schreiben von Richard Eyermann an die Abteilung Landespolitik beim Zentralsekretariat der SED vom 18.10.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Nr. 1085, Bl. 332; Bericht über die Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 11.9.1947, 16 Uhr, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl. – Überblickartige Lebensläufe zu Karl Hermann finden sich bei S. KACHEL, Ein rot-roter Sonderweg?, 2011, S. 552, J. LENGEMANN, Thüringische Landesparlamente, 2014, S. 330-333, sowie bei B. POST/V. WAHL (Hrsg.), Thüringen-Handbuch, 1999, S. 590.

²⁶⁸ Schreiben des SED-Landesvorstands Thüringen an die Abteilung Landespolitik beim Zentralsekretariat der SED vom 18.10.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Nr. 1085, Bl. 332; Thüringer Landtag, 1. WP, 27. Sitzung am 10.10.1947, in: AVThLT/I.2, S. 1063–1092, bes. S. 1088–1091. – Vgl. auch das Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Rechts- und Wirtschaftsausschusses des Thüringer Landtags am 12.9.1947, 5 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 104, o. Bl.; Bericht

gänge lösten bei der Landesleitung Unruhe aus, zumal sie sich nur wenige Wochen nach der spektakulären Flucht des Ministerpräsidenten Rudolf Paul und der dadurch ausgelösten Regierungskrise zutrug. Vertraten einzelne Mitglieder des Landessekretariats die Auffassung, dass unter bestimmten Bedingungen Genossen sich durchaus der Stimme enthalten könnten, zeigte die Mehrheit dafür kein Verständnis. Jedenfalls erachtete der Landesvorstand die Vorgänge im Parlament als so bemerkenswert, dass er sie mit der Bitte um eine grundsätzliche Regelung an die zentralen Parteiinstanzen in Berlin weiterleitete.²⁶⁹ Doch auch die Fraktionsführung um Richard Eyermann und Fritz Heilmann zeigte sich in verschiedenen Situationen den praktischen Notwendigkeiten nicht gewachsen. Statt mit politischer Klugheit verbindlich zu agieren, traten beide mehrfach geradezu großsprecherisch auf. Wie der paritätische Landesvorsitzende Heinrich Hoffmann bemängelte, dem es selbst im Parlament des Öfteren an Beherrschung fehlte, boten sie damit den »bürgerlichen« Parteien unnötige Angriffsflächen.²⁷⁰

des Ausschusses für Wirtschaft, Handel und Versorgung sowie des Rechtsausschusses des Thüringer Landtags über die Beratungen der Vorlage der Landesregierung betreffend eines Gesetzes zur Überwachung der Lebens- und Genussmittel-, Waschmittel- und kosmetischen Industrie und des Lebensmittelhandwerks, o. D. [Ende September 1947], 8 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 180, o. Bl.

²⁶⁹ Hausmitteilung der Abteilung Landespolitik beim Zentralsekretariat der SED vom 3.11.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Nr. 1085, Bl. 331; Mitteilung des SED-Landessekretariats Thüringen an Richard Eyermann vom 15.10.1947, in: ebd., Bl. 333.

²⁷⁰ S. KACHEL, Ein rot-roter Sonderweg?, 2011, S. 465.



*Sitzung des Landtags der Mark Brandenburg, vermutlich am 25. Juni 1947.
V.l.n.r. Finanzminister Dr. Walter Kunze, Landtagspräsident Friedrich Ebert, Wirtschaftsmi-
nister Heinrich Rau, Ministerpräsident Carl Steinhoff (stehend), Innenminister
Bernhard Bechler und Volksbildungsminister Fritz Rücker.
Bundesarchiv, Bild 183-S75975 (Foto: Walter Heilig).*

Viertes Kapitel

Begrenzte Möglichkeiten. Verfassungsberatungen und Gesetzgebung der Landtage

1. Die Parteien und die Verfassungsfrage

a) Verfassungen statt Landesordnungen

Die Beratungen über die personelle Zusammensetzung der Landes- bzw. Provinzialregierungen waren noch nicht zu Ende geführt, da kündigte sich mit den Verfassungsberatungen in Potsdam und Weimar bereits die nächste große Herausforderung für die jungen Landtagsfraktionen an. Die Ausarbeitung eines gesetzlichen Rahmenwerkes auf Landesebene 1946/47 zählte, wie Herbert Gottwald zu Recht bemerkt hat, »zu den ersten und zweifellos wichtigsten Aufgaben«. ¹ Bereits in der zweiten Sitzung des Thüringer Parlaments am 4. Dezember 1946 brachten die Fraktionen gemeinschaftlich einen Entwurf für die künftige Landesverfassung ein. Dieses Vorgehen war von der SED, die den Antrag ohne Mitwirkung von CDU und LDP vorbereitet hatte, bewusst gewählt worden. Nach außen sollte das Bild von Geschlossenheit, Eintracht und dem allseitigen Willen zur Kooperation vermittelt werden. ²

Am 6. Dezember folgten dann die Genossen im Potsdamer Landtag mit ihrem Entwurf für eine Verfassung. Im Unterschied zu den Vorgängen in Weimar stellten sie ihn allerdings ohne die Einbeziehung der »bürgerlichen« Fraktionen. ³ Die zeitliche Nähe bei der Einbringung der Verfassungsentwürfe in Brandenburg und Thüringen war indes kein Zufall. Dahinter standen detaillierte Vorgaben, die die SED-Parteiführung bereits vorab an die Landes- und Provinzialleitungen gegeben hatte. Mit ihnen wurde der Versuch unternommen, die Verfassungsberatungen im Sinne der eigenen Interessen besser koordinieren zu können und dabei möglichst viel Einfluss auf den Gang der Verhandlungen zu

¹ H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 23.

² Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 2. Sitzung am 4.12.1946, 10:00 Uhr, in: AVThLT/I.1, S. 359–368, bes. S. 365. – H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, S. 24; G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 103 u. 111.

³ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 2. Sitzung am 6.12.1946, in: AVLTB/1, S. 9–10, bes. S. 10–12; Antrag Sägebrecht und Genossen betr. eine Verfassung für die Mark Brandenburg vom 29.11.1946 (Drucksache Nr. 6), in: AVLTB/2, S. 19–28. – Vgl. ebenso H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, Land Brandenburg, 1998, S. 249.

nehmen.⁴ Es stellte sich allerdings schnell heraus, dass weder die Christ- noch die Liberaldemokraten bereit waren, den Vorstellungen der SED unwidersprochen zuzustimmen. Während der intensiv geführten Debatten um die Verfassungen prallten die unterschiedlichen Standpunkte der Parteien aufeinander.

Die Entstehung der Landesverfassungen blickte auf eine Vorgeschichte, die bis in den Frühsommer 1946 zurückreichte. Zu diesem Zeitpunkt waren in der amerikanischen Besatzungszone die Vorbereitungen für die Einrichtung von Landesversammlungen schon in vollem Gange. Mit dem Entschluss der sowjetischen Seite, Wahlen anzuberaumen und Landesparlamente einzurichten, drängte sich auch in der SBZ die Frage nach den rechtlichen Grundlagen für die künftigen Volksvertretungen auf.⁵ Bereits im Juni 1946 beschäftigte sich die Abteilung Justiz beim Zentralsekretariat der SED mit dem Thema.⁶ Auf der erweiterten Sitzung des Zentralsekretariats am 27. August 1946 standen die verfassungs- und staatsrechtlichen Probleme erstmals ausführlich im Mittelpunkt.⁷ Das Zentralsekretariat erhielt den Auftrag, die bereits begonnenen Arbeiten an einem Verfassungsentwurf für die Länder voranzubringen, diesen nach Fertigstellung mit den SED-Landesleitungen zu beraten und ihn dann schließlich in die anstehende Kampagne zu den Landtags- und Kreistagswahlen einzubringen.⁸ Walter Ulbricht forderte in diesem Zusammenhang eine Aufhebung der klassischen Gewaltenteilung zugunsten einer herausgehobenen Stellung des Parlaments, welches »das höchste Staatsorgan der demokratischen Republik« sein solle. Darüber hinaus betonte er die stärkere Einbeziehung des Volkes in die politischen Entscheidungen – etwa in Form von Plebisziten und Volksbegehren sowie anderen Einwirkungsmöglichkeiten auf die Verwaltung und die Rechtsprechung. Dahinter stand das von den Kommunisten bei Rousseau entlehnte Konzept der »radikalen Demokratie«. Dieses lief darauf hinaus, durch die Verschmelzung der drei Gewalten und ihre Konzentration in den Händen der Arbeiterklasse deren Partei – also der SED – die alleinige Macht zu verschaffen.⁹ Außerdem formulierte Ulbricht die Notwendigkeit, die bislang ergriffenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen in den Verfassungskon-

⁴ Vgl. das Rundschreiben Wilhelm Piecks und Otto Grotewohls an die Landes- und Provinzialvorstände der SED vom 15.11.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13, Nr. 219, Bl. 32f., bes. Bl. 32.

⁵ Vgl. das Manuskript »Demokratische Entwicklungstendenzen im Spiegel von Wahlergebnissen«, o. D. [vermutl. Ende September/Anfang Oktober 1946], in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13, Nr. 613, Bl. 29–33, bes. Bl. 29 u.31.

⁶ Vgl. den Kommentar der Abteilung Justiz beim Zentralsekretariat der SED für die künftigen Landesverfassungen vom 18.6.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13, Nr. 219, Bl. 1–6.

⁷ Vgl. G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 51.

⁸ Vgl. das Protokoll der erweiterten Sitzung des Zentralsekretariats der SED am 27.8.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 27, Bl. 1f.

⁹ Vgl. M. SCHMEITZNER, Abschied vom Westen?, 2011, S. 106f.

zepten dauerhaft zu verankern.¹⁰ Damit waren die wesentlichen Eckpunkte für die weiteren Ausarbeitungen vorgegeben.

Die SED-Führung beabsichtigte, ihren Entwurf für die Landesverfassungen zeitlich so abzuschließen, dass er einerseits für wahlkampfaktische Zwecke genutzt werden könnte. Andererseits hegte sie die Hoffnung, dass, indem sie eine Alternative zu den konstitutionellen Entwicklungen in der US-Zone präsentieren würde, besser Einfluss auf die Geschehnisse in den Westzonen nehmen könnte als nur durch eine rein agitatorische Kritik.¹¹ Dieses Argument war im Zusammenhang der gesamtdeutschen Bemühungen der SED zu verstehen, wie sie etwa in der Ausarbeitung eines gesamtstaatlichen Verfassungswurfs zum Ausdruck kamen.¹² Zwischen dem gesamtdeutschen Entwurf und den geplanten Gesetzeswerken auf Landesebene bestand eine enge Verknüpfung.¹³

Allerdings gelang es der SED nicht, den Vorschlag für die künftigen Landesverfassungen rechtzeitig zu den Herbstwahlen fertigzustellen. Es dauerte noch bis Ende Oktober, bis ein erstes vollständiges Konzept vorlag, das sowohl vom Parteivorstand als auch vom Zentralsekretariat gebilligt wurde.¹⁴ Otto Grotewohl betonte zu diesem Anlass, dass es wichtig sei, die Einbringung des Entwurfs in den Landtagen einheitlich und möglichst zeitlich parallel vorzunehmen, um damit nicht nur eine Wirkung für das übrige Deutschland, sondern für die ganze Welt zu erzielen. Die SED müsse die Parlamente als Bühne gebrauchen, um die Auffassung der Partei über die Gestaltung Deutschlands als Einheitsstaat darzulegen. »Von der Tribüne des Parlaments muss auch gleich zu Beginn klar zum Ausdruck gebracht werden, dass jene Redereien und Fantastereien von Diktatur Unsinn sind, sondern dass hier der wirkliche Beginn der Demokratie liegt.«¹⁵

Obwohl innerhalb der SED-Spitze über die inhaltliche Ausrichtung der künftigen Gesetzeswerke Einigkeit bestand, erwies sich ihr konkreter verfassungsrechtlicher Zuschnitt als schwierig. Im Kern ging es um die Frage, ob man die künftigen Rechtswerke als »Verfassungen« bezeichnen sollte oder ob es nicht

¹⁰ Vgl. die stenografische Niederschrift über die erweiterte Sitzung des Zentralsekretariats der SED am 27.8.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 27, Bl. 35–81, bes. Bl. 50–53.

¹¹ Vgl. das Schreiben Walter Ulbrichts an Wassili D. Sokolowski, Fjodor J. Bokow und Sergei I. Tjulpanow vom 11.9.1946, zit. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Bearb.), *Die UdSSR und die deutsche Frage*/3, 2004, S. XXXIX. – Vgl. auch M. SCHMEITZNER, *Abschied vom Westen?*, 2011, S. 108f.

¹² Vgl. G. BRAAS, *Die Entstehung der Länderverfassungen*, 1987, S. 58f. – Vgl. ausführlich auch H. AMOS, *Die Entstehung der Verfassung*, 2006.

¹³ Vgl. H. FIEDLER, *SED und Staatsmacht*, 1974, S. 124.

¹⁴ Vgl. die stenografische Niederschrift über die Tagung des Parteivorstands der SED am 24. u. 25.10.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1, Nr. 10, Bl. 2–218, bes. Bl. 27; Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats der SED vom 28.10.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 42, Bl. 1f.

¹⁵ Stenografische Niederschrift über die Tagung des Parteivorstands der SED am 24. u. 25.10.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1, Nr. 10, Bl. 27.

besser sei, von »Landesordnungen« zu sprechen. Hierbei ging es keineswegs nur um verfassungsrechtliche Quisquilien. Bei den mit der Ausarbeitung des Entwurfs beauftragten Stellen dominierte die Auffassung, dass die Einbringung von Landesordnungen vollkommen ausreichend wäre. Diese sollten lediglich einen Übergangskarakter tragen und die Funktion von »Länderrahmengesetzen« übernehmen.¹⁶ Alle Fragen, die im Rahmen einer gesamtdeutschen Verfassung geregelt werden könnten, gehörten demnach nicht in eine Landesordnung hinein.¹⁷ Mit Blick auf die gesamtdeutschen Zielsetzungen hätte sich aus dieser Perspektive die Verabschiedung von vollwertigen Landesverfassungen sogar als kontraproduktiv erweisen können, denn durch diese würde, so lautete die Befürchtung, der föderale Charakter des Staatsaufbaus unterstrichen. Doch genau dagegen hatte die SED während des Wahlkampfes ja heftig agitiert. Mit der Erwägung »Verfassung« oder »Landesordnung« war gleichfalls die Frage verbunden, ob man in den Ländern und Provinzen Landesregierungen oder lediglich Landesverwaltungen einzusetzen gedachte. Die Parteizentrale tendierte mehrheitlich zur ersten Bezeichnung. Hier war das Argument einer statusrechtlichen Gleichstellung mit den Ländern der Westzonen das ausschlaggebende Kriterium. Allerdings existierten auch andere Stimmen, die sich mit guten Argumenten für die Beibehaltung der bisher gebräuchlichen Begrifflichkeiten aussprachen.¹⁸ Schließlich wurde Ende November die Entscheidung getroffen, auch künftig für Landesordnungen einzutreten. Das sei, hieß es im Zentralsekretariat, »zweckmäßiger«.¹⁹

Jedoch erwies sich der Entschluss zu diesem Zeitpunkt bereits als überholt, denn inzwischen hatte sich die SMAD in die Frage eingeschaltet. Die sowjetischen Offiziere hatten den Gang der verfassungspolitischen Diskussionen in der SED stets im Auge behalten. Die juristischen Argumente, die in der Kontroverse ins Feld geführt wurden, waren für sie zweitrangig. Vielmehr wiesen Marschall Sokolowski und der Politische Berater Wladimir S. Semjonow die Moskauer Dienststellen auf den unmittelbaren Zusammenhang zwischen der zonenübergreifenden Verfassungsinitiative der SED und der Verfassungsfrage in den Ländern bzw. in den Provinzen der SBZ hin. Sokolowski und Semjonow ging es in erster Linie darum, eine Einheitlichkeit in den unterschiedlichen Verfassungsdokumenten zu garantieren, um damit ein »Gegengewicht zu den föderalistischen Verfassungen der 15 westlichen Länder [zu] haben«, wenn sich in baldi-

¹⁶ G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 59.

¹⁷ Vgl. die stenografische Niederschrift über die Sitzung der Vertreter der Bezirke zur Beratung von Wirtschaftsfragen am 31.10.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1.01, Nr. 21, Bl. 2–81, bes. Bl. 3.

¹⁸ Vgl. ebd., Bl. 8, 15 u. 21.

¹⁹ Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats der SED am 26.11.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 49, Bl. 1f, hier Bl. 2.

ger Zukunft die Frage des gesamtdeutschen Staatsaufbau stellen würde. Ihr Ziel war es, eine verfassungsrechtliche Gleichwertigkeit der Länder und Provinzen in der SBZ gegenüber jenen in den westlichen Besatzungszonen herzustellen. Am 21. November 1946 griff Karlshorst deshalb in die Planungen ein und forderte von der SED eine Revision ihrer bisherigen Position.²⁰

Auf Anweisung Ulbrichts arbeitete die Berliner Abteilung für Landespolitik unter Anton Plenikowski in den nächsten Tagen den bestehenden Entwurf der Landesordnung in eine vollwertige Verfassung um.²¹ Am 29. November 1946 lag das erweiterte Papier vor. In einem Schreiben an Jakob Kaiser begründete Wilhelm Pieck die Änderung der ursprünglichen Konzeption mit den Einwänden einiger Landespräsidenten. Diese hätten sich stark dafür eingesetzt, ordentliche Verfassungen anstatt Landesordnungen in den Landtagen zu verabschieden. Die Anordnung der Besatzungsmacht erwähnte er dabei nicht.²² Die Darstellung war zwar nicht ganz richtig, aber auch nicht ganz falsch. Denn es lag in der Natur der Sache, dass sich die Landespräsidenten tatsächlich darum bemühten, überall dort, wo es ihnen möglich war, Freiräume zu sichern und die eigene Position aufzuwerten.²³ Dies galt insbesondere für den thüringischen Präsidenten der Landesverwaltung, Rudolf Paul. Offenbar bemühte sich Paul intensiv darum, die sowjetische Seite von der Notwendigkeit der Verabschiedung regulärer Landesverfassungen zu überzeugen. Besonders den westlichen Ländern gegenüber werde man ansonsten den Kürzeren ziehen, weil sämtliche Länder in den Westzonen eigene Verfassungen hätten. Nach deutschen Gesetzen sei ein Land mit einer Landesordnung einem Land mit einer Verfassung gegenüber nicht als vollwertiger Verhandlungspartner anzusehen, erklärte Paul.²⁴ Inwieweit das Engagement des thüringischen Landespräsidenten tatsächlich dazu beitrug, die SMAD zu einem Umdenken zu bewegen, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Wichtiger ist, dass die geschilderte Episode demonstriert, wie unterschiedlich die Interessen zwischen der SED-Parteizentrale und den Führungen in der Peripherie in dieser Frage ausfallen konnten.²⁵

²⁰ S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 125f.

²¹ Vgl. G. BRAAS, *Die Entstehung der Länderverfassungen*, 1987, S. 63f. – Die Umarbeitungen sind dokumentiert in der SED-Hausmitteilung von Anton Plenikowski an Max Fechner und Walter Ulbricht vom 25.11.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 746, Bl. 1; Verfassungsentwurf der SED, o. D. [25.11.1946], in: ebd., Bl. 2–36.

²² Schreiben Wilhelm Piecks an Jakob Kaiser vom 30.11.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 722, Bl. 88.

²³ Vgl. allgemein dazu N. M. NAIMARK, *The Russians in Germany*, 1995, S. 48–50.

²⁴ Aktenvermerk über eine Besprechung zwischen Rudolf Paul und Generalmajor Iwan W. Smirnow am 14.11.1946, verf. am 18.11.1946, in: ThHStAW, Land Thüringen, Büro des Ministerpräsidenten, Nr. 514, Bl. 217; Aktenvermerk über die Besprechung zwischen Iwan W. Smirnow und Rudolf Paul am 27.11.1946, verf. am 28.11.1946, in: ebd., Bl.187–190, bes. Bl. 188f.

²⁵ Vgl. auch M. SCHMEITZNER, *Abschied vom Westen?*, 2011, S. 112.

b) Verfassungsrechtliche Vorstellungen von CDU und LDP

Die Reaktionen der beiden »bürgerlichen« Parteien auf die verfassungspolitische Initiative der SED fielen unterschiedlich aus. Als die SED ihre Entwürfe für eine Landesverfassung, eine Kreisordnung und eine gesamtdeutsche Konstitution am 4. Dezember 1946 im Zentralen Einheitsfrontausschuss vorstellte, waren es die Vertreter der CDU, welche die größten Vorbehalte äußerten. Die Liberaldemokraten zeigten sich hingegen den Vorschlägen gegenüber aufgeschlossen.²⁶ In der gemeinsamen Abschlusserklärung des Blockausschusses einigte man sich auf den vage gehaltenen Schlusssatz, dass der SED-Entwurf zusammen mit »etwaigen Anträgen anderer Parteien« zu einer »geeigneten Lösung« führen werde.²⁷ Die Flucht in solche allgemeine Formulierungen konnte nur schwer über die großen Meinungsverschiedenheiten hinwegtäuschen, die zwischen den drei großen Parteien in der SBZ bestanden. Dabei erscheint es in der Rückschau bemerkenswert, dass die große Trennlinie nicht vordringlich zwischen den Konzeptionen der SED auf der einen und den »bürgerlichen« Parteien auf der anderen Seite verlief. Viel überraschender war, dass vor allem die Christ- und die Liberaldemokraten keinen gemeinsamen Nenner in der Verfassungsfrage fanden. Stattdessen verloren sie sich in programmatischen Detailfragen, die zu angeblich unüberbrückbaren Gegensätzen hochstilisiert wurden – was wiederum der SED in die Hände spielte.

Von den beiden »bürgerlichen« Parteien war es in erster Linie die Christlich-Demokratische Union, die sich gegen den Entwurf der SED stellte. Seit dem Frühjahr 1946 hatte sich der Hauptvorstand um Jakob Kaiser und Ernst Lemmer intensiv mit Verfassungsfragen auseinandergesetzt. Bei der Reichsgeschäftsstelle war zu diesem Zweck ein eigener Ausschuss eingerichtet worden. In langen Beratungen formulierte dieser die verfassungspolitischen Grundsätze der CDU-Führung.²⁸ Als die Einheitssozialisten Ende November ihren Entwurf für die Landesverfassungen vorlegten, bemängelte der Vorsitzende dieses Ausschusses, Helmut Brandt, die einseitige Verwischung der Gewaltenteilung »zugunsten einer Omnipotenz des Parlaments«. Die Exekutive würde eines großen Teils ihrer Kompetenzen zugunsten der Volksvertretung beraubt, die Verwaltung von der Kontrolle des Landtags abhängig gemacht. Außerdem sei die Unabhängigkeit der Rechtsprechung nicht gewährleistet. Weiterhin sah Brandt die Gefahr, dass durch eine zu großzügige Einbringung plebiszitärer Elemente in den Ver-

²⁶ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Zentralen Blockausschusses am 4.12.1946, abgedr. in: S. SUCKUT (Bearb.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 175–177, bes. S. 176f.

²⁷ Communiqué des Zentralen Blockausschusses vom 6.12.1946, abgedr. in: ebd., S. 177f.

²⁸ Vgl. G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 69f.

fassungsentwurf die Demokratie ausgehebelt werden könnte.²⁹ Brandts Parteikollege Hans Peters bezeichnete den SED-Entwurf sogar als »untragbar«.³⁰ Ein internes Papier, das den Titel »Grundfragen einer neuen demokratischen Verfassung« trug, brachte die Position der Union auf den Punkt. Hierin war von »Differenzen grundsätzlicher Art« die Rede, die zwischen den Vorstellungen der SED und der CDU bei den Landesverfassungen bestünden.³¹ Bemerkenswert offen wurde in der Stellungnahme das große Risiko thematisiert, das man in dem Element der von der SED propagierten »Volkssouveränität« erblickte. Die Union befürchtete nämlich, dass die Möglichkeit einer zu starken Einflussnahme des »Volkswillens« auf die politischen Entscheidungen in den Landesverfassungen verankert werden könnte. Dies hätte wiederum negative Auswirkungen auf die Stabilität der Demokratie:

»Das, was wir als Mangel der Demokratie empfinden – nämlich die in ihr enthaltene Möglichkeit der Diktatur – wird von der S.E.D. zum Prinzip erhoben. Durch Propaganda und Massenbeeinflussung – gemeint ist in gut marxistischem Sinne: der Klassenkampf – sollen Diktaturgelüste in dem sogenannten »werktätigen Volk« [...] so lange aufgestachelt werden, bis es sich als Klasse klassenbewusst zusammenschliesst. Diese Klasse würde infolge ihrer rein zahlenmässigen Mehrheit in der Lage sein, die übrigen Teile des Volkes zu majorisieren, in dem sie sich in einer Partei organisiert und dadurch eine sozusagen gesetzmässige Diktatur ausübt unter dem Titel: Kämpferische Volksdemokratie oder Demokratie des werktätigen Volkes.«³²

Aufgrund ihrer Vorarbeiten war es der CDU möglich, auf den Vorstoß der SED Anfang Dezember mit einem eigenen Entwurf für die Landesverfassungen zu reagieren.³³ Am 6. Dezember wurde er vom erweiterten Parteivorstand mit geringfügigen Abänderungen gebilligt und an die Landesverbände weitergeleitet. Glaubt man den Aussagen Hans Peters', so entstand der Entwurf innerhalb von nur zwei Tagen.³⁴

²⁹ Stellungnahme Helmut Brandts zum SED-Entwurf für eine Landesverfassung vom 4.12.1946, 3 S., in: ACDP, 07-13, Nr. 828, o. Bl.

³⁰ Zit. nach G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 76. – Vgl. M. SCHMEITZNER, Abschied vom Westen?, 2011, S. 109f.

³¹ Grundfragen einer neuen demokratischen Verfassung, o. D. [Dezember 1946], in: LAB, E Rep. 200-35, Nr. 6, Bl. 2–2/5, hier Bl. 2.

³² Ebd., Bl. 2/4. Unterstreichungen im Original. – Vgl. auch M. SCHMEITZNER, Abschied vom Westen?, 2011, S. 110.

³³ Vgl. das Protokoll über die Sitzung des CDU-Parteivorstands am 5.12.1946, in: ACDP, 07-10, Nr. 2037, Bl. 29f.

³⁴ Vgl. G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 77. – Mitteilungen der CDU

Der in aller Eile zusammengestellte Verfassungsentwurf trug den programmatischen Vorstellungen und Zielsetzungen der CDU Rechnung. Er enthielt nicht nur einen Grundrechtekatalog, der den Einzelnen vor dem missbräuchlichen Zugriff des Staates schützen sollte, sondern er stellte auch die Familie und das Erziehungsrecht der Eltern unter einen besonderen Schutz. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Sicherung des Religionsunterrichts und dem Schutz der Kirchen und Religionsgemeinschaften. Damit kam die Partei ihrem christlichen Selbstverständnis in besonderer Weise nach. Außerdem garantierte der CDU-Entwurf das Privateigentum. Enteignungen dürften nur »zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesamtdeutscher Gesetzesgrundlage« durchgeführt werden (Artikel 7).³⁵ Hier war das Bestreben der Union erkennbar, den häufig beklagten Willkürlichkeiten bei den Sequestrationen und Enteignungen in der SBZ entgegenzutreten. In eine ähnliche Richtung zielten die Ausführungen über die grundsätzliche Freiheit der Wirtschaft. Sie könne nur aufgrund schwerer Missbräuche und wirtschaftlicher Notlagen eingeschränkt werden. Die strikte Trennung der Gewalten zählte gleichfalls zu den Grundprinzipien der Vorlage. Breiten Raum nahm darüber hinaus ein individuelles Widerstandsrecht gegenüber den staatlichen Behörden ein, wenn gegen Befehle und Gesetze verstoßen würde, die sich gegen »anerkannte Sätze der Moral und der Menschlichkeit« richteten und das Gemeinwohl gefährdeten (Artikel 2).³⁶ In der Wahrnehmung der CDU ging es darum, mit den Länderverfassungen Garantien zu schaffen, um zu verhindern, dass Parlamente und demokratische Parteien weder durch die Regierung noch von einer Partei beherrscht werden könnten.³⁷

Die Union hoffte mit dem Entwurf zu erreichen, dass die Landesverfassungen künftig Freiheit, Demokratie und politische Stabilität garantieren würden. Die Partei bemühte sich im Dezember 1946 deshalb sehr darum, ihr Modell in die Öffentlichkeit zu tragen, um dadurch größeren Einfluss auf die Diskussionen in den Parlamenten zu gewinnen.³⁸ Gleichwohl war man sich im Parteivorstand über die geringen Erfolgsaussichten, den eigenen Verfassungsentwurf eins zu eins in den Landtagen durchsetzen zu können, durchaus bewusst. Aus diesem Grund sollte er den Fraktionen nur als eine inhaltliche Richtschnur bei den anstehenden Verhandlungen dienen. Die Landesverbände erhielten aus Berlin ausdrücklich die Anweisung, dass die Landtagsfraktionen Abänderungen des Entwurfs vor-

vom 16. 12.1946, 2 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 1286, o. Bl., S. 1; Entwurf des Protokolls der Sitzung des erweiterten CDU-Parteivorstands am 6.12.1946, 4 S., in: ACDP, 07-10, Nr. 489, o. Bl., S. 3f.

³⁵ Der CDU-Verfassungsentwurf vom 6.12.1946 ist abgedr. in: G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 466–473, hier S. 467. – Siehe auch ACDP, 07-13, Nr. 828, o. Bl.

³⁶ Vgl. G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 466.

³⁷ Vgl. die Mitteilungen der CDU vom 16.12.1946, in: ACDP, 07-11, Nr. 1286, o. Bl., S. 1.

³⁸ Vgl. G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 81–85.

nehmen sollten, wenn das die lokalen Bedürfnisse erforderlich machten.³⁹ Wie die Beispiele Thüringens und Brandenburgs zeigen, wurde der Musterentwurf, den die SED-Führung als hochgradig reaktionär einstufte⁴⁰, in sehr unterschiedlicher Form zur Argumentationsgrundlage der CDU-Fraktionen.

Im Gegensatz zur Union ging die LDP nahezu unvorbereitet in die Verfassungsberatungen. Während jene mit einem eigenen Gegenentwurf aufwarten konnte, existierten in den Reihen der Liberaldemokraten noch nicht einmal ungefähre Leitsätze, an denen sich die Fraktionen in den Landtagen hätten orientieren können. Dahinter stand ein grundlegendes Problem: Sieht man vom Gründungsauftritt der LDP vom Juli 1945 ab, verfügte die Partei bis zum dritten Parteitag in Eisenach 1949 über keine schriftlich fixierten programmatischen Grundsätze, die verbindliche Aussagen über die Zielsetzungen der LDP enthalten hätten.⁴¹ Zwar existierten diverse Beschlüsse und Stellungnahmen zu relevanten Einzelthemen. Die grundsätzlichen Zielsetzungen der LDP blieben aber im Ungefähren.⁴² Hinter der selbstverordneten »bewussten Programmlosigkeit«⁴³ stand der Versuch der Parteiführung, möglichst flexibel auf Veränderungen sowie auf die Vorgaben der Besatzungsmacht reagieren zu können. Die Tagespolitik sollte im Vordergrund stehen und Vorrang vor Grundsatzdebatten haben.⁴⁴

Die beschriebene Strategie ging auf Wilhelm Külz zurück.⁴⁵ Für den LDP-Vorsitzenden stand die gesamtdeutsche Perspektive im Vordergrund.⁴⁶ Aufgrund der damals weit verbreiteten Vorstellung, die gegenwärtige Situation des in vier Zonen aufgeteilten Landes sei nur ein Übergangsstadium bis zur baldigen Wiedergründung eines geeinten deutschen Staates, erschien die Verabschiedung von Länderverfassungen den Liberaldemokraten als eine nachrangige Aufgabe. Im Zentralen Blockausschuss erklärte Külz am 17. Dezember 1946 deshalb, er

³⁹ Vgl. das Protokoll über die Sitzung des CDU-Parteivorstands am 5.12.1946, in: ACDP, 07-10, Nr. 2037, Bl. 30.

⁴⁰ Vgl. das Papier »Grundsätzliches zum Länder-Verfassungsentwurf der CDU« vom 20.12.1946, in: SAPMO-BArch NY 4036, Nr. 746, Bl. 81–85; Schreiben von Karl Polak an Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl vom 21.12.1946, in: ebd., Bl. 86; Kritik des Verfassungsentwurfs der CDU, o. D. [vermutlich 20.12.1946], in: ebd., Bl. 87–91.

⁴¹ Vgl. E. KRIPPENDORFF, *Liberal-Demokratische Partei Deutschlands*, 1961, S. 68.

⁴² Vgl. I. SOLDWISCH, *Geschichte der Liberal-Demokratischen Partei*, 2007, S. 93.

⁴³ E. KRIPPENDORFF, *Liberal-Demokratische Partei Deutschlands*, 1961, S. 68.

⁴⁴ Vgl. U. SOMMER, *Blockpartei*, 1996, S. 48.

⁴⁵ Vgl. T. RÜTTEN, *Der deutsche Liberalismus*, 1984, S. 91–124. – Zur Kritik an Wilhelm Külz siehe u. a. I. SOLDWISCH, *Geschichte der Liberal-Demokratischen Partei*, 2007, S. 96; U. SOMMER, *Blockpartei*, 1996, S. 48; H. ROBEL, *Der Politiker Wilhelm Külz*, 1989, S. 25–33; Memorandum von Sergei I. Tjulpanow für Iossif W. Schikin über die Führung der Berliner LDP vom 8.8.1946, abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. NAIMARK (Hrsg.), *Sowjetische Politik in der SBZ*, 1998, S. 59f.

⁴⁶ Vgl. A. BEHRENDT, *Wilhelm Külz*, 1968, S. 209f.

sehe die Landesverfassungen immer noch als Länderordnungen an. Ausdrücklich sprach er sich gegen die Aufnahme eines Grundrechtekatalogs aus. Dahinter stand die Sorge vor einer verfassungsrechtlichen Zersplitterung bei Themen, die nach Auffassung der LDP allein auf gesamtstaatlicher Ebene geregelt werden dürften.⁴⁷ Aus diesem Grund forderte der Parteivorsitzende, dass die Vertreter der LDP in den Landtagen eine »Einheitlichkeit in der verwaltungsmäßigen und politischen Struktur« unbedingt erreichen sollten.⁴⁸ Gleiches galt für die Rechtspflege, die Wirtschaftsordnung und die Volksbildung. Ebenfalls wurde der Primat der gesamtstaatlichen Lösung betont. Ihm hätten sich, betonte Külz immer wieder, die verfassungsrechtlichen Bestimmungen auf Landesebene unterzuordnen.⁴⁹ Die flexible Haltung der Liberaldemokraten in solchen Grundsatzfragen – man könnte sie auch »Profillosigkeit« nennen⁵⁰ – führte dazu, dass die Partei gänzlich unvorbereitet in die Verfassungsberatungen ging. In den Diskussionen blieben ihre Landtagsfraktionen auf sich allein gestellt.⁵¹

2. Verfassungsberatungen im Thüringer Landtag

a) *Thüringen als »Sonderfall«*

Als am 4. Dezember 1946 der interfraktionelle Antrag für eine Landesverfassung an den Rechts- und Verfassungsausschuss überwiesen wurde, war damit das Signal für den Beginn der Verfassungsberatungen in Thüringen gegeben. Zwei Tage später beschäftigte sich der Ausschuss erstmals mit dem Entwurf. Nimmt man den Zeitraum in den Blick, den das Parlament benötigte, um die Verfassung zu beraten und zu verabschieden, wird ein enormes Tempo offenbar: Von der ersten Ausschusssitzung bis zur Schlussabstimmung vergingen nur 16 Tage. Im Vergleich dazu hatten die Beratungen in der Nationalversammlung 1919 über die Reichsverfassung etwas mehr als fünf Monate gedauert.⁵² Die Ausarbeitung einer Verfassung für das Land Thüringen nach dem Ersten Weltkrieg hatte sich aufgrund des komplizierten Staatsbildungsprozesses sogar bis

⁴⁷ Protokoll der Sitzung des Zentralen Blockausschusses am 17.12.1946, abgedr. in: S. SUCKUT (Bearb.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 179–181, bes. S. 180.

⁴⁸ W. KÜLZ, »Die Länderverfassungen in der Sowjetzone«, in: Der Morgen vom 8.12.1946, S. 1f., hier S. 1.

⁴⁹ Ebd. – Vgl. auch DERS., »Die Länderverfassungen in der Sowjetzone«, in: Mitteilungsblatt Nr. 9 der Parteileitung der LDP vom 7.12.1946, S. 1.

⁵⁰ U. SOMMER, Blockpartei, 1996, S. 47; M. SCHMEITZNER, Abschied vom Westen?, 2011, S. 110f.

⁵¹ Vgl. H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 33; G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 89.

⁵² Vgl. U. BÜTTNER, Die überforderte Republik, 2008, S. 112.

ins Jahr 1921 hineingezogen.⁵³ Doch selbst im Vergleich zu den Verfassungsberatungen 1946/47 in den anderen Ländern Deutschlands kamen die Verhandlungen in Thüringen ungewöhnlich schnell voran. Thüringen war das einzige Land in der SBZ, das bereits vor dem Jahreswechsel seinen verfassungsrechtlichen Rahmen abgesteckt hatte. In der US-Zone beanspruchte der Prozess der Verfassungsgebung durchweg vier bis fünf Monate.⁵⁴ Den zeitgenössischen Beobachtern drängte sich deshalb das Gefühl auf, dass die Verfassung in Weimar buchstäblich durch die Gremien gepeitscht worden sei. Der thüringische Rechtsexperte der SED, Karl Schultes, sprach Anfang März 1947 auf einer Juristenkonferenz davon, dass man sie im »Schnellzugtempo« zur Annahme gebracht hätte.⁵⁵

Diese Meinung ist von der zeithistorischen Forschung bestätigt worden. Bereits Ende der 1980er Jahre beschäftigte sich der Historiker Gerhard Braas intensiv mit der Entstehung der thüringischen Landesverfassung von 1946. Er bezeichnete die dortige Entwicklung als einen »Sonderfall« innerhalb der SBZ.⁵⁶ Zu den für ihn entscheidenden Faktoren zählten, erstens, die Mehrheitsverhältnisse im Plenum sowie im zuständigen Sachausschuss. Diese hätten der SED zugespielt. Zweitens hob Braas die interfraktionelle Einbringung des Verfassungsantrags hervor. Drittens wäre der CDU-Gegenentwurf viel zu spät in Weimar eingetroffen, als dass er in den Beratungen noch hätte Berücksichtigung finden können. Viertens hätte der Rechts- und Verfassungsausschuss grundsätzlich sehr rasch gearbeitet.⁵⁷ Die von Braas angeführten Punkte dürfen nicht unterschätzt werden. Gewiss spielten sie in den Gang der Beratungen hinein. Aber galten diese Bedingungen in ähnlicher Weise nicht auch für die Parlamente in den anderen Ländern und Provinzen der SBZ?

Tatsächlich liegt es nahe, dass sich die rasante Geschwindigkeit der Verfassungsberatungen in Thüringen in erster Linie aus den Absichten der sowjetischen Besatzungsmacht erklärte. Es ist bekannt, dass während der Verhandlungen Druck auf die Abgeordneten ausgeübt wurde, ihre Arbeit zügig voranzubringen. Offenbar beabsichtigte die SMAD, dem Land bei der Verfassungsgebung in

⁵³ Vgl. V. WAHL, *Vorgeschichte und Gründung des Landes 1919/20*, 1999, S. 30f.

⁵⁴ Vgl. G. BRAAS, *Verfassungsgebung*, 1993, S. 359. – Zu den Verfassungsberatungen in Bayern und Hessen siehe u. a. B. FAIT, *Auf Befehl der Besatzungsmacht?*, 1988; DIES., *Demokratische Erneuerung*, 1998; K.-U. GELBERG, *Die Entstehung der Bayerischen Verfassung 1946*, 2006; DERS., *Die Verfassung des Freistaates Bayern*, 2003. – H. BERDING (Hrsg.), *Die Entstehung der hessischen Verfassung*, 1996; DERS., *Die Entstehung des Landes Hessen und seiner Verfassung*, 2006; W. MÜHLHAUSEN, *Demokratischer Neubeginn in Hessen*, 2005, S. 26–47.

⁵⁵ Zit. nach J. JOHN, *Die thüringischen Landesverfassungen 1920/21 und 1946*, 1995, S. 176. – »Gegen Blitz-Verfassungen«, in: *Der Abend* vom 3.1.1947.

⁵⁶ G. BRAAS, *Die Entstehung der Länderverfassungen*, 1987, S. 111.

⁵⁷ Ebd., S. 111f.

der SBZ eine Art Vorreiterrolle zu geben.⁵⁸ Diese Vermutung liegt angesichts der besatzungspolitischen Konkurrenzsituation nahe: Per Volksabstimmung wurde am 24. November 1946 in Württemberg-Baden die erste Landesverfassung im Vier-Zonen-Deutschland bestätigt und in Kraft gesetzt, am 1. Dezember folgte der Entscheid über die hessische Verfassung. Eine Woche später trat dann die Verfassung Bayerns als letztes Grundgesetz auf Landesebene in der US-Zone in Kraft. Für die UdSSR bot die rasche Verabschiedung der Thüringer Landesverfassung eine gute Möglichkeit, um zu demonstrieren, dass man sich weiterhin auf Augenhöhe mit den Westmächten befand. Doch von der SMAD abgesehen, hatte auch die SED ein großes Interesse daran, die Verhandlungen rasch abzuschließen. Das entsprach nicht nur ihrer Strategie der Schaffung vollendeter Tatsachen, sondern sie durfte ferner hoffen, ihre eigenen Vorstellungen leichter durchsetzen zu können, wenn sie die »bürgerlichen« Fraktionen unter Zugzwang setzte. Nicht von ungefähr beabsichtigte die Berliner Parteiführung deshalb, das Thüringer Verfassungswerk nach seiner Verabschiedung als Modell für die Verfassungsberatungen in den anderen Parlamenten zu verwenden.⁵⁹

b) Widerstand der Union

Die Verhandlungen über den Verfassungsentwurf in Thüringen gestalteten sich jedoch schwieriger als es die kurze Zeitspanne vermuten ließ. Vor allem die CDU entwickelte eine dezidierte Gegenposition. Noch kurz vor Abschluss der Beratungen hieß es dazu in einem Artikel, der in der Parteizeitung des Landesverbandes, dem *Thüringer Tageblatt*, erschien, dass nicht jeder Artikel und nicht jede Formulierung des SED-Entwurfs für die Union annehmbar und tragbar sei. Die Partei habe bei manchen Festlegungen »starke und stärkste Bedenken«.⁶⁰ Ein internes Papier, das offenbar Anfang Dezember entstand und vermutlich aus der Feder des Juristen Karl Magen stammte, der für die CDU im Rechts- und Verfassungsausschuss saß, listete die schwersten Mängel der Vorlage auf. Ein Großteil der darin benannten Kritikpunkte deckte sich mit den Bedenken, die zur gleichen Zeit in der Reichsgeschäftsstelle formuliert wurden. Die Aufhebung der Gewaltenteilung, die Aufweichung der Rechtsstaatlichkeit sowie die Ausrichtung der von der SED angestrebten Volksbildung und Religionspolitik standen im Fokus der Kritik. Darüber hinaus erschienen der Union weitere zentrale Aspekte des Verfassungsentwurfs der Einheitssozialisten nicht akzeptabel.

⁵⁸ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 130; M. SCHMEITZNER, *Abschied vom Westen?*, 2011, S. 112.

⁵⁹ Vgl. G. BRAAS, *Die Entstehung der Länderverfassungen*, 1987, S. 115.

⁶⁰ *Thüringer Tageblatt* vom 17.12.1946, S. 1. Auch zit. bei H. GOTTWALD, *Thüringer Landtag*, 1994, S. 33.

Das galt etwa für die Bestimmung des geplanten Artikels 4, die vorsah, dass die staatsbürgerlichen Rechte jedem Bürger entzogen werden konnten, der sich eines Verbrechens schuldig gemacht oder der einer nationalsozialistischen und militaristischen Betätigung nachgegangen sei.⁶¹ Der Thüringer Union erschienen diese Definitionen überaus schwammig. Der Gedanke wurde in den Bemerkungen zum geplanten Artikel 5, welcher ein Verbot der Propagierung von nationalem und religiösem Hass sowie der Rassenhetze enthalten sollte, nochmals bekräftigt. Hier lautete der knappe Kommentar: »[W]as heisst: militaristische oder nazistische Auffassungen vertreten oder unterstützen? Das ist Kautschuk. Jeder Versuch die Grundrechte zu gefährden ist verboten.«⁶² In den Vorbehalten der CDU gegenüber den SED-Vorschlägen kamen einerseits die Erfahrungen mit der sowjetischen Besatzungspraxis zum Tragen, wenn politisch Missliebige unter konstruierten Vorwänden aus ihren Ämtern entfernt wurden. Andererseits spielten sicherlich auch die Diffamierungen hinein, mit denen die SED während des Wahlkampfes versucht hatte, die Anhänger der CDU öffentlich zu diskreditieren.

Das Unbehagen seitens der Union ging noch tiefer. So hieß es im Artikel 6 des SED-Verfassungsentwurfs nebulös, dass die Organe des Landes die Aufgabe hätten, die Demokratie zu festigen. Eine solche Formulierung könne, lautete der Einwand der CDU, zu einer völligen Willkür der Behörden führen.⁶³ Überhaupt war es aus christdemokratischer Sicht wichtig, den Bürger vor dem staatlichen Zugriff zu schützen oder aber zumindest Kriterien festzuschreiben, die ein rechtsstaatliches Verfahren garantierten. Das galt etwa für den geplanten Artikel 57, in welchem die Ergebnisse der Bodenreform festgeschrieben werden sollten. Hierzu wurde in dem CDU-Papier die Forderung aufgestellt, dass überall dort, wo die Aufteilung des Landes nicht rechtmäßig erfolgt sei, den Betroffenen gleichwertiges Land als Entschädigung verschafft werden müsse. Die Artikel 58 und 59 des Verfassungsentwurfs der SED beschäftigten sich mit den Enteignungen und einer staatlichen Beteiligung an Wirtschaftsunternehmen.

⁶¹ Erster Landesverfassungsentwurf der SED, Art. 4, Abs. 2, abgedr. in: G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 427–436, bes. S. 428. Bei dem bei Braas abgedruckten Entwurf handelt es sich um eine rekonstruierte Fassung der zentralen Mustervorlage der SED, die der Autor, weil ihm der Zugang zu den Originaldokumenten in den 1980er Jahren verwehrt war, aus den ihm zur Verfügung stehenden Dokumenten rekonstruiert hat. Vgl. ebd., S. 312f., Anm. 123–127 u. S. 436. Ein Abgleich mit den im Bundesarchiv überlieferten originalen Dokumenten zeigt, dass die von Braas zusammengestellte Fassung bis auf geringe Abweichungen bei der Zählung der Absätze und einzelner Formulierungen inhaltlich übereinstimmt. Der besseren Nachprüfbarkeit willen wird sich im Folgenden auf die Fassung von Braas bezogen, sofern diese nicht von den Originaldokumenten abweicht.

⁶² Bemerkungen zum Verfassungsentwurf der SED, o. D. [Anfang Dezember 1946], 4 S., in: ACDP, 03-31, Nr. 152, o. Bl., S. 1.

⁶³ Ebd., S. 1.

Auch hier wurde vor möglicher staatlicher Willkür gewarnt. Aus der Perspektive der Union war eine vollständige Anerkennung der Rechtmäßigkeit der bisherigen Sequestrationen und Enteignungen indiskutabel. Am Ende des Dokuments wurden zehn Punkte aufgelistet, die nach Ansicht der CDU in dem Verfassungsentwurf nicht berücksichtigt waren. Dazu zählten die Gewährleistung der Freizügigkeit, die Lehrfreiheit an den Universitäten, die Freiheit bei der Berufswahl und Ausbildung, die Wahrung des Postgeheimnisses sowie die Garantie rechtsstaatlicher Normen bei Verhaftung und juristischen Verfahren.⁶⁴ Mit Blick auf einen Grundrechtekatalog wollte der Landesvorstand dafür Sorge tragen, dass alles aus der Verfassung herausgehalten werde, was besser in eine Reichsverfassung gehöre. Die CDU war entschlossen, während der bevorstehenden Verhandlungen sich nicht in eine Position drängen zu lassen, die ihre Haltung bezüglich eines gesamtdeutschen Verfassungswerks präjudizieren würde.⁶⁵

Mit den Anmerkungen der CDU zum SED-Verfassungsentwurf war zugleich der inhaltliche Rahmen abgesteckt, innerhalb dessen sich die Union im weiteren Verlauf der Beratungen bewegte. Am 6. und 7. Dezember 1946 fand im Rechts- und Verfassungsausschuss des Thüringer Landtags die erste Lesung des Antrags statt. Zunächst beschäftigte sich der Ausschuss, der unter dem Vorsitz des ehemaligen Sozialdemokraten Karl Hermann (SED) stand, welcher in den 1920er Jahren thüringischer Innenminister und Mitverfasser der ersten Kommunalordnung gewesen war, mit den Abschnitten zur Volksbildung und der Religionspolitik (Artikel 66 bis 76). Weil der Verfassungsentwurf in weiten Teilen mit den Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung übereinstimmte, regte sich bei den drei LDP- und den zwei CDU-Vertretern wenig Widerspruch. Die von ihnen eingebrachten Veränderungen trugen nur redaktionellen Charakter.⁶⁶ Wenn man dem Bericht des Ausschusses Glauben schenken darf, dann ergab sich lediglich um den Artikel 73 eine längere Diskussion. Die SED-Vorlage sah vor, dass in dem Artikel die auf Gesetzen, Verträgen oder besonderen Rechtstiteln beruhenden öffentlichen Leistungen an die Religionsgesellschaften durch ein Gesetz abgelöst werden sollten.⁶⁷ Dabei handelte es sich um eine sinngemäße Übernahme des ersten Absatzes aus dem Artikel 138 der Reichsverfassung von 1919. Der Abgeordnete Karl Mehnert (LDP) sprach sich dafür aus, dass man den Kirchen sowie anderen religiösen Vereinigungen nach

⁶⁴ Ebd., S. 4.

⁶⁵ Niederschrift über die Sitzung des CDU-Landesverbandsvorstands Thüringen am 3.12.1946, 2 S., ACDP 03-31, Nr. 161, o. Bl., S. 1.

⁶⁶ Vgl. den Bericht über die Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Thüringer Landtags am 6. u. 7.12.1946, 4 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 96, o. Bl.

⁶⁷ Vgl. G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 436.

dem Vorbild der alten Reichsverfassung eine grundsätzliche Besitz- und Rechtsgarantie zuerkennen solle. Ein solches Ansinnen wurde von der SED-Mehrheit im Ausschuss allerdings abgelehnt. Die Kirchen, lautete die Begründung, müssten aufgrund des verlorenen Krieges ebenfalls »in angemessener Weise« in den allgemeinen Schadensausgleich mit einbezogen werden.⁶⁸ Sieht man von diesem Disput ab, verlief die erste Runde der Beratungen im Rechts- und Verfassungsausschuss harmonisch. Alle Seiten legten ein hohes Maß an Kooperationsbereitschaft an den Tag. Das sollte sich allerdings bald ändern.

In den wenigen Tagen, die zwischen der ersten und der zweiten Ausschussberatung am 10. Dezember 1946 lagen, zeichneten sich in der Haltung der CDU-Fraktion erste Veränderungen ab. Die Abgeordneten in Weimar wurden entweder persönlich durch Georg Grosse, der ebenfalls Mitglied des CDU-Zonenvorstands war, oder aber telefonisch über die parallelen Arbeiten an einem parteieigenen Verfassungsentwurf in der Reichsgeschäftsstelle informiert. Bekanntlich wurde dieser am 6. Dezember vom Parteivorstand gebilligt und dann den Landesverbänden übermittelt. Um den zentralen CDU-Entwurf in den Thüringer Verhandlungen noch berücksichtigen zu können, musste es der Fraktion folglich darum gehen, Zeit zu gewinnen. Aus diesem Grund drängten die CDU-Vertreter zu Beginn der zweiten Lesung am 10. Dezember darauf, eine zusätzliche dritte Lesung des Verfassungsentwurfs im Ausschuss anzuberaumen.⁶⁹ Zugleich erklärte die Union, dass sie an der begonnenen Beratung ohne Ausübung ihres Stimmrechts teilnehmen werde.⁷⁰ Dahinter stand die Absicht, nicht für Entscheidungen haftbar gemacht zu werden, die im Gegensatz zum Verfassungsentwurf der eigenen Partei standen. Dessen Inhalt konnte zu diesem Zeitpunkt im Landesverband nicht im Detail bekannt sein, weil er sich noch auf dem Postweg nach Thüringen befand. Offenkundig vertraute die CDU darauf, den Entwurf aus Berlin rechtzeitig zur dritten Lesung im Ausschuss und zu den Plenarberatungen zu erhalten, um dann gegebenenfalls nachverhandeln zu können. Weil als Termin für die nächste Landtagssitzung der 18. Dezember im Gespräch war, stand die Fraktion unter einem erheblichen Zeitdruck. Der Entschluss, sich an der Abstimmung während der zweiten Ausschusssitzung nicht zu beteiligen, beraubte die CDU-Vertreter allerdings ihrer Handlungsmöglichkeiten. Sie stellten sich dadurch übergangsweise selbst ins Abseits.

⁶⁸ Bericht über die Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Thüringer Landtags am 6. u. 7.12.1946, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, o. Bl., S. 3f.

⁶⁹ Vgl. den Bericht von August Frölich an Major Viktor S. Babenko vom 23.1.1947, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 318–323, bes. S. 319.

⁷⁰ Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses des Thüringer Landtags über die Verhandlungen des Antrags der SED »Entwurf einer Verfassung des Landes Thüringen« am 10.12.1946, 10 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 206, o. Bl., S. 1.

In den Reihen der SED deuteten sich ebenfalls Veränderungen an. Dies zeigte sich, als die Vertreter der Einheitspartei in der Sitzung am 10. Dezember eine regelrechte Flut an Abänderungsanträgen einbrachten. Obwohl es sich dabei in erster Linie um redaktionelle Veränderungen handelte, fanden sich doch einige Passagen, die inhaltlich bemerkenswert waren. Durch sie erhielt der Verfassungsentwurf, den die SED ja selbst vorbereitet hatte, ein anderes Gesicht. Die sechs Genossen im Ausschuss setzten sich jetzt mit Erfolg dafür ein, dass in den Artikel 1 nicht nur eine Bestimmung zu den Landesfarben, sondern auch zur geographischen Ausdehnung des thüringischen Staatsgebiets aufgenommen wurde.⁷¹ Bei dem neuen Antrag handelte es sich um eine modifizierte Übernahme aus der alten Landesverfassung von 1921. Dieser Passus erwies sich als sehr ungewöhnlich, denn er tauchte später in keinem anderen Grundgesetz der SBZ auf. Auch für die anderen Artikel wurden Veränderungen beschlossen. Beispielsweise forderte die SED eine Neufassung des Artikels 8, in welchem die Wahlmodalitäten für den Landtag festgelegt waren. Weil in der Ursprungsfassung die genaue Zahl der Abgeordneten nicht angegeben war, wurde sie in der neuen Version auf 100 festgelegt. Andere Bestimmungen, die Details der Wahlbedingungen beschrieben, wurden herausgestrichen und der Regelung durch ein Wahlgesetz überantwortet.⁷² Komplet neu hinzu kamen die späteren Artikel 39 und 40. Sie beinhalteten die Voraussetzungen für eine Verfassungsänderung sowie den Grundsatz, dass Staatsverträge, die sich auf Gegenstände der Gesetzgebung bezögen, fortan der Zustimmung des Landtags bedürften.⁷³ Mehrere Punkte, über die Unklarheit im Ausschuss herrschte, wurden auf die dritte Lesung verschoben. Inwieweit die umfangreichen Abänderungen, die von den SED-Mitgliedern des Landtagsausschusses auf den Weg gebracht wurden, mit der Parteizentrale in Berlin abgesprochen waren, muss an dieser Stelle offenbleiben. Allerdings ist überliefert, dass in dieser Phase enge Kontakte zwischen den Rechtsexperten des SED-Landesverbands und den zuständigen Abteilungen beim Zentralsekretariat existierten. Wie aus einem Schreiben an das Zentralsekretariat vom 11. Dezember hervorgeht, regte die thüringische Landesleitung eine weitere gemeinsame Beratung der Landesverbände an, um vor der endgültigen Verabschiedung der Verfassung in Thüringen den Kurs der Partei noch einmal abzustecken.⁷⁴ Darüber hinaus gehörte mit Richard Eyermann dem Rechts- und Verfassungsausschuss einer der leitenden Funktionäre der Thüringer SED an. Die Vorgänge im Rechts- und Verfassungsausschuss standen also stets unter einer politischen Kontrolle, so dass die

⁷¹ Vgl. ebd.

⁷² Vgl. ebd., S. 3.

⁷³ Vgl. ebd., S. 9.

⁷⁴ Vgl. H. FIEDLER, *SED und Staatsmacht*, 1974, S. 134f.

Abänderungen ganz dem Sinn der von den Parteioberen vorgegebenen Linie entsprechen mussten.⁷⁵

Der Verfassungsentwurf der CDU, der mit der Post aus Berlin versandt wurde, erreichte die thüringische Landeshauptstadt mit erheblicher zeitlicher Verspätung.⁷⁶ Er konnte erst kurz vor Abschluss der zweiten Lesung im Rechts- und Verfassungsausschuss in Empfang genommen werden.⁷⁷ Weil die Beratungen schon begonnen hatten, zeigte die SED keine Bereitschaft, ihn noch mit in die Diskussion einzubeziehen, wie das die CDU forderte. Das wurde der Union auf der Sitzung des Ältestenrats am 11. Dezember deutlich zu verstehen gegeben. Im ganzen parlamentarischen Leben, erklärte August Frölich, sei ein solcher Vorgang noch nie vorgekommen.⁷⁸ Obwohl ebenfalls aus den Reihen der LDP einzelne Stimmen zu vernehmen waren, die dafür warben, der CDU entgegenzukommen und mehr Zeit bis zur Verabschiedung der Verfassung einzuräumen – hierfür setzte sich etwa Vizepräsident Alphons Gaertner (LDP) ein –, betrachtete die SED das als inakzeptabel. Richard Eyer mann sprach sogar von einer »Diskreditierung des Parlaments«, falls man den Forderungen nachgebe. Stattdessen drängte die Einheitspartei mit ihrer Mehrheit auf einen zügigen Abschluss der Ausschussberatungen.⁷⁹ Dem anschließenden Versuch der Union, eine interfraktionelle Besprechung in der Angelegenheit einzuberufen, war gleichfalls kein Erfolg beschieden.⁸⁰ Weil die CDU am Widerspruch der Einheitssozialisten sowie an der insgesamt zurückhaltenden Haltung der LDP im Ältestenrat mit ihrem Begehren scheiterte, sahen sich die Rechtsexperten der Fraktion um Karl Magen deshalb gezwungen, den Verfassungsentwurf ihrer Partei als Vorlage für eine Reihe von Abänderungsanträgen zu verwenden, die man in die Beratungen einzubringen gedachte. Das war von Georg Dertinger im Verbindungsbüro telefonisch als alternative Lösung vorgeschlagen worden.⁸¹

⁷⁵ Vgl. die Liste der Mitglieder des Rechts- und Verfassungsausschusses des Thüringer Landtags, o. D. [um 1946/47], in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 96, o. Bl.

⁷⁶ Vgl. H. PETERS, »Die Landesverfassungen in der sowjetischen Besatzungszone«, in: Europa-Archiv 1 (1947), 12. Folge, S. 639–644, bes. S. 639; S. SUCKUT (Bearb.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, S. 580, Anm. 136.

⁷⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 12.12.1946, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/L/2/3-030, Bl. 127–129, bes. Bl. 128.

⁷⁸ Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 11.12.1946, 3 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl., S. 1f. – Vgl. auch das Protokoll der Sitzung des Zentralen Einheitsfrontausschusses am 17.12.1946, abgedr. in: S. SUCKUT (Bearb.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 179–181, bes. S. 179.

⁷⁹ Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 11.12.1946, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl., S. 2.

⁸⁰ Vgl. das Schreiben von Werner Eggerath an den Landesvorstand der CDU vom 13.12.1946, in: ACDP, 03-31, Nr. 152, o. Bl.

⁸¹ Vgl. die telefonische Durchsage des Verbindungsbüros der CDU-Fraktionen (Mitteilungen Nr. 8) vom 12.12.1946, in: ebd.

Innerhalb kürzester Zeit wurden so aus dem zentralen CDU-Entwurf 42 Anträge formuliert.⁸²

Als am 14. Dezember die letzte Runde der Ausschussberatungen eingeläutet wurde, zeigten sich die beiden CDU-Vertreter Magen und Rudloff besser vorbereitet denn je zuvor. Ihnen lag nun ein geschlossenes Konzept vor, an welchem sie sich orientieren konnten. Zu fast jedem Artikel brachte die CDU Abänderungsanträge ein, aus denen sich intensive Diskussionen ergaben. In dem erbitterten Ringen um Standpunkte erreichten die Verhandlungen eine neue Qualität. Allerdings zogen sie sich dadurch in die Länge. Die Christdemokraten scheiterten mit nahezu allen Anträgen an den Mehrheitsverhältnissen. Das galt für die Versuche, die Grundrechte nun doch in die Verfassung aufzunehmen ebenso wie für die Verankerung eines moralisch begründeten Widerstandsrechts.⁸³ Eine kontroverse Aussprache ergab sich um den geplanten Artikel 9. In ihm wurde festgelegt, dass sowohl Parteien als auch Massenorganisationen berechtigt seien, Kandidatenlisten für die Landtagswahlen aufzustellen.⁸⁴ Obwohl CDU und LDP in vielen Punkten nicht einer Meinung waren, fanden sie in diesem Punkt, der ihre Interessen unmittelbar berührte, doch zusammen. Gleichwohl konnten sie sich mit ihrem Anliegen, den Artikel ersatzlos zu streichen, nicht durchsetzen.⁸⁵

Auf der nächsten Beratung, die mit großer Wahrscheinlichkeit am 15. Dezember stattfand, diskutierte der Rechts- und Verfassungsausschuss über die Abschnitte E bis H des Verfassungsentwurfs der SED. Hierbei handelte es sich um die zentralen Bereiche Rechtspflege, Verwaltung, Wirtschaft und Finanzwesen. Die CDU- und die LDP-Vertreter bemühten sich, die aus ihrer Sicht »volksdemokratischen« Einflüsse aus dem SED-Entwurf zu entfernen. So traten sie gemeinsam gegen eine zu breite Mitwirkung von Laienrichtern bei der Rechtsprechung auf, wohingegen die SED ihre Vorschläge als Voraussetzung für eine »grundsätzliche Änderung der Rechtspflege im demokratischen Sinne« präsentierte.⁸⁶ In eine ähnliche Richtung ging der Vorstoß der Einheitssozialisten,

⁸² Vgl. die Abänderungsanträge der CDU-Landtagsfraktion Thüringen, o. D. [vermutlich 13.12.1946], 8 S., in: ebd., o. Bl. – Vgl. auch H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 33.

⁸³ Vgl. den Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses des Thüringer Landtags über die Verhandlungen des Antrages der SED »Entwurf einer Verfassung des Landes Thüringen« vom 14., 15. u. 16.12.1946, o. D. [Mitte Dezember 1946], 10 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 102, o. Bl., S. 2.

⁸⁴ Vgl. G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 428.

⁸⁵ Vgl. den Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses über die Verhandlungen des Antrages der SED »Entwurf einer Verfassung des Landes Thüringen« vom 14., 15. u. 16.12.1946, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 102, S. 4. – Siehe auch G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 154.

⁸⁶ Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses des Thüringer Landtags über die Verhandlung des Antrages der SED »Entwurf einer Landesverfassung« vom 15. u. 16.12.1946, verf. am 17.12.1946, 6 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 96, o. Bl., S. 2; Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses des Thüringer Landtags über die Verhandlung des Antrages der SED »Entwurf einer

die Richter des Oberlandesgerichts und des Oberverwaltungsgerichts lediglich auf drei Jahre vom Landtag wählen zu lassen. Dahinter stand offenbar die Absicht, eine Möglichkeit zu schaffen, Richter für ihre »Fehlurteile« zur Verantwortung zu ziehen und sie gegebenenfalls aus ihren Ämtern zu entfernen. Eine solche Idee, die gegen die Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit verstieß, wurde von der CDU entschieden abgelehnt. Sie forderte hingegen eine lebenslange Anstellung, die Unabsetzbarkeit sowie die Unversetzbarkeit von Richtern. Allerdings scheiterte ihr Vorhaben sowohl an der SED als auch der LDP, die sich bei der Abstimmung letztlich des Votums enthielt.⁸⁷ Während der Beratung des Wirtschaftsabschnitts bemühte sich die Union vergeblich darum, kleine und mittlere Unternehmen vor der Verstaatlichung zu schützen und die Option zu schaffen, bereits sozialisierte Betriebe in die Privatwirtschaft wieder zurückzuführen. Bezeichnenderweise umgingen die Liberaldemokraten an diesem Punkt eine verbindliche Aussage, obwohl die Initiative ganz ihrem programmatischen Kurs entsprach. Stattdessen behielten sie sich ihre Stellungnahme bis zur Verhandlung im Plenum vor.⁸⁸

Während der dritten Lesung kamen am 15. oder 16. Dezember die Punkte nochmals aufs Tableau, über die man bereits am 6. Dezember verhandelt hatte. Die Erfolge der Nachverhandlungen blieben für die CDU-Abgeordneten jedoch aus. Zwar traten sie bei der Beratung des Artikels 67 für die Zulassung von Privatschulen im Land ein. Allerdings erhob sich sowohl auf Seiten der LDP, die befürchtete, dass daraus eine unerwünschte soziale Differenzierung in der Schullandschaft entstehen könnte, als auch bei der SED Widerspruch.⁸⁹ Ähnliches galt für den Antrag zur verfassungsmäßigen Stärkung des Religionsunterrichts als gleichberechtigtes Schulfach. Außerdem wollte die Union festschreiben, dass es den Glaubensgemeinschaften erlaubt sein müsse, vom religiösen Standpunkt aus zu Problemen der Zeit Stellung zu nehmen. Erwartungsgemäß scheiterte der Antrag an der SED und der LDP.⁹⁰ Deutlich lässt sich aus dem Protokoll der Trend ablesen, dass die Parteien bei allen Punkten, über die im

Landesverfassung«, verf. am 18.12.1946, 9 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 102, o. Bl., S. 1f. Es existieren zwei Berichte über diesen Verhandlungsabschnitt, die sich in Stil und Ausführlichkeit unterscheiden.

⁸⁷ Vgl. den Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses des Thüringer Landtags über die Verhandlung des Antrages der SED »Entwurf einer Landesverfassung« vom 15. u. 16.12.1946, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 96, S. 3.

⁸⁸ Vgl. ebd., S. 5. – Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses des Thüringer Landtags über die Verhandlung des Antrages der SED »Entwurf einer Landesverfassung«, verf. am 18.12.1946, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 102, S. 6f.

⁸⁹ Protokoll über die Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Thüringer Landtags am 16.12.1946, 6 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 206, o. Bl., S. 2.

⁹⁰ Ebd., S. 4. – Vgl. den Bericht über die Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Thüringer Landtags am 6. und 7.12.1946, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 96, S. 2.

Ausschuss keine Einigung erzielt werden konnte, auf die nachfolgenden Verhandlungen vertrauten. Das wurde umso notwendiger, je länger die Beratungen dauerten und je näher die angesetzten Termine für die Abstimmungen im Landtag heranrückten. Zwar hatte August Frölich bereits am 11. Dezember im Ältestenrat den Entschluss bekannt gegeben, die kommende Landtagssitzung um einen Tag zu verschieben und sie damit erst für den 19. Dezember einzuberufen.⁹¹ Ein entscheidender Zeitgewinn für weitere Verhandlungen resultierte daraus trotzdem nicht. Als der Rechts- und Verfassungsausschuss seinen überarbeiteten Verfassungsentwurf am 17. Dezember mit den Stimmen der SED bei Enthaltung der LDP und Ablehnung durch die CDU zur Annahme durch das Parlament empfahl, konnte man die Beratungen keineswegs als abgeschlossen betrachten.⁹² Vielmehr lag nur ein konstitutioneller Torso vor, der eine Vielzahl an strittigen Punkten enthielt.

Mit dem Abschluss der Ausschusssitzungen rückten nun die interfraktionellen Beratungen in den Mittelpunkt. Sie waren für den Fortgang der Verfassungsgebung von entscheidender Wichtigkeit. Obwohl über die Gespräche zwischen den Führungen der Fraktionen und der Landesverbände keine schriftlichen Niederschriften überliefert sind, ist es anzunehmen, dass sie bereits zu einem Zeitpunkt begannen, als die Arbeiten im Rechts- und Verfassungsausschuss noch nicht beendet waren. Als sich abzeichnete, dass es kein gemeinsames Votum des Ausschusses geben würde, erhöhte sich zusehends der Druck auf die Einheitssozialisten. Denn in dieser Situation wurde die Landesführung von Wilhelm Pieck am 17. Dezember telefonisch über die Anweisung des Zentralsekretariats unterrichtet, dass die Verfassung im Landtag möglichst einstimmig verabschiedet werden müsse. Um das zu erreichen, solle man auch Kompromisse mit den anderen Parteien in Kauf nehmen.⁹³ Noch für den gleichen Tag wurde ein Treffen der Mitglieder des Rechtsausschusses und der Fraktionsführer angesetzt, auf welchem über die strittigen Artikel diskutiert wurde.⁹⁴ Dabei signalisierte die SED den beiden »bürgerlichen« Fraktionen gegenüber Verhandlungsbereitschaft. Mehr noch – die Einheitssozialisten stellten in verschiedenen

⁹¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 11.12.1946, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl., S. 1.

⁹² Vgl. den Beschluss des Rechts- und Verfassungsausschusses des Thüringer Landtags vom 17.12.1946, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 316.

⁹³ Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 18.12.1946, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/L/2/3-030, Bl. 144. Auch in Auszügen abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 316. – Bericht von August Frölich an die SMA Thüringen vom 23.1.1947, abgedr. in: ebd., S. 319f.; Protokoll der Sitzung des Zentralen Einheitsfrontausschusses am 17.12.1946, abgedr. in: S. SUCKUT (Bearb.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 179.

⁹⁴ Vgl. das Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 18.12.1946, 2 S., in: ADL, L 5, Nr. 618, o. Bl., S. 1; Thüringer Landtag, 1. WP, 4. Sitzung am 19.12.1946, in: AVThLT/I.1, S. 381–415, bes. S. 388 u. 391.

Punkten sogar ein Nachgeben in Aussicht. Das galt etwa für den juristischen Bereich. Sowohl die CDU als auch die LDP hatten sich dafür eingesetzt, einen Staatsgerichtshof einzurichten. Dieses Ansinnen war von der SED zunächst abschlägig beschieden worden. Nun jedoch zog sie die Schaffung eines Verfassungsprüfungsausschusses als eine mögliche Alternative in Erwägung. Außerdem bekundete sie den Willen, bei den anstehenden Plenarberatungen den Wünschen der CDU hinsichtlich des Religionsunterrichts doch noch entgegenzukommen.⁹⁵ Auch am Vortag der Landtagsitzung gingen die interfraktionellen Gespräche weiter. Für die Christlichen Demokraten und die Liberaldemokraten kristallisierten sich während der Beratungen also neue Möglichkeiten heraus. Nur so wurde erklärlich, dass man in beiden Parteien vor Beginn der entscheidenden Landtagsitzungen große Zuversicht an den Tag legte, einen guten Teil der eigenen Forderungen doch noch durchsetzen zu können.⁹⁶

c) Vertagung oder Zustimmung?

Parallel zu den Beratungen in Weimar zeichnete sich in Berlin allerdings eine neue Entwicklung ab, die sich auf die Vorgänge im Thüringer Landtag ebenfalls auswirken sollte. Am 17. Dezember 1946 trat auf Wunsch Jakob Kaisers der Zentrale Einheitsfrontausschuss zusammen. Er beschäftigte sich mit dem Stand der Verfassungsarbeiten in den Ländern der SBZ. Weil Kaiser davon ausging, dass es in absehbarer Zeit aufgrund der unterschiedlichen Vorstellungen der vier Besatzungsmächte nicht zur baldigen Verabschiedung einer Reichsverfassung kommen werde, regte er an, in die Landesverfassungen einen Grundrechtekatalog aufzunehmen.⁹⁷ Während Wilhelm Külz diese Ansicht nicht teilte und weiterhin daran festhielt, dass die Landesverfassungen lediglich als Landesordnungen zu betrachten seien, stimmten Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck dem Vorschlag Kaisers zu.⁹⁸ In der Tat hatte die SED-Führung parteiintern bereits vor der Sitzung den Entschluss gefasst, sich für die Aufnahme von Grundrechten in die Landesverfassungen einzusetzen. Dieser Sinneswandel hing einerseits mit den Forderungen der CDU zusammen. Andererseits erklärte er sich daraus, dass die SED-Spitze selbst den gewandelten Charakter ihres aus dem

⁹⁵ Vgl. das Protokoll über die Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 18.12.1946, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/L/2/3-030, Bl. 144–148, bes. Bl. 144. Auszugsweise abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 316f.

⁹⁶ Vgl. das Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktionssitzung Thüringen am 18.12.1946, in: ADL, L 5, Nr. 618, o. Bl., S. 1f.; Niederschrift über die Sitzung des CDU-Landesvorstands Thüringen am 18.12.1946, in: ACDP, 03-31, Nr. 161, o. Bl.

⁹⁷ Protokoll der Sitzung des Zentralen Einheitsfrontausschusses am 17.12.1946, abgedr. in: S. SUCKUT (Bearb.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 179.

⁹⁸ Ebd., S. 179f.

Landesordnungskonzept hervorgegangenen ersten Verfassungsentwurfes forcierte.⁹⁹ Die Abteilung für Landespolitik arbeitete deshalb intensiv an einem zweiten Verfassungsentwurf, der einen umfassenden Grundrechtskatalog enthielt. Mitte Dezember 1946 wurde er fertiggestellt.¹⁰⁰

Neben den rechtlichen Ergänzungen ging es Jakob Kaiser am 17. Dezember darum, im Blockausschuss durchzusetzen, dass nach der ersten Lesung der Verfassungsanträge in den Parlamenten eine Verhandlungspause eingelegt würde. Diese sollte der Zentrale Einheitsfrontausschuss dazu nutzen, um sich über eine einheitliche Form der Grundgesetze zu verständigen, die dann im Anschluss von den Landtagen zu verabschieden sei. Damit sollte eine zonenweite Homogenisierung der Landesverfassungen erreicht werden. Der Vorschlag stieß im Block auf breite Unterstützung, so dass er zum Beschluss erhoben wurde.¹⁰¹

Die Reichsgeschäftsstelle der CDU unterrichtete ihre Landesverbände und die Landtagsfraktionen per Telefon über die Vereinbarungen. In den schriftlichen Mitteilungen des Verbindungsbüros, die am 20. Dezember herausgingen, hieß es dazu, dass es auf jeden Fall erst nach der Einigung im Zentralen Blockausschuss zur zweiten und zur abschließenden dritten Lesung der Verfassungsentwürfe in den Landtagen kommen dürfe. Es liege somit keine Veranlassung vor, die Verfassung in einem Land voreilig zur Verabschiedung zu bringen.¹⁰² Der Thüringer Parteivorstand der CDU wurde bereits zwei Tage vorher, also am 18. Dezember, über die Ergebnisse der Blocksitzung informiert. Allerdings hielt sich in den Reihen der Fraktion die Hoffnung, dass die SED dieser Weisung aus Berlin folgen werde, sehr in Grenzen. In der Einheitspartei bestehe nach Angaben Werner Eggeraths wenig Bereitschaft, die für den 19. Dezember angesetzte Beratung der Landesverfassung zu vertagen, wusste Landtagsvizepräsident Walther Rücker (CDU) über die Stimmungslage bei den Einheitssozialisten zu berichten. Aus diesem Grund beschloss der Parteivorstand des CDU-Landesverbands, es der Fraktion selbst zu überlassen, ob sie dem vorliegenden Verfassungsentwurf zustimmen oder lieber auf eine Vertagung der Abstimmung plädieren wolle.¹⁰³

⁹⁹ Vgl. die Bemerkungen des Zentralsekretariats der SED zur Landesverfassung vom 9.12.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 746, Bl. 38.

¹⁰⁰ Vgl. G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 67–69.

¹⁰¹ Vgl. die Sitzung des Zentralen Einheitsfrontausschusses am 17.12.1946, abgedr. in: S. SUCKUT (Bearb.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 180; G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 110.

¹⁰² Mitteilungen Nr. 9 des Verbindungsbüros bei der CDU-Reichsgeschäftsstelle vom 20.12.1946, in: ACDP, 07-10, Nr. 2037, o. Bl.

¹⁰³ Vgl. die Niederschrift über die Sitzung des CDU-Landesvorstands Thüringen am 18.12.1946, in: ACDP, 03-31, Nr. 161, o. Bl.

Die Christlichen Demokraten entschieden sich für die zweite Möglichkeit. Als August Frölich am 19. Dezember 1946 den dritten Punkt der Tagesordnung – Bericht des Rechtsausschusses über die Beratung einer Verfassung – aufrief, um in erster, aber zugleich abschließender Lesung den Verfassungsantrag zu beraten, meldete sich der Fraktionsvorsitzende der CDU, Johannes Mebus, zur Geschäftsordnung. Mit Verweis auf die Übereinkunft im Zentralen Einheitsfrontausschuss beantragte Mebus eine Zurückstellung des Verfassungsentwurfs solange, bis in Berlin eine generelle Verständigung zwischen den Parteien erfolgt wäre.¹⁰⁴ Für die SED forderte Heinrich Hoffmann, dass man mit Blick auf die Tatsache, dass die Parteien sich im Rechts- und Verfassungsausschuss sowie in den Fraktionsvorständen auf den Antragsentwurf geeinigt hätten, in die Lesung eintreten solle. Eine Beschlussfassung könne dann immer noch ausgesetzt werden. Dieser Meinung schloss sich der Fraktionsvorsitzende der LDP, Hermann Becker, an. Als Frölich klarstellte, dass die erste Lesung unbedingt mit einer Abstimmung über die geänderten Absätze und Artikel abgeschlossen werden müsse, denn »sonst ist es keine 1. Lesung, dann würden wir gewissermaßen bloß ein Gesangsverein sein«, und der Antrag auf Verschiebung von der Mehrheit abgelehnt wurde, verließen die Abgeordneten der CDU den Plenarsaal.¹⁰⁵ Dieser Protest gegen die Verletzung des Berliner Blockbeschlusses steigerte sich zum Eklat, als der Präsident sowohl die generelle Aussprache als auch den ersten Teil der Lesung ohne die Mitwirkung der Union unbeirrt fortsetzen ließ. Nach einer Weile kehrten Johannes Mebus und Karl Magen in den Plenarsaal zurück, um den Verlauf der Beratung zu beobachten. Magen ergriff noch einmal das Wort zur Geschäftsordnung und begründete den Schritt seiner Fraktion. Das Argument, dass man sich aufgrund des Umstandes, dass eine erste, allgemein gehaltene Lesung nicht stattgefunden hätte, bevor der Verfassungsantrag an den Sachausschuss verwiesen worden war, nun dem Sinn nach bereits in einer zweiten Lesung befände, was einen Verstoß gegen die noch geltende Geschäftsordnung der Beratenden Landesversammlung darstelle, war nicht von der Hand zu weisen.¹⁰⁶ Auch die Liberaldemokraten gestanden ein, dass nicht alles geschäftsmäßig so zugegangen sei wie es in den Parlamenten früher üblich gewesen wäre.¹⁰⁷ Gleichwohl verteidigte Frölich den Entschluss, die allgemeine Aussprache und die erste Plenumsberatung in einer Lesung zusammenzufassen: »Der Landtag ist das höchste Organ des Volkes und der Landtag hat selbst zu bestimmen, wie er seine Geschäfte erledigen will.« Seine Entgegnung war scharf. Er bezichtigte Magen eines vollkommen unangebrachten Verhaltens, weil die

¹⁰⁴ Thüringer Landtag, 1. WP, 4. Sitzung am 19.12.1946, in: AVThLT/I.1, S. 388f.

¹⁰⁵ Ebd., S. 389.

¹⁰⁶ Vgl. ebd., S. 395.

¹⁰⁷ Vgl. ebd., S. 391.

CDU doch der Überweisung des Verfassungsantrags an den Rechts- und Verfassungsausschuss ohne vorherige Aussprache zugestimmt habe. Frölich ging sogar noch weiter. Vor dem Hohen Haus erklärte er, dass ihn der Auszug der CDU an das Verhalten der NSDAP im Reichstag erinnert habe. Diese Bemerkung löste Heiterkeit im Saal aus. Und, direkt an Karl Magen gerichtet, setzte er nach: »Jeder blamiert sich, so gut er kann.«¹⁰⁸ Als der CDU-Abgeordnete gegen das Verhalten des Präsidenten Protest einlegte, wies Frölich ihn erneut zurecht. Schließlich kehrte man zur Tagesordnung zurück.¹⁰⁹

In einer grundsätzlichen Stellungnahme, die den Auftakt zur Beratung des Verfassungsentwurfs bildete und die die nicht stattgefundene erste Lesung vor Überweisung an den Sachausschuss ersetzen sollte, erläuterte der Fraktionsvorsitzende der SED, Fritz Heilmann, noch einmal ausführlich die Prinzipien, welche die Einheitssozialisten bei der Formulierung des Entwurfs geleitet hätten. Während Heilmann besonders die Festschreibung der »demokratischen Errungenschaften, die wir in den eineinhalb Jahren nach dem Sturz des Hitlerregimes gesichert haben«, hervorhob und das als den Wesenskern des neuen Gesetzeswerk darstellte¹¹⁰, machte Alphons Gaertner erneut den Standpunkt der Liberaldemokraten in den entscheidenden Fragen deutlich. Trotz mancher inhaltlicher Unterschiede, die zwischen den drei Parteien beständen, erklärte er, dass die LDP dem Entwurf »in seiner Grundtendenz« zustimmen werde.¹¹¹ Damit beschrieb Gaertner zugleich die generelle Haltung der LDP-Fraktion während der Verfassungsberatungen in Thüringen: Obwohl die Liberaldemokraten nach der SED zur zweitstärksten Kraft im Parlament gewählt worden waren und neun Stimmen vor der Union lagen, blieb ihr Beitrag zum Entstehen des Verfassungswerkes nachrangig. Die Vertreter der LDP nahmen sowohl in den Ausschussberatungen als auch im Plenum eine Position zwischen der SED und der CDU ein. Mal vermittelnd, mal die Anträge der CDU unterstützend, dann wiederum auf der Seite der Einheitssozialisten, bestand ihr Konzept offenkundig darin, keines zu haben. Insgesamt sei die Verfassungsgebung an der LDP vollständig vorbeigelaufen, lautet daher das ernüchternde Urteil von Jürgen Louis.¹¹²

Bis auf sehr wenige Ausnahmen überließen die Liberaldemokraten der Union die Initiative, um den Vorstellungen der SED entgegenzutreten. Teilweise neigten sie dazu, Themen, die eigentlich den eigenen Interessen zuzuordnen waren, zu ignorieren oder sogar gegen sie zu votieren. Das traf nicht nur für die Bereiche

¹⁰⁸ Ebd., S. 395.

¹⁰⁹ Vgl. ebd. – Vgl. auch M. SCHMEITZNER, Abschied vom Westen?, 2011, S. 113.

¹¹⁰ Thüringer Landtag, 1. WP, 4. Sitzung am 19.12.1946, in: AV/ThLT/L.1, S. 391 (Beitrag Fritz Heilmann, SED).

¹¹¹ Ebd. (Beitrag Dr. Alphons Gaertner, LDP).

¹¹² J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 114.

der Wirtschaftspolitik und Justiz zu, sondern genauso für die Frage der Wiederherstellung eines begrenzten Berufsbeamtentums – obwohl dieses Ziel im Juni 1945 zu den 16 Programmpunkten des Gründungsaufrufs der liberalen Partei gehört hatte.¹¹³ Gleiches galt für einige Aspekte der von der SED angestrebten Verwischung der Gewaltenteilung. Ausdrücklich begrüßte Alphons Gaertner am 19. Dezember im Landtag die Tendenz des Verfassungsentwurfs, »die Verlagerung der Gewalten zum Ausdruck zu bringen, [...] also die Verlagerung der Staatsmacht nach der Seite der Volksvertretung hin«.¹¹⁴ Dass man mit einer solchen Regelung, wie sie die SED vorschlug, die klassischen Grenzen zwischen der Legislative, Exekutive und Judikative aufhob, wurde nicht als ein Problem betrachtet. Sogar die von der CDU eingeforderte Freiheit des Mandats wurde als bloße ideelle Forderung abgetan.¹¹⁵ Die genannten Beispiele stehen stellvertretend für viele weitere, bei denen die Liberaldemokraten gegen die Grundsätze ihrer eigenen Überzeugung handelten. Diese frappierende »politische Orientierungslosigkeit«¹¹⁶ hatte mehrere Gründe: Sie erklärte sich zunächst aus dem noch nicht gefestigten Zustand der jungen Fraktion. Die Abgeordneten arbeiteten erst seit wenigen Wochen zusammen und zeigten sich mit den zahlreichen Aufgaben, die auf sie warteten, schlichtweg überfordert.¹¹⁷ Darüber hinaus hielt sich die Fraktionsführung der LDP ganz auf dem Kurs von Wilhelm Külz, der die Relevanz der Landesverfassungen mit Blick auf eine gesamtstaatliche Lösung nicht erkannte und sie deshalb vernachlässigte. Schließlich fehlten konstruktive Vorgaben aus der Berliner Parteizentrale, wie man sich in den Beratungen zu verhalten habe und welche Zielsetzungen im Sinne der Partei verfolgt werden sollten.¹¹⁸

Der Eintritt in die Einzelberatung der Verfassungsartikel am 19. Dezember 1946 signalisierte den Wandel in der Haltung der Einheitssozialisten eindringlich. Obwohl der weitaus größte Teil der von der CDU eingereichten Abänderungsanträge vorab gescheitert war, wurden nun einzelne Punkte, die auf die Union zurückgingen, in den Entwurf vom Plenum übernommen. Das galt etwa für die Aufnahme eines Grundrechtekatalogs in den Artikel 2. Sowohl die SED als auch die LDP stimmten dem von allen drei Parteien vorbereiteten Zusatzantrag zu, der festlegte, dass die Grenzen der Staatsgewalt »in der Anerkennung der Freiheit der Person, der Glaubens- und Gewissensfreiheit, der Freiheit

¹¹³ Vgl. ebd., S. 112.

¹¹⁴ Thüringer Landtag, 1. WP, 4. Sitzung am 19.12.1946, in: AVThLT/I.1, S. 391 (Beitrag Dr. Alphons Gaertner, LDP).

¹¹⁵ Vgl. ebd., S. 397.

¹¹⁶ J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 114.

¹¹⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 18.12.1946, in: ADL, L 5, Nr. 618, o. Bl., S. 1.

¹¹⁸ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 4. Sitzung am 19.12.1946, in: AVThLT/I.1, S. 391.

der Meinungsäußerung und der Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre« lägen.¹¹⁹ Dem gegenüber wurde das von der CDU geforderte verfassungsrechtlich verankerte Widerstandsrecht von der SED und den Liberaldemokraten gleichermaßen als eine ideelle Bestimmung, die man eventuell in eine Reichsverfassung aufnehmen könnte, zurückgewiesen.¹²⁰

Während die Lesung der ersten Artikel im Plenum vor sich ging, beriet sich die Unionsfraktion über ihr weiteres Vorgehen. Sie kam zu dem Schluss, nach der Mittagspause an den Beratungen wieder teilzunehmen, zumal sie sich durch ihren Protest selbst der Möglichkeit beraubt sah, ihre Standpunkte vor dem Landtag zu begründen. Zu dem Meinungswechsel dürfte auch das Zugehen des Präsidenten auf die Abgeordneten beigetragen haben. So gab er zu Beginn der Nachmittags-sitzung am 19. Dezember eine kurze Stellungnahme ab, die man als so etwas wie eine Entschuldigung gegenüber der CDU wegen der Ausfälle verstehen konnte.¹²¹ Bei einem Gespräch in der Mittagspause, an welchem die Fraktionsvorsitzenden sowie die Mitglieder des Präsidiums teilnahmen, wurde die Entscheidung getroffen, an das Ende der ersten Beratung zwar eine Schlussabstimmung über den gesamten Verfassungsentwurf zu setzen, zugleich die endgültige Verabschiedung des Gesetzeswerkes aber erst nach der zweiten Lesung vorzunehmen. Sie sollte am folgenden Tag stattfinden. Somit gestand man den Fraktionen etwas mehr Zeit zu, um sich über die Verfassung austauschen zu können.¹²² Geglättet wurden die Wogen aber nicht zuletzt dadurch, dass sich die SED auf die CDU in der Frage eines Verfassungsgerichtshofs zubewegte. Zwar lehnte sie weiterhin die Einrichtung einer solchen Instanz kategorisch ab, sie hatte sich in den interfraktionellen Gesprächen am 17. und 18. Dezember aber dazu bereit erklärt, einem Verfassungsprüfungsausschuss zuzustimmen, der die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen überprüfen sollte. In dem gemeinsamen Abänderungsantrag der Fraktionen fand sich die Bestimmung, dass dieser Ausschuss dann in Aktion treten solle, wenn ein Drittel der Landtagsmitglieder oder die Landesregierung im Einvernehmen mit dem Rechtsausschuss die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen und Verordnungen anzweifeln würde. Dies war als ein deutliches Zugeständnis an die »bürgerliche« Seite zu werten. Der neue Ausschuss sollte unter der Leitung des Landtagspräsidenten stehen und neben ihm die drei Vizepräsidenten des Landtages sowie je ein Mitglied des Oberlandesgerichts, des Oberverwaltungsgerichts und der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Jena umfassen. Die Entscheidungen

¹¹⁹ Ebd., S. 392f.

¹²⁰ Vgl. ebd.

¹²¹ Vgl. ebd., S. 398.

¹²² Vgl. ebd.

des Verfassungsprüfungsausschusses seien bindend. Das Plenum sprach sich einstimmig für die Annahme des Antrags aus.¹²³

Obwohl die Gesamtabstimmung über den Entwurf nach der ersten Beratung einen überaus breiten Zuspruch erkennen ließ¹²⁴, herrschte am 20. Dezember in allen Fraktionen eine äußerst angespannte Stimmung. Das galt insbesondere für die SED und das Landtagspräsidium. Denn das endgültige Votum der CDU- und LDP-Abgeordneten war keineswegs sicher. Aus diesem Grund wurde die Sitzung, die sich vom Vormittag bis in den späten Abend hinzog, mehrfach unterbrochen. Die erste Pause zur Mittagszeit wurde gleich für mehrere Stunden angesetzt, damit die Fraktionen die Möglichkeit hatten, sich intern zu beraten. Außerdem trat der Ältestenrat zu einer Sondersitzung zusammen, um den weiteren Verlauf der Plenarsitzung abzusprechen.¹²⁵ August Frölich forderte die Parteien zu einer kurzen Stellungnahme bezüglich der geplanten Tagesordnung und ihres Votums bei der Schlussabstimmung über die Verfassung auf. Das war die Stunde, um die Bedingungen der »bürgerlichen« Parteien für ein einstimmiges Ergebnis noch einmal klar zu benennen.

Hermann Becker erklärte, dass das Urteil der LDP-Fraktion davon abhängen werde, ob seine Partei ihren Antrag auf Heraufsetzung des aktiven und passiven Wahlrechts im Plenum durchbringe oder nicht.¹²⁶ Obwohl der LDP in den Ausschussberatungen insgesamt nur eine nachrangige Rolle zugekommen war, gehörte dieser Aspekt zu den wenigen Punkten, die die Partei konsequent verfolgte. Der von ihr eingebrachte Vorschlag, das aktive Wahlalter von 18 auf 20 Jahre sowie das Recht, sich wählen zu lassen, von 20 auf 23 Jahre zu erhöhen, leitete sich für die Liberaldemokraten aus den Erfahrungen mit der Jugendpolitik des »Dritten Reiches« ab. Die Jugend, hieß es in der Fraktion, sei noch nicht reif genug, um sich ein politisches Urteil aus eigener Verantwortung zu bilden.¹²⁷ Durch die Festlegung des Wahlalters auf das 20. bzw. 23. Lebensjahr müsse man die junge deutsche Demokratie bewahren vor den Entscheidungen politisch noch nicht genügend geschulter und erfahrener Menschen, begründete Curt-Christian Elster (LDP) das Anliegen: »Diese jungen Menschen selbst aber müssen wir gleichzeitig bewahren vor der Last einer Verantwortung, deren Schwere sie bei allem überschäumenden Willen zur Mitarbeit jetzt nicht zu übersehen vermögen, die aber

¹²³ Vgl. ebd., S. 399. – Vgl. auch H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 34f.; M. SCHMEITZNER, Abschied vom Westen?, 2011, S. 113f.

¹²⁴ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 4. Sitzung am 19.12.1946, in: AVThLT/I.1, S. 406.

¹²⁵ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 5. Sitzung am 20.12.1946, in: ebd., S. 417–448, bes. S. 434.

¹²⁶ Protokoll der Sitzung des Ältestenrats mit den Fraktionsvorsitzenden des Thüringer Landtags am 20.12.1946 um 16:45 Uhr, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl.

¹²⁷ Protokoll über die Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 19.12.1946, in: ADL, L5, Nr. 618, o. Bl.

wenig später von ihnen selbst als untragbar empfunden wird.«¹²⁸ Mit ihrem Antrag, der sich im Übrigen gegen einen guten Teil der eigenen Wählerklientel richtete, denn gerade die Liberaldemokraten wiesen zu dieser Zeit einen hohen Mitgliederanteil an jungen Menschen auf, war die Fraktion sowohl im Ausschuss als auch bei der ersten Lesung im Plenum zuvor gescheitert. Nun bot sich der LDP im Ältestenrat die Chance, die Wahlrechtsfrage an das Verhalten bei der Schlussabstimmung über die Verfassung zu knüpfen. Johannes Mebus (CDU) hob in diesem Zusammenhang den Wunsch hervor, dass man das Vermögen der Kirche durch die Verfassung schützen müsse. Sein Parteikollege Karl Magen stellte hingegen unmissverständlich klar, dass die Union weiterhin darauf bestehen werde, vor einer Schlussabstimmung im Landtag erst die Verhandlungen auf zentraler Ebene abzuwarten. Eine weitere Sitzungsunterbrechung wurde deshalb erforderlich.¹²⁹

Auf der zweiten Sitzung des Ältestenrats an diesem Tag, die um 20:50 Uhr begann, zeichnete sich eine Lösung der festgefahrenen Verhandlungen ab. Die CDU war nun bereit, auf eine Vertagung der Schlussabstimmung über die Verfassung zu verzichten. Die Beschlüsse des zentralen Blockausschusses fanden keine Erwähnung mehr. Dafür stellten die CDU-Vertreter erneut die Forderung nach dem Schutz der Kirchen und ihrer nachgeordneten religiösen Vereinigungen auf. Dem konnte die SED zwar weiterhin nicht zustimmen, sie schlug als Kompromiss jedoch vor, dass Johannes Mebus im Plenum eine Erklärung zu dem Punkt abgeben sollte, die dann publiziert würde. Fritz Heilmann gab als Fraktionsvorsitzender und Chefredakteur des *Thüringer Volks* die Zusage, dass man Mebus' Ausführungen ebenfalls in der SED-Presse landesweit abdrucken werde. Die CDU erklärte sich mit diesem Zugeständnis einverstanden. Am Ende der Sitzung bekräftigten die Einheitssozialisten nochmals, dass die Wünsche der Unionsfraktion und der LDP in der anstehenden zweiten Lesung Berücksichtigung fänden.¹³⁰

Diese Schlichtung resultierte aber keineswegs allein aus dem vermeintlichen Entgegenkommen der SED oder dem Verhandlungsgeschick der »bürgerlichen« Vertreter. Als weitaus ausschlaggebender muss vielmehr die Rolle der Besatzungsmacht angesehen werden. Die SMA hatte den schwierigen Gang der Verfassungsarbeit aufmerksam begleitet. Obwohl in den offiziellen Protokollen nicht vermerkt, war Major Babenko von der Propagandaabteilung doch bei al-

¹²⁸ Thüringer Landtag, 1. WP, 4. Sitzung am 19.12.1946, in: AVThLT/I.1, S. 393 (Beitrag Dr. Curt-Christian Elster, LDP).

¹²⁹ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 5. Sitzung am 20.12.1946, in: ebd., S. 435 u. 437.

¹³⁰ Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 20.12.1946, 20:50 Uhr, in: ThHSTAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl.

len Beratungen des Ältestenrats zugegen.¹³¹ Die dort getroffenen Entscheidungen unterlagen der politischen Kontrolle. Darüber hinaus mischte sich Generalmajor Kolesnitschenko persönlich in die Vorgänge ein, um den Widerstand in den »bürgerlichen« Fraktionen zu brechen. Der »General« setzte die Abgeordneten von LDP und CDU mit allen erdenklichen Mitteln unter Druck, um diese zur Verabschiedung der Verfassung zu bewegen.¹³² Wie Jakob Kaiser später resümierte, habe die SMA in Weimar »mit starker Energie« Einfluss auf den Gang der Dinge genommen. Sowjetische Offiziere seien sogar bei den Fraktionssitzungen der Parteien anwesend gewesen.¹³³

Als die entscheidende Landtagsitzung am 20. Dezember 1946 um 21 Uhr fortgesetzt wurde, zeigte sich, inwieweit die hinter den Kulissen gefundenen Kompromisse tragfähig waren. Tatsächlich hielt sich die SED an die getroffenen Absprachen. Einstimmig bestätigte das Plenum die von der LDP geforderte Anhebung des Wahlalters.¹³⁴ Auch bei mehreren Anträgen der CDU ergaben sich die vorher abgesprochenen Mehrheiten. Hatten sich die Einheitssozialisten noch am Vortag gegen den Antrag der Union zum gesetzlichen Schutz des Sonntags und anderer staatlich anerkannter Feiertage als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung ausgesprochen (Artikel 70), schwenkten sie nun auf eine wohlwollende Haltung ein. Man wolle damit ein Zeichen setzen, dass die Einheitspartei eine klare Kulturpolitik verfolge und die Rechte der Kirche bewahrt und geachtet würden, begründete Landeskirchenrat Erich Hertzsch (SED) den Gesinnungswandel seiner Fraktion.¹³⁵ In der Umsetzung der getroffenen Absprachen ergab sich die ungewöhnliche Situation, dass mehrere Abänderungsanträge durch ein Minderheitsvotum erfolgreich durchgesetzt wurden, weil sich die SED geschlossen der Stimme enthielt. Das war etwa bei der rechtlichen Festlegung der Kriterien für den Ausschluss eines Landtagsabgeordneten, dem man nationalsozialistische oder militaristische Propaganda vorwarf, der Fall. Ein Ausschluss war nunmehr nur dann möglich, wenn zwei Drittel der dem Parlament angehörenden Mitglieder dem zustimmten.¹³⁶ Damit realisierte die CDU eine wesentliche Forderung, die bereits in der fraktionsinternen Stellungnahme von Anfang Dezember enthalten gewesen war. Im Abschnitt zur Volksbildung setzte die Union unter anderem durch, dass ein Passus in den Artikel 66 aufgenommen wurde, der die Mitwirkung der Eltern bei der schulischen

¹³¹ Vgl. den Bericht von August Frölich an die SMA Thüringen vom 23.1.1947, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 321.

¹³² Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 131.

¹³³ Protokoll der Sitzung des Zentralen Einheitsfrontausschusses am 2.1.1947, abgedr. in: S. SUCKUT (Bearb.), *Blockpolitik in der SBZ/DDR*, 1986, S. 182.

¹³⁴ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 5. Sitzung am 20.12.1946, in: AVThLT/I.1, S. 439f.

¹³⁵ Vgl. ebd., S. 443 (Beitrag Dr. Erich Hertzsch, SED).

¹³⁶ Vgl. ebd., S. 440. – Vgl. auch G. BRAAS, *Die Entstehung der Länderverfassungen*, 1987, S. 483.

Erziehung ihrer Kinder ausdrücklich gewährleistet. Die Annahme des Antrages geschah bei Stimmenthaltung der SED und von Teilen der LDP.¹³⁷ Gleichfalls gelang es der CDU, am Artikel 74 eine Ergänzung vorzunehmen. Demnach wurde es den Religionsgesellschaften nun verfassungsmäßig garantiert, in Krankenhäusern, Strafanstalten und anderen öffentlichen Anstalten Seelsorgearbeit leisten und religiöse Handlungen vornehmen zu dürfen. Dieser Abänderungsantrag wurde von der LDP sowie den Abgeordneten Hertzsch unterstützt, wohingegen sich der Rest der SED-Fraktion der Stimme enthielt.¹³⁸

Insgesamt vermittelte der Verlauf der abendlichen Sitzung den Eindruck von höchster Eile. Die Verfassungsabschnitte wurden in einem atemberaubenden Tempo durchgegangen. An den Stellen, wo keine Meinungsverschiedenheiten existierten, wurden die Artikel im Minutentakt verabschiedet. Auch die Vorlagen des Entwurfes vermittelten das Gefühl einer getriebenen Hetze. Die Nummerierung der Paragraphen war infolge der vielen Veränderungen und Einfügungen durcheinandergeraten, die Verwendung von Begrifflichkeiten wie »Regierung« oder »Landesregierung« ließ eine Systematik vermissen. Der Abgeordnete Fritz Kühner (LDP) aus Eisenach beklagte sich darüber, dass er in der Entwurfsfassung vom Vortag ganze 62 Druckfehler gezählt habe.¹³⁹ Mehrfach kam es bei August Frölich zu Irritationen über die verschiedenen Arbeitsfassungen der Vorlage. Es blieb letztlich der Landtagsverwaltung überlassen, die Verfassung in eine orthographisch einwandfreie Form zu bringen. Das enorme Tempo erklärte sich nicht allein durch die übervolle Tagesordnung – nach der Beratung über die Landesverfassung stand zusätzlich noch die Verabschiedung der Kreisordnung auf dem Programm. Vielmehr ging es dem Landtagspräsidenten und der SED darum, dem Drängen der Besatzungsmacht nach einem raschen Abschluss der Beratungen nachzukommen und dabei zugleich die Vorgaben aus Berlin nicht aus den Augen zu verlieren. Als die 93 anwesenden Volksvertreter die Verfassung in namentlicher Abstimmung schließlich einstimmig annahmen, war die Erleichterung im Saal groß. Der Abgeordnete Felix Zumhasch (LDP) konnte sich angesichts des Parforcerittes der letzten Tage einen lauten Stoßseufzer nicht versagen, was für allgemeine Heiterkeit sorgte.¹⁴⁰

¹³⁷ Thüringer Landtag, 1. WP, 5. Sitzung am 20.12.1946, in: AVThLT/I.1, S. 443.

¹³⁸ Vgl. ebd., S. 444.

¹³⁹ Ebd., S. 439f. (Beitrag Dr. Fritz Kühner, LDP).

¹⁴⁰ Vgl. ebd., S. 444.

3. Verfassungsberatungen im brandenburgischen Provinziallandtag

a) Eine »bürgerliche« Landesverfassung?

Anders als in Thüringen stand dem Potsdamer Landtag für seine Beratungen ein wesentlich komfortableres Zeitfenster zur Verfügung. Zwischen der Einbringung des SED-Antrags am 6. Dezember 1946 und der Unterzeichnung der Verfassungsurkunde durch Landtagspräsident Ebert am 6. Februar 1947 lagen rund acht Wochen. Das war gleichwohl immer noch ein zügiges Tempo. Galten die Thüringer Geschehnisse in dieser Beziehung als ein »Sonderfall«, stellten die Arbeiten an dem Verfassungsentwurf in Potsdam so etwas wie das zeitliche Mittelmaß in der SBZ dar: Während in der Provinz Sachsen und in Mecklenburg die Beratungen nach sechs Wochen abgeschlossen waren, benötigten die Abgeordneten im Land Sachsen etwa zehn Wochen.¹⁴¹ Dabei ist jedoch anzumerken, dass die Erarbeitung der brandenburgischen Landesverfassung nicht kontinuierlich voranschritt, sondern in zwei Phasen erfolgte. Die erste Phase der Ausschussarbeit begann etwa Mitte Dezember 1946 und dauerte bis zur Vorlage des Entwurfs Anfang Januar 1947. Die zweite, sehr viel kürzere Phase ist für die dritte Januarwoche anzusetzen. Innerhalb nur weniger Tage wurde die vorliegende Ausschussfassung auf Drängen der Besatzungsmacht in wichtigen Teilen revidiert. Obwohl während der ersten Lesung des Verfassungsentwurfs am 31. Januar 1947 im Plenum mehrfach hervorhoben wurde, dass die Arbeit im Rechts- und Verfassungsausschuss stets in großer Einmütigkeit erfolgt sei¹⁴², traf das nur bedingt zu. In Wirklichkeit waren die Schwierigkeiten, mit denen die Abgeordneten im Laufe der Verfassungsberatungen konfrontiert wurden, keinesfalls geringer als in Weimar.

Als die SED am 6. Dezember 1946 ihre Vorlage gemeinsam mit dem Antrag zu einer neuen Kreisordnung für die Mark Brandenburg in den Landtag einbrachte, gab der Abgeordnete Werner Lufft (SED) für seine Fraktion eine ausführliche Begründung der beiden Entwürfe. Lufft, der von 1930 bis 1932 Landrat im Kreis Gerdauen in Ostpreußen gewesen war und mehrere Jahre als SPD-Mitglied dem Reichstag angehört hatte, galt als erfahrener kommunaler Verwaltungsfachmann und Jurist. Seit 1945 leitete er das Oberlandratsamt Cottbus.¹⁴³ In seinen Ausführungen betonte Lufft, dass der SED-Verfassungsentwurf

¹⁴¹ Vgl. G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 103; DERS., Verfassungsgebung auf Landes- und zentraler Ebene, 1993, S. 359 u. 372–375.

¹⁴² Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 5. Sitzung am 31.1.1947, in: AVLTB/1, S. 39–66, bes. S. 40f. (Beitrag Paul Szillat, SED) u. S. 44f. (Beitrag Franz Schleusener, CDU).

¹⁴³ Vgl. M. BROZSAT/H. WEBER (Hrsg.), SBZ-Handbuch, 1993, S. 971; BUREAU DES REICHSTAGS (Hrsg.), Reichstags-Handbuch. Vierte Wahlperiode, 1928, S. 387f.; DASS. (Hrsg.), Reichstags-Handbuch. Siebte Wahlperiode, 1933, S. 338f.; F. SATTLER, Wirtschaftsordnung im Übergang/2, 2002, S. 946.

so angelegt sei, dass die deutsche Frage weiterhin offengehalten werde. Im Falle der Wiederherstellung der staatlichen Einheit werde sich die Landesverfassung dann dem gesamtdeutschen Verfassungswerk unterordnen. Außerdem forderte er, dass in der künftigen Landesverfassung die bereits eingeleiteten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Veränderungen abgesichert werden müssten. Aufgrund der in der Weimarer Republik gemachten Erfahrungen, als das Instrument der Demokratie von deren Feinden gegen sie ausgenutzt worden wäre, müsse man dieses Mal unbedingt Sicherungen dagegen schaffen. Hierzu zählten für Lufft nicht nur ein Verbot von nationalen oder religiösen Hassbekundungen, der Rassenhetze sowie nationalsozialistischer und militaristischer Propaganda, sondern ebenso die Verankerung der Bodenreform sowie der durch den SMAD-Befehl Nr. 124 geschaffenen Eigentumsverhältnisse.¹⁴⁴ Im Anschluss an diese Rede überwies das Parlament den Entwurf an den Rechts- und Verfassungsausschuss zur weiteren Beratung.¹⁴⁵

Allerdings begann der Ausschuss nicht sofort mit den Arbeiten an dem Entwurf für das neue Landesgrundgesetz, der bis auf einige redaktionelle und stilistische Abweichungen ganz dem ersten Landesverfassungsentwurf der SED vom 29. November entsprach.¹⁴⁶ Vielmehr stellten die Ausschussmitglieder den Antrag zurück und zogen die Beratung der Durchführungsbestimmung Nr. 1 zur demokratischen Gemeindeverfassung, die von der Provinzialverwaltung eingereicht worden war¹⁴⁷, und den Antrag der SED-Fraktion zur Demokratischen Kreisordnung für die Mark Brandenburg vor.¹⁴⁸ Die zeitliche Verzögerung erklärte sich nicht zuletzt aus den Vorgängen in Berlin. Dort zeigten sich die Führungsspitzen der drei Parteien um eine bessere Koordinierung der Verfassungsberatungen bemüht. Auf der bereits erwähnten Sitzung des zentralen Blockausschusses am 17. Dezember 1946 wurde auf Drängen der CDU die Entscheidung getroffen, vor der Verabschiedung der Landesverfassungen die Anträge auf zentraler Ebene zu beraten, um so eine möglichst große Einheitlichkeit zu gewährleisten.¹⁴⁹ Erst nach Abschluss der Gespräche in Berlin dürfe es

¹⁴⁴ Landtag Brandenburg, 1. WP, 2. Sitzung am 6.12.1946, in: AVLTB/1, S. 9–12, bes. S. 11.

¹⁴⁵ Vgl. das Schreiben von Friedrich Ebert an Franz Schleusener vom 6.12.1946, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 162, Bl. 219.

¹⁴⁶ Vgl. G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 66f.

¹⁴⁷ Vgl. die Durchführungsbestimmung Nr. 1 zur demokratischen Gemeindeverfassung der Provinz Mark Brandenburg vom 13.11.1946 (Drucksache 2), in: AVLTB/2, S. 1f.

¹⁴⁸ Vgl. den Antrag der SED-Fraktion für die Demokratische Kreisordnung für die Mark Brandenburg vom 28.11.1946 (Drucksache 5), in: ebd., S. 12–18. – Vgl. dazu auch das Schreiben von Friedrich Ebert an Franz Schleusener vom 6.12.1946, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 162, Bl. 219.

¹⁴⁹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Zentralen Einheitsfrontausschusses am 17.12.1946, abgedr. in: S. SUCKUT (Bearb.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 180; G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 110.

in den Parlamenten zur zweiten Lesung der Entwürfe kommen.¹⁵⁰ Darüber hinaus lud die CDU-Führung die Vorsitzenden der Landesverbände und die Sachverständigen der Fraktionen für Verfassungsfragen zum 30. Dezember zu einer gemeinsamen Beratung in der Reichsgeschäftsstelle.¹⁵¹ Eine ähnliche Zusammenkunft fand auch beim Zentralsekretariat der SED statt.¹⁵² Im Laufe der ersten Januarwoche 1947 trat der Zentrale Einheitsfrontausschuss zu zwei Sitzungen zusammen, auf denen über das weitere Vorgehen bei der Abstimmung der Verfassungsentwürfe beratschlagt wurde. Die SED konnte es gegen den Widerstand der CDU-Vertreter mit Unterstützung der LDP erreichen, dass die in Thüringen verabschiedete Landesverfassung zur Grundlage der weiteren Beratungen erklärt wurde.¹⁵³ Dieser Entschluss bedeutete für die Einheitspartei einen wichtigen Etappensieg, weil nun ihr Entwurf, der in Thüringen mit Hilfe der SMA durchgesetzt worden war, die Richtschnur für die weiteren Verhandlungen darstellte. Den »bürgerlichen« Parteien blieb zwar die Möglichkeit, Abänderungsvorschläge einzubringen. Insgesamt kann man sich allerdings nicht des Eindrucks erwehren, dass die Vertreter von LDP und CDU im Zentralen Einheitsfrontausschuss – entgegen aller gegebenen Zusicherungen – keineswegs als Partner auf Augenhöhe verhandelten. Vielmehr nutzte die SED im Verlauf der Diskussionen geschickt alle Möglichkeiten, um den zentralen Verfassungsentwurf für die Länder und Provinzen der SBZ in ihrem Sinn zu lenken. Die Christ- und Liberaldemokraten erfüllten lediglich eine passive Rolle.¹⁵⁴

Währenddessen hatte der brandenburgische Rechts- und Verfassungsausschuss bereits seine Verfassungsberatungen aufgenommen. Über den genauen Verlauf der Gespräche, die in der zweiten Dezemberhälfte 1946 begannen, ist nur wenig bekannt, denn in dieser frühen Phase führte der Ausschuss noch kein Protokoll. Auch der offizielle Bericht des Gremiums vom 9. Januar 1947 enthält keine Angaben über den konkreten Verlauf der Gespräche, sondern er umfasst lediglich den Verfassungsentwurf, der dem Landtag schließlich zur Abstimmung empfohlen wurde.¹⁵⁵ Allerdings haben sich die Anwesenheitslisten zu den Ausschusssitzungen erhalten, wodurch es möglich ist, zumindest den

¹⁵⁰ Mitteilungen Nr. 9 des CDU-Verbindungsbüros vom 10.12.1946, in: ACDP, 07-10, Nr. 2037, o. Bl.

¹⁵¹ Vgl. das Telegramm der CDU-Reichsgeschäftsstelle an alle Landesverbände vom 21.12.1946, in: ACDP, 03-33, Nr. 33, o. Bl.

¹⁵² Vgl. die Tagebuchnotiz von Friedrich Ebert für den 30.12.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4192, Nr. 9, Bl. 14rs.

¹⁵³ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Zentralen Einheitsfrontausschusses am 2.1.1947, abgedr. in: S. SUCKUT (Bearb.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 182–184.

¹⁵⁴ Vgl. G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 122.

¹⁵⁵ Vgl. den Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses des Landtages Brandenburg über die Beratungen betreffend die Verfassung für die Mark Brandenburg vom 9.1.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 163, Bl. 252–263; vgl. das Schreiben von Franz Schleusener an Friedrich Ebert vom 9.1.1947, in: ebd., Bl. 251.

zeitlichen Rahmen zu rekonstruieren. Insgesamt trat der Rechts- und Verfassungsausschuss zwischen dem 11. Dezember und dem 9. Januar 1947 zu sechs Sitzungen zusammen.¹⁵⁶ Es ist zu vermuten, dass die Beratungen im Ausschuss in einer ähnlichen Weise verliefen wie in Thüringen, dass man also sämtliche Abschnitte des Verfassungsentwurfs in mehreren Durchgängen einzeln beriet und bei Divergenzen die offenen Fragen nochmals thematisierte. Weil die »bürgerlichen« Fraktionen sich erst in den Entwurf einarbeiten mussten und man auf die Ergebnisse der Blockverhandlungen in Berlin wartete, darf angenommen werden, dass die entscheidenden Sitzungen jene am 27. Dezember sowie am 4. und 9. Januar 1947 waren. Obwohl der SED-Antrag während der Beratungen die Diskussionsgrundlage bildete, waren die CDU-Vertreter darum bemüht, den von der Reichsgeschäftsstelle übermittelten Alternativentwurf in die Diskussionen einzubringen.¹⁵⁷

Unter der Leitung von Franz Schleusener konnte die Union wichtige Anliegen durchsetzen. Als der Ausschuss am 9. Januar 1947 seine Beschlussempfehlung an Landtagspräsident Ebert leitete, trug dieser in wichtigen Passagen die Handschrift der CDU. Das galt etwa in Bezug auf die Regelungen zum Religionsunterricht an den Schulen (Artikel 65) und in Hinsicht auf den Passus, dass der Landtag allein über die Zusammensetzung der Regierung entscheidet (Artikel 8). Weiterhin war es der CDU zu verdanken, dass ein allgemeines Recht auf Widerstand gegen Gesetze, »die gegen Moral und Menschlichkeit verstossen oder das Gemeinwohl gefährden«, verankert wurde. Schenkt man der späteren Berichterstattung Glauben, dann war dies der einzige Punkt, an dem der Ausschuss keinen überparteilichen Konsens erreichen konnte.¹⁵⁸ Zudem enthielt die Ausschussfassung vom 9. Januar eine Garantie zum Schutz des Eigentums (Artikel 49). Eine rechtliche Festschreibung der Bodenreform und der anderen bislang durchgesetzten wirtschaftspolitischen Maßnahmen, wie sie von der SED-Spitze gefordert wurde, fehlte völlig.¹⁵⁹ Der vom Rechts- und Verfassungsausschuss erarbeitete Entwurf war somit, um es im Jargon der Zeit auszudrücken, ein durch und durch »bürgerlich« geprägtes Dokument.

¹⁵⁶ Vgl. die Anwesenheitslisten zu den Sitzungen des Rechts- und Verfassungsausschusses des Landtages Brandenburg vom 11., 12., 13. u. 27.12.1946 sowie vom 4. u. 9.1.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 162, Bl. 1 u. 216–218.

¹⁵⁷ Vgl. D. POHL, *Justiz in Brandenburg*, 2001, S. 56.

¹⁵⁸ Landtag Brandenburg, 1. WP, 5. Sitzung am 31.1.1947, in: AVLTB/1, S. 40f. (Beitrag Paul Szillat, SED).

¹⁵⁹ Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses des Landtages Brandenburg über die Beratungen betreffend die Verfassung für die Mark Brandenburg vom 9.1.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 163, Bl. 252–263. – Vgl. auch den »Verfassungsentwurf im Landtag Mark Brandenburg«, in: Neues Deutschland, Reichsausgabe, vom 19.1.1947; »Mark Brandenburg. Verfassungsentwurf der SEP geändert«, in: Der Tagesspiegel vom 21.1.1947.

b) Erzwungene Revision des Verfassungsentwurfs

Es war offenkundig, dass ein solcher Verfassungstext sowohl für die Potsdamer SMA als auch die SED nicht akzeptabel war. Wie Stefan Creuzberger anhand sowjetischer Dokumente nachgewiesen hat, standen die Politoffiziere dem Ergebnis der Beratungen überaus kritisch gegenüber – zumal sich herausstellte, dass zwei der vier SED-Mitglieder im Rechts- und Verfassungsausschuss, nämlich die ehemaligen Sozialdemokraten Werner Lufft und Paul Szillat, die Vorschläge der Union unterstützt hatten. Den beiden anderen Vertretern der SED, Wilhelm Pieck und Bruno Brockhoff, hatte somit stets eine Mehrheit im Ausschuss gegenübergestanden.¹⁶⁰ Zu den bislang ungeklärten Fragen gehört es, welche Rolle Wilhelm Pieck in den Verhandlungen spielte. Als eine der wichtigsten Führungspersonen in der SED waren ihm die strategischen Zielsetzungen seiner Partei hinsichtlich der Verfassungsberatungen bestens bekannt. Zudem belegen die überlieferten Anwesenheitslisten, dass er während der Ausschusssitzungen im Potsdamer Landtag immer zugegen war.¹⁶¹ Obwohl er also die Möglichkeit gehabt hätte, frühzeitig Einfluss auf den Gang der Gespräche zu nehmen, tat er das nachweislich nicht. Über die dahinter stehenden Motive kann nur spekuliert werden. Entweder ging es Pieck darum, zu beobachten, ob sich die im Landesverband prominenten Abgeordneten Lufft und Szillat im Sinne der SED einsetzten und wohin das Ganze führen werde, oder aber er hielt eine Intervention seitens der SMA nach Abschluss der regulären Ausschussberatungen für klüger. Denn indem man es der Besatzungsmacht überließ, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen und damit den »höheren« Willen der Militäradministration vorschieben konnte, wurde es nicht notwendig, die anrühige Karte der zu offenkundigen Einflussnahme seitens der SED im Landtag spielen zu müssen.

Tatsächlich setzte die SMA alle Hebel in Bewegung, um eine Revision des für sie unbefriedigenden Ergebnisses der Ausschussberatungen in die Wege zu leiten. Die Propagandaabteilung nahm Kontakt mit den Führungsgremien des SED-Landesvorstands und mit der Fraktion auf. Sie übte scharfe Kritik an den erzielten Übereinkünften im Rechts- und Verfassungsausschuss. Zudem erhöhten die Politoffiziere den Druck auf die Parteiführungen von CDU und LDP in Brandenburg. Die Arbeit der Landtagsfraktionen wurde einer verstärkten Kontrolle unterzogen, um ein besseres Bild über deren Absichten bei den anstehenden Lesungen des Verfassungsentwurfs im Plenum zu erhalten.¹⁶² Die Kritik der Propagandaabteilung an dem Verhalten der SED-Vertreter im Ausschuss

¹⁶⁰ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 128.

¹⁶¹ Vgl. BLHA, Rep. 201, Nr. 162, Bl. 1 u. 216–218.

¹⁶² Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 128.

führte auch zu innerparteilichen Konsequenzen: Auf einer gemeinsamen Sitzung mit den Präsidenten der Landtage und den Ministerpräsidenten der SBZ am 12. Januar 1947 verwies die Führung des Zentralsekretariats noch einmal auf die politische Linie für die weiteren Beratungen.¹⁶³ Wenige Tage später wurde den Mitgliedern, die die SED im brandenburgischen Rechts- und Verfassungsausschuss vertraten, zudem der Termin für eine persönliche Besprechung mitgeteilt, die Ende Januar im Geschäftszimmer Willy Sägebrechts stattfinden sollte. Das Ziel bestand darin, die Abgeordneten noch einmal unmittelbar auf die politische Linie der SED einzuschwören.¹⁶⁴ Dieses Vorhaben wurde allerdings so weit modifiziert, dass Sägebrecht auf der Sitzung des Sekretariats der SED-Landesleitung, die am 21. Januar stattfand, den Entschluss durchsetzte, dass die Ausschussmitglieder bereits am kommenden Tag, also am 22. Januar, ins Zentralsekretariat nach Berlin einzubestellen waren. Das Vorgehen unterstrich den großen Stellenwert, den man einer Revision des Verfassungsentwurfs beimaß, zumal der Termin der nächsten Landtagsitzung, die für den 31. Januar angesetzt war, drängte. Auf der Zusammenkunft des Landessekretariats am 21. Januar ging Sägebrecht mit den bislang vorliegenden Resultaten streng ins Gericht. Besonders verurteilte er, dass die wirtschaftlichen Aspekte nicht angemessen behandelt worden seien. Indem der Entwurf das Eigentum ohne Einschränkung gewährleiste, stünden sämtliche Anträge, die die SED zur Enteignung der Bodenschätze in den Landtag einbringe, im Widerspruch zu den Bestimmungen der künftigen Verfassung. Stattdessen müsse das Gesetzeswerk so formuliert werden, »dass wir auch in Zukunft keine Schwierigkeiten haben«.¹⁶⁵ Es ging also darum, die eigene Politik abzusichern.¹⁶⁶

Die Zusammenarbeit zwischen Willy Sägebrecht und Wilhelm Pieck funktionierte in der Angelegenheit reibungslos: Während Sägebrecht alles daran setzte, die unzuverlässigen Abgeordneten über die Landesleitung und die Fraktion unter Kontrolle zu bringen, war es Pieck, der auf einer eilig einberufenen Sondersitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses am 27. Januar die vorbereiteten Abänderungsanträge einbrachte. Sie entsprachen ganz den von der Besatzungsmacht geäußerten Wünschen und »Empfehlungen«.¹⁶⁷ Weil die Propa-

¹⁶³ Vgl. die Klarschrift der Notizen von Wilhelm Pieck über eine Besprechung mit den Landtagspräsidenten und den Ministerpräsidenten der Länder und Provinzen am 12.1.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 747, Bl. 106f.

¹⁶⁴ Vgl. das Schreiben des Fraktionssekretärs der SED-Landtagsfraktion Brandenburg, Herbert Birkhölzer, an Wilhelm Pieck vom 18.1.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 757, Bl. 11.

¹⁶⁵ Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Brandenburg am 20.1.1947, verf. am 21.1.1947, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 23, Bl. 8–9rs, hier Bl. 9.

¹⁶⁶ Vgl. D. POHL, *Justiz in Brandenburg*, 2001, S. 56.

¹⁶⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Brandenburg am 27.1.1947, verf. am 28.1.1947, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 23, Bl. 14–21, Bl. 18f.; S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 128. – Im BLHA findet sich eine nicht datierte Anwesenheitsliste zu einer Sitzung des

gandaabteilung der SMA im Vorfeld Einfluss auf die »bürgerlichen« Parteien ausgeübt hatte, wurden die Abänderungsanträge der Einheitssozialisten im Ausschuss mehrheitlich angenommen.¹⁶⁸ In die revidierte Entwurfsfassung wurde neben dem Sonntag nicht nur der 1. Mai als gesetzlich geschützter Feiertag aufgenommen (Artikel 6), sondern man strich zudem den Absatz bezüglich des Entscheidungsrechts des Landtags über die Zusammensetzung der Regierung (Artikel 8). Auch die Abwandlung des Artikels 5 war bemerkenswert: Hieß es in der Ursprungsfassung des Ausschusses noch, dass die Staatsgewalt ihre Grenzen an den Grundrechten finden solle, wurde nun der Passus »im Rahmen der Gesetze« ergänzt. Damit wurde der von der CDU eingeforderte Grundrechtekatalog relativiert. Die zentralen Abänderungen betrafen allerdings die Passagen zur Wirtschaftsordnung sowie zu den Religionsgemeinschaften. Die vorbehaltlose Garantie des Artikels 49, wie sie in der ersten Ausschussfassung enthalten war, wurde zugunsten eines Zusatzes ausgehebelt, demzufolge »Inhalt und Schranken des Eigentums« durch Gesetze geregelt werden sollten. Die Möglichkeit einer Enteignung wurde jetzt ausdrücklich eingeräumt, wobei die Frage einer angemessenen Entschädigung ebenfalls der Gesetzeslage überantwortet wurde. Außerdem bestimmte der neu aufgenommene dritte Absatz des Artikels 49 die Rechtmäßigkeit der Bodenreform in der Provinz Brandenburg. Auf Drängen der SMA wurden ebenfalls die Möglichkeiten der christlichen Religionsgemeinschaften bei der Erteilung von Religionsunterricht an den Schulen beschnitten.¹⁶⁹

Der geschilderte Vorgang war überaus bedeutsam, denn anders als in Thüringen, wo die CDU- und LDP-Fraktion ebenso wie die SED versuchten, in interfraktionellen Gesprächen die eigenen Vorstellungen durchzusetzen, ließ die Potsdamer SMA einen gefassten Beschluss, der bereits an den Landtagspräsidenten geleitet worden war, kassieren und forderte die Mitglieder des Rechts- und Verfassungsausschusses dazu auf, den Entwurf so weit neu zu verhandeln, dass die gewünschten Resultate erreicht würden. Es gibt keinen Hinweis darauf, dass Friedrich Ebert, der in der Anfangszeit erkennbar darum bemüht war, im Landtag einen geordneten Geschäftsgang zu etablieren, gegen dieses Verfahren irgendwelche Schritte unternommen hätte – zumal er den Verlauf der Ausschuss-

Rechts- und Verfassungsausschusses Brandenburg, die von ihrer Anordnung in der größtenteils chronologisch geführten Akte auf den 27.1.1947 hindeutet, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 162, Bl. 215.

¹⁶⁸ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 128f.

¹⁶⁹ Vgl. die Korrekturfassung der Landesverfassung Brandenburg mit den handschriftlichen Korrekturen Franz Schleuseners, o. D. [Ende Januar 1947], in: BLHA, Rep. 201, Nr. 163, Bl. 237 u. 239–249. – Aufgrund redaktioneller Veränderungen und weiterer Ergänzungen erfolgte in der späteren Landesverfassung eine Neummerierung einiger Artikel des revidierten Ausschussentwurfs. Vgl. G. BRAAS, *Die Entstehung der Länderverfassungen*, 1987, S. 522.

beratungen aufmerksam verfolgte.¹⁷⁰ Im Gegenteil: Über das Zwischenergebnis vom 9. Januar legte sich ein Mantel des Schweigens. Der umstrittene erste Ausschussbericht, der Mitte Januar 1947 als Korrekturfassung für den Druck vorlag, wurde nicht publiziert.¹⁷¹ Weder fielen in der offiziellen Berichterstattung noch im Verlauf der Lesungen im Plenum irgendwelche Hinweise auf die komplizierte Entstehung des Verfassungsentwurfs oder gar auf die von der SMA angeordneten Nachverhandlungen. Somit sah es nach außen so aus, als ob der Rechts- und Verfassungsausschuss nie einen anderen Beschluss gefasst hätte als jenen vom 27. Januar.¹⁷²

Trotz dieser Umstände zeigte sich die Union mit den erzielten Ergebnissen zufrieden. In der Fraktionssitzung am 30. Januar 1947 berichtete Gerhard Webersinn, der neben Franz Schleusener, Gerhard Schütze und Otto Nuschke für die CDU dem Rechts- und Verfassungsausschuss angehörte, seinen Kollegen über den Stand der bisherigen Verhandlungen. Webersinn betonte, dass es vor allem den Christdemokraten zu verdanken sei, dass sich die Landesverfassung in vielen Punkten an dem Vorbild der Weimarer Republik orientiere. Das gelte insbesondere bei den Bestimmungen zu den Kompetenzen des Landtages. Zwar habe die CDU in Bezug auf die Rechte der Religionsgemeinschaften grundsätzliche Bedenken weltanschaulicher Art zum Ausdruck gebracht, im Wesentlichen sei man aber mit dem Entwurf einverstanden.¹⁷³ Auch der Fraktionsvorsitzende Schütze unterstrich die positiven Ergebnisse der Ausschussberatungen. So habe sich die Union bei der Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlalters durchgesetzt. Hingegen fand die Revision, die dazu geführt hatte, dass die verfassungspolitischen Ziele der »bürgerlichen« Seite in wesentlichen Punkten kassiert worden waren, keine Erwähnung. Das Ausschweigen über diesen Punkt dürfte sich vor allem daraus erklärt haben, dass die Unionsfraktion unter besonderer Beobachtung durch die SMA-Offiziere stand. Während der Sitzung am 30. Januar nahm ein Vertreter der Militäradministration an den fraktionsinternen Beratungen teil.¹⁷⁴ Trotzdem gab es auch kritische Stimmen. Mehrere Parlamentarier wie etwa Peter Bloch monierten die Widersprüchlichkeiten im Verfassungsentwurf. Ebenso wurde die Forderung erhoben, dass sich

¹⁷⁰ Vgl. die Tagebuchnotizen von Friedrich Ebert zum 1. u. 2.1.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4192, Nr. 9, Bl. 15rs.

¹⁷¹ Vgl. das Schreiben von Friedrich Ebert an Franz Schleusener vom 21.1.1947 sowie die Antwort Schleuseners an Ebert vom 22.1.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 163, Bl. 238vs+rs.

¹⁷² Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 5. Sitzung am 31.1.1947, in: AVLTB/1, S. 43 (Beitrag Paul Szillat, SED).

¹⁷³ Protokoll über die Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 30.1.1947, 3 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 91, o. Bl., S. 1.

¹⁷⁴ Anwesenheitsliste zur Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 30.1.1947, in: ACDP, 03-33, Nr. 67, o. Bl.

die Union im Plenum dafür einsetzen müsse, den Religionsunterricht als gleichberechtigtes Lehrfach im Grundgesetz zu verankern. Dem gegenüber plädierte Franz Schleusener für eine möglichst schlanke Verfassung. Von einem einheitlichen Meinungsbild war die Fraktion also weit entfernt.¹⁷⁵

Die mangelnde Geschlossenheit in den Reihen der Union nutzte die SED geschickt aus. Wie in Thüringen verfolgte sie im Potsdamer Landtag eine zweigleisige Strategie: Erstens vertraute sie darauf, dass der politische Druck, der von der SMA ausgeübt wurde, dafür Sorge tragen werde, dass die Unionsabgeordneten letztlich auf den gewünschten Kurs einschwenkten. Zudem gab es innerhalb der Fraktion mehrere Personen, die die SED und die Besatzungsmacht als »fortschrittlich« und somit kooperationswillig einstufte. Ihr Votum zugunsten der SED würde dazu beitragen, dass das »bürgerliche« Lager weiterhin disparat blieb.¹⁷⁶ Zweitens gaben sich die Einheitssozialisten im Landtag aufgeschlossen gegenüber Vorschlägen der CDU, solange diese nicht den Kern des revidierten Verfassungsentwurfs berührten. Dies zeigte sich besonders eindringlich während der ersten Lesung im Plenum am 31. Januar 1947. Die CDU-Fraktion brachte vier Abänderungsanträge ein, von denen drei durch die SED unterstützt wurden. Allerdings handelte es sich dabei nur um unbedeutende Konzessionen, die auf den Charakter des Gesetzeswerkes keinen spürbaren Einfluss hatten.¹⁷⁷ Der einzige wirklich relevante Vorstoß der CDU, nämlich den Religionsunterricht als gleichberechtigtes Lehrfach in der Verfassung zu verankern, wie das etwa von Peter Bloch gefordert wurde, wurde trotz eines anderslautenden Beschlusses der Fraktion nicht eingebracht. Vielmehr erklärte Ernst Lemmer im Namen seiner Partei, dass man hinsichtlich der Religionsfragen das Ergebnis der Ausschussarbeit respektieren wolle.¹⁷⁸

Während sich das Verhältnis zwischen der Union und der SED bei den Verhandlungen im Hohen Haus über weite Strecken deutlich entspannte, war es die LDP, die nun in die Rolle der Oppositionskraft drängte. Die Liberaldemokraten hatten bei den bisherigen Verfassungsdiskussionen kaum eine Rolle gespielt. Der einzige Vertreter der LDP im Ausschuss, Fritz Haagen, fehlte bei den wichtigen

¹⁷⁵ Vgl. das Protokoll über die Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 30.1.1947, 3 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 91, o. Bl., S. 2. Siehe auch P. BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation*, 1986, S. 84f.

¹⁷⁶ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 129.

¹⁷⁷ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 5. Sitzung am 31.1.1947, in: AVLTB/1, S. 56; Aufstellung der von der CDU gestellten Anträge, Abänderungsanträge und Gegenvorschläge, o. D. [1948], 6 S., in: ACDP, 03-33, Nr.-2, o. Bl, S. 1.

¹⁷⁸ Landtag Brandenburg, 1. WP, 5. Sitzung am 31.1.1947, in: AVLTB/1, S. 55. – Vgl. den anderslautenden Beschluss der CDU-Landtagsfraktion vom Vortag. Protokoll über die Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 30.1.1947, in: ACDP, 03-33, Nr. 91, S. 2.

Sitzungen Anfang Januar.¹⁷⁹ Doch zur Überraschung der anderen Fraktionen reichten die Abgeordneten der LDP jetzt mehrere Abänderungsanträge zum Verfassungsentwurf ein. Mit großer Leidenschaft begründete der Gubener Rechtsanwalt Hugo Schwoche die Anträge seiner Fraktion zu den Artikeln 9 und 40, durch welche die politische Unabhängigkeit der Richter gesichert werden sollte. Um die Autonomie der Justiz zu gewährleisten, traten die Liberaldemokraten dafür ein, die Anstellung von Berufsrichtern auf Lebenszeit zu ermöglichen. Außerdem sollte es der Justizverwaltung selbst überlassen bleiben, über die Berufung des Generalstaatsanwalts und des Präsidenten des Oberlandesgerichts zu entscheiden. Gleichfalls verwahrte sich die LDP energisch gegen die Absicht, dem Landtag die Befugnis zur Überwachung der Rechtsprechung einzuräumen. Davon ganz abgesehen, hielt es die LDP-Fraktion für nicht zweckmäßig, die staatliche Lenkung der Wirtschaft in die Verfassung aufzunehmen. Zwar teilte sie die damals weit verbreitete Auffassung, dass unter den Bedingungen der Nachkriegssituation staatliche Eingriffe ins Wirtschaftsleben notwendig seien, dies könne nach Meinung Schwoches allerdings nur eine »vorübergehende Maßnahme« sein.¹⁸⁰

Vor allem die Ausführungen Schwoches zum Justizwesen provozierten bei der SED energische Zwischenrufe. Präsident Ebert musste mit der Glocke die Abgeordneten zur Ruhe mahnen, damit der Parlamentarier seine Rede ordentlich beenden konnte.¹⁸¹ Insbesondere Werner Lufft widersprach der LDP. In seiner Gegenrede bezeichnete er die Forderungen der Liberaldemokraten als »das alte Gespenst der Dreigewaltenlehre, die an erlauchte, aber doch schon stark historische Namen wie John Locke und Montesquieu anknüpft und heute etwas überaltert ist«. Mit all diesen aus der absoluten Monarchie stammenden Ideen könne man heute nichts mehr anfangen. Die Unabhängigkeit der Richter sei zwar durch die Verfassung gewährleistet. »Aber es darf und kann nicht hingestellt werden, als ob die Unabhängigkeit der Richter ein Sonderrecht der Richter sei. Die Unabhängigkeit des Richters ist etwas anderes. Sie soll ein Schutz für das Volk sein.«¹⁸²

Obwohl die Positionen der LDP in den Fragen der Justiz weitgehend von der Union geteilt wurden, war die CDU-Fraktion im Provinziallandtag nicht bereit, den Vorschlägen der Liberaldemokraten zu einer Mehrheit zu verhelfen – was

¹⁷⁹ Vgl. die Anwesenheitslisten zu den Sitzungen des Rechts- und Verfassungsausschusses des Landtags Brandenburg vom 4. u. 9.1.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 162, Bl. 216f.

¹⁸⁰ Landtag Brandenburg, 1. WP, 5. Sitzung am 31.1.1947, AVLTB/1, S. 47–50, bes. S. 48 (Beitrag Hugo Schwoche, LDP).

¹⁸¹ Ebd., S. 48–50. – Die schriftlichen Abänderungsanträge sind überliefert in: BLHA, Rep. 201, Nr. 163, Bl. 232–236; H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, Das Land Brandenburg, 1998, S. 251.

¹⁸² Landtag Brandenburg, 1. WP, 5. Sitzung am 31.1.1947, in: AVLTB/1, S. 53 (Beitrag Werner Lufft, SED).

rechnerisch durchaus möglich gewesen wäre. Stattdessen vertrat die CDU nun einen ganz anderen Standpunkt. Ernst Lemmer betrachtete im Namen seiner Partei die Frage, welchen Stellenwert die Justiz im Gemeinwesen haben müsse, als Aufgabenstellung für eine künftige gesamtdeutsche Regelung. Vielmehr sei es jetzt entscheidend, dass die Volksvertretung in allen zentralen Fragen das höchste Organ sein müsse. Wie sein Vorredner Luftt plädierte er für eine Vertagung. Er empfahl den Liberaldemokraten, die Anträge zurückzuziehen, damit keine Dissonanz entstehe.¹⁸³ Hinter dem Manöver stand wohl die Absicht, das angespannte Klima nicht zu verschärfen und bisher erreichte Verhandlungserfolge zu gefährden, zugleich aber auch nicht offen gegen die Beschlüsse der eigenen Partei in der Justizfrage auftreten zu müssen.¹⁸⁴ Die LDP folgte Lemmers Vorschlag jedoch nicht. In der Abstimmung fand kein einziger ihrer Anträge eine Mehrheit.¹⁸⁵

Angesichts der Vorgeschichte wirkte die neue Eintracht zwischen SED und CDU ausgesprochen befremdlich. In der Rückschau irritiert insbesondere die Haltung des stellvertretenden Parteivorsitzenden in der SBZ, Ernst Lemmer. An seinem Verhalten ist in der historischen Forschung deshalb deutliche Kritik geübt worden. Von Anpassungsbereitschaft und einer »pragmatischen« Haltung« Lemmers ist die Rede, die ihn – und damit indirekt auch die CDU-Fraktion – in die Nähe des Opportunismus rückt.¹⁸⁶ Doch was bewog die Fraktion, von dem Konfrontationskurs, wie er noch während der Ausschussberatungen zu beobachten gewesen war, auf eine Verständigung mit der SED einzuschwenken? Einerseits erklärte sich der Wandel aus den Vorgaben der Besatzungsmacht. Auch die von der SED verfolgte Taktik, durch das zeitweilige Zusammengehen mit einer »bürgerlichen« Fraktion, in diesem Fall der CDU, die andere auszuhebeln, dürfte eine erhebliche Rolle gespielt haben. Aufgrund der in Aussicht gestellten Zugeständnisse konnte die noch unerfahrene CDU-Fraktion andererseits zumindest einige ihrer Forderungen im Verfassungstext durchsetzen. Das war nicht nur als Rechtfertigung gegenüber der eigenen Wählerschaft von Belang, sondern es bestärkte zugleich die Selbstwahrnehmung, von der SED als

¹⁸³ Ebd., S. 55 (Beitrag Ernst Lemmer, CDU). – Über Ernst Lemmers sonstige Meinung zum Verfassungsentwurf ist nichts bekannt. Seine persönlichen Erinnerungen fallen zu dieser Frage überaus vage aus und vermischen verschiedene Begebenheiten, die sich zu unterschiedlichen Zeitpunkten ereigneten. E. LEMMER, *Manches war doch anders*, 1968, S. 277f.

¹⁸⁴ Vgl. dazu die Mitteilungen der Christlich-Demokratischen Union vom 16.12.1946, 4 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 1286, o. Bl., S. 1 u. 3f.; Mitteilungen Nr. 9 des Verbindungsbüros bei der CDU-Reichsgeschäftsstelle vom 20.12.1946, in: ACDP, 07-10, Nr. 2037, o. Bl.

¹⁸⁵ Vgl. D. POHL, *Justiz in Brandenburg*, 2001, S. 56.

¹⁸⁶ Vgl. M. SCHMEITZNER, *Abschied vom Westen?*, 2011, S. 119f. mit Verweis auf den Beitrag von S. CREUZBERGER, *Opportunismus oder Taktik?*, 1995. – Siehe auch »Freund der Russen«, in: *Der Spiegel* 52/1995, S. 18. – Eine Gegenposition vertritt M. HAUSMANN, *Ernst Lemmer in der SBZ*, 2004, bes. S. 169f.

kritische, aber konstruktive Verhandlungspartnerin akzeptiert zu werden.¹⁸⁷ Wenn Peter Bloch in seinen Erinnerungen davon spricht, dass der Wortlaut der Verfassung sich durchaus hätte sehen lassen können, dann brachte das sehr wohl die geläufige Einschätzung in der brandenburgischen Unionsfraktion zum Ausdruck.¹⁸⁸ Dass diese Einschätzung allerdings eine Selbsttäuschung war, wurde den Abgeordneten schon bald bewusst. Ungeachtet der schwierigen Rahmenbedingungen kann der CDU-Fraktion der Vorwurf nicht erspart bleiben, dass sie während der Verfassungsberatungen nicht über genügend Konsequenz und Geschlossenheit verfügte, um den von ihr verfochtenen Prinzipien in Absprache mit der LDP stärkeren Nachdruck zu verleihen. Ähnliches galt im Übrigen für die Liberaldemokraten im Thüringer Landtag.

Die zweite Lesung des brandenburgischen Verfassungsentwurfs am 1. Februar 1947 erfolgte ohne weitere Aussprache. Der Text wurde vom Landtag einstimmig angenommen. Mit der Unterzeichnung durch Landtagspräsident Ebert am 6. Februar und der Verkündung im Gesetz- und Verordnungsblatt der Provinzialregierung am gleichen Tag trat die Verfassung schließlich in Kraft.¹⁸⁹

4. Verfassungen mit »Kompromisscharakter«?

Die Frage, welchen Stellenwert man den Landesverfassungen der Jahre 1946 und 1947 in der SBZ einräumen sollte, ist von der zeithistorischen Forschung mehrfach aufgegriffen worden. Die Antworten fallen freilich sehr unterschiedlich aus. Unumstritten ist wohl lediglich, dass die ideologisch gefärbten Urteile, wie sie von der offiziellen Geschichtswissenschaft der DDR vor 1990 propagiert wurden, heute nicht mehr haltbar sind. Die Verabschiedung der Verfassungswerke war weder »ein großer Erfolg der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten antiimperialistischen Kräfte«, noch stellten die Landesverfassungen »revolutionär-demokratische, den konkret-historischen Entwicklungsbedingungen adäquate und die schöpferische Anwendung der marxistisch-leninistischen Verfassungstheorie belegende Gesetzeswerke« dar.¹⁹⁰ Vielmehr hat sich in den letz-

¹⁸⁷ Vgl. die Ausführungen von Gerhard Schütze auf dem CDU-Landesparteitag vom 3. bis 5.5.1947, in: ACDP, 03-33, Nr. 195, o. Bl.; S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 129. – Zur grundsätzlichen Haltung der brandenburgischen CDU-Landtagsfraktion an der Jahreswende 1946/47 und zu ihrem Selbstverständnis siehe auch den aufschlussreichen Tätigkeitsbericht des Landesgeschäftsführers Ernst Zborowski an die SMA Brandenburg und Innenminister Bernhard Bechler für den Monat Dezember 1946 vom 6.1.1947, 6 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 1294, o. Bl., bes. S. 3.

¹⁸⁸ P. BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation*, 1986, S. 84.

¹⁸⁹ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 6. Sitzung am 1.2.1947, in: AVLTB/1, S. 67–76, bes. S. 76; Gesetz- und Verordnungsblatt der Provinzialregierung Mark Brandenburg 3 (1947), S. 45–49. – H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, *Das Land Brandenburg*, 1998, S. 251f.

¹⁹⁰ K.-H. SCHÖNEBURG, *Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates*, 1983, S. 125. Vgl. auch

ten 20 Jahren ein sehr facettenreiches und differenziertes Bild durchgesetzt, in welchem auch die Widersprüchlichkeiten der SBZ-Landesverfassungen berücksichtigt werden.

Mit Blick auf die thüringische Landesverfassung vom 20. Dezember 1946 konstatierte Herbert Gottwald dem Gesetzeswerk »durchaus echte demokratische Züge«, bemerkte aber gleichzeitig mit Verweis auf die DDR-Historiografie, dass sie in »starkem Maße durch die ‚verfassungsrechtliche Verankerung der antifaschistisch-demokratischen [sic!] Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse‘ geprägt« war. In Anlehnung an Jürgen John spricht Gottwald daher von einem »Kompromißcharakter«, der in der Verfassung zum Ausdruck gekommen sei.¹⁹¹ Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangen Hans-Joachim Schreckenbach und Werner Künzel. Auf der einen Seite können sie in der Verfassung der Mark Brandenburg vom 6. Februar 1947 »zweifellos eine gute Grundlage für eine demokratische Politik« erkennen. Auf der anderen Seite heben die beiden Autoren ihre problematischen Defizite hervor. Zu ihnen zählten Schreckenbach und Künzel zufolge die fehlende Gewaltenteilung, die nicht vorhandene Unabhängigkeit der Justiz sowie die übermächtige Stellung des Landtags als Kontrollinstanz. Nach ihrer Ansicht habe ein großer Widerspruch zwischen dem Geist der Landesverfassung, den man durchaus positiv bewerten könne, und der tatsächlichen Entwicklung in der SBZ bestanden. Diese führte schließlich zur Alleinherrschaft der SED und zur Beseitigung der Länder 1952. Schreckenbach und Künzel interpretieren das brandenburgische Grundgesetz als eine konstitutionelle Momentaufnahme: In dem Werk sei ein bestimmter politischer Zustand festgehalten worden, wie er zum Zeitpunkt der Entstehung der Verfassung bestanden habe.¹⁹²

Dem gegenüber hebt Gerhard Braas den breiten überparteilichen Konsens hervor, der seiner Auffassung nach bei der Erarbeitung und Verabschiedung der Landesverfassungen eine wesentliche Rolle gespielt habe. Den Willen zur Eintracht und zur Kooperation zwischen den unterschiedlichen politischen Lagern, wie er vielfach zum Ausdruck gebracht wurde¹⁹³, betrachtet Braas in erster Linie

W. KÜNZEL, Landtage, 1972, S. 132f. u. S. 145–154; H. FIEDLER, SED und Staatsmacht, 1974, S. 141f.

¹⁹¹ H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 34; J. JOHN, Die thüringischen Landesverfassungen 1920/21 und 1946, 1995, S. 180.

¹⁹² H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, Das Land Brandenburg, 1998, S. 258.

¹⁹³ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 4. Sitzung am 19.12.1946, in: AVThLT/I.1, S. 389 (Beitrag Fritz Heilmann, SED); ebd., S. 388 (Beitrag Johannes Mebus, CDU); Fritz Heilmann, »Jeder wurde gehört«, in: Thüringer Volk vom 19.12.1946, S. 1; Thüringer Landtag, 5. Sitzung am 20.12.1946, in: AVThLT/I.1, S. 444 (Beitrag August Frölich, SED) – Landtag Brandenburg, 1. WP, 5. Sitzung am 31.1.1947, in: AVLTB/1, S. 62 (Beitrag Paul Szillat, SED). – H. PETERS, »Die Landesverfassungen in der sowjetischen Besatzungszone«, in: Europa-Archiv 1 (1947), 12. Folge, S. 639. – G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 260f. u. S. 424f.

im Kontext der gesamtdeutschen Situation an der Jahreswende 1946/47: In einer national und international schwer überschaubaren Situation habe die Zustimmung der Parteien zu den Ergebnissen der Verfassungsberatungen »eine bewußte politische Entscheidung aller Beteiligten« dargestellt.¹⁹⁴ Die Gesetzeswerke der SBZ könnten, so Braas weiter, »als Ausdruck des Willens zur Gemeinsamkeit und des gemeinsamen Bekenntnisses zur nationalen Einheit interpretiert werden. Die Angst vor dauernder Spaltung Deutschlands mag einer der Gründe dafür sein, daß in den Verfassungsberatungen von keiner Partei der Bezug zur Landes-tradition [...] hergestellt worden war und sich demgegenüber starke zentralstaatliche Tendenzen gezeigt hatten, die bei der politischen Linken ohnehin traditionell angelegt waren.« Nur so werde erklärbar, dass sich die SED bereitfand, auf die Durchsetzung mancher eigener Ansprüche zu verzichten und dass die Vorstellungen der bürgerlichen Parteien Eingang in die Verfassungen fanden.¹⁹⁵

Zweifellos spielte für viele Abgeordnete während der Verfassungsberatungen die Vorstellung eine nicht zu unterschätzende Rolle, durch einen überparteilichen Konsens zur Erhaltung der Einheit der Nation beizutragen. Auch die Lehren, die man aus den Erfahrungen mit der Weimarer Republik und dem »Dritten Reich« zog, trugen das ihre dazu bei, dass bei allen Beteiligten der Wunsch nach breiter Einmütigkeit groß war. Das galt im Übrigen genauso für die Verfassungsberatungen in den Ländern der westlichen Besatzungszonen.¹⁹⁶

Allerdings haben die bisherigen Ausführungen verdeutlicht, dass durchaus erhebliche Dissonanzen und Meinungsunterschiede zwischen den Parteien bestanden. Insofern drängt sich der Eindruck auf, dass die rhetorischen Eintrachtsbekundungen, wie sie etwa in der zeitgenössischen Presse und in den Plenen von Potsdam und Weimar vorgetragen wurden, dazu dienen sollten, das tatsächliche Ausmaß der Differenzen zu kaschieren. Vor allem muss aber die von Gerhard Braas aufgestellte These revidiert werden, wonach die Verfassungen nicht das Ergebnis eines äußeren Zwanges gewesen seien.¹⁹⁷ Wie Stefan Creuzberger anhand sowjetischer Unterlagen belegt hat, erwies sich die politische Kontrolle der Diskussionen durch die Besatzungsmacht als das vielleicht entscheidende Element während des Entstehungsprozesses der Landesverfassungen. Die Landtage von Brandenburg und Thüringen handelten in dieser Frage keineswegs souverän. Vielmehr blieben sie den von der SMA vorgegebenen Richtlinien und Interessen unterworfen.¹⁹⁸ Die Abgeordneten von LDP und CDU, aber auch ehemalige Sozialdemokraten in den Reihen der SED-Fraktionen standen bei

¹⁹⁴ Ebd., S. 261.

¹⁹⁵ Ebd.

¹⁹⁶ Vgl. DERS., *Verfassungsgebung auf Landes- und zentraler Ebene*, 1993, S. 361.

¹⁹⁷ Vgl. ebd., S. 362.

¹⁹⁸ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 133.

der Erarbeitung und Verabschiedung der Verfassungen nicht allein unter einem enormen zeitlichen Druck. Manches Nachgeben und manche vorschnelle Entscheidung, die unter anderen Umständen in der Form nicht erfolgt wäre, resultierte aus dem Zwang zur politischen Konformität, der von den führenden SED-Stellen in den Landesverbänden und den Besatzungsoffizieren ausging.¹⁹⁹ »Der nach außen erweckte Eindruck einer breiten Zustimmung aller Parteien zu den Verfassungen«, so Ralf Thomas Baus, »spiegelte nur einen Teil der Realität wider«. ²⁰⁰ Folglich ist die Frage berechtigt, inwieweit man bei der Verabschiedung der Verfassungen in Thüringen und Brandenburg wirklich von »Kompromissen« zwischen frei agierenden Partnern sprechen kann.

Allerdings wäre es problematisch, wenn man die Geschehnisse ausschließlich aus der ex-post-Sicht beurteilen würde. Alle Seiten zeigten sich mit den Ergebnissen der Verfassungsberatungen insgesamt zufrieden – wenn auch aus sehr unterschiedlichen Gründen. Gerade für die Politiker der »bürgerlichen« Parteien stellte sich die Situation als keineswegs so pessimistisch dar wie sie im Nachhinein erscheinen musste. In ihren Augen standen nicht die erzwungenen Kompromisse, sondern vielmehr die Chancen im Vordergrund, die in den verabschiedeten Landesverfassungen lagen. So zeigen etwa die überlieferten Protokolle der CDU-Fraktion im brandenburgischen Landtag, dass es bei vielen Punkten, die mit den Verhandlungsergebnissen im Zusammenhang standen, zwar scharfe Kritik und ablehnendes Murren unter den Unionsabgeordneten gab, dass die maßgeblichen Personen in der Fraktion um den Fraktionsvorsitzenden Gerhard Schütze aber insgesamt mit den Ergebnissen einverstanden waren.²⁰¹ Unter ihnen bestand die Genugtuung, dass man trotz der widrigen Umstände doch einige wichtige Akzente in dem Verfassungsentwurf hatte setzen können.²⁰² Die thüringischen Parteifreunde sahen das ähnlich. Das CDU-nahe *Thüringer Tageblatt* jubelte, »daß das große Ziel, ein Verfassungswerk zu schaffen, dem alle Parteien ihre Zustimmung geben«, erreicht worden sei. Letzten Endes sei die parlamentarische Arbeit in eine Bahn geführt worden, »die unsere demokratische Ordnung in vollem Maße anerkennt und ihre Weiterentwicklung in gemeinsamer fruchtbringender Arbeit garantiert«. ²⁰³

Auch die Liberaldemokraten in Potsdam und Weimar waren mit den Ergebnissen einigermaßen zufrieden, hatten sie die sich selbst zugedachte Rolle, als eine moderierende Kraft aufzutreten, schließlich aus ihrer Sicht weitgehend

¹⁹⁹ Vgl. M. BOTZENHART, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, 1993, S. 217.

²⁰⁰ R. T. BAUS, *Christlich-Demokratische Union Deutschlands*, 2001, S. 343.

²⁰¹ Vgl. das Protokoll über die Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 30.1.1947, in: *ACDP*, 03-33, Nr. 91, o. Bl., S. 1.

²⁰² Vgl. die Ausführungen von Gerhard Schütze auf dem CDU-Landesparteitag Brandenburg vom 3. bis 5.5.1947, in: *ACDP*, 03-33, Nr. 195, o. Bl., S. 47; D. POHL, *Justiz in Brandenburg*, 2001, S. 57.

²⁰³ *Thüringer Tageblatt* vom 21.12.1946, S. 1.

umsetzen können. Gleichwohl war nicht zu verleugnen, dass die LDP-Fraktionen mangels fehlender Vorgaben aus Berlin mit ihren eigenen Vorstellungen in den Landtagen von Thüringen und Brandenburg, etwa in der Frage der Unabhängigkeit der Justiz, weitgehend erfolglos blieben. Im Nachgang zu den Verfassungsberatungen wurden deshalb im Zentralvorstand der Partei kritische Vorhaltungen gegenüber Wilhelm Külz laut.²⁰⁴

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Landesverfassungen in der SBZ trotz ihrer Mängel und Schwächen von den »bürgerlichen« Parteien durchaus als halbwegs demokratische Grundgesetze wahrgenommen wurden. Sie wiesen in vielen Punkten große Ähnlichkeiten mit den in der amerikanischen Besatzungszone verabschiedeten Gesetzeswerken auf, die zur gleichen Zeit entstanden.²⁰⁵ Das galt etwa bei der sehr umstrittenen Möglichkeit zu entschädigungsgebundenen Enteignungen und Verstaatlichungen, die ebenfalls in der bayerischen Verfassung sowie in den Grundgesetzen von Hessen und Württemberg-Baden enthalten waren. In der hessischen Landesverfassung von 1946 wurde sogar die Möglichkeit einer Bodenreform eingeräumt.²⁰⁶ Vor diesem Hintergrund mussten den Abgeordneten in der SBZ die eigenen Gesetzeswerke keineswegs als Abweichungen von einem verfassungsrechtlichen »Normalfall« erscheinen.

Zudem betrachteten die »bürgerlichen« Politiker die Landesverfassungen nicht als ein endgültiges Ergebnis. Für die meisten Volksvertreter aus den Reihen der CDU und LDP besaßen die Gesetzeswerke lediglich Übergangscharakter. Um die Jahreswende 1946/47 war die Gewissheit weit verbreitet, dass trotz aller Differenzen im Verhältnis der Vier Mächte die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung mit Zentralverwaltungen nur eine Frage der Zeit sei. Die baldige Zusammenführung der Besatzungszonen und die administrative und politische Wiederherstellung des Einheitsstaates galten als sehr wahrscheinlich. Die deutschlandpolitischen Initiativen der Christ- und Liberaldemokraten in den Jahren 1947 und 1948 belegen diese Einschätzung.²⁰⁷ Der CDU-Abgeordnete Franz Schleusener erklärte im Potsdamer Landtag, dass für die Union die Verfassung keinen Abschluss, sondern den Anfang darstelle. Die noch zu verabschiedende gesamtdeutsche Verfassung behalte vor den Landesrechten immer den Vorrang.²⁰⁸ Sein Parteifreund Lemmer pflichtete ihm bei: Vom »deutschen Standpunkt« trage die Landesverfassung nur provisorischen Charakter.

²⁰⁴ Vgl. das Protokoll der Sitzung des LDP-Parteivorstands Thüringen am 3.1.1947, 9 S., in: ADL, L 4, Nr. 9, o. Bl., S. 7f. Siehe auch J. LOUIS, *Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen*, 1996, S. 114.

²⁰⁵ Vgl. J. JOHN, *Die thüringischen Landesverfassungen 1920/21 und 1946*, 1995, S. 178.

²⁰⁶ Vgl. M. BOTZENHART, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, 1993, S. 182–186.

²⁰⁷ Vgl. M. WILDE, *SBZ-CDU*, 1998, S. 413f.

²⁰⁸ Landtag Brandenburg, 1. WP, 5. Sitzung am 31.1.1947, in: AVLTB/1, S. 45 (Beitrag Franz Schleusener, CDU).

Sie sei »ein Gesetz des Uebergangs, um eines Tages von dem nationalen Grundgesetz aller Deutschen abgelöst zu werden.«²⁰⁹ Auch die Liberaldemokraten betrachteten die Landesverfassungen als eine vorläufige Lösung. Man ging davon aus, dass sich in baldiger Zukunft nach dem Abschluss eines Friedensvertrages die politischen Konstellationen komplett ändern würden. Im Kontext der dann zu erarbeitenden Reichsverfassung seien Nachverhandlungen und Korrekturen an den Landesverfassungen ohnehin zwangsläufig. In den Augen der »bürgerlichen« Politiker relativierte sich ihr politischer Stellenwert damit erheblich.²¹⁰

Die SED teilte diese Einschätzung – wenn auch von einem ganz anderen Standpunkt aus. In einem Bericht, den Willy Sägebrecht im Juli 1947 für die Abteilung Landespolitik beim Zentralsekretariat verfasste, verwies er zwar darauf, dass während der Verfassungsberatungen große Schwierigkeiten mit den anderen Parteien zu überwinden gewesen wären. Aufgrund einer »sehr bewegliche[n] Blockpolitik« sei es der Einheitspartei dennoch gelungen, zufriedenstellende Ergebnisse zu erreichen.²¹¹ Die thüringische SED hob zunächst ebenfalls die Umsetzung der vorgegebenen Ziele hervor.²¹² Nach Einschätzung Anton Plenikowskis, des Leiters der Abteilung Landespolitik beim Zentralsekretariat der SED, seien in den verabschiedeten Verfassungen »die Fundamente der neuen demokratischen Ordnung [...] fest verankert.«²¹³

Die Militäradministration zog ähnliche Schlüsse. Gestützt auf die von der Propagandaverwaltung mitgeteilten Angaben stellte der stellvertretende Politische Berater für allgemeine Fragen, Nikolai W. Iwanow, Anfang April 1947 zwei Memoranden für die Dritte Europäische Abteilung des Außenministeriums in Moskau zusammen, in denen die Eckpunkte der Verfassungsberatungen zusammengefasst waren.²¹⁴ Besonderen Wert legte Iwanow darauf, dass die in den Landtagen verabschiedeten Gesetzeswerke auf den Prinzipien des zuvor mit der SMAD abgestimmten gesamtdeutschen Verfassungsentwurfs der SED basierten. Damit war eine wichtige Vorgabe aus Karlshorst erfüllt worden.²¹⁵

²⁰⁹ Ebd., S. 54 (Beitrag Ernst Lemmer, CDU).

²¹⁰ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 4. Sitzung am 19.12.1946, in: AVThLT/I.1, S. 389 (Beitrag Hermann Becker, LDP). Vgl. auch ebd., S. 391 (Beitrag Dr. Alphons Gaertner, LDP).

²¹¹ Bericht von Willy Sägebrecht über die Zusammenarbeit der Landtagsfraktion der SED mit den Fraktionen der anderen Parteien sowie über die Durchführung der Blockpolitik vom 22.7.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13, Nr. 221, Bl. 46f., hier Bl. 46.

²¹² Vgl. den Bericht von August Frölich an die SMA Thüringen vom 23.1.1947, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 319–321.

²¹³ Ausarbeitung von Anton Plenikowski, »Ein halbes Jahr Parlamentsarbeit in der Ostzone«, o. D. [1947], in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13, Nr. 219, Bl. 115–119, hier Bl. 117.

²¹⁴ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 132.

²¹⁵ Vgl. den Bericht von Nikolai W. Iwanow an Andrej A. Smirnow vom 4.4.1947, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Bearb.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/3*, 2004, S. 233–236. – Siehe ebenso S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 132.

»Im Ergebnis der konsequenten Verteidigung der wichtigsten Bestimmungen ihres Entwurfs und der Anwendung der Taktik geringfügiger Zugeständnisse ist es der SED in allen Provinzen gelungen, eine Blockbildung unter den bürgerlichen Fraktionen zu verhindern, die zwischen ihnen bestehenden Widersprüche auszunutzen und damit die Verabschiedung der Hauptbestimmungen des SED-Entwurfs für die Verfassungen der Provinzen und Länder sicherzustellen [...]«, stellte er befriedigt fest.²¹⁶ Dem gegenüber seien die Konzessionen, welche die SED den anderen Parteien hatte machen müssen, nur von nebensächlicher Bedeutung. Sie würden, so der stellvertretende Politische Berater abschließend, den allgemeinen Charakter der Landesverfassungen nicht verändern:

»Die wichtigsten Bestimmungen des von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erarbeiteten Entwurfs, die die politische und wirtschaftliche Grundlage der Verfassung definieren, sind von den Landtagen aller Provinzen und Länder angenommen worden.«²¹⁷

Doch ganz gleich, wie man zu den Gesetzeswerken stand und ob man ihren vermeintlichen »Kompromisscharakter« unterstrich – letztlich entscheidend blieb, wie sich die Verfassungswirklichkeit in der SBZ gestaltete.

5. Die Besatzungsmacht als Kontrollinstanz

a) »Autoritäre Bürokratie« der SMA

Die Landtage standen von Beginn an unter der besonderen Beobachtung durch die Sowjetische Militäradministration. Mit großem Interesse verfolgte die Besatzungsmacht die Vorgänge in den Plenarsälen von Weimar und Potsdam. Vertreter der SMA waren in den Landtagen ein gewohnter Anblick: Offiziere nahmen nicht nur an den Plenarsitzungen und anderen wichtigen Beratungen teil, sondern sie begegneten den Abgeordneten ebenso in den Vorhallen und Wandelgängen der Hohen Häuser, in den Diensträumen, bei geselligen Abenden und auf offiziellen Empfängen. Besonders sinnfällig kamen die engen Beziehungen zwischen der Volksvertretung und der Besatzungsmacht in Brandenburg zum Ausdruck: Als der Landtag im Herbst 1947 seine provisorische Tagungsstätte im Gebäude der Landesregierung aufgab und einen eigenen Sitz in der Saarmunder Straße 23 bezog, stand der SMA dort fortan im zweiten Ober-

²¹⁶ Bericht von Nikolai W. Iwanow an Andrej A. Smirnow vom 4. April 1947, abgedr. in: J. P. LAUFER/ G. P. KYNIN (Bearb.), *Die UdSSR und die deutsche Frage*/3, 2004, S. 234f.

²¹⁷ Ebd., S. 236.

geschoss ein eigenes Büro mit Vorzimmer zur Verfügung.²¹⁸ In Weimar war das aufgrund der schwierigen Raumsituation nicht möglich. Selbst als im Frühjahr 1947 auf Drängen von August Frölich ein beschränkter Wettbewerb für den Bau eines neuen Parlamentsgebäudes ausgeschrieben wurde, war dort im Nutzungskonzept von speziellen Arbeitsräumen für die Militäradministration keine Rede.²¹⁹

Anfang Dezember 1946 traten die Präsidenten der Landes- und Provinzialverwaltungen in Thüringen und Brandenburg, Rudolf Paul und Carl Steinhoff, ihre bisherigen legislativen Befugnisse an die Landtage ab.²²⁰ Damit leisteten sie dem von Marschall Sokolowski wenige Tage zuvor erlassenen SMAD-Befehl Nr. 332 Folge, der eine Neuregelung der legislativen Kompetenzen in der SBZ anordnete.²²¹ Mit diesem Schritt sollte der veränderten verfassungsrechtlichen Situation in der Besatzungszone Rechnung getragen werden, die mit der Konstituierung der Volksvertretungen eingetreten war. Darüber hinaus stellte die Trennung der Kompetenzen zwischen einer Legislative und einer Exekutive auf Landes- und Provinzebene eine wichtige Voraussetzung für die bevorstehenden Wahlen der Ministerpräsidenten und die Berufung der neuen Kabinette dar.²²² Rein formal betrachtet räumte der Befehl Nr. 332 den Parlamenten fortan den Handlungsraum ein, der notwendig war, damit sie in Zukunft ihre legislativen Aufgaben als »höchste demokratische Willensträger« erfüllen konnten, wie es später in den Landesverfassungen hieß. In Wirklichkeit jedoch waren diese Zugeständnisse nur wenig wert, denn an den realen Machtverhältnissen in der SBZ änderte sich kaum etwas. Stattdessen wurden die von der SMAD den Landtagen gewährten Rechte nun nicht nur in das »umfangreiche Befehlssystem, sondern auch in ein vielschichtiges Kontrollsystem« eingebunden, welches eine politische Selbstbestimmung der demokratisch gewählten und legitimierten Vertretungen kaum ermöglichte. Man konnte lediglich von einem »Schein der Souveränität« sprechen.²²³ Die Maxime sowjetischer Besatzungspolitik, bei der

²¹⁸ Vgl. das Raumprogramm für den Landtag des Landes Brandenburg vom 23.10.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 21, Bl. 5; P. BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation*, 1986, S. 83.

²¹⁹ Vgl. die Niederschrift über die Besprechung von August Frölich und Otto Heßler mit den Architekten Leo Stegmann (Weimar), Paul Sachs (Weimar), Paul Bräunlich (Weimar), Hermann Henselmann (Weimar), Jochen Wilk (Eisenach) und Paul Schrapf (Gera) am 27.3.1947, verf. am 2.4.1947, 5 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 89, o. Bl. – Zum Hintergrund und Verlauf des Wettbewerbs siehe ausführlich K.-J. WINKLER, *Die Tagungsstätten der Landtage*, 1994, S. 115–117.

²²⁰ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 2. Sitzung am 4.12.1946, in: AVThLT/1.1, S. 362; Landtag Brandenburg, 1. WP, 2. Sitzung am 6.12.1946, in: AVLTB/1, S. 9.

²²¹ Vgl. den SMAD-Befehl Nr. 332 vom 27.11.1946, abgedr. in: B. POST/V. WAHL (Hrsg.), *Thüringen-Handbuch*, 1995, S. 431f.; J. FORTZIK (Hrsg.), *Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung*, 2015, S. 467f.

²²² Vgl. D. BRUNNER: *Der Schein der Souveränität*, 2006, S. 176; A. THÜSING, *Einführung*, 2010, S. 96.

²²³ D. BRUNNER, *Der Schein der Souveränität*, 2006, S. 176.

parlamentarisch-politischen Entwicklung in der SBZ möglichst wenig dem Zufall zu überlassen, galt für die Landtage ebenso wie für alle anderen Einrichtungen des administrativen und politischen Lebens.²²⁴ Die Militäradministration blieb bei allen relevanten Entscheidungen die maßgebliche Instanz.

Die Aufgaben der den Parlamenten zugeordneten sowjetischen Offiziere, die allesamt der Propagandaabteilung bzw. Informationsverwaltung der jeweiligen Landes-SMA angehörten, waren umfassend und äußerst vielfältig. Sämtliche Bereiche des Geschäftsbetriebs der Landtage unterstanden ihrer Kontrolle. Die Landtagspräsidenten Ebert und Frölich sowie die ihnen nachgeordneten Verwaltungen waren in allen Belangen der SMA rechenschaftspflichtig. Anhand der überlieferten Verwaltungsakten der Landtage lässt sich nachvollziehen, wie weit der Einfluss der Militäradministration dabei reichte. Die SMA entschied nicht nur über die Stellenpläne der Landtagsverwaltung, sondern sie überprüfte auch das angestellte Personal auf dessen politische Gesinnung sowie deren berufliche Vergangenheit.²²⁵ Regelmäßig wurden diese Angaben auf den aktuellen Stand gebracht.²²⁶ Nicht selten kam es vor, dass Offiziere der unterschiedlichsten Abteilungen der SMA unangemeldet im Landtag erschienen und kurzfristig statistische Unterlagen über die Zusammensetzung und die Arbeit der Ausschüsse sowie anderer Gremien einforderten. Das stellte die deutsche Verwaltung, die in den ersten Jahren arbeitsmäßig ohnehin überlastet war, vor enorme Herausforderungen.²²⁷ Das von der Besatzungsmacht seit 1945 gegenüber den deutschen Verwaltungsorganen praktizierte System von Befehlen, Direktiven sowie schriftlichen und mündlichen Anordnungen wurde im Umgang mit den Volksvertretungen beibehalten. Unter Rückgriff auf eine Äußerung des ersten Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt Erhard Hübener (LDP) aus dem Jahr 1949 spricht Jan Foitzik von einer »autoritären Bürokratie«, die für die Besatzungsherrschaft in der SBZ prägend gewesen sei.²²⁸ Diese Äußerung lässt sich ohne Abstriche auf das Verhältnis zwischen den Landtagen und der Militäradministration übertragen.

Wie sehr die Parlamente den Eingriffen durch die Militäradministration unterworfen waren, zeigte sich besonders deutlich in der Budgetfrage. Traditionell

²²⁴ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 142.

²²⁵ Vgl. das Schreiben von Friedrich Ebert an Wassili M. Scharow vom 21.12.1946, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 211, Bl. 3; Schreiben von Georg John an Major Moin vom 13.1.1947, in: ebd., Bl. 6; Schreiben von Friedrich Ebert an Wassili M. Scharow vom 11.2.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 446, Bl. 1f.; Schreiben von Wassili M. Scharow an Friedrich Ebert vom 15.2.1947, in: ebd., Bl. 4.

²²⁶ Vgl. das Schreiben von Georg John an Major Gurari vom 11.3.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 211, Bl. 4; Aktennotiz vom 28.2.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 445, Bl. 24; Liste der Angestellten des Büros des Landtags vom 1.12.1949, in: ebd. Bl. 26.

²²⁷ Vgl. die Aktennotiz vom 20.9.1948, in: ebd., Bl. 18.

²²⁸ J. FOITZIK, *Sowjetische Militäradministration in Deutschland*, 1999, S. S. 341. – Vgl. auch N. BRÜBACH, *Erhard Hübener und Ernst von Harnack*, 1998, S. 236.

gilt das Recht, im Rahmen des Haushaltsplans über die zur Verfügung stehenden Mittel zu entscheiden, zu den wichtigsten Kompetenzen eines Parlaments. Dieses »Königsrecht« bestand für die Landtage der SBZ allerdings kaum. Die Einflussnahme der Besatzungsmacht gerade auf den Haushalts- und Finanzbereich war gravierend, von tatsächlichen Entscheidungsbefugnissen konnte für die deutschen Verwaltungsstellen und die Parlamente keine Rede sein.²²⁹ Seit dem Herbst 1945 ordnete Karlshorst die Aufstellung von Landes- und Provinzialhaushalten in der Besatzungszone per Befehl an. Auch ihre Festsetzung und endgültige Bestätigung lag in den Händen der Militärverwaltung.²³⁰ Die Entwürfe der Landeshaushalte wurde von den Landes- und Provinzialverwaltungen sowie später von den Regierungen vorbereitet und dann an die Deutsche Zentralverwaltung geleitet, die diese wiederum nach einer Vorprüfung an die SMAD zur Genehmigung weiterreichte. Bei der Erstellung und Festlegung der Haushaltspläne schalteten sich auf allen Ebenen die Finanzabteilungen der Militäradministration ein, um die Budgets den eigenen besatzungspolitischen Interessen und Vorgaben anzupassen.²³¹ Auch nach der Landtagswahl änderte sich an diesem System wenig, wenngleich nun auf deutscher Seite eine Kompetenzaufteilung zwischen den Landes- und Provinzialregierungen, welche die Haushaltsentwürfe formal aufstellten, und den Landtagen als vermeintliche Entscheidungsinstanzen erfolgte. Die Budgethoheit blieb jedoch weiterhin fingiert.²³²

Als sich die Parlamente in Weimar und Potsdam im November 1946 konstituierten, drängte die Zeit mit Blick auf die Verabschiedung von ordentlichen Haushalten für das kommende Jahr. Bereits vor dem ersten Zusammentritt der Parlamente hatte die Militäradministration an die noch bestehenden Landes- und Provinzialverwaltungen die Anweisung ausgegeben, dass die Haushaltspläne zum 1. Januar 1947 vorliegen müssten. Die Strukturierung der Pläne sollte zudem sowjetischen Vorgaben folgen, was nach Aussage des thüringischen Finanzministers Leonhard Moog (LDP) erhebliche Probleme verursachte.²³³ Außerdem gab es landesinterne Terminsetzungen von der SMA, die einzuhalten waren. Angesichts der anderen wichtigen Aufgaben, die in den Parlamenten auf der Tagesordnung standen, war an eine reguläre Beratung der einzelnen Posten und an eine ordentliche Verabschiedung der Haushalte, wie man das aus der Zeit vor 1933 kannte, nicht im Entferntesten zu denken.

²²⁹ Vgl. D. BRUNNER, *Der Schein der Souveränität*, 2006, S. 252–274.

²³⁰ Vgl. J. FOITZIK, *Inventar der Befehle*, 1995, S. 78, 82, 88f., 95, 99, 106, 115, 118, 123, 125, 130f., 148, 153 u. 169.

²³¹ Vgl. D. BRUNNER, *Der Schein der Souveränität*, 2006, S. 254.

²³² Vgl. ebd., S. 259f.; Befehl Nr. 41 des Obersten Chefs der SMAD und Oberbefehlshabers der GSBSD über öffentliche Haushalte vom 19.2.1947, abgedr. in: J. FOITZIK (Hrsg.), *Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung*, 2015, S. 481–487.

²³³ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 4. Sitzung am 19.12.1946, in: AVThLT/I.1, S. 412.

In Thüringen unternahm man aber zumindest den Versuch, den Etat des Landtags auf einem halbwegs parlamentarischen Weg zu verabschieden. In der dritten Sitzung des Landtags erhielt der Ausschuss für Haushalt und Finanzen vom Parlament eine Vollmacht, in der Frage weitgehend selbstständig mit dem Finanzministerium, wo der Plan für den Landeshaushalt ausgearbeitet wurde, in Verbindung zu treten und die notwendigen Dinge zu erörtern.²³⁴ In größter Eile wurde ein Etatentwurf für das erste Jahresquartal 1947 zusammengestellt, der allerdings nur provisorischen Charakter trug. Um die gesetzten Fristen einzuhalten, verständigte man sich auf Vorschlag des Vorsitzenden des Ausschusses für Haushalt und Finanzen, August Kunze (SED), im Landtag darauf, den eigenen Haushalt ohne Aussprache an die Militäradministration zu leiten. Sollten die Mittel nicht ausreichen – womit man sogar rechnete –, war beabsichtigt, im kommenden Jahr nachzuverhandeln.²³⁵ In Potsdam stellte sich die Situation gänzlich anders dar. Hier wurde nicht einmal der Versuch unternommen, das Parlament in irgendeiner Weise an der Entstehung des Landtagsetats zu beteiligen. Weder wurde dieser Punkt in einer Plenarsitzung aufgegriffen, noch ist er in den Niederschriften des zuständigen Ausschusses nachweisbar.²³⁶ Es ist wahrscheinlich, dass der Etat im Zusammenwirken der Landtagsverwaltung mit Friedrich Ebert und dem Finanzministerium entstanden ist.

Wie auch immer die Haushaltsentwürfe für die Landesparlamente zustande kamen – die Finanzverwaltung in Karlshorst zeigte sich mit den Aufstellungen äußerst unzufrieden. Nach einer Besprechung mit deutschen Vertretern aus den Ländern und Provinzen der SBZ am 22. und 23. Januar 1947 wurde auf Weisung von Oberst Tjulpanow eine Konferenz aller Landtagspräsidenten sowie der Fraktionsvorsitzenden der SED einberufen, auf der es Tjulpanow zufolge darum gehen sollte, »eine einheitliche Linie hinsichtlich des Etats zu finden«. Die Tagung, zu der der sachsen-anhaltinische Landtagspräsident Bruno Böttge (SED) einlud und bei der auch zwei SMA-Offiziere anwesend waren, fand am 3. Februar 1947 in Halle/Saale statt.²³⁷ Sämtliche Landtage beklagten sich über die teils drastischen Kürzungen, welche Karlshorst den Volksvertretungen auferlegte. So wurde der Haushaltsplan des brandenburgischen Parlaments für das erste Quartal 1947 von 145 000 RM um mehr als die Hälfte auf 61 100 RM zusammengestrichen. Einzelne Posten wurden von der SMAD sogar um zwei Drittel

²³⁴ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 3. Sitzung am 4.12.1946, 14:30 Uhr, in: ebd., S. 378f. – Vgl. dazu auch das Protokoll über die Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses des Thüringer Landtags am 9.12.1946, 3 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 177, o. Bl.

²³⁵ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 4. Sitzung am 19.12.1946, in: AVThLT/I.1, bes. S. 412. (Beitrag August Kunze, SED).

²³⁶ Vgl. BLHA, Rep. 201, Nr. 151 u. 152.

²³⁷ Protokoll über die Zonenkonferenz der Landtagspräsidenten der sowjetischen Besatzungszone am 3.2.1947 in Halle, 7 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 16, o. Bl., S. 1.

der ursprünglich veranschlagten Mittel reduziert.²³⁸ Im Gegensatz dazu berichtete der 3. Vizepräsident des Thüringer Landtags, Fritz Heilmann (SED), der den erkrankten August Frölich vertrat, auf der Konferenz als Einziger von einer Erhöhung der Gelder durch die SMAD. Zwar waren auch hier einzelne Posten von der Besatzungsmacht beanstandet worden. Durch die Einsetzung von Pauschalbeträgen für einige zusätzliche Haushaltstitel, die in der ersten Kalkulation nicht berücksichtigt worden waren, erhöhte sich der Gesamtbetrag aber von 120 000 auf 141 500 RM.²³⁹ An den genannten Zahlen sticht auf Anhieb die ungleiche Behandlung der Landtagsetats ins Auge: Obwohl beide Parlamente mit Blick auf die Zahl ihrer Abgeordneten und die Größe ihrer Verwaltungen über vergleichbare Ausgangsbedingungen verfügten, erhielt die brandenburgische Volksvertretung von der Finanzverwaltung der SMAD weniger als die Hälfte der Gelder bewilligt, die Thüringen zugestanden wurden. Mehr noch: Während man die Höhe des Etatentwurfs für Brandenburg als zu hoch veranschlagte, bot die ungefähre gleiche Summe im Falle Thüringens den Anlass dazu, den Haushalt des Landtags aufzustocken. Welche Motive dieser bemerkenswerten Rechnung zugrunde lagen, ist nicht bekannt. Letztlich spielten sie für die betroffenen Parlamente auch keine Rolle, denn es stand außer Frage, dass die Vorgaben bindend waren. Zu ordentlichen Nachverhandlungen für 1947 kam es in keinem der beiden Landtage. In Weimar lehnte die SMA Ende des Jahres den Nachtragset ab.²⁴⁰

b) Politische Überwachung und dirigistische Einflussnahme

Die Überprüfung des Verwaltungspersonals, die Zuteilung von Lebensmittelkarten oder die Bestätigung der Budgets waren zweifellos wichtige Aufgaben, die die Besatzungsoffiziere erfüllten. Als weitaus entscheidender erwies sich jedoch die politische Überwachung der Volksvertretungen. Diese Absicht wurde von der SMAD mit großer Intensität verfolgt. Um eine kontinuierliche Beobachtung und Einflussnahme auf die Entscheidungen der Landtage zu

²³⁸ Vgl. ebd., S. 2. – Vgl. dazu den Tagebucheintrag von Friedrich Ebert zum 21.1.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4192, Nr. 9, Bl. 18.

²³⁹ Vgl. das Protokoll über die Zonenkonferenz der Landtagspräsidenten am 3.2.1947, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 16, S. 1. – Die in der Quelle genannte Zahl von 141 000 RM ist ungenau. Tatsächlich belief sich der Gesamtbetrag für den ersten Quartalshaushalt 1947 auf 141 500 RM. Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 6. Sitzung am 28.1.1947, in: AVThLT/I.1, S. 475 (Beitrag August Kunze, SED). – Zum Verlauf der Konferenz in Halle siehe auch den Bericht von der Zusammenkunft der Landtagspräsidenten und Vorsitzenden der SED-Landtagsfraktionen der Landtage in der Sowjet-Zone am 3. u. 4.2.1947 in Halle, verf. von Richard Eyer mann am 5.2.1947, 3 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 16, o. Bl.

²⁴⁰ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 17.12.1947, 4 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl., S. 1.

gewährleisten, bestand für die Militäradministration die zentrale Herausforderung darin, ständig über aktuelle und verlässliche Informationen zu den Parteien und den Parlamentariern zu verfügen. Die Beschaffung solcher Daten gehörte deshalb zum Tagesgeschäft der SMA-Offiziere. Anfang 1947 gab Oberst Tjulpanow in einem Rundschreiben an die ihm untergeordneten Abteilungen die Weisung heraus, sich rechtzeitig vor den Plenar- und Ausschussberatungen der Landtage über den Inhalt der wichtigsten Gesetzesinitiativen in Kenntnis setzen zu lassen. Sollten den Politoffizieren Zweifel am »demokratischen« Charakter einzelner Entwürfe aufkommen, dann müsse Karlshorst darüber unverzüglich unterrichten werden. Sofern es erforderlich wäre, müssten geeignete Gegenmaßnahmen eingeleitet werden.²⁴¹

Die Weisung bildete lediglich die Spitze eines umfassenden Berichts- und Kontrollsystems, das sich auf sämtliche Bereiche der parlamentarischen Arbeit erstreckte. Dieses wurde im Laufe des Jahres 1947 mittels weiterer Anordnungen und Richtlinien ergänzt.²⁴² Die SMA ließ sich regelmäßig von den Landtagspräsidenten, den Landesvorständen der Parteien sowie den Fraktionsvorsitzenden über die Vorgänge im Parlament unterrichten. So geben beispielsweise die Tagebuchaufzeichnungen Friedrich Eberts Auskunft darüber, dass er im Jahr 1947 bisweilen mehrfach in der Woche zur SMA-Verwaltung in der Neuen Königstraße geladen wurde, um sich mit den führenden Offizieren über die Tagesordnungen und den geplanten Verlauf der Landtagssitzungen abzustimmen.²⁴³ August Frölich hingegen sicherte der Militärverwaltung sein Bemühen zu, dass das Präsidium und der Ältestenrat des Landtags die Tagesordnungen jeweils so aufstellen werden, »daß die einzelnen Punkte mit den Befehlen der SMA und Gesetzen, die durch den Kontrollrat erlassen sind, nicht kulli-

²⁴¹ S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 143.

²⁴² Vgl. die Weisung Nr. 30/0440 der Verwaltung für Propaganda der SMAD an die Chefs der Propagandaabteilungen der SMA-Landesverwaltungen vom 4. April 1947, abgedr. in: J. FORZIK (Hrsg.), *Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung*, 2015, S. 487f.; Weisung Nr. 1/078 des Obersten Chefs der SMAD und Oberbefehlshabers der GSBSD an die Chefs der SMA-Verwaltungen der Länder und Provinzen vom 13. Mai 1947, abgedr. in: ebd., S. 491-494; Denkschrift des Chefs der SMA-Verwaltung der Provinz Brandenburg, Wassili M. Scharow, und des Chefs der Propagandaabteilung der SMA der Provinz, Milchiker, an den Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD, Generalleutnant M. I. Dratwin, und den Chef der Propagandaverwaltung der SMAD, Tjulpanow, vom 23. Mai 1947, abgedr. in: ebd. S. 495-498; Denkschrift des Chefs der SMA-Verwaltung der Provinz Sachsen-Anhalt, Generalmajor M. K. Schljachtenko, an den Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD, Generalleutnant M. I. Dratwin, vom 2.6.1947, abgedr. in: ebd., S. 498-503; Weisung Nr. 30/01670 des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD, Dratwin, an die Chefs der SMA-Landesverwaltungen und die Chefs der Fachverwaltungen der SMAD vom 28.11.1947, abgedr. in: ebd., S. 526f.

²⁴³ Einen guten Eindruck über die Häufigkeit und Themen der Gespräche zwischen dem Landtagspräsidenten und SMA-Vertretern vermitteln die Tagebuchaufzeichnungen Friedrich Eberts für das Jahr 1947, in: SAPMO-BArch, NY 4192, Nr. 9, bes. Bl. 15Rs, 16, 19rs, 20, 23, 23rs, 24rs, 26rs, 27, 27rs u. 34.

dieren«. ²⁴⁴ Darüber hinaus galten für die Parlamente dieselben Berichtspflichten, denen alle deutschen Verwaltungsstellen unterlagen. Eine wichtige Grundlage hierfür bildete der SMAD-Befehl Nr. 106 vom 6. April 1946. Er hatte die Präsidenten der Landes- und Provinzialverwaltungen dazu verpflichtet, in regelmäßigen Abständen schriftliche Berichte über ihre Arbeit vorzulegen. ²⁴⁵ Darüber hinaus wurden die deutschen Stellen nach der Landtagswahl angewiesen, der Rechtsabteilung der SMAD in Karlshorst fortan die Entwürfe für sämtliche in Aussicht genommenen Gesetze und Verordnungen zuzuleiten. ²⁴⁶ Die Verpflichtung zur Auskunft galt genauso für die »bürgerlichen« Parteien. Während die Vorstände der SED-Landesverbände stets den engen persönlichen Kontakt zur Militäradministration pflegten und von den Berichtspflichten teilweise ausgenommen waren ²⁴⁷, mussten die CDU und die LDP der SMA monatliche Tätigkeitsberichte vorlegen. In ihnen fanden sich häufig auch Passagen zur politischen Arbeit der Landtagsfraktionen. Diese Informationen waren nicht nur wegen ihrer statistischen Angaben aufschlussreich, sondern sie lieferten den Politoffizieren wichtige Angaben zu parteiinternen Stimmungslagen – insbesondere dann, wenn es um die Positionierung der »bürgerlichen« Fraktionen zu bestimmten Gesetzesvorlagen ging. Die SMA war somit stets über die Vorgänge in den Fraktionen und Landesverbänden unterrichtet. ²⁴⁸

Darüber hinaus bemühten sich die Mitarbeiter der Militäradministration, aus anderen Quellen Informationen zusammenzutragen. Sowohl in Brandenburg als auch in Thüringen waren die Landtagsabgeordneten dazu verpflichtet, die in der Nachkriegszeit obligatorischen Fragebögen zur Entnazifizierung auszufüllen. Bei diesen Formularen ging es auf der einen Seite darum, eine mögliche Verstrickung der Befragten in den Nationalsozialismus aufzudecken. Auf der anderen Seite waren viele Fragen darauf ausgerichtet, den sozialen Hintergrund, die ausgeübten Berufe sowie die politische Gesinnung der Abgeordneten vor 1933 und nach 1945 zu beleuchten. ²⁴⁹ Anhand dieser Unterlagen sowie weiterer Erkundigungen, die die SMA etwa bei persönlichen Gesprächen mit den Betroffenen einholte, entstanden regelrechte Persönlichkeitsprofile, sogenannte Charakteristiken. Sie boten den Offizieren die Grundlage für eine individuelle

²⁴⁴ Bericht von August Frölich vom 23.1.1947, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte Thüringens*/2, 1999, S. 321.

²⁴⁵ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 135.

²⁴⁶ Vgl. das Schreiben der Deutschen Justizverwaltung der SBZ an den Präsidenten der Provinz Mark Brandenburg, Abteilung Justiz, vom 14.11.1946, in: BLHA, Rep. 202 A, Nr. 136, Bl. 14.

²⁴⁷ Vgl. die Tagesnotiz vom 15.2.1946, in: ACDP, 03-31, Nr. 93, o. Bl.

²⁴⁸ Vgl. den Bericht von Ernst Zborowski an die SMA Brandenburg sowie an Innenminister Bechler vom 5.7.1947, 2 S., in: ACDP, 07-011, Nr. 1294, o. Bl.

²⁴⁹ Vgl. das Schreiben von Ernst Zborowski an die SMA Brandenburg vom 12.4.1947, in: ACDP, 03-33, Nr. 33, o. Bl.; Übersicht über die Abgeordneten des Thüringer Landtags, o. D. [um 1947], 6 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 420, o. Bl.

politische Einschätzung der Abgeordneten. Die Potsdamer SMA legte eigene Karteien an, in denen diese Auskünfte zusammengetragen wurden.²⁵⁰

Diese geheimdienstlichen Methoden fanden eine wichtige Ergänzung in der Anwerbung von Vertrauensleuten. Indem die SMA politische Karrieren beförderte, materielle Privilegien gewährte oder Politiker durch Drohungen gezielt unter Druck setzte, gewann sie in den Reihen der »bürgerlichen« Abgeordneten Informanten, die die Militäradministration mit Interna versorgten. Unter den 31 Abgeordneten der CDU-Fraktion im brandenburgischen Landtag zählte die Propagandaabteilung 1947 sieben Personen zum »gemäßigten« Flügel, die der Politik der SED aufgeschlossen gegenüberstanden. Zum größten Teil handelte es sich dabei um »Hinterbänkler«. Ihr politischer Einfluss in der Fraktion und im Landesverband war relativ gering, was aber bei Abstimmungen über Anträge der SED nicht ins Gewicht fiel. Eine Ausnahme bildete die Abgeordnete Annerose Zibolsky. Die 1921 geborene Werkschwester aus Potsdam-Babelsberg trat 1945 der CDU bei. Darüber hinaus engagierte sich die junge Funktionärin in den entstehenden Massenorganisationen. Ab dem Frühjahr 1946 gehörte sie dem provisorischen Landesvorstand der FDJ an. Von der SMA wurde Zibolsky als eine besonders »fortschrittliche« Kraft eingeschätzt. Mit tatkräftiger Unterstützung durch die Besatzungsmacht führte sie die politische Karriere rasch weiter. Im Landtag war sie während der ersten Legislaturperiode für ihre Fraktion im Jugend- und im Eingabenausschuss tätig. Die SMA setzte sich dafür ein, sie innerhalb des CDU-Landesverbands strategisch günstig zu platzieren. Die Überlegung Zibolskys, in die SED überzutreten, wurde von der Propagandaabteilung zurückgewiesen, weil man ihr Wirken innerhalb der Union für die sowjetischen Interessen als vorteilhafter erachtete. In der Partei und Fraktion durchaus umstritten²⁵¹, rückte die junge FDJ-Funktionärin in den erweiterten Landesvorstand auf. 1948 übernahm sie die Leitung der Abteilung Jugend beim Landesverband. Darüber hinaus gehörte sie der Leitung des Zweiten Deutschen Volkskongresses an. Nach den »Volkswahlen« von 1950 saß Zibolsky als Abgeordnete der FDJ in der ersten Volkskammer der DDR.²⁵²

²⁵⁰ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 137f.

²⁵¹ Als die CDU-Fraktion im brandenburgischen Landtag Anfang November 1946 ihre Kandidaten für die Besetzung der Ausschüsse auswählte, wurde Annerose Zibolsky für insgesamt fünf Fachgebiete nominiert. Sie konnte sich allerdings nur bei dem vergleichsweise nachrangigen Ausschuss für Gesundheitswesen durchsetzen. Die Gründe, weshalb die Fraktion diese Entscheidung traf – ob aufgrund ihres jungen Alters, fehlender parlamentarischer Erfahrung oder ihrer »fortschrittlichen« Einstellung –, ist aus den verfügbaren Dokumenten ebenso wenig zu entnehmen wie die Hintergründe für den Beschluss der Fraktion, sie letztlich doch für den Jugend- und den Eingabenausschuss zu benennen. Eine Einflussnahme seitens der SMA kann dabei nicht ausgeschlossen werden. Vgl. das Protokoll der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 7.11.1946, 7 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 91, o. Bl., S. 4.

²⁵² Zur Biografie von Annerose Zibolsky (auch: Zibolski) siehe auch R. Th. BAUS, *Christlich-Demo-*

Auch unter den Liberaldemokraten war die SMA bemüht, Vertrauenspersonen zu finden, denn nach Auffassung von Oberstleutnant Milchiker bestand die 20 Personen umfassende Landtagsfraktion in Brandenburg Ende 1946 zum größten Teil aus »Reaktionären«. Gleichwohl galten sechs Abgeordnete entweder als »gemäßigt« oder »unschlüssig«. Von ihnen wurde angenommen, dass sie einer Kooperation mit der SED nicht abgeneigt wären.²⁵³ Die Aufmerksamkeit der SMA richtete sich insbesondere auf den Landtagsabgeordneten Kurt Müller (LDP) aus Frankfurt/Oder. Müller, der neben seinem Mandat ab April 1947 die Abteilung Industrie im Ministerium für Wirtschaftsplanung leitete, galt als ein loyaler Vertrauter von Heinrich Rau. Das enge Verhältnis zu dem SED-Minister bescherte Müller mehrfach Schwierigkeiten im LDP-Verband – zeitweilig wurde sogar ein Parteiausschluss gegen ihn erwogen. Für die SMA musste Müller umso wichtiger erscheinen, weil er den Offizieren als der einzige wirklich »fortschrittlich« gesinnte und damit zuverlässige Abgeordnete in der LDP-Fraktion galt. Tatsächlich erwies sich der Ministerialdirektor, der 1948 als Beisitzer in den Landesvorstand gewählt wurde, vor allem in Wirtschaftsfragen als ein engagierter Verfechter des von der SMA und der SED eingeschlagenen Kurses – was Innenminister Bechler und andere Funktionäre der Einheitspartei allerdings nicht daran hinderte, systematisch Belastungsmaterial gegen den Liberaldemokraten zusammenzutragen.²⁵⁴

Die Tätigkeit der Volksvertreter in den Landesparlamenten von Potsdam und Weimar wurde nicht nur durch die Pflichten zur Berichterstattung, sondern ebenfalls durch die physische Gegenwart der SMA-Offiziere beeinflusst. Vertreter der Militäradministration nahmen regelmäßig an den Plenarsitzungen teil, sie waren gleichfalls oftmals in den Fraktionen und in den Ausschüssen präsent. Allerdings durfte ihre Anwesenheit in der Regel nicht in den Protokollen festgehalten werden, so dass sich in den deutschen Dokumenten nur selten entsprechende Hinweise finden. Dieses Fehlen suggeriert eine vermeintliche »Of-

kratische Union Deutschlands, 2001, S. 395; M. BROZAT/H. WEBER (Hrsg.), SBZ-Handbuch, 1993, S. 1063; S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 123f.; M. RICHTER, *Ost-CDU*, 1991, S. 82; Abgeordnete der Fraktion der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands im Landtag des Landes Brandenburg, o. D. [um 1947], in: BLHA, Rep. 201, Nr. 48, Bl. 14; Die Abgeordneten im Präsidium, Ältestenrat und in den Ausschüssen, o. D. [1948/49], in: ebd., Bl. 18–22, bes. Bl. 21f.

²⁵³ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 123.

²⁵⁴ Vgl. F. SATTLER, *Wirtschaftsordnung im Übergang/2*, 2002, S. 949; M. BROZAT/H. WEBER (Hrsg.), SBZ-Handbuch, 1993, S. 983. Vgl. auch W. SCHOLLWER, *Potsdamer Tagebuch 1948–1950*, 1988, S. 120 u. 137. – Bericht des Amtes für Information Brandenburg über die Sitzung der LDP-Landtagsfraktionssitzung am 18.5.1948, verf. am 19.5.1948, in: BLHA, Rep. 203, Nr. 75, Bl. 255f.; Bericht des Amtes für Information Brandenburg über die Sitzung der LDP-Landtagsfraktion am 9.6.1948, verf. am 9.6.1948, in: ebd., Bl. 230.

fenheit« bei den Beratungen, die in Wirklichkeit nie bestand.²⁵⁵ Im Potsdamer Landtag, wo die Christdemokraten nach den schwierigen Verhandlungen um die Regierungsbildung und die Verfassung unter besonderer Beobachtung standen, entwickelten die Abgeordneten deshalb eine interne Sprachregelung, einen »double talk«. Dadurch war es möglich, sich trotz der Anwesenheit von Politoffizieren untereinander auszutauschen.²⁵⁶ Im Gegenzug hatte die SMAD schon frühzeitig die Neigung vieler deutscher Stellen und Politiker durchschaut, in ihrer Berichterstattung eine politisch angepasste Sprachwahl und die »Taktik der formellen Loyalität und Demut« zu verfolgen.²⁵⁷ Trotz aller Überwachung wurde die politische Kontrolle jedoch nicht überall systematisch und kontinuierlich ausgeübt. So berichtete der ehemalige thüringische LDP-Abgeordnete Hans Meier, der dem Landtag vom April 1947 bis zum Oktober 1950 angehört hatte, Anfang der 1990er Jahre rückblickend, dass die SMA nur gelegentlich bei Fraktionssitzungen der Liberaldemokraten zugegen gewesen wäre.²⁵⁸

Indes erwies sich die Zensur als das effektivste Instrument der Besatzungsmacht. Die strengen Zensurbestimmungen, die für alle deutschen Verwaltungseinrichtungen in der SBZ galten, wurden ebenfalls auf die Parlamente übertragen. Im Dezember 1946 übermittelte Jakow I. Milchiker Innenminister Bechler die Anordnung, dass fortan alle Gesetze, Verordnungen und Anträge von »grundsätzlicher Bedeutung« sowie die Protokolle jeder Plenarsitzung in einer russischen Übersetzung der Militäradministration zur Bestätigung vorgelegt werden müssten. Gleiches galt für die Berichte über die Sitzungen der Ausschüsse.²⁵⁹ Die SMA war rechtzeitig über die geplanten Tagesordnungen zu informieren, so dass für sie die Möglichkeit bestand, unerwünschte Initiativen bereits im Vorfeld auszubremsten.²⁶⁰ Im September 1947 wurde Landtagspräsident Ebert angewiesen, künftig darauf zu achten, dass bei den einzureichenden

²⁵⁵ Zur protokollierten Anwesenheit von SMA-Angehörigen siehe auswahlweise das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialfürsorge des Landtags Brandenburg am 10.9.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 178, Bl. 61f.; Anwesenheitsliste zur Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 30.1.1947, in: ACDP, 03-33, Nr. 67, o. Bl.; Anwesenheitsliste zur Sitzung der CDU-Landtagsfraktion am 1.4.1947, in: ebd., o. Bl.; Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 16.2.1947, 5 S., in: ADL, L 5, Nr. 618, o. Bl., S. 1. – Vgl. auch J. FOITZIK, Sowjetische Militäradministration in Deutschland, 1993, S. 43.

²⁵⁶ Vgl. P. BLOCH, Zwischen Hoffnung und Resignation, 1986, S. 83.

²⁵⁷ Zit. nach J. Foitzik (Hrsg.), Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltungen, 2015, S. 10.

²⁵⁸ Vgl. J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 120, Anm. 240.

²⁵⁹ Schreiben von Bernhard Bechler an Friedrich Ebert vom 21.12.1946, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 301, Bl. 174. – Vgl. die russische Übersetzung des Berichts des Ausschusses für Verkehr des Landtags Brandenburg vom 30.5.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 178, Bl. 43; russische Übersetzung des Protokolls der Sitzung des Ausschusses für Verkehr des Landtags Brandenburg vom 13.3.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 163, Bl. 221–223.

²⁶⁰ Vgl. S. CREUZBERGER, Besatzungsmacht, 1996, S. 137.

Tagesordnungen der Punkt »Verschiedenes« nicht auftauchen dürfe. Dies schien den Offizieren zu unspezifisch zu sein, weil daraus nicht ersichtlich war, was sich dahinter verbarg.²⁶¹ Das von der SMA Brandenburg installierte Kontrollsystem wurde in Karlshorst offenbar als besonders effektiv erachtet. Anfang Juli 1947 legte Oberst Tjulpanow den Chefs der Propagandaabteilungen in den anderen Ländern nahe, dem Potsdamer Beispiel zu folgen.²⁶²

Die Fraktionen waren dazu angehalten, ihre Anträge, die sie in den Landtag einbringen wollten, vorab bei der SMA einzureichen und genehmigen zu lassen. Das eröffnete der Besatzungsmacht zahlreiche Möglichkeiten zur Einflussnahme. Die SMA machte davon regen Gebrauch. Unliebsame Vorstöße und Initiativen, die in den Augen der sowjetischen Offiziere dem vermeintlichen »demokratischen Charakter« nicht entsprachen oder die den Interessen der eigenen Besatzungspolitik hätten widersprechen können, wurden entweder von Anfang an strikt abgelehnt oder im Laufe des parlamentarischen Geschäftsganges ausgesetzt.

Tab. 5: Anträge, die von der SMA Brandenburg vor den Plenarsitzungen zurückgezogen, abgesetzt oder abgelehnt wurden (1947–1949)²⁶³

| Jahr | SED-Fraktion | CDU-Fraktion | LDP-Fraktion | VdgB-Fraktion | Gesamt |
|------|--------------|--------------|--------------|---------------|--------|
| 1947 | 2 | 9 | 9 | – | 20 |
| 1948 | 3 | 17 | 11 | – | 31 |
| 1949 | – | 6 | 1 | – | 7 |

Die Zahlen veranschaulichen, dass vor allem die »bürgerlichen« Fraktionen im Potsdamer Landtag in ihrer politischen Arbeit enorm beeinträchtigt wurden. Während die engen Absprachen zwischen der SED und der SMA Verbote auf ein Minimum reduzierten, scheiterten die CDU und die LDP in den Jahren 1947 und 1948 häufig schon im Vorfeld. Den Fraktionsvorsitzenden wurde dann bereits bei den regelmäßigen Gesprächen durch die Sowjetoffiziere signalisiert, dass ihre Anträge nicht den Wünschen der Besatzungsmacht entsprachen und daher »empfohlen« wurde, sie nicht weiter zu verfolgen. So beabsichtigte die CDU im

²⁶¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialfürsorge des Landtags Brandenburg am 10.9.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 178, Bl. 61f., bes. Bl. 62.

²⁶² Vgl. S. CREUZBERGER, Besatzungsmacht, 1996, S. 137.

²⁶³ Zusammengestellt nach: BLHA, Rep. 201, Nr. 106, Bl. 1, 3–5, 9f. u. 13. – Die Zahlen weichen leicht von jenen ab, die Manfred Koch nennt. Vgl. M. KOCH, Landtage, 1993, S. 333. Kochs Angaben beruhen auf den Erhebungen von Werner Künzel. Vgl. W. KÜNZEL, Landtage, 1972, S. 101.

August 1947 einen Antrag in den Landtag einzubringen, in welchem dem Minister für Volksbildung, Wissenschaft und Kunst, Fritz Rücker, das Misstrauen ausgesprochen werden sollte. Der Hintergrund für diesen Schritt lag in dessen Kultur- und Bildungspolitik, die in den Reihen der brandenburgischen CDU auf große Ablehnung stieß. Der Antrag kam jedoch nie über das Vorstadium hinaus. Nach Rücksprache mit der SMA wurde er von der Unionsfraktion zurückgezogen.²⁶⁴ In einem anderen Fall legte die CDU im Frühjahr 1947 einen Antrag zur Einrichtung eines ständigen Personalausschusses des Landtags vor. Er sollte unter anderem eine bessere Umsetzung der Sequestrationen nach ordentlichen rechtlichen Maßstäben gewährleisten. Die SMA lehnte das Ansinnen jedoch ab. Die CDU reichte den Antrag im August 1947 sowie im Februar 1948 noch zwei weitere Male ein, scheiterte aber stets am sowjetischen Veto.²⁶⁵

In einer Zeit, die durch Mangel und Rationierung geprägt war, erwies sich die Frage nach einer Verbesserung der Versorgungslage für die Bevölkerung als ein wichtiges Themenfeld der Politik.²⁶⁶ Während der ersten Legislaturperiode brachten die CDU und die LDP mehrfach Anträge ein, die eine Aufwertung der Lebensmittelkarten oder die bessere Einstufung von bestimmten Berufs- und Gesellschaftsgruppen bei der Versorgung zum Ziel hatten. Diese Vorstöße wurden stets von der SMA abgelehnt.²⁶⁷ Doch auch die SED-Fraktion konnte sich in bestimmten Situationen mit ihren Anliegen gegen die Besatzungsmacht nicht durchsetzen. Mitte September 1947 bereitete der Jugendausschuss auf Initiative seiner SED-Mitglieder einen Antrag vor, der die Einführung einer allgemeinen Schulspeisung zum 1. November zum Ziel hatte. Damit sollte noch vor Einbruch des Winters auf die schwierige Ernährungslage unter Jugendlichen und Kindern im Land reagiert werden. Die SMA untersagte die Druckgenehmigung für den Antrag, so dass er nicht auf die Tagesordnung der nächsten Landtagsitzung gesetzt werden konnte. Die Angelegenheit hatte sich damit erledigt.²⁶⁸

So sehr sich die Militäradministration in die parlamentarische Arbeit der Landtage auch einmischte, war sie doch darum bemüht, ihren tatsächlichen Einfluss nach außen hin so weit wie möglich zu kaschieren. Die Entscheidungen der Volksvertretungen sollten als souveräne Beschlüsse erscheinen, die von

²⁶⁴ Vgl. die Aufstellung der von der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg gestellten Anträge, Änderungsanträge und Gegenvorschläge, o. D. [1948], 6 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 2, o. Bl., S. 4.

²⁶⁵ Vgl. ebd., o. Bl., S. 3–5; Aufstellung der von der SMA Brandenburg abgelehnten Anträge der CDU-Landtagsfraktion, o. D. [1948], in: ebd., o. Bl.

²⁶⁶ Vgl. das Schreiben des CDU-Kreisverbands Potsdam an den CDU-Landesverband Brandenburg vom 13.8.1947, in: ACDP, 03-33, Nr. 33, o. Bl.

²⁶⁷ Vgl. BLHA, Rep. 201, Nr. 106, Bl. 4f. u. 9f.

²⁶⁸ Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Jugendausschusses des Landtags Brandenburg am 17.9.1947, in: BLHA, 201, Nr. 172, Bl. 70; Schreiben von Alma Maey (SED) an Otto Wiesner (SED) vom 7.10.1947, in: ebd., Bl. 67. Es ist bemerkenswert, dass diese Initiative in der Aufstellung der von der SMA abgelehnten SED-Anträge nicht erwähnt wird. Vgl. BLHA, Rep. 201, Nr. 106, Bl. 1.

der Besatzungsmacht respektiert würden.²⁶⁹ Die Vorstellung eines autoritären Dirigismus passte in ein solches Bild kaum hinein. Aus diesem Grund erteilte der Stellvertreter des Obersten Chefs der SMAD, Generalleutnant Dratwin, im November 1947 sämtlichen Fachabteilungen der Militäradministration in den Ländern das strikte Verbot, den deutschen Organen direkte Aufträge zur Einbringung von Gesetzesvorgaben in den Landtagen zu erteilen. Dies sollte fortan einzig über die Informationsabteilungen als Koordinierungsstellen geschehen.²⁷⁰ Um den demokratischen Anschein zu wahren, zog es die SMAD also vor, bestimmte Maßnahmen, die sie als politisch sensibel erachtete, nicht auf dem Verordnungswege durchzusetzen, sondern sie in das Gewand von Gesetzesinitiativen zu kleiden und über die Parteien bzw. Fraktionen zu lancieren.

Ein anschauliches Beispiel für diese Strategie bot die Einbringung eines Gesetzes zur entschädigungslosen Enteignung der Bodenschätze und Bergbaubetriebe und deren Überführung in die öffentliche Hand. Diese Initiative wurde im Frühjahr 1947 als ein wichtiger Baustein betrachtet, um die Veränderungen der wirtschaftlichen und Besitzverhältnisse voranzubringen. Nach langen internen Vorbereitungen, die bereits im Herbst 1946 begonnen hatten und an denen auch die Deutsche Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie beteiligt gewesen war, übermittelte die SMAD dem Zentralsekretariat der SED Anfang April 1947 einen Gesetzentwurf. Dieser sollte über die Landesvorstände der Einheitspartei und die Fraktionen in die Landtage eingebracht werden.²⁷¹ Gleichzeitig trat die Militäradministration an die Landtagsfraktionen der SED mit entsprechenden »Empfehlungen« zur Durchsetzung der Initiative heran. Die SMAD legte mit Blick auf die wirtschaftspolitischen Diskussionen im Alliierten Kontrollrat besonderen Wert darauf, dass das Gesetz ohne Abänderungen in der übermittelten Fassung verabschiedet werden müsse. Nach außen erschien allerdings die SED als die Urheberin des Gesetzes.²⁷²

Zweifelloos war der politische Einfluss der Militäradministration auf die Vorgänge in den Parlamenten groß, dennoch zeigte es sich schon bald nach den Wahlen von Herbst 1946, dass das Kontrollsystem den alltäglichen Anforderungen nicht immer gewachsen war. Die Offiziere der SMA verfügten anfangs

²⁶⁹ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 144.

²⁷⁰ Weisung Nr. 30/01670 des Stellvertreters des Obersten Chefs der SMAD, Generalleutnant M. I. Dratwin, an die Chefs der SMA-Landesverwaltungen und die Chefs der Fachverwaltungen der SMAD vom 28.11.1947, abgedr. in: J. FORTZIK (Hrsg.), *Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung*, 2015, S. 526f.

²⁷¹ Vgl. das Rundschreiben Walter Ulbrichts an die Mitglieder des Zentralsekretariats der SED vom 3.4.1947, in: SAPMO-BArch DY 30/IV 2/2.022, Nr. 6, Bl. 6; Schreiben Helmut Lehmanns an Richard Eyeremann vom 9.5.1947, in: ebd., Bl. 12.

²⁷² Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 147. – Vgl. auch den Tagebucheintrag von Friedrich Ebert zum 19.5.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4192, Nr. 9, Bl. 26rs.

kaum über politische Erfahrungen mit einem komplexen parlamentarischen System, wie es in den Landtagen aufgebaut wurde – schließlich unterschied sich dieses diametral von den Verhältnissen, wie sie in der Sowjetunion unter Stalin herrschten. Die parlamentarischen Verfahrensweisen, wie sie in den Geschäftsordnungen, aber auch in nicht festgehaltenen Ritualen und Traditionen zum Ausdruck kam, mussten den Politoffizieren undurchsichtig und fremd vorkommen.²⁷³ Wenn Generalmajor Kolesnitschenko gegenüber Ministerpräsident Rudolf Paul erklärte, dass seiner Auffassung nach in Deutschland das Wort »Demokratie« mit »Anarchie« verwechselt werde und er beabsichtigte, den führenden Persönlichkeiten Thüringens das Wesen der »wahren Demokratie« zu erläutern, wie es in der UdSSR praktiziert werde²⁷⁴, dann kam darin nicht nur eine andere ideologische Grundauffassung zum Ausdruck, sondern auch ein vollkommen anderes Verständnis von den Aufgaben parlamentarischer Arbeit. Dieser Unterschied zwischen dem westlichen Demokratieverständnis und dem der sowjetischen Besatzungsmacht brachte der Politische Berater Semjonow in einer Rede vor hohen SMAD-Offizieren Anfang September 1947 auf den Punkt:

»Es gibt eine bürgerliche Auslegung der Demokratisierung, die darauf hinausläuft, daß der Landtag und die Regierung alles sind, während das Volk und seine gesellschaftlichen Organisationen lediglich ein Anhängsel des Landtags und der Regierung darstellen, wenn nicht gerade Wahlkampf ist. Es gibt aber auch eine andere Vorstellung von der Demokratisierung, wonach Landtag und Regierung Diener des Volks sind und wenn diese sich nicht richtig verhalten, die Massen die Möglichkeit haben, auf die Landtage, deren Abgeordneten und auf die Regierungen Druck auszuüben, damit sie sich demokratisch verhalten und nicht übermütig werden.«²⁷⁵

Als ein wesentliches Hemmnis für die politische Kontrolltätigkeit erwies sich die Sprachbarriere. Nur sehr wenige Verbindungsoffiziere beherrschten die deutsche Sprache so gut, dass sie in der Lage gewesen wären, den Inhalt komplexer Gesetzestexte und Protokolle im Original zu verstehen. In der Regel mussten sowohl im Thüringer als auch im brandenburgischen Landtag alle Dokumente von grundsätzlicher Bedeutung in einer russischen Übersetzung bei der SMA

²⁷³ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 134.

²⁷⁴ Aktenvermerk über eine Besprechung zwischen Ministerpräsident Rudolf Paul und Generalmajor Iwan S. Kolesnitschenko am 5.2.1947, in: ThHStAW, Land Thüringen, Der Ministerpräsident – Büro des Ministerpräsidenten, Nr. 514, Bl. 161.

²⁷⁵ Rede von Wladimir S. Semjonow am 2.9.1947, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Bearb.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/3*, 2004, S. 378–396, hier S. 382.

vorgelegt werden. Aus diesem Grund befahl die Militäradministration in Potsdam im Dezember 1946 die Einstellung von zwei Dolmetschern, die für das Landtagsbüro tätig sein sollten.²⁷⁶ Angesichts der auferlegten Sparmaßnahmen wurde diese Zahl im Februar 1947 auf eine Stelle zusammengestrichen.²⁷⁷ Wie aus einer Notiz aus dem Jahr 1948 hervorgeht, wurde diese eine bewilligte Dolmetscherstelle im brandenburgischen Landtag jedoch nicht besetzt.²⁷⁸ Aufgrund der in einem Parlament anfallenden Mengen an Papieren und Akten reichten die Übersetzungskapazitäten keinesfalls aus. Statt dessen hatten der Ältestenrat und das Präsidium im Juni 1947 den Beschluss gefasst, dass die Landtagsverwaltung Gesetzesentwürfe, Anträge und Vorlagen künftig nur dann entgegennehmen werde, wenn sie in einer Übersetzung vorlägen und zudem den Sichtvermerk der zuständigen SMA-Stelle trügen. Die Fraktionen mussten selbst dafür sorgen, dass ihre Papiere rechtzeitig in russischer und deutscher Ausfertigung bei der SMA vorlagen.²⁷⁹

Die Bestimmungen hatten zur Folge, dass der Parlamentsbetrieb erheblich behindert wurde. Die sowjetischen Stellen in der Propagandaabteilung der SMA, die unter einem teils eklatanten Personalmangel litten, kamen mit der Bearbeitung und Überprüfung der Gesetzesvorlagen und eingereichten Tagesordnungen nicht hinterher. Sie waren hoffnungslos überlastet. Gerade in der ersten Zeit fehlten die praktischen Erfahrungen für einen reibungslosen Ablauf.²⁸⁰ Während sich die deutsche Seite über die schwerfällige und langwierige Bearbeitung der eingereichten Dokumente beschwerte, bemängelten die SMA-Offiziere 1947, dass entgegen der bestehenden Anweisungen, die Tagesordnungen vor den Ausschusssitzungen einzureichen, dies häufig nur schleppend geschehe. Daraufhin drohte die Militäradministration, den Zusammentritt der Ausschüsse künftig zu untersagen, falls sie vorab nicht durch das Büro des Landtages angemessen unterrichtet werde.²⁸¹ Einige Monate später übte Friedrich Ebert an diesen

²⁷⁶ Vgl. das Schreiben von Bernhard Bechler an Friedrich Ebert vom 21.12.1946, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 301, Bl. 174.

²⁷⁷ Vgl. das Schreiben von Wassili M. Scharow an Friedrich Ebert vom 15.2.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 446, Bl. 4.

²⁷⁸ Vgl. die Notiz über eine telefonische Rückfrage bei den Landtagen in Halle, Dresden und Potsdam vom 13.10.1948, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 201/1, Bl. 76.

²⁷⁹ Vgl. das Schreiben des Regierungsrats Ernst Ness an den Chef der Kanzlei des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, Karl Bösche, vom 29.7.1947, in: BLHA, Rep. 202 A, Nr. 212, Bl. 29.

²⁸⁰ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Landtags Brandenburg am 28.5.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 45, Bl. 172; Weisung Nr. 30/01153 der Informationsverwaltung der SMAD an die Chefs der Informationsabteilungen der SMA-Landesverwaltungen vom 30.8.1947, abgedr. in: J. FORZLIK (Hrsg.), Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung, 2015, S. 518f.

²⁸¹ Vgl. das Rundschreiben von Ministerialrat Fritz Springer an alle Ausschüsse des Landtags Brandenburg vom 31.7.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 148, Bl. 3.

Eingriffen der Besatzungsmacht und den bürokratischen Hindernissen im Parlamentsbetrieb offene Kritik.²⁸²

Für den Thüringer Landtag galten zwar ebenfalls strenge Auflagen zur Überwachung und Zensur, die mit denen in Potsdam vergleichbar waren.²⁸³ Allerdings war man hier auf beiden Seiten um pragmatische Regelungen bemüht. Bereits im Dezember 1946 wandte sich der Landtagspräsident an die SMA und bat darum, die Plenarprotokolle fortan ohne die vorherige Genehmigung in Druck geben zu dürfen. August Frölich begründete sein Anliegen mit den erheblichen zeitlichen Verzögerungen, die durch die Zensur entstünden. Diese würden die Arbeit des Parlaments und der Landesregierung beeinträchtigen. Die Militäradministration stimmte dem Vorschlag zu.²⁸⁴ Der Versuch Frölichs, dem Parlament gegenüber der SMA mehr Freiräume zu verschaffen und die sowjetischen Eingriffe zu begrenzen, war allerdings zum Scheitern verurteilt.²⁸⁵

Aufgrund der begrenzten personellen Ressourcen sowie der beschriebenen Probleme bei der administrativen Abwicklung kann man davon ausgehen, dass die sowjetische Zensur keineswegs einer totalen Überwachung entsprach. Das war allein quantitativ bei der Menge an Akten, die im parlamentarischen Betrieb produziert wurden, kaum möglich. Die für die politische Überwachung der Volksvertretungen und der Parteien zuständigen Mitarbeiter der Propagandaabteilungen bei den Militärverwaltungen in Brandenburg und Thüringen umfassten Ende Januar 1947 nicht einmal ein Dutzend Planstellen. Weil in ihren Aufgabenbereich auch andere Tätigkeiten fielen wie etwa die Rolle der SED im politischen und wirtschaftlichen Leben zu stärken, die Presse und andere Druckerzeugnisse zu zensieren, die deutschen Verwaltungsorgane im Landesmaßstab zu kontrollieren und die Schulung der Mitarbeiter in den nachgeordneten Abteilungen der lokalen Informationseinrichtungen durchzuführen, war es für sie unmöglich, sämtliche Papiere, Protokolle und Vorgänge in den Landtagen vollständig zu kontrollieren.²⁸⁶ So scheint eine kontinuierliche und syste-

²⁸² Vgl. den Tagebucheintrag von Friedrich Ebert zum 4.12.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4192, Nr. 9, Bl. 34.

²⁸³ Vgl. die Niederschrift über eine Besprechung zwischen Kapitän Roitmann und Regierungsrat Hanusch am 24.2.1947, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 420, o. Bl.; Schreiben von Otto Heßler an Kapitän Roitmann vom 31.3.1947, in: ebd., o. Bl.; Aufzählung der vom Thüringer Landtag 1946 und 1947 beschlossenen Gesetze, Verordnungen und sonstigen amtlichen Bekanntmachungen, o. D. [Ende 1947], 11 S., in: ebd., o. Bl.; Schreiben von Otto Heßler an Hauptmann Roitmann vom 2.3.1948, in: ebd., o. Bl.; Schreiben von Otto Heßler an Kapitän Roitmann vom 30.3.1948, in: ebd., o. Bl.; Schreiben Heßlers an Roitmann vom 20.4.1948, in: ebd., o. Bl.

²⁸⁴ Schreiben von August Frölich an Major Viktor S. Babenko vom 23.12.1946, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 420, o. Bl.; Aktennotiz vom 26.2.1947, in: ebd., o. Bl.

²⁸⁵ Vgl. den Bericht von August Frölich vom 23.1.1947 an die SMA Thüringen, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 321–323.

²⁸⁶ Vgl. M. A. PERKOW, Verwaltung Information, 2009, S. 245; D. N. NOCHOTOWITSCH, SMA-Landesverwaltungen, 2009, S. 487f.

matische Auswertung der stenografischen Niederschriften der Plenarsitzungen vor diesem Hintergrund unwahrscheinlich gewesen zu sein. Das war aber auch gar nicht notwendig, denn durch die regelmäßige Berichterstattung der Parteien, die Gespräche mit den führenden Politikern sowie die rechtzeitige Einreichung von Tagesordnungen und Gesetzentwürfen war es den Offizieren jederzeit möglich, die Vorgänge in den Parlamenten in die gewünschte Richtung zu lenken, ohne dabei stets über jedes Detail informiert sein zu müssen. »Wir lassen den Teich nur so tief graben, daß wir die Fische immer sehen«, entgegnete ein SMA-Offizier dem Vorsitzenden der LDP-Fraktion im Thüringer Landtag, Hermann Becker, als dieser sich über den geringen Einfluss seiner Partei beklagte. Diese Antwort war nicht nur als ein Bonmot gedacht, sondern sie brachte die Prinzipien der sowjetischen Kontrolle treffend auf den Punkt.²⁸⁷

6. Landtage und Blockprinzip

a) Einbindung der Parlamente in die Blockpolitik

Eine zentrale Lehre, welche die Militäradministration und die SED aus der Landtagswahl vom 20. Oktober 1946 zogen, bestand in der Erkenntnis, die Blockpolitik in den Ländern und Provinzen fortan deutlich zu verstärken. Aufgrund der Auseinandersetzungen während des Wahlkampfes, des unbedingten Führungsanspruchs der SED sowie der unterschiedlichen politischen Auffassungen zwischen den Parteien hatte das Prinzip der Blockpolitik in der zweiten Jahreshälfte 1946 zunehmend an Bedeutung verloren.²⁸⁸ Zudem war in den »bürgerlichen« Parteien die Ansicht verbreitet, dass mit der Bildung demokratisch legitimierter Volksvertretungen die Blockausschüsse ihren Zweck als Übergangsgorgane vollends erfüllt hätten – schließlich besaßen die Landtage nicht lediglich eine beratende Funktion, sondern tatsächliche gesetzgeberische Kompetenzen. Aus dieser Perspektive schienen die Blockausschüsse überflüssig zu werden, zumal sie in den Landesverfassungen nicht erwähnt wurden.²⁸⁹

²⁸⁷ Erinnerungsbild von Hermann Becker, o. D., 24 S., in: ADL, Sammlung LDPD-Politiker (SBZ), o. Bl., S. 6.

²⁸⁸ Vgl. den Bericht von Iwan F. Filippow (Auszug) vom 9.10.1946, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Bearb.), Die UdSSR und die deutsche Frage/3, 2004, S. 6–23, bes. S. 14f.; Stellungnahme von Robert Tillmanns (CDU) zum Stand der Blockpolitik in der SBZ vom 1.7.1947, abgedr. in: S. SUCKUT (Bearb.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 210–212, bes. S. 210.

²⁸⁹ Vgl. das L-Rundschreiben Nr. 16/47 vom 18.2.1947, 4 S., in: ACDP, 03-31, Nr. 136, o. Bl., S. 1. Leicht gekürzt auch abgedr. in: H. WEBER (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, 1982, S. 315–317. – Vgl. auch M. KOCH, Der Demokratische Block, 1982, S. 287; S. SUCKUT (Bearb.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 29–31; DERS., Block-Ausschüsse, 1993, S. 606f.

Die Vorgänge in der alten Reichshauptstadt bestärkten solche Auffassungen. Nach der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung, die parallel zur Landtagswahl in der SBZ erfolgt war, stellte der Einheitsausschuss Groß-Berlin am 22. November 1946 seine Arbeit ein und löste sich auf Drängen der SPD, der CDU und der LDP auf. Zunächst glaubte man in den Reihen der »bürgerlichen« Parteien, dass dieser Schritt, der ausdrücklich gegen den Willen der SED erfolgt war, auch Auswirkungen auf die Entwicklungen in der sowjetischen Besatzungszone haben werde. Es war sogar von einem Ende der Blockpolitik die Rede.²⁹⁰

Für die SMAD stand das Blockprinzip keineswegs zur Disposition. Aus ihrer Perspektive stellte die Blockpolitik weiterhin ein wichtiges Instrument zur politischen Einbindung des »bürgerlichen« Lagers dar. Bereits vor der Landtagswahl war in der Militäradministration Kritik an der Arbeit der eigenen Propagandaverwaltung bezüglich der Blockpolitik laut geworden. Man habe es bislang nicht fertiggebracht, den Block »in vollem Maße zur Demokratisierung und Demilitarisierung Deutschlands auszunutzen«. Bemängelt wurde, dass den antidemokratischen Tendenzen in der CDU und LDP zu viel Raum gegeben worden sei. Die Offiziere der Propagandaverwaltung hätten vergessen, sich aktiv in die Tätigkeit der Parteien einzumischen.²⁹¹ Diese Fehlentwicklungen galt es nach dem unbefriedigenden Wahlausgang zu korrigieren. Viel stärker als bisher wurden die Landesblockausschüsse als Organe betrachtet, die zur Schlichtung und Koordinierung der künftigen Landespolitik beitragen sollten. Gesetzesvorhaben und Personalfragen müssten hier zwischen den Parteien ebenso beraten und abstimmt werden wie andere Streitpunkte, bevor sie in den Parlamenten behandelt würden. Indem man die Blockpolitik aktiviere, so die Hoffnung der SMA-Stäbe, könne man die Geschehnisse in den Landtagen viel besser kontrollieren und gegebenenfalls in die gewünschten Bahnen lenken. Gerade in den Provinzen und Ländern der SBZ mit knappen Mehrheitsverhältnissen oder sogar einer »bürgerlichen« Majorität schien das notwendig zu sein. Zugleich musste es darum gehen, den Führungsanspruch der SED über das Mittel der Blockpolitik weiter auszubauen.²⁹² Nach sowjetischer Auffassung sollten die Landesblockausschüsse

²⁹⁰ Vgl. »Berliner Einheitsfront aufgelöst«, in: Die Neue Zeitung vom 2.12.1946, auch abgedr. in: S. SÜCKUT (Bearb.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 174. Vgl. auch D. HANAUKE, Historische Einleitung, 1999, S. 12f. – Die Protokolle des Einheitsfrontausschusses von Groß-Berlin aus den Jahren 1945 und 1946 sind überliefert in: SAPMO-BArch, DY 3, Nr. 4.

²⁹¹ Memorandum von Alexandr S. Panjuschkin (Auszug) vom 11.10.1946, abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. NAIMARK (Hrsg.), Sowjetische Politik in der SBZ, 1998, S. 247; Bericht von Iwan F. Filippow (Auszug) vom 9.10.1946, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Bearb.), Die UdSSR und die deutsche Frage/3, 2004, S. 22.

²⁹² Vgl. den Entwurf des Beschlusses des ZK der KPdSU(B) »Über die Arbeit der Propagandaverwaltung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland«, o. D. [vor dem 25.12.1946], abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. NAIMARK (Hrsg.), Sowjetische Politik in der SBZ,

im Verhältnis zu den Landtagen wie ein »Damm gegen den Strom jeglicher Vorschläge und Anfragen der bürgerlichen Parteien« wirken.²⁹³

Der SED-Führung ging es deshalb um eine Stärkung der eigenen Position in den Landesblockausschüssen sowie um eine grundsätzliche Aktivierung der Prinzipien der Blockpolitik. Ein wichtiges Moment war dabei der Versuch, verstärkt die Spaltung der anderen Parteien in »fortschrittliche« und »reaktionäre« Kräfte zu forcieren. »Das Wachsen reaktionärer Bestrebungen in der CDU und LDP«, meinte Walter Ulbricht im Oktober 1946, »erfordert die Stärkung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und enge Zusammenarbeit mit diesen Parteien, um die reaktionären Einflüsse auf die bürgerlich-demokratischen Kräfte zurückzuschlagen.«²⁹⁴ Und Friedrich Ebert erklärte auf einer Organisationskonferenz seiner Partei in Potsdam anderthalb Jahre später, dass die von der Arbeiterbewegung gestützte Blockpolitik den Zweck verfolge, die »fortschrittlichen« Kräfte in den Parteien zu festigen. »In allen Parteien werden mehr und mehr die reaktionären Kräfte isoliert und es zeigt sich stärker die Kraft der fortschrittlichen Elemente [...]«.²⁹⁵

Unter den Augen der Militäradministration wurden in Brandenburg und Thüringen Schritte eingeleitet, die zur Reaktivierung der Blockpolitik führen sollten. Dabei übte die SMA Druck auf »bürgerliche« Politiker aus, um sie von der vermeintlichen Notwendigkeit zur Fortführung der Blockpolitik zu überzeugen. In der Sitzung des brandenburgischen Landesblockausschusses am 19. November 1946, welche turnusgemäß von der CDU geleitet wurde, gab der Landesvorsitzende der Union, Wilhelm Wolf, zu Beginn ein leidenschaftliches Bekenntnis zur Blockpolitik ab. In den letzten Tagen sei ihm bewusst geworden, wie wichtig es sei, den Einheitsblock für die weitere Zeit aufrecht zu erhalten. Auch in Zukunft solle man bestimmte Angelegenheiten untereinander regeln und sie nicht an die Öffentlichkeit tragen oder vor den Landtag bringen, denn so gebe es immer wieder neuen Unfrieden. Man solle mit gutem Beispiel vorangehen.²⁹⁶ Die SED-Vertreter äußerten sich im gleichen Sinn: »Der Einheitsblock muß unter allen Umständen bestehen bleiben«, lautete die Forderung Friedrich Eberts.²⁹⁷ In den folgenden Wochen beschäftigten sich die Parteien mit einer

1998, S. 264. – N. M. NAIMARK, *The Russians in Germany*, 1995, S. 339; S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 115f. u. 141.

²⁹³ Zit. in ebd., S. 141f. – Vgl. auch J. TOMILIN, »Der Block antifaschistischer Parteien der Provinz Brandenburg«, in: *Sowjetskoje Slowo* vom 18.6.1947. Deutsche Übersetzung in: BLHA, Rep. 333, Nr. 901, Bl. 32f.

²⁹⁴ W. ULBRICHT, *Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*/3, 1953, S. 73.

²⁹⁵ Schlusswort Friedrich Eberts auf der Organisations-Konferenz der SED am 20. u. 21.1.1948 in Potsdam, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 68, Bl. 120–126, hier Bl. 120.

²⁹⁶ Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 19.11.1946, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), *Protokolle des Landesblockausschusses*, 1994, S. 64f.

²⁹⁷ Ebd., S. 66.

Neuausrichtung der Blockpolitik in der Provinz Mark Brandenburg. Sowohl die CDU als auch die LDP entwarfen entsprechende Konzepte zur Gestaltung der künftigen Blockpolitik, die in der Sitzung des Landesblockausschusses am 24. Februar 1947 diskutiert wurden.²⁹⁸ Nach Auffassung der SED sei die »Autorität des Antifa-Blockes dem Parlament gegenüber eine unbedingte Notwendigkeit [...]. Der Wille des Blockes muß bei den einzelnen Parteien durchgeführt werden, und die gefaßten Beschlüsse müssen bei den Parteisitzungen auch eingehalten werden.« Dem Block wurde gegenüber dem Landtag eine Vorrangstellung eingeräumt. Wilhelm Wolf vertrat die Auffassung, dass alles getan werden müsse, um das Parlament nicht wieder eine »Streit- und Schwatzbude« werden zu lassen. Der Block solle stets richtungsweisend bleiben.²⁹⁹ Schließlich wurde ein Sonderausschuss eingesetzt, der mit der Ausarbeitung gemeinsamer Grundsätze zur Blockarbeit auf der Basis der vorliegenden Papiere beauftragt wurde. Am 10. März 1947 unterzeichneten die Vertreter von SED, CDU und LDP die gemeinsamen Richtlinien.³⁰⁰

Um die für sie ungünstigen Mehrheitsverhältnisse im Landtag zu umgehen, setzte die SED vor allem darauf, im Sinne der Blockpolitik zu den »fortschrittlichen« Abgeordneten in den Fraktionen von CDU und LDP einen guten Kontakt aufzubauen und sie nach Möglichkeit zu stärken. Für den Landes- und Fraktionsvorsitzenden Willy Sägebrecht lag darin ein Schlüssel, um die Durchsetzung der eigenen Absichten auf parlamentarischem Wege zu gewährleisten.³⁰¹ Die SED suchte dabei die Nähe zu solchen Personen, die größtenteils auch bei der SMA Vertrauen genossen. Neben Otto Nuschke, der zudem in dem Berliner Parteiapparat der CDU eine wichtige Rolle spielte, zählten die bereits erwähnten Annerose Zibolsky und Kurt Müller sowie Carl Mühlmann zu dem Personenkreis. Im Verlauf der ersten Legislaturperiode kamen weitere Abgeordnete wie Karl Grobbel hinzu, der im Herbst 1947 ein Landtagsmandat übernahm. Immerhin übte Grobbel zu diesem Zeitpunkt auch die Tätigkeit des Stellvertretenden Vorsitzenden des Landesverbandes der Union in Brandenburg aus. In einer hausinternen Mitteilung für Otto Grotewohl wurde er als ein fortschrittlich gesinnter Mann charakterisiert, der sich im Kampf gegen die Reaktionen in der eigenen Partei verdient mache.³⁰² Aus der Perspektive Sägebrechts war es darüber

²⁹⁸ Vgl. die Entwürfe des CDU- und LDP-Landesverbandes Brandenburg zu den Richtlinien für die Arbeit der Aktionsausschüsse des antifaschistisch-demokratischen Blocks vom Februar 1947, abgedr. in: ebd., S. 83–85.

²⁹⁹ Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 10.3.1947, abgedr. in: ebd., S. 88–92, hier S. 87.

³⁰⁰ Vgl. ebd., S. 92.

³⁰¹ Vgl. die Erinnerungen von Willy Sägebrecht, 1965, in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 1276/2, Bl. 524.

³⁰² SED-Hausmitteilung von Horst Sindermann an Otto Grotewohl vom 29.3.1950, in: SAPMO-BArch, NY 4090, Nr. 509, Bl. 43. – Vgl. die Erinnerungen von Willy Sägebrecht, 1965, in: SAPMO-BArch,

hinaus dringend erforderlich, den Kreis der kooperationsbereiten »bürgerlichen« Abgeordneten zu erweitern. Im Juli 1947 plädierte er dafür, dass die Fraktionsmitglieder in einem stärkeren Maße als bisher Fühlung zu den Mandatsträgern aus ihren Heimatkreisen aufnehmen sollten. Dahinter stand die Absicht, über den direkten persönlichen Kontakt ein Vertrauensverhältnis zu schaffen, das sich für Parteiinteressen im Landtag nutzen ließ.³⁰³ Der Gedanke war angesichts des Umstandes, dass sich viele Abgeordnete aus der Kommunalpolitik kannten und dort in verschiedenen Gremien – etwa in den Blockausschüssen oder in den Kreistagen – zusammenarbeiteten, taktisch klug. Der oftmals beschwerliche Weg aus den Randregionen nach Potsdam, wenn die Abgeordneten regelmäßig in den überfüllten Eisenbahnzügen aufeinandertrafen oder sie sich, was allerdings die Ausnahme war, untereinander Mitfahrgelegenheiten organisierten, bot ebenfalls Gelegenheiten, um in diesem Sinn tätig zu werden.³⁰⁴

Auch in Thüringen verfolgten die SMA und die SED die Absicht, die Blockpolitik zu verstärken. Bereits auf der konstituierenden Sitzung des Landtages legte Generaloberst Boldin die Vorstellungen der Militäradministration diesbezüglich dar:

»Jetzt unter neuen Umständen, angesichts des vom Volke gewählten Landtages taucht die Frage auf, ob die weitere Mitarbeit aller Parteien und Organisationen noch nötig ist, ob man auch weiter zusammengehen soll?

Ich muß diese Frage mit Ja beantworten.

Da die Verantwortung der Abgeordneten für die Verwaltung Thüringens und die Aufgaben, die vor den antifaschistischen Kräften stehen, unermesslich groß sind und keine [sic!] einzige Partei sie niemals bewältigen

SgY 30, Nr. 1276/2, Bl. 524 u. 531; W. SÄGEBRECHT, Nicht Amboss, sondern Hammer sein, 1968, S. 367.

³⁰³ Vgl. den Bericht von Willy Sägebrecht vom 22.7.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13, Nr. 221, Bl. 46f., bes. Bl. 47.

³⁰⁴ Vgl. das Schreiben der brandenburgischen CDU-Abgeordneten Heinrich Jedro (Burg/Spree), Stefan Bergmann (Annahütte), Josef Halbey (Cottbus), Dr. Heinrich Rüssmann (Kirchhain/Luckau), Willy Heller (Cottbus), Erich Eckert (Welzow) und Dr. Gerhard Webersinn (Finsterwalde) an Friedrich Ebert vom 10.12.1946, in: ACDP, 03-33, Nr. 33, o. Bl.; Schreiben von Friedrich Ebert an Innenminister Bernhard Bechler vom 19.12.1946, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 300, Bl. 95; Rundschreiben von Bernhard Bechler an die Oberlandräte, Landräte und Oberbürgermeister der Provinz Mark Brandenburg vom 21.12.1946, in: ebd., Bl. 94; Schreiben des Abgeordneten Fritz Börner (LDP, Cottbus) an Friedrich Ebert vom 21.12.1946, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 56, Bl. 83f.; Schreiben des Ministeriums der Finanzen der Provinz Brandenburg an das Landtagsbüro vom 16.1.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 58, Bl. 117; Schreiben des Abgeordneten Otto Gohlke (SED) an das Landtagsbüro vom 2.3.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 56, Bl. 239. – Zu den Verhältnissen in Thüringen vgl. den Bericht von Willi Barth (SED) vom 9.6.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Nr. 1085, B. 224–234, bes. Bl. 226. Der Bericht ist auszugsweise abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 360–363.

kann, ist die Zusammenarbeit aller Parteien und Organisationen noch mehr notwendig als vorher.«³⁰⁵

Obwohl Boldin den Landesblockausschuss nicht ausdrücklich erwähnte, war die Aussage im Kontext der damals aktuellen Debatten um eine Fortführung der Blockpolitik trotzdem unmissverständlich. Anfang Januar 1947 wurde den leitenden Vertretern der drei Parteien von der Propagandaabteilung der Wunsch mitgeteilt, dass die Arbeit des Blockes wieder aktiviert werden müsse. In diesem Kontext stellte die SMA Erleichterungen bei dem Aufbau von Parteiorganisationen sowie bei der Zensur von Reden und der Berichterstattung in Aussicht. Auch die Ankündigung, dass fortan das Sekretariat des Landesblockausschusses wieder hauptamtlich besetzt werden müsse³⁰⁶, konnten von der CDU und der LDP als positives Signal für ein zukünftig konzilianteres Auftreten der Militäradministration interpretiert werden. Das galt umso mehr, als der Posten des Landessekretärs beim Blockausschuss nicht an die SED, sondern an ein Mitglied der Weimarer LDP ging.³⁰⁷ Zudem erkannte man auf »bürgerlicher« Seite trotz aller Befürchtungen auch die Chancen, die das Konzept der Blockpolitik bot: Obwohl etwa der stellvertretende Vorsitzende der CDU Thüringen, Georg Grosse, es kategorisch ablehnte, dass der Block »zum Vorparlament oder zum Vorbereiter einer Vereinheitlichung der Parteien« werde, könne er doch, solange man noch »in der Kinderzeit der Demokratie« sei, dazu beitragen, manche Spannung zwischen den Parteien im Vorfeld auszugleichen. Grosse betrachtete den Landesblockausschuss somit nicht als eine übergeordnete Instanz, sondern als eine Ergänzung zum gewählten Parlament, die hilfreiche Dienste leisten konnte.³⁰⁸ Eine ähnliche Auffassung vertrat Hermann Becker. Man dürfe im parlamentarischen Leben die Dinge nicht überspitzen, erklärte er vor seinen Fraktionskollegen im Februar 1947. Die Politik solle weiterhin auf der Basis der gegenseitigen Achtung geführt werden und man wolle die Grundsätze der Blockpolitik dabei nicht verlassen.³⁰⁹

Auf Betreiben der SED fasste der Landesblockausschuss Thüringens am 2. Februar 1947 den Beschluss, seine Arbeit künftig zu verstärken.³¹⁰ Allerdings

³⁰⁵ Thüringer Landtag, 1. WP, 1. Sitzung am 21.11.1946, in: AVThLT/I.1, S. 350.

³⁰⁶ Vgl. den Aktenvermerk über ein Gespräch der Vertreter der drei Parteien mit Hauptmann Powlotzkij am 6.1.1947, in: ACDP, 03-31, Nr. 36, o. Bl.

³⁰⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 16.2.1947, 5 S., in: ADL, L 5, Nr. 618, o. Bl., S. 4. – J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 296.

³⁰⁸ Protokoll der Sitzung des erweiterten CDU-Parteivorstands am 12.7.1947 (Auszug), abgedr. in: S. SUCKUT (Bearb.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 216–219, hier S. 218.

³⁰⁹ Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 16.2.1947, in: ADL, L 5, Nr. 618, o. Bl., S. 4.

³¹⁰ Vgl. M. BROSZAT/H. WEBER (Hrsg.), SBZ-Handbuch, 1993, S. 604.

waren die Ergebnisse dieser Bemühungen relativ bescheiden. Im Gegensatz zur Mark Brandenburg, wo der Blockausschuss regelmäßig zusammentrat und in einem relativ unaufgeregten Klima über die bestehenden Streitfragen verhandelt wurde, galt das für sein Thüringer Pendant nur in begrenztem Maße. Zwischen den »bürgerlichen« Parteien und der SED entwickelten sich über den eingeschlagenen politischen Kurs erbitterte Auseinandersetzungen. Vor allem die Meinungsverschiedenheiten um die Sequestrationen, die Enteignungen von sogenannten Nationalsozialisten und Kriegsverbrechern sowie die »Volkskongress«-Initiative führten dazu, dass die CDU und die LDP mehrfach mit einem Austritt aus dem Blockausschuss drohten. Zwischenzeitlich stellte das Gremium seine Arbeit sogar ganz ein.³¹¹ In den Augen mancher »bürgerlicher« Politiker versagte die Blockpolitik in Thüringen.³¹² Selbst der Versuch der SED, dem Blockprinzip im Sommer 1947 durch die Abhaltung von Landesblockkonferenzen mehr öffentliche Anerkennung zu verschaffen, brachte hier kaum spürbare Ergebnisse.³¹³ Vielmehr war es hauptsächlich den Interventionen der SMA geschuldet, dass die Blockpolitik im Land fortgeführt wurde.³¹⁴ Es überrascht nicht, dass vor diesem Hintergrund der direkte Einfluss des Landesblockausschusses als Institution auf den Thüringer Landtag gering ausfiel. Stattdessen wurde die Koordinierung in interfraktionellen Gesprächen geleistet.

Seit der Regierungsbildung und den Verfassungsberatungen im Dezember 1946 war es üblich, dass Landtagspräsident Frölich zwei Tage vor der anstehenden Plenarsitzung die führenden Köpfe der Parteien und die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen zu einem parlamentarischen Abend einlud. Diese Treffen fanden in der Regel in Frölichs Privatwohnung statt. In ungezwungener Atmosphäre tauschte man sich dann über die anstehenden Tagesordnungspunkte, die Anträge der Fraktionen sowie über andere das Parlament betreffende Fragen aus. Zwar gehörte diese Art des ungebundenen Verkehrs seit Bismarcks Soireen und Bierabenden zu dem gesellschaftlich-kommunikativen Umfeld in vielen Volksvertretungen.³¹⁵ Sie wurde auch in den anderen Landtagen der SBZ gepflegt. Allerdings entwickelten sich die interfraktionellen Gespräche in Thüringen zu einer festen Institution, die für den Arbeitsablauf des Landtags von Bedeutung

³¹¹ Vgl. das Memorandum von Iwan S. Kolesnitschenko für Boris N. Ponomarjow zu Fragen der politischen Praxis in Deutschland (Auszug) vom 29.11.1948, abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. NAIMARK (Hrsg.), Sowjetische Politik in der SBZ, 1998, S. 183–198, bes. 191.

³¹² Vgl. das Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 16.2.1947, in: ADL, L 5, Nr. 618, o. Bl., S. 4.

³¹³ Vgl. das Protokoll der Sitzung des erweiterten CDU-Parteivorstands am 12.7.1947 (Auszug), abgedr. in: S. SUCKUT (Bearb.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 216–219, bes. S. 218.

³¹⁴ Vgl. das Memorandum von Iwan S. Kolesnitschenko für Boris N. Ponomarjow zu Fragen der politischen Praxis in Deutschland (Auszug) vom 29.11.1948, abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. NAIMARK (Hrsg.), Sowjetische Politik in der SBZ, 1998, S. 191.

³¹⁵ Vgl. A. BIEFANG, Die andere Seite der Macht, 2009, S. 244–256.

war. Das unterschied sie von den tradierten Formen parlamentarischer Gesellschaften.³¹⁶ Im Februar 1947 fasste der Landesblockausschuss einen Beschluss, der die Fraktionen darauf verpflichtete, sich über die geplanten Initiativen vorab auszutauschen, um nach Möglichkeit bereits im Vorfeld eine gemeinsame Haltung der Landtagsfraktionen zu erreichen. Dadurch wurden die interfraktionellen Gespräche zu einem zentralen Bestandteil des politischen Lebens in Thüringen aufgewertet.³¹⁷ Laut eines Berichts der Landtagsverwaltung boten sie zusammen mit den Sitzungen der Fraktionen und des Ältestenrats die Gewähr dafür, »daß unliebsame Zwischenfälle bei der Beratung im Plenum« weitgehend verhindert werden konnten.³¹⁸ Zudem stärkten sie die Position des Landtagspräsidenten: Während Friedrich Ebert im brandenburgischen Landesblockausschuss weitgehend unter der Kontrolle von Willy Sägebrecht stand, konnte August Frölich die Rolle des präsidialen Gastgebers nutzen, um sich als »ehrlicher Makler« zwischen den Interessen der Fraktionen unverzichtbar zu machen. Damit hob er zugleich die eigene Stellung innerhalb des SED-Landesvorstands sowie gegenüber der SMA hervor.

b) Begrenzter Einfluss des brandenburgischen Landesblockausschusses

Die Frage, welchen Einfluss die Landesblockausschüsse auf die Arbeit der Landtage ausübten, gehört zu den zentralen Aspekten wenn es darum geht, die tatsächlichen Handlungsmöglichkeiten und Freiräume der gewählten Volksvertretungen in der SBZ auszuloten. In der Forschungsliteratur fiel die Antwort bislang relativ eindeutig aus: Die Ausschüsse wurden als übergeordnete Organe betrachtet, welche »die Arbeit der Volksvertretungen und die Landespolitik in starkem Maße« mitbestimmten.³¹⁹ Man hat ihnen im Verhältnis zu den Landtagen somit genau jene vorbereitende und koordinierende Funktion zugesprochen, welche die SED-Führung und die Militäradministration nach der Wahl 1946 bezweckten. Die zeitgenössischen Urteile schienen diese Einschätzung zu

³¹⁶ Vgl. das Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 24.3.1947, vormittags, in: ADL, L 5, Nr. 618, o. Bl.; Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 6. u. 7.10.1947, 4 S., in: ebd., o. Bl., S. 3vs; Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 21.7.1948, in: ADL, L5, Nr. 620, o. Bl.; Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 31.8.1949, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl.; Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 10.10.1949, in: ebd., o. Bl. – Tätigkeitsbericht des Thüringer Landtags für die SMA Thüringen, o. D. [Ende Januar 1947], 4 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 425, o. Bl., S. 1.

³¹⁷ Vgl. S. SUCKUT, Block-Ausschüsse, 1993, S. 607.

³¹⁸ Vorbereitungen zur Abwicklung der Sitzungen des Thüringer Landtages, o. D. [Ende 1949], in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 201/1, Bl. 34.

³¹⁹ S. SUCKUT, Block-Ausschüsse, 1993, S. 607; F. Reinert (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. XLIII.

bestätigen: »Die ernsteren, wichtigeren Fragen, die dem Landtag vorgelegt werden, werden vorerst in den Konferenzen des Blocks besprochen«, hieß es beispielsweise in einem Zeitungsartikel, der Mitte Juni 1947 in der russischsprachigen Tageszeitung der SMAD *Sowjetskoje slowo* erschien:

»Der Block fordert die Umwandlung des Landtages in ein Organ, das sich nicht auf langwierige, fruchtlose Diskussionen beschränkt, sondern sich betätigt indem es Tagesprobleme löst [...]. Die SED ist die führende Partei des Blocks und arbeitet Hand in Hand zusammen mit den anderen Parteien, die aktiv am politischen Leben teilnehmen und dadurch die Demokratisierung der Provinz, die Festigung der Organe der örtlichen Selbstverwaltung und die Vernichtung des Nazismus und Militarismus fördern.«³²⁰

In einem Bericht, den Willy Sägebrecht wenige Wochen später für die zentralen Parteistellen in Berlin über die Zusammenarbeit der SED mit den Fraktionen der anderen Parteien verfasste, stellte er den eingeschlagenen Kurs ebenfalls als einen guten Erfolg dar. Die Hauptarbeit bei der Durchsetzung bestimmter Fragen im Parlament von Brandenburg werde vorab im Blockausschuss geleistet, lautete der zufriedene Tenor dieser Zwischenbilanz.³²¹

Allerdings sind Zweifel an einer solchen durchweg positiven Darstellung angebracht. Sieht man von der Konstituierung des brandenburgischen Landtags sowie der komplizierten Regierungsbildung ab, als der Landesblockausschuss durchaus als ein wichtiger Ort des Verhandeln zwischen den Parteien diente, hielt sich sein direkter Einfluss auf die Vorgänge im Parlament in Grenzen. Von den 221 Tagesordnungspunkten, die der Landtag im Jahr 1947 behandelte, und den 32 verabschiedeten Gesetzen³²² war laut der überlieferten Sitzungsprotokolle nur ein geringer Bruchteil vorher im Landesblockausschuss zur Sprache gekommen.

Am 12. Februar 1947 beschäftigte sich der Blockausschuss mit einem Schreiben Marschall Sokolowskis an die Ministerpräsidenten der SBZ vom 30. Januar. In diesem ordnete der SMAD-Chef verschiedene Maßnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion an und sicherte den Landesregierungen dabei die umfassende Unterstützung durch die Besatzungsmacht zu.

³²⁰ J. TOMILIN, »Der Block antifaschistischer Parteien der Provinz Brandenburg«, in: *Sowjetskoje Slowo* vom 18.6.1947. Deutsche Übersetzung in: BLHA, Rep. 333, Nr. 901, Bl. 33. – Zur Geschichte der Zeitung siehe J. FOITZIK/M. A. PERKOW, Redaktion und Verlag der Zeitung »Sowjetskoje slowo«, 2009.

³²¹ Bericht von Willy Sägebrecht vom 22.7.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13, Nr. 221, Bl. 47.

³²² Vgl. H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, *Das Land Brandenburg*, 1998, S. 258.

Dieses Schreiben stand im Zusammenhang mit der Absicht der SMAD, die immer noch schlechte Wirtschafts- und Versorgungslage in der Besatzungszone zu verbessern.³²³ Zugleich erwies sich das Schreiben als wesentlicher Baustein auf dem Weg zu einer staatlich gelenkten Planung in der Landwirtschaft.³²⁴ Nach sowjetischem Muster sollte der Inhalt des Briefes in einer breiten Kampagne öffentlich propagiert werden. Deshalb gab die SMAD die Anweisung heraus, die Landesparlamente möglichst innerhalb einer Woche zu Sondersitzungen einzuberufen, um in der Bevölkerung darüber eine breite Diskussion anzustoßen, welche sich wiederum positiv auf die landwirtschaftliche Produktion auswirken sollte.³²⁵ Der Landesblockausschuss in Potsdam nahm den von Friedrich Ebert am 12. Februar geschilderten Ablaufplan, demzufolge nach der Verlesung des Schreibens Sokolowskis eine Regierungserklärung, eine allgemeine Aussprache sowie die Stellungnahmen von »Vertreter(n) der Bauern, Hausfrauen, Jugend, Gewerkschaften, Akademiker usw.« folgen werde, zur Kenntnis. Außerdem wurde eine Entschließung erarbeitet, die auf der Sondersitzung vorgetragen werden sollte.³²⁶ Von dieser Maßnahme abgesehen, übte der Landesblockausschuss allerdings keinen Einfluss auf die Vorbereitungen aus. Sie blieben dem Ältestenrat und dem Präsidium vorbehalten.³²⁷

Wenige Wochen später wurden erneut Vorgänge im Landtag zum Gegenstand der Blockverhandlungen. Willy Sägebrect sprach am 10. März im Ausschuss einen von der LDP-Fraktion vorbereiteten Antrag an, der darauf abzielte, eine Materialsammlung zur Außenministerkonferenz in Moskau zusammenzustellen, auf der über die deutsche Frage beraten wurde. Sägebrect zeigte sich in der Situation gut über die internen Vorgänge bei den Liberaldemokraten informiert. Aufgrund des Umstandes, dass die Moskauer Konferenz am gleichen

³²³ Vgl. F. SÄTTLER, *Wirtschaftsordnung im Übergang/1*, 2002, S. 356; Notizen von Wilhelm Pieck zu einer Besprechung bei Marschall Sokolowski am 21.1.1947, abgedr. in: W. LOTH (Hrsg.), *Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik*, 1994, S. 108f., bes. S. 109. Der Text des Schreibens ist abgedr. in: Landtag Brandenburg, 1. WP, 7. (außerordentliche) Sitzung am 14.2.1947, in: AVLTB/1, S. 77–92, bes. S. 77f.; Thüringer Landtag, 1. WP, 10. Sitzung am 17.2.1947, in: AVThLT/I.1, S. 544–564, bes. S. 545f.

³²⁴ Vgl. D. BRUNNER, *Der Schein der Souveränität*, 2006, S. 345.

³²⁵ Vgl. ebd.; Schreiben von Carl Steinhoff an Friedrich Ebert vom 10.2.1947 (Drucksache Nr. 36), in: AVLTB/2, S. 72. Siehe auch den Aktenvermerk über eine Besprechung von August Frölich und Dr. Rudolf Paul bei Iwan S. Kolesnitschenko am 10.2.1947, verf. am 11.2.1947, in: ThHStAW, Land Thüringen, *Der Ministerpräsident – Büro des Ministerpräsidenten*, Nr. 514, Bl. 145–151, bes. Bl. 145f.

³²⁶ F. REINERT (Bearb.), *Protokolle des Landesblockausschusses*, 1994, S. 82.

³²⁷ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 7. (außerordentliche) Sitzung am 14.2.1947, in: AVLTB/1, S. 90 (Beitrag Peter Bloch, CDU) u. 91 (Beitrag Friedrich Ebert, SED). – Vgl. auch die Tagesordnung für die 7. (außerordentliche) Sitzung des Landtags Brandenburg (Drucksache Nr. 37), in: AVLTB/2, S. 74; Protokoll zur Sitzung des Präsidiums des Landtags Brandenburg am 14.2.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 28, Bl. 26.

Tag begann, der Landtag aber erst am 20. März wieder zusammentreten würde, regte der SED-Vorsitzende an, dass man die Idee der LDP aufgreifen und zu einer gemeinsamen Erklärung der Blockparteien umwandeln könne. Die »bürgerlichen« Vertreter zeigten sich für diesen Vorschlag aufgeschlossen.³²⁸ Allerdings gaben sie damit die Urheberschaft für die Initiative, die ja eigentlich bei der LDP lag, aus den Händen. Die SED übernahm die Federführung. Auf der ersten Sitzung des Unterausschusses am 13. März, der eigens eingerichtet wurde, um die Entschließung auszuarbeiten, legte die Einheitspartei einen kompletten Textentwurf zur Beratung vor. Weil der zuständige CDU-Vertreter, Ernst Zborowski, an mehreren Stellen starke inhaltliche Bedenken gegen die SED-Vorlage geltend machte, wurde eine zweite Beratung notwendig. Am Ende stand schließlich eine allgemeine Erklärung des Landesblockausschusses, die deutlich die Handschrift der Einheitspartei trug.³²⁹

Vollzogen sich die beiden vorgenannten Fälle in einem Zeitraum von jeweils wenigen Tagen, erwies sich der Streit zwischen den Parteien um die Benennung des Präsidenten des Verwaltungsgerichts im Herbst 1947 als ein Konflikt, der sich über mehrere Monate hinzog. Er dokumentiert in dem Jahr den einzigen Vorfall, der den Landesblockausschuss und das Parlament als Institutionen in gleicher Weise direkt betraf. Die Einrichtung einer juristischen Instanz, die auf Landes- und Provinzebene eine gerichtliche Kontrolle von staatlichen Verwaltungsbehörden gewährleistete, hatte eine komplizierte Entstehungsgeschichte.³³⁰ Die Entwicklung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Provinz Mark Brandenburg wurde maßgeblich durch vier Faktoren bestimmt: (1) Durch den Willen der Besatzungsmacht, die 1946 von dem Alliierten Kontrollrat dazu beschlossene Rahmengesetzgebung auch in ihrer Zone umzusetzen; (2) durch die großen Vorbehalte besonders unter den ehemaligen KPD-Politikern in der SED-Führung, denn sie bewerteten die Schaffung einer solchen Kontrollinstanz als erheblichen Störfaktor bei der Durchsetzung des Machtanspruchs in der staatlichen Verwaltung; (3) durch die äußerst begrenzten materiellen und personellen Ressourcen im Land sowie (4) durch die Absicht der SED, den Handlungsrahmen der Verwaltungsgerichtsbarkeit gesetzlich stark einzugrenzen.³³¹ Die beiden »bürgerlichen« Parteien verfolgten hingegen die Absicht, der Justiz die politische Unabhängigkeit zu garantieren. Vor allem die CDU

³²⁸ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 10.3.1947, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 90–95, bes. S. 92.

³²⁹ Vgl. die Erklärung des Antifaschistisch-demokratischen Einheitsblocks Provinz Mark Brandenburg zur Moskauer Konferenz der Außenminister der Alliierten vom 18.3.1947, abgedr. in: ebd., S. 96f. – Zu den vorhergehenden Beratungen vgl. die Protokolle der Sitzungen des Unterausschusses des Landesblockausschusses am 13. u. 17.3.1947, abgedr. in: ebd., S. 95f.

³³⁰ Ausführlich dazu D. POHL, Justiz in Brandenburg, 2001, S. 59.

³³¹ Vgl. ebd., S. 59f.

profilierte sich gegenüber der SED in der juristischen Frage als ein starker Gegenspieler, was nicht zuletzt daran lag, dass sich in ihrer Landtagsfraktion mit Franz Schleusener ein ausgewiesener Experte für Verwaltungsrecht befand. Der von der SED im August 1947 vorgelegte Gesetzesentwurf stieß bei LDP und CDU in wesentlichen Teilen auf Kritik. Insbesondere bei der Frage der Zuständigkeit des Gerichtshofes regte sich Widerspruch. Während in dem SED-Antrag die Kompetenzen des Verwaltungsgerichts durch das Enumerationsprinzip festgelegt wurden, was bedeutete, dass die Tätigkeit des Gerichts sich nur auf gesetzlich fixierte Bereiche der Verwaltung erstrecken sollte, trat die »bürgerliche« Seite im Sinne einer vollen Gerichtsbarkeit für die Aufnahme einer Generalklausel ein. Hierdurch wäre die Überprüfung aller Verwaltungsvorgänge möglich gewesen.³³² Dass die Christ- und Liberaldemokraten mit ihrem Anliegen in der Sache scheiterten, lag an dem Eingriff der SMA. Die Militäradministration war nicht bereit, einer Generalklausel zuzustimmen, weshalb sich die »bürgerlichen« Fraktionen unter dem sowjetischen Druck genötigt sahen, den Vorgaben der SED zu folgen. Das Gesetz wurde am 10. Oktober 1947 in zweiter Lesung mit leichten Abänderungen im Landtag einstimmig angenommen.³³³

Nur vor dem Hintergrund dieser Geschehnisse wird erklärbar, weshalb sich die personelle Besetzung des Verwaltungsgerichts zu einem ernststen Konflikt zwischen der SED und den anderen Parteien entwickelte. Waren sie auch mit ihren gesetzlichen Vorschlägen weitgehend gescheitert, vertrauten die CDU und die LDP sehr darauf, bei der Verteilung der höchsten Ämter im Präsidium des Verwaltungsgerichts berücksichtigt zu werden. Umso überraschter reagierten sie, als die SED mit dem Potsdamer Rechtsanwalt Max Masius einen eigenen Kandidaten präsentierte. Die Planungen der Einheitspartei zielten darauf ab, nach der Verabschiedung des Gesetzes umgehend die Führungsposition des Verwaltungsgerichts durch den Landtag wählen zu lassen, zumal die Terminvorgaben der SMA drängten. Seit mehreren Monaten stand für die SED außer Frage, dass das Präsidentenamt mit einem loyalen Genossen besetzt werden müsse.³³⁴ Gegen dieses Vorgehen wehrte sich insbesondere die Unionsfraktion. Einen Tag vor der entscheidenden Plenarsitzung teilte die CDU der SED mit, dass sie deren Personalvorschlag nicht mittragen werde.³³⁵ Nachdem bereits der

³³² Vgl. den Antrag Sägebrecth und Genossen »Gesetz über die Wiederherstellung der Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 19.8.1947« (Drucksache Nr. 116), in: AVLTB/2, S. 171–173. – Vgl. auch Landtag Brandenburg, 1. WP, 17. Sitzung am 11.9.1947, in: AVLTB/1, S. 245–261, bes. S. 250 (Beitrag Franz Schleusener, CDU); D. POHL, Justiz in Brandenburg, 2001, S. 60.

³³³ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 21. Sitzung am 10.10.1947, in: AVLTB/1, S. 292–297, bes. S. 295.

³³⁴ Vgl. D. POHL, Justiz in Brandenburg, 2001, S. 61; vgl. die Tagesordnung für die 21. Sitzung des Landtags Brandenburg am 10.10.1947 (Drucksache Nr. 150), in: AVLTB/2, S. 216.

³³⁵ Vgl. das Schreiben von Gerhart Schütze an Willy Sägebrecth vom 9.10.1947, in: ACDP, 03-33,

Präsident des Oberlandesgerichts sowie das Amt des Generalstaatsanwalts an die SED gegangen waren, pochte die Union als zweitstärkste Partei in Brandenburg nun auf den Zuschlag.³³⁶ Der Widerwillen wurde dadurch verstärkt, dass sich die Christdemokraten aufgrund einer unwahren Behauptung Sägebrechts hinters Licht geführt sahen: Dieser hatte nämlich behauptet, dass der Landesgeschäftsführer der Union, Zborowski, zugesichert habe, dass man der SED das Vorschlagsrecht in der Personalie überlasse. Das entsprach aber keineswegs den Tatsachen, eine solche Zusicherung bestand nicht.³³⁷ Um die anstehende Verabschiedung des Gesetzes nicht zu gefährden und keinen Eklat im Landtag in der Kandidatenfrage zu provozieren, schlug Willy Sägebrecht vor dem Beginn der Plenarsitzung am 10. Oktober vor, die Wahl von der Tagesordnung zu nehmen und die Angelegenheit zunächst im Block zu erörtern.³³⁸ Das war das einzige Mal im Jahr 1947, dass die Einheitspartei den Versuch unternahm, einen bestehenden Dissens unmittelbar von der parlamentarischen Ebene in den Landesblockausschuss zu verlagern, um dort eine Lösung herbeizuführen. Die CDU-Fraktion erklärte sich damit einverstanden.³³⁹

Die Sitzung des Blockausschusses am folgenden Tag brachte jedoch kein Ergebnis. Sowohl der führende SED-Vertreter Sägebrecht als auch Ernst Zborowski legten noch einmal ihre Standpunkte dar und bekräftigten die gegenseitigen Vorwürfe. Die Situation wurde sogar noch unübersichtlicher, weil nun ebenfalls die Liberaldemokraten, die sich in der bisherigen Diskussion benachteiligt gefühlt hatten, Ansprüche geltend machten. Sie pochten gleichfalls auf eine angemessene Berücksichtigung der »bürgerlichen« Parteien bei der Vergabe der Spitzenämter.³⁴⁰ In der folgenden Sitzung am 20. Oktober zeichneten sich insoweit Veränderungen ab, als dass die SED von ihrem bisherigen Kandidaten Masius abrückte und stattdessen den Landrat und Landtagsabgeordneten Walter Beckmann (SED) nominierte. Im Gegensatz zu Masius verfügte der Jurist und ehemalige Sozialdemokrat Beckmann in den »bürgerlichen« Parteien über einiges Ansehen und erschien deshalb als ein vermittelbarer Kandidat. Allerdings beharrten die Vertreter der CDU und LDP weiterhin auf ihren Standpunkten. Die SED wiederum war nicht bereit, sich auf einen der »bürgerlichen« Alternativ-

Nr. 73, o. Bl.

³³⁶ Vgl. das Schreiben von Gerhart Schütze an Friedrich Ebert vom 10.10.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 127, Bl. 1. Auch zit. bei D. POHL, *Justiz in Brandenburg*, 2001, S. 61.

³³⁷ Vgl. das Schreiben von Gerhart Schütze an Willy Sägebrecht vom 10.10.1947, in: ACDP, 03-33, Nr. 73, o. Bl.

³³⁸ Schreiben von Willy Sägebrecht an die CDU-Landtagsfraktion Brandenburg vom 10.10.1947, in: ebd., o. Bl.

³³⁹ Schreiben von Gerhard Schütze an Willy Sägebrecht vom 10.10.1947, in: ebd., o. Bl.; vgl. das Schreiben von Gerhard Schütze an Dr. Gerhard Schneider vom 10.10.1947, in: ebd., o. Bl.

³⁴⁰ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg vom 11.10.1947, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), *Protokolle des Landesblockausschusses*, 1994, S. 167–170, bes. S. 168–170.

vorschläge einzulassen.³⁴¹ Am Ende des Monats war immer noch keine Einigung erzielt, so dass die Frage vom Landesblockausschuss an die Parteien und Fraktionen zurückgegeben wurde.³⁴²

Weil in der Pattsituation eine einvernehmliche Lösung nicht in Sicht und der von der SMA gesetzte Stichtag bereits um mehrere Wochen verstrichen war, betraute Innenminister Bernhard Bechler Anfang November den Präsidenten des Oberlandesgerichts, Fritz Löwenthal (SED), mit der kommissarischen Leitung des Verwaltungsgerichtshofs. Ihm wurden Walter Beckmann und der Kandidat der CDU, Franz Krause, als Verwaltungsgerichtsräte sowie 15 Laienrichter zur Seite gestellt, von denen sechs Mitglieder der »bürgerlichen« Parteien waren. Das Gericht konnte so Anfang Dezember 1947 seine Arbeit offiziell aufnehmen.³⁴³ Eine Annäherung zwischen der SED, der CDU und der LDP blieb allerdings weiter aus. Der Einheitspartei konnte die als Übergang gedachte Lösung durchaus recht sein, denn sie hatte selbst mit einem kommissarischen Leiter ihr Ziel verwirklicht, die politische Kontrolle über den Gerichtshof zu erlangen. Zudem taten der Landesvorstand sowie das Innenministerium alles, um den Einfluss der Instanz so gering wie möglich zu halten. Bis 1952 blieb die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Brandenburg in einem »embryonalen Zustand«.³⁴⁴ Die Christ- und Liberaldemokraten erkannten, dass ihr Widerstand angesichts der bestehenden Konstellationen keine Aussicht auf Erfolg hatte. Um zumindest das Schlimmste zu vermeiden, zeigten sie sich Ende Januar 1948 bereit, den als politisch vergleichsweise gemäßigt geltenden Walter Beckmann als künftigen Präsidenten des Verwaltungsgerichts zu tragen. Sie verbanden damit aber zugleich die Forderung, stärker als bisher im Präsidium sowie bei der Besetzung eines zweiten Senats berücksichtigt zu werden.³⁴⁵ Unter maßgeblicher Beteiligung des Innenministers gelang es der SED, diese Forderungen auszubremsen.³⁴⁶ Anfang September 1948 entschied der Landesblockausschuss, es bei der kommissarischen Besetzung des Präsidiums zu belas-

³⁴¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg vom 20.10.1947, abgedr. in: ebd., S. 172–174, bes. S. 172f.

³⁴² Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg vom 28.10.1947, abgedr. in: ebd., S. 174–177, bes. S. 175.

³⁴³ Vgl. D. POHL, *Justiz in Brandenburg*, 2001, S. 61.

³⁴⁴ Vgl. ebd., S. 62.

³⁴⁵ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg vom 20.1.1948, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), *Protokolle des Landesblockausschusses*, 1994, S. 187f., bes. S. 187; Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg vom 29.1.1948, abgedr. in: ebd., S. 188f.

³⁴⁶ Vgl. D. POHL, *Justiz in Brandenburg*, 2001, S. 61; F. REINERT (Bearb.), *Protokolle des Landesblockausschusses*, 1994, S. 188f., Anm. 2; Bericht des Amtes für Information Brandenburg über die Sitzung der LDP-Landtagsfraktion am 8.6.1948, in: BLHA, Rep. 203, Nr. 75, Bl. 234–236, bes. Bl. 235.

sen. Entgegen der bestehenden Gesetzeslage wurde der Beschluss dem Landtag nicht zur Abstimmung vorgelegt.³⁴⁷

Zwar gab es in allen Parteien personelle Überschneidungen zwischen der Mitwirkung im Landesblockausschuss, dessen Mitglieder sich in der Regel aus dem Landesvorstand der SED, der CDU und der LDP rekrutieren, und der Tätigkeit im Landtag. Da in den »bürgerlichen« Parteien die Fraktionen als selbstständige Gruppen verstanden wurden, fühlten sich deren Vertreter aber nicht an die Weisungen des Landesblockausschusses gebunden. Die Betonung des »freien Mandats« hatte zur Folge, dass in der CDU und LDP innerparteiliche Diskussionen einen wesentlichen Baustein der Entscheidungsfindung in der Parlamentsarbeit ausmachten. Weil in beiden Parteien die Unabhängigkeit der Fraktionen einen hohen Stellenwert besaß, konnte die an den Landesblockausschuss als Institution gebundene Lenkung von Entscheidungen nicht in dem Maße funktionieren, wie es sich die SED-Führung zunächst erhofft hatte. So erklärt es sich, dass in der ersten Hälfte der Legislaturperiode so gut wie kein einziges Gesetzeswerk und kaum eine Tagesordnung im Landesblockausschuss vorab besprochen wurde. Erst im Frühjahr 1948 zeichneten sich in der Frage Veränderungen ab. Die Sitzung des Landesblockausschusses am 23. April stand ganz im Zeichen einer Aussprache über den Stand der parlamentarischen Arbeit. Nach einigen kontroversen Sitzungen des Landtags trat Willy Sägebrecth nun dafür ein, nicht nur die Arbeit der Fraktionen untereinander zu verbessern, sondern auch den Einheitsblock dabei stärker als bisher einzubinden. Die »bürgerlichen« Parteien teilten diesen Standpunkt, wobei insbesondere der LDP-Vertreter Ingo von Koerber davor warnte, dass man die bestehenden Gremien des Parlaments dabei aber nicht in ihrer Tätigkeit beeinträchtigen dürfe. Ernst Zborowski schlug vor, »so etwas wie einen interfraktionellen Ausschuß zu bilden, der sich ständig nach den Fraktionssitzungen zusammensetzt, um in zwangloser Form eventuelle Schwierigkeiten bzw. Unklarheiten beseitigen zu helfen.«³⁴⁸ Die Idee des Landesgeschäftsführers der Union erinnert sehr an die interfraktionellen Gespräche, wie sie im Thüringer Landtag praktiziert wurden. Zwar stimmten alle Seiten Zborowskis Vorschlag im Prinzip zu, allerdings ist kein Hinweis überliefert, dass sich diese Form interfraktioneller Kommunikation wirklich zu einem mit den Verhältnissen in Weimar vergleichbaren Gremium entwickelte. Mit Blick auf die Arbeit im Landtag funktionierte der Landesblockausschuss also le-

³⁴⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg vom 1.9.1948, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 201–203, bes. S. 202; Schreiben des Ministeriums des Innern Brandenburg an Ministerialdirektor Fritz Springer vom 4.9.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 301, Bl. 142. – Vgl. auch D. POHL, Justiz in Brandenburg, 2001, S. 61f.

³⁴⁸ Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg vom 23.4.1948, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 194–196, hier S. 195.

diglich als eines von mehreren Korrektiven außerhalb des Plenarsaals – und das nur in einem begrenzten Maße.

7. CDU und LDP im parlamentarischen Alltag

a) »Bürgerliche« Eindämmungsstrategien

Die Ermahnung von Wilhelm Külz aus dem Jahr 1946 an die neu gewählten Volksvertreter, nicht in eine negierende Oppositionsrolle zu verfallen, sondern sich stets konstruktiv am Wiederaufbau des Landes zu beteiligen, wurde nicht nur in der LDP angenommen, sondern hätte genauso der CDU als Leitspruch dienen können. Angesichts der Erfahrungen mit der NS-Diktatur, der totalen Niederlage und dem Nachkriegselend war unter den Mitgliedern der »bürgerlichen« Fraktionen in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen die Bereitschaft stark ausgeprägt, auf der Grundlage einer aufrichtigen und gleichberechtigten Zusammenarbeit mit der SED den Wiederaufbau des Landes voranzubringen. »Es war zuerst ein Kampf um die einfachsten Lebensnotwendigkeiten, wie Ernährung und Heizung«, schrieb Hermann Becker in der Rückschau. »Dann ging es um persönliche und wirtschaftliche Existenz und dann um die Grundlage, um demokratische Politik und um rechtsstaatliche Verhältnisse. Diese Reihenfolge ist kein Zufall. Sie zeigt, wie die Politik auf mehreren Ebenen nebeneinander, aber eng ineinander gehend praktiziert werden mußte. Zunächst war die Not des Tages und dann mußte die Sicherung in der politischen Gestaltung gesucht und geschaffen werden.«³⁴⁹ Nationales Verantwortungsbewusstsein, politische Überzeugung und das Pflichtgefühl gegenüber dem Schicksal der Bevölkerung gehörten zu den wesentlichen Motiven, die die Abgeordneten dazu bewogen, mit ihrer Tätigkeit bis an die Grenzen des physischen und psychischen Leistungsvermögens zu gehen – und oft genug darüber hinaus.³⁵⁰ Doch trotz der Kooperationsbereitschaft ging es gerade der »ersten Generation« der Landtagsabgeordneten auch darum, Schlimmeres zu verhüten. Diesen sehr komplexen Wechsel aus Mitarbeit und oppositionellem Bestreben fasste der brandenburgische CDU-Politiker Peter Bloch in einem sehr anschaulichen Gleichnis zusammen:

³⁴⁹ Erinnerungsbild von Hermann Becker, in: ADL, Sammlung LDPD-Politiker (SBZ), o. Bl., S. 4f.

³⁵⁰ Vgl. Gertrud Voigt, »Zur Geschichte der CDU unmittelbar nach dem Krieg 1946–1949«. Handschriftliches Manuskript, o. D., in: ACDP, 01-297-012, Nr. 1, S. 8; Tagebucheintrag von Willy Heller zum 25.11.1948, in: ACDP, 01-255, Nr. 1, AO 2, Bl. 91f.; DERS., »In der sowjetischen Besatzungszone von 1945 bis 1949«. Abschrift einer Tonbandaufzeichnung, 27.4. bis 2.5.1980, in: ebd., S. 58.

»Auf der Straße spielen blühende Kinder. Plötzlich kommen wilde Pferde gerast und drohen, die Kinder unter ihren Hufen zu zertrampeln. Drei Wege gibt es für uns. Erstens könnte man vor die Pferde springen. Das würde bedeuten, wir würden zertrampelt und könnten nichts mehr retten. Die zweite Möglichkeit wäre, in einen Hausflur zu springen und die Pferde über die Kinder hinwegrasen zu lassen. Dies wäre feig. Wir wählen den dritten Weg, versuchen den Pferden von der Seite in die Zügel zu fallen.«³⁵¹

Die Zuordnung der Rollen in diesem Bild, das Bloch mehrfach auf Wahl- und Parteikundgebungen verwandte, ist eindeutig. Dem Selbstverständnis der CDU- und LDP-Abgeordneten zufolge war es die Aufgabe »bürgerlicher« Politik in der SBZ, durch die Kooperation mit der SED die größten Auswüchse zu verhindern, nach Möglichkeit rechtsstaatliche Prinzipien in die Landesgesetzgebung einzubringen, für die Wahlbevölkerung politische Alternativen anzubieten und mäßigend auf die Einheitspartei einzuwirken – ihr also sinnbildlich »in die Zügel zu fallen«.³⁵² Genau das versuchten viele Parlamentarier.

In Brandenburg setzte sich die CDU bereits im Umfeld der Konstituierung des Landtags das Ziel, die Arbeit der bisherigen Provinzialverwaltung einer kritischen Revision zu unterziehen. Durch die Bildung der gewählten Volksvertretungen, die von der Besatzungsmacht die legislativen Kompetenzen übertragen bekamen, veränderte sich das politische Gewicht in den Ländern und Provinzen. In den Augen vieler »bürgerlicher« Politiker bot sich nun die Chance, über die Länderparlamente einen Teil der von der KPD/SED seit dem Sommer 1945 eingeleiteten Veränderungen zwar nicht ganz zurückzunehmen, sie aber zumindest zu überprüfen und gegebenenfalls abzuschwächen. Im Fraktionsvorstand der brandenburgischen Union herrschte die einhellige Meinung, dass die noch amtierende Verwaltung unter Carl Steinhoff keine wesentlichen Entscheidungen mehr treffen dürfe, ohne dass das Parlament daran beteiligt werde. Außerdem müssten alle bislang erlassenen Verordnungen und Gesetze im Parlament auf den Prüfstand. »Wenn wir nicht das, was die Provinzialverwaltung bisher

³⁵¹ »Bloch(-)Politik statt Block-Politik«, in: Neues Deutschland, Reichsausgabe vom 17.12.1948, S. 2. – Das Zitat ist mehrfach mit leichten Abwandlungen überliefert, so auch im Bericht für Bernhard Bechler über die öffentliche Versammlung der CDU in Stahnsdorf vom 13.8.1948, in: BLHA, Rep. 203, Nr. 76, Bl. 672–677, bes. Bl. 676; Erinnerungen von Willy Sägebrect, 1965, in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 1276/2, Bl. 518f.; W. SÄGEBRECHT, Nicht Amboss, sondern Hammer sein, 1968, S. 363. – Laut Aussage Blochs stammte das Bild nicht von ihm, sondern ging auf den Landesvorsitzenden der LDP in Sachsen, Hermann Kastner, zurück. Dieser gebrauchte es erstmals in einer Rede 1947. Vgl. das Schreiben von Peter Bloch an den Hauptvorstand der CDU vom 17.3.1950, Anlage, in: BStU, MfS, ASt Potsdam, AOP 289/56, Bl. 181–184, bes. Bl. 183.

³⁵² Vgl. H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 45.

an Verordnungen usw. erlassen hat, durch unser Stillschweigen sanktionieren und damit auch die Verantwortung übernehmen wollen, muss diese Massnahme unbedingt durchgeführt werden«, fasste der Abgeordnete Germanus Theiss (CDU) die Stimmungslage zusammen.³⁵³ Dabei war den Politikern jedoch bewusst, dass alle Maßnahmen, die von der SMA angeordnet worden waren, von einer solchen Überprüfung per se ausgeschlossen waren. Am 6. Dezember 1946 reichte die CDU-Fraktion einen entsprechenden Antrag ein, demzufolge der Landtag das Recht erhalten sollte, sämtliche Verordnungen der alten Provinzialverwaltung, die nicht auf ausdrücklichen Befehl der Besatzungsmacht erlassen worden waren, zu überprüfen und sie gegebenenfalls zu bestätigen. Der Antrag wurde von Landtagspräsident Ebert an den Rechts- und Verfassungsausschuss überwiesen.³⁵⁴

Die CDU verstand ihr Engagement in der Sache als einen Beitrag, um auf parlamentarischem Wege die vielfach belegten staatlichen Willkürakte bei den Enteignungen zu beenden und endlich Rechtsicherheit in der Provinz zu schaffen. Es müsse ein Weg gefunden werden, forderte Wilhelm Wolf während der Aussprache über die erste Regierungserklärung vor dem Landtag, die Verwaltungsstellen endlich dazu zu zwingen, das seit der deutschen Kapitulation begangene Unrecht wiedergutzumachen.³⁵⁵ Scharfe Kritik übte die Union deshalb an der Verordnung über die Geltendmachung von Ansprüchen aus öffentlichen Hoheitsmaßnahmen, die von der Provinzialverwaltung bemerkenswerter Weise am 19. Oktober 1946, also einen Tag vor der Wahl, beschlossen worden war. Die Verordnung machte es Personen, denen seit Mai 1945 in irgendeiner Form aufgrund staatlicher Eingriffe Eigentum entwendet worden war (z. B. Grundstücke, Gebäude, Vieh, Fahrzeuge oder Möbel), unmöglich, Einspruch gegen diesen Zwangsvorgang einzulegen. Diese endgültige Entrechtung auf dem Verordnungswege löste unter den Betroffenen in Brandenburg Empörung aus.³⁵⁶ Die CDU-Fraktion hatte während der Verfassungsberatungen eine Zurücknahme der umstrittenen Bestimmung verlangt. Darüber hinaus hatte sie die Provinzialregierung aufgefordert, künftig auch die SMA-Befehle dem Präsidenten

³⁵³ Protokoll über die Sitzung des Vorstands der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 22.11.1946, 2 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 91, o. Bl., S. 1.

³⁵⁴ Vgl. den Antrag Schütze und Genossen vom 6.12.1946, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 162, Bl. 220; Schreiben von Friedrich Ebert an den Vorsitzenden des Rechts- und Verfassungsausschusses, Franz Schlausener, vom 6.12.1946, in: ebd., Bl. 219.

³⁵⁵ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 3. Sitzung am 18.12.1946, in: AVLTB/1, S. 20 (Beitrag Wilhelm Wolf, CDU).

³⁵⁶ Vgl. die Verordnung über Geltendmachung von Ansprüchen aus öffentlichen Hoheitsmaßnahmen vom 19.10.1946, in: Gesetz- und Verordnungsblatt der Provinzialregierung Mark Brandenburg 3 (1947), Teil 1: Gesetzsammlung, S. 49. – Siehe dazu das Schreiben von Alfons Lüke, Rechtsanwalt und Notar in Oranienburg und Birkenwerder, an den CDU-Landesverband Brandenburg vom 8.5.1947, 2 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 33, o. Bl.

des Landtags rechtzeitig vorzulegen, bevor eine Maßnahme in die Wege geleitet würde.³⁵⁷

Die SED-Führung konnte an einer solchen Überprüfung der bisherigen Maßnahmen durch die Parlamente, wie sie sich die Union vorstellte und die von der LDP mitgetragen wurde³⁵⁸, kein Interesse haben. Bereits in seinem Rundschreiben vom 21. November 1946 an die Landes- und Provinzialvorstände der SED hatte sich Walter Ulbricht mit der Frage beschäftigt. Für ihn war die Lösung naheliegend: Weil die früheren staatlichen Maßnahmen aufgrund der Anweisungen der Militärbehörden erfolgt seien, könnten die Parlamente sich jetzt nicht mit deren Überprüfung oder Revision beschäftigen, ohne vorher bei der SMA dafür die Erlaubnis einzuholen.³⁵⁹ Damit gab Ulbricht den Landesverbänden eine kaum anfechtbare Argumentationsgrundlage vor. Auf der Sitzung des brandenburgischen SED-Landessekretariats Anfang Februar 1947 erklärte Ministerpräsident Steinhoff, dass es dem Landtag nicht gestattet werden könne, frühere Maßnahmen der Provinzialverwaltung zu kontrollieren oder von ihr rückwirkend Rechenschaft zu verlangen. Vor dem Zusammentritt der Volksvertretung sei man einzig und allein der Besatzungsmacht verantwortlich gewesen, auf deren Befehl die Verwaltung eingesetzt worden war. Die Entscheidungen der Provinzialverwaltung gingen das Parlament nichts an. Allerdings riet Friedrich Ebert der Regierung, bei dem Erlass von Verordnungen fortan den Landtag einzubinden: »Wir müssen uns davor hüten, eine Sache lieber mit der SMA als mit dem Landtag zu machen.«³⁶⁰

Die Diskussionen um die eventuelle Rücknahme der Verordnung vom 19. Oktober 1946 waren damit jedoch keineswegs abgeschlossen. Die CDU vertraute in dieser Frage zusehends auf die bereits mehrfach angekündigte Einrichtung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Brandenburg. Dadurch würde eine Instanz geschaffen werden, so die Hoffnung, die einen rechtsstaatlich eindeutigen Berufungsweg eröffne.³⁶¹ Der SED, die weder eine Revisionsmöglichkeit noch ein starkes Verwaltungsgericht akzeptieren wollte, sah sich dazu veranlasst, die Rechtmäßigkeit der von der ehemaligen Provinzialverwaltung getroffenen Maßnahmen durch den Landtag nachträglich bestätigen zu lassen. Sie

³⁵⁷ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 5. Sitzung am 31.1.1947, in: AVLTB/1, S. 46f. (Beitrag Franz Schleusener, CDU).

³⁵⁸ Vgl. ebd., S. 48 (Beitrag Hugo Schwoche, LDP).

³⁵⁹ Vgl. das Rundschreiben von Walter Ulbricht und Max Fechner an die SED-Landes- und Provinzialvorstände vom 21.11.1946, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Nr. 1084, Bl. 119–121, bes. Bl. 121.

³⁶⁰ Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Brandenburg am 6.2.1947, verf. am 7.2.1947, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 23, Bl. 27–29, hier Bl. 27.

³⁶¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 28.5.1947, 5 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 67, o. Bl., S. 1; Schreiben von Fraktionsgeschäftsführer Hans Ganter-Gilmans an Rechtsanwalt Alfons Lücke vom 4.6.1947, in: ACDP, 03-33, Nr. 33, o. Bl.

bereitete deshalb im Juni 1947 einen Antrag vor, demzufolge alle von der Verwaltung erlassenen Verordnungen Gesetzeskraft erhalten sollten.³⁶² Der Antrag wurde Mitte des Monats entweder im Landesblockausschuss oder in einer interfraktionellen Beratung diskutiert.³⁶³ Die »bürgerlichen« Parteien signalisierten ihre Zustimmung, so dass die SED, die CDU, die LDP und die VdgB am 24. Juni einen gemeinsamen Antrag einbrachten, wonach die von der SMA genehmigten Rechtsverordnungen Gesetzeskraft erhalten sollten. Dabei ging es insgesamt um 132 Vorgänge.³⁶⁴ Zwei Tage später nahm der Landtag den Antrag in einer leicht veränderten Fassung trotz einiger Bedenken in der Union einstimmig an.³⁶⁵ Es ist sehr wahrscheinlich, dass die sowjetische Besatzungsmacht in der Sache Druck auf die »bürgerlichen« Parteien ausübte, um sie zur Annahme des Antrages zu bewegen. Willy Sägebrecht berichtet in seinen Erinnerungen, dass Wilhelm Pieck in der Angelegenheit das Gespräch mit dem als »fortschrittlich« geltenden Otto Nuschke suchte. Außerdem wurden mehrere Abgeordnete der LDP und der Union »persönlich bearbeitet«.³⁶⁶ Um die Zustimmung der Christ- und Liberaldemokraten zu dem Gesamtpaket zu erhalten, hatte die SED angeboten, die umstrittene Verordnung über die Geltendmachung von Hoheitsansprüchen vorläufig auszunehmen und sie im Rechts- und Verfassungsausschuss gesondert zu behandeln.³⁶⁷ Diese Zusage war allerdings nur wenig wert, denn eine Aufhebung der in der Verordnung festgelegten Bestimmungen erfolgte nicht. Vielmehr wurde das Problem ad calendae graecas verschoben: Nachdem sich der Rechts- und Verfassungsausschuss im Oktober 1947 auf einen Gesetzesantrag zur Einrichtung eines speziellen Untersuchungsausschusses geeinigt hatte, blieb die Vorlage fast ein Jahr lang unbehandelt.³⁶⁸ Erst im September 1948 stimmte der Landtag dem bis dahin nochmals überar-

³⁶² Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Brandenburg am 16.6.1947, verf. am 18.6.1947, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 23, Bl. 118–121, bes. Bl. 119; Erinnerungen von Willy Sägebrecht, 1965, in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 1276/2, Bl. 528.

³⁶³ Über den genauen Hergang gibt es keine Unterlagen. Ein Protokoll zur Sitzung des brandenburgischen Landesblockausschusses am 18.6.1947, auf der wahrscheinlich das SED-Papier vorgestellt wurde, wurde nicht angefertigt. Vgl. die Aktennotiz über die Sitzung vom 18.6.1947, verf. am 25.6.1947, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 132.

³⁶⁴ Vgl. den Antrag Bismark, Dr. Wolf, Dr. Schneider, Albrecht vom 24.6.1947 (Drucksache Nr. 92), in: AVLTB/2, S. 137–140.

³⁶⁵ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 15. Sitzung am 26.6.1947, in: AVLTB/1, S. 190–203, bes. S. 198f.; Aufstellung der von der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg gestellten Anträge, Abänderungsanträge und Gegenvorschläge, o. D. [1948], 6 S., in: ACDP, 03–33, Nr. 2, o. Bl., S. 1. Siehe auch H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, Das Land Brandenburg, 1998, S. 259.

³⁶⁶ Erinnerungen von Willy Sägebrecht, 1965, in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 1276/2, Bl. 528.

³⁶⁷ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 15. Sitzung am 26.6.1947, in: AVLTB/1, S. 198 (Beitrag Franz Schleusener, CDU).

³⁶⁸ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Landtags Brandenburg vom 24.10.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 162, Bl. 141f.; Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses des Landtags Brandenburg vom 24.10.1947 (Drucksache Nr. 325), in: AVLTB/2, S. 427.

beiteten Antrag zu. Weil sich inzwischen die politischen Verhältnisse in der SBZ weiter gewandelt hatten, blieb der Einfluss des fünfköpfigen Sonderausschusses, in welchem die SED über die Mehrheit verfügte, äußerst gering.³⁶⁹

In Thüringen stellten sich nach der Landtagswahl die gleichen Fragen wie in Brandenburg. Auch hier waren die »bürgerlichen« Fraktionen sehr daran interessiert, die von der Landesverwaltung erlassenen Gesetze und Verordnungen einer parlamentarischen Überprüfung zu unterziehen. In ihren Stellungnahmen zur Regierungserklärung am 20. Dezember 1946 listeten die Redner der CDU und LDP einen Katalog an Missständen auf, für die sie die bisherige Arbeit der staatlichen Stellen im Land verantwortlich machten. Die Zusicherung von Innenminister Busse, dass die Regierung das Ihre tun werde, um der geäußerten Kritik nachzugehen, wurde vom Hohen Haus mit lebhaftem Beifall quittiert.³⁷⁰ Allerdings blieb es nur bei der Ankündigung. In dem Entwurf des »Gesetzes über die Organisation der Landesregierung und die Überleitung von Zuständigkeiten«, das in der Hauptsache den Zuschnitt der Ressorts festlegte, fand sich im Paragraphen 8 der Passus, dass »die bis zum 4. Dezember 1946 auf Grund des Gesetzes über die Handhabung der Gesetzgebungsgewalt vom 20.8.1945 ausgefertigten Gesetze und Verordnungen, welche von der SMA genehmigt worden sind, [...] mit ihrer Veröffentlichung im Regierungsblatt in Kraft [treten].«³⁷¹ Die Brisanz dieses auf den ersten Blick wenig spektakulär anmutenden Satzes bestand darin, dass er darauf hinauslief, die Tätigkeit der bisherigen Landesverwaltung seit dem Sommer des Vorjahres vom Landtag en bloc bestätigen zu lassen. Einen Vorgang, der in der Provinz Mark Brandenburg als eigenständiger Antrag formuliert wurde, kleidete die für den Entwurf verantwortlich zeichnende thüringische Präsidialkanzlei in das Gewand eines nachgeordneten Paragraphen. Der mit der Beratung betraute Rechtsausschuss des Landtags beschäftigte sich am 21. und 22. Januar 1947 ausführlich mit dem Antrag.³⁷² Zwar gab es bei vielen Punkten Meinungsverschiedenheiten zwischen den SED-Vertretern und den »bürgerlichen« Ausschussmitgliedern, an keiner Stelle wurden sie aber

³⁶⁹ Vgl. den Entwurf für ein Gesetz über die Geltendmachung von Ansprüchen aus öffentlichen Hoheitsmaßnahmen, September 1948 (Drucksache Nr. 336), in: ebd., S. 444; Landtag Brandenburg, 1. WP, 42. Sitzung am 9.9.1948, in: AVLTB/1, S. 556–560, bes. S. 556f. (Beitrag Dr. Gerhard Webersinn, CDU); Landtag Brandenburg, 1. WP, 43. Sitzung am 10.10.1948, in: ebd., S. 561–567, bes. S. 561. – Die archivalische Überlieferung des Ausschusses nach dem Gesetz für Ansprüche aus Hoheitsmaßnahmen vom 12.10.1948 findet sich in BLHA, Rep. 201, Nr. 205.

³⁷⁰ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 5. Sitzung am 20.12.1946, in: AVThLT/I.1, S. 425–429.

³⁷¹ Entwurf des Gesetzes über die Organisation der Landesregierung und die Überleitung von Zuständigkeiten, o. D. [20.12.1946], 4 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 102, o. Bl., S. 4. – Siehe auch Thüringer Landtag, 1. WP, 5. Sitzung am 20.12.1946, in: AVThLT/I.1, S. 430.

³⁷² Vgl. das Protokoll der Sitzung des Rechtsausschusses des Thüringer Landtags am 21.1.1947, 4 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 102, o. Bl.; Protokoll der Sitzung des Rechtsausschusses des Thüringer Landtags am 22.1.1947, 6 S., in: ebd.

so unüberwindlich wie beim Paragraphen 8. Die CDU forderte die ersatzlose Streichung des Passus, wohingegen die SED auf dessen Notwendigkeit beharrte. Auch Ministerpräsident Rudolf Paul, der zwischenzeitlich zu den Beratungen hinzugebeten wurde, stellte ihn als eine unbedingte Erfordernis dar, die auf den Wünschen der Besatzungsmacht beruhen würde.³⁷³

Für die »bürgerlichen« Fraktionen war der Antrag aber auch aus einem zweiten Grund unannehmbar: Nach der Landtagswahl hatte die Landesverwaltung weitere Gesetze und Verordnungen erlassen. Obwohl sich das Parlament im November konstituiert hatte und in dem »Gesetz über die Bildung einer Regierung des Landes Thüringen« vom 4. Dezember dem Landtag die legislativen Kompetenzen ausdrücklich zugeschrieben worden waren³⁷⁴, ließ sich die nunmehrige Landesregierung davon in ihrer Arbeit nicht beirren: Sie reichte die Gesetze wie bisher bei der SMA zur Bestätigung ein und veröffentlichte sie nach ihrer Genehmigung am Parlament vorbei im Regierungsblatt, wodurch sie Rechtswirksamkeit erhielten. Zudem lag eine Anzahl an Gesetzen zum Teil seit mehreren Monaten bei der Besatzungsmacht, deren Genehmigung noch ausstand. Auch diese Gesetze beabsichtigte die Landesregierung in Kraft zu setzen, ohne sie dem Landtag vorzulegen.³⁷⁵ Insgesamt ging es um 44 Gesetze und Verordnungen, die unter den Paragraphen 8 des Überleitungsgesetzes fielen.³⁷⁶

Nachdem die SED den Entwurf im Rechtsausschuss mit ihrer Stimmenmehrheit gegen die CDU durchgesetzt hatte – die LDP war gespalten: zwei Abgeordnete votierten für den Antrag und einer dagegen –, brachte die Union den Vorgang vor den Ältestenrat. Sie protestierte energisch gegen die rechtlichen Auswirkungen des umstrittenen Paragraphen, der in ihren Augen gegen die Landesverfassung verstieß. Durchaus zutreffend war von einem »Amnestie-Gesetz« die Rede. Die Stimmung zwischen CDU und SED war extrem angespannt. »Solche Machinationen machen wir nicht mit!«, warf der Abgeordnete Johannes Mebus der SED entgegen. Und der Fraktionsvorsitzende Karl Magen ergänzte, dass man sich nicht vergewaltigen lasse. Trotz eines Vermittlungsversuchs durch August Frölich konnte keine Übereinkunft erzielt werden.³⁷⁷ Auch eine zweite Sitzung des Ältestenrats am gleichen Tag blieb ergebnislos, zumal

³⁷³ Ebd., S. 4f. Das Protokoll ist auch abgedr. in Thüringer Landtag, 1. WP, 9. Sitzung am 30.1.1947, in: AVThLT/I.1, S. 519–541, bes. S. 525f. (Beitrag Karl Hermann, SED).

³⁷⁴ Gesetz über die Bildung einer Regierung des Landes Thüringen vom 4.12.1946, abgedr. in: B. POST/V. WAHL (Hrsg.), Thüringen-Handbuch, 1999, S. 432.

³⁷⁵ Vgl. den Antrag der SED-Landtagsfraktion Thüringen zum Überleitungsgesetz vom 20.12.1946, 2 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 102, o. Bl.

³⁷⁶ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 9. Sitzung am 30.1.1947, in: AVThLT/I.1, S. 111 (Beitrag Fritz Heilmann, SED).

³⁷⁷ Protokoll der ersten Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 28.1.1947, 2 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl.

nun in der LDP ebenfalls die Widerstände wuchsen.³⁷⁸ Wie die Union hatte die liberaldemokratische Fraktion erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken.³⁷⁹

Die von der SED dominierte Landesregierung konnte in der Angelegenheit auf die Unterstützung der SMA bauen. Diese beobachtete die Streitigkeiten um das Überleitungsgesetz aufmerksam. Der »General« Kolesnitschenko gab die Linie vor, dass alle Gesetze, die von Ministerpräsident Paul unterzeichnet und durch die SMA bestätigt waren, nicht mehr nachträglich diskutiert werden könnten.³⁸⁰ Während der Diskussionen im Ältestenrat war ein SMA-Offizier anwesend und gab deutlich zu verstehen, dass über Befehle der Administration nicht verhandelt werden dürfe. Für die SED war dies das zentrale Argument in der Auseinandersetzung mit den »bürgerlichen« Politikern.³⁸¹ Diese waren trotzdem nicht bereit, in der Sache nachzugeben. Als der Ältestenrat am Nachmittag des 29. Januar nochmals vergeblich über das Gesetz verhandelte, äußerte der Abgeordnete Friedrich Schomerus (LDP), dass es doch nicht von ungefähr komme, wenn während der Beratung ein sowjetischer Offizier erscheine. »Man muß annehmen, daß er bestellt sei.« Diese Bemerkung, die auf das enge Zusammengehen zwischen der SED und der Besatzungsmacht anspielte, trug mit dazu bei, dass die Vertreter der Einheitspartei ankündigten, das Gesetz notfalls nur mit der eigenen Mehrheit durchzubringen. Von einer Übereinkunft war man weiter entfernt denn je.³⁸²

Die zweite Lesung des Antrags am 30. Januar 1947 im Plenum, dem die Aussprache über den Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses vorausging, entwickelte sich zu einem Rededuell zwischen der SED und den beiden »bürgerlichen« Fraktionen. Während Fritz Heilmann der CDU und LDP juristische Bedenkenträgererei vorwarf, zumal man damit einen unnötigen Verfassungskonflikt vom Zaune bräche – schließlich hätten auch die »bürgerlichen« Minister im Kabinett den 44 umstrittenen Verordnungen und Gesetzen zugestimmt –, gleichzeitig aber Verhandlungsbereitschaft in dem einen oder anderen Punkt zusicherte, beharrten die beiden Sprecher der Liberal- und Christdemokraten auf den bekannten Positionen.³⁸³ Insbesondere die Ausführungen Karl Magens riefen

³⁷⁸ Vgl. das Protokoll der zweiten Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 28.1.1947, 1 S., in: ebd., o. Bl.

³⁷⁹ Vgl. das Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 27.1.1947, 4 S., in: ADL, L 5, Nr. 618, o. Bl., S. 2.

³⁸⁰ Vgl. den Aktenvermerk über eine Besprechung bei Generalmajor Iwan S. Kolesnitschenko am 16.1.1947, in: ThHStAW, Der Ministerpräsident – Büro des Ministerpräsidenten, Nr. 514, Bl. 178f., Bl. 179.

³⁸¹ Vgl. das Protokoll über die erste Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 28.1.1947, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl., S. 2.

³⁸² Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Ältestenrats am 29. 1.1947 (1. Fassung), in: ebd.; Protokoll über die Sitzung des Ältestenrats am 29.1.1947 (2. Fassung), in: ebd.

³⁸³ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 9. Sitzung am 30.1.1947, in: AVThLT/I.1, S. 527f. (Beitrag Fritz Heilmann, SED).

auf der linken Seite des Hauses Widerspruch hervor. Ausdrücklich verwahrte sich Magen gegen den Vorwurf, dass die »bürgerlichen« Parteien mit ihrer ablehnenden Haltung den Faschisten in die Hände spielten. Als der CDU-Politiker seinerseits das Vorgehen der SED in die Nähe nationalsozialistischer Methoden rückte und den Paragraphen 8 des Überleitungsgesetzes dahingehend charakterisierte, dass er in die »faschistische Zeit« passe, »wo alle möglichen Dinge nachträglich genehmigt und aus Unrecht Recht« gemacht wurde, brachte er die SED-Abgeordneten gegen sich auf. Magens weitere Ausführungen wurden durch Zurufe massiv gestört.³⁸⁴ Um den Tagesordnungspunkt möglichst zügig abzuschließen, beabsichtigte Landtagsvizepräsident Werner Eggerath, der die Sitzung leitete, das Ergebnis der Schlussabstimmung vom Podium aus ohne eine genaue Auszählung festzustellen. Allerdings legte die CDU gegen die Verfahrensweise Widerspruch ein. Auf ihr Drängen musste Eggerath eine namentliche Abstimmung ansetzen. Das Gesetz wurde mit der Mehrheit von 50 gegen 39 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.³⁸⁵

Der Streit um das Überleitungsgesetz in Thüringen war in doppelter Hinsicht bemerkenswert: Einmal zeigte er, dass die »bürgerlichen« Fraktionen im Frühjahr 1947 nicht bereit waren, das Gebot der Eintracht um jeden Preis aufrechtzuerhalten – gerade dann nicht, wenn sie fundamentale rechtsstaatliche Prinzipien gefährdet sahen. Darüber hinaus waren angesichts der politischen Rahmenbedingungen und der herrschenden Mehrheitsverhältnisse im Parlament kaum Möglichkeiten gegeben, alternative Vorstellungen in der Konfrontation gegen die SED durchzusetzen. Im Nachhinein wurde der Vorstand des CDU-Landesverbands sogar dazu veranlasst, der SMA das aufmüpfige Verhalten der eigenen Fraktion zu erklären.³⁸⁶

b) Streit um die parlamentarischen Kontrollrechte

Obwohl Ministerpräsident Carl Steinhoff Ende 1946 vor dem brandenburgischen Landtag die Absicht der Provinzialregierung ankündigte, mit der Volksvertretung eng und im Geiste der Blockpolitik vertrauensvoll zusammenarbeiten zu wollen³⁸⁷, erwies sich das Verhältnis zwischen den beiden Verfassungsorganen in der politischen Realität als keineswegs harmonisch. Mehrfach kam es zu Spannungen und Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Parlament und dem

³⁸⁴ Ebd., S. 531 (Beitrag Karl Magen, CDU).

³⁸⁵ Vgl. ebd., S. 537.

³⁸⁶ Vgl. das Protokoll über Sitzung des CDU-Landesvorstands Thüringen am 11.2.1947, verf. am 12.2.1947, 2 S., in: ACDP, 03-31, Nr. 161, o. Bl., S. 2.

³⁸⁷ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 2. Sitzung am 6.12.1946, in: AVLTB/1, S. 9; 3. Sitzung am 18.12.1946, in: ebd., S. 17. – Vgl. auch das Protokoll zur 11. Kabinettsitzung am 1.4.1947, in: BLHA, Rep. 202 A, Nr. 225, Bl. 13 vs+rs.

Kabinetts. Beide Seiten mussten in dem Koordinatensystem der Landespolitik, das sich durch die Konstituierung der Volksvertretung verändert hatte, ihre Rollen erst finden. Die Regierung, die bis in den Herbst 1946 nur gegenüber der Besatzungsmacht rechenschaftspflichtig gewesen war, zeigte kein großes Interesse daran, sich nun einer Kontrolle durch den Landtag zu unterwerfen – das galt insbesondere für solche sensiblen Bereiche wie das Innen- und das Volksbildungsressort. Steinhoff wünschte sich vom Landtag »nicht zersetzende Kritik, sondern Mitarbeit und Unterstützung der Regierung«. ³⁸⁸ Dem gegenüber setzte sich insbesondere Friedrich Ebert für die Beachtung der dem Landtag verfassungsgemäß zustehenden Rechte ein. ³⁸⁹ Weil die Kompetenzen zwischen beiden Organen in vielen Details zunächst unklar waren und auch von der SMA nicht richtig definiert wurden, ergaben sich teilweise erhebliche Anlaufschwierigkeiten bei der Zusammenarbeit. ³⁹⁰ Dabei handelte es sich allerdings keineswegs um ein rein brandenburgisches Problem. Auch in den anderen Ländern der SBZ wurden im Frühjahr 1947 Klagen über die oftmals unbefriedigende Zusammenarbeit zwischen den Volksvertretungen und den Landesregierungen laut. ³⁹¹

Ein Themenfeld, das die unterschiedlichen Interessenlagen zwischen Exekutive und Legislative, aber auch zwischen der SED auf der einen und den »bürgerlichen« Parteien auf der anderen Seite besonders anschaulich verdeutlichte, waren die Diskussionen um das parlamentarische Kontrollrecht. Der Artikel 9 der Landesverfassung bestimmte den Landtag nicht nur zum »höchsten Willensträger der Mark Brandenburg«, sondern er räumte dem Parlament darüber hinaus das Recht zur Überwachung der Regierung, der Verwaltung sowie der Rechtsprechung ein. ³⁹² Diese weitreichenden Kompetenzen waren auf Drängen der SED in die Verfassung aufgenommen worden, um eine Aufhebung der klassischen Gewaltenteilung durchzusetzen. ³⁹³ Im Laufe des Frühjahres 1947 entwickelte sich die Frage, wie weit dieses Überwachungsrecht reichen sollte und wie man es im Alltag anwenden könnte, zu einer langfristigen Kontroverse zwischen der Einheitspartei und den anderen Fraktionen.

³⁸⁸ Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Brandenburg am 6.2.1947, verf. am 7.2.1947, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 23, Bl. 27–29, hier Bl. 27.

³⁸⁹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Brandenburg am 27.1.1947, verf. am 28.1.1947, in: ebd., Bl. 14–21, bes. Bl. 19; Tagebucheintrag von Friedrich Ebert zum 19.5.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4192, Nr. 9, Bl. 26rs; Protokoll der gemeinsamen Sitzung von Präsidium und Ältestenrat des Landtags Brandenburg mit dem Kabinetts am 30.9.1947, in: BLHA, Rep 201, Nr. 28, Bl. 36f.

³⁹⁰ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Präsidiums des Landtags Brandenburg am 30.1.1947, in: ebd., Bl. 24f.

³⁹¹ Vgl. das Protokoll der Zonenkonferenz der Landtagspräsidenten der SBZ in Halle am 3.2.1947, verf. am 4.2.1947, 7 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 16, o. Bl., S. 1.

³⁹² Vgl. G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 517.

³⁹³ Vgl. ebd., S. 148f.

Während in der SED und in der Provinzialregierung die Auffassung dominierte, dass das Kontrollrecht nur für den Landtag als Institution, das Präsidium, die Fachausschüsse sowie für die von ihnen beauftragten Abgeordneten gelte, vertrat insbesondere die CDU den Standpunkt, dass jedem Parlamentarier dieses Recht uneingeschränkt zustehen müsse.³⁹⁴ Damit verband sich die Hoffnung, zumindest in einem begrenzten Rahmen Kontrolle über politisch umstrittene Verwaltungsmaßnahmen zu erlangen und unter Umständen dadurch die Möglichkeit für eine spätere Revision zu eröffnen. Die Sachlage in dieser elementaren Angelegenheit war komplex und wurde auch durch mehrere Gutachten, die Landtagspräsident Ebert beim Justizministerium, beim Rechts- und Verfassungsausschuss sowie beim Geschäftsordnungsausschuss in Auftrag gab, kaum eindeutiger.³⁹⁵ Der Vorsitzende des Rechts- und Verfassungsausschusses, Franz Schleusener, plädierte für eine weite Auslegung der Überwachungspflichten. Weil der einzelne Abgeordnete »das Bindeglied zwischen Bevölkerung und Landtag« sei und er »daher das gegebene Organ [darstelle], um die aus der Bevölkerung kommenden Beschwerden und die dort herrschende Stimmung an deren obersten Willensträger heranzubringen«, müssten ihm entsprechende Kontrollrechte eingeräumt werden. Nur so sei es möglich, fortlaufend und aus verschiedenen Perspektiven die Arbeit der Justiz und der Verwaltung im Sinne des Artikels 9 zu kontrollieren.³⁹⁶ Im Gegensatz zur SED wollte Schleusener auch Maßnahmen, die von deutschen Stellen zur Durchführung von SMA-Befehlen angeordnet wurden, einer parlamentarischen Kontrolle unterstellen:

»Der Landtag überwacht die ganze Verwaltung, nicht bloss Teile von ihr. Wenn auch der Landtag an Befehlen der Besatzungsmacht regelmässig nichts ändern kann, so würde er sich doch einer Unterlassung schuldig machen, wenn er auf die Prüfung verzichtete, ob die Verwaltung die Befehle ordnungsmässig durchführt.«³⁹⁷

Schleusener konnte seine Sichtweise im Rechts- und Verfassungsausschuss durchsetzen. Als er Ende August 1947 dem Landtagspräsidenten die abschließende Stellungnahme des Ausschusses zukommen ließ, wurden darin weitrei-

³⁹⁴ Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Brandenburg am 3.3.1947, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 23, Bl. 46–48, hier Bl. 47.

³⁹⁵ Vgl. das Schreiben von Friedrich Ebert an Franz Schleusener vom 31.5.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 163, Bl. 163; Schreiben von Friedrich Ebert an Willy Sägebrecht vom 31.5.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 149, Bl. 29.

³⁹⁶ F. SCHLEUSENER, »Diskussionsgrundlage für eine Erörterung der Frage des Überwachungsrechts des Landtags nach Artikel 9 der Verfassung« vom 25.6.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 163, Bl. 164–166, hier Bl. 165.

³⁹⁷ Ebd., Bl. 166.

chende Befugnisse für die Abgeordneten eingefordert. Außerdem unterbreitete der Ausschuss mehrere Vorschläge zur Aufstellung von Richtlinien, die das parlamentarische Kontrollrecht in geordnete Bahnen lenken sollten. Ausdrücklich wurde in dem Papier allerdings der Vorbehalt formuliert, dass die Abgeordneten nicht befugt seien, mit Anordnungen oder auf andere Weise in die Verwaltung oder die Rechtsprechung direkt einzugreifen, sondern dass sich ihre Befugnis lediglich darauf beschränke, »sich zu ihrer Unterrichtung im Rahmen des Überwachungsrechts des Landtags Unterlagen für die Prüfung zu beschaffen, ob die zur Sprache gebrachten Mängel der Verwaltung oder der Rechtsprechung gerechtfertigt sind oder auf welche Weise sie abgestellt werden können.«³⁹⁸

Der Ältestenrat folgte den Empfehlungen des Rechts- und Verfassungsausschusses allerdings nicht. In der Sitzung am 20. November 1947 beschloss er, dass das Kontrollrecht nur dem Präsidium des Landtags, den Ausschüssen oder einzelnen Abgeordneten zustehe, die mit einer besonderen Aufgabe betraut worden seien. Feinsinnig wurde zwischen einem Kontroll- und einem Informationsrecht unterschieden. Während das erste Recht Einschränkungen unterlag, sollte das zweite allen Abgeordneten zustehen. Der Ältestenrat verstand unter dem Informationsrecht die Möglichkeit für die Volksvertreter, bei den staatlichen Verwaltungsstellen in der Mark Brandenburg Akteneinsicht zu nehmen, wobei Personalakten davon ebenso ausgenommen waren wie die Unterlagen in schwebenden Verfahren.³⁹⁹ Diese Einschränkungen führten das Informationsrecht allerdings in letzter Konsequenz ad absurdum, zumal die Hürden, um das parlamentarische Kontrollrecht im Sinne des Artikels 9 in Anwendung zu bringen oder gar eine nachträgliche Revision von administrativen und juristischen Entscheidungen zu erwirken, nahezu unüberwindlich wurden. Mit Schleuseners Erwägungen hatte der am 4. Dezember 1947 im Landtag behandelte Antrag, der als »Drucksache Nr. 191« von den vier Fraktionen eingebracht und an den Geschäftsordnungsausschuss verwiesen wurde, nur noch wenig zu tun.⁴⁰⁰ Dessen ungeachtet trat der Antrag zum Kontrollrecht eine regelrechte Odyssee durch die Landtagsgremien an. Erst Ende Februar 1948, also ein dreiviertel Jahr nach dem Beginn der fachlichen Diskussionen, lag ein Entwurf für die »Richtlinien über die Überwachung der Regierung, der Verwaltung und Rechtsprechung durch den Landtag« vor.⁴⁰¹ Dieser enthielt zwar durchaus

³⁹⁸ Schreiben von Franz Schleusener an Friedrich Ebert vom 26.8.1947, in: ebd., Bl. 122–125, hier Bl. 123f.

³⁹⁹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Landtags Brandenburg am 20.11.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 45, Bl. 166f.

⁴⁰⁰ Vgl. den Antrag Sägebrect, Dr. Schütze, Dr. Schneider und Albrecht vom 3.12.1947 (Drucksache Nr. 191), in: AVLTB/2, S. 261; Landtag Brandenburg, 1. WP, 26. Sitzung am 4.12.1947, in: AVLTB/1, S. 362f., bes. S. 362.

⁴⁰¹ Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses des Landtags Branden-

Anregungen, die auf die CDU zurückgingen. So wurde das Kontrollrecht auf die von deutschen Stellen erlassenen Maßnahmen ausgeweitet, welche auf Anordnungen der Militäradministration beruhten. Auch bei einzelnen organisatorischen Regelungen war die Handschrift Schleuseners erkennbar, der während der Beratungen im Geschäftsordnungsausschuss versucht hatte, zumindest Teile der ursprünglichen Vorstellungen durchzusetzen. Von diesen Details abgesehen, war der Einfluss der »bürgerlichen« Fraktionen auf die Richtlinien im Ganzen aber kaum wirkungsmächtig.⁴⁰²

Die Beschlussfassung des Landtags über das Kontroll- und Informationsrecht der Abgeordneten war für Anfang April 1948 vorgesehen. Allerdings musste die Vorlage auf Anweisung der SMA von der Tagesordnung genommen werden. Begründet wurde dieser Schritt mit der Ankündigung, dass die Militäradministration für die gesamte Besatzungszone eine allgemeine Regelung anstrebe und beabsichtige, die in Brandenburg ausgearbeiteten Richtlinien dafür als Muster zu verwenden.⁴⁰³ Zudem bestanden offenbar innerhalb der SED-Fraktion Bedenken, ob man eine solche Regelung einbringen solle oder besser nicht. Letztlich verlief die Angelegenheit im Sande. Mitte Februar 1949, also fast zwei Jahre nach Beginn der Diskussion, frug das pflichtgemäß arbeitende Sekretariat des Landtagspräsidenten höflich bei der Abteilung Justiz beim Zentralsekretariat der SED nach, wann in der Sache denn eine Entscheidung zu erwarten sei. Der zuständige Justiziar in Berlin verwies den Landtag an die Abteilung Staatliche Verwaltung.⁴⁰⁴ Eine weitere Aktenüberlieferung ist nicht bekannt. Tatsächlich beschäftigte sich der Landtag nie wieder mit der Angelegenheit. Wenn in den Ausschüssen oder im Plenum überhaupt das durch die Verfassung garantierte parlamentarische Kontrollrecht bemüht wurde, dann geschah dies ohne eindeutig fixierte Kriterien.

Angesichts dieses Hintergrundes wird verständlich, weshalb sich das Verhältnis zwischen dem Landtag und der brandenburgischen Landesregierung nie so harmonisch entwickelte, wie es sich die Volksvertreter gern erhofften. Mehr-

burg am 7.1.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 149, Bl. 22; Protokoll über die Sitzung des Ältestenrats des Landtags Brandenburg am 3.2.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 45, Bl. 163; Schreiben von Friedrich Ebert an Willy Sägebrecth vom 3.2.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 149, Bl. 20; Protokoll über die Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses des Landtags Brandenburg am 25.2.1948, in: ebd., Bl. 15f.; »Richtlinien über die Überwachung der Regierung, Verwaltung und Rechtsprechung durch den Landtag Brandenburg« vom Februar 1948, in: ebd., Bl. 8f.

⁴⁰² Vgl. den Bericht des Amtes für Information Brandenburg über die Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses des Landtags am 25.2.1948, in: BLHA, Rep. 202 G, Nr. 227, Bl. 55f.

⁴⁰³ Vgl. die beiden Schreiben von Fritz Springer an den Direktor beim Landtag Mecklenburg, Erich Radtke, vom 22.3. und 26.5.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 215, Bl. 2f.

⁴⁰⁴ Vgl. das Schreiben des Sekretariats des Landtagspräsidenten Brandenburg an das Zentralsekretariat der SED, Abteilung Justiz, vom 18.2.1949 sowie Antwortschreiben vom 23.2.1949, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 54, Bl. 1 u. 3.

fach sah sich Landtagspräsident Ebert veranlasst, bei der Regierung Klagen über die Missachtung des Parlaments einzureichen. Es sei festzustellen, kritisierte er im Sommer 1947, dass Schreiben des Landtags an nachgeordnete Dienststellen der Provinzialregierung in den »allermeisten Fällen« unerledigt blieben. Trotz mehrmaliger Aufforderung würden sie nicht beantwortet.⁴⁰⁵ Selbst Landtagsbeschlüsse würden seitens der Regierung »nur sehr schleppend und zögernd« durchgeführt, hieß es in einer weiteren Beschwerde am Ende des Jahres. Das Parlament befände sich im Unklaren darüber, ob diese Beschlüsse umgesetzt worden seien oder nicht.⁴⁰⁶ Selbst bei dem Erlass von Aus- und Durchführungsbestimmungen für Gesetze, die bereits vom Landtag verabschiedet worden waren, kam es zu erheblichen Verzögerungen. Dabei handelte es keineswegs um Einzelfälle. Obwohl man angesichts der Aktenlage Friedrich Ebert nicht das Bemühen absprechen kann, in dieser Angelegenheit die Rechte des Parlaments gegenüber der Exekutive durchzusetzen und auf die Erfüllung der beschlossenen Maßnahmen zu drängen, erwies sich das Vorhaben als beinahe aussichtsloses Unterfangen. Einerseits fehlten dem Landtag die Sanktionsmittel, andererseits gingen mit dem Aufbau der Deutschen Zentralverwaltungen seit 1947 die Kompetenzen der Parlamente und der Landesregierungen kontinuierlich zurück.⁴⁰⁷

Auch im alltäglichen Umgang zwischen Landtag und Regierung fanden sich deutliche Anzeichen von Spannungen. Ebert nahm einen Vorfall, der sich während der gemeinsamen Sitzung des Jugendausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft, Handel und Versorgung Anfang September 1948 ereignete, zum Anlass, um sich bei Steinhoff grundsätzlich über die mangelnde Präsenz von Regierungsvertretern während der Beratungen der Landtagsgremien zu beschweren. Trotz rechtzeitiger Ankündigung würden die hinzugeladenen Minister und Regierungsmitarbeiter häufig verspätet oder überhaupt nicht zu den Sitzungen erscheinen. Teilweise musste die parlamentarische Arbeit sogar vertagt werden.⁴⁰⁸ Ebenso sind Fälle von ungebührlichem Verhalten einzelner Regierungsvertreter im Parlament dokumentiert.⁴⁰⁹

⁴⁰⁵ Schreiben von Friedrich Ebert an die Provinzialregierung vom 14.6.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 275, Bl. 1.

⁴⁰⁶ Schreiben von Friedrich Ebert an den Chef der Kanzlei des Ministerpräsidenten, Karl Georg Bösche (SED), vom 18.12.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 276, Bl. 1f.

⁴⁰⁷ Vgl. das Schreiben von Friedrich Ebert an Karl Georg Bösche vom 31.3.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 278, Bl. 2; Antwortschreiben von Karl Georg Bösche an Friedrich Ebert vom 13.4.1948, in: ebd., Bl. 1.

⁴⁰⁸ Vgl. das Schreiben von Friedrich Ebert an Carl Steinhoff vom 9.9.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 295, Bl. 1.

⁴⁰⁹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Präsidiums des Landtags Brandenburg am 8.4.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 28, Bl. 49f.

Als besonders schwierig erwies sich indes das Verhältnis zwischen den Abgeordneten der »bürgerlichen« Fraktionen und dem umstrittenen Innenminister Bernhard Bechler. Bechler, obgleich selbst kein Mitglied des Hohen Hauses, entwickelte ein ausgesprochenes Interesse an den Vorgängen im Parlament – zumal dann, wenn sie Belange des von ihm geleiteten Ressorts betrafen. Regelmäßig ließ er sich von Ebert über die anstehenden Tagesordnungen in Kenntnis setzen und nahm Einfluss auf die Vorgänge im Landtag. Dabei vertraute er auf die tatkräftige Unterstützung durch die Besatzungsmacht, die auf seinen Einfluss hin unliebsame Anträge aus den Reihen der CDU und LDP strich bzw. absetzen ließ.⁴¹⁰ Spätestens seit der Affäre um den ehemaligen LDP-Landesvorsitzenden Wilhelm Falk galt der Minister den »bürgerlichen« Abgeordneten als *persona non grata*. Mehrfach forderten sie seine Entlassung.⁴¹¹ Bechler tat hingegen das Seinige, um die Arbeit der christ- und liberaldemokratischen Volksvertreter zu behindern. Als es beispielsweise im Herbst 1948 darum ging, innerhalb der Landesverwaltung Personaleinsparungen vorzunehmen, in deren Umsetzung der Landtag eingebunden war, verweigerte er dem damit betrauten Finanz- sowie dem Rechts- und Verfassungsausschuss die Einsichtnahme in die bereits vorliegenden Erlasse des Innenministeriums. Weil die CDU und die LDP befürchteten, dass die angekündigte Personalreduzierung vor allem auf Kosten von Angestellten mit »bürgerlichen« Parteibüchern erfolgen werde, ging es den Parlamentariern darum, die den Einsparungen zugrunde liegenden Kriterien in Erfahrung zu bringen.⁴¹² Obwohl sich der Vorsitzende des Rechts- und Verfassungsausschusses, Franz Schleusener, mit dem ablehnenden Bescheid des Innenministeriums zur Akteneinsicht nicht zufrieden gab, sondern weitere Schritte zu unternehmen gedachte, stieß er bei Bechler auf Widerwillen. Als der Minister erklärte, dass weder er noch einer seiner Vertreter aus terminlichen Gründen persönlich vor dem Ausschuss erscheinen könne, um die Fragen der Abgeordneten zu beantworten, beschwerte sich Schleusener bei Friedrich Ebert über das aus seiner Sicht inakzeptable Verhalten. Ihm erscheine jede ordnungsgemäße parlamentarische Arbeit illusorisch, so der CDU-Politiker, und das den Abgeordneten zustehende Informationsrecht inhaltslos zu sein, wenn der Land-

⁴¹⁰ Vgl. die handschriftlichen Erinnerungen Bernhard Bechlers an Friedrich Ebert im Vereinigungsprozess von KPD und SPD in Berlin 1946, o. D., in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 2204, Bl. 3–5, bes. Bl. 3.

⁴¹¹ Vgl. die Klarschrift der handschriftlichen Notizen von Wilhelm Pieck, o. D. [vermutlich Frühjahr 1947], in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 739, Bl. 16.

⁴¹² Vgl. das Protokoll der Sitzung des erweiterten CDU-Parteivorstands am 29.7.1948, in: ACDP, 07-10, Nr. 2178, Bl. 27f. – Vgl. auch den Bericht über die Arbeit des LDP-Landesverbands Brandenburg für den Monat Mai 1948, verf. am 9.6.1948, in: BLHA, Rep. 203, Nr. 176, Bl. 32–34, bes. Bl. 32.

tag die Behandlung durch den Minister unbeanstandet ließe.⁴¹³ Die Angelegenheit wurde schließlich dank der Vermittlung des Landtagsvizepräsidenten Otto Giesler (LDP) mit einem Kompromiss beigelegt.⁴¹⁴ Eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Bechler und den beiden »bürgerlichen« Fraktionen ergab sich daraus jedoch nicht.

8. Beteiligung der »bürgerlichen« Fraktionen an der Gesetzgebung

a) Verstaatlichung der Kur- und Bäderbetriebe

Im Laufe der Jahre 1947 und 1948 verabschiedeten sowohl der Thüringer Landtag als auch das brandenburgische Landesparlament eine Reihe von Gesetzen, die mit Blick auf die weitere politische Entwicklung in der SBZ von teils erheblicher Bedeutung waren. An der Entstehung dieser Werke wirkten die Fraktionen von CDU und LDP unmittelbar mit. In vielen Fällen bewegten sie sich in einer schwierigen Situation, die einem Drahtseilakt glich: Auf der einen Seite bestanden unter den Abgeordneten erhebliche Bedenken gegen die Gesetzesinitiativen, die zumeist auf Anträgen der SED beruhten. Auf der anderen Seite sahen sich die Christ- und Liberaldemokraten zur konstruktiven Mitarbeit veranlasst, um die Vorschläge der Einheitspartei nach Möglichkeit mitzugestalten und die schlimmsten Auswüchse zu verhindern. In den meisten Fällen gelang das nicht, in einigen wenigen durchaus. Insofern lohnt sich ein Blick auf vier ausgewählte Gesetzesinitiativen. Sie verdeutlichen exemplarisch die begrenzten Möglichkeiten der »bürgerlichen« Landtagsfraktionen für ein eigenständiges parlamentarisches Handeln.

Als erstes Beispiel soll die Gesetzgebung der Landtage zu den Kur- und Bäderbetrieben dienen. Sie zeitigte insbesondere für Thüringen erhebliche Konsequenzen. Seit dem frühen 19. Jahrhundert gehörte der mitteldeutsche Raum mit seinen Luftkurorten, den Solebädern und Heilquellen zu den bekanntesten Kur- und Bäderregionen Europas. Nach dem Zweiten Weltkrieg sollte der Kurbetrieb, der bei Kriegsende zum Erliegen gekommen war, unter den gewandelten politischen Verhältnissen an diese Tradition anknüpfen. Das geschah aus verschiedenen Gründen allerdings nur schleppend. Im November 1946 legte die Rechtsabteilung beim SED-Landesvorstand den Entwurf für ein Gesetz vor, welches der Landesverwaltung weitreichende Befugnisse bei der künftigen Gestaltung des Kurbetriebs im Land zusicherte. Darin enthalten war auch das

⁴¹³ Schreiben von Franz Schleusener an Friedrich Ebert vom 29.10.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 163, Bl. 53rs.

⁴¹⁴ Vgl. das Schreiben von Otto Giesler an Franz Schleusener vom 6.12.1948, in: ebd., Bl. 54.

Recht zur Beschlagnahme von Kurhäusern, Sanatorien, Pensionen und Hotels, die bis dahin privatwirtschaftlich betrieben worden waren. Bestand der Zweck dieses Gesetzes laut der SED offiziell darin, die Heilquellen und Kureinrichtungen im Land »für die Erholung und Gesunderhaltung der arbeitenden Bevölkerung« zu sichern, markierte es in der Realität einen wichtigen Schritt auf dem Weg zur Verstaatlichung der gesamten Kur- und Bäderlandschaft.⁴¹⁵

Die thüringische SED-Fraktion reichte den Gesetzesantrag am 29. November 1946 beim Landtag ein.⁴¹⁶ Rund drei Wochen später befasste sich das Parlament damit erstmals näher. In der Begründung des Antrags, die der Landesgeschäftsführer der SED, Richard Eyer mann, übernahm, waren die klassenkämpferischen Töne nicht zu überhören. Eyer mann geißelte den bisherigen Zustand des Kurbetriebes in Thüringen, der seit dem Kaiserreich durch aristokratische Ausschweifung und korrupte Machenschaften dominiert worden sei. Damit müsse nun endlich Schluss sein:

»Unserer Auffassung nach müssen unsere Bäder und Kurorte für die Arbeiterschaft und die Werktätigen ein Gesundbrunnen werden und nicht eine Stätte, wo heute irgendwelche Schieber und Nichtsteuer herumlümmeln können. Deshalb haben wir den Antrag eingebracht, daß die Bäder und Kurorte den Schaffenden [...] zur Verfügung gestellt werden.«⁴¹⁷

Gemeinsam mit dem Entwurf legte die SED-Fraktion mehrere Anträge vor, die als Ergänzung zu dem Gesetz gedacht waren. Dabei ging es etwa um eine bevorzugte Berücksichtigung von Arbeitnehmern bei der Vergabe von Kuraufenthalten. Grundsätzlich zeigten sich die »bürgerlichen« Parteien mit den Vorschlägen der SED zu einer Neustrukturierung des thüringischen Kur- und Bäderbetriebs, die breiteren Bevölkerungsschichten als bislang zu Gute kommen sollte, zwar durchaus einverstanden. Für sie steckten die Probleme allerdings in den Details. Es regten sich Zweifel, wie die Enteignungen vor sich gehen sollten und wie man die Neuausrichtung auf politischem Wege erreichen wollte. Insbesondere die LDP-Fraktion formulierte Bedenken. Weil es in ihren Augen um gravierende Dinge ging, wollte der Fraktionsvorsitzende Hermann Becker Zeit ge-

⁴¹⁵ Vgl. das Schreiben der Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge beim SED-Landesvorstand Thüringen an die Abteilung Sozialfürsorge beim Zentralsekretariat der SED vom 22.11.1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.022, Nr. 6, Bl. 53. Der Entwurf für das »Gesetz betreffend Heilquellen und Kureinrichtungen im Land Thüringen« ist als Anhang beigelegt. Ebd., Bl. 54f.

⁴¹⁶ Vgl. den Antrag der SED-Landtagsfraktion Thüringen vom 29.11.1946, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 102, o. Bl.

⁴¹⁷ Thüringer Landtag, 1. WP, 4. Sitzung am 19.12.1946, in: AVThLT/I.1, S. 414 (Beitrag Richard Eyer mann, SED).

winnen, um in der Angelegenheit den Rat der Parteizentrale einzuholen.⁴¹⁸ Im Landtag einigten sich die Parteien darauf, den Gesetzentwurf an den Rechts- und Verfassungsausschuss zu leiten, wohingegen über die ergänzenden Anträge gesondert im zuständigen Fachausschuss für Arbeit, Gesundheit und Sozialfürsorge beraten werden sollte.⁴¹⁹

Die Verhandlungen des Gesetzes im Rechts- und Verfassungsausschuss gestalteten sich weitgehend harmonisch. Die meisten Abänderungsanträge der CDU- und LDP-Vertreter beschränkten sich auf inhaltliche Präzisierungen und redaktionelle Eingriffe. Meinungsverschiedenheiten traten allerdings da auf, wo es um das Prozedere zur Enteignung bisher privatwirtschaftlich betriebener Kureinrichtungen ging. Der SED-Entwurf sah in diesem Punkt vor, dass solche Häuser dann beschlagnahmt werden dürften, wenn sich deren Besitzer den von Staatsseite auferlegten Vorgaben zur Unterbringung von Patienten und zur Nutzung für den Kurbetrieb widersetzen. In den Augen der CDU ging diese Regelung zu weit: Auch die Besitzer von Hotels, Sanatorien und anderen Einrichtungen müssten das Recht haben, von sich aus Menschen aufzunehmen, die ihnen genehm seien; der Kurbetrieb dürfe keine öffentlich-rechtliche Körperschaft werden. Offenbar war den beiden Vertretern der Union im Ausschuss, Karl Magen und Georg Grosse, nicht bewusst, dass die Gesetzesinitiative der SED darauf abzielte, genau solch einen Zustand herbeizuführen.⁴²⁰ Um der zögernden »bürgerlichen« Seite die Zustimmung zu dem Gesetz zu erleichtern, boten die SED-Mitglieder im Ausschuss bei der zweiten Beratung des Entwurfs an, für den Fall der Enteignung eine angemessene Entschädigung für die Betroffenen in Aussicht zu stellen. Danach wurde der Antrag einstimmig zur Beschlussfassung an das Plenum zurücküberwiesen.⁴²¹

Die SED-Führung in Berlin beobachtete die Vorgänge in Weimar aufmerksam. Nachdem bereits im Dezember 1946 ein inhaltlich vergleichbarer Antrag im Landtag der Provinz Sachsen zu großen Problemen geführt hatte,⁴²² war das Zentralsekretariat über die Entwicklung im Thüringer Landtag gespalten. Während Helmut Lehmann dafür plädierte, dass man dem Verhandlungsergebnis

⁴¹⁸ Vgl. das Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 18.12.1946, 2 S., in: ADL, L 5, Nr. 618, o. Bl., S. 2. – Vgl. dazu auch Thüringer Landtag, 1. WP, 4. Sitzung am 19.12.1946, in: AVThLT/I.1, S. 414f. (Beitrag Armin Frühauf, CDU).

⁴¹⁹ Vgl. ebd., S. 415.

⁴²⁰ Vgl. den Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses des Thüringer Landtags über die Verhandlungen des Antrages der SED-Landtagsfraktion vom 14.1.1947 (1. Lesung), 2 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 102, o. Bl., bes. S. 2. Eine Abschrift des Berichts findet sich in SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.022, Nr. 6, Bl. 56f.

⁴²¹ Vgl. den Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses des Thüringer Landtags über die Verhandlung des Antrags der SED-Landtagsfraktion zum »Gesetz betreffend Heilquellen und Kureinrichtungen im Lande Thüringen« vom 15. Januar 1947 (2. Lesung), 5 S., in: ebd.

⁴²² Vgl. C. TRITTEL, Landtagsfraktionen, 2006, S. 140 u. 153.

der Genossen in Thüringen zustimmen solle, hatte Walter Ulbricht Bedenken gegen die beabsichtigte »angemessene Entschädigung«. Ulbrichts Auffassung zufolge würde es genügen, in dem Gesetz bloß in Einzelfällen eine Entschädigung in Betracht zu ziehen.⁴²³ Dem gegenüber war man in den »bürgerlichen« Parteien mit dem erzielten Kompromiss voll einverstanden. Am Tag vor der Behandlung des Entwurfs im Plenum sprach sich die thüringische LDP-Fraktion einhellig für dessen Annahme aus.⁴²⁴

Aufgrund verschiedener Umstände geriet die dafür vorgesehene Landtags-sitzung am 28. Januar 1947 allerdings aus dem Ruder: Die Tagesordnung war hoffnungslos überladen, die Beratung der einzelnen Punkte dauerte sehr viel länger als erwartet. Als schließlich gegen Abend der Gesetzentwurf betreffend die Heilquellen und Kureinrichtungen aufgerufen wurde, herrschte für einen kurzen Augenblick Konfusion, weil August Frölich die angesetzte Berichterstatung des Rechtsausschusses zu dem Gesetz übergang und stattdessen gleich zum nächsten Punkt überleitete, der den von der SED vorgelegten Antrag zu den Bade- und Kurorten betraf. Beide Themen hatten inhaltlich sehr viel miteinander zu tun, womit Frölich sein Vorgehen auch begründete. Aber so, wie sich die Diskussion entwickelte, ging es im weiteren Verlauf nur noch um den SED-Antrag, der sich hauptsächlich um die Frage drehte, wie viele Prozent der in den Bade- und Kurorten zur Verfügung stehenden Plätze für sozialversicherungs-pflichtige Beschäftigte vorbehalten sein sollten. Der eigentlich relevante Gesetzentwurf kam hingegen nicht mehr zur Sprache.⁴²⁵ Alles deutet darauf hin, dass Frölich und die SED-Fraktion diesen Trick bemühten, der im Übrigen gegen die kurz zuvor verabschiedete Geschäftsordnung des Landtags verstieß, um den Antrag nach Ulbrichts Veto ohne großes Aufsehen fallenzulassen.⁴²⁶ Stattdessen wurden die zentralen Inhalte des Entwurfs – nämlich die Verstaatlichungen der Heilquellen als Grundlage des Kur- und Bäderbetriebes – einige Monate später in dem »Gesetz zur Überführung der Bodenschätze und Kohlenbergbaubetriebe in die Hand des Volkes« geregelt.

Die »bürgerlichen« Fraktionen hatten kaum eine Möglichkeit, auf diesen Vorgang Einfluss zu nehmen. In den beiden folgenden Sitzungen wurde das Thema nicht weiter erörtert. Allerdings ist anzunehmen, dass dieses nicht abgestimmte Verhalten der SED mit dazu beitrug, dass sich die Beziehungen der

⁴²³ Vgl. die Vorlage Helmut Lehmanns für das Zentralsekretariat der SED vom 20.1.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.022, Nr. 6, Bl. 63–65, bes. Bl. 63f.; Hausmitteilung von Walter Ulbricht an Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Helmut Lehmann vom 21.1.1947, in: ebd., Bl. 67.

⁴²⁴ Vgl. das Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 27.1.1947, 4 S., in: ADL, L5, Nr. 618, o. Bl., S. 3.

⁴²⁵ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 6. Sitzung am 28.1.1947 (15:00 Uhr), in: AVThLT/I.1, S. 470.

⁴²⁶ Christina Trittel weist ähnliche Manipulationsversuche des Landtagspräsidenten Bruno Böttge (SED) in Sachsen-Anhalt nach. C. TRITTEL, Landtagsfraktionen, 2006, S. 65f. u. 155f.

CDU und der LDP zur Einheitspartei, die nicht zuletzt aufgrund der Auseinandersetzungen um das Überführungsgesetz stark angespannt waren, weiter verschlechterte. In der Landtagssitzung am 30. Januar 1947 kam es dann zum Eklat: Als es erneut um die Festlegung von Quoten für die Vergabe von Kurplätzen ging, griff Richard Eyer mann die Christ- und Liberaldemokraten scharf an. Das überlieferte Wortprotokoll ist an dieser Stelle – ob beabsichtigt oder nicht, sei dahingestellt – nicht ganz eindeutig. Nach einhelliger Auffassung der CDU- und LDP-Fraktion warf Eyer mann den »bürgerlichen« Abgeordneten vor, mit ihrer Haltung zur Quote die »in ihren Reihen befindlichen Schieber und Schwarzhändler« zu unterstützen, die sich in den Kurbädern eingerichtet hätten.⁴²⁷ Eine solche Beleidigung ließen die Angegriffenen nicht auf sich beruhen. Die CDU beantragte eine Unterbrechung der Sitzung, um sich über den Vorgang zu beraten. Nach Wiederaufnahme der Verhandlung verlas Karl Magen eine Erklärung der Unionsfraktion, in der sie Eyer mann eine »schwere Verletzung der Kameradschaft, die bisher zwischen den Blockparteien geherrscht hat«, vorwarf. Aus diesem Grund wolle sie sich bei der Abstimmung der Stimme enthalten, um der SED, wie es spöttisch hieß, die Genugtuung zu überlassen, den Antrag selbst durchzubringen. Außerdem bemerkte Magen, dass Eyer mann mit solchen Behauptungen vorsichtiger sein solle »und vielleicht sein Augenmerk auf die nicht gerade wenigen Mitglieder seiner Partei zu richten, die den Umsturz und Umbruch dazu benutzt haben, sich die Taschen zu füllen«. Dieser Nachsatz provozierte empörte Zurufe.⁴²⁸ Doch auch die LDP war nicht mehr bereit, der SED die bereits angekündigte Unterstützung zu gewähren, weshalb der eigentlich weitgehend einvernehmliche Antrag nur von der SED-Mehrheit angenommen wurde.⁴²⁹ Im Nachgang zur Sitzung beschäftigte sich der Ältestenrat mit dem Zwischenfall. Eine Entschuldigung seitens Eyer manns für seinen Ausfall erfolgte nicht. Stattdessen rief August Frölich den CDU-Abgeordneten Karl Magen wegen der Beleidigung der SED-Fraktion und von Richard Eyer mann nachträglich zweimal zur Ordnung.⁴³⁰

In der Mark Brandenburg blieben solche Konfrontationen weitgehend aus. Das erklärte sich nicht zuletzt daraus, dass hier der von der SED vorgelegte Gesetzesantrag inhaltlich anders gelagert war. Von einer Enteignung der Heilquellen und Kurbetriebe war in dem Entwurf keine Rede, vielmehr sollte der Sozialversicherungsanstalt und dem FDGB lediglich ein Vorzugsrecht eingeräumt

⁴²⁷ Vgl. das Schreiben der CDU-Landtagsfraktion Thüringen an August Frölich vom 5.3.1947, abgedr. in: Thüringer Landtag, 1. WP, 11. Sitzung am 6.3.1947, in: AVThLT/Bd. 1.1, S. 567.

⁴²⁸ Thüringer Landtag, 1. WP, 9. Sitzung am 30.1.1947, in: ebd., S. 523.

⁴²⁹ Vgl. ebd., S. 524f. (Beiträge Dr. Curt-Christian Elster, LDP, u. Hermann Becker, LDP). – »Thüringen. Scharfe Auseinandersetzungen im Landtag«, in: Der Tagesspiegel vom 1.2.1947.

⁴³⁰ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 11. Sitzung am 6.3.1947, in: AVThLT/1.1, S. 567f.

werden, Verträge mit den Heilstätten, Pensionen und Hotels zur Unterbringung der Kur- und Erholungsbedürftigen abschließen zu können. Es ist anzunehmen, dass der Gesetzentwurf aufgrund der Erfahrungen in Sachsen-Anhalt und in Thüringen von der zentralen Parteiführung in Berlin entsprechend umformuliert worden war.⁴³¹ Zudem konnte man Brandenburg keineswegs als eine ausgewiesene Kurregion bezeichnen. Der wirtschaftliche Anteil des Kur- und Bäderbetriebs an der wirtschaftlichen Gesamtbilanz der Provinz war mit dem von Thüringen nicht im Ansatz vergleichbar. Von den wenigen Bädern und Luftkurorten, die existierten, waren die größten Einrichtungen Bad Saarow, Bad Freienwalde und Bad Luckau von der sowjetischen Armee besetzt oder zu Notquartieren für Flüchtlinge aus den Ostgebieten umfunktioniert.⁴³² Letztlich gelang es der Einheitspartei, den Antrag ohne gravierende Veränderungen im Parlament mit den Stimmen von CDU und LDP durchzubringen.⁴³³

b) Verstaatlichung der Bodenschätze

Von weitaus größerer Tragweite als die Regelungen zum Kur- und Bäderbetrieb erwies sich die Verabschiedung des »Gesetzes zur Überführung der Bodenschätze und Kohlenbergbaubetriebe in die Hand des Volkes«. Dieses Gesetz, das von allen Landtagen der SBZ zwischen Anfang Mai und Ende Juni 1947 verabschiedet wurde, markierte einen wichtigen Schritt im Prozess der sozialen und ökonomischen Umgestaltung der Besatzungszone auf dem Weg in die zentral gelenkte Planwirtschaft.⁴³⁴ Die SED-internen Planungen für die Regelung, die auf die komplette Verstaatlichung der Montanindustrie hinauslief, reichten aber in den Herbst 1946 zurück. Wie in solchen Fällen üblich, übermittelte Berlin den Landesverbänden der SED Anfang des neuen Jahres einen Gesetzentwurf, der unter Anleitung der SMAD von der Deutschen Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie ausgearbeitet worden war.⁴³⁵

Was nun folgte, bot ein mustergültiges Exempel dafür, wie stark die SED darum bemüht war, intern vorbereiteten Maßnahmen nach Außen den Schein autonomer Entscheidungen zu geben. Am 3. Januar 1947 formulierte die bran-

⁴³¹ Antrag Sucker und Genossen vom 9.1.1947 (Drucksache Nr. 25), in: AVLTB/2, S. 51.

⁴³² Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 5. Sitzung am 31.1.1947, in: ebd., S. 62 f. (Beiträge Dr. Georg Schneider, LDP, u. Dr. Gerhard Schütze, CDU).

⁴³³ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 8. Sitzung am 20.3.1947, in: ebd., S. 102.

⁴³⁴ Vgl. W. MATSCHKE, Die industrielle Entwicklung, 1988, S. 155; DERS., Die wirtschaftliche Entwicklung, 1993, S. 110f.

⁴³⁵ Vgl. das Rundschreiben von Walter Ulbricht an die Mitglieder des Zentralsekretariats der SED vom 3.4.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.022, Nr. 6, Bl. 6. – Die SED-Landesleitung in Brandenburg um Willy Sägebrecht wusste schon im Januar 1947 von den Planungen zu dem Gesetz. Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Brandenburg am 20.1.1947, verf. am 21.1.1947, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 23, Bl. 8f., bes. Bl. 9.

denburgische SED-Fraktion einen Antrag, der die Provinzialregierung damit beauftragte, dem Parlament eine Gesetzesvorlage zur Überführung der Kohlenbergwerke und aller Bodenschätze in staatlichen Besitz vorzulegen. Die Begründung für die Initiative im Landtag einen Monat später erweckte den Eindruck, als ob es sich um einen Vorstoß handelte, der angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse in der Provinz von der SED-Fraktion ausging.⁴³⁶ Anfang März leitete die Provinzialregierung »ihren« Gesetzentwurf als Antwort zur Beschlussfassung an die Volksvertretung. Dieser Antrag sah nicht nur eine Verstaatlichung sämtlicher Bodenschätze in Brandenburg vor. Auch die für die Verarbeitung dieser Ressourcen notwendigen Industrieanlagen und Zulieferfirmen sollten in staatlichen Besitz übergehen.⁴³⁷ Laut Aussage des Sprechers der SED-Fraktion, Arthur Wölk, sei das Gesetz damit »nicht nur eine volkswirtschaftliche und politische Notwendigkeit gegenüber dem Volke und dem demokratischen Staate«, sondern es müsse gleichzeitig zum Ausdruck gebracht werden, »daß die Uebereignung, die Ueberführung der Bodenschätze überhaupt erst die Voraussetzungen zu einer wirklichen Planwirtschaft schaffen«.⁴³⁸

Die Liberal- und Christdemokraten störten sich an mehreren Details im SED-Antrag. Vor allem die beabsichtigte entschädigungslose Enteignung kleinerer Besitzer und Anteilseigner sowie der Ausschluss jeglicher Rechtsmittel für Betroffene galten für sie als inakzeptabel.⁴³⁹ Die CDU-Fraktion war insoweit gut vorbereitet, als dass sie bereits Anfang Januar 1947 vom Berliner Verbindungsbüro den vom sachsen-anhaltinischen Landtag ausgearbeiteten Gesetzesentwurf als Vorlage für einen Alternativvorschlag erhalten hatte. Die Fraktion war vom Verbindungsbüro aufgefordert worden, sich in der Frage der Verstaatlichung der Bodenschätze »bejahend« zu verhalten, zugleich aber auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien und die Gewährung von Entschädigungen zu drängen.⁴⁴⁰ Die Kompromissbereitschaft in den »bürgerlichen« Fraktionen wurde zudem vom Motiv geleitet, dass die Parteien im Umfeld der Moskauer Außenministerkonferenz ein demonstratives Bild der Eintracht und Entschlossenheit abgeben wollten.⁴⁴¹ Dazu passte es, dass die Ausschussberatung buchstäblich

⁴³⁶ Vgl. den Antrag Leps und Genossen vom 3.1.1947 (Drucksache Nr. 24), in: AVLTB/2, S. 50; Landtag Brandenburg, 1. WP, 6. Sitzung am 1.2.1947 (10:00 Uhr), in: AVLTB/1, S. 72–74 (Beitrag Arthur Wölk, SED).

⁴³⁷ Vgl. den Antrag der Provinzialregierung vom 1.3.1947 (Drucksache Nr. 51), in: AVLTB/2, S. 87f.

⁴³⁸ Landtag Brandenburg, 1. WP, 8. Sitzung am 20.3.1947, in: AVLTB/1, S. 93–120, hier S. 100 (Beitrag Arthur Wölk, SED).

⁴³⁹ Vgl. ebd., S. 101 (Beiträge Hans-Paul Ganter-Gilmans, CDU, u. Otto Giesler, LDP).

⁴⁴⁰ Vgl. die Mitteilungen des Verbindungsbüros der Landtagsfraktionen der sowjetischen Zone und der Stadtverordnetenversammlung Groß-Berlin Nr. 2/47 vom 7.1.1947, 2 S., in: ACDP, 03-31, Nr. 37, o. Bl.; Landtag Brandenburg, 1. WP, 8. Sitzung am 20.3.1947, in: AVLTB/1, S. 101 (Beitrag Hans-Paul Ganter-Gilmans, CDU).

⁴⁴¹ Vgl. ebd., S. 100 (Beitrag Arthur Wölk, SED); Landtag Brandenburg, 1. WP, 9. Sitzung am 21.3.1947, in: ebd., S. 121–126, bes. S. 124 (Beitrag Georg Leps, SED).

über Nacht erfolgte. Bereits am 21. März wurde die erste Lesung des Gesetzes im Plenum fortgesetzt. Zuvor hatten sich die Mitglieder des Rechts- und Verfassungsausschusses gemeinsam mit dem Wirtschaftsausschuss über die Vorlage verständigt. Heraus kam eine Fassung, die dem Landtag viel weiterreichende Kompetenzen bei der Verstaatlichung der Montanindustrie einräumte, als dies im ursprünglichen Antrag der Fall gewesen war.⁴⁴²

Die SMA reagierte überrascht auf diese Entwicklung. Aus ihrer Perspektive waren die Veränderungen an dem Gesetzentwurf, die vor allem auf Forderungen der CDU basierten, keinesfalls hinnehmbar: Falls der Landtag in den Prozess der Verstaatlichung einbezogen würde, befürchtete die Militäradministration eine Aufweichung der angestrebten Bestimmungen. Zudem wollte die CDU während der Ausschussberatungen am Vormittag des 21. März die Veränderungen in den Besitzverhältnissen keineswegs auf den gesamten Montansektor ausdehnen, sondern lediglich auf die Betriebe begrenzt wissen, die an der Förderung der Bodenschätze unmittelbar beteiligt waren. Eine komplette Verstaatlichung wäre dadurch unmöglich geworden, weil privatwirtschaftliche Unternehmen fortbestanden hätten. Der Ärger der sowjetischen Politoffiziere richtete sich vor allem gegen die SED-Fraktion, deren Repräsentanten im Rechts- und Wirtschaftsausschuss nichts unternommen hätten, um die Absichten der CDU zu verhindern. Stattdessen wären die Forderungen der Union von ihnen sogar unterstützt worden. Wie bereits während der Verfassungsberatungen Anfang Januar erwiesen sich die Abgeordneten Paul Szillat und Werner Luft im Rechts- und Verfassungsausschuss erneut als politisch unzuverlässig. Auch der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses, Georg Leps, hatte in den Augen der SMA versagt. Die Besatzungsmacht übte schärfste Kritik an dem Verhalten der Landtagsfraktion. Sie hätte sich nicht ernsthaft genug auf den »Kampf für ein konsequentes demokratisches« Enteignungsgesetz vorbereitet.⁴⁴³ Die für den 2. April angesetzte zweite Lesung des Entwurfs, an die sich die Schlussabstimmung anschließen sollte, musste auf Befehl der SMA ausgesetzt werden.⁴⁴⁴

Parallel zu den Vorgängen in Potsdam kam es in Berlin zu einem Wandel in der Enteignungsfrage. Aufgrund der Erfahrungen, die die SED und die SMAD im Land Sachsen und in Sachsen-Anhalt mit dem Gesetzesantrag gesammelt hatten, und infolge der komplizierten Verhandlungen im Alliierten Kontroll-

⁴⁴² Vgl. den Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses und des Ausschusses für Wirtschaft, Handel und Versorgung des Landtags Brandenburg vom 21.3.1947 (Drucksache Nr. 57), in: AVLTB/2, S. 96. – »Brandenburg. Verstaatlichung der Bodenschätze beschlossen«, in: Der Tagespiegel vom 23.3.1947.

⁴⁴³ Siehe ausführlich dazu S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 149f. Das Zitat auf S. 150.

⁴⁴⁴ Vgl. ebd., S. 150f. – Vgl. die Tagesordnung für die 10. Sitzung des Landtags Brandenburg am 2.4.1947 (Drucksache Nr. 59), in: AVLTB/2, S. 100; Landtag Brandenburg, 1. WP, 10. Sitzung am 2.4.1947, in: AVLTB/1, S. 127 (Beitrag Friedrich Ebert, SED).

rat um die Sozialisierung⁴⁴⁵ drängte die Militäradministration auf eine grundlegende Revision des Entwurfs. Anfang April 1947 wurde der neue Text an die Landesvorstände der SED übermittelt mit der Weisung, dass dafür Sorge getragen werden müsse, den Antrag in den Landtagen möglichst ohne Abwandlungen durchzubringen.⁴⁴⁶ Der neue Entwurf unterschied sich sowohl inhaltlich als auch in seiner Form komplett vom ersten Antrag. Aufgrund der von der SMA angeordneten Absetzung des Gesetzes im Plenum eröffnete sich der SED die Gelegenheit, die neue Fassung gleich in die Ausschussberatungen einzubringen, ohne sie zuvor im Landtag einzureichen. Das Vorgehen verstieß zwar gegen die Geschäftsordnung, entsprach aber den Wünschen der Besatzungsmacht. Die SMA überwachte die weiteren Beratungen im Rechts- und im Wirtschaftsausschuss, sie brachte die SED-Abgeordneten auf den vorgegebenen Kurs und stellte ihnen Argumentationshilfen für die Auseinandersetzungen mit den »bürgerlichen« Ausschussmitgliedern bereit. Zudem schöpften die Offiziere aus dem ihnen zur Verfügung stehen Reservoir, um die christ- und liberaldemokratischen Volksvertreter mittels politischen Drucks von den »Vorteilen« der neuen Fassung zu überzeugen.⁴⁴⁷ Das gelang allerdings nur mühsam, denn insbesondere die Vertreter der Union weigerten sich, die entschädigungslose Enteignung zu akzeptieren.

Die Streitigkeiten gelangten sogar an die Öffentlichkeit. Mitte Juni berichtete das in Berlin und Brandenburg verbreitete *Spandauer Volksblatt* von »zum Teil sehr erregten Auseinandersetzungen«, von abgebrochenen Ausschusssitzungen und von dem Versuch der SED, die Verstaatlichung zu erzwingen.⁴⁴⁸ Obwohl die SED im Landtag den Versuch eines etwas halbherzig wirkenden Dementis unternahm, trafen die Schilderungen des Redakteurs der Tageszeitung den Kern. Um den geschilderten Vorgängen den Anstrich eines geregelten Verfahrens zu geben, setzte Friedrich Ebert zu den beiden Plenarsitzungen am 25. und 26. Juni 1947 den Gesetzentwurf auf die Tagesordnung. Dabei wurde offiziell eine Fortsetzung der ersten Lesung anberaumt – ein deutlicher Verstoß gegen die Geschäftsordnung, denn die erste Lesung war bekanntlich schon am 21. März mit einer Abstimmung des Hauses über den inzwischen verworfenen

⁴⁴⁵ Zur Entwicklung der Verhandlungen im Kontrollrat seit 1945 siehe grundsätzlich G. MAI, *Der Alliierte Kontrollrat*, 1995, S. 236–241.

⁴⁴⁶ Vgl. das Rundschreiben von Walter Ulbricht an die Mitglieder des Zentralsekretariats der SED vom 3.4.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.022, Nr. 6, Bl. 6.

⁴⁴⁷ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 151f.; vgl. auch die Protokolle der Sitzungen des Rechts- und Verfassungsausschusses gemeinsam mit dem Ausschuss für Wirtschaft, Handel und Versorgung des Landtags Brandenburg am 28.4., 10.6. u. 18.6.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 162, Bl. 187–185, 180 u. 179.

⁴⁴⁸ *Spandauer Volksblatt* vom 16.6.1947. – Vgl. auch Landtag Brandenburg, 1. WP, 14. Sitzung am 25.6.1947, in: AVLTB/1, S. 171–189, bes. S. 188 (Beitrag Paul Szillat, SED).

Antrag beschlossen worden.⁴⁴⁹ In der Union, die sich am Nachmittag des 24. Juni zu ihrer regulären Fraktionssitzung traf, war die Missstimmung über das Scheitern ihrer Bemühungen um das Enteignungsgesetz deutlich spürbar. Um die zögerliche Fraktion unter Kontrolle zu halten, nahm ein SMA-Offizier an der Sitzung teil. Wiederholt griff er in die Diskussion ein und lenkte die Beratung in die gewünschte Richtung. Bei der fraktionsinternen Abstimmung sprach sich die Mehrheit der CDU-Politiker dafür aus, den Gesetzesentwurf ohne Änderung im Parlament zu unterstützen. Sechs Abgeordnete enthielten sich der Stimme.⁴⁵⁰ Die beiden Lesungen im Hohen Haus verliefen ohne weitere Zwischenfälle. Die CDU und die LDP nahmen den Fortgang der Beratung zum Enteignungsgesetz der Montanindustrie kommentarlos zur Kenntnis. Abänderungsanträge stellten sie nicht. Die Ruhe war von der Militäradministration angeordnet worden, um das Gesetz nach einem halben Jahr Entstehungsgeschichte endlich ohne weitere Schwierigkeiten durch den Landtag zu bringen. Am 26. Juni 1947 verabschiedeten die Volksvertreter nach zweiter Lesung den Antrag einstimmig.⁴⁵¹

In Thüringen stellten sich die Geschehnisse um das Gesetz zur Verstaatlichung der Bodenschätze etwas anders dar. In dem Land war der Gedanke, den montanen Industriezweig, dem ein wesentlicher Anteil an der Wirtschaftskraft Thüringens zukam, in den Besitz der öffentlichen Hand zu überführen, schon frühzeitig erwogen worden. Bereits in der zweiten Jahreshälfte 1945 hatte die Landesverwaltung dazu interne Überlegungen angestellt und sogar einen Beschluss gefasst.⁴⁵² Für einen wichtigen Teilbereich der Montanwirtschaft, die Kaliindustrie, waren auf Befehl der Besatzungsmacht im Rahmen der Sequestrierungen entsprechende Maßnahmen eingeleitet worden.⁴⁵³ Im August 1946 hatte der FDGB beim Landesblockausschuss eine Vorlage zur entschädigungslosen

⁴⁴⁹ Vgl. die Tagesordnung für die 14. Sitzung des Landtags Brandenburg am 25.6.1947 (Drucksache Nr. 81), in: AVLTB/2, S. 126; Tagesordnung für die 15. Sitzung des Landtags Brandenburg am 26.6.1947 (Drucksache Nr. 93), in: ebd., S. 141. – Vgl. den Tagebucheintrag von Friedrich Ebert zum 19.5.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4192, Nr. 9, Bl. 26rs.

⁴⁵⁰ Vgl. das Protokoll der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 24.6.1947, 5 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 67, o. Bl., S. 2–4; Monatsbericht des CDU-Landesverbands Brandenburg an die SMA Brandenburg sowie an Innenminister Bernhard Bechler vom 5.7.1947, 2 S., in: ACDP, 07-011, Nr. 1294, o. Bl., S. 1.

⁴⁵¹ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 15. Sitzung am 26.6.1947, in: AVLTB/1, S. 190–203, bes. S. 199; GVBl. Brandenburg, Teil I: Gesetzsammlung 3 (1947), S. 15f.; Bericht über die Arbeit des SED-Landessekretariats zur Sitzung des erweiterten SED-Landesvorstands Brandenburg, o. D. [Anfang Juli 1947], in: BLHA, Rep. 333, Nr. 12, Bl. 50–57, 55; S. CREUZBERGER, Besatzungsmacht, 1996, S. 152; F. SÄTTLER, Wirtschaftsordnung im Übergang/1, 2002, S. 283f.

⁴⁵² Vgl. W. MATSCHKE, Die industrielle Entwicklung, 1988, S. 87f. u. 155. – Vgl. auch das Papier »Zur Verstaatlichung der Bodenschätze in Thüringen« vom Oktober 1945, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.022, Nr. 6, Bl. 1f.

⁴⁵³ Vgl. J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/1, 1999, S. 160f. u. 210–218.

Enteignung des Bergbaus eingereicht, der damals allerdings von den Blockparteien nicht weiterverfolgt worden war.⁴⁵⁴ Anfang 1947 gab es seitens des thüringischen SED-Landesverbands die Bestrebung, einen entsprechenden Passus zur Verstaatlichung nachträglich in die Landesverfassung aufzunehmen. Die Vorlage wurde aber auf Beschluss des Zentralsekretariats, das zu dem Zeitpunkt selbst an einer zonenweiten Regelung arbeitete, vorläufig zurückgestellt.⁴⁵⁵ Aufgrund einer weiteren zeitlichen Verzögerung, die im Zusammenhang mit dem Beginn der Moskauer Außenministerkonferenz stand, ergab es sich, dass der Thüringer Landtag lediglich über die überarbeitete Vorlage der Berliner Parteizentrale beriet. Als die SED-Fraktion nämlich am 14. April 1947 den Antrag im Parlament einbrachte, hatte das Zentralsekretariat die ursprüngliche Textfassung auf Veranlassung der SMAD bereits kassiert.⁴⁵⁶ Die viel konsequentere Haltung, die in dem neuen Entwurf zum Ausdruck kam, wurde von den führenden Mitgliedern des Landesverbands geteilt. Der SED-Landesvorsitzende Heinrich Hoffmann gab die Weisung aus, dass die Enteignung entschädigungslos erfolgen solle, »auch wenn wir diese Bestimmung allein und ohne die Stimmen der bürgerlichen Parteien durchbringen müssen«.⁴⁵⁷ Während eines Aufenthalts in Weimar unterstrich Walter Ulbricht noch einmal die Notwendigkeit, dass der Entwurf unbedingt in dem vorliegenden Wortlaut durchgesetzt werden müsse.⁴⁵⁸

Um die Gefahr möglicher Einsprüche von vornherein zu minimieren, setzte die SED durch, dass eine erste Lesung ihres Gesetzantrags im Landtag nicht stattfand. Stattdessen überwies man den Entwurf direkt an den Rechts- und Verfassungsausschuss zur Beratung.⁴⁵⁹ Dort war die Einheitspartei jedoch mit dem entschiedenen Widerstand der CDU und der LDP konfrontiert. Wie bei ihren Parteifreunden in der Mark Brandenburg richtete sich die Kritik der Christ- und Liberaldemokraten vor allem gegen die beabsichtigte entschädigungslose Enteignung kleiner und mittlerer Betriebe. Die Vertreter der SED im Rechtsausschuss signalisierten unabhängig von den Vorgaben der Landesleitung

⁴⁵⁴ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 19. Sitzung am 30.5.1947, in: AVThLT/I.1, S. 807–851, bes. S. 831 (Beitrag Dr. Walter König, LDP).

⁴⁵⁵ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats der SED am 20.1.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 60, Bl. 1f., bes. Bl. 1. Der Beschluss ist auch überliefert in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.022, Nr. 6, Bl. 66.

⁴⁵⁶ Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 21.3.1947, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/L/2/3-031, Bl. 50–56, bes. Bl. 54; Antrag der SED-Landtagsfraktion Thüringen vom 14.4.1947 (Drucksache Nr. 29), in: AVThLT/II.1, S. 114f.

⁴⁵⁷ Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 15.4.1947, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/L/2/3-031, Bl. 74–78, hier Bl. 75f.

⁴⁵⁸ Vgl. das Schreiben von Helmut Lehmann an Richard Eyer mann vom 9.5.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.022, Nr. 6, Bl. 12.

⁴⁵⁹ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 16. Sitzung am 25.4.1947, in: AVThLT/I.1, S. 711–757, bes. S. 736.

in diesem Punkt Kompromissbereitschaft, so dass die Arbeit an dem Entwurf zügig voranging. Bereits einen Tag nach dem Beginn der Verhandlungen lag am 16. Mai eine Fassung vor, die von allen Ausschussmitgliedern gebilligt wurde.⁴⁶⁰ Aus der Sicht Helmut Lehmanns, der als thüringischer Landtagsabgeordneter sowie als Mitglied des Zentralsekretariats und des Parteivorstands der SED in die Entstehungszusammenhänge des Gesetzes involviert war, besaß das Resultat der Ausschussberatung allerdings nur geringen Wert, denn es wurde den Zielsetzungen der Parteizentrale nicht gerecht. Die weitere Strategie bestand deshalb darin, im Plenum über Abänderungsanträge die gemachten Zugeständnisse wieder zurückzunehmen.⁴⁶¹

Obwohl die SMA versuchte, Einfluss auf die Haltung der »bürgerlichen« Parteien in der Frage auszuüben, gelang dies in Thüringen nur unzureichend. Der LDP-Fraktionsvorsitzende Hermann Becker, der von der Militäradministration in einem persönlichen Gespräch zu einer Stellungnahme aufgefordert wurde, erklärte gegenüber dem zuständigen Offizier, dass die Liberaldemokraten einer entschädigungslosen Enteignung im Parlament keinesfalls zustimmen werden, denn das widerspreche der Verfassung.⁴⁶² Auch die Abgeordneten der Union zeigten sich fest entschlossen, als der Landtag am 30. Mai die zweite Lesung des Gesetzes durchführte. Neben den bekannten Kritikpunkten störte sich die CDU daran, dass die dem Gesetzentwurf beigefügte Liste von Unternehmen, die für eine Verstaatlichung vorgesehen waren, auf Antrag der SED kurzfristig um mehr als ein Dutzend auf insgesamt 60 Betriebe ergänzt werden sollte.⁴⁶³ Sowohl die SED als auch die »bürgerlichen« Fraktionen stellten eine Reihe von Abänderungsanträgen zu dem Gesetz. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse scheiterten die Liberal- und die Christdemokraten aber mit ihren Anliegen in der Einzelberatung. Immerhin rang sich die SED zu dem Zugeständnis durch, kleineren und mittleren Eigentümern und Anteilseignern eine »gerechte Entschädigung« zu gewähren, »wenn sich die Enteignung zu einem nicht zumut-

⁴⁶⁰ Vgl. den Bericht über die Sitzung des Rechtsausschusses des Thüringer Landtags am 15.5.1947, 2 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 103, o. Bl.; Bericht über die Sitzung des Rechtsausschusses des Thüringer Landtags am 16.5.1947, 3 S., in: ebd., o. Bl.

⁴⁶¹ Vgl. die telefonische Mitteilung von Margarete Goldammer (SED), Fraktionssekretariat, für Helmut Lehmann, o. D. [nach dem 16.5.1947], in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.022, Nr. 6, Bl. 15. Die in dem Dokument genannte Datierung auf den 14.5.1947 ist offensichtlich falsch. – Bericht über den Stand der Beratungen des Gesetzes zur Überführung der Bodenschätze und Bergbaubetriebe in die Hände des Volkes, o. D. [nach dem 16.5.1947], in: ebd., Bl. 11; Telefonische Durchsache von Helmut Lehmann für Margarete Goldammer vom 19.5.1947, in: ebd., Bl. 20.

⁴⁶² Vgl. das Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 28.5.1947, 3 S., in: ADL, L 5, Nr. 619, o. Bl., S. 1rs.

⁴⁶³ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 19. Sitzung am 30.5.1947, in: AVThLT/L1, S. 807–851, bes. S. 832 (Beitrag Dr. Hilmar Rudloff, CDU). – Die Liste der betroffenen Unternehmen findet sich ebd., S. 834.

baren Nachteil für sie auswirkt«. Das war natürlich bewusst vage formuliert und hatte in der Praxis der Verstaatlichung der thüringischen Montanwirtschaft kaum Auswirkungen.⁴⁶⁴ Am Ende wurde das Gesetz mit den Stimmen der SED gegen die Stimmen der CDU und LDP vom Landtag verabschiedet.⁴⁶⁵ Das Vermittlungsangebot Helmut Lehmanns, die Liste der zusätzlich zu enteignenden Betriebe im Wirtschaftsausschuss noch einmal gesondert zu verhandeln, führte zu keinem greifbaren Ergebnis.⁴⁶⁶ Im Januar 1948 unternahm die LDP den Versuch, nachträglich Einfluss auf die Durchführung des Gesetzes zu gewinnen. Die Fraktion stellte den Antrag, den eingesetzten Treuhänder für die enteigneten Betriebe, der von der SED gestellt wurde, um zwei gleichberechtigte Stellvertreter aus den Reihen der CDU und der LDP zu ergänzen. Dadurch erhofften sich die Liberaldemokraten ein gewisses Maß an Mitsprache bei der treuhänderischen Verwaltung des thüringischen Bergbauwesens. Obwohl der Antrag von der Union unterstützt wurde, scheiterte das Begehren im Parlament an der Mehrheit der SED.⁴⁶⁷

c) Gesetz zur Unterbrechung der Schwangerschaft

Während die beiden zuvor genannten Gesetzeswerke auf die sozioökonomischen Verhältnisse sowie die Eigentumsfrage in der SBZ abzielten, traten während der Diskussionen in den Landtagen um das Gesetz zur Unterbrechung der Schwangerschaft vor allem die religiösen und moralisch-ethischen Vorstellungen in den Mittelpunkt. Die Forderung nach einem Recht für Frauen, eine ungewollte Schwangerschaft durch einen ärztlichen Eingriff legal abzubreaken, zählte seit den 1920er Jahren in Deutschland zu den großen innenpolitischen Kontroversen. Den meisten Landtagsabgeordneten, die 1947 über die Legalisierung der Abtreibung stritten, dürften die Auseinandersetzungen in den Jahren der Weimarer Republik um die Aufhebung des Paragraphen 218 des Strafgesetzbuchs (StGB) noch in guter Erinnerung gewesen sein. Damals hatten Kommunisten und Sozialisten, Frauenrechtlerinnen, viele Intellektuelle und Teile der linksliberal gesinnten Ärzteschaft mit großer Leidenschaft für die Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechts der Frau gekämpft. Die dabei erreichten bescheidenen Fortschritte waren dann jedoch im »Dritten Reich« von den

⁴⁶⁴ Ebd., S. 833.

⁴⁶⁵ Vgl. ebd., S. 835.

⁴⁶⁶ Vgl. den Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Handel und Versorgung des Thüringer Landtags (Drucksache Nr. 92), in: AVThLT/II.1, S. 224; Thüringer Landtag, 1. WP, 21. Sitzung am 27.6.1947, in: AVThLT/I.2, S. 877–910, bes. S. 893–895.

⁴⁶⁷ Vgl. den Antrag der LDP-Landtagsfraktion Thüringen vom 16.1.1948 (Drucksache Nr. 259), in: AVThLT/II.1, S. 571; Thüringer Landtag, 1. WP, 33. Sitzung am 29.1.1948, in: AVThLT/I.2, S. 1291–1325, bes. S. 1315–1317.

Nationalsozialisten entweder zurückgenommen oder aber im Sinne der von ihnen verfolgten Rassenhygiene pervertiert worden.⁴⁶⁸

In der Nachkriegszeit wurde die Diskussion um den Paragraphen 218 wieder aufgegriffen und fortgeführt – allerdings unter gänzlich anderen Bedingungen als vor 1933. Der Zweite Weltkrieg hatte die Bevölkerungsstruktur in Deutschland in dramatischer Weise verändert. Millionen Männer waren gefallen oder sie befanden sich in Kriegsgefangenschaft. Ende 1946 lebten in der SBZ rund drei Millionen mehr Frauen als Männer. Sie hatten einen erheblichen Teil der »Überlebensarbeit« und des Wiederaufbaus zu tragen.⁴⁶⁹ Die massenhaften Vergewaltigungen von Frauen ließen den Schwangerschaftsabbruch zu einem drängenden Alltagsproblem für viele Menschen werden. Verschärft wurde die Situation durch die enorme soziale und materielle Not sowie die katastrophalen Zustände bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln und medizinischen Produkten.⁴⁷⁰ Anfangs bestand allerdings in allen vier Zonen eine große Ungewissheit über die konkreten rechtlichen Grundlagen für einen »ordentlichen« Eingriff unter fachärztlicher Aufsicht. Auf der einen Seite wurden die von dem NS-Regime erlassenen Gesetze wie das Erbgesundheitsgesetz und die strafrechtlichen Verschärfungen beim Schwangerschaftsabbruch von den Siegermächten aufgehoben. Zunächst war dabei unklar, ob der Paragraph 218 überhaupt weiter fortbestand und wenn ja, welche Fassung Anwendung finden sollte.⁴⁷¹ Die grundsätzlichen Bestimmungen des Paragraphen waren in der Gesellschaft ohnehin weitgehend bekannt. Auf der anderen Seite zeigte sich in der Praxis, dass der Einfluss der NS-Gesetzgebung nicht über Nacht von der Bildfläche verschwand. Zahlreiche Ärzte beriefen sich in der Nachkriegszeit bei der Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen weiterhin auf rechtliche Kriterien, die einem Erlass des Reichsinnenministeriums vom März 1945 entnommen waren.⁴⁷² Wie drängend das Problem des Schwangerschaftsabbruchs

⁴⁶⁸ Aus der umfangreichen Literatur zu diesem Themengebiet seien auswahlweise genannt: C. DIENEL, *Frauenbewegung*, 1993; A. GROSSMANN, *Reforming Sex*, 1995, S. 3–135; DIES., *Abortion and Economic Crisis*, 1984; U. SAATZ, § 218, 1991; K. v. SODEN, *Abtreibung und Geburtenregelung*, 1993. – Einen knappen Überblick über den Zusammenhang von Sexualität und sozialer Reform in der Weimarer Republik gibt E. D. WEITZ, *Weimar Germany*, 2007, S. 297–330.

⁴⁶⁹ Vgl. K. POUTRUS, *Abtreibungspolitik*, 1996, S. 173f.

⁴⁷⁰ Vgl. ebd., S. 174–177; DIES., *Abtreibungen in der Nachkriegszeit*, 1993, S. 74–76; H. SANDER/B. JOHR (Hrsg.), *BeFreier und Befreite*, 1992, S. 39; A. GROSSMANN, *Reforming Sex*, 1995, S. 193. – Siehe auch N. M. NAIMARK, *The Russians in Germany*, 1995, S. 69–140.

⁴⁷¹ Vgl. M. GANTE, § 218 in der Diskussion, 1991, S. 24. – SMAD-Befehl Nr. 6 vom 8.1.1946 über die Außerkraftsetzung des nazistischen Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14.7.1933 und der dazu erlassenen Verfügungen, in: J. FORTZIK, *Inventar der Befehle*, 1995, S. 87.

⁴⁷² Vgl. K. POUTRUS, *Abtreibungen in der Nachkriegszeit*, 1993, S. 76f.; DIES., *Abtreibungspolitik*, 1996, S. 179f. – Zu einer stärkeren Differenzierung der Abtreibungspraxis in der Nachkriegszeit tendiert A. Grossmann, *Reforming Sex*, 1995, S. 194f.

tatsächlich war, wird daran deutlich, dass allein in den Krankenhäusern Thüringens 1945/46 insgesamt 1 523 Abtreibungen gemeldet wurden. Die Dunkelziffer dürfte wesentlich höher gelegen haben.⁴⁷³

In dieser rechtlich verworrenen Situation des Umbruchs bemühten sich die von den Besatzungsmächten eingesetzten deutschen Verwaltungsstellen um pragmatische Antworten. Heraus kamen eine ganze Reihe »regionaler Rechtsprovisorien«. ⁴⁷⁴ Obwohl sich diese zumeist von den Landes- und Provinzialverwaltungen erlassenen Regelungen in den Details unterschieden, liefen sie ausnahmslos auf eine Legalisierung der Unterbrechung von solchen Schwangerschaften hinaus, die infolge von Vergewaltigungen verursacht waren. Dadurch versuchten die staatlichen Stellen, die Abtreibungspraxis in einigermaßen kontrollierbare Bahnen zu lenken und die betroffenen Frauen vor hochrisikanten illegalen Eingriffen am eigenen Körper oder durch Kurpfuscher zu bewahren.⁴⁷⁵ In Thüringen erließ die Landesverwaltung deshalb Ende August 1945 das »Gesetz über Unterbrechung der durch ein Sittlichkeitsverbrechen verursachten Schwangerschaft«. Hierdurch eröffnete sich einer Schwangeren oder ihrem gesetzlichen Vertreter die Möglichkeit, binnen zwei Monaten nach der Empfängnis und in Ausnahmefällen sogar noch später, beim zuständigen Vormundschaftsgericht einen Antrag zu stellen, um die Unterbrechung der Schwangerschaft für zulässig zu erklären. Die Kosten des Verfahrens sowie die Vergütung des Arztes für den Eingriff übernahm die thüringische Staatskasse bzw. der zuständige Fürsorgeverband. Diese liberalen Bestimmungen führten zu einem regelrechten »Abtreibungstourismus«, der auch Frauen aus den westlichen Besatzungszonen nach Thüringen führte. Auf Drängen der Gynäkologen und Rechtsexperten, die an der Entstehung des Gesetzes beteiligt gewesen waren, aber ebenso der SMA wurde im August 1946 die Meldepflicht für eine Schwangerschaft nach einer Vergewaltigung auf lediglich drei Tage verkürzt, später jedoch unter Mitwirkung des Landtags auf zwei Wochen verlängert.⁴⁷⁶ In der Mark Brandenburg erließ die Provinzialverwaltung 1946 eine Anordnung, der zufolge eine Strafverfolgung bei Vergehen gegen den Paragraphen 218 bis zu einer juristischen Neuregelung unmöglich gemacht wurde. Diese Regelung ent-

⁴⁷³ Vgl. K. POUTRUS, *Abtreibungen in der Nachkriegszeit*, 1993, S. 79.

⁴⁷⁴ DIES., *Abtreibungspolitik*, 1996, S. 181.

⁴⁷⁵ Vgl. DIES., *Abtreibungen in der Nachkriegszeit*, 1993, S. 78f.

⁴⁷⁶ Vgl. M. GANTE, § 218 in der Diskussion, 1991, S. 27f. – Zur Verlängerung der Frist im Juni 1947 siehe den Entwurf der Landesregierung Thüringen für den zweiten Nachtrag zum Gesetz über Unterbrechung der Schwangerschaft vom 29.8.1945/14.8.1946 vom 5.5.1947 (Drucksache Nr. 52), in: AVThLT/II.1, S. 151; Thüringer Landtag, 1. WP, 18. Sitzung am 29.5.1947, in: AVThLT/I.1, S. 773–806, bes. S. 787f.; Bericht des Rechtsausschusses des Thüringer Landtags vom 11.6.1947 (Drucksache Nr. 96), in: AVThLT/II.1, S. 232f.; Thüringer Landtag, 1. WP, 21. Sitzung am 27.6.1947, in: AVThLT/I.1, bes. S. 888f.

sprach weitgehend den Bestimmungen, die auch in den übrigen Landesteilen der SBZ und in den Westzonen galten.⁴⁷⁷

Die SMAD stand einer möglichst nachsichtigen Behandlung des Schwangerschaftsabbruchs sehr aufgeschlossen gegenüber. Schließlich warfen die Vergewaltigungen ein schlechtes Licht auf die Besatzungspolitik und schädigten das ohnehin geringe Ansehen der im Land stehenden Truppen. Um das unangenehme Thema möglichst schnell vergessen zu machen, unterstützte die Militäradministration daher die Maßnahmen der Landes- und Provinzialverwaltungen, obwohl sie dem strengen Abtreibungsverbot widersprachen, das seit 1936 in der Sowjetunion galt.⁴⁷⁸ Im Gegensatz zur Besatzungsmacht und auch zu den eigenen Positionen in der Weimarer Republik, als die KPD zu den treibenden Kräften im Kampf gegen den Paragraphen 218 gehört hatte, zeigte die SED-Führung zunächst kaum Interesse an der Frage, was sie deutlich von den Genossen unterschied, die sich an der Basis für die kommunistischen Ziele einsetzten. Walter Ulbricht hielt sie für nachrangig und war nicht bereit, die politisch heikle Abtreibungsproblematik näher zu erörtern.⁴⁷⁹ In diesem Punkt erwiesen sich die deutschen Moskalkader gegenüber den in der UdSSR herrschenden Verhältnissen linientreuer als die vergleichsweise pragmatisch handelnden Offiziere der Militäradministration. Allerdings zeichnete sich im Laufe des Jahres 1946 ein Wandel in der offiziellen Position der Partei ab.

Unter dem Eindruck des weiterhin bestehenden Handlungsbedarfs, der immer wieder vorgebrachten Klagen von Parteigenossen und nicht zuletzt aufgrund der Anfragen seitens der Länderregierungen und anderer deutscher Verwaltungsstellen bezüglich einer gesamtzonalen Regelung rückte das Problem des Schwangerschaftsabbruchs stärker in den Blickpunkt. Die Abteilung Frauen beim Zentralsekretariat arbeitete in Absprache mit den beiden Zentralverwaltungen für Justiz sowie für Arbeit und Sozialfürsorge einen Gesetzentwurf aus, der als Grundlage für die weitere rechtliche Ausgestaltung in der SBZ diente.⁴⁸⁰ Nach dem enttäuschenden Wahlausgang, den die SED-Führung unter anderem mit der mangelhaften Unterstützung der Partei durch die Frauen erklärte, setzte sie sich an die Spitze einer von ihr initiierten breiten öffentlichen Debatte über die Reformierung des Abtreibungsstrafrechts. Um von der politisch heiklen Vergewaltigungsthematik abzulenken, orientierte sich die Argumentation der SED an den Forderungen der KPD in der Weimarer Republik, die die soziale Indika-

⁴⁷⁷ Vgl. K. POUTRUS, *Abtreibungen in der Nachkriegszeit*, 1993, S. 85, Anm. 23. Vgl. auch M. GANTE, § 218 in der Diskussion, 1991, S. 26f.

⁴⁷⁸ Vgl. K. POUTRUS, *Abtreibungspolitik*, 1996, S. 182.

⁴⁷⁹ Vgl. W. LEONHARD, *Die Revolution entlässt ihre Kinder*, 1955, S. 374f.; A. GROSSMANN, *Reforming Sex*, 1995, S. 196; N. M. NAIMARK, *The Russians in Germany*, 1995, S. 122f.

⁴⁸⁰ Vgl. K. POUTRUS, *Abtreibungspolitik*, 1996, S. 183. – Die relevanten Unterlagen der Frauenabteilung des Zentralsekretariats sind überliefert in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/17, Nr. 28.

tion in den Mittelpunkt gestellt hatten. Diesem Wandel lagen aus der Sicht der Parteiführung allerdings rein taktische Motive zugrunde. Die beschränkte Legalisierung von Abtreibungen wurde als eine »zeitweilige Notlösung« betrachtet, die später, sobald sich die allgemeinen Verhältnisse stabilisiert hätten, wieder zurückgenommen werden sollte.⁴⁸¹

Im Juni 1947 brachte die SED-Fraktion im brandenburgischen Landtag einen Gesetzesantrag ein, der eine vorläufige Aussetzung von Strafverfahren aufgrund des Paragraphen 218 vorsah. Dieser Schritt wurde notwendig, weil die bisherige zeitlich befristete Verfügung der Provinzialverwaltung bereits Ende 1946 ausgelaufen und nicht verlängert worden war.⁴⁸² Der Entwurf entsprach nahezu wortgleich einer vom Zentralsekretariat drei Monate zuvor beschlossenen Vorlage für die Parlamente.⁴⁸³ Die SED zeigte sich darauf bedacht, den Antrag durch loyale und in der Frauenfrage engagierte Funktionärinnen im Plenum begründen zu lassen, und so übernahm das ehemalige KPD-Mitglied Margarete Langner, eine der beiden Leiterinnen des Frauensekretariats beim Landesverband sowie Mitbegründerin der Frauenausschüsse und des DFD in Brandenburg, diese Aufgabe.⁴⁸⁴

Anders als bei der Verstaatlichung der Montanindustrie waren die »bürgerlichen« Parteien in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs unterschiedlicher Auffassung. Die LDP stand den von der Einheitspartei propagierten Forderungen nach einer Liberalisierung des Rechts auf Abtreibung durchaus nahe. Zwar sprachen sich die Liberaldemokraten dezidiert gegen eine unbeschränkte Freigabe aus, das wurde von der SED aber auch nicht angestrebt. Die Partei einigte sich intern auf die einheitliche Linie, wonach man eine Reformierung des Paragraphen 218 und die Zulassung von Indikationen aus medizinischen, sozialen und ethischen Gründen unterstützen werde. Mit »ethischen Indikationen« waren in erster Linie die Schwangerschaftsabbrüche nach Vergewaltigungen gemeint.⁴⁸⁵

⁴⁸¹ K. POUTRUS, Abtreibungspolitik, 1996, S. 184.

⁴⁸² Vgl. den Antrag Bauer, Langner und Genossen vom 11.6.1947 (Drucksache Nr. 90), in: AVLTB/2, S. 135. – Vgl. auch Landtag Brandenburg, 1. WP, 14. Sitzung am 25.6.1947, in: AVLTB/1, S. 171–189, bes. S. 183 (Beitrag von Margarete Langner, SED). Vgl. auch K. KERN, »Um das Ungebohrne. Gesetzliche Neuregelung des § 218 in der Ostzone«, in: Neues Deutschland, Reichsausgabe, vom 14.6.1947.

⁴⁸³ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats der SED am 17.3.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 72, Bl. 1–5, bes. Bl. 3. Der Gesetzentwurf findet sich als Anlage in: ebd., Bl. 6. – Vgl. auch das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Brandenburg am 16.6.1947, verf. am 18.6.1947, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 23, Bl. 118–121, bes. Bl. 119.

⁴⁸⁴ Zu Margarete Langner siehe M. HELLE, Nachkriegsjahre, 2011, S. 169 u. 226f., D. KOTSCH, Karrierewege in Brandenburg, 1996, S. 189f.; F. SATTLER, Wirtschaftsordnung im Übergang/2, 2002, S. 943. – Landtag Brandenburg, 1. WP, 14. Sitzung am 25.6.1947, in: AVLTB/1, S. 183 (Beitrag Margarete Langner, SED).

⁴⁸⁵ Vgl. das Rundschreiben der LDP Brandenburg an die Leiterinnen der Frauengruppen bei den LDP-Kreis- und Stadtverbänden der Mark Brandenburg vom 4.6.1947, 3 S., in: ADL, L 5, Nr. 55, o. Bl., S. 1.

Die Stellungnahme der LDP-Landtagsfraktion fiel dann allerdings äußerst vage aus: Der als Redner benannte Fraktionsführer Georg Schneider wies vor allem auf die gesundheitlichen Risiken solcher Eingriffe hin. Zwar sprach sich der Potsdamer Arzt für die medizinische Indikation aus, seine Ausführungen waren jedoch so allgemein gehalten, dass man daraus schwerlich eine verbindliche Position der brandenburgischen LDP zum Antrag der SED herauslesen konnte.⁴⁸⁶

Im Gegensatz dazu kündigte die CDU Widerstände an. Otto Nuschke, der von der Einheitspartei und der Militäradministration eigentlich zum »fortschrittlichen« Flügel in der Union gezählt wurde, machte nicht nur das juristische Bedenken laut, dass ein Landesparlament keinen Paragraphen des geltenden Strafrechts aufheben könne, der mit seinem gesamtdeutschen Anspruch eindeutig in die Kompetenz des Alliierten Kontrollrats fiele, sondern er sprach sich gegen jedwede Form des Schwangerschaftsabbruchs aus. Ganz gleich, ob es sich um werdendes oder um wirkliches Leben handle – Tötung bleibe Tötung, meinte Nuschke. Weil alle moralischen Säulen entwurzelt worden seien, müsse man bei einer gesetzlichen Regelung ganz besonders feinfühlig sein. Ein solch weitreichender Gesetzantrag könne nicht »auf dem Wege der Schnellarbeit« erledigt werden, sondern müsse gewissenhaft geprüft werden. Zudem verwies er wie sein Vorredner auf die infolge der Abtreibungen bestehenden Gefahren für das Wohl der Frauen und setzte diese in Bezug zu den demographischen Auswirkungen:

»Wir aber bei unserem Wiederaufbau brauchen jede Hand und jeden Kopf, wir können uns eine Vermehrung unserer Arbeitsunfähigen angesichts der großen Opfer des Krieges gar nicht gestatten. Die biologische Pyramide unseres Volkes müßte außerdem in eine bedenkliche Form geraten, wenn gerade die breite Grundlage des Jugendnachwuchses durch eine solche Regelung verhängnisvoll unterbrochen würde.«⁴⁸⁷

Die Ausführungen Nuschkes spiegelten die vorherrschende Meinung in der Union. Für die vielen gläubigen Christen unter den Mitgliedern der CDU erwies sich die Diskussion über den Schwangerschaftsabbruch nicht nur als eine Debatte über irgendeinen politischen Sachgegenstand, sondern sie stellte eine Gewissensentscheidung ersten Ranges dar. Die starke Identifikation der Partei

⁴⁸⁶ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 14. Sitzung am 25.6.1947, in: AVLTB/1, S. 183f. (Beitrag Dr. Georg Schneider, LDP). – Zu Georg Schneiders Tätigkeit als Arzt und Mitbegründer des 1920 gegründeten Ärzteverbandes der Provinz Brandenburg siehe KASSENÄRZTLICHE VEREINIGUNG BRANDENBURG (Hrsg.), 20 Jahre KVBB, 2010, S. 53.

⁴⁸⁷ Landtag Brandenburg, 1. WP, 14. Sitzung am 25.6.1947, in: AVLTB/1, S. 184f., hier S. 185 (Beitrag Otto Nuschke, CDU). Vgl. auch das Protokoll der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 24.6.1947, 5 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 67, o. Bl., S. 4.

mit den Glaubens- und Lebensgrundsätzen der Kirchen, die in der Nachkriegsgesellschaft als einzige intakte moralische Instanzen wahrgenommen wurden⁴⁸⁸, war dabei von erheblichem Gewicht. Parallel zum Streit um die Indikationsgesetze in den Ländern verstärkte die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg in der zweiten Jahreshälfte 1947 ihre Anstrengungen, Frauen von einem Eingriff »wider Gottes Gebot« abzuhalten.⁴⁸⁹ Die Innere Mission richtete Kinderheime ein, in denen Mütter die ungewollten Kinder abgeben konnten. Zudem versuchten beide Konfessionen mit eigenen Beratungsstellen, schwangere Frauen von der Austragung des Kindes zu überzeugen.⁴⁹⁰

Obwohl der Landtag den SED-Antrag zur Aufhebung der Strafverfolgung gemäß des Paragraphen 218 an den Rechts- und Verfassungsausschuss überwies, wurde seine Beratung dort niemals regulär abgeschlossen. Nach der Sommerpause des Parlaments 1947 fand er keine Erwähnung mehr. Weshalb die Vorlage gestoppt wurde, ist nicht eindeutig festzustellen. Allerdings scheint es sehr wahrscheinlich, dass die Initiative dazu von der SED selbst ausging. Denn das Zentralsekretariat ließ einen zweiten Gesetzentwurf ausarbeiten, der im Vergleich zum ersten viel eindeutiger und detaillierter die Modalitäten des Schwangerschaftsabbruchs regelte. Hatte die provisorisch wirkende Fassung vom März lediglich wenige Zeilen umfasst, lag nun ein vollwertiges Gesetz vor, das in die Landtage der SBZ eingebracht wurde. Die Vorlage stellte die Abtötung zwar unter Strafe, erlaubte allerdings die medizinische, die soziale und die ethische Indikation. Außerdem hob das Gesetz die bisherige Rechtsprechung seit der Reichsgründung vollständig auf. Der Entwurf ging also über eine reine Außerkraftsetzung des Paragraphen 218 hinaus. Vielmehr strebte er eine gesetzliche Neuausrichtung in der Frage des Schwangerschaftsabbruchs an.⁴⁹¹

An den grundsätzlichen Auffassungen der »bürgerlichen« Parteien hatte sich in der Zwischenzeit nichts geändert. Während die Liberaldemokraten in dem neuen Antrag durchaus viele erwägenswerte Elemente fanden, beharrte die Unionsfraktion trotz wachsenden öffentlichen Drucks, der in Form zahlreicher beim Landtag eingehender Resolutionen von Frauenausschüssen und Betriebsgruppen sichtbar wurde⁴⁹², energisch auf ihrer Position. Große Unruhe provozierte

⁴⁸⁸ Vgl. W. BENZ, Auftrag Demokratie, 2009, S. 90f.

⁴⁸⁹ Plakat der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg vom 23.9.1947, abgedr. in: G. STAUPE/L. VIETH (Hrsg.), Unter anderen Umständen, 1993, S. 80. Vgl. auch Landtag Brandenburg, 1. WP, 22. Sitzung am 4.11.1947, in: AVLTB/1, S. 298–309, bes. S. 305 (Beitrag Kurt Schubert, CDU).

⁴⁹⁰ Vgl. N. M. NAIMARK, The Russians in Germany, 1995, S. 124.

⁴⁹¹ Vgl. den Antrag Langner und Genossen vom 26.8.1947 (Drucksache Nr. 117), in: AVLTB/2, S. 174f. – Vgl. auch das Protokoll des SED-Landessekretariats Brandenburg am 11.8.1947, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 23, Bl. 152–155, bes. Bl. 152.

⁴⁹² Die überlieferten Resolutionen und Stellungnahmen zum § 218, die auf vorbereitete Initiativen der SED zurückgingen, finden sich in: BLHA, Rep. 201, Nr. 182.

die Abgeordnete Elisabeth Landmann (CDU), als sie im Zusammenhang mit der sozialen Indikation vom »organisierten Mord der Ungeborenen« sprach. Indem sie auf das in der UdSSR geltende Abtreibungsverbot hinwies, verdeutlichte Landmann – ohne es explizit auszusprechen – den Widerspruch in der Haltung der ansonsten stets moskautreuen Einheitspartei in dieser Frage.⁴⁹³ Die Beratungen im Rechts- und Verfassungsausschuss führten dann zu leichten inhaltlichen Modifikationen an dem Entwurf. So wurde ein eigener Passus aufgenommen, der Ärzte im Falle einer fahrlässigen Tötung der Schwangeren während des Aborts eine Zuchthausstrafe von mindestens drei Jahren androhte. Überhaupt wurde die juristische Haftung desjenigen, der die Abtreibung vornahm, viel stärker hervorgekehrt als in dem ursprünglichen Antrag. Ganz offensichtlich reagierten die Parlamentarier im Ausschuss damit auf die in der Öffentlichkeit immer wieder auftauchenden Berichte über medizinische Scharlatane, die die Notlage der Frauen ausnutzten, um damit ein Geschäft zu machen. Es ging darum, den Betroffenen ein höheres Maß an rechtlichem Schutz als bisher zu geben, was auch von der CDU mitgetragen wurde.⁴⁹⁴ Deren Vertreter waren allerdings nicht bereit, die im Entwurf dargelegten Kriterien für die soziale Indikation mitzutragen. Eine erste überarbeitete Fassung wurde von ihr abgelehnt. Auf Vorschlag Franz Schleuseners entschloss sich der Ausschuss zu einer Umformulierung des betreffenden Paragraphen, wodurch die soziale Indikation zwar nicht aus dem Gesetzesantrag herausgenommen, wohl aber in der Form einer Nebenbestimmung dezenter benannt wurde. An der strafrechtlichen Situation änderte sich dadurch nichts.⁴⁹⁵

Trotz des von Schleusener unterbreiteten Vermittlungsversuchs waren große Teile der CDU-Fraktion nicht bereit, dem Gesetz zuzustimmen. Die Fortsetzung der ersten Lesung am 4. November 1947 im Landtag wurde von heftigen Auseinandersetzungen zwischen den Sprechern der Christdemokraten und der Einheitspartei überschattet. Otto Nuschke setzte den Schwangerschaftsabbruch erneut in direkten Bezug zu den Verbrechen des NS-Regimes. Ausdrücklich verwies er auf die »Euthanasie«-Aktionen an Geisteskranken im »Dritten Reich«. Das löste empörte Zurufe bei der SED aus, die während des weiteren

⁴⁹³ Landtag Brandenburg, 1. WP, 17. Sitzung am 11.9.1947, in: AVLTB/1, S. 245–261, bes. S. 253f. (Beitrag Dr. Elisabeth Landmann, CDU).

⁴⁹⁴ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Landtags Brandenburg am 17.10.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 162, Bl. 146f.; Landtag Brandenburg, 1. WP, 17. Sitzung am 11.9.1947, in: AVLTB/1, S. 251 (Beitrag Margarete Langner, SED). – K. POUTRUS, *Abtreibungen in der Nachkriegszeit*, 1993, S. 79.

⁴⁹⁵ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Landtags Brandenburg am 24.10.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 162, Bl. 141f.; Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses des Landtags Brandenburg vom 24.10.1947 (Drucksache Nr. 117), in: AVLTB/2, S. 176f.; D. HAHN, *Modernisierung und Biopolitik*, 2000, S. 184.

Verlaufs von Nuschkes Ausführungen nicht abklängen. Auch der zweite Redner der Union, der Pfarrer Kurt Schubert, gab ein leidenschaftliches Plädoyer, das Gesetz abzulehnen. Am Ende der Aussprache beantragte die Linke des Hauses eine namentliche Abstimmung. Das Ergebnis war eindeutig: In erster Lesung stimmten 62 Abgeordnete für den Antrag, 29 votierten dagegen.⁴⁹⁶ Die Zahlen sind umso aufschlussreicher, weil sie zeigen, dass die CDU-Fraktion nicht geschlossen abstimmte. Ausgerechnet Franz Schleusener gab keine Stimme ab, obwohl er laut Protokoll während der Landtags Sitzung anwesend war.⁴⁹⁷ Auch für die beiden Abgeordneten Walter Franze und Ernst Lemmer ist kein Votum verzeichnet, was bedeutet, dass sie entweder bei der Stimmabgabe fehlten oder sich enthielten. Dieser Befund wirft im Übrigen ein bezeichnendes Licht auf den Wahrheitsgehalt von Lemmers Memoiren: Darin berichtet er ausführlich von seinem Engagement gegen einen Antrag zum Schwangerschaftsabbruch, der von CDU und LDP gemeinsam aufgehalten worden wäre. Auch gibt Lemmer sinngemäß eine Rede wider, die er angeblich dazu hielt. Man habe der SED eine »Niederlage im Brandenburger Landtag« bereitet. Diese Darstellung entsprach allerdings nicht den Tatsachen: Weder hielt Ernst Lemmer jemals im Parlament eine Rede zu dem Thema noch gab es ein solches Zusammengehen der Christ- und Liberaldemokraten.⁴⁹⁸ Von allen LDP-Abgeordneten stimmte am 4. November 1947 einzig Ingo von Koerber gegen den Gesetzesantrag, der am Tag darauf ohne weitere Aussprache verabschiedet wurde.⁴⁹⁹

Weil in Thüringen bereits seit dem Sommer 1945 ein Gesetz zum Schwangerschaftsabbruch existierte, unterschied sich hier die rechtliche Ausgangssituation. Gleichwohl war die Vorgehensweise der SED im Parlament, eine zoneneinheitliche Regelung in ihrem Sinne durchzusetzen, weitgehend identisch mit derjenigen in Brandenburg. Zunächst reichte die Landtagsfraktion Mitte Mai 1947 den vom Zentralsekretariat beschlossenen Antrag zur Aussetzung von Strafverfahren gemäß des Paragraphens 218 bis zur gesetzlichen Neuregelung ein. Anfangs war sogar in Erwägung gezogen worden, auf eine Beratung des Entwurfs im Fachausschuss zu verzichten und gleich direkt zur Endabstimmung überzugehen. Davon nahmen die leitenden Genossen allerdings

⁴⁹⁶ Landtag Brandenburg, 1. WP, 22. Sitzung am 4.11.1947, in: AVLTB/1, S. 302–307. – Eine Auflistung des namentlichen Abstimmungsergebnisses findet sich ebd., S. 309. – Vgl. M. SCHWARTZ, »Liberaler als bei uns?«, 2008, S. 190f.

⁴⁹⁷ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 22. Sitzung am 4.11.1947, in: AVLTB/1, S. 308.

⁴⁹⁸ E. LEMMER, *Manches war doch anders*, 1968, S. 277f.

⁴⁹⁹ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 22. Sitzung am 4.11.1947, in: AVLTB/1, S. 309; Landtag Brandenburg, 1. WP, 23. Sitzung am 5.11.1947, in: ebd., S. 310–325, bes. S. 324. – Zur Einbindung des Landtags in die Ausarbeitung der Ausführungsbestimmungen siehe das Protokoll zur Sitzung des Ausschusses für Wiederaufbau, Gesundheitswesen und Umsiedler gemeinsam mit Vertretern der Landesregierung am 8.4.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 181, Bl. 6f.

Abstand.⁵⁰⁰ Am 8. Oktober wurde das Gesetz mit der SED-Mehrheit gegen einige Stimmen aus den Reihen der LDP und CDU angenommen.⁵⁰¹ Anfang November stand dann der Antrag zum Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft auf der Tagesordnung.⁵⁰²

Im Thüringer Landtag wurden die Auseinandersetzungen um die Indikation ebenfalls mit größter Entschlossenheit geführt. Das Verhältnis zwischen der Einheitspartei und der Union mit ihrer kategorischen Ablehnungshaltung war äußerst angespannt. »Die CDU gelangt [...] zu der Überzeugung, daß wir nie die Hand bieten werden zu Maßnahmen, die wieder den Tod in den Dienst unseres Volkes stellen könnten«, erklärte die Heiligenstädter Abgeordnete Gertrud Voigt vor dem Hohen Haus. »Es ist notwendig, den ersten Anfängen zu widerstehen, damit wir nicht wieder auf die abschüssige und sehr gefährliche Bahn geraten, die in gerader Linie in die Gaskammern irgendeines Auschwitz führen könnte. Leben ist Leben. Tötung ist Tötung.«⁵⁰³ Nach diesen Bemerkungen fiel Landtagspräsident Frölich der Rednerin ins Wort und erteilte ihr eine Rüge. Auf der anderen Seite diskreditierte die SED die Argumente ihrer »bürgerlichen« Widersacher mit ähnlichen Mitteln. Als etwa im Herbst 1947 die Rede auf die Bestrebungen der Inneren Mission in Berlin und Brandenburg kam, eigene Heime für ungewollte Kinder einzurichten, rückten die Thüringer Genossen dieses Ansinnen, das von der CDU im Landtag stark unterstützt wurde, in die Nähe zu den Nationalpolitischen Erziehungsanstalten und den SS-Junkerschulen des »Dritten Reiches«.⁵⁰⁴ Überhaupt offenbarten die Auseinandersetzungen um die Indikationsgesetze eine grundsätzlich andere politische Kultur zwischen der SED und den »bürgerlichen« Fraktionen. Die Reden von Unionsabgeordneten wurden mit störenden Zwischenrufen und hässlichen Kommentaren der SED-Fraktion quittiert. Das erinnerte stark an das klassenkämpferische Agitieren der Kommunisten in den Parlamenten der Weimarer Republik.⁵⁰⁵

⁵⁰⁰ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 18. Sitzung am 29.5.1947, in: AVThLT/I.1, S. 773–806, bes. S. 789; Antrag der SED-Landtagsfraktion Thüringen zur Aussetzung von Strafverfahren über § 218 bis zur gesetzlichen Neuregelung vom 19.5.1947 (Drucksache Nr. 66), in: AVThLT/II.1, S. 180.

⁵⁰¹ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 25. Sitzung am 8.10.1947, in: AVThLT/I.2, S. 1019–1039, bes. S. 1039.

⁵⁰² Vgl. den Antrag der SED-Landtagsfraktion Thüringen betreffend den Gesetzentwurf über die Unterbrechung der Schwangerschaft vom 20.10.1947 (Drucksache 191), in: AVThLT/II.1, S. 435–437; Thüringer Landtag, 1. WP, 29. Sitzung am 6.11.1947, in: AVThLT/I.2, S. 1125–1169, bes. S. 1153–1158.

⁵⁰³ Thüringer Landtag, 1. WP, 18. Sitzung am 29.5.1947, in: AVThLT/I.1, S. 773–806, hier S. 790 (Beitrag Gertrud Voigt, CDU).

⁵⁰⁴ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 25. Sitzung am 8.10.1947, in: AVThLT/I.2, S. 1036 (Beitrag Emma Sachse, SED) u. 1039.

⁵⁰⁵ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 29. Sitzung am 6.11.1947, in: AVThLT/I.2, S. 1125–1169, bes. S. 1156–1158 (Beiträge Johannes Mebus, CDU, und Walther Rücker, CDU); Thüringer Landtag,

Im Gegensatz dazu zeigten sich die »bürgerlichen« Fraktionen trotz aller weltanschaulicher und politischer Differenzen in den meisten Fällen darum bemüht, die Debatten auf einer angemessenen und sachlichen Ebene zu halten. In ihrem Selbstverständnis bildeten der gegenseitige Respekt sowie die Wahrung ordentlicher parlamentarischer Usancen hierfür die Voraussetzung. Die zitierten Äußerungen von Gertrud Voigt wirkten deshalb so ungewöhnlich, weil sie in ihrer Schärfe tatsächlich die Ausnahme waren. Trotz allen Engagements im Kampf um die Durchsetzung der eigenen politischen Auffassungen trachteten die Abgeordneten von CDU und LDP in der Regel danach, den »guten Ton« im Parlament aufrechtzuerhalten und die Form im Sinne der Geschäftsordnung zu wahren. Bisweilen erkannten sie durchaus, dass das Verhalten der SED im Parlament nicht auf die Suche nach ehrlichen Kompromissen, sondern auf die Realisierung ihrer Maximalforderungen gerichtet war. Im Kontext der Diskussionen um das Gesetz zur Schwangerschaftsunterbrechung beschwerte sich Pfarrer Johannes Mebus über die Schwarzweiß-Muster der SED im politischen Streit. Alles, was ihr nicht in den Kram passe, werde als »reaktionäre Gesinnung« dargestellt, wohingegen alles, was die Partei selbst einbringe, »fortschrittlich« sei.⁵⁰⁶

Wie in Brandenburg suchte die thüringische Union in der Kontroverse um die soziale Indikation den Schulterchluss mit der Kirche. Die CDU stellte Anfang November den Antrag, die Landesregierung damit zu beauftragen, in Verbindung mit der Volkssolidarität und dem Hilfswerk der christlichen Kirchen Einrichtungen zu schaffen, »die es jeder Mutter, die auf Grund ihrer sozialen Lage ihr zu erwartendes Kind nicht glaubt großziehen zu können, ermöglichen, dieses Kind Familien oder Heimen zu liebevoller Pflege und gewissenhafter Erziehung zu übergeben, es aber jederzeit zurückfordern zu können«.⁵⁰⁷ Dieser Antrag stand im Zusammenhang mit einer Initiative des Landesbischofs der evangelischen Kirche Thüringens, Moritz Mitzenheim. Mitzenheim schickte an den Ministerpräsidenten, den Landtagspräsidenten sowie an die Leitung der SED-Fraktion ein Schreiben, in welchem er »in brennender Sorge um die sittliche Gesunderhaltung unseres Volkes« den im Gesetz vorgesehenen Schwangerschaftsabbruch aus sozialen Gründen strikt ablehnte. »Die Unterbrechung der Schwangerschaft in einwandfrei nachgewiesenen Notzuchtfällen kann in der verwirrten Lage unserer chaotischen Gegenwart in Einzelfällen verzeihlich

1. WP, 31. Sitzung am 18.12.1947, in: ebd., S. 1205–1262, bes. S. 1237 (Beitrag Gertrud Voigt, CDU), 1239 (Beitrag Johannes Mebus, CDU), 1241 u. 1243.

⁵⁰⁶ Ebd., S. 1239 (Beitrag Johannes Mebus, CDU).

⁵⁰⁷ Thüringer Landtag, 1. WP, 29. Sitzung am 6.11.1947, in: ebd., S. 1155 (Beitrag Walther Rucker, CDU); Bericht des Rechtsausschusses des Thüringer Landtags vom 20.11.1947 (Drucksache Nr. 220), in: AVThLT/II.1, S. 491f.

erscheinen. Eine Tötung aber aus anderen Gründen, selbst wenn sie mit öffentlicher Duldung und Unterstützung geschehen sollte, bleibt Sünde und bleibt ein Unrecht, dessen unausweichliche Folgen vorerst niemand abzusehen vermag. Hüten wir uns, augenblickliche Nützlichkeitsabwägungen über Gottes Gebot zu stellen!« Der Landesbischof forderte nicht nur eine Streichung des entsprechenden Abschnitts, sondern die Vorbereitung von Sofortmaßnahmen, um notleidenden Schwangeren wirtschaftlich zu helfen.⁵⁰⁸ Das Engagement Mitzenheims trug dazu bei, den Forderungen der CDU-Fraktion öffentliches Gewicht zu verleihen. Wenn die Partei auch damit scheiterte, das Gesetz zur Unterbrechung der Schwangerschaft im Parlament zu stoppen, konnte sie zumindest ihren Antrag zur Gründung von Einrichtungen für ungewollte Kinder durchsetzen, der von Teilen der SED anfangs als unausführbar belächelt worden war.⁵⁰⁹

Während die Haltung von SED und CDU zu den Indikationsgesetzen eindeutig war, zeigten sich die Liberaldemokraten in der Frage keineswegs einer Meinung. Während Karl Mehnert im Namen seiner Fraktion den Gesetzesantrag zur Unterbrechung der Schwangerschaft begrüßte⁵¹⁰, wurde im Verlauf der Beratungen im Rechts- und Verfassungsausschuss deutlich, dass einige liberaldemokratische Abgeordnete dem Entwurf mit großen Vorbehalten gegenüberstanden.⁵¹¹ Die Abstimmungsergebnisse während der beiden Lesungen des Gesetzentwurfes im Rechtsausschuss dokumentieren das uneinheitliche Meinungsbild der Liberaldemokraten. Ein erheblicher Teil der beschlossenen Abänderungen des Entwurfs wurden von der SED-Mehrheit bei Gegenstimmen oder Enthaltungen von LDP-Abgeordneten angenommen.⁵¹² Bei der zweiten Lesung des Antrags im Plenum am 18. Dezember 1947 beantragte die CDU eine ziffermäßige Abstimmung über den Paragraphen 2, in welchem die Bestimmung zur sozialen Indikation enthalten war. Auch hierbei wurden drei Gegenstimmen

⁵⁰⁸ Schreiben von Moritz Mitzenheim an die SED-Landtagsfraktion Thüringen, z. Hd. von Heinrich Hoffmann und Richard Eyer mann, vom 24.11.1947, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 340–343, hier S. 340f.; vgl. auch Thüringer Landtag, 1. WP, 31. Sitzung am 18.12.1947, in: AVThLT/I.2, S. 1237 (Beitrag August Frölich, SED). – G. HELWIG, Familienpolitik in der SBZ, 2001, S. 667f.

⁵⁰⁹ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 29. Sitzung am 6.11.1947, in: AVThLT/I.2, S. 1125–1169, bes. S. 1155 (Beitrag Walther Rücker, CDU); 31. Sitzung am 18.12.1947, in: ebd., S. 1205–1262, bes. S. 1243.

⁵¹⁰ Thüringer Landtag, 1. WP, 29. Sitzung am 6.11.1947, in: ebd., bes. S. 1154 (Beitrag Karl Mehnert, LDP).

⁵¹¹ Vgl. den Bericht des Rechtsausschusses des Thüringer Landtags über die Beratung des Gesetzes betreffend die Unterbrechung der Schwangerschaft vom 20.11.1947 (Drucksache Nr. 220), in: AVThLT/II.1, S. 490–492, bes. S. 490.

⁵¹² Ebd., S. 491; Protokoll über die Sitzung des Rechtsausschusses teilweise gemeinsam mit dem Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Sozialfürsorge und dem Ausschuss für Wirtschaft, Handel und Versorgung des Thüringer Landtags am 20.11.1947, 1 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 103, o. Bl.

und zwei Enthaltungen von Liberaldemokraten registriert.⁵¹³ Am Ende verabschiedete das Parlament das umstrittene Gesetz mit der Unterstützung der SED und großen Teilen der LDP-Fraktion.⁵¹⁴

d) Herabsetzung des Wahlalters

Ein weiteres Thema, über das 1947 und 1948 in den Landtagen der SBZ sehr kontrovers diskutiert wurde, war die Frage der Herabsetzung des Wahlalters. Mag man dieses Sujet auf den ersten Blick als eher randständig beurteilen, so bietet es nicht nur hinsichtlich der unterschiedlichen jugendpolitischen Ansichten der Parteien einige Aufschlüsse. Vielmehr veranschaulicht es zugleich, welche Methoden der SED zur Verfügung standen, um die von ihr verfolgten Ziele in den Parlamenten durchzusetzen – und auf welche energischen Widerstände bei den Christ- und Liberaldemokraten sie dabei stieß.

Die Frage, ab welchem Alter jungen Menschen das Recht zustehen sollte, an politischen Entscheidungen teilzuhaben, zu wählen oder sich selbst als Kandidaten aufstellen zu lassen, hatte bereits zu Beginn der Weimarer Republik eine wichtige Rolle gespielt. Das aktive Wahlrecht wurde 1919/20 vom 25. Lebensjahr, wie es seit 1871 gegolten hatte, auf das 20. Lebensjahr herabgesetzt. Das passive Wahlrecht lag fortan beim 25. Lebensjahr. Gemeinsam mit der Verleihung des Frauenwahlrechts erhöhte sich durch diese Veränderungen der Kreis der Wahlberechtigten erheblich.⁵¹⁵ Auch während der Verfassungsberatungen 1946/47 stand die Frage des Wahlalters erneut im Raum. Die Verfassung Thüringens legte das aktive Wahlrecht auf das vollendete 20. Lebensjahr und das passive Wahlrecht auf das vollendete 23. Lebensjahr fest.⁵¹⁶ In Brandenburg sowie den anderen Ländern der SBZ – mit der Ausnahme von Sachsen – galten diese Altersgrenzen ebenfalls.⁵¹⁷ Die getroffenen Regelungen waren ein Kompromiss: Während die SED-Fraktionen in den Parlamenten auf eine weitere

⁵¹³ Thüringer Landtag, I. WP, 31. Sitzung am 18.12.1947, in: AVThLT/I.2, S. 1240.

⁵¹⁴ Ebd., S. 1241. – M. GANTE, § 218 in der Diskussion, 1991, S. 28f. – Zur politischen Einflussnahme der SED auf die Umsetzung des Gesetzes siehe Rundschreiben Nr. 2 des Landesvorstands Thüringen der SED, Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge, an alle SED-Kreisvorstände, Abteilung Arbeit und Sozialfürsorge, vom 19.1.1948, in: ThHStAW, Land Thüringen, Der Ministerpräsident – Büro des Ministerpräsidenten, Nr. 663, Bl. 44f.

⁵¹⁵ Vgl. die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8.1919, Art. 22, in: Reichs-Gesetzblatt 1919, S. 1383–1418, bes. S. 1388; Reichswahlgesetz vom 27.4.1920, Paragraph 4, in: Reichs-Gesetzblatt 1920, S. 627–635, bes. S. 629. – Vgl. dazu B. KÖSTER, »Die Junge Garde des Proletariats«, 2005, S. 2; W. R. KRABBE, Kritische Anhänger, unbequeme Störer, 2010, S. 25.

⁵¹⁶ Vgl. die Verfassung des Landes Thüringen vom 20.12.1946, Art. 3, Abs. 6. u. Art. 9, Abs. 2, abgedr. in: G. Braas, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 480–491, bes. S. 481f.

⁵¹⁷ Vgl. die Verfassung für die Mark Brandenburg vom 6.2.1947, Art. 10, Abs. 3f., abgedr. in: ebd., S. 516–525, bes. S. 517. Vgl. auch ebd., S. 151–153. – Zu Sachsen siehe u. a. M. SCHMEITZNER, Im Schatten der FDJ, 2004, S. 133f.

Herabsetzung der Altersstufen auf das vollendete 18. bzw. das vollendete 21. Lebensjahr gedrängt hatten, hatten sich die CDU und die LDP diesem Ansinnen strikt verweigert. In Weimar waren die Bestimmungen zum Wahlalter von der Einheitspartei als ein taktisches Zugeständnis genutzt worden, um der LDP das Placet zur Verfassung zu erleichtern.⁵¹⁸

Gegen diese Bestimmungen artikuliert sich jedoch im »außerparlamentarischen« Raum deutliche Kritik. Insbesondere in den Reihen der FDJ galten die Ergebnisse der Verfassungsberatungen in dem Punkt als unbefriedigend. Bereits im Juni 1946 hatte das »I. Parlament der Jugend«, das von Erich Honecker in Brandenburg an der Havel einberufen worden war, die »Grundrechte der jungen Generation« verabschiedet. Sie dienten als eine Art Programm mit tagespolitischen und sozialen Forderungen. Im Kontext der bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlen stellte die Festsetzung des Wahlalters auf 18 bzw. 21 Lebensjahre eine zentrale Forderung der FDJ dar⁵¹⁹, auch wenn sie in den verschiedenen parteinahen Jugendorganisationen durchaus umstritten war.⁵²⁰ Zwar gab es während der Verfassungsberatungen in den Landtagen seitens der FDJ Versuche, auf die Verhandlungen einzuwirken, diese blieben jedoch ergebnislos.⁵²¹ Die SED hielt in der Folgezeit die Enttäuschung unter den Jugendfunktionären am Leben. Dahinter stand die Absicht der Parteiführung, sich demonstrativ an die Spitze derer Forderungen zu stellen und mithilfe der Massenorganisation die eigenen Vorstellungen nachträglich doch noch zu realisieren.⁵²²

In Brandenburg gewann das Thema bereits wenige Wochen nach der Verabschiedung der Verfassung wieder an Bedeutung. Im April 1947 reichte die Landesleitung der FDJ beim Landtag einen Antrag ein, demzufolge das Wahlalter gemäß der »Grundrechte der jungen Generation« herabgesetzt werden sollte.⁵²³ Damit kam die FDJ einem Beschluss nach, der auf der 2. Landesdelegiertenkonferenz in Luckenwalde getroffen worden war.⁵²⁴ Der Rechts- und Verfassungsausschuss beschäftigte sich am 8. Mai 1947 mit dem Anliegen. Er gelangte aber zu dem Schluss, die bisherigen Regelungen beizubehalten, »da diese Lebensalter nach eingehenden Beratungen der Verfassung in Übereinstimmung mit den Blockparteien, mit Zustimmung der SMA und in Übereinstimmung

⁵¹⁸ Vgl. G. BRAAS, *Die Entstehung der Länderverfassungen*, 1987, S. 152.

⁵¹⁹ Vgl. M. SCHMEITZNER, *Im Schatten der FDJ*, 2004, S. 118f.; U. MÄHLERT/G.-R. STEPHAN, *Blaue Hemden – rote Fahnen*, 1996, S. 37.

⁵²⁰ Vgl. M. SCHMEITZNER, *Im Schatten der FDJ*, 2004, S. 125.

⁵²¹ Vgl. G. BRAAS, *Verfassungsgebung*, 1993, S. 362.

⁵²² Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 28. Sitzung am 7.1.1948, in: AVLTB/1, S. 370–380, bes. S. 373 (Beitrag Willy Sägebrect, SED).

⁵²³ Vgl. das Schreiben von Ministerialrat Fritz Springer an Franz Schleusener vom 28.4.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 172, Bl. 54.

⁵²⁴ Vgl. »FDJ fordert Verfassungsänderung«, in: Berliner Zeitung vom 11.4.1947.

mit den Beschlüssen in anderen Ländern der Zone festgelegt worden sind.«⁵²⁵ Auch die SED-Vertreter im Ausschuss – unter ihnen befanden sich Wilhelm Pieck, Werner Lufft, Paul Szillat und Walter Beckmann – sprachen sich für die Ablehnung des Antrags aus.⁵²⁶ Auf Initiative des FDJ-Funktionärs und Leiters der Abteilung Jugend und Sport bei der Landesleitung der SED, Josef Borst, traf das Landessekretariat am 19. Mai allerdings die Entscheidung, den Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz über die SED-Fraktion erneut aufnehmen zu lassen und ihn in den Landtag einzubringen. Um das Terrain vorzubereiten, entschied das Sekretariat, vorab eine öffentliche Mobilisierungskampagne zu starten. Sie sollte dazu führen, dass sich die Jugendlichen des Landes hinter dem SED-Antrag versammelten.⁵²⁷

Diese Kampagne wurde in den folgenden Wochen vorbereitet und auf den Weg gebracht. Dabei achtete man besonders darauf, den Eindruck zu erwecken, als ob es sich um eine Initiative »von unten« handle. Die Partei brachte in vielen Stadtparlamenten und Kreistagen Anträge ein, die die Forderungen der FDJ in ein parlamentarisches Gewand kleideten. Häufig ergaben sich erregte Debatten mit den Vertretern der »bürgerlichen« Parteien, die sich gegen die Herabsetzung der Altersgrenzen wehrten.⁵²⁸ Parallel dazu wurde das Landtagsbüro mit Resolutionen und Eingaben von FDJ-Organisationen, die häufig auf den gleichen Vordrucken verfasst waren, regelrecht überschwemmt.⁵²⁹ Im November gab das SED-Landessekretariat schließlich seine Zustimmung, den vorbereiteten Antrag über die Fraktion im Landesparlament nun einzubringen. Man verband diesen Vorstoß mit einer ohnehin anstehenden notwendigen Verfassungsänderung, die sich aus der formal-rechtlichen Umwandlung der Provinz in ein Land ergab.⁵³⁰

⁵²⁵ Schreiben von Fritz Springer an die FDJ-Landesleitung Brandenburg vom 29.5.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 172, Bl. 55.

⁵²⁶ Landtag Brandenburg, 1. WP, 24. Sitzung am 2.12.1947, in: AVLTB/1, S. 326–349, bes. S. 342 (Beitrag Franz Schleusener, CDU).

⁵²⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Brandenburg am 19.5.1947, verf. am 21.5.1947, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 23, Bl. 100–102, bes. Bl. 101f. – Vgl. auch den Bericht über die Arbeit des SED-Landessekretariats Brandenburg zur erweiterten Landesvorstandssitzung, o. D. [Anfang Juli 1947], in: BLHA, Rep. 333, Nr. 12, Bl. 50–57, bes. Bl. 54f.

⁵²⁸ Vgl. das Schreiben des Kreistagsbüros des Kreises Oberbarnim an den Landtag Brandenburg vom 15.9.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 172, Bl. 53. – »Brandenburg. Herabsetzung des Wahlalters abgelehnt« [Cottbus], in: Der Tagesspiegel vom 30.11.1947.

⁵²⁹ Vgl. BLHA, Rep. 201, Nr. 414, 525 u. 526. – Zur Kampagne in der FDJ liegen bislang keine neueren Veröffentlichungen vor. Vgl. H. WARNKE, Zum Kampf der Freien Deutschen Jugend, 1963; H. U. KOEPPEN, Der Kampf der Freien Deutschen Jugend, 1964.

⁵³⁰ Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Brandenburg am 20.11.1947, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 23, Bl. 210–214, bes. Bl. 213; Antrag der SED-Landtagsfraktion Brandenburg vom 17.11.1947 (Drucksache Nr. 169), in: AVLTB/2, S. 232. – Vgl. auch den Antrag der Landesregierung Brandenburg vom 20.11.1947, in: ebd., S. 234f. sowie Tagesordnung für die 24. Sitzung des Landtags Brandenburg am 2.12.1947 (Drucksache Nr. 171), in: ebd., S. 254f.

Der Landtag trat am 2. Dezember 1947 in die erste Lesung des SED-Antrags ein. Um die Diskussionen in die gewünschte Richtung zu lenken, hatte die FDJ im Vorfeld an jeden Abgeordneten ein Schreiben versandt, in welchem er dazu aufgefordert wurde, für die Vorlage zu stimmen.⁵³¹ Am Tag der Beratung war die Zuschauertribüne gefüllt mit jugendlichen Funktionären, die die Verhandlung mehrfach durch Zwischenrufe, Unruhe und Beifallskundgebungen störten. Landtagspräsident Ebert musste die ungestümen Besucher zur Ordnung rufen.⁵³² Die Argumente der einzelnen Fraktionen waren hinlänglich bekannt: Während die Redner der SED und der VdGB deutlich Stellung für die Herabsetzung des Wahlalters bezogen und sich als »Willenskünder tausender pflichtbewußter junger Menschen« und als »Beauftragte von 75 000 in der FDJ vereinigter Mädels und Jungen des Landes Brandenburg« ins Licht rückten⁵³³, legten die »bürgerlichen« Fraktionen die Gründe für ihre Ablehnung dar. Den größten Eindruck hinterließ dabei Franz Schleusener. In einer sehr eindringlichen und bisweilen ironisch gefärbten Rede lieferte er den wichtigsten Beitrag, weshalb sich die Union mehrheitlich gegen eine Herabsetzung des Wahlalters aussprach. Nicht ohne Hintergedanken führte er aus, dass, wollte man diesbezügliche Änderungen an der Verfassung vornehmen, Neuwahlen notwendig würden. Denen sehe seine Partei zwar mit großer Zuversicht entgegen, doch weitaus wichtiger als solche parteitaktischen Überlegungen wiege für ihn das Argument der fehlenden Erfahrung unter den Jugendlichen:

»Der Abgeordnete ist nicht irgendwer, sondern er soll eine Persönlichkeit sein, der auf Grund seiner Lebenserfahrung ein hervorragendes Verständnis für die Aufgaben, die das Leben dem einzelnen und der Gemeinschaft stellt, zugetraut werden kann. Erfahrung ist ein wertvolles Gut, das niemandem in den Schoß fällt, das man sich meistens sehr schwer erarbeitet und für das man nicht selten ein empfindliches Lehrgeld zahlen muß (*Zurufe!*). [...] Wir erleben bei unserer Arbeit fortgesetzt, welch großes Maß von Erfahrung dazu gehört, die uns obliegende Arbeit ordnungsmäßig bewältigen zu können. Wir treten den 18- bis 20jährigen nicht zu nahe, wenn wir unserer Ueberzeugung dahin Ausdruck geben, daß sie die notwendige Erfahrung noch nicht besitzen und auch nicht besitzen können, zumal wenn wir daran denken, daß das Hitlersystem sie ihnen systematisch aberzogen hat.«⁵³⁴

⁵³¹ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 24. Sitzung am 2.12.1947, in: AVLTB/1, S. 343 (Beitrag Willi Hein, LDP).

⁵³² Vgl. ebd., S. 343f. – Vgl. auch »LDP und CDU gegen Volkskontrollausschuß. Debatte im Landtag von Brandenburg – die Frage des Wahlalters«, in: Der Morgen vom 3.12.1947.

⁵³³ Landtag Brandenburg, 1. WP, 24. Sitzung am 2.12.1947, in: AVLTB/1, S. 338 (Beitrag Otto Wiesner, SED).

⁵³⁴ Ebd., S. 342 (Beitrag Franz Schleusener, CDU).

In einer zweiten Wortmeldung verwahrte sich Schleusener später entschieden gegen den an die CDU gerichteten Vorwurf, sich reaktionär zu verhalten, falls die Fraktion den SED-Antrag nicht unterstütze: »Es sind abgebrauchte Schlagworte, wenn Sie jeden als Reaktionär bezeichnen, der nicht ihrer Meinung ist. Das stört die Zusammenarbeit.«⁵³⁵ Der Hauptredner für die LDP, Willi Hein, unterstützte Schleuseners Argumentation im Großen und Ganzen. Hein betonte, dass erst der 21-Jährige im Sinne des Gesetzes voll geschäftsfähig sei; diesem Umstand müsse man bei der Altersfrage Rechnung tragen. Zudem verwies er auf die deutschlandpolitische Dimension des Vorgangs: Die Festlegung des Alters für das Wahlrecht sei als Bestandteil einer künftigen gesamtdeutschen Verfassung zu betrachten, so dass es dem brandenburgischen Landtag folglich im Moment nicht gut anstehe, einseitig Entscheidungen zu treffen. Erkennbar verärgert äußerte sich Hein zu dem Schreiben, mit welchem die FDJ versucht hatte, Druck auf die Abgeordneten auszuüben:

»Wenn ich aber an den Brief denke, [...] so hat mich darin besonders ein Satz sehr komisch berührt, der an die Zeit des Nationalsozialismus erinnert, so daß ich beinahe annehmen muß, daß die Leute, die diesen Brief abgefaßt haben, sich noch in alten Gedankengängen bewegen; der Satz lautet ungefähr: Man will feststellen, ob der Abgeordnete durch die Herabsetzung des Wahlalters für die Jugend ist! Meine Damen und Herren! So ähnlich waren damals auch die Parolen: Wer nicht Nationalsozialist ist und für die Partei ist, ist kein Deutscher! (*Sehr richtig!*) Mit solchen Phrasen soll man uns doch nicht kommen! Man kann ein Freund der Jugend sein und doch eine andere Meinung haben. (*Sehr richtig! – Zurufe.*)«⁵³⁶

Am Ende der sehr lebhaften Aussprache wurde der SED-Antrag mit 47 zu 44 Stimmen an den Rechts- und Verfassungsausschuss zur weiteren Beratung verwiesen.⁵³⁷ Auch wenn bei der Ausschusssitzung am 12. Dezember 1947 ein Vertreter der »bürgerlichen« Parteien fehlte, ergab die Abstimmung über die SED-Drucksache mit fünf zu fünf Stimmen ein Patt. Da die Stimme des Ausschussvorsitzenden Schleusener in dieser Situation den Ausschlag gab, scheiterte der Antrag.⁵³⁸

⁵³⁵ Ebd., S. 346.

⁵³⁶ Ebd., S. 343 (Beitrag Willi Hein, LDP).

⁵³⁷ Vgl. »Brandenburg. Herabsetzung des Wahlalters gefordert«, in: Der Tagesspiegel vom 4.12.1947.

⁵³⁸ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Landtags Brandenburg am 12.12.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 162, Bl. 127; Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses des Landtags Brandenburg vom 12.12.1947, in: AVLTB/2, S. 272. – »Gegen Herabsetzung des Wahlalters«, in: Neue Zeit vom 13.12.1947; »Brandenburg. Herabsetzung des Wahlalters abgelehnt«, in: Der Tagesspiegel vom 14.12.1947.

Nach dieser Niederlage konzentrierte die SED-Landesleitung alle Kräfte auf die Mobilisierung des außerparlamentarischen Raumes. Auf öffentlichen Kundgebungen und in der parteieigenen Presse wurde die Bedeutung der Wahlrechtsfrage eingehend thematisiert. Als am 7. Januar 1948 im Landtag die zweite Lesung anstand, organisierte die SED gemeinsam mit der FDJ eine Massenkundgebung auf dem Brandenburger Platz in Potsdam, zu der etwa 2000 Teilnehmer aus allen Teilen der Mark Brandenburg in die Landeshauptstadt hergebracht wurden. Am Rande der Plenarsitzung kam es zu verbalen Auseinandersetzungen zwischen FDJ-Vertretern und einzelnen Abgeordneten der »bürgerlichen« Parteien, deren ablehnende Haltung zu dem Antrag bekannt war.⁵³⁹ Von dem Plan, mit Spruchbändern und Fahnen zum Landtagsgebäude zu ziehen, nahmen die Protestierenden jedoch auf Weisung der SED Abstand. Stattdessen empfangen die Fraktionen kleine Delegationen, die ihre Wünsche vortrugen.⁵⁴⁰ Erneut wurde die Tribüne des Landtags von Jugendlichen besetzt.⁵⁴¹ In der Aussprache führten die beiden Redner der SED, Otto Wiesner und Willy Sägebrecht, nochmals ausführlich die Gründe auf, die aus der Sicht ihrer Partei für den Antrag sprachen. Der propagandistische Charakter dieser Inszenierung war offenbar. Demonstrativ legte Wiesner, der zudem das Amt des Landesvorsitzenden der FDJ bekleidete, dem Präsidenten mehr als 300 weitere Resolutionen vor. Indem er mehrere »bürgerliche« Abgeordnete persönlich ansprach, die dem Antrag gegenüber als aufgeschlossen galten, versuchte er die Haltung der Fraktionen zu spalten.⁵⁴² Um nicht eindeutig Position gegen die eigenen Parteikollegen beziehen zu müssen, verließ die »fortschrittliche« FDJ-Funktionärin Annerose Zibolsky (CDU) kurz vor der Abstimmung den Saal.⁵⁴³

Die Absicht der Einheitspartei, die Volksvertreter durch die Macht der Protestierenden auf der Straße zum Einlenken zu bringen, erfüllte sich allerdings nicht. Zwar meldete sich kein einziger Parlamentarier der CDU und der LDP während der Debatte zu Wort; vielmehr ließ man die Attacken der SED-Sprecher schweigend über sich ergehen, weil Argumentieren angesichts der aufgeheizten Situation ohnehin sinnlos erschien. Da jedoch eine Änderung der Landesverfassung nur mit einer Zweidrittelmehrheit möglich war, scheiterte der SED-Antrag mit 47 zu 43 Stimmen im Plenum.⁵⁴⁴ Die SED-Landesleitung reagierte auf das eigentlich enttäuschende Resultat erstaunlich nüchtern, denn be-

⁵³⁹ Vgl. »Brandenburg, Keine Herabsetzung des Wahlalters«, in: Der Tagesspiegel vom 8.1.1948.

⁵⁴⁰ Vgl. »Wahlalter in Brandenburg nicht herabgesetzt«, in: Der Morgen vom 8.1.1948.

⁵⁴¹ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 28. Sitzung am 7.1.1948, in: AVLTB/1, S. 370–380, bes. S. 371 (Beitrag Otto Wiesner, SED).

⁵⁴² Vgl. ebd., S. 371f.

⁵⁴³ Vgl. »Wahlalter in Brandenburg nicht herabgesetzt«, in: Der Morgen vom 8.1.1948.

⁵⁴⁴ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 28. Sitzung am 7.1.1948, in: AVLTB/1, S. 374. – Vgl. auch »CDU und LDP lehnten ab«, in: Berliner Zeitung vom 8.1.1948.

reits im Vorfeld der Abstimmung hatte sie ein Scheitern für wahrscheinlich gehalten. Ende Januar stuften die führenden Genossen die Wirkungen aus der Mobilisierungskampagne für die Partei weitaus wichtiger ein als das Resultat des gescheiterten Antrags.⁵⁴⁵ Aber selbst bei der Mobilisierung der Jugend waren die Ergebnisse gemischt. In einem Stimmungsbericht, der an die Landtagsverwaltung übermittelt wurde, war davon die Rede, dass im Kreis Ruppin in sehr vielen Dörfern die Ablehnung der Initiative von FDJ und SED durch das Parlament unter den Jugendlichen ziemlich gleichgültig aufgenommen worden sei. Die Erfolge der Kampagne blieben widersprüchlich.⁵⁴⁶

Im Gegensatz zu Brandenburg entwickelte sich in Thüringen keine größere Diskussion um die Revision des Wahlalters. Dabei lagen die Ausgangsbedingungen hier durchaus ähnlich. Bereits wenige Tage nach der Verabschiedung der Verfassung im Dezember 1946 erreichten den Landtagspräsidenten Schreiben von FDJ-Gruppen, in denen das Ergebnis der Ausschussberatungen zur Frage des Wahlrechts und insbesondere auch das Verhalten der SED-Fraktion teils sehr scharf kritisiert wurde.⁵⁴⁷ Auf dem Kongress der Thüringer FDJ am 13. und 14. Dezember 1947 verabschiedeten 300 jugendliche Vertreter eine Resolution, in der die Herabsetzung des Wahlalters gemäß der »Grundrechte der jungen Generation« gefordert wurde.⁵⁴⁸ Allerdings initiierte die thüringische SED keine Mobilisierungskampagne, die in ihrem Ausmaß mit jener der brandenburgischen Genossen vergleichbar gewesen wäre. In dem Land zwischen Werra und Saale konzentrierten sich die Aktivitäten der SED vielmehr auf die deutschlandpolitischen Themenstellungen wie etwa die Volkskongressbewegung. Zwar wurde Ende Januar/Anfang Februar 1948 die Herabsetzung des Wahlalters zwischen den Fraktionen erörtert. Die formelle Einbringung eines entsprechenden Antrags unterblieb allerdings.⁵⁴⁹

⁵⁴⁵ Vgl. dazu den Bericht über die Arbeit des SED-Landessekretariats zur Sitzung des Landesvorstands Brandenburg am 23. u. 24.1.1948, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 13, Bl. 5–11, bes. Bl. 8f.

⁵⁴⁶ Vgl. den Auszug aus dem Stimmungsbericht des Amtes für Information Brandenburg für den Kreis Ruppin vom 23.1.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 308, Bl. 224–226, bes. Bl. 225.

⁵⁴⁷ Vgl. das Schreiben der FDJ-Funktionäre aus Gera an August Frölich vom 29.12.1946, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 203, o. Bl.

⁵⁴⁸ Vgl. SED-BEZIRKSLEITUNG ERFURT, BEZIRKSKOMMISSION ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE DER ÖRTLICHEN ARBEITERBEWEGUNG (Hrsg.), Chronik zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 1975, S. 89.

⁵⁴⁹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des LDP-Landesvorstands Thüringen am 8.2.1948, 11 S., in: ADL, L 5, Nr. 582, o. Bl., S. 9.

9. Regierungskrise in Thüringen 1947

a) Wahl des Stellvertretenden Ministerpräsidenten

Aus der Perspektive der Berliner SED-Zentrale erwies sich das Jahr 1947 in Bezug auf Thüringen als ein Jahr besonders schwerer politischer Verwerfungen. Innerhalb weniger Monate wurden mehrere Kabinettsumbildungen notwendig, der seit Langem schwelende Konflikt zwischen dem SED-Landesvorstand und der Regierungsspitze um den Ministerpräsidenten Rudolf Paul eskalierte. Das Attentat auf Landtagspräsident Frölich im Juni sowie die spektakuläre Flucht Pauls aus der SBZ Anfang September markierten die dramatischen Höhepunkte einer Entwicklung, die sich über weite Strecken der Kontrolle durch die Leitungsgremien der SED entzog. Mehrfach musste sich die Parteiführung um Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht in Sondersitzungen mit »Thüringer Angelegenheiten« beschäftigen, um den zerstrittenen Landesverband zu konsolidieren.⁵⁵⁰ In der Rückschau erscheinen die aufgezählten Ereignisse als Symptome einer fortdauernden Partei- und tiefen Regierungskrise. Sie konnte erst nach der Wahl Werner Eggeraths zum neuen Ministerpräsidenten allmählich überwunden werden. Der Thüringer Landtag war an den politischen Geschehnissen unmittelbar beteiligt. Liberal- und Christdemokraten versuchten letztlich vergeblich, die Schwäche der SED auszunutzen, um ihre eigenen Vorstellungen im Parlament durchzusetzen.

Ein wesentlicher Grund für die schwierige Situation im Jahr 1947 lag in den politischen und persönlichen Differenzen zwischen Ministerpräsident Paul und den Spitzen des thüringischen SED-Landesverbands. Neben seinem sachsenanhaltinischen Amtskollegen Erhard Hübener galt Rudolf Paul als »markantester unter den SBZ-Regierungschefs«.⁵⁵¹ Die große Aufmerksamkeit, die man ihm in Ost und West gleichermaßen entgegenbrachte, hatte nicht zuletzt damit zu tun, dass Paul als ein unabhängiger Kopf wahrgenommen wurde. Zwar war er 1946 in die SED eingetreten, diese Mitgliedschaft bestand allerdings nur auf dem Papier. In seiner politischen Überzeugung und seinem Regierungshandeln präsentierte sich der Ministerpräsident als ein »bürgerlich« orientierter Landesvater, der sich der aus Berlin vorgegebenen Parteilinie keineswegs bereitwillig unterordnete.⁵⁵² Im persönlichen Auftreten selbstbewusst und einen großbürgerlichen Habitus pflegend, entsprach er ganz und gar nicht dem Typus des zwar pflichtbewussten und anerkannten, vor allem aber leicht kontrollierbaren Ministerpräsidenten. Hinzu kam sein aufwändiger Lebenswandel, der in den

⁵⁵⁰ Siehe dazu G. BRAUN, *Die Wandlung der SED*, 1995, S. 84f.

⁵⁵¹ Vgl. J. JOHN (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte Thüringens/1*, 1999, S. 59.

⁵⁵² Vgl. N. M. NAIMARK, *The Russians in Germany*, 1995, S. 48.

kargen Jahren der Nachkriegszeit besonders herausstach und bei dem die Grenzen zur Verschwendung fließend waren.⁵⁵³ Pauls Geltungsbedürfnis sei außerordentlich stark gewesen, urteilte Werner Eggerath über seinen Amtsvorgänger:

»[Er] war ein völlig kleinbürgerlich denkender Mensch, der es aber trefflich verstand, alle möglichen Menschen mit fragwürdigen Mitteln an sich heranzuziehen. Er hielt sich eine Leibgarde, alles ehemals langdienende Soldaten unter Führung eines Leutnants. [...] Beschlüssen der Partei stand er unverständlich gegenüber und witterte immer nur, daß gegen ihn intrigiert wurde. Er verfügte über ein großes Haus in Gera, ein kleines Gut mit 28 ha bei Jena, ein Haus bei Burg in der Nähe der Saalealsperre und ein großes Haus in Weimar.«⁵⁵⁴

Zwar stammten diese Schilderungen aus der Feder eines erbitterten Rivalen Rudolf Pauls, der diesen als vollkommen charakterlosen und moralisch gänzlich verdorbenen Menschen charakterisierte. Ein ausgewogenes Urteil durfte man von Eggerath also nicht erwarten. Allerdings wurden ähnliche Einschätzungen auch von der zeitgenössischen Presse in den Westzonen kolportiert.⁵⁵⁵

Mehrfach überschatteten die Konflikte um den Kurs der Landespolitik die Beziehungen zwischen dem eigensinnigen Ministerpräsidenten und dem Landesvorstand der SED. Jedoch konnte sich die Partei zunächst kaum gegen Paul durchsetzen, denn der Regierungschef verfügte über beste Beziehungen zur sowjetischen Besatzungsmacht. Insbesondere bei dem einflussreichen Generalmajor Kolesnitschenko genoss er hohes Ansehen.⁵⁵⁶ Die von Kolesnitschenko gewährte Protektion machte Paul über lange Zeit für die parteiinternen Kritiker um die Landesvorsitzenden Heinrich Hoffmann und Werner Eggerath schwer angreifbar. Sie mussten sich vorerst darauf beschränken, die Berliner Parteizentrale über das Verhalten Pauls zu informieren und belastendes Material gegen ihn zusammenzutragen. Die SED-Führung reichte die Klagen wiederum an die SMAD weiter.⁵⁵⁷ Im Nachgang zu den Verfassungsberatungen berichteten Hoffmann und Eggerath von dem persönlichen Dominanzstreben des Ministerpräsidenten und seinen politischen Auffassungen, die mit den Vorstellungen

⁵⁵³ Vgl. »Der politische Sündenfall. Ein Mann ist von uns gegangen«, in: Der Spiegel 37/1947 vom 13.9. 1947, S. 2.

⁵⁵⁴ Erinnerungsbericht von Werner Eggerath, 1966, in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 0096/Nr. 1, Bl. 25f., hier Bl. 26.

⁵⁵⁵ Vgl. Der Spiegel 37/1947 vom 13.9.1947, S. 2.

⁵⁵⁶ Vgl. ebd.

⁵⁵⁷ Vgl. N. M. NAIMARK, *The Russians in Germany*, 1995, S. 289f.; J. FOITZIK, *Sowjetische Militäradministration in Deutschland*, 1999, S. 283.

des Landesvorstands nicht vereinbar wären.⁵⁵⁸ Bereits einige Wochen zuvor hatte es in Weimar ernste Meinungsverschiedenheiten wegen der Kandidatur Pauls für ein Abgeordnetenmandat bei der Landtagswahl gegeben.⁵⁵⁹

Ende 1946 erkrankte der Ministerpräsident ernsthaft. Der SED-Landesvorstand nahm die Gelegenheit wahr, um ihn auf ärztlichen Rat hin für längere Zeit von den Regierungsgeschäften fernzuhalten.⁵⁶⁰ In einer Mischung aus Resignation und Amtsmüdigkeit reichte Paul daraufhin bei Kolesnitschenko seinen Rücktritt ein, der ihm allerdings verweigert wurde. Stattdessen beabsichtigte die Militäradministration, den Rückzug des prominenten Ministerpräsidenten aus deutschlandpolitischen Erwägungen bis zum Abschluss der Moskauer Außenministerkonferenz hinauszuzögern.⁵⁶¹ Dass sich die Machtverhältnisse im Land im Wandel befanden, wurde deutlich, als der Leiter des Präsidialamtes, Hans Staas, ein enger Mitarbeiter Pauls, im Februar 1947 wegen einer Krankheit in die Schweiz ging und nicht in die SBZ zurückkehrte.⁵⁶² Das weitere Vorgehen des Thüringer Landesvorstands in der »Affäre Paul« erfolgte in Absprache mit der Berliner Parteizentrale.⁵⁶³ Im März fiel die Entscheidung, Werner Eggerath, der neben dem Parteivorsitz auch das Amt des Landtagsvizepräsidenten bekleidete, in die Funktion eines Interimspräsidenten zu berufen. Eggerath unterhielt nicht nur zur Berliner Zentrale beste Beziehungen, sondern er galt ebenso als ideologisch standfester und zuverlässiger Parteifunktionär.⁵⁶⁴ Weil die Verfassung die Berufung eines Stellvertretenden Ministerpräsidenten nicht vorsah, beschloss das SED-Zentralsekretariat, ein besonderes Gesetz vom Landesparlament verabschieden zu lassen, um Eggerath im Kabinett zu installieren.

Während eines interfraktionellen Abends am 23. März 1947 unterbreitete Landtagspräsident Frölich den Vertretern von LDP und CDU den Vorschlag zur Schaffung einer ständigen Stellvertretung für den Ministerpräsidenten. Als Begründung für diesen Schritt führte Frölich neben der schweren Erkrankung

⁵⁵⁸ Vgl. die telefonische Durchsage von Heinrich Hoffmann und Werner Eggerath an das SED-Zentralsekretariat vom 6.1.1947, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 317. – Vgl. auch das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 3.12.1947, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/2/2/3-030, Bl. 106.

⁵⁵⁹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 5.10.1946, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 295–298.

⁵⁶⁰ Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 7.12.1947, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/2/3-030, Bl. 116f.

⁵⁶¹ Vgl. G. BRAUN, Die Wandlung der SED, 1995, S. 86.

⁵⁶² Vgl. H. A. WELSH, Thüringen, 1993, S. 179. – Siehe auch das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 1.4.1947, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/L/2/3-031, Bl. 59–63, bes. Bl. 60.

⁵⁶³ Vgl. die Klarschrift der handschriftlichen Notizen von Wilhelm Pieck vom 15.2.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 692, Bl. 91f., 91.

⁵⁶⁴ Vgl. S. CREUZBERGER, Besatzungsmacht, 1996, S. 138; Erinnerungsbericht von Werner Eggerath, 1966, in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 0096/1, Bl. 27.

Pauls das Argument an, dass die Landesminister in ihrer Arbeit stark überfordert seien. Deshalb komme eine Übernahme der zusätzlich anfallenden Aufgaben durch andere Ressorts nicht in Frage. Außerdem benannte er Werner Eggerath als den passenden Kandidaten für die Stellvertretung.⁵⁶⁵ Für die »bürgerlichen« Fraktionen klangen die von Frölich vorgetragene Begründungen im Grundsatz einleuchtend. Die Liberaldemokraten störten sich allerdings an zwei Punkten: Erstens waren sie nicht bereit, eine dauerhafte Vertretung für Paul einzurichten. Stattdessen plädierten sie für eine zeitlich befristete Interimslösung. Außerdem forderten sie die Aufnahme einer Zusatzklausel in das Gesetz, der zufolge bei künftigen vorübergehenden Ausfällen des Regierungschefs immer die zweitstärkste Partei den Vertreter stellen solle. In der laufenden Legislaturperiode war das bekanntlich die LDP selbst. Zweitens bestanden in der Fraktion Bedenken gegen die Nominierung Eggeraths. Der Versuch der Liberaldemokraten, mit August Frölich und dem ehemaligen sozialdemokratischen Minister Karl Hermann (SED) zwei personelle Alternativen ins Spiel zu bringen, scheiterte am Widerstand der SED.⁵⁶⁶ Um die »bürgerliche« Seite für eine einstimmige Wahl Eggeraths zu gewinnen, zeigte sich die SED während der Beratung im Ältestenrat dazu bereit, die Tätigkeit des Stellvertretenden Ministerpräsidenten gesetzlich auf vier Monate zu begrenzen. Immerhin konnte sich die Partei damit wertvolle Zeit verschaffen, um die Schwierigkeiten mit dem Regierungschef Rudolf Paul zu lösen. Darüber gab die SED die Zusage, dass zukünftig in einer ähnlichen Situation die Stellvertretung gemäß der Blockpolitik an die zweitstärkste Partei fallen würde. Unter diesen Bedingungen nahm das Parlament am 25. März 1947 im Eilverfahren das Gesetz einstimmig an und wählte Eggerath zum Stellvertretenden Ministerpräsidenten.⁵⁶⁷

b) Kabinettsumbildung im Mai 1947

Obwohl der SED-Landesvorstand hoffte, dass mit der Ernennung Werner Eggeraths zum Stellvertreter Rudolf Pauls der Machtkampf entschieden wäre, war der übergangene Regierungschef keinesfalls gewillt, diese Entwicklung widerspruchslos hinzunehmen. Paul intervenierte bei der SMAD gegen den Entmachtungsversuch. Im Laufe des Aprils 1947 schritt die Genesung Pauls so weit voran, dass er die Amtsgeschäfte wieder übernehmen wollte. Werner Eggerath und Heinrich Hoffmann lehnten eine Rückkehr Pauls ins Kabinett zwar kategorisch ab, mussten sich jedoch dem Willen der Besatzungsmacht beugen.

⁵⁶⁵ Vgl. das Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 24.3.1947, vormittags, in: ADL, L 5, Nr. 618, o. Bl.

⁵⁶⁶ Vgl. ebd.

⁵⁶⁷ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 13. Sitzung am 25.3.1947, in: AVThLT/I.1, S. 617f.

Auf persönlichen Befehl Marschall Sokolowskis sollte der Ministerpräsident an die Spitze des Landeskabinetts zurückkehren. Der Rücktritt eines Regierungschefs in der SBZ sei nach dem Ende der Moskauer Außenministerkonferenz ein »Ding der Unmöglichkeit«, hieß es.⁵⁶⁸ Um Eggerath dennoch eine kontrollierende Funktion zu sichern, traf die SED-Führung den Entschluss zu einer Regierungsumbildung in Thüringen. Ende April wurden die Spitzen der Landesleitung sowie Paul und Frölich nach Berlin zu einer Sitzung des Zentralsekretariats geladen, wo man ihnen die Instruktionen für den weiteren Kurs mitteilte. Demnach blieb Paul im Amt, erhielt allerdings Eggerath zur Seite, der das Innenressort übernehmen sollte. Offensichtlich wollte die Parteispitze in Thüringen das personelle Modell mit einem politisch einflussreichen Innenminister neu beleben, das ebenfalls in den anderen Ländern und Provinzen praktiziert wurde.⁵⁶⁹ Der bisherige Innenminister Ernst Busse erschien dafür wenig geeignet. Deshalb sollte er auf eine andere Führungsposition in der SED versetzt werden. Die Abberufung Busses verdiente insofern Beachtung, weil seit geraumer Zeit schwere Anschuldigungen gegen ihn im Raum standen. Busse wurde vorgeworfen, während seiner Gefangenschaft im Konzentrationslager Buchenwald als Lagerältester und »roter Kapo« mit den Nationalsozialisten kollaboriert zu haben und die Verantwortung für den Tod von vielen Lagerinsassen zu tragen.⁵⁷⁰ Eine SED-interne Untersuchungskommission gelangte Ende 1946 zu der Empfehlung, den Genossen aufgrund seiner Vergangenheit auf einen weniger exponierten Posten zu versetzen.⁵⁷¹

Neben Busse stand mit Walter Wolf noch eine weitere Personalie zur Disposition. Der Volksbildungsminister galt den »bürgerlichen« Parteien seit Langem als äußerst umstrittene Figur. Bereits während der Verhandlungen zur Regierungsbildung hatte die SED der LDP und der CDU zugesichert, Wolf in absehbarer Zeit aus dem Kabinett abziehen zu können. Mehr noch: Seine Wahl war von der »bürgerlichen« Seite nur unter diesem Vorbehalt erfolgt. Die Berliner SED-Führung wollte das Bildungsressort nun einem ehemaligen Sozialdemo-

⁵⁶⁸ Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 30.4.1947, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte Thüringens/2*, 1999, S. 345–349, hier S. 346; Aufzeichnungen von Iwan S. Tjulpanow über eine Unterredung zwischen Wassili D. Sokolowski und der SED-Führung am 25.4.1947, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Bearb.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/3*, 2004, S. 271–274, bes. S. 271; Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats der SED am 25.4.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 81, Bl. 1–5, bes. Bl. 1.

⁵⁶⁹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Zentralsekretariats am 29.4.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 82, Bl. 1–3, bes. Bl. 1.

⁵⁷⁰ Zum Fall Ernst Busse siehe T. HEIMANN, *Bilder von Buchenwald*, 2005, S. 184f.; M. OVERESCH, *Buchenwald und die DDR*, 1995, S. 218–232; M. SCHMEITZNER, *Genossen vor Gericht*, 2003, S. 278. – Vgl. auch den Erinnerungsbericht von Werner Eggerath, 1966, in: SAPMO-BArch, SgY 30, Nr. 0096/1, Bl. 28.

⁵⁷¹ Vgl. M. OVERESCH, *Buchenwald und die DDR*, 1995, S. 220 u. 222–225.

kraten überlassen. Einerseits ging es dabei um die Berücksichtigung des innerparteilichen Paritätsprinzips. Andererseits spielte die Absicht zu einer stärkeren politischen Einbindung von einstigen SPD-Mitgliedern in die Entscheidung mit hinein.⁵⁷² Denn im Umfeld der Moskauer Außenministerkonferenz brachte die sowjetische Führung im Frühjahr 1947 kurzzeitig die Wiederzulassung der SPD in der eigenen Besatzungszone als Option ins Spiel. Folglich war die an sich überraschende Benennung eines ehemaligen Sozialdemokraten für das Amt des Volksbildungsministers in Thüringen auch als eine Reaktion der SED auf den möglicherweise bevorstehenden deutschlandpolitischen Kurswechsel der UdSSR zu interpretieren.⁵⁷³ Obwohl sich im Landesvorstand Unmut über die Eingriffe aus Berlin regte, blieb ihm nichts anderes übrig, als die Vorgaben zu akzeptieren.⁵⁷⁴

Der Landtag musste in die Umsetzung der auferlegten Rochade einbezogen werden. Obwohl der vom Zentralsekretariat für die große Kabinettsumbildung vorgesehene Termin am 14. Mai nicht eingehalten werden konnte, trat das Parlament an diesem Tag eigens zusammen, um die offizielle Rückkehr des genesenen Rudolf Paul in sein Amt anzuerkennen. Damit erlosch die Stellvertretung Eggeraths.⁵⁷⁵ Erst in der 18. Sitzung am 29. Mai wurde der eigentliche Wechsel eingeleitet. Landtagspräsident Frölich verlas die beiden offiziellen Entlassungsgesuche Wolfs und Busses. Deren Inhalt war im Landessekretariat abgestimmt worden. Der SED war sehr daran gelegen, die Umbildung der Regierung nicht als ein taktisches Manöver aussehen zu lassen, das auf einen innerparteilichen Streit hindeutete. Vielmehr wurden die Entlassungen als freie und individuelle Entscheidungen der Betroffenen dargestellt. Die elogenhaften Würdigungen, mit denen Frölich und Ministerpräsident Paul die politischen Verdienste der scheidenden Minister hervorhoben, wirkten allerdings überzeichnet. Die CDU- und die LDP- Fraktion enthielten sich demonstrativ des Beifalls.⁵⁷⁶ Nach der

⁵⁷² Vgl. das Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats der SED am 29.4.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 82, Bl. 2; Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 30.4.1947, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 347. – Vgl. ausführlich auch G. BRAUN, »Regierungsangelegenheiten« in Thüringen, 1992.

⁵⁷³ Vgl. die Notizen von Wilhelm Pieck über eine Besprechung mit Josef Stalin am 31.1.1947, abgedr. in: W. LOTH (Hrsg.), Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik, 1994, S. 112; Memorandum von Iwan S. Tjulpanow für Michail A. Suslow über die Tagung des Parteivorstands der SED vom 1. bis 3.7.1947 (Auszug), verf. am 5.7.1947, abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), Sowjetische Politik in der SBZ, 1998, S. 109–115, bes. S. 110.

⁵⁷⁴ Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 30.4.1947, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 348; G. BRAUN, Die Wandlung der SED, 1995, S. 87f.

⁵⁷⁵ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 17. Sitzung am 14.5.1947, in: AVThLT/I.1, S. 759–772, bes. S. 761 u. 764f.

⁵⁷⁶ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 18. Sitzung am 29.5.1947, in: AVThLT/I.2, S. 773–806, bes. S. 775–777.

Mittagspause präsentierte Paul dem Parlament die neuen Minister. Neben der Ernennung Eggeraths hatte sich die SED-Landesleitung dazu entschlossen, die Abgeordnete Marie Torhorst als Ministerin für Volksbildung in das Kabinett aufzunehmen. Die Reformpädagogin hatte in der Weimarer Zeit mehrere Jahre der SPD angehört und war 1945 der KPD beigetreten. Vor ihrer Berufung in das Ministeramt arbeitete Torhorst als Leiterin der Abteilung Schule und Erziehung beim Zentralsekretariat.⁵⁷⁷

Während die Wahl Eggeraths zum neuen Innenminister von den »bürgerlichen« Fraktionen vorbehaltlos unterstützt wurde, weil er durch die Zusammenarbeit im Landesblockausschuss angeblich bewiesen hätte, dass er die Überzeugung politisch Andersdenkender respektiere, gingen die Meinungen über Marie Torhorst auseinander. Die CDU kritisierte, dass man viel zu kurzfristig über die Nominierung informiert worden sei. Die Fraktion hätte keine Gelegenheit gehabt, die Ansichten der künftigen Ministerin zur Religions-, Erziehungs- und Schulpolitik näher kennenzulernen. Allerdings hofften die Christlichen Demokraten nach den großen Schwierigkeiten mit dem Amtsvorgänger darauf, dass Torhorst – im Gegensatz zu Wolf – die in der Verfassung gewährleisteten Grundrechte respektieren werde. Um der gemeinsamen Blockpolitik Willen gaben sie deshalb ihr Einverständnis.⁵⁷⁸ Die Abgeordneten der LDP stimmten der Wahl Torhorsts ohne Bedenken zu. Die Kandidatin hatte am Tag zuvor die Fraktion der Liberaldemokraten besucht, um sich den Parlamentariern vorzustellen. Weshalb das nicht bei der CDU geschehen war, ist nicht bekannt. Letztlich unterstützten die beiden »bürgerlichen« Parteien also die Vorschläge des Ministerpräsidenten. Werner Eggerath und Marie Torhorst wurden einstimmig vom Landtag in ihren neuen Ämtern bestätigt.⁵⁷⁹

Die demonstrativ kühlen Reaktionen der Liberal- und Christdemokraten auf die Rücktritte Ernst Busses und Walter Wolfs hatten ein unerwartetes Nachspiel: In der SED-Fraktion, die sich nach dem Ende der Verhandlungen am 29. Mai zu einer Beratung traf, herrschte erheblicher Unmut über das Verhalten der anderen Parteien. Vor allem die Erklärung der Union wurde als Brüskierung gewertet. In Anbetracht der Tatsache, dass für den nächsten Tag das umstrittene Gesetz zur Überführung der Bodenschätze in die Hände des Volkes auf der Tagesordnung stand und man keinen zusätzlichen Konflikt vom Zaune brechen wollte, trafen die Einheitssozialisten zwar die Entschei-

⁵⁷⁷ Zu Marie Torhorst siehe W. BUSCHFORT, Marie Torhorst, 2005; P. MITZENHEIM, Zur Bildungspolitik, Lehrerbildung und Pädagogik in Thüringen, 1994; K.-H. GÜNTHER (Hrsg.), Pfarrerstochter, Pädagogin, Kommunistin, 1986; B. POST/V. WAHL (Hrsg.): Thüringen-Handbuch, 1999, S. 634f.

⁵⁷⁸ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 18. Sitzung am 29.5.1947, in: AVThLT/I.1, S. 793f. (Beitrag Gertrud Wronka, CDU).

⁵⁷⁹ Vgl. ebd., S. 794.

ding, die Vorgänge auf sich beruhen lassen.⁵⁸⁰ Dieses Vorhaben wurde allerdings durch den Landesvorsitzenden Heinrich Hoffmann torpediert, der am nächsten Morgen im Namen der SED eine Erklärung abgab, in der er die LDP und die CDU scharf angriff. Mit Verweis auf die kritischen Stimmen vom Vortag erklärte er:

»Unser Volk steht erst am Beginn einer neuen demokratischen Entwicklung. Für uns Sozialisten ist es daher verständlich, daß ein Teil der Fraktionsmitglieder der LDP und CDU sich nur schwer in die durch die Blockpolitik gegebenen Formen der neuen positiven parlamentarische[n] Tätigkeit finden können. (*Hört! Hört! bei der LDP und CDU.*)

Rückfälle in unzeitgemäße überholte und unfruchtbare Methoden des Parlamentarismus der Weimarer Zeit, die niemand anderem als nur Hitler und dem verbrecherischen Nazismus gedient haben, sind infolgedessen, wie das Verhalten der Fraktionen der LDP und der CDU gestern nachmittag bewies, wohl gegenwärtig noch unvermeidlich. Angesichts der ungeheuren materiellen und idee[ll]en Not unseres Volkes [...] hält die Fraktion der SED es für geboten, die beiden anderen Fraktionen zu ermahnen, Vorsorge zu treffen, daß solche Rückfälle in unzeitgemäße Formen des parteipolitischen Kampfes im Landtag vermieden oder auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Von Parlamentariern muß man erwarten, daß sie gegenüber den Ministern, denen der Landtag gestern vormittag noch durch den Landtagspräsidenten das Vertrauen und den Dank ausgesprochen hat, auch nach ihrem Ausscheiden und vor allem in ihrer Abwesenheit die Loyalität wahren [...].«⁵⁸¹

Hoffmanns Brandrede auf die angebliche Illoyalität und Feigheit der »bürgerlichen« Seite löste ungeheure Reaktionen im Plenum aus. August Frölich konnte den Verlauf der Sitzung nur mit Mühe einigermaßen unter Kontrolle halten, zumal er selbst eine unglückliche Rolle in dem Geschehen spielte: Anstatt Hoffmann zur Ordnung zu rufen, wie er es bei vielen, ungleich harmloseren Attacken von CDU- und LDP-Abgeordneten auf die SED getan hatte, mischte sich Frölich in den Konflikt ein und verteidigte Heinrich Hoffmann gegen die Empörung der »bürgerlichen« Fraktionen. Es blieb ihm letztlich nichts Anderes üblich, als die Sitzung bereits nach einer halben Stunde Dauer zu unterbrechen.⁵⁸²

⁵⁸⁰ Vgl. W. BARTH, Bericht über Thüringen vom 9.6.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Nr. 1085, Bl. 224f.

⁵⁸¹ Thüringer Landtag, 1. WP, 19. Sitzung am 30.5.1947, in: AVThLT/I.1, S. 807–851, hier S. 809 (Beitrag Heinrich Hoffmann, SED).

⁵⁸² Ebd., S. 809f. – Vgl. auch »Zwischenfall im Thüringer Landtag«, in: Neue Zeit vom 1.6.1947.

Die Pause nutzten die drei Fraktionen zu Besprechungen über den Vorfall. Die von Hoffmanns Erklärung vollkommen überraschte SED zeigte sich mit der Situation zunächst überfordert. Hektisch bemühten sich Helmut Lehmann und Heinrich Hoffmann persönlich darum, in Gesprächen mit Vertretern der LDP die Wogen zu glätten.⁵⁸³ Nach Wiederbeginn der Plenarsitzung verlasen der Fraktionsvorsitzende der Liberaldemokraten, Hermann Becker, und Hugo Dornhofer für die CDU zwei Erklärungen, in denen sie den »unerhörten Ton und den anmaßenden Inhalt« der SED-Vorwürfe entschieden zurückwiesen.⁵⁸⁴ Die Union lehne es ab, sich von der SED belehren zu lassen, betonte Dornhofer. Sollte so etwas noch einmal vorkommen, drohte der Abgeordnete aus Heiligenstadt mit dem Ende der Zusammenarbeit. Außerdem kritisierte die CDU das parteiische Verhalten des Landtagspräsidenten, was bis dahin noch nicht vorgekommen sei.⁵⁸⁵ Aufgrund der entschlossenen Haltung der beiden »bürgerlichen« Parteien, die sich in ihrem Protest mit großem Beifall gegenseitig bestärkten, sah sich Hoffmann gezwungen, eine öffentliche Entschuldigung abzugeben.⁵⁸⁶ Das Zentralsekretariat der SED in Berlin bewertete den Vorfall als eine große Blamage für die Thüringer Genossen, zumal die Geschichte von der CDU-Presse aufgegriffen und in der SBZ publik gemacht wurde. Für sie stand fest, dass Hoffmanns Verhalten wesentlich dazu beigetragen hatte, dass das Gesetz zur Verstaatlichung der Bodenschätze in Weimar nur gegen die Stimmen der »bürgerlichen« Parteien verabschiedet werden konnte. Ob dem tatsächlich so war, lässt sich zwar nicht mehr eruieren. Allerdings dürfte die Beobachtung, dass der Vorgang zwischenzeitlich zu einer stärkeren Solidarisierung unter den Abgeordneten in den Fraktionen von LDP und CDU geführt habe, durchaus zutreffend gewesen sein.⁵⁸⁷

c) Attentat auf August Frölich

Am Morgen des 30. Juni 1947 wurde auf August Frölich in den Räumen des Landtags ein Attentat verübt. Der 27-jährige Heinz Andrä aus Weimar, der in der Telefonzentrale des örtlichen Finanzamtes beschäftigt war, verschaffte

⁵⁸³ Vgl. W. BARTH, Bericht über Thüringen vom 9.6.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Nr. 1085, Bl. 225.

⁵⁸⁴ Thüringer Landtag, 1. WP, 19. Sitzung am 30.5.1947, in: AVThLT/I.1, S. 810f. (Beitrag Hermann Becker, LDP). – Vgl. J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 119.

⁵⁸⁵ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 19. Sitzung am 30.5.1947, in: AVThLT/I.1, S. 811 (Beitrag Hugo Dornhofer, CDU).

⁵⁸⁶ Vgl. ebd. (Beitrag Heinrich Hoffmann, SED). – »Thüringen. Stürmische Landtagssitzung«, in: Der Tagesspiegel vom 1.6.1947.

⁵⁸⁷ Vgl. W. BARTH, Bericht über Thüringen vom 9.6.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Nr. 1085, Bl. 226. – Die Neue Zeit vom 4.6.1947; Neues Deutschland vom 5.6.1947. Beide Artikel sind abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 363–366.

sich unter einem Vorwand Zutritt zum Dienstzimmer des Präsidenten und attackierte ihn mit einem Dolchmesser. Glücklicherweise konnte die Tat durch Frölich selbst und zwei herbeieilende Mitarbeiter abgewehrt werden. Das Opfer erlitt nur leichte Verletzungen. Wie die Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, hatte Andrä schon am Abend zuvor versucht, Frölich in seiner Privatwohnung zu töten. Die Tat war politisch motiviert: Gegenüber der Polizei betonte der offensichtlich geistig verwirrte Andrä, dass ihn nur idealistische Motive bei seinem Vorhaben geleitet hätten. Er hatte Frölich umbringen wollen, um im Anschluss auf einer Protestkundgebung, die dann aller Wahrscheinlichkeit nach von der SED organisiert worden wäre, als Diskussionsredner in Erscheinung zu treten. Den Auftritt wollte er dazu nutzen, um in aller Öffentlichkeit gegen die sowjetische Besatzungsmacht zu protestieren. Die weiteren Untersuchungen ergaben, dass es sich bei Andrä um einen Einzeltäter handelte. Auf Weisung der SMAD übergab das Dezernat K 5 den Beschuldigten an die sowjetischen Dienststellen.⁵⁸⁸

Der Vorfall löste sowohl bei der SED als auch bei den »bürgerlichen« Parteien Entsetzen aus. Auf der Sitzung des Landesblockausschusses am 9. Juli brachte die Landesleitung der Einheitspartei den Dringlichkeitsantrag ein, dass die Regierung dem Landtag unverzüglich einen Gesetzentwurf zur Sicherung der Demokratie vorlegen solle, der unter anderem »die Sicherung der bisherigen demokratischen Einrichtungen und Errungenschaften und den Schutz der führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens« beinhalten müsse. Offenbar dachte die SED dabei an eine Art von Notstandsgesetz.⁵⁸⁹ Die CDU und die LDP zeigten sich über das Attentat ebenfalls bestürzt. Den Liberaldemokraten musste das Geschehen besonders unangenehm sein, weil sich herausstellte, dass Andrä ein Mitglied der LDP-Ortgruppe Weimar war. Allerdings war die SED klug genug, den Anschlag nicht für einen Angriff auf die LDP zu instrumentalisieren. Zu Beginn der nächsten Landtagssitzung am 24. Juli 1947 wurde der

⁵⁸⁸ Vgl. die telefonische Durchsage über das Attentat auf August Frölich von Kriminalobersekretär Gabler an den 1. Vizepräsidenten der Deutschen Verwaltung des Innern, Kurt Wagner, vom 30.6.1947, 16:50 Uhr, in: BStU, MfS Allg. S. 977/67, Bl. 10; Bericht des Landeskriminaldirektors Geissler an die Deutsche Verwaltung des Innern vom 30.6.1947, in: ebd., Bl. 3; Ärztlicher Befundbericht, o. D. [30.6.1947], in: ebd., Bl. 4; Bericht von Kriminaloberinspektor Staub, Leiter des Dezernat K 5 beim Landespolizeiamt-Landeskriminalamt Thüringen, an die Deutsche Verwaltung des Innern, Referat K 5, vom 1.7.1947, in: ebd., Bl. 5f. – Vgl. auch »Attentat auf August Frölich«, in: Neues Deutschland, Reichsausgabe, vom 1.7.1947; »Thüringen. Attentat auf den Landtagspräsidenten«, in: Der Tagesspiegel vom 1.7.1947; »Thüringen. Reaktionen auf das Attentat«, in: Der Tagesspiegel vom 3.7.1947; »Thüringen. Attentäter soll vor deutsches Gericht kommen«, in: Der Tagesspiegel vom 11.7.1947.

⁵⁸⁹ Vgl. das Schreiben des Sekretariats des Landesblockausschusses Thüringen, gez. Felix Zumhasch (LDP), an Rudolf Paul vom 10.7.1947, in: ThHStAW, Land Thüringen, Der Ministerpräsident – Büro des Ministerpräsidenten, Nr. 661, Bl. 90.

genesene August Frölich mit stehenden Ovationen des ganzen Hauses zurück in seinem Amt begrüßt. Im Namen der CDU-Fraktion überreichte Johannes Mebus dem Präsidenten eine Glocke zur Führung der Verhandlungen als Geschenk. Hermann Becker verlas eine zuvor im Ältestenrat besprochene Erklärung aller Fraktionen, in der das Attentat »als ein Werkzeug reaktionärer Kräfte gegen den hervorragendsten Repräsentanten unserer neuen demokratischen Ordnung« verurteilt wurde. Darüber hinaus stimmte das Parlament dem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag bezüglich der Verabschiedung eines Gesetzes zur Sicherung der Demokratie zu.⁵⁹⁰ Diese offiziellen Bekundungen spiegelten indes nur einen Teil der Wirklichkeit wider: Im Nachgang zum Attentat organisierte die SED-Landesleitung in allen Städten Thüringens politische Großkundgebungen. Die Solidarität der Bevölkerung mit dem Landtagspräsidenten hielt sich dabei aber in überschaubaren Grenzen. In einem Bericht an Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl hieß es verklausuliert, dass die Versammlungen nur teils gut besucht gewesen seien und dass die allgemeine Stimmung der Menschen gegenüber der Einheitspartei nicht sehr günstig wäre.⁵⁹¹

Als Konsequenz aus dem Anschlag wurden die bis dahin vernachlässigten Sicherheitsvorkehrungen für den Landtagspräsidenten deutlich verstärkt. Die offenen Sprechstunden Frölichs konnten fortan nicht aufrechterhalten werden. Außerdem ordnete die SMA eine ständige Bewachung des Politikers an, die bis ins private Lebensumfeld reichte.⁵⁹² Als Folge der Ereignisse in Weimar wurden auf Befehl der Militäradministration ebenfalls in den anderen Ländern und Provinzen der SBZ die geltenden Bestimmungen zum Personenschutz für die führenden Politiker überprüft. So erhielt Frölichs brandenburgischer Kollege Friedrich Ebert ebenfalls eine eigene Schutzwache zugeteilt, die zunächst aus zwei Polizisten bestand. Weil Ebert mit dem abgestellten Personal äußerst unzufrieden war, willigte Innenminister Bechler im Oktober 1947 ein, dass der bisherige Fahrer des Landtagspräsidenten im Rang eines Kommissars in den Polizeidienst übernommen wurde. Zudem wurde ein zweiter Fahrer engagiert.⁵⁹³

⁵⁹⁰ Thüringer Landtag, 1. WP, 22. Sitzung am 24.7.1947, in: AVThLT/I.2, S. 913f. (Beiträge Johannes Mebus, CDU, u. Hermann Becker, LDP). – Vgl. auch das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 24.4.1947, 8:30 Uhr, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl.; Dank und Mahnworte des Präsidenten des Thüringer Landtages, o. D. [24.4.1947], 2 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 23/3, o. Bl.

⁵⁹¹ Vgl. den Bericht von Erich Kops an das Zentralsekretariat der SED, z. Hd. Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, vom 16.7.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 692, Bl. 107–109, bes. 107rs.

⁵⁹² Vgl. das Schreiben von August Frölich an Oberstleutnant Jakow J. Iwanow vom 5.7.1947, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 420, o. Bl.; Thüringer Landtag, 1. WP, 22. Sitzung am 24.7.1947, in: AVThLT/I.2, S. 913 (Beitrag August Frölich, SED).

⁵⁹³ Vgl. das Schreiben von Fritz Springer an Bernhard Bechler vom 22.8.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 15, Bl. 7; Schreiben von Friedrich Ebert an den Polizeichef des Landes Brandenburg vom

Eine späte Konsequenz aus dem Attentat auf August Frölich war Ende Januar 1948 die Verabschiedung des »Gesetzes über die Strafverfolgung von Amts wegen bei Beleidigungen und Körperverletzungen von führenden Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens« durch den Thüringer Landtag. Hinter dem etwas sperrigen Titel verbarg sich eine Vorlage der Landesregierung, die darauf abzielte, im Falle von Beleidigungen oder Körperverletzungen gegen Landtagsabgeordnete und Regierungsmitglieder den Justizbehörden das Recht einzuräumen, ohne Erlass eines Strafantrags die Beschuldigten unmittelbar strafrechtlich zu verfolgen. Damit wurden verbale und tätliche Übergriffe gegen führende Landespolitiker zu einer öffentlichen Angelegenheit erklärt.⁵⁹⁴

d) Flucht des Ministerpräsidenten

Die Hoffnung, dass sich nach der auf Drängen des Zentralsekretariats vorgenommenen Kabinettsumbildung das Verhältnis zwischen Ministerpräsident Paul und den führenden SED-Genossen in Thüringen entspannen würde, erfüllte sich nicht. Die Installierung Werner Eggeraths als Innenminister zog weitere Komplikationen nach sich, denn Rudolf Paul war keinesfalls gewillt, sich fortan den Beschlüssen der Partei zu beugen. In Berlin wurde deshalb auf einen Wechsel an der Spitze der Landesregierung hingearbeitet.⁵⁹⁵ Gleichzeitig verlor der Ministerpräsident auch in den »bürgerlichen« Parteien an Rückhalt. Zwar war seine Amtsführung schon seit längerer Zeit umstritten. Nach dem Scheitern der Münchner Ministerpräsidentenkonferenz verstärkte sich die Kritik aber merklich. CDU und LDP hatten große Hoffnungen in Paul gesetzt, dass er zu einer Annäherung mit den Regierungschefs der Westzonen beitragen werde.⁵⁹⁶ Stattdessen war das Gegenteil eingetreten und aus der Sicht der meisten Zeitgenossen eine große Chance zum Ausgleich vertan. Obwohl sie sich auf Drängen der Besatzungsmacht mit Vorwürfen im Parlament und in der Öffentlichkeit zurückhielten, machten die Liberal- und Christdemokraten in Thüringen Rudolf Paul für den Misserfolg von München mit verantwortlich.⁵⁹⁷

19.9.1947, in: ebd., Bl. 8; Schreiben von Bernhard Bechler an Fritz Springer vom 14.10.1947, in: ebd., Bl. 1; Schreiben von Fritz Springer an Bernhard Bechler vom 11.11.1947, in: ebd., Bl. 4.

⁵⁹⁴ Vgl. die Vorlage der Landesregierung Thüringen vom 16.12.1947 (Drucksache Nr. 238), in: AVThLT/II.1, S. 531f.; »Aus den Landtagen der Ostzone«, in: Der Morgen vom 30.1.1948.

⁵⁹⁵ Vgl. das Schreiben von Erich Gniffke an Rudolf Paul vom 25.10.1956, 6 S., in: AdSD, Nachlass Erich Gniffke, Nr. 9/1, o. Bl., S. 2.

⁵⁹⁶ Vgl. den Brief des LDP-Landesvorstands Thüringen an Rudolf Paul vom 29.5.1947, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 352f.

⁵⁹⁷ Vgl. den Bericht von Rudolf Paul vor dem SED-Landessekretariat Thüringen am 9.6.1947, abgedr. in: ebd., S. 354–357, bes. S. 355; Thüringer Landtag, 1. WP, 21. Sitzung am 27.6.1947, in: AVThLT/I.1, S. 884–888 (Beiträge Hermann Becker, LDP, Johannes Mebus, CDU, u. Leonhard Moog, LDP); J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 83–85. – Zum

Seine Position war allerdings erst in dem Augenblick gefährdet, als sich auch die Militäradministration von ihm distanzierte. Anfang September wurden bei einer Zusammenkunft leitender SMAD-Mitarbeiter schwere Anschuldigungen gegen ihn erhoben, die darauf hindeuteten, dass die Geduld der Besatzungsmacht erschöpft war.⁵⁹⁸ Nach Aussage Erich Gniffkes bereitete Walter Ulbricht ein Verfahren wegen Wirtschaftssabotage gegen den thüringischen Ministerpräsidenten vor.⁵⁹⁹ Ob Paul vor dieser Entwicklung von parteiinternen Quellen gewarnt wurde, ist unerheblich. Entscheidend war, dass er die Situation im Spätsommer 1947 als so bedrohlich einschätzte, dass er sich dazu entschloss, die SBZ zu verlassen.

Die Flucht Rudolf Pauls, seiner Frau, der persönlichen Dolmetscherin und deren Sohnes am 1./2. September überraschte die SMAD und die SED vollkommen. Mehrere Tage herrschte Unklarheit darüber, wo der Ministerpräsident verblieben war. Erst allmählich setzte sich die Erkenntnis durch, dass Paul wohl geflohen sein müsse, obwohl Nachrichten über sein Entkommen und den Aufenthaltsort zunächst ausblieben.⁶⁰⁰ Für die Besatzungsmacht und die Berliner SED-Führung erwies sich die Flucht des amtierenden Regierungschefs als ein handfestes Desaster, denn das plötzliche Verschwinden Pauls erregte nicht nur in Deutschland, sondern weltweit mediale Aufmerksamkeit. Die Zeitungen von London bis nach Chicago und Sydney berichteten über den mysteriösen Vorfall, der ein bezeichnendes Licht auf die politischen Verhältnisse in der SBZ warf.⁶⁰¹ Darüber hinaus markierte die Flucht Pauls den vorläufigen Höhepunkt einer Absetzbewegung, die bereits seit einiger Zeit in Thüringen zu beobachten war. Einer Auflistung der im Westteil Berlins erscheinenden Zeitung *Der Abend* vom 12. September 1947 zufolge hatten bis zu diesem Zeitpunkt neben Paul und seinen Mitarbeitern 14 hohe Beamte, der Oberbürgermeister von Jena, Heinrich Mertens (LDP), sowie zuletzt der bekannte Schriftsteller Theodor Plievier (parteilos), der für die SED im Landtag gesessen hatte, der Be-

Verlauf und zu den Ergebnissen der Münchner Konferenz siehe W. BENZ, Auftrag Demokratie, 2009, S. 184–186; T. ESCHENBURG, Erinnerungen an die Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz, 1972; E. KRAUTKRÄMER, Der innerdeutsche Konflikt, 1972; R. STEININGER, Zur Geschichte der Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz, 1975.

⁵⁹⁸ Vgl. die Rede von Wladimir S. Semjonow am 2.9.1947, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Bearb.), Die UdSSR und die deutsche Frage/3, 2004, S. 378–396, bes. S. 382.

⁵⁹⁹ Vgl. das Schreiben von Erich Gniffke an Rudolf Paul vom 25.9.1956, in: AdSD, Nachlass Erich Gniffke, Nr. 9/1, Bl. S. 3.

⁶⁰⁰ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats der SED am 5.9.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/ 2.1, Nr. 123, Bl. 1–5, bes. Bl. 5.

⁶⁰¹ Vgl. »Missing Thuringian President«, in: The Times vom 6.9.1947, S. 3; »2 More German Leaders in Red Zone Missing«, in: Chicago Daily Tribune vom 13.9.1947, S. 6; »German Escapes Russians«, in: The Sydney Morning Herald vom 15.9.1947, S. 3; »Missing Soviet Official Reported Held by Americans Near Frankfurt«, in: Daily Boston Globe vom 24.9.1947.

satzungszone den Rücken gekehrt – »verschwunden wie das Karnickel unter dem Zylinder des Magiers«, wie das Blatt süffisant kommentierte.⁶⁰²

In enger Absprache mit dem Thüringer Landesvorstand gab das Zentralsekretariat die weitere Richtung vor, um die politische Krise unter Kontrolle zu bringen. Aus verfassungsrechtlichen Gründen wurde angeordnet, dass der Landtag den bisherigen Ministerpräsidenten durch einen Beschluss offiziell absetzen und dann die Neuwahl der Landesregierung vornehmen solle. Im Sekretariat stand es außer Frage, dass Werner Eggerath an die Spitze des Kabinetts aufrücken werde und man deshalb einen neuen Innenminister benötige.⁶⁰³ Bis diese Personalie entschieden war, übernahm Finanzminister Leonhard Moog die vorläufige Leitung der Amtsgeschäfte des Ministerpräsidenten. Diese Regelung entsprach den Beschlüssen, auf die sich die Thüringer Parteien im Rahmen der Diskussionen um das Stellvertreter-Gesetz im Frühjahr verständigt hatten.⁶⁰⁴ Unter den Landtagsabgeordneten wurden unterdessen Forderungen laut, angesichts der unklaren Lage das Parlament zu einer Sondersitzung einzuberufen.⁶⁰⁵ Das geschah jedoch nicht. Stattdessen trat August Frölich erneut als Vermittler zwischen den Fraktionen auf, um in der Rolle des »ehrlichen Maklers« den vom Zentralsekretariat vorgegebenen Kurs gegenüber den »bürgerlichen« Parteien durchzusetzen. In der Sitzung des Ältestenrats am 11. September schlug Frölich die Amtsenthebung Pauls durch ein Misstrauensvotum des Landtags vor. Dem Rücktritt der bisherigen Regierung sollte dann die Wahl des künftigen Kabinetts folgen.⁶⁰⁶

Die SED strebte nicht nur eine Neubesetzung des Ministerpräsidentenamtes an, sondern sie war an einer erneuten Umstrukturierung der Landesregierung interessiert. Der Landesvorstand um Eggerath und Hoffmann leitete die erforderlichen Schritte ein. Es wurde beabsichtigt, das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, welches bislang unter der Leitung des ehemaligen Sozialdemokraten Georg Appell (SED) gestanden hatte, in drei eigenständige

⁶⁰² Der Abend vom 12.9.1947, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 376. – Vgl. auch die Niederschrift von Wilhelm Pieck über eine Besprechung mit Wassili J. Makarow am 8.9.1947, abgedr. in: W. Loth (Hrsg.), Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik, 1994, S. 173f. bes. S. 173; Auszug aus den Informationen über Thüringen vom 25.10.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 692, Bl. 140–142, bes. Bl. 140.

⁶⁰³ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats der SED am 9.9.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 125, Bl. 1f. – Vgl. auch das Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats der SED am 25.9.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 134, Bl. 1.

⁶⁰⁴ Vgl. das Protokoll der außerordentlichen Sitzung der Landesregierung Thüringen am 8.9.1947, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 374–376, bes. 375f.

⁶⁰⁵ Vgl. die Notiz für Landtagspräsident August Frölich vom 6.9.1947, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 36, o. Bl.

⁶⁰⁶ Vgl. den Bericht über die Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 11.9.1947, 10:00 Uhr, 4 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl., S. 4.

Ressorts aufzuteilen. Dadurch würde sich die Zahl der Ministerien in Thüringen auf neun erhöhen, wie es in den meisten Ländern der SBZ bereits der Fall war.⁶⁰⁷ Die sehr bedeutsame Hauptabteilung für Landes- und Wirtschaftsplanung sollte hingegen aus dem Wirtschaftsministerium herausgelöst und direkt dem neuen Ministerpräsidenten unterstellt werden. Ebenfalls bereitete man Veränderungen in den anderen Ministerien vor. Ziel dieser Maßnahmen war es, den Einfluss der ehemaligen KPD-Genossen, die als politisch zuverlässiger galten als die alten SPD-Mitglieder, in der Landesregierung zu verstärken und zukünftig eine bessere Koordinierung der Regierungsarbeit im Sinne der SED zu gewährleisten. Das Zentralsekretariat billigte die Absichten.⁶⁰⁸

e) Liberal- und Christdemokraten in der Defensive

Die LDP und die CDU Thüringens wurden aus den Vorbereitungen zur Kabinettsumbildung komplett herausgehalten. Erst Anfang Oktober erfuhren ihre Spitzenvertreter auf einer interfraktionellen Zusammenkunft von dem bevorstehenden Revirement. Somit sahen sie sich vor vollendete Tatsachen gestellt. Die Union konnte in der Situation noch vergleichsweise zufrieden sein, denn ihr wurde die Übertragung eines weiteren Kabinettspostens in Aussicht gestellt. Die SED kündigte an, der CDU zusätzlich zu dem Ministerium für Versorgung, das seit Ende 1946 von Georg Grosse geleitet wurde, das neu zu bildende Verkehrsministerium zu überlassen. Dadurch würde sie künftig in der Landesregierung ebenso stark vertreten sein wie die LDP.⁶⁰⁹ Den Liberaldemokraten brachte die anstehende Kabinettsumbildung hingegen keine erkennbaren Vorteile. »Wir stehen im Grunde genommen hier wieder vor einer zwischen SMA und SED geklärten Lage«, stellte Hermann Becker resigniert in der Landtagsfraktion fest. Man habe zwar gegenüber Kolesnitschenko Bedenken bezüglich des geplanten Zuschnitts und der Anzahl der Ministerien geäußert, man sei bei dem »General« damit aber nicht durchgedrungen. Die LDP sei die einzige der drei Parteien, die bei der Regierungsumbildung nicht gewinnen werde:

⁶⁰⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 5.10.1947, 6 S., in: ADL, L 5, Nr. 619, o. Bl., S. 1.

⁶⁰⁸ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats der SED am 1.10.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 135, Bl. 1–9, bes. Bl. 3; Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats der SED am 4.10.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 136, Bl. 1; Schreiben von Walter Ulbricht an Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl vom 8.10.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4090, Nr. 305, Bl. 13.

⁶⁰⁹ Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 5.10.1947, in: ADL, L 5, Nr. 619, o. Bl., S. 1.

»Die SED hat nicht mehr viel an Kredit zu verlieren, die CDU bemüht sich, sich in der Öffentlichkeit beliebt zu machen, nur wir sind diejenigen, die einen politischen Kredit zu verlieren haben. Aber die neuen Ministerien werden eine schlechte Resonanz finden und es ist noch die Frage, ob es für uns richtig wäre, im Augenblick [...] politische Verantwortung zu übernehmen.«⁶¹⁰

Das Meinungsbild innerhalb der Fraktion, ob man sich überhaupt an den Verhandlungen weiter beteiligen sollte, war gespalten. Mehrere Abgeordnete wie Friedrich Schomerus, Otto Möller und August Schlotterhose forderten eine offensive Gangart und den Ausstieg aus weiteren Gesprächen, was in letzter Konsequenz auf ein Ausscheiden aus der Landesregierung hinausgelaufen wäre. Sogar eine Landtagsauflösung stand als mögliche Option im Raum. Für die Unterstützer dieser Richtung ging es vor allem um die Glaubwürdigkeit der Partei und ihr Ansehen in der Bevölkerung als eigenständige politische Kraft:

»Das Volk sagt, die SED geht vor jeder Landtagssitzung [zur] SMA und ihr fährt nach Weimar und sagt zu allem ja und amen. Man sagt, die CDU schlägt auf den Tisch, dadurch haben sie jetzt einen Minister bekommen. Wir müssen jetzt sagen: wir machen das nicht mit.«⁶¹¹

Dem gegenüber rieten andere Liberaldemokraten dazu, sich den Realitäten zu stellen und auf Kooperation zu setzen. Dieser Kurs wurde vor allem von den führenden LDP-Politikern in der Fraktion und im Landesverband vertreten. Hermann Becker stellte zwar selbstkritisch fest, dass man in der Landtagsarbeit mit der Diskrepanz zwischen dem, was man gewollt habe, und dem, was geschehen musste, nie froh geworden sei. Man habe es in der Vergangenheit aber immer geschafft, sich nicht ganz ausschalten zu lassen. Jetzt gelte es sich zu entscheiden, ob die LDP ihre politische Arbeit einstellen oder ob man sich mit den Realitäten arrangieren solle. Becker plädierte für Letzteres: »Wir müssen uns jetzt unserer Verantwortung bewusst sein und fragen, was können wir noch retten.«⁶¹² Ähnlich argumentierte der stellvertretende Landesvorsitzende Alphons Gaertner:

»Wir müssen Realpolitik treiben, unsere Möglichkeiten sind eingeschränkt, die Art, wie wir politisch und wirtschaftlich leben, wird von der SMA bestimmt. [...] Jetzt heisst es den Realitäten Rechnung tragen,

⁶¹⁰ Ebd.

⁶¹¹ Ebd., S. 2.

⁶¹² Ebd.

es hat keinen Sinn, in die Opposition zu gehen, wenn auch einige Gründe für eine [solche] Lösung sprechen.«⁶¹³

Es wird deutlich, dass es in dieser parteiinternen Debatte für die LDP um sehr viel mehr ging als lediglich um die Neubesetzung einiger Ministerien. Erstmals beschäftigte sich die Fraktion äußerst selbstkritisch und reflektiert mit der Frage nach den Handlungsmöglichkeiten und nach der eigenen Bedeutung im politischen System der SBZ.⁶¹⁴

Obwohl die liberaldemokratischen Volksvertreter zwischen den beiden Strategien »Opposition« oder »Kooperation« zu keinem einheitlichen Statement gelangten, teilten sie doch allesamt die Ablehnung der von der SED in Vorschlag gebrachten Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten und des Innenministers. In den Augen der LDP-Politiker war Werner Eggerath als künftiger Regierungschef nicht tragbar und damit für die Fraktion auch nicht wählbar – obwohl sich die Abgeordneten des Widerspruchs durchaus bewusst waren, dass sie ihm im Frühjahr bei der Einrichtung der Stellvertretung für Rudolf Paul die Zustimmung gegeben hatten. Eine dauerhafte Führung der Regierungsgeschäfte durch Eggerath betrachteten sie aber als etwas vollkommen anderes.⁶¹⁵ Das Urteil über den von der SED für die Leitung des Innenministeriums in Aussicht genommenen Willy Gebhardt fiel geradezu vernichtend aus:

»Beruf Monteur, 150%ig KPD, jetzt Landrat in Stadtroda, sehr radikal politisch tätig, im Reinigungsausschuss und [in der] Sequesterkommission kann man nicht mit ihm arbeiten, sieht alles nur von der politischen Seite. Alles andere als repräsentativ, sehr robust und rücksichtslos, vielleicht schärfer als Eggerath.«⁶¹⁶

In den folgenden Tagen gingen die Verhandlungen um die Regierungsbildung weiter. Da den Vertretern der »bürgerlichen« Parteien in Gesprächen mit Generalmajor Kolesnitschenko unmissverständlich zu verstehen gegeben wurde, dass die SMA die Umstrukturierung der Ressorts wünsche, blieb ihnen kaum etwas anderes übrig, als nach Möglichkeit mäßigend auf die Entscheidungen einzuwirken. So verlangte die CDU, dass statt der drei vorgesehenen ehemaligen Kommunisten ein weiterer ehemaliger Sozialdemokrat in das Kabinett auf-

⁶¹³ Ebd., S. 3.

⁶¹⁴ Vgl. J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 116.

⁶¹⁵ Vgl. das Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 5.10.1947, in: ADL, L 5, Nr. 619, o. Bl., S. 3f.

⁶¹⁶ Ebd.

genommen werden müsse.⁶¹⁷ Während der interfraktionellen Gespräche war es erneut Landtagspräsident August Frölich, der als Vermittler zwischen der SED und den anderen Parteien tätig wurde. Obwohl die Entscheidungen intern bereits feststanden, signalisierte man nach Außen Gesprächsbereitschaft. Sogar bei der Besetzung des Innenministeriums mit dem umstrittenen Willy Gebhardt zeigte man sich angeblich zu Zugeständnissen bereit. Ähnlich handelte auch die SMA, so dass bei den Liberaldemokraten die Hoffnung aufkam, dass, wenn man schon nicht die Kabinettsumbildung als Ganzes beeinflussen könne, man zumindest in der Lage sei, eigene Personalvorschläge einzubringen. Hierbei ging es zunächst um die Einrichtung eines Landwirtschaftsministeriums unter LDP-Führung, was von der Militäradministration allerdings umgehend abgeblockt wurde. Erfolgversprechender sah es hingegen mit den Ansprüchen auf die Besetzung von Ministerialstellen in den Ressorts aus. Die von der SED während der Regierungsverhandlungen im Dezember 1946 gegebenen Versprechen, die LDP und die CDU bei der Vergabe von leitenden Stellen in den Ministerien und in anderen Verwaltungsbereichen ihrer Stärke entsprechend zu berücksichtigen, waren nicht eingehalten worden.⁶¹⁸ Deshalb hatte es bereits im Frühjahr 1947 zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten geführt, zumal weder die Christ- noch die Liberaldemokraten kaum über Möglichkeiten verfügten, Einfluss auf die Besetzung von leitenden Stellen im öffentlichen Bereich zu nehmen.⁶¹⁹ Nun jedoch trat man im Oktober 1947 erneut mit den Forderungen auf. Im Verlauf der weiteren Beratungen zeigte sich die SED mit den Wünschen der LDP einverstanden, knüpfte sie aber an den Vorbehalt, dass sie nur realisiert werden könnten, wenn der Stellenplan dies zuließe. Weitere Verhandlungen wurden auf die Zeit nach der Bildung des neuen Kabinetts verschoben.⁶²⁰

Die Unterstützung der LDP bei der Wahl Eggeraths zum neuen Ministerpräsidenten war damit aber noch keinesfalls gesichert. Die Spaltung der Fraktion konnte zunächst nicht überwunden werden, zumal diejenigen Abgeordneten,

⁶¹⁷ Vgl. die Protokolle der Sitzungen der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 6. u. 7.10.1947, 4 S., in: ADL, L 5, Nr. 619, o. Bl., S. 1.

⁶¹⁸ Vgl. das Schreiben von CDU-Landesgeschäftsführer Dr. Georg Schneider an Ministerpräsident Rudolf Paul vom 5.12.1946, in: ThHStAW, Land Thüringen, Ministerium des Innern, Nr. 4, Bl. 33; Schreiben des Landesorganisationsleiters der LDP, Dr. Curt-Christian Elster, an den Minister für allgemeine Verwaltung, Ernst Busse, vom 9.12.1946, in: ebd., Bl. 34; Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 12.12. 1946, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/2/2/3-030, Bl. 127–129, bes. Bl. 127f.; Aktennotiz von Ernst Busse über die Besprechung am 13.12.1946 betreffs der Besetzung von leitenden Funktionen in Bezug auf die Regierungsbildung, verf. am 24.12.1946, in: ebd., Bl. 1–5.

⁶¹⁹ Vgl. die Aktennotiz von Georg Dertinger vom 15.1.1947 über ein Telefongespräch mit Walther Rucker, in: ACDP, 07-011, Nr. 798, o. Bl. – H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 41f.

⁶²⁰ Vgl. die Protokolle der Sitzungen der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 8. u. 9.10.1947, 7 S., in: ADL, L 5, Nr. 619, o. Bl., S. 3vs.

welche der ganzen Regierungsumbildung kritisch gegenüberstanden, ihre Ablehnung in den Streit um diese Personalie hineinprojizierten. Bei einer internen Probeabstimmung votierten nur 18 der insgesamt 28 Parlamentarier für den Kandidaten der SED, während sich neun Abgeordnete – also fast ein Drittel – gegen ihn aussprachen. Das war ein deutliches Zeichen gegen die Haltung des Fraktionsvorstands und der Parteiführung unter Leonhard Moog und Alphons Gaertner, die unter dem Eindruck der von der SED gegebenen Zugeständnisse ihre anfängliche Skepsis gegenüber Eggerath aufgaben.⁶²¹ Zudem forderte die SMA von den Parteien ein einheitliches Bild bei der Wahl des Regierungschefs. Am Vorabend der Abstimmung führte Gaertner den opponierenden Fraktionskollegen die Konsequenzen vor Augen, die ihr Verhalten heraufbeschwören würde:

»Wir müssen uns klar werden, ob wir gegen den Wunsch der SMA auftreten. Unsere Stimme gegen Eggerath würde zu offener Revolte führen. Lohnt es sich, dass wir jetzt eine Opposition an den Tag legen, die zwar begründet ist, aber können wir die Folgen auf uns nehmen, die für uns und das ganze Land dadurch entstehen würden[?]«⁶²²

Gaertners zentrales Argument hieß Verantwortung – doch den kritischen Stimmen in der LDP ging es um nichts Anderes. Sie argumentierten mit der Verpflichtung gegenüber der Wählerschaft und den eigenen programmatischen Zielen. Der politische Druck auf die Fraktion war immens. Zwar wurde Werner Eggerath am 8. Oktober 1947 vom Landtag bei einer Stimmenthaltung zum neuen Ministerpräsidenten gewählt⁶²³; auch die Umbildung des Kabinetts einen Tag später erfolgte nach außen hin reibungslos und einvernehmlich.⁶²⁴ Die Fraktion der Liberaldemokraten geriet durch die Geschehnisse aber in eine tiefe Krise. Zu den Meinungsverschiedenheiten um den richtigen Kurs bei der Landtagsarbeit kamen noch persönliche Rivalitäten unter den Abgeordneten hinzu. Im Falle der Thüringer LDP verstärkten sie die bereits bestehenden inhaltlichen Divergenzen. Die Kritik von den Parteikollegen, die sich mit den Ergebnissen der interfraktionellen Gespräche unzufrieden zeigten, an den Verhandlungsführern der LDP fiel derart scharf aus, dass Hermann Becker sogar mit dem Rücktritt vom Amt des Fraktionsvorsitzenden drohte.⁶²⁵

⁶²¹ Vgl. J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 116f.

⁶²² Protokolle der Sitzungen der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 8. u. 9.10.1947, in: ADL, L 5, Nr. 619, S. 1rs.

⁶²³ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 25. Sitzung am 8.10.1947, in: AVThLT/1.2, S. 1022–1024.

⁶²⁴ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 26. Sitzung am 9.10.1947, in: ebd., S. 1050–1052.

⁶²⁵ Vgl. die Protokolle der Sitzungen der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 8. u. 9.10.1947, in: ADL, L 5, Nr. 619, o. Bl., S. 3vs; J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 117f.

Im Gegensatz zu den schweren Konflikten in der LDP erschien das Verhalten der Unionsfraktion zurückhaltend, geradezu servil. Die Erklärung hierfür lag nicht einzig in dem von der SED angebotenen zweiten Ministerposten. Vielmehr befand sich der Thüringer CDU-Landesverband zum Zeitpunkt der Kabinettsumbildung in erheblichen Schwierigkeiten: Nach dem 2. Zonenparteitag der Union Anfang September 1947, auf welchem der populäre Parteivorsitzende Jakob Kaiser mit seiner Forderung, dass die CDU künftig »Wellenbrecher des dogmatischen Marxismus und seiner totalitären Tendenzen« sein müsse⁶²⁶, aufgetreten war, hatte die Besatzungsmacht ihren politischen Kurs gegen die CDU deutlich verschärft.⁶²⁷ Die Strategie der SMAD, zwischen die »reaktionären« Kräfte um Jakob Kaiser und die »fortschrittlich« gesinnten Kreise in der Union einen Keil zu treiben, wurde nach dem Parteitag gegenüber den CDU-Landesverbänden intensiviert. Die Führungsspitze der Thüringer Union war davon besonders betroffen. Hugo Dornhofer, der seit dem plötzlichen Tod des Landesvorsitzenden Otto Schneider im Juli 1947 als erster Stellvertreter den Landesverband übergangsweise leitete, war als Anhänger Kaisers bekannt. Das machte ihn in den Augen der Militäradministration gerade nach den Geschehnissen auf dem Berliner Parteitag nicht länger tragbar.⁶²⁸ In der SED-Presse wurde eine Diffamierungskampagne gegen ihn gestartet, bei der ihm jede Möglichkeit verwehrt wurde, auf die oftmals abstrusen Beschuldigungen zu reagieren. Am 20. September 1947 trat er von seinem Amt als Landesvorsitzender zurück.⁶²⁹ Ihm folgte Siegfried Trommsdorf, der im Gegensatz zu Dornhofer der Besatzungsmacht als eine kooperativ und »fortschrittlich« eingestellte Persönlichkeit galt. Im Vorfeld der Neubesetzung des Parteivorsitzes waren andere mögliche Kandidaten, die ebenfalls im Verdacht standen »kaisertreu« zu sein, von der Militäradministration zum Verzicht einer Nominierung aufgefordert worden.⁶³⁰ Unter der Aufsicht der SMA stimmte die Versammlung auf dem außerordentlichen Landesparteitag in Weimar am 17. Oktober 1947 nur widerwillig für Trommsdorf und für die angeordneten personellen Veränderungen im Landesvorstand.⁶³¹

Obwohl interne Protokolle der Landtagsfraktion aus dieser Zeit nicht vorliegen, darf man wohl kaum annehmen, dass die beschriebenen Vorgänge keinerlei

⁶²⁶ Rede von Jakob Kaiser vor der Jahrestagung der CDU in Berlin am 6.9.1947, abgedr. in: J. KAISER, *Wir haben Brücke zu sein*, 1988, S. 267.

⁶²⁷ Vgl. R. Th. BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands*, 2001, S. 379–386; W. CONZE, *Jakob Kaiser*, 1969, S. 162–175; M. WILDE, *SBZ-CDU*, 1998, S. 449 u. 453–458.

⁶²⁸ Vgl. Th. SPECKMANN, *Hugo Dornhofer*, 2003, S. 175.

⁶²⁹ Vgl. M. WILDE, *SBZ-CDU*, 1998, S. 458f.; Th. SPECKMANN, *Hugo Dornhofer*, 2003, S. 175 u. 197f. – Bei Victor Thiel wird die Interimsführung des Landesverbands durch Dornhofer nicht erwähnt. V. THIEL, *Christen Thüringens in der Bewährung*, 1970, S. 26.

⁶³⁰ Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Vorstands des CDU-Landesverband Thüringen am 13.10.1947, 2 S., in: *ACDP*, 03-31, Nr. 161, o. Bl., S. 2.

⁶³¹ Vgl. M. KIEFER, *Gründung und Anfänge der CDU in Thüringen*, 1995, S. 16–18.

Auswirkungen auf das Verhalten der christdemokratischen Volksvertreter in der Frage der Regierungsbildung gehabt hätten. Stattdessen muss man davon ausgehen, dass die Fraktion Anfang Oktober 1947 unter dem starken Eindruck der Geschehnisse um die Landesführung stand: Die Situation war nach dem erzwungenen Rücktritt Dornhofers unübersichtlich und angespannt, die weitere Entwicklung kaum absehbar. Weil die meisten Mitglieder des Landesvorstands ein Landtagsmandat innehatten, dürfte der politische Richtungsstreit zwischen den »Kaisertreuen« auf der einen und den »Progressiven« auf der anderen Seite auch in die Fraktion hineingetragen worden sein. Die Volksvertreter standen unter erheblichem Druck, sie wurden von der SMA überwacht und waren mit den Problemen in der eigenen Partei beschäftigt – da war es kaum von ihnen zu erwarten, dass sie offensiv die Konfrontation mit der SED und der Besatzungsmacht gesucht hätten. Dass der geschasste Hugo Dornhofer und die ihm politisch sehr nahestehende Abgeordnete Gertrud Voigt ausgerechnet am Tag der Wahl Eggeraths zum Ministerpräsidenten im Landtag angeblich krankheitsbedingt fehlten, dürfte wohl mancher Fraktionskollege als ein Zeichen des stummen Protestes verstanden haben.⁶³²

f) Angriffe der SED auf Justizminister Külz

Wurden die »bürgerlichen« Fraktionen zwar in vielen Fällen von der SED in die Defensive gedrängt und zeigten sie sich dann oftmals innerlich zerstritten, so bewiesen sie in anderen Situationen durchaus Entschlossenheit, Selbstbewusstsein und Widerstandsgeist. Am 10. Oktober 1947, also einen Tag nach Verteidigung des neuen Kabinetts, hatte der Justizminister Helmut Külz (LDP) den Landtag über den Stand der Rechtspflege in Thüringen unterrichtet. Külz, Sohn des bekannten LDP-Vorsitzenden in der SBZ, gehörte seit Juni 1946 erst der Landesverwaltung, später dann den Kabinetten unter Rudolf Paul und Werner Eggerath an. Fachlich überaus kompetent und erfahren, erwies sich der Jurist zwar als eine schwache politische Persönlichkeit; sein Einfluss wurde vor allem durch das Innenministerium sowie den Leiter der Gesetzgebungsarbeit im eigenen Haus, Karl Schultes (SED), eingegrenzt; auch zeigte er sich manchen »volksdemokratischen« Einsprengseln in der Nachkriegsjustiz gegenüber aufgeschlossen und anpassungsbereit.⁶³³ Gleichwohl bemühte er sich im Rahmen des ihm Möglichen darum, die Rechtsprechung in Thüringen vor einer einseitigen politischen Vereinnahmung durch die SED zu bewahren. In seinem Bericht vor dem Hohen Haus gab Külz nun einen Überblick über die Entwicklung des

⁶³² Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 25. Sitzung am 8.10.1947, in: AVThLT/I.2, S. 1021.

⁶³³ Vgl. P. WEBER, Justiz und Diktatur, 2000, S. 31 u. 512f.

ihm unterstehenden Geschäftsbereichs seit Kriegsende. Der Minister bekannte sich eindeutig zu den Grundprinzipien des demokratischen Rechtsstaats, für die er die Transparenz der Rechtssätze, die absolute Gleichbehandlung aller Bürger und die Unabhängigkeit der Justiz als unabdingbar betrachtete. Entschieden wandte er sich gegen die immer wieder in den Zeitungen kolportierten Vorwürfe wegen der angeblich bestehenden Korruption in der Thüringer Justiz. Ohne es direkt zu benennen, spielte er damit auf die Methoden der SED-Presse an, die vermeintliche Fehlurteile der Gerichte skandalisierte, um daraus politischen Profit zu schlagen.⁶³⁴ Ausführlich beschäftigte sich Külz auch mit der Vorhaltung, dass die Justiz in vielen Fällen »reaktionär« sei, sie zu sehr am Alten hänge und nicht dem »fortschrittlichen Geist der Zeit« folge. Er sprach von einer »Justizkrise«, die in erster Linie aus dem Personalmangel, der häufig nicht ausreichend qualifizierten Ausbildung des juristischen Nachwuchses sowie den allgemeinen kargen Bedingungen der Nachkriegszeit resultiere. Dem stenografischen Bericht zufolge wurden Külzens Darlegungen von allen Fraktionen wohlwollend aufgenommen. Mehrfach bedachte man seine Rede mit spontanem Beifall und unterstützenden Zwischenrufen.⁶³⁵

Als knapp vier Wochen später im Parlament die Aussprache über den Bericht des Justizministers anstand, hatte sich der positive Tenor allerdings gewandelt. Der Fraktionsvorsitzende der SED, Richard Eyermann, attackierte den Minister jetzt aufs Schärfste. Er wies nicht nur die von Külz angeführten rechtsstaatlichen Prinzipien zurück, sondern indirekt unterstellte er ihm, dass er »alle Reaktionäre und Faschisten, die Saboteure des demokratischen Aufbaus, die Überreste des Faschismus« mit seiner Haltung schützen würde.⁶³⁶ Der Minister solle sich »nicht als Bremser, sondern als Bahnbrecher einer wirklichen demokratischen Entwicklung der Justiz« betätigen, forderte Eyermann.⁶³⁷ Als »Beweis« für die Richtigkeit seiner Vorhaltungen listete er mehrere Dutzend Fälle auf, in denen die Landesjustiz versagt hätte. Die nicht enden wollende Kaskade von Einzelfällen, die auf die Schnelle kaum überprüft werden konnte und die daher als Behauptung im Raume stand, veranlasste den Abgeordneten Karl Magen einen Tag später zu der bissigen Bemerkung, dass man jede schwarz gerauchte Zigarette dem Justizminister in die Schuhe geschoben habe.⁶³⁸ Eyermanns Rede kulminierte in der Verlesung einer EntschlieÙung der SED-Fraktion, welche der Arbeit

⁶³⁴ Thüringer Landtag, 1. WP, 27. Sitzung am 10.10.1947, in: AVThLT/I.2, S. 1063–1092, bes. S. 1067 u. 1071 (Beitrag Dr. Helmut Külz, LDP).

⁶³⁵ Ebd., S. 1068 (Beitrag Dr. Helmut Külz, LDP).

⁶³⁶ Thüringer Landtag, 1. WP, 28. Sitzung am 5.11.1947, in: ebd., S. 1093–1123, hier S. 1109 (Beitrag Richard Eyermann, SED).

⁶³⁷ Ebd., S. 697 (Beitrag Richard Eyermann, SED).

⁶³⁸ Thüringer Landtag, 1. WP, 29. Sitzung am 6.11.1947, in: AVThLT/I.2, S. 1129 (Beitrag Karl Magen, CDU).

Helmut Külzens in allen Bereichen der Rechtspflege ein vernichtendes Urteil ausstellte.⁶³⁹

Was den Fraktionsvorsitzenden der SED zu dieser Attacke auf den Minister bewog, kann nicht mehr genau eruiert werden. Es ist etwa denkbar, dass Eyer mann damit der von Walter Ulbricht bereits im Sommer ausgegebenen Parole zur personellen »Säuberung« der Justiz und zu ihrer Umstrukturierung nachkommen wollte. Dafür spricht, dass Ulbricht ihm nicht nur zu seiner Rede gratulierte, sondern dass das SED-Landesekretariat Eyer mann als Leiter der Abteilung Staatliche Verwaltung wenige Tage später damit beauftragte, eine »Kampagne gegen die reaktionären Tendenzen innerhalb der Thüringer Justizverwaltung« in die Wege zu leiten.⁶⁴⁰ Wenn man bedenkt, dass Ministerialdirektor Karl Schultes bei der Vorbereitung der Brandrede gegen seinen Chef beteiligt gewesen war, muss man neben dem Versuch, Külz als Minister politisch zu diskreditieren, auch persönliche Rivalitäten annehmen. Es dürfte sich bei Richard Eyer manns Ausführungen somit um keinen verbalen Ausrutscher, sondern um eine bewusst provozierte Anklage gehandelt haben. Im Landeskabinett war man von dem Vorpreschen des Fraktionsvorsitzenden der SED wenig angetan, da es das Klima in der Regierung belastete.⁶⁴¹

Für die Liberaldemokraten kam der Angriff auf ihren Justizminister aus heiterem Himmel. Während der Sitzungspause forderte die Fraktion die Einberufung des Ältestenrats. Die LDP-Vertreter protestierten energisch gegen die Rede Eyer manns, die sie »in Inhalt und Ton [als] ein Mißtrauensvotum gegen den Justizminister« begriffen.⁶⁴² Die Fraktion hatte sich darauf verständigt, vor der Aussprache über den Bericht Külzens eine Erklärung zu Eyer manns Ausführungen abzugeben und einen Antrag einzubringen, der dem kritisierten Minister das Vertrauen aussprach. Dahinter stand die Absicht, die SED zu einem eindeutigen Bekenntnis zu drängen, ob sie noch weiterhin hinter den gemeinsamen Absprachen stehe oder eben nicht. Mit den Prinzipien der Blockpolitik ließ sich Eyer manns Verhalten in den Augen der LDP jedenfalls nicht vereinbaren. Diese Haltung wurde von der CDU unterstützt. Die SED-Abgeordneten im Ältestenrat versuchten zu beschwichtigen; das Verhalten der Liberaldemokraten »zeige eine übergroße Nervosität und Empfindlichkeit«. Man habe den Minister nicht angreifen, sondern lediglich auf offenbare Missstände hinweisen

⁶³⁹ Thüringer Landtag, 1. WP, 28. Sitzung am 5.11.1947, in: ebd., S. 1116 (Beitrag Richard Eyer mann, SED).

⁶⁴⁰ Zit. nach P. WEBER, Justiz und Diktatur, 2000, S. 135.

⁶⁴¹ Vgl. ebd., S. 134.

⁶⁴² Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 5.11.1947, 16:00 Uhr, 2 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl., S. 1. – Vgl. auch Thüringer Landtag, 1. WP, 28. Sitzung am 5.11.1947, in: AVThLT/I.2, S. 1116 (Beitrag August Frölich, SED).

wollen.⁶⁴³ Auch August Frölich trachtete danach, den Vorfall stillschweigend abzuschließen. Die LDP-Fraktion war dazu aber nicht bereit. Sie demonstrierte große Entschlossenheit, im Parlament die Vertrauensfrage für Minister Külz zu stellen. Fiele diese negativ aus, gab die LDP deutlich zu verstehen, würde man aus der Landesregierung ausscheiden und in die Opposition gehen.⁶⁴⁴ Immerhin kam die Fraktion nach weiteren Beratungen, die während des parlamentarischen Abends beim Landtagspräsidenten am 5. November stattfanden, der Einheitspartei so weit entgegen, dass sie von einer gesonderten Erklärung gegen Richard Eyer mann Abstand nahm.⁶⁴⁵ Auf Drängen der »bürgerlichen« Parteien musste Frölich die Fortsetzung der Aussprache über den Bericht des Justizministers für den nächsten Tag ansetzen. In seltener Eintracht verurteilten die Sprecher von LDP und CDU die überzogene Kritik an Helmut Külz. Hervorzuheben war insbesondere die Rede des Fraktionsvorsitzenden der Union, Karl Magen. Magen, der neben seiner Parteitätigkeit auch das Amt des Vizepräsidenten beim Oberlandesgericht in Gera ausübte, bekannte sich freimütig zu den rechtsstaatlichen Prinzipien, welche der Minister am Tag zuvor dargelegt hatte. Nicht nur seine Rede, sondern auch die Beiträge der übrigen »bürgerlichen« Abgeordneten muteten wie eine Fortsetzung der leidenschaftlichen Diskussionen um die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit an, die während der Verfassungsberatungen geführt worden waren. Fraktionsübergreifend stellten sich die Liberaldemokraten und die Union einmütig hinter den Justizminister.⁶⁴⁶

Durch den geschlossenen Widerstand, der der SED aus der Mitte und der rechten Seite des Hauses entgegenschlug und den man ganz offenkundig unterschätzt hatte, wurde die Einheitspartei in die Defensive gedrängt. Ein konsequenter Rückzug der LDP aus der Regierungsverantwortung, wie er als Drohung im Raum stand, hätte die gesamte Blockpolitik in Thüringen ernsthaft gefährdet. Das galt es unter allen Umständen zu verhindern. Ohne die eigenen Positionen vom Vortag vollständig preiszugeben, bedienten sich die Redner der SED, Fritz Barth und Fritz Heilmann, deshalb versöhnlicher Töne. Im Namen ihrer Fraktion dankten beide dem Minister für dessen Arbeit – »uneingeschränkt«, wie Barth hervorhob.⁶⁴⁷ Als ob es die selbstverständlichste Sache

⁶⁴³ Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 5.11.1947, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl., S. 1.

⁶⁴⁴ Vgl. das Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 5.11.1947, 3 S., in: ADL, L 5, Nr. 619, o. Bl.

⁶⁴⁵ Vgl. ebd., S. 2; Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 6.11.1947, 10:00 Uhr, 2 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl., S. 1.

⁶⁴⁶ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 29. Sitzung am 6.11.1947, in: AVThLT/1.2, S. 1129–1137 u. 1140 (Beiträge Hermann Becker, LDP, Karl Magen, CDU, Otto Möller, LDP, u. Dr. Friedrich Schneider, LDP).

⁶⁴⁷ Ebd., S. 1137–1139 (Beiträge Fritz Barth, SED, u. Fritz Heilmann, SED).

der Welt wäre, würdigte Fritz Heilmann die Verdienste Külzens und setzte sie in Verbindung mit dessen Tätigkeit als Rechtsanwalt im »Dritten Reich«:

»Ein Mann, der in den Jahren 1935/36 sein besonderes Interesse gezeigt hat für die Betrauung mit der Verteidigung von Antifaschisten, die verfolgt wurden (*Minister Moog: Sehr richtig!*), der größtes Interesse gezeigt hat, sich zur Verfügung zu stellen als Verteidiger von Ernst Thälmann, wenn es zum Prozeß gekommen wäre (*Minister Moog: Sehr richtig!*), es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn wir zu einem solchen Mann nicht das Vertrauen hätten, wenn er jetzt gemeinsam mit uns die Justiz demokratisieren soll in einer Richtung, die nicht wieder führen soll zu dem alten Reichsgericht von vor 1933 und zu einer Nazijustiz, wie wir sie zwölf Jahre lang erleben mußten. (*Zuruf von der LDP: Sehr gut!*)«⁶⁴⁸

Solche Elogen wirkten angesichts der Vorwürfe, die noch in der letzten Plenarsitzung erhoben worden waren, wenig glaubhaft. Die zurückhaltenden Reaktionen der Liberaldemokraten auf die Rede Heilmanns belegen dies. Am Ende des Tagesordnungspunkts sprach der Landtag dem Minister einhellig das Vertrauen aus.⁶⁴⁹ Helmut Külz und die Thüringer Liberaldemokraten bewerteten die Geschehnisse vom 5. und 6. November 1947 als einen großen Erfolg. Mit tatkräftiger Unterstützung der Union war es ihnen nicht nur gelungen, die überraschende Attacke der SED auf einen ihrer profilierten Landespolitiker zu parieren, sondern darüber hinaus die Einheitspartei im Parlament durch die Androhung, die bisherige Zusammenarbeit aufzukündigen, in Bedrängnis zu bringen.⁶⁵⁰ Auf die Abgeordneten, die so oft vor vollendete Tatsachen gestellt wurden, musste dieses Zurückweichen der SED als Genugtuung erscheinen. Allerdings durfte man den Erfolg nicht allzu hoch bewerten. Er blieb lediglich eine Episode.⁶⁵¹

⁶⁴⁸ Ebd., S. 1139 (Beitrag Fritz Heilmann, SED).

⁶⁴⁹ Ebd., S. 1143.

⁶⁵⁰ Vgl. Tagebucheintrag von Wilhelm Külz zum 7.11.1947, abgedr. in: H. ROBEL (Hrsg.), Wilhelm Külz, 1989, S. 122.

⁶⁵¹ Siehe auch J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 119f.; P. Weber, Justiz und Diktatur, 2000, S. 135.

Fünftes Kapitel

An der Wegscheide. Die Landtage und die Sowjetisierung der Besatzungszone

1. Deutschlandpolitik in engen Grenzen

a) Abgeordnete als Zaungäste der Teilung

Die Arbeit der Landtage von Brandenburg und Thüringen stand zwischen 1946 und 1952 unter dem Eindruck der Teilung Europas durch den »Eisernen Vorhang« und des Ausbruchs des Ost-West-Konflikts 1947¹, und schließlich der eskalierenden Konfrontation zwischen den Machtansprüchen Stalins in Deutschland auf der einen Seite und den Eindämmungsstrategien des Westens auf der anderen – alle diese Ereignisse zeitigten große Auswirkungen auf die politischen Verhältnisse in der SBZ und damit auf die Parlamente in Weimar und Potsdam.² Für die Landtagsabgeordneten präsentierte sich die Nachkriegszeit als eine unübersichtliche Situation des Übergangs. Wie alle anderen Deutsche waren sie nicht Akteure, sondern vor allem Zaungäste der Teilung: Die deutschlandpolitischen Entscheidungen wurden von den Kabinetten und Planungsstäben in Moskau und Washington, in London und Paris sowie auf den internationalen Konferenzen getroffen, nicht aber in den Plenarsälen der Landtage.³ Bei den Informationen zu den Absichten der Siegermächte waren die Parlamentarier deshalb hauptsächlich auf die offiziellen Verlautbarungen angewiesen sowie auf die Informationen, die ihnen aus den Parteizentralen übermittelt wurden. Gleichwohl zeigten sich viele Politiker lange Zeit zuversichtlich, dass es trotz aller Differenzen zwischen den beiden Hauptmächten, den USA und der Sowjetunion, doch noch zu einem Interessenausgleich kommen werde.⁴

¹ Zur Entstehung des Begriffs siehe B. STÖVER, *Der Kalte Krieg*, 2007, S. 11–16.

² Vgl. J. L. GADDIS, *Der Kalte Krieg*, 2007, S. 17–64; M. GÖRTEMAKER, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, 1999, S. 34–44; D. O’SULLIVAN, *Die Sowjetunion, der Kalte Krieg und das internationale System*, 2002, S. 141–149. – Eine Zusammenfassung der unterschiedlichen Erklärungsansätze zur Entstehung des Kalten Krieges, wie sie von der traditionellen, der revisionistischen und der postrevisionistischen Schule vertreten worden sind, findet sich bei B. STÖVER, *Der Kalte Krieg*, 2007, S. 16–18.

³ Vgl. U. MÄHLERT, *Kleine Geschichte der DDR*, 2007, S. 30.

⁴ Vgl. M. WILDE, *SBZ-CDU*, 1998, S. 411–415.

Durch solche Hoffnungen beflügelt, versuchten die Landtagsabgeordneten einen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands zu leisten. Schließlich galt es, dem Auseinanderdriften der Besatzungszonen entgegenzuwirken. Auf der Konferenz der neu gewählten LDP-Parlamentarier Anfang November 1946 hatte Wilhelm Külz die Devise ausgegeben, dass es die Aufgabe der Liberaldemokraten in den Parlamenten sei, sich zum »besonderen Träger des Einheitsgedankens« zu machen.⁵ Trotz der äußerst begrenzten Möglichkeiten waren durchaus Ansätze erkennbar, dieser Zielvorstellung gerecht zu werden. Im Vorfeld der Moskauer Außenministerkonferenz, die am 10. März 1947 begann, bereitete die brandenburgische LDP-Fraktion auf Anregung Külzens einen Antrag vor, der das Parlament damit beauftragen sollte, eine Materialsammlung zu dem bevorstehenden Diplomatentreffen zusammenzustellen. Von der Einbringung des Antrags sahen die Liberaldemokraten jedoch auf Anraten Willy Sägebrechts ab, weil der Landtag erst nach dem Beginn der Konferenz wieder zusammenträte, so dass der Zweck des Vorschlags verfehlt würde.⁶ Die SED, selbst darum bemüht, in deutschlandpolitischen Fragen als die treibende Kraft aufzutreten, griff den Gedanken der LDP aber auf und schlug stattdessen im Landesblockausschuss vor, eine gemeinsame EntschlieÙung der drei Parteien vorzubereiten, »die eine Stellungnahme zu allen hauptsächlichen Fragen sein soll, die uns Deutsche aus AnlaÙ dieser Konferenz bewegen«.⁷ In den folgenden Tagen erarbeitete man eine solche Erklärung, die auf einem Entwurf der SED beruhte. Sie wurde am 18. März in der *Märkischen Volksstimme* veröffentlicht.⁸ Parallel dazu brachte die SED-Fraktion im Parlament eine ähnlich lautende Resolution ein, in welcher die angeblichen Erwartungen und Hoffnungen der brandenburgischen Bevölkerung sowie der Abgeordneten an das Ministerreffen in Moskau artikuliert waren. Ausdrücklich hob man darin das Eintreten der sowjetischen Delegation für die Einheit Deutschlands hervor. Diese Stellungnahme wurde am 21. März als gemeinsame EntschlieÙung aller Parteien vom Landtag einstimmig angenommen.⁹

⁵ Niederschrift über die Konferenz der Parteileitung mit den neugewählten Abgeordneten, Stadtverordneten und sonstigen Funktionären der LDP am 6.11.1946, 9 S., in: ADL, L 6, Nr. 363, o. Bl., S. 2. – Vgl. auch B. BODE, Liberal-Demokraten und »deutsche Frage«, 1997, S. 54.

⁶ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 10.3.1947, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 92; A. BEHRENDT, Wilhelm Külz, 1968, S. 214f. – »Die LDP und die Friedensverhandlungen«, in: Der Morgen vom 17.1.1947; B. BODE, Liberal-Demokraten und »deutsche Frage«, 1997, S. 57f.

⁷ Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 10.3.1947, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 92.

⁸ Vgl. ebd., S. 95–97. – Zu dem Vorgang siehe auch S. 264f. in dem vorliegenden Band.

⁹ Landtag Brandenburg, 1. WP, 9. Sitzung am 21.3.1947, in: AVLTB/1, S. 124f.

Die Voraussetzungen für eine ähnliche Resolution stellten sich in Thüringen hingegen weitaus schwieriger dar: Zwar hatte die LDP-Fraktion auch dort bereits Ende Januar im Parlament einen Antrag zur Zusammenstellung von Material für die bevorstehenden Verhandlungen in Moskau eingebracht. Darüber hinaus regten die Liberaldemokraten die Einrichtung eines Sonderausschusses an.¹⁰ Ebenfalls sprach sich das SED-Landessekretariat einige Wochen später dafür aus, dass der Landtag zur Konferenz der Außenminister Stellung beziehen solle. Eine entsprechende Vorlage wurde in Auftrag gegeben.¹¹ Die Ergebnisse aller dieser Anstrengungen waren jedoch mager: Angesichts der großen Querelen zwischen den Parteien, die es bei der Einsetzung des Stellvertreters für Ministerpräsident Rudolf Paul gab, nahm man im Parlament von einer gemeinsamen Erklärung zur Moskauer Konferenz Abstand. Auch die Idee eines Sonderausschusses wurde im Ältestenrat stillschweigend begraben. Stattdessen ging Werner Eggerath nach seiner Wahl zum stellvertretenden Regierungschef in der Erklärung vor dem Hohen Haus nur beiläufig auf den Moskauer Gipfel ein. Seine Ausführungen diesbezüglich waren so allgemein gehalten, dass eine Aussprache darüber nicht notwendig erschien.¹²

Das abrupte Ende der Ministerpräsidentenkonferenz in München, zu der im Juni 1947 die Regierungschefs aller vier Besatzungszonen zusammengekommen waren, um über die deutsche Frage zu beraten, wurde von vielen Deutschen als ein schwerer Dämpfer wahrgenommen. Auch wenn nur wenige Eingeweihte davon wussten, dass das Scheitern der Konferenz von der SMAD und Walter Ulbricht bewusst lanciert worden war, richtete sich der Unmut in der Bevölkerung, die große Erwartungen in das Treffen gesetzt hatte, vor allem gegen die SED und die Besatzungsmacht.¹³ Während die Einheitspartei die geplanten Verhandlungen propagandistisch auszunutzen beabsichtigte und den westlichen Ministerpräsidenten die alleinige Schuld für den Misserfolg zuwies, bestand in den beiden »bürgerlichen« Parteien ein großes Interesse, über die

¹⁰ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 6. Sitzung am 28.1.1947, in: AVThLT/I.1, S. 53f.

¹¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 21.3.1947, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/L/2/3-032, Bl. 50–56, bes. Bl. 54.

¹² Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 13. Sitzung am 26.3.1947, in: AVThLT/I.1, S. 618f. (Beitrag Werner Eggerath, SED).

¹³ Vgl. den Informationsbericht von Sergei I. Tjulpanow an Nikolai W. Iwanow vom 17.3.1947, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Bearb.), Die UdSSR und die deutsche Frage/3, 2004, S. 209–214, bes. S. 209–211; Bericht von Sergei I. Tjulpanow vom 5.4.1947, abgedr. in: ebd., S. 237–248, bes. S. 237f.; Bericht von Sergei I. Tjulpanow vom 9.6.1947, abgedr. in: ebd., S. 300–307, bes. S. 300; Aufzeichnung von Iwan W. Smirnow für Wjatscheslaw M. Molotow vom 25.6.1947, abgedr. in: ebd., S. 318–322, bes. S. 318f. – Zu den Ursachen des Scheiterns der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz siehe D. SPILKER, East German Leadership, 2006, S. 120–122; J. LAUFER, Auf dem Wege zur staatlichen Verselbständigung, 1993, S. 27–55, bes. S. 51f.; J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Bearb.), Die UdSSR und die deutsche Frage/3, 2004, S. XXXIVf.

Konsequenzen zu diskutieren. In der Union und der LDP war deutliche Kritik an der Deutschlandpolitik der SED zu vernehmen. Der CDU-Hauptvorstand bemängelte das Vorgehen der Einheitspartei ebenso wie das destruktive Verhalten der fünf ostdeutschen Ministerpräsidenten auf der Konferenz.¹⁴ Auf den Parteitag der LDP-Landesverbände Berlin und Thüringen, die Anfang Juni stattfanden, richtete sich der Unmut ebenfalls gegen Wilhelm Külz, der nach Auffassung vieler Delegierter zu stark auf den SED-Kurs eingeschwenkt war.¹⁵ Eine Erklärung der Thüringer Liberaldemokraten, in der sie das Scheitern von München als einen »beschämenden Beweis mangelnden deutschen Verständigungswillens« verurteilten, durfte auf Weisung der Militäradministration in der Presse nicht veröffentlicht werden.¹⁶

Der Wunsch der »bürgerlichen« Parteien, die geplatzte Ministerpräsidentenkonferenz zum Gegenstand von Erörterungen in den Landtagen zu machen, erfüllte sich nicht. In Brandenburg beschäftigte sich das Parlament überhaupt nicht mit der Frage. Das wurde insbesondere von der CDU kritisiert.¹⁷ Erst auf ihr Drängen hin erstattete Ministerpräsident Carl Steinhoff am 16. Juni, also eine Woche nach der Konferenz, im Landesblockausschuss einen Bericht, in welchem er aus seiner Sicht die Gründe für den Misserfolg darlegte.¹⁸ Um weiteren unliebsamen Diskussionen aus dem Weg zu gehen, drängte Landtagspräsident Ebert auf die zügige Verabschiedung einer gemeinsamen Entschließung der Blockpartner. Der von ihm vorgelegte Entwurf stieß bei den »bürgerlichen« Parteien allerdings auf Ablehnung. Die Vertreter der CDU und der LDP störten sich insbesondere daran, dass in dem Text davon die Rede war, die Gewerkschaften als gleichberechtigte Partner an zukünftigen gesamtdeutschen Beratungen zu beteiligen.¹⁹

Für das »bürgerliche« Lager war dies insofern inakzeptabel, weil die Befürchtung im Raum stand, dass die SED die Unterschrift unter ein solches Dokument

¹⁴ Vgl. die Entschließung »Die Union zur Münchener Konferenz« der CDU vom 16.6.1947, in: ACDP, 07-10, Nr. 2037, o. Bl. – Vgl. auch M. WILDE, SBZ-CDU, 1998, S. 430f.; R. Th. BAUS, Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands, 2001, S. 365.

¹⁵ Vgl. A. BEHRENDT, Wilhelm Külz, 1968, S. 219 u. 317f., Anm. 46; Tagebucheintrag von Wilhelm Külz zum 19.6.1947, abgedr. in: H. ROBEL (Hrsg.), Wilhelm Külz, 1989, S. 88f. – Vgl. auch E. KRIPPENDORF, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, 1961, S. 132f.; J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 84f.; H.-V. SCHWARZ, Die Berliner Liberalen, 2007, S. 229–232.

¹⁶ Vgl. B. BODE, Liberal-Demokraten und »deutsche Frage«, 1997, S. 69.

¹⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 9.6.1947, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 121–123, bes. S. 123.

¹⁸ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 16.6.1947, abgedr. in: ebd., S. 124–130, bes. S. 124–127.

¹⁹ Vgl. das Memorandum von Sergei I. Tjulpanow für Michail A. Suslow vom 11.6.1947, abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), Sowjetische Politik in der SBZ, 1998, S. 102–108, bes. S. 103.

als Argument für die Aufwertung der Massenorganisationen, insbesondere die Aufnahme des FDGB in den Einheitsblock, missbrauchen könnte.²⁰ Trotz weiterer Verhandlungen konnte keine Einigung erzielt werden, so dass in der Mark Brandenburg weder eine Entschließung des Landesblockausschusses noch des Landtags zur Münchener Konferenz zustande kam.²¹ Stattdessen führte die SED Ende Juni 1947 provinzweit eine Reihe von Veranstaltungen durch, auf denen Steinhoff und Ebert als prominente Hauptredner der Bevölkerung die Haltung ihrer Partei zum Scheitern von München darlegten.²²

In Thüringen trat Ministerpräsident Paul hingegen überhaupt nicht vor den Landesblockausschuss, sondern er unterrichtete am 25. Juni den Ältestenrat des Landtags über den Verlauf der Geschehnisse.²³ Der späte Termin erklärte sich aus den großen Querelen, die es vorab im Zusammenhang mit der scharfen Kritik aus den Reihen der thüringischen Liberaldemokraten gegeben hatte: Aufgrund der gegen Paul geäußerten Vorwürfe hatte sich dieser dazu genötigt gesehen, eine Presseerklärung herauszugeben, in der er sein umstrittenes Verhalten in München rechtfertigte.²⁴ Hinter den Kulissen war die sowjetische Besatzungsmacht daraufhin an die führenden LDP-Politiker im Land herangetreten und hatte auf sie eingewirkt, um weitere missliebige Töne zu unterbinden. Sogar ein Verbot des für Anfang Juli angekündigten Zonenparteitags der LDP in Eisenach war angedroht worden.²⁵ Als Ministerpräsident Rudolf Paul den Ältestenrat am 25. Juni in Kenntnis setzte, waren die politischen Verhältnisse also so weit geklärt, dass mit Widerstand aus dem »bürgerlichen« Lager kaum mehr zu rechnen war. Von der weiteren Behandlung der Angelegenheit im Hohen Haus wurde abgesehen.

Obwohl die Handlungsmöglichkeiten der Landtage in der Deutschlandpolitik äußerst begrenzt waren, gab es durchaus vereinzelte Ansätze, sie als Plattformen im gesamtdeutschen Interesse zu nutzen. Beispielsweise pflegte der brandenburgische Landtag bis ins Jahr 1950 hinein mit der Bremer Bürgerschaft,

²⁰ Vgl. das Protokoll der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 24.6.1947, 5 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 67, o. Bl., S. 1f.

²¹ Vgl. den Bericht des CDU-Landesverbandes Brandenburg an die SMA Brandenburg sowie an das Innenministerium für den Monat Juni, verf. am 5.7.1947, 2 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 1294, o. Bl., S. 1; Bericht über die Arbeit des SED-Landessekretariats Brandenburg zur erweiterten Landesvorstandssitzung, o. D. [vermutlich 8.7.1947], in: BLHA, Rep. 333, Nr. 12, Bl. 50–57, bes. Bl. 55.

²² Vgl. F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 129, Anm. 21.

²³ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 25.6.1947, 2 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl., S. 1.

²⁴ Vgl. die Presseerklärung des Ministerpräsidenten Rudolf Paul vom Juni 1947, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 357f.

²⁵ Vgl. den Tagebucheintrag von Wilhelm Külz zum 19.6.1947, abgedr. in: H. ROBEL (Hrsg.), Wilhelm Külz, 1989, S. 88f.; J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, S. 83–85; E. KRIPPENDORF, Liberal-Demokratische Partei Deutschlands, 1961, S. 133.

dem niedersächsischen, dem hessischen und dem nordrhein-westfälischen Landtag einen Drucksachenaustausch.²⁶ Allerdings besaßen diese Verbindungen nur sporadischen Charakter. Darüber hinausgehende Kontakte, etwa in Form gegenseitiger Besuche von Parlamentsdelegationen, fanden kaum statt. Obwohl es nach den Wahlen von 1946 anfänglich in den »bürgerlichen« Parteien Bemühungen gegeben hatte, einen interzonalen Austausch zu institutionalisieren, um damit eine länderübergreifende Gesetzgebung zu koordinieren²⁷, gelang dies nicht. Vielmehr liefen diese Verbindungen entweder über die Leitungsgremien der Parteien in Berlin oder über persönliche Kontakte einzelner Parlamentarier.²⁸ Als eine der ganz wenigen gesamtdeutsch ausgerichteten Initiativen in den Volksvertretungen kann der Vorstoß des thüringischen Abgeordneten Helmuth Steltzner (LDP) angeführt werden.²⁹ Nachdem der Landtag in seiner 35. Sitzung am 26. Februar 1948 ein von der SMAD eingefordertes Gesetz verabschiedet hatte, das im Andenken an die Revolution von 1848 den 18. März 1948 zum gesetzlichen Feiertag im Land Thüringen erklärte³⁰, richtete Steltzner einige Tage vor dem historischen Datum eine schriftliche Anfrage an den Landtagspräsidenten, ob es aus Anlass des bevorstehenden Festaktes in der Paulskirche geplant sei, vom Landtag eine Deputation nach Frankfurt zu entsenden. »Ich würde es begrüßen wenn aus allen Länderparlamenten Abordnungen nach Frankfurt am Main entsendet werden könnten und so an diesen geschichtlichen Tagen die Einheit des gesamten politischen Deutschlands durch die Anwesenheit von Volksvertretern aus allen deutschen Ländern angezeigt würde«, erläuterte der Liberaldemokrat sein Ansinnen. Allerdings knüpfte er daran die Bedingung, dass dem Landtag eine Einladung aus Frankfurt am Main vorliegen müsse. Wäre dies der Fall, solle das Parlament eine Abordnung aus allen Fraktionen wählen. Eine solche Einladung traf jedoch nie in Weimar ein. Steltznerns Vorschlag wurde zu den Akten gelegt.³¹

²⁶ Vgl. BLHA, Rep. 201, Nr. 419 u. 461–465.

²⁷ Vgl. das Schreiben des Mitglieds des Landesvorstands der CSU, August Haußleiter, an den Landesverband der CDU Brandenburg vom 24.1.1947, in: ACDP, 03-33, Nr. 33, o. Bl.

²⁸ Vgl. den Bericht der CDU Thüringen für die SMA vom 27.8.1949, 2 S., in: ACDP, 03-31, Nr. 232, o. Bl., S. 2. – Vgl. auch G. PÄPKE, Auf dem Weg zu einer gesamtdeutschen liberalen Partei?, 1997.

²⁹ Zur Biografie Helmuth Steltznerns siehe J. LENGEMANN, Thüringische Landesparlamente, 2014, S. 623f.

³⁰ Thüringer Landtag, 1. WP, 34. Sitzung am 25.2.1948, in: AVThLT/I.2, S. 1327–1350, bes. S. 1330 (Beitrag August Frölich, SED); Bericht des Rechtsausschusses des Thüringer Landtags betreffend das Gesetz über die Erklärung des 18.3.1948 zum Feiertag vom 25.2.1948, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 105, o. Bl.; Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 25.2.1948, 2 S., in: ThHStAW, Nr. 100, o. Bl., S. 2; Thüringer Landtag, 1. WP, 35. Sitzung am 26.2.1948, in: AVThLT/I.2, S. 1351–1382, bes. S. 1374.

³¹ Vgl. das Schreiben von Helmut Steltzner an August Frölich vom 12.3.1948, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 36, o. Bl.

Grundsätzlich war in Thüringen ein deutlich größeres Bestreben als in Brandenburg erkennbar, die Einheit des Landes zu bewahren. Dieser Einsatz erklärte sich vor allem aus der geografischen Mittellage des Landes, das nicht nur von Thüringer Politikern als das »Herz« Deutschlands betrachtet wurde. Die Landesregierung startete mehrere Versuche, die interzonalen Kontakte nicht komplett abreißen zu lassen, wobei sich insbesondere Hessen als Gesprächspartner anbot. 1947 und 1948 fanden mehrere offizielle Besuche und Treffen mit Vertretern aus den westlichen Besatzungszonen statt. Volksbildungsministerin Torhorst reiste sogar zu zwei interzonalen Konferenzen in den Westen, obwohl das Zentralsekretariat in Berlin die Empfehlung ausgegeben hatte, von solchen Unternehmungen Abstand zu nehmen.³²

Im Sinne einer praktischen Erleichterung für zahlreiche Menschen, die privat oder beruflich Verbindungen über die Zonengrenze hinweg unterhielten, setzte sich die LDP-Landtagsfraktion im Mai 1948 für eine liberalere Praxis bei der Ausstellung von Interzonenpässen ein. Damit wollte sie dazu beitragen, das illegale »Grenzgängertum« nach Bayern und Hessen, das in Thüringen häufig aus der Not geboren war, einzudämmen. Durch die leichtere und großzügigere Vergabe von Interzonenpässen sollte ein großer Teil des bestehenden Grenzverkehrs mit den westlichen Besatzungszonen legalisiert werden.³³ Zugleich durfte man durch diesen Schritt auf eine Entspannung der teilweise prekären Sicherheitslage in den Landkreisen entlang der Demarkationslinie hoffen. Bereits im März 1948 hatte sich der Landtag mit dieser Frage beschäftigt. Die Landesregierung sah sich jedoch außerstande, den illegalen Grenzverkehr, der nicht selten von Kriminalität begleitet war, unter Kontrolle zu bringen.³⁴ Aber den Liberaldemokraten ging es um mehr als nur um die Lösung eines drängenden Alltagsproblems. Sie betrachteten ihren Vorschlag als einen Schritt, um die Zonengrenzen zu überwinden.³⁵ Die SED zeigte sich dem Antrag der LDP gegenüber aufgeschlossen. Mit ihrer Unterstützung wurde er vom Parlament angenommen. Die CDU-Fraktion enthielt sich der Stimme.³⁶ Zu einer Umsetzung des Antrags kam es jedoch nicht: Im Juli 1948 beschloss der Ältestenrat, die

³² Vgl. S. KACHEL, *Ein rot-roter Sonderweg?*, 2011, S. 429.

³³ Vgl. den Antrag der LDP-Landtagsfraktion Thüringen vom 24.5.1948 (Drucksache Nr. 376), in: AVThLT/II.1, S. 808. – Grundsätzlich dazu siehe D. VAN MELIS/H. BISPINCK (Hrsg.), »Republikflucht«, 2006, S. 33f.

³⁴ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 37. Sitzung am 23.3.1948, in: AVThLT/II.2, S. 1401–1440, bes. S. 1413f. (Beitrag Willi Albrecht, SED); Schreiben von Werner Eggerath an die sächsische Landesregierung vom 31.3.1948, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), *Quellen zur Geschichte Thüringens/2*, 1999, S. 399f.

³⁵ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 43. Sitzung am 4.6.1948, in: AVThLT/II.2, S. 1631–1642, bes. S. 1634 (Beitrag Hans Meier, LDP).

³⁶ Ebd.

Angelegenheit wegen der »unklaren Verhältnisse«, die sich aus der Berlinkrise ergaben, vorerst zurückzustellen.³⁷

b) Auseinandersetzungen um die Volkskongressbewegung

Musste man auf der einen Seite die Möglichkeiten der Landtage, auf die Deutschlandpolitik Einfluss zu nehmen, als denkbar gering einstufen, trachtete die SED auf der anderen Seite danach, die Landesparlamente für die eigenen politischen Absichten in der deutschen Frage zu instrumentalisieren. Dieser Zweck trat während der Ende 1947 initiierten »Volkskongressbewegung« besonders deutlich zum Vorschein. Im Umfeld der Londoner Tagung des Rats der Außenminister der Vier Mächte rief die Einheitspartei eine breit angelegte Kampagne ins Leben, die sämtliche Schichten der deutschen Bevölkerung in der SBZ und in den Westzonen für die nationale Frage mobilisieren sollte. Herzstück der von einem großen Propagandaaufwand begleiteten Unternehmung bildete der »Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden« am 6. und 7. Dezember 1947 in Berlin. Er sollte als Ausgangspunkt für eine von der SED gesteuerte, nach außen aber überparteilich erscheinende gesellschaftliche Volksbewegung dienen, durch welche wiederum die sowjetischen Positionen auf der Außenministerkonferenz an der Themse gestärkt würden.³⁸ »Die Forderung nach der Einheit der Nation als Anliegen aller Deutschen, lautstark vorgetragen von einer Massenbewegung, sollte die SED als wichtigste politische Kraft in Deutschland legitimieren und die deutschlandpolitische Stagnation überwinden.«³⁹

Auch wenn in zeitgenössischen Quellen von einer Einheits-»Bewegung« die Rede ist, beruhte die der Kampagne innewohnende Dynamik im Wesentlichen auf bewussten Kalkulationen. Die SED hielt bei dem Volkskongress stets die Fäden in der Hand. Ihr Vorgehen war mit der SMAD abgesprochen und basierte in elementaren Teilen auf deren Vorgaben. Die Besatzungsmacht unterstützte die Einheitspartei in dem Unterfangen. Aus dem Hintergrund nahm sie starken Einfluss auf den Gang der Geschehnisse.⁴⁰ Unter den 2215 Delegierten des ersten Volkskongresses, die von den Parteien und Massenorganisationen so-

³⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 22.7.1948, 4 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl., S. 4.

³⁸ Vgl. M. UHL, Die Teilung Deutschlands, 2009, S. 185.

³⁹ W. BENZ, Auftrag Demokratie, 2009, S. 306.

⁴⁰ Vgl. das Memorandum von Sergei I. Tjulpanow für Michail A. Suslow über die Tagung des Parteivorstands der SED am 8.12.1947, verf. am 9.12.1947, abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), Sowjetische Politik in der SBZ, 1998 S. 145–147, bes. S. 147; G. WETTIG, Bereitschaft zu Einheit in Freiheit?, 1999, S. 132f.; J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Bearb.), Die UdSSR und die deutsche Frage/3, 2004, S. XXXVI–XXVIII; D. SPILKER, East German Leadership, 2006, S. 138–141. – Siehe auch K. BENDER, Volkskongressbewegung, 1992.

wie aus den Parlamenten, Verbänden, Belegschaften und anderen Institutionen nach Berlin entsandt wurden, verfügte die SED über die klare Mehrheit.⁴¹ Zwar scheiterte die Versammlung mit dem Ziel, eine deutsche Delegation unter der Leitung von Wilhelm Pieck, Otto Grotewohl und Wilhelm Külz nach London zu entsenden, um dort den Außenministern die Wünsche des deutschen Volkes vorzutragen, denn die Konferenz wurde vorzeitig abgebrochen. Allerdings stand die mit ihm einhergehende Kampagne, welche den Führungsanspruch der SED sichtbar festigte, doch »in engem Zusammenhang mit der zunehmenden Zentralisierung sowie mit der Umwandlung des Parteiensystems« in der SBZ⁴²: Indem die von der SED dominierten Massenorganisationen als gleichberechtigte Partner in die Volkskongressbewegung aufgenommen wurden, verloren die »bürgerlichen« Parteien zunehmend an Einfluss.

Die Teilnahme am Volkskongress war in der CDU umstritten. Der Widerstand der Parteivorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, die sich energisch weigerten, eine Entwicklung zu unterstützen, die der SED die Vorrangstellung einräumte und die ohne jede demokratische Legitimierung erfolgen sollte, führte schließlich zu ihrer Ablösung im Dezember 1947.⁴³ Die SMAD übte nicht nur auf die Führungsspitze, sondern ebenfalls auf die CDU-Landesverbände erheblichen Druck aus. Die Verbände waren in der Frage einer Beteiligung tief gespalten. Schließlich einigte sich der Hauptvorstand der Union am 2. Dezember 1947 auf eine Kompromissformel: Offiziell nahm die CDU nicht am Volkskongress teil. Allerdings stellte man es den Parteimitgliedern in den Ländern frei, als Privatpersonen oder in der Ausübung eines öffentlichen Amtes nach Berlin zu fahren. In der Praxis wirkte sich die Entscheidung aber verhängnisvoll aus, denn aufgrund des Umstandes, dass prominente CDU-Politiker wie Otto Nuschke, Reinhold Lobedan, Leo Herwegen, Wilhelm Wolf, Luitpold Steidle und Siegfried Trommsdorf am Kongress teilnahmen, machte es in der öffentlichen Wahrnehmung kaum einen Unterschied, ob sie dort als Repräsentanten ihrer Partei oder aus anderen Gründen auftraten. Wie von der SMAD und der SED beabsichtigt, vertieften die Diskussionen um den Volkskongress die Gräben in der Union.⁴⁴

Wenngleich die LDP-Führung in der Frage nach außen hin geschlossen auftrat, gab es unter den Liberaldemokraten ebenfalls Meinungsverschiedenheiten.

⁴¹ Vgl. D. SPILKER, *East German Leadership*, 2006, S. 140.

⁴² M. KOCH: *Volkskongressbewegung und Volksrat*, 1993, S. 345–358, bes. S. 354. – Vgl. auch C. KLESSMANN, *Die doppelte Staatsgründung*, 1991, S. 202f.

⁴³ Vgl. R. Th. BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands*, 2001, S. 397–408; W. CONZE, *Jakob Kaiser*, 1969, S. 185–210.

⁴⁴ Vgl. R. Th. BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands*, 2001, S. 395–397; M. WILDE, *SBZ-CDU*, 1998, S. 477–479; F. HIRSCHINGER, *Die »Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden«*, 2000, S. 15f.

Auf der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands am 1. Dezember sprach sich der brandenburgische Finanzminister und erste Vorsitzende des Landesverbands, Walter Kunze, gegen den von Wilhelm Külz vorgetragenen Wunsch einer Beteiligung am Volkskongress aus. Vor allem bemängelte Kunze, dass es sich bei der Veranstaltung um »eine einseitige SED-Aktion« handle.⁴⁵ Nach Auffassung des LDP-Politikers stünde ein Großteil der einfachen Parteimitglieder dem Kongress ablehnend gegenüber. »Diejenigen, die zustimmen, tun es nur, weil sie nicht anders können.«⁴⁶ Obwohl Kunze gegen die vorgelegte EntschlieÙung stimmte, der zufolge die Liberaldemokraten ihre Teilnahme am Volkskongress zusagten, ordnete er sich schließlich aus Parteiräson unter. In der Potsdamer LDP-Führung war man allerdings über die Art und Weise, wie die SED den Volkskongress organisiert hatte und dass man vor vollendete Tatsachen gestellt worden war, äußerst verärgert. In Zukunft müsse der Einheitspartei deutlich zu verstehen gegeben werden, so Willi Hein, dass man sich »derartige Überrumpelungen« nicht mehr gefallen lassen werde.⁴⁷

Obwohl die Landtage in dem Aufruf des SED-Parteivorstandes vom 26. November, welcher zur Einrichtung des ersten Volkskongresses einlud, nicht explizit Erwähnung fanden⁴⁸, verstand die Einheitspartei die Landesparlamente von Beginn an als Bausteine für die von ihr ins Werk gesetzte Einheitsbewegung. Auf Antrag der SED-Fraktion im brandenburgischen Landtag entschied der Ältestenrat, dass neben Präsident Ebert auch dessen Vizepräsidenten Wilhelm Wolf (CDU), Else Bauer (SED) und Otto Giesler (LDP) als Delegierte zum Volkskongress reisen sollten.⁴⁹ Angesichts der Tatsache, dass es keine offiziellen Vorgaben hinsichtlich der Anzahl der zu bestellenden Abgeordneten gab, mutete die Auswahl des Ältestenrats recht zufällig an. Qualitativ betrachtet ge-

⁴⁵ Protokoll über die außerordentliche Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands der LDP am 1.12.1947, 3 S., in: ADL, L 4, Nr. 14, o. Bl., hier S. 1f.

⁴⁶ Niederschrift über die außerordentliche Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands der LDP am 1.12.1947, 18 S., in: ebd., o. Bl., hier S. 3.

⁴⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesvorstands der LDP Brandenburg am 3.12.1947, 3 S., in: ADL, L 5, Nr. 45, o. Bl., hier S. 1f.; »LDP Brandenburg fordert zur Teilnahme auf«, in: Der Morgen vom 4.12.1947. – Vgl. auch B. BODE, Liberal-Demokraten und »deutsche Frage«, 1997, S. 78–80.

⁴⁸ Vgl. den »Aufruf zu einem deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden« vom 26.11.1947 (Zusammenfassung), abgedr. in: H. WEBER (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, 1982, S. 94. – Unmittelbar vor der Veröffentlichung des Appells hatte der Landesblockausschuss der Mark Brandenburg am 25.11.1947 auf Initiative der SED einen Aufruf verabschiedet, der im Sinne des Volkskongresses die Bildung einer »nationalen Vertretung« forderte, »die als Sprachrohr des deutschen Volkes die Berechtigung hat, die Bitte auszusprechen, an der Londoner Konferenz beratend teilzunehmen«. Vgl. F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 180.

⁴⁹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Landtags Brandenburg am 3.12.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 45, Bl. 165.

lang es der SED allerdings mit diesem Schritt, in einem Landtag, in welchem sie nicht die Mehrheit besaß, durchzusetzen, dass sie gleichwertig mit den Delegierten der »bürgerlichen« Fraktionen auf dem Volkskongress auftrat. Das Plenum billigte die vom Ältestenrat getroffene Entscheidung. Außerdem begrüßte das Hohe Haus in einer gemeinsamen EntschlieÙung die Einberufung einer Versammlung, bei der allen Deutschen die Möglichkeit gegeben werden sollte, »ihre Stimme für ein einiges Vaterland und die alsbaldige Herbeiführung eines endgültigen Friedens zu erheben«. ⁵⁰

In Thüringen gestaltete sich das Nominierungsverfahren ungleich aufwändiger. Bereits an jenem 26. November, als der Berliner Parteivorstand der SED den offiziellen Beschluss zur Einberufung des Volkskongresses fasste, beauftragte der Landesblockausschuss in Weimar den Landtag, eine Delegation von Abgeordneten zu bestimmen. Daraufhin trat der Ältestenrat zusammen. Man entschied, das Parlament zu einer Sondersitzung einzuberufen. ⁵¹ Dass bei den Vorbereitungen in Weimar zum ersten Volkskongress durchaus politischer Druck im Spiel war, zeigte sich bereits einen Tag später, als der Landesblock erneut über die bevorstehende Tagung beriet. Das überlieferte Protokoll verzeichnet für die Sitzung am 28. November die Anwesenheit von zwei SMA-Offizieren. Während die SED mit dem Ministerpräsidenten Eggerath und die LDP mit der Landesparteführung um Leonhard Moog, Alphons Gaertner und Helmut Külz prominent vertreten waren, nahm für die CDU einzig der Verkehrsminister Wilhelm Bachem an dem Treffen teil. In den Reihen der Union galt Bachem als Anhänger des »fortschrittlichen« Flügels. ⁵² Unter den Augen der Besatzungsmacht einigten sich die drei Parteien nicht nur auf eine gemeinsame EntschlieÙung zur Londoner Außenministerkonferenz, die von der SED vorbereitet worden war, sondern sie gaben darüber hinaus ihr Placet zur Verteilung der Kongressmandate. Die von Justizminister Külz durchgesetzte Bedingung, dass die Sitze nach den Mehrheitsverhältnissen im Landtag aufzuschlüsseln seien, erwies sich letztlich als vollkommen wertlos, denn die Einigung im Block bestand in dem von der SED vorgebrachten Vorschlag, dass die Parteien jeweils 40 Delegierte, der FDGB 30 und die übrigen Massenorganisationen je zehn Vertreter nach Berlin entsenden sollten. Die Berücksichtigung der Massenorganisationen

⁵⁰ Landtag Brandenburg, 1. WP, 25. Sitzung am 3.12.1947, in: AVLTB/1, S. 350–361, hier S. 360. – »Landtag Brandenburg zum Volkskongress«, in: Der Morgen vom 4.12.1947.

⁵¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 27.11.1947, verf. am 4.12.1947, 4 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl.

⁵² Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Thüringen am 28.11.1947, in: ThHStAW, Land Thüringen, Ministerium des Innern, Nr. 207, Bl. 20–22, bes. Bl. 20. – Zur politischen Ausrichtung Wilhelm Bachems vgl. die von Innenminister Willy Gebhardt verfasste Charakteristik vom 15.10.1948, in: ThHStAW, Land Thüringen, Ministerium des Innern, Nr. 593, Bl. 5; M. KIEFER, Gründung und Anfänge, 1995, S. 19.

bei der Vergabe der Mandate widersprach fundamental den von den »bürgerlichen« Parteien bislang verfochtenen Prinzipien. Es ist daher äußerst unwahrscheinlich, dass sie aus freien Stücken einer solchen für sie nachteiligen Regelung ihre »allgemeine Zustimmung« gaben, wie es das Protokoll suggerierte.⁵³

Wie die Gesamtpartei war die Thüringer Union ebenfalls in der Frage des Volkskongresses gespalten. Seit dem plötzlichen Tod ihres Landesvorsitzenden Otto Schneider im Juli 1947 befand sie sich zu allem Überfluss noch in einer Führungskrise, die zugleich mit einem Richtungsstreit einherging.⁵⁴ Unter maßgeblichem Einfluss des auf Kooperation mit der SED gesinnten Otto Nuschke fasste der Vorstand des Landesverbands am 29. November den Entschluss, auf der bevorstehenden Tagung des Hauptvorstands in Berlin für die Teilnahme am Volkskongress zu plädieren.⁵⁵ Nichtsdestotrotz war die Unsicherheit in der Fraktion groß. Als am Morgen der für den 3. Dezember 1947 angesetzten Landtagssitzung der Ältestenrat noch einmal tagte und die Rede auf die bereits erwähnte Erklärung zur Londoner Konferenz kam, sahen sich die Vertreter der CDU in dem Gremium, Walther Rücker, Karl Magen und Johannes Mebus, nicht in der Lage, der von der SED und der LDP bereits unterzeichneten Resolution die Zustimmung zu geben. Stattdessen warteten sie auf ein Signal aus Berlin, wo am Vortag der Hauptvorstand über die endgültige Position zum Volkskongress beraten hatte.⁵⁶

Während der thüringische Landesvorstand den Beschluss fasste, Delegierte zum ersten Volkskongress zu entsenden⁵⁷, fand die Fraktion zu keiner eindeutigen Linie. Auf der einen Seite zeigte sich unter den CDU-Abgeordneten niemand bereit, als Erster die gemeinsame Erklärung der SED und LDP für den Volkskongress durch seine Unterschrift offen zu unterstützen, auf der anderen Seite war die Zahl der Alternativen äußerst begrenzt. Einen möglichen Ausweg aus diesem Dilemma sah die Unionsfraktion in einer eigenen Initiative, der zufolge der Volkskongress ausschließlich von den Landtagen getragen werden sollte. Dieses Ansinnen wurde allerdings von August Frölich im Ältestenrat gestoppt mit dem Argument, dass ein solcher Antrag die Vorbereitungen in

⁵³ Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Thüringen am 28.11.1947, in: ThHStAW, Land Thüringen, Ministerium des Innern, Nr. 207, Bl. 22; Entschließung des Landesblockausschusses Thüringen, o. D. [Ende November/Anfang Dezember 1947], abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 383f. – Siehe auch Protokoll der Sitzung des LDP-Landesvorstands Thüringen am 28.11.1947, 9 S., in: ADL, L 5, Nr. 581, o. Bl., S. 1.

⁵⁴ Vgl. M. KIEFER, Gründung und Anfänge, 1995, S. 12–18.

⁵⁵ Vgl. V. THIEL, Christen Thüringens in der Bewährung, 1970, S. 28f.

⁵⁶ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 3.12.1947, 2 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl., S. 1.

⁵⁷ Vgl. V. THIEL, Christen Thüringens in der Bewährung, 1970, S. 29. – Dass die SMA den Vorstand des CDU-Landesverbands unter Druck setzte, geht aus einer Äußerung Siegfried Trommsdorffs hervor. Vgl. »Zu der ›Krise‹ in der CDU«, in: Der Tagesspiegel vom 14.12.1947.

Berlin sowieso nicht mehr aufhalten könne. Außerdem drohte der Präsident damit, dass, sollte die CDU trotzdem darauf beharren, einen Antrag einzubringen, er diesen nach der Annahme der gemeinsamen Resolution von SED und LDP für gegenstandslos erklären müsse. Das aber hätte die Union öffentlich desavouiert.⁵⁸

In dieser verfahrenen Situation suchte die CDU-Fraktion ihr Heil in dem vom Hauptvorstand übermittelten Kurs: Johannes Mebus gab vor dem Hohen Haus eine ausführliche Erklärung zu den deutschlandpolitischen Absichten der Union, außerdem verwahrte er sich in scharfer Form gegen die von der SED gestartete Diffamierungskampagne gegen Jakob Kaiser. Am Ende erklärte sich die Fraktion unter den spöttelnden Kommentaren einiger SED-Abgeordneter jedoch dazu bereit, Parlamentarier aus ihren Reihen für den Volkskongress zu benennen. Insgesamt schickte der Landtag zwölf Delegierte nach Berlin: das vierköpfige Präsidium mit dem Landtagspräsidenten und seinen drei Stellvertretern sowie vier Abgeordnete der SED und je zwei von LDP und CDU. Außerdem stimmte die Union auf der Sondersitzung geschlossen mit den beiden anderen Parteien für die umstrittene Erklärung zur Londoner Außenministerkonferenz, wodurch der Kongress in Weimar die Weihe der Legitimation durch die gewählte Volksvertretung erhielt.⁵⁹

Auch wenn die unmittelbaren Zielsetzungen des ersten Deutschen Volkskongresses für Einheit und einen gerechten Frieden an dem vorzeitigen Abbruch der Vier-Mächte-Verhandlungen scheiterten, gehörte es doch zu den wichtigen Ergebnissen, dass die Konferenz auf Anregung des CDU-Politikers Luitpold Steidle einen Ständigen Ausschuss mit Präsidium und eigenem Sekretariat einrichtete. Hierdurch erfuhr die Volkskongressbewegung eine Institutionalisierung. Dieser Ständige Ausschuss war es dann auch, der für den 17. und 18. März 1948 den Zweiten Volkskongress nach Berlin einberief. Im Gegensatz zu dem Vorgänger gingen diesem Kongress umfangreiche organisatorische und politische Planungen voraus. Auch die Zahl der Delegierten sowie ihre parteipolitische Aufschlüsselung unterlagen genauen Absprachen zwischen den Parteiführungen.⁶⁰ Die Landtage wurden dieses Mal aus dem Nominierungsverfahren der Delegationen herausgehalten, wenngleich erneut zahlreiche Parlamentarier an den Beratungen in Berlin teilnahmen. Der Zweite Deutsche Volkskongress traf die Entscheidung, an Stelle der bisher existierenden Gremien den

⁵⁸ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 3.12.1947, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl., S. 2; Antrag der CDU-Landtagsfraktion Thüringen vom 3.12.1947, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 393, o. Bl. Der Antrag ist auch abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 385.

⁵⁹ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, Sondersitzung am 3.12.1947, in: AVThLT/I.1, S. 1171–1178, bes. S. 1176–1178.

⁶⁰ Vgl. das L-Rundschreiben Nr. 7/48 vom 28.2.1948, 2 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 1286, o. Bl.

sogenannten Deutschen Volksrat zu etablieren. Die Organisation dieses Organs orientierte sich an bekannten parlamentarischen Strukturen: Mit einem Präsidium, dem 400-köpfigen Plenum, mehreren ständigen Ausschüssen, einer ordentlichen Geschäftsordnung und einem eigenen Sekretariat trug der Volksrat deutliche Züge einer Volksvertretung, obwohl das von der SED offiziell bestritten wurde.⁶¹

In den »bürgerlichen« Parteien bestanden erhebliche Vorbehalte gegen eine solche Interpretation. Aus Sicht mancher LDP-, besonders aber vieler CDU-Mitglieder konnten weder der Zweite Volkskongress noch der Volksrat den Anspruch erheben, als vollwertige Parlamente zu arbeiten, fehlte ihnen schließlich dazu eine zentrale Voraussetzung – ihre demokratische Legitimierung.⁶² Außerdem stand die Befürchtung im Raum, dass die Schaffung solcher zonal begrenzter Gremien dem Ziel der Einheit zuwiderliefe. Auf der anderen Seite erwiesen sich die Möglichkeiten, Widerstand geltend zu machen, als äußerst eingeschränkt. Nach der Absetzung Jakob Kaisers und Ernst Lemmers gingen die SED und die Besatzungsmacht systematisch gegen viele Anhänger der ehemaligen Parteivorsitzenden in der CDU vor. Die Landesverbände wurden im Frühjahr 1948 von zahlreichen Verhaftungen sogenannter »Kaisertreuer« erschüttert. Ein besonders prominenter Fall war die Verhaftung des Potsdamer Stadtverordneten, Kreisverbandsvorsitzenden und Landesvorstandsmitglieds Hans Egidi am 30. Januar 1948. Egidi hatte in der Funktion eines Ministerialdirektors der Provinzialverwaltung angehört und war aufgrund persönlicher Differenzen mit Bernhard Bechler bei der Bildung der Landesregierung Ende 1946 aus dem Verwaltungsdienst ausgeschieden.⁶³ Als Anhänger Jakob Kaisers wurde er nun Opfer einer vom Innenminister initiierten Diffamierungskampagne. Für kurze Zeit überlegte ein Teil der Landtagsfraktion, den Fall vor das Parlament zu bringen. Allerdings stoppte der Vorstand des Landesverbands um Wilhelm Wolf dieses Vorhaben.⁶⁴ Stattdessen intervenierten Wolf und weitere einflussreiche CDU-Persönlichkeiten wie Franz Schleusener und Ferdinand Friedensburg persönlich bei Pieck, Steinhoff und Bechler. Nach mehreren Wochen Gefängnis wurde Egidi wieder auf freien Fuß gesetzt.⁶⁵ Weniger Glück hatte hingegen der Bürgermeister von Liebenwalde, Otto Kintzel: Er wurde vom NKWD we-

⁶¹ Vgl. M. KOCH, *Volkskongressbewegung und Volksrat*, 1993, S. 351f.; D. SPILKER, *East German Leadership*, 2006, S. 155f.

⁶² Vgl. den Tagebucheintrag von Wolfgang Schollwer zum 24.3.1948, abgedr. in: DERS., *Potsdamer Tagebuch 1948–1950*, 1988, S. 29f.; B. BODE, *Liberal-Demokraten und »deutsche Frage«*, 1997, S. 100f.

⁶³ Vgl. *Der Tagesspiegel* vom 3. u. 6.2.1948.

⁶⁴ Vgl. *Der Tagesspiegel* vom 8.2.1948.

⁶⁵ Vgl. G. BUCHSTAB (Hrsg.), *Verfolgt und entrechtet*, 1998, S. 44 u. 340; *Der Tagesspiegel* vom 10. u. 22.2.1948.

gen »Wirtschaftssabotage« verhaftet und erst Ende April 1948 aus der U-Haft entlassen. Auch in seinem Fall spielte die politische Nähe zu Jakob Kaiser eine wichtige Rolle.⁶⁶

In Thüringen standen insbesondere die Kreisverbände im Visier der SMAD. Teile der Landesführung um den neuen Vorsitzenden Trommsdorf beteiligten sich an dem Vorgehen gegen die »Kaisertreuen« in den eigenen Reihen. Sie unterstützten die von der SMA betriebene Absetzung der CDU-Kreisvorsitzenden von Eisenach, Gotha, Heiligenstadt und Hildburghausen. Bis Anfang März verloren auf diese Weise zwölf der 25 Kreisvorsitzenden ihr Amt. Der Vorsitzende der Landtagsfraktion, Karl Magen, selbst ein Anhänger Kaisers, gehörte zu den wenigen führenden CDU-Politikern in Thüringen, die sich gegen die partei-internen Repressionen aussprachen. In der Folge verbot die SMA seine Wiederwahl in den Landesvorstand.⁶⁷

Es war kaum verwunderlich, dass die »bürgerlichen« Landtagsfraktionen in einer solchen Atmosphäre unsicher agierten und sich politische Zurückhaltung auferlegten. In der letzten Sitzung vor den Osterfeiertagen verabschiedete das Landesparlament in Potsdam am 24. März 1948 eine Entschließung, in welcher die Konstituierung des Deutschen Volksrats begrüßt wurde. Sie war von der SED, der CDU und der LDP gemeinsam eingebracht worden. Eine Diskussion über den Inhalt der Resolution, wie man sie etwa im Dezember noch erlebt hatte, ist nicht überliefert.⁶⁸ In Thüringen wurde der Volksrat nicht zum Gegenstand weiterer parlamentarischer Initiativen. Dort stand der März 1948 ganz im Zeichen der Haushaltsberatungen.

c) Idee einer gesamtdeutschen Vertretung

Während die SED einen großen Aufwand betrieb, um die Volkskongressbewegung als scheinbar überparteiliche Plattform für ihre deutschlandpolitischen Absichten zu instrumentalisieren, achtete sie gleichzeitig mit Argwohn auf das gesamtdeutsche Engagement in den anderen Parteien. Suchten die Liberaldemokraten unter Wilhelm Külz in der Frage häufig die Nähe zur SED, gab es hingegen im Frühjahr 1948 in der CDU das Bemühen um eine deutschlandpolitische Alternative zu den Vorstellungen der Einheitspartei. Dieses fiel zeitlich mit den Vorbereitungen für die Einberufung des Zweiten Deutschen Volkskongresses

⁶⁶ Vgl. G. BUCHSTAB (Hrsg.), *Verfolgt und entrechtet*, 1998, S. 372; R. Th. BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands*, 2001, S. 422f.

⁶⁷ Vgl. M. AGETHEN, »Wir sehen, dass hier sich Welten trennen«, 2006, S. 8f; M. KIEFER, *Gründung und Anfänge*, 1995, S. 18–22, M. RICHTER, *Ost-CDU*, 1991, S. 55f.

⁶⁸ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 33. Sitzung am 24.3.1948, in: AVLTB/1, S. 442; Entschließung der Abgeordneten Sägebrect, von Koerber, Dr. Schütze und Genossen vom 24.3.1948 (Drucksache Nr. 260), in: AVLTB/2, S. 336.

zusammen. Während des Treffens des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, eines Gremiums, das als »organisatorisches Bindeglied zwischen den Zonen- und Landesverbänden der Unionsparteien in Deutschland« fungierte und die politische Arbeit der Christdemokraten koordinieren sollte⁶⁹, in Köln Anfang Februar 1948 präsentierte der sächsische Landesvorsitzende Hugo Hickmann den Vorschlag zur Bildung einer »nationalen Repräsentation«, die durch die Parlamente in den Ländern bestellt werden sollte.⁷⁰ Aus der Perspektive der Union besaß dieser Gedanke mehrere Vorteile: Erstens löste er das Problem der fehlenden demokratischen Legitimierung, wie es beim Volkskongress bestand, denn Hickmann schlug vor, auf 750 000 Einwohner je einen Landtagsabgeordneten gemäß der bestehenden Mehrheitsverhältnisse in die Versammlung zu schicken. Zweitens würde die Idee, sofern man sie in die Tat umsetzen könnte, die »bürgerlichen« Parteien erheblich stärken.

Die Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU stellte sich hinter Hickmanns Vorschlag.⁷¹ In Nordrhein-Westfalen und Hessen reichten die Landtagsfraktionen der Union entsprechende Anträge in den Parlamenten ein.⁷² Auch die Parteileitung der CDU in der SBZ bereitete eine korrespondierende Initiative vor. Sie fühlte sich in ihrem Unterfangen durch den Umstand bestärkt, dass sie während der Beratungen im Zentralen Einheitsfrontausschuss sowohl von der LDP als auch von der SED positive Rückmeldungen erhalten hatte. In der Runde der Parteiführungen hatte man sich sogar auf einen gemeinsamen Textentwurf geeinigt, der die Grundlage für das weitere Vorgehen bilden sollte. Die Fraktionen in den fünf Landtagen und in der Berliner Stadtverordnetenversammlung erhielten Ende Februar 1948 den Auftrag, sich mit den anderen Fraktionen über den Vorschlag zur Schaffung einer nationalen Repräsentation auszutauschen und in den Landtagen diesbezügliche Anträge einzureichen. Durch die Verabredung zwischen Otto Nuschke, Wilhelm Pieck und Wilhelm Külz sei die Gewähr für die einstimmige Annahme des Antrags in allen Parlamenten gegeben, hieß es in der Mitteilung des CDU-Verbindungsbüros.⁷³

Sehr schnell stellte sich allerdings heraus, dass diese Zuversicht verfrüht war. Hatte die SED-Führung im Zentralen Block zunächst ihre Unterstützung sig-

⁶⁹ B. KAFF (Bearb.), *Die Unionsparteien*, 1991, S. VII.

⁷⁰ Vgl. M. RICHTER, *Ost-CDU*, 1991, S. 61; B. BODE, *Liberal-Demokraten und »deutsche Frage«*, 1997, S. 59.

⁷¹ Vgl. das Protokoll der 5. Sitzung des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU am 3. u. 4.2.1948, abgedr. in: B. KAFF (Bearb.), *Die Unionsparteien*, 1991, S. 199–202, bes. S. 201.

⁷² Vgl. die Mitteilungen Nr. 4/48 des Verbindungsbüros der Landtagsfraktionen der sowjetischen Zone und der Stadtverordnetenversammlung Groß-Berlin vom 27.2.1948, 1 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 1286, o. Bl.; B. KAFF (Bearb.), *Die Unionsparteien*, 1991, S. 201, Anm. 8.

⁷³ Mitteilungen Nr. 4/48 des Verbindungsbüros der Landtagsfraktionen der sowjetischen Zone vom 27.2.1948, in: ACDP, 07-11, Nr. 1286, o. Bl. – Vgl. auch M. RICHTER, *Ost-CDU*, 1991, S. 61f.

nalisiert, solange man sich in Übereinstimmung mit den Zielen der Volkskongressbewegung befinde⁷⁴, führte die Intervention der SMAD dazu, dass sie diese Zusage wenige Tage später zurückzog.⁷⁵ Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl beriefen aus diesem Grund die Fraktionsvorsitzenden der SED zu einer Sonder-sitzung des Zentralsekretariats nach Berlin. Bis dahin wurden die Landtagsprä-sidenten angewiesen, den CDU-Antrag nicht auf die Tagesordnung zu setzen.⁷⁶ Friedrich Ebert und August Frölich befolgten diese Vorgabe. Die Besprechung am 6. März im Zentralsekretariat bewegte sich auf der von Karlshorst vorgege-benen Linie. In einem Schreiben Piecks an Nuschke vom gleichen Tag wurde eine ausführliche Begründung für diesen Kurswechsel gegeben, wobei die SED die Schuldigen für ihre Ablehnung hauptsächlich in der Union der Westzonen suchte. Abschließend legte Pieck der CDU nahe, von dem Antrag für die Bil-dung einer nationalen Repräsentation Abstand zu nehmen. Das geschah. We-der in Thüringen noch in Brandenburg brachten die Fraktionen den nunmehr chancenlosen Antrag im Landtag ein.⁷⁷

d) Landtage und Volksbegehren

Eines der zentralen Ergebnisse, welche vom Zweiten Deutschen Volkskongress ausgingen, war die Durchführung eines »Volksbegehrens für einen Volkstent-scheid über die Einheit Deutschlands«. Diese Abstimmung war als ein Bau-stein des Versuchs der SED zu bewerten, die deutsche Bevölkerung im Rahmen der Volkskongressbewegung für ihre deutschlandpolitischen Absichten zu mo-bilisieren. Träger der Kampagne, die von der SED und der KPD in allen vier Besatzungszonen angestrengt wurde, war der Deutsche Volksrat. In einer Zeit, als die Gründung eines Weststaates schon absehbar war und sich der Konflikt zwischen den Vier Mächten weiter zuspitzte, versuchte die SED die Kampagne als eine Form der »nationalen Selbsthilfe« der Deutschen zu stilisieren. Vorder-gründig betrachtet war die Sorge um die Erhaltung der staatlichen Einheit das leitende Movers.⁷⁸ Mit dem Volksbegehren wurden die Oberbefehlshaber der

⁷⁴ Vgl. das Rundschreiben des Zentralsekretariats der SED an alle Landessekretariate vom 29.2.1948, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 692, Bl. 361.

⁷⁵ Vgl. R. Th. BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands*, 2001, S. 419f.; M. RICHTER, *Ost-CDU*, 1991, S. 62 u. 98f.

⁷⁶ Vgl. das Fernschreiben von Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl an die Landesvorstände der SED in Dresden, Schwerin und Halle vom 4.3.1948, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 692, Bl. 359.

⁷⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats der SED am 6.3.1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1/178, Bl. 1; Schreiben von Wilhelm Pieck an Otto Nuschke vom 6.3.1948 (Anlage Nr. 1 zum Protokoll), in: ebd., Bl. 2f. – R. Th. BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands*, 2001, S. 420, Anm. 33.

⁷⁸ Vgl. G. BRAUN, *Wahlen und Abstimmungen*, 1993, S. 390.

Besatzungsmächte aufgefordert, entweder im Alliierten Kontrollrat ein Gesetz zu beschließen oder aber einen Volksentscheid darüber zu veranlassen, dass Deutschland eine unteilbare demokratische Republik sei. Den Ländern müssten ähnliche Rechte eingeräumt werden, wie sie in der Weimarer Republik bestanden hatten.⁷⁹

Obwohl sich der Deutsche Volksrat bei der Initiierung der Unterschriftenaktion auf die in den Landesverfassungen der SBZ festgeschriebenen rechtlichen Möglichkeiten zum Volksentscheid berief, erfüllte die Kampagne die dort aufgeführten Voraussetzungen und Bedingungen keineswegs. So sah die thüringische Verfassung für die Beantragung eines Volksbegehrens vor, dass Parteien oder Massenorganisationen glaubhaft machen mussten, dass sie mindestens ein Fünftel aller Stimmberechtigten mit ihrem Anliegen vertraten. Auch legte die Landesregierung dem Landtag keinen eigenen Gesetzentwurf vor, wie dies der Artikel 38 forderte.⁸⁰ In Brandenburg bestanden fast gleichlautende Vorgaben.⁸¹ Indem man diese Regularien missachtete, »hatte das Volksbegehren den Charakter einer beliebigen Unterschriftensammlung, die an öffentlichen Plätzen, von Haus zu Haus und vor allem in Betrieben vorgenommen wurde.«⁸²

Das tatsächliche Ausmaß des Volksbegehrens war allerdings beeindruckend: Laut der öffentlichen Verlautbarungen des Volksrats trugen sich zwischen dem 23. Mai und dem 13. Juni 1948 fast 13 Millionen Wahlberechtigte und Jugendliche, die ab einem Alter von 14 Jahren an der Aktion gesondert teilnehmen durften, in die Listen ein. Dies hätte einer Zustimmung von fast 97 Prozent der Wahlberechtigten im sowjetischen Besatzungsgebiet entsprochen.⁸³ Hinzu kamen die Unterschriften von mehr als drei Millionen Wahlberechtigten und etwa 700 000 Jugendlichen in den westlichen Besatzungszonen und den Westsektoren Berlins – obwohl die Abstimmung dort von den Westmächten entweder nicht zugelassen worden war oder nicht anerkannt wurde.⁸⁴ Das Volksbegehren wurde von einer zonenweit durchgeführten intensiven Werbe-, Agitations- und Propagandakampagne der SED begleitet, die bereits als Vorstufe für die spätere Wahlkampfpraxis in der DDR gelten kann.⁸⁵ Die aggressive und repressive Form der Massenmobilisierung, die dabei zum Tragen kam und die die SMAD

⁷⁹ Vgl. K. BENDER, *Volkskongressbewegung*, 1992, S. 234.

⁸⁰ Vgl. G. BRAAS, *Die Entstehung der Länderverfassungen*, 1987, S. 485.

⁸¹ Vgl. ebd., S. 520f.

⁸² G. BRAUN, *Wahlen und Abstimmungen*, 1993, S. 390.

⁸³ Vgl. O. JUNG, *Grundgesetz und Volksentscheid*, 1994, S. 184.

⁸⁴ Vgl. G. BRAUN, *Wahlen und Abstimmungen*, 1993, S. 390; F. HIRSCHINGER, *Die »Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden«*, 2000, S. 32f.; D. SPILKER, *East German Leadership*, 2006, S. 161.

⁸⁵ Siehe dazu ausführlich O. JUNG, *Grundgesetz und Volksentscheid*, 1994, S. 176–181. – Vgl. auch DERS., *Volkskongressbewegung*, 1995.

nach Kräften unterstützte, wurde von den Zeitgenossen durchaus erkannt. »Das ›Volksbegehren um Einheit und gerechten Frieden«, das [...] in der Sowjetzone Deutschlands angelaufen ist, hat nur noch den Namen gemein mit jenen Veranstaltungen, die in der Weimarer Republik Versuche wirklicher Volksbefragungen waren«, schrieb etwa die *Zeit*. »Was in einer Demokratie echten Gepräges den Charakter einer offenen Entscheidung hat, muß sich heute und hier als Ergebnis nackter, unverhüllter Drohungen erweisen.«⁸⁶

Die Landtage von Thüringen und Brandenburg wurden von der SED mit einem unterschiedlichen Grad an Intensität in die Kampagne einbezogen. Es scheint, dass die Berliner Parteizentrale den Landesvorständen trotz aller detaillierten Vorgaben gewisse Ermessensspielräume bei der Propagierung der Initiative einräumte. In Thüringen wurde das Parlament als wichtige Bühne für die Ziele des Volksbegehrens betrachtet. Die Landtagsfraktionen begrüßten in einer Erklärung am 24. März die Bildung des Deutschen Volksrats. Sie sagten ihm die Unterstützung zu.⁸⁷ Anfang Mai vereinbarten die Fraktionsvertreter im Ältestenrat auf Vorschlag der SED, einen gemeinsamen Appell an das Volk zur Einzeichnung beim Volksbegehren auszuarbeiten. Er wurde daraufhin von August Frölich vor dem Plenum verlesen.⁸⁸ Darüber hinaus bemühte sich das Parlament, in den gesamtdeutschen Bestrebungen über die Zonengrenzen hinweg zu wirken. Man setzte ein Telegramm auf, das an alle Landtage in den westlichen Besatzungszonen gerichtet war. Die Parlamente wurden aufgefordert, sich für die Ziele des Volksbegehrens einzusetzen und seine Durchführung auch im Westen zu unterstützen. Erneut trat die SED als die treibende Kraft in Erscheinung.⁸⁹ Als der Thüringer Landtag wenige Tage vor dem Ende der Einzeichnungsfrist für das Referendum im Juni zusammentrat, richteten die Volksvertreter erneut eine Erklärung an die Bevölkerung, in der die Menschen nochmals dazu aufgerufen wurden, sich an der Abstimmung zu beteiligen. Es gehe darum, »zur verstärkten Sammlung« aller Kräfte im Kampf für die deutsche Einheit aufzurufen:

⁸⁶ »Volksbegehren – Volkserpressung«, in: Die *Zeit* vom 3.6.1948, S. 2. – Aufschlussreich sind hierzu auch die Tagebuchaufzeichnungen der Ladenbesitzerin Hildegard Muschan aus Rathenow zum 23.5. u. 10.6.1948, abgedr. in: P. BÖTHIG/P. WALTHER (Hrsg.), *Kriegsalltag und Neubeginn*, 2011, S. 460f.

⁸⁷ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 38. Sitzung am 24.3.1948, in: AVThLT/I.2, S. 1441–1466, bes. S. 1466.

⁸⁸ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags vom 4.5.1948, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl.; Thüringer Landtag, 1. WP, 39. Sitzung am 4.5.1948, in: AVThLT/I.2, S. 1485–1521, bes. S. 1488.

⁸⁹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags vom 5.5.1948, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl.

»Thüringen darf nicht Grenzland eines imaginären westdeutschen Sonderstaates werden, sondern will das grüne Herz des einheitlichen demokratischen Deutschlands sein. (*Bravorufe und lebhafter Beifall im ganzen Hause.*)«⁹⁰

Besondere Aufmerksamkeit erregte die Behandlung mehrerer SED- und FDJ-Funktionäre im amerikanischen Sektor Berlins. Die jungen Männer waren vorübergehend verhaftet worden, weil sie sich trotz des verhängten Verbots für die Durchführung des Volksbegehrens eingesetzt hatten. Der SED verschafften diese Geschehnisse eine günstige Vorlage, um sich über das Verhalten der USA zu empören und den Westmächten vorzuwerfen, die Spaltung des Landes voranzutreiben. Am 4. Juni 1948 verlas Präsident Frölich eine weitere Entschließung des Thüringer Landtags, welche auf die Vorgänge Bezug nahm. Darin geißelte Frölich die Verhaftung und die vermeintliche Verurteilung der Funktionäre als einen Verstoß gegen das »natürlichste Recht eines jeden Deutschen, seinem Willen für die Lebensrechte unseres Volkes Ausdruck zu verleihen«. Er forderte die unverzügliche Freilassung der Betroffenen, die angeblich in ein Jugendheim verbracht worden seien. Um der Entschließung größere Geltungskraft zu verleihen, ließ der Landtagspräsident darüber abstimmen. Die »bürgerlichen« Fraktionen trugen den Text ohne Gegenstimmen mit.⁹¹ Dass die Resolution die Berliner Vorgänge stark überzeichnete und teilweise sogar falsch wiedergab – in Wahrheit hatten die Amerikaner nur einen Funktionär vor Gericht gebracht und die anderen nach mündlichen Verwarnungen wieder auf freien Fuß gesetzt –, spielte dabei keine Rolle.⁹²

In Brandenburg wurde der Landtag in die Kampagne zum Volksbegehren zwar einbezogen, er trat allerdings nicht so prominent in Erscheinung wie in Thüringen. In Anbetracht des Gesamtumfangs der von den staatlichen Stellen und den Parteien forcierten Mobilisierung – so berichtete das Informationsamt der Landesregierung von mehr als 4 000 Versammlungen und 176 Großkundgebungen in Brandenburg, an denen 676 000 Personen teilgenommen hätten⁹³ – nahm sich der Beitrag des Landesparlaments geradezu bescheiden aus. Wenig Tage vor dem Beginn der Einschreibungsfrist verlas Landtagspräsident Ebert im Hohen Haus einen Aufruf der Parteien an die Bevölkerung, sich »angesichts der drohenden Spaltung Deutschlands« für das Volksbegehren einzusetzen. Im

⁹⁰ Thüringer Landtag, 1. WP, 41. Sitzung am 3.6.1948, in: AVThLT/I.2, S. 1557–1594, bes. S. 1560.

⁹¹ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 42. Sitzung am 4.6.1948, 10:00 Uhr, in: AVThLT/I.2, S. 1595–1629, bes. S. 1598.

⁹² Vgl. »Gegen das sogenannte ›Volksbegehren‹«, in: Der Tagesspiegel vom 30.5.1948.

⁹³ Vgl. den Bericht des Amtes für Information des Landes Brandenburg vom 9.7.1948, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 394, Bl. 1.

Namen des Parlaments forderte Ebert alle Einwohner auf, »das Volksbegehren zu einem vollen Erfolge zu gestalten«. Verbunden war damit die Verpflichtung der Abgeordneten, »ihre ganze Kraft einzusetzen, um auch den letzten Einwohner des Landes Brandenburg davon zu überzeugen, daß er durch seine freiwillige Einzeichnung für das Volksbegehren der Einheit Deutschlands dient.«⁹⁴ An diese Vorgabe fühlten sich die »bürgerlichen« Volksvertreter allerdings kaum gebunden. Unterhalb der Führungsebene der Landesverbände, die mehrfach öffentliche Bekundungen im Geiste der Abstimmung verlautbaren ließen, war das Interesse in der LDP und der CDU an der Kampagne äußerst gering. Auf Orts- und Kreisebene entwickelte häufig nur die SED Engagement für die Sache, wohingegen sich die Mitglieder der anderen Parteien in Passivität zurückzogen oder in halbherzige Lippenbekenntnisse flüchteten, wenn sich die Gelegenheit dazu ergab.⁹⁵ Der Landtagsabgeordnete Peter Bloch, immerhin stellvertretender Vorsitzender des Landesverbands der Union, sprach sich öffentlich gegen das Volksbegehren aus. Das zog schwere Angriffe der SED-Presse gegen seine Person nach sich.⁹⁶ Wolfgang Schollwer, der zu dieser Zeit als Kreisgeschäftsführer der LDP in Potsdam tätig war, vertrat hingegen die entgegengesetzte Meinung. Er plädierte für eine möglichst geschlossene Teilnahme der Menschen an der Abstimmung – freilich aus anderen Gründen, als sie der SED lieb sein konnten:

»Je höher die Teilnahme am Volksbegehren ist, um so deutlicher wird vor der Welt das Betrügerische dieses Unternehmens. Bei einem Resultat von 90 bis 100 % amüsiert sich die ganze Welt, bei nur 70 bis 80 % würde vielleicht mancher draußen glauben, daß diese Abstimmung demokratisch vor sich gegangen sei. Das aber muß verhindert werden.«⁹⁷

Die von Schollwer genannten Quoten wurden von der SED dank sowjetischer Unterstützung, zahlreicher Versprechungen und massiven politischen Drucks während der Kampagne tatsächlich erreicht. Vier Tage vor dem offiziellen Ende der Einzeichnungsfrist teilte Friedrich Ebert dem Landtag mit, dass 88,3 Prozent aller erwachsenen Brandenburger und 82,8 Prozent der wahlberechtigten Jugendlichen im Alter von 14 bis 21 Jahren das Volksbegehren bereits

⁹⁴ Landtag Brandenburg, 1. WP, 38. Sitzung am 20.5.1948, in: AVLTB/1, S. 482f., hier S. 483 (Beitrag Friedrich Ebert, SED).

⁹⁵ Siehe dazu die zahlreichen SED-Berichte aus den Kreisen und Gemeinden Brandenburgs in: BLHA, Rep. 333, Nr. 348; L-Rundschreiben Nr. 15/48 vom 24.6.1948, in: ACDP, 07-11, Nr. 1286, o. Bl.; Tagebucheintrag von Wolfgang Schollwer zum 24.5.1948, in: DERS., Potsdamer Tagebuch 1948-1950, 1988, S. 50f.

⁹⁶ Vgl. P. BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation*, 1986, S. 125.

⁹⁷ Tagebucheintrag von Wolfgang Schollwer zum 22.5.1948, in: DERS., Potsdamer Tagebuch 1948-1950, 1988, S. 49f., hier S. 50.

unterschrieben hätten. Außerdem verlas er einen auf die SED-Fraktion zurückgehenden Dringlichkeitsantrag, der sich gegen die Verhaftung der FDJ- und SED-Funktionäre in Berlin richtete. Offenkundig lag hier also seitens der Einheitspartei eine koordinierte Vorgehensweise in den Ländern vor. Weil es sich um die letzte Sitzung des Landtags vor der Sommerpause handelte, nutzte Ebert die Gelegenheit, um an den Abschluss der Session eine ausführliche Darlegung der politischen Situation zu stellen. In ihrer ideologischen Argumentation bewegte sich Eberts Rede ganz auf dem deutschlandpolitischen Kurs der Einheitspartei.⁹⁸

Die vorgestellten Entschlüsse der Landtage zu den Außenministerkonferenzen von Moskau und London, zum Treffen der deutschen Ministerpräsidenten in München sowie zu den Volkskongressen und zum Volksbegehren verdeutlichen, in welchem Maße die Landesparlamente in die Entwicklung der deutschen Frage eingebunden waren. Einerseits hielt sich ihr unmittelbarer Einfluss auf den Gang der Geschehnisse in sehr überschaubaren Grenzen. Andererseits verstand es die SED, die Landtage für ihre Absichten in zweierlei Hinsicht zu instrumentalisieren: Erstens als Plattformen, indem sie die Parlamente zur Mobilisierung für die scheinbar überparteiliche nationale Sammlungsbewegung nutzte; zweitens als Bühne im Sinne der Propagierung der eigenen deutschlandpolitischen Vorstellungen. Obwohl es bei der Umsetzung dieser Funktionen in den Volksvertretungen von Weimar und Potsdam zwar im Detail zu Abweichungen kam, war eine zentrale Koordinierung deutlich erkennbar. Mit dem Weg in die Zweistaatlichkeit nahm die Anzahl der Resolutionen deutlich zu:

Tab. 6: Entschlüsse zur Deutschlandpolitik (1946–1949)

| Jahr | Landtag Brandenburg | Thüringer Landtag |
|------|---------------------|-------------------|
| 1946 | 1 | 1 |
| 1947 | 4 | 2 |
| 1948 | 6 | 9 |
| 1949 | 7 | 8 |

Die Mitwirkung der »bürgerlichen« Fraktionen am Zustandekommen dieser Resolutionen war lediglich Staffage: Zwar wurden sie formal in die sprachlich-stilistische Überarbeitung der Texte einbezogen. Im Kern blieben die SED-Vorlagen aber stets unberührt.

⁹⁸ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 39. Sitzung am 9.6.1948, in: AVLTB/I, S. 504–507 (Beitrag Friedrich Ebert, SED). – Vgl. auch Der Tagesspiegel vom 13.6.1948.

Viele brandenburgische CDU-Abgeordnete betrachteten die allmähliche, aber deutliche Zunahme der Entschließungen seit 1947 mit Skepsis. Vor allem bestand die Sorge, dass man durch die inflationäre Praxis der Verabschiedung von Resolutionen die Stellung des Landtags gefährde. »[D]ie Fülle der über die Bevölkerung des Landes Brandenburg von Zonen-, Landes-, Kreis- und Gemeindestellen sich ergießenden Entschließungen« habe deren Bedeutung bis zur Wirkungslosigkeit verringert, hieß es 1949 in einem Rundschreiben der CDU-Fraktion an die anderen Parteien im Parlament. Das Gewicht des Landtags müsse aber erhalten bleiben, um im rechten Augenblick in die Waagschale geworfen zu werden. Deshalb fassten die Christdemokraten den Beschluss, zukünftig nur noch solche Resolutionen mitzutragen, die tatsächlich in das Aufgabengebiet des Parlaments fielen. Bei allen anderen Entschließungen kündigte die CDU an, dass sie sich fortan nicht mehr beteiligen werde.⁹⁹ Die brandenburgische SED-Spitze beeindruckte eine solche Stellungnahme allerdings kaum: Erst drei Monate später erinnerte Fraktionssekretär Georg Leps die Genossen daran, dass man mit der CDU in der Angelegenheit »noch sehr ernsthaft« reden müsse.¹⁰⁰ Tatsächlich gibt es keinen einzigen Hinweis darauf, dass sich die Abgeordneten der Union bei späteren Entschließungen zur Deutschlandpolitik, etwa im Umfeld der DDR-Staatsgründung, in irgendeiner Weise anders als vorher verhalten hätten. Die im ersten Augenblick so bemerkenswert anmutende Ankündigung lief also ins Leere.

e) Währungsreform und Berlinkrise

Der sowjetische Versuch, mittels einer Blockierung sämtlicher Verkehrsverbindungen zu Wasser und zu Lande zwischen den westlichen Besatzungszonen und Berlin die Westmächte aus der Stadt zu drängen, stellte zweifellos eine der dramatischen Krisen im Verhältnis zwischen den ehemaligen Alliierten dar. Die von Stalin provozierte erste Berlinkrise 1948/49, die von sowjetischer Seite mit der Währungsreform in den Westzonen und in West-Berlin begründet wurde, zerstörte nicht nur die letzten Bindungen unter den Mächten der einstigen »Anti-Hitler-Koalition«, sondern sie forcierte auch den Weg in die staatliche Teilung Deutschlands. Der Kalte Krieg eskalierte. Auch wenn der sowjetische Diktator den Waffengang fürchtete,¹⁰¹ so drohte die Situation um Berlin mehr als einmal in einen großen Konflikt zu münden. Für das Land Brandenburg und

⁹⁹ Rundschreiben der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg an die Fraktionen der SED, LDP und der VdgB vom 10.6.1949, in: ACDP, 03-33, Nr. 73, o. Bl.

¹⁰⁰ Bericht über die Sitzung der SED-Landtagsfraktion Brandenburg am 13.9.1949, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 854, Bl. 51–59, hier Bl. 53.

¹⁰¹ Vgl. G. WETTIG, *Bereitschaft zu Einheit in Freiheit?*, 1999, S. 142f.

den Potsdamer Landtag ergaben sich aus der angespannten Lage mehrere Konsequenzen. Folgt man den Aufzeichnungen Wolfgang Schollwers, dann war im Sommer 1948 nach der Verhängung der Blockade das Gefühl von »Weltuntergangsstimmung« weit verbreitet. Die Menschen seien deprimiert und verzweifelt, notierte Schollwer. Zu den beiden Währungsreformen im Westen und in der SBZ und der schweren Versorgungskrise kämen nun auch noch »die unerträglichen Spannungen um Berlin« hinzu. Dies alles laste schwer auf der Bevölkerung.¹⁰² Herrschte auf der einen Seite die Meinung vor, dass die Westmächte dem sowjetischen Druck letztlich nachgeben müssten, stand auf der anderen Seite die Sorge vor einer endgültigen Teilung und der Gründung zweier deutscher Staaten. Auch die Gefahr eines neuen Kriegs schien präsenter denn je.¹⁰³

Die Währungsreform im Westen sowie die angespannte politische Gesamtlage bewogen die SED, den brandenburgischen Landtag am 23. Juni zu einer Sondersitzung einzuberufen. Vorab verpflichteten ihre Vertreter im Landesblockausschuss die »bürgerlichen« Parteien darauf, für das Hohe Haus eine weitere Resolution zur Beschlussfassung vorzubereiten.¹⁰⁴ Es war ganz offenkundig, dass es erneut darum ging, die sowjetische Position zu unterstützen und den Westmächten die Verantwortung für die Spaltung des Landes zuzuschieben. In diesem Sinne war ebenfalls ein gemeinsamer Aufruf des Präsidiums des Landtags und der Landesregierung zu verstehen, der bereits am 19. Juni an die Bevölkerung herausgegeben wurde.¹⁰⁵ Es verwundert also nicht, dass die SED die Sondersitzung des Parlaments am 23. Juni 1948 zur Orchestrierung ihrer deutschlandpolitischen Vorstellungen benutzte. Zunächst gab Ministerpräsident Carl Steinhoff vor den Volksvertretern eine Regierungserklärung, in der er die Währungsreform in den Westzonen als »vollendete Spaltung Deutschlands« scharf verurteilte. Die Teilung sei von langer Hand vorbereitet worden. Anstatt die in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehene Entmachtung der Konzerne und Trusts der Schwerindustrie sowie der Großgrundbesitzer zu realisieren, hätten die Westmächte und die »Politiker des ausländischen Monopolkapitals« diejenigen Kräften wieder zur Macht verholfen, die Hitler in den Sattel gehoben hätten. »Die in den drei Westzonen durchgeführte Währungsreform ist nur der Schlußstrich unter einer Entwicklung, vor der die führenden Männer der Ostzone ständig warnten und auf deren verderbliche Folgen sie immer wieder hingewiesen haben«, so Steinhoff. Dem gegenüber habe die Sowjetunion jederzeit

¹⁰² Tagebucheintrag von Wolfgang Schollwer: zum 26.6.1948, in: DERS., Potsdamer Tagebuch 1948–1950, 1988, S. 61f.

¹⁰³ Vgl. ebd., S. 63 u. 67.

¹⁰⁴ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 21.6.1948, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 197–199, bes. S. 198.

¹⁰⁵ Vgl. den gemeinsamen Aufruf des Präsidiums des Landtags und der Landesregierung Brandenburg vom 19.6.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 29, Bl. 1f.

eine klare und zielbewusste Friedenspolitik verfolgt. Im Gegensatz zur Währungsreform im Westen sei die von der SMAD angeordnete Umstellung in der SBZ »weitgehend von sozialen Gesichtspunkten und dem Interesse der breiten Masse der Bevölkerung bestimmt worden«. Am Ende seiner Erklärung gab der Regierungschef seiner deutschlandpolitischen Hoffnung Ausdruck:

»Wenn das schaffende Volk in Westdeutschland seine Lage begriffen haben wird – was Marshall-Plan und Sonderwährung beschleunigen werden –, dann wird der Tag der Einheit mit allen seinen glücklichen Folgen nicht mehr fern sein. Was an uns liegt, so wird alles in unserer Macht Liegende geschehen, um tatkräftig Hilfe zu leisten.«¹⁰⁶

Nach Steinhoffs Stellungnahme, die das Hohe Haus mit lebhaftem Beifall quittierte, verlas Landtagspräsident Ebert die von den Parteien vorbereitete Entschließung. Sie lag ganz auf der Linie der SED und schob die Verantwortung für die politischen Geschehnisse allein den Westmächten zu. In der anschließenden Aussprache nahmen sämtliche Fraktionen zu der Resolution Stellung. Für die CDU ergriff der als »fortschrittlich« geltende Abgeordnete Otto Nuschke das Wort. Inhaltlich waren in seinen Ausführungen keine Differenzen zu jenen von Steinhoff auszumachen.¹⁰⁷ Anders bei den Liberaldemokraten: Zwar äußerte sich der Fraktionsvorsitzende der LDP, Georg Schneider, ebenfalls kritisch zur Rolle der Westmächte in der deutschen Frage. Im Gegensatz zu Nuschke und den Verlautbarungen der SED bemühte sich Schneider aber durchaus um ein ausgewogenes Urteil. Indem er die Spaltung Deutschlands vor allem als ein Problem interalliiertter Meinungsverschiedenheiten deutete, war bei ihm die vorsichtige Aufforderung an die UdSSR herauszuhören, sich mit den Westmächten doch noch zu verständigen. Auch bei seinen Ausführungen zur Währungsreform in der SBZ, die von Nuschke und der SED als besonders positiv hervorgehoben worden war, konnte man Skepsis vernehmen.¹⁰⁸ Schneider nutzte die Gelegenheit, um die Deutschlandpolitik mit drängenden Fragen der innerzonalen Entwicklung zu verknüpfen. Obwohl er die politischen und wirtschaftlichen Geschehnisse in der SBZ positiv bewertete und davon sprach, dass die LDP das Vertrauen der Besatzungsmacht habe, benannte er die aus Sicht der Liberaldemokraten bestehenden Mängel deutlich. So sprach Schneider von ungerechten Urteilen bei der Sequestrierung und der Entnazifizierung, von der Durchsetzung »einseitiger Interessen« – also der Interessen der

¹⁰⁶ Landtag Brandenburg, 40. Sitzung am 23.6.1948, in: AVLTB/I, S. 508–515, hier S. 510 (Beitrag Carl Steinhoff, SED).

¹⁰⁷ Ebd., S. 512f. (Beitrag Otto Nuschke, CDU).

¹⁰⁸ Ebd., S. 513f. (Beitrag Dr. Georg Schneider, LDP).

SED – sowie von der fehlenden Gleichberechtigung der LDP im politischen Leben der Besatzungszone:

»[W]ir glauben, daß oft genug die Sonde der Kritik und die Lupe der Beobachtung mit besonderer Schärfe eingestellt wird, wenn es sich darum handelt, das Vorleben unserer Parteimitglieder nachzuprüfen, ganz im Gegensatz zu der Großzügigkeit, mit der man verfährt, wenn das Vorleben anderer Parteiangehöriger vielleicht einmal beleuchtet werden muß. (*Sehr richtig!*)«¹⁰⁹

Indem er »uferlose Sozialisierungen« ablehnte sowie für die Freiheit der Wirtschaft und die Förderung von privaten Unternehmern eintrat, verwies Schneider auf weitere zentrale liberaldemokratische Forderungen. Gleichwohl betonte der Fraktionsvorsitzende die Bereitschaft der LDP zur Verständigung und zum überparteilichen Ausgleich.¹¹⁰

Georg Schneiders Ausführungen, die trotz mancher Konzessionen an die Besatzungsmacht und die SED deutlich aus dem Kreis der anderen Stellungnahmen herausstachen, erklären sich aus einem größeren Zusammenhang. Die innerparteilichen Querelen um den Kurs der Partei wühlten den Landesverband schon seit Langem auf. So war bereits im Februar 1948 der Landesvorsitzende Walter Kunze zurückgetreten. War dieser Schritt offiziell mit einer Arbeitsüberlastung Kunzes erklärt worden, galt es in der Partei als ein offenes Geheimnis, dass in Wirklichkeit Differenzen zwischen dem Vorsitzenden und der SED für den Schritt ausschlaggebend gewesen waren.¹¹¹ Wie man heute weiß, wurde Kunze das Opfer einer von der sowjetischen Informationsverwaltung angezettelten Intrige.¹¹² Im Gegensatz zu Kunze, der in der Partei hohe Anerkennung genossen hatte, galt dessen Nachfolger Ingo von Koerber als »fortschrittlich« gesinnter Kompromisskandidat. Da er allzu häufig die Nähe zur Besatzungsmacht suchte, stieß er im Landesverband nur auf geringe Wertschätzung.¹¹³ Der Umstand, dass nach Kunzes Rücktritt vom Posten des Finanzministers und sei-

¹⁰⁹ Ebd., S. 514.

¹¹⁰ Ebd.

¹¹¹ Vgl. das Protokoll zur Sitzung des geschäftsführenden Vorstands des LDP-Landesverbands Brandenburg am 25.2.1948, 11 S., in: ADL, L 5, Nr. 45, o. Bl., S. 1; W. SCHOLLWER, Potsdamer Tagebuch 1948-1950, 1988, S. 31f.

¹¹² Vgl. die Auskunft der Informationsverwaltung der SMAD für Leonid S. Baranow über die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (Auszug) vom 16.4.1948, abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), Sowjetische Politik in der SBZ, 1998, S. 152–155, bes. S. 154.

¹¹³ Vgl. W. SCHOLLWER, Potsdamer Tagebuch 1948-1950, 1988, S.30–32, 52f. u. 55f.; Beurteilung des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg über Ingo von Koerber vom 12.8.1950, in: BStU, MfS, Ast. Potsdam, Abt. XX, Nr. 943, Bl. 17f.

ner Flucht aus der SBZ die LDP-Landtagsfraktion eine Erklärung verlas, die Koerbers Vorgänger in den Verdacht der Unaufrichtigkeit stellte, trug nicht dazu bei, das innerparteiliche Vertrauen in den neuen Vorsitzenden zu stärken.¹¹⁴ Doch der Streit um das Führungspersonal war nur das Symptom einer viel tiefer reichenden Sinn- und Identitätskrise, in der die Liberaldemokraten steckten. Es wurde ihnen schmerzlich bewusst, dass ihre Möglichkeiten zur politischen Teilhabe kaum mehr von Belang waren. Die von der SED immer wieder gegebenen Versprechen zur Gleichberechtigung wurden nicht eingehalten. Stattdessen erschütterte die von Innenminister Bechler angeordnete Entlassung mehrerer LDP-Mitglieder aus der öffentlichen Verwaltung den Verband erheblich.¹¹⁵ Hoffnungslosigkeit und Resignation breiteten sich aus. Hinzu kam, dass die LDP aufgrund der rechtlichen Modalitäten bei der Währungsreform in der SBZ quasi über Nacht einen Großteil ihres ohnehin überschaubaren Vermögens verlor. De facto bewegte sich die Partei am Rande des Bankrotts.¹¹⁶

Vor diesem Hintergrund war die Rede des Fraktionsvorsitzenden Georg Schneider am 23. Juni im Landtag als ein Versuch zu deuten, die Partei durch ein klares Wort aus der Lethargie wachzurütteln. Auf dem Landesparteitag der LDP drei Wochen später, der im Kasino des Landtags stattfand, verstärkte Schneider diese Absicht noch einmal. Unter dem Beifall der meisten Delegierten erklärte der Fraktionsvorsitzende, dass die LDP keinesfalls gewillt sei, »anstelle des Nationalsozialismus eine andere Diktatur treten zu lassen!« Die große Frustration entlud sich in trotzigem Bekenntnissen. Schneiders Rede, die eigentlich nur als Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Landtagsfraktion geplant gewesen war, fand über die brandenburgischen Landesgrenzen hinweg einige Aufmerksamkeit.¹¹⁷

Mit dem Beginn der ersten Berlinkrise erfuhren die vereinzelt gesamtdeutschen Anstrengungen in den Landtagen der SBZ die vollständige Einschränkung. Vier Tage, nachdem die Sowjetunion am 24. Juni 1948 die Zufahrtswege von den Westzonen nach Berlin komplett abgeriegelt hatte, erreichte das Landtagsbüro in Potsdam ein Rundschreiben von Innenminister Bechler. In diesem wurde mitgeteilt, dass es auf sowjetische Anordnung hin künftig unter Strafe verboten sei, Anfragen westlicher Organisationen, Pressestellen oder anderer Einrichtungen zu beantworten. Entsprechende Schriftstücke seien unverzüglich dem Innenministerium vorzulegen. Mit der Bestimmung sicherte

¹¹⁴ Vgl. »Brandenburg. Ost-LDP desavouiert Dr. Kunze«, in: Der Tagesspiegel vom 8.4.1948.

¹¹⁵ Vgl. den Monatsbericht des LDP-Landesverbands Brandenburg an die SMA für den Monat Mai 1948 vom 9.6.1948, in: BLHA, Rep. 203, Nr. 176, Bl. 32–34. – Der Tagesspiegel vom 15.4.1948.

¹¹⁶ Vgl. W. SCHOLLWER, Potsdamer Tagebuch 1948-1950, 1988, S. 62.

¹¹⁷ Tagebucheintrag von Wolfgang Schollwer zum 17.7.1948, abgedr. in: ebd., S. 66; »Brandenburg. Ost-LDP in Sorge«, in: Der Tagesspiegel vom 17.7.1948.

sich das von der SED gelenkte Innenressort fortan in interzonalen Fragen nicht nur die politische Kontrolle über die nachgeordnete Landesverwaltung, sondern ebenfalls über die gewählte Volksvertretung.¹¹⁸

Der brandenburgische Landtag selbst nahm erst Anfang Dezember 1948 zur Berlinkrise Stellung. Den Hintergrund hierfür bot die Bildung des neuen Ost-Berliner Magistrats unter Leitung von Friedrich Ebert, der gleichzeitig immer noch das Amt des Landtagspräsidenten in Potsdam ausübte. Der erste Punkt der Tagesordnung in der 47. Plenarsitzung war an offenkundiger Inszenierung nicht zu überbieten: Ebert verlas eine »Erklärung zur Berliner Frage«, die angeblich von allen Parteien eingereicht worden war. In ihr wurden die Währungsreform und die Abhaltung von Wahlen in den Westsektoren der Stadt scharf verurteilt. Außerdem sprach der Landtag in der Entschließung dem neu ernannten Oberbürgermeister Ebert sein Vertrauen und seine Unterstützung aus – angesichts des Umstandes, dass dieser die Resolution selbst verlas, musste die Situation befremdlich wirken.¹¹⁹ Der Text der Erklärung stammte erwartungsgemäß von der SED. Er war eine Woche zuvor im Landesblockausschuss behandelt worden.¹²⁰

Die anschließende Aussprache bot weniger mit Blick auf die ehrerbietigen Glückwünsche der Fraktionen an Friedrich Ebert als vielmehr in der Art und Weise Aufschluss, wie die Redner der »bürgerlichen« Parteien versuchten, in ihren Stellungnahmen einen Mittelweg zwischen Anpassung und Eigenständigkeit zu wählen. Während Willy Sägebrect die West-Berliner Politiker wie Ernst Reuter, Franz Neumann und Otto Suhr als »Kriegshetzer«, »Volksfeinde« und »Agenten der westlichen imperialistischen Staaten« verdammt,¹²¹ bestimmte eine sehr doppelbödig Argumentation die Reden Ingo von Koerbers (LDP) und Peter Blochs (CDU). Koerber beklagte insbesondere die deutschlandpolitische Haltung Frankreichs, die die Zersplitterung des Landes zum Zwecke habe – ein in dieser Zeit unverdächtiger Gemeinplatz. Auf die zentrale Rolle der USA und Großbritanniens bei der Aufrechterhaltung der Freiheit West-Berlins ging er nicht ein. Bei der Einschätzung der Wahlen in den Westsektoren näherte sich der Liberaldemokrat hingegen der SED-Interpretation an, wobei hier

¹¹⁸ Schreiben von Bernhard Bechler an das Büro des Landtags Brandenburg vom 28.6.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 303, Bl. 1; Schreiben von Bernhard Bechler an die Herren Minister der Landesregierung Brandenburg, Herren Landräte und Oberbürgermeister der Kreise und kreisfreien Städte vom 28.6.1948, in: ebd., Bl. 2.

¹¹⁹ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 47. Sitzung am 9.12.1948, in: AVLTB/I, S. 584–602, bes. S. 584.

¹²⁰ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 2.12.1948, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 213f., bes. S. 213.

¹²¹ Landtag Brandenburg, 1. WP, 47. Sitzung am 9.12.1948, in: AVLTB/I, S. 584–586 (Beitrag Willy Sägebrect, SED).

der Fokus auf den daraus hervorgehenden Konsequenzen für die Stadt und das Land lag.¹²² Noch distanzierter klang die Rede Peter Blochs. Sie entsprach dem, was er später in seinen Memoiren als »double talk« beschrieb: Er sprach zwar in bewusst vage gehaltenen Formulierungen von der Spaltung und dem schweren Kampf, dem die Berliner ausgesetzt seien, vermied aber jede Schuldzuweisung für die Situation. Die Formulierung, dass man mit Genugtuung festgestellt habe, »daß in den Berlinern selbst genügend Abwehrwillen und Abwehrkraft vorhanden ist, und daß die Berliner selbst dazu übergegangen sind, sich zu helfen«, war vor dem Hintergrund der mutigen Selbstbehauptung der Menschen in den Westsektoren zweideutig zu verstehen.¹²³ In seiner Gratulation an den neu ernannten Oberbürgermeister hob Bloch, anders als die SED, nicht die vermeintliche »demokratische« Rechtfertigung zu diesem Schritt hervor – denn diese gab es gar nicht –, sondern er betonte stattdessen die Rolle Eberts als aufrichtiger Kämpfer für die Demokratie und die Rechte des Parlaments.¹²⁴ Auch dies konnte man trotz aller auferlegten Zwänge als eine kleine Geste der Abweichung interpretieren.

2. Die Landtage und die staatliche Zentralisierung

a) Widerstand gegen die Zentralverwaltungen

Zu einer der ersten Maßnahmen, welche die sowjetische Besatzungsmacht nach dem Sieg über das »Dritte Reich« auf administrativem Gebiet ergriff, gehörte die Einrichtung zentraler Verwaltungsstellen. Der SMAD-Befehl Nr. 17 vom 27. Juli 1945 ordnete die Bildung von elf deutschen Zentralverwaltungen an. Sie sollten zur »Entwicklung der Wirtschaft und Wiederherstellung des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, der Gesundheitsfürsorge und Volkserziehung« in der SBZ beitragen.¹²⁵ In den folgenden beiden Jahren kamen weitere Verwaltungsinstanzen hinzu. Mitte 1947 existierten insgesamt 16 Zentralverwaltungen, die in ihrer fachlichen Ausrichtung sämtliche Bereiche des sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens in der Besatzungszone abdeckten.¹²⁶

Allerdings erwiesen sich die Kompetenzen der Zentralverwaltungen, die von den Zeitgenossen häufig als Deutsche Verwaltungen bezeichnet wurden,

¹²² Vgl. ebd., S. 586 (Beitrag Ingo von Koerber, LDP).

¹²³ Ebd., S. 587 (Beitrag Dr. Peter Bloch, CDU).

¹²⁴ Ebd., S. 586f.

¹²⁵ Vgl. den Befehl Nr. 17 des Obersten Chefs der SMAD über die Bildung von Zentralverwaltungen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 27.7.1945, abgedr. in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, 1968, S. 100–102, hier S. 100.

¹²⁶ Vgl. H. A. WELSH/W. ZANK, Zentralverwaltungen, 1993, S. 201.

anfangs als sehr begrenzt. Die SMAD räumte den Einrichtungen zunächst lediglich eine assistierende Funktion ein. Die Zentralverwaltungen sollten den Fachabteilungen der Militärverwaltung zuarbeiten, Koordinierungsaufgaben wahrnehmen, statistische Materialien zusammenstellen und mit fachlicher Expertise der SMAD bei der Umsetzung der getroffenen Anordnungen unterstützend zur Seite stehen.¹²⁷ Des Weiteren schien bei der Bildung der Zentralverwaltungen ein deutschlandpolitisches Motiv durch: Indem die Sowjetunion die Verwaltungen als Vorstufe für künftige gesamtdeutsche Behörden betrachtete, spekulierte sie darauf, so die Voraussetzungen für eine spätere Einflussnahme auf die Bildung überzionaler Ministerien schaffen zu können.¹²⁸ So verwundert es nicht, dass die entscheidenden Positionen in den Deutschen Zentralverwaltungen zumeist mit Kommunisten besetzt wurden. Mitarbeiter mit einem »bürgerlichen« Parteibuch blieben hingegen unterrepräsentiert.¹²⁹

Waren die Handlungsmöglichkeiten der Zentralverwaltungen zunächst auch eingeschränkt, so wurden im Herbst 1946 erste Ansätze zu einer stärkeren Zentralisierung in der SBZ erkennbar. Diese sollte vor allem auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik einsetzen. Ende September übermittelte Walter Ulbricht den sowjetischen Stellen in Karlshorst und Moskau ein Papier, in welchem er die bestehenden wirtschaftlichen Probleme in der Besatzungszone benannte. Um diese Schwierigkeiten zu lösen, plädierte er dafür, dass die SMAD die Lenkung der Wirtschaft stärker als bisher in die Verantwortung der SED übertragen möge. Zudem schlug Ulbricht die Einrichtung eines zentralen deutschen Planungsamtes vor. Bei der Wirtschaftsverwaltung der SMAD gab es zur gleichen Zeit Überlegungen, die in eine ähnliche Richtung liefen.¹³⁰ Nach den Landtagswahlen am 20. Oktober 1946 drängten die SED-Oberen immer stärker auf die Übertragung wirtschaftspolitischer Kompetenzen und auf eine Zentralisierung. Obwohl die Führungsspitze der SMAD nicht bereit war, Einblick in die Reparationslieferungen, die Demontagen und andere sensible Bereiche zu gewähren, konnte die SED in langen Verhandlungen durchaus Fortschritte bei der Realisierung ihrer Forderungen erzielen.¹³¹ Die Bemühungen der Einheitssozialisten fielen mit einem Umdenken der Sowjetunion in der Deutsch-

¹²⁷ Vgl. H. MIELKE, *Die Auflösung der Länder*, 1995, S. 42f.; J. FOITZIK, *Sowjetische Militäradministration in Deutschland*, 1999, S. 342; A. LISSE, *Handlungsspielräume deutscher Verwaltungsstellen*, 2003, S. 44.

¹²⁸ Vgl. H. MIELKE, *Die Auflösung der Länder*, 1995, S. 42. – Zu den Debatten um die Zentralverwaltungen im interalliierten Kontext siehe ausführlich G. MAI, *Der Alliierte Kontrollrat*, 1995, S. 73–118.

¹²⁹ Vgl. H. A. WELSH/W. ZANK, *Zentralverwaltungen*, 1993, S. 202f.

¹³⁰ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 155; J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Bearb.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/3*, 2004, S. XLIV.

¹³¹ Vgl. ebd., S. XLV.

landpolitik zusammen. Die immer offener zutage tretenden Gegensätze mit den Westmächten, die Gründung der Bizone und nicht zuletzt das sich stets wiederholende Scheitern der interalliierten Beratungen machten die Hoffnungen auf eine gesamtdeutsche Lösung nach sowjetischen Vorstellungen bereits im Frühjahr 1947 zwar nicht gänzlich zunichte, sie ließen sie aber doch immer unwahrscheinlicher werden. Hinzu kamen die gravierenden wirtschaftlichen und Versorgungsprobleme. Bereits vor der Moskauer Außenministerkonferenz einigten sich die SED und die SMAD deshalb auf neue Maßnahmen. Anfang Februar 1947 wurden den zuständigen Zentralverwaltungen erstmals gegenüber den fünf Landes- und Provinzialregierungen Kompetenzen bei der zonenweiten Erfassung und Verteilung von Rohstoffen, Fertigerzeugnissen und Halbfabrikaten sowie bei der Aufstellung von Produktionsplänen für das Handwerk, die Industrie und die Landwirtschaft eingeräumt. Für Henning Mielke markierte die zugrunde liegende Vereinbarung eine »Tendenzwende« in der Entwicklung der SBZ: »War bisher von der SMAD die föderale Tendenz stark gefördert worden, so wurde mit der Ländervereinbarung nun der erste Schritt in Richtung auf einen Kompetenzabbau der Länder zugunsten zentraler Institutionen getan.«¹³²

Das Verhältnis der Länder zu den Zentralverwaltungen war von Beginn an von großen Spannungen überschattet. Bestand auf der einen Seite durchaus die Einsicht, dass eine übergeordnete Koordinierung grundsätzlich dazu beitragen könnte, den wirtschaftlichen Aufbau voranzubringen und die katastrophale Versorgungslage nach Kriegsende zu beheben, zeigten sich weder die Landes- und Provinzialverwaltungen noch später die Landesregierungen bereit, freiwillig auf Kompetenzen zu verzichten. Misstrauisch achteten die Landesbehörden darauf, dass die Berliner Zentralverwaltungen nicht in ihre von der Besatzungsmacht gewährten Rechte eingriffen. Die Kritik, die von der Länderebene an den zentralen Instanzen geübt wurde, war umfassend. Sie reichte von dem Vorwurf der Eigenmächtigkeit und der Kompetenzanmaßung bis hin zur fehlenden Sachkenntnis. Erschwerend kam hinzu, dass die Aufgabengebiete und die Entscheidungswege im Verhältnis von Ländern und Zentralverwaltungen häufig im Unklaren lagen. Institutionelle Streitigkeiten waren also vorprogrammiert. Die Besatzungsmacht trug lange Zeit nicht dazu bei, diese Probleme zu lösen, sondern vergrößerte sie im Zweifelsfall sogar.¹³³ Bis ins Jahr 1948 hinein

¹³² H. MIELKE, Die Auflösung der Länder, 1995, S. 43. – Vgl. auch F. SATTLER, Wirtschaftsordnung im Übergang/1, 2002, S. 358f.

¹³³ Vgl. die Niederschrift des Präsidenten der Deutschen Verwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge, Gustav Gundelach (KPD), über die Rechenschaftslegung der Präsidenten und Vizepräsidenten der Landes- und Provinzialverwaltungen vor dem Obersten Chef der SMAD, Marschall Georgi K. Schukow, am 13. und 14. November 1945, abgedr. in: Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen, 1989, S. 127–133, bes. S. 129 u. 131; Bericht des Präsidenten der Landesverwaltung Thüringen, Rudolf Paul, und des ersten Vizepräsidenten der Landesverwaltung Thüringen,

ignorierten die Landesregierungen in vielen Fällen die Entscheidungen der Zentralverwaltungen.

Mit der Konstituierung der Landtage wurde die ohnehin komplexe Situation noch schwieriger, denn nun entstand neben der SMAD und ihren Landesorganisationen, den Landes- und Provinzialregierungen sowie den Zentralverwaltungen eine weitere Entscheidungsebene. Aufgrund der in den Verfassungen eingeräumten Vorrangstellung der Parlamente vor der Exekutive konnten die Landtage eigentlich ein entsprechendes Gewicht bei den anstehenden Entscheidungen einfordern. Im Frühjahr 1947 zeigte sich indes, dass die Volksvertretungen sehr unterschiedlich auf die Herausforderungen reagierten, die sich mit den ersten Ansätzen einer Zentralisierung in der SBZ ergaben. So stieß die Vereinbarung zur Kooperation zwischen den Landes- und Provinzialverwaltungen und den Deutschen Zentralverwaltungen für Industrie, Brennstoff und Energie sowie für Handel und Versorgung vom Februar 1947 in Brandenburg auf wenig Widerstand. Landtagspräsident Friedrich Ebert, der sonst auf die Eigenständigkeit des Parlaments gegenüber der Regierung drängte, erklärte, dass er bereit sei, wesentliche Einschränkungen der Befugnisse der Länder zu akzeptieren, wenn dies dem Vorteil der Gesamtheit diene. Ihm musste bewusst sein, dass er damit auch Einschränkungen bei den Kompetenzen des Provinziallandtags akzeptierte.¹³⁴ Im brandenburgischen Parlament wurde die Kooperationsvereinbarung mit den Deutschen Zentralverwaltungen überhaupt nicht thematisiert. Dass in den »bürgerlichen« Parteien aber durchaus Sorge bestand, die eben erst in der Landesverfassung festgeschriebenen Rechte des Landtags durch die Stärkung der Zentralverwaltungen wieder einzuschränken, belegten Äußerungen aus den Reihen der Union. In einer Stellungnahme der Landesverbandsvorsitzenden der CDU vom März äußerten die Christdemokraten die Befürchtung, dass die Gefahr bei der getroffenen Vereinbarung darin bestehe, »daß die notwendige Selbstverantwortung der Länder zu stark eingeschränkt werden kann, weil der Text [...] praktisch jede Möglichkeit, auch die zur restlosen Ausschaltung der Regierungen und Parlamente, bietet«. Als Vertreterin des föderalistischen Prinzips auf wirtschaftlichem Gebiet müsse die CDU einen »autoritären Zentralismus«, dessen Ansätze man in der Vereinbarung zu erkennen glaubte, ablehnen.¹³⁵

Ernst Busse, über die Rechenschaftslegung der Präsidenten und Vizepräsidenten der Landes- und Provinzialverwaltungen vor dem Obersten Chef der SMAD, Marschall Georgi K. Schukow, am 13. u. 14.11.1945, abgedr. in: ebd., S. 133–136, bes. S. 133; K.-H. SCHÖNEBURG u. a., Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates, 1983, S. 74f.; H. MIELKE, Die Auflösung der Länder, 1995, S. 43. – Vgl. auch J. FORTZIK, Sowjetische Militäradministration in Deutschland, 1999, S. 343–347.

¹³⁴ Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Brandenburg am 6.2.1947, verf. am 7.2.1947, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 23, Bl. 27–29, bes. Bl. 28.

¹³⁵ Stellungnahme der CDU-Landesverbandsvorsitzenden zur Vereinbarung über die Zusammenarbeit zwischen den Landesregierungen und den Zentralverwaltungen in der Ostzone vom

Im Gegensatz zu Brandenburg formierten sich in der Landespolitik Thüringens erhebliche Widerstände gegen die Abtretung von Kompetenzen an die Berliner Zentralverwaltungen. Gestützt auf ein Gutachten des Oberverwaltungsgerichts, traf das Kabinett unter Leitung von Rudolf Paul am 7. Februar 1947 die Entscheidung, dass man nach der Inkraftsetzung der Landesverfassung keinerlei »Gesetzgebungs-, Verwaltungs- oder Weisungsrecht« an die Zentralverwaltungen mehr zugestehen könne. Einzig dem Landtag sei das Recht der Gesetzgebung vorbehalten. Daher könnten von den Deutschen Zentralverwaltungen keine Anweisungen an das Parlament und die Regierung ausgehen, sofern diese nicht vom Landtag in der Form eines Gesetzes bestätigt worden seien.¹³⁶ Im Vorfeld des Beschlusses hatte es Beratungen mit der sachsen-anhaltinischen Regierung unter Ministerpräsident Hübener gegeben, die sich ebenfalls gegen die Vereinbarung stellte.¹³⁷ In Weimar zählten neben Rudolf Paul vor allem Justizminister Helmut Külz und Wirtschaftsminister Georg Appell zu den Unterstützern dieses Kurses.¹³⁸ Wenige Wochen später unterstrich die Landesregierung ihren Standpunkt erneut gegenüber der Militäradministration. Zwar erkenne sie ohne Vorbehalt das Bedürfnis an, über den Rahmen der Landes- und Provinzialregierungen hinaus für die gesamte SBZ die Verwaltung, insbesondere in Angelegenheiten der Wirtschaft und Finanzen, zu koordinieren und zu diesem Zwecke die Zentralverwaltungen mit den erforderlichen Befugnissen auszustatten. Dies sei jedoch nicht ohne die Zustimmung der Parlamente möglich, weil »die nach den in Kraft getretenen Verfassungen zunächst die alleinigen Organe der Gesetzgebung und auch die obersten Organe der Verwaltung sind.«¹³⁹ Eine ganz andere Haltung nahm hingegen August Frölich ein. Er sprach sich schon frühzeitig für die Abgabe von Länderkompetenzen an die Zentralebene aus.¹⁴⁰

4.3.1947, in: ACDP, 03-31, Nr. 140, o. Bl. In Auszügen auch abgedr. in: H. MIELKE, Die Auflösung der Länder, 1995, S. 44.

¹³⁶ Beschluss der Thüringer Landesregierung vom 7.2.1947, verf. am 10.2.1947, in: ThHStAW, Land Thüringen – Büro des Ministerpräsidenten, Nr. 460, Bl. 62; J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 325f. – Das Gutachten von Hellmuth Loening für Ministerpräsident Rudolf Paul vom 6.2.1947 ist zu finden in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13, Nr. 219, Bl. 86f.

¹³⁷ Vgl. das Schreiben der Provinzialregierung Sachsen-Anhalt an die Deutsche Zentralverwaltung für Arbeit und Sozialfürsorge vom 16.1.1947, in: ebd., Bl. 93f.; Beschluss der Thüringer Landesregierung vom 7.2.1947, verf. am 10.2.1947, in: ThHStAW, Land Thüringen – Büro des Ministerpräsidenten, Nr. 460, Bl. 62.

¹³⁸ Vgl. das Rundschreiben von Helmut R. Külz an die Minister der thüringischen Landesregierung vom 8.2.1947, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13, Nr. 219, Bl. 88; Hausmitteilung an die Mitglieder des Zentralsekretariats der SED vom 11.2.1947, in: ebd., Bl. 85.

¹³⁹ Stellungnahme der Landesregierung Thüringen vom 22.2.1947, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 326–329, hier S. 327.

¹⁴⁰ Vgl. die Notiz von Wilhelm Pieck über eine Besprechung mit der thüringischen Parteispitze am 15.2.1947 (Klarschrift), in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 692, Bl. 91f., bes. Bl. 92.

Auf sowjetischen Druck hin musste die thüringische Landesregierung einlenken. Am 5. Mai 1947 billigte sie schließlich die folgenreiche Vereinbarung.¹⁴¹ Der Landtag wurde in das formale Prozedere, das zur Umsetzung der wirtschaftspolitischen Zentralisierung notwendig war, mit einbezogen. Nachdem die fünf Volksbildungsminister der Länder bereits am 23. April 1947 eine »Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit der Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung« unterzeichnet hatten, welche den zentralen Stellen in Berlin das Einspruchsrecht bei allen in dieses Ressort fallenden Gesetzes- und Verordnungsentwürfen zugestand¹⁴², unterbreitete die Regierung Paul dem Parlament im Mai eine Vorlage, mit der sich das Kabinett vom Landtag eine nachträgliche Bestätigung der bereits unterzeichneten Kooperationsvereinbarungen einholen wollte. In einer kurzen Erklärung zu dem Vorgang hob Wirtschaftsminister Appell die zeitliche Befristung der Vereinbarung hervor. Bindungen auf längere Zeit, die also auf eine dauerhafte Einschränkung der Landessouveränität hinausgelaufen wären, werde man damit nicht eingehen. Die Abgeordneten stimmten der Vorlage zu. Ob sie sich dabei der Illusion hingaben, dass man es tatsächlich nur mit einer befristeten Abmachung zu tun habe, lässt sich aus den Quellen nicht entnehmen.¹⁴³

Gleichwohl gab es in den »bürgerlichen« Fraktionen vorsichtige Versuche, den einsetzenden Zentralisierungsschub einer parlamentarischen Kontrolle zu unterwerfen. Als das Hohe Haus Ende Juli 1947 seine Zustimmung zur Vereinbarung der Landesregierung und der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) geben sollte, brachten die Liberaldemokraten einen Antrag ein, der die Regierung damit beauftragte, das Parlament über den Umfang des Einflusses der DWK auf die Gestaltung der Wirtschaft des Landes zu unterrichten. Auch verlangte man Auskunft über das Arbeitsverfahren bei der erstrebten Kooperation. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.¹⁴⁴ Das Unbehagen in der LDP-Fraktion über den wirtschaftspolitischen Kurs in Thüringen war groß. Bereits im Mai 1947 hatte es im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Wirtschaftsplanung unter den Abgeordneten scharfe Kritik an den bestehenden Zuständen gegeben. So hatte sich Friedrich Schomerus darüber beklagt, dass anders als im Reichstag der Weimarer Republik die wichtigsten Vorlagen und Gesetze nun »im Handumdrehen« gemacht würden. Auch von Dilettantismus und mangelnder parlamentarischer Kontrolle war die Rede.¹⁴⁵

¹⁴¹ Vgl. H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 50.

¹⁴² Vgl. H. A. WELSH, Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung, 1993, S. 232.

¹⁴³ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 18. Sitzung am 29.5.1947, in: AVThLT/I.1, S. 773–806, bes. S. 795; Vorlage der Landesregierung vom 9.5.1947 (Drucksache Nr. 59), in: AVThLT/II.1, S. 166f.

¹⁴⁴ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 22. Sitzung am 24.7.1947, in: AVThLT/L.2, S. 911–945, bes. S. 944.

¹⁴⁵ Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 13.5.1947, 3 S., in: ADL, L 5, Nr. 619, o. Bl., S. 2.

Der letztgenannte Aspekt zeigte sich eindringlich während der Beratungen über die Kooperationsvereinbarung mit der Deutschen Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft (DVLF). Im Juni 1947 stimmte die Thüringer Landesregierung einer weitgehenden Zusammenarbeit mit dieser Behörde zu. Wie bei allen vorangegangenen Vereinbarungen erhielt nun die DVLF umfangreiche, zunächst allerdings zeitlich befristete Kompetenzen auf dem Gebiet der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft übertragen. Erneut bat die Landesregierung den Landtag um die Bestätigung der getroffenen Maßnahme.¹⁴⁶ Während der Beratung im zuständigen Rechtsausschuss wurde aber schnell deutlich, dass die getroffenen Regelungen auf Befehlen der Besatzungsmacht beruhten. Aus diesem Grund blieb dem Gremium lediglich die Empfehlung an das Plenum, die Vereinbarung nicht zu bestätigen, sondern sie lediglich zur Kenntnis zu nehmen. Allerdings möge man bei einer künftig anstehenden Verlängerung der Vereinbarung die verfassungsmäßigen Rechte des Landes geltend machen. Der Landtag schloss sich der Empfehlung im November an.¹⁴⁷

b) Machtzuwachs für die DWK

Die beschriebenen Vereinbarungen zwischen den Ländern und den Zentralverwaltungen entpuppten sich als ein wichtiger Schritt auf dem Weg in den zentralistischen Staat sozialistischen Zuschnitts. Gleichwohl muss man berücksichtigen, dass die in den Kooperationen festgeschriebenen Rechte zunächst auf die jeweiligen Aufgabengebiete begrenzt waren. Es gab keine allumfassende Generalvollmacht, die man den Stellen in Berlin zugestanden hätte. Auch der Zeitrahmen der Vereinbarungen blieb zunächst begrenzt. Für den Parlamentarier des Jahres 1947 konnte sich daher durchaus der Eindruck aufdrängen, dass es sich trotz mancher Bedenken lediglich um temporäre Regelungen handele. Zudem zeigte sich, dass in vielen Fällen trotz der geschlossenen Vereinbarungen die Anweisungen der Zentralverwaltungen in den Ländern nur schleppend umgesetzt wurden. Selbst die im Juni 1947 auf Befehl der SMAD gegründete DWK konnte sich anfänglich gegen die Kräfte auf Landes- und Kommunalebene, welche auf das Recht der Selbstverwaltung pochten, kaum durchsetzen. Die Weisungen wurden vielfach ignoriert.¹⁴⁸

¹⁴⁶ Vgl. die Vorlage der Landesregierung Thüringen vom 9.6.1947, in: AVThLT/II.1, S. 372.

¹⁴⁷ Vgl. den Bericht des Rechtsausschusses des Thüringer Landtags vom 22.10.1947 (Drucksache Nr. 202), in: ebd., S. 457. – Thüringer Landtag, 1. WP, 29. Sitzung am 6.11.1947, in: AVThLT/I.2, S. 1125–1169, bes. S. 1159. – Vgl. auch H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 50f.

¹⁴⁸ Vgl. H. MIELKE, Die Auflösung der Länder, 1995, S. 45; W. ZANK, Wirtschaftliche Zentralverwaltungen, 1993, S. 262f.

Aufgrund der sich kaum verbessernden Wirtschaftslage und der sich verschärfenden deutschlandpolitischen Situation im Ost-West-Konflikt verstärkten die Besatzungsmacht und die SED im Frühjahr 1948 ihre Bestrebungen zur Stärkung der Zentralinstanzen in der SBZ. Der SMAD-Befehl Nr. 32 vom 12. Februar leitete eine Reorganisation der DWK ein, die sich bislang als wenig effektiv erwiesen hatte. Die Wirtschaftskommission erhielt in der Folge wichtige Kompetenzen übertragen, die ihr sowohl gegenüber den Zentralverwaltungen als auch in Bezug auf die Länder einen erheblichen Machtzuwachs bescherten. Im April 1948 stattete Karlshorst die DWK mit einem allgemeinen Weisungsrecht aus, das für die gesamte Verwaltung in der Besatzungszone bindend war. De facto wurden die Länderministerien im wirtschaftlichen Bereich nun zu ausführenden Organen der DWK herabgestuft. Der Begriff des »Wirtschaftlichen« war dabei allerdings nicht exakt definiert, so dass die DWK eine legislative und exekutive Aktivität entfalten konnte, die weit über rein ökonomische Gesichtspunkte hinausreichte.¹⁴⁹ Wie Jochen Laufer und Georgij P. Kynin treffend bemerkt haben, übernahm die DWK »faktisch die Funktionen einer provisorischen Regierung der SBZ«.¹⁵⁰

Auf einer gemeinsamen Tagung der Landtagspräsidenten und der juristischen Fachleute der SED-Landesverbände am 27. April 1948 in Berlin gab Walter Ulbricht die neue Generallinie für die künftige Entwicklung des Verhältnisses zwischen den Landesparlamenten und der DWK vor. In Bezug auf die Gesetzgebung erklärte er:

»Wir wollen vermeiden, daß in Zukunft in den Ländern Gesetze angenommen werden, über die vorher nicht eine Verständigung erzielt wurde, da es sich ergeben hat, dass in einer ganzen Reihe von Fällen dadurch Reibungen entstanden sind und die bürgerlichen Parteien unsere Genossen gegeneinander ausspielen, die Sachsen gegen die Thüringer, die Thüringer gegen die Sachsen-Anhalter usw. Wir wollen also die Gesetzgebung koordinieren. Das ist um so notwendiger, da seit der Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission sowieso alle Gesetze, die wirtschaftliche Fragen betreffen [...], vorher mit dem Sekretariat der Wirtschaftskommission vereinbart werden müssen. Demnach kann kein Land irgend ein wirtschaftliches Gesetz dem Landtag vorlegen, wenn nicht vorher eine Verständigung in der Wirtschaftskommission erreicht ist. Parteimässig gilt das in

¹⁴⁹ Vgl. H. MIELKE, Die Auflösung der Länder, 1995, S. 45 u. 48; H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, Das Land Brandenburg, 1998, S. 264f.; W. ZANK, Wirtschaftliche Zentralverwaltungen, 1993, S. 266f. – Vgl. auch K.-H. SCHÖNEBURG, Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates, 1983, S. 179f. u. 189–191.

¹⁵⁰ J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Bearb.), Die UdSSR und die deutsche Frage/3, 2004, S. XLIX.

Zukunft für alle Gesetze, abgesehen von solchen untergeordneter Bedeutung. Alle Gesetze müssen vorher hier koordiniert, und es muss eine Verständigung darüber erzielt werden.«¹⁵¹

Die von Ulbricht vorgegebenen Forderungen wurden in einem Referat von Max Fechner näher erläutert. Ausführlich behandelte Fechner die Ausgangslage für die Gesetzgebung in der Besatzungszone nach Kriegsende. Aufgrund der damals herrschenden Bedingungen sei es verständlich gewesen, dass jedes Land von sich aus die Wege zu beschreiten versuchte, die es nach seinen Gegebenheiten für die besten und zweckmäßigsten hielt. Daraus habe eine »gewisse Verschiedenartigkeit und Buntscheckigkeit« in der Gesetzgebung der einzelnen Ländern und Provinzen resultiert. Weil man derzeit mit Rücksicht auf die Deutschlandpolitik keine formale gesetzgebende Zentralinstanz in der SBZ schaffen könne, zumal die Bildung von Zonenregierungen auf die Spaltung des Landes hinausliefe, müssten andere Möglichkeiten gefunden werden, die Gesetzgebung künftig besser zu koordinieren. Max Fechner betrachtete die neuen Befugnisse der DWK dafür als einen wichtigen Schritt.¹⁵² Wenn Fechner und Ulbricht den Eindruck erweckten, dass die bisherige Gesetzgebung in den Ländern weitgehend unkoordiniert erfolgt wäre, dann entsprach das allerdings keineswegs den Tatsachen. Die seit dem Herbst 1946 unternommenen Anstrengungen seitens des Zentralsekretariats, der Abteilung für Landespolitik und nicht zuletzt der Besatzungsmacht sprachen eindeutig dagegen. Indem beide diesen Aspekt so überzeichneten, wollten sie die Notwendigkeit des neuen Kurses, die Gesetzgebung weitestgehend zentral zu steuern, besonders hervorheben. Die Landtagspräsidenten zeigten sich mit der Argumentation einverstanden. Diskussionsbedarf stellte sich lediglich bei der Frage, inwieweit die SMAD einen Befehl erlassen sollte, um den Verordnungen der DWK zonenweit grundsätzliche Geltungskraft zu verleihen. Augst Frölich plädierte für eine solche Variante: »Dann ist alles geklärt, und wir brauchen uns nicht mit den bürgerlichen Parteien herumzustritten, auch nicht zu befürchten, dass irgendein Gericht sich einmal anmaßt, über diese Verordnungen entscheiden zu wollen.«¹⁵³

Für die Landtage ergaben sich aus dieser Entwicklung erhebliche Konsequenzen. Weil die SMAD die Entscheidungen der DWK als höherrangiges Recht einstuft, welches Landesrecht brach, wurde das bisherige Gesetzgebungsrecht der

¹⁵¹ Stenografische Niederschrift über die Sitzung der Landtagspräsidenten in Berlin am 27.4.1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1.01, Nr. 86, Bl. 2–98, hier Bl. 2.

¹⁵² Ebd., Bl. 3–8, hier Bl. 4.

¹⁵³ Ebd., Bl. 47. – Vgl. auch das Protokoll der Sitzung des Landessekretariats der SED Thüringen am 8.5.1948, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/L/2/3-032, Bl. 182–189, bes. Bl. 182f.

Parlamente faktisch ausgehebelt.¹⁵⁴ Zwar konnte man die Folgen dieses Schrittes nicht umgehend erkennen, denn der neue Zentralisierungsschub zeitigte nicht über Nacht seine Auswirkungen. Allerdings mehrten sich die Stimmen in den Landesparlamenten, die die Gefahren richtig erkannten. In Thüringen forderte Alphons Gaertner unter Zustimmung seiner LDP-Fraktion, dass untersucht werden müsse, wie weit die DWK bindendes Recht setzen könne. Die Kommission sei einer Regierung für die SBZ gleichzusetzen, jedoch sei sie nicht auf demokratischer Grundlage gewählt und aufgebaut. Es stelle sich deshalb die Frage, welche Kompetenzen die Landtage überhaupt noch hätten.¹⁵⁵ Auch bei den brandenburgischen Liberaldemokraten wurde Unbehagen laut. Neben den bereits genannten Kritikpunkten bemängelten die Abgeordneten die einseitige personelle Besetzung in der Wirtschaftskommission. Als Finanzminister Arthur Lieutenant auf dem Landesparteitag in Potsdam Mitte Juli 1948 die Frage in den Raum stellte, welche Bedeutung die LDP bisher in der Verwaltung der SBZ gehabt habe, wurde ihm aus der Versammlung zugerufen: »Wir haben die Portiers stellen dürfen.«¹⁵⁶ Von solchem bitteren Spott abgesehen, herrschte unter den gewählten Volksvertretern schon bald die Auffassung vor, dass den zuständigen Mitarbeitern und Stellen der DWK häufig die notwendige Sachkenntnis über die Verhältnisse in den Ländern fehle. Einige zentral erarbeitete Gesetze würden daher den realen Erfordernissen vor Ort zuwiderlaufen.¹⁵⁷ Die genannten Vorbehalte wurden im Übrigen gleichfalls vom Zentralvorstand der Partei geteilt. »Es ist nicht tragbar«, hieß es in einem Beschluss der LDP-Führung vom 14. Juli 1948, »daß den Parteien von der DKW für richtig befundene Gesetze vorgelegt werden, ohne daß die Parteien überhaupt die Möglichkeit haben, in demokratischer Weise darüber zu diskutieren«.¹⁵⁸

Bereits im Frühjahr 1948 war deutlich geworden, dass in der brandenburgischen CDU-Landtagsfraktion ähnliche Sichtweisen dominierten. Als am 23. März 1948 im Landtag die erste Lesung des Gesetzes zur Feststellung des Haushaltsplanes für das laufende Jahr anstand, verwehrte sich der Finanzexperte der Union, Walter Wiglow, gegen Eingriffe von der Deutschen Zentralverwaltung für Finanzen. Das Haushaltsrecht sei »das vornehmste und höchste Recht einer Volksvertretung«, führte Wiglow aus:

¹⁵⁴ Vgl. dazu die Richtlinien über die Tätigkeit der DWK für die Sowjetische Besatzungszone vom 4.5.1948, in: SAPMO-BArch, NY 4062, Nr. 77, Bl. 1–7.

¹⁵⁵ Protokoll über die Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 3.5.1948, 4 S., in: ADL, L 5, Nr. 620, o. Bl., S. 1f.

¹⁵⁶ »Brandenburg. Ost-LDP in Sorge«, in: Der Tagesspiegel vom 17.7.1948.

¹⁵⁷ Vgl. den Bericht über die Tätigkeit der LDP-Landtagsfraktion Brandenburg in der Zeit seit Juni 1948/49 vom 30.8.1949, 3 S., in: ADL, L 5, Nr. 106, o. Bl., S. 1.

¹⁵⁸ »LDP-Beschlüsse zu politischen Gegenwartsfragen«, in: Der Morgen vom 15.7.1948, S. 1. Auszugsweise auch abgedr. in: S. Suckut (Bearb.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 587, Anm. 242.

»Der Landtag ist auf Anweisung der sowjetischen Militärregierung ins Leben getreten, seine Mitglieder haben durch ihre Wahl das Mandat bekommen – auch zur Genehmigung des Haushalts –, und mit dieser Genehmigung verbindet sich gleichzeitig die Uebernahme der Verantwortung. Mit der Verantwortung selbstverständlich auch das Recht der Mitbestimmung.«¹⁵⁹

Sein Fraktionskollege Otto Nuschke verfolgte hingegen eine andere Argumentation. Er konstatierte zwar, dass es durchaus Sinn mache, bestimmte Fragen nicht auf Landesebene, sondern zonal zu klären. Allerdings forderte er, dass die DWK nicht eine »rein bürokratische Institution« bleiben dürfe, sondern dass sie einer demokratischen Kontrolle durch die Volksvertretungen der SBZ unterworfen werden müsse.¹⁶⁰

Einige Monate später wiederholte der CDU-Abgeordnete Wiglow seine Kritik im Hohen Haus. Im Zusammenhang mit der zur Beratung stehenden Abänderung des Haushaltsplanes für 1948, die von der DWK gefordert wurde, warnte er davor, dass das Parlament künftig vor vollendete Tatsachen gestellt werden könnte:

»Wir haben ein sehr großes Interesse daran, daß die Rechte der Deutschen Wirtschaftskommission die Rechte des Landtages nicht außer Kraft setzen. Wir haben nicht nur den Standpunkt zu vertreten, daß der Landtag der höchste Willensträger des Landes Brandenburg ist, wir haben auch vor dem Lande mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß der Landtag das höchste Organ des Landes Brandenburg ist, und daß wir die verfassungsmäßigen Rechte und Grundlagen zu wahren haben. (*Sehr richtig!*) [...] Je größer unsere Verpflichtungen [bei vom Land Brandenburg übernommenen Bürgschaften, Anm. d. Verf.] werden, desto mehr besteht für uns als Landtag auch die Notwendigkeit einer eingehenden Überprüfung aller Maßnahmen und vor allem auch der Sicherung, daß die Rechte des Landtages nicht durch die Rechte der DWK aufgehoben werden. (*Bravo! Klatschen.*)«¹⁶¹

¹⁵⁹ Landtag Brandenburg, 1. WP, 32. Sitzung am 23.3.1948, in: AVLTB/I, S. 416–438, hier S. 424 (Beitrag Dr. Walter Wiglow, CDU).

¹⁶⁰ Ebd., S. 433 (Beitrag Otto Nuschke, CDU).

¹⁶¹ Landtag Brandenburg, 1. WP, 44. Sitzung am 7.10.1948, in: ebd., S. 568–577, hier S. 568 (Beitrag Dr. Walter Wiglow, CDU). – Vgl. auch »DWK beeinträchtigt Landtagsrechte«, in: Der Tagespiegel vom 8.10.1948.

Wiglows eindringliches Plädoyer wurde von den Anwesenden als ein deutlicher Protest gegen die Zentralisierung und die Durchsetzung des Machtanspruchs der DWK verstanden. Für die SED bedeutete es eine Provokation. Es verwundert daher nicht, dass nach Wiglow sowohl der Fraktionsvorsitzende der VdgB, Anton Jadasch (SED), als auch Willy Sägebrecht das Wort zur Gegenrede ergriffen. Nach Jadaschs Ausführungen, der es als unmöglich erachtete, dass man damit beginne, die von der DWK angeordneten Maßnahmen dadurch zu »negieren oder zu bekritteln, indem wir auf unsere sogenannte Souveränität oder Selbstständigkeit pochen«, trat Franz Schleusener ans Rednerpult. Er sprang seinem Fraktionskollegen Wiglow bei. Es sei ein ungewöhnlicher Vorgang, bemerkte Schleusener, dass ein Dritter über das Portemonnaie des anderen bestimme. Damit sei nicht von vornherein gesagt, dass man bei einer Besprechung mit der DWK nicht am Ende zum selben Ergebnis kommen könne.

»Aber das mindeste, was man verlangen muß, ist – das nur hat der Herr Kollege Wiglow zum Ausdruck gebracht, und von dieser Auffassung werden wir unter keinen Umständen abgehen –, daß der andere, der schließlich zahlen soll, zumindest auch gehört wird. Damit ist in keiner Weise der Kompetenz der DWK Abbruch getan. (*Sehr richtig!*) Wir verlangen nur, daß wir wenigstens gehört werden, wenn von uns eine Zahlung verlangt wird. (*Sehr richtig! Klatschen.*)«¹⁶²

Obwohl die Christdemokraten nicht in der Lage waren, die Übertragung von weiteren Kompetenzen an die DWK zu verhindern, unternahmen sie in der Folgezeit dennoch vereinzelte Versuche, zumindest ansatzweise Einfluss auf das Geschehen zu erhalten. 1949 griff die brandenburgische CDU-Fraktion den Gedanken auf, sich künftig von denjenigen Landtagsabgeordneten, die als Mitglieder ins Plenum der DWK entsandt worden waren, über die Arbeit der Wirtschaftskommission regelmäßig berichten zu lassen. Auch wenn die Urheberschaft für diese Idee bei Anton Jadasch lag, erblickte die Union darin die Möglichkeit, eine bescheidene Form von Transparenz und parlamentarischer Kontrolle in die Tätigkeit der DWK hineinzubringen. Der Vorstoß wurde allerdings im Ältestenrat von Willy Sägebrecht ausgebremst.¹⁶³

¹⁶² Landtag Brandenburg, 1. WP, 44. Sitzung am 7.10.1948, in: AVLTB/I, S. 569 (Beitrag Franz Schleusener, CDU).

¹⁶³ Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Ältestenrats des Landtags Brandenburg am 5.9.1949, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 45, Bl. 147–149, bes. Bl. 148.

c) Auseinandersetzungen um den Zweijahresplan

Ein wichtiger Indikator bei der Frage, wann und in welchem Ausmaß die DWK Einfluss auf die wirtschaftspolitische Gesamtlage in der SBZ gewinnen konnte, bildete die Durchsetzung des Zweijahresplans in den Landtagen. Die intensiven Diskussionen über das Für und Wider des von der DWK unter Anleitung der SED und der SMAD erarbeiteten Wirtschaftsplans prägten im Sommer 1948 das politische Tagesgeschehen in der Besatzungszone. Rein materiell betrachtet zielte der Plan auf einen deutlichen Ausbau der sowjetzonalen Wirtschaftsleistung. Sein unmittelbares Ziel bestand darin, vor allem im Bereich der Grund- und Schwerindustrie für die Jahre 1949/50 eine deutliche Steigerung der Produktion zu erreichen. Die in dem Plan festgelegten Maßnahmen sollten dazu führen, dass sich bis Ende 1950 die Wirtschaftsleistung auf etwa 80 Prozent des Vorkriegsniveaus steigern würde. Nicht nur der industrielle Sektor, sondern auch die Land- und Forstwirtschaft wurden in dem Plan berücksichtigt. Die festgesetzten Steigerungsraten waren durchaus anspruchsvoll.¹⁶⁴ Um die gesetzten Ziele zu erreichen, sollte dem Zweijahresplan ein Halbjahresplan vorgeschaltet werden, der für die zweite Jahreshälfte 1948 Geltung hatte. Er war dazu vorgesehen, die Grundlagen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen.

Ging es beim Zweijahresplan also vordergründig betrachtet um die Forcierung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, stand dahinter zugleich ein weiteres Motiv: Der Plan wurde von der SED-Führung als wichtige Stufe betrachtet, um in der SBZ das Modell einer langfristigen Wirtschaftsplanung unter der Anleitung der Einheitspartei zu etablieren. Er sollte dazu beitragen, dem Ziel zur Errichtung des Sozialismus ein großes Stück näherzukommen. Die Überlegungen zu einem solchen Schritt in Richtung der zentralisierten Planwirtschaft waren nicht neu; sie reichten bis in die unmittelbare Nachkriegszeit zurück. Allerdings hatte die Besatzungsmacht alle diesbezüglichen Überlegungen von deutscher Seite immer wieder zurückstellen lassen.¹⁶⁵ Erst im Mai 1948 gab die SMAD als Reaktion auf die Londoner Konferenz der Westmächte und der Beneluxstaaten, durch die die Gründung eines westdeutschen Staates in greifbare Nähe rückte, die Zurückhaltung auf und beauftragte die DWK mit der Ausarbeitung des Wirtschaftsplans. Erwartungsgemäß passierte die Vorlage anstandslos die SED-Gremien auf zentraler Ebene und in den Landesverbänden.¹⁶⁶

In den »bürgerlichen« Parteien formierte sich unterdessen Widerstand. Zwar war dort die Ansicht durchaus weit verbreitet, dass unter gewissen Bedingungen

¹⁶⁴ Vgl. F. SATTLER, *Wirtschaftsordnung im Übergang/2*, 2002, S. 680f.

¹⁶⁵ Vgl. DIES., *Wirtschaftsordnung im Übergang/1*, S. 498.

¹⁶⁶ Vgl. ebd.

in einer solchen Ausnahmesituation wie jener, in der man sich immer noch befand, eine Koordinierung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen Sinn mache – zumal dann, wenn es darum ging, die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Allerdings führten die Absichten der DWK vielen Liberal- und Christdemokraten eindeutig zu weit. Außerdem erkannte man die politische Tragweite des Zweijahresplans in Hinblick auf die Zentralisierung. Die Parteiführungen von CDU und LDP reagierten in diesem Fall ebenso wie bei vielen anderen Fragen: Sie signalisierten zwar grundsätzliche Kooperationsbereitschaft, arbeiteten zugleich aber Alternativen aus, mit denen die aus ihrer Sicht bestehenden Fehler und Mängel des DWK-Entwurfs behoben werden könnten.¹⁶⁷

In den Landesverbänden und den Landtagsfraktionen fiel die Kritik an den Planungen der DWK weniger diplomatisch aus. Innerhalb der Märkischen Union wurden erhebliche sachliche Vorbehalte zum Inhalt des Zweijahresplans geltend gemacht. Der Landtagsabgeordnete Fritz O. Bilsse, der im Juni 1948 für den verunglückten Wilhelm Wolf ins Parlament nachgerückt war und der als studierter Landwirt in der brandenburgischen CDU als Experte für Agrarfragen galt¹⁶⁸, erarbeitete eine eigene Denkschrift, in der er sich mit den landwirtschaftlichen Aspekten des Wirtschaftsplans beschäftigte. Sein Urteil fiel vernichtend aus: Die in dem Plan genannten Zahlen und Voraussetzungen würden in keiner Weise mit den tatsächlichen Gegebenheiten übereinstimmen. Die vollmundigen Ankündigungen der SED offenbarten einen starken Mangel an Sachkenntnis, Kalkulationsfähigkeit und Übersicht. »Das Ganze ist mehr ein Wunschzettel als ein Plan mit greifbaren Ansatzpunkten.«¹⁶⁹

Diese Meinung wurde von den meisten Mitgliedern des CDU-Landesvorstands geteilt. Die brandenburgische Unionsführung erwartete wesentliche Änderungen, in der vorliegenden Form stimmte sie dem Plan nicht zu. Stattdessen stellte sie sich auf Anraten des Landesvorsitzenden Ernst Zborowski hinter die Forderungen des von der Berliner Parteiführung ausgearbeiteten Alternativprogramms.¹⁷⁰ Offensichtlich ging es Zborowski um mehr als nur die in-

¹⁶⁷ Vgl. R. Th. BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands*, 2001, S. 440–442; B. Bode: *Liberal-Demokraten und »deutsche Frage«*, 1997, S. 113–122; F. DIETZE, *Entscheidungsstrukturen und -prozesse*, 1995, S. 60; U. DIRKSEN, *Liberaldemokraten zwischen sozialem Fortschritt und Reaktion*, S. 127–139; G. HEINZE, *Die Haltung und Zustimmung der LDPD*, 1975, S. 59–62; E. KRUBKE, *Wirtschaftspolitik zwischen Gestern und Morgen*, 1977, S. 38–61; M. RICHTER, *Ost-CDU*, 1991, S. 112–114.

¹⁶⁸ Vgl. BLHA, Rep. 201, Nr. 56, Bl. 58.

¹⁶⁹ Schreiben von Fritz O. Bilsse an Ernst Zborowski vom 29.7.1948, in: ACDP, 03-33, Nr. 161, o. Bl.

¹⁷⁰ Vgl. das Protokoll der Sitzung des erweiterten CDU-Landesvorstands Brandenburg am 26.8.1948, 4 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 1, o. Bl., S. 3f.; F. SATTLER, *Wirtschaftsordnung im Übergang/2*, 2002, S. 682.

haltlichen Aspekte der DWK-Vorlage. In einem Schreiben an Innenminister Bechler warnte er in sehr deutlichen Worten vor der einseitigen Entwicklung in der Besatzungszone. Zborowski forderte, dass »ein Minimum der weltanschaulich bedingten Forderungen und Wünsche« sämtlicher Parteien bei der Neugestaltung des staatlichen Zusammenlebens Berücksichtigung finden müsse. Zudem sei eine offene und aufrichtige Diskussion über die Vorstellungen der SED und den von der DWK erarbeiteten Entwurf des Zweijahresplans notwendig. Die bestehende Wirtschaftsstruktur müsse erhalten bleiben, Gesetzgebung und Kontrolle seien weiterhin den Volksvertretungen vorzubehalten. Ohne parlamentarische Grundlage sei eine Abgabe von Kompetenzen der Landtage an die zentralen Instanzen in Berlin nicht tragbar.¹⁷¹ In der LDP-Führung wurden die Argumente der Christlichen Demokraten geteilt. Vor allem störte man sich an der fehlenden Beteiligung der »bürgerlichen« Parteien bei der Ausarbeitung. So sei ein Plan entstanden, den nicht alle Bevölkerungskreise ohne weiteres akzeptieren könnten, meinte der Landtagsabgeordnete Willi Hein auf einer Sitzung des Landesvorstands. Damit gab er die vorherrschende Stimmung in dem Gremium wider. Die Kritikpunkte wurden mit Bedacht formuliert.¹⁷² Dessen ungeachtet gab es in beiden Parteien auch solche Stimmen, die die Absichten der DWK unterstützten.¹⁷³

Der Potsdamer Landtag beschäftigte sich am 8. September 1948 mit dem Zweijahresplan. Die Sitzung bot zwei Überraschungen: Ohne vorherige Absprache mit den anderen Parteien stellte die SED-Fraktion einen Antrag, den Plan zur Grundlage der Arbeit des Landtags zu machen. Jeder Abgeordnete sollte demnach zu aktiver Mitarbeit bei der Durchführung verpflichtet werden.¹⁷⁴ Obwohl die CDU und die LDP ihre grundsätzliche Kooperationsbereitschaft signalisierten, fühlten sie sich durch das Vorgehen der SED überrumpelt. Sie bestanden darauf, den Planentwurf, dessen Inhalt ihnen bislang unbekannt war, zunächst zur Beratung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Die Geschäftsordnung war in dieser Frage eindeutig auf der Seite der Christ- und Liberaldemokraten. Trotzdem ließ Landtagspräsident Ebert über den SED-Antrag unmittelbar abstimmen. Die zweite Überraschung bestand darin, dass die Einheitssozialisten

¹⁷¹ Schreiben von Ernst Zborowski an Bernhard Bechler vom 10.8.1948, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 722, Bl. 220–224, hier Bl. 220f. – Das Schreiben wird auch bei F. SATTLER, Wirtschaftsordnung im Übergang/2 2002, S. 682, ausführlich gewürdigt.

¹⁷² Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Vorstands des LDP-Landesverbands Brandenburg am 17.8.1948, 21 S., in: ADL, L 5, Nr. 46, o. Bl., hier S. 8. – Vgl. auch den Tagebucheintrag von Wolfgang Schollwer zum 29.8.1948, in: DERS., Potsdamer Tagebuch 1948–1950, 1988, S. 77f.

¹⁷³ Vgl. F. REINERT, Brandenburgs Parteien 1945–1950, 1995, S. 174. – Referat von Erwin Steffen auf der Sitzung des Vorstands des LDP-Landesverbands Brandenburg am 17.8.1948, 2 S., in: ADL, L 5, Nr. 46, o. Bl.

¹⁷⁴ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 41. Sitzung am 8.9.1948, in: AVLTB/I, S. 516–555, bes. S. 528.

mit ihrem Anliegen scheiterten. Mit drei Stimmen Mehrheit votierten die LDP und die CDU gegen die Annahme des umstrittenen Antrags.¹⁷⁵

Für die Führung der SED-Landespartei bedeutete der Rückschlag im Landtag eine herbe Blamage. Der von der Parteizentrale in Berlin gefasste Beschluss, durch eine systematische Propagierung des Zweijahresplans die Bevölkerung in der SBZ für die Ziele der Einheitspartei einzuspannen, wurde danach im Land Brandenburg energisch vorangetrieben.¹⁷⁶ Es ging darum, die »bürgerlichen« Parteien so stark unter Druck zu setzen, dass sie dem Zweijahresplan in der Fassung der DWK doch noch ihre Zustimmung gaben. In einem noch viel größeren Ausmaß als etwa bei der Abstimmung über das Wahlalter wurden alle verfügbaren Kräfte mobilisiert. Drei Tage nach dem Vorfall im Landtag gab die Landesleitung der SED in Potsdam die Anweisung heraus, dass in allen Betrieben, Städten und Dörfern umgehend Belegschaftsversammlungen organisiert werden müssten, um gegen die Obstruktion der CDU und der LDP im Parlament zu protestieren. Ferner solle mit den fortschrittlich gesinnten CDU- und LDP-Mitgliedern unter Mitwirkung der Volksausschüsse und der Massenorganisationen Stellung genommen werden gegen die »reaktionären Flügeln [sic!] und die reaktionären Kräfte in diesen Parteien«. Auf den Belegschaftsversammlungen seien Entschließungen zu verabschieden, in denen das reaktionäre Verhalten der CDU- und der LDP-Landtagsfraktion verurteilt werde.¹⁷⁷ Die Organisation dieser Versammlungskampagne, an der Tausende Menschen im ganzen Land teilnahmen, führte zu vorzeigbaren Ergebnissen: Im Landtag und bei den Fraktionen gingen zahlreiche Protestresolutionen ein.¹⁷⁸ Zugleich initiierte die SED eine Pressekampagne, in der sie die »fortschrittlich« gesinnten Kreisverbände von CDU und LDP, welche den Zweijahresplan unterstützten, lobte und die Verweigerer attackierte.¹⁷⁹ Auf der anderen Seite wurden die »bürgerlichen« Abgeordneten zur gleichen Zeit von vielen Parteimitgliedern an der Basis und anderen Menschen darin bestärkt, den Konfrontationskurs endlich einmal durchzuhalten und der SED offensiv entgegenzutreten. Die CDU-Fraktion habe noch nie so viel Zustimmung im Lande gefunden, wie nach ihrem Veto im Landtag, stellte Ernst Zborowski zufrieden fest.¹⁸⁰ Unter dem Ein-

¹⁷⁵ Vgl. ebd., S. 537; »Ost-LDP und Ost-CDU gegen SED-Zweijahresplan«, in: Der Tagesspiegel vom 10.9.1948.

¹⁷⁶ Vgl. F. SÄTLER, Wirtschaftsordnung im Übergang/1, 2002, S. 498f.

¹⁷⁷ Telefonische Durchsage des Kreisvorstands der SED Potsdam vom 11.9.1948 (Abschrift), in: ACDP, 03-33, Nr. 161, o. Bl. Auch zit. bei M. RICHTER, Ost-CDU, 1991, S. 98. – Vgl. auch »Propagandawirbel gegen Blockpolitik«, in: Neue Zeit vom 16.9.1948.

¹⁷⁸ Vgl. BLHA, Rep. 201, Nr. 100; BLHA, Rep. 333, Nr. 905, Bl. 197–199; ACDP, 03-33, Nr. 161.

¹⁷⁹ Vgl. F. REINERT, Brandenburgs Parteien 1945–1950, 1995, S. 175f. u. 240, Anm. 69; M. RICHTER, Ost-CDU, 1991, S. 98; »Unfruchtbare Obstruktion«, in: Märkische Volksstimme vom 10.9.1948.

¹⁸⁰ Protokoll der Sitzung des engeren CDU-Landesvorstands Brandenburg am 22.9.1948, 7 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 1, o. Bl., S. 5. – Vgl. auch das Schreiben der CDU-Kreisgeschäftsstelle Eberswalde an Ernst Zborowski vom 10.9.1948, in: ACDP, 03-33, Nr. 161, o. Bl.

druck der Angriffe rückten die Abgeordneten der »bürgerlichen« Parteien enger zusammen. Bei der CDU stand die Überlegung im Raum, angesichts der Hetze eine Stellungnahme der Fraktion in der eigenen Presse bezüglich ihres Verhaltens zu veröffentlichen.¹⁸¹ Der Vorstand des CDU-Landesverbands reichte Mitte September bei der SMA eine schriftliche Beschwerde über das aggressive Vorgehen der SED ein.¹⁸²

Im Endergebnis blieb den »bürgerlichen« Fraktionen allerdings nichts Anderes übrig, als sich dem Willen der SED zu beugen. Nach einigen Vermittlungsgesprächen zwischen den Parteien, an denen auch Ministerpräsident Steinhoff und der Landtagspräsident beteiligt waren, mäßigte sich der Ton. Außerdem drängte die SMA-Landesverwaltung Christ- und Liberaldemokraten zu einer Einigung. Auf dem Erfurter Parteitag der Union am 18. bis 20. September forderte Oberst Tjulpanow die CDU unmissverständlich dazu auf, den Zweijahresplan anzuerkennen.¹⁸³ Bevor sich der Landtag von Brandenburg erneut mit dem Wirtschaftsplan beschäftigte, wurde das Thema im Landesblockausschuss erörtert. Hier zeigten sich die SED-Vertreter von den Klagen der »bürgerlichen« Parteien über die Art und Weise der Kampagne gegen sie keineswegs beeindruckt. Der paritätische Landesvorsitzende der Einheitspartei, Paul Bismark, räumte zwar ein, dass es zu einer Reihe »von unglücklichen Zufällen« gekommen sei. Im Übrigen hielt er das Vorgehen gegen CDU- und LDP-Mitgliedern mit »reaktionärer« Gesinnung aber für gerechtfertigt. Den Parteien sei damit sogar letztlich geholfen, wenn man diese Kreise erkenne und sie politisch bloßstelle. Die SED sei weiterhin an einer guten Zusammenarbeit im Landesblockausschuss gelegen. Auch den anderen Parteien sei es schon passiert, dass sie über das Ziel hinausschossen. Die Vertreter der CDU und der LDP nahmen diese halbe Entschuldigung trotzdem mit einer gewissen Genugtuung auf. Ernst Zborowski und Ingo von Koerber erklärten sich schließlich dazu bereit, gemeinsam einen Antrag auszuarbeiten, der die Unterstützung der »bürgerlichen« Seite im Landtag für den Zweijahresplan eindeutig belegen werde.¹⁸⁴

In der Parlamentssitzung am 7. Oktober 1948 verlas Friedrich Ebert nach einigen selbstkritischen Bemerkungen zu seiner Rolle während der vorausge-

¹⁸¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des engeren CDU-Landesvorstands Brandenburg am 22.9.1948, in: ACDP, 03-33, Nr. 1, S. 5f.

¹⁸² Vgl. das Schreiben von Ernst Zborowski an die SMA Brandenburg vom 14.9.1948, 2 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 161, o. Bl.

¹⁸³ Vgl. R. Th. BAUS, *Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands*, 2001, S. 452.

¹⁸⁴ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 27.9.1948, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), *Protokolle des Landesblockausschusses*, 1994, S. 204–209, hier S. 207f. – Vgl. auch den Bericht von Kurt Seibt über die Arbeit des Landessekretariats auf der Sitzung des erweiterten SED-Landesvorstands Brandenburg am 8. u. 9.10.1948, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 14, Bl. 104–131, bes. Bl. 128f.

gangenen Sitzung eine gemeinsame EntschlieÙung aller Parteien. In ihr wurden die Bevölkering und die Abgeordneten dazu aufgerufen, sich an der Umsetzung des Plans engagiert zu beteiligen. Von der ursprünglichen Absicht der SED, den Plan zur Grundlage der Landtagsarbeit zu erklären, war in der Resolution allerdings keine Rede mehr. Ohne weitere Aussprache wurde die EntschlieÙung von den Abgeordneten einstimmig angenommen.¹⁸⁵ Der Versuch der Union, über die Verabschiedung von gesonderten Richtlinien Einfluss auf die Durchführung des Wirtschaftsplans zu nehmen, scheiterte mehrfach am Veto der SMA.¹⁸⁶ Das Thema des Zweijahresplans rückte nun stärker in den Blick des Zentralen Blockausschusses, des DWK-Plenums sowie des Deutschen Volksrats. Eine formelle Verabschiedung eines besonderen Gesetzes durch den Landtag gab es in Brandenburg nicht.¹⁸⁷

In Thüringen formierte sich ebenfalls Widerstand gegen die Absichten der DWK. Als die SED-Fraktion am 22. Juli 1948 im Landtag den Antrag einbrachte, die Landesregierung damit zu beauftragen, zur Erfüllung des Halbjahresplanes für 1948 und des Zweijahresplans 1949/50 ein Bündel an Maßnahmen einzuleiten, machten die »bürgerlichen« Fraktionen erheblichen Klärungsbedarf geltend. In einer ausführlichen Stellungnahme erläuterte Alfred Fuhlrodt (LDP), dass die Liberaldemokraten dem Ansinnen nicht ohne Weiteres zustimmen könnten. Bei dem SED-Antrag handele es sich zunächst lediglich um ein »Parteiprojekt, um einen einseitigen Parteivorschlag.«¹⁸⁸ Fuhlrodt forderte ein Mitspracherecht für seine Fraktion. Außerdem nutzte er die Gelegenheit, um auch auf die grundsätzlichen politischen Verhältnisse in der SBZ einzugehen. Die Benachteiligung der nichtsozialistischen Parteien benannte Fuhlrodt als zentrales Problem. Eine gedeihliche Zusammenarbeit sei kaum möglich, solange die SED, bei der er einen Totalitätsanspruch ausmachte, bei jeder Gelegenheit Diffamierungsversuche gegen andere Meinungen starten würde. Fuhlrodt erklärte die Prinzipien der Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung zu wesentlichen Grundlagen der Demokratie.¹⁸⁹ Diverse Zwischenrufe aus den Reihen der SED machten indes deutlich, dass die Auffassungen in diesem Punkt weit auseinandergingen. In den Beiträgen der nachfolgenden SED-Redner kam

¹⁸⁵ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 44. Sitzung am 7.10.1948, in: AVLTB/I, S. 568–577, bes. S. 569f. – Vgl. »Brandenburg. Auf kaltem Wege zum »Zweijahresplan«, in: Der Tagesspiegel vom 9.10.1948.

¹⁸⁶ Vgl. die Anträge der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg, welche vor den Plenarsitzungen zurückgezogen, abgesetzt oder von der SMA abgelehnt wurden, o. D. [1949], in: BLHA, Rep. 201, Nr. 106, Bl. 3–5, bes. Bl. 4.

¹⁸⁷ Vgl. F. SÄTTLER, Wirtschaftsordnung im Übergang/2, 2002, S. 685f.

¹⁸⁸ Antrag der SED-Landtagsfraktion Thüringen vom 10.7.1948 (Drucksache Nr. 411), in: AVThLT/II.2, S. 876f.

¹⁸⁹ Thüringer Landtag, 1. WP, 45. Sitzung am 22.7.1948, in: AVThLT/I.2, S. 1655–1687, bes. S. 1665–1667 (Beitrag Alfred Fuhlrodt, LDP).

der mehr oder weniger unverhohlene Anspruch auf politische Führerschaft zum Ausdruck. Kritische Stimmen aus den »bürgerlichen« Reihen wurden als ewiggestrig gebrandmarkt und mit herablassenden Kommentaren bedacht. Der Fraktionsvorsitzende der LDP, Hermann Becker, war jedoch nicht bereit, den von der SED reklamierten Anspruch unwidersprochen hinzunehmen:

»Bis jetzt, meine Damen und Herren, seit dem Jahre 1945, hat man nicht ein einziges Mal gefragt, wo die moralische, politische und tatsächliche Berechtigung einer antifaschistischen Partei, die nicht die SED ist, im politischen Kräftespiel liegt. Und ich kann Herrn Kollegen Heilmann beantworten, mit welchem Recht wir unseren Anspruch erheben. Der liegt in der Tatsache, daß wir eine politische Partei sind, daß wir eine politische Potenz darstellen, daß wir die zweitstärkste politische Partei sind in diesem Lande, und daß es selbst in einer lebendigen Demokratie nicht geht, daß irgendeine Partei, mag sie noch so gute Pläne aufstellen, sich dadurch übersteigert und über andere Parteien erhebt, die diesen Weg noch nicht gegangen sind [...], und diese Partei[en] beiseite schiebt. In einer lebendigen Demokratie gibt es das Recht der Minorität. [...] Meine Damen und Herren! Aus diesem Grunde erheben wir mit Fug und Recht den Anspruch, auch in diesem Zusammenhang nicht in irgend einer Weise auch nur an die Seite gestellt zu werden oder nicht in derselben Weise bei diesen wirtschaftspolitischen Dingen mitzusprechen.«¹⁹⁰

Anders als in Brandenburg, wo die Union energisch gegen die Wirtschaftsplanung auftrat, übernahm in Weimar die LDP die Rolle des schärfsten Opponenten. Die thüringische CDU-Fraktion trug die Argumentation der Liberaldemokraten weitgehend mit. Der einzige CDU-Redner, der in der Debatte das Wort ergriff, hob die Gleichberechtigung der privaten Wirtschaft als zentrales Anliegen hervor. Zudem setzte er sich für die Rechte der vermögenden Bauern ein und forderte eine Ausrichtung des Wirtschaftsplans nach sozialen Gesichtspunkten.¹⁹¹ Nach einer Debatte, die sich über vier Stunden hinzog, wurde der SED-Antrag an den Wirtschaftsausschuss überwiesen.¹⁹²

Nach ausführlichen Beratungen, die Anfang September 1948 stattfanden und an denen neben dem Ausschuss für Wirtschaft, Handel und Versorgung auch Mitglieder des Landwirtschaftsausschusses, Vertreter der Fachministerien

¹⁹⁰ Ebd., S. 1672f. (Beitrag Hermann Becker, LDP).

¹⁹¹ Vgl. ebd., S. 1667f. (Beitrag Georg Grosse, CDU).

¹⁹² Vgl. ebd., S. 1681. – Vgl. auch das Schreiben der LDP-Landtagsfraktion Thüringen an die LDP-Parteileitung vom 27.7.1948, 3 S., in: ADL, L 5, Nr. 132, o. Bl., S. 1. – »Wirtschaftsdebatte im Thüringer Landtag«, in: Der Morgen vom 23.7.1948.

und anderer staatlicher Institutionen sowie der Massenorganisationen beteiligt waren, wurde dem Plenum ein Bericht vorgelegt, der sich inhaltlich in mehrere Punkte aufgliederte. Diese erfassten die zentralen Bereiche des Wirtschaftslebens in Thüringen wie den Ausbau der vorhandenen Stromkraftwerke, die Einbeziehung des Handwerks in den Wirtschaftsplan, die Einbringung der Ernte und die Erfüllung des Ablieferungssolls sowie Hilfsmaßnahmen für Neubauern. Für jeden dieser Unterabschnitte hatte der Ausschuss eine Entschließung vorbereitet, die dem Landtag zur Annahme empfohlen wurde.¹⁹³ Die Abstimmungen über diese Entschließungen, die am 8. Oktober jeweils einstimmig angenommen wurden, konnten jedoch nicht so überraschen wie die Auseinandersetzungen um die Rede des LDP-Abgeordneten Friedrich Schomerus.¹⁹⁴ In der allgemeinen Aussprache über den Bericht des Wirtschaftsausschusses übernahm Schomerus, der sich als altgedienter Kommunalpolitiker und langjähriger Personalchef der Carl-Zeiss-Stiftung in Jena große Verdienste erworben hatte, die Begründung für seine Fraktion. Obwohl Schomerus' Ausführungen durchaus wohlwollend begannen, indem er die Bereitschaft der LDP zur Annahme des Wirtschaftsplans bekräftigte, kam er in der zweiten Hälfte der Rede auf die schweren Missstände zu sprechen, die aus der Sicht der Liberaldemokraten abgestellt werden müssten. Die von der SED eingeleitete Kampagne zur Propagierung des Wirtschaftsplans hielt er für kontraproduktiv:

»Die Leute haben sich doch nicht so zwingen lassen, wie das die Nazis erwartet und erhofft haben. Auch jetzt wird man das nicht erreichen, auch nicht durch geschickte Propaganda, daß unser Volk sich in eine bestimmte Richtung hineinpressen läßt. Propaganda mag gut sein. Wenn sie aber übertrieben wird, wird das Volk mißtrauisch und lehnt die Propaganda ab. [...] Wenn die Menschen sich bedrückt fühlen, ihre Meinung nicht frei vertreten und äußern können, und wenn sie finden, daß sie in eine bestimmte Richtung gepreßt werden sollen, werden sie mürrisch und ablehnend. Nach jahrelangem Druck wollen sie sich jetzt endlich selbst bestimmen, in eigener Verantwortung ihr politisches und kulturelles Dasein formen.«¹⁹⁵

¹⁹³ Vgl. den Bericht des Ausschusses für Wirtschaft, Handel und Versorgung des Thüringer Landtags vom 7., 8. u. 9.9.1948 (Drucksache Nr. 448), in: AVThLT/II.2, S. 933–938.

¹⁹⁴ Zur Biografie von Friedrich Schomerus siehe L. GROLLE, Friedrich Riclef Schomerus, 2008; J. LENGEMANN, Thüringische Landesparlamente, 2014, S. 597–599; R. SPRINGER, Biographische Studien, 2003.

¹⁹⁵ Thüringer Landtag, 1. WP, 49. Sitzung am 8.10.1948, in: AVThLT/I.3, S. 1869–1910, hier S. 1879 (Beitrag Dr. Friedrich Schomerus, LDP).

Als Mitglied des Lehrkörpers der Universität Jena ging er darüber hinaus auf mehrere Fälle an der Hochschule ein, in denen jungen Menschen aus politischen Gründen das Studium verweigert worden war. Diese Geschehnisse standen im Zusammenhang mit dem Bestreben der SED, an der bislang vergleichsweise freiheitlich geführten Universität mit ihren starken »bürgerlichen« Hochschulgruppen die Oberhand zu gewinnen. Die Zerschlagung einer studentischen Widerstandsgruppe im Sommer 1948 durch den NKWD und die Vertreibung mehrerer Dozenten boten dafür eindringliche Belege.¹⁹⁶ Für Schomerus war ein solches Vorgehen nicht hinnehmbar. Hochqualifizierte junge Menschen seien notwendig, um den Aufbau der Wirtschaft voranzubringen, so der Liberaldemokrat. Für die Entlassung der Studenten und die verweigerte Aufnahme an der Hochschule machte Schomerus »irgendwelche dummen Gründe« verantwortlich, zudem seien Engherzigkeit und Kurzsichtigkeit im Spiel:

»Wenn man so vorgeht, daß man hochbegabte junge Menschen vom Studium aus irgendwelchen Gründen fernhält, dann knebelt man die Zukunft. Das ist das Gegenteil von Fortschritt, es ist fortschrittsfeindlich und fortschrittshemmend. (*Zuruf von der LDP: Sehr richtig!*) Das ist nicht fortschrittlich, auch wenn man das Wort Fortschritt zehnmal täglich in den Mund nimmt. (*Zuruf von der LDP: Sehr gut!*)«¹⁹⁷

Diese deutlichen Worte provozierten bei der SED die zu erwartenden Reaktionen. Gleich nach Beendigung seiner Rede rief der Landtagspräsident Schomerus wegen der Verwendung des Ausdrucks »dumme Gründe« zur Ordnung. Ministerpräsident Eggerath erklärte daraufhin, dass die geäußerten Vorwürfe jeder Grundlage entbehrten. Die Linie der Propagierung des Wirtschaftsplans und der Mobilisierung in der Bevölkerung verteidigte er eindringlich. Hauptsächlich hätten die großen amerikanischen Konzerne und die ehemaligen Besitzer der Volkseigenen Betriebe ein Interesse daran, das wirtschaftliche Leben in der SBZ zu behindern:

»Diese Kräfte, die ich jetzt nur andeute, beschränken sich nicht nur auf Propaganda. Sie führen in unserer Zone auch eine aktive Agententätigkeit durch. [...] Deshalb können und werden wir nicht zulassen, daß eine

¹⁹⁶ Vgl. dazu E. NEUBERT/Th. AUERBACH, *Opposition und Widerstand in Thüringen*, 2005, S. 30–32; T. KAISER, *Transformaton einer Traditionsuniversität*, 2009, S. 611–615; J. LOUIS, *LDP-Hochschulgruppe*, 1995; DERS., *Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen*, 1996, S. 180–183; S. SCHLEGEL, *Sowjetische Militäradministration*, 2007; E. SCHULZ, *Die bürgerlichen Professoren*, 1996.

¹⁹⁷ Thüringer Landtag, 1. WP, 49. Sitzung am 8.10.1948, in: AVThLT/I.3, S. 1880 (Beitrag Dr. Friedrich Schomerus, LDP).

solche Art der Propaganda in unserer Zone zur Entfaltung kommt. Wir werden in jedem Falle den Trägern solcher feindlichen Ideen und jeder bewußten Agententätigkeit sofort das Handwerk legen, möge man jetzt darüber Zeter und Mordio schreien wie man will.«¹⁹⁸

Solche Ausführungen konnten viele Abgeordnete in den »bürgerlichen« Fraktionen als eine unmissverständliche Drohung auffassen. Sie veranlassten die Liberaldemokraten dazu, nach der Mittagspause noch einmal ihre Position klarzustellen. Friedrich Schomerus gab eine persönliche Erklärung ab, in der er unterstrich, dass die LDP nicht gegen den Zweijahresplan auftrete. Man lasse sich nicht durch den Ministerpräsidenten in eine gegnerische Stellung hineinmanövrieren. Auch den Vorwurf der SED, er verteidige faschistisch gesinnte Studenten, wies Schomerus entschieden zurück. Am Ende bemühte er sogar die Schriften Stalins, um den Angriffen auf seine Person entgegnenzutreten.¹⁹⁹

3. Die Beschlüsse von Werder im Juli 1948

Die Diskussionen um die DWK und die Wirtschaftspläne markierten einen wichtigen Einschnitt auf dem Weg in den von der SED-Führung angestrebten zentralistischen Sozialismus Stalin'scher Prägung. Er stand im Zusammenhang mit den grundsätzlichen Veränderungen, die sich seit dem Sommer 1948 verstärkt bemerkbar machten. Der endgültige Bruch der »Anti-Hitler-Koalition« und die konfrontative Zuspitzung des Ost-West-Gegensatzes zeitigten gravierende Auswirkungen auf das politische Klima und die Parteienlandschaft in der SBZ. Auch die Landesparlamente waren von diesem Wandel, der sich zwar schon in den Jahren zuvor abgezeichnet hatte, der nun aber an Dynamik und Schärfe deutlich zunahm, betroffen.²⁰⁰ Die Konferenz von Werder erwies sich in diesem Prozess als eine wichtige Etappe. Bei der Festigung der Machtverhältnisse in der SBZ zugunsten der SED kam ihr eine tragende Rolle zu.²⁰¹

Am 23. und 24. Juli 1948 trafen sich auf Einladung der Abteilung Landespolitik beim Zentralvorstand der SED hochrangige Funktionäre zur 1. Staatspolitischen Konferenz. Neben den Mitgliedern des Parteivorstands und den Vorsitzenden der SED-Landesverbände nahmen auch leitende Mitarbeiter der DWK, der Zentralverwaltungen und Landesregierungen sowie der Massenor-

¹⁹⁸ Ebd., S. 1881 (Beitrag Werner Eggerath, SED).

¹⁹⁹ Ebd., S. 1896f. (Beitrag Dr. Friedrich Schomerus, LDP).

²⁰⁰ Vgl. J. FOITZIK, Zum Verhältnis zwischen SED und Besatzungsmacht, 2000, S. 57.

²⁰¹ Vgl. W. Eisert, Zu den Anfängen der Sicherheits- und Militärpolitik, 1994, S. 169. – Zur offiziellen DDR-Sicht vgl. H. FIEDLER, SED und Staatsmacht, 1974, S. 207f.

ganisationen an der Tagung teil. Im Festsaal des traditionsreichen Ausfluglokals »Rauenstein« über den Dächern der Havelstadt Werder beriet die SED-Führung zwei Tage lang über den künftigen politischen und wirtschaftlichen Kurs. Walter Ulbricht widmete sich in dem Hauptreferat den »gegenwärtigen Aufgaben unserer demokratischen Verwaltung«. Um die wirtschaftlichen Zielsetzungen, die in dem Zweijahresplan formuliert waren, zu erfüllen, hob Ulbricht die stärkere Zentralisierung und Vereinheitlichung der Verwaltung sowie den Ausbau des Einflusses der staatlichen Organe als notwendige Maßnahmen hervor. Der SED wies er dabei die unmissverständliche Leitfunktion zu. Mittels verschiedener Maßnahmen sollte der Staatsapparat zum »staatlichen Parteiapparat« umgebaut werden.²⁰² Einerseits standen dabei der Gedanke einer parteipolitischen Profilierung der SED sowie ihre Umwandlung von der Massenpartei zur »Partei neuen Typus« im Vordergrund.²⁰³ Andererseits ging es darum, den Einfluss von Verwaltungsspezialisten, die entweder parteilos waren oder aber den »bürgerlichen« Parteien angehörten, noch weiter zurückzudrängen und sie stärker als bisher durch »fortschrittliche« Kräfte zu ersetzen. Unter dem Stichwort »Kampf dem Bürokratismus« wurde auf Beschluss der Konferenz von Werder eine Kampagne zur Säuberung der Verwaltung von »Feinden der Demokratie, Agenten, Schumacherleuten, Spionen [und] Saboteuren« vorangetrieben. Die Zentrale Kontrollkommission sowie die ihr nachgeordneten Instanzen auf Landesebene erhielten deshalb umfassende Vollmachten übertragen.²⁰⁴

Eine weitere Frage, die in Werder erörtert wurde, betraf die Umstrukturierung der Landesregierungen. Mit der Aufstellung des sogenannten Normalstrukturplanes ordnete die DWK in den Ländern die Einrichtung von acht wirtschaftsleitenden Hauptabteilungen an, von denen die vier entscheidenden – nämlich die Hauptabteilungen für Wirtschaftsplanung, Materialversorgung, Schutz des Volkseigentums und Kontrolle – nicht den jeweiligen Fachressorts in den Landeshauptstädten, sondern dem Ministerpräsidenten direkt unterstellt wurden. Ihre Anweisungen erhielten diese neuen Hauptabteilungen aber von der DWK in Berlin. Hierdurch büßten die Länder ihre bislang zumindest formal noch bestehende Eigenständigkeit in der Wirtschaftspolitik vollends ein.²⁰⁵

²⁰² Vgl. W. EISERT: Zu den Anfängen der Sicherheits- und Militärpolitik, 1994, S. 169. – Vgl. auch die Entschließung der Staatspolitischen Konferenz der SED am 23. u. 24.7.1948 in *Werder/Havel zur demokratischen Festigung der staatlichen Verwaltung*, abgedr. in H. FIEDLER, *SED und Staatsmacht*, 1974, S. 279–281; F. REINERT, *Brandenburgs Parteien 1945-1950*, 1995, S. 169f.

²⁰³ Vgl. J. FOITZIK, *Zum Verhältnis zwischen SED und Besatzungsmacht*, 2000, S. 57.

²⁰⁴ Beschluss der Staatspolitischen Konferenz der SED am 23. u. 24.7.1948 in *Werder/Havel über die Stellung der SED zur Personalpolitik in der Verwaltung*, abgedr. in: H. FIEDLER, *SED und Staatsmacht*, 1974, S. 282–286, hier S. 283. – Vgl. auch H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, *Das Land Brandenburg*, 1998, S. 267.

²⁰⁵ Vgl. H. MIELKE, *Die Auflösung der Länder*, 1995, S. 50.

In Ulbrichts Worten ging es darum, den Neuaufbau »auf der Grundlage einer einheitlichen Wirtschaft« zu betreiben.²⁰⁶ Ein Großteil der beschriebenen Maßnahmen war zwar bereits im Vorfeld der Konferenz auf den Weg gebracht worden, Werder bot der SED-Führung aber das Forum, um die avisierten Schritte den leitenden Parteifunktionären darzulegen und den Apparat auf die beschlossene Richtung einzuschwören.

Was die künftige Bedeutung der Landtage betraf, waren die Vorstellungen ebenfalls sehr klar: Der Kurs, den Walter Ulbricht bereits Ende April auf der Tagung der Landtagspräsidenten und der juristischen Vertreter aus den Landesverbänden verkündet hatte, wurde in Werder konsequent weiterverfolgt. Aufgrund ihrer übergeordneten Stellung, die sie als das oberste wirtschaftliche Verwaltungsorgan in der SBZ besitze, liege die Leitung und Kontrolle bei der Durchführung des Zweijahresplans allein bei der DWK. Die Länderparlamente seien hingegen für die Verabschiedung von Entschlüssen verantwortlich, welche den Wirtschaftsplan konkretisierten. Überhaupt könne man nicht davon sprechen, dass die Landtage ihrer Gesetzgebungskompetenz beraubt würden oder dass man sie politisch gänzlich ausschalten wolle.²⁰⁷ Diesen Punkt betonte Ulbricht mehrfach. Vielmehr schwebte ihm eine Form der legislativen »Arbeitsteilung« vor, wobei die übergeordnete Entscheidung stets bei den zentralen Stellen, namentlich der DWK, zu liegen habe. Fortan sollten die Landtage als ausführende Organe der SED-Politik dienen. Als »arbeitenden Körperschaften« werde ihnen die Verantwortung für die Durchführung der Wirtschaftsplanung und der zonalen Gesetze übertragen.²⁰⁸

Der Vorstoß verdeutlicht die komplette Neuinterpretation der verfassungsrechtlichen Gegebenheiten in der Besatzungszone: Hatte die SED-Führung bislang die Existenz der Landtage als Verfassungsorgane weitgehend akzeptiert, solange man sich dort der Mehrheiten sicher war und über Möglichkeiten verfügte, die Geschehnisse im Sinne der eigenen Interessen lenken zu können, ging es nun um die vollständige Umdeutung solcher zentralen Begrifflichkeiten wie »Demokratie« und »Selbstverwaltung« im sozialistischen Sinne. Habe früher ein Gegensatz zwischen der staatlichen Verwaltung und dem Parlament bestanden, erläuterte Walter Ulbricht, verfügten nun die Arbeiterklasse und die Werktätigen in den Volksvertretungen über den entscheidenden Einfluss. Auch der Staatsapparat werde von »fortschrittlichen« Kräften beherrscht. Für den alten Gegensatz zwischen Exekutive und Legislative gebe es demnach »keine objektive Grundlage« mehr. Daraus zog Ulbricht die Schlussfolgerung:

²⁰⁶ Stenografische Niederschrift über die 1. Staatspolitische Konferenz in Werder am 23. u. 24.7. 1948 in Werder/Havel, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1.01, Nr. 95, Bl. 3–215, hier Bl. 23.

²⁰⁷ Ebd., Bl. 24.

²⁰⁸ Ebd., Bl. 29.

»Wir müssen uns von den traditionellen Vorstellungen der formalen bürgerlichen Demokratie, von den Spielregeln des bürgerlichen Parlamentarismus frei machen. Ich sage das nicht nur so allgemein, sondern speziell einigen unserer Genossen, die in der parlamentarischen Tätigkeit in den Ländern eine sehr aktive Rolle spielen, und einigen ihrer juristischen Berater, die uns manchmal mit solchen schönen Gesetzen beglücken, die sogar, wie es vorgekommen ist, Gesetze im Landtag einreichen, ohne dass die SED-Minister oder das Landessekretariat davon eine Ahnung haben. Das soll man jetzt beseitigen und sich bewusst sein, dass auch in parlamentarischer Hinsicht neue Methoden und Formen entwickelt werden müssen.«²⁰⁹

Nicht die Landtage, sondern der Staatsapparat wurde von Ulbricht zum entscheidenden Organ deklariert. Es genüge daher nicht mehr, in den Parlamausschüssen präsent zu sein und dort Beschlüsse zu fassen. Vielmehr gehe es darum, dass die Vertreter der Massenorganisationen fortan mit dem Staatsapparat zusammenarbeiten sollten.²¹⁰ Mit Blick auf die bisherige Arbeit der Volksvertretungen forderte Ulbricht eine Reduzierung der legislativen Tätigkeit:

»Wir sind überhaupt der Meinung, dass man etwas weniger Gesetze machen soll (*Heiterkeit*), vor allen Dingen in den Ländern. (*Erneute Heiterkeit.*) Man hat mir erzählt, dass in einem Lande der Landtagspräsident, unser Genosse, sich manchmal vor der Landtagstagung die grössten Sorgen darüber macht, was für Gesetze man eigentlich noch einbringen kann. (*Heiterkeit.*) [...] Ich möchte also, dass wir im allgemeinen die Ausarbeitung von Gesetzen rationieren. [...] Das wird es auch den Verwaltungsangestellten ermöglichen, sich besser zurechtzufinden, und die Gesetze, die dann angenommen werden, werden auch grössere Autorität hinter sich haben, und dann kann man auch eine Kampagne für ein Gesetz besser führen. Jetzt geht einem ja dabei die Puste aus. (*Heiterkeit.*) [...] Wir sollten also die Gesetze etwas sorgfältiger vorbereiten und

²⁰⁹ Ebd., Bl. 28. – Es ist sehr wahrscheinlich, dass die ironischen Anspielungen Ulbrichts auf den Landtagspräsidenten August Frölich in Thüringen zielten, der mehrfach eigenständig und ohne Absprache mit der SED-Landesführung agiert hatte. Frölich konnte an der Konferenz in Werder persönlich nicht teilnehmen, weil er am 23. u. 24.7.1948 zwei Sitzungen des Landtags in Weimar leitete. Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 46. Sitzung am 23.7.1948, in: AVThLT/I.3, S. 1773–1818, bes. S. 1773; Thüringer Landtag, 1. WP, 47. Sitzung am 24.7.1948, in: ebd., S. 1819–1838, bes. S. 1829.

²¹⁰ Stenografische Niederschrift über die 1. Staatspolitische Konferenz in Werder am 23. u. 24.7.1948 in Werder/Havel, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1.01, Nr. 95, Bl. 133f.

überlegen, uns erst mit Berlin verständigen und auch etwas Geduld an den Tag legen.«²¹¹

Um den Funktionswandel umzusetzen, forderte Walter Ulbricht neben der quantitativen Einschränkung bei der Gesetzgebung und ihrer besseren Koordinierung mit dem zentralen Parteiapparat in Berlin ein neues Parlamentsverständnis ein. Dieses zielte darauf ab, die klassische Rolle der Landtage als Orte der Debatte aufzugeben und schneller als bisher zu messbaren Ergebnissen zu kommen. Es gelte, so lautete seine Anweisung an die Parteigenossen, kleinliche Diskussionen mit den »bürgerlichen« Fraktionen im Plenum künftig zu vermeiden:

»Ich selbst habe einige solcher Debatten im Parlament miterlebt, wo wir zwar die Bürgerlichen geschlagen haben, wo es mir aber nicht recht wohl dabei war. (*Sehr richtig!*) Warum? Weil das breite Auswalzen von solchem Dreck im Parlament die demokratische Ordnung diskreditiert. (*Erneute Zustimmung.*) Unsere Genossen sollen etwas zurückhaltender sein, wenn dreckige Wäsche gewaschen wird. Wir sollen in den Parlamenten einmal unseren Standpunkt darlegen und damit fertig und nicht fünf- oder zehnmal zu den Fragen sprechen. Auch in dieser Beziehung etwas solidere Arbeit und sorgfältiger überlegen, zu welchen Fragen wir auftreten, wie man eine Parlamentsberatung durchführt, damit nicht irgendeine Dreckgeschichte in den Mittelpunkt kommt und die Zuhörer dann im ganzen Land erzählen, was für Quatschköpfe dort im Parlament sitzen.«²¹²

Die von Ulbricht in Werder geforderten »neuen Methoden und Formen« wurden auf der nächsten Konferenz der Landtagspräsidenten am 28. September 1948 in Berlin näher erläutert. Ausgehend von dem bereits verkündeten Kurs zur Realisierung der zentralen Wirtschaftsplanung versuchte Wilhelm Koenen, den Vertretern aus den Landesparlamenten die neue Situation zu verdeutlichen. Er beschrieb die bisherige verfassungsrechtliche Stellung der Landtage als ein Produkt der besonderen deutschlandpolitischen Situation, mit der sich die SMAD und die SED konfrontiert sahen. So hätten die föderalistischen Entwicklungen in den drei westlichen Besatzungszonen seit den Wahlen von 1946 dazu gezwungen, eine Länderpolitik zu betreiben, die über die eigentlichen sozialistischen Vorstellungen, wie sie etwa Friedrich Engels beschrieben habe, hinaus-

²¹¹ Ebd., Bl. 25f.

²¹² Ebd., Bl. 27f.

gegangen sei. Den bisherigen Zuständen haftete demnach etwas Provisorisches an. Im Zeichen einer zentralen Wirtschaftslenkung würde der Parlamentarismus allerdings die größten Schwierigkeiten bereiten.²¹³ Mit Blick auf die Entwicklung der letzten Jahre zog Koenen das Resümee, dass die »bürgerlichen« Parteien immer wieder versucht hätten, die Landtage für ihre Zwecke zu nutzen, um Gesetzesvorhaben der SED zu blockieren oder sie zumindest abzuschwächen. Man habe Mühe und Not genug gehabt, das zu verhindern. Letztlich sei es aber der Besatzungsmacht zu verdanken, dass sie mit ihren Befehlen unter die Manöver der »Bürgerlichen« einen Schlusstrich gezogen habe.²¹⁴

Fortan müsse es darum gehen, alles zu tun, »um die traditionellen Vorstellungen der bürgerlichen formalen Demokratie und des reinen bürgerlichen Nur-Parlamentarismus zu überwinden«. Weil die »fortschrittlich« gesinnten Teile der Arbeiterklasse und der Werktätigen die Mehrheit in der Bevölkerung stellten, sei das Parlament nur das ausführende gesetzgebende Organ, das ausschließlich im Interesse des schaffenden Volkes die notwendigen Gesetze beschließe. Laut Koenen entwickelte sich die SBZ in Richtung der Volksdemokratie. Er warnte allerdings davor, diesen Begriff allzu häufig zu gebrauchen, weil er auf die »bürgerlichen« Parteien vorläufig noch abschreckend wirke.²¹⁵ Es sei damit zu rechnen, dass die CDU und die LDP, für die die Landtage Koenen zufolge »eine Form der Agitation, der zersetzenden Kritik und der Behinderung fortschrittlicher Maßnahmen« darstellten²¹⁶, dem Funktionswandel Widerstand entgegenbrächten. Deshalb sei bis auf Weiteres Vorsicht und taktische Zurückhaltung die Devise:

»Wenn [...] die Frage gestellt wird, ob die Landesparlamente etwa ausgeschaltet werden sollen, so ist ein solcher Zustand gegenwärtig gar nicht vorhanden, und wir müssen den Bürgerlichen eine solche Frage sofort zurückgeben als einen durchaus verfehlten Angriff. Von uns selbst aus darf keineswegs der Eindruck erweckt werden, als wenn mit Hilfe der DWK eine Reihe solcher Gesetze erlassen werden, die im Gegensatz zu den Auffassungen von Landesparlamenten stehen. Lieber sollen wir ein

²¹³ Stenografische Niederschrift über die Konferenz der Landtagspräsidenten in Berlin am 28.9.1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1.01, Nr. 99, Bl. 2–51, hier Bl. 6f. – Eine für Walter Ulbricht angefertigte Übersicht der Teilnehmer findet sich in SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13, Nr. 108, Bl. 69.

²¹⁴ Stenografische Niederschrift über die Konferenz der Landtagspräsidenten in Berlin am 28.9.1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1.01, Nr. 99, Bl. 9.

²¹⁵ Ebd., Bl. 22.

²¹⁶ Ebd., Bl. 25. – Vgl. auch das Material für Genossen Wilhelm Koenen für die Konferenz der Landtagspräsidenten in Berlin am 28.9.1948: »Das Verhalten der CDU und LDP in den Landtagen«, verf. von Bruno Kettner am 23.9.1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13, Nr. 108, Bl. 80–87.

paar Aussprachen mehr durchführen, um eine Verständigung zu erreichen.«²¹⁷

Gerade bei dem zuletzt genannten Punkt war eine leichte Abweichung von der Meinung Ulbrichts erkennbar, der in Werder ja gegen die »Quatschköpfe« in den Parlamenten gewettert hatte. Um die Auseinandersetzungen mit den Christ- und Liberaldemokraten zu bestehen, forderte Wilhelm Koenen nun die SED-Funktionäre dazu auf, die Instrumentarien der Massenmobilisierung und der Agitation viel stärker als bislang in die Plenarsäle zu tragen. Auch der Klassenkampf müsse verstärkt werden. Es werde darum gehen, alle »schönen Reden, die die Bürgerlichen halten, [...] zu analysieren, um zu versuchen, dem [sic!] Pferdefuß oder Klumpfuß zum Vorschein kommen zu lassen«. »Mögen sie noch so salbungsvoll reden. Wir werden den Kern schon herausfinden«, gab sich Koenen siegesgewiss.²¹⁸ Schließlich müsse die Blockpolitik verstärkt werden, um im Vorfeld der Landtagssitzungen eine Klärung im Landesblockausschuss herbeizuführen. Dieses Instrument sei in der Vergangenheit oftmals nicht konsequent genug zum Einsatz gekommen.²¹⁹ In der anschließenden Aussprache unterstützten sämtliche Anwesenden die Vorgaben der Parteiführung. Obwohl die Abteilung Landespolitik beim Zentralsekretariat der SED die organisatorische Vorbereitung und den Verlauf der Tagung kritisch bewertete, führte sie den Landtagspräsidenten noch einmal eindringlich vor Augen, welchem Kurs die Einheitspartei künftig in den Volksvertretungen zu folgen gedachte.²²⁰

4. »Bürgerliche« Fraktionen zwischen Anpassung und Widerstand

a) Parteikrise als Dauerzustand

Markierte die Konferenz von Werder im Juli 1948 eine bedeutungsvolle Wegmarke in der staatspolitischen Neuausrichtung, die mit der Umwandlung der SED zur »Partei neuen Typs« im engen Zusammenhang stand²²¹, brachte das Jahr 1948 ebenfalls für die »bürgerlichen« Parteien einschneidende Verände-

²¹⁷ Stenografische Niederschrift über die Konferenz der Landtagspräsidenten in Berlin am 28.9.1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1.01, Nr. 99, Bl. 11.

²¹⁸ Ebd., Bl. 24.

²¹⁹ Ebd., Bl. 25f.

²²⁰ Vgl. »Kritische Bemerkungen zur Landtagspräsidentenkonferenz am 28.9.1948«, verf. am 4.10.1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13, Nr. 108, Bl. 14f.

²²¹ Siehe dazu ausführlich A. MALYCHA, *Partei von Stalins Gnaden?*, 1996; DERS./P. J. WINTERS, *Die SED*, 2009, S. 64–67 u. 72–92.

rungen. Seit ihrer Gründung hatten weder die CDU noch die LDP eine Phase der innerparteilichen Beruhigung und Konsolidierung erlebt. Anstatt sich auf den eigenen Aufbau konzentrieren zu können, waren beide Parteien fortdauernd dazu gezwungen gewesen, durch schwere See zu steuern. Die Lage verschärfte sich noch dadurch, dass das Personal auf der Brücke mehrfach wechselte bzw. auf Druck der Besatzungsmacht ausgetauscht werden musste: Bei den Christdemokraten folgte auf die Absetzung des Parteivorsitzenden Andreas Hermes und seines ersten Stellvertreters Walther Schreiber im Herbst 1945 die Ausschaltung Jakob Kaisers Ende 1947. Erwies sich Kaiser als Galionsfigur des Anspruches der CDU auf Eigenständigkeit in der SBZ, konnte man das von den ungleich servileren Nachfolgern nicht behaupten. Weder Hugo Hickmann, der den Zonenverband fast zehn Monate lang kommissarisch leitete, noch der auf dem Erfurter Parteitag im September 1948 zum neuen Vorsitzenden gewählte Otto Nuschke besaßen das Format und die Unabhängigkeit Kaisers.

Zwar wies die LDP mit Wilhelm Külz ein deutlich höheres Maß an personeller Kontinuität in der Führung auf als die CDU. Allerdings hatten nicht zuletzt die Auseinandersetzungen um die Teilnahme an der Volkskongressbewegung deutlich vor Augen geführt, dass der Parteivorsitzende durchaus umstritten war. Nach Külzens Tod im April 1948 konnte sich sein glückloser Nachfolger Arthur Lieutenant, der einen Kurs zwischen politischer Eigenständigkeit und Kooperation verfolgte, nur kurze Zeit im Amt halten. Diese wenigen prominenten Beispiele lassen sich um unzählige weitere Fälle aus den Landesverbänden ergänzen. Sie alle konnten als Menetekel für den Zustand der beiden Parteien in der SBZ insgesamt verstanden werden: Unter den vorherrschenden Bedingungen erwies sich die Krise als ein Dauerzustand »bürgerlicher« Politik. Die Christ- und Liberaldemokraten waren Getriebene, ihr Parteileben bedeutete häufig kaum mehr als Krisenmanagement. Die ohnehin angespannte Situation verschärfte sich 1948 zusehends, als auch die letzten optimistischen deutschlandpolitischen Hoffnungen zerstoßen. Natürlich zeitigte all das Auswirkungen auf die Fraktionen in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen. Die überlieferten Akten vermitteln davon ein sehr anschauliches Bild.

In allen »bürgerlichen« Fraktionen konnte man eine wachsende Frustration über die begrenzten Möglichkeiten, Politik zu gestalten, beobachten. Die Klagen waren vielfältig. Sie begannen bei den materiellen Benachteiligungen und reichten bis zu den fehlenden politischen Gestaltungsmöglichkeiten. So wurde beispielsweise Anfang September 1948 in der brandenburgischen CDU-Landtagsfraktion die Beschwerde laut, dass Mitgliedern der Union niemals Kraftfahrzeuge zur Verfügung stünden. Dadurch werde es den Landtagsabgeordneten erheblich erschwert, den vom Parlament erteilten Aufträgen, etwa bei der Umsetzung des SMAD-Befehls Nr. 209 zur Schaffung von Neubauernhöfen,

nachzukommen.²²² In solchen Äußerungen manifestierte sich der Missmut über die grundsätzlichen Zustände. Hinzu kam, dass die Landesverbände infolge der doppelten Währungsreform in eine gravierende finanzielle Schieflage gerieten. Die brandenburgische LDP geriet bereits im Sommer 1948 an den Rand der Zahlungsunfähigkeit.²²³ In Thüringen war die Situation ähnlich.²²⁴ Für die Fraktionen, deren Kassen durch die regelmäßigen Abgaben der Parlamentarier aus ihren Aufwandsentschädigungen einigermaßen solide gefüllt waren, ergaben sich daraus ebenfalls Konsequenzen. Der CDU-Landesverband in Brandenburg nahm bei der Fraktion ein Darlehen auf. Bis zum Herbst 1949 stieg die Summe auf 2 000,- DM (Ost) an.²²⁵

Trotz der engen personellen und organisatorischen Bindungen kam es nicht selten zu Spannungen zwischen den Fraktionen und den Parteiorganisationen in den Ländern. Beispielsweise gehörte der CDU-Kreisverband Potsdam zu den schärfsten Kritikern der Landtagsarbeit. Mehrfach gingen beim Landesvorstand Beschwerden ein, dass die Unionsabgeordneten die Interessen der CDU nicht ausreichend verträten. Als die Fraktion Anfang Oktober 1948 mit dem Versuch scheiterte, einen Dringlichkeitsantrag zur Frage des Personalabbaus in der öffentlichen Verwaltung einzubringen und daraufhin Belehrungen von Friedrich Ebert und Willy Sägebrecht über sich ergehen lassen musste, verstärkte das die innerparteilichen Spannungen. Der Unmut wurde zusätzlich geschürt, als bekannt wurde, dass mehrere »bürgerliche« Abgeordnete gegen die eigenen Parteien gestimmt hätten. Genau diese drei Stimmen hatten gefehlt, um den Antrag der CDU durchzubringen. Die Potsdamer Unionsmitglieder meinten daraufhin einen Anspruch auf den »pflichtgemäßen und geschlossenen Einsatz der Landtagsfraktion« geltend machen zu müssen. Sie forderten die Volksvertreter dazu auf, für die Interessen der CDU im Plenum klar einzutreten. Offenbar war den Kritikern aus Potsdam unbekannt, dass es sich bei den drei »Abweichlern« nicht um Unionsabgeordnete, sondern um Mitglieder der LDP-Fraktion handelte.²²⁶

In Thüringen erklärte der Vorsitzende des CDU-Landesverbands Walther Rücker freimütig, dass die Fraktion selbstverständlich ein Teil des Verbandes sei

²²² Vgl. den Bericht des Amtes für Information des Landes Brandenburg über die Sitzung der CDU-Landtagsfraktion am 9.9.1948, in: BLHA, Rep. 203, Nr. 75, Bl. 623f., hier Bl. 624.

²²³ Vgl. den Tagebucheintrag von Wolfgang Schollwer zum 26.8.1948, abgedr. in: DERS., Potsdamer Tagebuch 1948-1950, 1988, S. 61f.

²²⁴ Vgl. J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 78f.

²²⁵ Vgl. die Aufstellung der Schulden des CDU-Landesverbands Brandenburg am 10.10.1949, in: LAB, E Rep. 200-35, Nr. 6, Bl. 45/2.

²²⁶ Schreiben des CDU-Kreisverbands Potsdam an den CDU-Landesvorstand Brandenburg vom 11.10.1948, in: ACDP, 03-33, Nr. 36, o. Bl. – Landtag Brandenburg, 1. WP, 45. Sitzung am 8.10.1948, in: AVLTB/I, S. 578f. – Vgl. auch »Brandenburg. Auf kaltem Wege zum ›Zweijahresplan«, in: Der Tagesspiegel vom 9.10.1948.

und auch Weisungen von ihm entgegennehmen müsse.²²⁷ Anfang Januar 1949 betonte der Landesvorsitzende der brandenburgischen LDP, Ingo von Koerber, dass der Parteiorganisation in allen politischen Fragen das Primat zustehe. Außerdem wurden bald darauf Bemühungen erkennbar, Schreiben und Bittschriften, die von einfachen Parteimitgliedern der LDP bislang direkt an die Landtagsfraktion gerichtet worden waren, zunächst an den Landesvorstand zu leiten. Die brandenburgische LDP-Spitze hoffte dadurch eine bessere Kanalisierung der von der Parteibasis ausgehenden Impulse zu erreichen. De facto bedeutete dieser Schritt eine Einschränkung der Eigenständigkeit der Fraktion.²²⁸

Das von der Besatzungsmacht ausgeübte Recht der Vorzensur von Gesetzesvorlagen erreichte 1948 in Brandenburg einen Höhepunkt. Die SMA-Offiziere lehnten elf Anträge der Liberaldemokraten und 17 Anträge der Union ab. Von den letztgenannten fielen allein neun in den Monat Oktober.²²⁹ Eine solche Häufung konnte kein Zufall sein. Vielmehr musste sie den Betroffenen als eine disziplinierende Maßnahme erscheinen. In einem Bericht über die Thüringer CDU hieß es, dass an eine selbstständige Politik der Union überhaupt nicht mehr zu denken sei. Man könne kein Gespräch führen, ohne dass ein Vertreter der Besatzungsmacht oder ein von ihr beauftragtes »fortschrittlich« gesinntes CDU-Mitglied anwesend sei. Im Parlament werde nur das verhandelt, was die SMA gestatte.²³⁰

Zudem mehrten sich die Berichte über die mangelnde Bereitschaft der Landesregierungen zur Kooperation mit den Parlamenten. Große und Kleine Anfragen blieben nicht selten unbeantwortet.²³¹ Im Land Brandenburg reagierten die Christdemokraten Anfang Dezember 1948 mit Empörung auf die Forderung Bernhard Bechlers, dass künftig bei Fraktionssitzungen ein Vertreter des dem Innenministerium zugeordneten Amtes für Information anwesend sein solle. Hintergrund für diesen Vorstoß, der die Autonomie der Fraktion vollends zur Farce machen sollte, war eine Anordnung der Abteilung Informationsverwaltung bei

²²⁷ Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Vorstands des CDU-Landesverbands Thüringen am 2.11.1948, 3 S., in: ACDP, 03-31, Nr. 204, o. Bl., S. 2.

²²⁸ Vgl. das Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstands des LDP-Landesverbands Brandenburg am 6.1.1949, 21 S., in: ADL, L 5, Nr. 46, o. Bl., S. 9; Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstands des LDP-Landesverbands Brandenburg am 16.3.1949, 19 S., in: ebd., o. Bl., S. 17f.

²²⁹ Vgl. die Anträge der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg, welche vor den Plenarsitzungen zurückgezogen, abgesetzt oder von der SMA abgelehnt wurden, o. D. [1949], in: BLHA, Rep. 201, Nr. 106, Bl. 3–5, hier Bl. 3f.

²³⁰ Bericht über den Landesverband Thüringen, o. D. [1948], 2 S., in: ACDP, 01-294, Nr. 023/1, o. Bl., S. 1.

²³¹ Vgl. den Bericht des Amtes für Information des Landes Brandenburg über die Sitzung der CDU-Landtagsfraktion am 9.9.1948, in: BLHA, Rep. 203, Nr. 75, Bl. 624. – Vgl. auch das Schreiben von Franz Schleusener an Friedrich Ebert vom 29.10.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 163, Bl. 53.

der SMA. Demnach musste fortan auch ein Mitarbeiter des sowjetischen Informationsdienstes SNB an den fraktionsinternen Besprechungen teilnehmen. Obwohl kein Widerspruch gegen die sowjetischen Vorgaben möglich war, versuchten die Unionsabgeordneten, sich zumindest der Kontrolle durch deutsche Stellen zu entziehen. Die Fraktion beschloss deshalb, das Vorhaben Bechlers solange abzulehnen, bis nicht ein anderslautender Befehl der SMA vorliege. Dass das Amt für Information bereits seit geraumer Zeit detaillierte Berichte über den Verlauf der CDU-Fraktionssitzungen erstellte, dürfte den meisten Abgeordneten hingegen nicht bewusst gewesen sein.²³²

Die innerparteilichen Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen um den richtigen Kurs der Parteien strahlten auf die Fraktionen ab. In einer Lagebeschreibung für Brandenburg von Mitte August 1948 war davon die Rede, dass der Einfluss der »reaktionär« gesinnten Abgeordneten von Tag zu Tag an Bedeutung verliere. Mehrere Personen hätten bereits die Konsequenzen daraus gezogen.²³³ Der unerwartete Tod des Landesverbandsvorsitzenden und Fraktionsführers Wilhelm Wolf im April erschütterte die märkische Union schwer. Wolf war von den unterschiedlichen Strömungen in der Partei als eine Integrationsfigur betrachtet worden. Die Benennung seines Nachfolgers in der Fraktion trug dann Züge eines Agentenstücks: Auf der Beerdigung Wolfs am 19. Mai, der eine Trauerfeier im Landtag vorausgegangen war,²³⁴ wurde der Cottbuser Abgeordnete Willy Heller in einer geradezu konspirativen Atmosphäre durch Heinrich Krone informiert, dass er auf Wunsch Jakob Kaisers weiterhin in Brandenburg politisch aktiv bleiben solle. Dem abgesetzten Parteivorsitzenden Kaiser ging es darum, über vertrauenswürdige Kontaktpersonen zu verfügen, die, wenn nach dem Abzug der sowjetischen Besatzungsmacht ein politischer Wandel folge, über die Vorgänge im Landesverband informiert wären.²³⁵ Willy Heller ließ sich nach eigenem Bekunden nur widerwillig zum neuen Vorsitzenden wählen. Insbesondere sein politischer Mentor Franz Schleusener setzte sich für dessen Wahl ein.²³⁶ Weil Heller die Fraktion nach Wolfs Tod übergangsweise geführt hatte, wusste er um ihren Zustand. Auf dem Landesparteitag der CDU in Potsdam hatte er bereits im Mai eine ernüchternde Bilanz der christdemokratischen Landtagsarbeit präsentiert. So stellte Heller fest, dass die Fraktion häufig nicht

²³² Vgl. das Protokoll der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 8.12.1948, 5 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 543, o. Bl., S. 2.

²³³ Vgl. den Bericht über die Lage in der CDU-Landesleitung Brandenburg und in der Landtagsfraktion vom 16.8.1948, 9 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 1736, o. Bl., S. 2 u. 5.

²³⁴ Vgl. »Trauerfeier für Dr. Wolf«, in: Berliner Zeitung vom 20.5.1948; »Abschied von Dr. Wilhelm Wolf«, in: Neue Zeit vom 20.5.1948.

²³⁵ Vgl. Willy Heller, In der sowjetischen Besatzungszone von 1945 bis 1949. Abschrift einer Tonbandaufzeichnung vom 27.4. bis 2.5.1980, in: ACDP, 01-255, Karton 1, AO 2, Bl. 4f.

²³⁶ Vgl. die Tagebuchaufzeichnung von Willy Heller zum 2.7.1948, in: ebd., Bl. 86f.

in der Lage sei, wirklich konstruktive Gegenvorschläge zu SED-Anträgen vorzulegen und Alternativen aufzuzeigen. Der Fraktion fehle es an Sachverständigen für Fachfragen. Oftmals sei zudem nicht genug Zeit, um sich angemessen mit Gesetzesvorlagen zu beschäftigen und diese in der Fraktion zu beraten. Die Parlamentsarbeit gerate dadurch in die Gefahr, oberflächlich zu werden »und den Eindruck einer Gesetzesmaschinerie« zu vermitteln. Aus Hellers Sicht kamen organisatorische Defizite hinzu. Gleichwohl sei die Union kein »demokratisches Aushängeschild im Schlepptau der SED«. ²³⁷ Ähnliche Stimmen waren auch in Thüringen zu vernehmen: Das Sekretariat der thüringischen LDP-Fraktion teilte der Berliner Parteizentrale mit, dass manche SED-Vorlagen innerhalb von 24 Stunden in Gesetze verwandelt würden. ²³⁸

Gerade für die Fraktionsführungen kam die Parlamentsarbeit im Jahr 1948 mehr denn je einer Gradwanderung zwischen dem Beharren auf eigenen Standpunkten und der »konstruktiven« Kooperation mit der SED gleich. Bereits im Oktober des vorherigen Jahres hatte der Vorsitzende der thüringischen Landtagsfraktion, Hermann Becker, seine Kollegen dazu aufgerufen, sich den Realitäten zu stellen. Man habe es bisher niemals dahin kommen lassen, ganz ausgeschaltet zu werden. ²³⁹ Später berichtete Becker in seinen Erinnerungen von der von ihm angewandten Taktik, sich zeitweise gegen gewisse Dinge zu sperren und dann, wenn sie nicht so wichtig bzw. unvermeidbar wären, doch schließlich nachzugeben, um sich dafür in anderen wichtigen Fragen Raum für Verhandlungen zu sichern. ²⁴⁰ Die Erfolge, die man mit dieser Strategie erzielen konnte, hielten indes nicht lange an. Beispielsweise gelang es der LDP und der CDU am 4. Juni, einen Antrag zur Umstrukturierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in Thüringen aufzuhalten. Der Antrag war kurzfristig von der SED eingebracht worden und zielte darauf ab, die Verwaltungsgerichtsbarkeit in die Kontrolle des Innenministeriums zu überführen. ²⁴¹ Sowohl die Liberal- als auch die Christdemokraten stellten sich energisch dagegen. Weil mehrere SED-Abgeordnete an diesem Nachmittag im Plenum fehlten, war die »bürgerliche« Seite in der Mehrheit. Als der Abgeordnete Karl Mehnert (LDP) beantragte, zur Tagesordnung überzugehen und damit die Beratung abzubrechen, lief die SED Gefahr, dass

²³⁷ Bericht von Willy Heller auf dem Landesparteitag der CDU Brandenburg 1948, 26 S., in: ACDP, 01-255, Nr. 1-5, o. Bl., S. 3, 5 u. 10-13.

²³⁸ Vgl. das Schreiben des Sekretariats der LDP-Landtagsfraktion Thüringen vom 7.3.1949, 2 S., in: ADL, L 5, Nr. 132, o. Bl., S. 1.

²³⁹ Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 5.10.1947, 3 S., in: ADL, L 5, Nr. 619, o. Bl., S. 1rs.

²⁴⁰ Vgl. den Erinnerungsbericht von Hermann Becker, o. D., 24 S., in: ADL, Sammlung LDPD-Politiker (SBZ), o. Bl., S. 6.

²⁴¹ Vgl. den Antrag der SED-Landtagsfraktion Thüringen vom 21.4.1948 (Drucksache Nr. 351), in: AVThLT/II.1, S. 750-753.

ihr Antrag mit den Stimmen der CDU und LDP scheitern würde. Die Versuche des mit der Situation erkennbar überforderten Landtagspräsidenten und des Fraktionsvorsitzenden Richard Eyer mann, die Drucksache vorläufig in den Ältestenrat hinüberzuretten, scheiterten an der Geschäftsordnung, auf die sich die »bürgerlichen« Parlamentarier dabei beriefen. Eine peinliche Abstimmungsniederlage konnte nur dadurch abgewendet werden, dass die SED-Fraktion bis auf August Frölich geschlossen den Saal verließ, um so die Beschlussfähigkeit des Hauses aufzuheben. Daraufhin wurde der umstrittene Antrag von der Einheitspartei zurückgezogen.²⁴² Zwar schrieb sich die LDP den Vorfall als einen großen Triumph zugute.²⁴³ Gleichwohl blieben die realen Auswirkungen begrenzt. Hermann Becker musste sich vor einem verärgerten Verbindungsoffizier der SMA erklären.²⁴⁴ Wenige Monate später brachte die SED den Antrag erneut ein und setzte ihn schließlich gegen die »bürgerlichen« Fraktionen durch.²⁴⁵ Trotz des Umstandes, dass solche Siege im Hohen Haus nur äußerst selten vorkamen, und trotz ihrer begrenzten Halbwertszeit waren sie als Erfolgserlebnisse für die CDU und die LDP umso bedeutsamer. Dass sie oftmals nicht auf der Stärke und dem parlamentarischen Geschick der Christ- und Liberaldemokraten beruhten, sondern aus Schwächen und Versäumnissen in den SED-Fraktionen resultierten, dürfte für die meisten »bürgerlichen« Parlamentarier in der Situation unerheblich gewesen sein.

Trotz der kleinen Erfolge war die Atmosphäre in den Fraktionen von CDU und LDP angespannt. Eine kurze Episode aus dem Thüringer Landtag gibt Auskunft über die vorherrschende Stimmungslage: Anfang Mai 1948 beschäftigte sich das Parlament mit zwei Eingaben, die vorab im Ausschuss für Gemeinde- und Kreisangelegenheiten behandelt worden waren. In einem Fall ging es um die Petition eines Bürgers aus Oberhain, der die Freigabe einer beschlagnahmten Olympia-Schreibmaschine vom Landtag erbat. Während der kurzen Aussprache über diesen Punkt tauchten Unklarheiten zur Sachlage auf, die auf eine mangelnde Absprache unter den Liberaldemokraten schließen ließen. Als der für den Vorgang zuständige Berichterstatter August Schlotterhose einige kri-

²⁴² Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 42. Sitzung am 4.6.1948, 10:00 Uhr, in: AVThLT/I.2, S. 1595–1629, bes. S. 1622–1629; Thüringer Landtag, 1. WP, 43. Sitzung am 4.6.1948, 21:00 Uhr, in: ebd., S. 1631–1642, bes. S. 1633. – Vgl. auch »Dr. Loch Thüringens neuer Justizminister«, in: Der Morgen vom 5.6.1948; »Um die Unabhängigkeit der Rechtsprechung«, in: Der Morgen vom 6.4.1948; »Thüringen. Differenzen im Landtag«, in: Der Tagesspiegel vom 8.6.1948.

²⁴³ Vgl. den Bericht von Hermann Becker an den Parlamentsausschuss der LDP in Berlin vom 8.6.1948, 2 S., in: ADL, L 5, Nr. 132, o. Bl. Eine Kopie dieses Schreibens wurde auch an die LDP-Landtagsfraktion in Potsdam zur Kenntnisnahme übersandt. – Für die CDU-Perspektive siehe M. RICHTER, Ost-CDU, 1991, S. 94.

²⁴⁴ Vgl. den Erinnerungsbericht von Hermann Becker, in: ADL, Sammlung LDPD-Politiker (SBZ), o. Bl., S. 8.

²⁴⁵ Zu den Vorgängen siehe ausführlich Th. HEIL, Verwaltungsgerichtsbarkeit, 1996, S. 221–232.

tische Bemerkungen über einen Fraktionskollegen äußerte, sorgte das im Hohen Haus für Heiterkeit.²⁴⁶ In der internen Nachbesprechung am gleichen Tag zog Hermann Becker Schlotterhose vor den versammelten LDP-Abgeordneten für seinen Kommentar zur Rechenschaft. Die Fraktion sei dadurch desavouiert worden. Dass sich Schlotterhose noch verteidigte, machte die Sache nicht besser. Für sich genommen war der Vorfall recht harmlos. Dennoch beschäftigte er die Fraktion offenbar so sehr, dass man darüber eine intensive Aussprache für notwendig erachtete.²⁴⁷ Dass sich die Diskussion um das Erscheinungsbild der Fraktion ausgerechnet an einer beschlagnahmten Schreibmaschine entzündete, gab einen deutlichen Hinweis auf den inneren Zustand der Fraktion.

Die sich einengenden Handlungsspielräume führten dazu, dass das Interesse unter den Abgeordneten an den Vorgängen in den Plenarsälen merklich abnahm. Die thüringischen Liberaldemokraten beklagten etwa, dass ihre Vorlagen von der SED stets als Agitationsanträge abgelehnt würden. Wenn die LDP Mitbestimmung und Teilhabe einforderte, reagierte die SED mit Härte: »Man müsse aussprechen, die SED sei uns noch niemals entgegen gekommen und Gesetze von weittragender Bedeutung seien in den letzten Monaten nur mit den Stimmen der SED angenommen.«²⁴⁸ Es verwundert daher nicht, dass angesichts solcher Umstände die Motivation der Abgeordneten, sich in die Landespolitik einzubringen, zurückging. Hinter geschlossenen Türen erhob Hermann Becker schwere Kritik an dem Verhalten der Kollegen. Viele Parlamentarier würden sich nicht für die Arbeit des Landtags interessieren. Sie führten stattdessen Privatgespräche, trieben sich in den Wandelgängen herum oder würden sich von irgendwelchen Leuten aus dem Plenarsaal heraufrufen lassen.²⁴⁹ Auch in der thüringischen CDU machte man sich Gedanken um eine effektivere Ausrichtung der Fraktionsarbeit. Wenn Georg Grosse im September 1948 seine Partei dazu aufforderte, innerhalb der Landtagsfraktion Sachreferenten zu benennen, die Vernetzung unter den in den Ausschüssen tätigen Unionsabgeordneten zu

²⁴⁶ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 40. Sitzung am 5.5.1948, in: AVThLT/I.2, S. 1523–1556, bes. S. 1549; Übersicht über die im Ausschuss für Gemeinde- und Kreisangelegenheiten in der Sitzung vom 7.4.1948 behandelten Eingaben (Drucksache 333), in: AVThLT/II.1, S. 721. – Zur Biografie August Schlotterhoses siehe ausführlich J. LENGEMANN, Thüringische Landesparlamente, 2014, S. 582f.

²⁴⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 5.5.1948, 5 S., in: ADL, L 5, Nr. 620, o. Bl., S. 4.

²⁴⁸ Protokoll der Sitzung des erweiterten Landesvorstands der LDP Thüringen am 13.6.1948, 14 S., in: ADL, L 5, Nr. 582, o. Bl., S. 6.

²⁴⁹ Vgl. das Protokoll über die Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 3.5.1948, 5 S., in: ADL, L 5, Nr. 620, o. Bl., S. 4; Bericht über die Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 2. u. 3.6.1948, 5 S., in: ebd., o. Bl., S. 1; Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 2.6.1948, in: ebd., o. Bl. – Vgl. auch Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion am 29.5.1947, 2 S., in: ADL, L 5, Nr. 619, o. Bl., S. 2vs.

verbessern, alle Parlamentarier mit den notwendigen Materialien und Drucksachen ausreichend zu versorgen sowie einen internen Ausschuss zu bilden, der autorisiert wäre, im Namen der Fraktion kurzfristig Entscheidungen zu fällen, dann lässt sich erahnen, dass wichtige Teile der internen Organisation entweder gar nicht oder nur unzureichend funktionierten.²⁵⁰ Berücksichtigt man die Tatsache, dass die Fraktion seit nahezu zwei Jahren im Landtag arbeitete und dass eine Geschäftsordnung existierte, die diese Angelegenheiten eigentlich regeln sollte, wird das ganze Ausmaß der Probleme sichtbar.

Unbestreitbar lösten die sich wandelnden Verhältnisse in der SBZ bei vielen »bürgerlichen« Abgeordneten Resignation und Frustration aus. Die Tagebuchaufzeichnungen Willy Hellers vermitteln einen guten Eindruck von der Gefühlslage des Fraktionsvorsitzenden wider Willen. So berichtete er Ende November 1948 von schweren Tagen, Wochen und Monaten, die hinter ihm lägen. Über seine Tätigkeit in der brandenburgischen Landespolitik notierte er: »Die Sorgen wachsen weiter. Sie türmen sich zu Bergen mit der Arbeit. Wie lange halte ich das noch aus? Aber es muß sein um Deutschland, um den Frieden in der Welt willen [...]«²⁵¹ Die Niedergeschlagenheit über die fehlenden Möglichkeiten, Politik zu gestalten, sowie die aussichtslosen Bemühungen bei der Arbeit im Parlament beschworen bei Heller dunkle Ahnungen von einem »bitteren Ende« herauf.²⁵² Und sein thüringischer Parteifreund Hugo Dornhofer fasste für sich den Vorsatz, erst dann zu weichen, wenn er »die blanke Bajonettspitze auf der nackten Haut« fühle.²⁵³ Ähnliche Gedanken, die zwischen Resignation, Ohnmacht und Standhalten kreisten, waren auch in der LDP verbreitet. Angesichts der politischen Entwicklungen rechneten manche sogar damit, dass die Partei bald von der SMA zerschlagen werde.²⁵⁴

b) Mandatsaufgaben

Im Jahr 1948 erhöhte sich der politische Druck auf die »bürgerlichen« Landtagsabgeordneten spürbar. Dies führte bei vielen Parlamentariern zu den beschriebenen Reaktionen. Dabei sollte man allerdings nie außer Acht lassen, dass die parlamentarische Arbeit der Volksvertreter schon von Beginn an unter der wachsenden Kontrolle durch die sowjetische Militäradministration ge-

²⁵⁰ Vgl. das Schreiben von Georg Grosse an den CDU-Landesverband Thüringen vom 9.9.1948, 2 S., in: ACDP, 03-31, Nr. 37, o. Bl.

²⁵¹ Tagebucheintrag von Willy Heller zum 25.11.1948, in: ACDP, 01-255, Karton 1, AO 2, Bl. 91f.

²⁵² Tagebucheintrag von Willy Heller zum 10.12.1948, in: ebd., Bl. 92.

²⁵³ Tagebucheintrag von Hugo Dornhofer zum 2.4.1948, in: ACDP, 01-645, Nr. 006/2, o. Bl., S. 1. Auch zit. in: Th. SPECKMANN, Hugo Dornhofer, 2003, S. 218.

²⁵⁴ Vgl. Tagebucheintrag von Wolfgang Schollwer zum 20.11.1948, abgedr. in: DERS., Potsdamer Tagebuch 1948-1950, 1988, S. 98f.

standen hatte. Auch war es nicht neu, dass die SED-Fraktionen versuchten, in den Volksvertretungen ihre Vorrangstellung durchzusetzen und gegen kritische Stimmen, die sich ihrem Kurs widersetzen, vorzugehen. Alle diese Bedingungen beförderten eine überaus hohe Fluktuation unter den Landtagsabgeordneten.²⁵⁵ Während der ersten Legislaturperiode wurden in Brandenburg und Thüringen mehr als die Hälfte der Mandatsträger ausgewechselt. Der Schwerpunkt der Fluktuation lag dabei auf den Jahren 1948 bis 1950.²⁵⁶ Gleichwohl zeigen die beiden folgenden Tabellen eindeutig, dass sich bereits in den Jahren zuvor nicht wenige Abgeordnete gezwungen sahen, ihr bisheriges Leben aufzugeben und in die westlichen Besatzungszonen bzw. nach Berlin zu flüchten:

Tab. 7: *Ausgeschiedene Abgeordnete während der 1. Legislaturperiode (1946–1950)*²⁵⁷

Landtag Brandenburg

| Jahr | Abgeordnete insgesamt | Motive für die Mandatsaufgabe | | | Parteizugehörigkeit | | |
|-------|-----------------------|--------------------------------|------------------------------|-----------|-------------------------|---------|---------|
| | | politischer Natur ⁱ | privater Natur ⁱⁱ | unbekannt | SED/VdgB ⁱⁱⁱ | CDU | LDP |
| 1946 | – | – | – | – | – | – | – |
| 1947 | 11 | 4 | 5 | 2 | 6 | 3 | 2 |
| 1948 | 7 | 2 | 4 | 1 | 4 | 1 | 2 |
| 1949 | 9 | 5 | 2 | 2 | 5 | 2 | 2 |
| 1950 | 28 | 22 | 1 | 5 | 3 | 14 | 11 |
| Summe | 55 (100) | 33 | 12 | 10 | 18 (49) | 20 (31) | 17 (20) |

²⁵⁵ Vgl. C. DOWIDAT, Zur Entwicklung der politischen und sozialen Strukturen, 1986, S. 124f.

²⁵⁶ Vgl. ebd.

²⁵⁷ Aufgeführt sind die Mandate, die bei den Wahlen 1946 vergeben wurden. Zusätzliche Abgeordnetensitze der NDPD und der DBD mit »beratender« Funktion werden nicht berücksichtigt. Die Zahlen in Klammern geben die Gesamtzahl der Mandate in den Landtagen sowie in den Fraktionen wieder. Berechnungen d. Verf. auf der Grundlage der stenografischen Protokolle der Landtage. Darüber hinaus sind folgende Unterlagen zu nennen: Für Brandenburg siehe Übersicht der ausgeschiedenen Abgeordneten der SED-Landtagsfraktion, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 109, Bl. 3; Übersicht der ausgeschiedenen Abgeordneten der CDU-Landtagsfraktion, in: ebd., Nr. 120, Bl. 5; Übersicht der ausgeschiedenen Abgeordneten der LDP-Landtagsfraktion, in: ebd., Nr. 131, Bl. 3. – Für Thüringen siehe Schreiben des Landtagsdirektors an den Landesverlag Thüringen vom 3.11.1949, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 37, o. Bl.; Schreiben des Landtagsdirektors an den Landesverlag Thüringen vom 28.2.1950, in: ebd., o. Bl.; J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 277–296.

Thüringer Landtag

| Jahr | Abgeordnete insgesamt | Motive für die Mandatsaufgabe | | | Parteizugehörigkeit | | |
|-------|-----------------------|-------------------------------|----------------|-----------|---------------------|-------------------|---------|
| | | politischer Natur | privater Natur | unbekannt | SED/VdgB | CDU ^{iv} | LDP |
| 1946 | 1 | – | – | 1 | – | – | 1 |
| 1947 | 6 | 1 | 2 | 3 | 2 | 1 | 3 |
| 1948 | 19 | 8 | – | 11 | 7 | 5 | 7 |
| 1949 | 13 | 4 | – | 9 | 4 | 1 | 8 |
| 1950 | 18 | 7 | 1 | 10 | 5 | 5 | 8 |
| Summe | 57 (100) | 20 | 3 | 34 | 18 (52) | 12 (20) | 27 (28) |

ⁱ Flucht in den Westen, Parteiausschluss, Mandatsaufgabe aufgrund dokumentierten politischen Drucks seitens der SED oder der Besatzungsmacht, Verhaftung.

ⁱⁱ Erkrankung, Tod, familiäre Umstände, neue berufliche Tätigkeitsfelder oder öffentliche Funktionen, Arbeitsüberlastung.

ⁱⁱⁱ Die Sitze der VdgB sind den SED-Fraktionen zugeordnet.

^{iv} Ein VdgB-Mandat, das im Thüringer Landtag von einem CDU-Mitglied besetzt wurde, ist mit berücksichtigt.

Der erste Abgeordnete, der im Thüringer Landtag sein Mandat aufgab, war der Ronneburger Fabrikant Franz Clad (LDP). Er zog sich bereits Mitte November 1946 aus der Landespolitik zurück.²⁵⁸ Welche Gründe ihn dazu bewogen, lässt sich aus heutiger Sicht ebenso wenig erschließen wie in vielen anderen Fällen. Obwohl politische Motive häufig eine wesentliche Rolle spielten, muss man trotzdem davon ausgehen, dass sie nicht in jedem Fall das ausschlaggebende Kriterium sein mussten. Todesfälle, Erkrankungen, private und berufliche Veränderungen oder die schlichte Überarbeitung aufgrund anderer Verpflichtungen führten ebenfalls dazu, dass sich Abgeordnete ihren Aufgaben nicht mehr gewachsen fühlten und daraus die Konsequenzen zogen. Diese Ursachen kann man als Teile einer »normalen« Personalfuktuation verstehen, wie sie in jedem Parlament und zu allen Zeiten anzutreffen ist. Unersichtlich bleibt, ob mittelbar nicht doch politische Aspekte mit hineinspielten, die sich allerdings nicht in den Akten niederschlugen. Wie fließend die Grenzen zwischen privaten Ge-

²⁵⁸ Vgl. das Schreiben des Landeswahlleiters Ernst Busse an August Frölich vom 29.11.1946, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 31, o. Bl.

sichtspunkten und politischen Motiven sein konnten, belegt der Fall des thüringischen Ministerpräsidenten Rudolf Paul. Paul hatte den Gedanken zum Rückzug aus dem Landtag bereits im Dezember 1946 erwogen. Hintergrund zu diesem Schritt waren die kontinuierliche Arbeitsüberlastung als Regierungschef, die ständigen Auseinandersetzungen mit der SED-Landesleitung sowie seine Erkrankung. Der Landesvorstand, der sich vor der Landtagswahl noch vehement gegen eine Kandidatur Pauls ausgesprochen und sich damit gegen den Willen der SMA gestellt hatte²⁵⁹, drängte ihn nun allerdings dazu, das Mandat weiterhin auszuüben. Offenbar befürchtete man einen Prestigeverlust, sollte der Ministerpräsident bereits so kurz nach der Konstituierung des Parlament wieder verlassen. Erst im April 1947, als sich die parteiinternen Schwierigkeiten mit Paul deutlich verschärften, stimmte die Landesleitung der Mandatsniederlegung zu.²⁶⁰ In Pauls Fall verschmolzen also persönliche Motive mit übergeordneten parteipolitischen Erwägungen. Fast zeitgleich gab in Brandenburg Carl Steinhoff sein Abgeordnetenmandat ebenfalls zurück. Über Steinhoffs Gründe ist kaum etwas bekannt, offenbar ging die Entscheidung auf einen Beschluss der Landespartei zurück. Es ist deshalb nicht auszuschließen, dass die beiden genannten Mandatsverzicht auf Anweisung übergeordneter Stellen in Berlin erfolgten.²⁶¹ Dem gegenüber konnte man den Rückzug Wilhelm Piecks aus der brandenburgischen Landespolitik im Dezember 1949 auf seine Arbeitsüberlastung zurückführen.²⁶²

Die beiden Tabellen zeigen ferner, dass Mitglieder der SED-Fraktionen von den Personalwechseln ebenso betroffen waren wie die Vertreter der anderen Parteien. Für die erste Legislaturperiode liegen die Zahlen in beiden Landesparlamenten auf einem ähnlich hohen Niveau. In Brandenburg traten bis 1950 bei 17 von 49 Mandaten Veränderungen ein, in Thüringen bei 18 von 52 Mandaten. Die Mandatsniederlegungen, die immerhin ein Drittel der 1946 gewonnenen Sitze betrafen, erklärten sich zumeist aus parteiinternen und politischen Vorgängen. Insbesondere die Ausschaltung ehemaliger Sozialdemokraten im Zuge

²⁵⁹ Vgl. S. KACHEL, *Ein rot-roter Sonderweg?*, 2011, S. 410.

²⁶⁰ Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 18.12.1946, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/L/2/3-030, Bl. 144–148, bes. Bl. 145; Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 1.4.1947, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/L/2/3-031, Bl. 59–63, bes. Bl. 60.

²⁶¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Brandenburg am 21.4.1947, verf. am 24.4.1947, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 23, Bl. 84–87, bes. Bl. 85; Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Brandenburg am 28.4.1947, verf. am 29.4.1947, in: ebd., Bl. 96–98, bes. Bl. 96; Übersicht der ausgeschiedenen Abgeordneten der SED-Fraktion, o. D. [Ende 1950], in: BLHA, Rep. 201, Nr. 109, Bl. 3.

²⁶² Vgl. das Schreiben von Wilhelm Pieck an den Landesvorstand der SED Brandenburg vom 13.12.1949, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 57, Bl. 361.

der Stalinisierung der SED stellte ein wesentliches Motiv dar.²⁶³ Wie Andreas Malycha gezeigt hat, wurden die parteiinternen Repressionen und Verfolgungen bereits vor 1948 wirksam.²⁶⁴ Beispielsweise verließen im April und Mai 1947 die beiden brandenburgischen Abgeordneten Emmi Plinz und Hildegard Freund die SBZ und flohen in den Westen. Beide kamen aus der SPD. Insbesondere der Abgang von Emmi Plinz verdient Beachtung, weil sie neben ihrer Abgeordnertätigkeit beim Landespartei Vorstand der SED im Referat für Frauenfragen tätig gewesen war. Es dauerte bis Ende September 1947, bis die Einheitspartei zwei Nachrückkandidatinnen benannte.²⁶⁵

Das Vorgehen gegen exponierte Sozialdemokraten innerhalb des brandenburgischen SED-Landesverbands lässt sich besonders eindringlich am Beispiel von Otto Schwarz demonstrieren. Schwarz gehörte zu den sozialdemokratischen Urgesteinen in Brandenburg. Nach der Vereinigung von KPD und SPD, der er kritisch gegenüberstand, bekleidete er wichtige Ämter im Landesverband sowie im Parteivorstand der SED. Als langgedienter Verwaltungsbeamter und Parlamentarier übernahm Schwarz den Vorsitz des Ausschusses für Haushalt und Finanzen im Landtag. Zudem stand er der Industrie- und Handelskammer in Brandenburg vor. Obwohl Schwarz viele der von der Einheitspartei propagierten Ziele zur Veränderung der Gesellschafts- und Besitzverhältnisse in Deutschland teilte, trat er stets als Bewahrer rechtsstaatlicher Prinzipien auf. In der Frage der entschädigungslosen Enteignung von Betrieben setzte er sich für eine nachvollziehbare Überprüfung der bisherigen Vorgänge durch den Landtag ein.²⁶⁶ Die SMA stand Otto Schwarz mit großem Misstrauen gegenüber. Im März 1947 urteilte Oberst Tjulpanow, dass Schwarz zu einer Gruppe westlich orientierter Köpfe in der brandenburgischen SED gehöre, die der UdSSR gegenüber feindlich eingestellt seien. Der Chef der Informationsverwaltung zählte zu dieser Gruppe ebenfalls den Direktor des Landtags, Fritz Springer – einen der engsten Vertrauten Friedrich Eberts.²⁶⁷ Otto Schwarz wurde 1948 beschuldigt,

²⁶³ Vgl. C. Dowidat, *Zur Entwicklung der politischen und sozialen Strukturen*, 1986, S. 140f.

²⁶⁴ Vgl. A. MALYCHA, *Partei von Stalins Gnaden?*, 1996, S. 193–224; DERS./P. J. WINTERS, *Die SED*, 2009, S. 79–86.

²⁶⁵ Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Brandenburg am 28.4.1947, verf. am 29.4.1947, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 23, Bl. 96–98, bes. Bl. 97; Schreiben von Willy Sägebrecht an Friedrich Ebert vom 22.8.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 57, Bl. 103; Schreiben von Friedrich Ebert an Bernhard Bechler vom 23.8.1947, in: ebd., Bl. 104; Landtag Brandenburg, 1. WP, 16. Sitzung am 10.9.1947, in: AVLTB/I, S. 212–244, bes. S. 212 (Beitrag Friedrich Ebert, SED). – Vgl. auch F. SÄTTLER, *Wirtschaftsordnung im Übergang/2*, 2002, S. 952.

²⁶⁶ Vgl. das Schreiben von Otto Schwarz an den Direktor beim Landtag vom 13.8.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 153, Bl. 1.

²⁶⁷ Vgl. den Informationsbericht von Sergei I. Tjulpanow an Nikolai W. Iwanow vom 20.3.1947, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Bearb.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/3*, 2004, S. 215–218, bes. S. 216.

in illegale Textilgeschäfte verwickelt zu sein. Diese Verdächtigungen standen im Zusammenhang mit den Vorbereitungen der SED für den politisch motivierten Glauchauer Wirtschaftsprozess, der im November unter großem propagandistischem Aufwand inszeniert wurde.²⁶⁸ Bat Schwarz, alter parlamentarischer Gepflogenheit gemäß, den Landtagspräsidenten am 18. September zunächst noch um die Aufhebung der eigenen Immunität als Abgeordneter, weil er glaubte, die gegen ihn erhobenen Vorwürfe leicht entkräften zu können, sah er sich Ende des Monats mit seiner Familie zur Flucht in die Westzonen gezwungen.²⁶⁹ Zwischenzeitlich hatte auch die Generalstaatsanwaltschaft in Dresden bei Friedrich Ebert auf die Aufhebung der Immunität und die Auslieferung von Schwarz an die sächsischen Justizbehörden gedrängt.²⁷⁰ Obwohl der Ältestenrat Otto Schwarz das Abgeordnetenmandat aberkannte und Anfang Dezember die SED-Fraktion für ihn einen Nachfolger benannte, wurde der Mandatsentzug im Plenum mit keinem Wort erwähnt.²⁷¹

c) Einschränkung der Immunität

Die Vorgänge um den SED-Abgeordneten Otto Schwarz verdienen deshalb Beachtung, weil sie das Umdenken in der Frage der Immunität im Landtag verdeutlichen. Der Schutz vor einer strafrechtlichen Belangung von Volksvertretern wegen ihrer politischen Arbeit gehörte seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland zu den Wesensmerkmalen des parlamentarischen Gedankens. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs drängten insbesondere die »bürgerlichen« Parteien in der SBZ darauf, dieses besondere Rechtsgut wiederzubeleben. Im Zentralen Einheitsfrontausschuss setzte sich Wilhelm Külz 1946 dafür ein, dass den Landtagsabgeordneten Immunität zugesichert werde. Es war nicht zuletzt sein Verdienst, dass entsprechende Garantien in die Landesverfassungen Eingang fanden.²⁷² Doch auch die CDU machte sich während der Verfassungsdiskussionen

²⁶⁸ Vgl. N. KLAWITTER, Die Rolle der ZKK bei der Inszenierung von Schauprozessen, 2006, S. 26–36.

²⁶⁹ Vgl. das Schreiben von Otto Schwarz an Friedrich Ebert vom 18.9.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 57, Bl. 161; Schreiben des Ministeriums des Innern, Abteilung Landes- und Kommunalverwaltung, an Friedrich Ebert vom 5.10.1948, in: ebd., Bl. 164.

²⁷⁰ Vgl. das Schreiben der Generalstaatsanwaltschaft Sachsen an Friedrich Ebert vom 25.9.1948, in: ebd., Bl. 162f.; Schreiben der Generalstaatsanwaltschaft Sachsen an Friedrich Ebert vom 6.10.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 53, Bl. 2.

²⁷¹ Vgl. das Schreiben von Friedrich Ebert an die Generalstaatsanwaltschaft Sachsen vom 6.10.1948, in: ebd., Bl. 1; Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Landtags Brandenburg vom 6.10.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 45, Bl. 158; Landtag Brandenburg, 1. WP, 46. Sitzung am 8.12.1948, in: AVLTB/I, 580–583, bes. S. 580.

²⁷² Vgl. das Protokoll der Sitzung des Zentralen Einheitsfrontausschusses am 21.11.1946, abgedr. in: S. SUCKUT (Bearb.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 171–173, bes. S. 173; vgl. auch das Schreiben von Wilhelm Pieck, Jakob Kaiser und Wilhelm Külz an die SMAD vom 25.11.1946, in: BArch, DY 3, Nr. 7, Bl. 57.

für die Zusicherung der Immunität stark. Im Artikel 23 der Verfassung der Provinz Mark Brandenburg wurde festgeschrieben, dass kein Mitglied des Landtags »zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seiner Tätigkeit als Abgeordneter getanen Äußerungen gerichtlich oder dienstlich verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung« zur Verantwortung gezogen werden dürfe. Beschränkungen der persönlichen Freiheit, Haussuchungen, Strafverfolgungen und Beschlagnahmungen gegen Abgeordnete seien nur mit Einwilligung des Landtags zulässig. Ausnahmen von dieser Regel galten gemäß Artikel 24 im Falle nationalsozialistischer und militaristischer Propaganda sowie bei Rassenhetze. Diese Verfehlungen hatten den Ausschluss des Abgeordneten zur Folge, der mit einer Zweidrittelmehrheit vom Parlament zu beschließen war.²⁷³ Die Bestimmungen in der thüringischen Verfassung lauteten nahezu identisch.²⁷⁴ Auf den ersten Blick muteten sie transparent und eindeutig an. Auch konnte man die Bestimmungen in der Kontinuität der deutschen Parlamentstradition Preußens und des Deutschen Reiches sehen, wenngleich verschiedene Abwandlungen von den Bestimmungen, wie sie in der Weimarer Republik bestanden hatten, erkennbar waren.²⁷⁵ In einem freiheitlichen Rechtsstaat hätten die Immunitätsbestimmungen den Abgeordneten einen verlässlichen Schutz vor politischer Verfolgung garantiert.

Unter den Bedingungen, wie sie in der SBZ herrschten, blieb ihre Wirkung allerdings begrenzt. Die Rechtslage gestaltete sich so unklar, dass der Ältestenrat des Thüringer Landtags im Juni 1947 ein Gutachten in Auftrag gab, das klären sollte, wie weit die parlamentarische Immunität denn eigentlich reichte.²⁷⁶ Spätestens die Verhaftung des Fraktionsvorsitzenden Hermann Becker (LDP) durch sowjetische Sicherheitsorgane im Sommer 1948 demonstrierte eindrucksvoll, dass die Immunität bei Maßnahmen der Besatzungsmacht nicht das Papier wert war, auf dem sie geschrieben stand. Allerdings handelte es sich bei der Verhaftung Beckers um einen sehr ungewöhnlichen Vorgang. In den meisten dokumentierten Fällen erwies sich die Frage der Immunität vorrangig als ein Konfliktfeld zwischen den Landesverfassungsorganen und den deutschen Justizbehörden. Ende 1947 setzte ein allmählicher Wandlungsprozess ein. In dessen Verlauf wurden die Bestimmungen zur Immunität allmählich bis zur Wirkungslosigkeit ausgehöhlt. Dieser Wandel war insbesondere in Brandenburg an Einzelfälle gebunden, die wiederum grundsätzliche Regelungen nach sich zogen.

²⁷³ Vgl. G. BRAAS, Die Entstehung der Länderverfassungen, 1987, S. 519.

²⁷⁴ Vgl. ebd., S. 483.

²⁷⁵ Vgl. R. HUE DE GRAIS/H. PETERS, Handbuch der Verfassung und Verwaltung, 1926, S. 25.

²⁷⁶ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 25.6.1947, 2 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl., S. 2.

Im November 1947 legte die CDU-Abgeordnete Hildegard Erdmann ihr Landtagsmandat nieder. Ihr Rückzug aus der Landespolitik beruhte auf einer Entscheidung der Entnazifizierungskommission des Kreises Ruppin. Erdmann war beschuldigt worden, aktives Mitglied in der NSDAP gewesen zu sein. Sie wurde gemäß den Anweisungen des SMAD-Befehls Nr. 201 daraufhin von sämtlichen öffentlichen und halböffentlichen Ämtern in der SBZ ausgeschlossen.²⁷⁷ Die SED-Parteiführung in Berlin widmete diesem Vorgang besondere Aufmerksamkeit. Das Urteil gegen die CDU-Politikerin war insofern heikel, weil die Untersuchungen sowie die Entscheidung der Entnazifizierungskommission gegen sie vor der Aufhebung der Immunität erfolgt waren. Der brandenburgische Innenminister Bechler leitete den Fall an die juristische Abteilung des Zentralsekretariats weiter. Zunächst kritisierten Walter Ulbricht und die zuständigen Referenten des Zentralsekretariats das Vorgehen der Ruppiner Entnazifizierungskommission. Ihrer Auffassung zufolge sei die Immunität vorab durch einen ordentlichen Landtagsbeschluss aufzuheben. Das bewegte sich durchaus noch im Rahmen der im Preußischen Abgeordnetenhaus sowie im Reichstag gepflegten Usancen.²⁷⁸

Als sich jedoch die Rechtsabteilung der SMAD in den Fall einschaltete, änderten sich die Positionen. Nun wurde bestimmt, dass ein Entnazifizierungsverfahren nach SMAD-Befehl 201 auch ohne vorherige Aufhebung der Immunität möglich sei. Begründet wurde dieser Schritt mit der Schlussfolgerung, dass die betroffenen Mandatsträger vor ihrer Aufstellung als Kandidaten ja gewusst hätten, dass sie früher Mitglieder der NSDAP gewesen seien. Demnach seien ihre Mandate unrechtmäßig erworben worden. Insofern erlösche ihre Immunität ohne formellen Landtagsbeschluss. Der zuständige Mitarbeiter in der Abteilung Justiz des Zentralsekretariats der SED, Reinhold Schäfermeier, gab in einer kurzen Stellungnahme den Hinweis, dass man bei der Immunitätsfrage unterscheiden solle, ob es sich um wirklich große Verbrechen oder um einen we-

²⁷⁷ Vgl. das Schreiben von Hildegard Erdmann an die CDU-Landtagsfraktion Brandenburg vom 6.11.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 56, Bl. 184; Schreiben von Hildegard Erdmann an Landtagspräsident Friedrich Ebert vom 22.11.1947, in: ebd., Bl. 183; Schreiben des CDU-Landesvorstands Brandenburg an das Präsidium des Landtags Brandenburg vom 23.8.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 56, Bl. 181. – SMAD-Befehl Nr. 201 vom 16.8.1947, abgedr. in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, 1968, S. 489–492; J. FORZIK, Inventar der Befehle, 1995, S. 139; Erlass der Deutschen Justizverwaltung zur Durchführung des Befehls Nr. 201 der SMAD vom 16.8.1947, abgedr. in: R.-K. RÖSSLER (Hrsg.), Die Entnazifizierungspolitik der KPD/SED, 1994, S. 159–165; Rundschreiben Nr. 21/47 des Zentralsekretariats der SED an die Landesvorstände der SED vom 10.9.1947, abgedr. in: ebd., S. 168–172. – Zur grundsätzlichen Bedeutung des SMAD-Befehls Nr. 201 siehe ebd., S. 41–53.

²⁷⁸ Vgl. die Aktennotiz von Friedrich Ebert vom 14.11.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Nr. 1085, Bl. 347. – Vgl. die Geschäftsordnung für das Preußische Abgeordnetenhaus vom 4.7.1918, 1919, S. 30; R. HUE DE GRAIS/H. PETERS, Handbuch der Verfassung und Verwaltung, 1926, S. 25.

niger bedeutsamen Verstoß handele. Sein Rat lautete, dass sich das Parlament bei kleineren Angelegenheiten nicht einschalten solle, denn sonst könnten Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Landtag und den zuständigen Justizstellen auftreten. Zudem bestünde die Gefahr, dass das Parlament einen Untersuchungsausschuss einrichten könnte. »Es könnte also eine uns nicht erwünschte Opposition aus der Mitte des Parlaments gegen die Durchführung des Gesetzes 201 ergehen.«²⁷⁹ In einer Notiz ergänzte Ulbricht, dass die Landtagsfraktionen die betroffenen Abgeordneten zum Mandatsverzicht bringen müssten. Selbstverständlich sei Sorge dafür zu tragen, dass die Beschuldigten nicht aus der SBZ flüchten könnten.²⁸⁰ In der Angelegenheit der Abgeordneten Erdmann versuchte die brandenburgische Union vergeblich, das Präsidium des Landtags zu veranlassen, beim Innenminister die Aufhebung der Entscheidung der Entnazifizierungskommission zu erwirken. Landtagspräsident Ebert argumentierte, dass eine Aufhebung der Immunität durch das Parlament in ihrem Fall nicht notwendig sei, weil es sich schließlich um kein gerichtliches Verfahren gehandelt habe. Zudem hätte die Abgeordnete auf ihr Mandat bereits freiwillig verzichtet.²⁸¹

Die Bestimmungen des SMAD-Befehls 201 eröffneten der SED gute Möglichkeiten, um gegen politisch Missliebige unter den Abgeordneten vorzugehen. Ganz gleich, ob die Vorwürfe einer aktiven Verstrickung in den Nationalsozialismus auf Tatsachen beruhten oder nicht – die Einleitung entsprechender Verfahren ging häufig mit Denunzierungen und Einschüchterungsversuchen einher, die auf einen politischen Hintergrund schließen lassen.²⁸² Einige Wochen nach dem Ausscheiden Hildegard Erdmanns aus dem Landtag geriet ihr Fraktionskollege Max Hampe (CDU) aus Alt-Wustrow (Oberbarnim) in den Verdacht, in der Vergangenheit eine politisch zwielichtige Rolle gespielt zu haben. Insbesondere wurde ihm vorgeworfen, in der DNVP tätig gewesen zu sein. Ferner hätte er später einen SA-Reitersturm gegründet und nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs gefangene Polen misshandelt.²⁸³ Die Vorwürfe, denen eidesstattliche Erklärungen als Beweismittel zugrunde lagen²⁸⁴, wurden von der SED als

²⁷⁹ SED-Hausmitteilung der Abteilung Justiz des Zentralsekretariats der SED, gez. Reinhold Schäfermeier, an Walter Ulbricht und Max Fechner vom 20.11.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4182, Nr. 1085, Bl. 345f.

²⁸⁰ Vgl. die Notiz von Walter Ulbricht für Max Fechner vom 10.12.1947, in: ebd., Bl. 344.

²⁸¹ Schreiben von Friedrich Ebert an den CDU-Landesverband Brandenburg vom 6.10.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 56, Bl. 180.

²⁸² Vgl. R.-K. RÖSSLER (Hrsg.), Die Entnazifizierungspolitik der KPD/SED, 1994, S. 46.

²⁸³ Vgl. den Bericht des Amtes für Information des Landes Brandenburg über die Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses des Landtags am 25.2.1948, in: BLHA, Rep. 202 G, Nr. 227, Bl. 55f. hier Bl. 56.

²⁸⁴ Vgl. das Schreiben von Bernhard Bechler an Friedrich Ebert vom 2.1.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 56, Bl. 337.

so schwerwiegend betrachtet, dass Ministerpräsident Steinhoff und Innenminister Bechler beim Landtag den Antrag zur Aufhebung der Immunität Hampes stellten.²⁸⁵ Das Parlament überwies die Angelegenheit auf Vorschlag des Ältestenrats an den Geschäftsordnungsausschuss.²⁸⁶ Ende Februar 1948 wurde der Antrag verhandelt. Der Innenminister trat persönlich vor den Ausschussmitgliedern auf, um den Standpunkt der Landesregierung zu verdeutlichen. Wie aus einem geheimen Bericht des Amtes für Information hervorgeht, ging es Bernhard Bechler vor allem darum, eine grundsätzliche Klärung der Immunitätsfrage durch den Landtag zu erwirken. Die Vorwürfe um Max Hampe boten eine gute Möglichkeit, um als Präzedenzfall zu dienen. Die einflussreichen CDU-Abgeordneten Wilhelm Wolf und Franz Schleusener vertraten den Standpunkt, dass ein Ermittlungsverfahren gegen Volksvertreter im Grundsatz durchaus möglich sei, ohne zuvor die Immunität aufzuheben. Sie beriefen sich dabei auf die Absätze 2 und 3 des Artikels 23 der Landesverfassung, in denen zwar gerichtliche Maßnahmen und Strafverfolgungen durch die Immunität ausgeschlossen seien, keineswegs aber vorausgehende Ermittlungen. Die LDP-Vertreter im Ausschuss, Giesler und Mühlmann, schlossen sich dieser Argumentation an.²⁸⁷ Während die SED im Ausschuss versuchte, eine Aufhebung der Immunität Hampes durchzusetzen, wehrte sich die »bürgerliche« Seite vehement dagegen. Das erklärt sich nicht nur aus dem Umstand, dass der Union mehrere Erklärungen vorlagen, die die vorgebrachten Anschuldigungen als haltlos entkräfteten.²⁸⁸ Vielmehr erkannten die CDU- und LDP-Mitglieder, dass man mit einer Zustimmung zu dem Vorhaben Bechlers weiteren Verfolgungen Tür und Tor öffnete:

»Im weiteren Verlaufe der Diskussion gab der Abg. Schleusener zu, er sträube sich gegen die Aufhebung der Immunität, weil er noch nicht das Vertrauen habe, daß ein solches Verfahren objektiv durchgeführt werden würde. Es sei vielmehr bekannt, daß jeder, der gewisse Dinge offen und positiv kritisiert, wenn möglich ausgeschaltet werden soll. Minister Bechler erwiderte hierauf, daß dies eine durch nichts zu beweisende Behauptung sei.«²⁸⁹

²⁸⁵ Vgl. den Antrag der Landesregierung (Drucksache Nr. 228), o. D. [Ende Januar/Anfang Februar 1948], in AVLTB/II, S. 302.

²⁸⁶ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 31. Sitzung am 5.2.1949, in: AVLTB/I, S. S. 415.

²⁸⁷ Vgl. den Bericht des Amtes für Information des Landes Brandenburg über die Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses des Landtags am 25.2.1948, in: BLHA, Rep. 202 G, Nr. 227, Bl. 56. – Vgl. auch das Schreiben von Willy Sägebrecth an Friedrich Ebert vom 27.2.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 56, Bl. 333.

²⁸⁸ Vgl. das Schreiben des CDU-Landesverbands Brandenburg an den Geschäftsordnungsausschuss des Landtags Brandenburg vom 17.2.1948 nebst neun Anlagen, in: ebd., Bl. 342–351.

²⁸⁹ Bericht des Amtes für Information des Landes Brandenburg über die Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses des Landtags am 25.2.1948, in: BLHA, Rep. 202 G, Nr. 227, Bl. 56.

Am Ende lehnte der Ausschuss den Antrag der Regierung mit fünf zu fünf Stimmen ab.²⁹⁰ Die Angelegenheit beschäftigte das Parlament allerdings noch weiter. Der Vorsitzende des Geschäftsordnungsausschusses, Willy Sägebrect, bat daraufhin das Landtagspräsidium, ein formales Prozedere für künftige Immunitätsaufhebungen auszuarbeiten.²⁹¹ Im Kern bestätigte das Präsidium die bereits praktizierte Form: Etwaige Anträge auf Aufhebung der Immunität sollten fortan vom Innenminister an den Landtagspräsidenten geleitet werden. Die abgeschlossenen Akten des Ermittlungsverfahrens waren den Anträgen beizufügen. Dem unter Verdacht stehenden Abgeordneten wurde zudem die Gelegenheit eingeräumt, zu den Anschuldigungen Stellung zu nehmen. Anfang April bestätigte der Geschäftsordnungsausschuss die vorgeschlagene Regelung. Im Laufe der Beratungen setzte sich insbesondere der CDU-Abgeordnete Peter Bloch dafür ein, das Verfahren so rechtsstaatlich wie möglich zu gestalten. Die SED zeigte sich in einzelnen Fragen sogar kompromissbereit.²⁹²

Als das Landtagsbüro die getroffene Regelung an die Landesregierung leitete, regte sich im Justizministerium, das unter der Leitung des »bürgerlichen« Juristen Ernst Stargardt (CDU) stand, Kritik. Der Justizminister machte das Parlament auf den inhaltlichen Widerspruch aufmerksam, der in dem Beschluss bestehe: »Ein Ermittlungsverfahren, das durch die Staatsanwaltschaft durchgeführt wird, stellt bereits eine Strafverfolgung dar. M[eines] E[rachtens] muss also die Immunität eines Abgeordneten aufgehoben sein, bevor die Staatsanwaltschaft irgendwelche Ermittlungen anstellt.«²⁹³ Stargardts Bemerkungen waren Teil des Versuchs der brandenburgischen CDU, die bisherigen Regelungen einer nochmaligen Revision zu unterziehen.

Nach Hildegard Erdmann und Max Hampe geriet im Herbst 1948 der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LDP, Willi Hein, in den Verdacht eines strafrechtlich relevanten Fehlverhaltens. Hein gehörte als Landtags- und Kreistagsabgeordneter, Bürgermeister von Königs Wusterhausen, Vorsitzender des Teltower Kreisverbandes der LDP und Mitglied des Landesvorstands zu den

²⁹⁰ Vgl. ebd.; Protokoll der Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses des Landtags Brandenburg vom 25.2.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 149, Bl. 15f., hier Bl. 16; Bericht des Geschäftsordnungsausschusses des Landtags Brandenburg vom 25.2.1948 (Drucksache Nr. 248), in: AVLTB/II, S. 324. – Hampe legte erst 1950 sein Mandat nieder.

²⁹¹ Vgl. das Schreiben von Willy Sägebrect an Friedrich Ebert vom 27.2.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 56, Bl. 333.

²⁹² Vgl. das Protokoll der Sitzung des Präsidiums des Landtags Brandenburg am 24.3.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 28, Bl. 46f.; Schreiben von Friedrich Ebert an Willy Sägebrect vom 31.3.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 52, Bl. 2; Protokoll der Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses des Landtags Brandenburg am 8.4.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 149, Bl. 2; Bericht des Amtes für Information des Landes Brandenburg über die Sitzung des Geschäftsordnungsausschusses des Landtags Brandenburg am 8.4.1948, in: BLHA, Rep. 202 G, Nr. 227, Bl. 156.

²⁹³ Schreiben von Ernst Stargardt an Fritz Springer vom 2.9.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 52, Bl. 6.

einflussreichen Köpfen der brandenburgischen Parteiorganisation. Er galt als entschiedener Gegner des SED-Machtanspruchs. Auf dem Landesparteitag im Juli 1948 wurde Hein sogar als Gegenkandidat für den bisherigen Landesvorsitzenden Ingo von Koerber gehandelt. Er entschied sich dann aber, nicht anzutreten, weil er ein »schlechter Befehlsempfänger« sei.²⁹⁴ Anfang September 1948 stellte die Landesregierung den Antrag, Heins Immunität aufzuheben. Der LDP-Politiker wurde beschuldigt, dass er als Bürgermeister Fleisch, das aus Notschlachtungen stammte, an die Bevölkerung ausgegeben hatte, ohne zuvor die zuständigen Stellen darüber zu informieren. In der Darstellung des Innenministeriums erwies sich Heins Verhalten als ein Verstoß gegen das Kontrollratsgesetz Nr. 50, der neben einer empfindlichen Geldstrafe auch die Verhängung einer Haftstrafe nach sich ziehen konnte.²⁹⁵

Willi Hein erläuterte seinen Parteikollegen am 7. September, dass hinter den Strafermittlungen ein politisches Motiv stehe. Ausführlich berichtete er von den Auseinandersetzungen, die er seit Langem mit Bechler führe.²⁹⁶ Die CDU-Fraktion widmete dem Vorgang ebenfalls große Aufmerksamkeit. Hier wurde sogar das Gerücht laut, dass die von der Situation überraschten Liberaldemokraten beabsichtigten, einen Misstrauensantrag gegen den Innenminister zu stellen.²⁹⁷ So weit kam es indes nicht. Der Ältestenrat beschäftigte sich am 8. September mit dem Antrag. Da der Innenminister zusicherte, dass eine Verhaftung Heins nicht beabsichtigt sei, sprach der Rat den Fraktionen die Empfehlung aus, den Antrag anzunehmen. Einzig der Fraktionsvorsitzende der LDP, Georg Schneider, enthielt sich der Stimme, was angesichts der großen Verärgerung in den eigenen Reihen allerdings nur ein schwaches Zeichen des Protestes war.²⁹⁸ Das Parlament schloss sich der Empfehlung an.²⁹⁹

Dennoch war der Ärger in den »bürgerlichen« Fraktionen über das Ansinnen des Innenministers groß, zumal der Antrag in die Zeit der scharfen Auseinandersetzungen um die Annahme des Zweijahresplans fiel.³⁰⁰ Der Ansatz von

²⁹⁴ Vgl. »Ost-LDP in Sorge«, in: Der Tagesspiegel vom 17.7.1948. – Zu Heins Biografie siehe F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 41, Anm. 3.

²⁹⁵ Vgl. »Brandenburg, Immunität eines Ost-LDP-Abgeordneten aufgehoben«, in: Der Tagesspiegel vom 12.9.1948; Antrag der Landesregierung zur Aufhebung der Immunität des Abgeordneten Willi Hein, o. D. [Ende August/Anfang September 1948] (Drucksache, Nr. 329), in: AVLTB/II, S. 434.

²⁹⁶ Bericht des Amtes für Information des Landes Brandenburg über die Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Brandenburg am 7.9.1948, in: BLHA, Rep. 203, Nr. 75, Bl. 634f.

²⁹⁷ Vgl. den Bericht des Amtes für Information des Landes Brandenburg über die Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 7.9.1948, in: ebd., Bl. 632f. – Protokoll der Sitzung der Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der LDP am 1.10.1948, 5 S., in: ADL, L 6, Nr. 363, o. Bl., bes. S. 1f.

²⁹⁸ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Landtags Brandenburg am 8.9.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 45, Bl. 159.

²⁹⁹ Vgl. Landtag Brandenburg, 1 WP, 41. Sitzung am 8.9.1948, in: AVLTB/I, S. 516–555, bes. S. 555.

³⁰⁰ Vgl. den Bericht des Amtes für Information des Landes Brandenburg über die Sitzung der

Kooperation zwischen Union und Liberaldemokraten war deutlich erkennbar. Die CDU bereitete einen Dringlichkeitsantrag vor, demzufolge die Aufhebung der Immunität nur auf die Durchführung des unmittelbaren Strafverfahrens begrenzt bleiben müsse. Damit wollte man die im Frühjahr 1948 selbst mitgestalteten Richtlinien einer Revision unterziehen. Ziel war es, den betroffenen Abgeordneten ein gewisses Maß an Rechtssicherheit vor Inhaftierungen zu verschaffen. Allerdings wurde der Antrag nicht offiziell eingereicht. Die Gründe, weshalb das unterblieb, sind den Akten nicht zu entnehmen.³⁰¹ Anfang Oktober erklärte das Landgericht Potsdam die gegen Hein erhobenen Vorwürfe für haltlos.³⁰² Weil die Generalstaatsanwaltschaft Revision gegen den Freispruch einlegte, blieb seine Immunität weiterhin aufgehoben. Im Februar 1949 unternahm Willi Hein über die LDP-Fraktion den Versuch, die eigene Immunität wieder herzustellen. Außerdem schlug er vor, einen neuen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einzurichten, der sich künftig mit ähnlichen Fällen beschäftigen sollte. Der Gedanke wurde im Landtag jedoch nicht weiterverfolgt.³⁰³

Wie sehr die Immunitätsgarantie an Wert verlor und in welchem Maße geltendes Recht durch die Staatsmacht missachtet wurde, zeigte sich, als Polizeikräfte bei dem LDP-Abgeordneten Fritz Neumann im Frühjahr 1948 eine Hausdurchsuchung vornahmen. Zudem wurde ein Angehöriger Neumanns verhaftet. Die Durchsuchung verstieß eindeutig gegen die Bestimmungen der Landesverfassung. Deshalb beschloss die LDP-Fraktion, bei der Regierung und dem Landtagspräsidenten eine Stellungnahme vorzulegen, in der sie das verfassungswidrige Verhalten der Polizei kritisierte.³⁰⁴ Die Beschwerde der LDP-Fraktion mündete in einer denkbar unverfänglichen Zusage Bernhard Bechlers, dass die entsprechenden Stellen auf die Ungesetzlichkeit ihrer Handlung aufmerksam gemacht werden sollten.³⁰⁵ Dennoch floh Fritz Neumann aus Angst vor weiteren Repressionen Anfang 1949 aus der SBZ.³⁰⁶

LDP-Landtagsfraktion Brandenburg am 9.9.1948, in: BLHA, Rep. 203, Nr. 75, Bl. 626f.; Bericht des Amtes für Information des Landes Brandenburg über die Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 9.9.1948, in: ebd., Bl. 623f., bes. Bl. 623.

³⁰¹ Vgl. den Dringlichkeitsantrag von Heller, Dr. Schütze und Genossen vom 9.9.1948, in: ACDP, 03-33, Nr. 2, o. Bl.

³⁰² Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 45. Sitzung am 8.10.1948, in: AVLTB/I, S. 578f., bes. S. 579.

³⁰³ »Brandenburg, SED besteht auf Beseitigung Heins«, in: Der Tagesspiegel vom 12.10.1948; Schreiben von Willi Hein an Dr. Gerhard Schneider vom 28.2.1949, in: ADL, L 5, Nr. 38, o. Bl.

³⁰⁴ Vgl. den Bericht des Amtes für Information des Landes Brandenburg über die Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Brandenburg am 9.2.1948, in: BLHA, Rep. 203, Nr. 75, Bl. 29.

³⁰⁵ Vgl. den Bericht über die Sitzung der LDP-Landtagsfraktion am 9.2.1949, in: BLHA, Rep. 203, Nr. 76, Bl. 129f., bes. Bl. 129.

³⁰⁶ Vgl. das Protokoll zur Sitzung des geschäftsführenden Vorstands des LDP-Landesverbandes Brandenburg am 6.1.1949, 21 S., in: ADL, L 5, Nr. 46, o. Bl., S. 10.

Während es im Falle Neumanns um verfassungswidrige Eingriffe der Justizbehörden in das private Lebensumfeld ging, sah sich der Liberaldemokrat Erich Pokorni aus Senftenberg (Niederlausitz) noch größeren Gefahren ausgesetzt. Seit April 1948 geriet Pokorni ins Blickfeld des Innenministeriums, weil er sich mehrfach für Personen eingesetzt hatte, die nach SMAD-Befehl Nr. 201 angeklagt wurden, in den Nationalsozialismus verstrickt gewesen zu sein. In einem Fall half Pokorni einem Beklagten sogar bei der Flucht nach West-Berlin, indem er ihm für die dortigen Stellen auf dem offiziellen Briefkopf des Landtags eine Bescheinigung ausstellte, die jenen als politischen Flüchtling einstufte.³⁰⁷ Auf Drängen des Innenministeriums trafen Landtagspräsident Otto Meier und der LDP-Landesvorsitzende Ingo von Koerber daraufhin bei einem Sondergespräch am 16. April 1949 die Entscheidung, dass Pokorni umgehend zu verhaften sei, ohne dass der Landtag vorher seine Immunität aufhob.³⁰⁸ Anfang Mai verurteilte die Kleine Strafkammer des Landgerichts Potsdam ihn zu sechs Monaten Haft. Sein Landtagsmandat hatte er zu diesem Zeitpunkt bereits niedergelegt.³⁰⁹

Das Parlament bezog zu dem Vorgang keine Stellung. Den meisten Volksvertretern von CDU und LDP dürfte jedoch bewusst gewesen sein, dass mit dem Fall Pokorni die Immunität, so beschränkt ihre Reichweite auch von Anfang an gewesen sein mag, nun endgültig ihren Sinn verloren hatte. Daher klang es fast wie Hohn, wenn Ernst Stargardt im Umfeld der Verhaftung Pokornis die Landtagsverwaltung darum bat, den Abgeordneten den guten Rat zu geben, bei Ermittlungsverfahren oder Inhaftierungen die zuständigen staatlichen Stellen stets auf ihren Sonderstatus hinzuweisen.³¹⁰ Zwar kündigte der Vorsitzende der LDP-Fraktion, Georg Schneider, auf dem Landesparteitag Anfang September 1949 in Neuruppin an, dafür einzutreten, dem Schutz vor Strafverfolgung wieder einen höheren Stellenwert verschaffen zu wollen. Es blieb jedoch nur bei Absichtserklärungen.³¹¹ Bezeichnenderweise war es ausgerechnet die Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg, die die Immunitätsfrage im

³⁰⁷ Vgl. das Schreiben des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg an Bernhard Bechler vom 22.4.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 57, Bl. 340; Schreiben von Bernhard Bechler an Friedrich Ebert vom 24.4.1948, in: ebd., Bl. 341; Bescheinigung von Erich Pokorni vom 3.11.1948, in: ebd., Bl. 338. Schreiben der Hauptabteilung K, Referat K 5 Berlin, an das Landeskriminalamt Brandenburg vom 6.4.1949, in: ebd., Bl. 339.

³⁰⁸ Vgl. die Aktennotiz über eine Besprechung zwischen Landtagspräsident Otto Meier, Ingo von Koerber und Ministerialdirektor Fritz Springer am 16.4.1949, in: ebd., Bl. 343.

³⁰⁹ Vgl. das Schreiben von Erich Pokorni an Otto Meier vom 20.4.1949, in: ebd., Bl. 344; D. POHL, *Justiz in Brandenburg*, 2001, S. 339f.

³¹⁰ Vgl. das Schreiben von Ernst Stargardt an das Landtagsbüro Brandenburg, z. Hd. Ministerialdirektor Fritz Springer, vom 19.4.1949, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 52, Bl. 1.

³¹¹ Vgl. den Bericht von Georg Schneider auf dem Landesparteitag der LDP Brandenburg in Neuruppin, verfasst am 30.8.1949, 6 S., in: ADL, L 5, Nr. 106, o. Bl., S. 6.

November 1949 erneut thematisierte. Die bisherige Argumentation des Justizministers Stargardt aufgreifend, wurde der Landtag nochmals auf den Grundsatz aufmerksam gemacht, dass Ermittlungen gegen Abgeordnete erst dann möglich seien, wenn man deren Immunität aufgehoben hätte. Diese Interpretation wurde vom Landtagspräsidenten Meier jedoch mit dem Hinweis auf die bisher gängige Praxis zurückgewiesen.³¹²

d) Verhaftung Hermann Beckers

Anders als in Brandenburg, wo sich die Besatzungsmacht mit einem allzu offenen Vorgehen gegen Landtagsabgeordneten zurückhielt, sorgte die Verhaftung des Vorsitzenden der LDP-Fraktion im Thüringer Landtag, Hermann Becker, im Juli 1948 durch sowjetische Sicherheitsorgane für großes Aufsehen. Der Fall fand über die Landesgrenzen hinaus auch in den westlichen Besatzungszonen einige Beachtung. Die Festnahme und Verurteilung Beckers gilt bis heute als ein sehr prominentes Beispiel für die politisch motivierte Verfolgung oppositioneller Politiker in der SBZ. So überraschend der Zugriff auch erfolgte, stand er doch in einem größeren Kontext, der sich aus dem inneren Zustand der LDP ableitete. Das Jahr 1948 bescherte dem thüringischen Landesverband der Liberaldemokraten mehrere grundlegende personelle Veränderungen in der Führungsebene. Der Rücktritt des Justizministers Helmut Külz Anfang April markierte dabei den ersten wichtigen Einschnitt. Angesichts der dirigistischen Eingriffe durch die Militäradministration, der offensiven Machtbestrebungen der SED und vor dem Hintergrund der forcierten Zentralisierung gelangte der Minister im Frühjahr 1948 zu dem Schluss, dass es nicht länger möglich sei, in Thüringen die Verantwortung für die Justizpolitik zu tragen.³¹³ Deshalb bat Külz beim Ministerpräsidenten um seine Demission. Der Rückzug aus der Landespolitik wurde offiziell mit dem Tod des Vaters Wilhelm Külz und den daraus resultierenden Verpflichtungen in Berlin erklärt. Nach einigen internen Diskussionen zwischen den sowjetischen Stellen in Karlshorst und Weimar wurde schließlich der Oberbürgermeister von Gotha, Hans Loch, zum Nachfolger Helmut Külzens bestimmt.³¹⁴

³¹² Vgl. das Schreiben der Generalstaatsanwaltschaft des Landes Brandenburg an Otto Meier vom 12.11.1949, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 52; Entwurf für ein Schreiben von Otto Meier an den Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg vom 24.11.1949, in: ebd., Bl. 12. – Vgl. auch das Schreiben des Zentralsekretariats der SED, Abteilung Justiz, an Otto Meier vom 4.3.1949, in: ebd., Bl. 8f.

³¹³ Vgl. P. WEBER, *Justiz und Diktatur*, 2000, S. 133–139.

³¹⁴ Vgl. das Beschlussprotokoll zur Sitzung des SED-Landessekretariats Thüringen am 1.6.1948, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/L/2/3-033, Bl. 8–11, hier Bl. 10vs. – J. LOUIS, *Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen*, 1996, S. 139–141.

Nach dem Ableben des Parteivorsitzenden Wilhelm Külz wurde zunächst der erste stellvertretende Vorsitzende des thüringischen Landesverbandes und stellvertretende Landtagspräsident Alphons Gaertner als aussichtsreicher Kandidat für die Nachfolge von Külz gehandelt. Insbesondere setzte die Informationsverwaltung der SMAD auf Gaertner. Er galt der Besatzungsmacht als eine durchaus kooperationsbereite Persönlichkeit, die zugleich innerhalb der LDP über einige Anerkennung verfügte. Die sowjetischen Stellen bemühten sich deshalb intensiv darum, Gaertner in verantwortungsvolle Positionen zu bringen.³¹⁵ Dieser erkannte jedoch die Gefahren, die in einem solchen Drahtseilakt lagen. Ähnlich wie sein brandenburgischer Parteifreund Willi Hein war Gaertner nicht länger bereit, weitere politische Zugeständnisse zu machen und sich dem Willen der Besatzungsmacht unterzuordnen. Am 19. Juli 1948 verließ er mit seiner Ehefrau über Berlin die SBZ.³¹⁶

Die Flucht Gaertners traf die Militäradministration vollkommen unvorbereitet. Sie erlebte ein regelrechtes Desaster, weil von einem Augenblick auf den nächsten ein »bürgerlicher« Akteur von der Bühne abtrat, der von ihr lange als Favorit gehandelt worden war. Als Reaktion auf den Vorgang verhaftete das NKWD am 23. Juli 1948 den zweiten stellvertretenden Landesvorsitzenden, Hermann Becker. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der LDP-Fraktion hielt sich Becker zu dem Zeitpunkt in Weimar auf, wo das Parlament zu seinen monatlichen Plenarberatungen zusammenkam. Der Zugriff erfolgte in der Mittagspause zwischen zwei Sitzungen. Becker zufolge wurde ihm von den sowjetischen Stellen unumwunden mitgeteilt, dass seine Verhaftung im direkten Zusammenhang mit Gaertners Flucht wenige Tage zuvor stand.³¹⁷ Wegen angeblicher Spionage wurde er nach zwei Jahren Untersuchungshaft im Juli 1950 zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt.³¹⁸ Obwohl Becker der Zugriff plötzlich erteilte, kam er für ihn doch nicht vollkommen unerwartet. Seit dem Frühjahr 1948 waren immer wieder seitens des sowjetischen Verbindungsoffiziers Stachadumoff Unmutsäußerungen über Beckers politische Tätigkeit zu vernehmen gewesen. Sogar die Drohung einer Verhaftung stand mehrfach im Raum. Allerdings vertraute Hermann Becker, der verstärkt für einen Kurs zwischen

³¹⁵ Vgl. das Memorandum von Oberstleutnant G. Konstantinowski für Iossif W. Schikin über das Ergebnis der Überprüfung der Informationsverwaltung der SMAD vom 17.8.1948, abgedr. in: B. BONWETSCH/G. BORDJUGOV/N. M. NAIMARK (Hrsg.), *Sowjetische Politik in der SBZ*, 1998, S. 282–289, bes. S. 286; Brief von Alphons Gaertner an Leonhard Moog vom 18.7.1948, abgedr. in: J. LOUIS, *Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen*, 1996, S. 245f.

³¹⁶ Vgl. ebd., S. 141–143.

³¹⁷ Vgl. den Erinnerungsbericht von Hermann Becker, o. D., 24 S., in: ADL, *Sammlung LDPD-Politiker (SBZ)*, o. Bl., S. 11; J. LOUIS, *Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen*, 1996, S. 144f.

³¹⁸ Vgl. ebd., S. 146; U. SCHMIDT, *SMT-Verurteilungen*, 2003, S. 387.

Verantwortungsbewusstsein, kritischer Zusammenarbeit und Eigenständigkeit der LDP eintrat, darauf, dass er sich aufgrund seiner herausgehobenen Position und seiner Popularität im Zweifelsfall auf die Unterstützung der Partei verlassen könne.³¹⁹ Auf dem Landesparteitag in Jena am 13. Juli legte ihm die Besatzungsmacht nahe, aus »gesundheitlichen Gründen« nicht mehr für den Landesvorstand zu kandidieren.³²⁰

Am Tag der Verhaftung war Becker so geistesgegenwärtig, die Parteikollegen darüber in Kenntnis setzen zu können. Auf Drängen der LDP-Fraktion trat der Ältestenrat des Thüringer Landtags kurze Zeit später zu einer Sondersitzung zusammen. Die Liberaldemokraten zeigten sich über das Vorgehen des NKWD empört. Auch die Besatzungsmacht habe die verfassungsmäßig garantierte Immunität zu respektieren. Die LDP-Fraktion drohte damit, bis zur Klärung der Angelegenheit aus Protest nicht mehr an der Plenarsitzung teilzunehmen. Soweit kam es indes nicht: Anstatt den Liberaldemokraten den Rücken zu stärken, wurden von CDU-Seite Bedenken vorgetragen. Kaum wegzudiskutieren war der Einwand, dass die Militäradministration nicht an die Bestimmungen der Verfassung gebunden sei. Außerdem riet man den Kollegen von der LDP, trotzdem an der Plenarsitzung teilzunehmen, um nicht den Konflikt mit der SMA zusätzlich anzuhetzen. Immerhin wurde die Überlegung angestellt, die Verbindungsoffiziere der Parteien einzubinden und ihnen gegenüber das Befremden wegen der Maßnahme zum Ausdruck zu bringen.³²¹ Gänzlich abweisend verhielt sich hingegen die SED. Laut Auskunft von Leonhard Moog wiegelte der Landtagspräsident das Ansinnen der LDP ab. Bei der Verhaftung Beckers handele es sich um eine Parteiangelegenheit, für die der Ältestenrat nicht zuständig sei.³²² Die SMA werde schon maßgebliche Gründe gehabt haben, wenn sie unter solchen außerordentlichen Umständen einen Abgeordneten gefangen nehme.³²³ In der Folge unternahmen weder Frölich noch die führenden Funktionäre des SED-Landesverbands irgendeinen Versuch, um sich für Becker einzusetzen.³²⁴

³¹⁹ Vgl. den Erinnerungsbericht von Hermann Becker, in: ADL, Sammlung LDPD-Politiker (SBZ), o. Bl., S. 8–11.

³²⁰ Vgl. ebd., o. Bl., S. 10; »Thüringen. Stellvertretender Vorsitzender des Ost-LDP-Landesvorstandes verhaftet«, in: Der Tagesspiegel vom 27.7.1948. – J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 132–134.

³²¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 23.7.1948, 15:30 Uhr, 2 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl.

³²² Vgl. ebd., S. 2; Protokoll der Sitzung der Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der LDP am 1.10.1948, 5 S., in: ADL, L 6, Nr. 363, o. Bl., S. 3.

³²³ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 23.7.1948, 15:30 Uhr, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl., S. 2.

³²⁴ Vgl. die Äußerung von Richard Eyermaun auf der Sitzung des SED-Landesvorstands Thüringen am 14.8.1948, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/L/2/1-008, Bl. 115. – Die Darstellung der Reaktionen auf die Verhaftung Beckers bei Steffen Kachel erscheint stark verkürzt. S. KACHEL, Ein rot-roter Sonderweg?, 2011, S. 468f.

Demgegenüber schaltete sich der Landesvorstand der LDP in den Fall ein. Unter der Leitung von Leonhard Moog bemühte man sich bei Kolesnitschenko um Auskunft über den Verbleib des Fraktionsvorsitzenden. Konkrete Ergebnisse blieben jedoch aus.³²⁵ Vielmehr erhöhte die SMA ihren Druck auf die LDP: Bei den folgenden Fraktionssitzungen zeigte die Besatzungsmacht demonstrative Präsenz. Unter den Augen des Verbindungsoffiziers bat Alfred Fuhlrodt, der am 30. Juli 1948 zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt wurde, seine Parteikollegen deshalb inständig darum, die Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen und keine langen Diskussionen darüber weiterzuführen. Es war der Wunsch erkennbar, nach den dramatischen Tagen zu einer ordentlichen Geschäftstätigkeit zurückzufinden und sich ruhig zu verhalten, um der Fraktion und Hermann Becker nicht noch mehr zu schaden.³²⁶ Als im September Medien aus den westlichen Besatzungszonen ausführlich über den Fall berichteten, unternahmen die Thüringer Liberaldemokraten einen weiteren vergeblichen Anlauf, um etwas über das Schicksal Beckers in Erfahrung zu bringen und ihn nach Möglichkeit freizubekommen. Parallel zu diesen Bemühungen wurden aber auch Stimmen in der LDP laut, die eine Neuausrichtung der Partei forderten. Man müsse vom Kritisieren wegkommen und anfangen, konstruktive Arbeit zu leisten. Dieser Aufruf war im Sinne einer stärkeren Kooperation mit der SED zu verstehen.³²⁷

Die Verhaftung Hermann Beckers löste nicht nur bei den Liberaldemokraten Entsetzen aus, sondern sie wirkte den Erinnerungen Gertrud Voigts zufolge auch auf die CDU-Fraktion wie ein Schock: »Was dem Abgeordneten Becker geschehen war, konnte jeden treffen, wenn nur eine einzige Bemerkung den sowj[etischen] Aufpassern mißfiel.«³²⁸ Die thüringische LDP nahm sich nicht nur mit politischen Aussagen in der Öffentlichkeit zurück, ihre Landtagsabgeordneten wirkten regelrecht eingeschüchtert. Gleichzeitig mussten sie ebenso wie der Landesvorstand aber den Zorn der Parteibasis erdulden, die ihnen vorwarf, sich nicht hinreichend für Becker einzusetzen. Der Ärger wurde durch Gerüchte über vermeintliche Misshandlungen des ehemaligen Fraktionsvorsitzenden, die in Weimar umliefen, noch zusätzlich verstärkt. Angesichts weiterer

³²⁵ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesvorstands der LDP Thüringen in Verbindung mit der Landtagsfraktion am 30.7.1948, 2 S., in: ADL, L 5, Nr. 583, o. Bl., S. 1vs; Protokoll der Sitzung der Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der LDP am 1.10.1948, 12 S., in: ADL, L 5, Nr. 363, o. Bl., S. 3.

³²⁶ Vgl. das Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 30.7.1948, in: ADL, L 5, Nr. 620, o. Bl.

³²⁷ Protokoll der Sitzung des Landesvorstands der LDP Thüringen am 2.9.1948, 3 S., in: ADL, L 5, Nr. 583, o. Bl., S. 2f.; Protokoll der Sitzung des Landesvorstands der LDP Thüringen am 30.9.1948, 3 S., in: ebd., o. Bl., S. 1.

³²⁸ Aufzeichnungen von Gertrud Voigt, »Zur Geschichte der CDU unmittelbar nach dem Krieg 1946–49«, 8 S., in: ACDP, 01-297-012, Nr. 1, o. Bl., S. 6. – Vgl. auch S. KACHEL, Ein rot-roter Sonderweg?, 2011, S. 468.

Verhaftungen warnte der Landesvorstand die Parteimitglieder eindringlich davon, mit Politikern aus den Westzonen irgendwelche Kontakte aufzunehmen.³²⁹

Weitaus unbekannter als das Schicksal Hermann Beckers ist hingegen die Verhaftung des LDP-Abgeordneten Otto Maar. Der geschäftsführende Vorsitzende des Kreisverbandes Meiningen und Bezirksvorsitzende kam Anfang Oktober 1948 als Nachrücker in den Thüringer Landtag.³³⁰ Er gehörte zu jenen Liberaldemokraten, die auf dem Parteitag von Jena einen eigenständigen Kurs der LDP angemahnt hatten. Maar konnte allerdings nur an drei Landtagssitzungen teilnehmen: Neun Tage nach der Übernahme des Mandats wurde er am 13. Oktober vom NKWD ungeachtet seiner Immunität verhaftet. Weil die LDP über den Verbleib Maars im Ungewissen blieb, sah sie sich gezwungen, ihn im Januar 1949 als Mandatsträger beim Landeswahlleiter zurückzuziehen. Nach seiner Verurteilung zu 25 Jahren Zwangsarbeit wegen »Spionage und anti-sowjetischer Propaganda« wurde Maar in die UdSSR verbracht. Der Politiker kehrte erst 1954 nach Deutschland zurück.³³¹ Mehr Glück hatte hingegen der Abgeordnete Karl-Heinz Naase. Der in Rastenberg lebende Politiker zählte zu den hoffnungsvollen Nachwuchstalenten der Thüringer Liberaldemokraten. Mit gerade 25 Jahren trat er Ende Mai 1947 als Nachrücker in den Landtag ein. Seine politische Begabung machte auch die Berliner Parteizentrale auf ihn aufmerksam.³³² Die SED hingegen verortete Naase als klaren Anhänger des »reaktionären« Flügel in der LDP, auch die Konflikte mit der Besatzungsmacht nahmen 1948 merklich zu.³³³ Im Dezember desselben Jahres entschloss er sich zur Flucht nach West-Berlin. Damit kam er einer Vorladung bei der sowjetischen Kreiskommandantur und der möglicherweise bevorstehenden Verhaftung zuvor. Nach der Übersiedlung in den Westen übernahm Naase später eine leitende Funktion im Ostbüro der FDP.³³⁴

³²⁹ Vgl. das Referat von Leonhard Moog zur politischen Lage auf der Arbeitstagung der LDP Thüringen am 31.10.1948, 19 S., in: ADL, L 5, Nr. 585, o. Bl., S. 3f.

³³⁰ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 48. Sitzung am 7.10.1948, in: AVThLT/I.3, S. 1839–1868, bes. S. 1842.

³³¹ Vgl. H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 39f.; J. LENGEMANN, Thüringische Landesparlamente, 2014, S. 461–463; J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 120, Anm. 241, S. 133f. u. 287.

³³² Vgl. ebd., S. 161 u. 164f.; W. BUSCHFORT, Parteien im Kalten Krieg, 2000, S. 99f.

³³³ Vgl. das Schreiben von Karl-Heinz Naase an August Frölich vom 1.4.1948, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 36, o. Bl.; Bericht von Karl-Heinz Naase über einen Vorfall mit einem sowjetischen Militäroffizier vom 7.4.1948, in: ebd., o. Bl.; Schreiben von August Frölich an Hauptmann Roitmann vom 24.4.1948, in: ebd., o. Bl.; Schreiben der Polizeidirektion Weimar an das Büro des Thüringer Landtages vom 18.5.1948, in: ebd., o. Bl.

³³⁴ Vgl. die Notiz über einen Anruf der Landeskriminalpolizei Thüringen, Abteilung K 5, beim Büro des Thüringer Landtages am 20.12.1948, in: ebd., o. Bl. – W. BUSCHFORT, Parteien im Kalten Krieg, 2000; S. 100; J. LENGEMANN, Thüringische Landesparlamente, 2014, S. 494f.

e) Denunziation und Diffamierung

Die Verhaftung von Landtagsabgeordneten durch Organe der Besatzungsmacht oder durch deutsche Sicherheitskräfte erwies sich als die offensivste Form der politisch motivierten Repression. Sie kam im alltäglichen Parlamentsbetrieb während der ersten Legislaturperiode in Brandenburg und Thüringen allerdings nur selten zur Anwendung, denn aus Sicht der Militäradministration und der SED lag der gravierende Nachteil darin, dass sie zu viel öffentliche Aufmerksamkeit erregte. Der Fall Hermann Becker bot dafür einen eindringlichen Beleg. Zu einem Zeitpunkt, als sich die »bürgerlichen« Parteien noch keineswegs zu willfähigen Blockpartnern angepasst hatten, warfen direkte Eingriffe stets unangenehme Fragen auf. Zugleich beschädigte die Flucht von Landespolitikern in den Westen das ohnehin schon schlechte Ansehen der Einheitssozialisten weiter. Stattdessen setzten die Militäradministration und die SED auf die viel elegantere Methode, unliebsame Abgeordnete mittels politischen Drucks in Misskredit zu bringen. Dabei bediente man sich hauptsächlich des Mittels der öffentlichen Diffamierung und der Denunziation.

Unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzungsherrschaft erwies sich aus Sicht der SED insbesondere die Beschuldigung, aktiver Nationalsozialist gewesen zu sein oder Kriegsverbrechen begangen zu haben, als eine effektive Methode. Bereits während des Wahlkampfes 1946 war diese Strategie gegenüber »bürgerlichen« Kandidaten erfolgreich eingesetzt worden. Die Streichung des Landesvorsitzenden der brandenburgischen LDP, Wilhelm Falk, von der Wahlliste ist dafür ein Beleg. Doch auch in der Folgezeit wurden solche Beschuldigungen mal mehr, mal weniger koordiniert gegen christ- und liberaldemokratische Abgeordnete erhoben. Bevor sich der brandenburgische Landtag mit dem Fall Hildegard Erdmanns auseinandersetzen musste, wurden schon im April 1947 schwere Beschuldigungen gegen den Landtagsvizepräsidenten Otto Giesler (LDP) bekannt. Ihm wurde vorgeworfen, mit einem Altnazi zu kollaborieren und ihn zu beschützen.³³⁵ Nachforschungen ergaben zwar, dass diese Vorwürfe gegen Giesler, der selbst als »Opfer des Faschismus« anerkannt worden war, jeglicher Grundlage entbehrten. Gleichwohl blieben weitere Anschuldigungen gegen ihn im Raume stehen.³³⁶

Ein wirksames Instrument der SED, das besonders häufig zum Einsatz kam, war die Benutzung der parteieigenen Presse für die öffentlichkeitswirksame Erhebung von Anschuldigungen und Bloßstellungen. So erschien Ende September 1948 in der Erfurter Ausgabe der Tageszeitung *Thüringer Volk* ein Artikel über

³³⁵ Vgl. das anonyme Schreiben an Friedrich Ebert vom 14.4.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 19, Bl. 4.

³³⁶ Vgl. das Schreiben von Ingo von Koerber an Friedrich Ebert vom 21.5.1947, in: ebd., Bl. 1; Schreiben von J. Cissewski an Friedrich Ebert vom 8.6.1947, in: ebd., Bl. 6.

die polizeiliche Durchsuchung eines ortsansässigen Lederbetriebs. Dabei wurde insbesondere auf das Verhalten eines dort beschäftigten Landtagsabgeordneten der CDU hingewiesen, der sich mit Verweis auf seine Immunität der behördlichen Kontrolle verweigert hätte. Der Artikel legte nahe, dass bei dem Mann eine Reihe gestohlener Lederartikel sichergestellt worden seien, was implizierte, dass der Volksvertreter versucht habe, den Rechtsschutz als Parlamentarier zur Verschleierung seiner kriminellen Machenschaften zu missbrauchen.³³⁷ Vielen Erfurtern dürfte bewusst gewesen sein, dass es sich bei dem namentlich nicht Genannten um den Unionspolitiker Karl Ißleib handelte, der seit Anfang Oktober 1947 dem Landtag angehörte. Die CDU-Fraktion protestierte bei August Frölich gegen diese Form der herabsetzenden Berichterstattung, zumal die Anschuldigungen auf unwahren Behauptungen beruhten. Der Präsident wurde aufgefordert, dafür zu sorgen, dass die Vorwürfe von der Zeitung zurückgenommen und der Sachverhalt richtiggestellt werde.³³⁸ Frölich sagte zu, sich in der Sache für die CDU einzusetzen. Er trat mit Fritz Heilmann in Verbindung, der neben seiner Tätigkeit als Abgeordneter den Posten des Chefredakteurs bei dem SED-Blatt innehatte.³³⁹ Die Angelegenheit drohte allerdings im Sande zu verlaufen, woraufhin die CDU sich noch einmal an Frölich wandte. Erst im April 1949 nahm die Erfurter Schriftleitung des *Thüringer Volks* dann öffentlich zu dem Vorgang Stellung. Sie erklärte, dass man mit dem umstrittenen Artikel den CDU-Abgeordneten Karl Ißleib nicht angegriffen habe. Gleichzeitig verband die SED ihre Richtigstellung mit dem indirekten Vorwurf, dass man als gewählter Volksvertreter die Maßnahmen zum Schutze des Volkseigentums tatkräftig unterstützen solle anstatt sich hinter der Immunität zu verschanzen.³⁴⁰ Angesichts des Umstandes, dass diese Stellungnahme über ein halbes Jahr nach dem Erscheinen des Artikels veröffentlicht wurde, war sie für den Betroffenen nahezu wertlos.

Sehr häufig konnte man beobachten, dass sich die Angriffe der SED-Presse immer wieder gezielt gegen dieselben Personen richteten. Beispielsweise wurde der liberaldemokratische Landtagsabgeordnete Fritz Haagen mehrfach Zielscheibe von Attacken in der *Märkischen Volksstimme*. Der in Neuruppin lebende Haagen war der Vorsitzende des LDP-Kreisverbandes Ruppín. Unter seiner Füh-

³³⁷ »Krawall um Leder«, in: *Thüringer Volk*, Ausgabe Erfurt vom 27.9.1948, auch enthalten in: ThHStAW, *Thüringer Landtag*, Nr. 37, o. Bl.

³³⁸ Vgl. das Schreiben von Johannes Mebus an August Frölich vom 11.10.1948, in: ebd., o. Bl.

³³⁹ Vgl. das Schreiben von August Frölich an Johannes Mebus vom 28.10.1948, in: ebd., o. Bl.; Handschriftliche Notizen August Frölichs vom 5. u. 16.11.1948, in: ebd., o. Bl.

³⁴⁰ Vgl. das Schreiben von August Frölich an Fritz Heilmann vom 7.3.1949, in: ebd., o. Bl.; Schreiben des Sekretariats der Lokalschriftleitung des *Thüringer Volkes* an August Frölich vom 25.4.1949, in: ebd., o. Bl. – Zur Biografie Karl Ißleibs siehe J. LENGEMANN, *Thüringische Landesparlamente*, 2014, S. 364f.

nung hatten die Liberaldemokraten bei den Wahlen 1946 dort gute Ergebnisse erzielen können. Als langjähriger Studienrat am Neuruppiner Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, an dem schon Theodor Fontane zur Schule gegangen war, und als Verfasser mehrerer lokalgeschichtlicher Studien zählte Fritz Haagen zu den Honoratioren der Stadt. Zudem übernahm er 1948 in Rheinsberg, wo die LDP seit den Gemeindewahlen die stärkste Kraft war, nach langen Querelen mit dem sowjetischen Kreiskommandanten das Amt des Bürgermeisters. Haagen vertrat die Interessen seiner Partei durchaus selbstbewusst, woraufhin ihn die Militäradministration mit einem Redeverbot belegte.³⁴¹ Im Juli 1947 veröffentlichte die *Märkische Volksstimme* einen Artikel, in welchem Haagen wegen seiner wohlmeinenden Äußerungen über Friedrich den Großen angegriffen wurde. Außerdem unterstellte ihm das Blatt, in angetrunkenem Zustand einen Schüler aus dem Unterricht geworfen zu haben. Weil die Redaktion keine Bereitschaft erkennen ließ, eine Gegendarstellung abzdrukken, wandte sich Haagen an die Kollegen in der Landtagsfraktion. Daraufhin unternahm die Fraktionsführung den Versuch, über den Landtagspräsidenten Ebert auf die *Märkische Volksstimme* einzuwirken.³⁴² Außerdem wandte sich der Fraktionsvorsitzende Schneider in der Angelegenheit an Willy Sägebrecht. Auch die LDP habe genügend Material in der Hand, um der SED Gleiches mit Gleichem zu vergelten, lautete Schneiders Argumentation. Das sei aber für die gemeinsame Arbeit nicht förderlich.³⁴³ Tatsächlich zeigte diese Drohung kurzfristigen Erfolg. Wenige Monate später wurden allerdings erneut Vorwürfe gegen Haagen in der *Märkischen Volksstimme* erhoben. Diesmal schrieb Haagen unmittelbar dem Landtagspräsidenten und bat darum, ihn gegen die Angriffe der SED-Presse in Schutz zu nehmen: »Ein Abgeordneter ist kein Freiwild, das jeder Zeitungsschreiber nach seiner Laune hetzen kann.«³⁴⁴

Eine regelrechte Pressekampagne wurde gegen den brandenburgischen Abgeordneten Peter Bloch gestartet. Der einflussreiche CDU-Landespolitiker, der als Anhänger Jakob Kaisers galt, geriet mehrfach ins Visier der SED-Attacken, er verfügte aber stets über so viel Selbstvertrauen und Mut, den Anschuldigung-

³⁴¹ Vgl. das Schreiben von Bernhard Bechler an die SMA Brandenburg, Propagandaabteilung, Oberstleutnant Milchiker, vom 16.1.1947, in: BLHA, Rep. 203, Nr. 25, Bl. 213; Aussage von Fritz Haagen, abgedr. in: BUNDESMINISTERIUM FÜR GESAMTDEUTSCHE FRAGEN (Hrsg.), Unrecht als System, 1952, S. 184.

³⁴² Vgl. das Schreiben des LDP-Kreisverbands Ruppiner an den LDP-Landesverband Brandenburg vom 15.8.1947, in: ADL, L 5, Nr. 138, o. Bl.; Schreiben von Dr. Fritz Haagen an den Vorsitzenden der LDP-Landtagsfraktion Brandenburg, Georg Schneider, vom 15.9.1947, in: ebd., o. Bl.; Schreiben von Georg Schneider an Fritz Haagen vom 24.9.1947, in: ebd., o. Bl.

³⁴³ Ebd.

³⁴⁴ Schreiben von Fritz Haagen an Friedrich Ebert vom 9.5.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 56, Bl. 269; Schreiben der Redaktion der Märkischen Volksstimme an den Landtag Brandenburg vom 29.5.1948, in: ebd., Bl. 266.

gen öffentlich entgegenzutreten.³⁴⁵ In der zweiten Jahreshälfte 1948 nahmen die Angriffe jedoch an Schärfe zu. Hatte der CDU-Politiker es bis dahin geschickt verstanden, den Drahtseilakt durchzuführen, einerseits die Politik der SED und insbesondere Innenminister Bechler scharf zu kritisieren und sich andererseits das Wohlwollen der Militäradministration zu erhalten³⁴⁶, setzte nun allmählich ein Wandel in der Gunst der Besatzungsmacht ein. Nach dem Tod des Landesvorsitzenden Wilhelm Wolf im April bei einem Autounfall, dessen Hintergründe bis heute nicht vollständig aufgeklärt sind³⁴⁷, galt Bloch in der brandenburgischen Union zunächst als einziger Kandidat für dessen Nachfolge. Die Potsdamer SMA untersagte ihm jedoch die Annahme der Wahl. Statt seiner wurde der von der Besatzungsmacht favorisierte Ernst Zborowski im Juni auf dem Landesparteitag zum neuen Vorsitzenden des Landesverbands gewählt.³⁴⁸ Anfang November 1948 lancierte die *Märkische Volksstimme* einen Hetzartikel gegen Bloch, in welchem der Vorwurf erhoben wurde, dieser sei ein Anhänger des »reaktionären« Flügel in der CDU. Obwohl Peter Bloch versuchte, den Anschuldigungen in der *Märkischen Union* betont sachlich zu begegnen, verschärfte sich der Disput. In dichter Folge erschienen weitere Artikel.³⁴⁹ Am 27. November wandte sich Bloch deshalb an Landtagspräsident Ebert und bat ihn darum, mäßigend auf die Redaktion der *Volksstimme* einzuwirken:

»Sie werden verstehen, sehr geehrter Herr Präsident, dass es auf die Dauer unerträglich ist, sich in der Presse Ihrer Partei, die infolge ihrer größeren Auflage und häufigeren Erscheinungsart über eine unvergleichlich grössere Resonanz verfügt, laufend diffamieren zu lassen, ohne dass ein tatsächlicher Beweis der erhobenen Beschuldigungen geführt wird.«³⁵⁰

Ob Ebert sich tatsächlich in dem Fall engagierte – immerhin war Peter Bloch als Schriftführer Mitglied des Landtagspräsidiums –, ist nicht bekannt. Stattdessen führte die SED ihre Angriffe auf den Politiker unbeirrt fort. So erschien am 17. Dezember 1948 in der Reichsausgabe des *Neuen Deutschland* ein Artikel, in welchem Bloch als »Exponent des rechtesten Flügels der CDU« bezeichnet

³⁴⁵ Vgl. P. BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation*, 1986, S. 102–105.

³⁴⁶ Vgl. I. JANDER, *Politische Verfolgung in Brandenburg*, 2012, S. 85.

³⁴⁷ Vgl. M. RICHTER, *Ost-CDU*, 1991, S. 82, Anm. 144.

³⁴⁸ Vgl. P. BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation*, 1986, S. 127f.; M. RICHTER, *Ost-CDU*, 1991, S. 81–83.

³⁴⁹ Vgl. »Die politische Position des Herrn Dr. Bloch«, in: *Märkische Volksstimme* vom 13./14.11.1948. – Eine Sammlung zahlreicher Zeitungsausschnitte zu diesem Fall findet sich in: LAB, E Rep. 200-35, Nr. 10 und Nr. 78.

³⁵⁰ Schreiben von Dr. Peter Bloch an Friedrich Ebert vom 27.11.1948, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 56, Bl. 69f., hier Bl. 70.

wurde. Als »Beweis« für diese Behauptung wurde insbesondere dessen umstrittenes »Pferde-Zitat« aus dem Wahlkampf von 1946 angeführt. Doch die Vorwürfe gingen weit darüber hinaus. Der Artikel rückte Blochs politische Tätigkeit in die Nähe der Wirtschaftssabotage, von einer »systematische[n] Antisowjethetze«, »gefährlicher Kriegspropaganda« und »versteckter Kriegshetze« war die Rede. Bei den Anhängern und Unterstützern Peter Blochs in der Union handele es sich um eine »Gruppe reaktionärer Antidemokraten«, die sich »immer mehr zu einem Fremdkörper in der Blockpolitik« entwickelt hätten.³⁵¹ Der Beitrag ging über das bislang übliche Maß an Beschuldigungen hinaus. Offenkundig stand hinter den Attacken die Absicht, Bloch durch die SBZ-weite öffentliche Diffamierung politisch unmöglich zu machen. Wenngleich der CDU-Politiker weiterhin standhielt und erst 1950 aus der Politik ausschied, wurden nun auch die staatlichen Sicherheitsorgane auf den Fall aufmerksam: Anfang Januar 1949 bat der Leiter des Referats K 5 der Deutschen Volkspolizei, Erich Jamin, das Landeskriminalamt in Potsdam darum, über Bloch »eingehende vertrauliche Ermittlungen« anzustellen und vorhandenes Belastungsmaterial nach Berlin weiterzuleiten.³⁵²

So unterschiedlich die genannten Beispiele gelagert waren, lassen sich dennoch Gemeinsamkeiten aus ihnen ableiten. Zunächst fällt auf, dass in keinem Fall die öffentlichen Attacken auf »bürgerliche« Politiker vordringlich im Kontext ihrer Abgeordnetentätigkeit standen. Wie es der Vorgang um Karl Ißleib zeigte, wurde die Mandatsausübung im Landesparlament zwar in Bezug zu den Anschuldigungen gesetzt, in erster Linie erklärten sich die Diffamierungsversuche aber aus Konflikten auf lokalem bzw. kommunalpolitischem Terrain.³⁵³ Die Arbeit im Landtag stellte sich bei den Beschuldigten nur als eine von mehreren Facetten dar. Zwar führte kein Fall direkt zur Ausschaltung des betroffenen Abgeordneten. Der unmittelbare Zusammenhang, wie er sich zwischen der öffentlichen Denunziation und der Verdrängung aus der aktiven Politik ab 1949 im Rahmen der Parteisäuberungen gestaltete, war in den Jahren 1947 und 1948 noch nicht gegeben. Gleichwohl kamen hier die später mit kalter Effizienz praktizierten Methoden zur Ausschaltung politischer Oppositioneller bereits zum Vorschein. Diese Methoden wurden von den Zeitgenossen durchaus erkannt. So veröffentlichte die *Märkische Union* am 7. November 1948 einen Beitrag, in welchem sie das Vorgehen der SED gegen die eigenen Parteimitglieder in Brandenburg scharf angriff:

³⁵¹ »Bloch(-)Politik statt Block-Politik«, in: Neues Deutschland vom 17.12.1948, S. 2.

³⁵² Schreiben von Erich Jamin an das Landeskriminalamt Brandenburg, Dezernat K 5, vom 6.1.1949, in: BStU, MFS, AS 868/67, Bl. 2f. – Vgl. auch I. JANDER, Politische Verfolgung in Brandenburg, 2012, S. 84f.

³⁵³ Vgl. ebd., S. 13.

»Unsere Unionsfreunde sind nach wie vor persönlichen Diffamierungen und Denunziationen ausgesetzt. In der Regel erweisen sich die gegen sie erhobenen Anschuldigungen als unhaltbar. An dieser Methode wird trotzdem festgehalten, weil man hofft, doch den einen oder anderen unserer Freunde mürbe zu machen.«

Das Blatt ermunterte die betroffenen CDU-Mitglieder, sich angesichts der »radikalen Politik in den Reihen der SED« nicht einschüchtern zu lassen. Es sei der Mühe wert, »für Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt [...] und für den Wiederaufbau eines einheitlichen demokratischen Deutschland zu kämpfen«. ³⁵⁴ Diese Aufmunterungen konnten zwar Zuversicht geben und das Durchhaltevermögen stärken. An den tatsächlichen Verhältnissen in der SBZ änderten sie jedoch nichts.

5. Widerstand gegen die »neuen« Blockparteien

a) Beratende Stimmen für NDPD und DBD

Als ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Machtdurchsetzung der SED erwies sich 1948 die Gründung von zwei neuen Blockparteien, der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD). Beide sollten dazu beitragen, die Bedeutung der bereits etablierten CDU und der LDP zurückzudrängen und im Sinne der Blockpolitik als »Mehrheitsbeschaffer« für die Einheitspartei zu fungieren. ³⁵⁵ Laut Hermann Weber erfüllten sie »eine Alibifunktion (Verschleierung der kommunistischen Einparteienherrschaft und Vortäuschung demokratischer Verhältnisse), eine gesamtdeutsche Funktion (Kontakte zum Westen) sowie eine Transmissionsfunktion (Verbreitung der Vorstellungen der SED in anderen Bevölkerungsgruppen [...])«. ³⁵⁶ Die Entstehung der NDPD und der DBD veränderte nicht nur die Tektonik der politischen Landschaft in der SBZ, sondern sie zeitigte ebenfalls Auswirkungen auf das Geschehen in den Landtagen.

Auch wenn der Gründungsverlauf der beiden Parteien auf den ersten Blick den Eindruck erweckte, als ob es sich um einen demokratischen Prozess »von unten« gehandelt habe, gingen dem doch langwierige und detaillierte Vorbereitungen durch die SMAD und die SED voraus. Bereits im Januar 1947 hatte Stalin die Gründung einer vierten Partei in Erwägung gezogen, die als Auf-

³⁵⁴ Märkische Union vom 7.11.1948.

³⁵⁵ S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 165.

³⁵⁶ H. WEBER, *Herausbildung und Entwicklung des Parteiensystems*, 1996, S. 8.

fangbecken für ehemalige NSDAP-Mitglieder dienen sollte. Dem sowjetischen Diktator ging es darum, kooperationswillige frühere nominelle Nazis in die Blockpolitik zu integrieren und sie im Umfeld der bevorstehenden Moskauer Außenministerkonferenz für die eigenen deutschlandpolitischen Absichten einzuspannen.³⁵⁷ Obwohl die SED-Führung den Nutzen eines solchen taktischen Manövers in Zweifel zog und sich gegen die Gründung einer neuen Partei wehrte, wurden die Vorbereitungen von der SMAD vorangetrieben und schließlich sogar um die Schaffung einer Bauernpartei konzeptionell erweitert.³⁵⁸ In mehreren Etappen bildeten sich zwischen dem Frühjahr und dem Herbst 1948 die zonenweiten Organisationsstrukturen der beiden neuen Parteien mit Landesverbänden und der zentralen Berliner Leitungsebene heraus. Der Gründungs- und Etablierungsprozess vollzog sich sowohl bei der NDPD als auch der DBD nach einem von der SMAD und der SED ausgearbeiteten Regiebuch. Der Aufbau stand unter deren unmittelbaren Kontrolle. Aufmerksam wurde darauf geachtet, die zentralen Positionen in der NDPD und der DBD mit loyalen Köpfen zu besetzen. Der überwiegende Teil der Parteispitzen besaß entweder ein SED-Parteibuch oder er stand der Einheitspartei zumindest politisch sehr nahe.³⁵⁹

Nach dem Willen der SED-Führung sollten mit den beiden neuen Parteien spezifische Bevölkerungsgruppen angesprochen werden. Die NDPD war als ein politisches Angebot an ehemalige Anhänger des NS-Regimes, Wehrmachtangehörige, Flüchtlinge aus den Ostgebieten sowie national gesinnte Teile aus der Mittelschicht wie Handwerker, Gewerbetreibende und kleine Unternehmer gedacht.³⁶⁰ Die DBD sollte hingegen als politische Interessenvertretung der ländlichen Bevölkerung dienen, Neu- und Kleinbauern bildeten daher die Zielgruppe. Die Bauernpartei wurde als eine Ergänzung zu den bislang nur mäßig erfolgreichen VdgB-Organisationen verstanden.³⁶¹ Durch die Schaffung der

³⁵⁷ Vgl. die Unterredung zwischen Stalin und der SED-Führung am 31.1.1947, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Bearb.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/3*, 2004, S. 136–156, bes. S. 142–145.

³⁵⁸ Vgl. das Schreiben von Andrei J. Wyschinski an Andrei A. Schdanow vom 29.7.1947, abgedr. in: ebd., S. 355; Telegramm von Wladimir S. Semjonow an das MID vom 10.8.1947, abgedr. in: ebd., S. 365f.

³⁵⁹ Vgl. die Aufzeichnung von Sergei I. Tjulpanow über die Vorbereitungen zur Gründung der »National-Demokratischen Partei« in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands vom 7.5.1948, abgedr. in: ebd., S. 602–605; Aufzeichnung von Sergei I. Tjulpanow zum Verlauf der Gründung der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands vom 31.5.1948, in: ebd., S. 611–115. – Vgl. T. BAUER, *Demokratische Bauernpartei Deutschlands*, 2003, S. 110f.; D. STARITZ, *National-Demokratische Partei Deutschlands*, 1982, S. 217; B. WERNET, *Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe*, 1982, S. 246.

³⁶⁰ Vgl. D. STARITZ, *National-Demokratische Partei Deutschlands*, 1982, S. 220.

³⁶¹ Vgl. B. WERNET, *Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe*, 1982, S. 248. – T. BAUER, *Demokratische Bauernpartei Deutschlands*, 2003, 199–214; B. WERNET-TIETZ, *Demokratische Bauernpartei Deutschlands*, 1993, S. 586f.

beiden Parteiorganisationen, die in erster Linie also bestimmte Klientele bedienen sollten, versprach sich die SED, dass man das oppositionelle Potenzial in der Besatzungszone nicht weiterhin allein der CDU und der LDP überlassen würde, sondern dass man es mit diesen politisch zuverlässigen Bockparteien absorbieren könnte. Wilhelm Pieck erklärte im Mai 1948 vor dem SED-Parteivorstand, dass die NDPD und die DBD zwar keine SED-Parteien sein sollten, man aber ein großes Interesse daran habe, »diese Parteien und ihre Führungen im Sinne unserer Politik zu beeinflussen, damit sie mit uns gemeinsam in den Parlamenten und auch sonst im öffentlichen Leben arbeiten«. ³⁶² Die NDPD sei »der Salonwagen im Güterzug des Bolschewismus«, lautete ein damals verbreitetes Bonmot, dessen Urhebererschaft dem RIAS-Kommentator Otto Freiherr von Saß (Matthias Walden) nachgesagt wurde. ³⁶³

SED und SMAD trieben die Integration der neuen Parteien in die Blockpolitik der SBZ konsequent voran. Anfang August und Anfang September 1948 wurden die DBD und die NDPD als gleichberechtigte Partner in den Zentralen Einheitsfrontausschuss aufgenommen. ³⁶⁴ Dieser Schritt wurde für die Blockausschüsse in den Ländern und Kommunen ebenfalls vollzogen. Im Landesblockausschuss Brandenburg stellte die NDPD bereits Ende Juni 1948 den Aufnahmeantrag und erhielt daraufhin zunächst einen Gaststatus, der im September aufgewertet wurde. ³⁶⁵ Die DBD nahm seit Oktober an den Blocksitzungen teil. ³⁶⁶ In Thüringen beschloss der Landesblockausschuss am 11. August, die NDPD und die DBD als gleichberechtigte Partner aufzunehmen. ³⁶⁷

Die Liberal- und die Christdemokraten erkannten, welche Gefahren von diesen Gegengründungen für sie ausgingen. Die Hoffnung, sich letztlich doch noch gegen den Führungsanspruch der SED durchsetzen zu können, wurde dadurch stark erschüttert. ³⁶⁸ Im Rahmen des ihnen zu Gebote Stehenden be-

³⁶² Protokoll der 10. Tagung des Parteivorstands der SED am 12./13.5.1948, abgedr. in: Th. FRIEDRICH/C. HÜBNER/H. MEIER/K. WOLF (Hrsg.), Entscheidungen der SED, 1995, S. 111.

³⁶³ Zit. nach B. GOTTEBERG, Gründung, 1995, S. 73.

³⁶⁴ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Zentralen Einheitsfrontausschusses am 5.8.1948, abgedr. in: S. SUCKUT (Bearb.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 257–282, bes. S. 258; Protokoll der Sitzung des Zentralen Einheitsfrontausschusses am 7.9.1948, abgedr. in: ebd., S. 287–300, bes. S. 287f.

³⁶⁵ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 21.6.1948, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 197–199, bes. S. 197f.; Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 13.7.1948, abgedr. in: ebd., S. 199–201; Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 27.9.1948, abgedr. in: ebd., S. 204–209, bes. S. 208.

³⁶⁶ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 26.10.1948, abgedr. in: ebd., S. 209–212, bes. S. 209.

³⁶⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Thüringen am 11.8.1948, in: ThHStAW, Land Thüringen, Ministerium des Innern, Nr. 171, Bl. 44f. bes. Bl. 44rs.

³⁶⁸ Vgl. das Protokoll der Sitzung vier stellvertretenden Parteivorsitzenden, der Landesverbands-

mühten sie sich, der Etablierung der NDPD und der DBD nach Möglichkeit entgegenzutreten oder sie zumindest auszubremsten.³⁶⁹ In den gewählten Volksvertretungen gelang es den Christ- und Liberaldemokraten, die Aufnahme der beiden neuen Blockparteien als vollwertige Partner bis zu den Wahlen im Oktober 1950 hinauszuzögern. Ihnen kam dabei zugute, dass die Militäradministration und die SED vor der Hürde standen, dass es rechtlich kaum möglich war, beide Parteien nachträglich in die Parlamente zu kooptieren: In den Landesverfassungen und den Geschäftsordnungen fanden sich keine Sonderbestimmungen dazu. Rechtlich stand es ganz außer Frage, dass die NDPD und die DBD nur dann in die Volksvertretungen einziehen konnten, wenn sie bei Wahlen eine entsprechende Stimmenzahl erreichten. Eine offensive Durchsetzung wäre aus Sicht der SMAD und der SED unvorteilhaft gewesen, weil man durch einen solchen offensichtlichen Verfassungsbruch der Kritik der »bürgerlichen« Parteien in die Hände gespielt hätte. Aus diesem Grund erschien es ratsam, kontinuierlich, aber mit Bedacht auf die Etablierung der NDPD und der DBD hinarbeiten. Die demonstrative Betonung der Verfassungstreue nach außen und die Durchsetzung der eigenen Ziele erwiesen sich als zwei Seiten einer Medaille.³⁷⁰

Ende September 1948 berichtete der Vorsitzende der brandenburgischen NDPD, Oswald Koltzenburg, im Landesblockausschuss davon, dass seiner Partei in den Stadtparlamenten und Kreistagen die Gelegenheit eröffnet werde, in den Ausschüssen mitzuarbeiten. Mit dieser Bemerkung verband er die Forderung, dass die Nationaldemokraten ebenfalls in den Landtag aufgenommen werden sollten. Koltzenburg verlangte zwar keine vollberechtigte Mitgliedschaft, er brachte aber die Idee ein, dass die NDPD zumindest die Möglichkeit erhalten solle, im Plenum Anträge, die von anderen Fraktionen eingebracht wurden, zu begründen. Die Gewährung des Rederechts sollte als Eintrittskarte in den Landtag dienen.³⁷¹ Das Anliegen wurde in Brandenburg zunächst jedoch nur am Rande behandelt, selbst die SED-Landesleitung zeigte für diesen Punkt nur nachrangiges Interesse. Erst im Januar 1949 stellte die NDPD einen formellen Antrag beim Landesblockausschuss, die Partei an den Beratungen der Landtagsausschüsse

vorsitzenden, der Landesvorstandsmitglieder, der Vorsitzenden der Landtagsfraktionen, der Landesminister sowie der Frauen- und Jugendvertreter der LDP am 13.5.1948, 18 S., in: ADL, L 4, Nr. 367, o. Bl., S. 14–17. – Vgl. auch R. Th. BAUS, Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands, 2001, S. 444.

³⁶⁹ Vgl. T. BAUER, Demokratische Bauernpartei Deutschlands, 2003, S. 142.

³⁷⁰ Vgl. dazu das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 9.9.1949, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 269–278, bes. S. 275.

³⁷¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 27.9.1948, abgedr. in: ebd., S. 204–209, bes. S. 208.

als beratendes Mitglied teilnehmen zu lassen. Der Block unterstützte dieses Ansinnen zwar, er betonte allerdings, dass er für eine solche, den Landtag betreffende Frage nicht zuständig sei.³⁷²

Die beiden »bürgerlichen« Parteien CDU und LDP verfolgten in der Sache eine doppelbödiges Strategie: Während ihre Vertreter im Landesblockausschuss erklärten, dass sie die Bemühungen der NDPD unterstützten³⁷³, unternahmen sie im Landtag alle denkbaren Schritte, um genau das zu verhindern. Die LDP-Fraktion machte vor allem verfassungsrechtliche Bedenken geltend. Ähnliches galt für die Christdemokraten.³⁷⁴ Im Ältestenrat wurde der Aufnahmeantrag der NDPD zunächst abgelehnt.³⁷⁵ Oswald Koltzenburg versuchte daraufhin, über den Landesblockausschuss die Landtagsgremien unter Zugzwang zu setzen. Weil die NDPD im April 1949 turnusgemäß den Vorsitz im Blockausschuss innehatte, nutzte Koltzenburg die Gelegenheit, um den neuen Landtagspräsidenten Otto Meier (SED) zur Blocksitzung einzuladen, um mit ihm gemeinsam über eine bessere Zusammenarbeit zwischen Landesblockausschuss und Landtag zu beraten. Erkennbar ging es darum, den Absichten von NDPD und DBD Nachdruck zu verleihen.³⁷⁶ Tatsächlich sprach sich Meier auf der Sitzung dafür aus, beide Parteien an den Ausschussberatungen teilhaben zu lassen, was laut Geschäftsordnung grundsätzlich möglich war.³⁷⁷ Jedoch entschied das Präsidium des Landtags unter Meiers Vorsitz wenige Tage später, die Frage an den Zentralen Einheitsfrontausschuss weiterzuleiten, um eine für die Besatzungszone verbindliche Regelung zu erreichen.³⁷⁸

Nach einer überaus kontroversen Diskussion entschied der Zentrale Einheitsfrontausschuss am 30. November 1949, also mehr als anderthalb Jahre nach der Gründung der beiden Parteien, Beauftragte der NDPD und DBD in die Ausschüsse und Plenen aufzunehmen. Ihre Funktion blieb allerdings auf eine beratende Stimme beschränkt. Auf die Bezeichnung »Beauftragte« hatte insbesondere Otto Nuschke großen Wert gelegt, um jeden Anschein von

³⁷² Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 15.1.1949, abgedr. in: ebd., S. 215.

³⁷³ Vgl. ebd.

³⁷⁴ Vgl. das Schreiben des Sekretärs der LDP-Landtagsfraktion Brandenburg, Heinz Oelgarten, an die LDP-Parteileitung vom 12.4.1949, in: ADL, L 5, Nr. 132, o. Bl.

³⁷⁵ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 4.3.1949, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 219–223, bes. S. 221.

³⁷⁶ Vgl. die Einladung des NDPD-Landesverbands Brandenburg an Otto Meier vom 13.4.1949, abgedr. in: ebd., S. 231.

³⁷⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 21.4.1949, abgedr. in: ebd., S. 231–236, bes. S. 234. – Vgl. auch die Geschäftsordnung für den Landtag Mark Brandenburg vom 19.12.1946, § 6, Abs. 10, abgedr. in: W. E. BURHENNE (Hrsg.), Verfassungen und Landtags-Geschäftsordnungen, 1990, 1990, S. 25.

³⁷⁸ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Präsidiums des Landtags Brandenburg am 30.4.1949, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 28, Bl. 82f., bes. Bl. 83.

Gleichrangigkeit mit den 1946 gewählten Volksvertretern von vornherein auszuschließen.³⁷⁹ Nur wenige Tage später unternahm Oswald Koltzenburg in Brandenburg einen erneuten Versuch, um in der Angelegenheit endlich zu einer für die neuen Parteien zufriedenstellenden Lösung zu kommen. Mit Verweis auf eine Besprechung des Landtagspräsidenten Meier mit den Landesvorsitzenden der Parteien erklärte er, dass künftig je ein Vertreter der Nationaldemokraten an den Ausschusssitzungen teilnehmen werde.³⁸⁰ Insbesondere die CDU-Landtagsfraktion verweigerte dem Ansinnen beharrlich ihre Zustimmung. Unter den Abgeordneten herrschte die Meinung vor, dass weder die Landesverfassung noch die Geschäftsordnung des Parlaments eine beratende Teilnahme in dem von den »neuen« Parteien angestrebten Sinn erlaube. Die NDPD müsste ihre Ansprüche erst in freien Wahlen begründen.³⁸¹ Mitte Dezember 1949 beriet erneut der Ältestenrat über die Frage. Er kam nun zu dem Ergebnis, es dem Landesblockausschuss zu überlassen, eine Entscheidung herbeizuführen. Damit gab das brandenburgische Parlament die Entscheidungskompetenz in einer so wichtigen Angelegenheit aus den Händen.³⁸²

Der Landesblockausschuss beschäftigte sich in den beiden Sitzungen am 16. Dezember 1949 und am 24. Januar 1950 mit der Frage. Auf der Grundlage des Beschlusses, den der Zentrale Einheitsfrontausschuss am 30. November 1949 gefasst hatte, wurde ein Gesetzesantrag formuliert, der den rechtlichen Rahmen für die Aufnahme von NDPD- und DBD-Beauftragten im Landtag sowie in den Kreistagen und Gemeindevertretungen schaffen sollte.³⁸³ Am 26. Januar 1950 wurde das Gesetz im Eilverfahren vom Plenum ohne Aussprache mit der erforderlichen Mehrheit verabschiedet. Die Ausführungen des Landtagspräsidenten Meier legen nahe, dass es während der Abstimmung einzelne Enthaltungen gab.³⁸⁴

³⁷⁹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Zentralen Einheitsfrontausschusses am 30.11.1949, in: BArch, DY 3, Nr. 9, Bl. 277–391, bes. Bl. 279–289; Beschlüsse des Demokratischen Blocks vom 30.11.1949, in: ebd., Bl. 396f.; S. СУККУТ (Bearb.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 559–561.

³⁸⁰ Schreiben von Oswald Koltzenburg an Peter Bloch vom 3.12.1949, in: ACDP, 03-33, Nr. 73, o. Bl.

³⁸¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 5.12.1949, 14:05 Uhr, 10 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 543, o. Bl., S. 8f.; Schreiben von Willy Heller an Oswald Koltzenburg vom 5.12.1949, in: ACDP, 03-33, Nr. 73, o. Bl.

³⁸² Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Landtags Brandenburg am 15.12.1949, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 45, Bl. 142f., bes. Bl. 143.

³⁸³ Vgl. die Protokolle der Sitzungen des Landesblockausschusses Brandenburg am 16.12.1949 u. 24.1.1950, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 320–334, bes. S. 321f. u. 325f. – Antrag aller Fraktionen des Landtags Brandenburg vom 25.1.1950 (Drucksache Nr. 439), in: AVLTB/II, S. 570.

³⁸⁴ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 62. Sitzung am 26.1.1950, 13:00 Uhr, in: AVLTB/I, S. 747–755, bes. S. 747.

In Thüringen drängten NDPD und DBD ebenfalls darauf, in das Landesparlament mit beratender Stimme einzuziehen. Der Landesverband der Nationaldemokraten reichte im Herbst 1948 einen entsprechenden Antrag beim Landtag ein.³⁸⁵ Landtagspräsident Frölich sah keine Möglichkeit, wie man dem Willen der beiden Parteien gerecht werden könne, weil die Landesverfassung eine solche nachträgliche Aufnahme nicht erlaube.³⁸⁶ Deshalb beschäftigte sich Anfang Dezember 1948 der Rechts- und Verfassungsausschuss mit der Angelegenheit. Die Argumente für oder wider dieses Anliegen glichen jenen in Potsdam: Während die CDU und die LDP verfassungsrechtliche Bedenken geltend machten, traten die SED-Vertreter für eine Aufnahme der »neuen« Parteien in den Landtag ein. Der Rechtsausschuss entschied, dass der Antrag der NDPD zunächst im Landesblock erörtert werden sollte.³⁸⁷ Die Beratungen dort brachten jedoch keinen Fortschritt. Vielmehr beharrten die Christ- und Liberaldemokraten auf ihren Standpunkten, die darauf hinausliefen, den »neuen« Parteien maximal in den Ausschüssen eine beratende Anwesenheit einzuräumen, keineswegs aber im Plenum.³⁸⁸ Auch in Thüringen entwickelte sich die Frage, ob überhaupt und wenn ja, in welchem Maße die neuen Blockparteien aufgenommen werden sollten, zu einer langwierigen Angelegenheit. Entscheidungen wurden immer wieder hinausgezögert, es scheint, als hätte die SED die Strategie verfolgt, den Widerstand der »bürgerlichen« Parteien in dieser sensiblen Frage nicht mit Gewalt zu brechen, sondern die Rechte des Parlaments in kleinen Schritten aufzuweichen. So wurde es am 31. August 1949 einer FDJ-Delegation erlaubt, vor dem Parlament über ihre Erfahrungen auf den Weltfestspielen der Jugend und Studenten in Budapest zu sprechen und eine Entschließung einzubringen. Dieses besondere Rederecht war vorher noch keiner anderen Massenorganisation eingeräumt worden. Im Ältestenrat machten die Christ- und die Liberaldemokraten dahingehend Einwendungen geltend, dass das Zugeständnis einen Präzedenzfall für die Begehrlichkeiten der NDPD und der DBD schüfe. Dieser Einwand wurde jedoch von den SED-Vertretern abgetan. Obwohl der FDJ schließlich 20 Minuten Redezeit zugebilligt wurden, scheiterte der Auftritt im Landtag an den Tücken des Alltags: Die Dele-

³⁸⁵ Vgl. die Aktennotiz zum Protokoll der Sitzung des Präsidiums des Thüringer Landtags am 20.10.1948, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 115, o. Bl. – Vgl. auch das Protokoll der Sitzung des Vorstands des Landesverbands der CDU Thüringen am 2.11.1948, 3 S., in: ACDP, 03-31, Nr. 204, o. Bl., S. 2.

³⁸⁶ Thüringer Landtag, 1. WP, 51. Sitzung am 19.11.1948, in: AVThLT/I.3, S. 1937–1973, bes. S. 1943.

³⁸⁷ Vgl. den Bericht über die Sitzung des Rechts- und Verfassungsausschusses des Thüringer Landtags am 2.12.1948, verf. am 3.12.1948, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 106, o. Bl.

³⁸⁸ Vgl. das Protokoll des engeren Landesvorstands der LDP Thüringen am 8.2.1949, 4 S., in: ADL, L 5, Nr. 586, o. Bl., bes. S. 2f. Protokoll der Sitzung des Vorstands des Landesverbands der CDU Thüringen am 2.11.1948, in: ACDP, 03-31, Nr. 204, o. Bl., bes. S. 2.

gation der jungen Pioniere verspätete sich, so dass der Punkt in der Tagesordnung entfiel.³⁸⁹

Obwohl der Ältestenrat im September 1949 entschied, dass Vertreter von NDPD und DBD an den Sitzungen der Landtagsausschüsse künftig teilnehmen durften, scheint dieser Beschluss mit Blick auf die bevorstehende übergeordnete Regelung durch den Zentralen Einheitsfrontausschuss nicht wirksam geworden zu sein.³⁹⁰ Stattdessen trat die Entwicklung in Thüringen im Zuge der in Berlin gefällten Entscheidung vom 30. November 1949 in ähnliche Bahnen wie im brandenburgischen Landtag: Nach Vorberatungen im Landesblockausschuss brachten die drei Fraktionen von SED, CDU und LDP einen gemeinsamen Antrag im Landesparlament ein, der die Vorgaben des Einheitsfrontausschusses wortgetreu wiedergab.³⁹¹ Das Plenum nahm ihn am 6. Januar 1950 ohne eine weitere Aussprache einstimmig an. Dadurch wurden auch die Vertretungskörperschaften auf Kreis- und Gemeindeebene umstrukturiert.³⁹² Ab Februar 1950 saßen fortan je zwei Vertreter der Nationaldemokraten und der Bauernpartei mit beratender Stimme im Landtag.³⁹³

b) Verschiebung der Gemeindewahl

Mit den Diskussionen um die Gründung der beiden neuen Blockparteien und ihre Aufnahme in die Landtage stand eine weitere Frage in engem Zusammenhang, die im Sommer 1948 gleichfalls den politischen Wandel in der SBZ in Richtung einer Sowjetisierung und der Entmachtung der Parlamente markierte. Ende August gab der Oberste Chef der SMAD öffentlich bekannt, dass die bevorstehenden Kommunalwahlen, die eigentlich für den Herbst anstanden, um ein Jahr verlegt würden. Es war beabsichtigt, sie mit den Wahlen zu den Kreis- und Landtagen zusammenzulegen. Begründet wurde dieser Schritt unter anderem mit dem Argument, dass ein doppelter Wahlkampf vom wirtschaftlichen Aufbau in der Besatzungszone ablenke. Zudem sollten die NDPD und die DBD die Gelegenheit erhalten, sich organisatorisch zu etablieren, um dann

³⁸⁹ Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Ältestenrats Thüringen am 31.12.1949, 9:00 Uhr, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl.; Thüringer Landtag, 1. WP, 61. Sitzung (Sondersitzung) am 31.8.1949, in: AVThLT/I.3, S. 2185–2198, bes. S. 2198 (Beitrag August Frölich, SED).

³⁹⁰ Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 28.9.1949, 2 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl., S. 2.

³⁹¹ Vgl. den Antrag der drei Landtagsfraktionen von SED, LDP und CDU, o. D. (Drucksache Nr. 630), in: AVThLT/II.2, S. 1302.

³⁹² Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 65. Sitzung am 6.1.1950, in: AVThLT/I.3, S. 2261–2291, bes. S. 2287f.

³⁹³ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 66. Sitzung am 24.2.1950, in: ebd., S. 2293–2338, bes. S. 2297; Protokoll über die Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 13.3.1950, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl.

auf gleichberechtigter Basis 1949 in den Wahlkampf ziehen zu können.³⁹⁴ Diese Gründe waren natürlich nur vorgeschoben. In Wirklichkeit gingen der Ankündigung längere Beratungen zwischen der Besatzungsmacht und der SED voraus. So kam das Zentralsekretariat bereits im Januar 1948 zu der Erkenntnis, dass die Durchführung einer Wahl im Herbst »nicht zweckmäßig« sei.³⁹⁵ Die Verlegung der Kommunalwahl war der Erkenntnis geschuldet, dass die SED bei einem anstehenden Urnengang mit einem Desaster rechnen musste. Aus diesem Grund schien es ratsam, die Wahl auf einen günstigeren Zeitpunkt zu verschieben.³⁹⁶

Obwohl sich in den »bürgerlichen« Parteien bereits Zweifel geregt hatten, ob es im bevorstehenden Wahlkampf nicht wieder zu Behinderungen oder Verzögerungen kommen werde³⁹⁷, überraschte sie das tatsächliche Ausmaß der Ankündigung sehr. Die Bestürzung unter den CDU- und LDP-Anhängern war groß, zumal sich nun unmissverständlich zeigte, wie die Verhältnisse lagen: Der politische Wille der Besatzungsmacht und der SED ging über die Souveränität der Volksvertretungen und die Bestimmungen der Gemeindeordnungen hinweg.³⁹⁸ Die LDP-Geschäftsstelle in Potsdam erreichten zahlreiche Schreiben, in denen Parteimitglieder gegen die Verlegung der Wahl protestierten und den Landesverband aufforderten, sich in der Sache einzusetzen.³⁹⁹ Die Erfolgsaussichten waren dafür denkbar gering. Als die CDU-Fraktion im sächsischen Landtag eine Regierungserklärung beantragte, in der die Durchführung von freien Wahlen 1949 garantiert werden sollte, ließ die SMA den Antrag ersatzlos streichen.⁴⁰⁰ Auch in der brandenburgischen Union regte sich erheblicher Unmut. So wurde auf der Sitzung des erweiterten Landesvorstands am 26. August

³⁹⁴ Vgl. »Gemeindewahlen verschoben«, in: Neues Deutschland vom 24.8.1948. – S. CREUZBERGER, Besatzungsmacht, 1996, S. 166. – J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Bearb.), Die UdSSR und die deutsche Frage/4, 2012, S. 584f., Anm. 150.

³⁹⁵ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Zentralsekretariats der SED am 26.1.1948, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.1, Nr. 168, Bl. 1–7, bes. Bl. 4. Irrtümlich wird in dem Protokoll von den Landtagswahlen gesprochen, die angeblich für den Herbst 1948 bevorstünden. Vgl. die Aufzeichnung einer Unterredung Poljakows mit der Führung der SED am 15.4.1948, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Bearb.), Die UdSSR und die deutsche Frage/3, 2004, S. 577–581, bes. S. 578.

³⁹⁶ Vgl. S. CREUZBERGER, Besatzungsmacht, 1996, S. 166. – Vgl. auch »Die Furcht vor Wahlen«, in: Die Zeit vom 2.9.1948, S. 1. – A. BUCKOW, Zwischen Propaganda und Realpolitik, 2003, S. 224; E. N. PETERSON, Russian Commands and German Resistance, 1999, S. 83; D. SPILKER, East German Leadership, 2006, S. 195.

³⁹⁷ Vgl. das Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Hauptausschusses und des Zentralvorstands der LDP am 3.8.1948, 20 S., in: ADL, L 4, Nr. 18, o. Bl., S. 13f.; R. Th. BAUS, Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands, 2001, S. 446.

³⁹⁸ Vgl. das Protokoll über die Zusammenkunft der vier stellvertretenden Parteivorsitzenden der LDP mit den Vorsitzenden und Vertretern der Landesverbände am 6.9.1948, 12 S., in: ADL, L4, Nr. 367, o. Bl., S. 2.

³⁹⁹ Vgl. W. SCHOLLWER, Potsdamer Tagebuch 1948–1950, 1988, S. 79f.

⁴⁰⁰ Vgl. M. RICHTER, Ost-CDU, 1991, S. 96.

1948 erörtert, dass die CDU über die Landtagsfraktion einen Gesetzentwurf im Parlament einbringen müsse, der auf kommunaler Ebene das Instrument der Kreis- und Gemeindebegehren, die laut Gemeindeordnung zulässig waren, in Kraft setzen sollte.⁴⁰¹ Jedoch machte Landesgeschäftsführer Ernst Zborowski auf die geringen Erfolgsaussichten eines solchen Unterfangens aufmerksam: Man müsse sich im Klaren darüber sein, dass politische Macht und Rechte von der Besatzungsmacht abhängig seien.⁴⁰² Tatsächlich wurde ein entsprechender Gesetzesantrag der CDU im September und Oktober 1948 zweimal von der SMA abgelehnt.⁴⁰³

Es gehört zu den Besonderheiten, dass für die Verlegung der Kommunalwahl kein formeller Beschluss gefasst wurde, der als rechtliche Grundlage hätte dienen können. Weder erließ der Oberste Chef der SMAD einen solchen formellen Befehl, noch wurden entsprechende Anweisungen auf Landesebene erteilt. Auf einer Konferenz der fünf Landtagspräsidenten Ende September 1948 wies August Frölich auf diesen Missstand hin. Weil die Legislaturperiode der Gemeindepardamente abgelaufen sei, müsse von der SED-Zentrale ein Gesetz vorbereitet werden, das in den Landtagen als übergeordnete Instanz zu verabschiedet sei. Frölich schlug vor, dieses Gesetz über die DWK einzubringen.⁴⁰⁴ In der Folge geschah jedoch nichts. Weder in Brandenburg noch in Thüringen beschäftigten sich die Landesparlamente mit dem Problem, obwohl die Verlängerung der Wahlperiode der kommunalen Vertretungskörperschaften eigentlich in ihre Kompetenz fiel. Erschwerend kam hinzu, dass die Ankündigung der SMAD in die Zeit der parlamentarischen Sommerferien fiel. Zu einer Sondersitzung wurden die Landtage nicht einberufen. Dass die CDU- und die LDP-Fraktionen keine Versuche unternahmen, den Vorgang zum Gegenstand der Beratungen zu machen, lässt darauf schließen, dass eine ausführliche Erörterung von der Besatzungsmacht nicht gewünscht war.

Gleichwohl blitzte der Widerspruch der »bürgerlichen« Parteien an einzelnen Stellen hervor. Als der Thüringer Landtag im Oktober 1948 über mehrere Themen diskutierte, die kommunale Fragen wie etwa die Hinzuziehung von Mitgliedern der Massenorganisationen in die Arbeit der Gemeindeausschüsse betrafen, regte sich bei den Liberal- und Christdemokraten Unmut. Ihre Redner, die Fraktionsvorsitzenden Alfred Fuhlrodt (LDP) und Hugo Dornhofer (CDU), erklärten nicht ohne Hintergedanken, dass solche Veränderungen wohl

⁴⁰¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des erweiterten Vorstands des Landesverbands der CDU Brandenburg am 26.8.1948, 7 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 1, o. Bl., S. 1f.

⁴⁰² Ebd., S. 2.

⁴⁰³ Vgl. die Anträge der CDU, welche vor den Plenarsitzungen zurückgezogen, abgesetzt oder von der SMA abgelehnt wurden, o. D., in: BLHA, Rep. 201, Nr. 106, Bl.4.

⁴⁰⁴ Vgl. das Protokoll der Landtagspräsidentenkonferenz am 28.9.1948, 2. Teil, in SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13/108, Bl. 75.

möglich seien, wenn sie aus demokratischen Wahlen hervorgingen. Insbesondere Fuhlrodt sprach unmissverständlich die Versäumnisse der SED in diesem Punkt an:

»Die Bemühungen der SED, Mitglieder der Massenorganisationen in die verschiedenen Ausschüsse hineinzudirigieren, sind schon sehr alt. Wir haben den Eindruck gehabt, daß die SED hierbei die Absicht verfolgt hat, das Wahlergebnis irgendwie zu korrigieren. Wir sind aber der Meinung, dazu gäbe es ein legales Mittel, das der Neuwahl. Man sollte warten, bis die neuen Wahlen stattfinden, dann wird sich das, was die SED wünscht, vielleicht ganz von selbst ergeben. [...]

Das Stärkeverhältnis ist durch das Ergebnis der Wahlen ganz eindeutig festgelegt. Aber Sie übersehen das fortdauernd, und das ist unseres Erachtens etwas, was nicht zugänglich ist.«⁴⁰⁵

Während der weiteren Aussprache wurden von »bürgerlichen« Abgeordneten mehrfach die Forderungen »Neuwahlen« und »Wahlen« in den Raum gerufen, weshalb August Frölich zur Glocke greifen musste.⁴⁰⁶ Einige Wochen später erklärte Fuhlrodt vor der Fraktion, dass sich die Liberaldemokraten nun im Belagerungszustand befänden, »welcher in ein sehr gefährliches Stadium eingetreten sei«.⁴⁰⁷ Im brandenburgischen Landtag wurde das Thema hingegen vollständig ausgeblendet.

c) Widerstand auf Nebenschauplätzen

War es den »bürgerlichen« Parteien zwar nicht möglich, einem solchen wichtigen Einschnitt, wie ihn die Verschiebung der Gemeindewahl darstellte, entgegenzutreten, so versuchten die Landtagsfraktionen weiterhin, auf die Einhaltung zumindest einiger demokratischer Grundregeln zu drängen. Dazu gehörte für sie insbesondere das Feld der Gesetzgebung durch das Parlament. Wenngleich man in den Reihen der CDU- und LDP-Abgeordneten zunehmend erkennen musste, dass auf absehbare Zeit bestimmte, durch die Besatzungsmacht beförderte Entwicklungen in Richtung der Sowjetisierung kaum aufzuhalten waren, ging es ihnen darum, gegenüber der eigenen Wählerschaft und gegenüber sich selbst Zeichen des Widerspruchs zu setzen und damit den Anspruch

⁴⁰⁵ Thüringer Landtag, 1. WP, 50. Sitzung am 9.10.1948, in: AVThLT/I.3, S. 1911–1936, hier S. 1922 (Beitrag Alfred Fuhlrodt, LDP).

⁴⁰⁶ Ebd., S. 1923f.

⁴⁰⁷ Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 9.11.1948, 2 S., in: ADL, L 5, Nr. 620, o. Bl., S. 1rs.

auf Eigenständigkeit unter Beweis zu stellen. Die Gebiete der Wirtschafts-, Kultur- und Bildungspolitik boten dafür an der Jahreswende 1948/49 einige Anknüpfungspunkte.

Als ein markantes Exempel für den keineswegs erloschenen und ehrenwerten, letztlich aber vergeblichen Willen zum Widerspruch erwiesen sich die Auseinandersetzungen um die Verstaatlichung der Lichtspielhäuser. Im Dezember 1947 hatte der Alliierte Kontrollrat das seit 1934 im Deutschen Reich geltende Lichtspielgesetz aufgehoben, welches die Produktion und Aufführung von Kinofilmen einer politischen Kontrolle im Geiste der Nationalsozialisten unterworfen hatte.⁴⁰⁸ Obwohl das Gesetz nach Kriegsende in den Besatzungszonen nicht mehr zur Anwendung gekommen war, galt es nun, für die SBZ eine neue rechtliche Grundlage zu schaffen, die im Sinne der SED einheitlich geregelt werden sollte.⁴⁰⁹ Bislang lag die Filmzensur als Teil der Kulturpolitik in den Händen der Besatzungsmacht.⁴¹⁰ Den »bürgerlichen« Parteien war die Brisanz der Gesetzesvorstoßes, der seit dem Frühjahr 1948 in der SBZ intensiv diskutiert wurde, durchaus bewusst. Die CDU-Fraktionen wurden frühzeitig vom Berliner Verbindungsbüro dahingehend instruiert, dass jede Form der Enteignung von Kinobetrieben in den Parlamenten abzulehnen sei, soweit sie sich nicht gegen ehemalige NS-Belastete richtete.⁴¹¹ Nachdem es bereits im sachsen-anhaltinischen Landtag zu kontroversen Debatten um die Verstaatlichung der Lichtspieltheater gekommen war⁴¹², wurden im November und Dezember entsprechende Gesetzesanträge der SED über die Landesregierungen in die Volksvertretungen von Thüringen und Brandenburg eingebracht.⁴¹³

Obwohl die »bürgerlichen« Fraktionen in Weimar und Potsdam die Verstaatlichung der Kinobetriebe im Grundsatz ablehnten, fiel ihr Verhalten während der Beratungen im Detail unterschiedlich aus. In Thüringen stemmten sich vor allem die Liberaldemokraten energisch gegen die Vorlage. Sowohl während der Beratungen in den zuständigen Sachausschüssen als auch in der zweiten Lesung im Plenum lehnte die Fraktion den Gesetzentwurf ab. Die Abgeordneten kritisierten nicht nur die beabsichtigte Enteignung der etwa 130 Lichtspieltheater

⁴⁰⁸ Vgl. M. ETZEL, Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen, 1992, S. 132.

⁴⁰⁹ Vgl. das Rundschreiben des 3. Vizepräsidenten der Deutschen Verwaltung des Innern, Willi Seifert, an die Innenminister der Länder der SBZ vom 13.3.1948, in: BArch, DO 1, Nr. 25038, Bl. 168. – S. CREUZBERGER, Besatzungsmacht, 1996, S. 147f.

⁴¹⁰ Siehe grundsätzlich dazu Th. HEIMANN, DEFA, Künstler und SED-Kulturpolitik, 1994.

⁴¹¹ Vgl. die Mitteilung Nr. 10/1948 des CDU-Verbindungsbüros vom 13.4.1948, in: ACDP, 03-33, Nr. 64, o. Bl.

⁴¹² Vgl. C. TRITTEL, Landtagsfraktionen, 2006, S. 209–212 u. 236–238; M. RICHTER, Ost-CDU, 1991, S. 98.

⁴¹³ Vgl. die Vorlage der Landesregierung Thüringen, o. D. [Anfang November 1948] (Drucksache Nr. 494), in: AVThLT/II.2, S. 1019f.; Antrag der Landesregierung Brandenburg vom 2.12.1948 (Drucksache Nr. 354), in: AVLTB/II, S. 480f. – Vgl. auch BLHA, Rep. 205 A, Nr. 779 u. 780.

im Land, sondern sie sahen vor allem die prinzipiellen Gefahren, die von der Vorlage ausgingen. Alfred Fuhlrodt begründete die Haltung der LDP damit, dass man keine unumschränkte Einflussnahme des Staates auf die Volksbildung und Volksaufklärung mehr zulassen dürfe. »Wir haben nicht nur während der 13 Jahre Nazi Herrschaft zu spüren bekommen, wohin es führt, wenn die Allmacht des Staates keine Grenzen mehr hat.«⁴¹⁴ Die Thüringer Unionsfraktion nahm hingegen eine kritisch-konstruktive Haltung ein. Entgegen der eigenen Parteilinie zeigte man sich durchaus gesprächsbereit, in Ansätzen wurde der SED-Entwurf inhaltlich mitgetragen. Als die CDU jedoch erkannte, dass ihre Abänderungsvorschläge von der SED nicht aufgegriffen wurden, votierte sie bei der entscheidenden Schlussabstimmung am 11. Dezember 1948 mit Enthaltung. Das Gesetz wurde also lediglich dank der SED-Mehrheit angenommen.⁴¹⁵ Auch im brandenburgischen Landtag stieß die Einheitspartei auf Widerstände. Bei der ersten Lesung des Antrags am 8. Dezember 1948 kam es offenbar zu deutlichen Meinungsverschiedenheiten mit der »bürgerlichen« Seite. Sie führten dazu, dass die in West-Berlin erscheinende CDU-nahe Zeitung *Der Tag* über die Vorgänge im Plenum berichtete. Landtagspräsident Ebert sah sich deshalb dazu veranlasst, die Schilderungen in der Presse herunterzuspielen.⁴¹⁶ Dessen ungeachtet, verfolgte die Unionsfraktion auf Vorschlag von Ernst Lemmer in den Ausschussberatungen die Strategie, die Enteignung der Kinobetriebe als eine Frage von verfassungsmäßiger Bedeutung darzustellen. Hierdurch wurde es erforderlich, eine Zweidrittelmehrheit im Hohen Haus für das Gesetz zusammenzubringen – was angesichts der Stimmenverhältnisse als recht unwahrscheinlich galt.⁴¹⁷

Tatsächlich gelang es der CDU und der LDP Anfang 1949, die weiteren Beratungen über den Antrag auszubremsen.⁴¹⁸ In der ersten Legislaturperiode passierte kein solches Enteignungsgesetz den Landtag. Ein großer Teil der rund 200 privatwirtschaftlich geführten Kinos, die im September 1948 noch bestan-

⁴¹⁴ Thüringer Landtag, 1. WP, 53. Sitzung am 11.12.1948, in: AVThLT/I.3, S. 1993–2016, hier S. 2002 (Beitrag Alfred Fuhlrodt, LDP). – Vgl. auch das Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 9.12.1948, in: ADL, L 5, Nr. 620, o. Bl.

⁴¹⁵ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 53. Sitzung am 11.12.1948, in: AVThLT/I.3, S. 1993–2016, bes. S. 2004.

⁴¹⁶ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 47. Sitzung am 9.12.1948, in: AVLTB/I, S. 584–602, bes. S. 584 (Beitrag Friedrich Ebert, SED). – Vgl. dazu »Kino-Enteignung unentschieden«, in: Der Tag vom 9.12.1948, S. 2.

⁴¹⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 8.12.1948, 5 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 543, o. Bl., bes. S. 2f.

⁴¹⁸ Vgl. das Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Handel und Versorgung und des Ausschusses für Kultur und Volksbildung des Landtags Brandenburg am 5.1.1949, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 174, Bl. 58; BLHA, Rep. 202 A, Nr. 216, Bl. 2. – Siehe auch »Eine Verfassung nur Papier?«, in: Neue Zeit vom 6.1.1949, S. 2. – Protokoll über die Sitzung der Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der LDP am 6.12.1948, 7 S., in: ADL, L 6, Nr. 363, o. Bl., S. 3.

den⁴¹⁹, durfte – sofern keine anderweitigen Eingriffe erfolgten – den Betrieb vorerst weiterführen. Dies war zweifellos ein Verdienst der »bürgerlichen« Parteien. Und trotzdem ist der Einwand nicht von der Hand zu weisen, dass es sich bei der Verstaatlichung der Lichtspieltheater um ein Thema handelte, das für die Besatzungsmacht und die SED nur von sekundärer Bedeutung war, zumal sie in der Praxis über andere Möglichkeiten verfügten, um ihre Interessen gegenüber privaten Kinobetreibern durchzusetzen. Auch der Erlass eines zonenweiten Gesetzes durch die DWK unter Umgehung der Landtage wäre ein gangbarer Weg gewesen, auf den die SED jedoch verzichtete.⁴²⁰

Ein weiteres Beispiel ist der Versuch der brandenburgischen CDU-Landtagsfraktion, sich für die Erhaltung von mehreren humanistischen Schulen im Land einzusetzen. Hierbei ging es um die von der Schließung betroffene Domschule in Brandenburg/Havel sowie um das Oberlyzeum Hermannswerder in Potsdam. Obwohl die Auflösung der Bildungseinrichtungen von den zuständigen Schulverwaltungen mit Sparzwängen begründet wurde, war ein politisches Motiv gegenüber den konfessionell ausgerichteten Stätten nicht von der Hand zu weisen. Aus diesem Grund brachte die Union im Oktober 1948 entsprechenden Antrag auf den Weg, der im Sinne der offiziellen Sprachregelung der SED geschickt damit argumentierte, dass solche Schuleinrichtungen nach 1933 ein »besonders Bollwerk des Geistes gegenüber militaristischen und faschistischen Tendenzen« dargestellt hätten. Aus diesem Grund sei die Schließung der Schulen zurückzunehmen.⁴²¹ Der Antrag wurde am 9. Dezember 1948 im Plenum diskutiert. Die LPD stellte sich hinter das Vorhaben der CDU, das von dem Abgeordneten Peter Bloch begründet wurde. Bloch verstand es, den offiziellen Verlautbarungen der SED-Kulturpolitik den Spiegel vorzuhalten und dabei im Sinne des Antrags zu argumentieren. Am Ende eines intensiven Wortwechsels, bei dem die unterschiedlichen schulpolitischen Vorstellungen der Parteien zur Geltung kamen, wurde der Antrag an den Ausschuss für Volksbildung und Kultur weitergeleitet.⁴²² Letztlich war dem Ansinnen der CDU allerdings kein Erfolg beschieden: Anfang März 1949 verwies der zuständige Sachausschuss den Antrag an die Union zurück.⁴²³

⁴¹⁹ Vgl. G. DIETRICH, Kulturpolitik der SMAD, 1994, S. S. 230.

⁴²⁰ Vgl. das Protokoll über die Sitzung der Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der LDP am 6.12.1948, in: ADL, L 6, Nr. 363, o. Bl., S. 3.

⁴²¹ Antrag Dr. Bloch, Schubert und Genossen vom 27.10.1948 (Drucksache Nr. 357), in: AVLTB/II, S. 470. – Vgl. auch H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, Das Land Brandenburg, 1998, S. 269.

⁴²² Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 47. Sitzung am 9.12.1948, in: AVLTB/I, S. 588–591.

⁴²³ Vgl. Protokoll zur gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Kultur und Volksbildung, Haushalt und Finanzen sowie für Landwirtschaft des Landtags Brandenburg am 2.3.1949, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 170, Bl. 7f.



*Anlässlich des Empfangs des Präsidiums der neu gebildeten Provisorischen Volkskammer der DDR verliest General Wassili I. Tschuikow eine Erklärung, 10. Oktober 1949.
Bundesarchiv, Bild 183-S88724.*

Sechstes Kapitel

Säuberung und Verdrängung. Die Ausschaltung der »bürgerlichen« Fraktionen

1. Wachsender Anpassungszwang

Spätestens zu Beginn des Jahres 1949 befanden sich die »bürgerlichen« Parteien an einem Scheidepunkt, der über ihre künftige Existenz entschied. Gab es auf der einen Seite in der CDU und der LDP immer noch einen aktiven, aber stetig kleiner werdenden Kreis an Politikern, die sich für die Eigenständigkeit ihrer Parteien im Sinne einer Demokratie nach westlichen Maßstäben einsetzte, gewann auf der anderen Seite die Gruppe der kooperationswilligen und »fortschrittlich« gesinnten Kräfte zunehmend an Einfluss. Zugleich stieg der Druck, sich der Vorherrschaft der SED zu beugen. Als Oberst Tjulpanow auf dem Erfurter Zonenparteitag der CDU im September 1948 einen sechs Punkte umfassenden Katalog präsentierte, der darauf hinauslief, dass die Union sich der Hegemonie der SED zu unterwerfen habe, konnte man dies nur als untrüglisches Zeichen für die zukünftige Entwicklungsrichtung verstehen. Zwar boten die Forderungen Tjulpanows im Einzelnen betrachtet keine Überraschung – sie bestätigten im Kern all jene Prinzipien, die auch bislang in der Besatzungspraxis gegolten hatten. Neu war indes die Art und Weise, wie ultimativ diese Forderungen nun öffentlich formuliert wurden.¹

Waren die Gründung und der Aufbau der Parteien 1945 sehr stark von den Dynamiken an der Basis geprägt worden, ging die Transformation von CDU und LDP zu servilen Blockpartnern in einem erheblichen Maße von den Führungsspitzen im Zonenverband und in den Landesgliederungen aus. Mit dem von der SMAD durchgesetzten Otto Nuschke erhielt die CDU im Herbst 1948 einen Parteivorsitzenden, der zunehmend auf den prosovjetsischen Kurs einschwenkte. Dabei wurde Nuschke von der trügerischen Hoffnung geleitet, der Union auf diese Weise einen Teil ihrer Eigenständigkeit erhalten zu können.² Parallel kam es in der LDP zu ähnlichen Entwicklungen. Mit Karl Hamann und Hermann Kastner, deren Einfluss auf die Partei seit 1948 kontinuierlich anstieg und die im

¹ Vgl. R. Th. BAUS, Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands, 2001, S. 449–455; M. RICHTER, Ost-CDU, 1991, S. 119–122. – F.-W. SCHLOMANN, Mit soviel Hoffnung fingen wir an, 1991, S. 152–154.

² Vgl. M. RICHTER, Ost-CDU, 1991, S. 157–161.

Februar 1949 schließlich zu gleichberechtigten Parteivorsitzenden gewählt wurden, näherte sich die LDP immer vernehmbarer den Positionen der SED an.³ »[I]n beflissener Anpassung an die Erwartungshaltung von Besatzungsmacht und SED«, so hat es Bernard Bode treffend formuliert, suchte diese neue Generation an Führungskräften einen Verständigungskurs, »was die Bereitschaft zur Abkehr von bislang innerparteilich einvernehmlich vertretenem Gedankengut oft einschloß.«⁴ Für die Parteien bedeutete diese Entwicklung eine schwere innere Zerreißprobe, denn an der Basis war man keineswegs bereit, den neuen Kurs widerspruchslos mitzutragen. »Es jammert mich immer«, urteilte Hugo Dornhofer im Sommer 1948 über die »fortschrittlichen« Kräfte in seiner Partei, »wenn so eine feige Memme, um sein eigenes ramponiertes Gewissen zu beruhigen, immer nur von Zwang redet und sich selbst zu überzeugen und zu überreden versucht, woran es selber gar nicht glaubt. Gezwungen kann nur werden, wer sich zwingen läßt.«⁵ Auf einer Tagung des erweiterten Landesvorstands der brandenburgischen CDU Anfang Februar 1949 in Potsdam musste Generalsekretär Georg Dertinger seine Rede aufgrund der massiven Proteste der Teilnehmer abbrechen.⁶

Der wachsende Zwang zur Anpassung hatte ebenfalls gravierende Auswirkungen auf die Arbeit in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen. Die Abgeordneten selbst nahmen die Entwicklungen als eine deutliche Zäsur zu den bisherigen Zuständen wahr, die freilich niemals einfach für sie gewesen waren. Die Zahl der freiwilligen oder erzwungenen Mandatsaufgaben stieg weiter an, wenn auch in einem sehr unterschiedlichen Maße. Mit weitem Abstand an der Spitze rangierten dabei die Liberaldemokraten in Weimar. Ihre Fraktion verlor zwischen September 1948 und Mai 1949 neun Abgeordnete – bei 28 Sitzen entsprach das einem Ausfall von fast einem Drittel. Die »bürgerlichen« Fraktionen gerieten in die Schwierigkeit, Nachrücker für die ausgeschiedenen Abgeordneten zu finden. Die 1946 aufgestellten Kandidatenlisten waren zunehmend erschöpft, weil viele der einstigen Nachrücker inzwischen aus der Politik ausgeschieden waren. Dieses organisatorische Problem betraf im Übrigen auch die kommunalen Volksvertretungen.⁷ Zudem fokussierte sich die parteiinterne Vorauswahl immer stärker auf Personen mit einer wenn auch nicht immer komplett »fortschrittlichen«, so doch zumindest kooperativen Einstellung.⁸

³ Vgl. U. SOMMER, *Liberal-Demokratische Partei Deutschlands*, 1996, S. 52f.

⁴ B. BODE, *Liberal-Demokraten und »deutsche Frage«*, 1997, S. 122.

⁵ Tagebucheintragung von Hugo Dornhofer zum 26.7.1948, in: ACDP, 01-645, Nr. 006/2, o. Bl., S. 11. Auch zit. bei Th. SPECKMANN, *Hugo Dornhofer*, 2003, S. 222.

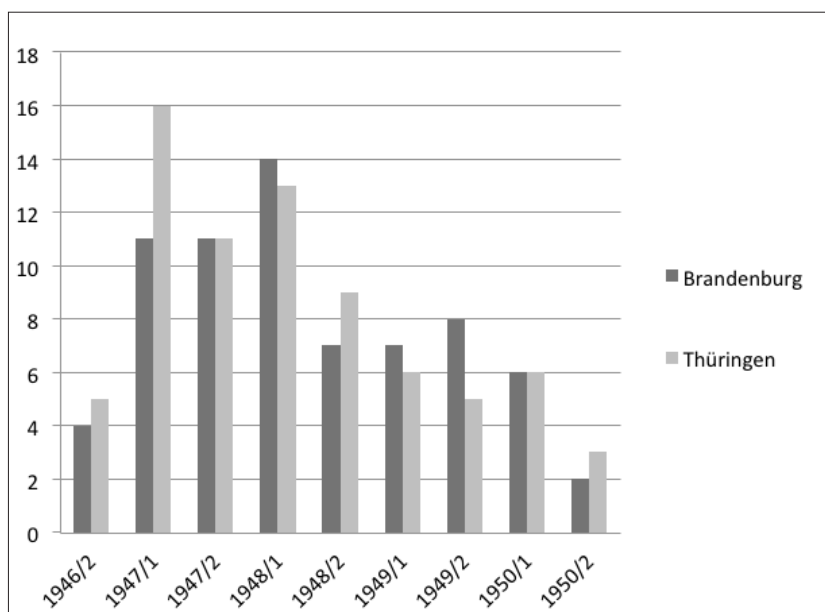
⁶ Vgl. M. RICHTER, *Ost-CDU*, 1991, S. 180.

⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung der Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der LDP am 6.12.1948, 7 S., in: ADL, L 6, Nr. 363, o. Bl., S. 6f.; Protokoll der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 8.12.1948, 5 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 543, o. Bl., S. 1.

⁸ Vgl. dazu ACDP, 03-31, Nr. 151.

Im Frühjahr 1949 war die Tendenz deutlich zu erkennen, dass angesichts der fortschreitenden Zentralisierungsmaßnahmen in der SBZ die Bedeutung der Landtage beständig abnahm. Die sinkende Zahl an Parlamentsitzungen bot dafür ein untrügliches Indiz. Fanden in der ersten Jahreshälfte 1948 in Brandenburg noch 14 und in Thüringen 13 Plenarsitzungen statt, rutschte dieser Wert ab Mitte des Jahres in beiden Ländern in den einstelligen Bereich ab. Der Schnitt ist deutlich in den Sommermonaten 1948 zu verorten. Selbst wenn man berücksichtigt, dass aufgrund der Sommerferien der Parlamentsbetrieb sowohl in Thüringen als auch in Brandenburg stets mehrere Wochen ruhte, wurde dieser Trend auch in der Folgezeit nicht wieder umgekehrt.

Zahl der Plenarsitzungen in Brandenburg und Thüringen (1946–1950)⁹



Auch die Länge der Plenarsitzungen sank deutlich. Das galt insbesondere für das Landesparlament von Brandenburg. Ab Ende 1948 häuften sich dort Sitzungen, deren Tagesordnungen nach 90 Minuten oder sogar bereits nach einer Stunde abgearbeitet waren. Ebenfalls reduzierte sich der Raum für Diskussionen im Plenum. Lesungen wurden stärker als bisher zusammengelegt, Gesetze ohne Aussprache angenommen. Für den Potsdamer Landtag existiert eine sehr

⁹ Bei den Zahlen gilt es zu berücksichtigen, dass die beiden Landtage erst im November 1946 ihre Arbeit aufnahmen und bis einschließlich Oktober 1950 tätig waren.

aufschlussreiche Auflistung über die Arbeit der Ausschüsse während der ersten Legislaturperiode. Sie bestätigt diese generelle Beobachtung: Traten in den Jahren 1947 und 1948 die ständigen Fachausschüsse des Landtags zu insgesamt 93 bzw. 112 Sitzungen zusammen, sank diese Zahl 1949 schon auf 66 und 1950 auf 34 Sitzungen. Ähnliches galt für die behandelten Tagesordnungspunkte: Betrudderen Gesamtzahl 1948 noch 728 Punkte, fiel sie 1949 auf 522 und 1950 sogar auf 245. Sie erreichte damit zum Ende der Legislaturperiode nur noch ein Drittel des Wertes aus dem »Spitzenjahr« 1948.¹⁰ Gleichzeitig sank die Qualität der parlamentarischen Arbeit. Erstens ging die Zahl der von den Landtagen verabschiedeten Gesetze seit 1947 kontinuierlich zurück:

Tab. 8: Zahl der in den Landtagen beschlossenen Gesetze (1946–1950)¹¹

| Jahr | Brandenburg | Thüringen |
|------|-------------|-----------|
| 1946 | 4 | 6 |
| 1947 | 34 | 54 |
| 1948 | 29 | 46 |
| 1949 | 8 | 22 |
| 1950 | 5 | 11 |

Zweitens wurde der wachsende Einfluss der Zentralverwaltungen und der DWK auf die Landesgesetzgebung spürbar, denn die inhaltliche Relevanz der von den Parlamenten beschlossenen Gesetze sank merklich. Hatten in der ersten Jahreshälfte 1948 noch Gesetze mit weitreichenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen die Landtage passiert, wurde ihr Anteil danach immer geringer. Stattdessen beschäftigten nunmehr Fragen von Umgemeindungen und andere nachgeordnete Themen die Parlamente. Fast kann man im Nachhinein den Eindruck gewinnen, als hätte es sich hierbei um eine Alibigesetzgebung gehandelt, die dazu diente, von dem tatsächlichen Verfall der legislativen Macht der Landtage abzulenken. Freilich handelte es sich um einen schleichenden Prozess, der den meisten Abgeordneten erst mit der Zeit bewusst wurde.¹² In ei-

¹⁰ Vgl. die statistische Übersicht über die Ausschusssitzungen des Landtags Brandenburg in der 1. Wahlperiode, o. D. [1950], in: BLHA, Rep. 201, Nr. 471, Bl. 2.

¹¹ Die Zahlen für Brandenburg nach: GVBl. Mark Brandenburg, 1946–1950, Teil I. Vgl. auch H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, Das Land Brandenburg, 1998, S. 258 u. 275. – Die Zahlen für Thüringen nach: RBl. Thüringen 1946–1950, Teil I.

¹² Vgl. den Bericht über die Tätigkeit der LDP-Landtagsfraktion Brandenburg 1948/49 vom 30.8.1949, 6 S., in: ADL, L 5, Nr. 106, o. Bl., S. 1f.; Protokoll der Sitzung der Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der LDP am 5.11.1948, 8 S., in: ADL, L 6, Nr. 363, o. Bl., S. 1; Protokoll der Sitzung der Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der LDP am 6.5.1949, 11 S., in: ebd., o. Bl., S. 1f.

nem sehr anschaulichen Bericht an die SMA ging Ministerialrat Otto Heßler (SED) im Juni 1949 auf den Rückgang der Geschäfte des Thüringer Landtags ein. Diese Reduktion betreffe sowohl die Arbeit der Ausschüsse als auch die legislativen Aufgaben des Parlaments, die in einem zunehmenden Maße durch die DWK übernommen würden. Die Tagesordnung so mancher Landtagssitzungen erschöpfe sich lediglich in formalen Dingen. Heßler betrachtete diese Entwicklung allerdings keineswegs mit Sorge, sondern er warf vielmehr die Frage auf, welche Rolle den Landtagen künftig im politischen System zukommen sollte. Hier sah er durchaus Klärungsbedarf:

»Der Bestand des Parlamentarismus in den Ländern wird im wesentlichen abhängig von der Frage [sein], ob man dem Parlament Aufgaben und in welchem Umfang man diese Aufgaben ihnen [den Landtagen] stellt. Die Frage ist im Hinblick darauf zu prüfen, ob diese Institution der Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung dienlich ist. [...] Der realen Demokratie muß ein Parlamentarismus höherer Ordnung folgen. Dies schließt ein, daß sich das Parlament in seiner Form, in seinen Methoden und in seiner Arbeit zu wandeln hat. [...] Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß auch in vielen anderen europäischen Ländern man dem parlamentarischen Leben im gewissen Umfang passiv gegenübersteht, dennoch tritt man in keinem Lande für die endgültige Beseitigung der Einrichtung ein, obwohl unzweifelhaft das Gefühl vorhanden ist, daß das Zeitalter des formalen Parlamentarismus mit Reden theoretischer Prägung endgültig vorbei ist.«¹³

In den »bürgerlichen« Parteien wurden die Veränderungen mit Sorge registriert. Während des Treffens der Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der LDP Anfang Juni 1949 hielt der erste Vorsitzende des brandenburgischen Landesvorstands, Ingo von Koerber, der zugleich dem Parlamentarischen Sekretariat bei der Berliner Parteileitung vorstand, einen einführenden Vortrag über den aktuellen Zustand der Landtage. Von Koerber diagnostizierte, dass die Arbeit der Landtage an Intensität verloren habe und die Bedeutung der Parlamente stark eingeschränkt worden sei. Als wesentliche Ursachen für diese Entwicklung benannte er die zunehmende Zentralisierung sowie den Ausbau der Blockpolitik unter Einbeziehung der Massenorganisationen. Auch die Verlagerung vieler Aufgaben auf vermeintlich basisdemokratische Elemente wie die Volkskontrollausschüsse, die durch die SED bestimmt würden, leiste dem Abbau der

¹³ Bericht von Otto Heßler für die SMA Thüringen über die Tätigkeit des Thüringer Landtags vom 1.1.–30.6.1949, verf. am 23.6.1949, 11 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 425, o. Bl., S. 10f. Auszugsweise abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 445f.

parlamentarischen Kompetenzen Vorschub.¹⁴ »Das Schwergewicht unserer ganzen staatlichen Struktur verlagert sich also von den Länderparlamenten weg, einmal auf die zentralen Instanzen, zum anderen auf die nicht parlamentarischen demokratischen Institutionen.«¹⁵ Wenngleich sowohl die LDP als auch die CDU in den Landtagen versuchten, die Rechte der Parlamente gegenüber diesem Entwicklungstrend zu verteidigen, sei ihnen kaum Erfolg beschieden. So sehr Koerbers Bestandsaufnahme durchaus zutraf, blieben seine Lösungsansätze für die beschriebenen Probleme gleichwohl unbestimmt. Er rief die Landtagsfraktionen der LDP erstens zu einer stärkeren Koordinierung ihrer Arbeit über die Parteizentrale auf. Zweitens propagierte er die Strategie, sich nicht konsequent den Veränderungen entgegenzustellen, sondern mittels einer »Politik der kleinen Schritte« und durch Zusammenarbeit bei praktischen Fragen mit der DWK und anderen staatlichen Institutionen Verbesserungen herbeizuführen. Hierin war die damalige Hoffnung des Parteivorstands der Liberaldemokraten erkennbar, sich durch Kooperation politische Freiräume zu erhalten. Wirklich überzeugen konnten von Koerbers Ratschläge jedoch nicht.¹⁶

Vielmehr wurde immer deutlicher, wie sehr sich die ohnehin begrenzten Möglichkeiten für parlamentarisches Handeln weiter einengten. So reichte bereits im März 1949 der brandenburgische CDU-Politiker Gerhard Schütze seinen Rücktritt vom Amt des 1. Vizepräsidenten beim Landtag ein. Schütze, der ab 1946 die Fraktion zunächst geführt hatte, war nach dem Tod Wilhelm Wolfs von der CDU zu dessen Nachfolger im Präsidium benannt worden. Offiziell begründete Schütze sein Rücktrittsgesuch mit einer langfristigen Erkrankung. Allerdings gab der neue Fraktionsvorsitzende der Christdemokraten, Willy Heller, im Plenum eine Erklärung ab, in der er ausführte, dass das Ausscheiden Schützes aus dem Parteiausschlussverfahren resultiere, das gegen diesen eingeleitet worden sei. Schütze wurde beschuldigt, falsche Angaben über seine Inhaftierung im Konzentrationslager Sachsenhausen gemacht und mit den Nationalsozialisten kollaboriert zu haben. Um der Verhaftung zu entgehen, floh er Mitte März nach West-Berlin.¹⁷ Die gegen Schütze erhobenen Anschuldigungen waren offenkundig konstruiert. In Wirklichkeit stand sein Ausscheiden aus der Landespolitik im Zusammenhang mit Konflikten innerhalb des Landesverbands, die von der SED und der Besatzungsmacht dazu genutzt wurden, um die brandenburgische CDU »auf Linie« zu bringen.¹⁸

¹⁴ Vgl. das Protokoll der Sitzung der Parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der LDP am 6.5.1949, in: ADL, L 6, Nr. 363, o. Bl., S. 1f.

¹⁵ Ebd., S. 2.

¹⁶ Vgl. ebd., S. 5.

¹⁷ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 50. Sitzung am 23.3.1949, in: AVLTB/I, S. 620–634, bes. S. 620 (Beitrag Willy Heller, CDU). Vgl. auch B. KAFF, Gerhard Schütze, 2004.

¹⁸ Vgl. M. RICHTER, Ost-CDU, 1991, S. 180f. Vgl. auch »Ausschluß aus der CDU«, in: Neue Zeit vom 20.3.1949.

Eine für die CDU wesentliche Konsequenz aus dem Vorgang war der Umstand, dass sie nun das Recht verlor, als zweitstärkste Fraktion im Landtag den 1. Vizepräsidenten stellen zu dürfen. Als Begründung für den Schritt wurde von der SED ein Beschluss angeführt, der angeblich im Jahr zuvor gefasst worden wäre. Demnach müssten alle Vizepräsidenten gleichrangig behandelt werden. Als geschäftsführender Stellvertreter des Landtagspräsidenten sei künftig immer derjenige Vizepräsident anzusehen, der der stärksten Fraktion angehöre – also der SED. Der Zweck, der mit dieser Regelung verfolgt wurde, war offensichtlich. Allerdings sahen die CDU-Abgeordneten keine Möglichkeit, um gegen die Beschneidung ihrer Rechte Widerstand zu leisten – denn angeblich sollte es ausgerechnet der Geflohene selbst gewesen sein, der diesem Entschluss im Landtagspräsidium zugestimmt hätte. Schriftliche Unterlagen über eine solche weitreichende Entscheidung konnten von der SED aber nicht vorgelegt werden.¹⁹

Die Vorgänge um die brandenburgische CDU-Fraktion wurden überschattet von den Entwicklungen in der Deutschlandpolitik, die auf die »doppelte Staatsgründung« (Christoph Kleßmann) von 1949 hinausliefen. Anfang März gaben die Führungen von LDP und CDU in der SBZ ihre Zustimmung zur Ausarbeitung einer neuen deutschen Verfassung sowie zur Wahl eines 3. Volkskongresses. Obwohl die Delegierten des Deutschen Volksrats aus den Reihen der Landtage gestellt wurden, konnten die Fraktionen keinen direkten Einfluss auf diesen von der SMAD und der SED vorbereiteten Entschluss nehmen. Insbesondere sorgte der angekündigte Wahlmodus für erheblichen Unmut. Er basierte erstmals auf dem Prinzip der Einheitsliste. Grundlage hierfür war ein Proporzschlüssel, der vorab die Zahl der zu besetzenden Mandate auf die fünf Parteien sowie die Massenorganisationen verteilte. In beiden »bürgerlichen« Parteien war die Sorge groß, dass dieses neue Prinzip ebenfalls bei der für den Herbst angekündigten Landtags- sowie bei der noch ausstehenden Kommunalwahl zur Anwendung gelangen könnte.²⁰ Immerhin erregte die brandenburgische CDU-Landtagsfraktion einige Aufmerksamkeit, als sie im April ein Schreiben an den Hauptvorstand richtete, in welchem sie scharfe Kritik an dem ihrer Meinung nach zu nachgiebigen Verhalten der Parteiführung in der Angelegenheit übte. Kritisiert wurde insbesondere die missbräuchliche Verwendung des Begriffes »Wahl« durch Otto Nuschke, da es sich nach demokratischen Gesichtspunkten um eine solche gar nicht handelte. Der parteiinterne Vorgang wurde von der SED und der SMAD aufgegriffen, um öffentlich gegen

¹⁹ Vgl. das Schreiben von Willy Heller an Peter Bloch vom 22.4.1949, in: ACDP, 03-33, Nr. 98, o. Bl. – Handschriftliche Notiz vom 30.11.1949, in: ebd.

²⁰ Vgl. den Tagebucheintrag von Wolfgang Schollwer zum 31.3.1949, abgedr. in: DERS., Potsdamer Tagebuch 1948–1950, 1988, S. 116f.; Tagebucheintrag zum 24.4.1949, abgedr. in: ebd., S. 119f.; B. BODE, Liberal-Demokraten und »deutsche Frage«, 1997, S. 125f.

die »Reaktionäre« in der Union ins Feld zu ziehen.²¹ Während der Wahl zum 3. Volkskongress, die schließlich am 15. und 16. Mai 1949 stattfand, kam es zu massiven Fälschungen und Manipulationen. Trotzdem konnte das Ergebnis weder die Besatzungsmacht noch die Einheitspartei zufrieden stimmen. Mit durchschnittlich 34,2 Prozent Nein-Stimmen stieß die Wahlliste ungeachtet des betriebenen enormen Propagandaaufwandes auf eine deutliche Ablehnung in der Bevölkerung.²² In Brandenburg lehnten 32,5 Prozent der erwachsenen Stimmberechtigten die Einheitsliste ab, in Thüringen lag der Wert weit überdurchschnittlich bei 37,7 Prozent.²³ Diese Resultate bedeuteten für die SED einen herben Rückschlag.²⁴ In den beiden Landtagen wurden der Verlauf und die Ergebnisse des Urnengangs nicht weiter thematisiert.

Wenngleich der Zwang zur Anpassung im Frühjahr 1949 deutlich stärker wurde, waren Teile der »bürgerlichen« Fraktionen weiterhin darum bemüht, ihre Eigenständigkeit zumindest in Ansätzen zu bewahren und sich, auf die Rechte des Parlaments berufend, gegen die fortschreitende Vormachtstellung der SED zu stemmen. Ein besonders eindringlicher Vorfall ereignete sich im Juli 1949 im Thüringer Landtag, als der Abgeordnete Georg Grosse die politischen Verhältnisse in der SBZ offen kritisierte. Der aus Nordhausen stammende Bankkaufmann und Unternehmer war 1945 in die Politik gegangen und gehörte zu den Mitbegründern des thüringischen Landesverbandes der Union.²⁵ In der ersten Landesregierung unter Rudolf Paul übernahm Grosse das Ministerium für Handel und Versorgung. Grosse fiel schon bald bei der SMA in Ungnade, weil er aus seiner Ablehnung der SED-Politik keinen Hehl machte.²⁶ Die Arbeit seines Ressorts geriet ins Visier der Besatzungsmacht, mehrere Mitarbeiter mit CDU-Parteibuch wurden 1947 und 1948 entweder entlassen oder sogar verhaftet.²⁷ Ohne zuvor die SED darüber informiert zu haben, entfernte die SMA Grosse im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen die Anhänger des ehemali-

²¹ Vgl. P. BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation*, 1986, S. 139.

²² Vgl. G. BRAUN, *Wahlen und Abstimmungen*, 1993, S. 391.

²³ Vgl. ebd., S. 424 u. 428.

²⁴ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Zentralen Einheitsfrontausschusses am 8.6.1949, abgedr. in: S. SUCKUT (Bearb.), *Blockpolitik in der SBZ/DDR*, 1986, S. 400–427. – J. LAUFER, *Die SED und die Wahlen*, 1993, S. 101–106; G. BRAUN, *Delegiertenwahlen*, 1993; D. SPILKER, *East German Leadership*, 2006, S. 184; M. RICHTER, *Ost-CDU*, 1991, S. 182f. – Einen plastischen Bericht über die Gegenreaktionen in der Bevölkerung auf die Volkskongresswahlen bietet das Schreiben des Ministeriums des Innern des Landes Sachsen-Anhalt, Landespolizeibehörde, an die Deutsche Verwaltung des Innern in der SBZ, z. Hd. des Präsidenten Kurt Fischer, vom 17.5.1949, in: BARH, DO 1, Nr. 25072, Bl. 27f.

²⁵ Zur Biografie Georg Grosses siehe J. LENGEMANN, *Thüringische Landesparlamente*, 2014, S. 297f.

²⁶ Vgl. S. CREUZBERGER, *Besatzungsmacht*, 1996, S. 140, Anm. 150.

²⁷ Vgl. G. BUCHSTAB (Hrsg.), *Verfolgt und entrechtet*, 1998, S. 90. – Aktennotiz von Georg Dertinger vom 15.1.1947, in: ACDP, 07-11, Nr. 798, o. Bl.; M. RICHTER, *Ost-CDU*, 1991, S. 55.

gen Parteivorsitzenden Kaiser im Januar 1948 aus seinem Ministeramt. Das Abgeordnetenmandat in Weimar blieb ihm allerdings erhalten.²⁸ Auch in der Folgezeit trat er als dezidierter Gegner der Entwicklungen auf. Offenbar vertraute er darauf, dass ihn seine Immunität als Landtagsabgeordneter schützen würde, solange er sich nicht offen gegen die Besatzungsmacht stellte.²⁹ Tatsächlich ließ ihn die SMA einige Zeit gewähren.

Diese Zurückhaltung schlug allerdings in ihr Gegenteil um, als Grosse am 13. Juli 1949 eine bemerkenswerte Rede gegen die Wirtschaftspolitik der SED hielt. Die 60. Sitzung des Thüringer Landtags war als Sondersitzung gedacht, in der der Ministerpräsident Eggerath einen Bericht über die bisherige Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes im Land gab. Zu diesem Zweck hatte man die Sitzung aus dem Plenarsaal in Weimar in den Kultursaal des VEB »Zellwolle« in Schwarzta verlegt, wo 200 von der SED handverlesene »Aktivisten« aus Wirtschaft, Intelligenz, Kultur und Verwaltung anwesend waren. Die Sondersitzung des Parlaments war bis ins letzte Detail vorbereitet worden. Es war offensichtlich, dass die Veranstaltung einen propagandistischen Zweck erfüllen sollte.³⁰ Sowohl in der LDP- als auch in der CDU-Fraktion herrschte Unmut über eine solche Instrumentalisierung des Landesparlaments. Die Situation spitzte sich zu, als der paritätische Fraktionsvorsitzende der SED, Heinrich Hoffmann, in der Aussprache über Eggeraths Bericht zu heftigen Attacken gegen die »bürgerlichen« Parteien ansetzte. Er warf beiden Parteien schwere Versäumnisse und Fehler in ihren wirtschaftspolitischen Überzeugungen vor. Für die bestehenden Probleme im Land seien nicht zuletzt die »destruktiven Einflüsse« und die »fortschrittsfeindliche Haltung« von leitenden CDU-Angestellten im Wirtschaftsministerium verantwortlich.³¹

Georg Grosses Entgegnung auf die Ausführungen Hoffmanns war ablehnend. Mit deutlichen Worten bemängelte er die doppelbödige Wirtschaftspolitik der SED. Die Planwirtschaft, die von der CDU ausdrücklich unterstützt werde, solange sie sich auf die materiellen Grundbedürfnisse der Menschen richte, laufe in der Realität an den Erfordernissen vorbei. Entgegen der offiziellen Verlautbarungen und Zusicherungen würden die Möglichkeiten der Privatwirtschaft in allen Bereichen fortgehend eingeschränkt, was negative Auswirkungen

²⁸ Vgl. die handschriftlichen Notizen von Wilhelm Pieck zum 19.2.1948 [Klarschrift], in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 692, Bl. 94.

²⁹ Vgl. M. AGETHEN, »Wir sehen, dass hier sich Welten trennen«, 2006, S. 9.

³⁰ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landessekretariats der SED Thüringen am 6.7.1949, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/L/3-045, Bl. 102–117, bes. Bl. 110f. – Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 13.7.1949, verf. am 14.7.1949, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl.

³¹ Thüringer Landtag, 1. WP, 60. Sitzung am 13.7.1949, in: AVThLT/L.3, S. 2163–2167, hier S. 2165 (Beitrag Heinrich Hoffmann, SED).

auf die Gesamtlage in Thüringen habe. In der Personal- und Blockpolitik warf Grosse der SED Unaufrichtigkeit vor. Es sei in den letzten Monaten zu beobachten gewesen, dass CDU-Mitglieder immer mehr zurückgedrängt und aus öffentlichen und privaten Stellen ausgeschaltet würden. Offenbar sprach der Wirtschaftsexperte vielen »bürgerlichen« Abgeordneten damit aus der Seele, denn seine Rede wurde mit lebhaften Zurufen und spontanen Beifallsbekundungen sowohl von der CDU als auch von der LDP bedacht.³²

Grosses Auftritt in Schwarztaug trug mit dazu bei, dass die SMA nun zielgerichtet auf seine komplette Ausschaltung hinarbeitete. Der CDU-Politiker und einige seiner Mitarbeiter wurden in der Folge mehrfach von der Besatzungsmacht zu Verhören abgeholt und festgesetzt.³³ Außerdem legte die Informationsabteilung dem Landesvorstand der thüringischen CDU nahe, Grosse wegen seines »reaktionären« Verhaltens zur Ordnung zu rufen. Ihm wurde nicht nur vorgeworfen, innerhalb der Union eine »Wahlhysterie« auszulösen, um sich selbst dadurch in den Vordergrund zu spielen, sondern ebenso würde er sein Mandat als Landtagsabgeordneter dazu benutzen, um für sich Propaganda zu betreiben. Auch sagte man ihm Ambitionen nach, Einfluss auf die Vorgänge in seinem ehemaligen Handelsministerium nehmen zu wollen. Seine Kontakte in die Westzonen und zu westdeutschen Medien boten ein weiteres Argument, um ihn nicht länger politisch tragbar erscheinen zu lassen.³⁴ Parallel dazu wurden Vorwürfe gegen Grosse wegen vermeintlicher Wirtschaftsvergehen in seinem Altenburger Betrieb erhoben.³⁵ Der CDU-Landesvorstand bedrängte ihn daraufhin, seine politischen Ämter aufzugeben, was er zunächst ablehnte. Ende August 1949 verließ Georg Grosse mit seiner Familie die SBZ. Einige Wochen später trat er offiziell vom Landtagsmandat zurück. Zu diesem Zeitpunkt hatte ihn der Landesvorstand bereits wegen »parteischädigenden Verhaltens« aus der CDU ausgeschlossen.³⁶ Damit verlor die Union in Thüringen einen der letzten führenden Köpfe, die sich solange es ging gegen den Anpassungszwang gestemmt hatten.

Während sich die thüringische CDU-Spitze im August 1949 mit dem »Fall Grosse« auseinandersetzen hatte, vollzog sich in der Berliner Parteizentrale ein weiterer Schritt, der für die Arbeit der Landtagsfraktionen erhebliche Konsequenzen ankündigte: Hatten die Führungen von CDU und LDP bereits im Juni ihre Bereitschaft erklärt, »gegen unverbesserliche und unbeherrschbare Ele-

³² Vgl. ebd., S. 2170–2173, hier S. 2172f. (Beitrag Georg Grosse, CDU).

³³ Vgl. M. RICHTER, Ost-CDU, 1991, S. 176.

³⁴ Vgl. die Notiz: Betrifft Abgang Georg Grosse vom 12.9.1949, 2 S., in: ACDP, 03-31, Nr. 258, o. Bl., S. 1.

³⁵ Vgl. M. AGETHEN, »Wir sehen, dass hier sich Welten trennen«, 2006, S. 9f.

³⁶ Vgl. die Notiz: Betrifft Abgang Georg Grosse vom 12.9.1949, in: ACDP, 03-31, Nr. 258, o. Bl., S. 2. – V. THIEL, Christen Thüringens in der Bewährung, 1970, S. 42.

mente und Störenfriede in den eigenen Reihen mit Entschlossenheit aufzutreten und auch vor der Anwendung organisatorischer Säuberungsmaßnahmen nicht zurückzuschrecken«³⁷, verabschiedete der Demokratische Block am 19. August 1949 neue politische Grundsätze, an denen sich die künftige Blockpolitik in der SBZ zu orientieren habe. Die Parteien verpflichteten sich nun darauf, die geltenden Prinzipien und gemeinsam verabschiedeten Beschlüsse innerhalb der eigenen Strukturen durchzusetzen.³⁸ Hatten sich die Landtagsfraktionen bislang weitgehend mit Erfolg dagegen wehren können, institutionell in die Blockpolitik eingebunden zu werden, sollte diese Eigenständigkeit nun endgültig fallen, denn über die inneren Strukturen der Parteiorganisationen wurden die Blockbeschlüsse nun auch für sie verbindlich.³⁹

2. Verschiebung der Landtagswahlen

Weitaus mehr als die Blockbeschlüsse zur innerparteilichen Disziplinierung beschäftigte die »bürgerlichen« Abgeordneten im Sommer 1949 jedoch die Frage der bevorstehenden Landtagswahlen. Die Stimmung in der CDU und der LDP zu dieser Wahlen war widersprüchlich: Auf der einen Seite setzten beide Parteien große Erwartungen in den Urnengang. In der Union stilisierte man die Wahlen sogar zu einer schicksalsgleichen Richtungsentscheidung über das Fortbestehen oder das Scheitern der Partei.⁴⁰ Auch die Liberaldemokraten hegten große Erwartungen. In den nichtkommunistischen Parteien hatte sich in der Vergangenheit die Hoffnung auf eine demokratische Abstimmung als wichtige Antriebsfeder erwiesen, um trotz aller Widrigkeiten und zweifelhafter Beschlüsse weiterhin mit der SED zusammenzuarbeiten. Nach einer harten Phase des Überwinterns erwartete man mit den Landtagswahlen den lang ersehnten Frühling, der ihnen klare Mehrheiten bescheren würde. Mit Genugtuung registrierten CDU und LDP im August 1949 das Abschneiden ihrer Schwesterparteien in den Westzonen bei der ersten Wahl zum Deutschen Bundestag. Während das »bürgerliche« Lager und die SPD dort auf eine große Unterstützung bei der Wählerschaft stießen, konnte die Stalin treu ergebene KPD nur ein schwaches Ergebnis einfahren. Wolfgang Schollwer bezeichnete den Wahlausgang im Westen als eine »schwere Schlappe für Moskau«. Zweifellos seien ähnliche

³⁷ Entschließung des Demokratischen Blocks vom 17.6.1949, abgedr. in: H. WEBER (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie, 1982, S. 329f., hier S. 330.

³⁸ Vgl. den Beschluss des Demokratischen Blocks vom 19. August 1949, abgedr. in: S. SUCKUT (Bearb.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 505–507.

³⁹ Vgl. H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, Das Land Brandenburg, 1998, S. 270.

⁴⁰ Vgl. M. RICHTER, Ost-CDU, 1991, S. 191.

Ergebnisse in der Ostzone zu erwarten, wenn die UdSSR freie Wahlen zuließe.⁴¹ Auf der anderen Seite mischte sich in diesen Optimismus die große Skepsis, dass nach der bereits erfolgten Verschiebung der Gemeindewahlen und der Durchführung der Volkskongresswahl mit Einheitslisten nun ein drittes Mal gravierende Einschnitte zu erwarten waren. Auch wurde es für möglich gehalten, dass die Besatzungsmacht in letzter Minute eine Verschiebung der Landtagswahlen, die für den Oktober 1949 anstanden, anordnete, um eine Niederlage der SED zu verhindern. Je näher der angekündigte Wahltermin kam, desto stärker drängten CDU und LDP auf die Einhaltung der gegebenen Zusagen.⁴²

Tatsächlich hatten weder die SMAD noch die SED irgendein Interesse daran, sich freien Wahlen auf Landesebene zu stellen. Alle bisherigen Erfahrungen hatten eindringlich bestätigt, dass die SED in der Bevölkerung nicht mehrheitsfähig war. Vielmehr erwartete man 1949 einen klaren Sieg der Christ- und Liberaldemokraten.⁴³ Aus diesem Grund wurden im Sommer konkrete Überlegungen angestellt, wie man den drohenden Wahltermin umgehen könnte⁴⁴, wobei die Vorentscheidungen hierzu bereits im Dezember 1948 während des Besuches einer SED-Delegation in Moskau getroffen worden waren.⁴⁵ Anfang September 1949 traf das Politbüro dann nach Rücksprache mit Karlshorst die endgültige Entscheidung, dass die Legislaturperiode der Landtage um ein Jahr verlängert werden sollte. Man beabsichtigte, sich erst im Frühjahr 1950 mit den »bürgerlichen« Parteien auf den genauen Wahltermin zu verständigen.⁴⁶ Die Zeit bis dahin sollte genutzt werden, um in der SBZ die Voraussetzungen für einen klaren Erfolg des eigenen politischen Kurses zu schaffen. Gegenüber der brandenburgischen Landtagsfraktion der SED erklärte Wilhelm Pieck, dass die Wahl »zur gegebenen Zeit« stattfinden werde.⁴⁷ Was darunter zu verstehen war,

⁴¹ Tagebucheintrag von Wolfgang Schollwer zum 16.8.1949, abgedr. in: W. SCHOLLER, Potsdamer Tagebuch 1948-1950, 1988, S. 136–138, hier S. 136f.

⁴² Vgl. das Protokoll der Sitzung des Demokratischen Blocks am 17.6.1949, abgedr. in: S. SUCKUT (Bearb.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 428–473, bes. S. 435–437. – Vgl. auch das L-Rundschreiben der CDU Nr. 31/1948 vom 30.10.1948, in: ACDP, 07-11, Nr. 1286, o. Bl.; L-Rundschreiben der CDU Nr. 22/1949 vom 18.6.1949, in: ACDP, 07-11, Nr. 794, o. Bl. – Schreiben des Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern der CDU an den CDU-Landesverband Brandenburg vom 7.9.1949, in: ACDP, 03-33, Nr. 161, o. Bl.

⁴³ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Demokratischen Blocks am 17.6.1949, abgedr. in: S. SUCKUT (Bearb.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 428–473, bes. S. 436.

⁴⁴ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Politbüros der SED am 29.8.1949, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2, Nr. 41, Bl. 2f., bes. Bl. 2.

⁴⁵ Vgl. J. LAUFER, Die SED und die Wahlen, 1993, S. 106; D. STARITZ, Die SED, Stalin und die Gründung der DDR, 1991, S. 7.

⁴⁶ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Politbüros der SED am 6.9.1949, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2, Nr. 42, Bl. 12f., bes. Bl. 12.

⁴⁷ Bericht über die Sitzung der SED-Landtagsfraktion Brandenburg am 13.9.1949, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 854, Bl. 51–59, hier Bl. 52.

führte Pieck in einer Besprechung mit Stalin wenige Tage später aus. Weil die gegenwärtige Lage nicht günstig für die Durchführung von Wahlen sei, müssen »die demokratische Ordnung unserer Zone noch mehr verstärkt und die wirtschaftlichen Verbesserungen auf Grund der Durchführung des Wirtschaftsplanes [...] noch gesteigert werden«. ⁴⁸ Die Verschiebung der Landtags- und Gemeindewahlen wurde von der SMAD und der SED mit der bevorstehenden Staatsgründung der DDR verknüpft ⁴⁹. Dabei übte die Besatzungsmacht erheblichen Druck auf die »bürgerlichen« Parteiführungen aus. Dem CDU-Vorsitzenden Otto Nuschke gab Semjonow Anfang Oktober 1949 unmissverständlich zu verstehen, dass für die SMAD in der gegenwärtigen Lage in Deutschland freie Wahlen keinesfalls infrage kämen. Sollten sich die »bürgerlichen« Parteien der Staatsgründung verweigern, würde man diese ohne ihre Beteiligung durchführen. ⁵⁰ Auch die Leitung der LDP wurde mit der Frage konfrontiert, ob sie sich an der Regierungsbildung beteiligen und der Verschiebung der Wahlen zustimmen oder ob sie ausgeschlossen werden wolle. ⁵¹ Letztlich entschieden sich beide Parteiführungen dafür, »aus dem Unvermeidbaren das Beste zu machen [und] durch Zugeständnisse und Kompromisse [...] neue Handlungsspielräume zu erschließen«. ⁵²

An der Parteibasis mischten sich hingegen der Unmut und die Verunsicherung über die neue Situation. Die Landtagsfraktionen erreichten diverse Schreiben aus den Kreisverbänden und Ortsgruppen, in denen dem Ärger über die angekündigte Verschiebung der Wahlen und die bevorstehende Staatsgründung Luft verschafft wurde. ⁵³ Manche Abgeordnete richteten scharfe Kritik an die Parteiführungen in Berlin, deren Kurs des Lavierens als eklatante Schwäche ausgelegt wurde. Die Versuche, das Nachgeben mit taktischen Erwägungen zu erklären, verfielen kaum. ⁵⁴ Stattdessen war von Verrat die Rede. In der Parteizentrale der Union kam es zu tumultartigen Szenen mit den Vertretern der Kreisverbände. ⁵⁵ Als Mitte November 1949 die CDU in Leipzig zu ihrem 4. Zonenparteitag zusammenkam, musste sich der Vorstand um Otto Nuschke

⁴⁸ Notizen von Wilhelm Pieck zur Einleitung der Besprechung, o. D. [September 1949], abgedr. in: W. PIECK, *Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik*, 1994, S. 297–302, hier S. 300.

⁴⁹ Vgl. D. SPILKER, *East German Leadership*, 2006, S. 195f.

⁵⁰ Vgl. M. RICHTER, *Ost-CDU*, 1991, S. 192.

⁵¹ Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Sozialpolitik der LDP am 14.10.1949, 4 S., in: ADL, L 5, Nr. 58, o. Bl., S. 1f. – B. BODE, *Liberal-Demokraten und »deutsche Frage«*, 1997, S. 136f.

⁵² Zit. nach D. SCHNITTER, *Die LDP im Vorfeld der Gründung der DDR*, 1993, S. 337.

⁵³ Vgl. das Schreiben von Oelgarten an Karl Hamann vom 23.9.1949, in: ADL, L 5, Nr. 132, o. Bl.

⁵⁴ Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Sozialpolitik der LDP am 14.10.1949, in: ADL, L 5, Nr. 58, o. Bl., S. 1.

⁵⁵ Vgl. das Telegramm von Wladimir S. Semjonow an das MID vom 10.10.1949, abgedr. in: J. P. LAUFER/G. P. KYNIN (Hrsg.), *Die UdSSR und die deutsche Frage/4*, 2012, S. 500–502.

schwere Vorwürfe wegen des eigenmächtigen Verhaltens gefallen lassen.⁵⁶ Erschwert wurde die Lage zusätzlich durch den Umstand, dass die »bürgerlichen« Parteien in diesen entscheidenden Wochen zu keiner gemeinsamen Linie fanden. Stattdessen warf die LDP der CDU vor, dass sie ihr in den Rücken gefallen sei, als sie sich mit der Verschiebung des Wahltermins einverstanden erklärt habe.⁵⁷

Wie auch bei der Verschiebung der Gemeindewahl im Herbst zuvor machte die Aussetzung der Landtagswahlen erneut einen formellen Gesetzesbeschluss durch die Landesparlamente erforderlich. Die SED-Zentrale bereitete einen entsprechenden Entwurf vor, der später in allen fünf Landesparlamenten nahezu identisch eingebracht wurde. Das vom Politbüro Anfang Oktober 1949 bestätigte Drehbuch für den Gründungsprozess der DDR sah hierfür ein mehrstufiges Verfahren vor: Demnach sollte die Provisorische Volkskammer der DDR auf ihrer konstituierenden Sitzung am 7. Oktober an die Präsidenten der Landtage das Ersuchen richten, für den 10. Oktober eine außerordentliche Landtagssitzung einzuberufen, auf der erstens die Vertreter der provisorischen Länderkammer zu wählen waren. Zweitens war beabsichtigt, auf dieser Sitzung die Verlängerung der Legislaturperiode der Landtage bis zur Abhaltung der allgemeinen Volkskammerwahl, die auf den Oktober 1950 anberaumt wurde, zu beschließen. Erst danach, wenn dieser Schritt vollzogen wäre, würden der künftige Präsident und die erste DDR-Regierung vereidigt werden.⁵⁸ Der ambitionierte Zeitplan setzte allerdings voraus, dass sich die SED der Mitwirkung der anderen Parteien sicher sein musste – zumal es bei dem genannten Gesetz um eine verfassungsändernde Maßnahme ging, die eine Zweidrittelmehrheit erforderte. Um nach außen Geschlossenheit zu demonstrieren, galt es, möglichst eine einstimmige Annahme zu realisieren.

Insbesondere in Brandenburg waren die Ausgangsbedingungen hierfür nicht sonderlich vielversprechend, weil im Landtag eine »bürgerliche« Majorität existierte und sich unter den CDU- und LDP-Abgeordneten großer Widerstand gegen die Verschiebung der Wahlen formierte. Bereits Mitte September gingen in der SED-Fraktion Informationen über entsprechende Aktivitäten der Christ- und Liberaldemokraten umher. Vorbild hierfür konnte ein Gesetzes-

⁵⁶ Vgl. die Anlage 1 zum Bericht über die Ausrichtung der Politik der CDU und LDP anlässlich der Regierungsbildung für das Jahr 1950 vom 25.11.1949, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 720, Bl. 20–23, bes. Bl. 21.

⁵⁷ Vgl. den Bericht der Abteilung Massenagitation der SED über die Ausrichtung der Politik der CDU und der LDP anlässlich der Regierungsbildung für das Jahr 1950 vom 25.11.1949, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 720, Bl. 15–19, bes. Bl. 15f.

⁵⁸ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Politbüros der SED am 2.10.1949, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2, Nr. 47, Bl. 4–7, bes. Bl. 5f. – Vgl. auch H. HEITZER, Die Bildung der Provisorischen Regierung der DDR, 1993, S. 315; G. WETTIG, Die Gründung der DDR, 2001.

antrag der CDU-Fraktion im Schweriner Landtag sein, der darauf hinauslief, die Wahlen zu den Kommunalvertretungen und zum Landtag im Laufe des Oktobers durchzuführen.⁵⁹ Ein solcher Antrag wurde in Potsdam zwar weder von der CDU noch von der LDP eingereicht, gleichwohl rechneten die Einheitssozialisten mit schwierigen Verhandlungen.⁶⁰ Im Vorfeld der für den 10. Oktober angekündigten außerordentlichen Landtagssitzung kam es zu einer Reihe intensiver Gespräche zwischen führenden Vertretern der brandenburgischen SED sowie der CDU- und LDP-Fraktionen. Trotz erheblicher Bedenken stimmten die Christ- und die Liberaldemokraten der von der SED vorgeschlagenen Tagesordnung im Ältestenrat zu.⁶¹ In den Fraktionen war die Stimmungslage jedoch niedergeschlagen. Einerseits sah man die Befürchtungen einer längerfristigen staatlichen Teilung Deutschlands bestätigt, andererseits fühlte man sich um einen sicheren Wahlerfolg betrogen. »Es ist nicht leicht für diejenigen, die in der Verantwortung stehen, das Persönliche auszuschalten und es ist nicht einfach, ein Opfer auf sich zu nehmen«, erklärte der Fraktionsvorsitzende Willy Heller, um seinen enttäuschten Kollegen in der CDU Trost und Mut zuzusprechen. »Die Menschen draußen, die in Not und Leid sind, erwarten von denjenigen, die in der Verantwortung stehen, ein Beispiel der Opferbereitschaft, deshalb haben wir von Anfang an die Opferbereitschaft unserer CDU-Mitglieder, unserer Funktionäre appelliert. Ich bitte Sie, diese Opferbereitschaft nicht zu vergessen. Es kommt darauf an, daß die Menschen um uns voller Vertrauen zu uns aufsehen.«⁶²

Während einzelne Unionspolitiker wie der Minister für Arbeit und Soziales, Fritz Schwob, und Landesgeschäftsführer Karl Grobbel an die Verantwortungsbereitschaft der Volksvertreter in der Sache appellierten und die Vorteile hervorhoben, die ihrer Meinung nach in der Bildung der Volkskammer lagen⁶³, äußerten viele Parlamentarier ihr Misstrauen gegenüber den Versprechungen der SED bei der Personalbesetzung in der neuen DDR-Regierung. Diesen Zweifel versuchte Grobbel zu zerstreuen: »Wenn Sie überhaupt Politik machen wollen, so hat es wahrscheinlich keinen Zweck, von vornherein an jede Sache mit Zweifeln heranzugehen. Zu jeder Sache in der Politik gehört ein Maß von Glauben, auch

⁵⁹ Vgl. das Schreiben des CDU-Landesverbands Mecklenburg-Vorpommern an den CDU-Landesverband Brandenburg vom 7.9.1949, in: ACDP, 03-33, Nr. 161, o. Bl.

⁶⁰ Vgl. den Bericht über die Sitzung der SED-Landtagsfraktion Brandenburg am 13.9.1949, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 854, Bl. 52.

⁶¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Landtags Brandenburg am 8.10.1949, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 45, Bl. 146.

⁶² Protokoll der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 10.10.1949, 10 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 543, o. Bl., S. 1.

⁶³ W. KÜNZEL, Die DDR-Gründung im Spiegel ostdeutscher Landtagsdebatten, 1993, S. 328f.

wenn Sie x-mal getäuscht worden sind.«⁶⁴ Franz Schleusener resümierte, dass die CDU-Fraktion auf der einen Seite erklären müsse, wie sie es rechtfertigen könne, dass sie die Vorherrschaft einer Partei ein ganzes Jahr verlängere. Auf der anderen Seite habe man sich mit der Situation abzufinden, zumal man ohnehin bei der nächsten Wahl mit einer Quittung für die SED-dominierte Regierung rechnen könne.⁶⁵ Nach Aussage des CDU-Abgeordneten Germanus Theiss übten SMA-Offiziere im Vorfeld der Plenarsitzung erheblichen Einfluss auf die Parlamentarier aus, um sie zur Annahme des Gesetzesantrags zu bewegen.⁶⁶ Franz Schleusener wurde am Tag vor der Plenarsitzung von der Besatzungsmacht ein hohes Regierungsamt in Aussicht gestellt, wenn er dafür Sorge, dass die Fraktion dem Gesetz geschlossen zustimmen würde. Dieses Angebot lehnte er jedoch ab.⁶⁷ Während der Fraktionssitzung waren drei Offiziere sowie ein Vertreter des Sowjetischen Nachrichtenbüros anwesend.⁶⁸

Immerhin versuchten die CDU-Abgeordneten, der SED in letzter Minute doch noch mehrere Zugeständnisse abzurufen: Kurz vor der Landtagsitzung legten sie eine von Peter Bloch nach Rücksprache mit Ernst Lemmer vorbereitete Entschließung mit etwa 20 Forderungen vor, von deren Annahme sie ihre Zustimmung zu dem umstrittenen Gesetz abhängig machen wollten. In der Resolution wurde nicht nur auf die Forderung nach einer Zusicherung freier Wahlen eingegangen, sondern ebenfalls die Alleinherrschaft der SED sowie des Innenministers in Personalfragen abgelehnt.⁶⁹ Obwohl auf Hellers Anraten einige Formulierungen entschärft wurden, blieb diesem Vorstoß erwartungsgemäß der Erfolg verwehrt. Die Einheitspartei war nicht bereit, einer solchen Resolution ihre Zustimmung zu geben.⁷⁰ Die Plenarsitzung, an der General Scharow als Vertreter der Besatzungsmacht persönlich teilnahm, verlief dann ohne ernsthafte Zwischenfälle. Um Zeit zu sparen, wurden die beiden Lesungen der Drucksache Nr. 417 zusammengelegt. Willy Hellers Ausführungen richteten sich vor allem auf die Erwartungen der Union an die künftige DDR-Regierung hin-

⁶⁴ Vgl. das Protokoll der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 10.10.1949, in: ACDP, 07-11, Nr. 543, S. 3f.

⁶⁵ Vgl. ebd., S. 6.

⁶⁶ Aussage von Germanus Theiss vom 10.3.1952, abgedr. in: BUNDESMINISTERIUM FÜR GESAMT-DEUTSCHE FRAGEN (Hrsg.), *Unrecht als System*, 1952, S. 177.

⁶⁷ Vgl. M. AGETHEN, Franz Schleusener, 2008, S. 182.

⁶⁸ Vgl. das Schreiben von Willy Heller an die CDU-Hauptgeschäftsstelle vom 18.1.1950, in: ACDP, 03-33, Nr. 98, o. Bl.

⁶⁹ Vgl. den Bericht über die Sitzung der SED-Landtagsfraktion Brandenburg am 10.10.1949, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 854, Bl. 63–65, bes. Bl. 63; Willy Heller, In der sowjetischen Besatzungszone von 1945 bis 1949. Abschrift einer Tonbandaufzeichnung vom 27.4. bis 2.5. 1980, in: ACDP, 01-255, Karton 1, AO 2, Bl. 5.

⁷⁰ Vgl. das Protokoll der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 10.10.1949, in: ACDP, 07-11, Nr. 543, o. Bl., S. 10.

sichtlich ihrer gesamtdeutschen Aufgaben. Von den ernststen Bedenken in der Unionsfraktion gegen die Verschiebung der Landtagswahl war lediglich indirekt die Rede. Die CDU-Fraktion könne die ungeheure Verantwortung, die sie sich durch die Zustimmung zum Gesetzesantrag auflade, nur tragen, wenn dieses Jahr der Bewährung von allen Parteien dazu genutzt werde, »Unrecht und Willkür aus allen Verwaltungsstellen unseres Landes zu beseitigen (*sehr gut!*) und gegenüber den einzelnen Menschen ebenso wie zwischen allen Gruppen der antifaschistischen Parteien und Organisationen Verfassung und Recht als allein geltende Form der Blockpolitik und des demokratischen Lebens unseres Volkes sich durchsetzen.«⁷¹ Der Redner der Liberaldemokraten, Ingo von Koerber, schloss sich Hellers Ausführungen weitgehend an. Am Ende erreichte der Gesetzesantrag die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Er wurde von den 92 anwesenden Parlamentariern einstimmig angenommen.⁷²

Für einigen Unmut unter den christdemokratischen Abgeordneten sorgte hingegen die Nominierung der Vertreter Brandenburgs für die neu geschaffene Provisorische Länderkammer. Die erste Verfassung der DDR von 1949 sah ein Zweikammersystem vor, in welchem neben der Volks- auch eine Länderkammer eingerichtet war. Diese hatte allerdings nur geringen politischen Einfluss, vielmehr lag ihre Bedeutung auf dem Feld der deutschlandpolitischen Symbolik.⁷³ In die Provisorische Länderkammer wurden zunächst 34 Delegierte aus den fünf Ländern sowie aus Berlin entsandt. Die rechtlichen Bestimmungen sahen vor, dass das Land Brandenburg durch den Landtag fünf Delegierte bestimmte, deren Parteizugehörigkeit sich an den Stärkeverhältnissen der Fraktionen proportional orientierte. Für die CDU-Fraktion war es selbstverständlich, dass sie angesichts der bestehenden Mehrheitsverhältnisse Anspruch auf zwei Sitze erheben konnte. Für die Verhandlungen im Ältestenrat benannte sie Franz Schleusener und Peter Bloch als Kandidaten – offenbar gegen deren Wunsch. Die Stimmung unter den Abgeordneten war angespannt. In Bezug auf die Verhandlungsführung mit der SED forderte Josef Halbey, dass der »Gummiweg« endlich aufhören müsse.⁷⁴ Die Einheitspartei vertrat jedoch eine gänzlich andere Auffassung: Ihrem Willen zufolge sollte neben dem Landtagspräsidenten

⁷¹ Landtag Brandenburg, 1. WP, 57. Sitzung am 10.10.1949, in: AVLTB/I, S. 714–719, hier S. 718 (Beitrag Willy Heller, CDU).

⁷² Vgl. ebd., S. 719. – Antrag aller Fraktionen zur Verlängerung der Wahlperiode des Landtages, der Kreistage und der Gemeindevertretungen, o. D. (Drucksache Nr. 417), in: AVLTB/II, S. 549.

⁷³ Vgl. C. SCHWIESELMANN, Die DDR-Länderkammer, 2008; C. ТИЕМ, Die Länderkammer der Deutschen Demokratischen Republik, 2011, S. 166f. – Zur Vertretung Thüringens in der Provisorischen Länderkammer der DDR siehe J. LILLA, Die Vertreter der Thüringischen Staaten und Thüringens, 2010, S. 47–53 u. 80f.

⁷⁴ Protokoll der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 10.10.1949, in: ACDP, 07-11, Nr. 543, o. Bl., S. 9.

Meier qua Amt jede politische Gruppierung im Parlament nur einen Vertreter in die Kammer entsenden, was bedeutete, dass auch die VdgB mit einem Sitz bedacht würde. Der Streit um die Verteilung der Sitze war insofern von Belang, weil dahinter die Frage stand, wie man bei einer ungeraden Zahl an zu vergebenden Mandaten dem Wahlergebnis von 1946 gerecht werden könnte. Die Diskussionen erinnerten stark an die Auseinandersetzungen bei der Einrichtung der Landtagsausschüsse drei Jahre zuvor.

Die Einheitspartei konnte kein Interesse daran haben, CDU und LDP drei Sitze in der Länderkammer zu überlassen – aus diesem Grund unterbreitete sie den Vorschlag, den Landtagspräsidenten extra zu zählen. Die Motivation dahinter war offensichtlich: Eine solche Zählung begünstigte die SED, weil die VdgB-Fraktion ausschließlich aus SED-Mitgliedern bestand und der Präsident ebenfalls der Partei angehörte. Als die SED-Fraktion über die Forderungen der Union informiert wurde, riet Wilhelm Pieck den Genossen, sich nicht provozieren zu lassen, sondern den Dingen mit aller Ruhe und Gelassenheit entgegenzusehen.⁷⁵ Tatsächlich setzte sich die SED mit ihrer Sichtweise im Ältestenrat durch. Peter Bloch wurde von der Nominierungsliste der CDU-Fraktion gestrichen.⁷⁶ Nachdem die fünf Kandidaten festgelegt waren, gab die VdgB kurz vor der Landtagssitzung ihren Übertritt zur SED-Fraktion bekannt – damit war offensichtlich, dass die brandenburgische SED trotz ihrer Minorität drei der fünf Sitze in der Provisorischen Länderkammer der DDR besetzen konnte.⁷⁷ Nach Auffassung von Hans-Joachim Schreckenbach und Werner Künzel ist es naheliegend, dass es bei der anschließenden Wahl im Plenum zu keinem einheitlichen Votum kam, denn der Landtagspräsident verkündete kein einstimmiges Ergebnis. Ob es Enthaltungen oder sogar Gegenstimmen gab, lässt das Protokoll offen.⁷⁸

Obwohl die Stimmenverhältnisse im Thüringer Landtag für die SED weit aus günstiger lagen, kam es auch dort zu starken Meinungsverschiedenheiten mit den »bürgerlichen« Fraktionen um die Verlängerung der Legislaturperiode. Ähnlich wie die brandenburgischen Parteifreunde stellte die CDU-Fraktion in Weimar mehrere Bedingungen, von denen sie ihre Zustimmung abhängig machte. Ihre Forderung bestand im Kern darin, dass die »fiktive Mehrheit der SED« in allen Parlamenten der SBZ ausgeschaltet werden müsse. Der Fraktions-

⁷⁵ Vgl. den Bericht über die Sitzung der SED-Landtagsfraktion Brandenburg am 10.10.1949, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 854, Bl. 64.

⁷⁶ Vgl. das Schreiben von Willy Heller an Otto Meier vom 10.10.1949, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 123, o. Bl.

⁷⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 10.10.1949, in: ACDP, 07-11, Nr. 543, o. Bl., S. 9.

⁷⁸ H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, *Das Land Brandenburg*, 1998, S. 273. – Landtag Brandenburg, 1. WP, 57. Sitzung am 10.10.1949, in: AVLTB/I, S. 716.

vorsitzende Johannes Mebus forderte, dass die Landtage mit ihrer verlängerten Wahlperiode nur als Provisorien anzusehen seien. Außerdem dürften keine einseitigen Mehrheitsbeschlüsse mehr gefasst werden, sondern das Prinzip der Blockpolitik müsse zur Anwendung kommen. Offensichtlich wollte Mebus der CDU auf diese Weise ein Vetorecht bei künftigen Entscheidungen verschaffen. Außerdem forderte er, dass alle Mandatsträger, die seit 1946 die Partei gewechselt hätten, ihre Mandate niederlegen müssten. Diese Forderung zielte insbesondere auf die Gemeindevertretungen im Land, wo im Laufe der Zeit Stimmenverhältnisse durch freiwillige oder erzwungene Parteiübertritte mehrfach zugunsten der SED verändert worden waren. Das Ziel von Mebus war es, eine Brandmauer zu errichten, um die Dominanz der SED bis zu den nächsten Wahlen einzudämmen.⁷⁹

Die thüringischen Liberaldemokraten erwiesen sich in der Frage der Verlängerung der Legislaturperiode hingegen als überaus gespalten. In der letzten Fraktionssitzung vor der Abstimmung im Landtag am 10. Oktober waren neben dem 1. Landesvorsitzenden Hans Loch mehrere Mitglieder der Landesleitung anwesend. Schenkt man dem überlieferten Protokoll Glauben, dann dominierten in der Diskussion die kooperationswilligen Stimmen. Hans Loch warf seine Autorität als Landesvorsitzender in die Waagschale, um die noch zögernden Abgeordneten zur Annahme des Gesetzesantrags zu bewegen. Es war ein offenes Geheimnis, dass der »fortschrittlich« gesinnte Loch, der an der Basis im Übrigen wenig geschätzt wurde, gute Kontakte zur SMA unterhielt.⁸⁰ Seiner Auffassung nach seien Wahlen zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht, weil die Bevölkerung angeblich unreif dafür wäre: »Die Wähler wollten die Entwicklung nicht objektiv betrachten, sondern sehen in der Wahl ein Ventil, um einer Partei gründlich die Meinung zu sagen. Mit solch einem Wahlausgang könne man keine Politik machen.«⁸¹ Unterstützung fand Hans Loch bei dem LDP-Abgeordneten Helmuth Steltzner, der davor warnte, dass der kleine Mann auf der Straße unter dem Eindruck der Propaganda aus den Westzonen stehe. Die durch die westlichen Rundfunksender gestreuten Fehlinformationen würden die Bevölkerung so verwirren, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt ein untragbares Wahlergebnis zustande käme.⁸² Einzig Karl Mehnert äußerte Bedenken gegen die Verlängerung der Legislaturperiode. Es fällt auf, dass mehrere Abgeordnete, die als SED-kritisch galten, an der Fraktionssitzung sowie an der anschließenden Debatte im Plenum nicht teilnahmen. Um dennoch sicherzugehen, dass die Geschlossenheit

⁷⁹ Vgl. die Aktennotiz vom 5.10.1949, in: ACDP, 07-10, Nr. 2037, Bl. 503.

⁸⁰ Vgl. J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 155–159.

⁸¹ Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 10.10.1949, 6 S., in: ADL, L5, Nr. 621, o. Bl., S. 2.

⁸² Ebd., S. 3f.

der Landtagsfraktion bei der Abstimmung gewährleistet wäre, wurde für die Plenarsitzung ein Fraktionszwang verhängt.⁸³

Die Abstimmung über den Gesetzesantrag, der keine eigene Aussprache vorausging – stattdessen konzentrierten sich die Redner der Fraktionen auf die aus der DDR-Gründung resultierenden Konsequenzen und die Bildung einer neuen Regierung –, verlief dann reibungslos. Das Gesetz zur Verlängerung der Wahlperiode wurde einstimmig vom Landtag angenommen. Um die öffentliche Wirkung des Vorgangs zu erhöhen, hatte der Ältestenrat auf Vorschlag von August Frölich beschlossen, dass die Namen der zwölf fehlenden Abgeordneten nicht bekannt gegeben werden sollten. Obwohl bei der CDU vier und bei der LDP sogar sieben Parlamentarier der Sitzung fernblieben, suggerierte das Verfahren demnach eine einmütige Annahme des Gesetzes durch ein vollzähliges Haus.⁸⁴

3. Politische Säuberungen und Selbstanpassung in CDU und LDP

a) Nachforschungen der Union zum Abstimmungsverhalten

Die zwölf Monate, die zwischen der Verlängerung der Wahlperiode 1949 und der Durchführung der DDR-weiten »Volkswahlen« am 15. Oktober 1950 lagen, brachten der CDU und der LDP gravierende Einschnitte. Über beide Parteien rollte eine regelrechte Lawine an Säuberungen hinweg, die sich in mehreren Wellen vollzog. Den Ausgangspunkt hierfür bildeten entsprechende Überlegungen seitens der Besatzungsmacht und der SED-Führung. Nach dem Willen der Parteiführung um Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht sollte die Zeit bis zu den Wahlen dazu genutzt werden, um die Blockparteien endgültig zu unterwerfen und die widerständigen Personen in ihnen politisch auszuschalten. Der daraufhin einsetzende verschärfte Kampf gegen die »Reaktionäre« führte die Methoden fort, die bisher zur Anwendung gekommen waren. Neu war jedoch der Grad an Intensität und Konsequenz, mit welchem die Säuberungen landesweit buchstäblich »bis ins letzte Dorf« getragen wurden.⁸⁵ Am Ende stand die Zerschlagung des bisherigen Funktions- und Personalapparats der beiden »bürgerlichen« Parteien.⁸⁶

⁸³ Vgl. ebd., S. 5.

⁸⁴ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 10.10.1949, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl.; Thüringer Landtag, 1. WP, 63. Sitzung am 10.10.1949, in: AVThLT/I.3, S. 2225–2233, bes. S. 2233; Vorlage des Präsidenten des Landtages, 2. Fassung, o. D. (Drucksache Nr. 607), in: AVThLT/II.2, S. 1259.

⁸⁵ I. JANDER, Politische Verfolgung in Brandenburg, 2012, S. 306.

⁸⁶ Vgl. ebd., S. 41. – Vgl. auch das Protokoll der Sitzung des Politbüros der SED am 13.3.1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2/76, Bl. 22–24, bes. Bl. 22.

Dieser Säuberungsprozess stellte sich allerdings nicht nur als eine von außen aufgezwungene Verfolgung dar, sondern er vollzog sich ebenfalls auf der internen Ebene als Selbstanpassung der betroffenen Parteien. So beschloss der Politische Ausschuss beim Hauptvorstand der CDU Anfang November 1949, Nachforschungen zum Abstimmungsverhalten der eigenen Landtagsabgeordneten anzustellen. Dabei ging es vor allem um das Fehlen mehrerer Mandatsträger bei der Verabschiedung des Gesetzes zur Verlängerung der Legislaturperiode.⁸⁷ Sehr schnell stand der Vorwurf des parteischädigen Verhaltens gegen die Abgeordneten im Raum, wobei man sich offenbar nur auf die Parlamentarier in Sachsen-Anhalt und Brandenburg konzentrierte. Die Parteileitung schrieb diejenigen Personen, deren Namen man in Erfahrung bringen konnte, direkt an und forderte sie zu einer Stellungnahme auf.⁸⁸ Während in Sachsen-Anhalt die parteiinternen Disziplinierungsmaßnahmen griffen und sogar zwei Landtagsabgeordneten nahegelegt wurde, ihre Mandate niederzulegen, machten sich in Brandenburg Widerstände gegen dieses Vorgehen bemerkbar. Der dortige Fraktionsvorsitzende Willy Heller stellte sich schützend vor die Kollegen. Er verwies die Berliner Parteizentrale auf die verfassungsmäßig garantierte Immunität der Abgeordneten, die immer noch Gültigkeit habe. Zudem weigerte er sich, der Angelegenheit fraktionsintern nachzugehen.⁸⁹ Der Parteivorstand sprach ihm daraufhin seine Missbilligung aus. Der erst seit Kurzem amtierende DDR-Außenminister Georg Dertinger brachte sogar ein Parteiausschlussverfahren gegen Heller ins Gespräch.⁹⁰ In einem weiteren Schreiben an die Hauptgeschäftsstelle verwahrte sich Heller gegen die an seine Fraktion gerichtete Unterstellung, wonach die CDU-Abgeordneten nicht geschlossen die Verlängerung der Legislaturperiode und die Bildung der DDR-Regierung unterstützt hätten. Diese Ansicht sei unzutreffend. Uneinigkeit hätte lediglich über die Formulierung der Erklärung im Plenum bestanden.⁹¹ Auch wenn der Fraktionsvorsitzende es auf diese Weise verhindern konnte, dass seine Parteifreunde wegen der Angelegenheit zur Rechenschaft gezogen wurden, warf der Vorgang ein bezeichnendes Licht auf die politischen Veränderungen, die sich innerhalb der Christlich-Demokratischen Union vollzogen.

⁸⁷ Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Politischen Ausschusses der CDU am 1.11.1949, 2 S., in: ACDP, 07-10, Nr. 489, o. Bl., S. 2.

⁸⁸ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses der CDU am 29.11.1949, in: ACDP, 07-10, Nr. 1827, Bl. 1–3, bes. Bl. 2; Schreiben von Gerald Götting an Engelbert Peters vom 14.12.1949, in: ACDP, 03-33, Nr. 62, o. Bl.

⁸⁹ Schreiben von Willy Heller an die Hauptgeschäftsstelle der CDU vom 22.12.1949, in: ebd., o. Bl.

⁹⁰ Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Politischen Ausschusses der CDU am 4.1.1950, 2 S., in: ACDP, 07-10, Nr. 1216, o. Bl., S. 1.

⁹¹ Schreiben von Willy Heller an die Hauptgeschäftsstelle der CDU vom 18.1.1950, in: ACDP, 03-33, Nr. 98, o. Bl.

b) Die Potsdamer LDP-Fraktion und die Parteikrise

Während die Landtagsfraktion der thüringischen Liberaldemokraten bereits ab dem Sommer 1948 bis ins Frühjahr 1949 hinein in den Fokus der politischen Säuberung geraten war, die mit der Verhaftung Hermann Beckers einen dramatischen Höhepunkt erlebt hatte, blieben den LDP-Abgeordneten im Potsdamer Landtag Eingriffe durch die Besatzungsmacht und personelle Umbesetzungen im größeren Maßstab zunächst erspart. Zwar gab es auch hier diverse Fälle von erzwungenen Mandatsaufgaben und Flucht, diese ereigneten sich jedoch nicht in einem großen Schlag, sondern als ein fortlaufender Prozess. Ende 1949 trat dann allerdings ein gravierender Wandel ein. Den Ausgangspunkt hierfür bildeten die Feierlichkeiten zu Stalins 70. Geburtstag am 21. Dezember 1949 in der DDR. Die SED-Führung initiierte eine groß angelegte »Stalin-Kampagne«, die dem in der Sowjetunion um den »вожд'« betriebenen Personenkult in nichts nachstand.⁹² Dabei ging es keineswegs nur um eine vordergründige Verherrlichung des vermeintlichen »Vaters der Völker«, sondern vielmehr begleitete die Kampagne ein deutliches repressives Element: Die Feierlichkeiten sollten dazu dienen, die Stalinisierung der ostdeutschen Gesellschaft voranzubringen und zugleich den Kampf gegen die »reaktionären« Kräfte zu verstärken.⁹³ Im Rahmen der landesweiten Jubelveranstaltungen wurden auf Initiative des Ministerrats der DDR die Landtagspräsidenten aufgefordert, für den 20. Dezember die Parlamente zu einer gemeinsamen Feierstunde mit den jeweiligen Landesregierungen einzuberufen.⁹⁴ Wie in allen anderen Landeshauptstädten zelebrierte man die Veranstaltung im Potsdamer Landtag in einem besonders festlichen Rahmen, der dem Anlass angemessen schien. Die Rezitation von Jubelgedichten aus der Feder Erich Weinerts auf den »Generalissimus« gehörte ebenso zum Festprogramm wie ein Vortrag des Prorektors der Landeshochschule und die musikalische Untermalung durch das Landesorchester mit Klängen von Michail I. Glinka und Ottmar Gerster.⁹⁵

Auch wenn die DDR-Presse ausführlich über glanzvolle Veranstaltungen und überschwängliche Glückwunschadressen an den Geehrten Stalin zu berich-

⁹² Vgl. I. JANDER, Politische Verfolgung in Brandenburg, 2012, S. 96.

⁹³ Vgl. ebd., S. 97.

⁹⁴ Vgl. das Schreiben von Hermann Kastner an August Frölich vom 17.11.1949, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 25, o. Bl.

⁹⁵ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, Festsitzung am 20.12.1949, in: AVLTB/I, S. 742–746; P. BLOCH, Zwischen Hoffnung und Resignation, 1986, S. 159. – Zur Stalin-Feier im Thüringer Landtag siehe Aktenvermerk vom 5.12.1949, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 25, o. Bl.; »Stalin – Führer der Menschheit«, in: Abendpost vom 21.12.1949; »Festakt im Nationaltheater Weimar«, in: Thüringer Volk vom 21.12.1949; »Thüringen ehrt Stalin. Festakt des Landtages und der Landesregierung«, in: Thüringer Tageblatt vom 21.12.1949. Zeitungsausschnitte dieser Artikel finden sich in der genannten Akte.

ten wusste⁹⁶, erwies sich die Stimmung gerade in den »bürgerlichen« Fraktionen als überaus angespannt. Unter dem Eindruck der jüngsten Geschehnisse mussten vielen LDP- und CDU-Abgeordneten die Huldigungen gegenüber dem Diktator aufgenötigt und reichlich überzogen vorkommen. Im Umfeld der Festsetzung traf sich die LDP-Fraktion in Potsdam zu mehreren Besprechungen. Auf Einladung der Liberaldemokraten nahm an einer dieser Beratungen der Landesminister für Volksbildung, Wissenschaft und Kunst, Fritz Rücker (SED), teil. Die LDP-Abgeordneten trugen ihm die hinlänglich bekannten Klagen über die einseitige Personalpolitik in dessen Ressort sowie über die SED-nahe Ausrichtung des Schulwesens vor. Sie forderten eine paritätische Zusammensetzung der Prüfungskommissionen im Schuldienst sowie größere Freiheiten und echte demokratische Mitbestimmungsrechte in der schulinternen Verwaltung. Der ehemalige Sozialdemokrat Rücker hörte sich die Klagen geduldig an und sagte zu, sich um die vorgetragenen Missstände kümmern zu wollen. Im Grunde verlief dieses Gespräch also durchaus im Rahmen des Üblichen. Problematisch wurde es erst, als der Abgeordnete Franz Priefert, der selbst einmal im Volksbildungsministerium gearbeitet hatte und der von Rücker sogar für den Posten eines Abteilungsleiters vorgeschlagen worden war⁹⁷, die Bevorzugung von Kindern aus Arbeiter- und Bauernfamilien an den höheren Schulen thematisierte. Seine Ausführungen zur Verteilung der Intelligenz in den verschiedenen Gesellschaftsschichten waren an einigen Stellen missverständlich, obwohl man durchaus erkennen konnte, worum es ihm ging: »Wir fördern [...] heute solche, die nicht zur Intelligenz gehören, und lassen dafür andere zurück, die intelligent sind, aber aus anderen Kreisen stammen. Wir wollen aber alle fördern, die intelligent sind.«⁹⁸ An einer anderen Stelle beschwerte sich der Fraktionsvorsitzende Willi Hein über das eigenmächtige Verhalten des Schulrates im Kreis Teltow, der anlässlich des Stalin-Geburtstags verbindliche Anweisungen zur Durchführung der Feierlichkeiten an den Bildungsstätten herausgegeben hatte. »Es ist wohl selbstverständlich, daß wir Deutsche mit Hochachtung des verdienstvollen Mannes gedenken, der sich solche Verdienste um sein Volk und um den Frieden erworben hat. Doch ähnelt die Art, wie Herr Schulrat Kahlenbach dieses Gedenken anordnet, zu sehr den nazistischen Methoden, die wir glücklich überwunden glaubten. [...] Wenn man Sympathien erwecken will, darf das nicht in einer Befehlsform geschehen.« Weiter kritisierte Hein die Bestrebungen des

⁹⁶ Vgl. »Landtage der Republik ehren Stalin«, in: Neues Deutschland, Ausgabe B, vom 21.12.1949, S. 2.

⁹⁷ Vgl. das Schreiben von Fritz Rücker an Carl Steinhoff vom 23.10.1947, in: BLHA, Rep. 202 A, Nr. 23, Bl. 11; Schreiben von Bernhard Bechler an Carl Steinhoff vom 4.12.1947, in: ebd., Bl. 12; Schreiben von Fritz Rücker an Bernhard Bechler vom 6.12.1947, in: ebd., Bl. 14; Protokoll zur Sitzung des Landeskabinetts Brandenburg am 18.12.1947, in: BLHA, Rep. 202 A, Nr. 225, Bl. 38–40, bes. Bl. 40.

⁹⁸ Protokoll der Unterhaltung der LDP-Landtagsfraktion Brandenburg mit Minister Fritz Rücker am 20.12.1949, 9 S., in: LAB, E Rep. 200-35, Nr. 17, o. Bl., S. 3.

besagten Schulrats, bevorzugt sowjetische Jugendschriften und Märchen für die Kindergärten anschaffen zu lassen.⁹⁹

Sicherlich wäre die Unterredung mit dem Volksbildungsminister Rücker als eine von vielen in Vergessenheit geraten, wenn nicht ein Mitarbeiter des Sowjetischen Nachrichtenbüros, der wohl im Auftrag der Sowjetischen Kontrollkommission handelte, an der Sitzung teilgenommen hätte.¹⁰⁰ Am 24. Dezember erschien zeitgleich im *Neuen Deutschland* und in der *Tagespost* ein Artikel, in welchem mehrere LDP-Abgeordnete einer reaktionären Gesinnung bezichtigt wurden. Inhaltlich hatte die Berichterstattung nur wenig mit den tatsächlichen Äußerungen der Beschuldigten zu tun, denn sie gab den Verlauf der Fraktionsbesprechung grob verzerrt wieder. So wurde Hein unterstellt, die russische Kultur diffamiert zu haben, wohingegen Franz Priefert über die schlechtere Erbmasse von Arbeiter- und Bauernkindern schwadroniert habe. Weitere Beschuldigungen richteten sich gegen das Verhalten der Abgeordneten Rudolf Baumann und Max Gaedecke, die sich abwertend über die HO-Organisation und die volkseigenen Betriebe geäußert hätten.¹⁰¹ Dieser Artikel, der so schlecht recherchiert war, dass sogar die Namen der beschuldigten Abgeordneten teilweise falsch geschrieben waren, bildete den Auftakt zu einer groß angelegten Säuberungskampagne, die von der SED organisiert wurde. Der Aktion ging eine enge Absprache zwischen der Parteispitze und der SKK voraus.¹⁰² In den nächsten Tagen prasselte eine Flut an Zeitungsartikeln in der SED-Presse über die brandenburgische LDP nieder, die das »reaktionäre« Verhalten der beschuldigten Abgeordneten in den schwärzesten Farben zeichneten. Die Vorwürfe weiteten sich schließlich auf fünf Mitglieder der Fraktion aus.¹⁰³ Beim Landtag gingen Protestresolutionen von mehreren sächsischen FDJ-Organisationen ein, die die Entfernung der beklagten Parlamentarier aus dem politischen Leben Brandenburgs forderten. Den Begleitumständen dieser Schreiben konnte man entnehmen, dass es sich hierbei um eine gesteuerte Empörung handelte.¹⁰⁴ Zudem startete die SED-Ortsgruppe in Königs Wusterhausen unter Anleitung durch die Organisations-Instruktors-Abteilung des Landesvorstands eine große Agitationsoffensive gegen Willi Hein und die ebenfalls beschuldigte Abge-

⁹⁹ Ebd., S. 8.

¹⁰⁰ Vgl. das Schreiben von Günther Stempel an Hermann Kastner vom 29.12.1949, 4 S., in: ADL, L 7, Nr. 45, o. Bl., S. 2.

¹⁰¹ Schreiben der Abteilung Staatliche Verwaltung an Kurt Seibt vom 24.12.1949, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 897, Bl. 19; »Wildgewordene Reaktionäre. Freche Ausfälle in einer LDP-Fraktionssitzung«, in: Neues Deutschland, Ausgabe B, vom 4.12.1949, S. 2.

¹⁰² Vgl. die Notizen von Wilhelm Pieck über eine Besprechung mit Wladimir S. Semjonow am 24.12.1949, abgedr. in: W. PIECK, Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik, 1994, S. 321f., bes. S. 321.

¹⁰³ Vgl. den Tagebucheintrag von Wolfgang Schollwer zum 29.12.1949, abgedr. in: W. SCHOLLWER, Potsdamer Tagebuch 1948–1950, 1988, S. 158f.

¹⁰⁴ Die Protestresolutionen sind enthalten in: BLHA, Rep. 201, Nr. 416, Bl. 3–9.

ordnete Helene Orthmann. Diese war durch Plakataktionen, Versammlungen und Entschließungen gekennzeichnet.¹⁰⁵

Obwohl der einflussreiche Potsdamer Liberaldemokrat Carl Mühlmann zunächst versucht hatte, die Abgeordneten gegen die diffamierenden Vorwürfe in Schutz zu nehmen, geriet er selbst ins Fadenkreuz der SED-Attacken.¹⁰⁶ Gezielt setzten die brandenburgischen Genossen um Willy Sägebrecht die Landesführung der LDP unter Druck, um sie zum Einknicken zu drängen.¹⁰⁷ Dies gelang: Gab es innerhalb der LDP-Fraktionsführung zunächst die Überlegung, nur einen Teil der angegriffenen Landtagsabgeordneten zur Niederlegung ihres Mandats zu bewegen, um sie damit aus der Schusslinie zu nehmen, drängten der Landesvorsitzende Ingo von Koerber und sein Stellvertreter Mühlmann ab dem 28. Dezember auf »radikale Massnahmen«.¹⁰⁸ Ihrer Auffassung nach ging es nicht nur um eine brandenburgische Angelegenheit, sondern stattdessen stand die Existenz der gesamten Partei auf dem Spiel. Offenbar wurde von Koerber von der SKK über die möglichen Konsequenzen ins Bild gesetzt, sollte die Landesführung keine eindeutige Stellung gegen die beschuldigten Parlamentarier beziehen. Zudem musste der Landesvorsitzende befürchten, selbst in die Affäre hineingezogen zu werden.¹⁰⁹ Noch am gleichen Tag wurde unter Hinzuziehung der Berliner Parteizentrale im Eilverfahren die Suspendierung der fünf Abgeordneten von ihren Landtagsmandaten und ihrer Parteimitgliedschaft beschlossen sowie eine interne Untersuchung der Vorgänge angeordnet.¹¹⁰

Der Parteiausschluss der Abgeordneten Willi Hein, Franz Priefert und Helene Orthmann, die bereits nach West-Berlin geflohen waren, folgte binnen Wochenfrist. Rudolf Baumann legte sein Mandat angeblich »freiwillig« nieder. Aufgrund einer Erkrankung verzögerte sich der Abschluss des Verfahrens gegen Max Gaedecke.¹¹¹ Im Nachgang musste Ingo von Koerber dem erweiterten Lan-

¹⁰⁵ Vgl. die Gesamtanalyse der SED-Aktionen im Kreis Teltow im Kampf gegen reaktionäre Elemente vom 11.5.1950, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 908, Bl. 174–185, bes. Bl. 183. – I. JANDER, Politische Verfolgung in Brandenburg, 2012, S. 92, Anm. 235.

¹⁰⁶ Vgl. ebd., S. 92.

¹⁰⁷ Vgl. das Referat von Willy Sägebrecht auf der Sitzung des Landesvorstands der SED Brandenburg am 14. u. 15.1.1950, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 15, Bl. 12–28, bes. Bl. 21. – Vgl. auch I. JANDER, Politische Verfolgung in Brandenburg, 2012, S. 93, bes. Anm. 237.

¹⁰⁸ Schreiben von Günther Stempel an Hermann Kastner vom 29.12.1949, in: ADL, L 7, Nr. 45, o. Bl., S. 2.

¹⁰⁹ Vgl. ebd., S. 2.

¹¹⁰ Vgl. ebd., S. 3; Pressenotiz »LDP sichert fortschrittliche Politik« vom 28.12.1949, in: ebd., o. Bl.; Tagebucheintrag von Wolfgang Schollwer zum 4.1.1950, abgedr. in: W. SCHOLLWER, Potsdamer Tagebuch 1948–1950, 1988, S. 160f.

¹¹¹ Vgl. den Tagebucheintrag von Wolfgang Schollwer zum 7.1.1950, abgedr. in: ebd., S. 162; Bericht des Vorstands der LDP Brandenburg an die SKK über die Arbeit des Landesverbands im Monat Dezember 1949, verf. am 10.1.1950, in: BLHA, Rep. 203, Nr. 179, Bl. 147f. In Auszügen auch abgedruckt in: W. SCHOLLWER, Potsdamer Tagebuch 1948–1950, 1988, S. 161; Schreiben

desvorstand gegenüber zwar eingestehen, in der Angelegenheit teilweise überstürzt gehandelt zu haben, weil sich die konkreten Vorwürfe in der von der SED vorgebrachten Weise nicht belegen ließen.¹¹² Dennoch ließen sich Mühlmann und Koerber ihr Vorgehen von den Landes- und Kreisfunktionären als »notwendig und gerecht« bestätigen.¹¹³ Um die Fraktion künftig besser unter Kontrolle zu halten, verordnete Ingo von Koerber den Landtagsabgeordneten eine stärkere Anbindung an den Landesvorstand. Personell wurde diese dadurch hergestellt, dass Carl Mühlmann zum Nachfolger Willi Heins als Fraktionsvorsitzender bestimmt und mit der vorläufigen Geschäftsführung betraut wurde.¹¹⁴ Ein Pressevertreter, der als Beobachter der SED an der entscheidenden Sitzung des erweiterten Landesvorstands am 16. Januar 1950 teilnahm, berichtete, dass die von Ingo von Koerber und Carl Mühlmann durchgesetzten Änderungen nur auf verhaltene Zustimmung stießen, wenngleich sich niemand offen gegen die Maßnahmen stellte. Die bisher widerspenstige Partei, so die Einschätzung des Beobachters, schein zahn geworden zu sein.¹¹⁵

Mühlmann arbeitete daraufhin für die brandenburgische Landtagsfraktion Verhaltensrichtlinien aus, die er im Februar seinen Kollegen vorlegte. Sie sollten als Grundgerüst für eine künftige disziplinierte und geschlossene Arbeit der Fraktion im Parlament dienen.¹¹⁶ Welche gravierenden Auswirkungen sich aus der von der SKK und der SED initiierten Säuberungswelle an der Jahreswende 1949/50 für die LDP-Fraktion ergaben, wird daran ersichtlich, dass acht der elf Mandatsträger, die in dem Jahr 1950 aus dem Landtag ausschieden, dies im Zuge der beschriebenen Aktionen taten. Das entsprach einem Personalaustausch von einem Viertel der Fraktionsmitglieder. Erst Ende April 1950 konnten die Nachrücker unter dem wachsamen Blick eines SKK-Offiziers in die Fraktion aufgenommen werden.¹¹⁷

der LDP-Landtagsfraktion Brandenburg an Otto Meier vom 5.1.1950, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 56, Bl. 27; Erklärung von Rudolf Baumann vom 5.1.1950, in: ebd., Bl. 28; Schreiben von Carl Mühlmann an Otto Meier vom 6.2.1950, in: ebd., Bl. 25.

¹¹² Vgl. den Bericht von Ingo von Koerber über die Vorgänge in der Landtagsfraktion am 19. u. 20.12.1949 in der Sitzung des erweiterten Vorstands des Landesverbands der LDP Brandenburg am 16.1.1950, 3 S., in: ADL, L 5, Nr. 106, o. Bl. – Tagebucheintrag von Wolfgang Schollwer zum 16.1.1950, abgedr. in: W. SCHOLLWER, Potsdamer Tagebuch 1948-1950, 1988, S. 162–164.

¹¹³ Entschließung des erweiterten Vorstands des Landesverbands der LDP Brandenburg vom 16.1.1950, abgedr. in: ebd., S. 216, Anm. 165. Vgl. auch I. JANDER, Politische Verfolgung in Brandenburg, 2012, S. 93.

¹¹⁴ Vgl. das Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Brandenburg über die Sitzung am 26.1.1950, verf. am 27.1.1950, 7 S., in: ADL, L 5, Nr. 158, o. Bl., S. 1.

¹¹⁵ Bericht von Curt Stichel über die Sitzung des erweiterten Vorstands des Landesverbands der LDP Brandenburg am 16.1.1950, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 897, Bl. 25–34, hier Bl. 33.

¹¹⁶ Vgl. die Notizen zur Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Brandenburg am 23.2.1950, in: ADL, L 5, Nr. 158, o. Bl.; Richtlinien für die Tätigkeit eines Landtagsabgeordneten der LDP, o. D. [Februar 1950], 2 S., in: ebd., o. Bl.

¹¹⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung der LDP-Fraktionssitzung Brandenburg am 27.4.1950, 8 S., in: ebd., o. Bl., S. 1–3.

Die SED-Landesleitung zeigte sich mit der Durchführung der Kampagne insgesamt zufrieden. Auf der Sitzung des Landesvorstands erklärte Landtagspräsident Otto Meier, dass zwar die »Reaktion«, die sich bislang versteckt gehalten habe, nach der Übertragung der Verwaltungsfunktionen von der SMA auf deutsche Stellen Morgenluft gewittert habe, dass man diesen Bestrebungen aber ohne die Anwendung polizeilicher Gewalt entgegengetreten sei. Das werde gewiss erzieherisch wirken.¹¹⁸ Der Vorfall im Landtag wurde bewusst hochgespielt, um als Vorwand für ein resolutes Vorgehen gegen die gesamte LDP in der DDR zu dienen.¹¹⁹ Walter Ulbricht hatte dazu bereits am 10. Januar 1950 auf einer Tagung des Parteivorstands die Devise ausgegeben, gegen die »Reaktionäre« in den beiden »bürgerlichen« Parteien kompromisslos loszuschlagen. Diese seien mittels breit geführter Kampagnen vor der Öffentlichkeit zu entlarven. Die Bevölkerung solle erkennen, wer für die Nationale Front, die Einheit Deutschlands und den Aufbau sei und wer nicht.¹²⁰

Dieser Kurs wurde in die Parteiführung der LDP hineingetragen, die sich von mehreren Seiten unter Zugzwang gesetzt sah. Bereits Anfang Januar 1950 kündigte Hermann Kastner gegenüber den Parteifreunden in Thüringen an, dass man mit denjenigen, die sich nicht an die Linie des Parteiprogramms hielten, »radikal Schluß machen« werde. Die bisherigen Ausschlüsse in Potsdam seien lediglich der Ausgangspunkt für künftige Aktionen. Allen Personen, die »irgendwelchen nebulösen Vorstellungen nachgehen oder [...] bewußt das enge Zusammengehen der Partei sabotieren oder [...] gar in fremdem Solde stehen«, sei nahezulegen, dass für sie künftig in der LDP kein Platz mehr wäre.¹²¹ Gute zwei Wochen später gab Wladimir S. Semjonow Kastner das Ziel vor, dass im Zuge der Säuberungen ein Zehntel der Parteimitglieder aus der LDP zu entfernen sei.¹²² Die LDP-Führung reagierte auf diese Anweisung, indem sie eine vom Zentralvorstand beschlossene Verpflichtungserklärung verschickte, die jeden Parteifunktionär dazu aufforderte, sich bedingungslos hinter die von der Führung verfolgte Politik zu stellen. Zudem sollten die Liberaldemokra-

¹¹⁸ Diskussionsbeitrag von Otto Meier auf der Sitzung des Landesvorstands der SED Brandenburg am 14. u. 15.1.1950, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 15, Bl. 52–56, hier Bl. 54.

¹¹⁹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des SED-Landessekretariats Brandenburg am 5.1.1950, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 32, Bl. 1–4, bes. Bl. 1f.

¹²⁰ Bericht von Walter Ulbricht über die Arbeit des Politbüros auf der 24. (38.) Tagung des SED-Parteivorstands am 10. u. 11.1.1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1, Nr. 76, Bl. 6–58, bes. 31–39. – Vgl. I. JANDER, Politische Verfolgung in Brandenburg, 2012, S. 112.

¹²¹ Protokoll über die Sitzung des geschäftsführenden Vorstands des Landesverbands Thüringen der LDP am 6.1.1950, 11 S., in: ADL, L 5, Nr. 590, o. Bl., S. 3.

¹²² Vgl. die Notizen von Wilhelm Pieck über eine Besprechung mit Wassili I. Tschuikow, Wladimir S. Semjonow, Georgi M. Puschkin, Iwan I. Iljitschow, Iwan F. Semitschastnow und Walter Ulbricht am 23.1.1950, abgedr. in: W. ПІЕК, Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik, 1994, S. 326–328, bes. S. 327.

ten ihre Zustimmung zu den bislang erfolgten gesellschaftlichen Reformen, zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, zur Nationalen Front sowie zur engen Freundschaft mit der Sowjetunion geben. Der weitaus größte Teil der LDP-Mitglieder gab dieser Erklärung sein Einverständnis.¹²³ Einige Wochen später fasste der Führungsausschuss der LDP den Beschluss, das Prinzip der Verpflichtungserklärungen auf alle Parteimitglieder auszudehnen. Außerdem wurden den Vorsitzenden der Landesverbände weitreichende Befugnisse in Verfahren wegen parteischädigen Verhaltens eingeräumt. Sie konnten in den meisten Fällen nun allein entscheiden, wie mit den Anschuldigungen umzugehen sei.¹²⁴

Innerhalb der thüringischen Landtagsfraktion ergaben sich ebenfalls Konsequenzen aus den Potsdamer Vorgängen. Die Parlamentarier wurden demonstrativ unter die verschärfte Kontrolle durch die SKK gestellt. Auf der ersten Fraktionssitzung nach den Ereignissen im brandenburgischen Landtag waren Anfang Januar 1950 neben einem sowjetischen Offizier auch mehrere Pressevertreter sowie der Vorstand des eigenen Landesverbands vollzählig anwesend. Offensichtlich ging es darum, die Reaktionen der LDP-Abgeordneten im Auge zu behalten, als der Fraktionsvorsitzende Schneider sie über die Geschehnisse in Brandenburg und die sich daraus für die Partei ergebenden Folgen unterrichtete. Offener Widerspruch gegen die eingeleiteten Maßnahmen war unter solchen Bedingungen nicht zu erwarten.¹²⁵ Darüber hinaus gerieten mehrere liberaldemokratische Landespolitiker in Thüringen in den Blickpunkt der von der SED und der Besatzungsmacht initiierten Säuberungen. Das prominenteste Opfer war dabei der bisherige Finanzminister Leonhard Moog.

Moog gehörte seit 1945 zu den wichtigsten Köpfen der Liberalen Demokraten in der SBZ. Wie der 1948 geflohene Alphons Gaertner und der von der Besatzungsmacht verhaftete Hermann Becker zählte er zum Gründungszirkel der thüringischen LDP. Obwohl er von der SED dem rechten Flügel der LDP zugeordnet wurde und es immer wieder Kritik an seinem politischen Verhalten gegeben hatte, konnte sich Moog über mehrere Jahre als Leiter des Finanzressorts im Amt halten.¹²⁶ Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1948 arbeiteten die

¹²³ Vgl. das Rundschreiben des Zentralvorstands der LDP an die Parteimitglieder vom 31.1.1950, in: ADL, L 5, Nr. 116, o. Bl.; Tagebucheintrag von Wolfgang Schollwer zum 13.2.1950, abgedr. in: W. SCHOLLWER, Potsdamer Tagebuch 1948-1950, 1988, S. 167f. u. 217, Anm. 171. – Vgl. auch B. BODE, Liberal-Demokraten und »deutsche Frage«, 1997, S. 150f.

¹²⁴ Vgl. das Beschlussprotokoll des Führungsausschusses der LDP vom 22.3.1950, 3 S., in: ADL, L 4, Nr. 624, o. Bl., S. 2.

¹²⁵ Vgl. das Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 5.1.1950, in: ADL, L 5, Nr. 622, o. Bl.

¹²⁶ Vgl. die Charakteristik von Innenminister Willy Gebhardt über den Minister für Finanzen Leonhard Moog vom 15.10.1948, in: ThHStAW, Land Thüringen – Ministerium des Innern, Nr. 593, Bl. 3; Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 29.5.1947, 2 S., in: ADL, L 5, Nr. 619, o. Bl., S. 1rs+2vs.

SMA und die SED allerdings verstärkt auf seine Entmachtung hin. So musste er im Januar 1949 von seinem Posten als Landesvorsitzender zurücktreten. Zudem gelang es ihm nicht, den politischen Aufstieg solcher Personen wie Hans Loch und Hermann Kastner zu verhindern, die die Partei auf einen sowjetfreundlichen Kurs einschwenkten. Stattdessen geriet der Finanzminister selbst in eine immer stärkere politische Isolierung sowohl innerhalb der Landesregierung als auch innerhalb des eigenen Verbandes.¹²⁷ Ende 1949 nahmen die Attacken der SED auf ihn zu. Moog wurden nun seine persönlichen Verbindungen und Kontakte in die Westzonen angelastet, außerdem sei seine politische Zuverlässigkeit zweifelhaft. Er stemme sich gegen fortschrittliche Maßnahmen, hieß es in einer vom thüringischen Innenministerium erstellten Charakteristik, und er unterstütze die Integration einstiger NS-Anhänger in seinem Ressort.¹²⁸ Wie aus einer Bemerkung Ulbrichts hervorgeht, stand das Vorgehen der SED gegen den Finanzminister im unmittelbaren Zusammenhang mit den Geschehnissen in der Potsdamer Landtagsfraktion.¹²⁹ Um Belastungsmaterial gegen Moog zusammenzutragen, begann der staatliche Sicherheitsapparat Anfang Januar 1950 eine 24-Stunden-Observierung des Ministers.¹³⁰ Zudem wurden in der SED-Presse Thüringens Vorwürfe wegen Moogs geschäftlicher Verbindungen zu westdeutschen Weinfirmen lanciert.¹³¹

In dieser Situation hielt es Moog für ratsam, nach einem unfallbedingtem Krankenhausaufenthalt in West-Berlin nicht in die DDR zurückzukehren. Er trat von seinem Ministeramt zurück und legte ebenfalls das Landtagsmandat nieder.¹³² Wenige Tage später erfolgte der Parteiausschluss. Auf Drängen Walter Ulbrichts wurde gegen Moog und andere ehemalige Beschäftigte des Finanzministeriums und der thüringischen Landeskreditbank ein Gerichtsverfahren eingeleitet, das im Dezember des Jahres mit der Verhängung hoher Haftstrafen wegen »Sabotage« und »volksfeindlicher Tätigkeit« endete.¹³³ Hinter

¹²⁷ Vgl. J. LOUIS, *Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen*, 1996, S. 151f.

¹²⁸ Charakterisierung des Innenministeriums des Landes Thüringen über die Minister Gillissen, Bachem, Loch, Hüttenrauch und Moog, o. D., in: ThHStAW, Land Thüringen – Ministerium des Innern, Nr. 593, Bl. 6–8, bes. Bl. 8.

¹²⁹ Bericht von Walter Ulbricht über die Arbeit des Politbüros auf der 24. (38.) Tagung des SED-Parteivorstands am 10. u. 11.1.1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1, Nr. 76, Bl. 37f.

¹³⁰ Vgl. die Überwachungsberichte vom 9. bis 14.1.1950, in: BStU-MfS, AS 327/67, Bl. 26, 37–39, 43–49, 51f., 54–60 u. 65–67.

¹³¹ Vgl. J. LOUIS, *Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen*, 1996, S. 152.

¹³² Vgl. das Schreiben des Sekretariats der LPD-Landtagsfraktion Thüringen an August Frölich vom 26.1.1950, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 45, o. Bl. – Aktenvermerk über eine Besprechung mit Werner Eggerath über eine Rückführung Leonhard Moogs nach Thüringen am 15.1.1950, in: BStU-MfS, AS 327/67, Bl. 29f.

¹³³ Vgl. J. BRAUN, *Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle*, 2000, S. 181f.; P. WEBER, *Justiz und Diktatur*, 2000, S. 209–215.

diesem Prozess in absentia stand das Motiv, Moog im Nachhinein zu kriminalisieren und ihn nicht zu einer Märtyrergestalt der Liberaldemokraten werden zu lassen. Noch im Januar 1950 verabschiedete das Landeskabinett nach einer persönlichen Weisung von Ulbricht die sogenannte »Lex Moog«. Das Gesetz bestimmte, dass künftig Führungspersönlichkeiten aus dem öffentlichen Dienst und der Wirtschaft Thüringens, sollten sie das Gebiet der DDR »unzulässigerweise« verlassen, durch Regierungsbeschluss entschädigungslos enteignet werden konnten.¹³⁴ Innerhalb des thüringischen Justizministeriums regten sich Bedenken gegen diese Vorlage, die an den Landtag zur Verabschiedung weitergeleitet wurde. Der Rechtsexperte Karl Schultes (SED) hielt sie gar für verfassungswidrig, weil die rechtlichen Vorschriften für Enteignungen stets einen juristischen Beschluss voraussetzten. Schultes intervenierte nicht nur beim Ministerpräsidenten Eggerath, sondern er unterrichtete ebenso den Justizminister der DDR, Max Fechner, über seine Bedenken. Fechner war es zu verdanken, dass der Gesetzentwurf, der bereits an die Abgeordneten als Drucksache verschickt worden war, von der Tagesordnung der für den 24. Februar 1950 anberaumten Landtagssitzung wieder abgesetzt wurde.¹³⁵

c) Ausschaltung der brandenburgischen CDU-Fraktion

Das Vorgehen der SED gegen die fünf LDP-Abgeordneten im brandenburgischen Landtag war aus drei Gründen bemerkenswert: Erstens wurden die Vorgänge in Potsdam als Vorwand genutzt, um eine systematische Säuberungswelle in der gesamten LDP einzuleiten. Zweitens handelte es sich um einen der seltenen Fälle, in denen »bürgerliche« Politiker aufgrund ihres vermeintlichen Fehlverhaltens als Landtagsabgeordnete die Mandate einbüßten. In der Regel wurden missliebige CDU- und LDP-Mitglieder im Jahr 1950 über ihre Funktionen auf kommunaler oder lokaler Ebene ausgeschaltet. Der Verlust des Landtagsmandats erwies sich dann lediglich als ein folgelogischer Schritt.¹³⁶ Drittens bot das Vorgehen gegen die Abgeordneten eine Blaupause für die sich nun anschließenden Diffamierungskampagnen. Insbesondere die Aktionen gegen Willi Hein und Franz Priefert wurden von der SED-Landesleitung als Beispiel

¹³⁴ Gesetzentwurf zur Sicherung der demokratischen Ordnung in Verwaltung und Wirtschaft, o. D. [Januar 1950], in: ThHStAW, Land Thüringen, Der Ministerpräsident – Büro des Ministerpräsidenten, Nr. 463, o. Bl.; Vorlage der Landesregierung vom 23.1.1950 (Drucksache Nr. 636), in: AVThLT/II.2, S. 1318.

¹³⁵ Vgl. die Notiz von Karl Schultes über seine Stellungnahme gegen die »Lex Moog« vom 1.3.1950, abgedr. in: J. JOHN (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Thüringens/2, 1999, S. 461f.; Tagesordnung für die 66. Sitzung des Thüringer Landtags am 24.2.1950, in: AVThLT/II.2, S. 1333f. – Vgl. auch P. WEBER, Justiz und Diktatur, 2000, S. 211.

¹³⁶ Vgl. I. JANDER, Politische Verfolgung in Brandenburg, 2012, S. 348.

le für die erfolgreiche Entfernung »reaktionärer« Politiker angesehen. Sie boten den Parteigliederungen vor Ort anschauliche Vorbilder zur Nachahmung.¹³⁷

Ähnliches galt für die Verfolgung der beiden CDU-Politiker Adolf Dechert und Erich Eckert aus Oranienburg. Der 1875 geborene Ingenieur Dechert gehörte zu den Honoratioren der Stadt. Vor 1933 Mitglied der DDP und Stadtrat, wurde er bei Kriegsende von den sowjetischen Besatzungstruppen zum vorläufigen Bürgermeister ernannt. Dieses Amt übte er 1948 und 1949 erneut aus. Zusätzlich wurde Dechert 1946 in die Stadtverordnetenversammlung sowie in den Kreistag von Niederbarnim und in den Landtag gewählt. Im Landesparlament leitete er mehrere Jahre den Verkehrsausschuss.¹³⁸ Seit dem Sommer 1949 geriet Dechert zunehmend ins Visier der SED. Mitte November wurden im Landesblockausschuss Vorwürfe gegen ihn erhoben, die darauf hinausliefen, dass er gegen die Grundsätze der Blockpolitik verstoßen und sich zudem sowjetfeindlich geäußert habe.¹³⁹ Im Januar 1950 startete die vom SED-Landessekretär Kurt Seibt gemeinsam mit dem Landesinstrukteur Karl Joseph vorbereitete Kampagne gegen Dechert. Sie vollzog sich nach dem bekannten Muster: Der Veröffentlichung eines von der SED-Leitung vorbereiteten Diffamierungsartikels in der *Märkischen Volksstimme* folgte die Durchführung einer Protestkampagne gegen den »Kriegshetzer und Sowjetfeind«. Deren technische Umsetzung lag in den Händen des SED-Kreissekretariats sowie der Organisationen vor Ort. Zudem wurde eine umfassende Überwachung Decherts angeordnet. Mehrfach versuchten eigens von der SED abgestellte Betriebsdelegationen, den CDU-Politiker zur Aufgabe seiner öffentlichen Ämter zu drängen, wobei es sogar zu einem Handgemenge kam und die Polizei gerufen werden musste.¹⁴⁰ Weil sich der amtierende Bürgermeister von Oranienburg, Erich Eckert, weigerte, eine von der Betriebsgewerkschaftsleitung der Stadtverwaltung initiierte Versammlung gegen Dechert zu unterstützen, geriet er ebenfalls in den Sog der Anschuldigungen. Wie sein Parteifreund saß auch Eckert im brandenburgischen Landtag. Zwar erbat die Landtagsfraktion beim Hauptvorstand in Berlin für die bedrängten Abgeordneten Schutz. Man sollte ihnen die Möglichkeit einräumen, sich gegenüber den Vorwürfen zu rechtfertigen.¹⁴¹ Eine Antwort blieb

¹³⁷ Vgl. ebd., S. 134f.

¹³⁸ Vgl. G. BUCHSTAB (Hrsg.), *Verfolgt und entrechtet*, 1998, S. 336; M. BROZAT/H. WEBER (Hrsg.), *SBZ-Handbuch*, 1993, S. 885 (dort irrtümlich als »Deckert« bezeichnet); F. REINERT (Bearb.), *Protokolle des Landesblockausschusses*, 1994, S. 307, Anm. 28.

¹³⁹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 18.11.1949, abgedr. in: ebd., S. 299–319, bes. S. 307f. Vgl. auch I. JANDER, *Politische Verfolgung in Brandenburg*, 2012, S. 126.

¹⁴⁰ Vgl. ebd., S. 128f.

¹⁴¹ Vgl. das Schreiben von Willy Heller an den CDU-Hauptvorstand vom 25.1.1950, in: *ACDP*, 03-33, Nr. 62, o. Bl.

jedoch aus. Vielmehr mussten Dechert und Eckert unter dem massiven Druck im Februar 1950 von sämtlichen Ämtern zurücktreten. Eckert verließ daraufhin die DDR.¹⁴²

Zeitgleich mit den Vorgängen in Oranienburg bereitete das Landessekretariat der SED eine Kampagne gegen den stellvertretenden Landrat und Landtagsabgeordneten Josef Halbey in Cottbus vor. Auch gegen ihn wurde eine ganze Reihe an Vorwürfen zusammengetragen, die von seiner angeblichen »fortschrittsfeindlichen« Gesinnung, über Halbeys Sympathie für die Adenauer-Regierung im Westen bis hin zur Sabotage der Blockpolitik im Kreis reichten.¹⁴³ Mitte Februar 1950 wurde die Aktion gegen Halbey mit einem Hetzartikel in der *Märkischen Volksstimme* eröffnet. Beim CDU-Kreisverband, der Kreisverwaltung und beim Landtag wurden daraufhin mehr als zwei Dutzend Entschließungen eingereicht, in denen die Entfernung des Beklagten aus allen öffentlichen und politischen Ämtern wegen seiner »reaktionären Umtriebe« gefordert wurde.¹⁴⁴ Halbey folgte diesen Aufforderungen weitgehend, allerdings versuchte er, das Landtagsmandat weiterhin zu retten. Offenbar hoffte er darauf, dass ihm das Mandat einen gewissen Schutz gewähren würde.¹⁴⁵ Wenige Tage später wurde er vom Landesvorstand wegen »parteischädigenden Verhaltens« aus der CDU ausgeschlossen. Damit wurde dann auch der Sitz im Landtag obsolet.¹⁴⁶

Etwas glimpflicher verlief hingegen die Aktion gegen Halbeys Fraktionskollegen Max Hampe aus dem Kreis Oberbarnim. Zwar wurde auch er Opfer einer üblen Verleumdungskampagne, dennoch gelang es dem CDU-Landesvorstand, in Gesprächen mit Willy Sägebrecth und Kurt Seibt eine Einigung zu erzielen: Hampe wurde lediglich dazu gezwungen, seine politischen Ämter aufzugeben. Aus der CDU schloss man ihn vorerst nicht aus. Der CDU-Parteivorsitzende Otto Nuschke hatte sich persönlich für Hampe bei der SED eingesetzt.¹⁴⁷ Einige Wochen später wurde dieser Schritt dann nachgeholt.¹⁴⁸

¹⁴² Vgl. I. JANDER, Politische Verfolgung in Brandenburg, 2012, S. 132–135; M. RICHTER, Ost-CDU, 1991, S. 238.

¹⁴³ Vgl. I. Jander, Politische Verfolgung in Brandenburg, 2012, S. 147.

¹⁴⁴ Vgl. die Protestresolution des Betriebsausschusses der Nationalen Front am Pädagogischen Institut in Cottbus, o. D. [14.2.1950] (Abschrift), in: BLHA, Rep. 201, Nr. 56, Bl. 281.

¹⁴⁵ Schreiben des CDU-Kreisverbands Cottbus an den Landrat Rutzen vom 16.2.1950, in: ebd., Bl. 276.

¹⁴⁶ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands der CDU Brandenburg am 20.2.1950, 2 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 168, o. Bl., S. 1; Protokoll der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 23.2.1950, 8 S., in: ACDP, 01-255, Nr. 1–5, o. Bl., S. 2.

¹⁴⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstands der CDU Brandenburg am 13.2.1950, 2 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 168, o. Bl., S. 1; Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstands der CDU Brandenburg am 20.2.1950, in: ebd., o. Bl., S. 1. – I. JANDER, Politische Verfolgung in Brandenburg, 2012, S. 151–154.

¹⁴⁸ Vgl. F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 362.

Das Vorgehen der SED gegen oppositionelle CDU-Mitglieder wie Dechert, Eckert, Halbey und Hampe in den Kreisen zeitigte ebenfalls gravierende Auswirkungen auf die Landtagsfraktion im Landtag. Sie verlor nicht nur einige ihrer wichtigen Köpfe, vielmehr wurde die gesamte Fraktion Mitte Februar 1950 einer personellen Umstrukturierung unterworfen. Diese wurde durch den bereits auf SED-Linie ausgerichteten Landesvorstand um Hermann Gerigk bewusst forciert. Bereits im Januar hatte man in der CDU-Geschäftsstelle entschieden, auf die massiven SED-Angriffe in der Presse, über die zahlreiche Beschwerden aus den Kreisverbänden und den Ortsgruppen eingingen, nicht in der gleichen Weise zu antworten, denn dies wäre »dem Geist des Kampfes der nationalen Front für die Einheit unseres Vaterlandes nicht dienlich«. ¹⁴⁹ Anfang Februar fiel dann im Geschäftsführenden Landesvorstand die Entscheidung, dass man, wenn Ruhe in der Partei eintreten solle, zu einer »grundlegenden Bereinigung in den Spitzen des Landesverbandes« kommen müsse. ¹⁵⁰

Diese Sitzung stellte sich als eine entscheidende Zäsur heraus, weil ein Großteil der »alten« und unabhängigen Köpfe in der Landtagsfraktion daraufhin aus den Ämtern gedrängt wurde. Das galt zunächst für den Vorsitzenden Willy Heller. Vergeblich hatte er sich darum bemüht, seine Fraktionskollegen vor den Attacken zu beschützen. Seit seiner umstrittenen Erklärung im Landtag zur Verlängerung der Wahlperiode war Heller sowohl von der Besatzungsmacht als auch von der SED und der Leitung des Landesverbandes unter Druck gesetzt worden. ¹⁵¹ Sogar von einer Abschiebung Hellers als Verkehrsminister nach Thüringen war in der CDU-Führung zwischenzeitlich die Rede gewesen. ¹⁵² Hermann Gerigk und Karl Grobbel, der selbst Angriffen ausgesetzt war, nicht konsequent genug gegen die »Reaktionäre« in den eigenen Reihen vorzugehen, forderten ihn nun im Februar 1950 zur Niederlegung seines Landtagsmandats und seines Sitzes in der Stadtverordnetenversammlung von Cottbus auf. Heller kam dieser Aufforderung, die ihm auch von Otto Nuschke nahegelegt wurde, zunächst nur in Teilen nach. ¹⁵³ Mitte Februar gab er zwar sein Amt

¹⁴⁹ Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstands der CDU Brandenburg am 19.1.1950, 3 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 168, o. Bl., S. 1.

¹⁵⁰ Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstands der CDU Brandenburg am 9.2.1950, in: ebd., o. Bl.

¹⁵¹ Vgl. die Aufzeichnung von Willy Heller: »In der sowjetischen Besatzungszone 1945 bis 1949«, in: ACDP, 01-255, Karton 1, AO 2, o. Bl., S. 5.

¹⁵² Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Politischen Ausschusses der CDU am 29.11.1949, in: ACDP, 07-10, Nr. 1827, Bl. 1–3, bes. Bl. 2.

¹⁵³ Vgl. das Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstands der CDU Brandenburg am 25.2.1950, 4 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 1736, o. Bl., S. 3; Schreiben von Willy Heller an den CDU-Landesvorstand Brandenburg vom 18.3.1950, in: ACDP, 01-255, Karton 1, AO 5, o. Bl. – Vgl. auch das Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses der CDU am 14.3.1950, in: ACDP, 07-10, Nr. 1827, Bl. 21–23, bes. Bl. 22.

als Fraktionsvorsitzender ab, das Landtagsmandat behielt er jedoch zunächst.¹⁵⁴ Hintergrund war, dass er versuchte, auf Zeit zu spielen. Aufgrund eines mehrwöchigen Krankenhausaufenthaltes seiner Frau in Potsdam war er noch an die DDR gebunden.¹⁵⁵ Außerdem hatten sich die Landesvorsitzenden im Politischen Ausschuss der CDU darauf verständigt, ihn nach Möglichkeit in seinem Amt als Ministerialdirektor im brandenburgischen Wirtschaftsministerium zu belassen.¹⁵⁶ Sowohl der neue Staatssekretär im Verkehrsministerium der DDR, Wilhelm Bachem (CDU), als auch der brandenburgische Wirtschaftsminister Otto Falkenberg (SED) setzten sich für eine Weiterbeschäftigung ein. Diese Lösung war aber nur provisorisch, zumal insbesondere Gerigk die Entfernung Willy Hellers vorantrieb.¹⁵⁷ Erst am 22. März 1950 teilte dieser dem Landtagspräsidenten Meier sein Ausscheiden aus dem Parlament mit.¹⁵⁸ Ende April 1950 flohen die Hellers schließlich nach West-Berlin.¹⁵⁹

Die Nachfolge im Fraktionsvorsitz übernahm nun Karl Grobbel. Bemerkenswert war, dass mehrere Kandidaten, die auf der Fraktionssitzung am 23. Februar vorgeschlagen wurden, die Nominierung aus verschiedenen Gründen ablehnten. Offensichtlich wollte keiner in der schwierigen Situation, in der sich die Fraktion und die CDU Anfang 1950 befanden, die Verantwortung übernehmen, zumal die Wahrscheinlichkeit groß war, selbst in die Mühlen der Säuberungen zu geraten. Die Wahl Grobbels war nur als Übergangslösung gedacht.¹⁶⁰ Wie auch bei der brandenburgischen LDP war im CDU-Landesvorstand die Absicht erkennbar, die bislang häufig eigenständig agierende Landtagsfraktion dem Willen der Landesführung unterzuordnen. In seinen einführenden Worten zur Lage der Partei forderte Grobbel von der Fraktion politische Disziplin. Die meisten unangenehmen Vorkommnisse der jüngsten Vergangenheit hätten vermieden werden können, wenn sich die Mitglieder an die Richtlinien der CDU-Führung gehalten hätten. In Zukunft sei es unbedingt notwendig, dass der Landesvorstand darauf achte, dass niemand »Politik auf eigene Faust« ma-

¹⁵⁴ Vgl. die Mitteilung von Willy Heller vom 16.2.1950, in: ACDP, 03-33, Nr. 2, o. Bl.

¹⁵⁵ Vgl. die Aufzeichnung von Willy Heller: »In der sowjetischen Besatzungszone von 1945 bis 1949«, in: ACDP, 01-255, Karton 1, AO 2, o. Bl., S. 5f.

¹⁵⁶ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses der CDU am 14.3.1950, in: ACDP, 07-10, Nr. 1827, Bl. 21–23, bes. Bl. 22.

¹⁵⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstands der CDU Brandenburg am 25.2.1950, 4 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 1736, o. Bl., S. 3.

¹⁵⁸ Vgl. das Schreiben von Willy Heller an den CDU-Landesverband, an Landtagspräsident Otto Meier sowie an die CDU-Landtagsfraktion Brandenburg vom 22.3.1950, in: ACDP, 01-255, Karton 1, AO 5, o. Bl.

¹⁵⁹ Vgl. die Notiz über Willy Heller, o. D. [ca. April/Mai 1950], in: ACDP, 07-011, Nr. 543, o. Bl. – Vgl. auch I. JANDER, Politische Verfolgung in Brandenburg, 2012, S. 286, Anm. 596.

¹⁶⁰ Vgl. das Protokoll der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 23.2.1950, 8 S., in: ACDP, 01-255, Nr. 1–5, o. Bl., S. 3.

chen könne, denn dies zöge immer auch andere CDU-Mitglieder in Mitleidenschaft. In diesem Zusammenhang sprach er davon, dass seiner Auffassung nach die Fraktion des Landtages auch eine Gliederung der Partei sei und dass sie ihr politisches Wirken im Rahmen, wie ihn der Landesverband oder der Hauptvorstand aufzeige, durchführen müsse. Im Anschluss an seine Ausführungen wurde Grobbel von einem SKK-Offizier zu einem Gespräch herausgerufen.¹⁶¹ Auch die folgenden Fraktionssitzungen fanden unter Aufsicht der Besatzungsmacht statt.¹⁶² Weil Karl Grobbel im Mai zum neuen brandenburgischen Arbeitsminister berufen wurde, übernahm schließlich Germanus Theiss den Fraktionsvorsitz. Erneut war es schwierig, einen freiwilligen Kandidaten für das Amt zu finden.¹⁶³ Willy Heller zufolge verlor die Fraktion im Frühjahr 1950 infolge der Säuberungen neun ihrer 31 Abgeordneten.¹⁶⁴

Mindestens genauso schwer wie der Abgang des langjährigen Vorsitzenden Willy Heller wog für die Fraktion das Ausscheiden von Franz Schleusener. In einer Zeit, als sich die politischen Handlungsmöglichkeiten zunehmend einengten, verkörperte er für viele Landtagsabgeordnete das parlamentarische Gewissen von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie.¹⁶⁵ Auch wenn Schleusener der Fraktion formell nie vorstand, so erwies er sich stets als ein sachkundiger Berater, dessen Wort erhebliches Gewicht hatte. Verschiedene Hinweise deuten darauf hin, dass Schleusener – wie auch Heller – spätestens seit jenen Vorgängen im Oktober 1949, als der Landtag über die Verlängerung der Legislaturperiode abstimmte und zur Gründung der DDR Stellung nahm, für die SED politisch nicht mehr tragbar erschien.¹⁶⁶ Ende Januar 1950 begannen die Attacken auf ihn. In der Sitzung des Landesblockausschusses am 30. Januar bezeichnete das Mitglied des SED-Landesvorstands Georg Leps Schleusener als »rückschrittlich«. Er stehe der DDR »absolut feindlich« gegenüber.¹⁶⁷ Die *Märkische Volksstimme* veröffentlichte erste Artikel, die gegen Schleusener gerichtet waren.¹⁶⁸ Hermann Gerigk und der neue Landesgeschäftsführer der Union, Friedrich Kind, sahen nun eine

¹⁶¹ Ebd., S. 1 u. 3.

¹⁶² Vgl. die Anwesenheitsliste zur Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 27.4.1950, in: ACDP, 03-33, Nr. 2, o. Bl.

¹⁶³ Vgl. das Protokoll der Sitzung der CDU-Landtagsfraktion Brandenburg am 27.4.1950, verf. am 3.5.1950, 5 S., in: ebd., o. Bl., S. 1.

¹⁶⁴ Vgl. die Erklärung von Wilhelm Heller, o. D. [nach 1950], 3 S., in: ACDP, 01-255, Nr. 1-1, o. Bl., S. 2.

¹⁶⁵ Vgl. M. AGETHEN, Franz Schleusener, 2008, S. 173 u. 177f.

¹⁶⁶ Vgl. die Erklärung des Wilhelm Heller, o. D. [nach 1950], 3 S., in: ACDP, 01-255, Nr. 1-1, o. Bl., S. 2.

¹⁶⁷ Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 30.1.1950, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 334–349, hier S. 340. – Vgl. auch M. AGETHEN, Franz Schleusener, 2008, S. 182.

¹⁶⁸ Vgl. I. JANDER, Politische Verfolgung in Brandenburg, 2012, S. 285.

gute Chance gekommen, um sich des unbequemen Kopfes zu entledigen. Vieles spricht dafür, dass der mit der Besatzungsmacht und der SED eng kooperierende Gerigk an der Ausschaltung Franz Schleuseners maßgeblichen Anteil hatte. Entgegen des Rates von Willy Heller entschloss sich der CDU-Politiker sein Mandat im Landtag niederzulegen. Als die *Märkische Union* daraufhin einen diffamierenden Artikel über dessen politische Ansichten und die Motive seines Abgangs veröffentlichte, war das als der endgültige Bruch des amtierenden Landesvorstands mit ihm zu verstehen. Da Schleuseners Mitgliedschaft von der Geschäftsführung als »eine Belastung der Partei« betrachtet wurde, trat er am 15. Februar 1950 aus der CDU aus.¹⁶⁹ Allem Anschein vertraute er bei diesem Entschluss auf das Wort des Landtagspräsidenten Otto Meier, der ihm seinen persönlichen Schutz zugesagt hatte. Meier und Schleusener kannten sich schon seit vielen Jahren aus ihrer Zeit im Reichstag.¹⁷⁰ Das Ende war jedoch furchtbar: Ende März 1950 wurde der 73-jährige Schleusener wegen des Vorwurfs verhaftet, am Aufbau einer illegalen Oppositionsgruppe in Potsdam beteiligt gewesen zu sein. Seine Inhaftierung stand im Zusammenhang mit dem Vorgehen des Staatsapparats gegen die Führungspersonen des CDU-Kreisverbands, dem unter anderem auch der Bürgermeister Erwin Köhler und dessen Ehefrau zum Opfer fielen. Am 3. April 1950 wurde Schleusener tot in seiner Zelle aufgefunden. Während die SKK und die SED offiziell von Suizid sprachen, machten Gerüchte von einer Gewalttat beziehungsweise einem politischen Mord die Runde.¹⁷¹

Kurze Zeit, nachdem Schleusener aus dem Landtag ausgeschieden und Heller vom Fraktionsvorsitz zurückgetreten war, richtete die SED ihre Aufmerksamkeit auf einen in ihren Augen weiteren einflussreichen »Reaktionär« innerhalb der CDU-Fraktion, nämlich auf den Abgeordneten und stellvertretenden Landesvorsitzenden Peter Bloch. Bei der Vorbereitung der Agitationskampagne konnte die Landesleitung der Einheitspartei auf diverses Material zurückgreifen, das seit 1948 vom Dezernat K 5 über den Kleinmachnower zusammengetragen worden war. Die Landeskriminalabteilung Mahlow stufte Bloch im August 1949 als »ausgesprochene[n] Gegner« ein, der jede passende Gelegenheit ausnutzte, um gegen die SED zu arbeiten.¹⁷² Landtagspräsident Meier beklagte sich im Septem-

¹⁶⁹ Schreiben von Franz Schleusener an Karl Grobbel vom 15.2.1950, in: ACDP, 01-822, o. Bl.

¹⁷⁰ Vgl. die Erklärung von Wilhelm Heller, o. D. [nach 1950], in: ACDP, 01-255, Nr. 1-1, o. Bl., S. 2f. – Vgl. auch M. AGETHEN, Franz Schleusener, 2008, S. 184.

¹⁷¹ Vgl. ebd., S. 186.

¹⁷² Schreiben der Kreiskriminalpolizeiabteilung Mahlow an die Landeskriminalpolizeiabteilung Brandenburg, Dezernat K 5, vom 16.8.1949, in: BStU-MfS, AS 868/67, Bl. 10. – Siehe auch den Bericht des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg, Abteilung Information, an Bernhard Bechler vom 30.8.1949, in: BLHA, Rep. 203, Nr. 76, Bl. 5; Bericht über eine Versammlung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands in Potsdam, o. D. [August 1949] in: ebd., Bl. 6f.

ber 1949 in der Fraktion darüber, dass Bloch und andere immer wieder »Schwierigkeiten« im Parlament machten. Im konkreten Fall ging es um den Vorwurf, dass die meisten SED-Abgeordneten ihre Reden im Plenum vom Blatt ablösen. Das war laut Geschäftsordnung aber nicht gestattet.¹⁷³ Peter Blochs fulminante Rede auf dem Leipziger CDU-Parteitag im Oktober desselben Jahres, als er sich unter dem Beifall der Anwesenden für die Abhaltung freier Wahlen aussprach und zugleich von dem Anpassungskurs der Parteiführung um Nuschke distanzierte, stieß bei der Besatzungsmacht und der SED gleichermaßen auf scharfe Ablehnung.¹⁷⁴ Auf mehreren Parteiveranstaltungen rückte Bloch die Gründung der DDR in die Nähe eines von der SED durchgeführten Staatsstreichs. Diese kritischen Töne eines »bürgerlichen« Politikers, der sich streng genommen »nur« auf dem Feld der Landespolitik bewegte, wurden auch in der Bundesrepublik und sogar im Ausland registriert.¹⁷⁵ Bloch wusste seit Langem, dass er mit seinen politischen Vorstellungen auf einem Drahtseil balancierte – zumal in der *Märkischen Volksstimme* immer wieder diffamierende Artikel über ihn erschienen, die aber bislang nie ernsthafte Konsequenzen gehabt hatten.

Dass sich die Situation veränderte, wurde dann ab Mitte Februar 1950 deutlich. Weil Franz Schleusener im Oktober des Vorjahres zum brandenburgischen CDU-Vertreter in die neu geschaffene DDR-Länderkammer entsandt worden war, galt es, nach seiner Mandatsniederlegung in der Landtagsfraktion einen Nachfolger zu benennen. Den bisherigen parlamentarischen Gepflogenheiten entsprach es, dass die Nominierung in die alleinige Verantwortung der jeweiligen Fraktion fiel. Die Union hatte im Oktober 1949 dazu ursprünglich zwei Abgeordnete vorgesehen – Schleusener und Bloch. Nun erschien es folgerichtig, dass Letzterer das Mandat in der Länderkammer übernahm. Hiergegen intervenierte allerdings die SED-Landesleitung bei Gerigk und Grobbel. Erneut wurden Artikel in der *Märkischen Volksstimme* publiziert, die sich gegen die politischen Umtriebe des CDU-Politikers richteten. In einem Vier-Augen-Gespräch im Landtagskasino am 24. Februar 1950 legte Willy Sägebrecht Bloch nahe, vorerst auf die Nominierung zu verzichten, bis sich die Aufregung

¹⁷³ Bericht über die Sitzung der SED-Landtagsfraktion Brandenburg am 13.9.1949, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 854, Bl. 51–59, hier Bl. 58f.

¹⁷⁴ Vgl. P. BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation*, 1986, S. 151f.; Anlage I zum Bericht der Abteilung Massenagitation der SED über die Ausrichtung der Politik der CDU und LDP anlässlich der Regierungsbildung für das Jahr 1950 vom 25.11.1949, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 720, Bl. 20–23, bes. Bl. 21.

¹⁷⁵ Vgl. das Gutachten des Leiters des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Berlin und des Beauftragten der Bundesregierung, Regierungsoberinspektor Hinze, für das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Abteilung II, über die Fluchtgründe des Herrn Dr. Peter Bloch vom 13.7.1953, in: LAB, E Rep. 200-35, Nr. 10, Bl. 102–104, bes. Bl. 102f. – P. BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation*, 1986, S. 166f.

um seine Person etwas beruhigt habe.¹⁷⁶ Sägebrecht spielte in der Angelegenheit allerdings ein doppeltes Spiel: Trat er dem CDU-Politiker gegenüber durchaus verbindlich auf, arbeitete er gleichzeitig auf dessen Sturz hin. Die Presseangriffe auf Peter Bloch nahmen im März massiv zu. In Kleinmachnow wurde die »Empörung der Straße« über die vermeintlichen »Machenschaften« des »Reaktionärs Bloch« mobilisiert.¹⁷⁷ Währenddessen setzten Willy Sägebrecht und Kurt Seibt den Landesvorstand der Union unter Druck und verlangten den Parteiausschluss. Als Begründung wurden alle Beschuldigungen angeführt, die man in den letzten Jahren über Bloch zusammengetragen hatte. Um diese Forderung zu unterstreichen, sorgte Sägebrecht für die Einberufung des CDU-Landesvorstands zu einer Sondersitzung am 13. März. Wie aus einem Bericht Sägebrechts über die Ereignisse hervorgeht, ließ die SED-Landesleitung zu diesem Termin mehrere Werksdelegationen nach Potsdam herbeischaffen, die die Geschäftsstelle der CDU in der »Alten Wache« besetzten. Die Sitzung des Landesvorstands der Union wurde damit zur Farce. Am Ende stand der gewünschte Parteiausschluss von Peter Bloch.¹⁷⁸ Im Übrigen erfolgte diese Entscheidung im Widerspruch zu den Interessen der Berliner Parteiführung der CDU, wo sich insbesondere der »Brandenburger« Otto Nuschke für den Verbleib Blochs in der Union aussprach.¹⁷⁹ Stolz präsentierte Willy Sägebrecht den Parteiausschluss von Peter Bloch als einen Erfolg seiner persönlichen Bemühungen, der gegen alle Widerstände erzielt worden sei. Es müsse nicht nur darum gehen, erklärte er im Parteivorstand der SED, die »reaktionären Kräfte« aus den Parteien und aus der Verwaltung zu entfernen. Damit allein sei noch nicht viel getan: »Denn dieser Hudra-Reaktion [sic!] wächst jedesmal der Kopf nach – wenn wir ihn nur abschlagen. *Wir müssen ihre Köpfe zertreten*, d.h. sie müssen aus den bürgerlichen Parteien ausgeschlossen werden mit Hilfe einer breiten Massenaufklärung von der Bevölkerung.«¹⁸⁰

Der SED-Landes- und Fraktionsvorsitzende konnte jedoch nicht ahnen, dass Bloch gegen den Parteiausschluss Widerspruch erhob. Wohl wissend um seine guten Kontakte in die Parteizentrale, wandte er sich an den Hauptvor-

¹⁷⁶ Vgl. die Aufzeichnung von Peter Bloch zum 24.2.1950, in: LAB, E Rep. 200-35, Nr. 7, Bl. 228f.

¹⁷⁷ P. BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation*, 1986, S. 166. – Vgl. auch das Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes der CDU Brandenburg am 2.3.1950, 3 S., in: ACDP, 07-011, Nr. 1736, o. Bl., S. 1f.; Gesamtanalyse der SED-Aktionen im Kreis Teltow Kampf gegen reaktionäre Elemente vom 11.5.1950, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 908, Bl. 174–185, bes. Bl. 183.

¹⁷⁸ Vgl. das Referat von Willy Sägebrecht auf der Sitzung des SED-Landesvorstands Brandenburg am 25. u. 26.3.1950, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 16, Bl. 9–48, bes. Bl. 16. – Vgl. auch das Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes der CDU Brandenburg am 13.3.1950, 2 S., in: ACDP, 07-011, Nr. 1736, o. Bl., S. 1.

¹⁷⁹ Vgl. das Referat von Willy Sägebrecht auf der Sitzung des SED-Landesvorstands Brandenburg am 25. u. 26.3.1950, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 16, Bl. 24.

¹⁸⁰ Ebd., Bl. 25f. – Hervorhebung durch d. Verf.

stand der Union und legte Einspruch gegen die Entscheidung ein.¹⁸¹ Daraufhin wurde eine Kommission gebildet, die die Begleitumstände sowie die rechtliche Zulässigkeit des Parteiausschlusses untersuchen sollte.¹⁸² Der Außenminister der DDR, Georg Dertinger, welcher der Untersuchungskommission angehörte und der mit der Familie Bloch persönlich gut verbunden war, suchte sogar das persönliche Gespräch mit dem Ministerpräsidenten Grotewohl, um über dessen Einfluss einen Verbleib des Ausgeschlossenen in der Union zu erwirken.¹⁸³ Die Kommission kam dann am 27. März 1950 zu dem Ergebnis, dass die gegen Bloch vorgebrachten Anschuldigungen jeglicher Grundlage entbehrten.¹⁸⁴ Allerdings untersagte nun Botschafter Semjonow eine Rehabilitierung Blochs. Die Nachricht von der Verhaftung seines engen Parteifreundes Schleusener sowie eine telefonische Warnung durch Georg Dertinger veranlassten den Kleinmachnower schließlich zur Flucht, die bereits sorgsam vorbereitet worden war. Anfang April zog Bloch aus dem sicheren West-Berlin seinen Einspruch gegen den Parteiausschluss zurück.¹⁸⁵

d) Landtage im Visier der Säuberungsaktionen

Die Vorgänge in den beiden »bürgerlichen« Landtagsfraktionen in Potsdam führten eindringlich vor Augen, dass die Parlamente den verfolgten Abgeordneten keinerlei wirksamen Schutz bieten konnten. Weder die beiden Präsidenten Otto Meier und August Frölich noch die ihnen unterstellten Landtagsverwaltungen ließen irgendeine Bereitschaft erkennen, sich für bedrohte Volksvertreter einzusetzen oder zumindest zu versuchen, mäßigend auf die eigenen Landesleitungen einzuwirken. Wohl wissend um die tatsächlichen Machtverhältnisse, ordneten sich Meier und Frölich dem Willen der SED-Führung vollständig

¹⁸¹ Vgl. das Schreiben von Peter Bloch an den Hauptvorstand der CDU vom 17.3.1950, in: ACDP, 07-11, Nr. 543, o. Bl.

¹⁸² Vgl. das Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses der CDU am 21.3.1950, in: ACDP, 07-10, Nr. 1827, Bl. 24f., bes. Bl. 25; Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses der CDU am 28.3.1950, in: ebd., Bl. 28–30, bes. Bl. 29; Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes der CDU Brandenburg am 29.3.1950, 2 S., in: ACDP, 07-011, Nr. 1736, o. Bl., S. 1.

¹⁸³ Vgl. die Klarschrift der handschriftlichen Notizen von Wilhelm Pieck über das Gespräch mit M. M. Kiatkin am 24.3.1950, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 736a, Bl. 96.

¹⁸⁴ Vgl. das Protokoll der Sitzung des CDU-Untersuchungsausschusses bezüglich des Einspruches hinsichtlich des Ausschlusses von Dr. Bloch am 27.3.1950, in: ACDP, 07-011, Nr. 543, o. Bl.; P. BLOCH, Zwischen Hoffnung und Resignation, 1986, S. 172–174.

¹⁸⁵ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Parlamentarischen Ausschusses der CDU am 18.4.1950, in: ACDP, 07-10, Nr. 1827, Bl. 31–33, bes. Bl. 31; Gutachten des Leiters des Bundesnotaufnahmeverfahrens in Berlin und des Beauftragten der Bundesregierung für das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Abteilung II, über die Fluchtgründe des Herrn Dr. Peter Bloch vom 13.7.1953, in: LAB, E Rep. 200-35, Nr. 10, Bl. 102–104, bes. Bl. 103; P. BLOCH, Zwischen Hoffnung und Resignation, 1986, S. 176f.

unter. Nicht wenige Abgeordnete gaben sich trotzdem der Hoffnung hin, dass ihnen das Mandat eine gewisse Form von Sicherheit gewährte. Nur so wird erklärbar, dass Willy Heller, Josef Halbey und Franz Schleusener ihre Abgeordnetenmandate erst nach einigem Zögern niederlegten. Sie waren nicht die einzigen. Anfang Juni 1950 bat der Vorsitzende der thüringischen LDP-Fraktion, Wilhelm Koenig, den Landtagspräsidenten um die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der die gegen den Abgeordneten Helmuth Steltzner von der SED erhobenen Anschuldigungen überprüfen sollte.¹⁸⁶ Frölich reagierte auf dieses Schreiben gar nicht. Stattdessen wurde Steltzner gezwungen, sich aus der Politik zurückzuziehen.¹⁸⁷

Die Thüringer SED versuchte sogar, den Landtag als Bühne für ihre Angriffe auf »bürgerliche« Politiker zu instrumentalisieren, selbst wenn diese nicht unmittelbar mit dem Landesparlament in Verbindung standen. Ein markantes Beispiel hierfür bot das Vorgehen gegen den Bürgermeister Wille (LDP) aus Bad Tennstedt. In der Nacht vom 23. zum 24. Mai 1950 wurde das kleine Städtchen im Landkreis Langensalza von einem schweren Unwetter betroffen, das große Verwüstungen anrichtete. Acht Menschen starben.¹⁸⁸ Die Landesregierung beschloss daraufhin Hilfsmaßnahmen für die betroffene Region, und der Landtag wurde am 5. Juni 1950 zu einer Sondersitzung einberufen, auf der über die eingeleiteten Schritte berichtet werden sollte. Die SED hatte dazu eine Große Anfrage an die Landesregierung gestellt.¹⁸⁹ Im Vorfeld der Sitzung wurde allerdings deutlich, dass der Fraktionsvorsitzende der SED, Richard Eyer mann, die Gelegenheit nutzen wollte, um dem liberaldemokratischen Bürgermeister vor dem Landtag die alleinige Verantwortung für das Unglück zuzuschieben. Die LDP versuchte, das Vorhaben im Ältestenrat zu stoppen und eine Unterbrechung der Landtagssitzung anzuberaumen, um über eine mögliche Antwort auf die angekündigten Vorwürfe zu beraten. Sie wurde jedoch im Ältestenrat überstimmt. Vielmehr einigten sich alle Vertreter darauf, dass in den Redebeiträgen der »Geist der Blockpolitik« gewahrt bleiben solle.¹⁹⁰ An diese Ab-sprache hielt sich Eyer mann allerdings nicht. Der Fraktionsvorsitzende stellte den Bürgermeister, der von der LDP eigens in den Landtag gebeten worden war,

¹⁸⁶ Vgl. das Schreiben des Vorsitzenden der LDP-Landtagsfraktion Thüringen, Wilhelm Koenig, an August Frölich vom 9.6.1950, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 38, o. Bl.

¹⁸⁷ Vgl. das Einschreiben von Helmuth Steltzner an das Landtagsbüro Thüringen vom 30.7.1950, in: ebd., o. Bl.

¹⁸⁸ Vgl. SED-BEZIRKSLEITUNG ERFURT, BEZIRKSKOMMISSION ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE DER ÖRTLICHEN ARBEITERBEWEGUNG (Hrsg.), Chronik zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Thüringen, 1975, S. 149.

¹⁸⁹ Vgl. die Große Anfrage der SED-Landtagsfraktion Thüringen vom 1.6.1950 (Drucksache Nr. 664), in: AVThLT/II.2, S. 1396.

¹⁹⁰ Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 5.6.1950, 13:30 Uhr, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl.

um im Bedarfsfall selbst Stellung beziehen zu können, als komplett unfähigen und egoistischen »Reaktionär« hin, dessen Verhalten angeblich durchaus Züge der Sabotage anhafteten. Es war ganz offensichtlich, dass Eyer mann den Bürgermeister Wille zum Vorwand nahm, um die gesamte LDP in Misskredit zu bringen – entsprechend fielen die Reaktionen der Liberaldemokraten auf seine Ausführungen aus.¹⁹¹ In einer sehr klugen und bemerkenswert offenen Entgegnung versuchte Wilhelm Koenig, die gegen seinen Parteifreund vorgebrachten Beschuldigungen zu entkräften. Er forderte von der SED eine objektivere Überprüfung der Vorgänge und übte sogar sehr deutliche Kritik an der einseitigen Personalpolitik in Thüringen.¹⁹²

Solche mutigen Auftritte blieben indes die Ausnahme. Stattdessen wurden die »bürgerlichen« Parteien und die Landtagsabgeordneten von den fast täglichen öffentlichen Angriffen der SED sowie den internen Säuberungen in Atem gehalten. Die Landesvorstände von CDU und LDP gingen dabei mit unnachsichtiger Härte gegen die in Misskredit geratenen eigenen Mitglieder vor. So wurde gegen den LDP-Politiker Fritz Haagen aus Neuruppin, der im April oder Mai 1950 aus der Partei ausgetreten war und sein Landtagsmandat niedergelegt hatte, auf Druck der SED nachträglich noch ein Parteiausschlussverfahren angestrengt, »um ihm als politisch unzuverlässigen Menschen keine Gelegenheit zu geben[,] einer anderen Partei beizutreten«.¹⁹³ Dass selbst solche Politiker, die keineswegs als durchweg »reaktionär« angesehen wurden, den Difamierungskampagnen zum Opfer fallen konnten, belegt das Beispiel des brandenburgischen Landtagsabgeordneten Fritz Oswald Bilsse (CDU). Obwohl anfangs durchaus ein Gegner des SED-Kurses in der SBZ, hatte sich der Landwirt und Autor des im Kaiserreich viel beachteten Romans *Aus einer kleinen Garnison* seit 1948 allmählich mit den politischen Verhältnissen arrangiert. Anlässlich des Stalin-Geburstages hielt Bilsse, der auch den Kreisverband Angermünde leitete, während einer Fest Sitzung des Kreistages eine geradezu elogenhafte Rede auf den Kremlführer. Diese wurde von den staatlichen Stellen in Potsdam positiv registriert.¹⁹⁴ Bilsse galt also als durchaus kooperationsbereit. Im Mai 1950 geriet er dann jedoch in den Strudel der von der SED eingeleiteten Verhaftungen

¹⁹¹ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 70. Sitzung am 5.6.1950, in: AVThLT/I.3, S. 2427–2448, bes. S. 2430–2434 (Beitrag Richard Eyer mann, SED).

¹⁹² Ebd., S. 2242–2244 (Beitrag Wilhelm Koenig, LDP).

¹⁹³ Vgl. das Schreiben von Carl Mühlmann an den Vorstand des LDP-Kreisverbands Ruppiner vom 9.6.1950, in: ADL, L 5, Nr. 70, o. Bl.; Notiz für Generalsekretär Erwin Steffen vom 26.5.1950, in: ebd., o. Bl. – Zur allgemeinen Bedeutung der Parteiausschlussverfahren innerhalb der brandenburgischen LDP siehe die Tagebucheintragung von Wolfgang Schollwer zum 28.2.1950, abgedr. in: W. SCHOLLWER, Potsdamer Tagebuch 1948–1950, 1988, S. 171f.

¹⁹⁴ Vgl. das Schreiben des Leiters der Abteilung Information, Wilhelm Kerff, an das Ministerium des Innern vom 24.12.1949, in: BLHA, Rep. 203, Nr. 76, Bl. 148f.; I. JANDER, Politische Verfolgung in Brandenburg, 2012, S. 105.

mehrerer CDU-Funktionäre im Kreis Angermünde. Weil Bilsse wirtschaftliche Unregelmäßigkeiten beim Betrieb seines Hofes vorgeworfen wurden – diese Anschuldigungen waren bereits 1948 aufgekomen, zunächst jedoch zurückgehalten worden¹⁹⁵ –, leitete der Geschäftsführende Landesvorstand ein Verfahren gegen ihn ein. An dessen Ende wurde der Beklagte aufgefordert, seine Mandate im Landtag und im Kreistag niederzulegen.¹⁹⁶ Allem Anschein nach verfolgte man seine Entfernung aus der Partei jedoch nicht mit übermäßigem Nachdruck, denn noch Anfang Juli 1950 hielt er im Landtag als CDU-Abgeordneter eine Rede zu Erntefragen und zur Schädigung der heimischen Landwirtschaft durch die von den Amerikanern angeblich verbreitete Kartoffelkäferplage.¹⁹⁷ Bilsse wurde im Januar 1951 verhaftet und vom Amtsgericht Angermünde wegen »Wirtschaftsvergehens« zu eininhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Nach vier Monaten entließ man den Schwerkranken aus der Haft. Er verstarb Ende August 1951 im Krankenhaus von Eberswalde.¹⁹⁸

Die systematische Ausschaltung politisch missliebiger Abgeordneter hatte zur Folge, dass die »bürgerlichen« Fraktionen bei der Nachbesetzung an die Grenze des Machbaren stießen. In der 64. Landtagssitzung am 23. Februar 1950 gab Otto Meier die Aufnahme von fünf neuen Abgeordnete im Hohen Haus bekannt; in der 66. Sitzung am 27. April waren es sogar 15 Nachrücker.¹⁹⁹ Wenn rund ein Drittel der Volksvertreter innerhalb kurzer Zeit aus ihren Ämtern schieden, wie dies etwa bei der LDP- und der CDU-Fraktion in Brandenburg der Fall war, dann konnten die Geschäftsführungen diese Posten nicht ohne Weiteres sofort nachbesetzen – zumal die Nachrücker drei Qualitäten aufweisen mussten, an denen es ihren Vorgängern offenbar gemangelt hatte: Loyalität zur Landesführung, Disziplin sowie eine politische Gesinnung, die von der SED als akzeptabel eingestuft wurde. Die Möglichkeiten, die die Wahllisten von der Landtagswahl 1946 noch boten, erwiesen sich unter diesen Gesichtspunkten als überaus beschränkt. Aus diesem Grund brachte die »bürgerliche« Seite im Frühjahr 1950 im Thüringer Landtag den Vorschlag ein, bei der Nachbesetzung von Mandaten Ergänzungslisten zuzulassen. Demnach soll-

¹⁹⁵ Vgl. das Schreiben des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg, Hauptabteilung Landes-, Kreis- und Gemeindeverwaltung, an Otto Meier vom 11.6.1949, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 56, Bl. 54.

¹⁹⁶ Vgl. das Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstands der CDU Brandenburg am 30.5.1950, 4 S., in: ACDP, 07-11, Nr. 1736, o. Bl., S. 2; Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Vorstands der CDU Brandenburg am 13.6.1950, 4 S., in: ebd., o. Bl., S. 2.

¹⁹⁷ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 68. Sitzung am 7.7.1950, in: AVLTB/I, S. S. 839–861, bes. S. 855f. (Beitrag Fritz O. Bilsse, CDU).

¹⁹⁸ Vgl. G. BUCHSTAB (Hrsg.), *Verfolgt und entrechtet*, 1998, S. 88; I. JANDER, *Politische Verfolgung in Brandenburg*, 2012, S. 224, Anm. 282.

¹⁹⁹ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 64. Sitzung am 23.2.1950, in: AVLTB/I, S. 762–780, bes. S. 762; Landtag Brandenburg, 1. WP, 66. Sitzung am 27.4.1950, in: ebd., S. 799–816, bes. S. 799.

te den Parteien unabhängig von den alten Wahllisten die Entscheidung überlassen werden, wen sie als Nachrücker in den Landtag entsenden wollten und wen nicht. Nach einigen Diskussionen in interfraktionellen Gesprächen zeigte sich die SED-Fraktion einverstanden, die Idee mitzutragen.²⁰⁰ Eine DDR-weite einheitliche Regelung existierte in der Frage nicht, wohl aber hatte der Demokratische Block 1949 für die Nachbesetzung der Mandate in den Gemeindevertretungen und Kreistagen eine Regelung erarbeitet, die nun als Vorbild auch für die Landesparlamente herangezogen werden konnte.²⁰¹ Der Thüringer Landtag orientierte sich indes an einem Beschluss des sachsen-anhaltinischen Landesparlaments.²⁰² In Brandenburg beschritt man hingegen einen anderen Weg: Während die CDU und die LDP im Landesblock auf eine zügige gesetzliche Regelung drängten, sperrten sich die Vertreter der SED in dem Gremium, Georg Leps und Arthur Wölk, gegen eine solche Lösung. Mit dem Verweis, dass diese Frage von den Parteien zentral beantwortet werden müsse, wurde die Angelegenheit auf unbestimmte Zeit vertagt.²⁰³ Vielmehr praktizierte man für die wenigen noch verbleibenden Sitzungen bis zu den »Volkswahlen« im Oktober die »mecklenburgische Lösung«: Die Parteiführungen in Potsdam bestimmten ohne einen formalen Parlamentsbeschluss und unabhängig von der Wahlliste aus dem Jahr 1946 fortan ihre Nachrücker.²⁰⁴

4. Die Inszenierung der »Volkswahlen« im Oktober 1950

a) Durchsetzung der Einheitsliste

Für die SED-Führung stand bereits im Herbst des Jahres 1949 fest, als die Landtage die Gesetze zur Verlängerung der Wahlperiode verabschiedeten, dass sie unter keinen Umständen bereit sein werde, die für den Oktober 1950 terminierten Wahlen nach kompetitiven Grundsätzen durchzuführen. Erste Überlegungen zur Einführung einer Einheitsliste waren bereits 1948 angestellt worden.²⁰⁵ Einige Tage vor der Gründung der DDR wurden diese Absichten im SED-

²⁰⁰ Vgl. das Protokoll der Sitzung der LDP-Landtagsfraktion Thüringen am 25.4.1950, 5 S., in: ADL, L 5, Nr. 622, o. Bl., S. 2.

²⁰¹ Vgl. das Beschlussprotokoll der Sitzung des Demokratischen Blocks am 30.11.1949, abgedr. in: S. SUCKUT (Bearb.), Blockpolitik in der SBZ/DDR, 1986, S. 559.

²⁰² Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 69. Sitzung am 26.4.1950, in: AVThLT/I.3, S. 2391–2416, bes. S. 2412; Vorlage des Präsidenten August Frölich (Drucksache Nr. 655), in: AVThLT/II.2, S. 1367.

²⁰³ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 12.4.1950, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 363–369, bes. S. 364f.

²⁰⁴ Zur »mecklenburgischen« Lösung vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 69. Sitzung am 26.4.1950, in: AVThLT/I.3, S. 2412.

²⁰⁵ Vgl. S. SUCKUT, Innenpolitische Aspekte der DDR-Gründung, 1992, S. 372.

Partei Vorstand dann eindeutig auf den Punkt gebracht: »[W]enn wir eine Regierung gründen, geben wir sie niemals wieder auf, weder durch Wahlen noch andere Methoden«, erklärte der Parteipropagandist Gerhart Eisler. Und Walter Ulbricht kommentierte: »Das haben einige noch nicht verstanden!«²⁰⁶ Intern wurde an Planungen gearbeitet, wie man die »bürgerlichen« Parteien dazu bringen könnte, den Einheitslisten zuzustimmen. Diese Frage war von zentraler Bedeutung, denn nur die Durchsetzung von vorab festgelegten Kandidatenlisten konnte der SED die Gewähr für die Realisierung der gewünschten Resultate bieten.

Dabei bediente sie sich einer mehrgleisigen Strategie: Auf der einen Seite flüchtete sie sich in vage gehaltene offizielle Verlautbarungen, die viel Spielraum für Interpretationen ließen. Teilweise wurde sogar ausdrücklich betont, dass die kommenden Wahlen nach freiheitlichen Grundsätzen stattfänden. So war in der am 7. Oktober 1949 in Kraft gesetzten Verfassung der DDR davon die Rede, dass die Abgeordneten »in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts« gewählt würden. Zweifel über die Redlichkeit solcher Zusagen, die in den Reihen der anderen Parteien durchaus bestanden, wurden heruntergespielt und als unzutreffend bzw. sogar als »reaktionär« zurückgewiesen.²⁰⁷ Doch auf der anderen Seite gab Walter Ulbricht auf der Tagung des Parteivorstands am 10. und 11. Januar 1950 eindeutige Ankündigungen, welche Richtung man in Zukunft einschlagen werde. Die künftigen Wahlen in der DDR würden »einen etwas anderen Charakter tragen als die früher geübte Wählerei. Früher war bei den Wahlen sozusagen ein Wettbewerb der Demagogie. [...] Wenn die Frage der Wahlen gestellt wird, so sollen wir auch jetzt schon zum Ausdruck bringen, daß die Bevölkerung nicht danach gehen wird, wer die besten Reden hält, sondern daß sie diejenigen als Kandidaten wählen wird, die sich bei der Aufbauarbeit durch große Aktivität, durch Zielbewusstheit und durch eine konsequente Haltung zum Kampfe für die Einheit des demokratischen Deutschlands ausgezeichnet haben.«²⁰⁸ Eingeweihte verstanden sofort, dass es um die Aufstellung von Einheitslisten ging. Auf diese Weise täuschte die SED die Öffentlichkeit bis weit ins Frühjahr 1950 hinein über ihre wahren Intentionen. Gleichzeitig intensivierte sie das Vorgehen gegen oppositionelle Politiker, um den Widerstand endgültig zu brechen. Die Säuberungswellen gegen brandenburgische und thüringische Landtagsabgeordnete Anfang 1950 müssen vor diesem Hintergrund betrachtet werden.

²⁰⁶ Stenografische Niederschrift über die 22. (36.) Tagung des Parteivorstands der SED am 4.10.1949, abgedr. in: DERS., Die Entscheidung zur Gründung der DDR, 1991, S. 161.

²⁰⁷ Vgl. M. C. BIENERT, Die SED und die Inszenierung der »Volkswahlen«, 2008, S. 23; J. LAUFER, Das Ministerium für Staatssicherheit und die Wahlfälschungen, 1991, S. 20; S. SUCKUT, Innenpolitische Aspekte der DDR-Gründung, 1992, S. 370.

²⁰⁸ Stenografische Niederschrift über die 24. (38.) Tagung des Parteivorstands der SED am 10. u. 11.1.1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1, Nr. 76, Bl.40f.

Die Parteivorsitzenden von CDU und LDP zeigten sich nicht in der Lage, den Absichten der SED entgegenzutreten. Hatten sowohl Otto Nuschke und Georg Dertinger als auch Hermann Kastner und Karl Hamann noch im Herbst 1949 gegenüber den eigenen Parteimitgliedern immer wieder aufs Neue versichert, dass gemeinsame Kandidatenlisten mit ihrem Demokratieverständnis nicht vereinbar seien, konnten sie weder die auferlegten parteiinternen Säuberungen noch die Durchsetzung der Einheitslisten aufhalten.²⁰⁹ Angesichts der wachsenden Einsicht in die gewandelten Verhältnisse schwenkten sie nach und nach in der Frage vollständig auf den SED-Kurs ein. Intensive Gespräche mit den Führungsspitzen der Einheitspartei und der SKK dürften hierbei ausschlaggebend gewesen sein. Hatte Otto Nuschke noch im Januar 1950 auf einer Parteiveranstaltung in Thüringen von einem gemeinsamen Wahlprogramm, aber von getrennten Wahllisten gesprochen, wandelte sich diese Einstellung in den folgenden Wochen komplett. Gleiches galt für die LDP-Führung.²¹⁰ Unter Anleitung der SED einigten sich die Vorsitzenden der in der DDR bestehenden Parteien am 28. März 1950 darauf, »dass die Oktoberwahlen auf Grund gemeinsamer Listen der Parteien und Organisationen durchgeführt werden müssen, um den Erfolg dieser Wahlen für die demokratische Einheit Deutschlands und den Frieden zu sichern und nicht durch eine parteiegoistische Agitation für gesonderte Parteilisten zu schwächen.«²¹¹ Diese Entscheidung wurde jedoch vorerst geheim gehalten.²¹² Erst am 16. Mai 1950 holte der Demokratische Block den formellen Beschluss nach.²¹³

Die Landtage spielten bei der Durchsetzung der gemeinsamen Kandidatenlisten, die immerhin eine zentrale Frage ihrer politischen Existenz berührte, überhaupt keine Rolle. In den »bürgerlichen« Fraktionen formierte sich kein erkennbarer Widerstand, zumal diese aufgrund der strukturellen Veränderungen im Frühjahr 1950 ganz unter den Einfluss der Landesleitungen gestellt wurden, die sich ihrerseits gegenüber der SED als servile Partner gerierten. Im Ältestenrat des brandenburgischen Landtags regte Präsident Otto Meier zwar an, dass das Parlament zur Einheitsliste Stellung nehmen müsse. Es wurde beabsichtigt, zur nächsten Plenarsitzung eine gemeinsame Erklärung aller Fraktionen

²⁰⁹ Vgl. S. SUCKUT, Die Entscheidung zur Gründung der DDR, 1991, S. 133–135.

²¹⁰ Vgl. DERS., Innenpolitische Aspekte der DDR-Gründung, 1992, S. 376f.; B. BODE, Liberal-Demokraten und »deutsche Frage«, 1997, S. 151; G. FISCHER, Otto Nuschke, 1983, S. 219f.; J. LOUIS, Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen, 1996, S. 210–212.

²¹¹ Vgl. die zusätzliche Stellungnahme der Parteivorsitzenden zur Blockerklärung über die Vorbereitung der Oktober-Wahlen vom 28.3.1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13, Nr. 316, Bl. 59. Auch abgedr. in: S. SUCKUT, Innenpolitische Aspekte der DDR-Gründung, 1992, S. 382.

²¹² Vgl. ebd., S. 376f.; DERS., Die Entscheidung zur Gründung der DDR, 1991, S. 134f.

²¹³ Protokoll der Sitzung des Demokratischen Blocks der DDR am 16.5.1950, in: SAPMO-BArch, DY 3, Nr. 10, Bl. 220–253, bes. Bl. 221f.; J. LAUFER, Das Ministerium für Staatssicherheit und die Wahlfälschungen, 1991, S. 20f.

vorzubereiten.²¹⁴ Dazu kam es jedoch nicht. Vielmehr blieben die offiziellen Erklärungen zu den Wahlen dem Landesblockausschuss vorbehalten.²¹⁵ In Thüringen lagen die Verhältnisse ähnlich: Am 16. Mai fasste der Blockausschuss den formellen Beschluss, zu den Wahlen am 15. Oktober 1950 eine gemeinsame Kandidatenliste aufzustellen.²¹⁶ In beiden Ländern rückten nun die Landesausschüsse der Nationalen Front stärker in den Mittelpunkt. Sie wurden zu Plattformen für die bevorstehenden Wahlen ausgebaut. Der Thüringer Landtag trat hingegen kaum in Erscheinung. Immerhin ließ sich das Parlament Ende August vom Innenminister über den Stand der Vorbereitungen zu den Wahlen unterrichten. Zudem bekannte es sich in einer Entschließung zu dem vom I. Nationalkongress der Nationalen Front des demokratischen Deutschland angenommenen Wahlprogramm für die Wahlen am 15. Oktober 1950 nach Einheitsliste.²¹⁷

In der Zwischenzeit wurden in Berlin die rechtlichen Modalitäten für den bevorstehenden Urnengang ausgearbeitet. Nach einigen Vorarbeiten, die bereits im Februar begonnen hatten, wurde die entsprechende Gesetzesvorlage am 13. Juni 1950 vom Politbüro bestätigt.²¹⁸ Nachdem auch der Demokratische Block dem Entwurf zugestimmt hatte²¹⁹, nahm die Volkskammer am 9. August 1950 das Wahlgesetz für die DDR an.²²⁰ Einen Tag vorher war der Generalsekretär der LDP, Günther Stempel, der sich in der Volkskammerfraktion gegen die Annahme des Gesetzes ausgesprochen hatte, vom MfS verhaftet und sowjetischen Organen übergeben worden. Ein Militärtribunal verurteilte ihn schließlich zu 25 Jahren Zwangsarbeit.²²¹

²¹⁴ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Landtags Brandenburg am 31.5.1950, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 45, Bl. 132–134, bes. Bl. 133.

²¹⁵ Vgl. F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 372–374.

²¹⁶ Vgl. SED-BEZIRKSLEITUNG ERFURT, BEZIRKSKOMMISSION ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE DER ÖRTLICHEN ARBEITERBEWEGUNG (Hrsg.), Chronik zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Thüringen, 1975, S. 148.

²¹⁷ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 72. Sitzung am 31.8.1950, in: AVThLT/I.3, S. 2479–2519, bes. S. 2484–2487.

²¹⁸ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Politbüros der SED am 1.8.1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2, Nr. 102, Bl. 23–28, bes. Bl. 23. – Zur Entstehung des Gesetzes siehe ausführlich J. LAUFER, Die SED und die Wahlen, 1993, S. 114–118.

²¹⁹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Demokratischen Blocks am 2.8.1950, in: SAPMO-BArch, DY 3, Nr. 11, Bl. 2–9.

²²⁰ Vgl. das Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer, zu den Landtagen, Kreistagen und Gemeindevertretungen der Deutschen Demokratischen Republik am 15.10.1950 vom 9.8.1950, in: GBl. DDR 1950/2, S. 743–749; Durchführungsbestimmung zum Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer, zu den Landtagen, Kreistagen und Gemeindevertretungen der Deutschen Demokratischen Republik am 15.10.1950 vom 10.8.1950, in: ebd., S. 749–754; Neues Deutschland, Ausgabe B, vom 10.8.1950, S. 4; M. RICHTER, Ost-CDU, 1991, S. 291.

²²¹ Vgl. J. TUCHEL, Günter Stempel, 2002, S. 63f.; U. SCHMIDT, »Vollständige Isolierung erforderlich!«, 2003, S. 374f.

Das Prinzip der Einheitsliste beruhte sowohl für die Landtage als auch für alle anderen Volksvertretungen in der DDR auf einem Schlüssel. Dieser legte vor dem eigentlichen Wahlgang fest, wie die Mandate quantitativ auf die einzelnen Parteien und Massenorganisationen verteilt wurden. Bereits Anfang Juli, also mehrere Wochen vor der Verabschiedung des eigentlichen Wahlgesetzes, wurde dieser Schlüssel vom Demokratischen Block bestätigt. Die Benennung der Kandidaten für die Abgeordnetensitze blieb den jeweiligen Landesausschüssen der Nationalen Front überlassen.²²² Obwohl die SED dem Verteilungsschlüssel zufolge auf den ersten Blick auf Stimmen verzichtete und ihre Landtagsfraktionen schrumpften, garantierte die Zusammensetzung der Einheitsliste ihr über die Mandate der neu hinzugekommenen Parteien NDPD und DBD sowie der diversen Massenorganisationen wie dem FDGB, der FDJ oder dem Kulturbund, die nun ebenfalls in die Landtage einziehen sollten, eine absolute Mehrheit. Dem gegenüber wurde der proportionale Anteil von CDU und LDP in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen auf etwa ein Viertel bis ein Drittel der Sitze festgeschrieben, was im Vergleich zu den Wahlergebnissen von 1946 eine drastische Reduzierung bedeutete.²²³

Tab. 9: Allgemeiner Schlüssel zur Verteilung der Mandate in den Landtagen der DDR 1950 (in Prozent)²²⁴

| Mandatsträger | Zugeweilte Mandate | Mandatsträger | Zugeweilte Mandate |
|---------------|--------------------|----------------------|--------------------|
| SED | 20 | FDJ | 6 |
| CDU | 14 | DFD | 7 |
| LDP | 14 | VVN | 4 |
| NDPD | 7 | VdgB | 3 |
| DBD | 7 | Kulturbund | 5 |
| FDGB | 10 | Konsumgenossenschaft | 3 |

Wie die tatsächliche Vergabe der Mandate an die Parteien und Massenorganisationen später zeigte, gab es in den Ländern leichte Abweichungen von diesem allgemeinen Schlüssel. Diese Varianzen waren landesspezifischen Besonderheiten sowie strategischen Überlegungen der SED geschuldet, und sie wurden von

²²² Vgl. die Beschlüsse des Demokratischen Blocks in seiner Sitzung vom 6.7.1950, in: SAPMO-BArch, DY 3, Nr. 10, Bl. 335; Entwurf einer Pressemitteilung des Demokratischen Blocks, o. D. [6.7.1950], in: ebd., Bl. 347; Die Nationale Front der DDR, 1984, S. 48.

²²³ Vgl. H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, Das Land Brandenburg, 1998, S. 291f.

²²⁴ Zusammengestellt nach ebd., S. 291.

den Führungen der Landesparteien ausgehandelt. Weil Brandenburg als Hinterland von West-Berlin galt und hier der Kampf gegen die »Reaktionäre« in den vergangenen Monaten besonders hart und intensiv geführt worden war, wurde der Anteil des »bürgerlichen« Lagers für den künftigen Landtag vorsorglich etwas kleiner gehalten als es der zentrale Schlüssel eigentlich nahelegte.²²⁵ In der Führung der Union wurde der Schlüssel unterdessen mit dem Argument verteidigt, dass die CDU künftig auch in jenen Gebieten, wo sie bislang nur schwach gewesen sei, eine wichtige Rolle spielen werde. Die Stärkung des Blockprinzips werde dazu beitragen, die SED deutlicher als bisher einzubinden. Dem gegenüber sei der Verlust von Abgeordnetenmandate in den Landtagen von Sachsen-Anhalt und Brandenburg zu verschmerzen, da diese Parlamente ohnehin einen Großteil ihrer Bedeutung verloren hätten und die wichtigen Entscheidungen in der Volkskammer gefällt würden. Diese Argumente gingen natürlich an der Realität weit vorbei. Sie waren höchstens dazu geeignet, die Fügung in das Unabwendbare schönzureden.²²⁶

b) Gesteuerte Wahlkampagne

Früher als alle anderen Parteien begann die SED mit der Vorbereitung des Wahlkampfes für die anstehenden Parlamentswahlen. Bereits im Frühjahr 1950, als die Christlichen Demokraten und die Liberaldemokraten noch gar nicht ihre Zustimmung zur Einführung der Einheitsliste gegeben hatten, liefen in den Fachabteilungen des Politbüros die Planungen für den Urnengang auf Hochtouren.²²⁷ Es war beabsichtigt, nicht nur den Wahlmodus, sondern auch den Charakter des vorgeschalteten Wahlkampfes grundlegend zu verändern: Hatte 1946 trotz der erheblichen Repressionen gegenüber den »bürgerlichen« Parteien noch ein kompetitiver Wahlkampf stattgefunden, der in der Verantwortung der jeweiligen Kräfte gelegen hatte, beabsichtigte die SED-Führung nun, die Einheitsliste mittels einer von ihr gesteuerten Kampagne zu bewerben, in der die Parteien nicht mehr eigenständig für ihre Sache auftreten dürften. Vielmehr sollten sie sich in den Dienst des gemeinsamen Wahlprogramms stellen, wie es von der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands als Wahlplattform

²²⁵ Vgl. E. WARNING, Über die Tätigkeit des Brandenburgischen Landtages (2. Wahlperiode), 1978, S. 585.

²²⁶ Vgl. die Vorlage zur Sitzung des Politischen Ausschusses der CDU vom 18.7.1950, 2 S., in: ACDP, 07-10, Nr. 1789, o. Bl.

²²⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Politbüros der SED am 14.2.1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2, Nr. 71, Bl. 1–4, bes. Bl. 1; Anlage Nr. 2 zum Protokoll der Sitzung des Politbüros der SED am 14.2.1950, in: ebd., Bl. 14–17; Arbeitsplan für die Vorbereitung der Wahlen am 15.10.1950 vom 19.2.1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2, Nr. 73, Bl. 42–46.

vertreten wurde. Dass dieses Programm auf den Vorgaben der SED-Leitung beruhte, war dabei naheliegend.²²⁸

Die angestrebte Neuausrichtung orientierte sich an dem sowjetischen Vorbild. Die Parteiführung maß insbesondere der der eigentlichen Abstimmung vorausgehenden Kampagne einen herausgehobenen Stellenwert zu. Deren erfolgreiche Organisation wurde als wichtiger Baustein betrachtet, um die Bevölkerung für den Sozialismus zu gewinnen. Der Wahlkampf sollte als propagandistisches Instrument dazu dienen, die Menschen zu mobilisieren und sie über die Leistungen und die Verdienste der SED zu informieren.²²⁹ »Die erste Aufgabe ist die breite Popularisierung des Programms der Nationalen Front und die Organisation von Zustimmung-Entscheidungen in allen Betrieben, Dörfern, Wohngebieten und Massenorganisationen«, hieß es dazu in einem Arbeitsplan des Politbüros vom Februar 1950, der für die SED-Landesleitungen zusammengestellt worden war.²³⁰ Es sollte nicht nur darum gehen, unter der Bevölkerung Agitationsarbeit über den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau zu leisten, sondern ebenso die Stimmung im Land zu erfassen. Überall dort, wo bei den Wahlen zum 3. Deutschen Volkskongress ungünstige Ergebnisse zu verzeichnen gewesen waren, sollten nun besondere Maßnahmen zur Aufklärung der Menschen und zum »Kampf gegen feindliche Kräfte« ergriffen werden.²³¹

Die SED bereitete einen detaillierten Zeitplan vor, der die Wahlkampagne bis zum Stichtag in mehrere Phasen gliederte. Mit äußerster Sorgfalt wurden die landesweit durchzuführenden Aktionen auf die Interessen der Einheitspartei abgestimmt.²³² Über den Zweck der Kampagne gaben eigens ausgearbeitete Richtlinien Auskunft, die am 16. Mai vom Politbüro bestätigt wurden: »Bei diesen Wahlen geben die Massen ihr Urteil über die bisherige Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ab. [...] Aufgabe der Partei ist es, gemeinsam mit den anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien und Massenorganisationen die Bevölkerung zu überzeugen, ihre Stimme für das gemeinsame Wahlprogramm und die Kandidatenlisten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland abzugeben und sich offen und uneingeschränkt zur Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

²²⁸ Vgl. die Anlage Nr. 1 zum Protokoll der Sitzung des Politbüros der SED am 14.2.1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2, Nr. 71, Bl. 5–10.

²²⁹ Vgl. H. RICHTER, *Mass obedience*, 2011, S. 106f.; B. VOGEL/D. NOHLEN/R.-O. SCHULTZE, *Wahlen in Deutschland*, 1971, S. 276. – Zur Vorbildfunktion der Sowjetunion siehe M. B. SMITH, *Popular sovereignty*, 2011, S. 63f.

²³⁰ Arbeitsplan für die Vorbereitung der Wahlen am 15.10.1950 vom 19.2.1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2, Nr. 73, Bl. 42.

²³¹ Ebd.

²³² Vgl. den Terminkalender für die Volkswahlen am 15.10.1950, o. D. [Mai 1950], in: ThHStAW, Ministerium des Innern, Nr. 300, Bl. 23.

zu bekennen.« Es müsse um die demokratische Überzeugung jedes Bürgers der DDR gerungen werden. Eine wichtige Aufgabe bestehe für die SED darin, im Verlauf des Wahlkampfes besonderes jene Wähler, »die noch schwanken und vom Feinde verwirrt werden, beharrlich zu überzeugen und zu aktiven Anhängern und Verteidigern des Friedens und der Deutschen Demokratischen Republik zu machen«. ²³³

In den folgenden Wochen und Monaten initiierte die SED eine republikweite Wahlbewegung, die das gesamte öffentliche Leben in der DDR beherrschte. Der Wahlkampf wurde bis ins kleinste Dorf und in den letzten Betrieb getragen. Der propagandistische Aufwand erreichte bis dahin ungekannte Dimensionen. Auf tausenden von Veranstaltungen wurde die Bevölkerung über die Leistungen und Ziele der von der Einheitspartei verfolgten Politik aufgeklärt. Ein Abteilungsbericht des Amtes für Information zählte Anfang Oktober allein für Brandenburg 22 246 Aufklärungsgruppen mit fast 59 000 Personen, die im gesamten Land aktiv waren. Als Basen dienten ihnen 2 950 Aufklärungslokale, die man eigens zu diesem Zweck eingerichtet hatte. Ein Schwerpunkt der Arbeit dieser Gruppen lag auf jenen Kreisen, in denen die SED bislang schwächer abgeschnitten hatte. Dazu zählten insbesondere die an West-Berlin grenzenden Teile Brandenburgs. ²³⁴ Demgegenüber lief die Mobilisierung der Genossen in Thüringen nur schleppend an. Mitte September beklagte sich die Landesleitung darüber, dass in hunderten von Ortschaften und Städten bislang entweder keine oder nur eine unzureichende Zahl an Aufklärungslokalen eingerichtet worden sei. ²³⁵

Im Sommer 1950 stellte die SED den gesamten Staats- und Parteiapparat in den Dienst der Wahlkampagne. Um die Arbeit der Parteien und Massenorganisationen sowie der Aufklärungsgruppen im Auge zu behalten und sie anzuleiten, wurde die DDR mit einem Netz an politisch erfahrenen und absolut loyalen Instruktoren überzogen. Sie sollten dafür Sorge tragen, dass die Kampagne in den vorgegebenen Bahnen verlief. ²³⁶ Außerdem ordnete das Innenministerium der DDR eine umfassende Berichterstattung über den Verlauf des

²³³ Beschluss des Politbüros der SED vom 16.5.1950, in: ebd., Bl. 21–40, hier Bl. 31. – Vgl. das Protokoll der Sitzung des Politbüros der SED am 16.5.1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2, Nr. 89, Bl. 23–26, bes. Bl. 26.

²³⁴ Vgl. den Bericht der Abteilung Informationskontrolle beim Amt für Information des Landes Brandenburg vom 5.10.1950, in: BLHA, Rep. 202 G, Nr. 227, Bl. 1–61, bes. Bl. 60.

²³⁵ Vgl. das Rundschreiben der SED-Landesleitung Thüringen an die 1. Kreissekretäre der SED vom 19.9.1950, in: ThHStAW, Ministerium des Innern, Nr. 300, Bl. 26–29, bes. Bl. 27; Stimmungsbericht über die Durchführung der Volkswahlen im Lande Thüringen, o. D. [Oktober 1950], 3 S., in: BArch, DO 1, Nr. 8585, o. Bl.; Protokollnotiz Nr. 18 des Ministerbüros des Ministeriums des Innern der DDR vom 21.9.1950, 4 S., in: ebd., o. Bl., S. 1.

²³⁶ Vgl. die Übersicht des Einsatzes der Org.-Instruktore vom 18. bis 23.9.1950, o. D. [September 1950], in: ebd., o. Bl.

Wahlkampfes an. Diese sollte im Landesmaßstab täglich erfolgen. So war es möglich, zeitnah auf neue Entwicklungen und Stimmungen in der Bevölkerung zu reagieren.²³⁷ Hinzu kam eine kaum überschaubare Zahl an Berichten, die von den unterschiedlichen Parteigliederungen der SED sowie den kommunalen Verwaltungen erstellt und die von den Innenministerien sowie den Landesleitungen der Einheitspartei ausgewertet wurden. Einige Wochen, nachdem der Wahlkampf abgeschlossen und die Ergebnisse bekanntgegeben worden waren, vergab DDR-Innenminister Carl Steinhoff an mehrere leitende Mitarbeiter der Hauptabteilung Staatliche Verwaltung, seines Fachressorts sowie des Zentralkomitees Gratifikationen in Höhe von 500, 600 und 1 000 DM (Ost) als Anerkennung für den »vorbildlichen Einsatz« und die »sorgfältige Arbeit« bei der Vorbereitung der Kampagne.²³⁸ Neben dem Innenministerium und den in den Ländern bestehenden Ämtern für Information wurde ebenfalls das erst im Frühjahr gegründete Ministerium für Staatssicherheit in den Wahlkampf eingespannt. Auch hier machten kontrollierende Tätigkeiten einen Teil des Aufgabenfeldes aus.²³⁹ Je näher der Stichtag heranrückte, desto mehr gewann die Agitationsarbeit an Intensität.²⁴⁰

Den Höhepunkt und Abschluss der Bewegung stellte naturgemäß der Wahltag dar. Für den 15. Oktober hatte die SED-Führung an alle in die Vorbereitungen eingebundenen Partei- und Verwaltungsstellen die Weisung ausgegeben, dem Tag den Charakter eines landesweiten politischen Volksfestes zu verleihen.²⁴¹ Zugleich galt es sicherzustellen, dass jeder Wahlberechtigte seine Stimme für die Einheitsliste abgab. Deshalb zogen am frühen Sonntagmorgen FDJ-Gruppen, Junge Pioniere, Musikkapellen und Sprechchöre durch die Städte und Gemeinden Thüringens und Brandenburgs, um die Menschen bereits vor dem Aufstehen an ihre bürgerschaftliche Pflicht zu erinnern. Ganze Belegschaften, Straßen- und Hausgemeinschaften, die vorab öffentlich Verpflichtungen unterzeichnet hatten, strömten geschlossen zu den Wahllokalen.²⁴² In Frankfurt (Oder) hatte man sogar Schulkinder handgeschriebene Zettel auf den Straßen und in den Gaststätten verteilen lassen, die die Erwachsenen zur Stimmabgabe

²³⁷ Vgl. das Fernschreiben des Ministeriums des Innern der DDR an die Innenminister der Länder vom 6.9.1950, in: BArch, DO 1, Nr. 8580, o. Bl. – Siehe auch die Berichte in: BArch, DO 1, Nr. 10483.

²³⁸ Vgl. vier Schreiben von Carl Steinhoff vom 3.11.1950, in: ebd., o. Bl.

²³⁹ Vgl. J. LAUFER, Das Ministerium für Staatssicherheit und die Wahlfälschungen, 1991, S. 23f.

²⁴⁰ Vgl. den Plan für die Durchführung der Wahlkampagne im September und Oktober 1950 vom 7.9.1950, in: SAPMO-BArch, NY 4036, Nr. 736b, Bl. 199–203.

²⁴¹ Vgl. das Rundschreiben des Sekretariats der SED-Landesleitung Brandenburg an die 1. Kreissekretäre der SED in Brandenburg vom 29.9.1950, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 36, Bl. 271f.; J. LAUFER, Die SED und die Wahlen, 1993, S. 114 u. 123.

²⁴² Vgl. H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, Das Land Brandenburg, 1998, S. 295–298.

aufforderten.²⁴³ Um noch den letzten Wahlberechtigten zu mobilisieren, organisierte die Staatsmacht den Einsatz von »Schleppern«. Deren Aufgabe bestand darin, von Tür zu Tür zu gehen und Säumige höflich, aber bestimmt zum Wahlgang abzuholen – obwohl offiziell gar keine Wahlpflicht in der DDR bestand.²⁴⁴ Gerade in kleineren Orten überlegten es sich viele Menschen zweimal, der Abstimmung wirklich fernzubleiben, um damit zu riskieren, als vermeintliche »Republikfeinde« durch die Gemeinde geführt zu werden. Entsprechende Warnungen waren im Vorfeld in den Zeitungen und über den Rundfunk lanciert worden. Die Bereitstellung von »fliegenden Wahllokalen« war für all diejenigen gedacht, die aufgrund von Erkrankungen nicht das Haus verlassen konnten. Folglich entsandte die SED die Wahlvorstände der jeweiligen Wahlbezirke in die Krankenhäuser und Privatwohnungen, damit auch die Bettlägerigen unter den Augen der Genossen ihr Votum abgeben konnten.²⁴⁵

Um die Gefahr von unerwünschten Reaktionen und Protesten seitens der Wähler zu minimieren, indem diese etwa ihre Wahlzettel ungültig machten oder sie so kennzeichneten, dass sie nur als Gegenstimmen gewertet werden konnten, hatte die Einheitspartei detaillierte Vorkehrungen getroffen. Mit allen Mitteln und Tricks wurde versucht, die laut Wahlgesetz eigentlich erlaubte Benutzung von Wahlkabinen zu unterbinden – schließlich gab es kaum Möglichkeiten, dort das Abstimmungsverhalten der Bürger zu kontrollieren. Stattdessen wurde die Bevölkerung in den allermeisten Fällen zur offenen Abgabe ihres Votums genötigt.²⁴⁶ Für die Auszählung der abgegebenen Stimmen durch die von der SED bestellten Wahlvorstände existierten ebenfalls genaue Anweisungen.²⁴⁷ Als der Wahlleiter der DDR, Innenminister Carl Steinhoff, am 28. Oktober 1950 die endgültigen Ergebnisse bekanntgab, erreichte die Einheitsliste in Brandenburg eine Zustimmung von 99,9 Prozent der abgegebenen Stimmen. In Thüringen betrug sie 99,1 Prozent. Die offizielle Wahlbeteiligung wurde in beiden Ländern mit über 98 Prozent angegeben. Allerdings beruhten diese irrwitzigen Resultate auf massiven Fälschungen durch das MfS und die Wahlleitungen.²⁴⁸

²⁴³ Vgl. den Stimmungsbericht vom Wahltag im Land Brandenburg vom 17.10.1950, 2 S., in: BArch, DO 1, Nr. 8585, o. Bl., S. 2.

²⁴⁴ Vgl. den Stimmungsbericht über die Durchführung der »Volkswahlen« im Lande Thüringen vom 17.10.1950, 2 S., in: ebd., o. Bl.; Stimmungsbericht vom Wahltag im Land Brandenburg vom 17.10.1950, in: ebd., o. Bl.

²⁴⁵ Vgl. M. C. BIENERT, Die SED und die Inszenierung der »Volkswahlen«, 2008, S. 26f.

²⁴⁶ Vgl. ebd., S. 25f.; J. LAUFER, Die SED und die Wahlen, 1993, S. 122f. – Abschrift einer Meldung des RIAS vom 16.10.1950, in: BArch, DO 1, Nr. 10483, o. Bl.

²⁴⁷ Vgl. das Rundschreiben des Ministeriums des Innern der DDR an die Landes- und Kreiswahlleiter vom 12.10.1950, 4 S., in: BArch, DO 1, Nr. 10483, o. Bl.; J. LAUFER, Die SED und die Wahlen, 1993, S. 122.

²⁴⁸ Vgl. J. LAUFER, Das Ministerium für Staatssicherheit und die Wahlfälschungen, 1991, S. 30; DEBS., Die SED und die Wahlen, 1993, S. 124.

Den »bürgerlichen« Parteien war von der SED in der Wahlkampagne lediglich eine Statistenrolle zugeordnet. Zwar sorgte die Einheitspartei dafür, dass die führenden Köpfe des »fortschrittlichen« Flügels innerhalb der CDU und der LDP prominent eingebunden wurden. Sie erfüllten damit aber lediglich die Funktion von Aushängeschildern. Dem gegenüber machte sich insbesondere an der Basis der beiden Parteien teils erheblicher Widerwillen bemerkbar, sich für die Wahlkampagne einspannen zu lassen. Zahlreichen SED-internen Berichten ist zu entnehmen, dass sich sowohl die Mitglieder der CDU als auch der LDP mit Aktivitäten während der Wahlbewegung auffallend zurückhielten. Auch dies musste man als Zeichen der politischen Resignation und der Angst vor Verfolgung werten, die sich seit den Säuberungen im Frühjahr über beide Parteien gelegt hatte.²⁴⁹ So wusste der Leiter des Amtes für Information in Brandenburg, Kerff, Anfang Juni zu berichten, dass in den Kreisen Angermünde, Lebus und Teltow weder die CDU noch die LDP bislang viel im Sinne des Wahlkampfes unternommen hätten. In der Stadt Fürstenwalde hätten sich die Liberal- und Christdemokraten sogar geweigert, gemeinsame Kandidatenlisten für die Nationale Front aufzustellen. Gleichwohl konstatierte Kerff, dass nach der erfolgten Säuberung der Parteien dort insgesamt eine klare Linie hinsichtlich der weiterhin zu verfolgenden Politik bestehe.²⁵⁰ Ähnlich lautende Beobachtungen wurden auch aus Thüringen vermeldet.

Der Ärger über die Einheitsliste und über die Aufforderung, sich an den Vorbereitungen zur Abstimmung aktiv einzubringen, war groß. Versuche innerhalb der LDP, beim Landesvorstand und der Parteiführung in Berlin gegen die »diktatorische[n] Massnahme[n]« der SED Widerspruch zu organisieren, blieben allerdings erfolglos.²⁵¹ Parallel zum Wahlkampf gingen nämlich die Ausschaltung und Verdrängung der vermeintlichen »Reaktionäre« in beiden Parteien unverdrossen weiter.²⁵² Wie tief das Missbehagen über den von der SED gelenkten Wahlkampf tatsächlich reichte, wird aus einem Bericht Hermann Gerigks vor dem Hauptvorstand der CDU wenige Tage vor der Abstimmung deutlich. Trotz der Aktivierung und Mobilisierung habe man nur eine schwache Bereitschaft der Menschen beobachtet, an Versammlungen und anderen Wahlveranstaltungen teilzunehmen. Gerigk begründete dies mit dem »brüske[n] Auftreten« von Instrukteuren, der kurzfristigen Auswechslung von Wahlvorstehern sowie mit

²⁴⁹ Vgl. ebd., S. 123.

²⁵⁰ Bericht des Amtes für Information des Landes Brandenburg über die Wahlvorbereitungen der politischen Parteien im Monat Mai vom 1.6.1950, in: BLHA, Rep. 203, Nr. 77, Bl. 583–585.

²⁵¹ Bericht des Amtes für Information des Landes Thüringen mit Kurzmeldungen aus der LDP vom 15.6.1950, in: ThHStAW, Büro des Ministerpräsidenten, Amt für Information, Nr. 72, Bl. 283–287, das Zitat Bl. 284.

²⁵² Vgl. das Protokoll der Sitzung des CDU-Landesausschusses Brandenburg am 13.7.1950, 12 S., in: ACDP, 03-33, Nr. 151, o. Bl., S. 2.

den einseitigen Verlautbarungen seitens der SED, die nicht mit einem gemeinsamen Vorgehen der Parteien in der Nationalen Front zusammenpasste. Diese Aspekte hätten seiner Auffassung nach die Glaubwürdigkeit der Wahlkampagne erschüttert. Zudem warf der brandenburgische CDU-Landesvorsitzende der SED vor, in ihrer Kampagne nicht überall die Mentalität der Menschen genügend zu berücksichtigen.²⁵³ Kandidaten der »bürgerlichen« Parteien, die aus welchen Gründen auch immer von der SED als unzuverlässig eingestuft wurden, erlebten die Wahlversammlungen, auf denen sie sich der wahlberechtigten Bevölkerung vorstellten, häufig als Spießrutenlauf. Sie wurden von politischen Agitatoren niedergebrüllt oder sogar aus dem Saal gejagt. Einschüchterung war ein wichtiges Instrument, um missliebige Personen auf allen Ebenen zum Rückzug aus der Politik zu drängen.²⁵⁴

c) Auswahl der künftigen Landtagsabgeordneten

Waren bereits im Vorfeld der Wahlen von 1946 die Kandidaten auf den Wahllisten sowohl von der sowjetischen Besatzungsmacht als auch von der SED einer politischen Überprüfung unterzogen worden, wurde diese Praxis während der Kampagne 1950 geradezu perfektioniert. Im sozialistischen Verständnis erfüllte der Wahlkampf neben der Massenmobilisierung und seiner propagandistischen Funktion ebenfalls die wichtige Aufgabe, die Kandidaten für künftige Kaderpositionen in Staat und Partei zu benennen und sie per Akklamation durch die »Werk tätigen« in den Ämtern bestätigen zu lassen. In dieser scheindemokratischen Bewährung sollte der »Willen des Volkes« als legitimatorischer Vertrauensbeweis zum Ausdruck kommen.²⁵⁵ Zugleich bot die Kampagne die Gelegenheit, sich ausführlich mit der politischen Zuverlässigkeit der Kandidaten und ihren Fähigkeiten zu beschäftigen. Dazu erklärte Walter Ulbricht bereits im Januar 1950, dass die Parteien zwar ihre Kandidaten selbst benennen dürften, gleichwohl sei es notwendig, dass die Kandidaten sich der Bevölkerung vorstellten, damit diese erfahre, »mit wem sie es zu tun hat, womit sich der Betreffende in den letzten Jahren beschäftigt hat, ob er ehrlich am Aufbau gearbeitet hat oder nicht, ob er sich etwa mit Viehschiebungen beschäftigt hat oder was sonst. Das will die Bevölkerung selbstverständlich wissen«.²⁵⁶ Auch wenn nach außen hin die Parteien scheinbar gleichberechtigt ihre Bewerber für die Einheitsliste

²⁵³ Protokoll über die Sitzung des CDU-Hauptvorstands am 10.10.1950, 5 S., in: ACDP, 07-10, Nr. 1028, o. Bl., S. 4.

²⁵⁴ Vgl. den Bericht über die politische Situation in der Ostzone nach den Oktoberwahlen vom 12.2.1951, 4 S., in: ADL, A 45, Nr. 106, o. Bl., S.1f.

²⁵⁵ Vgl. M. B. СМІТН, *Popular sovereignty*, 2011, S. 63.

²⁵⁶ Bericht von Walter Ulbricht auf der Sitzung des Parteivorstands der SED am 10. u. 11.1.1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/1, Nr. 76, Bl. 41.

über die Nationale Front benannten, so übte die SED den entscheidenden Einfluss auf die Nominierungen aus.

Jede Person, die sich dazu entschloss, für einen Sitz im Landtag zu kandidieren, durchlief ein komplexes Auswahlverfahren. Mehrfach wurden die Kandidaten hinsichtlich ihrer politischen Eignung durchleuchtet. Die Planungen für die Wahlkampagne sahen vor, dass die Parteien Anfang August ihre Kandidatenvorschläge für die Volksvertretungen einreichen sollten. Die Landesverbände zeichneten dabei für die Benennung der Landtagsabgeordneten verantwortlich, wenngleich die letztliche Entscheidung über die Nominierung bei den zentralen Parteiinstanzen in Berlin lag.²⁵⁷ Im Zuge dieses Prozesses legten die »bürgerlichen« Parteien von sich aus großen Wert darauf, von Beginn an »fortschrittlich« gesinnte Politiker auszuwählen, die von der SED voraussichtlich akzeptiert würden. Diese Selektion führte dazu, dass kaum ein Abgeordneter aus dem Jahr 1946, sofern er überhaupt noch ein Mandat innehatte, für die zweite Legislaturperiode infrage kam.²⁵⁸ Den Blockausschüssen kam im Verlauf der Zusammenstellung der Einheitslisten eine besonders wichtige Rolle zu. Sie boten das institutionelle Umfeld für die Diskussionen zwischen den Parteien. Bevor die personellen Vorschläge für die Landtagsabgeordneten an den zentralen Demokratischen Block in Berlin geleitet wurden, fanden in den Landesblockausschüssen sowie in eigens gebildeten Untersuchungskommissionen intensive Aussprachen statt. Wenn es darum ging, vermeintlich »reaktionäre« Kandidaten von der Vorschlagsliste der »bürgerlichen« Parteien zu streichen, konnten sich die SED-Vertreter in den Blockausschüssen während der Beratungen auf die Zuarbeiten des eigenen Parteiapparats sowie der staatlichen Stellen stützen. Auch wenn der Landesvorsitzende der brandenburgischen LDP, Erwin Steffen, am 8. August im Block verkündete, dass die Liberaldemokraten nur Namen aufgestellt hätten, wo man wisse, dass diejenigen sehr aktiv in der Partei tätig seien²⁵⁹, übte die SED dennoch große Kritik an den Vorschlägen. Auf Druck der Einheitspartei mussten mehrere Kandidaten der LDP ausgewechselt werden. Gleiches traf für die Union zu. Obwohl der bisherige Landtagsabgeordnete August Kayser, der lange Jahre als Kreisvorsitzender der CDU in Teltow tätig gewesen

²⁵⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Landesleitung Brandenburg am 4.8.1950, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 35, Bl. 197f.; Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Landesleitung Brandenburg am 7.8.1950, in: ebd., Bl. 200; Schreiben von Hermann Gerigk an den Politischen Ausschuss der CDU vom 14.7.1950, 2 S., in: ACDP, 07-10, 1789, o. Bl.; Protokoll der Sitzung des CDU-Landesvorstands Thüringen am 6.8.1950, 5 S., in: ebd., 03-31, Nr. 204, o. Bl., S. 1f.

²⁵⁸ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Politischen Ausschusses der CDU am 1.8.1950, in: ACDP, 07-10, Nr. 1827, Bl. 122.

²⁵⁹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 8.8.1950, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), Protokolle des Landesblockausschusses, 1994, S. 384–386, hier S. 385.

war, keineswegs zu den ausgesprochen »reaktionär« gesinnten Kräften in der Union zählte – Peter Bloch stufte den Kollegen sogar als einen »Fortschrittlichen« innerhalb des Kreisverbandes ein²⁶⁰ –, führte die SED mehrere Argumente gegen dessen Nominierung ins Feld. So hätte sich Kayser gegen »fortschrittliche« Maßnahmen gestellt, außerdem unterhalte er in West-Berlin eine Praxis.²⁶¹ Diese Vorwürfe waren zwar frei erfunden und damit haltlos, die Attacke gegen den CDU-Politiker stand allerdings im größeren Kontext der Säuberungen innerhalb des CDU-Kreisverbandes Teltow, der von der SED als hochgradig rückwärtsgerichtet eingestuft wurde.²⁶² Es gelang der Union nicht, Kayser zu halten. Mitte August wurde sein Name endgültig von der Kandidatenliste für den nächsten Landtag gestrichen.²⁶³

Ähnliches galt im Falle des Liberaldemokraten Karl Machner. Obwohl der in Jüterbog lebende Lehrer neben seiner Tätigkeit in der LDP auch im FDGB sowie in der FDJ aktiv war, stufte die SED ihn als politisch unzuverlässig ein. In einer Beurteilung des MfS wurde Machner eine fortschrittsfeindliche Gesinnung unterstellt.²⁶⁴ Die LDP zog Machner sowohl für ein Mandat in der Volkskammer als auch im Potsdamer Landtag in Erwägung. Auf der Sitzung des Landesblockausschusses am 7. September machte der Leiter der Kaderabteilung bei der brandenburgischen SED-Landesleitung, Gerhard Grüneberg, mehrere Vorwürfe gegen Machner geltend, der als Kandidat für eine Volksvertretung untragbar wäre. Insbesondere zielten die Beschuldigungen auf eine kritische Äußerung Machners über die Versorgungslage in der DDR. Der Hintergrund war, dass mehrere Jugendliche nach dem Verzehr von Würsten auf dem Deutschlandtreffen der FDJ in Berlin an einer Lebensmittelvergiftung erkrankt waren.²⁶⁵ Auf Wunsch der LDP wurde Machner zwei Tage später zur nächsten Sitzung des Landesblockausschusses gebeten, wo er die Möglichkeit erhielt, sich gegenüber den Vorwürfen zu rechtfertigen. Die Wurst gab also letztlich den Ausschlag: Obwohl Karl Machner die gegen ihn erhobenen Vorwürfe von sich

²⁶⁰ Vgl. P. BLOCH, *Zwischen Hoffnung und Resignation*, 1986, S. 150 u. 160.

²⁶¹ Vgl. Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 11.8.1950, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), *Protokolle des Landesblockausschusses*, 1994, S. 386–388, bes. S. 386. – Vgl. auch die Beurteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, Verwaltung Brandenburg, der Kandidaten für den Landtag sowie für die Volkskammer vom 16.8.1950, in: BStU-MfS, HA XX, Nr. 3, Bl. 21–54, bes. Bl. 35.

²⁶² Siehe dazu ausführlich I. JANDER, *Politische Verfolgung in Brandenburg*, 2012, S. 273–283.

²⁶³ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 16.8.1950, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), *Protokolle des Landesblockausschusses*, 1994, S. 395f., bes. S. 396; I. JANDER, *Politische Verfolgung in Brandenburg*, 2012, S. 282f.

²⁶⁴ Vgl. die Beurteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, Verwaltung Brandenburg, der Kandidaten für den Landtag wie für die Volkskammer vom 16.8.1950, in: BStU-MfS, HA XX, Nr. 3, Bl. 31f.

²⁶⁵ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 7.9.1950, abgedr. in: F. REINERT (Bearb.), *Protokolle des Landesblockausschusses*, 1994, S. 401–405, bes. S. 404f.

wies, zog die LDP seine Nominierung sowohl für den Landtag als auch für die Volkskammer zurück.²⁶⁶ Wie aus einem Schreiben des brandenburgischen Innenministeriums an die SKK hervorgeht, wurden insgesamt 40 Nominierungen für das Landesparlament abgelehnt.²⁶⁷ In Thüringen bewegten sich die Zahlen in einer etwas geringeren Größenordnung; dort hatten 24 Personen vom Landesblock keine Zustimmung erhalten. Zudem lehnte der Landeswahlleiter, Innenminister Willy Gebhardt, fünf Kandidaten wegen politischer Unzuverlässigkeit ab.²⁶⁸

Nachdem sich die Parteien auf Landesebene über die Kandidatenlisten geeinigt hatten, wurden die Vorschläge dann auf zentraler Ebene einer nochmaligen Kontrolle durch die SED und die staatlichen Behörden unterzogen. Mitte August 1950 ordnete die Parteispitze die Überprüfung der Benannten durch die Kaderabteilung sowie die Erstellung von Charakteristiken an.²⁶⁹ Das Ministerium für Staatssicherheit leitete eine umfassende Durchleuchtung ein. Die Mitarbeiter erstellten zu jedem in Aussicht genommenen Volkskammer- und Landtagsabgeordneten in Brandenburg und Thüringen eine Beurteilung, in der sowohl Angaben zu dessen Biografie als auch eine kurze politisch-moralische Einschätzung enthalten waren.²⁷⁰ Diese sensiblen Informationen wurden als Argumentationsgrundlage an die SED-Zentrale geleitet, auf die man bei den weiteren Verhandlungen mit den Spitzen der »bürgerlichen« Parteien, die im Demokratischen Block stattfanden, zurückgriff. Dort mahnten Walter Ulbricht und Anton Plenikowski erneut eine gewissenhafte Überprüfung der Vorgeschlagenen an.²⁷¹ Aus diesem Grund richtete der Demokratische Block in der zweiten Augushälfte eine Sonderkommission ein, die nicht nur über die Nominierten für die Volkskammer, sondern ebenso über strittige Fälle unter den Landtagsabgeordneten beriet. Neben der politischen Zuverlässigkeit spielten dabei auch Auskünfte über das Privatleben der Betroffenen, etwaige moralische Verfehlungen,

²⁶⁶ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 9.9.1950, abgedr. in: ebd., S. 406–411, bes. S. 407–409; Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 12.9.1950, abgedr. in: ebd., S. 412–417, bes. S. 416.

²⁶⁷ Vgl. das Schreiben des Innenministeriums des Landes Brandenburg an die SKK, Abteilung Innere Verwaltung, vom 22.9.1950, in: BArch, DO 1, Nr. 8580, o. Bl.

²⁶⁸ Vgl. das Schreiben des Innenministeriums des Landes Thüringen an die SKK, Abteilung Innere Verwaltung, vom 22.9.1950, in: ebd., o. Bl.

²⁶⁹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats des ZK der SED am 16.8.1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/3, Nr. 141, Bl. 1–13, bes. Bl. 1f;

²⁷⁰ Vgl. die Kandidatenliste zur Wahl des Landtags des Landes Brandenburg, o. D. [August 1950], in: BStU-MfS, HA XX, Nr. 3, Bl. 1–20; Beurteilung des Ministeriums für Staatssicherheit, Verwaltung Brandenburg, der Kandidaten für den Landtag wie für die Volkskammer vom 16.8.1950, in: ebd., Bl. 21–54. – Für die thüringischen Kandidaten siehe BStU-MfS, HA XX, Nr. 6. – Vgl. auch J. LAUFER, Das Ministerium für Staatssicherheit und die Wahlfälschungen, 1991, S. 24.

²⁷¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Demokratischen Blocks am 23.8.1950, in: SAPMO-BArch, DY 3, Nr. 11, Bl. 51–82, bes. Bl. 54–56.

das verwandtschaftliche Umfeld sowie die persönliche Vergangenheit eine wichtige Rolle.²⁷²

Die politischen Säuberungen sowie die intensive Überprüfung der künftigen Abgeordneten hatten für die »bürgerlichen« Parteien zur Folge, dass kaum ein Parlamentarier der ersten Stunde bei den »Volkswahlen« am 15. Oktober 1950 erneut in den Landtag einzog. In Weimar erhielten lediglich drei Abgeordnete der CDU und der LDP aus dem Jahr 1946 die Möglichkeit, ihre Mandate weiterhin auszuüben. Bei ihnen handelte es sich durchweg um »Hinterbänker«. ²⁷³ In Brandenburg lag zwar dieselbe Größenordnung vor, allerdings zählten die drei Abgeordneten Ingo von Koerber (LDP), Carl Mühlmann (LDP) und Otto Nuschke (CDU) immerhin zum Führungspersonal der Liberalen und Christdemokraten im Land.

²⁷² Vgl. das Protokoll über die Sitzung der Sonderkommission des Demokratischen Blocks am 29.8.1950, in: SAPMO-BArch, DY 3, Nr. 10, Bl. 90–115; Protokoll über die Sitzung der Sonderkommission des Demokratischen Blocks am 31.8.1950, in: ebd., Bl. 118–143.

²⁷³ Vgl. H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 57.

Siebtes Kapitel

Gelenkte Parlamente. Die Landtage der zweiten Legislaturperiode 1950–1952

1. Uniforme Volksvertretungen

a) Parlamentarische Arbeit unter neuen Bedingungen

Als die Landesparlamente von Brandenburg und Thüringen am 3. November 1950 zu den konstituierenden Sitzungen zusammentraten, hatte sich ihr Charakter im Vergleich zum Beginn der ersten Legislaturperiode sehr verändert. Hatte die SED mit tatkräftiger Unterstützung der SMAD bereits 1946 starken Einfluss auf den Gang der Geschehnisse in den Volksvertretungen genommen, unterlagen diese nun vollständig deren alleinigem Willen. Die feierlichen Eröffnungssitzungen folgten einem Drehbuch, das im Politbüro beschlossen worden war.¹ Hinsichtlich der organisatorischen Fragen sowie der künftigen personellen Besetzung von Ausschüssen und anderen Gremien, die es im Verlauf der Konstituierung zu klären galt, wurde nichts dem Zufall überlassen. Hierzu existierten Vorgaben, die in der Berliner Parteizentrale unter Anleitung von Walter Ulbricht ausgearbeitet und dann an die Landesleitungen zur Umsetzung weitergereicht worden waren. Bereits wenige Tage nach den »Volkswahlen« lagen entsprechende Papiere in Weimar und Potsdam vor. Ab dem 19. Oktober berieten die Sekretariate der Landesleitungen über den Ablauf der Eröffnungssitzung sowie über die personelle Besetzung der wichtigsten Landtagsgremien und der künftigen Landesregierungen.²

Für die höchsten Ämter in den Parlamenten wurden die bisherigen Landtagspräsidenten August Frölich und Otto Meier bestätigt. Die Präsidien erfuhren insofern eine personelle Umbesetzung, als dass nun die Posten der Vizepräsidenten, der Schriftführer und Beisitzer neu verteilt wurden, um auch die Massenorganisationen sowie die »neuen« Parteien mit einzubeziehen. In Brandenburg

¹ Vgl. den Terminplan für das Politbüro und das Sekretariat der SED vom 17.10.1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2, Nr. 114, Bl. 26–29, bes. Bl. 27.

² Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Landesleitung Brandenburg am 19.10.1950, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 37, B. 55–59, bes. Bl. 58f.; Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Landesleitung Brandenburg am 27.10.1950, in: ebd., Bl. 88–91; Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Landesleitung Thüringen am 19.10.1950, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/L/2/3-047, Bl. 21–43, bes. Bl. 30.

wurde die Benennung der drei Vizepräsidenten der CDU, der LDP und dem FDGB als der stärksten Massenorganisation zugewiesen. Eine Besonderheit bestand in dem Umstand, dass die VdgB, deren Abgeordnete 1949 eigentlich zur SED-Fraktion übergetreten waren, nun erneut als vermeintlich eigenständige Kraft in den Landtag zurückkehrte. Sie erhielt ebenso einen Sitz im Präsidium wie die FDJ, die DFD, die NDP und die DBD.³ In den Ältestenrat wurden gleichfalls die VVN, der Kulturbund sowie die Konsumgenossenschaft aufgenommen, so dass dort alle Parteien und Organisationen mit jeweils einer Stimme vertreten waren. Den Vorsitz übernahm Kurt Seibt (SED).⁴ In Thüringen wählte man eine etwas andere Lösung. Dort bestimmte man neben August Frölich fünf Vizepräsidenten, die von den Blockparteien sowie dem FDGB gestellt wurden. Die anderen Massenorganisationen teilten sich drei Mandate als Beisitzer im Präsidium.⁵ Im Ältestenrat waren ebenfalls alle Kräfte vertreten. Weil einige Abgeordnete gleichzeitig Mitglieder in mehreren Massenorganisationen waren, achtete man hier auf die korrekte Zuordnung der Sitze an die kleineren Gruppen nicht ganz so genau. So gehörte kein Abgeordneter der VVN, die mit zwei Sitzen im Landtag saß, dem Ältestenrat direkt an. Stattdessen wurde diese durch den Funktionär Günther Münch (SED) vertreten, der zwar ebenfalls VVN-Mitglied war, der aber streng genommen ein Mandat für den FDGB innehatte.⁶

Weil infolge der Aufstellung einer gemeinsamen Kandidatenliste der Parteien und Massenorganisationen zahlreiche kleinere Gruppierungen in die Landtage einzogen, hatte das Politbüro im Vorfeld die Entscheidung getroffen, deren Zahl in der praktischen Parlamentsarbeit zu reduzieren. Nach dem Vorbild der Volkskammer sollten lediglich die fünf Parteien reguläre Landtagsfraktionen bilden. Die Massenorganisationen waren zu insgesamt vier Arbeitsgemeinschaften zusammenzuschließen, von denen nur der FDGB und die FDJ als eigenständige Formationen bestehen sollten. Die kleineren Organisationen VVN, VdgB und Konsumgenossenschaft sowie der Kulturbund und die DFD sollten

³ Vgl. die Ausarbeitung des Leiters der Abteilung Staatliche Verwaltung, Walter Münchenhagen, für das Sekretariat der SED-Landesleitung Brandenburg vom 27.10.1950, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 37, Bl. 88–91; Protokoll der Sitzung des Landesblockausschusses Brandenburg am 30.10.1950, verf. am 3.11.1950, 3 S., in: ADL, L 5, Nr. 129, o. Bl., S. 1; Landtag Brandenburg, 2. WP, 1. Sitzung am 3.11.1950, in: AVLTB/III, S. 2–15, bes. S. 4.

⁴ Vgl. ebd., S. 12. – Vgl. auch die Ausarbeitung des Abteilungsleiters Staatliche Verwaltung für das Sekretariat der SED-Landesleitung Brandenburg vom 27.10.1950, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 37, Bl. 90. – H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, *Das Land Brandenburg*, 1998, S. 300.

⁵ Vgl. Thüringer Landtag, 2. WP, 1. Sitzung am 3.11.1950, in: AVThLT/III, S.1–11, bes. S. 4f.; Vorlage des Landtagspräsidenten vom 11.11.1950 (Drucksache Nr. 8), in: ebd., S. 516–519.

⁶ Vgl. ebd. – Zur Biografie Günther Münchs siehe J. LENGEMANN, *Thüringische Landesparlamente*, 2014, S. 491f.

hingegen zu zwei weiteren Arbeitsgemeinschaften fusioniert werden.⁷ Während sich der brandenburgische Landtag an diese Vorgaben hielt, wurde in Thüringen eine leicht abweichende Aufgliederung vorgenommen: Dort bildeten neben der Arbeitsgemeinschaft des FDGB die FDJ und die VVN, die DFD und die Konsumgenossenschaft sowie die VdGB und der Kulturbund jeweils eigene Kooperationen.⁸ In der Praxis hatten diese formalen Unterscheidungen allerdings keinerlei Bedeutung, denn die SED stellte unter den Abgeordneten der Massenorganisationen die überdeutliche Mehrheit.⁹ Eine von der Einheitspartei getrennte, eigenständige parlamentarische Tätigkeit fand in den Arbeitsgemeinschaften nicht statt.

Hatte es Ende 1946 zwischen den »bürgerlichen« Parteien und der SED in den Landtagen intensive Diskussionen über die Größe der Fachausschüsse und deren Zusammensetzung gegeben, bestimmte die Einheitspartei nun auch in dieser Frage die Richtung. In Brandenburg setzte die Abteilung Staatliche Verwaltung die Größe der ständigen Ausschüsse auf elf Personen fest, wobei sich die SED den Vorsitz in den entscheidenden Gremien reservierte.¹⁰ Dass nun auch die Massenorganisationen sowie die beiden »neuen« Blockparteien NDP und DBD mit dem Vorsitz in mehreren Ausschüssen bedacht wurden, hatte lediglich kosmetischen Charakter. CDU und LDP wurden aus allen wichtigen Gremien verdrängt. Während der Union der wenig bedeutsame Ausschuss für Arbeit und Sozialfürsorge erhalten blieb, wurde der LDP der Geschäftsordnungsausschuss übertragen, dessen Handlungsmöglichkeiten ebenfalls äußerst überschaubar ausfielen. Die Benennung von Mitgliedern für den Ständigen Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, der laut brandenburgischer Landesverfassung dazu gedacht war, zwischen dem Ablauf der Wahlperiode und der Konstituierung des nächsten Landtags zu wirken, wurde ausgesetzt.¹¹ In Thüringen legte man die Größe der ständigen Ausschüsse mit Ausnahme des Ältestenrats auf neun Personen fest. Als August Frölich diese Bestimmung im Plenum bekannt gab, die eine Abweichung von der bisher üblichen Praxis bedeutete, erhielt er von den Abgeordneten aller Fraktionen und Arbeitsgemeinschaften einhelligen Zuspruch.¹²

⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Politbüros der SED am 31.10.1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2, Nr. 116, Bl. 59–71, bes. Bl. 69f.

⁸ Vgl. Thüringer Landtag, 2. WP, 1. Sitzung am 3.11.1950, in: AVThLT/III, S. 4.

⁹ Vgl. H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 56.

¹⁰ Vgl. die Ausarbeitung des Abteilungsleiters Staatliche Verwaltung für das Sekretariat der SED-Landesleitung Brandenburg vom 27.10.1950, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 37, Bl. 88–91.

¹¹ Vgl. ebd., Bl. 88f.; Landtag Brandenburg, 2. WP, 2. Sitzung am 27.11.1950, in: AVLTB/III, S. 17–32, bes. S. 18f. – Vgl. auch H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, Das Land Brandenburg, 1998, S. 300f.

¹² Vgl. Thüringer Landtag, 2. WP, 1. Sitzung am 3.11.1950, in: AVThLT/III, S. 10f.

Ein besonders auffälliges Zeichen, dass sich der Charakter der Parlamente verändert hatte, manifestierte sich in der Typologie der Abgeordneten. Infolge der Säuberungen und des Anpassungsdrucks im Vorfeld der »Volkswahlen« 1950 waren die letzten christ- und liberaldemokratischen Parlamentarier, die die SED als unsichere Kantonisten eingestuft hatte, aus der Landespolitik verdrängt worden. Was übrig blieb, waren zumeist anpassungsbereite Volksvertreter, die jegliches eigenständiges Verhalten vermissen ließen oder es aber aus Furcht vor Repression so vorsichtig verpackten, dass es als solches kaum erkennbar war. Die SED-internen Urteile über Politiker wie August Bach (CDU), Hermann Gerigk (CDU), Ingo von Koerber (CDU), Carl Mühlmann (LDP) und Erwin Steffen (LDP) fielen entsprechend »fortschrittlich« aus. Andererseits ist den zeitgenössischen Einschätzungen ein grundsätzliches Misstrauen bezüglich der »wahren« Absichten dieser Personen, die in den Landtagen wichtige Ämter besetzten, zu entnehmen. So hieß es in einer Charakteristik der SED-Kreisleitung Weimar aus dem Jahr 1950, die in den Akten des MfS überliefert ist, über den Vizepräsidenten des Thüringer Landtags, August Bach, dass dieser zwar einen offenen und ehrlichen Eindruck mache und in seinem Umgange »sauber« erscheine.¹³ Eine andere Einschätzung monierte jedoch, dass der Landesvorsitzende der CDU trotz seines konsequenten Auftretens nicht immer in der Lage sei, »politisch klar zu entscheiden, was richtig und [was] falsch ist.«¹⁴

Als ein vergleichsweise undurchsichtiger Kandidat galt der Potsdamer Liberaldemokrat Carl Mühlmann. Über ihn fielte das MfS ein geradezu verächtliches Urteil: »Altes, bekanntes, führendes Mitglied der L.D.P. [...] Politische Einstellung stets so, wie es gewünscht wird. [...] Gibt sich heute positiv, ohne gross in Erscheinung zu treten. Am wohlsten ist ihm, wenn er in seiner Ruhe nicht gestört wird.«¹⁵ Offenbar schätzte der Staatsapparat die politische Bedeutung Mühlmanns als relativ gering ein, zumal die SED über gute Kontakte zu dem Landesvorsitzenden Erwin Steffen und zu anderen einflussreichen LDP-Politikern verfügte. Widersprüchliche Urteile existierten hingegen über den Abgeordneten und das Mitglied des Landesvorstands Carl Friedrich Ernemann (LDP) aus Mahlow. Das Ostbüro der FDP stufte ihn als eine »Persönlichkeit mit echt liberaler Haltung und Gesinnung« ein.¹⁶ Im gewissen Sinn korrespondierte die-

¹³ Charakteristik der SED-Kreisleitung Weimar über August Bach vom 12.8.1950, in: BStU-MfS, AP 6730, Nr. 89, Bl. 31.

¹⁴ Charakteristik über August Bach vom 27.12.1951, in: ebd., Bl. 7f, hier Bl. 8.

¹⁵ Beurteilung der Kandidaten für den Landtag wie für die Volkskammer durch das Ministerium für Staatssicherheit, Verwaltung Brandenburg, vom 16.8.1950, in: BStU-MfS, HA XX, Nr. 3, Bl.21–54, hier Bl. 43f. – Vgl. dazu auch den Bericht von Karl Machner über die personelle Besetzung des Landesvorstandes der LDP Brandenburg vom 8.2.1951, 2 S., in: ADL, A 45, Nr. 717, o. Bl., S. 2.

¹⁶ Ebd.

se Einschätzung mit der Auffassung des MfS, das ihm gegenüber Misstrauen für angebracht hielt.¹⁷ Dennoch übte Ernemann sein Mandat politisch unauffällig fast die gesamte Legislaturperiode aus; erst zu Beginn der letzten Sitzung am 25. Juli 1952 sollte Landtagspräsident Meier verkünden, dass Carl Friedrich Ernemann sein Amt aufgrund anderweitiger beruflicher Verpflichtungen aufgeben müsse. In Wirklichkeit war er nach internen Querelen aus der LDPD ausgeschlossen worden.¹⁸

Eine besonders auffällige Veränderung, die in den neuen Landesparlamenten zum Vorschein trat, war die Tatsache, dass der Altersdurchschnitt der Abgeordneten deutlich sank. Otto Meier sprach in der Eröffnungssitzung von einem nun »wesentlich verjüngte[n] Parlament«.¹⁹ Die Parteien und Massenorganisationen hatten teils aus Not, teils mit Absicht einen hohen Anteil an Nachwuchskräften aus ihrem Personalreservoir für die Einheitsliste benannt. Gerade die CDU und die LDP, die viele Mitglieder verloren hatten, mussten auf solche Kräfte setzen, um die zugeleiteten Positionen überhaupt besetzen zu können. Die Massenorganisationen und Blockparteien entsandten junge, aufstrebende Funktionäre in die Landtage, die bereit waren, sich den gewandelten politischen Gegebenheiten unterzuordnen oder die sogar erst aus diesen hervorgegangen waren. Zugleich betrachteten die Leitungsebenen der SED die Landtage als eine gute Möglichkeit, um ihren jungen Kadern eine praktische Schulung in Gremienarbeit zu bieten.²⁰ Im Durchschnitt sank das Alter der Landesparlamentarier in der DDR von 50,5 Jahren auf 39,8 Jahre.²¹ Hatte während der ersten Legislaturperiode ein guter Teil der Abgeordneten in Brandenburg und Thüringen seine politische Sozialisation noch im Kaiserreich oder in der Weimarer Republik erfahren, trat diese Generation an Männern und Frauen jetzt in den Hintergrund. Zugleich legte die SED großen Wert darauf, dass bei der Besetzung der Mandate Personen mit einem »proletarischen« Familienhintergrund bevorzugt wurden.²²

Auch das Selbstverständnis der Volksvertreter wandelte sich. Während der konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags forderte August Frölich die

¹⁷ Vgl. die Beurteilung der Kandidaten für den Landtag wie für die Volkskammer durch das Ministerium für Staatssicherheit, Verwaltung Brandenburg, vom 16.8.1950, in: BStU-MfS, HA XX, Nr. 3, Bl. 43.

¹⁸ Vgl. das Schreiben des LDP-Landesvorsitzenden Erwin Steffen an Landtagspräsident Otto Meier vom 22.7.1952, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 60, Bl. 128; Notiz von Otto Meier über eine persönliche Unterhaltung mit Carl Friedrich Ernemann am 24.7.1952, in: ebd.; Schreiben von Carl Friedrich Ernemann an Otto Meier vom 25.7.1952, in: ebd., Bl. 127; Landtag Brandenburg, 2. WP, 16. Sitzung am 25.7.1952, in: AVLTB/III, S. 439–450, bes. S. 439.

¹⁹ Landtag Brandenburg, 2. WP, 1. Sitzung am 3.11.1950, in: ebd., S. 4 (Beitrag Otto Meier, SED).

²⁰ Vgl. C. DOWIDAT, Zur Entwicklung der politischen und sozialen Strukturen, 1986, S. 251 u. 253.

²¹ Vgl. ebd., T 2.

²² Vgl. ebd., S. 254.

neuen Abgeordneten dazu auf, die Aufgaben zu erfüllen, die ihnen durch das Wahlprogramm der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands gestellt worden seien. Hierzu zählten seiner Auffassung nach insbesondere die Festigung der Staatsordnung der DDR, die Unterstützung der staatlichen Organe, die Verwirklichung des Fünfjahresplanes sowie die aktive Beteiligung am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbau. Der Parlamentarier solle in ständiger Verbindung mit dem Volk stehen, so Frölich, er müsse »der Freund, der Berater und Helfer« sein, offenen Blickes durch die Welt gehen und sein Augenmerk auf die Mängel und Schwächen in der Verwaltung und im Land richten, die es abzustellen gelte. Im Umgang mit »Reaktionären« mahnte er entschlossene Konsequenz an:

»Schädlinge und Saboteure an unserem Aufbau und unserer demokratischen Ordnung dürfen nicht ungestraft ihr Handwerk treiben. Auch hier darf Nachsicht nicht geübt werden. Der Abgeordnete muß, wo ihm solche Vorgänge zur Kenntnis kommen, dafür sorgen, daß diesen Schädlingen das Handwerk gelegt wird.«²³

In Brandenburg schwor Otto Meier die Landtagsabgeordneten ebenfalls auf diesen Kurs ein.²⁴ Im sozialistischen Verständnis der frühen DDR wurden die Parlamentarier nicht mehr als Interessenvertreter ihrer Wähler betrachtet, die im Rahmen der jeweiligen Parteiprogramme und ihrer politischen Überzeugungen als Teil der Legislative agierten. Ihre Aufgabe lautete nicht, ein Gegengewicht zur Exekutive darzustellen. Stattdessen ordnete man ihnen nun die Rolle von bestallten Funktionären zu, die als Mittler zwischen der Bevölkerung und dem Staatsapparat tätig werden sollten. Dem neuen Verständnis nach sei der einzelne Abgeordnete nicht mehr wie in der Weimarer Republik und in den westlichen Demokratien nur seiner Partei verantwortlich, »sondern er muss auch seinen Wählern Rede und Antwort stehen«, erklärte Carl Mühlmann 1951 auf dem Landesparteitag der LDP.²⁵

Die heraufbeschworene unmittelbare Verantwortung der Abgeordneten gegenüber der Wählerschaft kam in den sogenannten »Wähleraufträgen« besonders eindringlich zum Ausdruck. Hierbei handelte es sich um ein auf den ersten Blick basisdemokratisches Element, das der Wahlpraxis der Sowjetunion ent-

²³ Thüringer Landtag, 2. WP, 1. Sitzung am 3.11.1950, in: AVThLT/III, S. 9 (Beitrag August Frölich, SED).

²⁴ Vgl. Landtag Brandenburg, 2. WP, 1. Sitzung am 3.11.1950, in: AVLTB/III, S. 3–9 (Beitrag Otto Meier, SED).

²⁵ Protokoll des Landesparteitags der LDP Brandenburg am 17. u. 18.3.1951, in: ADL, L 5, Nr. 43, 40 Bl., bes. Bl. 20f. (Beitrag Carl Mühlmann, LDP).

lehnt war. Den Bürgern der DDR wurde während der Wahlkampagne in öffentlichen Veranstaltungen sowie als Einzelpersonen die Möglichkeit gegeben, den Kandidaten der Nationalen Front Aufträge zu erteilen, um bestimmte Probleme vor Ort zu lösen. Dies konnte etwa Engpässe bei der Versorgung, die Sanierung des örtlichen Schulgebäudes oder die Änderung des Busfahrplans betreffen. Ob diese Aufträge dann tatsächlich erfüllt wurden, stand allerdings auf einem anderen Blatt. Über jedem Wählerauftrag stand nämlich die Weisung, dass deren Umsetzung nicht im Widerspruch zu den wirtschaftlichen und politischen Interessen des Staates stehen dürfe.²⁶ In beiden Landtagen verpflichteten sich die Parlamentarier feierlich dazu, diese Aufträge, wie es Otto Meier formulierte, »in engster Zusammenarbeit mit der Verwaltung und der Landesregierung zu erfüllen, soweit es irgend möglich und dem Aufbau und Ausbau unserer Wirtschaft die Wege zu ebnen geeignet ist.«²⁷

In welchem Maße die Kompetenzen der Landtage seit Mitte 1948 systematisch ausgehöhlt und eingeschränkt worden waren, zeigte sich spätestens bei ihrer tatsächlichen Arbeit. Auf der konstituierenden Sitzung am 3. November 1950 gab August Frölich bekannt, dass die Ausschüsse fortan nur noch die Aufgaben zu erfüllen hätten, die ihnen vom Landtag bzw. vom Präsidenten zugewiesen würden. Einen eigenständigen Schriftverkehr der Ausschüsse oder seiner Mitglieder, wie es bislang der Fall gewesen war, solle es künftig nicht mehr geben. Solche Tätigkeiten seien nur noch durch das Landtagsbüro oder den Präsidenten selbst zu übernehmen. Durch diese Maßnahme wolle man das Auseinanderlaufen der Arbeiten verhindern.²⁸ Die Ankündigung zog eine erhebliche Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten der Ausschüsse nach sich. Ihnen wurde die Funktion von reinen Beratungsgremien zugebilligt, die lediglich formale Relevanz aufwiesen. So verwunderte es nicht, dass die Fachausschüsse sowohl in Thüringen als auch in Brandenburg während der zweiten Legislaturperiode nur noch einen Bruchteil an Sitzungen durchführten, wie sie zwischen 1946 und 1950 üblich gewesen waren. Wenngleich für den Thüringer Landtag keine genauen statistischen Zahlen vorliegen, lässt sich der Bedeutungsverlust der Ausschussarbeit am Beispiel Brandenburgs aus der folgenden Aufstellung klar belegen:

²⁶ Vgl. H. RICHTER, *Mass obedience*, 2011, S. 106; S. MERL, *Elections in the Soviet Union*, 2011, S. 287–290.

²⁷ Landtag Brandenburg, 2. WP, 1. Sitzung am 3.11.1950, in: AVLTB/III, S. 12 (Beitrag Otto Meier, SED).

²⁸ Thüringer Landtag, 2. WP, 1. Sitzung am 3.11.1950, in: AVThLT/III, S. 10 (Beitrag August Frölich, SED).

Tab. 10: Zahl der Ausschusssitzungen des Landtags Brandenburg (1946–1952)²⁹

| | 1946 | 1947 | 1948 | 1949 | 1950 | 1951 | 1952 |
|-----------|------|------|------|------|------|------|------|
| Sitzungen | 5 | 93 | 112 | 66 | 34 | 25 | 15 |

Im gleichen Maße reduzierte sich die Gesetzgebung. Ulbrichts Aussage auf der Konferenz von Werder 1948, die Landtage sollten künftig nur noch dazu dienen, um über Gesetze zum Feuerlöschwesen zu beraten, stellte sich letztlich als eine Untertreibung heraus.³⁰ Infolge der Zentralisierungsmaßnahmen sanken die Kompetenzen der Landtage in einen kaum mehr messbaren Bereich ab. Laut DDR-Verfassung wurde die Provisorische Volkskammer 1949 zum »höchsten Organ der Republik« erhoben, dessen legislative Kompetenzen jenen der Landesparlamente als übergeordnet zu betrachten waren.³¹ August Frölich bezeichnete deshalb die im Dezember 1946 verabschiedete thüringische Landesverfassung als ein Werk, das künftig nur in zweiter Linie für die Arbeit der Parlamentarier relevant wäre.³² Das Budgetrecht der Landtage, das ohnehin unter der Kontrolle der Besatzungsmacht und der DWK gestanden hatte, wurde seit dem Frühjahr 1950 in mehreren Schritten komplett ausgehebelt. Am Ende stand das am 15. Dezember 1950 von der Volkskammer beschlossene »Gesetz über die Reform des öffentlichen Haushaltswesens«. Dieses hatte zur Folge, dass fortan für die gesamte DDR ein einheitlicher Haushaltsplan nach den Maßgaben des Volkswirtschaftsplanes aufgestellt wurde, dem sich die Länder komplett unterzuordnen hatten.³³

Der Rückgang der Parlamentsarbeit spiegelte sich ebenfalls in der sinkenden Zahl der Plenarsitzungen:

Tab. 11: Zahl der Plenarsitzungen in der 2. Legislaturperiode (1950–1952)³⁴

| | 1950 | 1951 | 1952 | Gesamt |
|---------------------|------|------|------|--------|
| Landtag Brandenburg | 3 | 7 | 6 | 16 |
| Thüringer Landtag | 3 | 7 | 8 | 18 |

Es war keine Seltenheit, dass die Landtage mehrere Monate lang nicht tagten. In beiden Parlamenten wurde es zur Gepflogenheit, dass die Landtagspräsidenten

²⁹ Zahlen nach BLHA, Rep. 201, Nr. 471, Bl. 2f.

³⁰ Vgl. H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, Das Land Brandenburg, 1998, S. 266.

³¹ Vgl. C. DOWIDAT, Zur Entwicklung der politischen und sozialen Strukturen, 1986, S. 248.

³² Thüringer Landtag, 2. WP, 1. Sitzung am 3.11.1950, in: AVThLT/III, S. 8.

³³ Vgl. K.-H. HAJNA, Der Verlust der Finanzhoheit, 1993, S. 322f.; H. Mielke, Auflösung der Länder, 1995, S. 54f.

³⁴ Vgl. BLHA, Rep. 201, Nr. 471, Bl. 4f.

nicht mehr, wie es in der ersten Legislaturperiode üblich gewesen war, am Ende einer Plenarsitzung den Termin für die nächste Zusammenkunft bekanntgaben. Auch die schriftliche Einladung unterblieb in vielen Fällen. Stattdessen wurden die Abgeordneten dazu aufgefordert, die Ankündigung der nächsten Sitzung der Tagespresse zu entnehmen. Die Landtagspräsidenten beriefen die Versammlungen einzig nach Bedarf ein, der einstmals regelmäßige Turnus der Sitzungen wurde aufgegeben.³⁵

Eine Begleiterscheinung der fortschreitenden staatlichen Zentralisierung in der DDR war es, dass sich die Landesparlamente nur noch in einem sehr geringen Maße mit der Beratung und Verabschiedung von Gesetzen beschäftigten.³⁶ Inhaltlich gingen von den in den Landtagen beschlossenen Gesetzen keinerlei relevante Impulse mehr aus. So erwiesen sich die in den Plenen verabschiedeten Haushaltsgesetze von 1951 und 1952 für die Länder als bloße Aufschlüsselungen des in Berlin ausgearbeiteten DDR-Haushaltsplans.³⁷ Die meisten anderen Gesetze konzentrierten sich hingegen auf die Verlängerung oder auf die Abänderung bereits bestehender rechtlicher Normen. Selbst die an sich wenig bedeutsamen Gesetze zur Änderung von Gemeindegrenzen, wie sie in der zweiten Hälfte der ersten Legislaturperiode immer deutlicher an Gewicht gewonnen hatten, wurden jetzt nicht mehr behandelt. Die einzige Ausnahme hiervon bildete im Juli 1952 das Gesetz zur Überführung der Länder in die Bezirke.

Das Recht der Landtage, eigene Gesetzesinitiativen auf den Weg zu bringen, wurde somit vollständig ausgehebelt. Hatten die »bürgerlichen« Fraktionen diese Möglichkeit trotz aller Beschränkungen durch die Militäradministration in der ersten Legislaturperiode mehrfach zu nutzen versucht, um eigene Vorstellungen in die Parlamente einzubringen, kam diese Form der Initiative nun vollständig zum Erliegen. Vielmehr gingen ab Ende 1950 alle Gesetzesanträge entweder von den Landesregierungen oder von den übergeordneten zentralen Instanzen wie der Volkskammer aus.³⁸ Aussprachen über Anträge fanden

³⁵ Vgl. Thüringer Landtag, 2. WP, 1. Sitzung am 3.11.1950, in: AVThLT/III, S. 11; Thüringer Landtag, 2. WP, 3. Sitzung am 19.12.1950, in: ebd., S. 37–50, bes. S. 50; Thüringer Landtag, 2. WP, 7. Sitzung am 16.5.1951, in: ebd., S. 131–156, bes. S. 156; Landtag Brandenburg, 2. WP, 1. Sitzung am 3.11.1950, in: AVLTB/III, S. 13; Landtag Brandenburg, 2. WP, 4. Sitzung am 12.1.1951, in: ebd., S. 64–93, bes. S. 93; Landtag Brandenburg, 2. WP, 12. Sitzung am 27.2.1952, in: ebd., S. 284–329, bes. S. 329.

³⁶ K. WEIRAUCH, Zeittafel 1945 bis 1952, 1996, S. 140–144. – Die von Weirauch für den brandenburgischen Landtag ermittelten Werte unterscheiden sich leicht von denen, die Hans-Joachim Schreckenbach und Werner Künzel nennen. In der Summe kommen die Autoren aber zu demselben quantitativen Ergebnis. Vgl. H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, Das Land Brandenburg, 1998, S. 302.

³⁷ Vgl. DIES., Geschichte der brandenburgischen Landtage, 1996, S. 46.

³⁸ Vgl. SCHRECKENBACH/KÜNZEL, Das Land Brandenburg, 1998, S. 303; H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 57.

nur noch im Ausnahmefall statt. Vielmehr wurde die seit Mitte 1948 immer üblicher gewordene Praxis, die in den Verfassung vorgesehenen zwei Lesungen zusammenzulegen, zur Regel erhoben. Eine Episode aus dem Frühjahr 1952 bringt den Wandel, der in der Einschätzung der Bedeutung der Parlamente stattfand, sehr treffend zum Ausdruck: Ende Januar beschloss der Geschäftsführende Landesvorstand der CDU Thüringen, über die Fraktion einen Dringlichkeitsantrag zur Verbesserung der Wohnraumlage im Kreis Rudolstadt in den Landtag einzubringen.³⁹ In der darauf folgenden Sitzung des Landtagspräsidiums wurde der Antrag allerdings zurückgewiesen. August Frölich verwies dabei auf eine Äußerung des Vorsitzenden des Landespräsidiums der Nationalen Front, Erich Mückenberger (SED), der erklärt hatte, dass die Parteien nicht berechtigt wären, eigene Anträge im Parlament zu stellen.⁴⁰

Da die legislative Tätigkeit in den Landtagen keine signifikante Rolle mehr spielte, trat stattdessen die Verabschiedung von Resolutionen und Aufrufen an die Bevölkerung stärker in den Mittelpunkt der Arbeit. Wie aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich ist, nahm die Stellungnahme der Landtage zu deutschland-, gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Themen in Form von Entschlüssen, Aufrufen und Appellen breiten Raum ein:

Tab. 12: Entschlüsse, Appelle und Aufrufe (1950–1952)⁴¹

| | 1950 | 1951 | 1952 | Gesamt |
|---------------------|------|------|------|--------|
| Landtag Brandenburg | 1 | 12 | 5 | 18 |
| Thüringer Landtag | 3 | 11 | 6 | 20 |

In manchen Sitzungen wurden gleich mehrere Entschlüsse und Aufrufe angenommen, wobei die Abstimmungsergebnisse stets Einstimmigkeit auswiesen. So verabschiedete der brandenburgische Landtag in seiner fünften Sitzung am 20. März 1951 gleich vier Resolutionen. Diese waren so unterschiedlichen Themen gewidmet wie der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten der DDR vor der Volkskammer einige Wochen zuvor, den Berichten der Landesregierung über die Durchführung des Neubauern-Bauprogramms und über die Hilfsmaßnahmen in den Oderbruchkreisen. Schließlich verurteilten die Abgeordneten in einer weiteren Entschlüsselung den Tod von drei Volkspolizisten, die

³⁹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der CDU Thüringen am 31.1.1952, 2 S., in: ACDP, 03-31, Nr. 195, o. Bl, S. 1; Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Landesvorstands der CDU Thüringen am 14.2.1952, 4 S., in: ebd., o. Bl., S. 2.

⁴⁰ H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 62.

⁴¹ BLHA, Rep. 201, Nr. 471, Bl. 4f.

an der Zonengrenze in Thüringen von US-Soldaten erschossen worden waren.⁴² Die Resolutionen und Aufrufe zogen keine unmittelbaren politischen Auswirkungen nach sich. Ihre Aufgabe bestand vielmehr darin, den Maßnahmen des SED-Staates einen legitimatorischen Anstrich zu geben oder die Bevölkerung zu mobilisieren.

b) Landtagsabgeordnete im Visier der Staatssicherheit

Obwohl die Abgeordneten des brandenburgischen und Thüringer Landtags im Vorfeld ihrer Nominierung von mehreren Stellen einer umfassenden Überprüfung unterzogen wurden, bedeutete dies keineswegs, dass sie mit der Übernahme des Mandats aus dem Blick der politischen Überwachung verschwanden. Im Gegenteil: Das Auge des Staates und insbesondere des Ministeriums für Staatssicherheit blieb weiterhin auf sie gerichtet. Obwohl aus der Frühphase der operativen Arbeit des MfS auf Landesebene nur wenige Unterlagen überliefert sind⁴³, geben die erhaltenen Akten Hinweise darauf, welche Schwerpunkte die Staatssicherheit bei der politischen Kontrolle setzte und wie weit ihr Arm in die Arbeit der Landtage hinein reichte. Dabei ist anzumerken, dass in sämtlichen Fällen, in denen Landtagsabgeordnete vom MfS überwacht wurden oder man sie als Informanten anwarb, dies nicht in erster Linie aufgrund ihrer parlamentarischen Tätigkeit geschah. Vielmehr waren für die Staatssicherheit die jeweiligen politischen Umfeldler der Betroffenen interessant oder aber es ging ihr um konkrete Einzelfälle. Die geheimdienstliche Überwachung der Vorgänge in den Landtagen erwies sich also als eine Art Nebenprodukt der breiter angelegten geheimdienstlichen Aktivitäten.

Diese Feststellung galt beispielsweise im Falle des CDU-Abgeordneten Paul Kube aus Oranienburg. Das MfS war auf Kube, der dem Kreisverband der Union in Bernau vorstand und neben seinem Landtagsmandat als Kreisrat tätig war, im Verlauf der Wahlkampagne 1950 aufmerksam geworden.⁴⁴ Im Zusammenhang mit der Zielsetzung der Staatssicherheit, ein Netz von Spitzeln innerhalb der Union aufzubauen, das die Verbindungen zwischen der Ost- und der Westpartei unterwandern sollte, erschien er als ein geeigneter Kandidat. Das MfS stufte ihn als »absolut fortschrittlich« ein.⁴⁵ Kube wurde unter dem Decknamen »Kuhn« vom MfS als Geheimer Informant für die Aufgabe angeworben, den

⁴² Ebd. – Vgl. Landtag Brandenburg, 2. WP, 5. Sitzung am 20.3.1951, in: AVLTB/III, S. 97–126.

⁴³ Für Brandenburg vgl. I. JANDER, Politische Verfolgung in Brandenburg, 2012, S. 346.

⁴⁴ Vgl. den Bericht über eine Unterredung mit Paul Kube vom 31.10.1950, in: BStU-MfS, Ast. Potsdam, AIM 825/56, A-Akte, Bd. 1, Bl. 6f.

⁴⁵ Vgl. die Charakteristik des Paul Kuhn vom 14.8.1950, in: BStU-MfS, Ast. Potsdam, AIM 825/56, P-Akte, Bl. 11.

persönlichen Einfluss mehrerer geflüchteter CDU-Funktionäre wie Germanus Theiss auf den Kreisverband Niederbarnim aufzudecken und um zugleich die wechselseitigen Kontakte nach West-Berlin auszukundschaften. Später weitete man Kubes Tätigkeiten aus, indem das MfS ihn, als politischen Flüchtling getarnt, nach West-Berlin schickte, wo er Informationen über die verdeckte Tätigkeit des CDU-Ostbüros in der DDR zusammentrug.⁴⁶ Aus Gesundheitsgründen stellte Kube 1953 seine Berichte an die Staatssicherheit ein. Im August 1956 wurde die Verbindung zu ihm offiziell beendet.⁴⁷

Bei der Anwerbung von Spitzeln präferierte das MfS die Kontaktaufnahme mit Führungspersonen aus den Reihen der »bürgerlichen« Parteien und Fraktionen. Demgegenüber erschien der klassische »Hinterbänkler« als eine vergleichsweise uninteressante Quelle. Als besonders kooperationswillig erwies sich der CDU-Landesvorsitzende in Brandenburg, Hermann Gerigk. Dieser hatte bereits Verbindungen zum sowjetischen Sicherheitsapparat unterhalten, bevor die Staatssicherheit auf ihn aufmerksam wurde.⁴⁸ Dem als äußerst skrupellos und karriereorientiert geltenden Gerigk gelang im Zuge der Umgestaltung der CDU ein rasanter politischer Aufstieg, der ihm schließlich den Vorsitz des Landesverbandes einbrachte.⁴⁹ Während der Parteisäuberungen in der brandenburgischen Partei zu Beginn des Jahres 1950 spielte er eine tragende Rolle. Nach der Konstituierung des zweiten Landtages wurde er zum Vizepräsidenten benannt. Dass sich bald darauf Hinweise auf Gerigks Vergangenheit als Funktionär in der Hitler-Jugend verdichteten, machte ihn für das MfS zu einer umso wertvolleren Kontaktperson, die regelmäßig zuverlässige Informationen über die Verhältnisse in der brandenburgischen Union lieferte.⁵⁰ In die Anwerbung Paul Kubes als Geheimer Informant war Gerigk ebenfalls verstrickt.⁵¹ Darüber hinaus warb das MfS mit Erwin Steffen (LDP) im November 1950 einen weiteren Vizepräsidenten des brandenburgischen Landtags als Vertrauensperson an.⁵² Innerhalb

⁴⁶ Vgl. den Einsatzplan für den Informator »Kuhn« vom 22.6.1951, in: BStU-MfS, Ast. Potsdam, AIM 825/56, A-Akte, Bd. 1, Bl. 91–97.

⁴⁷ Vgl. den Beschluss über das Abbrechen der Verbindung mit dem geheimen Informator »Kuhn« vom 30.8.1956, in: BStU-MfS, Ast. Potsdam, AIM 825/56, P-Akte, Bl. 67. – Ausführlich zum Fall Paul Kube siehe I. JANDER, Politische Verfolgung in Brandenburg, 2012, S. 342–346.

⁴⁸ Vgl. ebd., S. 87; M. RICHTER, Die Ost-CDU, 1991, S. 91, Anm. 17. – Schreiben des MfS, Verwaltung Groß-Berlin, Abteilung XIII, Major Ullrich, an das MfS, Hauptabteilung V, Herrn Oberstleutnant Kienberg, vom 11.2.1960, in: BStU-MfS, AP, 2324/60, Bl. 66–68, bes. Bl. 66.

⁴⁹ Vgl. die Charakteristik des Hermann Gerigk vom 9.2.1950, in: BStU-MfS, Ast. Potsdam, AP 2505/54, Handakte, Bl. 9f.

⁵⁰ Vgl. den Bericht des MfS, Verwaltung Brandenburg vom 17.1.1951, in: ebd., Bl. 57–59.

⁵¹ Vgl. den Zwischenbericht Nr. 1 der Abteilung VI des MfS vom 1.4.1952, in: BStU-MfS, Allg. S. 66/68, Bd. 48, Bl. 37–56, bes. Bl. 38.

⁵² Vgl. den Bericht des MfS, Verwaltung Brandenburg, Abteilung VI, gez. Müller, über die Werbung eines V-Mannes in der LDP vom 18.11.1950, in: BStU-MfS, Ast. Potsdam, Abt. XX, Nr. 943, Bl. 19f.

des Landesverbands der Liberaldemokraten übte Steffen das wichtige Amt des Generalsekretärs aus. Für das MfS lag der besondere Nutzen in der Zusammenarbeit darin, dass Steffen aufgrund seiner guten Kenntnis der Parteistrukturen und der organisatorischen Details zahlreiche Interna aus dem Verband liefern konnte. Dieser Aufgabe kam Steffen bereitwillig nach.⁵³ Zugleich wurde der innerhalb der eigenen Partei wenig geschätzte Generalsekretär systematisch durch das MfS und die SED-Landesleitung unterstützt, um ihn als Gegenpol zum Landesvorsitzenden Ingo von Koerber aufzubauen, über dessen politische Haltung einige Zweifel bestanden.⁵⁴ Ende März 1951 wurde Steffen dann nach einer von der SED eingefädelten Kampagne zum neuen Vorsitzenden der brandenburgischen LDPD gewählt.⁵⁵

Auch unter den Mitgliedern des Thüringer Landtags suchte das MfS nach geeigneten Kontaktpersonen. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Werner Gast, schien für eine Anwerbung geradezu prädestiniert zu sein. Mitte November 1950 unterbreitete die Abteilung VI der Staatssicherheit in Weimar den Vorschlag, Gast als geheimen Mitarbeiter anzuwerben. Begründet wurde dies mit der »fortschrittlichen« Gesinnung des CDU-Politikers sowie mit dem Umstand, dass Gast durch seine Funktionen einen großen Einblick in die Partei habe. Er sei in der Lage, »gutes Material über die Ereignisse in der Partei zu bringen [und] weiterhin zu erkennen, wo sich Elemente bemerkbar mache[n], die im Auftrage des westlichen Geheimdienstes hier arbeiten«.⁵⁶ Allerdings wurde der Vorschlag zunächst noch abgelehnt. Weshalb man auf die Anwerbung Werner Gasts verzichtete, ist den Akten nicht zu entnehmen. Erst im März 1954 wurde Gast zu einer Zusammenarbeit gedrängt.⁵⁷

Wenngleich die Landtage infolge ihres Bedeutungsverlustes und der sorgfältigen Auslese der Abgeordneten für das MfS insgesamt nur von nachgeordnetem Interesse waren, gerieten sie in Einzelfällen durchaus in das Visier des Geheimdienstes. So zog Anfang 1951 der brandenburgische Landtagspräsident

⁵³ Vgl. den Bericht des MfS, Verwaltung Brandenburg, Abteilung VI, gez. Müller, über eine Unterredung mit Erwin Steffen vom 1.12.1950, in: ebd., Bl. 22f.

⁵⁴ Vgl. die Charakteristik des Ingo von Koerber vom 13.11.1950, in: BStU-MfS, Ast. Potsdam, Allg. P, Nr. 1117/53, Bl. 2f.; Beurteilung des Ministeriums des Innern des Landes Brandenburg, gez. Albrecht, über Ingo von Koerber vom 12.8.1950, in: BStU-MfS, Ast. Potsdam, Abt. XX, Nr. 943, Bl. 17f.; Memorandum des Sekretariats der SED-Landesleitung Brandenburg über die Landesvorstandssitzung der LDP Brandenburg am 2.2.1951, o. D. [Anfang Februar 1951], in: BLHA, Rep. 333, Nr. 897, Bl. 63f.

⁵⁵ Vgl. den Bericht über den Landesparteitag der LDP Brandenburg vom 29.3.1951, in: ebd., Bl. 93–96, bes. Bl. 95; Bericht über die Arbeit des LDP-Landesverbands Brandenburg im Monat März 1951 vom 11.4.1951, in: BLHA, Rep. 203, Nr. 179, Bl. 14–16.

⁵⁶ Vorschlag zum geheimen Mitarbeiter von Abteilung VI, gez. Huhn, vom 14.11.1950, in: BStU-MfS, Ast. Dresden, AIM 845/59, Bl. 19f.

⁵⁷ Vgl. die entsprechenden Unterlagen in: ebd.

Otto Meier die Aufmerksamkeit der staatlichen Stellen auf sich, als er zum wiederholten Male mit seinem Kraftfahrzeug die Westsektoren Berlins durchquerte. Indem er damit den Weg von Ost-Berlin nach Potsdam merklich abkürzte, verstieß er gegen parteiinterne Anweisungen, die genau das untersagten.⁵⁸ Das MfS versuchte daraufhin, den Fahrer Meiers als Informanten zu gewinnen, um mehr über dessen Fahrten durch West-Berlin in Erfahrung zu bringen. Dieser fühlte sich dem auf ihn ausgeübten Druck allerdings nicht gewachsen. Bevor er in die Bundesrepublik floh, unterrichtete er seinen Arbeitgeber Meier über die Bespitzelungsversuche.⁵⁹ Einige Wochen darauf fand dieser im Garten seines Hauses ein Schreiben des Untersuchungsausschusses freier Juristen, in welchem er aufgrund seiner Funktion als Landtagspräsident aufgefordert wurde, sich für die Verbesserung der Haftbedingungen im Gerichtsgefängnis Potsdam einzusetzen. Meier, der angesichts der Situation offenbar verunsichert war, wie er sich richtig verhalten sollte, reichte den Brief erst zwei Wochen später an Willy Sägebrecht weiter, der ihn schließlich an die MfS-Verwaltung übermittelte.⁶⁰ Obwohl die beiden genannten Vorgänge nicht unmittelbar zusammenhängen, reichten sie aus, um bei der Staatssicherheit einen Anfangsverdacht gegen Meier zu erregen. Sie begann nun, ein besonderes Augenmerk auf den Landtagspräsidenten zu richten, zumal er sich in Gesprächen und Telefonaten mit MfS-Mitarbeitern abfällig über deren Arbeit äußerte. Meier verbat sich allerdings weitere Schnüffeleien in seinem Privatleben. Hinzu kam, dass sich der SED-Politiker heftig über einen bevorstehenden Beschluss des Politbüros erregte, demzufolge jedem führenden Funktionär ein Bediensteter des MfS als Personenschutz zur Seite gestellt werden sollte.⁶¹ Auch wenn der ständige Begleiter kam, wurden in der Folge die verdeckten Ermittlungen gegen Otto Meier eingestellt.

⁵⁸ Vgl. die Aktennotiz von Johde, Abt. VI des MfS Potsdam, vom 9.10.1951, in: BStU-MfS, Ast. Potsdam, AP, Nr. 104/55, Bl. 8; Bericht des MfS, Verwaltung Brandenburg, Abteilung PS, gez. Lehmann, über eine Unterredung mit Otto Meier am 9.10.1951, in: ebd., Bl. 9–11, bes. Bl. 10.

⁵⁹ Vgl. das Schreiben des Sekretariats der Landtagsverwaltung Brandenburg an das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg, Hauptabteilung Personal, vom 14.7.1951, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 445, Bl. 28.

⁶⁰ Vgl. das Schreiben des Untersuchungsausschusses freier Juristen der Sowjetzone vom 18.8.1951, in: BStU-MfS, Ast. Potsdam, AP, Nr. 104/55, Bl. 3f.; Schreiben von Otto Meier an Willy Sägebrecht vom 30.8.1951, in: ebd., Bl. 5.

⁶¹ Vgl. die Aktennotiz von Johde, Abt. VI des MfS Potsdam, vom 9.10.1951, in: BStU-MfS, Ast. Potsdam, AP, Nr. 104/55, Bl. 8; Aktennotiz von Lehmann, Ministerium für Staatssicherheit, Verwaltung Brandenburg, Abteilung PS vom 9.10.1951, in: ebd., Bl. 12f. – Vgl. auch das Protokoll der Sitzung des Politbüros des Zentralkomitees der SED am 30.10.1951, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2, Nr. 173, Bl. 15–20, bes. Bl. 18.

2. Abgeordnete als Berichterstatter

Während die eigentlichen Felder parlamentarischer Arbeit wie die Gesetzgebung und die Kontrolle der Exekutive in der zweiten Legislaturperiode kaum mehr zur Geltung kamen, richteten die Landtage ihr Augenmerk nun auf andere Tätigkeiten. Insbesondere die Verwendung der Abgeordneten als Inspektoren und Berichterstatter gewann an Bedeutung. Sie wurden eingesetzt, um im Rahmen von groß angelegten Kampagnen zur Landwirtschaft und zum wirtschaftlichen Aufbau durch das Land zu reisen und die Durchführung von vorgegebenen Normen und Gesetzen zu überwachen. Diese Tätigkeit entsprach dem Bestreben der SED, die Landtage zu »arbeitenden Körperschaften« umzubauen, die einen Beitrag zur »Einheit von Beschlußfassung, -durchführung und -kontrolle« im Zentralismus leisten sollten.⁶² Während der konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags 1950 erklärte August Frölich, dass »[d]ie wichtigste Aufgabe, die wir in den kommenden Jahren zu erfüllen haben, [...] unsere Mitarbeit bei der Inangriffnahme und Verwirklichung des grandiosen Fünfjahrplanes« sei.⁶³ Otto Meier wies die neuen brandenburgischen Mandatsträger auf die Notwendigkeit der unmittelbaren Zusammenarbeit zwischen Wählern und Gewählten hin:

»Denn aus dem Leben selbst, aus Schwierigkeiten und Nöten, aus guten und schlechten Beispielen, werden wir durch die Berichterstattungen draußen im Lande, in den Städten, Dörfern und Betrieben Erfahrungen schöpfen, Anregungen entgegennehmen und Wähleraufträge bekommen, die uns unsere großen Aufgaben meistern helfen, die vor allem im Fünfjahrplan jetzt unmittelbar im Landesmaßstab vor uns stehen.«⁶⁴

Die Ursprünge für den Einsatz von Parlamentariern als Berichterstatter lagen bereits in der ersten Legislaturperiode. Mitte Februar 1947 wurden die Landtage auf Wunsch der SMAD zu Sondersitzungen zusammengerufen, in deren Mittelpunkt die Verlesung eines Briefes von Marschall Sokolowski stand. Um angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Situation nach dem schweren Winter

⁶² C. DOWIDAT, Zur Entwicklung der politischen und sozialen Strukturen, 1986, S. 263. – Vgl. auch H. GOTFWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 58; H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, Das Land Brandenburg, 1998, S. 304. – Bericht des Ministeriums des Innern des Landes Thüringen, Hauptabteilung Landes-, Kreis- und Gemeindeverwaltung, über die Zusammenarbeit mit den Volksvertretungen vom 27.6.1949, in: BAArch, DO I, Nr. 26004, Bl. 18f.

⁶³ Thüringer Landtag, 2. WP, 1. Sitzung am 3.11.1950, in: AVThLT/III, S. 9 (Beitrag August Frölich, SED).

⁶⁴ Landtag Brandenburg, 2. WP, 1. Sitzung am 3.11.1950, in: AVLTB/III, S. 8 (Beitrag Otto Meier, SED).

von 1946/47 die Ernährung der Bevölkerung in der SBZ sicherzustellen⁶⁵, ordnete der SMAD-Chef eine Steigerung der Erträge in der Landwirtschaft und eine Verbesserung des Lebensstandards an. Die Regierungen der Länder und die Parlamente wurden dazu angehalten, die vorgesehenen Maßnahmen zu befördern und für eine »höchstmögliche Hilfe für die Bauernschaft« zu sorgen.⁶⁶ Die praktische Umsetzung der Aufgaben übernahmen zunächst allein die Landesregierungen. So präsentierte das thüringische Kabinett dem Landtag ein umfangreiches Sofortprogramm.⁶⁷ Zugleich stellte die SED-Fraktion eine Entschließung vor, die dazu beitragen sollte, die Bevölkerung für die »Volksaktion 1947« zu mobilisieren. Gemäß den Vorgaben der SMA ergriffen in der Aussprache über die Regierungserklärung zum Sofortprogramm Abgeordnete mit landwirtschaftlichem Sachverstand das Wort, um praktische Vorschläge zur Verwirklichung der von Sokolowski geforderten Schritte zu machen.⁶⁸ Im Namen der SED erklärte Werner Eggerath, dass der Landtag bei der nun beschlossenen Aktion eine besondere Rolle spielen müsse. »Der Landtag soll nicht nur eine Tribüne sein, wo die Abgeordneten des Volkes den Willen des Volkes darlegen, er soll nicht nur die Anweisung geben für die Regierung, der Landtag als höchstes Organ des Volkes, soll auch ein Motor des Lebens des Volkes sein.«⁶⁹ In Potsdam forderten Ministerpräsident Carl Steinhoff und Landtagspräsident Friedrich Ebert die Volksvertreter dazu auf, sich persönlich bei der Realisierung der von Marschall Sokolowski vorgegebenen Zielsetzungen einzubringen:

»Benutzen Sie jede sich Ihnen bietende Gelegenheit bei Ihren Fahrten durch das Land oder in Ihrem kleineren Wirkungskreis, dem Lande zu helfen. Machen Sie Halt beim Landrat, sprechen Sie vor beim Bürgermeister, unterhalten Sie sich mit dem Vorsitzenden der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, fragen Sie, wo noch Mängel sind, fragen Sie, wo noch geholfen werden muß, fragen Sie als der Abgeordnete, als der Vertrauensmann des Volkes, der Helfende, und melden Sie der Regierung alle Schwächen, die Sie noch auffinden, aber auch die guten Beispiel, die Sie getroffen haben, um sie den anderen weiterzugeben. (*Zurufe: Sehr gut, sehr richtig!*)

⁶⁵ Vgl. F. SATTLER, *Wirtschaftsordnung im Übergang*/1, 2002, S. 214f.

⁶⁶ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 10. Sitzung am 17.2.1947, in: AVThLT/I.1, S. 545.

⁶⁷ Vgl. ebd., S. 550f.

⁶⁸ Vgl. den Aktenvermerk über eine Besprechung bei Generalmajor Iwan S. Kolesnitschenko mit August Frölich, Rudolf Paul, Generalmajor Smirnow, Werner Eggerath, Major Kaplun und Major Babenko am 10.2.1947, verf. am 11.2.1947, in: ThHStAW, Land Thüringen, Der Ministerpräsident – Büro des Ministerpräsidenten, Nr. 514, Bl. 136–142, bes. Bl. 136f.

⁶⁹ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 10. Sitzung am 17.2.1947, in: AVThLT/I.1, S. 554 (Beitrag Werner Eggerath, SED).

Wer aber darüber hinaus das fachliche Können in sich fühlt, der mag auch kontrollieren, mit Takt und Verständnis kontrollieren, bei den einzelnen Bürgermeistern, Kreis- und Landräten, ob und wie Beschlüsse des Landtages in allen ihren Teilen durchgeführt worden sind. Zeigen Sie dem Volk, daß wir nicht nur redende Parlamentarier sind, sondern daß wir des Volkes fürsorgliche Freunde und seine ersten Arbeiter sein wollen [...].«⁷⁰

Zwar wurden die Landtage 1947 weder in Thüringen noch in Brandenburg unmittelbar in die Durchführung der Anbauplanungen und der Ablieferungskampagnen einbezogen. Ihre Mitwirkung begrenzte sich zunächst auf die Verabschiedung von Entschlüssen und Apellen, in denen dazu aufgefordert wurde, die Vorgaben vollständig und fristgerecht zu erfüllen.⁷¹ Gleichwohl nahmen der Appell Eberts und die Äußerungen Werner Eggeraths Vieles von den späteren Aufgaben der Abgeordneten vorweg.

Die zunächst recht überschaubare Einbindung wurde ab 1948 kontinuierlich erweitert. Im Juli des Jahres fassten die Landtagsfraktionen in Weimar erstmals den Beschluss, aus ihren Reihen für jeden Kreis einen Abgeordneten zu benennen, der die bevorstehende Einbringung und Sicherung der Ernte überwachen sollte. Diese von der SED eingebrachten Anträge standen im Zusammenhang mit den Diskussionen über den Wirtschaftsplan. Trotz einer Gegenstimme und fünf Enthaltungen griff der Thüringer Landtag in seiner Mehrheit den Vorschlag auf.⁷² Bereits einige Wochen zuvor hatte das brandenburgische Landesparlament einen ähnlichen Beschluss gefasst. Hier stand jedoch weniger der Ernteeinsatz im Vordergrund, sondern vielmehr die Umsetzung des SMAD-Befehls Nr. 209 aus dem Jahr 1947. Dieser beauftragte die Landesregierungen der SBZ mit der Errichtung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden für die Neubauern. Im Falle Brandenburgs ging es dabei um den Bau von 10 000 Häusern, von denen bis Mitte 1948 erst rund zehn Prozent fertiggestellt waren.⁷³ Auf Initiative der SED hatten sich die Vorsitzenden der Landtagsfraktionen darauf verständigt, die Abgeordneten in die Durchführung des Bauprogramms

⁷⁰ Landtag Brandenburg, 1. WP, 7. (außerordentliche) Sitzung am 14.2.1947, in: AVLTB/I, S. 77–92, hier S. 92 (Beitrag Friedrich Ebert, SED). – Zur Vorbereitung der Sitzung vgl. auch den Tagebucheintrag von Friedrich Ebert zum 8.2.1947, in: SAPMO-BArch, NY 4192, Nr. 9, Bl. 19rs.

⁷¹ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 21. Sitzung am 27.6.1947, in: AVThLT/I.1, S. 892. – Protokoll der Sitzung des Verfassungsausschusses des Landtags Brandenburg am 8. u. 9.10.1947, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 162, Bl. 151–153.

⁷² Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 45. Sitzung am 22.7.1948, in: AVThLT/I.2, S. 1681.

⁷³ Vgl. den SMAD-Befehl Nr. 209 vom 9.9.1947, abgedr. in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland, 1968, S. 493–495; Landtag Brandenburg, 1. WP, 39. Sitzung am 9.6.1948, in: AVLTB/I, S. 484.

einzubinden, indem sie jenen sechs Landkreisen, die bislang hinter den Vorgaben zurücklagen, Inspektionsbesuche abstatten sollten. Das Ziel war es, bis Ende des Monats in allen Kreisen mit den planmäßigen Bauvorhaben begonnen zu haben.⁷⁴ Nach der Sommerpause wurden die eingegangenen Berichte in der 41. Landtagssitzung dann ausgewertet.⁷⁵ Anfang Oktober 1948 übernahm der Thüringer Landtag diese Praxis zur Überwachung der Bauprojekte, die im Kontext des SMAD-Befehls Nr. 209 standen.⁷⁶

Der Vorteil solcher Einsätze, deren Zahl 1949 und 1950 in beiden Ländern weiter zunahm, bestand in dem Umstand, dass sich die Wohnorte und Wahlkreise der Landtagsabgeordneten über alle Gebiete Thüringens und Brandenburgs erstreckten. Somit stand ein nahezu flächendeckendes Netz an Personen zur Verfügung, die für die Kontrollen abgestellt werden konnten. Überdies verursachten diese Maßnahmen kaum zusätzliche Kosten, weil die Parlamentarier die Inspektionsreisen als Teil ihrer Landtagsarbeit durchführten. Die meisten Abgeordneten, die für die Inspektionen eingeteilt wurden, kannten die ihnen zugeteilten Kreise aus ihrer beruflichen oder ehrenamtlichen Tätigkeit gut, manche galten zudem als Sachverständige für Agrarfragen, einige führten sogar selbst einen landwirtschaftlichen Betrieb. Die überlieferten Unterlagen dokumentieren, dass sie ihre Tätigkeit gerade in der Anfangsphase durchaus als eine relevante Aufgabe begriffen. Aus ihrer Sicht leisteten sie mit den Inspektionsfahrten einen wichtigen Beitrag zur Überwindung der Versorgungsmisere und zum Nutzen der Bürger.⁷⁷ Die schriftlichen Berichte, die sie für die Landtagsbüros in Weimar und Potsdam verfassten, vermittelten sehr plastische Eindrücke von den herrschenden Problemen und Nöten auf dem Land.⁷⁸

Doch es stellte sich die Frage, inwieweit man aus den einzelnen Schilderungen tatsächlich grundsätzliche Schlussfolgerungen ziehen konnte. Viele Berichte verloren sich auf der einen Seite in Detailfragen, die möglicherweise auf kommunaler Ebene, nicht aber durch den Landtag oder ein Ministerium gelöst werden konnten. Wenn auf der anderen Seite etwa Esther-Maria von Coelln (CDU) im Juni 1949 über ihre Eindrücke von der Besichtigung der nahe bei

⁷⁴ Vgl. ebd., S. 490.

⁷⁵ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 41. Sitzung am 8.9.1948, in: ebd., S. 545–554.

⁷⁶ Vgl. Thüringer Landtag, 1. WP, 49. Sitzung am 8.10.1948, in: AVThLT/L3, S. 1896. – Beschluss des Thüringer Landtags vom 8.10.1948, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 47, o. Bl.; Rundschreiben von August Frölich an die Landtagsfraktionen von SED, LDP und CDU vom 9.10.1948, in: ebd., o. Bl.

⁷⁷ Vgl. Landtag Brandenburg, 1. WP, 39. Sitzung am 9.6.1948, in: AVLTB/I, S. 492 (Beiträge Josef Halbey, CDU, u. Max Gaedecke, LDP).

⁷⁸ Siehe dazu ausführlich die überlieferten Berichte in: BLHA, Rep. 201, Nr. 65–69, 78, 79, 81/1, 195 u. 196; ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 47–52.

Meiningen gelegenen Schweinemastanstalt in Ellingshausen berichtete, dass dort in kurzer Zeit »aus elenden Ferkeln gesunde, kräftige Schweine« geworden seien, die nun der Mast zur Verfügung stünden⁷⁹, oder es in manchen Gebieten Thüringens Absatzschwierigkeiten bei Möhren und Kohlrabi gab⁸⁰, dann hatten solche Informationen auf das gesamte Land bezogen nur sehr begrenzte Aussagekraft. Weil in den ersten Jahren keine verbindlichen Vorgaben zur Anlage der Berichte existierten, trugen die nicht selten blumig ausgeschmückten Ausführungen häufig Züge von Schüleraufsätzen über ein schönes Ferienerlebnis. Von der widersprüchlichen qualitativen Wertigkeit ganz abgesehen, existierte das Problem, dass 1948 und 1949 noch vergleichsweise wenige Abgeordnete für die Kontrollreisen abgestellt wurden. Einen validen Gesamteindruck konnten ihre Fahrten also nicht vermitteln. Außerdem bestanden teils erhebliche logistische und organisatorische Schwierigkeiten. Obwohl das Innenministerium des Landes Thüringen die Kreisräte per Rundschreiben dazu aufgefordert hatte, sämtlichen für die Inspektionen eingeteilten Landtagsabgeordneten Fahrgelegenheiten zur Verfügung zu stellen⁸¹, war es einzelnen Politikern nicht möglich, die zugewiesenen Ortschaften zu erreichen. So beklagte sich der CDU-Abgeordnete Wilhelm Voigt darüber, dass ihm der Kreisrat des Kreises Arnstadt keinen Wagen bereitstellen konnte. Voigts Vermutung war, dass die Verwaltungsstellen vor Ort dem Ernteeinsatz der Landtagsabgeordneten mit Vorbehalten gegenüberständen. Letztlich sah er sich dazu gezwungen, die Dörfer mit dem eigenen Fahrrad zu besuchen.⁸²

Im Laufe der Zeit machte sich in der zunächst sehr uneinheitlichen Berichterstattung der Abgeordneten eine Professionalisierung bemerkbar. Der Thüringer Landtag entwickelte 1950 einen eigenen Fragebogen, der erstmals bei der Kampagne zur Frühjahrsbestellung zum Einsatz kam. Das vierseitige Papier enthielt 17 Hauptfragen, die sich in weitere Unteraskpekte aufgliederten. Neben statistischen Erhebungen zu Fehlmengen und zur Qualität des Saatgutes, zur Austeilung der Grunddüngermengen, zur Schädlings- und Unkrautbekämpfung sowie zu Wildschweinschäden wurden die Abgeordneten in dem Bogen auch dazu angehalten, Einschätzungen über die Arbeit der Kreisräte, der Dorfgemeinschaften und der Maschinenausleihstationen in den Gemeinden zu geben. Die statistische Auswertung des auf diese Weise zusammengetragenen

⁷⁹ Schreiben von Esther-Maria von Coelln an August Frölich vom 17.6.1949, in: ThHstAW, Thüringer Landtag, Nr. 47, o. Bl.

⁸⁰ Vgl. das Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Landtagwirtschaft des Thüringer Landtags am 8.7.1950, 2 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 186, o. Bl., S. 2.

⁸¹ Vgl. das Rundschreiben des Ministeriums des Innern des Landes Thüringen an die Kreisräte der Landkreise vom 5.8.1948, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 48, o. Bl.

⁸² Vgl. das Schreiben von Wilhelm Voigt an das Büro des Thüringer Landtags vom 13.10.1948, in: ebd., o. Bl.

Materials übernahmen die VdgB und das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft.⁸³ Einige Wochen später wurde ein weiterer Fragebogen an die Volksvertreter ausgegeben, in welchem sich die Zahl der Hauptfragen auf 51 verdreifachte. Weitere Bögen folgten.⁸⁴

Die Zahl der für die Kontrolleinsätze abgestellten Abgeordneten stieg ebenfalls. Handelte es sich zunächst nur um kaum ein Dutzend Personen, wurden insbesondere während der zweiten Legislaturperiode weite Teile der Parlamentarier in die Kampagnen einbezogen. In Potsdam teilten die Fraktionen im Januar 1951 84 der 100 Abgeordneten für die Berichterstattung zur Frühjahrsbestellung ein.⁸⁵ An der Oderbruchhilfsaktion im Sommer des Jahres beteiligten sich 66 Abgeordnete. Diese führten insgesamt 181 Besuche und Hofbegehungen vor Ort, Besprechungen mit Bürgermeistern und Landräten, Versammlungen und öffentliche Sprechstunden durch. Zu diesen Anlässen übergaben die Bürger den Landtagsabgeordneten mehr als 400 Beschwerden und Anliegen mit der Bitte um Erledigung.⁸⁶ In Thüringen legte Landtagspräsident Frölich Mitte Februar 1951 einen Plan zum Pateneinsatz der Abgeordneten während der Frühjahrsbestellung vor, welcher in Absprache mit dem Landesausschuss der Nationalen Front sämtliche Mandatsträger auf die Land- und Stadtkreise verteilte.⁸⁷ August Frölich erklärte dazu, dass die Hauptaufgabe der Volksvertreter sich im Rahmen der Patenschaften erstrecken solle »auf die Aufklärung in den Betrieben, in der Stadt und auf dem Dorfe, auf die helfende Kontrolle bei der Durchführung und der Anwendung der Gesetze und Verordnungen, bei der Durchführung des Fünfjahresplanes und der konkreten einzelnen Pläne. Weiter soll die unmittelbare Hilfe bei der Beseitigung von Mängeln, Schwierigkeiten und Mißständen stattfinden.« Es möge auf die Erfüllung der Wähleraufträge hingearbeitet werden, so Frölich, »und durch gegenseitige Hilfe und Zusammenarbeit sollen die uns gestellten Aufgaben ihre Lösung finden.«⁸⁸ Zudem wurde den Abgeordneten vorgeschrieben, zweimal im Monat in einem Aufklärungslokal ihres Paten-

⁸³ Vgl. den Berichterstattungsfragebogen Nr. 1 für den Monat Mai 1950, 4 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 50, o. Bl.

⁸⁴ Vgl. den Berichterstattungsfragebogen Nr. 2 für die Monate Juni und Juli 1950, 5 S., in: ThHStAW, Thüringer LT, Nr. 51, o. Bl.; Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft des Thüringer Landtags am 8.7.1950, 2 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 186, o. Bl.

⁸⁵ Vgl. das Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, des Ausschusses für Wirtschaft und des Ausschusses für Handel und Versorgung des Landtags Brandenburg am 25.1.1951, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 192, Bl. 3.

⁸⁶ Vgl. den Bericht über die Oderbruchhilfsaktion 1951, o. D. [Juli 1951], in: BLHA, Rep. 201, Nr. 77, Bl. 1–6, bes. Bl. 1.

⁸⁷ Vgl. die Vorlage von August Frölich (SED) für den Thüringer Landtag vom 16.2.1951 (Drucksache Nr. 27), in: AVThLT/III, S. 556–559.

⁸⁸ Thüringer Landtag, 2. WP, 5. Sitzung am 28.2.1951, in: ebd., 69–94, hier S. 94.

kreises tätig zu werden. Über alle Einsätze sei regelmäßig Bericht zu erstatten.⁸⁹ Ferner verpflichteten sich die Parlamentarier im November 1951, jeden Monat mindestens einen Auftrag von der Nationalen Front zur Erfüllung des Fünfjahrplanes zu übernehmen.⁹⁰ Als dann Ende des Jahres das ZK der SED einen Aufruf zum Aufbau der deutschen Hauptstadt Berlin veröffentlichte, fanden sich 75 Landespolitiker bereit, das Projekt entweder mit Geldspenden, Sachleistungen oder aber in handwerklicher Eigenleistung mit Aufbaustunden zu unterstützen.⁹¹ Dass ein Abgeordneter anbot, dem Nationalen Aufbauprogramm einen Liedtext und einen »Gedichtzyklus für das neue Berlin« beizusteuern, verschwieg Frölich allerdings in seinem offiziellen Bericht.⁹²

Die Verwendung von Landtagsabgeordneten für Inspektionen und andere Aufgaben entwickelte sich zu einem regelrechten Selbstläufer. Teilweise wurde ihr Einsatz gar nicht mehr zuvor vom Landtag formal bestätigt. Als der Ministerrat der DDR 1951 den Beschluss fasste, in allen Landkreisen, in denen es zu Verzögerungen bei der Einbringung der Ernte gekommen war, besondere Kontrollmaßnahmen zu ergreifen, leitete der stellvertretende Ministerpräsident von Brandenburg, Innenminister Bruno Lentzsch (SED), diese Vorgabe an Otto Meier mit der Anordnung weiter, dass sich die Landtagsabgeordneten ebenfalls an den Überprüfungen beteiligen sollten. Auf speziellen Vordrucken waren vom Landtagsbüro nur noch der jeweilige Landkreis und der Name des Berichterstatters einzutragen.⁹³

Die immer stärkere Ausweitung der Kontrolleinsätze, die schließlich fast an Beliebigkeit grenzte, sowie der wachsende Arbeitsaufwand führten allerdings dazu, dass die Motivation der Abgeordneten zur Teilnahme an den Kampagnen merklich zurückging. Während die Berichterstattung in der Anfangszeit, als sie sich noch in einem überschaubaren Rahmen bewegte, von den meisten Parlamentariern noch sehr gewissenhaft ausgeübt wurde, sank das individuelle Engagement während der zweiten Legislaturperiode deutlich ab. Der Einsatz trug nun den Charakter einer lästigen Pflichtübung, welcher dann in den Plenarsälen nicht enden wollende Berichte und monotone Stellungnahmen der

⁸⁹ Vorlage von August Frölich für den Thüringer Landtag vom 26.2.1951 (Drucksache Nr. 29), in: ebd., S. 561f.

⁹⁰ Vgl. Thüringer Landtag, 2. WP, 10. Sitzung am 27.11.1951, in: ebd., 207–250, bes. S. 237. – Vgl. auch H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 59.

⁹¹ Vgl. Thüringer Landtag, 2. WP, 11. Sitzung am 26.1.1951, in: AVThLT/III, S. 251–274, bes. S. 252. – Vgl. dazu auch M. LEMKE, Vor der Mauer, 2011, S. 401f.

⁹² Vgl. die Stellungnahmen der Abgeordneten zum Wiederaufbau Berlins, o. D. [Januar 1952], 5 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 60, o. Bl.

⁹³ Vgl. das Schreiben des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg, gez. Bruno Lentzsch (SED), an Otto Meier vom 21.8.1951, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 59, Bl. 243; Schreiben des Sekretariats beim Landtagspräsidenten des Landes Brandenburg an die Landtagsabgeordneten im Kreis Fürstenwalde vom 6.9.1951, in: ebd., Bl. 260.

Fraktionen über den Stand der wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR folgten. Diskussionen fanden nicht mehr statt, vielmehr erschöpfte sich die parlamentarische Arbeit in Zustimmungsritualen. All dies wirkte sich nachteilig auf die Disziplin der Volksvertreter aus.⁹⁴ Anfang Mai 1952 thematisierte der Ältestenrat des brandenburgischen Landtags diese Entwicklung. Walter Münchenhagen (SED) klagte insbesondere über die mangelnde Anwesenheit während der Plenarsitzungen. Der Saal sei oftmals nur zur Hälfte besetzt, weil große Teile der Abgeordneten sich im Kasino oder in den Vorräumen aufhielten. Um die Tagungsdisziplin wieder herzustellen, schlug Münchenhagen vor, die Fraktionen und Arbeitsgemeinschaften ernsthaft auf ihre Pflichten hinzuweisen. Außerdem solle man bei längeren Verhandlungen des Öfteren eine kurze Pause einlegen.⁹⁵

Solche Ermüdungserscheinungen kamen ebenfalls im Thüringer Landtag zum Vorschein. Regelmäßig musste August Frölich die Abgeordneten zu einer besseren und aktiven Beteiligung ermahnen; indes hatte er damit nur wenig Erfolg. Unpünktlichkeit und das vorzeitige Verlassen der Plenarsitzungen blieben bis zur Auflösung des Landtags ein ebenso großes Problem wie die hohen Abwesenheitsquoten.⁹⁶ Die Sekretariate der Landtage versuchten, der sich ausbreitenden Passivität entgegenzuwirken, indem sie den Fällen nachgingen. Dabei wurden auch die Landesverbände der Parteien und Massenorganisationen mit eingeschaltet, um Erklärungen für offenkundige Versäumnisse bei der parlamentarischen Arbeit und der Berichterstattung zu erhalten. Die Erfolge dieser Bemühungen waren überschaubar. Viele Abgeordnete ließen sich wegen anderweitiger Verpflichtungen von den Inspektionstouren für das Parlament befreien.⁹⁷

⁹⁴ Vgl. H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 59f.

⁹⁵ Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Landtags Brandenburg am 2.5.1952, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 45, Bl. 102–104, bes. Bl. 104.

⁹⁶ Vgl. Thüringer Landtag, 2. WP, 8. Sitzung am 14.9.1951, in: AVThLT/III, S. 157–190, bes. S. 190; 10. Sitzung am 27.11.1951, in: ebd., S. 210; 12. Sitzung am 20.2.1952, in: ebd., S. 275–304, bes. S. 278; 14. Sitzung am 9.4.1952, in: ebd., S. 331–381, bes. S. 334 u. 381; 15. Sitzung am 5.5.1952, in: ebd., SD. 383–408, bes. S. 386. – Vgl. dazu auch H. GOTTWALD, Thüringer Landtag, 1994, S. 59f.

⁹⁷ Vgl. das Schreiben des Sekretariats des Landtags Brandenburg an den Landesvorstand der DBD vom 12.12.1950, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 61, Bl. 122; Schreiben der Abgeordneten Margarete Schahn (SED) an das Sekretariat des Landtags Brandenburg vom 15.11.1951, in: ebd., Bl. 196; Schreiben des Abgeordneten Ernst-Rule Welcker (FDGB) an Otto Meier vom 3.12.1951, in: ebd., Bl. 274; Schreiben des Sekretariats des Landtags Brandenburg an Ernst-Rule Welcker vom 7.12.1951, in: ebd., Bl. 274.

3. Bühne für die Deutschlandpolitik der SED

Neben den Berichterstattungspflichten über den wirtschaftlichen Aufbau der DDR lag der zweite Schwerpunkt der Landtagsarbeit nach 1950 auf dem Feld der Deutschlandpolitik. Stärker noch als während der ersten Legislaturperiode traten nun Themen auf die Tagesordnung, die der deutschen Frage sowie den damit einhergehenden Problemen gewidmet waren. Die besondere Wertigkeit äußerte sich bereits allein in der Quantität: Von den 16 Sitzungen des brandenburgischen Landtags, die zwischen 1950 und 1952 stattfanden, waren drei als Sondersitzungen angesetzt, die man ausschließlich dem Geschehen in der Deutschlandpolitik zuschrieb.⁹⁸ Der Thüringer Landtag widmete ebenfalls drei Sondersitzungen diesem Komplex. Während jeder Plenarsitzung in Potsdam und Weimar bzw. Erfurt wurde der Bezug zur deutschen Frage gesucht, wobei insbesondere August Frölich die Gelegenheit nutzte, um zu Beginn der Sitzungen regelmäßig und ausführlich Stellung zu den neuesten Entwicklungen zu nehmen. Tagesaktuelles Geschehen fand hierbei eine ebensolche Aufmerksamkeit wie die großen Linien in der internationalen Politik. Hinzu kam in beiden Parlamenten noch eine große Zahl an Resolutionen, Appellen und anderweitigen Willensbekundungen, die von den Abgeordneten stets mit Einstimmigkeit beschlossen wurden. Inhaltliche Kontroversen blieben hingegen aus. Während zu Beginn der ersten Legislaturperiode noch die unterschiedlichen Auffassungen und Konzepte der Fraktionen zur Lösung der deutschen Frage zur Geltung gekommen waren – erinnert sei etwa an die Vorschläge der LDP und der CDU während der Verfassungsdiskussionen 1946/47 –, bewegte sich die nun in den Landesparlamenten erörterte Deutschlandpolitik vollständig auf den von der Sowjetunion und der SED vorgegebenen Pfaden. Eigenständiges Handeln war weder bei der CDU noch bei den Liberaldemokraten mehr erkennbar. Die Landtage erfüllten in dieser Hinsicht lediglich die Funktion einer Bühne, die der SED die Möglichkeit zur Propagierung ihrer deutschlandpolitischen Vorstellungen bot.⁹⁹ Eigene deutschlandpolitische Impulse, die irgendeine Form von Wirkung gezeigt hätten, gingen von den Parlamenten nicht aus.

Auf der konstituierenden Sitzung am 3. November 1950 nahmen die Landtage Stellung zur Außenministerkonferenz in Prag, auf der die Staaten des Ostblocks über die deutsche Frage beraten hatten. Vor dem Hintergrund der sich infolge des Koreakrieges rapide verschlechternden internationalen Lage war in der Stadt an der Moldau die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates vorgeschlagen worden. Dessen Aufgabe sollte darin bestehen, eine provisorische

⁹⁸ Vgl. H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, *Das Land Brandenburg*, 1998, S. 303.

⁹⁹ Vgl. H. GOTTWALD, *Thüringer Landtag*, 1994, S. 57.

deutsche Regierung zu bilden, die den Vier Mächten als Ansprechpartner bei künftigen Verhandlungen über einen Friedensvertrag dienen könnte.¹⁰⁰ Die Aufgabe der Landtage in der DDR bestand nun darin, den Vorstoß, der von westlicher Seite mit der wiederholten Forderung nach freien Wahlen in ganz Deutschland als Grundvoraussetzung beantwortet wurde, öffentlich zu unterstützen. Die Maßnahme stand im Kontext der Bestrebungen des Politbüros, sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR eine Mobilisierungskampagne in der Bevölkerung für die Ziele der »Prager Erklärung« auf den Weg zu bringen.¹⁰¹

Die Landtage in Weimar und Potsdam verabschiedeten aus diesem Grund zwei von der SED vorbereitete Resolutionen, die sich sprachlich zwar durchaus unterschieden, deren Inhalt jedoch weitgehend identisch war. In ihnen wurde die Unterstützung der Parlamente für die Vorschläge von Prag bekräftigt. Bedeutungsschwer forderten die Thüringer Abgeordneten alle Menschen, »denen das Leben ihrer Kinder teuer ist, die nicht noch einmal ihre Heimat als Kriegsschauplatz erleben wollen«, dazu auf, »daß sie die Erklärung der Prager Konferenz aufmerksam durcharbeiten, ihre Lehren jedem Deutschen übermitteln und den heißen Wunsch zur Erhaltung des Friedens und zur demokratischen Einheit unseres Vaterlandes zur lodernnden Flamme entfachen«.¹⁰² Es sei die Aufgabe eines jeden ehrlichen Deutschen, mit aller Kraft an der Entfaltung einer Volksbewegung für die Bildung eines gesamtdeutschen Rates und gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands zu arbeiten, mahnte Otto Meier.¹⁰³ Auf der nächsten Sitzung verlas August Frölich eine Grußbotschaft an die westdeutschen Landtage, in der das Angebot unterbreitet wurde, in einen Gedankenaustausch über die Herstellung der deutschen Einheit zu treten.¹⁰⁴ Das am gleichen Tag tagende brandenburgische Parlament verabschiedete hingegen eine Resolution, in der es zu den Beschlüssen des II. Weltfriedenskongresses in Warschau Stellung nahm. Ebenso wurden die Grundsätze der »Prager Erklärung« aufgegriffen.¹⁰⁵

Die Aussprache über die genannte EntschlieÙung demonstrierte auf anschauliche Weise, in welchem Maße sich die beiden »bürgerlichen« Parteien

¹⁰⁰ Vgl. »Aus der Prager Erklärung der Regierungsvertreter Albaniens, Bulgariens, der DDR, Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei, der UdSSR und Ungarns« vom 21.10.1950, abgedr. in: H. J. KÜSTERS/D. HOFMANN (Bearb.), Dokumente zur Deutschlandpolitik, Reihe 2, Bd. 3, 1997, S. 382–384. – Vgl. auch ebd., S. LIVf.; J. FORTZIK, Sowjetische Hegemonie, 2003, S. 43f.; M. LEMKE, Einheit oder Sozialismus?, 2001, S. 131–133.

¹⁰¹ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Politbüros der SED am 31.10.1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2, Nr. 116, Bl. 1–13, bes. Bl. 10. – M. LEMKE, Einheit oder Sozialismus?, 2001, S. 133f.

¹⁰² Thüringer Landtag, 2. WP, 1. Sitzung am 3.11.1950, in: AVThLT/III, S. 8. – Landtag Brandenburg, 2. WP, 1. Sitzung am 3.11.1950, in: AVLTB/III, S. 10f.

¹⁰³ Vgl. ebd., S. 10 (Beitrag Otto Meier, SED).

¹⁰⁴ Vgl. Thüringer Landtag, 2. WP, 2. Sitzung am 27.11.1950, in: AVThLT/III, S. 15.

¹⁰⁵ Vgl. Landtag Brandenburg, 2. WP, 2. Sitzung am 27.11.1950, in: AVLTB/III, S. 24f.

zu servilen Blockpartnern für die SED gewandelt hatten. Von den einstigen deutschlandpolitischen Vorstellungen der CDU und LDP war nichts mehr übrig. Während der Abgeordnete Harald Werthmann (LDP) sich ausdrücklich für die »unverbrüchliche Freundschaft mit dem Sowjetvolk« aussprach und gegen die angeblichen Kriegstreiberien der anglo-amerikanischen Imperialisten wettete¹⁰⁶, hob der in Luckenwalde lebende Erich Hoffmann (CDU) die Bedeutung des Christentums im Kampf für den Frieden hervor. Für jeden Christen sei der Frieden das Höchste und Heiligste. Deshalb sei es nur bedauerlich, dass in Westdeutschland Menschen existierten, die sich zwar Christen nennen, die aber trotzdem so unchristlich seien wie nur irgendetwas. Konkret hatte Hoffmann dabei Bundeskanzler Konrad Adenauer im Sinn, der in seinen Augen gegen den Frieden hetze. Hoffmanns Kritik richtete sich gegen die in der DDR als »Remilitarisierung« betitelte Diskussion um die Bewaffnung der jungen Bundesrepublik.¹⁰⁷ Sowohl an den beiden genannten Wortmeldungen als auch bei allen weiteren Äußerungen konnte man erkennen, dass es der SED darum ging, die politischen Kräfte in der DDR zur Mobilisierung der ihnen nahestehenden Bevölkerungsgruppen in Westdeutschland gegen die von der Bundesregierung verfolgte Politik der Westbindung einzusetzen. Die Beiträge im Potsdamer Landtag spiegelten die jeweils spezifischen Blickwinkel der Parteien und Massenorganisationen.¹⁰⁸

Das von August Frölich am 21. November 1950 ausgesprochene Angebot an die Landtage der westdeutschen Bundesländer, in ein gemeinsames Gespräch zu kommen, wurde in der dritten Sitzung des Thüringer Landesparlaments nochmals bekräftigt. Darüber hinaus erörterten die Abgeordneten die Bedeutung des »Gesetzes zum Schutze des Friedens«, das wenige Tage zuvor von der Volkskammer der DDR verabschiedet worden war. Hinter der eigentlich harmlos klingenden Bezeichnung verbarg sich ein überaus repressives Gesetz, das bei Verstößen wie »Kriegs- und Rassenhetze, [...] Propagierung der Wiederaufrichtung des aggressiven deutschen Militarismus, [...] Hetze gegen völkerrechtliche Vereinbarungen, [...] Propagierung der Atom- und Giftwaffen« sowie die »Verächtlichmachung der Friedensbewegung« hohe Zuchthausstrafen androhte.¹⁰⁹ Das Politbüro hegte die geradezu tollkühne Absicht, dafür zu sorgen, dieses Gesetz, welches sich explizit gegen den politischen Kurs in der Bundesrepublik richtete, zum Gegenstand der Beratungen im Deutschen Bundestag zu

¹⁰⁶ Ebd., S. 27f. (Beitrag Harald Werthmann, LDP).

¹⁰⁷ Ebd., S. 26 (Beitrag Erich Hoffmann, CDU). – Zur politischen Einschätzung Erich Hoffmanns siehe I. JANDER, Politische Verfolgung in Brandenburg, 2012, S. 191f.

¹⁰⁸ Vgl. B. BODE, Liberal-Demokraten und »deutsche Frage«, 1997, S. 160; M. RICHTER, Ost-CDU, 1991, S. 334f.

¹⁰⁹ Thüringer Landtag, 2. WP, 3. Sitzung am 19.12.1950, in: AVThLT/III., S. 37–50, hier S. 44.

machen.¹¹⁰ Der Thüringer Landtag sollte diese Initiative flankieren. Die Abgeordneten nahmen nicht nur eine Erklärung an, in der sie die Bevölkerung des eigenen Landes dazu aufforderten, die Umsetzung des »Gesetzes zum Schutze des Friedens« zu unterstützen, sondern sie stimmten gleichfalls dafür, an alle Landtage in der Bundesrepublik und die Bürgerschaften von Hamburg und Bremen ein Schreiben zu versenden, in welchem die westdeutschen Kollegen ermuntert wurden, sich ebenfalls für die Annahme einer solchen gesetzlichen Regelung einzusetzen.¹¹¹ Ein Erfolg blieb der allzu durchschaubaren Aktion indes versagt.

Mehr Hoffnung versprach sich die SED-Führung hingegen von der Propagierung des sogenannten Grotewohl-Briefes. Ende November 1950 richtete der Ministerpräsident der DDR an den Bundeskanzler ein Schreiben, in welchem Grotewohl die Aufnahme von Verhandlungen über die Bildung des Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates vorschlug. Die Argumentation des Briefes folgte dabei ganz der deutschlandpolitischen Linie, wie sie in der »Prager Erklärung« festgeschrieben worden war. Die Veröffentlichung des Briefes wurde von einer breit angelegten Kampagne der SED zur Propagierung von dessen Inhalten begleitet, die sowohl die Bevölkerung in der DDR als auch besonders in der Bundesrepublik erreichen sollte. Tatsächlich handelte es sich um die »erste deutschlandpolitische Großkampagne der DDR« seit ihrer Gründung.¹¹² Offenbar hoffte die SED-Führung darauf, die »Volksmassen« so für die Kampagne zu mobilisieren, dass die Bundesregierung förmlich an den Verhandlungstisch gezwungen werde. Zugleich lag ein Schwerpunkt auf dem Ziel, westdeutsche Politiker, die dem Kurs Adenauers kritisch gegenüberstanden, für die eigene Sache zu gewinnen.¹¹³ Die Landtage boten für eine solche Strategie einen passenden Ausgangspunkt. Bei der Vorbereitung der Kampagne gab deshalb das Politbüro die Weisung heraus, dass, erstens, alle Vertretungskörperschaften und öffentlichen Institutionen zu dem Brief Stellung beziehen sollten und dass, zweitens, die zu verabschiedenden Zustimmungserklärungen an die korrespondierenden Parlamente und Einrichtungen in der Bundesrepublik zu schicken seien. Die Verantwortung für die konkrete Durchführung übertrug man den SED-Landesleitungen.¹¹⁴

Am 10. Januar 1951 erläuterte Landtagspräsident Otto Meier den Vertretern der brandenburgischen Parteien und Arbeitsgemeinschaften im Ältestenrat das weitere geplante Vorgehen. Meier beabsichtigte, an den niedersächsischen

¹¹⁰ Vgl. M. LEMKE, *Einheit oder Sozialismus?*, 2001, S. 134.

¹¹¹ Vgl. Thüringer Landtag, 3. Sitzung am 19.12.1950, in: AVThLT/III, S. 43f.

¹¹² H. WEBER, *Die DDR und die deutsche Frage*, 2010, S. 55f. – Vgl. auch M. LEMKE, *Einheit oder Sozialismus?*, 2001, S. 134.

¹¹³ Vgl. ebd.

¹¹⁴ Vgl. das Arbeitsprotokoll der Sitzung des Politbüros der SED am 5.12.1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2, Nr. 121, Bl. 7f.

Landtag ein Schreiben zu richten, in welchem er das Parlament dazu aufforderte, sich bei Adenauer für eine positive Beantwortung des Grotewohl-Briefes einzusetzen. Außerdem wolle man eine Delegation von Abgeordneten zu einer der nächsten Plenarsitzungen einladen. Als weitere Maßnahme sollten die Volksvertreter selbst aktiv werden und sich persönlich an ihre Kollegen in Hannover wenden, um einen Gegen Austausch über die gesamtdeutschen Fragen anzuregen.¹¹⁵ Auf der Plenarsitzung zwei Tage später wurde das Thema als eigener Tagesordnungspunkt umfassend behandelt. Nachdem Meier darauf hingewiesen hatte, dass an der Sitzung auch einige Westdeutsche teilnahmen, die daraufhin von den Abgeordneten mit lebhaftem und langanhaltendem Beifall begrüßt wurden, ergriff Otto Nuschke das Wort für eine Stellungnahme zum Grotewohl-Brief. Seine Rede bewegte sich genauso klar auf der vorgegebenen Linie wie die Ausführungen Ingo von Koerbers. Während Nuschke die Haltung der Regierung Adenauer kritisierte, betonte von Koerber die aus 1848 resultierende historische Verpflichtung, für ein geeintes Deutschland zu kämpfen.¹¹⁶ Das von Meier vorbereitete Schreiben wurde daraufhin vom Plenum bestätigt.

Der Thüringer Landtag kam hingegen erst vier Wochen später in Erfurt zu einer Sondersitzung zusammen. Inzwischen hatte sich die politische Lage insoweit verändert, als dass Adenauer die Vorschläge des Grotewohl-Briefes in Form einer Regierungserklärung vor dem Bundestag zurückgewiesen hatte. Stattdessen hatte er vom »Pankower Regime« die Abhaltung freier Wahlen, die Garantie politischer Freiheiten für die Bürger der DDR und die Auflösung der Volkspolizei als Forderungen erhoben. Als Reaktion wiederum darauf hatte Otto Grotewohl vor der Volkskammer das Angebot an den Bundestag und die Bundesregierung nochmals bekräftigt und dabei die Losung »Deutsche an einem Tisch« geprägt.¹¹⁷ In der Vorbereitung der Landtagsitzung am 7. Februar beschlossen die Vertreter der Fraktionen und Parteien auf Vorschlag von Richard Eyermann, sich nicht an alle bundesdeutschen Landesparlamente zu wenden, sondern sich auf zwei Landtage zu beschränken. Die Entscheidung fiel dabei auf die beiden Nachbarländer Bayern und Hessen.¹¹⁸ Die Sitzung verlief in den vorgezeichneten Bahnen. Um die Bedeutung der Ausführungen zu unterstreichen, marschierten während der Stellungnahmen zwei Fahndelelegationen der FDJ und der DFD in den Plenarsaal ein, die sich unter dem Beifall der

¹¹⁵ Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Landtags Brandenburg am 10.1.1951, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 45, Bl. 124–126, bes. Bl. 124f.

¹¹⁶ Vgl. Landtag Brandenburg, 2. WP, 4. Sitzung am 12.1.1951, in: AVLTB/III, S. 64–93, bes. S. 65–68.

¹¹⁷ Vgl. K. ADENAUER, *Erinnerungen 1953–1955*, 1966, S. 40–42.

¹¹⁸ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 7.2.1951, 4 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl., S. 1f.

Parlamentarier vor dem Präsidium postierten.¹¹⁹ Am Ende der Sitzung verabschiedeten die Volksvertreter einen Appell, der sich an den bayerischen und den hessischen Landtag richtete.¹²⁰

In Absprache mit den Berliner Zentralen der Blockparteien und Massenorganisationen wurden die Abgeordneten darüber hinaus aufgefordert, eigene Schreiben an ihre jeweiligen Gegenüber in der Bundesrepublik zu versenden. Von dieser personalisierten Herangehensweise versprach man sich größere Erfolge beim Aufbau politischer Verbindungen.¹²¹ Die Leitungen der »bürgerlichen« Parteien unterstützten das Vorgehen nach Kräften. So verschickte die Hauptgeschäftsstelle der CDU Mitte Januar 1951 eine Handreichung an ihre Funktionäre, die Vorschläge und Argumentationshilfen zur Formulierung der Briefe enthielt.¹²² Die sogenannte Korrespondenzaktion wurde bis ins Jahr 1952 aufrechterhalten und immer wieder den aktuellen politischen Entwicklungen in der deutschen Frage angepasst. Riet die Unionsführung auf der einen Seite dazu, die Briefe an Freunde, Berufskollegen, Bekannte und Verwandte persönlich zu halten, weil eine Normierung des Briefwechsels »nicht zweckmässig und erwünscht« sei, wurden die Argumentationshilfen auf der anderen Seite schließlich nahezu perfektioniert. Es bedurfte dann keiner intellektuellen Glanzleistung mehr, um die Textbausteine zu einem einigermaßen sinnvollen Schreiben zusammenzustellen.¹²³

Letztlich zahlte sich der um den »Grotewohl-Brief« betriebene Aufwand allerdings nicht aus. Die Reaktionen der westlichen Landesparlamente auf die Offerten aus der DDR waren äußerst mager. Während die Schreiben der thüringischen CDU-Fraktion an die Parlamentskollegen in München und Wiesbaden unbeantwortet blieben, konnte die LDPD immerhin davon berichten, dass ihre Briefe zumindest beantwortet und sogar an die FDP-Bundestagsfraktion weitergeleitet worden seien. Doch nähere Verbindungen ergaben sich daraus nicht. Zudem war zu beobachten, dass sich die Zahl der Abgeordneten, die sich individuell an der Aktion beteiligten, sehr gering ausfiel. Nur drei von insgesamt 15 liberaldemokratischen Landtagsmitgliedern in Thüringen brachten entsprechende Schreiben auf den Weg.¹²⁴ Der Bericht der brandenburgischen LDPD legt

¹¹⁹ Vgl. Thüringer Landtag, 2. WP, 4. Sitzung (Sondersitzung) am 7.2.1951, in: AVThLT/III, S. 51–67, bes. S. 56f.

¹²⁰ Vgl. ebd., S. 67.

¹²¹ Vgl. Landtag Brandenburg, 2. WP, 4. Sitzung am 12.1.1951, in: AVLTB/III, S. 74. – Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 7.2.1951, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl., S. 1f.

¹²² Vgl. das L-Rundschreiben Nr. 3/51 vom 19.1.1951, in: ACDP, 07-11, Nr. 793, o. Bl.

¹²³ L-Rundschreiben Nr. 26/51 vom 21.9.1951, in: ebd., o. Bl. – L-Rundschreiben Nr. 24/51 vom 6.8.1951, 4 S., in: ebd., o. Bl., S. 3.

¹²⁴ Vgl. das Schreiben des Sekretariats der LDPD-Landtagsfraktion Thüringer an August Frölich vom 28.1.1952, in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 205, o. Bl.; Schreiben von Werner Gast an das Büro des Thüringer Landtags vom 10.1.1952, in: ebd., o. Bl.

es nahe, dass die dortigen Versuche zur Kontaktabahnung ebenfalls ins Leere liefen.¹²⁵ Auch ein weiteres, Anfang 1952 an das hessische Landesparlament gerichtetes Schreiben, in welchem es um die SED-Initiative zur Abhaltung gesamtdeutscher Wahlen für eine Nationalversammlung ging, stieß bei der Gegenseite auf keine erwähnenswerte Resonanz.¹²⁶

In welchem Maße die Landtage als Kulisse für die Deutschlandpolitik der UdSSR und der SED dienten, zeigte sich ebenfalls im Kontext der Stalin-Note vom 10. März 1952. Das vermeintliche Angebot des sowjetischen Diktators an die drei Westmächte, unter bestimmten Voraussetzungen einer Wiedervereinigung Deutschlands, dem Abschluss eines Friedensvertrages sowie der Aufstellung nationaler Streitkräfte zuzustimmen, erregte in weiten Teilen der Gesellschaft sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR großes Aufsehen. Erneut richtete die Einheitspartei ihre Anstrengungen darauf, eine deutschlandweite Kampagne ins Leben zu rufen, die insbesondere auf die politische Situation in der Bundesrepublik abzielen sollte.¹²⁷ Wie Walter Ulbricht in einem Schreiben an den Politischen Berater der SKK darlegte, war es das erklärte Ziel der Initiative, »die Bonner Regierung und das Bonner Parlament mit einer solchen Menge von Resolutionen und Forderungen zu attackieren, daß sowohl das Parlament als auch die Regierung starken Druck von seiten des Volkes erfahren«.¹²⁸ Neben der Volkskammer wurden auch die Landtage noch im März zu Sondersitzungen einberufen. Das Sekretariat der SED-Landesleitung Brandenburg erarbeitete dazu eine Vorlage, die den Verlauf der Plenarsitzung in Potsdam minutiös vorherbestimmte. Für die Aussprache wurden einzelne Aspekte, die im Kontext der Stalin-Note wichtig erschienen, auf die Sprecher der verschiedenen Fraktionen und Arbeitsgemeinschaften verteilt. Während der Redner der SED-Fraktion die Bedeutung des Angebots Stalins als eine Frage der nationalen Unabhängigkeit hervorheben sollte, wurden die Sprecher von CDU und LDPD auf Aspekte verpflichtet, die diese Argumentationslinie flankierten. Um den besonderen Stellenwert der geplanten Sitzung zu unterstreichen, wurde bestimmt, dass der Landtagspräsident Nationalpreisträger, verdiente Lehrer und Ärzte des Volkes sowie weitere namhafte Persönlichkeiten des Landes einzuladen habe. Ebenfalls wurde dafür Sorge getragen, dass die *Märkische Volksstimme* über das Ereignis ausführlich berichtete.¹²⁹ Tatsächlich verlief die Sitzung am

¹²⁵ Vgl. den Bericht von Carl Mühlmann über die Landtagsarbeit der LDPD in der zweiten Jahreshälfte 1951 vom 1.11.1951, 2 S., in: ADL, L 5, Nr. 47, o. Bl., S. 1.

¹²⁶ Vgl. Thüringer Landtag, 2. WP, 11. Sitzung am 26.1.1952, in: AVThLT/III, SS. 251–274, bes. S. 274.

¹²⁷ Vgl. M. LEMKE, Einheit oder Sozialismus?, 2001, S. 214–220.

¹²⁸ Zit. nach G. WETTIG, Bereitschaft zu Einheit in Freiheit?, 1999, S. 225. – Vgl. auch DERS., Die Sowjetunion und die neutralistischen Kräfte in Westdeutschland, 2005, S. 231f.

¹²⁹ Vgl. die Sekretariatsvorlage der SED-Landesleitung Brandenburg vom 19.3.1952, in: BLHA,

21. März 1952 dann ganz in dem vorgegebenen Rahmen. Um den vermeintlich »überparteilichen« Charakter der Veranstaltung zu betonen, wurde Vizepräsident Hermann Gerigk die Sitzungsleitung übertragen. Nach der Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution ermahnte er die Volksvertreter in einem flammenden Schlussappell, dass nun die »Entscheidungsschlacht« um Deutschlands Zukunft anstehe:

»Verwandeln wir jedes Haus, verwandeln wir jeden Betrieb, verwandeln wir jedes Büro in eine Friedenschmiede. Wer weiß, wo der Feind und wo der Freund in unserem Ringen stehen, der wird richtig kämpfen. Kämpfen wir daher noch hingebungsvoller, noch konsequenter und noch entschlossener für die Freundschaft mit dem Sowjetvolk und seinem großen Führer, Generalissimus Stalin, dem unser ganzer von Herzen kommender Dank gilt. (*Lebhafter Beifall.*)¹³⁰

Bereits im Vorfeld hatte Otto Meier die Landtagsabgeordneten darauf verpflichtet, sich in den Kreisausschüssen der Nationalen Front »zum Zwecke einer alle Teile unserer Bevölkerung erfassenden Popularisierung der Note der Sowjetunion« zu engagieren. Über die Maßnahmen sei dem Landtagsbüro regelmäßig Bericht zu erstatten.¹³¹

Wenngleich sowohl für den brandenburgischen wie auch für den Thüringer Landtag die gleichen inhaltlichen Vorgaben hinsichtlich ihrer Einbindung in die Kampagne zur Popularisierung der Stalin-Note galten, so verlief die Sondersitzung des Parlaments in Erfurt, die ebenfalls am 21. März stattfand, in einer leicht abweichenden Form. Während in Potsdam der formale Rahmen einer regulären Plenarsitzung eingehalten wurde, legten die Genossen in Thüringen bei der Vorbereitung der Sondersitzung besonderen Wert auf die Einbindung des »Volkes« in den Ablauf. So lud man Delegationen aus den Betrieben und Massenorganisationen sowie verdiente Aktivisten nicht nur als Gäste auf die Tribüne ein, sondern man integrierte sie unmittelbar in das Plenargeschehen. Nachdem Landtagsvizepräsident August Bach und der Fraktionsvorsitzende der LDPD, Kurt Picht, die Aussprache zum Bericht des Ministerpräsidenten mit ihren Beiträgen eröffnet hatten, übergab der Landtagspräsident das Wort an einen

Rep. 333, Nr. 56, Bl. 214; Protokoll zur Sitzung des Sekretariats der SED-Landesleitung Brandenburg am 20.3.1952, in: ebd., Bl. 267 u. 188–191, bes. Bl. 188. – Schreiben des Leiters des Amtes für Information des Landes Brandenburg, Wilhelm Kerff, an Innenminister Bruno Lentzsch vom 19.3.1952, in: BLHA, Rep. 203, Nr. 80, Bl. 273–275.

¹³⁰ Landtag Brandenburg, 2. WP, 13. (außerordentliche) Sitzung am 21.3.1952, in: AVLTB/III, S. 330–343, bes. S. 343.

¹³¹ Vgl. das Schreiben des Leiters des Sekretariats des Landtagspräsidenten von Brandenburg an den Abgeordneten Erich Jaschke vom 12.3.1952, in: BLHA, Rep. 201, Nr. 60, Bl. 330.

Erfurter Betriebsarbeiter. Dieser verlas nun eine vorbereitete Stellungnahme. Im weiteren Verlauf der Aussprache kamen noch weitere Vertreter aus den Betriebsdelegationen und den Massenorganisationen sowie ein Meisterbauer und ein Junger Pionier zu Wort. Sie hoben aus ihren jeweils spezifischen Blickwinkeln die Bedeutung der sowjetischen Note hervor.¹³² Neben der Verabschiedung eines Aufrufs an das Thüringer Volk beschloss der Landtag zudem, ein Dankeschreiben an den außerordentlichen Botschafter der UdSSR zu richten, das von August Frölich bereits vorbereitet worden war.¹³³ Zudem verpflichteten sich die Abgeordneten dazu, sich ganz im Sinne der Vorschläge Stalins für die Wiedervereinigung einzusetzen. Der Landtagspräsident forderte insbesondere dazu auf, erneut den Kontakt zu den Mitgliedern des Hessischen Landtags zu suchen.¹³⁴ Allerdings scheiterte auch diese Aktion: In Wiesbaden zeigte man nach wie vor für die politisch durchschaubaren Annäherungsversuche aus Thüringen nicht das geringste Interesse. Vielmehr konzentrierte sich der Hessische Landtag auf »praktische« Probleme wie etwa Maßnahmen zur Abmilderung der Folgen des Ausbaus der innerdeutschen Grenzanlagen¹³⁵, zur Freilassung der Kriegsgefangenen¹³⁶ und zur Kritik an den schlechten Haftbedingungen in DDR-Gefängnissen.¹³⁷

4. Auflösung der Parlamente

Mit den möglichen Gründen, die die SED-Führung dazu veranlassten, im Juli 1952 in der DDR eine umfassende Verwaltungsreform anzuordnen, welche die Länder beseitigte und dem »Arbeiter- und Bauernstaat« eine neue administrative Ordnung auferlegte, hat sich die zeithistorische Forschung vergleichsweise ausführlich beschäftigt.¹³⁸ Im Kontext dieser Untersuchung ist von Bedeutung, dass die Beseitigung der Länder nicht über Nacht kam, sondern eine lange und sehr komplexe Entstehungsgeschichte hat. Der Entscheidungsprozess war in der SED keineswegs unumstritten. Für die Reform sprachen aus Sicht der Führungsspitze der Einheitspartei mehrere Gründe. Keineswegs ging es darum,

¹³² Vgl. Thüringer Landtag, 2. WP, 13. Sitzung (Sondersitzung) am 21.3.1952, in: AVThLT/III, S. 305–330, bes. S. 317, 320f., 322f., 324 u. 328.

¹³³ Vgl. ebd., S. 320 u. 330.

¹³⁴ Vgl. ebd. – Vgl. auch ebd., S. 316 (Beitrag August Bach, CDU).

¹³⁵ Hessischer Landtag, 2. WP, 29. Sitzung am 25.6.1952 (Drucksachen-Abteilung III, Nr. 23), in: Hessischer Landtag, II. WP, 1952, S. 1081–1169, bes. S. 1086.

¹³⁶ Hessischer Landtag, 2. WP, 18. Sitzung am 19.12.1951 (Drucksachen-Abteilung III, Nr. 18), in: Hessischer Landtag, II. WP, 1951, bes. S. 685–730, bes. S. 688f.

¹³⁷ Hessischer Landtag, 2. WP, 8. Sitzung am 9.5.1951 (Drucksachen-Abteilung III, Nr. 8), in: Hessischer Landtag, II. WP, 1951, S. 193–243, bes. S. 197.

¹³⁸ Vgl. H. Mielke, *Auflösung der Länder*, 1995, passim.

durch eine administrative Neugestaltung noch autonom agierende Landesregierungen und Parlamente zu zerschlagen, denn die systematische Aushöhlung der ohnehin begrenzten föderalen Kompetenzen hatte bereits sehr viel früher begonnen. Somit bedeutete die Abschaffung der Länder 1952 letztlich »nicht mehr als die Ablösung einer Verwaltungseinheit durch eine andere«. ¹³⁹

Weder die sowjetische Besatzungsmacht noch die KPD/SED zeigten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs jemals ein ernsthaftes Interesse an einem Föderalismus, wie er in den westlichen Zonen auf Betreiben der Westmächte entstehen konnte. Dass in der SBZ die Länder mit ihren Regierungen und den Parlamenten nie als eine auf Eigenständigkeit ausgerichtete Größe betrachtet wurden, führten die von Beginn an auf politische Kontrolle ausgerichteten Maßnahmen eindringlich vor Augen. Die föderativen Strukturen entpuppten sich hier lediglich als »eine Maske für die sich verstärkenden zentralistischen Aktivitäten«. ¹⁴⁰ Die sehr überschaubaren Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten der Länder wurden seit 1948 verstärkt zugunsten des weiteren Ausbaus der Zentralebene reduziert, so dass die Länder mehr und mehr zu »ausführenden Verwaltungseinheiten« degradiert wurden, die lediglich nur noch dem Namen und ihrer äußeren Form nach über legislative und exekutive Befugnisse verfügten. ¹⁴¹ Je stärker ihre Rechte eingeschränkt wurden, desto deutlicher stellte sich innerhalb des zentralen Parteiapparats der SED die Frage, ob die Länderstruktur überhaupt noch den eigenen Interessen bezüglich der Lenkung von Wirtschaft und Politik gerecht zu werden vermochte. Solche Überlegungen erhielten durch die Bestrebungen der Landesverwaltungen insofern an Auftrieb, als dass diese immer wieder ihre Interessen bezüglich weiterer »Arrondierungen« der Grenzen bei der für solche Fragen zuständigen Hauptabteilung Staatliche Verwaltung beim Ministerium des Innern der DDR vorbrachten. Die ersten größeren Ansätze einer Grenzreform im Jahr 1950 gingen nicht zuletzt auf solche Interessen zurück. ¹⁴² Wenngleich das Innenministerium in Ost-Berlin in der Folgezeit mehrfach verlautbaren ließ, dass weitere administrative Veränderungen nicht beabsichtigt seien – im Februar 1951 setzte man die Innenministerien der Länder davon in Kenntnis, dass solche Absichten derzeit unstatthaft seien ¹⁴³ –, wurden intern die Planungen für eine administrative und territoriale Umgestaltung der DDR keineswegs aufgegeben. Ein wichtiges Motiv hierfür bot die wachsende Gewissheit, dass mit dem kontinuierlichen Ausbau der zentralen Wirtschaftsplanung früher oder später sich nahezu zwangs-

¹³⁹ D. BRUNNER, *Der Schein der Souveränität*, 2006, S. 371.

¹⁴⁰ K. NÖLTING, (Anti-)Föderalistische Konzepte in Ostdeutschland, 2003, S. 136.

¹⁴¹ Vgl. D. BRUNNER, *Der Schein der Souveränität*, 2006, S. 371.

¹⁴² Vgl. W. BLÖSS, *Grenzen und Reformen*, 2014, S. 271.

¹⁴³ Vgl. ebd., S. 265.

läufig eine räumliche Neuordnung ergeben müsse.¹⁴⁴ Denn eine Einsicht, die die SED-Zentrale aus den Erfahrungen mit dem Zweijahresplan 1949/50 gewonnen hatte, bestand in der Erkenntnis, dass die föderalen Elemente sowie die Relikte der kommunalen Selbstverwaltung eine direkte Lenkung im Zweifel eher behinderten – zumindest machte man ihre Existenz für die Unzulänglichkeiten bei der Umsetzung der wirtschaftlichen Planvorgaben zu einem erheblichen Teil verantwortlich. Wenn Otto Grotewohl auf der II. Parteikonferenz der SED im Juli 1952 erklärte, dass das Ziel der Bezirksreform darin bestehe, »daß von der Spitze des Staatsapparates bis zu seiner Basis, also bis zu den Gemeinden und Kreisen, ein kurzer und schneller Weg« geschaffen werden solle und dass die Länder mit ihren Parlamenten und Regierungen bislang wie eine Barriere dazwischen gelagert gewesen seien, dann war diese Begründung nicht taktisch motiviert, sondern sie beruhte durchaus auf den Ansichten, die bereits lange vorher innerhalb des Parteiapparats erörtert worden waren.¹⁴⁵

Trotz zahlreicher Argumente, die aus der Sicht der SED gegen eine Beibehaltung des Föderalismus in der DDR sprachen, verhielt sich die Parteiführung in der Frage lange Zeit zurückhaltend. Noch im Februar 1952, also wenige Monate vor der Bezirksreform, wurde auf der 8. Tagung des ZK der SED zwar angestrebt, den »demokratischen Zentralismus« in der DDR weiter auszubauen. Jedoch sollten die einzuleitenden Veränderungen innerhalb der bestehenden staatlichen Strukturen erfolgen. Eine komplette Abschaffung der Länder mit ihren Parlamenten und Regierungen wurde dabei nicht ins Auge gefasst.¹⁴⁶ Um die Durchführung zentraler Beschlüsse in Zukunft aber besser zu steuern und zu überwachen, löste das Politbüro Ende März die bislang verantwortliche Abteilung Innere Verwaltung beim Innenministerium der DDR auf und übertrug die Aufgabe stattdessen an ein neues Staatssekretariat unter der Leitung des thüringischen Ministerpräsidenten Werner Eggerath. Zudem wurde eine Kampagne gegen den »Bürokratismus« ins Leben gerufen, durch die die Reibungsflächen in den bestehenden Strukturen reduziert werden sollten.¹⁴⁷

Dass die SED-Führung eine tiefgreifende administrative Neuordnung der DDR bis ins Frühjahr 1952 nicht in Angriff nahm, sondern nur eine moderate Reform der existierenden Strukturen verfolgte, resultierte nicht zuletzt aus deutschlandpolitischen Motiven: Eine Beseitigung des Föderalismus hätte eine erhebliche Veränderung der Bedingungen in der gesamtdeutschen Frage nach sich gezogen, die auf östlicher Seite jedoch weiterhin in der Entscheidungsgewalt

¹⁴⁴ Vgl. ebd., S. 275.

¹⁴⁵ Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 1952, S. 341.

¹⁴⁶ Vgl. H. Mielke, *Auflösung der Länder*, 1995, S. 66.

¹⁴⁷ Vgl. ebd., S. 68.

Moskaus lag. Durch eine Abschaffung der Länder wäre der bisherige Kurs der sowjetischen Deutschlandpolitik insofern ad absurdum geführt worden, als man dadurch die Grundlagen für eine potenzielle Wiedervereinigung untergraben hätte.¹⁴⁸ Erst als deutlich war, dass die Westmächte den Angeboten der UdSSR zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit, wie sie in den Stalin-Noten enthalten waren, ablehnend gegenüberstanden, gab Moskau im April 1952 eine Weisung zur Beseitigung der Länderstruktur und zur Errichtung der Bezirke heraus.¹⁴⁹ Diese Weisung stand im direkten Zusammenhang mit Stalins Auftrag an die SED-Führung, den Aufbau des Sozialismus in der DDR voranzubringen. Neben wirtschaftlichen und administrativen Motiven kamen dabei nicht zuletzt sicherheitspolitische Erwägungen zum Tragen: die neue Verwaltungsgliederung sollte gleichfalls den Aufbau paramilitärischer Streitkräfte im »Arbeiter- und Bauernstaat« erleichtern.¹⁵⁰

Am 11. April 1952 fasste das Politbüro auf einer außerordentlichen Sitzung den Beschluss, dass »[z]ur Beseitigung der noch aus der feudalen Zeit überlieferten Gliederung der Länder und Kreise und im Interesse einer besseren Anleitung und Kontrolle der unteren staatlichen Organe [...] anstelle der fünf Länder etwa fünfzehn demokratische Gebietsorgane« geschaffen werden sollten. Die bislang bestehenden großen Landkreise seien in zwei oder mehrere Kreise aufzuteilen und die Grenzen der Gebiete und Kreise »entsprechend der politischen, wirtschaftlichen, verkehrstechnischen und militärischen Zweckmäßigkeit« festzulegen.¹⁵¹ Der Beschluss diente dem SED-Parteiparat sowohl als Handlungsanweisung als auch als Richtlinie für die Ausarbeitung konkreter Vorschläge zur administrativ-territorialen Reform. Sie lagen bereits knapp zwei Wochen später vor. Ende April bestätigte das Politbüro einen Maßnahmenplan zur Veränderung der staatlichen Struktur der DDR. Demnach wurde die Bildung von 14 Bezirken vorgesehen, wobei man das Gebiet von Ost-Berlin aufgrund des dort bestehenden Vier-Mächte-Status von der Neustrukturierung aussparte.¹⁵² Das Politbüro setzte eine »Koordinierungs- und Kontrollstelle für die Arbeit der Verwaltungsorgane« unter Leitung von Werner Eggerath sowie eine zentrale Regierungskommission ein, die sich in der Folgezeit mit dem konkreten Zuschnitt und allen organisatorischen Fragen der zu bildenden Bezirke beschäf-

¹⁴⁸ Vgl. D. BRUNNER, *Der Schein der Souveränität*, 2006, S. 373f.

¹⁴⁹ Vgl. G. WETTIG, *Bereitschaft zu Einheit in Freiheit?*, 1999, S. 234.

¹⁵⁰ Vgl. D. BRUNNER, *Der Schein der Souveränität*, 2006, S. 373.

¹⁵¹ Beschluss des Politbüros des ZK der SED vom 11.4.1952, zit. nach H. Mielke, *Auflösung der Länder*, 1995, S. 70.

¹⁵² Vgl. das Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED am 29.4.1952, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2, Nr. 209, Bl. 9–15, bes. Bl. 9. – Anlage Nr. 1 zum Protokoll der Sitzung des Politbüros am 29.4.1952: Maßnahmen zur Änderung der staatlichen Struktur in der Deutschen Demokratischen Republik, in: ebd., Bl. 16–19.

tigten.¹⁵³ In der Folgezeit wurden die bereits erfolgten Planungen nur noch in den Details verändert. War etwa zunächst eine Aufgliederung Brandenburgs in die drei Bezirke Potsdam, Frankfurt/Oder und Neuruppin beabsichtigt gewesen, nahm man im Laufe der Planungen von einer solchen Einteilung Abstand und schuf stattdessen im Süden des Landes den »Kohlebezirk« Cottbus.¹⁵⁴ Um die Sicherung der Grenze zu West-Berlin organisatorisch zu erleichtern, wurden sämtliche an den Westteil der Stadt grenzenden Kreise dem Bezirk Potsdam zugeschlagen. Im Falle der an der innerdeutschen Grenze liegenden Gebiete Thüringens übernahmen die Bezirke Erfurt, Suhl und Gera diese Aufgabe. Zu den Besonderheiten der Bezirksreform von 1952 gehörte es, dass die Länder zwar faktisch aufgelöst wurden, dass sie verfassungsrechtlich betrachtet aber trotzdem zunächst weiterbestehen sollten. Die SED hielt deshalb auch an der Fortexistenz der 1949 geschaffenen DDR-Länderkammer fest.

Die Blockparteien wurden in die Vorbereitungen der Bezirksreform nicht einbezogen. Vielmehr erfolgten die Planungen unter Geheimhaltung innerhalb des zentralen Parteiapparats der SED, wobei die SKK in Karlshorst über die Absichten stets unterrichtet war.¹⁵⁵ Erst am 7. Juli, also wenige Tage vor dem Beginn des II. Parteitags der SED, konfrontierte man die »bürgerlichen« Parteien im Demokratischen Block mit den geschaffenen Tatsachen. Unter dem Vorsitz Erich Honeckers, der als Vertreter der FDJ die Sitzung leitete, begründete Otto Grotewohl in einem umfassenden Referat die vorbereiteten Maßnahmen. Er stellte die rhetorische Frage, ob die gegenwärtig bestehende territoriale Gliederung noch den realen ökonomischen Verhältnissen entspreche. Man müsse zu dem Ergebnis kommen, dass, erstens, die Struktur der Verwaltung nicht mehr in einem richtigen kontinuierlichen Verhältnis zu der Struktur der Wirtschaft stehe, woraus sich große Nachteile ergäben. Zweitens biete die bestehende Form der Länder und Kreise nicht mehr die Garantie, »daß sich in ihnen ein demokratisches Leben mit einer solchen Vielfalt und einem solchen Schwung entwickeln kann, wie wir [es] brauchen um die Initiative der werktätigen Bevölkerung in den großen Industrierwerken und auch [in der] Finanzwirtschaft aufzugreifen und erfolgreich zu verarbeiten bzw. um erfolgreich eine Lenkung der durch den Fünfjahrplan gestellten Aufgaben zu sichern«.¹⁵⁶ Die existierenden Strukturen seien noch Überbleibsel aus der Weimarer Republik, unter den neuen Bedingungen führten sie jedoch zu einer übermäßigen Bürokratisierung. Dass man sie nicht bereits vorher beseitigt habe und man sogar bei der Ausarbeitung

¹⁵³ Vgl. H. Mielke, *Auflösung der Länder*, 1995, S. 71f.

¹⁵⁴ Vgl. H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, *Das Land Brandenburg*, 1998, S. 306.

¹⁵⁵ Vgl. H. Mielke, *Auflösung der Länder*, 1995, S. 71–73.

¹⁵⁶ Stenografische Niederschrift der Sitzung des Demokratischen Blocks der DDR am 7.7.1952, in: SAPMO-BArch, DY 3, Nr. 15, Bl. 29f.

der DDR-Verfassung 1949 in »gewissen Halbheiten« steckengeblieben sei, hätte nicht an der Unfähigkeit der damals Beteiligten gelegen, erklärte Grotewohl, sondern daran, dass man sich damals über die Absichten und ihre Durchführung auf dem Gebiet der Wirtschaftsplanung noch nicht im Klaren gewesen sei.¹⁵⁷ Dieses Argument diene ihm offensichtlich dazu, um kritischen Nachfragen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Mit Blick auf die noch existierenden Volksvertretungen zog Grotewohl ebenfalls eine überaus kritische Bilanz. Weder die Landtage noch die Kreistage seien in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung in der Lage, den Erfordernissen der Zeit noch gerecht zu werden:

»Ich denke, es ist deshalb so, weil unsere Landtage und unsere Kreistage heute noch nach den Prinzipien und Arbeitsformen verfahren, wie sie etwa in der Weimarer Republik üblich waren. Das heißt, sie sind ausschließlich alte parlamentarische Formen, die ihre Aufgabe darin sehen, ein paar Gesetze zu beschließen, und die dann im übrigen mit dem Schicksal dieser Gesetze nichts mehr zu tun haben. Die Abgeordneten gehen nur darum in den Landtag, um bei der Beschlußfassung über die Gesetze die Hand hochzuheben. Das machen sie ein- oder zweimal im Monat, und wenn sie dann die Tür des Landtages hinter sich geschlossen haben, ist – meistens jedenfalls – jede Verbindung des Abgeordneten mit dem Apparat des Staates und mit der Durchführung des Gesetzes abgeschnitten. Das alte Prinzip der Gewaltenteilung ist bei uns noch so lebendig, daß der Abgeordnete im Handhochheben und in der Inempfangnahme seiner Diäten glaubt alle seine Pflichten erfüllt zu haben. Das ist keine Demokratie.«¹⁵⁸

Grotewohls Kritik an der Arbeitsweise der Parlamente und an ihrer angeblichen Rückständigkeit speiste sich aus mehreren Elementen. Zunächst kam in seinen Äußerungen unzweifelhaft die grundsätzliche Ablehnung des Prinzips der klassischen Gewaltenteilung zum Ausdruck. In den Augen der SED war dieses für die immer wieder bemängelte fehlende Verbindung zwischen den Abgeordneten und dem »Volk« mit verantwortlich. Die Maßnahmen zur Einbindung der Volksvertreter in die DDR-weiten Mobilisierungs- und Erfassungskampagnen seit Ende der 1940er Jahre hatten ja auch dazu dienen sollen, diesem angeblichen Missstand abzuhelpfen. Doch in den Äußerungen des ehemaligen Sozialdemokraten kam ebenfalls die Kritik an dem fehlenden Enthusiasmus und an der politischen Passivität der Abgeordneten zum Ausdruck, wie sie auch in den

¹⁵⁷ Ebd., Bl. 32f.

¹⁵⁸ Ebd., Bl. 34f.

Fraktionen und Gremien der Landtage immer wieder beklagt wurde. Dass die SED für diese Situation durch die systematischen Einschränkungen der legislativen Kompetenzen, durch die politische Auswahl der Mandatsträger und die zahlreichen Kontrollmechanismen selbst die Verantwortung trug, passte dabei nicht ins Bild:

»Die Arbeit des Abgeordneten muß eigentlich erst beginnen, wenn er draußen ist. Wenn er den Parlamentssaal verläßt, muß er zum Volk gehen, dann muß er aus dem Volk heraus tausend Eindrücke sammeln, aus dem Volk heraus viele Anregungen, Beschwerden und Vorschläge für Verbesserungen entgegennehmen, und dann muß er direkt von sich aus durch viele Kanäle Verbindungen zu den Organen des Staates [...] aufnehmen können, um so in einem lebendigen Zwischenspiel das zum Leben zu erwecken, was wir in unserer Beschlußfassung über die Gesetze dokumentieren. [...] Das heißt also, man muß zu einem operativen Arbeitsstil kommen, der nicht etwa Partisanenpolitik bedeutet, sondern in engster Bindung an Verordnungen und Gesetze seine Verlebendigung sucht.«¹⁵⁹

Die Vertreter der CDU und der LDPD sowie die der anderen Blockparteien und Massenorganisationen stimmten den Vorschlägen zur Durchführung der Bezirksreform zu. Auch intern scheint es innerhalb des Funktionärsapparates der beiden Parteien keinen offenen Widerspruch gegen die angekündigten Veränderungen gegeben zu haben. Im Falle Brandenburgs und Thüringens schweigen sich die überlieferten Quellen über deutlich artikulierte Kritik an dem Vorhaben aus. Angesichts des enormen Gleichschaltungs- und Anpassungszwanges, den beide Parteien in den Jahren zuvor durchlaufen hatten, war eine solche Haltung auch kaum zu erwarten. Dennoch ist es wahrscheinlich, dass es in den Reihen der Christ- und Liberaldemokraten durchaus Skepsis über den Sinn der Bezirksreform sowie über die Art und Weise ihrer Durchsetzung gab. Immerhin sahen sich auch die Landesverbände der Parteien im Zuge der angekündigten Maßnahmen zu ihrer Auflösung gezwungen. Dieser anzunehmende Widerwillen schlug sich jedoch nicht in den offiziellen Stimmungsberichten der Landesverbände nieder.¹⁶⁰

Anfang Juli 1952 hatte die Abteilung Staatliche Verwaltung beim ZK der SED dem Politbüro einen straffen Zeitplan für die Abwicklung der Reform vorgelegt, der sich an Vorgaben Walter Ulbrichts orientierte.¹⁶¹ Um die Überführung der Länder und Kreise in die neuen Strukturen bis Mitte September des

¹⁵⁹ Ebd., Bl. 35.

¹⁶⁰ Vgl. D. BRUNNER, *Der Schein der Souveränität*, 2006, S. 375.

¹⁶¹ Vgl. H. Mielke, *Auflösung der Länder*, 1995, S. 184, Anm. 271.

Jahres abzuschließen, sollte die Aufhebung der bisherigen Verwaltungsgliederungen durch ein Gesetz erfolgen, das von der Volkskammer zu verabschieden sei. Hintergrund hierfür war, dass die SED-Führung keineswegs beabsichtigte, die Länderverfassungen zu verändern oder gar zu beseitigen. Vielmehr sollte die Bezirksreform innerhalb des bestehenden verfassungsmäßigen Rahmens erfolgen, um die Fiktion eines Fortbestands der Länder zu gewährleisten.¹⁶² Gemäß dieser Vorgaben verabschiedete die Volkskammer der DDR am 23. Juli 1952 das »Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik«. Während das Gesetz lediglich die grundsätzlichen Fragen der bevorstehenden Reform mit der Neueinteilung der Bezirke bestimmte, regelten zwei vom Ministerrat der DDR am Folgetag erlassenen Verordnungen die Einrichtung der neuen Bezirks- und Kreistage.¹⁶³

Die Landtage waren in den Prozess der Länderauflösung nur am Rande einbezogen. Sie erfüllten für die Bezirksreform lediglich eine »Alibifunktion«. ¹⁶⁴ Ein Mitspracherecht bei der Gestaltung der neuen administrativen und territorialen Ordnung besaßen weder das Landesparlament in Potsdam noch das in Erfurt. Nachdem die Volkskammer am 23. Juli das grundlegende Gesetz verabschiedet hatte, wurde den Landesregierungen das Muster für einen korrespondierenden Gesetzestext zugeleitet, der auf Landesebene zu verabschieden war. Als Tag für den endgültigen Beschluss war DDR-weit der 25. Juli 1952 festgelegt worden. Die Aufgabe der Landesregierungen bestand nun darin, in diese Vorlagen die bereits von den eigens eingesetzten Regierungs- und Bezirkskommissionen vorbereiteten neuen Grenzziehungen einzutragen und das Gesetz dann in den Landtag einzubringen, wo es einstimmig zu beschließen war.¹⁶⁵ Wie wenig Einfluss die einzelnen Abgeordneten auf die Vorgänge hatten, die eigentlich ihre unmittelbaren Interessen hätten berühren sollen, wird daran deutlich, dass den Mitgliedern des brandenburgischen Landtags die Gesetzesvorlage gar nicht vorab ausgeteilt wurde – denn hierzu fehlte schlichtweg die Zeit. Stattdessen legte die Landtagsverwaltung das Gesetz auf einem Tisch im Plenarsaal zur Einsichtnahme aus. Um die neuen Grenzziehungen der Bezirke besser nachvollziehen zu können, wurde im Foyer des Hohen Hauses eine Landkarte aufgehängt.¹⁶⁶

¹⁶² Vgl. die stenografische Niederschrift der Sitzung des Demokratischen Blocks der DDR am 7.7.1952, in: SAPMO-BArch, DY 3, Nr. 15, Bl. 41. – H. Mielke, *Auflösung der Länder*, 1995, S. 81–83.

¹⁶³ Vgl. ebd., S. 85f.

¹⁶⁴ Ebd., S. 87.

¹⁶⁵ Vgl. ebd.

¹⁶⁶ Vgl. H.-J. SCHRECKENBACH/W. KÜNZEL, *Das Land Brandenburg*, 1998, S. 312.

In größter Eile legten die Sekretariate der SED-Landesleitungen am 24. Juli die Tagesordnungen und den Ablauf der für den nächsten Tag anberaumten Parlamentssitzungen fest, die dann von den Ältestenräten der Landtage übernommen wurden. Um den Sitzungen einen feierlichen Rahmen zu geben, legte man sowohl in Erfurt als auch in Potsdam auf eine festliche Ausstattung des Plenarsaals großen Wert. Ausgewählte Aktivisten, Helden der Arbeit, Meisterbauern sowie Künstler und Wissenschaftler wurden auf Betreiben der SED-Landesleitungen zu dieser letzten Sitzung des Landtags eingeladen. Zudem trug man für eine breite mediale Berichterstattung Sorge.¹⁶⁷ Um die Beratungen im Plenum abzukürzen, wurden in Potsdam und Erfurt die zwei laut Geschäftsordnung vorgesehenen Lesungen des Gesetzes zusammengelegt. Dass sich die SED-Landesleitungen trotz aller Vorkehrungen der Zuverlässigkeit der Mandatsträger nicht ganz sicher waren, wurde daran ersichtlich, dass sich im Vorfeld der entscheidenden Sitzungen am 25. Juli eine Vielzahl an interfraktionellen Gesprächen und Treffen, Fraktions- und Gremiensitzungen in beiden Parlamenten wie an einer Perlenschnur aneinanderreiheten. Offenbar ging man davon aus, dass die Überführung der Abgeordneten auf die neuen Bezirkstage oder ihre Versetzung in andere Funktionen sowie die für die »bürgerlichen« Blockparteien nachteilige Verteilung der Sitze in den neuen Volksvertretungen bei manchen Mandatsträgern Unmut erzeugen würde. Um während der Abstimmung vor unliebsamen Überraschungen gefeit zu sein, planten die Landtagspräsidenten Meier und Frölich eine längere Unterbrechung der Sitzungen ein, um den Fraktionen die Möglichkeit zu Gesprächen und für mögliche Disziplinierungen zu geben.¹⁶⁸ Dass trotz aller Vorbereitungen unvorhergesehene Dinge eintreten konnten, zeigte sich im Thüringer Landtag: Kurz vor der anberaumten Sitzungspause verkündete August Frölich, dass ihn per Telefon die Eingabe des Bürgermeisters einer kleinen Gemeinde am Thüringer Wald erreicht habe. Dieser stelle beim Parlament den dringlichen Antrag, dass seine Gemeinde nicht, wie vorgesehen, dem neuen Kreis Ilmenau, sondern dem Kreis Arnstadt zugeteilt werden solle. Unter Zustimmung des Hohen Hauses lehnte Frölich allerdings eine Behandlung der Eingabe ab – denn schließlich

¹⁶⁷ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Landesleitung Brandenburg am 24.7.1952, verf. am 28.7.1952, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 61, Bl. 225–229, bes. Bl. 226; Sekretariatsvorlage vom 24.7.1952, in: ebd., Bl. 232f.; Beschlussprotokoll der Sitzung des Sekretariats der SED-Landesleitung Thüringen am 24.7.1952, verf. am 25.7.1952, in: ThHStAW, BPA Erfurt, IV/2/3-080, Bl. 53–63, bes. Bl. 55f.; Protokoll der Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes der CDU Thüringen am 24.7.1952, verf. am 28.7.1952, 2 S., in: ACDP, 03-31, Nr. 195, o. Bl., S. 2.

¹⁶⁸ Vgl. das Protokoll der Sitzung des Ältestenrats des Thüringer Landtags am 22.7.1952, verf. am 30.7.1952, 2 S., in: ThHStAW, Thüringer Landtag, Nr. 100, o. Bl., S. 2; Thüringer Landtag, 2. WP, 18. Sitzung am 25.7.1952, in: AVThLT/III, S. 471–503, hier S. 475.

könne ja jeder am anderen Ende der Leitung sein und irgendetwas durchgeben, was nicht überprüfbar sei.¹⁶⁹

Von dieser Episode abgesehen, verlief die Landtagssitzung in Erfurt aber ganz in den vorgezeichneten Bahnen. Sämtliche Redner hielten sich in der Aussprache über den Gesetzentwurf inhaltlich an die vorgegebene Linie. Sowohl Kurt Picht als auch Werner Gast hoben die vermeintlichen Fortschritte hervor, die die Bezirksreform ihrer Ansicht nach in sich berge. Mit der Reform werde ein weiterer Schritt getan, um die staatliche Verwaltung näher an die Menschen des Volkes heranzubringen, erklärte Picht.¹⁷⁰ Gast sprach von einer »geschichtlichen Wende«, an der der Landtag nun stehe. Selbstkritisch ergänzte er, dass die Abgeordneten ebenso wie die Verwaltung in der Vergangenheit manchmal den Dingen draußen im Lande etwas abseits gestanden und es nicht verstanden hätten, sich von der repräsentativen Form zu lösen. Umso besser könnten die Probleme nun in den zu bildenden Volksvertretungen und administrativen Strukturen der Bezirke gelöst werden. Gast forderte von den Abgeordneten deshalb einen neuen Arbeitsenthusiasmus.¹⁷¹ Während im Thüringer Landtag alle Fraktionen und Arbeitsgemeinschaften zu Wort kamen, hielt man sich in Potsdam an die Vorgabe der SED-Landesleitung, wonach ein Vertreter der FDJ eine gemeinsame Stellungnahme der Parteien und Massenorganisationen verlesen sollte. Eine Aussprache fand also nicht statt.¹⁷² Letztlich konnte die SED zufrieden sein: Wie auch in den anderen Landesparlamenten der DDR nahmen die Abgeordneten in Brandenburg und Thüringen am 25. Juli 1952 die Gesetzesvorlage einstimmig an. Damit war das kurze Kapitel der Landtage in der SBZ/DDR, das nach den Wahlen im Herbst 1946 für viele »bürgerliche« Abgeordnete mit großen Erwartungen und Hoffnungen begonnen hatte, an seinem Endpunkt angelangt.

¹⁶⁹ Ebd., S. 484.

¹⁷⁰ Ebd., S. 487 (Beitrag Kurt Picht, LDP).

¹⁷¹ Ebd., S. 488 (Beitrag Werner Gast, CDU).

¹⁷² Vgl. die Vorlage des Sekretariats des SED-Landesvorstands Brandenburg vom 24.7.1952, in: BLHA, Rep. 333, Nr. 61, Bl. 232.

Zusammenfassung

Am Ende der vorliegenden Studie kehren wir noch einmal zu der in der Einleitung aufgeworfenen Frage nach der politischen Relevanz der Landtage in der SBZ/DDR zurück. Waren die Parlamente tatsächlich nur eine scheidemokratische Fassade für die sowjetische Besatzungsmacht und die SED, wie Ernst Lemmer meinte?¹ Oder trifft vielmehr das Urteil von Everhard Holtmann zu, der in Bezug auf die Volksvertretungen von einem »verfallenden Pfad der Demokratie« spricht – was impliziert, dass zumindest in den ersten Jahren ihres Bestehens Freiräume existierten, die dann nach und nach ausgehöhlt und eingeschränkt wurden?² Wie so häufig, liegt für den Historiker die Antwort in der Mitte. Zweifellos blieb die Geschichte der ostdeutschen Landtage eine Episode. Sie stellt sich als ein Exempel des Scheiterns dar. Darin unterscheidet sie sich von der Entwicklung der westdeutschen Landesparlamente, die sich als tragende Säulen der föderativen und demokratischen Grundordnung in der Bundesrepublik Deutschland bewährt haben. Auch mit Blick auf die Genese des deutschen Parlamentarismus seit dem ersten Drittel des 19. Jahrhunderts muss man die Landtage in der SBZ/DDR kaum mehr als eine Fußnote betrachten. Von ihrer Existenz strahlten keinerlei Impulse aus, die für die Fortentwicklung der deutschen Verfassungstradition oder des parlamentarischen Denkens in irgendeiner Form von nachhaltiger Bedeutung gewesen wären.

Dennoch wäre es falsch, die Landtage lediglich als eine unerhebliche Randnotiz der Nachkriegszeit abzutun. In ihrer Existenz kamen durchaus Elemente und Problemfelder zum Tragen, die für die Geschehnisse in der SBZ/DDR von grundsätzlichem Aussagewert waren. Die Beschäftigung mit ihnen liefert zahlreiche Belege, wie sich die Durchsetzung der kommunistischen Diktatur auf der von der historischen Forschung lange Zeit nachrangig behandelten Landesebene vollzog. Versteht man die Geschichte dieser Parlamente nicht ausschließlich von ihrem unrühmlichen Ende her, sondern rückt man stattdessen ihren Entwicklungsprozess unter den Bedingungen der sowjetischen Besatzungsherrschaft als solchen in den Mittelpunkt, dann lassen sich durchaus wichtige Einsichten gewinnen.

Zunächst gilt es festzuhalten, dass die deutschlandpolitischen Interessen der UdSSR bei allen die Landtage betreffenden Fragen stets den übergeordneten Rahmen bildeten. Dieser Befund traf gleichermaßen für die Entstehung der

¹ E. LEMMER, *Manches war doch anders*, 1968, S. 276.

² Vgl. E. HOLTSMANN, *Der Pfad der verfallenden Demokratie*, 2006.

Volksvertretungen als auch für ihre Auflösung zu. Die Parlamente von Brandenburg und Thüringen wurden im Herbst 1946 zu einem Zeitpunkt gebildet, als die deutsche Frage für die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs noch eine offene Problemstellung war. Auch wenn sich das einstige Kriegsbündnis bereits in Auflösung befand, so war die staatliche Teilung, wie sie dann 1948/49 Wirklichkeit wurde, damals nur eine unter mehreren denkbaren Optionen. Der Blick Stalins und der SMAD war noch auf den deutschen Gesamtstaat gerichtet. Obwohl die politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen in den Besetzungszonen bereits deutlich auseinanderliefen, wurden besatzungspolitische Grundlinien von der sowjetischen Seite in vielen Fällen mit dem Blick auf ihre Wirkungen in den anderen Zonen gezeichnet. Die Entscheidungen des Frühjahrs und Sommers 1946, Beratende Landesversammlungen einzuberufen, Kommunalwahlen in der SBZ anzuberaumen und schließlich die Einrichtung von Landtagen zu gestatten, resultierten nicht zuletzt aus der besatzungspolitischen Konkurrenzsituation mit den Westmächten. In dem Umstand, dass die SMA Thüringen im November und Dezember 1946 auf einen schnellen Abschluss der Verfassungsberatungen drängte, darf man nicht nur das Interesse herauslesen, möglichst zügig Tatsachen zu schaffen. Fraglos war das ein wichtiges Motiv. Darüber hinaus ging es aber offenkundig darum, mit der Verabschiedung der Landesverfassung schnell den Anschluss an die politischen Vorgänge in den Ländern der Westzonen zu finden und diesen einen konstitutionellen Gegenpol entgegenzusetzen.

Die Abwicklung der Volksvertretungen im Zuge der Auflösung der Länder in der DDR im Juli 1952 stand ebenfalls unter dem Primat der sowjetischen Deutschlandpolitik. Wenngleich in der SED bereits seit längerem auf eine administrative und territoriale Neugliederung hingearbeitet worden war, gab Moskau die Zustimmung zur Einleitung des Schritts erst in dem Augenblick, als klar war, dass die vom Kreml favorisierte Lösung eines vermeintlich neutralen Deutschlands, wie sie zuvor in den Stalin-Noten propagiert worden war, in absehbarer Zeit keine Aussicht auf Erfolg haben würde. Erst nachdem sich diese Einsicht durchgesetzt hatte, konnten die Landesparlamente, die immer auch als eine Karte für die Wiedervereinigung unter sowjetischen Vorzeichen betrachtet worden waren, von der SED im Zuge des »Aufbaus des Sozialismus« beseitigt werden.

Das Verhältnis der Besatzungsmacht und der SED zu den Landtagen wurde über den gesamten Zeitraum ihres Bestehens von taktischen Motiven geleitet. Weder der Einheitspartei noch der SMAD ging es jemals darum, die Parlamente als Foren für ein freies, pluralistisches politisches System auf echter demokratischer Grundlage zu nutzen. Dies konnte schon allein aufgrund der ideologischen Sozialisation und der deutschlandpolitischen Zielsetzungen, wie

sie beispielsweise von der KPD-Führung im Moskauer Exil seit 1943/44 diskutiert worden waren, gar nicht in ihrem Interesse liegen. Vielmehr sollte den eigenen Maßnahmen und Zielen auf dem Weg zur Sowjetisierung Deutschlands der Schein einer demokratischen Legitimation verschafft werden. Die Landtage boten hierfür eine geeignete Bühne.

Bereits während des Wahlkampfes 1946 wurde deutlich, dass die SMAD einen Wettstreit der zugelassenen Parteien nur in dem Maße duldete, solange die SED davon profitierte und man die gewünschten Resultate erwarten durfte. Wurde dies infrage gestellt, kam die repressive Seite der Besatzungspolitik zum Einsatz. Sie reichte von Hinweisen und »Ratschlägen« über administrativen Dirigismus bis hin zur unverhohlenen Drohung, Einschüchterung oder sogar Verhaftung politisch Missliebiger. In Brandenburg und Thüringen litten die Landesverbände der Christdemokraten und der Liberaldemokraten unter zahlreichen Verboten, Verwaltungswillkür und Zensurmaßnahmen. Dabei zeigte sich, dass der Besatzungsmacht mit der SED keineswegs ein lediglich passiver Befehlsempfänger zur Seite stand, sondern dass die Landesführungen der Einheitspartei in Potsdam und Weimar selbst Initiativen entwickelten, um der SMAD zuzuarbeiten. Die Streichung des Spitzenkandidaten der brandenburgischen LDP, Wilhelm Falk, von der Kandidatenliste einen Tag vor der Abstimmung war hierfür ein Beleg. Die Diskussionen um das diffamierende »Landesverrat«-Plakat der SED zeigten hingegen, wie mit zweierlei Maß gemessen wurde: Während den »bürgerlichen« Parteien alle Fehler, die in ihrem Namen angeblich begangen wurden, als schwere Irrtümer und als Verstöße gegen den Blockgedanken vorgehalten wurden, versuchte die Einheitspartei, die Auswüchse des eigenen aggressiven Wahlkampfes herunterzuspielen und zu verschleiern. Die Besatzungsmacht deckte sie dabei. Mehr noch: Die SED konnte auf die materielle und organisatorische Unterstützung seitens der SMAD zählen. Von fairen Ausgangsbedingungen im Wahlkampf konnte daher nicht die Rede sein. Umso mehr mussten die Einheitspartei und die SMAD über die Ergebnisse der Wahl vom 20. Oktober 1946 überrascht sein, denn der SED gelang es in keinem Land, die hohen Erwartungen zu erfüllen. Stattdessen konnten CDU und LDP gestärkt in die Parlamente einziehen.

Bereits vor der Konstituierung der Landtage entwickelte der zentrale Parteiapparat der SED in Absprache mit Karlshorst Strategien, um unabhängig von den Wahlresultaten die künftige Tätigkeit der Volksvertretungen in die gewünschten Bahnen zu lenken. Die Besetzung der Landtagsverwaltungen mit loyalen SED-Anhängern bot dafür einen ersten Ansatzpunkt. Noch wichtiger war allerdings der Anspruch der Einheitspartei auf das seit dem 19. Jahrhundert tradierte Recht, als jeweils stärkste Fraktion den Landtagspräsidenten stellen zu dürfen. Dieser rückte ins Zentrum des parlamentarischen Betriebs

inner- und außerhalb des Plenarsaals. Mit Friedrich Ebert und August Frölich konnten in Potsdam und Weimar zwei ehemalige Sozialdemokraten in diese Position gehoben werden, die über die Parteigrenzen hinaus einiges Ansehen genossen. Auch wenn sich Ebert und Frölich in ihrer Amtsführung unterschieden, ließen beide zu Beginn ihrer Tätigkeit durchaus den Willen erkennen, die Geschäfte der Parlamente einigermaßen überparteilich führen zu wollen. In vielen Fällen nahmen sie die Direktiven ihrer Parteiführung keineswegs unwidersprochen hin. Vielmehr bemühten sie sich – letztlich erfolglos – darum, den Landtagen die ihnen verfassungsmäßig zustehende Stellung innerhalb der Landespolitik zu verschaffen und sie aufzuwerten. Sowohl Ebert als auch Frölich gerieten deshalb in Auseinandersetzungen mit den eigenen Landesvorständen, wobei dabei neben persönlichen Befindlichkeiten ebenso die Rivalitäten in der SED zwischen ehemaligen SPD-Genossen und KPD-Anhängern hineinspielten. Doch wenn es um Grundsatzentscheidungen ging, beugten sich die Präsidenten immer dem Willen der Besatzungsmacht und der Parteilinie. Den möglichen Bruch der maßgeblich von ihnen selbst mit ausgearbeiteten Geschäftsordnungen nahmen sie in solchen Fällen in Kauf.

Neben dem Amt des Parlamentspräsidenten ging es der SED in beiden Volksvertretungen darum, den Vorsitz in den wichtigsten Landtagsausschüssen zu besetzen. Auch hierfür existierten zentrale Vorgaben. In Brandenburg mussten aufgrund des Wahlausgangs gegenüber der CDU und der LDP einige Konzessionen gemacht werden. Trotzdem sorgte die Potsdamer SED-Landesführung dafür, dass die Anweisung des Zentralsekretariats, die für die Durchsetzung der eigenen Politik maßgeblichen Ausschüsse in den Händen zu halten, umgesetzt wurde. Unter Führung von Willy Sägebrecth brachte die SED mit Rückendeckung durch die SMA das Kunststück fertig, aus einer rechnerischen Minderheitsposition heraus durchzusetzen, dass die Größe der ständigen Ausschüsse ihren Vorstellungen entsprach. Dadurch wurde das Wahlergebnis verfälscht. In Thüringen, wo die SED gemeinsam mit der VdgB einen knappen Vorsprung vor der LDP und der CDU erreicht hatte, erwies sich eine solche Maßnahme als nicht erforderlich.

Ein weiteres zentrales Instrument bestand in dem Bestreben, die Prinzipien der Blockpolitik auf die Landtage zu übertragen. Dieses Begehren wurde von der Besatzungsmacht mit großem Nachdruck verfolgt. Dabei ging es nur vordergründig darum, den alten Parteienzwist der Weimarer Republik, der im allgemeinen Denken der Zeit den Aufstieg Hitlers erst ermöglicht hatte, künftig auszuschließen. Vielmehr lag das Hauptinteresse der Militäradministration darin, die Geschehnisse in den Landtagen unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen kontrollieren zu können. Die parlamentarische Arbeit zeichnete sich durch eine ausgesprochene Doppelbödigkeit aus: Auf formaler Ebene wurden

den Parlamenten zwar weitreichende Kompetenzen zugestanden. In Wirklichkeit sorgte die Einbindung in die Blockpolitik aber dafür, dass die »bürgerlichen« Kräfte, wie auch bei ihrer verordneten Beteiligung an den Landesregierungen, politisch unter Aufsicht gehalten wurden.

Entgegen der bisherigen Forschungsmeinung standen die Landtage von Brandenburg und Thüringen während der ersten Legislaturperiode allerdings nur in einem sehr begrenzten Maße unter dem direkten Einfluss der Landesblockausschüsse. Als übergeordnete Institutionen zur Beilegung inhaltlicher Differenzen funktionierten sie kaum, weil sich die »bürgerlichen« Landtagsfraktionen oftmals nicht an die dort getroffenen Absprachen gebunden fühlten. Zudem arbeiteten die Landesblockausschüsse über die ganze Zeit ihrer Existenz betrachtet nicht kontinuierlich. Dies musste gerade in den Jahren 1947 bis 1949, als die Landtage noch regelmäßig zusammentraten, einer dauerhaften übergeordneten Funktion der Blöcke im Verhältnis zu den Volksvertretungen entgegenstehen. Stattdessen führte die informelle Übertragung des Prinzips der Blockpolitik auf den Landtagsbetrieb selbst zu den von der SED gewünschten Ergebnissen. In Thüringen etwa übernahmen die vom Landtagspräsidenten ausgerichteten »interfraktionellen Abende« die Aufgabe, im Vorfeld der Plenar- und Ausschusssitzungen heraufziehende Konflikte zu erkennen und die Fraktionsführungen der »bürgerlichen« Parteien auf eine gemeinsame Linie zu verpflichten. Reichte dies nicht aus, wurden die Verhandlungen an anderer Stelle fortgeführt – etwa im Ältestenrat, in Spitzengesprächen der Landesvorstände und der Fraktionsführungen, im Kabinett oder bei der SMA. In diesem Geflecht der der Blockpolitik verpflichteten und sowohl strukturell als auch personell ineinander verzahnten Gremien stellten die Landesblockausschüsse als Institutionen lediglich eine unter mehreren Komponenten dar.

Ungeachtet dessen waren die SED-Landesverbände an einem engen Umgang mit solchen christ- und liberaldemokratischen Abgeordneten interessiert, die als »fortschrittlich« galten und einer Kooperation gegenüber aufgeschlossen schienen. Durch die gezielte Unterstützung solcher Mandatsträger wurde die SED nicht nur über die innerparteilichen Entwicklungen bei den Christ- und Liberaldemokraten auf dem Laufenden gehalten, sondern es gelang ihr immer wieder, die »bürgerlichen« Landtagsfraktionen in umstrittenen Sachfragen zu spalten. Auch wenn die Unterscheidung der Abgeordneten nach ihrer »fortschrittlichen« oder »reaktionären« Gesinnung im Zuge des Ausschaltungsprozesses der Parteien erst ab Mitte 1948 verstärkt zum Einsatz kam, so war das dahinter stehende Grundmuster bereits mit der Konstituierung der Landtage ausgeprägt. In Thüringen und Brandenburg ließ sich während der ersten Legislaturperiode zudem immer wieder beobachten, dass die SED mit einer der beiden »bürgerlichen« Fraktionen in umstrittenen Sachfragen, wo kaum Aussicht

auf eine überparteiliche Einigung bestand, zusammenging, um die andere Fraktion auszumanövrieren. Oftmals suchten die Genossen die Nähe zur drittstärksten Kraft im Parlament. Die SED gab sich in solchen Fällen kompromissbereit und signalisierte Gesprächsbereitschaft. Verschiedenen Forderungen der »bürgerlichen« Seite, solange sie nachrangig blieben, kam sie dann entgegen. Gleichzeitig achtete die Einheitspartei in den Häusern darauf, die Entstehung eines »bürgerlichen« Blocks, der immer eine große oppositionelle Gefahr darstellte, schon im Ansatz zu unterbinden. Ein solches Zusammengehen war im November 1946 in Brandenburg kurzzeitig erwogen worden.

Während die SED also einen regelrechten Katalog an Maßnahmen entwickelte, um die anderen Landtagsfraktionen nach dem Wahlgang vom 20. Oktober 1946 einzuhegen, stellte sich die Situation aus der Perspektive der Union und der LDP vollkommen anders dar. Die neu gewählten Abgeordneten zogen mit großen Erwartungen in die Landesparlamente ein. Sie gaben sich zuversichtlich, dass ihnen im Gegensatz zur bisher einseitigen Ausrichtung der Politik in der SBZ nun ein demokratisch legitimes Mitspracherecht zustehen werde. Zwar gaben sie sich nicht der Illusion hin, dass sie sich gegen den Willen der Besatzungsmacht stellen könnten, aber sie sahen immerhin die Chance gekommen, um durch konstruktive Mitarbeit fortan schlimmeres Übel zu verhindern, Fehlentwicklungen zu korrigieren und möglicherweise bereits eingeleitete Maßnahmen wie die Sequestrationen entweder rückgängig zu machen oder sie zumindest rechtsstaatlichen Prinzipien zu unterwerfen. Ihnen galt es, die administrative Willkür der letzten anderthalb Jahre zu überwinden. Die Arbeit der »bürgerlichen« Parlamentarier wurde von der Vorstellung getragen, dass mit einem baldigen Ende der sowjetischen Besatzungszeit nicht nur die Wiederherstellung der staatlichen Einheit möglich sei, sondern dass man dann auch die Dominanz der SED brechen werde. Bis dieser Moment gekommen sei, ging es darum, Verantwortung zu übernehmen und im Interesse der Bevölkerung am Wiederaufbau des Landes mitzuarbeiten. Die weitere Entwicklung sollte indes zeigen, dass diese Sichtweise nicht sehr realistisch war.

Die beiden »bürgerlichen« Parteien ließen nach der Landtagswahl von 1946 den aufrichtigen Willen erkennen, sich nicht in der Rolle einer »negierenden Opposition« (Wilhelm Külz) einzurichten. Mit großem Selbstbewusstsein gingen sie in die Verhandlungen zur Bildung der Landesregierungen und in die Verfassungsberatungen. Weder die CDU- noch die LDP-Fraktionen scheuten dabei Konflikte mit der SED, wenn es um Fragen ging, die aus ihrer Sicht nicht verhandelbar waren. In verschiedenen Fällen kam es sowohl in Thüringen als auch in Brandenburg zur Zusammenarbeit mit ehemaligen Sozialdemokraten, die nun für die SED in den Parlamenten saßen. So trug der erste Verfassungsentwurf, der im Rechts- und Verfassungsausschuss des brandenburgischen

Landtags Anfang Januar 1947 erarbeitet worden war, sehr »bürgerliche« Züge. In Weimar konnte sich die SED ihrer Stimmen gerade im Bereich der Religionspolitik nicht immer sicher sein. In den Parlamenten kritisierten die Abgeordneten von CDU und LDP die parteipolitisch einseitige Ausrichtung der Personalpolitik in der öffentlichen Verwaltung, die willkürlichen Maßnahmen bei der Rechtsprechung sowie die sozialen, wirtschaftlichen und versorgungstechnischen Missstände. Im Ton fiel diese Kritik in der Regel zwar moderat aus, sie war jedoch so deutlich, dass die beiden »bürgerlichen« Parteien darauf hoffen konnten, ihr oppositionelles Profil gegenüber der SED zu schärfen.

Gleichwohl bestanden innerhalb der LDP- und CDU-Verbände gravierende organisatorische, finanzielle und personelle Defizite. Der Aufbau ihrer Landesstrukturen war im Herbst 1946 noch keineswegs abgeschlossen. Gegenüber dem hohen Organisationsgrad der SED bestanden enorme Rückstände. Während die Einheitspartei in Thüringen und Brandenburg bereits über ein Reservoir an geschulten Kaderkräften verfügte, mussten die »bürgerlichen« Parteien mit einer dünnen Personaldecke auskommen. Das Provisorium war bei ihnen der Dauerzustand. Sie schickten zumeist Amateure in die Landtage, die nur über wenig parlamentarische Erfahrung aus der Zeit vor 1933 verfügten. Obwohl viele von ihnen unmittelbar nach Kriegsende politisch aktiv geworden waren, indem sie etwa in den Antifa-Ausschüssen oder den neu entstandenen Kommunalverwaltungen gearbeitet hatten, fehlte den meisten Abgeordneten anfänglich ein Gespür für die Regularien und die Funktionsweisen einer Volksvertretung von der Größe und der Komplexität der Landtage. Einzig die Tätigkeit in den Beratenden Landesversammlungen, die allerdings nur für kurze Zeit bestanden, konnte hierfür erste Eindrücke vermitteln. Zwar wurden seitens der Berliner Parteizentralen Versuche gestartet, die neu gewählten Volksvertreter auf ihre zukünftigen Aufgaben vorzubereiten. Auch gab es Koordinierungsversuche, um ein einheitliches Vorgehen der Fraktionen in den Parlamenten zu gewährleisten. Jedoch blieben die Erfolge solcher Maßnahmen überschaubar. Die ersten Monate waren in den »bürgerlichen« Fraktionen von Improvisation und dem Eingewöhnen in die neue Aufgabe geprägt, aber auch von Unklarheit, Konzeptionslosigkeit und Überforderung. Die Schwierigkeiten wären nicht so sehr ins Gewicht gefallen, wenn es gerade in der Anfangszeit nicht um solche wichtigen Entscheidungen gegangen wäre wie die Verabschiedung der Landesverfassungen und anderer zentraler Gesetzeswerke. Indem die Militäradministration und die SED den Druck auf die »bürgerlichen« Parteien hoch hielten, beschränkte sich deren Mitwirkung an den grundlegenden Gesetzen letztlich auf Marginalien.

Hinzu kam die erhebliche Kontrolle von CDU und LDP durch die sowjetische Besatzungsmacht. Sie betraf nicht nur die Landesverbände, sondern genauso die Landtagsfraktionen. Wie alle anderen Einrichtungen, Verbände und

gesellschaftlichen Organisationen in der SBZ unterlagen die Parlamente einer ständigen Überwachung. Diese war freilich nie total, aber sie ging doch sehr weit. Während die SMA-Offiziere die SED-Fraktionen in ihrer Arbeit »unterstützten« und anleiteten, beobachteten sie die Tätigkeit der Abgeordneten von CDU und LDP mit mehr oder weniger offen gezeigtem Misstrauen. Neben den üblichen Berichtspflichten und Zensurmaßnahmen informierte sich die SMA regelmäßig über die internen Stimmungslagen in den Fraktionen, um bei Bedarf einzuschreiten. Zwar prangerten Christliche Demokraten und Liberaldemokraten bestehende Missstände deutlich an, diese Kritik durfte aber eine unsichtbare rote Linie nicht überschreiten. Weil der Rahmen des Geduldeten nicht klar definiert war und er immer von der situationsbedingten Einschätzung der sowjetischen Offiziere abhing, führte dies zu großer Verunsicherung bei den Volksvertretern. Der in den Landesverfassungen festgeschriebene rechtliche Schutz der Abgeordneten vor Verfolgung bot keine wirklich Sicherheit, wenngleich zu konstatieren ist, dass zumindest in den ersten Jahren versucht wurde, die parlamentarische Immunität der Volksvertreter zu respektieren und sie auf der Grundlage der Verfassungen sowie der Landtagsgeschäftsordnungen zu handhaben. Gleichwohl stand der Wille der Militärverwaltung zu jedem Zeitpunkt über den von Deutschen gesetzten Normen.

In sämtlichen »bürgerlichen« Landtagsfraktionen war das Bemühen erkennbar, sich mit den herrschenden Bedingungen zu arrangieren – etwas anderes blieb kaum übrig. Indem man das Gebot des Faktischen anerkannte, verbanden viele CDU- und LDP-Politiker und insbesondere die Fraktionsführungen damit die Hoffnung, sich dadurch so viel Eigenständigkeit wie möglich zu bewahren. Die Strategien waren dabei sehr unterschiedlich. Sie reichten von dem Versuch, ein gutes persönliches Verhältnis zu den verantwortlichen Politoffizieren aufzubauen und für Vertrauen in die Redlichkeit der eigenen Absichten zu werben, bis hin zu dem Bemühen, die Interessen der Militäradministration gegenüber der SED auszuspielen. Allerdings muss man den Erfolg solcher Anstrengungen als insgesamt gering einschätzen. Vielmehr verschärfte sie den seit 1947 immer deutlicher zutage tretenden Richtungsstreit innerhalb der »bürgerlichen« Fraktionen, ob man die Kooperation aufrechterhalten oder stattdessen auf eine unmissverständliche Oppositionshaltung setzen solle. Dieser Meinungsstreit beherrschte die innerparteilichen Diskussionen, weshalb die Fraktionen zwischen den beiden Polen lavierten. Eine klare Linie ließ sich kaum erkennen, vielmehr wurde das Verhalten durch die Umstände der konkreten Situation diktiert. Letztlich konnte die Entscheidung zur konsequenten Kooperation im Geiste der »fortschrittlichen« Blockpolitik erst in dem Augenblick die Oberhand gewinnen, als im Sommer 1950 infolge der politischen Säuberungen die letzten unabhängigen Stimmen aus den Reihen der Abgeordneten verstummt waren.

Trotz aller Einschränkungen und Vorgaben, unter denen die »bürgerlichen« Fraktionen in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen arbeiten mussten, ließ sich über weite Strecken der ersten Legislaturperiode ein erhebliches oppositionelles Potenzial erkennen. So erhoben sich unter den CDU- und LDP-Abgeordneten im Frühjahr 1947 große Bedenken, als es der SMAD und der SED darum ging, von den Parlamenten nachträglich eine Bestätigung der sogenannten Überleitungsgesetze zu erhalten. Die Fraktionen waren keineswegs bereit, das Gebot der Eintracht um jeden Preis aufrechtzuerhalten – gerade dann nicht, wenn sie fundamentale rechtsstaatliche Prinzipien als gefährdet oder sogar verletzt sahen. Auch bei der Verabschiedung des »Gesetzes zur Überführung der Bodenschätze und Kohlenbergbaubetriebe in die Hand des Volkes«, das im Mai und Juni 1947 in beiden Häusern behandelt wurde, regte sich Widerstand. Um die widerspenstigen Liberal- und Christdemokraten, die sich gegen eine entschädigungslose Enteignung der Montanindustrie sperren, zur Raison zu bringen, befahl die SMA Brandenburg die einstimmige Annahme der Vorlage. In Thüringen konnte das Gesetz trotz der Intervention durch die Militärverwaltung nur gegen die CDU und die LDP verabschiedet werden.

In den genannten Fällen hatte es die SED also keineswegs mit servilen Blockpartnern zu tun, sondern mit Fraktionen, die bereit waren, ihre Interessen zu verteidigen. Gleiches galt für die Auseinandersetzungen um die nachträgliche Herabsetzung des Wahlalters in Brandenburg. Obwohl der SED-Landesvorstand die FDJ instrumentalisierte, um mittels einer breiten Agitationskampagne 1947/48 die »bürgerlichen« Parteien zu einer Verfassungsrevision zu nötigen, verweigerten sich die CDU- und LDP-Abgeordneten mit großem Mut dem Ansinnen. Ähnliches lässt sich über die Absicht der SED sagen, ab 1948 die neu gegründeten Parteien DBD und NDP als gleichberechtigte Kräfte nachträglich in die Landtage zu holen. Zwar gelang es in langen Verhandlungen, beiden Parteien eine beratende Stimme in den Parlamenten zu verschaffen, doch die Union und die LDP verhinderten zumindest bis 1950, dass man jenen eine Gleichrangigkeit zugestand. Auch die Versuche der Einheitspartei, die Massenorganisationen stärker in die Arbeit der Landtage einzubeziehen, wurden von den »bürgerlichen« Fraktionen aufmerksam registriert und ausgebrems. Die christ- und liberaldemokratischen Abgeordneten verstanden sich als Sachwalter der Interessen ihrer Parlamente. Der Streit um die Durchsetzung des Zweijahresplans im Herbst 1948 gehörte zu den erbittertsten Konflikten zwischen der SED und den »bürgerlichen« Parteien, die in beiden Landtagen überhaupt ausgetragen wurden. Es lag sehr viel Tragik in dem Umstand, dass es den Parlamentariern von CDU und LDP zwar immer wieder gelang, der SED kleine Erfolge abzurufen, dass diese auf die Gesamtentwicklung der SBZ bezogen jedoch unerheblich blieben.

Die in der Forschungsliteratur immer wieder geäußerte Einschätzung, derzufolge es in erster Linie die CDU gewesen sei, die die Oppositionsrolle ausgefüllt habe, wohingegen bei der LDP in einem sehr viel höheren Maße die Bereitschaft bestanden habe, sich dem Kurs der SED anzupassen,³ bedarf mit Bezug auf die Tätigkeit beider Parteien in den Landtagen von Brandenburg und Thüringen einer Differenzierung. Ohne Zweifel wurde das widerständige Potenzial der CDU von der SMAD höher eingeschätzt als jenes der LDP. Ungeachtet der Wahlergebnisse von 1946, die eigentlich eine andere Bewertung hätten nahelegen müssen, erkannte man in der Union die Hauptkonkurrentin der SED.⁴ Doch sieht man von den Verfassungsberatungen ab, die an den Liberaldemokraten weitgehend vorbeigingen, agierten die »bürgerlichen« Fraktionen in den Landesparlamenten in vielen Fällen auf Augenhöhe. Trotz ihrer unterschiedlichen Differenzen in der Bildungs- und Religionspolitik teilten die Abgeordneten von CDU und LDP einen gemeinsamen Kanon an Werten, den sie unter den gegebenen Bedingungen so gut es ging zu verteidigen trachteten. In den Landtagsfraktionen der LDP von Brandenburg und Thüringen wurde in ähnlicher Weise Kritik an der eigenen Parteiführung, die sich in den Augen vieler Abgeordneter allzu häufig kooperationswillig zeigte, sowie an den Entwicklungen in der SBZ geübt wie in der Union. Zwar war die CDU in der Arbeit des brandenburgischen Landtags auf die Dauer der ersten Legislaturperiode gesehen präsenter als die LDP, in Thüringen standen die Liberaldemokraten der CDU jedoch keineswegs nach.

Obwohl die Hierarchien in den Landtagsfraktionen von CDU und LDP im Vergleich zu jenen bei den Einheitssozialisten relativ flach ausfielen und das Kollegialitätsprinzip unter den Abgeordneten mit innerparteilichen Diskussionen und Mehrheitsentscheidungen hochgehalten wurde, wurde ihr Erscheinungsbild durch eine kleine Zahl an Landespolitikern geprägt. Persönlichkeiten wie Wilhelm Wolf und Franz Schleusener in Brandenburg sowie Hugo Dornhofer, Johannes Mebus (jeweils CDU), Alphons Gaertner, Friedrich Schomerus und Hermann Becker (jeweils LDP) in Thüringen drückten der Arbeit der Fraktionen ihren Stempel auf. Auch wenn sie zum Teil in den Parlamentsgruppen gar kein offizielles herausgehobenes Amt bekleideten, sondern lediglich ein einfaches Mandat ausübten, boten ihre politische Erfahrung, ihre fachliche Expertise, ihr Verhandlungsgeschick sowie das selbstsichere Auftreten im Parlament für die anderen »bürgerlichen« Parlamentarier wichtige Orientierung und Halt. In dem Augenblick, als diese Personen entweder freiwillig oder erzwungenermaßen aus dem Parlament ausschieden, büßten die Landtagsfraktionen ihre

³ So etwa I. JANDER, Politische Verfolgung in Brandenburg, 2012, S. 94.

⁴ Vgl. G. WETTIG, Der Konflikt der Ost-CDU mit der Besatzungsmacht, 1999, S. 113.

fähigsten unabhängigen Köpfe ein. Die dadurch entstehenden Lücken konnten die Nachrücker entweder gar nicht oder nur im Ansatz füllen.

Es lag im ureigenen Interesse der »bürgerlichen« Landtagsfraktionen, die Kompetenzen der Volksvertretungen zu stärken und sie vor ihrer Beschneidung zu schützen. Gleichwohl mussten sie sehr rasch erkennen, dass die überaus begrenzten Möglichkeiten, aus dem Landtag heraus Einfluss auf die politische Entwicklung des Landes zu nehmen, kaum einen Effekt erzielten. In den allermeisten Fällen scheiterten die Mandatsträger von CDU und LDP an den von der Besatzungsmacht vorgegebenen Bedingungen. Die Versuche, die in den Landesverfassungen vorgesehenen Kontrollrechte gegenüber der Exekutive durchzusetzen, blieben in dem Augenblick erfolglos, sobald sich daraus für die SED irgendeine Art von Nachteil abzeichnete. Seit Mitte 1947 häuften sich in Weimar und Potsdam Klagen darüber, dass die Landesregierungen und insbesondere die Innenressorts, die sich fest in den Händen der Einheitssozialisten befanden, den Berichtspflichten gegenüber dem Hohen Haus nicht nachkämen, dass sie die Beantwortung von Großen und Kleinen Anfragen verschleppten oder verweigern würden und dass die Ministerien Ausführungsverordnungen erließen, die dem Inhalt der zugrunde liegenden Gesetze widersprächen. Im Zweifelsfall arbeiteten die Kabinettsressorts mit Rückendeckung der SMA an den Landtagen vorbei. Chancen, in solchen Fällen eine parlamentarische Kontrolle einzufordern, wie sie in den Verfassungen festgeschrieben war, bestanden kaum. Auch die bei der Regierungsbildung 1946 von der SED den »bürgerlichen« Parteien gegebenen Zusagen, künftig Einfluss auf die Personalbesetzung in den Landesverwaltungen nehmen zu können, stellten sich als wertlos heraus. Weil die Aufstellung der Länderbudgets auf den Anordnungen der SMA beruhte, erwies sich dieses ansonsten so wichtige Königsrecht des Parlaments als eine stumpfe Waffe. Der fortschreitenden Zentralisierung in der SBZ, die automatisch eine Einschränkung der Kompetenzen der Landtage nach sich zog, konnten die CDU- und LDP-Abgeordneten nichts Wirksames entgegensetzen, auch wenn sie ihre Vorbehalte gegenüber den Maßnahmen teilweise mit schonungsloser Offenheit darlegten. Die stark eingeschränkten parlamentarischen Handlungsmöglichkeiten führten ab 1948 zu einer besonderen Gemengelage in den »bürgerlichen« Fraktionen, die von Frustration, Resignation und Fatalismus, aber auch von trotzigem Durchhaltewillen, Einsatz und Verantwortungsgefühl geprägt war.

In der historischen Rückschau gestaltete sich der Weg zur Entmachtung der Landesparlamente als ein schleichender Prozess. Er erstreckte sich über mehrere Jahre, vollzog sich auf verschiedenen Ebenen gleichzeitig und war nur an wenige Eckdaten gebunden. Daher konnte den gewählten Volksvertretern die endgültige Zielrichtung dieser Entwicklung lange Zeit nicht bewusst werden. Aus der

Sicht der SED erwies sich aber die Konferenz von Werder im Juli 1948 als eine wichtige Zäsur. Bei der Umsetzung der auf der Tagung verkündeten neuen Linie, nämlich den Aufbau der SED zur Staatspartei voranzubringen und ihr die vollständige Kontrolle über den staatlichen Apparat zu verschaffen, kam es auch zu einer Umdeutung der verfassungsrechtlichen Bedingungen in der SBZ: Hatte die SED-Führung bis dahin die Existenz der Landtage als Verfassungsorgane weitgehend akzeptiert, solange man sich dort der Mehrheiten einigermaßen sicher war und über diverse Möglichkeiten verfügte, die Geschehnisse im Sinne der eigenen Interessen lenken zu können, ging es fortan um die Überwindung der »Spielregeln des bürgerlichen Parlamentarismus« (Walter Ulbricht). In den Folgemonaten wurde den Landesvorständen die neue Linie vermittelt, die Kompetenzen der Landtage wie auch der Länder fortan stärker zu beschneiden. De facto ging es seit Werder um die politische Ausschaltung der Volksvertretungen, wenngleich die SED und die SMAD aus deutschlandpolitischen Erwägungen an deren Fortexistenz vorerst festhielten. Die staatliche und wirtschaftliche Zentralisierung wurde mit dem zielgerichteten Ausbau der Deutschen Wirtschaftskommission forciert, die Arbeit der Landtage schränkte sich ab der zweiten Jahreshälfte 1948 merklich ein. Zugleich erhöhte sich der politische Druck auf die »bürgerlichen« Parteien. Sie wurden in den folgenden beiden Jahren einem umfassenden Gleichschaltungs- und Säuberungsprozess unterworfen, der zwischen Herbst 1949 und den »Volkswahlen« im Oktober 1950 seinen Höhepunkt erreichte.

Die Landtagsfraktionen wurden in den Sog dieser Geschehnisse hineingezogen. Die zunehmenden Angriffe auf die »bürgerlichen« Parteien sowie der Zwang zur Anpassung führten ab Mitte 1948 zu einer steigenden Fluktuation unter den Abgeordneten. Der Trend vollzog sich in den beiden Ländern aber nicht parallel, sondern er wies im Detail einige Unterschiede auf: Während im brandenburgischen Landtag die Mandatsverluste im Jahr 1950 mit weitem Abstand den Höchststand erreichten, bewegten sie sich in Thüringen schon seit 1948 kontinuierlich auf einem hohen Niveau. Kaum ein Parlamentarier, der 1946 in den Landtag gewählt worden war, gehörte diesem auch noch in der zweiten Legislaturperiode an. Eine auffällige Eigenheit war es, dass die meisten Abgeordneten ihre Mandate nicht aufgrund eines vermeintlichen »Fehlverhaltens« im Landtag verloren, sondern dass die Gründe für ihren politischen Rückzug zumeist auf dem Feld der Kommunalpolitik zu verorten waren. Dabei setzte die SED auf ein sehr bewährtes Muster: Nicht angepasste und unliebsame Politiker wurden durch gezielte Diffamierungskampagnen sowie durch scheinbar spontane, in Wirklichkeit aber sorgfältig vorbereitete Proteste öffentlich desavouiert und dann zum Ausscheiden aus der Politik gedrängt. Reichte das nicht aus, setzten die Einheitssozialisten die jeweiligen Landesverbände unter Druck,

um den Parteiausschluss der betroffenen Personen zu erwirken. Verhaftung und Anklage durch deutsche oder sowjetische Organe folgten in der Regel erst im Anschluss, sofern das politisch zweckmäßig erschien oder man alte Rechnungen begleichen wollte. Diese Vorgehensweise wurde 1949 und 1950 von der SED systematisch zum Einsatz gebracht. Die CDU- und LDP-Landesverbände büßten in dieser Zeit den wichtigsten Teil ihrer Mitgliederschaft ein. Das den Verfolgungen zugrunde liegende Schema war allerdings schon viel älter, da es bereits in den Jahren zuvor zur Anwendung gekommen war.

Für die politische Säuberung der LDP gewannen insbesondere die Vorgänge in der brandenburgischen Landtagsfraktion im Dezember 1949 erhebliche Relevanz. Die kritischen Äußerungen mehrerer Abgeordneter wurden von der SED und der Besatzungsmacht bewusst so entstellt und überzeichnet, dass sie schließlich als Anlass genutzt werden konnten, um die Liberaldemokraten in eine schwere Parteikrise zu stürzen. Deren Ergebnis war die weitgehende Selbstanpassung und Unterwerfung der LDP unter den Willen der Einheitspartei. Die Säuberungswellen der Jahre 1949 und 1950 veränderten nicht nur die Landesverbände der »bürgerlichen« Parteien, sondern sie führten ebenso in den Landtagsfraktionen zu dramatischen Veränderungen. Kritik wurde kaum mehr artikuliert, jeder Ansatz von Abweichung zog nicht nur für den einzelnen Volksvertreter, sondern auch für die ganze Fraktion Repressionen nach sich. Durch das Ausscheiden der letzten unabhängigen Köpfe aus der Landespolitik durchliefen die Fraktionen einen Prozess der Ausschaltung sowie der Selbstpreisgabe. Am Ende stand ihre vollständige Unterordnung.

Zu Beginn der zweiten Legislaturperiode im November 1950 hatten die Landtage ihre einstigen Funktionen komplett verloren. Obwohl die in den Landesverfassungen verankerten Rechte der Volksvertretungen formal weiterbestanden, tendierten die tatsächlichen Möglichkeiten der Parlamente, Politik zu gestalten, jetzt gegen Null. Ganz im Sinne der SED waren sie nun zu »sozialistischen Volksvertretungen« umgeformt, deren Kompetenzen sich auf Nebensächlichkeiten reduzierten. Hierzu zählte etwa der Einsatz der Abgeordneten als Berichterstatter während der landesweiten Mobilisierungskampagnen in der Landwirtschaft oder bei der Umsetzung der sogenannten Wähleraufträge. Die legislativen Arbeiten wurden fast vollständig eingestellt. Die Tagesordnungen der Landtagssitzungen folgten einem von der SED aufgestellten Drehbuch, dessen Vorgaben bis in die Formulierungen der Redebeiträge reichten. In den Mittelpunkt der parlamentarischen Tätigkeit rückte die Verlesung von tagesaktuellen Solidaritätsadressen und Entschließungen zur sowjetischen Deutschlandlandpolitik. Der große Aufwand, der von den Landtagen betrieben wurde, um Kontakte zu westdeutschen Landesparlamenten und anderen Organisationen aufzubauen – erinnert sei an die Kampagne zur Propagierung

des Grotewohl-Briefes 1951 – stand in keinem Verhältnis zu den überaus mageren Ergebnissen. Infolge der umfassenden Säuberungen und der Durchsetzung der Einheitsliste bei den »Volkswahlen« 1950 verkamen die CDU- und LDP-Fraktionen während der zweiten Legislaturperiode zu Claqueuren der Blockpolitik. Bereits im Vorfeld wurden die »bürgerlichen« Volksvertreter durch den SED-Apparat und die Staatssicherheit intensiv auf ihre politische Gesinnung hin überprüft, sodass ein oppositionelles Verhalten nicht mehr zu erwarten war. Selbstständige Initiativen gingen von ihnen nicht mehr aus. In dem Konglomerat der zahlreichen Gruppen und Arbeitsgemeinschaften, die nun in den Landtagen saßen, fiel die Stimme der »bürgerlichen« Fraktionen nicht mehr ins Gewicht.

In welchem Maße die Landtage für weite Teile der Bevölkerung in der DDR seit 1950 nur noch als eine unter vielen Institutionen der Blockpolitik wahrgenommen wurden, zeigte sich besonders eindringlich in den Tagen des Volksaufstands vom 17. Juni 1953. Die politischen Forderungen der Protestierenden richteten sich bekanntlich in erster Linie auf die Beseitigung des verhassten SED-Regimes, auf die Durchsetzung von Meinungsfreiheit und Demokratie sowie auf die Abhaltung freier und geheimer Wahlen in ganz Deutschland. Aber nirgendwo in Thüringen oder Brandenburg wurde in signifikanter Weise die Forderung erhoben, die kaum ein Jahr zuvor aufgelösten Landtage zu reaktivieren. Landesparlamente spielten während der Geschehnisse um den 17. Juni offenbar keine Rolle.⁵ Nun darf man in diesen Umstand sicher nicht allzu viel hineininterpretieren. Der Verlauf des Arbeiteraufstands von den ersten Protesten gegen die Erhöhung der Arbeitsnormen bis hin zu seinem dramatischen Ende spielte sich in so kurzer Zeit ab, dass wohl niemand die Gelegenheit hatte, um über einen künftigen föderalen Staatsaufbau und die verfassungsrechtliche Bedeutung von Landtagen nachzudenken. Trotzdem bleibt der Befund bestehen, und er besitzt durchaus eine Aussagekraft.

Weitere 36 Jahre mussten vergehen, ehe mit der Friedlichen Revolution und dem demokratischen Neubeginn in der DDR auch die Frage nach einer Wiederbegründung von Ländern und Landtagen auf die Tagesordnung zurückkehrte. Zwar hatten die neuen Landesparlamente, wie sie dann Ende Oktober 1990 erstmals zusammentraten, mit ihren historischen Vorläufern aus der Nachkriegszeit institutionell betrachtet nichts gemeinsam. Dennoch erweist sich die Erinnerung an die Geschehnisse in den Volksvertretungen von Brandenburg und Thüringen zwischen 1946 und 1952 als ein bedeutsames Erbe. Das Gedenken an den mutigen, letztlich vergeblichen Versuch vieler Christdemokraten

⁵ Vgl. A. HERZ (Hrsg.), *Der 17. Juni 1953 in Thüringen*, 2003; I.-S. KOWALCZUK, *17. Juni 1953*, 2013, S. 78–84 u. 89–98.

und Liberaldemokraten, aber auch mancher ehemaliger Sozialdemokraten, sich der Sowjetisierung und der Etablierung der SED-Diktatur in den Landesparlamenten von Potsdam und Weimar entgegenzustellen und für Rechtsstaatlichkeit, Meinungsfreiheit und Demokratie zu streiten, sollte auch in Zukunft als eine wichtige historische Verpflichtung betrachtet werden.

Anhang

Tabellenverzeichnis

| | |
|---|-----|
| Tab. 1: Gemeinden ohne registrierte Parteigruppen (Stand: 10. Juli 1946) | 110 |
| Tab. 2: Auflagenhöhe und Erscheinen der parteinahen Zeitungen (Stand: Juli 1946) | 111 |
| Tab. 3: Ergebnisse der Landtagswahl vom 20. Oktober 1946 (in Prozent und Mandate) | 127 |
| Tab. 4: Übersicht über den Vorsitz in den ständigen Ausschüssen der Landtage von Brandenburg und Thüringen (Stand: Ende 1946) | 169 |
| Tab. 5: Anträge, die von der SMA Brandenburg vor den Plenar- sitzungen zurückgezogen, abgesetzt oder abgelehnt wurden (1947–1949) | 247 |
| Tab. 6: Entschlüsse zur Deutschlandpolitik (1946–1949) | 360 |
| Tab. 7: Ausgeschiedene Abgeordnete während der 1. Legislaturperiode (1946–1950) Landtag Brandenburg | 403 |
| Thüringer Landtag | 404 |
| Tab. 8: Zahl der in den Landtagen beschlossenen Gesetze (1946–1950) | 444 |
| Tab. 9: Allgemeiner Schlüssel zur Verteilung der Mandate in den Landtagen der DDR 1950 (in Prozent) | 487 |
| Tab. 10: Zahl der Ausschusssitzungen des Landtags Brandenburg (1946–1952) | 506 |
| Tab. 11: Zahl der Plenarsitzungen in der 2. Legislaturperiode (1950–1952) | 506 |
| Tab. 12: Entschlüsse, Appelle und Aufrufe (1950–1952) | 508 |
| Zahl der Plenarsitzungen in Brandenburg und Thüringen (1946–1950) | 443 |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|---------|--|
| Acc. | Akzession |
| ADL | Archiv des Liberalismus |
| APuZ | Aus Politik und Zeitgeschichte |
| Ast. | Außenstelle |
| AVLTB | Akten und Verhandlungen des Landtags der Mark Brandenburg |
| AVThLT | Akten und Verhandlungen des Thüringer Landtages |
| BArch | Bundesarchiv |
| Bl. | Blatt |
| BLHA | Brandenburgisches Landeshauptarchiv |
| BStU | Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik |
| BzG | Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung |
| CDU | Christlich-Demokratische Union Deutschlands |
| CSU | Christlich-Soziale Union Deutschlands |
| DA | Deutschland Archiv |
| DBD | Demokratische Bauernpartei Deutschlands |
| DDP | Deutsche Demokratische Partei |
| DDR | Deutsche Demokratische Republik |
| DFD | Demokratischer Frauenbund Deutschlands |
| DNVP | Deutschnationale Volkspartei |
| DS | Deutsche Studien |
| DVP | Deutsche Volkspartei |
| DWK | Deutsche Wirtschaftskommission |
| f. | folgende (Seite) |
| FDGB | Freier Deutscher Gewerkschaftsbund |
| FDJ | Freie Deutsche Jugend |
| FDP | Freie Demokratische Partei |
| Gestapo | Geheime Staatspolizei |
| gez. | gezeichnet |
| GG | Geschichte und Gesellschaft |
| HPM | Historisch-politische Mitteilungen |
| IWK | Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Ge- schichte der deutschen Arbeiterbewegung |
| JBLG | Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte |
| JbLibF | Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung |
| JbRG | Jahrbuch für Regionalgeschichte |

| | |
|-------------|---|
| JHK | Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung |
| KPD | Kommunistische Partei Deutschlands |
| KPdSU | Kommunistische Partei der Sowjetunion |
| LAB | Landesarchiv Berlin |
| LDP/LDPD | Liberal-Demokratische Partei Deutschlands |
| MfS | Ministerium für Staatssicherheit |
| NDPD | Nationaldemokratische Partei Deutschlands |
| NSDAP | Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei |
| PA | Personalakte |
| Rep. | Repositur |
| RIAS | Rundfunk im amerikanischen Sektor |
| rs. | rückseitig |
| S. | Seite |
| SA | Sturmabteilung |
| SAPMO-BArch | Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv |
| SBZ | Sowjetische Besatzungszone |
| SED | Sozialistische Einheitspartei Deutschlands |
| SKK | Sowjetische Kontrollkommission |
| SMA | Sowjetische Militäradministration (Landesverwaltung) |
| SMAD | Sowjetische Militäradministration in Deutschland |
| SMT | Sowjetisches Militärtribunal |
| SNB | Sowjetisches Nachrichtenbüro |
| SPD | Sozialdemokratische Partei Deutschlands |
| SS | Schutzstaffel |
| ThHStAW | Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar |
| VdgB | Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe |
| VEB | Volkseigener Betrieb |
| VfZ | Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte |
| vgl. | vergleiche |
| vs. | vorderseitig |
| VVN | Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes |
| WP | Wahlperiode |
| ZK | Zentralkomitee |
| ZParl | Zeitschrift für Parlamentsfragen |
| ZThG | Zeitschrift für Thüringische Geschichte |
| ZVThG | Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte |

Quellen und Literatur

A. Quellen

*1. Archivalien**Bundesarchiv (Berlin)*

DO 1 Ministerium des Innern der DDR: Nr. 8580, 8585, 10483, 25038, 26004.

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv

DY 3 Demokratischer Block, Verbindungsbüro: Nr. 2, 4, 7–11, 15.

DY 28 Sozialdemokratische Partei Deutschlands: Nr. II 3/8/1, II 3/8/2.

DY 30/IV 2/1 Tagungen des Parteivorstands und des ZK der SED: Nr. 3, 8, 10, 16, 18, 76.

DY 30/IV 2/1.01 Konferenzen und Beratungen: Nr. 19, 21, 86, 95, 99.

DY 30/IV 2/2 Politbüro des ZK der SED: Nr. 41, 42, 47, 71, 73, 76, 89, 102, Nr. 114, 116, 121, 173, 209.

DY 30/IV 2/2.022 Parteivorstand der SED, Sekretariat Paul Merker: Nr. 6.

DY 30/IV 2/2.1 Zentralsekretariat der SED: Nr. 5, 22, 27, 32, 33, 37, 39, 42, 45, 47, 49, 60, 72, 81, 82, 123, 125, 134–136, 168, 178.

DY 30/IV 2/13 Abteilung für Staats- und Rechtsfragen beim Politbüro: Nr. 108, 219, 221, 316, 613.

DY 30/IV 2/17 Abteilung Frauen beim Politbüro: Nr. 28.

DY 30/J IV 2/3 Protokolle des Sekretariats des ZK: Nr. 141.

NY 4036 Nachlass Wilhelm Pieck: Nr. 631, 692, 720, 722, 736, 739, 746, 747, 757.

NY 4062 Nachlass Heinrich Rau: Nr. 77.

NY 4090 Nachlass Otto Grotewohl: Nr. 305, 314, 508–510.

NY 4182 Nachlass Walter Ulbricht: Nr. 108, 1084, 1085, 1191, 1192, 4182.

NY 4192 Nachlass Friedrich Ebert: Nr. 9.

NY 4536 Nachlass Carl Steinhoff: Nr. 3.

RY 1 Kommunistische Partei Deutschlands: Nr. I 2/2/23.

SgY 30 Erinnerungen: Nr. 0096/1 (Werner Eggerath), 1276/1, 1276/2 (Willy Sägebrecht), 1993 (Maria Ebert), 2204 (Bernhard Bechler).

Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Berlin)

MfS – G-SKS, Nr. 300415.

Allg. S. 977/67; 66/68, Bd. 48.

AP 2324/60; AP 6730, Nr. 89.

AS 327/67, AS 868/67

HA XX: Nr. 3, 6.

Ast. Potsdam: AIM 825/56, A-Akte, Bd. 1; AIM 825/56, P-Akte; Allg. P., Nr. 358/58; Allg. P, Nr. 1117/53; AOP 289/56; AP Nr. 104/55; AP 2505/54, Handakte; Abt. XX, Nr. 943.

Ast. Dresden, AIM 845/59.

Brandenburgisches Landeshauptarchiv (Potsdam)

Rep. 102 Plakatsammlung: F 549.

Rep. 201 Landtag der Mark Brandenburg, 1946–1952: Nr. 1, 2, 15, 19, 21, 28, 29, 45, 47–49, 52, 53, 56–61, 77, 100, 106, 109, 120, 123, 127, 131, 144, 148, 149, 153, 158, 162, 163, 169, 170, 172, 174, 178, 181, 182, 188, 189, 192–196, 203–205, 211, 212, 215, 275, 276, 278, 295, 300, 301, 303, 308, 414, 416, 419, 445, 446, 461–465, 471, 525, 526, PA 34, PA 41.

Rep. 202 A Büro des Ministerpräsidenten, 1945–1952: Nr. 23, 93, 136, 209, 212, 216, 225.

Rep. 202 G Ministerpräsident, Amt für Information: Nr. 227.

Rep. 203 Ministerium des Innern: Nr. 25, 75–77, 80, 176, 179.

Rep. 205 A Ministerium für Volksbildung: Nr. 779, 780.

Rep. 330 KPD-Bezirksleitung Provinz Brandenburg: Nr. 14.

Rep. 331 SPD-Provinzialverband Brandenburg: Nr. 5.

Rep. 333 SED-Landesleitung Brandenburg: Nr. 12–16, 23, 32, 35–37, 61, 68, 348, 394, 854, 897, 901, 905, 908.

Landesarchiv Berlin

B Rep. 37 Amerikanische Behörden in Berlin: Acc. 3971, Nr. 148.

C Rep. 902-02-02 Bezirksleitung der SED Berlin: Nr. 408.

E Rep. 200-35 Nachlass Peter Bloch: Nr. 6, 7, 10, 17, 78.

Thüringisches Hauptstaatsarchiv Weimar

Thüringer Landtag 1946–1952: Nr. 1, 16, 23/3, 25, 31, 36–38, 45, 47–52, 60, 71, 76, 89, 96, 100–106, 115–130, 177, 180, 185, 186, 196, 200, 201/1, 203, 205, 206, 393, 420, 425.

Land Thüringen – Der Ministerpräsident, Büro des Ministerpräsidenten 1945–1952: Nr. 460, 463, 513, 514, 543–551, 660, 661, 663.

Land Thüringen – Der Ministerpräsident, Amt für Information: Nr. 72.

Land Thüringen – Ministerium des Innern 1945–1952: Nr. 4, 171, 176/4, 204, 207, 263, 300, 593.

Bezirksparteiarchiv Erfurt

Landesleitung der SED Thüringen: Nr. IV/L/2/1-008, IV/L/2/3-030; IV/L/2/3-033, IV/L/2/3-035, IV/L/2/3-045, IV/L/2/3-047, IV/L/2/3-080.

Archiv des Liberalismus (Gummersbach)

FDP-Bundespartei

A 45 Referat Ostbüro: Nr. 106, 368, 717.

Liberal-Demokratische Partei Deutschlands

L 4 Zentralvorstand der LDPD: Nr. 8, 9, 14, 18, 367, 624.

L 5 LDPD-Landesverbände: Nr. 38, 43, 45–47, 49, 50, 55, 58, 70, 106, 116, 129, 132, 133, 158, 581–583, 586, 590, 618–622.

L 6 LDPD-Parteitage, Zentrale Kommissionen: Nr. 363.

L 7 Sekretariate des Zentralvorstands der LDPD: Nr. 45.

Sammlung LDPD-Politiker (SBZ)

Archiv für Christlich-Demokratische Politik (Sankt Augustin)

Zentrales Parteiarchiv der CDU der DDR

03-31 CDU-Landesverband Thüringen: Nr. 36, 37, 73, 93, 136, 140, 151, 152, 161, 195, 204, 222, 232, 258.

03-33 CDU-Landesverband Brandenburg: Nr. 1, 2, 4, 33, 36, 37, 62, 64, 67, 73, 83, 91, 98, 151, 161, 168, 169, 195.

07-10 Hauptvorstand: Nr. 489, 1028, 1216, 1789, 1827, 1846, 2037, 2178.

07-11 Sekretariat des Hauptvorstands der CDU: Nr. 489, 543, 701, 793, 794, 798, 1016, 1286, 1294, 1691, 1706, 1736.

07-12 Parteiarbeit: Nr. 843, 844.

07-13 Sachthemen: Nr. 828.

Nachlässe, Deposita und Nachlasssplitter

01-090 Nachlass Andreas Hermes: Nr. 15/5.

01-255 Nachlass Willy Heller: Nr. 1-1, 1-2, 1-5.

01-294 Nachlass Johann B. Gradl: Nr. 23/1.

01-297-012 Nachlass Gertrud Voigt: Nr. 1.

01-645 Nachlass Hugo Dornhofer: Nr. 6/2.

01-822 Nachlasssplitter Franz Schleusener.

2. Periodika

Der Abend: 3.1.1947.

Berliner Zeitung: 11.4.1947, 8.1.1948, 20.5.1948.

Chicago Daily Tribune: 13.9.1947.

Daily Boston Globe: 24.9.1947.

Märkische Union: 7.11.1948.

Märkische Volksstimme: 10.9.1948, 13./14.11.1948.

Mitteldeutsche Zeitung: 30.1.2007.

Der Morgen: 8.12.1946, 17.1.1947, 3.12.1947, 4.12.1947, 8.1.1948, 5.6.1948, 6.6.1948, 15.7.1948, 23.7.1948.

Die Neue Zeit: 21.6.1946, 27.10.1946, 20.11.1946, 1.6.1947, 4.6.1947, 13.12.1947, 20.5.1948, 16.9.1948, 6.1.1949, 20.3.1949.

Die Neue Zeitung: 2.12.1946.

Neues Deutschland, Reichsausgabe: 19.7.1946, 22.9.1946, 22.10.1946, 19.1.1947, 5.6.1947, 14.6.1947, 1.7.1947, 24.8.1948, 17.12.1948.

Neues Deutschland, Ausgabe B: 4.12.1949, 21.12.1949.

Sozialdemokratischer Pressedienst: 22.12.1948.

Spandauer Volksblatt: 16.6.1947.

Der Spiegel: 37/1947.

The Sydney Morning Herald: 15.9.1947.

Der Tag: 9.12.1948.

Der Tagesspiegel: 21.1.1947, 1.2.1947, 23.3.1947, 1.6.1947, 1.7.1947, 3.7.1947, 11.7.1947, 30.11.1947, 4.12.1947, 14.12.1947, 8.1.1948, 3.2.1948, 6.2.1948, 8.2.1948, 10.2.1948, 22.2.1948, 8.4.1948, 15.4.1948, 30.5.1948, 8.6.1948, 13.6.1948, 17.7.1948, 27.7.1948, 10.9.1948, 12.9.1948, 8.10.1948, 9.10.1948, 12.10.1948.

Tägliche Rundschau: 20.6.1946.
 Thüringer Tageblatt: 17.12.1946, 21.12.1946.
 The Times: 6.9.1947.
 Die Zeit: 3.6.1948, 2.9.1948.

3. Gedruckte Quellen

- Adenauer, Konrad: Erinnerungen 1953–1955, Stuttgart 1966.
- Akten und Verhandlungen des Landtags der Mark Brandenburg 1946–1952, 3 Bde., ND, Frankfurt a. M. 1992.
- Akten und Verhandlungen des Thüringer Landtages 1946–1952, 3 Bde. in 6 Teilbänden, ND, Frankfurt a. M. 1992.
- Bechler, Bernhard: Erinnerungen an meine Tätigkeit im Lande Brandenburg 1945/46, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Pädagogischen Hochschule Potsdam 3 (1966), S. 445–448.
- Bechler, Bernhard: Vom Frontbeauftragten des NKFD zum Minister des Innern im Land Brandenburg, in: Freundschaft – Werden und Wachsen. Ausgewählte Dokumente und Materialien zur Entwicklung des Freundschafts- und Brüderbundes zwischen der Sowjetunion und der DDR, Teil 1: 1945–1949, Potsdam 1975, S. 360–364.
- Befehle des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland. Aus dem Stab der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, Sammelheft 1: 1945, Berlin 1946.
- Benser, Günther/Hans-Joachim Krusch (Bearb.): Dokumente zur Geschichte der kommunistischen Bewegung in Deutschland, Reihe 1945/1946, Bd. 1: Protokolle des Sekretariats des Zentralkomitees der KPD. Juli 1945–April 1946, München u. a. 1993.
- Bloch, Peter: Zwischen Hoffnung und Resignation. Als CDU-Politiker in Brandenburg 1945–1950, hrsg. von Siegfried Suckut, Köln 1986.
- Bonwetsch, Bernd/Gennadij Bordjugov/Norman M. Naimark (Hrsg.): Sowjetische Politik in der SBZ 1945–1949. Dokumente zur Tätigkeit der Propagandaverwaltung (Informationsverwaltung) der SMAD unter Sergej Tjul'panov, Bonn 1998.
- Böthig, Peter/Peter Walther (Hrsg.): Die Russen sind da. Kriegsalltag und Neubeginn 1945 in Tagebüchern aus Brandenburg, Berlin 2011.
- Brill, Hermann L.: Gegen den Strom. Reprint der Originalausgabe von 1946, bearb. von Bernhard Post/Volker Wahl, Erfurt 1995.
- Buerau des Reichstages (Hrsg.): Reichstags-Handbuch 1923, 3. Wahlperiode, Berlin 1924.
- Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hrsg.): Unrecht als System. Dokumente über planmäßige Rechtsverletzungen im sowjetischen Besatzungsgebiet, Bonn 1952.
- Burhenne, Wolfgang E. (Hrsg.): Die Verfassungen und Landtags-Geschäftsordnungen der DDR-Länder bis 1952. Anlage zu den Loseblattwerken Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland mit den Verfassungen der Länder (GG) und Recht und Organisation der Parlamente (ROP), Bielefeld 1990.
- Djilas, Milovan: Gespräche mit Stalin, Frankfurt a. M. 1962.
- Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralsekretariats und des Politischen Büros, Bd. 1, Berlin (Ost) 1952.
- Ebert, Friedrich: Einheit der Arbeiterklasse – Unterpfand des Sieges. Ausgewählte Reden und Aufsätze, Berlin (Ost) 1959.

- Eggerath, Werner: Die fröhliche Beichte. Ein Jahr meines Lebens, Berlin (Ost) ³1976.
- Eggerath, Werner: Unser Kampf für ein neues Deutschland, in: ZfG 17 (1969), S. 866–873.
- Erler, Peter/Horst Laude/Manfred Wilke (Hrsg.): »Nach Hitler kommen wir«. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994.
- Eyckers, Gerhard: Der Landtag in den Henkel-Werken (1950), zuletzt geändert 4.7.2014, online unter: http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_II/II.1/OeA/Haus_des_Landtags/Eyckers-Alter_Landtag.jsp [23.11.2015].
- Foitzik, Jan (Hrsg.): Sowjetische Interessenpolitik in Deutschland 1944–1954. Dokumente, München 2012.
- Foitzik, Jan (Hrsg.): Sowjetische Kommandanturen und deutsche Verwaltung in der SBZ und frühen DDR. Dokumente, Berlin u. a. 2015.
- Foitzik, Jan/Nikita W. Petrow: Die sowjetischen Geheimdienste in der SBZ/DDR von 1945 bis 1953, Berlin 2009.
- Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers 1945, Bd. 3: European Advisory Commission; Austria; Germany, Washington, D.C. 1968.
- Foreign Relations of the United States. The Conferences at Malta and Yalta 1945, Washington, D.C. 1955.
- Friedrich, Thomas/Christa Hübner/Herbert Meier/Kerstin Wolf (Hrsg.): Entscheidungen der SED 1948. Aus den stenographischen Niederschriften der 10. bis 15. Tagung des Parteivorstandes der SED, Berlin 1995.
- Geschäftsordnung für das Preußische Abgeordnetenhaus vom 4. Juli 1918, Berlin 1919.
- Gesetz- und Verordnungsblatt der Provinzialregierung Mark Brandenburg 1–6 (1945–1950), Teil I: Gesetzessammlung, Potsdam 1945–1950.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin (Ost) 1950.
- Gniffke, Erich W.: Jahre mit Ulbricht, Köln 1966.
- Gradl, Johann B.: Anfang unter dem Sowjetstern. Die CDU 1945–1948 in der sowjetischen Besatzungszone Deutschland, Köln 1981.
- Gundermann, Theo: Unsere Opfer waren nicht umsonst, in: Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED. Mit einem Vorwort von Walter Ulbricht, Berlin (Ost) 1966, S. 527–535.
- John, Jürgen (Hrsg.): Quellen zur Geschichte Thüringens 1945–1952, 2 Halbbde., Erfurt 1999.
- Kaff, Brigitte (Bearb.): Die Unionsparteien 1946–1950. Protokolle der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands und der Konferenzen der Landesvorsitzenden, Düsseldorf 1991.
- Kaiser, Jakob: Wir haben Brücke zu sein. Reden, Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik, Köln 1988.
- Keiderling, Gerhard (Hrsg.): »Gruppe Ulbricht« in Berlin. April bis Juni 1945. Von den Vorbereitungen im Sommer 1944 bis zur Wiederbegründung der KPD im Juni 1945. Eine Dokumentation, Berlin 1993.
- Kogon, Eugen: Hermann Brill zum Gedächtnis, in: Politische Vierteljahresschrift. Zeitschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft 6 (1965), H. 1, S. 114–116.
- Kolesnitschenko, Iwan S.: Im gemeinsamen Kampf für das neue antifaschistisch-demokratische Deutschland entwickelte und festigte sich unsere unverbrüchliche Freundschaft, Erfurt 1985.

- Küsters, Hanns J./Daniel Hofmann (Bearb.): Dokumente zur Deutschlandpolitik, Reihe 2, Bd. 3: 1. Januar bis 31. Dezember 1950. Veröffentlichte Dokumente, München 1997.
- Landtag Brandenburg (Hrsg.): Handbuch des Landtages des Landes Brandenburg, Potsdam 1947.
- Lauffer, Jochen P./Georgij P. Kynin (Hrsg.): Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1949. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, 4 Bde., Berlin 2004 u. 2012.
- Leißner, Gustav: Verwaltung und öffentlicher Dienst in der SBZ. Eine kritische Würdigung aus gesamtdeutscher Sicht, Stuttgart u. a. 1961.
- Lemmer, Ernst: Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt a.M. 1968.
- Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entlässt ihre Kinder, Köln u. a. 1955.
- Linck, Joachim: Wie ein Landtag laufen lernte. Erinnerungen eines westdeutschen Aufbauhelfers in Thüringen, Köln u. a. 2010.
- Loth, Wilfried (Hrsg.): Wilhelm Pieck. Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953, Berlin 1994.
- Malycha, Andreas: Auf dem Weg zur SED. Die Sozialdemokratie und die Bildung einer Einheitspartei in den Ländern der SBZ. Eine Quellenedition, Bonn 1995.
- Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und der UdSSR (Hrsg.): Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland. Dokumente aus den Jahren 1945–1949, Berlin (Ost) 1968.
- Peters, Hans: Die Landesverfassungen in der sowjetischen Besatzungszone, in: Europa-Archiv 1 (1947), Folge 12, S. 639–644.
- Petrow, Nikita W. (Hrsg.): SWAG i nemezkije organy samouprawlenija 1945–1949. Sbornik dokumentow, Moskau 2006.
- Präsidium der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg (Hrsg.): Ein Jahr Bewährung der Mark Brandenburg. Rückblick und Rechenschaft, Potsdam 1946.
- Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin (Ost) 1952.
- Regierungsblatt für das Land Thüringen 1946–1950, Teil I: Gesetzesammlung, Weimar 1946–1950.
- Reichsministerium des Innern (Hrsg.): Reichs-Gesetzblatt 1919 u. 1920, Berlin 1919/1920.
- Reinert, Fritz (Bearb.): Protokolle des Landesblockausschusses der antifaschistisch-demokratischen Parteien Brandenburgs 1945–1950, Weimar 1994.
- Rößler, Ruth-Kristin (Hrsg.): Die Entnazifizierungspolitik der KPD/SED 1945–1948. Dokumente und Materialien, Goldbach 1994.
- Sägebrecht, Willy: Ich erhielt den Auftrag zum Aufbau der Bezirksleitung Brandenburg, in: Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED. Mit einem Vorwort von Walter Ulbricht, Berlin (Ost) 1966, S. 552–564.
- Sägebrecht, Willy: Nicht Amboss, sondern Hammer sein. Erinnerungen, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin (Ost) 1968.
- Schaefer, Aloys: Lebensbericht. Landrat im Eichsfeld. Zeuge der Besatzungszeit. Zur Erinnerung für Gegenwart und Zukunft, Heiligenstadt ³1994.
- Schlomann, Friedrich-Wilhelm: Mit soviel Hoffnung fingen wir an, 1945–1950, München 1991.
- Schollwer, Wolfgang: Potsdamer Tagebuch 1948–1950. Liberale Politik unter sowjetischer Besatzung, hrsg. von Monika Faßbender, München 1988.

- Semjonow, Wladimir S.: Von Stalin bis Gorbatschow. Ein halbes Jahrhundert in diplomatischer Mission 1939–1991, Berlin 1995.
- Staatliche Archivverwaltung des Ministeriums des Innern der DDR (Hrsg.): Berichte der Landes- und Provinzialverwaltungen zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945/46. Quellenedition. Gesamtedition: Wolfgang Merker/Hans-Joachim Schreckenbach, Berlin (Ost) 1989.
- Suckut, Siegfried (Bearb.): Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949. Die Sitzungsprotokolle des zentralen Einheitsfront-Ausschusses. Quellenedition, Köln 1986.
- Suckut, Siegfried: Die Entscheidung zur Gründung der DDR. Die Protokolle der Beratungen des SED-Parteivorstandes am 4. und 9. Oktober 1949, in: VfZ 39 (1991), S. 125–175.
- Thüsing, Andreas (Hrsg.): Das Präsidium der Landesverwaltung Sachsen. Die Protokolle der Sitzungen vom 9. Juli 1945 bis 10. Dezember 1946, Göttingen 2010.
- Tjulpanow, Sergej: Deutschland nach dem Kriege (1945–1949). Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee, hrsg. und mit einem Nachwort versehen von Stefan Doernberg, Berlin (Ost) 1986.
- Ulbricht, Walter: Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, Bd. 3: 1946–1950, Berlin (Ost) 1953.
- Vereint sind wir alles. Erinnerungen an die Gründung der SED. Mit einem Vorwort von Walter Ulbricht, Berlin (Ost) 1966.
- Wahl, Volker: Der »Thüringen-Ausschuß« 1945. Dokumente zum Wirken eines vorparlamentarischen Gremiums auf Landesebene während der amerikanischen Besatzungszeit und nach dem Besatzungswechsel Juni/Juli 1945, Weimar 1997.
- Wettig, Gerhard (Hrsg.): Der Tjul'panov-Bericht. Sowjetische Besatzungspolitik in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, Göttingen 2012.
- Witzmann, Georg: Thüringen von 1918–1933. Erinnerungen eines Politikers, Meisenheim am Glan 1958.

B. Literatur

- Adamy, Kurt/Kristina Hübener (Hrsg.): Geschichte der Brandenburgischen Landtage. Von den Anfängen 1823 bis in die Gegenwart, Potsdam 1998.
- Agethen, Manfred/Eckhard Jesse/Ehrhart Neubert (Hrsg.): Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg im Breisgau u. a. 2002.
- Agethen, Manfred: »Wir sehen, dass hier sich Welten trennen«. Die Thüringer CDU-Landtagsfraktion zwischen kommunistischer Repression und Widerstand in den Jahren 1946–1950. Vortrag anlässlich des Fraktionsforums zur Erinnerung an die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag von 1946 bis 1950 am 20. November 2006.
- Agethen, Manfred: Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1953, in: Jürgen Frölich (Hrsg.), »Bürgerliche« Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1995, S. 47–72.
- Agethen, Manfred: Die CDU in der SBZ/DDR 1945–1990. Neuere Literatur, 1990–1996, in: HPM 3 (1996), S. 235–253.
- Agethen, Manfred: Franz Schleusener – ein Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft in Brandenburg, in: HPM 15 (2008), S. 167–189.

- Amos, Heike: Die Entstehung der Verfassung in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR 1946–1949. Darstellung und Dokumentation, Münster u. a. 1999.
- Andersen, Uwe/Wichard Woyke (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2003.
- Ast, Jürgen/Kerstin Mauersberger: Zweite Heimat Brandenburg. Flucht, Vertreibung, Neuanfang, Berlin 2000.
- Badstübner, Rolf u. a.: Deutsche Geschichte, Bd. 9: Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung, der Kampf gegen die Spaltung Deutschlands und die Entstehung der DDR von 1945 bis 1949, Berlin (Ost) 1989.
- Bailey, George/Sergej A. Kondraschow/David E. Murphy: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin, Berlin 1997.
- Baldauf, Andreas: Ferdinand Friedensburg, in: Wolfgang Ribbe (Hrsg.), Berlinische Lebensbilder, Bd. 7: Stadtoberhäupter. Biographien Berliner Bürgermeister im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1992, S. 391–415.
- Bauer, Theresia: Blockpartei und Agrarrevolution von oben. Die Demokratische Bauernpartei Deutschlands 1948–1963, München 2003.
- Bauerkämper, Arnd: »Scharfe Konflikte« und »feine Unterschiede«. Vertriebene in der ländlichen Gesellschaft Brandenburgs von 1945 bis zu den frühen fünfziger Jahren, in: Christoph Kleßmann/Burghard Ciesla/Hans-Hermann Hertle (Hrsg.), Vertreibung, Neuanfang, Integration, Erfahrungen in Brandenburg, Potsdam 2001, S. 123–150.
- Bauerkämper, Arnd: Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg. Wandel und Beharrung in der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft 1945, in: Werner Stang unter Mitarbeit von Kurt Arlt (Hrsg.), Brandenburg im Jahre 1945. Studien, Potsdam 1995, S. 265–296.
- Bauerkämper, Arnd: Strukturumbbruch ohne Mentalitätenwandel. Auswirkungen der Bodenreform auf die ländliche Gesellschaft in der Provinz Mark Brandenburg 1945–1949, in: ders. (Hrsg.), »Junkerland in Bauernhand«? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996, S. 69–85.
- Bauerkämper, Arnd: Zwangsmo-
 dernisierung und Krisenzyklen. Die Bodenreform und Kollektivierung in Brandenburg 1945–1960/61, in: GG 25 (1999), H. 4, S. 556–588.
- Baus, Katrin/Baus, Ralf: Die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands in Brandenburg 1945, in: HPM 6 (1999), S. 79–107.
- Baus, Ralf Thomas: Die »antifaschistisch-demokratische Umwälzung« in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1949, in: Manfred Agethen/Eckhard Jesse/Ehrhart Neubert (Hrsg.), Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken, Freiburg im Breisgau u. a. 2002, S. 100–113.
- Baus, Ralf Thomas: Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands in der sowjetisch besetzten Zone 1945 bis 1948. Gründung – Programm – Politik, Düsseldorf 2001.
- Beck, Friedrich/Manfred Görtemaker/Kristina Hübener/Klaus Neitmann (Hrsg.): Brandenburg. Neues altes Land. Geschichte und Gegenwart, Berlin 2010.
- Beck, Friedrich/Eckart Henning in Verbindung mit Kurt Adamy/Peter Bahl/Detlef Kotsch (Hrsg.): Brandenburgisches Biografisches Lexikon, Potsdam 2002.
- Beck, Friedrich: Carl Steinhoff, in: ders./Eckart Henning in Verbindung mit Kurt Adamy/Peter Bahl/Detlef Kotsch (Hrsg.), Brandenburgisches Biografisches Lexikon, Potsdam 2002, S. 379f.

- Beck, Friedrich: Die brandenburgischen Provinzialstände 1823–1872/75, in: Kurt Adamy/Kristina Hübener (Hrsg.), *Geschichte der Brandenburgischen Landtage. Von den Anfängen 1823 bis in die Gegenwart*, Potsdam 1998, S. 1–80.
- Behrendt, Armin: Wilhelm Külz. Aus dem Leben eines Suchenden, Berlin (Ost) 1968.
- Behring, Reiner/Mike Schmeitzner (Hrsg.): *Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952*, Köln u. a. 2003.
- Bender, Klaus: *Deutschland, einig Vaterland? Die Volkskongressbewegung für deutsche Einheit und einen gerechten Frieden in der Deutschlandpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, Frankfurt a. M. u. a. 1992.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Deutschland unter alliierter Besatzung 1945–1949/55*, Berlin 1999.
- Benz, Wolfgang: *Auftrag Demokratie. Die Gründungsgeschichte der Bundesrepublik und die Entstehung der DDR 1945–1949*, Berlin 2009.
- Benz, Wolfgang: *Potsdam 1945. Besatzungsherrschaft und Neuaufbau im Vier-Zonen-Deutschland*, München 2005.
- Berding, Helmut (Hrsg.): *Die Entstehung der hessischen Verfassung von 1946. Eine Dokumentation*, Wiesbaden 1996.
- Berding, Helmut/Klaus Eiler (Hrsg.): *Hessen – 60 Jahre Demokratie. Beiträge zur Landesgeschichte*, Wiesbaden 2006.
- Berding, Helmut: *Die Entstehung des Landes Hessen und seiner Verfassung*, in: Helmut Berding/Klaus Eiler (Hrsg.): *Hessen – 60 Jahre Demokratie. Beiträge zur Landesgeschichte*, Wiesbaden 2006, S. 35–63.
- Bethge, Werner: *Antifaschismus und Widerstand von links*, in: ders./Kurt Finker, *Zum antifaschistischen Widerstand in Potsdam und der Provinz Brandenburg 1933–1945*, in: *Dialog in der PDS, Landesverband Brandenburg der PDS, Arbeitsgruppe Geschichte* (2004) H. 11, 2004, S. 8–27.
- Biefang, Andreas: *Die andere Seite der Macht. Reichstag und Öffentlichkeit im »System Bismarck«, 1871–1890*, Düsseldorf 2009.
- Bienert, Michael C./Uwe Schaper/Andrea Theissen unter Mitarbeit von Werner Breunig (Hrsg.): *Die Vier Mächte in Berlin. Beiträge zur Politik in der besetzten Stadt Berlin*, Berlin 2007.
- Bienert, Michael C./Hans-Joachim Schreckenbach: *Das Land und die Bezirke. Brandenburg in den Jahren der SBZ/DDR (1945–1989/90)*, in: Friedrich Beck/Manfred Görtemaker/Kristina Hübener/Klaus Neitmann (Hrsg.), *Brandenburg. Neues altes Land. Geschichte und Gegenwart*, Berlin 2010, S. 98–127.
- Bienert, Michael C.: *Wie demokratisch muss es aussehen? Die SED und die Inszenierung der »Volkswahlen« 1950 in der DDR*, in: Susanne Muhle/Hedwig Richter/Juliane Schütterle (Hrsg.), *Die DDR im Blick. Ein zeithistorisches Lesebuch*, Berlin 2008, S. 19–28.
- Billerbeck, Rudolf: *Die Abgeordneten der ersten Landtage (1946–1951) und der Nationalsozialismus*, Düsseldorf 1971.
- Bispinck, Henrik/Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Peter Skyba/Matthias Uhl/Hermann Wentker: *Die Zukunft der DDR-Geschichte. Potentiale und Probleme zeithistorischer Forschung*, in: *VfZ* 53 (2005), H. 4, S. 547–570.
- Blöß, Wolfgang: *Grenzen und Reformen in einer Umbruchgesellschaft. Vom Land Brandenburg zu den Bezirken 1945–1952*, Berlin 2014.
- Bode, Bernard: *Liberal-Demokraten und »deutsche Frage«. Zum politischen Wandel einer Partei in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR zwischen 1945 und 1961. Mit einem Vorwort von Wolfgang Mischnick*, Frankfurt a. M. u. a. 1997.

- Botzenhart, Manfred: Deutsche Verfassungsgeschichte 1806–1949, Stuttgart u. a. 1993.
- Braas, Gerhard: Die Entstehung der Länderverfassungen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1946/47, Köln 1987.
- Braas, Gerhard: Verfassungsgebung auf Landes- und zentraler Ebene, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München ²1993, S. 358–377.
- Braas, Gerhard: Zur Entstehung der sowjetischen Länderverfassungen 1946/47, in: DS 23 (1985), S. 348–359.
- Braun, Günter: »Regierungsangelegenheiten« in Thüringen im Spannungsfeld von sowjetischer Deutschlandpolitik und SED-Kalkülen 1947. Die Sekretariatsitzung des SED-Landesvorstands Thüringen vom 30. April 1947, in: BzG 34 (1992), H. 3, S. 67–91.
- Braun, Günter: Auf dem Weg in die zweite deutsche Diktatur. Die SBZ 1945–1949, in: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mählert (Hrsg.), Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn u. a. 2003, S. 45–52.
- Braun, Günter: Die Deligiertenwahlen zum 3. Deutschen Volkskongress. Anmerkungen zur Funktion und Manipulation der ersten Einheitslistenabstimmung im Mai 1949, in: Elke Scherstjanoi (Hrsg.), »Provisorium für längstens ein Jahr«. Protokoll des Kolloquiums »Die Gründung der DDR«, September 1991, Berlin 1993, S. 362–368.
- Braun, Günter: Die Wandlung der SED 1946–1950 am Beispiel Thüringens, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (12. WP des Deutschen Bundestages), Bd. II/1: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden 1995, S. 83–89.
- Braun, Günter: Wahlen und Abstimmungen, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München ²1993, S. 381–432.
- Braun, Jutta/Nils Klawitter/Falco Werkentin: Die Hinterbühne politischer Strafjustiz in den frühen Jahren der SBZ/DDR, Berlin ⁴2006.
- Braun, Jutta: Die Zentrale Kommission für Staatliche Kontrolle. Wirtschaftsstrafrecht und Enteignungspolitik in der Gründungs- und Frühphase der DDR, in: Dierk Hoffmann/Hermann Wentker (Hrsg.), Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR, München 2000, S. 169–184.
- Broszat, Martin/Weber, Hermann (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München ²1993.
- Brübach, Nils: Erhard Hübener und Ernst von Harnack. Vergessene Versuche zu einer praktikablen Verwaltungslehre, in: Eberhard Laux/Karl Tepe (Hrsg.), Der neuzeitliche Staat und seine Verwaltung. Beiträge zur Entwicklungsgeschichte seit 1700, Stuttgart 1998, S. 229–241.
- Brunner, Detlev/Werner Müller/Andreas Röpcke (Hrsg.): Land – Zentrale – Besatzungsmacht. Landesverwaltung und Landesregierung in der sowjetischen Besatzungszone, Frankfurt a. M. u. a. 2003.
- Brunner, Detlev/Mario Niemann (Hrsg.): Die DDR – eine deutsche Geschichte. Wirkung und Wahrnehmung, Paderborn u. a. 2011.

- Brunner, Detlev: Der Schein der Souveränität. Landesregierung und Besatzungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern 1945–1949, Köln u. a. 2006.
- Buchstab, Günter (Hrsg.): Verfolgt und entrechtet. Die Ausschaltung christlicher Demokraten unter sowjetischer Besetzung und SED-Herrschaft 1945–1961. Eine biographische Dokumentation, bearb. von Brigitte Kaff/Franz-Josef Kos, Düsseldorf 1998.
- Buckow, Anjana: Zwischen Propaganda und Realpolitik. Die USA und der sowjetisch besetzte Teil Deutschlands 1945–1955, Stuttgart 2003.
- Busch, Eckart: Parlamentarische Kontrolle, Ausgestaltung und Wirkung, Heidelberg 1991.
- Buschfort, Wolfgang: Marie Torhorst. Die erste deutsche Ministerin, in: Andrea Gawrich/Hans J. Lietzmann (Hrsg.), Politik und Geschichte. »Gute Politik« und ihre Zeit. Wilhelm Bleek zum 65. Geburtstag, Münster 2005, S. 246–254.
- Buschfort, Wolfgang: Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, Berlin 2000.
- Büttner, Ursula: Weimar. Die überforderte Republik 1918–1933. Leistung und Versagen in Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und Kultur, Bonn 2008.
- Buwert, Wolfgang: Festung Frankfurt (Oder). Eine Stadt am Kriegsende, in: Werner Stang unter Mitarbeit von Kurt Arlt (Hrsg.), Brandenburg im Jahre 1945. Studien, Potsdam 1995, S. 38–83.
- Chase, William: Enemies Within the Gates? The Comintern and the Stalinist Repression, 1934–1939, New Haven u. a. 2001.
- Conze, Eckart: Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart, München 2009.
- Conze, Werner: Jakob Kaiser. Politiker zwischen Ost und West 1945–1949, Stuttgart u. a. 1969.
- Creuzberger, Stefan/Manfred Görtemaker (Hrsg.): Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949, Paderborn u. a. 2002.
- Creuzberger, Stefan/Manfred Görtemaker: Das Problem der Gleichschaltung osteuropäischer Parteien im Vergleich. Eine Synthese, in: dies. (Hrsg.), Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949, Paderborn u. a. 2002, S. 419–434.
- Creuzberger, Stefan: »Klassenkampf in Sachsen«. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und der Volksentscheid am 30. Juni 1946, in: HPM 2 (1995), S. 119–130.
- Creuzberger, Stefan: Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ, Köln u. a. 1996.
- Creuzberger, Stefan: Die Sowjetische Militäradministration in Thüringen (SMATH) 1945–1949, Erfurt 2001.
- Creuzberger, Stefan: Opportunismus oder Taktik? Ernst Lemmer, die sowjetische Besatzungsmacht und der Umgang mit neuen »Schlüsseldokumenten«, in: Michael Richter/Martin Reißmann (Hrsg.), Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung, Weimar u. a. 1995, S. 37–46.
- Creuzberger, Stefan: Parlamentarische Demokratie nach »westlichen Maßstäben«? Die sowjetische Militäradministration und die Ausschaltung von Parlaments- und Regierungsstrukturen in der SBZ, 1946–1948/49, in: Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande 32 (2000), H. 1, S. 39–50.
- Creuzberger, Stefan: Stalin. Machtpolitiker und Ideologe, Stuttgart 2009.

- Dähn, Horst: Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949*, München 1993, S. 544–573.
- Demps, Laurenz: Die Provinz Brandenburg in der NS-Zeit (1933 bis 1945), in: Ingo Materna/Wolfgang Ribbe (Hrsg.), *Brandenburgische Geschichte*, Berlin 1995, S. 619–676.
- Diedrich, Torsten: Bernhard Bechler. Der hemmungslose Karrierist, in: Hans Ehler/Armin Wagner (Hrsg.), *Genosse General! Die Militärelite der DDR in biographischen Skizzen*, Berlin 2003, S. 61–92.
- Dienel, Christiane: Das 20. Jahrhundert I. Frauenbewegung, Klassenjustiz und das Recht auf Selbstbestimmung der Frau, in: Robert Jütte (Hrsg.), *Geschichte der Abtreibung von der Antike bis zur Gegenwart*, München 1993, S. 140–169.
- Dietrich, Gerd: »... wie eine kleine Oktoberrevolution ...«. Kulturpolitik der SMAD 1945–1949, in: Gabriele Clemens (Hrsg.), *Kulturpolitik im besetzten Deutschland 1945–1949*, Stuttgart 1994, S. 219–236.
- Dietrich, Gerd: *Politik und Kultur in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) 1945–1949. Mit einem Dokumentenanhang*, Bern u. a. 1993.
- Dietze, Frank: Entscheidungsstrukturen und -prozesse in der Ost-CDU 1945–1952, in: Michael Richter/Martin Reißmann (Hrsg.), *Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung*, Weimar u. a. 1995, S. 47–62.
- Dirksen, Ulrich: Liberaldemokraten zwischen sozialem Fortschritt und Reaktion. Die LDPD im Kampf um die Entstehung und Festigung des Volkseigentums 1946–1949, Berlin (Ost) 1977.
- Ditfurth, Christian von: *Blockflöten. Wie die CDU ihre realsozialistische Vergangenheit verdrängt*, Köln 1991.
- Doernberg, Stefan: *Die Geburt des neuen Deutschland. Die antifaschistisch-demokratische Umwälzung und die Entstehung der DDR*, Berlin (Ost) 1959.
- Donth, Stefan/Mike Schmeitzner: *Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945–1952*, Köln u. a. 2002.
- Donth, Stefan: *Die Sowjetische Militäradministration und die CDU in Sachsen 1945–1952. Eine bürgerliche Partei aus dem Blickwinkel der Besatzungsmacht*, in: HPM 7 (2000), S. 109–133.
- Dornheim, Andreas: *Bodenreform 1945–1952*, Erfurt 2001.
- Dowidat, Christel: *Vom Parlament zur »sozialistischen Volksvertretung«. Die Entwicklung der CDUD-Fraktionen in den Landtagen der SBZ/DDR von 1946 bis 1952*, in: ZParl 16 (1985), S. 57–70.
- Dowidat, Christel: *Zur Entwicklung der politischen und sozialen Strukturen der Mitglieder von Landtagen, Volksrat und Volkskammern in der SBZ, DDR zwischen 1946 und 1950/54*, Diss. phil., Mannheim 1986.
- Dowidat, Christel: *Zur Veränderung der Mitgliederstrukturen von Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR (1945–1952)*, in: Hermann Weber (Hrsg.), *Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950*, Köln 1982, S. 497–543.
- Eckert, Rainer: *Widerstand und Opposition. Umstrittene Begriffe der deutschen Diktaturgeschichte*, in: Ehrhart Neubert/Bernd Eisenfeld (Hrsg.): *Macht, Ohnmacht, Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR*, Bremen 2001, S. 27–36.

- Ehnert, Gunter: Alte Parteien in der »neuen Zeit«. Vom »Bund demokratischer Sozialisten« zum SPD-Bezirksverband Thüringen 1945, in: Hartmut Mehringer (Hrsg.), Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1995, S. 13–42.
- Ehnert, Gunter: Die SPD Thüringens im Vorfeld der SED-Gründung (1945/46). Mit einem Vorwort von Hermann Weber, Erfurt 1995.
- Eisert, Wolfgang: Zu den Anfängen der Sicherheits- und Militärpolitik der SED-Führung 1948 bis 1952, in: Bruno Thoß (Hrsg.), Volksarmee schaffen – ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer »Verdeckten Aufrüstung« in der SBZ/DDR 1947–1952, München 1994, S. 148–204.
- Eppelmann, Rainer/Bernd Faulenbach/Ulrich Mählert (Hrsg.): Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn u. a. 2003.
- Eschenburg, Theodor: Erinnerungen an die Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz 1947, in: VfZ 20 (1972), H. 4, S. 411–417.
- Etzel, Matthias: Die Aufhebung von nationalsozialistischen Gesetzen durch den Alliierten Kontrollrat (1945–1948), Tübingen 1992.
- Facijs, Friedrich: Politische Geschichte von 1828 bis 1945, in: Hans Patze/Walter Schlesinger (Hrsg.): Geschichte Thüringens, Bd. 5: Politische Geschichte in der Neuzeit, Teil 2, Köln u. a. 1978, S. 1–570.
- Fait, Barbara: (Mark) Brandenburg, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München 1993, S. 80–102.
- Fait, Barbara: »In einer Atmosphäre der Freiheit«. Die Rolle der Amerikaner bei der Verfassunggebung in den Ländern der US-Zone 1946, in: VfZ 33 (1985), H. 3, S. 420–455.
- Fait, Barbara: Auf Befehl der Besatzungsmacht? Der Weg zur Bayerischen Verfassung, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Neuanfang in Bayern 1945–1949, München 1988, S. 36–63.
- Fait, Barbara: Demokratische Erneuerung unter dem Sternenbanner. Amerikanische Kontrolle und Verfassunggebung in Bayern 1946, Düsseldorf 1998.
- Falk, Gebhard: Carl Mühlmann, in: Friedrich Beck/Eckart Henning in Verbindung mit Kurt Adamy/Peter Bahl/Detlef Kotsch (Hrsg.), Brandenburgisches Biografisches Lexikon, Potsdam 2002, S. 289f.
- Fiedler, Helene: SED und Staatsmacht. Zur staatspolitischen Konzeption und Tätigkeit der SED, 1946–1948. Mit einem Dokumentenanhang, Berlin (Ost) 1974.
- Fischer, Alexander (Hrsg.): Studien zur Geschichte der SBZ/DDR, Berlin 1993.
- Fischer, Alexander/Agethen, Manfred: Die CDU in der sowjetisch besetzten Zone/DDR 1945–1952, Sankt Augustin 1994.
- Fischer, Gerhard: Otto Nuschke. Ein Lebensbild, Berlin (Ost) 1983.
- Foitzik, Jan/Maxim A. Perkow: Redaktion und Verlag der Zeitung »Sowjetskoje slowo«, in: Horst Möller/Alexandr O. Tschubarjan (Hrsg.), SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949, München 2009, S. 232–235
- Foitzik, Jan: Sowjetische Hegemonie und Ostintegration der DDR, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hrsg.), Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre, München 2003, S. 39–57.
- Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion, Berlin 1999.

- Foitzik, Jan: Zum Verhältnis zwischen SED und Besatzungsmacht. Konkordanz und Dissens, in: Dierk Hoffmann/Hermann Wentker (Hrsg.), *Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR*, München 2000, S. 55–64.
- Fricke, Karl W.: *Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report*, Köln 1984.
- Fricke, Karl W.: *Widerstand und Opposition von 1945 bis Ende der fünfziger Jahre*, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.): *Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland«* (12. WP des Deutschen Bundestages), Bd. VII/1, Baden-Baden 1995, S. 15–26.
- Fricke, Karl Wilhelm/Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.): *Opposition und Widerstand in der DDR. Politische Lebensbilder*, München 2002.
- Frölich, Jürgen (Hrsg.): *»Bürgerliche« Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953*, Köln 1995.
- Fuchs, Ludwig: *Die Besatzungspolitik der USA in Thüringen von April bis Juli 1945*. Diss. phil., Leipzig 1966.
- Fullbrook, Mary: *DDR-Forschung bis 1989/90*, in: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/ Ulrich Mählert (Hrsg.), *Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung*, Paderborn u. a. 2003, S. 363–370.
- Funk, Albert: *Föderalismus in Deutschland. Vom Fürstenbund zur Bundesrepublik*, Bonn 2010.
- Gaddis, John L.: *Der Kalte Krieg. Eine neue Geschichte*, München 2007.
- Gante, Michael: § 218 in der Diskussion. *Meinungs- und Willensbildung 1945–1976*, Düsseldorf 1991.
- Gelberg, Karl-Ulrich: *Die Entstehung der Bayerischen Verfassung 1946*, München 2006.
- Gelberg, Karl-Ulrich: *Die Verfassung des Freistaates Bayern vom 8. Dezember 1946*, in: Alois Schmid (Hrsg.), *Handbuch der bayerischen Geschichte*, Bd. 4: *Das neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart*, Teilbd. 1: *Staat und Politik*, München 2003, S. 701–725.
- Gefßner, Klaus (Bearb.): *Befehle der Sowjetischen Militäradministration des Landes Brandenburg 1945–1949*, Frankfurt a. M. u. a. 1997.
- Gefßner, Klaus: *Vasilij M. Sharov*, in: Friedrich Beck/Eckart Henning in Verbindung mit Kurt Adamy/Peter Bahl/Detlef Kotsch (Hrsg.), *Brandenburgisches Biografisches Lexikon*, Potsdam 2002, S. 369f.
- Gieseke, Jens/Hermann Wentker (Hrsg.): *Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme*, Berlin 2011.
- Görtemaker, Manfred/Michael C. Bienert/Robert Dambon: *Das Bundesland. Wiedervereinigung und Entwicklung seit 1990*, in: Friedrich Beck/ders./Kristina Hübener/Klaus Neitmann (Hrsg.), *Brandenburg. Neues altes Land. Geschichte und Gegenwart*, Berlin 2010, S. 129–195.
- Görtemaker, Manfred: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart*, München 1999.
- Gottberg, Bernd: *Die Gründung und die ersten Jahre der NDPD 1948–1954*, in: Jürgen Frölich (Hrsg.), *»Bürgerliche« Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953*, Köln 1995, S. 73–87.
- Gotthard, Axel: *Der Thüringer Landtag 1946–1952. Ein politischer Abriß*, Jena 1994.
- Gotthard, Axel: *Einleitung*, in: Werner Künzel/Werner Rellecke (Hrsg.), *Geschichte der deutschen Länder. Entwicklungen und Traditionen vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Münster 2008, S. 7–33.

- Grass, Jochen: Studien zur Politik der bürgerlichen Parteien Thüringens in der Weimarer Zeit 1920–1932. Ein Beitrag zur Landesgeschichte, Hamburg 1997.
- Graupner, Grit: Wahlen und Landtage, in: Bernhard Post/Volker Wahl (Hrsg.), Thüringen-Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 bis 1995, Weimar 1999, S. 237–261.
- Grille, Dietrich: Chronik politischer und militärischer Ereignisse von Ende März bis Anfang Juli 1945, in: ders./August-Wilhelm Kaiser (Hrsg.): Thüringen unter dem Sternenbanner. Kultur und Geschichte Thüringens. Landeskundliches Jahrbuch für Deutschlands Mitte 8/9 (1989), H. 1, Mainz 1990, S. 46–79.
- Groehler, Olaf: Der Luftkrieg gegen Brandenburg in den letzten Kriegsmonaten, in: Werner Stang unter Mitarbeit von Kurt Arlt (Hrsg.), Brandenburg im Jahre 1945. Studien, Potsdam 1995, S. 9–37.
- Groehler, Olaf: Der verordnete Antifaschismus. Die Rezeption des thüringischen kommunistischen Widerstandes in der DDR, in: Detlev Heiden/Gunther Mai (Hrsg.), Nationalsozialismus in Thüringen, Köln u. a. 1995, S. 531–551.
- Grolle, Lambert: Friedrich Riclef Schomerus. Sein Werden und Wirken, in: Jenaer Jahrbuch zur Technik- und Industriegeschichte 11 (2008), S. 133–153.
- Großbölting, Thomas/Hans-Ulrich Thamer (Hrsg.): Die Errichtung der Diktatur. Transformationsprozesse in der Sowjetischen Besatzungszone und in der frühen DDR, Münster 2003.
- Grossmann, Atina: Abortion and Economic Crisis. The 1931 Campaign against Paragraph 218, in: Renate Bridenthal/Atina Grossmann/Marion Kaplan (Hrsg.), When Biology Became Destiny. Women in Weimar and Nazi Germany, New York 1984, S. 66–86.
- Grossmann, Atina: Reforming Sex. The German Movement for Birth Control and Abortion Reform, 1920–1950, New York u. a. 1995.
- Grünewald, Wilhard/Fritz Reinert: Carl Steinhoff. Wirken für die deutsche Einheit, Potsdam 1997.
- Günther, Karl-Heinz (Hrsg.): Pfarrerstochter, Pädagogin, Kommunistin. Aus dem Leben der Schwestern Adelheid und Marie Torhorst, Berlin (Ost) 1986.
- Hahn, Daphne: Modernisierung und Biopolitik. Sterilisation und Schwangerschaftsabbruch in Deutschland nach 1945, Frankfurt a. M. u. a. 2000.
- Hahn, Karl-Eckhard: Um der Freiheit der christlichen Verkündigung willen. Pfarrer Johannes Mebus als Parlamentarier, 1946–1950, in: Kirchen und kirchliche Aufgaben in der parlamentarischen Auseinandersetzung in Thüringen vom frühen 19. bis ins ausgehende 20. Jahrhundert, Weimar 2005, S. 177–225.
- Hajna, Karl-Heinz: Auflösung der Länder. Bildung der Bezirke, in: Jochen Černý (Hrsg.), Brüche, Krisen, Wendepunkte. Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig u. a. 1990, S. 88–96.
- Hajna, Karl-Heinz: Die Landtagswahlen 1946 in der SBZ. Eine Untersuchung der Begleitumstände der Wahl, Frankfurt a. M. u. a. 2000.
- Hajna, Karl-Heinz: Länder – Bezirke – Länder. Zur Territorialstruktur im Osten Deutschlands 1945–1990, Frankfurt a. M. u. a. 1995.
- Halder, Winfrid: »Prüfstein ... für die politische Lauterkeit der Führenden«? Der Volksentscheid zur »Enteignung der Kriegs- und Naziverbrecher« in Sachsen im Juni 1946, in: GG 25 (1999), H. 4, S. 589–612.
- Halder, Winfrid: Der Volksentscheid in Sachsen 1946, in: Jürgen Schneider/Wolfgang Harbrecht (Hrsg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland (1933–1993), Stuttgart 1996, S. 105–138.

- Härtel, Lia: Der Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes, Stuttgart 1951.
- Hausmann, Marion: Ernst Lemmer in der SBZ (1945–1949). Der lange Weg nach Westen, in: HPM 11 (2004), S. 147–170.
- Hauthal, Günter/Josef Schwarz: Für gemeinsames Handeln zum Wohl des Volkes. August Frölich (1877–1966), in: Mario Hesselbarth/Eberhart Schulz/Manfred Weißbecker (Hrsg.), Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen. Biographische Skizzen, Jena 2006, S. 147–159.
- Heiden, Detlev/Gunther Mai (Hrsg.): Nationalsozialismus in Thüringen, Köln u. a. 1995.
- Heil, Thomas: Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in Thüringen 1945–1952. Ein Kampf um den Rechtsstaat, Tübingen 1996.
- Heimann, Thomas: Bilder von Buchenwald. Die Visualisierung des Antifaschismus in der DDR (1945–1990), Köln u. a. 2005.
- Heimann, Thomas: DEFA, Künstler und SED-Kulturpolitik. Zum Verhältnis von Kulturpolitik und Filmproduktion in der SBZ/DDR 1945 bis 1959, Berlin 1994.
- Heimatkreis Lebus (Hrsg.): Ein leidgeprüftes Land. Der brandenburgische Kreis Lebus in den Wirren der Jahre 1945–1952, Lebus 1992.
- Heinze, Günther: Die Haltung und Zustimmung der LDPD im Prozeß der Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft, dargestellt am Zweijahrplan und am ersten Fünfjahrplan 1951–1955, Diss. Berlin (Ost) 1975.
- Heitzer, Heinz: Die Bildung der Provisorischen Regierung der DDR, in: Elke Scherstjanoi (Hrsg.), »Provisorium für längstens ein Jahr«. Protokoll des Kolloquiums »Die Gründung der DDR«, September 1991, Berlin 1993, S. 313–321.
- Helle, Matthias: Nachkriegsjahre in der Provinz. Der brandenburgische Landkreis Zauch-Belzig 1945–1952, Berlin 2011.
- Helwig, Gisela: Familienpolitik in der SBZ, in: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung/Bundesarchiv (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945, Bd. 2/1: 1945–1949. Die Zeit der Besatzungszonen. Sozialpolitik zwischen Kriegsende und der Gründung zweiter deutscher Staaten, Baden-Baden 2001, S. 664–672.
- Henke, Klaus-Dietmar: Deutschland – zweierlei Kriegsende, in: Ulrich Herbert/Axel Schildt (Hrsg.), Kriegsende in Europa. Vom Beginn des deutschen Machtzerfalls bis zur Stabilisierung der Nachkriegsordnung 1944–1948, Essen 1998, S. 337–354.
- Henke, Klaus-Dietmar: Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995.
- Herbst, Andreas/Winfried Ranke/Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR, 3 Bde., Reinbek bei Hamburg 1994.
- Herbst, Andreas: Kommunistischer Widerstand, in: Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945, Bonn 2004, S. 33–55.
- Herrnrich, Thomas: Thüringen. Von den thüringischen Kleinstaaten nach Zerfall des Alten Reiches bis zum Freistaat Thüringen. Eine völkerrechtliche und verfassungsrechtliche Betrachtung, Frankfurt a. M. 2010.
- Heß, Klaus: Die Stadt Brandenburg im Jahre 1945, in: Werner Stang unter Mitarbeit von Kurt Arlt (Hrsg.), Brandenburg im Jahre 1945. Studien, Potsdam 1995, S. 195–222.
- Hesselbarth, Mario/Eberhart Schulz/Manfred Weißbecker (Hrsg.): Gelebte Ideen. Sozialisten in Thüringen. Biographische Skizzen, Jena 2006.
- Hilger, Andreas/Mike Schmeitzner/Ute Schmidt (Hrsg.): Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955, Dresden 2001.

- Hilger, Andreas/Mike Schmeitzner/Ute Schmidt (Hrsg.): Sowjetische Militärtribunale, Bd. 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955, Köln u. a. 2003.
- Hilger, Andreas/Mike Schmeitzner/Clemens Vollnhals (Hrsg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich, 1945–1955, Göttingen 2006.
- Hirschinger, Frank: Die »Volkskongreßbewegung für Einheit und gerechten Frieden« in den Jahren 1947–1949, dargestellt unter besonderer Berücksichtigung der Tätigkeit des SED-Landesverbands Sachsen-Anhalt, in: Hallische Beiträge zur Zeitgeschichte 2000, H. 7, S. 5–44.
- Hoffmann, Dierk/Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hrsg.): Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft in der DDR der fünfziger Jahre, München 2003.
- Hoffmann, Dierk/Hermann Wentker (Hrsg.): Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR, München 2000.
- Hoffmann, Dierk: Nachkriegszeit. Deutschland 1945–1949, Darmstadt 2011.
- Hübener, Kristina (Hrsg.): Preußische Verwaltungen und ihre Bauten 1800 bis 1945, Potsdam 2001.
- Hübener, Kristina/Frank Göse: Die Provinz. Brandenburg im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Friedrich Beck/Manfred Görtemaker/Kristina Hübener/Klaus Neitmann (Hrsg.), Brandenburg. Neues altes Land. Geschichte und Gegenwart, Berlin 2010, S. 58–97.
- Hübner, Peter: Kampf um Potsdam Ende April 1945, in: Werner Stang unter Mitarbeit von Kurt Art (Hrsg.), Brandenburg im Jahre 1945. Studien, Potsdam 1995, S. 167–194.
- Hue de Grais, Robert/Hans Peters, unter Mitwirkung von Werner Hoche: Handbuch der Verfassung und Verwaltung in Preußen und dem Deutschen Reich, Berlin ²³1926.
- Hufschmied, Richard: Sonderfall Wien? Die Alliierten und Österreich 1943–1955, in: Michael C. Bienert/Uwe Schaper/Andrea Theissen unter Mitarbeit von Werner Breunig (Hrsg.), Die Vier Mächte in Berlin. Beiträge zur Politik in der besetzten Stadt Berlin, Berlin 2007, S. 109–128.
- Hüttmann, Jens: DDR-Geschichte und ihre Forscher. Akteure und Konjunkturen der bundesdeutschen DDR-Forschung, Berlin 2008.
- Jander, Ingrid: Politische Verfolgung in Brandenburg 1949 bis 1953. Der Kampf gegen Ost-CDU, Bauern und Kirchen im Spiegel der Akten von SED und Staatssicherheit, Düsseldorf 2012.
- Jessen, Ralph/Richter, Hedwig (Hrsg.): Voting for Hitler and Stalin. Elections under 20th Century Dictatorships, Frankfurt a. M. u. a. 2011.
- John, Jürgen: Befreiung und Landesneubildung unter wechselnder Besatzung seit 1945 (1945 bis 1952), in: ders./Reinhard Jonscher/Axel Stelzner: Geschichte in Daten. Thüringen, München u. a. 1995, S. 262–281.
- John, Jürgen: Der Thüringer Landes- und Ministerpräsident Rudolf Paul 1945 bis 1947. Darstellung und Edition, Köln u. a. 2015.
- John, Jürgen: Die thüringischen Landesverfassungen 1920/21 und 1946, in: Karl Schmitt (Hrsg.), Die Verfassung des Freistaats Thüringen, Weimar u. a. 1995, S. 132–185.
- John, Jürgen: Grundzüge der Landesverfassungsgeschichte Thüringens 1918 bis 1932, in: Thüringer Landtag (Hrsg.), Thüringische Verfassungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Erfurt 1993, S. 49–113.

- Jung, Otmar: Die Volkskongreßbewegung. Festhalten an der deutschen Einheit und Vorbereitung der staatlichen Spaltung, in: IWK 31 (1995), H. 2, S. 187–214.
- Jung, Otmar: Grundgesetz und Volksentscheid. Gründe und Reichweite der Entscheidungen des Parlamentarischen Rats gegen Formen direkter Demokratie, Opladen 1994.
- Kachel, Steffen: Ein rot-roter Sonderweg? Sozialdemokraten und Kommunisten in Thüringen 1919 bis 1949, Köln u. a. 2011.
- Kaff, Brigitte: Gerhard Schütze (1897–1951). CDU-Fraktionsvorsitzender im Landtag Brandenburg, in: Günter Buchstab/Brigitte Kaff/Hans-Otto Kleinmann (Hrsg.), Christliche Demokraten gegen Hitler. Aus Verfolgung und Widerstand zur Union, Sankt Augustin 2004, S. 446–452.
- Kahlenberg, Friedrich P.: »Unbefriedigende Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern«. Zum Problem des Föderalismus in den Gründerjahren der Bundesrepublik Deutschland, in: Peter R. Weilemann/Hanns J. Küsters/Günter Buchstab (Hrsg.), Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag, Paderborn u. a. 1999, S. 119–128.
- Kaiser, Monika: »Es muß demokratisch aussehen ...«. Moskau und die Gleichschaltung des Parteiensystems in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1944/45–1948/49, in: Stefan Creuzberger/Manfred Görtemaker (Hrsg.), Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949, Paderborn u. a. 2002, S. 265–299.
- Kaiser, Tobias: Die konfliktreiche Transformation einer Traditionsuniversität. Die Friedrich-Schiller-Universität 1945–1968/69 auf dem Weg zu einer »sozialistischen Hochschule«, in: Senatskommission zur Aufarbeitung der Jenaer Universitätsgeschichte im 20. Jahrhundert (Hrsg.), Traditionen – Brüche – Wandlungen. Die Universität Jena 1850–1995, Köln u. a. 2009, S. 598–699.
- Kassenärztliche Vereinigung Brandenburg (Hrsg.) 1990–2010. 20 Jahre KVBB – eine Erfolgsgeschichte. Potsdam 2010.
- Kiefer, Markus: Gründung und Anfänge der CDU in Thüringen (1945–1952), Erfurt o. J. [1995].
- Kimball, Warren F.: The Juggler. Franklin Roosevelt as Wartime Statesman, Princeton, NJ 1991.
- Klawitter, Nils: Die Rolle der ZKK bei der Inszenierung von Schauprozessen in der SBZ/DDR. Die Verfahren gegen die »Textilschieber« von Glauchau-Meerane und die »Wirtschaftssaboteure« der Deutschen Continental-Gas-AG, in: Jutta Braun/Nils Klawitter/Falco Werkentin: Die Hinterbühne politischer Strafjustiz in den frühen Jahren der SBZ/DDR, Berlin ⁴2006, S. 23–56.
- Kleßmann, Christoph/Burghard Ciesla/Hans-Hermann Hertle (Hrsg.): Vertreibung, Neuanfang, Integration. Erfahrungen in Brandenburg, Potsdam 2001.
- Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955, Bonn ⁵1991.
- Kleßmann, Christoph: Opposition und Resistenz in zwei Diktaturen in Deutschland, in: HZ 262 (1996), H. 2, S. 453–479.
- Knoblich, Herbert/Klaus Neitmann (Hrsg.): Der brandenburgische Landtag. Festschrift zur 50. Wiederkehr seiner Konstituierung, Potsdam 1996.
- Koch, Manfred: Beratende Versammlungen, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München ²1993, S. 321–328.

- Koch, Manfred: Der Demokratische Block, in: Hermann Weber (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, Köln 1982, S. 281–337.
- Koch, Manfred: Landtage, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München ²1993, S. 329–344.
- Koch, Manfred: Vertretungskörperschaften in der SBZ. Die Beratenden Versammlungen (1946) zwischen Repräsentation und Massenmobilisierung, in: ZParl 15 (1984), S. 57–71.
- Koch, Manfred: Volkskongressbewegung und Volksrat, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München ²1993, S. 345–358.
- Kock, Peter J.: Der Bayerische Landtag. Eine Chronik, München ⁵2006.
- Koepen, H. U.: Der Kampf der Freien Deutschen Jugend um die politische Mitbestimmung im Land Brandenburg von 1947 bis 1948 unter besonderer Berücksichtigung des Kampfes um die Herabsetzung des Wahlalters. Diplomarbeit, Universität Rostock 1964.
- Kollende, Evelyn: Zur Entwicklung des antifaschistisch-demokratischen Volksvertretungssystems als Bestandteil der politischen Organisation der Gesellschaft antifaschistisch-demokratischen Charakters 1945–1949 auf dem Boden der ehemaligen sowjetischen Besatzungszone, Diss. phil., Potsdam 1979.
- Kossert, Andreas: Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945, München 2008.
- Köster, Barbara: »Die Junge Garde des Proletariats«. Untersuchungen zum Kommunistischen Jugendverband Deutschlands in der Weimarer Republik. Diss. phil., Universität Bielefeld 2005.
- Kotsch, Detlef: Karrierewege in Brandenburg nach dem Zweiten Weltkrieg. Entstehung und Etablierung der neuen Eliten in den Jahren 1945–1960, in: JBLG 47 (1996), S. 149–191.
- Kowalski, Hans-Günter: Die »European Advisory Commission« als Instrument alliierter Deutschlandplanung 1943–1945, in: VfZ 19 (1971), S. 261–293.
- Krabbe, Wolfgang R.: Kritische Anhänger, unbequeme Störer. Studien zur Politisierung deutscher Jugendlicher im 20. Jahrhundert, Berlin 2010.
- Kramer, Mark: Stalin, Soviet Policy, and the Consolidation of a Communist Bloc in Eastern Europe, 1944–53, in: Vladimir Tismaneanu (Hrsg.), Stalinism Revisited. The Establishment of Communist Regimes in East-Central Europe, Budapest u. a. 2009, S. 51–102.
- Krautkrämer, Elmar: Der innerdeutsche Konflikt um die Ministerpräsidentenkonferenz in München 1947, in: VfZ 20 (1972), H 2, S. 154–174.
- Kreutzer, Hermann: Die Besetzung Saalfelds durch die Amerikaner 1945. Kommunal- und Regionalverwaltung in der »Stunde Null«, in: Dietrich Grille/August-Wilhelm Kaiser (Hrsg.): Thüringen unter dem Sternenbanner. Kultur und Geschichte Thüringens. Landeskundliches Jahrbuch für Deutschlands Mitte 8/9 (1989), H. 1, Mainz 1990, S. 28–45.
- Kreutzer, Hermann: Die Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Thüringen, in: Niels Beckenbach (Hrsg.), Wege zur Bürgergesellschaft. Gewalt und Zivilisation in Deutschland Mitte des 20. Jahrhunderts, Berlin 2005, S. 87–103.
- Krippendorff, Ekkehart: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/48. Entstehung, Struktur, Politik, Düsseldorf 1961.

- Krubke, Erwin: Wirtschaftspolitik zwischen Gestern und Morgen. Die Stellungnahme der CDU zur Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR in Gestalt des Zweijahrplans 1949/50 und des Fünfjahrplans 1951/55, Berlin (Ost) 1977.
- Kubatzki, Rainer: Friedrich Ebert, in: Wolfgang Ribbe (Hrsg.), *Berlinische Lebensbilder*, Bd. 7: Stadtoberhäupter. Biographien Berliner Bürgermeister im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1992, S. 573–590.
- Künzel, Werner/Werner Rellecke (Hrsg.): *Geschichte der deutschen Länder. Entwicklungen und Traditionen vom Mittelalter bis zur Gegenwart*, Münster 2008.
- Künzel, Werner: Die Beratenden Versammlungen bei den Landes- und Provinzialverwaltungen der sowjetischen Besatzungszone (1946), in: *Staat und Recht* 22 (1973), S. 953–964.
- Künzel, Werner: Die DDR-Gründung im Spiegel ostdeutscher Landtagsdebatten, in: Elke Scherstjanoi (Hrsg.), »Provisorium für längstens ein Jahr«. Protokoll des Kolloquiums »Die Gründung der DDR«, September 1991, Berlin 1993, S. 327–334.
- Künzel, Werner: Die Landtage in der antifaschistisch-demokratischen Revolution bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, Diss., Potsdam 1972.
- Küppers, Heinrich: Föderalismus als gestaltendes Prinzip in der Gründungsgeschichte der Bundesrepublik. Das Beispiel Rheinland-Pfalz, in: Michael Matheus (Hrsg.), *Regionen und Föderalismus. 50 Jahre Rheinland-Pfalz*, Stuttgart 1997, S. 65–79.
- Lakowski, Richard/Karl Stich: *Der Kessel von Halbe. Das letzte Drama*, Berlin ²1998.
- Lakowski, Richard: Das Ende der Naziherrschaft in Brandenburg, in: Dietrich Eichholtz unter Mitarbeit von Almuth Püschel (Hrsg.), *Brandenburg in der NS-Zeit. Studien und Dokumente*, Potsdam 1993, S. 411–441.
- Lakowski, Richard: Die »Kesselschlacht bei Halbe«. Thesen und Desiderate, in: Günter Morsch (Hrsg.), *Mittel- und langfristige Perspektiven für den Waldfriedhof Halbe. Abschlussbericht der Expertenkommission und Beiträge*, Berlin 2009, S. 63–72.
- Lakowski, Richard: *Seelow 1945. Die Entscheidungsschlacht an der Oder*, Hamburg u. a. 2009 [Neuausg.].
- Langkau-Alex, Ursula: *Deutsche Volksfront 1932–1939. Zwischen Berlin, Paris, Prag und Moskau*, Bd. 3: *Dokumente, Chronik und Verzeichnisse*, Berlin 2005.
- Langkau-Alex, Ursula: Was bedeutete die Volksfront für die deutsche Linke?, in: Klaus Kinner (Hrsg.), *Die Chancen der Volksfront. Historische Alternativen zur Stalinisierung des Kommunismus*, Leipzig 2006, S. 12–44.
- Lapp, Peter J.: *Georg Dertinger. Journalist, Außenminister, Staatsfeind*, Freiburg 2005.
- Laufer, Jochen: Auf dem Wege zur staatlichen Verselbständigung der SBZ. Neue Quellen zur Münchener Konferenz der Ministerpräsidenten 1947, in: Jürgen Kocka (Hrsg.), *Historische Studien zur DDR-Forschung. Aufsätze und Studien*, Berlin 1993, S. 27–55.
- Laufer, Jochen: Das Ministerium für Staatssicherheit und die Wahlfälschungen bei den ersten Wahlen in der DDR, in: *APuZ*, B 5, 1991, S. 17–30.
- Laufer, Jochen: Die SED und die Wahlen (1948–1950). Untersuchung zu den politischen Entscheidungsprozessen, in: Elke Scherstjanoi (Hrsg.), »Provisorium für längstens ein Jahr«. Protokoll des Kolloquiums »Die Gründung der DDR«, September 1991, Berlin 1993, S. 101–124.
- Laufer, Jochen: *Pax Sovietica. Stalin, die Westmächte und die deutsche Frage 1941–1945*, Köln u. a. 2009.
- Laufer, Jochen: Stalin, Dimitrov und der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945. Deutschland und die Pax Sovietica, in: *DA* 42 (2009), H. 5, S. 810–820.
- Le Tissier, Tony: *Der Kampf um Berlin. Von den Seelower Höhen zur Reichskanzlei*, Frankfurt a. M. 1995.

- Lemke, Michael (Hrsg.): Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953), Köln u. a. 1999.
- Lemke, Michael: Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961, Köln 2001.
- Lemke, Michael: Vor der Mauer. Berlin in der Ost-West-Konkurrenz 1948 bis 1961, Köln u. a. 2011.
- Lengemann, Jochen: Das Hessen-Parlament 1946–1986. Biographisches Handbuch des Beratenden Landesausschusses, der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen und des Hessischen Landtags, 1.–11. Wahlperiode, Frankfurt a. M. 1986.
- Lengemann, Jochen: Thüringische Landesparlamente 1919–1952. Biographisches Handbuch, Köln u. a. 2014.
- Leps, Marko: Das Oberpräsidium der Provinz Brandenburg und seine Dienstgebäude, in: Kristina Hübener (Hrsg.), Preußische Verwaltungen und ihre Bauten 1800 bis 1945, Potsdam 2001, S. 35–48.
- Lilla, Joachim: Die Vertreter der Thüringischen Staaten und Thüringens bei Reich und Bund (1867 bis 2010) unter Einschluss der Länderkammer der DDR, Weimar 2010.
- Lindenberger, Thomas: Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: ders. (Hrsg.), Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln u. a. 1999, S. 13–44.
- Lindenberger, Thomas: SED-Herrschaft als soziale Praxis, Herrschaft und »Eigen-Sinn«. Problemstellung und Begriffe, in: Jens Gieseke (Hrsg.), Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, Göttingen 2007, S. 23–47.
- Lisse, Albert: Handlungsspielräume deutscher Verwaltungsstellen bei den Konfiskationen in der SBZ 1945–1949. Zum Verhältnis zwischen deutschen Verwaltungsstellen und der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, Stuttgart 2003.
- Loeding, Matthias: Führungsanspruch und Einheitsdrang. Der Zentrallausschuss der SPD im Jahre 1945, Hamburg 2002.
- Louis, Jürgen: Die Gründung der Demokratischen Partei in Thüringen 1945, in: JBLibF 6 (1994), S. 183–192.
- Louis, Jürgen: Die LDP-Hochschulgruppe an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, in: Jürgen Frölich (Hrsg.), »Bürgerliche« Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1995, S. 143–174.
- Louis, Jürgen: Die Liberal-Demokratische Partei in Thüringen 1945–1952, Köln u. a. 1996.
- Lühmann, Michael: Verdrängte Vergangenheit. Die CDU und die »Blockföten«, in: DA 42 (2009), H. 1, S. 96–104.
- Mählert, Ulrich/Gerd-Rüdiger Stephan: Blaue Hemden – rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend, Opladen 1996.
- Mählert, Ulrich: Kleine Geschichte der DDR, München ⁵2007.
- Mai, Gunter: Das Kriegsende in Thüringen 1945. Region zwischen den Fronten, in: ZVThG 59/60 (2005/2006), S. 269–306.
- Mai, Gunter: Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945–1948. Alliierte Einheit – deutsche Teilung?, München 1995.
- Malycha, Andreas/Peter J. Winters: Die SED. Geschichte einer deutschen Partei, München 2009.
- Malycha, Andreas: Die Illusion der Einheit. Kommunisten und Sozialdemokraten in den Landesvorständen der SED 1946–1951, in: Michael Lemke (Hrsg.), Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953), Köln u. a. 1999, S. 81–117.

- Malycha, Andreas: Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950, Berlin 1996.
- Marek, Dieter: Verwaltungsreform 1952 und Auflösung des Landes, in: Bernhard Post/Volker Wahl (Hrsg.), Thüringen-Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 bis 1995, Weimar 1999, S. 52–60.
- Mastny, Vojtech: Soviet plans for postwar Europe, in: Antonio Varsori/Elena Calandri (Hrsg.), *The Failure of Peace in Europe, 1943–48*, Basingstoke u. a. 2002, S. 59–75.
- Materna, Ingo/Wolfgang Ribbe (Hrsg.): Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995.
- Matschke, Werner: Die industrielle Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) 1945 bis 1948, Berlin (West) 1988.
- Matschke, Werner: Die wirtschaftliche Entwicklung in der SBZ. Vorgeschichte, Weichenstellungen, Bestimmungsfaktoren, in: Alexander Fischer (Hrsg.)s *Studien zur Geschichte der SBZ/DDR*, Berlin 1993, S. 97–116.
- Mehring, Hartmut (Hrsg.): Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik, München 1995.
- Melis, Damian van/Henrik Bispinck (Hrsg.): »Republikflucht«. Flucht und Abwanderung aus der SBZ/DDR 1945 bis 1961, München 2006.
- Merl, Stephan: Elections in the Soviet Union, 1937–1989. A view into a paternalistic world from below, in: Ralph Jessen/Hedwig Richter (Hrsg.), *Voting for Hitler and Stalin. Elections Under 20th Century Dictatorships*, Frankfurt a. M. u. a. 2011, S. 276–308.
- Metzler, Gabriele: Einheit und Konkurrenz im Bundesstaat. Föderalismus in der Bundesrepublik, 1949–2000, in: Thomas Kühne/Cornelia Rauh-Kühne (Hrsg.), *Raum und Geschichte. Regionale Traditionen und föderative Ordnungen von der Frühen Neuzeit bis zur Gegenwart*, Leinfelden-Echterdingen 2001, S. 232–256.
- Michaelis, Klaus: Die Sowjets und die Parteigründungen 1945, in: *JbLibF* 12 (2000), S. 177–201.
- Michelmann; Jeanette: Aktivisten der ersten Stunde. Die Antifa in der Sowjetischen Besatzungszone, Köln u. a. 2002.
- Mielke, Henning: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR. Von der deutschen Selbstverwaltung zum sozialistisch-zentralistischen Einheitsstaat nach sowjetischem Modell 1945–1952, Stuttgart 1995.
- Mittag, Susanne: Literatur- und Kulturpolitik in der SBZ/DDR. Konzepte und Kontroversen der ersten Jahre. Ein Literaturbericht, in: *Mitteldeutsches Jahrbuch für Kultur und Geschichte* 2 (1995), S. 195–202.
- Mitzenheim, Paul: Zur Bildungspolitik, Lehrerbildung und Pädagogik in Thüringen 1945–1950, in: Ernst Cloer/Rolf Wernstedt (Hrsg.), *Pädagogik in der DDR. Eröffnung einer notwendigen Bilanzierung*, Weinheim 1994, S. 357–374.
- Mohr, Antje: Hessen und der Länderrat des amerikanischen Besatzungsgebietes. Möglichkeiten und Grenzen länderübergreifender Kooperation in den Jahren 1945 bis 1949, Frankfurt a. M. u. a. 1999.
- Möller, Horst/Alexandr O. Tschubarjan (Hrsg.): *SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949*, München 2009.
- Morré, Jörg: Kader aus dem Exil. Vorbereitungen der KPD auf eine antifaschistische Nachkriegszeit, in: Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Clemens Vollnhals (Hrsg.), *Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich, 1945–1955*, Göttingen 2006, S. 77–93.

- Mueller, Wolfgang: Die politischen Parteien in der sowjetischen Besatzungspolitik in Österreich 1945–1955, in: Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Clemens Vollnhals (Hrsg.), *Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich, 1945–1955*, Göttingen 2006, S. 313–340.
- Muhle, Susanne/Hedwig Richter/Juliane Schütterle (Hrsg.): *Die DDR im Blick. Ein zeithistorisches Lesebuch*, Berlin 2008.
- Mühlhausen, Werner: *Demokratischer Neubeginn in Hessen 1945–1949. Lehren aus der Vergangenheit für die Gestaltung der Zukunft*, Wiesbaden 2005.
- Müller, Reinhard unter Mitwirkung v. Matalija Mussijenko: »Wir kommen alle dran.« Säuberungen unter den deutschen Politemigranten in der Sowjetunion (1934–1938), in: Hermann Weber/Ulrich Mähler (Hrsg.), *Terror. Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953*, Paderborn 1998, S. 121–159.
- Müller, Rolf-Dieter: Endkampf im Reichsgebiet? Die Bedeutung der Oderlinie im Frühjahr 1945, in: Werner Künzel/Richard Lakowski (Hrsg.), *Niederlage, Sieg, Neubeginn. Frühjahr 1945. Eine gemeinsame Konferenz des Landkreises Märkisch-Oderland und der Brandenburgischen Landeszentrale für politische Bildung*, Seelow, 31. Januar 2005, Potsdam 2005, S. 10–27.
- Müller, Thomas T./Maik Pinkert (Hrsg.): *Kriegssende und Neubeginn im Landkreis Eichsfeld 1945/1946. Eine zeitgenössische Dokumentation*, Heilbad Heiligenstadt 2003.
- Müller, Uwe: Karl Grobbel, in: Friedrich Beck/Eckart Henning in Verbindung mit Kurt Adamy/Peter Bahl/Detlef Kotsch (Hrsg.), *Brandenburgisches Biografisches Lexikon*, Potsdam 2002, S. 152.
- Müller, Werner: Die Grundfrage von Demokratie oder Diktatur als Scheidelinie. Zur Geschichte der deutschen »Volksfront« 1932 bis 1939, in: JHK 2007, S. 422–428.
- Müller, Werner: Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949*, München ²1993, S. 440–459.
- Müller, Werner: Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949*, München ²1993, S. 460–480.
- Müller, Werner: Sozialdemokratische Politik unter sowjetischer Militärverwaltung. Chancen und Grenzen der SPD in der sowjetischen Besatzungszone zwischen Kriegsende und SED-Gründung, in: *IWK* 23 (1987), S. 170–206.
- Müller, Werner: Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949*, München ²1993, S. 481–514.
- Münzel, Sascha: Thüringen und das Sternenbanner 1945. Aus den Erinnerungen eines amerikanischen Soldaten, in: *ZThG* 62 (2008), S. 255–258.
- Naimark, Norman M.: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland und die Frage des Stalinismus. Veränderte Sichtweisen auf der Grundlage neuer Quellen aus russischen Archiven, in: *ZfG* 43 (1995), S. 293–307.
- Naimark, Norman M.: *The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945–1949*, Cambridge, Mass. 1995.

- Die Nationale Front der DDR. Geschichtlicher Überblick, Berlin (Ost) 1984.
- Neitmann, Klaus/Friedrich Beck/Frank Göse: Die Mark. Brandenburg im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit, in: Friedrich Beck/Manfred Görtemaker/Kristina Hübener/Klaus Neitmann (Hrsg.), Brandenburg. Neues altes Land. Geschichte und Gegenwart, Berlin 2010, S. 14–57.
- Neubert, Ehrhart/Thomas Auerbach: »Es kann anders werden«. Opposition und Widerstand in Thüringen 1945–1989, Köln 2005.
- Neubert, Ehrhart/Bernd Eisenfeld (Hrsg.): Macht, Ohnmacht, Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR, Bremen 2001.
- Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989, Bonn 2000.
- Neubert, Ehrhart: Typen politischer Gegnerschaft, in: Hans-Joachim Veen/Peter Eisenfeld/Hans M. Kloth/Hubertus Knabe/Peter Maser/Erhart Neubert/Manfred Wilke (Hrsg.): Lexikon Opposition und Widerstand, Berlin 2000, S. 15–19.
- Niethammer, Lutz: Die amerikanische Besatzungsmacht zwischen Verwaltungstradition und politischen Parteien in Bayern 1945, in: VfZ 15 (1967), H. 2, S. 153–210.
- Nippert, Erwin: Das Oderbruch. Zur Geschichte einer deutschen Landschaft, Berlin 1995.
- Nochotowitsch, Dina N.: SMA-Landesverwaltungen, in: Horst Möller/Alexandr O. Tschubarjan (Hrsg.), SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949, München 2009, S. 557–563.
- Nöltig, Kristin: (Anti-)Föderalistische Konzepte in Ostdeutschland, in: Detlev Brunner/Werner Müller/Andreas Röpcke (Hrsg.), Land – Zentrale – Besatzungsmacht. Landesverwaltung und Landesregierung in der sowjetischen Besatzungszone, Frankfurt a. M. u. a. 2003, 135–152.
- O’Sullivan, Donal: »Wer immer ein Gebiet besetzt...«. Sowjetische Osteuropapolitik 1943–1947/48, in: Stefan Creuzberger/Manfred Görtemaker (Hrsg.), Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949, Paderborn u. a. 2002, S. 45–84.
- O’Sullivan, Donal: Die Sowjetisierung Osteuropas 1939–1941, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 2 (1998), H. 2, S. 109–160.
- O’Sullivan, Donal: Die Sowjetunion, der Kalte Krieg und das internationale System 1945–1953, in: Stefan Plaggenborg (Hrsg.), Handbuch der Geschichte Russlands, Bd. 5: 1945–1991. Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion, Halbbd. 1, Stuttgart 2002, S. 131–173.
- O’Sullivan, Donal: Stalins »Cordon Sanitaire«. Die sowjetische Osteuropapolitik und die Reaktionen des Westens 1939–1949, Paderborn u. a. 2003.
- Obenaus, Herbert: Anfänge des Parlamentarismus in Preußen bis 1848, Düsseldorf 1984.
- Overesch, Manfred: Buchenwald und die DDR oder Die Suche nach Selbstlegitimation, Göttingen 1995.
- Overesch, Manfred: Hermann Brill in Thüringen 1895–1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht, Bonn 1992.
- Overesch, Manfred: Hermann Brill und die Neuanfänge deutscher Politik in Thüringen 1945, in: VfZ 27 (1979), S. 524–569.
- Overesch, Manfred: Hermann Brill und die SPD in Thüringen 1945/1946, in: Arbeiterbewegung und Sozialdemokratie in Thüringen. Dokumentation des Kolloquiums der Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Thüringen und Arbeit und Leben Thüringen e.V. am 13.10.2001 im Kaisersaal, Erfurt, anlässlich des 110jährigen Jubiläums des Erfurter Parteitages, Erfurt 2002, S. 35–48.

- Overesch, Manfred: Hermann Brill. Grenzgänger zwischen Ost und West, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.), *Grenzland. Beiträge zur Geschichte der deutsch-deutschen Grenze*, Hannover 1993, S. 155–170.
- Overesch, Manfred: Konzeptionen für den Neuanfang. Hermann Brill und der anti-nationalsozialistische Widerstand, in: Detlev Heiden/Gunther Mai (Hrsg.), *Nationalsozialismus in Thüringen*, Köln u. a. 1995, S. 487–506.
- Owzar, Armin: Nicht ohne Zwang, nicht ohne Bereitschaft. Anmerkungen zur (Zwangs-) Vereinigung von SPD und KPD am Beispiel Thüringens (1945/46), in: Heiner Timmermann (Hrsg.), *Die DDR. Analysen eines aufgegebenen Staates*, Berlin 2001, S. 303–320.
- Papke, Gerhard: Auf dem Weg zu einer gesamtdeutschen liberalen Partei? Die Zusammenarbeit nordrhein-westfälischer Liberaler mit der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands der sowjetischen Besatzungszone 1945–1948, in: *Geschichte im Westen* 12 (1997), H. 1, S. 40–60.
- Papke, Gerhard: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone und DDR 1945–1952, in: Jürgen Frölich (Hrsg.), »Bürgerliche« Parteien in der SBZ/DDR. Zur Geschichte von CDU, LDP(D), DBD und NDPD 1945 bis 1953, Köln 1995, S. 25–45.
- Perkow, Maxim A.: Verwaltung Information, in: Horst Möller/Alexandr O. Tschubarjan (Hrsg.), *SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949*, München 2009, S. 243–252.
- Peterson, Edward N.: *Russian Commands and German Resistance. The Soviet Occupation 1945–1949*, New York u. a. 1999.
- Petzold, Heinz: Cottbus zwischen Januar und Mai 1945, in: Werner Stang unter Mitarbeit von Kurt Arlt (Hrsg.), *Brandenburg im Jahre 1945. Studien*, Potsdam 1995, S. 106–135.
- Podewin, Norbert: Ebert und Ebert. Zwei deutsche Staatsmänner. Friedrich Ebert (1871–1925), Friedrich Ebert (1894–1979). Eine Doppelbiografie, Berlin 1999.
- Pohl, Dieter: *Justiz in Brandenburg 1945–1955. Gleichschaltung und Anpassung*, München 2001.
- Post, Bernhard/Volker Wahl (Hrsg.): *Thüringen-Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 bis 1995*, Weimar 1999.
- Post, Bernhard: Nationalsozialistische Machtergreifung 1932/33 und ihre Folgen, in: ders./Volker Wahl (Hrsg.), *Thüringen-Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 bis 1995*, Weimar 1999, S. 32–40.
- Poutrus, Kirsten: »Ein Staat, der seine Kinder nicht ernähren kann, hat nicht das Recht, ihre Geburt zu fordern.« Abtreibung in der Nachkriegszeit 1945 bis 1950, in: Gisela Staupe/Lisa Vieth (Hrsg.), *Unter anderen Umständen. Zur Geschichte der Abtreibung [Ausstellungskatalog]*, Berlin 1993, S. 73–85.
- Poutrus, Kirsten: Von den Massenvergewaltigungen zum Mutterschutzgesetz. Abtreibungspolitik und Abtreibungspraxis in Ostdeutschland, 1945–1950, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hrsg.), *Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*, Göttingen 1996, S. 170–198.
- Rainer, János M.: Der Weg der ungarischen Volksdemokratie. Das Mehrparteiensystem und seine Beseitigung 1944–1949, in: Stefan Creuzberger/Manfred Görtemaker (Hrsg.), *Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949*, Paderborn u. a. 2002, S. 319–352.

- Rathkolb, Oliver: Sonderfall Österreich? Ein peripherer Kleinstaat in der sowjetischen Nachkriegsstrategie 1945–1947, in: Stefan Creuzberger/Manfred Görtemaker (Hrsg.), Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949, Paderborn u. a. 2002, S. 353–373.
- Rauchensteiner, Manfred: Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955, Graz 1995 [Neuauf].
- Recker, Marie-Luise/Klaus Tenfelde (Hrsg.): Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Teil 1: Abgeordnete in Bund und Ländern. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1946–1990, bearb. von Christian Handschell, Düsseldorf 2002.
- Reinert, Fritz: »Eine Generallinie haben und mit Gewissenhaftigkeit das tun, was der Augenblick erfordert«. Zum 110. Geburtstag des gescheiterten ostdeutschen Staatsmannes Carl Steinhoff, in: DA 1 (2003), S. 85–98.
- Reinert, Fritz: Brandenburgs Parteien 1945–1950. Möglichkeiten und Grenzen kooperativer Politik, Potsdam 1995.
- Reinhardt, Sieglinde: Der Landtag Brandenburg 1989 bis zur Gegenwart, in: Kurt Adamy/Kristina Hübener (Hrsg.), Geschichte der Brandenburgischen Landtage. Von den Anfängen 1823 bis in die Gegenwart, Potsdam 1998, S. 327–379.
- Ribbe, Wolfgang (Hrsg.): Berlinische Lebensbilder, Bd. 7: Stadtoberhäupter. Biographien Berliner Bürgermeister im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1992.
- Ribbe, Wolfgang: Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR (1945 bis 1952), in: Ingo Materna/ders. (Hrsg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 676–726.
- Richter, Hedwig: Mass obedience. Practices and functions of elections in the German Democratic Republic, in: Ralph Jessen/Hedwig Richter (Hrsg.), Voting for Hitler and Stalin. Elections Under 20th Century Dictatorships, Frankfurt a. M. u. a. 2011, S. 103–125.
- Richter, Michael/Martin Reißmann (Hrsg.): Die Ost-CDU. Beiträge zu ihrer Entstehung und Entwicklung, Weimar u. a. 1995.
- Richter, Michael/Thomas Schaarschmidt/Mike Schmeitzner (Hrsg.): Länder, Gaue und Bezirke. Mitteldeutschland im 20. Jahrhundert, Dresden 2007.
- Richter, Michael: Die Entstehung der neuen Bundesländer 1989/90, in: ders./Thomas Schaarschmidt/Mike Schmeitzner (Hrsg.): Länder, Gaue und Bezirke, 2007, S. 279–306.
- Richter, Michael: Die Ost-CDU 1948–1952. Zwischen Widerstand und Gleichschaltung, Düsseldorf²1991.
- Reißmann, Martin: Kadenschulung in der Ost-CDU 1949–1971. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei, Düsseldorf 1995.
- Röll, Wolfgang: Sozialdemokraten im Konzentrationslager Buchenwald 1937–1945. Unter Einbeziehung biographischer Schriften, Göttingen 2000, S. 157–170.
- Rütten, Theo: Der deutsche Liberalismus 1945 bis 1955. Deutschland- u. Gesellschaftspolitik der ost- und westdeutschen Liberalen in der Entstehungsphase der beiden deutschen Staaten, Baden-Baden 1984.
- Saatz, Ursula: § 218 – das Recht der Frau ist unteilbar. Über die Auswirkungen des § 218 und die Bewegung gegen die Abtreibungsgesetzgebung zur Zeit der Weimarer Republik, Münster 1991.
- Sander, Helke/Barbara Jahr (Hrsg.): BeFreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigung, Kinder, München 1992.

- Sandford, Gregory W.: *From Hitler to Ulbricht. The Communist Reconstruction of East Germany, 1945–46*, Princeton, N.J. 1983.
- Sattler, Friederike: Wilhelm Wolf, in: Friedrich Beck/Eckart Henning in Verbindung mit Kurt Adamy/Peter Bahl/Detlef Kotsch (Hrsg.), *Brandenburgisches Biografisches Lexikon*, Potsdam 2002, S. 430.
- Sattler, Friederike: Willy Sägebrecht, in: Friedrich Beck/Eckart Henning in Verbindung mit Kurt Adamy/Peter Bahl/Detlef Kotsch (Hrsg.), *Brandenburgisches Biografisches Lexikon*, Potsdam 2002, S. 341.
- Sattler, Friederike: *Wirtschaftsordnung im Übergang. Politik, Organisation und Funktion der KPD/SED im Land Brandenburg bei der Etablierung der zentralen Planwirtschaft in der SBZ/DDR 1945–52*, 2 Teilbde., Münster u. a. 2002.
- Scherstjanoi, Elke (Hrsg.): »Provisorium für längstens ein Jahr«. Protokoll des Kolloquiums »Die Gründung der DDR«, September 1991, Berlin 1993.
- Schlegel, Sebastian: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und die Friedrich-Schiller-Universität Jena, in: Uwe Hoßfeld/Tobias Kaiser/Heinz Mestrup (Hrsg.) unter Mitarbeit von Horst Neuper: *Hochschule im Sozialismus. Studien zur Geschichte der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 1945–1990*, Köln u. a. 2007, S. 96–118.
- Schlögel, Karl: *Terror und Traum. Moskau 1937*, München 2008.
- Schmeitzner, Mike/Stefan Donth: *Die Partei der Diktaturdurchsetzung. KPD/SED in Sachsen 1945–1952*, Köln u. a. 2002.
- Schmeitzner, Mike: Abschied vom Westen? Das Problem der Gewaltenteilung in den Verfassungsdebatten der Länder der SBZ (1946/47), in: Detlev Brunner/Mario Niemann (Hrsg.), *Die DDR – eine deutsche Geschichte. Wirkung und Wahrnehmung*, Paderborn u. a. 2011, S. 103–132.
- Schmeitzner, Mike: Auf dem Weg zur Diktatur des Proletariats. die KPD/SED als Instrument der Diktaturdurchsetzung, in: Jens Gieseke/Hermann Wentker (Hrsg.): *Die Geschichte der SED. Eine Bestandsaufnahme*, Berlin 2011, S. 61–83.
- Schmeitzner, Mike: Genossen vor Gericht. Die sowjetische Strafverfolgung von Mitgliedern der SED und ihrer Vorläuferparteien 1945–1954, in: Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Ute Schmidt (Hrsg.): *Sowjetische Militärtribunale, Bd. 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955*, Köln u. a. 2003, S. 265–344.
- Schmeitzner, Mike: Im Schatten der FDJ. Die »Junge Union« in Sachsen 1945–1950, Göttingen 2004.
- Schmidt, Ute: »Vollständige Isolierung erforderlich ...«. SMT-Verurteilungen im Kontext der Gleichschaltung der Blockparteien CDU und LDP 1946–1953, in: Andreas Hilger/Mike Schmeitzner/Ute Schmidt (Hrsg.): *Sowjetische Militärtribunale, Bd. 2: Die Verurteilung deutscher Zivilisten 1945–1955*, Köln u. a. 2003, S. 345–394.
- Schneider, Dieter M.: Innere Verwaltung/Deutsche Verwaltung des Innern (DVdI), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949*, München ²1993, S. 207–217.
- Schneider, Dieter: Kommunalverwaltung und -verfassung, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949*, München ²1993, S. 297–320.

- Schnitter, Daniela: Die LDP im Vorfeld der Gründung der DDR. Zu den Motivationen und Handlungsspielräumen, in: Elke Scherstjanoi (Hrsg.), »Provisorium für längstens ein Jahr«. Protokoll des Kolloquiums »Die Gründung der DDR«, September 1991, Berlin 1993, S. 334–338.
- Scholze-Irrlitz, Leonore: »Umsiedler« im Landkreis Beeskow/Storkow, in: Wolfgang Kaschuba/Thomas Scholze/Leonore Scholze-Irrlitz (Hrsg.), Alltagskultur im Umbruch. Festschrift für W. Jacobeit zu seinem 75. Geburtstag, Weimar u. a. 1996, S. 135–149.
- Scholze-Irrlitz, Leonore: Auf den Schultern der Frauen. Flucht und Vertreibung. Umsiedlung und Neuanfang im Landkreis Beeskow/Storkow (1945–1950), in: Karl-Peter Krauss (Red.), Angekommen! – Angenommen? Flucht und Vertreibung 1945 bis 1995, Stuttgart 1996, S. 35–47.
- Schöneburg, Karl-Heinz u. a.: Errichtung des Arbeiter- und Bauernstaates der DDR 1945–1949, Berlin (Ost) 1983.
- Schreckenbach, Hans-Joachim/Werner Künzel: Das Land Brandenburg und der brandenburgische Landtag 1945–1952, in: Kurt Adamy/Kristina Hübener (Hrsg.), Geschichte der Brandenburgischen Landtage. Von den Anfängen 1823 bis in die Gegenwart, Potsdam 1998, S. 225–326.
- Schreckenbach, Hans-Joachim/Künzel, Werner: Geschichte der brandenburgischen Landtage 1946–1952, in: Herbert Knoblich/Klaus Neitmann (Hrsg.), Der brandenburgische Landtag. Festschrift zur 50. Wiederkehr seiner Konstituierung, Potsdam 1996, S. 9–61.
- Schreckenbach, Hans-Joachim: Brandenburg 1945 bis 1949 und sein Ministerpräsident Dr. Carl Steinhoff, in: Carl Steinhoff, Italienische Novellen von Alfredo Panzini und Francesco Pastonchi, Wilhelmshorst 1997, S. 195–204.
- Schreckenbach, Hans-Joachim: Der Aufbau einer neuen Verwaltung in Brandenburg im Jahr 1945, in: Werner Stang (Hrsg.) unter Mitarbeit von Kurt Arlt, Brandenburg im Jahr 1945. Studien, Potsdam 1995, S. 223–264.
- Schulz, Eberhart: Die bürgerlichen Professoren und die Eingriffe der SED in das Leben der Friedrich-Schiller-Universität Jena 1948 bis 1950, in: Universität im Zwiespalt von Geist und Macht. Zu Ergebnissen und Erfahrungen der hochschulpolitischen Umbrüche in Deutschland von 1945 und 1989/90, Jena 1996, S. 42–51.
- Schüttemeyer, Suzanne S.: Opposition, in: Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze (Hrsg.), Lexikon der Politikwissenschaft. Theorien, Methoden, Begriffe, Bd. 2, München ³2005, S. 638–640.
- Schwartz, Michael: »Liberaler als bei uns«? Zwei Fristenregelungen und die Folgen. Reformen des Abtreibungsstrafrechts in Deutschland, in: Udo Wengst/Hermann Wentker (Hrsg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008, S. 183–212.
- Schwartz, Michael: Brandenburg als Schmelztiegel? Vertriebenenproblem, »Umsiedlerpolitik« und regionale Gesellschaftsentwicklung 1945–1953, in: Christoph Kleßmann/Burghard Ciesla/Hans-Hermann Hertle (Hrsg.), Vertreibung, Neuanfang, Integration, Erfahrungen in Brandenburg, Potsdam 2001, S. 59–73.
- Schwartz, Michael: Sowjets, Kommunisten, Einheimische, Vertriebene. Zum Spannungsfeld der »Umsiedler«-Integration in der SBZ/DDR, in: Josef Pilvousek/Elisabeth Preuß (Hrsg.), Aufnahme – Integration – Beheimatung. Flüchtlinge, Vertriebene und die »Ankunftsgesellschaft«, Berlin 2009, S. 9–27.
- Schwartz, Michael: Vertriebene und »Umsiedlerpolitik«. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961, München 2004.

- Schwarz, Hans-Volker: Die Berliner Liberalen im Brennpunkt des Ost-West-Konfliktes 1945–1956. Vom Landesverband der LDP Groß-Berlin zur FDP Berlin (West) und LDP(D) Berlin (Ost), Frankfurt a. M. u. a. 2007.
- Schwarz, Josef: Der Anteil des sozialistischen Landespolitikers August Frölich an den Reformen im Lande Thüringen nach der Novemberrevolution, in: Manfred Weißbecker (Hrsg.), Rot-Rote Gespenster in Thüringen. Demokratisch-sozialistische Reformpolitik einst und jetzt. Protokoll der Tagung des Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft, Weimar 12.–13. September 2003, Jena 2004, S. 47–60.
- Schwarz, Josef: Die linkssozialistische Regierung Frölich in Thüringen 1923. Hoffnung und Scheitern, Schkeuditz 2000.
- Schwießelmann, Christian: Die DDR-Länderkammer. Appendix, Feigenblatt oder Forum für Symbolpolitik?, in: DA 41 (2008), H. 1, S. 48–58.
- SED-Bezirksleitung Erfurt, Bezirkskommission zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung (Hrsg.): Chronik zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Thüringen 1945 bis 1952, Erfurt 1975.
- Smith, Mark B.: Popular sovereignty and constitutional rights in the USSR's supreme Soviet elections of February 1946, in: Ralph Jessen/Hedwig Richter (Hrsg.), Voting for Hitler and Stalin. Elections Under 20th Century Dictatorships, Frankfurt a. M. u. a. 2011, S. 59–80.
- Soden, Kristine von: »§ 218 – streichen, nicht ändern!« Abtreibung und Geburtenregelung in der Weimarer Republik, in: Gisela Staupe/Lisa Vieth (Hrsg), Unter anderen Umständen. Zur Geschichte der Abtreibung [Ausstellungskatalog], Berlin 1993, S. 36–50.
- Soldwisch, Ines: »... etwas für das ganze Volk zu leisten und nicht nur den Zielen einer Partei dienen...«. Geschichte der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) in Mecklenburg 1946–1952, Berlin u. a. 2007.
- Sommer, Ulf: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands. Eine Blockpartei unter der Führung der SED, Münster 1996.
- Speckmann, Thomas: Hugo Dornhofer. Biographische Studien, 1896–1907, Rudolfstadt u. a. 2003.
- Spilker, Dirk: The East German Leadership and the Division of Germany. Patriotism and Propaganda 1945–1953, Oxford 2006.
- Spix, Boris: Bodenreform und Wahlverhalten der Neubauern. Eine Fallstudie anhand der Landtagswahlen in der Prignitz im Herbst 1946, in: Ulrich Kluge/Winfried Halder/Katja Schlenker (Hrsg.), Zwischen Bodenreform und Kollektivierung. Vor- und Frühgeschichte der »sozialistischen Landwirtschaft« in der SBZ/DDR vom Kriegsende bis in die fünfziger Jahre, Stuttgart 2001, S. 73–89.
- Spix, Boris: Die Bodenreform in Brandenburg 1945–47. Konstruktion einer Gesellschaft am Beispiel der Kreise West- und Ostprignitz, Münster 1997.
- Stang, Werner (Hrsg.) unter Mitarbeit von Kurt Arlt: Brandenburg im Jahre 1945. Studien, Potsdam 1995.
- Stankova, Marietta: Das parteipolitische System in Bulgarien 1944–1949. Äußere Einflüsse und innere Faktoren, in: Stefan Creuzberger/Manfred Görtemaker (Hrsg.), Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949, Paderborn u. a. 2002, S. 167–217.
- Staritz, Dietrich/Suckut, Siegfried: Politische Parteien. Einleitung, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München ²1993, S. 435–439.

- Staritz, Dietrich: Die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD), in: Hermann Weber (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, Köln 1982, S. 215–239.
- Staritz, Dietrich: Die SED, Stalin und die Gründung der DDR. Aus den Akten des Zentralen Parteiarchivs, in: APuZ B 5/1991, S. 3–16.
- Staupe, Gisela/Lisa Vieth (Hrsg.): Unter anderen Umständen. Zur Geschichte der Abtreibung [Ausstellungskatalog], Berlin 1993.
- Steininger, Rolf: Zur Geschichte der Münchener Ministerpräsidenten-Konferenz 1947, in: VfZ 23 (1975), H. 4, S. 375–453.
- Stivers, William: Amerikanische Sichten auf die Sowjetisierung Ostdeutschlands 1945–1949, in: Michael Lemke (Hrsg.): Sowjetisierung und Eigenständigkeit, Köln u. a. 1999, S. 275–304.
- Stourzh, Gerald: Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955, Wien u. a. ⁵2005.
- Stöver, Bernd: Der Kalte Krieg 1947–1991. Geschichte eines radikalen Zeitalters, München 2007.
- Strunk, Peter: Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) und ihr politischer Kontrollapparat in: Hans Lemberg (Hrsg.), Sowjetisches Modell und nationale Prägung. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, Marburg/Lahn 1991, S. 133–176.
- Stüber, Gabriele: Zonales Provisorium und demokratisches Experiment. Der Zonenbeirat der britischen Besatzungszone 1946–1948, Teil 1, in: Geschichte im Westen 5 (1990), H. 2, S. 162–187.
- Suckut, Siegfried: Block-Ausschüsse, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München ²1993, S. 595–618.
- Suckut, Siegfried: Christlich Demokratische Union Deutschlands CDU(D), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München ²1993, S. 515–543.
- Suckut, Siegfried: Der Konflikt um die Bodenreform in der Ost-CDU 1945. Versuch einer Neubewertung der ersten Führungskrise der Union, in: DA 15 (1982), S. 1045–1080.
- Suckut, Siegfried: Die CDU in der SBZ und die Gründung der SED. Parteiinterne Wertungen und Reaktionen, in: DA 20 (1987), S. 612–623.
- Suckut, Siegfried: Geschichte und Funktion der Blockparteien in der SBZ/DDR, in: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mähler (Hrsg.), Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn u. a. 2003, S. 93–99.
- Suckut, Siegfried: Innenpolitische Aspekte der DDR-Gründung. Konzeptionelle Differenzen, Legitimations- und Akzeptanzprobleme, in: DA 25 (1992), H. 4, S. 370–384.
- Ther, Philipp: Vertriebenenpolitik in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR 1945 bis 1953, in: Christoph Kleßmann/Burghard Ciesla/Hans-Hermann Hertle (Hrsg.), Vertreibung, Neuanfang, Integration. Erfahrungen in Brandenburg, Potsdam 2001, S. 89–111.
- Thiel, Victor: Christen Thüringens in der Bewährung. Aus der Geschichte des Landesverbandes Thüringen der CDU, Berlin (Ost) 1970.

- Thiem, Christian: Die Länderkammer der Deutschen Demokratischen Republik (1949–1958). Eine verfassungsgeschichtliche Darstellung von der Entstehung bis zur Auflösung, Berlin 2011.
- Thränhardt, Dietrich: Opposition, in: Uwe Andersen/Wichard Woyke (Hrsg.), Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Opladen ⁵2003, S. 454–458.
- Tismaneanu, Vladimir (Hrsg.): Stalinism Revisited. The Establishment of Communist Regimes in East-Central Europe, Budapest u. a. 2009.
- Trittel, Christina: Die Abgeordneten des ersten Landtages von Sachsen-Anhalt 1946–1950. Vom Scheitern demokratischer Hoffnung, Magdeburg u. a. 2007.
- Trittel, Christina: Die Landtagsfraktionen in Sachsen-Anhalt von 1946 bis 1950. Analyse des landespolitischen Handelns und der Handlungsspielräume kollektiver Akteure in der werdenden DDR, Wiesbaden 2006.
- Trömel, Hans-Peter: Reitwein am 22. März 1947. Bruch des Oderdeich. Eine Chronik der Hochwasserkatastrophe im Oderbruch vor 60 Jahren, Kunersdorf 2008.
- Tuchel, Johannes: Günter Stempel, in: Karl Wilhelm Fricke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hrsg.), Opposition und Widerstand in der DDR. Politische Lebensbilder, München 2002, S. 61–65.
- Uhl, Matthias: Die Teilung Deutschlands. Niederlage, Ost-West-Spaltung und Wiederaufbau 1945–1949, Berlin 2009.
- Uhlemann, Manfred: Entstehung der SED in Potsdam, Potsdam 1996.
- Uhlemann, Manfred: Neubeginn in Potsdam. Politische und soziale Verhältnisse, in: Werner Stang unter Mitarbeit von Kurt Arlt (Hrsg.), Brandenburg im Jahre 1945. Studien, Potsdam 1995, S. 297–332.
- Uhlig-Raddatz, Renate: Der ernannte Landtag 1946/47, in: Martina Wiech (Bearb.), 1946. Politik und Alltag im Gründungsjahr des Landes Nordrhein-Westfalen [Ausstellungskatalog], Düsseldorf 2006, S. 22–29.
- Ullrich, Sebastian: Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik 1945–1959, Göttingen 2009.
- Urban, Karl/Schulz, Joachim: Die Vereinigung von KPD und SPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands in der Provinz Brandenburg. Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945–1946, Potsdam 1985.
- Veen, Hans-Joachim/Peter Eisenfeld/Hans M. Kloth/Hubertus Knabe/Peter Maser/Erhart Neubert/Manfred Wilke (Hrsg.): Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur, Berlin 2000.
- Vogel, Bernhard/Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf: Wahlen in Deutschland. Theorie, Geschichte, Dokumente, Berlin (West) u. a. 1971.
- Vogel, Werner: Verwaltungsgeschichte der Provinz Brandenburg, in: Kristina Hübener (Hrsg.), Preußische Verwaltungen und ihre Bauten 1800 bis 1945, Potsdam 2001, S. 9–14.
- Voßke, Heinz: Friedrich Ebert. Ein Lebensbild, Berlin (Ost) 1987.
- Wahl, Volker: Der Beginn der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung in Thüringen. Die Organisation der gesellschaftlichen Kräfte und der Neuaufbau der Landesverwaltung 1945, Diss. A, Jena 1976.
- Wahl, Volker: Die Anfänge der antifaschistisch-demokratischen Parteien in Thüringen 1945, in: JbRG 6 (1978), S. 7–30.

- Wahl, Volker: Erweiterung und Neuaufbau 1945, in: Bernhard Post/ders. (Hrsg.), Thüringen-Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 bis 1995, Weimar 1999, S. 41–52.
- Wahl, Volker: Max Kolter (1900–1945) – Der erste Repräsentant der Christlichen Demokraten in Thüringen 1945, in: HPM 16 (2009), S. 195–198.
- Wahl, Volker: Thüringen unter amerikanischer Besatzung (April bis Juli 1945), Erfurt 2001.
- Wahl, Volker: Thüringens territoriale Neuordnung 1945, in: ZVThG 46 (1992), S. 215–254.
- Wahl, Volker: Vorgeschichte und Gründung des Landes 1919/20, in: Bernhard Post/ders. (Hrsg.), Thüringen-Handbuch. Territorium, Verfassung, Parlament, Regierung und Verwaltung in Thüringen 1920 bis 1995, Weimar 1999, S. 22–30.
- Warning, Elke: Bildung und Tätigkeit Beratender Versammlungen in der Provinz Mark Brandenburg, in: BzG 28 (1986), H. 6, S. 814–820.
- Warning, Elke: Die Politik der SED zur Entwicklung der Staatsorgane – unter besonderer Berücksichtigung der Volksvertretungen in der Provinz Mark Brandenburg bzw. des Landes Brandenburg zu Interessenvertretungen des werktätigen Volkes (1946 bis Oktober 1949), Diss. phil., Berlin (Ost) 1982.
- Warning, Elke: Die Tätigkeit der SED im Brandenburgischen Landtag, in: BzG 17 (1975), H. 6, S. 887–901.
- Warning, Elke: Über die Tätigkeit des Brandenburgischen Landtages (2. Wahlperiode), in: BzG 20 (1978), H. 4, S. 584–597.
- Warnke, Herbert: Zum Kampf der Freien Deutschen Jugend um die Verwirklichung der Grundrechte der jungen Generation in der Provinz Brandenburg (1945–1949). Diplomarbeit, Universität Rostock 1963.
- Weber, Hermann (Hrsg.): Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, Köln 1982.
- Weber, Hermann: Die DDR 1945–1990, München 42006.
- Weber, Hermann: Die DDR und die deutsche Frage 1945–1961, in: Andreas H. Apelt/Martin Gutzeit/Gerd Poppe (Hrsg.), Die deutsche Frage in der SBZ und DDR. Deutschlandpolitische Vorstellungen von Bevölkerung und Opposition 1945–1990, Berlin 2010, S. 47–64.
- Weber, Hermann: Herausbildung und Entwicklung des Parteiensystems der SBZ/DDR, in: APuZ B 16-17/1996, S. 3–11.
- Weber, Petra: Justiz und Diktatur. Justizverwaltung und politische Strafjustiz in Thüringen 1945–1961, München 2000.
- Wegmann, Bodo: Die Militäraufklärung der NVA. Die zentrale Organisation der militärischen Aufklärung der Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 2005.
- Wehler, Hans-Ulrich: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4: Vom Beginn des Ersten Weltkrieges bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten 1914–1949, München 2003.
- Weißbecker, Manfred (Hrsg.): Rot-Rote Gespenster in Thüringen. Demokratisch-sozialistische Reformpolitik einst und jetzt. Protokoll der Tagung des Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft, Weimar 12.–13. September 2003, Jena 2004.
- Weißbecker, Manfred: Argumente und Attacken konservativer Abgeordneter im II. Thüringer Landtag gegen die Frölich-Regierung (1921 bis 1923), in: ders. (Hrsg.), Rot-Rote Gespenster in Thüringen. Demokratisch-sozialistische Reformpolitik einst

- und jetzt. Protokoll der Tagung des Thüringer Forum für Bildung und Wissenschaft, Weimar 12.–13. September 2003, Jena 2004, S. 29–46.
- Weisz, Christoph: Deutsche Politik unter Besatzungsherrschaft, in: Westdeutschlands Weg zur Bundesrepublik 1945–1949. Beiträge von Mitarbeitern des Instituts für Zeitgeschichte, München 1976, S. 53–68.
- Weitz, Eric D.: Weimar Germany. Promise and Tragedy, Princeton u. a. 2007.
- Welsh, Helga A./Zank, Wolfgang: Zentralverwaltungen. Einleitungen, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München ²1993, S. 201–206.
- Welsh, Helga A.: Deutsche Zentralverwaltung für Volksbildung (DVV), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München ²1993, S. 229–238.
- Welsh, Helga A.: Thüringen, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München ²1993, S. 167–189.
- Wengst, Udo/Hermann Wentker (Hrsg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008.
- Wenzel, Rigobert: Die Anfangsjahre der CDU in Thüringen und auf dem Eichsfeld 1945–1950. Eine Dokumentation, Duderstadt 2000.
- Wernet, Bernhard: Zur Rolle und Funktion der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdGB) und Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) im Parteiensystem der SBZ/DDR (1945–1952), in: Hermann Weber (Hrsg.), Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950, Köln 1982, S. 241–280.
- Wernet-Tietz, Bernhard: Demokratische Bauernpartei Deutschlands, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, München ²1993, S. 584–594.
- Wettig, Gerhard: Bereitschaft zu Einheit in Freiheit? Die sowjetische Deutschlandpolitik 1945–1955, München 1999.
- Wettig, Gerhard: Der Konflikt der Ost-CDU mit der Besatzungsmacht 1945–1948 im Spiegel sowjetischer Akten, in: HPM 6 (1999), S. 109–137.
- Wettig, Gerhard: Die Gründung der DDR vor dem Hintergrund von Stalins Deutschlandpolitik, in: Heiner Timmermann (Hrsg.), Die DDR in Deutschland. Ein Rückblick auf 50 Jahre, Berlin 2001, S. 119–137.
- Wettig, Gerhard: Die Sowjetunion und die neutralistischen Kräfte in Westdeutschland, in: Dominik Geppert/Udo Wengst (Hrsg.), Neutralität – Chance oder Chimäre? Konzepte des Dritten Weges für Deutschland und die Welt 1945–1990, München 2005, S. 225–233.
- Wettig, Gerhard: Die Vereinbarungen der Siegermächte über Berlin und die Deutschlandpolitik der UdSSR 1943–1945, in: Michael C. Bienert/Uwe Schaper/Andrea Theissen unter Mitarbeit von Werner Breunig (Hrsg.), Die Vier Mächte in Berlin. Beiträge zur Politik in der besetzten Stadt Berlin, Berlin 2007, S. 17–29.

- Wettig, Gerhard: *Stalin and the Cold War in Europe. The Emergence and Development of East-West conflict, 1939–1953*, Landham, MD u. a. 2008.
- Wettig, Gerhard: *Stalins Deutschland-Politik 1945–1949 vor dem Hintergrund seines Vorgehens im Osten Europas*, in: Stefan Creuzberger/Manfred Görtemaker (Hrsg.), *Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949*, Paderborn u. a. 2002, S. 15–44.
- Wilde, Manfred: *Die SBZ-CDU 1945–1947. Zwischen Kriegsende und kaltem Krieg*, München 1998.
- Winkler, Klaus-Jürgen: *Die Tagungsstätten der Landtage in Thüringen. Ein Beitrag zu ihrer Bau- und Nutzungsgeschichte*, Jena 1994.
- Zank, Wolfgang: *Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK)*, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949*, München 1993, S. 253–290.

Personenregister

- Ackermann, Anton 80, 105
Adenauer, Konrad 472, 523–525
Agethen, Manfred 7, 28
Albrecht, Rudolf 170
Albrecht, Wili 49
Andrä, Heinz 322f.
Appell, Georg 48, 327, 371f.
- Babenko (SMA Thüringen) 216
Bach, August 502, 528
Bachem, Wilhelm 349, 474
Barth, Fritz 337
Bauer, Else 348
Baumann, Rudolf 464f.
Baumeister, Heinz 186
Baumgarten, Fritz 96
Baus, Ralf Thomas 233
Bechler, Bernhard 57–59, 64, 71f., 113,
116f., 147, 152, 162f., 245f., 266,
282f., 324, 328, 352, 365, 381, 385,
397f., 409, 411, 413f., 424
Beck, Friedrich 7
Becker, Hermann 96, 140, 211, 215, 258,
268, 284, 295, 322, 324, 329, 332,
399–401, 408, 416–421, 462, 468,
548
Beckmannn, Walter 175, 265f., 309
Bilse, Fritz Oswald 380, 481f.
Bismarck, Otto von 259
Bismarck, Paul 383
Bloch, Gisela 6
Bloch, Peter 6, 29, 67, 172, 226f., 230,
268f., 359, 366f., 412, 423–425, 439,
456–458, 476–479, 496
Bode, Bernhard 442
Bogdanow, Semjon I. 59
Böhme, Curt 53, 143
Bokow, Fjodor J. 86, 102, 118, 141, 151
Boldin, Iwan W. 125, 257f.
Borst, Josef 309
Böttge, Bruno 240, 286
Braas, Gerhard 27, 199, 201, 231f.
Brandt, Helmut 194f.
- Braun, Günter 27
Breunig, Werner 7
Brill, Hermann Louis 35, 44, 48, 53, 164
Brockhoff, Bruno 223
Brüning, Heinrich 136
Büchel, Franz 61
Buchwitz, Otto 158, 164
Busse, Ernst 35, 48f., 273, 318–320
- Clad, Franz 404
Coelln, Esther-Maria von 96, 516
Creuzberger, Stefan 5, 131, 223, 232
- Dechert, Adolf 471–473
Delius, Carl 140
Dertinger, Georg 86, 139, 205, 442, 461,
479, 485
Dimitroff, Georgi 78
Ditfurth, Christian von 23
Dornhofer, Hugo 96, 98, 108, 149, 322,
333f., 402, 435, 442, 548
Dowidat, Christel 26, 136
Draht, Martin 181
Dratwin, M. I. 249
- Ebert, Friedrich 6, 31, 61, 63, 71, 73–75,
94, 116, 129f., 136, 143, 146, 152,
155–158, 160–163, 168, 176, 178,
180, 222, 225, 228, 230, 238, 240,
242, 246, 251, 255, 260, 262, 270f.,
277f., 281f., 291, 310, 324, 342f.,
348, 355, 358–360, 363, 366f., 370,
381, 383, 396, 406f., 423f., 438,
514f., 542
Ebert, Georg 6
Eckert, Erich 471–473
Eggerath, Werner 30, 40, 93, 104, 126,
136, 164f., 210, 276, 314–317, 319f.,
325, 327, 330–332, 334, 341, 349,
387, 410, 449, 470, 514f., 531f.
Egidi, Hans 352
Eisenführ, Wilhelm 115
Eisenhower, Dwight D. 84, 86

- Eisler, Gerhart 484
 Elster, Curt-Christian 215
 Engels, Friedrich 392
 Erdmann, Hildegard 409f., 412, 421
 Ernemann, Carl Friedrich 502f.
 Eyer mann, Richard 136, 165, 177, 187,
 204f., 284, 287, 335–337, 400, 480f.,
 525
- Falk, Wilhelm 112, 115–118, 122, 134,
 147, 282, 421, 541
 Falkenberg, Otto 474
 Fechner, Max 166, 186, 375, 470
 Fiedler, Helene 95
 Florin, Wilhelm 79f.
 Foitzik, Jan 238
 Fontane, Theodor 423
 Franze, Walter 303
 Freund, Hildegard 406
 Fricke, Karl Wilhelm 22
 Friedensburg, Ferdinand 120f., 352
 Friedrich II. von Preußen 175, 423
 Friedrich Wilhelm III. von Preußen 24
 Frölich, August 13, 31, 53, 94, 136, 149,
 155–158, 160–165, 167, 177–183,
 205, 208, 211f., 215, 218, 237f., 241f.,
 252, 259f., 274, 286f., 304, 314, 316–
 319, 321–325, 327, 331, 337, 350,
 355, 357f., 371, 375, 391, 400, 418,
 422, 432, 435f., 460, 479f., 499–501,
 503–506, 508, 513, 518–523, 529,
 537, 542
 Fuhlrodt, Alfred 384, 419, 435f., 438
- Gaedecke, Max 464f.
 Gaertner, Alphons 36, 87, 96, 137, 205,
 212f., 329, 332, 349, 376, 417, 468,
 548
 Ganter-Gilmans, Hans-Paul 68, 145, 176
 Gast, Werner 511, 538
 Gebhardt, Willy 14, 330f., 497
 Gerigk, Hermann 473–477, 493, 502,
 510, 528
 Gerster, Ottmar 462
 Giesler, Otto 117, 171, 174, 283, 348,
 411, 421
 Glinka, Michail I. 462
- Gniffke, Erich 326
 Goethe, Johann Wolfgang von 148
 Görtemaker, Manfred 5
 Gottwald, Herbert 28, 189, 231
 Grobbel, Karl 65f., 256, 455, 473–475,
 477
 Grosse, Georg 47, 96, 133, 138, 148f.,
 154, 167, 203, 258, 285, 328, 401,
 448–450
 Grotewohl, Otto 31, 74, 104, 122, 129,
 150, 158, 191, 209, 256, 314, 324, 347,
 355, 479, 524–526, 531, 533f., 552
 Grundei, Albert 115
 Grüneberg, Gerhard 496
- Haagen, Fritz 227, 422f., 481
 Hajna, Karl-Heinz 114
 Halbey, Josef 457, 472f., 480
 Hamann, Karl 96, 441, 485
 Hampe, Max 410–412, 472f.
 Heidemeyer, Helge 6
 Heilmann, Fritz 159f., 165, 187, 212,
 216, 241, 275, 337f., 385, 422
 Hein, Willi 176, 311, 348, 381, 412–414,
 417, 463, 465f., 470
 Heller, Willy 67f., 398f., 402, 446, 455–
 457, 461, 474–476, 480
 Herbst, Andreas 15
 Hermann, Karl 186, 202, 317
 Hermes, Andreas 67, 395
 Hertzsch, Erich 186, 217f.
 Herwegen, Leo 347
 Herzberg, Karl 128
 Hesse, Fritz 140
 Heßler, Otto 180–182, 445
 Hickmann, Hugo 354, 395
 Hitler, Adolf 19, 78f., 81, 121, 136, 156,
 362, 542
 Hoernle, Edwin 59
 Hoffmann, Erich 523
 Hoffmann, Heinrich 53, 87, 154, 165,
 187, 211, 293, 315, 317, 321f., 327, 449
 Holtmann, Everhard 539
 Honecker, Erich 308, 533
 Hübener, Erhard 143, 238, 314, 371
 Hübener, Kristina 7
 Huch, Ricarda 93

- Ißleib, Karl 422, 425
 Iwanow, Nikolai W. 235
- Jadasch, Anton 378
 Jamin, Erich 425
 John, Jürgen 231
 Joseph, Karl 471
- Kachel, Steffen 28
 Kahlenbach (SED) 463
 Kaiser, Jakob 67, 114, 121, 132, 138,
 193f., 209f., 217, 333, 347, 351–353,
 395, 398, 423, 449
 Kastner, Hermann 269, 441, 467, 469,
 485
 Kayser, August 495f.
 Kerff, Wilhelm 493
 Kiefer, Markus 45
 Kind, Friedrich 475
 Kintzel, Otto 352
 Kleßmann, Christoph 22, 447
 Koch, Manfred 27, 247
 Koenen, Wilhelm 143, 392–394
 Koenig, Wilhelm 480f.
 Koerber, Ingo von 140, 267, 303, 364–
 366, 383, 397, 413, 415, 445f., 457,
 465f., 498, 502, 511, 525
 Kolesnitschenko, Iwan S. 30, 39f., 53,
 59, 92, 107, 131, 217, 250, 275, 315f.,
 328, 330, 419
 Kolter, Max 36, 45, 48, 51
 Koltzenburg, Oswald 429–431
 Köhler, Erwin 476
 Kratin (SMA Thüringen) 86
 Krause, Franz 266
 Krippendorff, Ekkehart von 119
 Krone, Heinrich 398
 Kube, Paul 509f.
 Kühner, Fritz 218
 Külz, Helmut 334–338, 349, 371, 416
 Külz, Wilhelm 115–117, 121, 134, 137,
 139f., 197f., 209, 213, 234, 268, 340,
 342, 347f., 353f., 395, 407, 416f., 544
 Kunze, August 185f., 240
 Kunze, Walter 146, 170, 348, 364
 Künzel, Werner 27, 231, 458
 Kynin, Georgij P. 374
- Landmann, Elisabeth 302
 Langner, Margarete 299
 Laufer, Jochen 374
 Lehmann, Helmut 151, 285, 294f., 322
 Leißner, Gustav 17
 Lemmer, Ernst 17, 67, 111, 136, 138,
 184f., 194, 227, 229, 234, 303, 347,
 352, 438, 456, 539
 Lengemann, Jochen 28,
 Lentsch, Bruno 519
 Leps, Georg 121, 290, 361, 475, 483
 Lieutenant, Arthur 139, 376, 395
 Lobedanz, Reinhold 347
 Loch, Hans 416, 459, 469
 Locke, John 228
 Louis, Jürgen 28, 212
 Löwenthal, Fritz 266
 Lufft, Werner 163, 219f., 223, 228f., 290,
 309
- Maar, Otto 420
 Machner, Karl 496
 Magen, Karl 200, 205f., 211f., 216, 274–
 276, 285, 287, 335, 337, 350, 353
 Makarow, Viktor I. 151
 Malycha, Andreas 406
 Masius, Max 264f.
 Mebus, Johannes 96, 159, 211, 216, 274,
 305, 324, 350f., 459, 548
 Mehnert, Karl 125, 202, 306, 399, 459
 Meier, Hans 246
 Meier, Otto 415f., 430f., 458, 467, 474,
 476, 479, 482, 485, 499, 503–505,
 512f., 519, 522, 524f., 528, 537
 Mertens, Heinrich 326
 Mielke, Henning 369
 Milchiker, Jakow I. 146, 185, 245f.
 Mitzenheim, Moritz 305f.
 Möller, Otto 329
 Moltmann, Carl 164
 Montesquieu (Charles-Louis de Secondat,
 Baron de La Brède et de M.) 228
 Moog, Leonhard 36, 137, 139, 239, 327,
 332, 338, 349, 418f., 468–470
 Mückenberger, Erich 508
 Mühlmann, Carl 68f., 256, 411, 465f.,
 498, 502, 504

- Mulert, Martin 98
 Müller, Kurt 245, 256
 Münch, Günther 500
 Münchenhagen, Walter 520
 Murphy, Robert D. 85
- Naase, Karl-Heinz 420
 Neitmann, Klaus 7
 Ness, Ernst 180
 Neubert, Erhart 22
 Neumann, Franz 366
 Neumann, Fritz 414f.
 Nuschke, Otto 133, 138f., 226, 256,
 272, 300, 302f., 347, 350, 354f., 363,
 377, 395, 430, 441, 447, 453, 472f.,
 477f., 485, 498, 525
- O'Sullivan, Donal 82
 Oppermann, Matthias 7
 Orthmann, Helene 465
 Overesch, Manfred 47
- Papen, Franz von 136
 Paul, Rudolf 48–50, 92, 97, 148f., 187,
 193, 237, 250, 274f., 314–320, 325–
 327, 330, 334, 341, 343, 371f., 405,
 448
 Peters, Hans 195
 Picht, Kurt 528, 538
 Pieck, Wilhelm 31, 61, 79, 86, 122,
 128f., 150, 152, 163, 184, 193, 208f.,
 223f., 272, 309, 314, 324, 347, 352,
 354f., 405, 428, 453, 458, 460
 Plenikowski, Anton 193, 235, 497
 Plinz, Emmi 406
 Plivier, Theodor 326
 Pokorni, Erich 415
 Powolotzki (SMA Thüringen) 164
 Priefert, Franz 463–465, 470
- Ranke, Winfried 15
 Rau, Heinrich 145, 175, 245
 Reinert, Fritz 69, 72, 118
 Remak, Georg 59
 Reuter, Ernst 366
 Roosevelt, Franklin D. 83
 Rousseau, Jean-Jacques 190
- Rücker, Fritz 59, 248, 463f.
 Rücker, Walther 96, 136, 179, 210, 350,
 396
 Rudloff, Hilmar 206
- Sägebrecht, Willy 29f., 59–61, 70, 73,
 136, 145, 152, 162f., 170f., 173, 183–
 185, 224, 235, 256, 260–262, 265,
 267, 272, 288, 312, 340, 366, 378,
 396, 412, 423, 465, 472, 477f., 512,
 542
 Saß, Otto von 428
 Sauckel, Fritz 33
 Schäfermeier, Reinhold 409
 Schaper, Uwe 7
 Scharow, Wassili M. 59, 62, 74, 141, 144,
 178, 456
 Schleicher, Kurt von 136
 Schleusener, Franz 29, 137, 160, 184,
 222, 226f., 234, 264, 278–280, 282,
 302f., 310f., 352, 378, 398, 411, 456f.,
 475–477, 479f., 548
 Schlotterhose, August 329, 400f.
 Schneider, Georg (LDP) 140, 172, 300,
 363–365, 413, 415, 423, 468
 Schneider, Georg (SED) 48, 50
 Schneider, Otto 333, 350
 Schollwer, Wolfgang 29, 69, 359, 362, 451
 Schomerus, Friedrich 96, 275, 329, 372,
 386–388, 548
 Schöpflin, Georg 156
 Schreckenbach, Hans-Joachim 7, 27, 231,
 458
 Schreiber, Walther 67, 395
 Schubert, Kurt 303
 Schukow, Georgi K. 86, 100
 Schultes, Karl 199, 334, 336, 470
 Schulz, Andreas 6
 Schumacher, Martin 6
 Schütze, Gerhard 136, 146, 170, 172,
 174, 226, 233, 446
 Schwarz, Otto 163, 406f.
 Schwob, Fritz 455
 Schwoche, Hugo 228
 Seibt, Kurt 471f., 478, 500
 Semjonow, Wladimir S. 88, 100, 192,
 250, 453, 467, 479

- Soboljow, Arkadi A. 86, 100
Sokolowski, Wassili D. 100f., 131, 142,
153, 192, 237, 261f., 318, 513f.,
Spiegel, Georg 61, 63, 74f.
Springer, Fritz 180, 406
Staas, Hans 316
Stachadumoff (SMA Thüringen) 417
Stalin, Josef W. 78f., 81–83, 250, 339,
361, 388, 426, 451, 453, 462f., 481,
527f., 532, 540
Stargardt, Ernst 412, 415f.
Steffen, Erwin 495, 502, 510f.
Steidle, Luitpold 347, 351
Steinhoff, Carl 58f., 66, 92, 94, 112,
117, 147, 173, 237, 269, 271, 276f.,
281, 342f., 352, 362f., 383, 405, 411,
491f., 514
Steltzner, Helmuth 344, 459, 480
Stempel, Günther 486
Stramann, Friedrich 140
Suckut, Siegfried 20
Suhr, Otto 366
Szillat, Paul 163, 223, 290, 309
- Thälmann, Ernst 338
Theiss, Germanus 270, 456, 475, 510
Thiel, Victor 333
Tjulpanow, Sergei I. 85, 91, 99f-102, 107,
113, 130f., 158, 240, 242, 247, 383,
406, 441
Torhorst, Marie 320, 345
Trittel, Christina 7, 28, 136, 174, 286
Trommsdorf, Siegfried 333, 347, 350,
353
Tschuikow, Wassili I. 39, 48, 51
- Ulbricht, Walter 31, 38f., 48, 61, 90, 104,
108, 127, 129, 150f., 166, 186, 190,
193, 255, 271, 286, 293, 298, 314,
326, 336, 341, 368, 374f., 389–392,
394, 409f., 460, 467, 469f., 484, 494,
497, 499, 506, 527, 535, 550
- Voigt, Gertrud 304f., 334, 419
Voigt, Wilhelm 517
Voßke, Heinz 162
- Warakin, Michail M. 92
Weber, Hermann 426
Webersinn, Gerhard 226
Weinert, Erich 462
Weise, Karl Friedrich 115
Wentker, Hermann 7
Werthmann, Harald 523
Wiesner, Otto 312
Wiglow, Walter 376–378
Wille (Bad Tennstedt) 480f.
Winkler, Jürgen 15
Wolf, Walter 36, 148–150, 318–320
Wolf, Wilhelm 65, 68, 117f., 122, 145f.,
156, 170, 175, 255f., 270, 347f., 352,
380, 398, 411, 424, 446, 548
Wölk, Arthur 289, 483
- Zborowski, Ernst 145, 263, 265, 267,
380–383, 424, 435
Zibolsky (Zibolski), Annerose 244, 256,
312
Zumhasch, Felix 218

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.



EX OFFICINA

2016

Schriften

Adobe Garamond/Caspari (dtl)

Satz

textsatz – Linda Kutzki, Berlin

Umschlag

31grad branddesign, Berlin

Druck und Herstellung

Ruksaldruck GmbH + Co. KG, Berlin

Printed in Germany